JUAN MALER

Die Grosse Rebellion

STUDIENREISE
DURCH EINE WELT
AM ABGRUND



JUAN MALER

DIE GROSSE REBELLION

JUAN MALER

DIE GROSSE REBELLION

Studienreise durch eine Welt am Abgrund

Buenos Aires 1969

2. UNVERAENDERTE AUFLAGE
(September 1972)

QUEDA HECHO EL DEPOSITO QUE MARCA LA LEY 11.723

IMPRESO EN LA ARGENTINA - PRINTED IN ARGENTINA

DISEÑO DE LA TAPA: GUSTAVO E. HEPPNER

REPRODUCCION E IMPRESION: FOTOMECANICA ESTRADA S. R. L.
Y ESTABLECIMIENTO GRAFICO TYPOSET S. R. L.

BUENOS AIRES, REPUBLICA ARGENTINA

15 DE JUNIO DE 1969

INHALTSVERZEICHNIS

Wer sich aber wundern sollte, dass nach so vielen Geschichtsschreibern auch mir die Abfassung einer solchen Schrift in den Sinn kommen konnte, der lese zuvor alle Schriften jener anderen durch, mache sich darauf an die meinige, und dann erst wundere er sich.

Flavius Arrianos
(95 - 180 n.Chr.)



Albrecht Duerer: Aus der Apokalypse (Ausschnitt).

EINFUEHRUNG

Bei diesem Versuch, die heutige politische Welt so darzustellen, wie sie im wesentlichen ist, und wie sie zu dem geworden ist, was sie ist, war es nicht möglich, einfach Staat neben Staat zu setzen, denn eine Reihe von Ursachen und von Wirkungen waren für mehrere Staaten die gleichen, und eine Anzahl überstaatlicher Einrichtungen bildeten ein zusätzliches Element, welches solchem Vorgehen hindernd im Wege stand. Ich habe mich dennoch für diese konservative Aufteilung der Arbeit entschlossen, um dem Leser in der Verschachtelung der Beziehungen mit dem geographischen Bild einen Ariadnefaden in die Hand zu geben. Andererseits war es darum aber notwendig, in einer Anzahl von Anmerkungen die weiteren Fragen zu behandeln. Diese Anmerkungen sind durch das ganze Buch hindurch laufend nummeriert, doch wurden die Anmerkungen räumlich gleich dem betreffenden Lande angefügt, in welchem sie erwähnt werden. Damit ist eine geschlossenere Behandlung der in einem Lande behandelten Fragen möglich. Das Sachregister am Ende des Buches ermöglicht, die in den Anmerkungen angeschnittenen Fragen unabhängig von der geographischen Einteilung des Buches aufzufinden.

Dem Sinn dieses Buches entsprechend, wurde Deutschland nicht direkt behandelt. Dort, wo Vorgänge draussen in der Welt auf ähnliche Ereignisse auf deutschem Boden hinweisen, wurden diese jedoch in Anmerkungen behandelt.

Abgesehen von denjenigen Fällen, da ein bestimmter Vorgang Gegenstand des Interesses ist, ist es also empfehlenswert, das Buch in seinem vorliegenden Aufbau zu lesen und die Reise von Land zu Land zu unternehmen, wie sie die folgenden Seiten anbieten.

Trotz allem Willen zur Gewissenhaftigkeit und trotz strenger Kontrolle der Quellen ist es möglich, dass das vorgelegte Tatsachenmaterial Lücken aufweist. Das ergibt sich aus der Natur dieser Arbeit und aus ihrem Umfang. Ich bin darum dankbar für entsprechende Hinweise.

Wir beginnen unsere Reise in Nordamerika, jenem Land, das für uns Deutsche heute Teil unseres Schicksals geworden ist. Wir setzen die Fahrt durch den gleichen Kontinent von Norden nach Süden fort, um auf der anderen Seite des Atlantik die Welt des Islam zu durchwandern, nach Asien hinüberzugehen, Australien und Ozeanien zu studieren und dann Afrika südlich der Sahara in seinem so völlig neuen Gesicht mit deutschen Augen zu erforschen. Dabei werden Sie zB bei Biafra erleben, dass ich meine Arbeit vorerst abgeschlossen hatte, als das schreckliche Drama noch kaum erkennbar war, sodass ich die Feder neu ergreifen musste, um den Fortgang der Ereignisse zu schildern. So, wie dort, habe ich auch in einigen anderen Fällen noch einmal kurz vor Drucklegung der Arbeit die letzten Ereignisse angefügt, sodass im wesentlichen die Vorgänge bis Ende 1968 berücksichtigt wurden. Die Art der Darstellung aber sollte es dem mitdenkenden Leser ermöglichen, auf dieser Grundlage auch zukünftige, ihm durch die Presse nur unklar mitgeteilte Vorgänge richtig einzuordnen. Gerade darin sehe ich eine Hauptaufgabe dieses Buches.

Erst im Anschluss an diese Ueberseegebiete begeben wir uns dann nach Europa. Auch hier versuchen wir nur, das Wesentliche, und vor allem dabei das Vorenthaltene, Versteckte darzustellen, soweit es dem Berichterstatter für eine sachliche Beurteilung der Lage wichtig erschien.

Eine nach Ländern aufgeteilte Uebersicht von Zeitungen und Zeitschriften ist ebenfalls am Ende des Buches beigefügt worden. Es werden darin insbesondere die nicht-konformistischen Blätter erwähnt, da gerade diese im allgemeinen unbekannt sind, aber normalerweise gültigeres und wesentlicheres Tatsachenmaterial vermitteln als es die normale Tagespresse tut. Es ist ernstlich zu empfehlen, die darin erwähnten deutschsprachigen Zeitschriften laufend zu beziehen. Die Bezugsadressen wurden deswegen angegeben.

Ich bin mir bewusst, dass ein Buch wie dieses in der gegenwärtigen Informationssituation seine Aufgabe nicht hundertprozentig lösen kann. Trotzdem hoffe ich, dass es denjenigen eine Hilfe ist, die in dem uns von unseren Feinden aufgezwungenen Rahmen, trotz der laufenden Ausschaltung der in Europa zum Führen Befähigten, gewillt sind, konstruktive politische Arbeit in einer Welt, in der viel Macht in die Hände Unerfahrener oder gar Böswilliger gelangt ist, zu leisten. Es will so eine in den letzten Jahrzehnten geschaffene, für die Völker lebensgefährlich gewordene Lücke ausfüllen helfen. Eine solche Arbeit aber war nur möglich dank der Hilfe guter Freunde, die hier jedoch ungenannt bleiben müssen.

Bariloche (Argentinien), im Januar 1969

JUAN MALER

I. NORDAMERIKA

DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

The United States of America, lautet der amtliche Titel der bedeutendsten Wirtschafts- und Militärmacht unserer Tage. Zu einem eigenen Namen ist es bisher nicht gekommen, der Zusammenschluss verschiedener Staaten ist seit 1776 die farblose Ueberschrift geblieben. Man betrachtete eine Namensgebung für diese Vereinigung (die ja nach dem Willen ihrer Gründer niemals in der Form eines souveränen Staates die Selbstherrlichkeit der Einzelstaaten gefährden sollte — wie es denn von Little Rock an unter Bruch der Verfassung staatsstreichartig dank der Position, die eine Minderheit im undurchsichtigen Regierungsapparat der USA erlangt hatte, erfolgt ist), als etwas reichlich Nebensächliches. Man hatte eben gar nicht die Absicht, einen neuen Staat, geschweige denn eine Grossmacht zu schaffen, die dann etwa gar mit den alten Staaten Europas auf gleicher Ebene verhandeln würde. Eben war der Krieg beendet, der (sehr vielen ganz ungewollt) die Unabhängigkeit von England gebracht hatte, als Jefferson auch schon schnell wieder Armee und Flotte (fast vollständig) abschaffte. So etwas brauchte man nicht, denn man war besser als die bisherige Welt. Dieses von Washington möglich gemachte neue Gebilde ohne jegliche staatliche Traditionen, bevölkert von religiös Wahnsinnigen einerseits und hemmungslosen Tatmenschen andererseits, das heisst mit einer Bevölkerung ohne grosses Interesse an einer starken zentralen Staatsgewalt (und die Verfassung war danach), sah sich in seinem Glauben an die Möglichkeit eines Ewigen Friedens, an das eigene unbegrenzte Glück und an die Unmoral der ganzen übrigen Welt und vor allem Europas in 150 Jahren angesichts der immer wieder neu sich auftuenden Ausdehnungsmöglichkeiten durch die Wirklichkeit bestätigt. Grausamkeiten wie die Vernichtung der Indianer wurden grosszügig übersehen. Angriffskriege, die man schon sehr bald (1811 gegen England fing es an) führte, wurden mit einem moralischen Mantel versehen. Man hielt sich für besser und auch für klüger als die ganze übrige Welt, ja, man meinte, dieser dann später sogar den American Way of Life mit Sanktionen und Embargos, und wenn das nicht half, mit Bomben und Raketen aufzwingen zu sollen. Und man war doch, wie sich herausstellte, in Wirklichkeit um so vieles schlechter und auch dümmer als die übrigen. Heute steht man daher

vor dem Abgrund und wird auch alle diejenigen mit hineinreissen, die sich ihres jahrtausendealten natürlichen Schutzes beraubt und die amerikanische Lebensart angenommen haben.

"Die rationale Aufklärung als Religion der Freiheit: das ist die philosophische Wurzel des Amerikanismus" (*1). Rousseau steht so am Anfang, und nimmt schon in seiner persönlichen Erscheinung so ganz vorweg, was die USA der Welt später an Perversitäten, Schmutz, Dekadenz und menschlicher Minderwertigkeit vom Rauschgiftschmuggel bis zur Jugendkriminalität vorlebt (*2). So wie noch bis kurz vor der Entdeckung Amerikas sich in Byzanz das Römische Reich erhalten konnte, hat von den Vereinigten Staaten aus die andernorts als so blutgierig, als so menschenfressend längst erkannte und daher überlebte Idee von der Gleichheit der Menschen noch jahrhundertelang neue grausige Orgien feiern können. Die politische Unwissenheit und Leichtgläubigkeit der einen und die Geldgier anderer haben sogar solchem Tun in den USA keinen Riegel vorgeschoben, als sie von einer erst spät immigrierten Minderheit für ihre eigenen weltweiten Pläne ganz offenbar missbraucht wurden. Die grosse wirtschaftliche Macht der Vereinigten Staaten hat vielmehr die Anwendung der Wahnsinnsideen des XVIII. Jahrhunderts dann im XX. in einem Umfang ermöglicht, der die natürliche Ordnung der Völker bis in die entferntesten Weltwinkel hin mit satanischen Mitteln auszurotten versuchte. Dabei liegt der Schwerpunkt dieser für die Welt so verhängnisvollen Betätigung sogar in einer Zeit, da der Glaube an die grosse Utopie, "the American Dream", in den führenden Schichten längst auf Grund der in der Welt gemachten Erfahrungen ausgeträumt war, der Traum als solcher erkannt war (Halle, "Dream and Reality", 1959). So war es also um so verbrecherischer, eindeutig heuchlerisch, die Massen mit Hilfe der alten, als irreal erkannten, zugkräftigen Schlagworte in Kriege zu hetzen, um so auch die übrige Welt in den Sumpf ihrer Geschichtsphilosophien zu jagen. Noch heute geht dieser Kampf um die Zerstörung der natürlichen Ordnung (wie Sie sich leicht in Ihrer Tageszeitung informieren können), in breitester Front von Nordamerika aus weiter. Der Weltkirchenrat (wir werden noch auf ihn zu sprechen kommen) bezieht seine Subversionsmittel von den Protestanten in den USA, die Internationale Juristenkommission (wir werden auch von ihr noch zu sprechen haben) arbeitet dank der Gelder ihrer nordamerikanischen Mitglieder, im Juli 1967 tagte unter dem Präsidium des Amerikaners Charles S. Rhyne in Genf das "Zentrum für den Weltfrieden durch das Recht" (*3). Der grenzenlose amerikanische Optimismus, die Vorstellung, dass man "getrennt durch die Natur und ein weites Meer von der ausrottenden Verwüstung eines Viertels der Erde, im Besitz eines Gelobten Landes, mit genug Raum für die hundertste und tausendste Generation" (Jefferson in seiner Antrittsrede als Präsident, 1801) ist, lebt weiter in den Massen Nordamerikas und findet ihre Bestätigung in ihren Supermarkets und Dew-Line-geschützten Gefilden. Dass man, von Hiroshima bis Dresden, von Katanga bis Vietnam selbst jene "ausrottende Verwüstung", viel schlimmer als irgendein anderer Staat vorher, begangen hat, wird einfach nicht zur Kenntnis genommen, Proteste dagegen auch nur wieder mit dem gleichen Wahnwitz vom anzustrebenden Weltfrieden gestartet. Es kann gar keine gesunde nordamerikanische Aussenpolitik geben aus dem einfachen Grund, weil dieser Staat von Anfang an krank ist. Ein Kranker regiert die Welt. Oder genauer: Mit Hilfe eines Kranken regiert eine Minderheit die Welt!

Diese Krankheit wird heute recht allgemein – weniger jedoch innerhalb als insbesondere ausserhalb der Vereinigten Staaten – zugegeben. Ein neuer amerikanischer "Moral"-Kodex ist im Entstehen, wonach alles gestattet ist, was der eigenen Gruppe nicht schadet, ergibt eine Umfrage der Zeitschrift "Look" (von Borch S. 15). Die Schulen werden baufälliger, die Lehrer sind verachtet und un-

terbezahlt (vgl. Matthias S. 225 ff), es gibt weder (oder doch kaum) Turn-, Geschichts- und Geographieunterricht in den staatlichen Schulen, die von der Bundesregierung erzwungene Integration, das heisst die gemeinsame Schulung von Negern und Weissen hat das Niveau erneut bedeutend gesenkt, die Justiz ist eine Hure der Oeffentlichen Meinung, kaum 4% der gefassten Verbrecher werden abgeurteilt, die Minderheiten sind praktisch rechtlos (*4), Ingenieure (mehr als 30 000) muss man sich in Europa stehlen (wo in Brüssel eigens eine Kommission in die diplomatische Vertretung der USA eingebaut ist, um alle interessanten Absolventen auf den Hochschulen abzuwerben (*5)), weil man ausserstande ist, die eigene Jugend anständig zu erziehen (ganze 60 Studenten befassten sich in den fünfziger Jahren mit den Sprachen Süd- und Südostasiens!) (*6). Man geht auf Hexenjagd wie im Fall Alger Hiss (*7) und lässt sich gleich darauf wieder von Personen gängeln, deren Wiege noch in Wolhynien stand, oder deren Wirtschaftsmacht die Aussenpolitik der USA bestimmt (*8). Gelenkt wird diese Wirtschaftsmacht von den grossen Anwaltsbüros aus. Deren Inhaber sind einer der bestimmenden Faktoren in der Politik der Vereinigten Staaten. Dean Acheson war ein solcher Anwalt, John Foster Dulles war es, Dean Rusk war vor seiner Ernennung zum Aussenminister Anwalt und wurde nach seiner Ablösung Präsident der Weltbank, sein Nachfolger Ball war langjähriger Mitinhaber der Anwalts firma Cleary, Gottlieb, Steen & Ball, deren übrige Mitglieder wir beim Katangageschäft wiederfinden werden. Diese hier gemachten Angaben, sowie alle weiteren Tatsachen aus der jüngsten amerikanischen Geschichte sind ausschliesslich einwandfreien Quellen entnommen, das heisst den amtlichen Kongressberichten oder Reden von Kongressabgeordneten oder Senatoren in den entsprechenden Häusern. Sie sind darum auch in einer Unzahl von Zeitungen und Zeitschriften in den USA selbst wie in anderen englischsprechenden Gebieten auf der Welt veröffentlicht worden und daher ausserhalb Deutschlands bekannt. Dass sie es in Deutschland selbst im allgemeinen nicht sind, ist eine Folge des Dornröschenschlafes, den selbst nach Aufhebung der alliierten Zensur und des alliierten Lizenzsystems die dortige Publizistik schläft. Das Problem ist daher heute, ob eine Oeffnung dieses Informationsstaues nicht zu reissenden, zerstörenden Folgen führt. Würde das trotz dieser bewusst sehr sachlichen Schilderung der Fall sein, so fällt die Verantwortung dafür auf diejenigen zurück, die nicht schon längst im Sinne ihres demokratischen Auftrages den in der Besatzungszeit errichteten Vorhang beseitigten und Informations- und Wissenschaftsfreiheit gewährten. Heute wissen in Deutschland Professoren nicht, was in anderen Ländern zur allgemeinen Bildung erster Semester zählt. Vielleicht ist es angesichts der bekannten Entwicklung auf den Universitäten der letzte Moment, durch eine Beseitigung der Papiervorhänge zu einer Entgiftung der Verhältnisse beizutragen, bevor nicht infolge eines Dammbruches die elementaren Gewalten sich endgültig selbständig machen.

Was hier Krankheit genannt wurde, nennt von Borch "unfertige Gesellschaft", stecken geblieben in der Pubertät. Und niemals gelang es, die gesamte Gesellschaft mitzureissen zur Ueberwindung dieses von Anfang an bestehenden Mankos. Wenn man von dem schwarzen Afrika (wie wir noch sehen werden) sagte, es habe einen schlechten Start gehabt, so kann man von den USA sagen, sie haben als S t a a t eigentlich überhaupt keinen Start gehabt. Die Folge sind Zustände schon vor mehr als hundert Jahren, wie wir sie selbst nach Einbruch des Amerikanismus heute in diesem Umfang in Europa höchstens in der Bundesrepublik Deutschland kennen. Im Mai 1858 schreibt der "New York Herald": "Was von New York gilt, gilt vom ganzen Lande. Reich werden, ohne zu arbeiten — das ist jetzt das Ziel der grossen Masse. Schöne Häuser, schöne Wagen, schöne Kleider sind die Triebfedern des sozialen Lebens. Für Millionen Waren um-

zusetzen und Papiere zu kaufen, Patente und Eisenbahnen auszubeuten, ist das Hauptgeschäft von Hunderttausenden. Das Handwerk ruht deshalb ganz in den Händen der Einwanderer; diese machen unsere Ziegel, bauen und dekorieren unsere Häuser, während Jung-Amerika sich mit tollen, oft nur zu gesetzwidrigen Dingen befasst. Revolver werden offen getragen und ohne Skrupel angewendet. Diebe und Räuber tummeln sich in unseren Vergnügungsorten umher. Schon kann man des Nachts nicht mehr ohne Angst aus seinem Hause gehen, und die schauerlichsten Mordtaten spotten dem Arme der Gerechtigkeit. Unsere Gefängnisse sind zu eng geworden, und von der Lynchjustiz allein ist, wie es beinahe scheint, Rettung zu hoffen. Unsere Gesetze sind Spinngewebe, Geld macht alles, besticht den Richter, wirbt selbst die Polizei als Helfershelfer. Unterschleife und Fälschungen, selbst in Staatsämtern sind an der Tagesordnung. Unsere gelehrten und wohltätigen Institute selbst dienen nur mehr schmutzigen Privatzwecken. Die Religion ist verdorben wie das politische und soziale Leben ..."

Es ist daher nur allzu natürlich, dass fremde Elemente sich in den USA zeitweilig besser austoben konnten, als in der ursprünglichen Heimat, wie das Auftreten der neapolitanisch-sizilianischen Gangster in der Zeit der Prohibition gezeigt hat. Keine eingewanderte Minorität aber hat eine solche Stellung erlangt wie das Judentum. So ziemlich alle grossen Unternehmungen der USA im Innern wie nach Aussen sind überhaupt nicht zu verstehen, wenn nicht diese Triebfeder bestanden hätte. Völlige politische Unerfahrenheit, ja Uninteressiertheit, verbunden mit einer gewissen Unerfahrenheit auch gegenüber Scharlatanerie, Leichtgläubigkeit gegenüber schönen Phrasen und Zukunftsversprechungen, haben dieses Einsteigen sehr erleichtert, mangelnde Geschlossenheit in der Abwehr waren dem weiteren Vordringen günstig.

Der Aufbau des Parlamentarismus nämlich in der Form des Zweiparteiensystems – Demokraten und Republikaner – verhindert bis heute jegliche konsequente Politik. In allen Lebensfragen der Nation gibt es in beiden Parteien die entgegengesetztesten Ansichten. Niemals ist es darum bisher dazu gekommen, eine Regierung auf Grund von Wahlen zu bestimmen, die in den jeweils konkret zu lösenden Aufgaben einen klaren Arbeitsplan hatte. Alle grossen Entscheidungen wurden vom Präsidenten, umgeben von einer selbst ausgesuchten Gruppe von Mitarbeitern, mehr oder weniger erschlichen. In den wichtigsten Fällen, den beiden Kriegseintritten, erfolgten die Entscheidungen sogar diametral entgegengesetzt zu den vorher abgegebenen Wahlversprechungen, also eindeutig entgegen dem Volkswillen. Lediglich bei der Kandidatur Goldwaters zum Präsidenten hatten wir den Versuch, dieses Gehabe zugunsten einer amerikanischen Politik zu durchbrechen. Ein Teil der Republikaner (Rockefeller, Jawitt) wurde regelrecht ausgebootet und der Rest der Republikanischen Partei bekam zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinigten Staaten das Gesicht einer politischen Partei, wie wir es von Europa her gewohnt sind. Dieses Zweiparteiensystem ist daher gleichbedeutend mit der völligen Lahmlegung der demokratischen Willensbildung. Es ist die Grundlage für die Herrschaft einer Klique von Präsidentenberatern, von denen nicht ein einziger in der Vergangenheit und bis in die Gegenwart hinein die notwendige Zustimmung zu seinem Tun in einer Volksabstimmung erhalten hätte. (*8a)

Denn, und das ist sachlich noch im einzelnen festzustellen, diese Berater sind Zionisten oder ihnen in Wort und Schrift nahestehende weit links liegende Politiker. Der Einfluss dieser Personen geht immer wieder in ein und derselben Richtung: Schwächung der nationalen Stärke des jungen Giganten; Verwendung seiner wirtschaftlichen und militärischen Kraft daher für eigene Zwecke oder aber eben, um sie abzunutzen; Schaffung eines internen Klimas, welches ernste Reaktionen gegen eine solche Usurpation unmöglich macht. Diese Takti-



Tschingdara Tschingdara! Das "Amerikanische Jahrhundert" (aus der Wochenzeitung "Das Reich")

ken wurden von Einzelnen schon frühzeitig erkannt, und sind heute, obwohl klug verdeckt, unbestritten. Abraham Lincoln schreibt (Band 3, Seite 145/146 seiner Gesammelten Werke, Rutgers Univ. Press 1953): "Ich will sagen, dass ich nicht dafür bin, und auch niemals dafür gewesen bin, in irgendeiner Form die soziale und politische Gleichheit der weissen und der schwarzen Rasse zu verwirklichen. Dass ich nicht dafür bin, und auch niemals gewesen bin, aus den Negern Stimmberechtigte oder Geschworene zu machen oder sie als Beamte einzusetzen, oder ihnen die Mischheirat mit Weissen zu gestatten, und ich will dem noch hinzufügen, dass es einen physischen Unterschied gibt zwischen der weissen und der schwarzen Rasse, der meiner Meinung nach es verbietet, dass die beiden Rassen in sozialer und politischer Gleichheit zusammenleben können, und dass daher, eben weil sie so nicht leben können, es also eine übergeordnete und eine untergeordnete Stellung geben muss, und ich, genau so wie alle anderen Männer, bin dafür, dass die übergeordnete Stellung der weissen Rasse zugesprochen wird." Und weiter: "... Unsere Sicherheit und unsere Freiheit hängen davon ab, dass wir diejenigen überwältigen, die versuchen, die Verfassung zu zersetzen."

Hatten schon die Zehn Gebote, die jener uralte Moses, der sein Volk nach verjährtem Kriegsverbrechen aus Aegypten herausführen konnte, vom Sinai herabholte, nicht die Lebensformen seines Volkes ändern können, so war nämlich auch bei dessen Tätigkeit in den USA nichts von wirklichem Verantwortungsbewusstsein für die abhängig gewordenen Völker zu spüren. Sehr höflich bezeichnet von Borch die so durch die Jahrzehnte fortgesetzte Anhäufung öffentlichen und privaten Unrats und die Heuchelei mit uns noch immer heiligen Begriffen als "geregelte Unordnung" (aaO S. 57) und Matthias nannte sein erstes Amerikabuch kurz "Das geordnete Chaos". Dass dieses – bewusst aufrechterhaltene – Chaos eine Gefahr für die ganze Menschheit darstellt, hat sich gezeigt, als Goldwater angeblich und Johnson tatsächlich mit der Anwendung von

Atomwaffen in dem ihnen in die Hände gespielten Krieg in Vietnam drohten, und als die gesamte Welt ihre wirtschaftliche Existenz in Frage stellte, um den durch seine Abenteuer im Ausland wertlos gewordenen, so schön mit dem Freimaurerauge signierten Dollar Anfang 1968 zu stützen und den USA das Recht zu einer Inflation auf dem Wege über sogenannte Ziehungsrechte gewährte, die es dann ermöglicht, die gesamte Welt in den in Washington bereiteten Strudel mit hineinzuziehen.

Schon der Sezessionskrieg bietet die erste Gelegenheit, die Vereinigten Staaten zu schwächen. Disraeli hofft (Annual Register 1863 N.S.C.V.21): "Das wird ein Amerika geben mit Armeen, Diplomatie, rivalisierenden Staaten und intrigierenden Kabinetten, mit häufigen Unruhen und, wahrscheinlich, häufigen Kriegen". Rothschild war auf beiden Seiten engagiert. Sein Vertreter August Belmont (ex Schönberg) sass als Mitglied des Demokratischen Nationalkomitees in New York, während er den Süden auf dem Umweg über das jüdische Bankhaus Erlanger mit Anleihen versah. Exponent in der Konföderation war der Staatssekretär Judah P. Benjamin (*9). Während es im Interesse dieser Kreise lag, dass der Krieg lange daure, und beide Teile sich verschuldeten, bemühte sich Abraham Lincoln um die Einführung von Staatsanleihen, um so von den internationalen Banken unabhängig zu werden (*10). Belmont widersetzte sich naturgemäss diesen Absichten energisch und kämpfte gegen die Kandidatur und die Wahl Lincolns (Dictionary of American Biography, 1929, Bd.II). Lincoln wurde 1865 von dem jüdischen Schauspieler Booth ermordet, der weder Südstaatler war noch jemals Sklaven gehabt hatte (W.E. Woodward, "A New American History", 1938, S.475). Präsident Garfield, der die gleiche Meinung wie Lincoln bezüglich des nationalen Kredits hatte, wurde ebenfalls ermordet. Die Absicht Englands und Frankreichs (Napoleon III.), aktiv zugunsten der Südstaaten einzugreifen, wurde dann durch das Auftreten einer russischen Flotte vereitelt. Minister Seward hatte sie eingeladen. Unter dem Befehl des Bruders des Zaren traf sie 1863 im Hafen von New York ein. Ein Teil der Ostasienflotte Russlands besuchte gleichzeitig San Francisco. "Die Nachricht davon erregte ungeheures Aufsehen in der Welt und ungemeine Begeisterung in den amerikanischen Nordstaaten" (*11). Mag es auch ein "zufälliges" Eintreffen gewesen sein, wie die Historiker vorherrschend meinen, England und Frankreich sahen damals in diesem Vorgehen eine Absicht. Sie griffen daher nicht aktiv zugunsten der Südstaaten ein. Die "Rebellion" wurde mit den Formen des totalen Krieges grausam unterdrückt (Hölzle aaO S. 90). Erlanger und Rothschild verloren den im Süden gemachten Einsatz.

Die Regierung hatte jedoch vergessen, den zur Finanzierung dieses Krieges ausgegebenen Noten, den sogenannten "Greenbacks" eine feste Relation zum Gold zu geben. So war es 1869 dem jüdischen Spekulanten Jay Gould in New York möglich, durch Schaffung einer künstlichen Goldhausse die Wirtschaft des Landes von Grund auf zu sprengen. Am 22. September jenes Jahres hielt er alles ausserhalb des Schatzamtes vorhandene Gold in seinen Händen und verkaufte es wieder, bevor der Umschwung an der Börse einsetzte. Es war der "Black Friday", Hunderttausende waren ruiniert. Erst hinterher gab die Regierung ein Gesetz heraus, wonach die Spekulation in der Währung verboten wurde. Der Fall Gould gibt einen Eindruck davon, was in den Staaten möglich war.

Die Artikel, die Henry Ford dann in seiner Zeitung "The Dearborn Independent" veröffentlichte, zeigen, wie sich ein immer engmaschigeres Netz jüdischer Interessen über die Wirtschaft und die Politik der Vereinigten Staaten legt. Sein Werk umfasst die Zeit vom Sezessionskrieg bis in die Jahre nach dem I. Weltkrieg. Wir erwähnen hier nur in grossen Zügen diese Ereignisse. "Aufgesetzt ohne Vorurteile, haben wir die einfache Wahrheit berichtet, und wenn der

Leser diese von uns mitgeteilten Tatsachen mit seiner eigenen Erfahrung vergleicht, und dieser Vergleich stimmt überein, dann ist der Ring geschlossen" schreibt Ford über diese Berichte in seinen Lebenserinnerungen. "In diesem Land haben wir ein bemerkenswertes Absinken unserer Literatur wahrgenommen, und der Vergnügungen und der Geselligkeit. Das Geschäftsleben sank herab von seiner alten Sauberkeit, ein allgemeines Sinken der Massstäbe war spürbar. Es war nicht mehr die robuste Ungeschliffenheit des weissen Mannes, die schroffe Grobheit, sagen wir Shakespearescher Charaktere, sondern ein dreckiger Orientalismus hatte sich in jeden Kanal unserer Ausdrücke geschlichen" schrieb der Mann, der im Jahre 1924 mehr als zwei Millionen Autos produzierte, weil er die höchst möglichen Löhne zahlte und der Welt bewies, dass der Kapitalismus nicht die marxistischen Charakteristika zu haben brauchte. Ford stellt fest, dass 1920 die folgenden Wirtschaftszweige völlig in jüdischen Händen sind: "das Theaterwesen, Buchproduktion, Filmindustrie, Zuckerindustrie, Tabakindustrie, mehr als 50 Prozent der Fleischverarbeitenden Industrie, mehr als 60 Prozent der Schuhindustrie, der grösste Teil der Musikgeschäfte, Juwelenindustrie, Weizen, Baumwolle, Oel, Stahl, Zeitschriftenbesitz, Nachrichtenagenturen, Industrie alkoholischer Getränke, der Geldverleih". "Nicht die Zahl der Juden ist die Ursache für diese Herrschaft, sondern die jüdische Idee. Die Juden sind Propagandisten. Der Einfluss ihrer Ideen auf das amerikanische Leben macht sie so stark. Auf allen Gebieten zerstören sie die wahren Werte und setzen fiktive Werte an ihre Stelle. Die jüdische Philosophie bezüglich des Geldes ist nicht "to make money", sondern "to get money". Das ist ein ganz wesentlicher Unterschied. So sind sie Financiers, aber keine Industriekapitäne." Sie haben sich nicht ihr Geld erarbeitet, und mit ihrem Beispiel haben sie daher den Gegenwert der Arbeit, der das Geld sein soll, entwertet, und damit die Arbeit selbst. Im Jahre 1906 wird in New York das American Jewish Committee gegründet. Seine Hauptstütze war die New Yorker Kehillah, die Organisation der New Yorker Juden. Diese hatten gerade soeben ihre Stärke gezeigt, indem sie einen amtlichen Bericht über den Mädchenhandel in New York (worin General Bingham, der New Yorker Polizeikommissar festgestellt hatte, dass mehr als 50% der daran Beteiligten Juden waren) unterdrückte. "Die Notwendigkeit, eine jüdische öffentliche Meinung zu schaffen", war das Motiv der Gründung. Die Zahl der so eingegliederten jüdischen Vereinigungen in den USA stieg von 222 zu Beginn auf über 1 000 schon im Jahre 1921. Henry Ford weist darauf hin, dass es das den Juden geläufige Zusammenleben unter Zwang ist, welches diese Organisationsmacht begründet. Und er fährt fort: "Reglamentation, Zerstörung der individuellen Freiheit, die so bezeichnend für den Lauf der Welt geworden sind, sind das grundlegende Prinzip der jüdischen Regierung für die Juden durch Juden schon immer gewesen." Dieses Prinzip wurde auf die Nichtjuden übertragen (*12). Ausdrücke wie "New Deal" oder "Great Society" sind nur von hierher verständlich. Weltarbeitsamt, Weltorganisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, sind Auswüchse dieser Mentalität.

Zur gleichen Zeit, da die genannten Organisationen 1907 gegründet wurden, ging auch Tammany Hall in jüdische Hände über. Tammany Hall war "eine von irischen Gangstern straff gelenkte Untergrundorganisation, die in New York die politische Macht mit ihren unsauberen Methoden in Händen hatte" (Ford). Schon der uns bereits bekannte Schönberg-Belmont stieg in diese Organisation ein und wurde ihr "Grand Sachem". Ihm folgten dann die Freedman, Untermeyer, Strauss, gestärkt durch die grosse Einwanderungswelle von 1884 mit ihren russischen, österreichischen und ungarischen Juden (*13). Die Tätigkeit dieser Kreise brachte dem Lexikon eine Bereicherung, denn einer der Anwälte dieser Mädchenhändler war ein gewisser jiddisch sprechender Scheuster, und heute le-

sen Sie im Langenscheidt nach, was ein "shyster" ist (*14).

Damals wurde New York zugleich das Zentrum der bolschewistischen Tätigkeit, der Ort, wo die grossen internationalen subversiven Organisationen gegründet und von wo sie tätig wurden. Insbesondere wurde schon 1872 offiziell das Hauptquartier des Internationalen Kommunismus nach New York verlegt, doch erst 1907 wird dort eine (nationale) Kommunistische Partei unter der Leitung von William Z. Foster, einem Mitarbeiter des Emigranten Felix Frankfurter, gegründet. 1917 begab sich von New York aus ein Schiff mit kommunistischen Revolutionären unter dem Kommando von Leib Bronstein, dem späteren Leon Trotzky nach Russland. Es wurde von der Britischen Flotte angehalten und nach Halifax verbracht, jedoch auf den heftigen Protest Wilsons hin freigegeben und von britischen Kriegsschiffen bis nach Russland eskortiert. Jakob Schiff (der auch die Präsidentenwahl Wilsons finanziert hatte), hatte durch sein Bankhaus Kuhn, Loeb & Co, schon ein Jahr vorher 50 Millionen Dollar in schwedischen Banken für Trotzky und Lenin deponiert. Präsident Theodore Roosevelt bezeichnete öffentlich Frankfurter als den Geistesgefährten (soul-mate) von Lenin und Trotzky. Henry Ford betont abschliessend: "Der russische Bolschewismus hat seinen Ursprung in der Ostseite von New York".

Frankfurter ging nach Harvard und erzog auf jener Universität zwei Generationen. Aus diesem Personenkreis ergab sich später die Umgebung der Präsidenten Roosevelt, Kennedy und Johnson. Sprach man bis dahin – und zwar ganz offiziell – von einzelnen Präsidentenberatern, wie Bernhard Baruch, "Oberst" House, Felix Frankfurter, Sydney Weinberg, so konnte diese Beratung jetzt auf eine erheblich breitere personelle Basis gestellt werden. Dabei ist besonders beachtlich, dass unmittelbar nach dem II. Weltkrieg ein Rückschlag eintrat infolge der allzu offensichtlichen Verratshandlungen von einigen dieser "Berater", und dass dennoch die entsprechende Aufklärung breitester Schichten des amerikanischen Volkes nicht die Wiederaufnahme dieser "Beratung" in noch verstärkterer Form verhindern konnte. Die Verzerrung des eigentlichen Willens der Wähler machte sich unter Roosevelt erkennbar. Er war ein Meister der politischen Intrige. Mit warmer, mitfühlender Stimme hatte er vor seiner Wiederwahl öffentlich erklärt: "Und während ich zu Euch spreche, Väter und Mütter, will ich Euch eines noch einmal versichern. Ich habe es schon früher gesagt, aber ich werde es wieder und wieder sagen: Eure Jungens werden niemals in irgendeinen ausländischen Krieg geschickt werden", als bereits seine gesamte Politik auf einen Krieg gegen das nationalsozialistische Deutschland hinauslief. Er hielt die landwirtschaftliche Produktion im Lande zurück, um die Welt in eine Wirtschaftskrise zu stürzen, er verbot die Einwechslung des Papiergeldes in Gold, er vergrösserte bereits im Jahre 1934 das Ausbildungslager für die Reserveoffiziere in Fort Bliss/El Paso um das fünffache, und begann schon damals mit der laufenden Einberufung für Lehrgänge in jenem Lager. Noch weitaus unamerikanischer als die Politik Wilsons, betrieb er den Einsatz der Vereinigten Staaten in der Welt dabei, um diese zionistischen Wünschen näher zu bringen. Europa wurde so seiner Macht beraubt und zur Hälfte den Kommunisten ausgeliefert, Israel gegründet, Afrika "entkolonialisiert", China den Kommunisten ausgehändigt, London als Finanzmacht beseitigt, natürliche Lösungen durch Teilungen unmöglich gemacht. Das alles geschah unter dem Versprechen von einer Welt "frei von Not und Furcht". Eine Weltorganisation wurde geschaffen, dieses Chaos zu erhalten und möglichst noch zu vermehren.

Nur ganz vorübergehend gelang es den Amerikanern, sich von diesen Intrigen einer Minderheit frei zu machen. Einige sowjetrussische Unbesonnenheiten und die Tatsache, dass der reichsdeutsche militärische Geheimdienst in sei-



Aus den Elendsvierteln von New York

"Es bleibt uns kein anderer Ausweg, wenn wir nicht verhungern wollen. Gehen wir zur Armee, um in Europa dafuer zu kaempfen, dass es den Arbeitern dort auch bald so gut geht wie uns hier" (aus der Wochenzeitung "Das Reich").

ner Richtung gegen Osten unter General Gehlen unzerstört in amerikanische Hände überging, öffneten die Augen und es begann unter dem Senator Mc Carthy eine Ueberprüfung des verdächtigen Personenkreises. Es kamen für einen souveränen Staat unfassbare Dinge zum Vorschein. Ein Minister (Morgenthau jr) hatte die Prägeplatten der Münze den Sowjets ausgeliefert, ein anderer (Lehmann) hatte Billionenwerte unter dem Vorwand der Hilfeleistung an die Länder des Ostens geliefert, wieder andere (Owen Lattimore und die Geschwister Rosenberg) hatten die Atomgeheimnisse den Sowjets übergegeben. Von Roosevelt erfuhr man, dass er den Leiter der nationalen Sicherheitsbehörde, der CIA, Admiral Hillenkötter, ablöste, weil er ihm eine Liste von Beamten vorlegte, die Mitglieder in kommunistischen Spionageringen waren. Der geistige Vater des von Roosevelt und Churchill akzeptierten Morgenthauplanes, Harry Dexter-White, alias Weiss, wird als kommunistischer Spion identifiziert. (*15) Der Kommunist Alger Hiss (den man überführte, dass er einen Meineid geschworen hatte, als er bestritt, Agenten Geheimdokumente gegeben zu haben) hat seltsame Helfer: Lehmanns Nichte, Helen Lehman Buttenwieser, Rechtsanwältin und Frau von Attorney Benjamin J. Buttenwieser, nimmt die Familie Hiss nach dessen Verurteilung in ihr Haus auf. Hiss bekam einen Arbeitsplatz in Buttenwiesers Anwaltsfirma. Buttenwieser aber ist stellvertretender Hochkommissar

in Deutschland zu jener Zeit! Sidney Weinberg war im II. Weltkrieg und im Koreakrieg Leiter der Kriegs-Produktion, Direktor des Bankhauses Goldman, Sachs & Co, erklärter Zionist und hatte als solcher alle Fäden zwischen den Politikern und den Financiers in seinen Händen. Roosevelt selbst hatte im Oktober 1935 gesagt: "I will take the American people down the road to communism as fast as they will let me." ("Ich will das amerikanische Volk auf den Weg hinab zum Kommunismus führen, so schnell wie sie es mir möglich machen.") Aus den Angaben "From Major Jordan's Diaries" (*16) erfuhr man, was Roosevelt und Harry Hopkins alles an Russland abgegeben hatten: Graphit, Schweres Wasser, Aluminiumrollen, Cadmium, Thorium, kistenweise Dokumente (eines Tages entdeckte Jordan wohlverpackt die Geheimberichte der amerikanischen Botschaft in Moskau an das State Department, die also auf diesem Wege der russischen Regierung zugesandt wurden!), Diesellokomotiven usw. usw (*17).

Unter dem Eindruck all dieser Tatsachen verlor die Demokratische Partei ihr Gesicht. Die USA wandten sich den Republikanern zu (1953). Bei diesen war Taft der gegebene Präsidentschaftskandidat. Er schuldete den Linken nichts und man konnte erwarten, dass er den Staat aus dem Sumpf zog, in den er unter Roosevelt gekommen war. Doch man hatte die Rechnung zu früh gemacht. Man fand einen Mann, Taft auszustechen, einen Mann, der schon einmal gezeigt hatte, dass er ein williges Werkzeug der Zionisten war: Eisenhower erklärte, er sei Republikaner, und er stelle sich zur Präsidentenwahl. Mit dieser Wahl war alles gerettet. Man trat wohl etwas langsamer, war etwas leiser, aber ging doch nicht einen einzigen Schritt zurück. Ja, die Regierungszeit Eisenhowers ist sogar aussenpolitisch geradezu gekennzeichnet für ihre Schwäche. Cartier schreibt im Match: "Sein Pazifismus liess ihn fünf Jahre (gegenüber Russland) verlieren. Die USA sind die zweite Weltmacht geworden. Eisenhower war mehr auf dem Golfplatz als in seinem Büro." Diese Schwäche der Eisenhowerregierung und das schlechte Gedächtnis der Wähler brachten so 1961 wieder die Demokraten ans Ruder. Kennedys Wahlparole gegenüber dem republikanischen Kandidaten Nixon war "eine starke Aussenpolitik". Unter diesen Vorzeichen kam John Fitzgerald Kennedy an die Macht. Fester denn je vorher aber wurde dann die Stellung gerade derjenigen ausgebaut, die alles andere als eine solche Stärkung wünschten. Vom 10. November 1960 bis zum 12. März 1961 erfolgten fünftausend Ernennungen von Beamten durch den Präsidenten! Wenn man die Liste der wichtigsten Ernennungen ansieht, so muss man mit den Worten eines Kongressabgeordneten sagen: "Präsident Kennedy ist umgeben von Nicht-Christen" (18*). Katholiken und Männer aus den Südstaaten findet man fast keinen einzigen unter den Ernannten. Während es sich bei den meisten um bekannte Sozialisten und Kommunisten handelt, gibt es nicht einen einzigen erklärten Antikommunisten unter ihnen! Man erinnerte an den Ausspruch Kennedys, wonach er "dort fortsetzen wollte, wo Roosevelt aufgehört hatte".

Die innerpolitische Folge dieses zionistischen Massenaufgebots war eine deutliche Versteifung der Lage. Es bildeten sich Fronten quer durch die Nation. Sie surden sichtbar in der Nomination Goldwaters für die Präsidentenwahlen 1964. Der Kampf gegen diesen konservativen, presbyterianisch erzogenen Juden (von antisemitischem, möglicherweise von Zionisten bezahltem Gesindel in Wahlversammlungen als "Bastard" beschimpft) wurde seitens der Demokraten (die Johnsons Wiederwahl betrieben) mit noch nie dagewesenen Geld- und Machtmitteln geführt. Selbst das abhängige Ausland wurde skrupellos mit eingesetzt, vor allem die gesamte prozionistische Presse, das heisst also so ziemlich alle bedeutenden Tageszeitungen und die grossen Nachrichtenagenturen. Goldwater wurde hingestellt als politischer Dilettant (obwohl ihm die wenigen Jahre seitdem mehr als Recht gaben), als dem Weltfrieden gefährlicher Militarist (auch

hier waren die Demokraten dann wieder einmal in der Geschichte die wirklichen Militaristen), als Feind der Armen (es blieb den Demokraten überlassen, die Armen vom Kapitol wegzujagen), als Freund der "Nazis" ("Time" log faustdick (24.7.64) er habe vor, eine Wallfahrt nach Berchtesgaden zu machen, wo der Führer gelebt habe). Uns Deutschen ist weiter in Erinnerung, dass der amerikanische Gewerkschaftsboss Meyer-Bernstein dem westdeutschen zionistischen Gewerkschaftsboss Ludwig Rosenberg in Düsseldorf erklärte, "die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen seien eine Frage auf Leben und Tod", um Rosenberg um Hilfe zu bitten (R. ist bekannt geworden wegen seiner Finanzierung Israels mit deutschen Arbeitergeldern). Und unter vollständiger Missachtung der Fassade von der angeblichen Souveränität der BRD wurden Wahlversammlungen der Demokraten öffentlich auf Strassen und Plätzen in Frankfurt und Stuttgart durchgeführt. Wahlzettel wurden in Frankfurt offen verteilt und eine Postkutsche mit Propagandaplakaten für Johnson durchfuhr das Zentrum von Frankfurt. Mit nicht überbietbarer Frechheit erklärte der Leiter dieser Vorgänge, "dass es verboten sei, Wahlpropaganda in den amerikanischen Kasernen zu machen. Darum müsse man die öffentlichen Strassen und Plätze Westdeutschlands benutzen". Dass Goldwater dann trotzdem ein Drittel der Stimmen (27 Millionen) auf sich vereinen konnte, zeigte, dass selbst in der politisch so unerfahrenen Bevölkerung der Vereinigten Staaten sich eine bodenständige, durch Propaganda nicht beeinflussbare Gruppe amerikanisch Denkender gebildet hat. Dass sie dem Zionismus gegenüber sich auf der von jenem vorgeschriebenen "demokratischen" Arena nicht durchzusetzen vermag, wundert uns Deutsche am allerwenigsten. Eine solche Gruppe unterliegt nur solange wie die Stimme eines Säufers irgendwo in Haarlem genau so viel gilt wie die Stimme etwa eines Arztes. Die Neueinschreibung von 10 Millionen Negern für diese Wahl zeigt den eigentlichen Hintergrund der so menschlich klingenden Phraseologie der Bürgerrechtler.

Bei einem derartig zionistisch orientierten Mitarbeiterkreis nimmt die Form, in welcher die Vereinigten Staaten in der Welt auftreten, nicht mehr wunder (*19). Hinter der offiziellen Aussenpolitik steht der 1921 von "Oberst" Edward M. House in Zusammenarbeit mit Leo Pasvolsky organisierte "Council on Foreign Relations" (CFR). Die Gründung geschah als Antwort auf die Enttäuschung, die House mit dem Nichtbeitritt der USA zum Völkerbund erlebte. Es sollten die Grundlagen für eine "positive" Aussenpolitik im Gegensatz zur bisherigen "negativen" geschaffen werden. Erst, als die Rockefeller-Familie ihr finanzielle Unterstützung gewährte, begann die neue Organisation, tätig zu werden. 1939 eroberte sie das State Department, das Auswärtige Amt. Während des Krieges wurden wichtige Teile des Aussenamts von Mitgliedern des CFR besetzt. 1945 gingen 43 seiner Mitglieder (unter ihnen Alger Hiss, Edward Stettinius, John Dulles, John McCloy, Nelson Rockefeller, Adlai Stevenson und Ralph J. Bunche) nach San Francisco zur Ausarbeitung der Charter der Vereinigten Nationen. Der CFR zählt heute etwa 700 Mitglieder mit einem Wohnsitz im Umkreis von höchstens 50 Meilen um New York, unter ihnen der Verleger des "Time" wie der Präsident der Carnegie-Stiftung für Internationalen Frieden, den wir noch in Südwestafrika wirken sehen werden. Alle seit 1921 gewählten Präsidenten waren führende Mitglieder dieser Organisation. Diese Mitgliedschaft erscheint sogar Eingeweihten wichtiger als die Zugehörigkeit zu dieser oder jener der beiden Parteien. Eisenhower war Mitglied dieser Organisation, aber wie schon gesagt, ohne Parteizusatz. "Als man ihn brauchte, gewann man ihn leicht mit der einen Million, die man ihn mit dem von Joe Barnes schnell geschriebenen Buch "Kreuzzug in Europa" verdienen liess." ("Council for Statehood", West Palm Beach, 1963) Daraufhin entschied er sich, für die Republika-

ner zu kandidieren (und so den gefährlichen Taft auszustechen). (*19a)

Beispielhaft für die Verquickung von Big Business mit Big Power in den Vereinigten Staaten (um zwei der Säulen der amerikanischen Gesellschaft zu nennen) ist, dass innerhalb des CFR der "Business Advisory Council" eine hierarchische interne Rolle unter der Hand des bereits genannten Sidney Weinberg spielt. Bezeichnend für die damit klar werdende Wandlung der zionistischen Taktik hin zu einer veränderten Haltung gegenüber der Domäne der "alten" amerikanischen Familien im Big Business ist das Buch von David E. Lilienthal, "Big Business", welches 1954 erschien und grosses Aufsehen erregte, eben wegen der vielen neuen Perspektiven, die sich aus der neuen "Zusammenarbeit" ergaben. Lilienthal schreibt (S.19): "Ich glaube, wir sollten unverzüglich beginnen, die veraltete Struktur unseres Fühlens, unseres Denkens und unserer Politik gegenüber der Bigness zu überprüfen... Die Zeiten verlangen gebieterisch eine deutliche Bestätigung, dass die Bigness zum Mittel werden kann, die Produktivität der Nation zu steigern und zu fördern, ja, was vielleicht noch wichtiger ist, die Freiheit und den Wohlstand jedes einzelnen Bürgers." Bedenkt man, dass in diesem Kreis die Politik der Vereinigten Staaten festgelegt wird, so versteht man, was der Kongressabgeordnete James B. Utt (Kalifornien) dazu sagte: "Wir kommen sehr schnell zu dem Punkt, wo selbst ein vollständiger Wechsel der gewählten Beamten, einschliesslich Kongress und Weissem Haus, kaum eine Aenderung in der Politik bedeutet. Sie werden weit mehr regiert von Personen, für die Sie niemals gestimmt haben, für die Sie niemals stimmen werden, die Sie niemals gesehen haben, und die Sie auch niemals durch ihre Stimmabgabe abberufen können." Als der Dies-Ausschuss, der Vorläufer Mc Carthys, die Tätigkeit des CFR inspizieren wollte, wurde dieses untersagt mit dem Hinweis darauf, dass Organisationen, die von den grossen Wohltätigkeitsstiftungen (!) gefördert werden, nicht untersucht werden können. (*20)

Die genannte Verbindung von Geschäft und Politik liest man aus jeder Zeitungsmeldung. Da wird zB berichtet, um einmal einen Fall herauszugreifen, dass Thomas S. Gates Präsident des Morgan Guaranty Trust wurde. Gates ist CFR-Mitglied. Unter Eisenhower ordnete er als Verteidigungsminister den Einzug eines Handbuchs der Luftwaffe an, welches die Wahrheit über den National Council of Churches (s.d.) sagte. Als Captain Robert A. Winston in einem Bericht feststellte, dass Beamte im Marineministerium mit Kommunisten unter einer Decke steckten, griff Gates zu dem probaten Mittel, Winston in eine Irrenanstalt einzuliefern. Vorgesehen war die gleiche Anstalt, in der James Forrestal "Selbstmord" beging – was uns zu einer besonders sympathischen Kampfesform dieser Kreise führt, zur Internierung in "Nervenheilanstalten" von Personen, die man unschädlich machen will. Da war also James Forrestal, bis 1940 Präsident der Anwaltsfirma von Bernard M. Baruchs Bankhaus, Dillon, Read & Co, dann Verteidigungsminister (1947-1949), vorher Marineminister (1944-1947) und davor Unterstaatssekretär im Marineministerium (1940-1944), also ein guter Freund der Mächtigen. Doch, als ihm klar wurde, was Baruch durch ihn wollte, kam er in eine Nervenheilanstalt, wo er dann aus dem 17. Stock stürzte. Der amtliche Bericht spricht von einem vorhergehenden Selbstmordversuch, wonach er sich an einer Dusche aufhing. Fragt also die konservative Presse: "Welch wundersamer Knoten war das, löste sich, und der Leichnam wandelte zum Fenster." Erinnert stark an den "Selbstmord" von Masaryk, wo die gleichen Kräfte am Werke waren. Ja, und dann ist da der Fall des Generals Edwin A. Walker. Er kommandierte die 24. Division, die in Westdeutschland den Russen gegenüber nach dem Kriege stationiert war. Er meinte, eine Unterrichtung seiner Soldaten über das Wesen des Kommunismus sei unbedingt notwendig, um die Kampfmoral zu stärken. Daraufhin wurde er sehr scharf ange-

griffen in "Overseas Weekly", einer privaten Zeitschrift für die amerikanischen, in Europa stationierten Soldaten. Diese Zeitschrift ist bekannt für ihren Inhalt aus Sex und Verbrechen. Listen von Huren in Soho/London wurden zB den Soldaten bekanntgegeben, Bücher zitiert wie das von Marthe Watts, "The Men in my life" ("Die Männer in meinem Leben"), worin sie mitteilt, "mein beschäftigster Tag war der Tag des Sieges 1945 gewesen, als ich 49 Soldaten bediente". Die Zeitung ist Eigentum von John Dornberg, Marion Rospach, Johanna Prym, Siegfried Naujocks, Eugene Bernhard und Harold Melahn, alles Zionisten. Marion Rospach bezeichnet es als "Hysterie", dass man in den USA einige in dieser Zeitschrift veröffentlichte Dinge wegen ihrer Unmoral (damals!) verbot. Die Folge des Angriffs in dieser Zeitung war die sofortige Entlassung des Generals Walker. Als er in den USA ankam, ordnete Bob Kennedy, der damals stellvertretender Justizminister war, seine Internierung in dem Federal Medical Prison in Springfield/Missouri auf Grund des Gutachtens eines Psychiaters Dr. Charles E. Smith (alias Cantor) an, der Walker niemals gesehen hatte. Walker kam in eine Zelle 7 mal 10 Fuss, ohne Telefon-, Telegraph- und Postverbindung, die Kleider wurden ihm weggenommen und das Essen auf dem Fussboden serviert. Und es gibt noch eine ganze Reihe ähnlicher Fälle, wie etwa den Angestellten von "Radio Freies Europa" in München, Fletcher Bartholomew, den man unter Drogen setzte und a la Eichmann im Flugzeug aus Europa weg nach den USA transportierte, weil er die prokommunistische Haltung dieser uns Deutschen ja aus eigener Erfahrung bekannten Radiostation blossstellte. Und da war Povl Bang-Jensen, der dänische UNO-Beamte, den man für verrückt erklärte, weil er eine Liste von antikommunistischen Zeugen über die Ungarische Revolution nicht dem UN-Sekretariat aushändigen wollte, und den man dann ja ermordete — wobei wieder einmal von "Selbstmord" in den grossen Zeitungen geredet wurde. Es ist soweit gekommen, dass ein bekannter amerikanischer Patriot wie der General Stratemeyer eine Erklärung in eigenem und im Namen seiner Frau veröffentlichen und notariell hinterlegen liess, in welcher die beiden feststellen, dass sie nicht die Absicht haben, Selbstmord zu begehen.

Walker war denn nach diesen Erlebnissen auch mehr als berechtigt, seine Meinung zu sagen zu dem Warren-Bericht über den Mord an John Fitzgerald Kennedy. Er hatte die Methoden der Regierenden am eigenen Leibe kennen gelernt. Vor allem weist er auf die offensichtliche Unwahrheit in diesem Bericht hin, wonach Lee Oswald die Absicht gehabt hätte, ihn selbst am 10. April 1963 zu ermorden. Er sagt, er sei nicht einmal von den Warren-Leuten befragt worden, bevor sie diesen Unsinn in den Bericht setzten. Es ist das Teil der Legende, die man bewusst um Lee Oswald schon Monate vor dem Kennedymord wob. (Vgl. Joachim Joesten, "Die Wahrheit über den Kennedy-Mord" in welchem dargestellt wird, wie man Lee Oswald den Auftrag gab, sich als wilder Kommunist zu gebärden. Was dieser auch auftragsgemäss tat, kommunistische Flugblätter usw. verteilte, sodass nach den Ereignissen eine ganze Reihe von Zeugen auftreten und beeiden konnten, sie hätten Oswald als Kommunist kennengelernt.) Das Wort "auftragsgemäss" bezieht sich dabei zweifellos auf die CIA, in deren Diensten Oswald nach den Ermittlungen des Staatsanwalts Garrick in New Orleans stand. Fassen wir, um diesen Mordfall zu klären, einmal daher zunächst die feststehenden und allgemein bekannten Tatsachen zusammen: Der angebliche Mörder wird von einem Juden, Jack Rubinstein, im Polizeipräsidium selbst, in Dallas, ermordet. Earl Warren ist bekannt als weit links stehender Politiker mit engsten Beziehungen zu zionistischen Kreisen, denen er laufend von seiner Stellung aus aktive Schützenhilfe gewährte. Der Warrenbericht ist in seinen wesentlichen Punkten unwahr. Gouverneur Connally von Texas (der selbst verwundet wurde) beweist an Hand eines während der Tat aufgenommenen Films, dass meh-

rere Personen schossen (vgl. "Match" 3.12.66). Es war also nicht die Tat eines Einzelnen, sondern die einer Gruppe von Verschwörern. Diese Gruppe sass in der Regierung selbst. Johnson übergab die Klärung des Falles nicht dem an sich zuständigen Generalstaatsanwalt von Texas, obwohl dieser sofort "eine vollständige und anständige Klärung der beiden Verbrechen zusicherte", sondern ausgerechnet Earl Warren. Johnson, als Vizepräsident, fuhr an jenem Tage n i c h t , wie sonst immer üblich, im Wagen des Präsidenten, sondern in einem anderen Wagen in auffällig weitem Abstand (das alles wurde amtlich vom USA-Senat festgestellt. "National Law Enforcement Committee"). Das ist alles, was wir positiv wissen. Alles weitere sind Vermutungen. Die weittragendste Vermutung ist, dass es sich nicht um den Ausfluss ideologischer Spannungen (rechtsextreme Gruppe, Castroanhänger usw.) sondern um den ersten Höhepunkt in einem brutalen Machtkampf hinter den Kulissen handelt. Auf der Seite der Mörder stehen nach dieser Vermutung Earl Warren, die CIA und der Besitzer der "Time", der den Warren-Bericht mit allen Mitteln unterstützte. Die Uebertragung derartiger Methoden auf andere Kontinente erleben wir dann ja in dem Mord an Verwoerd nach dem Besuch Bob Kennedys in Südafrika (*21).

Diese Verbindung von Politik und Geschäft wird dabei eigentlich erst dadurch in so grossem Umfang möglich, als der Staat selbst seit 1913 auf dem Gebiet seiner Währung nicht mehr souverän ist. Er ist abhängig von einer Gruppe von Privatpersonen, und zwar ausgerechnet wieder von Zionisten. Am 24. Dezember 1913, um 4 Uhr nachmittags, das heisst von der Bevölkerung der Vereinigten Staaten fast unbemerkt und in Gegenwart von nur drei Senatoren kam es zu einer "Sitzung" des Senats! Zwei der anwesenden Senatoren waren die Herren Carter Glass und Nelson Aldrich, die schon 1909 in Jekyl Island in Georgia eine Geheimkonferenz mit den Bankiers Jakob H. Schiff, Warburg, Lehman, J.P. Morgan, Drexel, Biddle, Rockefeller und anderen hatten, um den Plan des Federal Reserve Systems einzufädeln, doch erst unter Wilson war dieses möglich, da sein Vorgänger Taft sein Veto eingelegt hätte.

Wilson unterzeichnete denn schon am gleichen Weihnachtsabend noch eine Stunde vor dem Tannenbaum das vom "Senat" genehmigte Gesetz (*22). Danach wurde nunmehr die Währung in die Hände einer Gruppe von Bankiers unter der Bezeichnung "Federal Reserve Corporation" gelegt. Diese Uebertragung der Rechte von seiten des Kongresses an jene Bankengruppe widerspricht der Verfassung (*23). Der Publizist Wycliffe B. Vennard charakterisiert den Vorgang wie folgt: "Sie gehen in die Staatsdruckerei und geben den Auftrag, einen 50 000 Dollarschein zu drucken. Dafür zahlen Sie 2/3 Penny. Dann gehen Sie ins Schatzamt und kaufen mit jenem Schein eine zinsentragende USA-Schatzanweisung für 50 000 Dollar. Dann deponieren Sie diese Schatzanweisung in der Münze und erhalten 50 000 Dollar in Geld. Ausserdem müssen Ihnen die Zinsen der Schatzanweisung gezahlt werden. Jetzt horten Sie als nächstes erst einmal diese 50 000 Dollar und benutzen sie als Deckung für die Ausleihung von 1 500 000 Dollar zu 6% jährlichen Zinsen." Als daher der Missbrauch dieser Gruppe mit dem ihm auf so smartem Wege zedierten Recht zu stark wurde, versuchte eine Gruppe von Abgeordneten 1965 eine Annullierung der Federal Reserve Act herbeizuführen, natürlich vergebens. Damals zahlten die Vereinigten Staaten jährlich 12 und eine viertel Billion Dollar an Zinsen an Wallstreet! Sie hatten bis zum 24. Januar 1964 die genaue Summe von 310 Billionen 517 Millionen Dollar an Zinsen an jene Bankiers gezahlt! (*24) Die Aktiven des Federal Reserve Systems waren von fünf Billionen Dollar zu Beginn des II. Weltkrieges auf 40 Billionen Dollar bei Kriegsende gestiegen, ein ansehnliches Geschäft! 1933 entnahmen diese Banken dabei bereits einmal 36 Billionen in Gold aus dem nordamerikanischen Staatsschatz, und 1963 wurden etwa 4 Billionen Dollar in

Silber ihm entnommen. Das eine geschah unter Roosevelt, das andere unter Kennedy. Der Versuch der genannten Abgeordneten, 1965 die 12 Federal Reserve-Banken zurückzukaufen (wie 1913 in dem Gesetz als Möglichkeit vorgesehen war), scheiterte an der Stimmenzahl. Selbst alle Versuche, eine Buchkontrolle dieser Banken durch den Kongress durchzuführen, scheiterten immer wieder. Obwohl es sich um eine private Organisation handelt, ist sie befreit von jeglicher Einkommensteuer! 1944 ging diese Organisation einen Schritt weiter und übertrug dem Weltwährungsfonds das Recht zur Kontrolle seiner Tätigkeit. "Geben Sie mir das Recht, das Geld einer Nation zu emitieren, und es interessiert mich nicht mehr, wer die Gesetze macht" (Mayer Anselm Rothschild).

Mit Hilfe dieses Systems wurden die notwendigen Geldmengen aufgebracht die die von dem CFR gesteuerte Aussenpolitik erforderte (und nur diese Gelder. Für andere Zwecke war kein Geld vorhanden). Bis 1962 hatten die USA 84 Billionen sogenannter "Hilfeleistungen" ans Ausland gezahlt. Die Staatsschuld betrug schon damals 1 Trillion 242 Billionen! Schon damals wurde im Kongress festgestellt, dass einer Goldreserve von 16,5 Billionen eine unmittelbare Forderung von 20,4 Billionen gegenüberstand. Der Vietnamkrieg kostete schon damals 2 Milliarden Dollar monatlich. Doch alle Warnungen waren in den Wind gesprochen, das System wurde nicht geändert. Als man sah, dass man an die Grenzen der Leistungsfähigkeit der USA gekommen war, griff man über die Grenzen und holte sich 1967 in Rio auf der Konferenz des Internationalen Weltwährungsfonds die Möglichkeit zu weiterer Inflation.

Seit 1963 bemühen sich die Vereinigten Staaten um eine Finanzierung ihrer Politik durch die übrigen Länder des Westens, denen man erzählt, man verteidige ja eigentlich ihre Freiheit. Man möchte über die Möglichkeiten hinausgehen, die der 1944 in Bretton Woods gegründete Weltwährungsfonds durch das Einspannen seiner Mitglieder bei der Finanzierung solcher Projekte, die "man" fördern wollte, sowieso schon gab. Europas führender Nationalökonom, Professor Wilhelm Roepke, warnte im Dezember 1965 (in "Universitas, Zeitschrift für Wissenschaft, Kunst und Literatur") sehr deutlich, "dass die USA-Währungspolitik verantwortlich ist für die Geldentwertung in Europa. Die USA haben (seit Bretton Woods) das Privileg, als Leitwährungsland eine Politik fortgesetzter Geld- und Kreditvermehrung treiben zu können... Die europäischen Zentralbanken nehmen den USA gezwungenermassen die Sorge um die Passivität ihrer Zahlungsbilanz ab und greifen Washington fortgesetzt mit Krediten unter die Arme." Die Tagungen des IWF werden dabei insbesondere für ihre Vorstösse benutzt. Auf der Jahresversammlung des IWF in Washington im September 1965 versuchten die Amerikaner, ihre Position durch Hineinziehen der "Unterentwickelten" zu stärken. Angesichts des europäischen Widerstandes schlagen sie vor, dass "alle Mitglieder des IWF an den Unterhaltungen teilnehmen". Die deutsche Delegation spricht von "einer politischen Idee", die hinter diesem Vorschlag steht und die Europäer malen angesichts der amerikanischen Wünsche auf Schaffung einer neuen, auf internationaler Vereinbarung begründeten zusätzlichen Währung, das Gespenst der Inflation an die Wand. Es war daher ein dornenvoller Weg bis es im August 1967 in London zu einer ersten grundsätzlichen, den Europäern schwer abgerungenen Verständigung über die Schaffung einer solchen zusätzlichen Währungsreserve (neben Gold, Dollar und Pfund) in der Form sogenannter "gegenseitiger Ziehungsrechte in nationaler Währung" (später "Sonderziehungsrechte", "Special Drawing Rights", abgekürzt SDR genannt) kam. Damit war der revolutionäre Plan des Einweltlers Meynard Keynes, der schon in Bretton Woods die Schaffung einer Weltwährung als Ziel der Institution vorsah, seiner Verwirklichung bedeutend näher gebracht worden. Das einzige, was

die EWG-Länder in Verteidigung ihrer Völker erreichen konnten, war, dass Beschlüsse im Gouverneursrat des IWF, sofern sie "den Betrag, die Dosierung und die Dauer der Zuweisung neuer Ziehungsrechte" betreffen, mit 85 % der Stimmen erfolgen müssen, was im Falle der Geschlossenheit der EWG-Front (sie hat 17% der Stimmen) diesen ein Vetorecht gibt. Die USA stimmten diesem Punkt unter der Bedingung zu, dass wenigstens für 1 Md Dollar neuer Ziehungsrechte herausspringen würden. Auf der kurz danach, im September 1967, in Rio tagenden Weltwährungskonferenz wurden dann diese Londoner Abmachungen als Arbeitsgrundlage für eine Sonderkommission angenommen, die den endgültigen Text der Aenderungen bis März 1968 festlegen sollte. Debré forderte bei den Verhandlungen erneut den reinen Goldstandard und eine "Besichtigung der Zahlungsbilanzdefizite der USA und Grossbritanniens". Die Anwesenden "waren beeindruckt von der Schärfe", mit der der Rabbinersohn Europa gegen die zionistischen Abenteurer verteidigte, und der amerikanische Vertreter Henry Fowler sah sich denn auch zu der beruhigenden (aber dann doch, wie wir inzwischen wissen, etwas voreiligen) Erklärung gezwungen, "sein Land werde weiter seine schwere und verantwortungsvolle Aufgabe erfüllen und jeden von der Zentralbank vorgelegten Dollar gegen Gold einlösen, zum unabänderlichen (!) Kurs von 35 Dollar die Unze Feingold". Die weitere französische Forderung, dass Vorbedingung für die Aktivierung von Ziehungsrechten die Wiederherstellung des Zahlungsbilanzgleichgewichts der Vereinigten Staaten und Englands sein müsse, wurde verworfen. Auch der westdeutsche Wirtschaftsminister Karl Schiller drückte sich sehr deutlich aus: "Man hat in den letzten Jahren in Deutschland schon wiederholt auf die Gefahr hingewiesen, die entstehen würde, wenn die USA und Grossbritannien die neue Liquidität dazu benutzen würden, ihre Zahlungsbilanzdefizite zu finanzieren... Ausserdem ist eine Ausfuhr der Inflation zu befürchten, wenn die Dollar- und Sterlingländer nicht mit durchgreifenden, internen Massnahmen dazu beitragen, ihre Zahlungsbilanzen in Ordnung zu bringen, das heisst sich zu stabilisieren". Als Fowler die Unverschämtheit besass, die Länder mit positiver Zahlungsbilanz aufzufordern, "ihre Wirtschaftshilfe in der übrigen Welt zu verstärken", das heisst in jener durch die abenteuerliche USA-Politik zerstörten, einst europäischen Welt, antwortete Schiller, "dass der grosse Ueberschuss der deutschen Zahlungsbilanz aus der Wirtschaftssanierung Deutschlands entstanden ist" und also nicht vergeudet werden könne. Auch gelang es den Europäern, eine Beteiligung der "Unterentwickelten" an diesem System nur unter gleichen Bedingungen zu erreichen, sodass diese also ebenfalls die Verpflichtung zur Rückzahlung etwa entnommener Ziehungsrechte haben. Die USA hatten versucht, sich den deutschen Partner durch vorausgehende Direktverhandlungen gefügig zu machen (Kiesingerbesuch im August in Washington). Man drohte dabei mit Nichterfüllung der Kennedyrunde (internationale GAT-Verhandlungen zur Senkung der Zölle, hier der amerikanischen Einfuhrzölle auf deutsche Autos usw. Vergessen wir doch nicht, dass dem amerikanischen Autogeschäft in dem besetzten Deutschland das Pech mit den Volkswagenwerken in der britischen Zone geschah, ohne welches sie heute ein Monopol der deutschen Automobilindustrie in Händen gehabt hätten), wenn es zu keiner Einigung in Washington käme. Es ist weiter interessant zu beobachten, wie bis zum Abschluss der Konferenz in Rio die Amerikaner sich in Erklärungen und Reden darum bemühen, einen soliden Eindruck zu machen, und wie dann so schnell hinterher schon das ganze Gebäude in der (sofort Frankreich in die Schuhe geschobenen) Goldkrise zusammenstürzt. Selbst den Umfang des beabsichtigten Raubzuges hält man noch möglichst klein. Doch schon im November 1967 erscheint eine Studie des USA-Kongresses (Verfasser George Willis und Fred Springborn), die von der Notwendigkeit von 3,75 bis 5,25 Md Dollar jährlichen neuen Reservebe-

darfs für 1975 spricht, also von 3 bis 5 mal mehr, als noch in Rio ins Auge gefasst. Diese Höhe sei notwendig wegen der zu ersetzenden Reserveverluste bei den Defizitnationen, das heisst: weil es notwendig sei, die an die "Unterentwickelten" weggepumpten eigenen Devisen durch ein Stück Papier mit Aufschrift SDR zu ersetzen. ("Interdependenz", wechselseitige Abhängigkeit heisst diese neue Politik. Ihr Gegenteil war die "Autarkie", die die bösen Faschisten erfunden hatten. Damals meinte man nämlich, dass man erst einmal das eigene Volk glücklich machen müsse, heute meint man, das Unglück müsse möglichst gleichmässig verteilt werden.) Denn das ist ja wesentlich bei diesen neuen Ziehungsrechten; sie können in den Bilanzen der Zentralbanken wie Aktiva gebucht werden.

Parallel zu dieser Einschaltung Europas in die Finanzmisere der USA (denn darauf wird es praktisch hinausgehen), läuft im September 1967 die Neuauflage einer Anleihe von 100 Millionen Dollar durch die (ebenfalls seinerzeit in Bretton Woods gegründete) Weltbank, die – ausschliesslich ausserhalb der USA angeboten wird. Von den 3, 2 Md Schuldtiteln der Weltbank lauten dabei in jenem Monat 2, 4 Md auf europäische Währungen. Europa gibt also auch hier das Geld für die von Washingtons Führern gewünschten Finanzvorhaben. In Rhodesien würde die Weltbank zum Beispiel ganz sicher heute nicht mehr den Karibadamm finanziert haben.

Als man in London zu der geschilderten Einigung gelangt war, meinte der frühere USA-Unterstaatssekretär für Währungsfragen, V. Roosa, man wäre dem Idealziel (!) einer neuen Währungseinheit auf der Welt bedeutend näher gekommen. "Der neue Reserveplan schützt das gegenwärtige Währungssystem vor dem Zusammenbruch, der ohne die Schaffung neuer Reserveeinheiten binnen fünf Jahren eintreten müsse." Ohne das Abkommen von Rio wäre Europa also nach dieser Meinung binnen fünf Jahren vom Dollar befreit gewesen! "Mit der Zeit", fährt Roosa dann fort, "dürfte es klar werden, dass die Weltwirtschaft ein monetäres Korrelat zum Wachstum des zwischenstaatlichen Warenaustausches benötigt." Um ein solches, eigentlich gar nicht naturnotwendiges Wachstum bemüht sich darum zu gleicher Zeit eine andere Gruppe aus den gleichen Kreisen. Ort dieser Bemühungen sind die sogenannten Welthandelskonferenzen.

Im Mai 1964 tagt mit diesem Ziel erstmalig die "Genfer Weltkonferenz für Handel und Entwicklung". Ihr wesentliches erstes Ergebnis ist die Absage der Beteiligten an die zionistischen Pläne zur Schaffung einer "Internationalen Handelsorganisation". Es wird jedoch eine "Kommission für den Welthandel" geschaffen, deren Sekretariat bei dem Sekretariat der UN, allerdings dann mit Sitz in Genf, eingerichtet wird. Generalsekretär wird der argentinische Jude Dr. Raúl Prebisch. Begleitet werden diese ersten Verhandlungen von politischen Aktionen wie Proteste gegen die Teilnahme Portugals und Südafrikas an dieser Konferenz.

Die "2. Grosse Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinigten Nationen" tritt dann am 1. Februar 1968 in Delhi zusammen. Generalsekretär Prebisch der UNCTAD (wie sich die in Genf beschlossene Kommission nun nennt), bringt als Einleitung einen Katalog der Möglichkeiten zur Bewältigung der Probleme der Entwicklungsländer vor unter dem Titel "Auf dem Wege zu einer globalen Entwicklungsstrategie". Es wird hier mit einem Begriff gearbeitet, der zunächst einmal einer Klärung bedarf.

"Der Begriff "unterentwickelte Länder" ist wertgeladen, da er impliziert, dass die Entwicklung dieser Länder wünschenswert ist" (Myrdal aaO S. 18). Ja, er impliziert mehr noch: den Wunsch nämlich, völlig fremde Objekte, ohne diese nach ihrer eigenen (sehr oft auch gar nicht fassbaren) Meinung gefragt zu haben, ja, nachdem man ihnen selbst erst überhaupt (meistens ein sehr künstliches) Le-

ben eingehaucht hat, zu "entwickeln", das heisst ihnen eine Form zu geben, wie man es eben oben auf dem Kommandoturm im neuen Babel für richtig hält. Genauer gesagt: das, was die Zionisten und ihre Mitläufer und gedankenlosen Nachplapperer "Entwicklung" nennen, ist überhaupt keine eigentliche, natürliche Weiterentwicklung der Völker. Es ist mit dem Wort "Entwicklung" nichts anderes gemeint als Technisierung, materieller Ausbau. Ja, diese Entwicklungsstrategen sind sogar ganz eifrige und entschlossene Gegner jeder wirklichen Weiterentwicklung der Völker. Sie wünschen eine weltweite kulturelle, geistige und biologische Sterilisation, einen völligen Entwicklungsstop der lebendigen Teile der Menschheit. Nichts soll sich mehr natürlich weiterentwickeln. Es soll alles auf ein ganz bestimmtes, allen gleich erreichbares, niedriges, rein animalisch-materialistisch umschriebenes Niveau reduziert werden. Die Angehörigen jenes Volkes, welches niemals eine bedeutende Volkskunst gekannt hat, wünschen die Zerstörung aller Quellen, aus denen heraus eine weitere Höherentwicklung der Menschheit erfolgen könnte. Das grausige Bild des Bewohners ihrer Einwelt ist das eines hygienisch sauberen, für seine Arbeit gedrillten, geistig unterernährten Typs ohne eigene schöpferische Gedanken und ohne eigenen Macht- und Gestaltungswillen. Wer solchen besitzt, wird als "Faschist" oder "Herrenmensch" verschrieen und ihm, wie im Falle Kolbenheyers oder Knut Hamsuns oder Brasillachs, das Dichten verboten. Er stört den Friedhofsfrieden und die mit Computern eingefangene Moral der Utopisten.

Dieser Begriff der "Entwicklung" als eine am grünen Tisch ausgearbeitete Planung, die sich, wie wir noch sehen werden, in ganz erschreckender Weise und mit grausigsten Folgen über die natürlichen Verhältnisse der Völker hinwegsetzt, geht zurück auf die Zeit der Vorbereitung des sogenannten "Völkerbundes", den die Weltfreimaurerei 1919 durch Wilson installieren liess (*25). Im Rahmen dieser neuartigen Weltorganisation sprach man von der Einrichtung sogenannter Mandatsgebiete. "Das Wohlergehen und DIE ENTWICKLUNG dieser Völker bilden eine HEILIGE (!) AUFGABE DER ZIVILISATION" (Art. 22 Abs. 1 der Satzung des Völkerbundes). Die Niederlage Deutschlands brachte den Utopisten die günstige Gelegenheit, ihre Pläne in weiträumigen Gebieten auszuprobieren. Die ehemaligen deutschen Schutzgebiete wurden zum ersten Experimentierfeld der Internationalisten. Dabei sollte diese "Entwicklung" dauernd vom Völkerbund kontrolliert werden: "In allen Fällen hat der Mandatar dem Rate jährlich einen Bericht über die seiner Fürsorge anvertrauten Gebiete vorzulegen" (Art 22 Abs. 7 der Satzung). Der Begriff der "Entwicklung" war so von Anfang an mit dem der "Einmischung in die internen Angelegenheiten fremder Staaten" verknüpft. Er war, um es anders auszudrücken, also unvereinbar mit dem völkerrechtlichen Postulat der "Nichteinmischung". Dieser Widerspruch hat sich dann besonders deutlich unter dem Nachfolger des Völkerbundes herausgestellt. Die Schaffung von sogenannten "Entwicklungsländern" an Stelle der bisherigen europäischen Kolonien wurde gleichbedeutend mit der Forderung dauernder internationaler Kontrolle der inneren Angelegenheiten dieser Länder. Aus Teilen souveräner Reiche wurden Kolonien der Weltbank, der Veröffentlichten Weltmeinung, der Weltgesundheitsorganisation, des Weltarbeitsamts (*26) usw. Man durfte nur so regieren, wie es die Internationalisten wollen. Die "Eine Welt" sollte vorbereitet werden. Nur, was in diesem Sinne geschah, galt und gilt als "fortschrittlich", nur aber fortschrittlich regierte Entwicklungsländer können auf "Entwicklungshilfe" rechnen. Wenn es heisst, Entwicklungshilfe sei nicht an politische Bedingungen geknüpft, so ist das Ausfluss eben dieser Auffassung, dass nämlich alle derzeitigen politischen Systeme, ob kapitalistisch oder kommunistisch, gleich weit entfernt sind von dem eigentlichen Endziel. Die Zweiteilung der gegenwärtigen Welt ist weniger wichtig als die Frage nach der Ab-

sicht zur endgültigen "Integrierung" in einen Weltstaat. Auf solche Integrierung als "Verwirklichung des alten westlichen (sprich: freimaurerischen) Ideals der Gleichberechtigung" (Myrdal aaO S.13) ist alles auszurichten. Die abendländische Selbstverständlichkeit der Gleichheit der Menschen vor Gott wird so politisch missbraucht. Eine Utopie, genannt "Demokratie" wird gefordert, und wo diese Utopie sich wegen der menschlichen Ungleichheit nicht einmal in Ansätzen durchführen lässt, da wird versucht, sie mit Terror, Verleumdung, Bestechung, Mord und Krieg dennoch einzuführen. Vor der massenweisen Vernichtung von Menschen zum Zwecke der Erreichung des tatsächlich unerreichbaren Zieles schreckt man im Rahmen der Erfüllung der "Heiligen Aufgabe der Zivilisation" nicht zurück. Rhodesien ist nur eines der bekanntesten Beispiele dafür. Kein geringerer als Dean Acheson, ja wohl einer der bedeutendsten Staatssekretäre der Vereinigten Staaten in diesen Jahrzehnten, hat in einer Rede vor der American Bar Association am 24. Mai 1968 in Washington auf die Gesetzlosigkeit des internationalen Vorgehens hingewiesen, auf die "Arroganz internationaler Anwälte", und dass die Charta der Vereinigten Nationen die Sanktionen gegen Rhodesien in keiner Weise zuliesse oder rechtfertige. "Die UN haben ihrer Satzung nach vor der Souveränität ihrer einzelstaalichen Mitglieder haltzumachen. Sonst gäbe es die Intervention aller gegen alle, das heisst den permanenten globalen Konflikt." Das Beispiel Rhodesien macht klar, dass die UN von gewissen Kreisen heute dazu benutzt werden, "um in internen Fragen ihrer Mitglieder zu intervenieren, anstatt den Frieden zu erhalten". Gerade das war beabsichtigt, als man das "Ende des Kolonialzeitalters" mit nordamerikanischen Waffen von Europa erzwang. Die Europa wirklich heiligen Begriffe von Freiheit und Gleichheit wurden von Internationalisten in den Kot gezogen. An die Stelle europäischen Verantwortungsbewusstseins trat die Geld- und Machtgier der Einweltler, getarnt hinter Ausdrücken wie "Befreiung von der Kolonialherrschaft", "Demokratie", "Weltfrieden" und ähnlichem. Wir werden noch sehen, wie die Ergebnisse dieser "Befreiung" in der Welt draussen wirklich aussehen. Im Augenblick nehmen wir nur zur Kenntnis, was Dean Acheson sagt, indem er die Lage Rhodesiens heute mit der der rebellierenden Amerikaner vergleicht: "Wie glücklich waren doch die Amerikanischen Kolonien, dass sie 1776 keine UN gegen sich hatten." Wir wissen jetzt, was ein Raúl Prebisch unter "globaler Entwicklungsstrategie" versteht, und wir wissen, wer die Strategen hinter diesen Plänen sind.

Nicht mehr und nicht weniger als eine "neue Welthandelsordnung" fordert dieser Revolutionär. "So könne den Entwicklungsländern ermöglicht werden, allmählich ihre eigenen Fähigkeiten zu entfalten." Man erinnert bei solchen, uns Europäern so blasphemisch anmutenden Weltorganisierungsplänen das Alte Testament, wo es heisst (2. Buch der Chronika, 2. Kapitel, Vers 16 und 17): "Und Salomon zählte alle Fremdlinge im Lande Israel, nachdem dass David, sein Vater, sie gezählt hatte, und wurden gefunden 153 600. Und er machte aus denselben 70 000 Träger und 80 000 Hauer auf dem Berge und 3 600 Aufseher, die das Volk zum Dienst anhielten." Prebisch fordert dazu finanzielle Massnahmen der Industriestaaten zugunsten der "Entwicklungsländer". 1% ihres Bruttosozialprodukts sollten sie wegschenken. An öffentlichen Kapitalien sollten die Entwicklungsländer einen Betrag erhalten, der 0,75% ihres eigenen Bruttosozialprodukts ausmache. Ausserdem fordert Prebisch noch ausdrückliche "neue Liquiditäten", die der IWF beschaffen müsse. Bei den Weltfinanzleuten fordert man einen grösseren Welthandel, bei den Welthandelsleuten grössere Liquidität. Eine Gruppe schützt die andere vor. In einem Augenblick, da die Welt auf kaltem Wege von einer Gruppe Machthungriger in ihrem Sinne umorganisiert wird, erwartet man Mithilfe von den Industriestaaten unter dem Motto der "Hilfe" für Fremde. Doch die Europäer sind nicht geneigt, auf diese erkannten Weltherrschaftspläne ein-

zugehen und setzen ihr "Trade not Aid" (Handel nicht Hilfe) dem "Trade and Aid" (Handel und Hilfe) der unterentwickelten Lieblingskinder der UN entgegen. So muss Prebisch zugeben: "Nach einem Jahrzehnt der Entwicklung ohne Entwicklungspolitik kann es nicht wunder nehmen, dass die Ergebnisse so kümmerlich sind." Er fordert zu Beginn der Konferenz "ein globales Präferenzsystem zwischen den industriellen und den Entwicklungsländern mit einer Laufzeit von wenigstens zwölf Jahren". Diese Wünsche decken sich mehr oder weniger mit dem Ergebnis der Konferenz von Algier im Oktober 1967, auf welcher die Entwicklungsländer unter sich waren und ihre Wunschliste der übrigen Welt vorlegten. Der dort herrschende aggressive Ton setzte sich gleich eingangs auch in Delhi durch und verhärtete den Widerstand der Europäer. Frau Ghandi sprach in ihrer Eröffnungsrede von "den egoistischen Zielen der Industrienationen" und Uganda forderte (vergebens) den Ausschluss Südafrikas von der Konferenz. Später verliessen die Farbigen und die Südamerikaner den Saal, als Südafrika seine Erklärung abgab, Formosa griff das (abwesende) China an, Bulgarien Israel und die Vietnampolitik der USA, sodass der zweite führende Zionist unter den Anwesenden, der USA-Vertreter Walt Rostow, die Teilnehmer bitten musste, sich doch auf die Wirtschaftsprobleme zu konzentrieren. Der Vertreter der Sowjetunion meinte jedoch dazu, man müsse auch politische Faktoren berücksichtigen, soweit sie das Wirtschaftsgeschehen beeinflussen. So kam diese Mammutkonferenz von 1500 Delegierten aus 133 Ländern (Mauritius, soeben geboren, schloss sich auch schnell noch an) über Reden und Gegenreden nicht weiter (jedes Land verfügte über das gleiche Stimmrecht!). Die Vertreter der Industrienationen hatten deutlich Order, auf die öffentliche Meinung in ihren Ländern Rücksicht zu nehmen, die es langsam müde war, den zionistischen Weltorganisationswünschen zu entsprechen. Nach zweimaliger Verlängerung kam man dann nach acht Wochen zu folgenden Vorschlägen: 1) Annahme eines Präferenzsystems für den Handel mit Industrieprodukten der Entwicklungsländer (nicht also für Agrarprodukte. Die mit der EWG assoziierten Länder in Afrika, also Frankreichs Freunde hatten so fast keinen Vorteil, da sie schon im Genuss ähnlicher Präferenzen waren). Voraussetzung ist natürlich die Lieferung konkurrenzfähiger Industrieprodukte. Die Sowjetunion lehnte dieses Präferenzsystem ab. 2) Die Kapitalhilfe soll auf die von Prebisch geforderte Höhe von 1% des Bruttosozialprodukts gebracht werden, was bei Durchführung dieses Versprechens eine 30%ige Erhöhung der bisherigen Finanzhilfe bedeuten würde! Die Sowjetunion erklärte diese Abmachung als für sich nicht bindend. Die übrigen Staaten legten sich nicht terminmässig fest, wann dieser Aderlass beginnen soll. – Die so endende Konferenz koste te etwa 10 Millionen Dollar. Das zahlten die Mitglieder der UN, sowie die BRD.

Doch diese internationalen Verhandlungen gingen für die Entwicklung der nordamerikanischen Finanzen viel zu langsam. Zunächst kam es in England, dem angelsächsischen Bruder, zur offenen Krise. Das Pfund musste abgewertet werden (siehe unter "England"). Und dann waren die USA selbst dran. Kaum war die Konferenz in Rio beendet, als man auch der grösseren Oeffentlichkeit, allen denen, die die gewöhnlichen Tageszeitungen und Zeitschriften lesen, klar machte, dass die USA bald kein Gold mehr haben würden, denn der Abgang überstiege schon seit geraumer Zeit den Zufluss. Man suchte nach Lösungen und die Fachzeitschriften waren voll von guten Ratschlägen, nur keiner rührte an der Wurzel des Uebels. Man suchte die Lösung im rein Technischen. Nicht ein Zionist wurde in Washington entlassen. Man löste "nur" den Dollar vom Goldstandard. Das geschah nach dramatischen Tagen und Wochen, in welchen die Europäer mal hier, mal dort tagten und berieten, wie sie sich aus dem Erdrutsch heraushalten könnten. Am 18. März 1968 unterzeichnete Johnson ein Gesetz, welches die amerikanischen Golddeckungsbestimmungen aufhob. Damit wurde der Dollar im bin-

nenwirtschaftlichen Verkehr völlig vom Gold gelöst. International beschränkte man die Relation von Gold zu Dollar von 35 Dollar je Unze von nun an auf den offiziellen Verkehr zwischen den Notenbanken und liess dem Goldpreis im freien Handel seinen Lauf. Zugleich stellte man das seit 1960 bestehende Verfahren offizieller Interventionen im Falle von Schwierigkeiten (den sogenannten Goldpool) ein. Die BRD verpflichtete sich ausserdem, in ihren offiziellen Dollarkonversionen in Gold Zurückhaltung zu üben, um den USA eine Atempause zu verschaffen. Diese versprachen Massnahmen zur Normalisierung ihrer Zahlungsbilanz einzuleiten. "New York Times" kommentierte, dass nur solche eine echte Lösung bringen könnten, dass alle (von uns eben genannten) Massnahmen sonst nur "den Tag der Abrechnung weiter hinausschieben würden". Kiesinger sah sich veranlasst, den Herren in Washington zu Hilfe zu kommen, indem er den alten Spruch wiederholte, "dass die Nordamerikaner die Nation seien, welche am meisten zum Frieden und zur Freiheit der Welt beigetragen hätten, und dass wir Deutsche darum Nordamerika unterstützen müssten" (dpa 20.2.68). Dass das genaue Gegenteil der Fall ist, will der deutsche Bundeskanzler nicht wahr haben. In den Vereinigten Staaten selbst versucht man, die Schuldigen an dieser Entwicklung zu decken und spricht "von dem mangelnden Willen der Europäer zur Zusammenarbeit" und "U.S. News and World Report" schiesst am 29. April in einem Artikel "No wonder we're broke!" ("Kein Wunder, dass wir bankrott sind!") den Vogel ab, indem er – Südafrika dafür verantwortlich macht, ausgerechnet jenes Land, welches die USA jährlich Hunderte von Millionen am Aussenhandel und an Industriebeteiligungen bar verdienen lässt! Während die Zionisten ihre Position in der Regierung weiter festigen (Ernennung Wilbur Cohens zum Minister für Gesundheit, Erziehung und Wohlfahrt, Ernennung Abe Fortas zum Höchsten Richter) fragt man sich im Lande: "Does globalism pay?" ("Lohnt sich unsere Weltrolle?"). Doch bei dem unveränderten Gesicht der USA-Regierung ist kaum eine Aenderung zu erwarten. Hatte man schon längst alles überschüssige Geld aus den Einzelstaaten der USA herausgesogen, so ging man jetzt dazu über, die übrige Welt auszupressen. Eine Zeitungsmeldung von Mitte Juli 1968 lautet: "Weltbankpräsident Robert McNamara kündigte bei seinem kurzen Besuch in Bonn Anfang Juli weitere Kapitalaufnahmen der Weltbank in der BRD an. Bundeswirtschaftsminister Schiller bezeichnete diese Möglichkeit für die nächsten Monate als gut, sagte jedoch, langfristig müsse die BRD aber auch an das internationale Wohlverhalten insgesamt wie an die eigene Konjunktur- und Strukturpolitik denken." Die Usurpation der amerikanischen Währung im Jahre 1913 beginnt also, ihre Kreise zu ziehen. Das Abenteuer der Assignaten von 1789 beginnt sich in dem heute weiteren Rahmen der demokratischen Welt zu wiederholen. Verschiedene Goldkurse für Staats- und Privatgebrauch, Ziehungsrechte und Interbankard sind die modernen Vorgänge in der neuesten Strophe jenes Liedes, welches wir in Deutschland bereits zweimal mitsingen mussten.

Die völlige Unehrlichkeit der USA-Pläne hat sich schon wenige Wochen nach Aufhebung des Goldstandards erneut gezeigt, als Südafrika dem Weltwährungsfonds Gold im Werte von 50 Millionen Dollar zum Kauf anbot. Ein solches Angebot muss nach den bestehenden Bestimmungen angenommen werden. Der "Managing Director" des Währungsfonds sowie die Mitglieder des Zehnerklubs, also die europäischen Notenbanken erklärten, "dass es keine rechtlichen Gründe gäbe, ein solches Angebot abzulehnen". Trotzdem versuchten die USA, eine Ablehnung durchzudrücken. Die USA haben nämlich feststellen müssen, dass die Zweiteilung des Goldmarktes, wie sie auf Wunsch der USA im März 1968 erfolgte, nur solange wenigstens einigermassen funktioniert, wie der Goldpreis auf dem privaten Sektor nicht zu hoch steigt und sich also allzuweit von dem Preis entfernt, der für den offiziellen Sektor gilt. Wenn also Südafrika gezwun-

gen wird, sein Gold auf dem privaten Sektor, anstatt auf dem offiziellen anzubieten, dann erhofft man dadurch eine Senkung des privaten Goldpreises wegen des grösseren Angebots. Das aber ermöglicht die USA, ihre Abenteuerpolitik ohne Golddeckung weiterhin fortzusetzen. Die USA versuchen offensichtlich, entgegen ihren Versprechungen in Rio und Washington, die dort geschaffenen künstlichen Währungsreserven endgültig als Ersatz , nicht aber, wie versprochen, nur als Ergänzung des Goldes einzusetzen, und somit die Welt langsam auf die Grundlage einer reinen Papierwährung von New Yorks Gnaden zu stellen. Der Kampf zwischen Südafrika und den USA in dieser Angelegenehit hat also weltweite Ausmasse. Hat Südafrika zunächst auch gesiegt, so ist doch schon erkennbar, wie die weiteren Vorstösse Nordamerikas aussehen werden. Schon das Lavieren Nixons (deutlich bei der Wahl seines Vizepräsidenten) zwischen Konservativen und Liberalen zeigt dabei, dass die "amerikanische Gefahr" auch unter dem nächsten Präsidenten weiter bestehen bleiben wird. Die Gestaltlosigkeit der neuen Regierung beweist vielmehr schon die von Nixon präsentierte Kabinettsliste. An die Stelle des mit unvermeidbarer Provokation und unbeschreiblichem Meinungsterror vorgetragenen Angriffs der Einweltler von Roosevelt bis Johnson (die Einpeitscher zogen sich alle rechtzeitig aus dem Rampenlicht der Oeffentlichkeit zurück), erfolgt jetzt hinter dem Schirm einer harmlos erscheinenden Regierung genauso "auftragsgemäss" der Ausbau der erreichten Positionen. Harvard und die UNESCO erziehen in vermehrtem Umfang für die nächste Wachablösung, die einmal erlassenen Gesetze, die das Zusammenleben der Menschen ändern sollen, werden nicht mehr rückgängig gemacht, die biologische Grundlage der USA also mit Hilfe der "Bürgerrechte" und des neuen Einwanderungsgesetzes, welches Asiaten und Neger bevorzugt, unter dem Schutz der Republikaner nachhaltig zerstört. Mindestens die Hälfte der Wähler Nixons dürfte sich daher schon heute betrogen fühlen und bedauern, nicht ebenfalls Wallace gewählt zu haben. Und wenn dann eine solche Regierung, weil sie mangels einer klaren Linie sich scheut, die Ursachen der allgemeinen Misere von Grund auf auszurotten, scheitert, ist es wieder einmal Zeit, die Demokraten ans Ruder zu lassen. Sie bereiten sich inzwischen in Ruhe auf diesen Augenblick vor. Wir erlebten dieses Spiel bereits einmal unter Eisenhower.

Wilder aber als auf allen bisher genannten Gebieten tobten sich die Weltverbesserer in der Negerfrage aus. Hier wurde die Widernatürlichkeit ihres Konzepts besonders deutlich. Nirgends versagten sie darum auch so vollkommen wie in dieser Frage (wir werden noch sehen, wie sich die Geldgeber in unseren Tagen enttäuscht von ihren Zöglingen wieder abwenden. Vgl. *465). So alt wie die Vereinigten Staaten selbst ist dieses Negerproblem. Und immer wieder hat sich eine natürliche Lösung aufgedrängt: Rücksendung der ehemaligen Sklaven nach Afrika. Noch in der berühmten Gleichberechtigungsproklamation (Emancipation Proclamation) Abraham Lincolns heisst es wörtlich: "Ich erkläre hiermit, dass die Anstrengungen, Personen afrikanischer Herkunft mit ihrer Einwilligung in ihrem Kontinent oder andernortes anzusiedeln, fortgesetzt werden." Am 16. April 1862 stellte der Kongress in diesem Rahmen eine Summe von 600 000 000 Dollar zur Verfügung "für die Auswanderung und Unterhaltung von Personen afrikanischer Abstammung, die auszuwandern wünschen". Das Geld wurde niemals angerührt. Erst im Herbst 1967 wandte sich wieder eine Gruppe von amerikanischen Negern an den Kongress, mit der Forderung, diese Beträge verfügbar zu machen, "denn sie wollten nicht teilhaben an den Rassenunruhen und darum auswandern". Es ist der bisher letzte Versuch in dieser Richtung. Kurz vor dem II. Weltkriege war es dem Neger Marcus Garvey gelungen, seine Rassegenossen zusammenzufassen und sich mit 2½ Millionen Unterschriften an den Kongress zu wenden und die Rückwanderung nach Afrika zu fordern. Senator

Bilbo und nach dessen Tode der uns bereits bekannte Senator Langer, unterstützten den Antrag. Wer weiss, wie schwierig es ist, auch nur ein paar tausend von Unterschriften zusammenzubringen, mag ermessen, welche politische Kraft hinter diesen 2½ Millionen Unterschriften stand. Der Antrag wurde dem Committee on Foreign Relations unter Leitung des Senators Fulbright übergeben, demselben, der schon so viele andere Dienste der Weltfreimaurerei leistete, und dort schläft dieser Antrag bis heute. Es wäre eine zu schöne Lösung dieser Rassenfrage gewesen! Die führenden Neger, Garvey selbst, sowie seine Nachfolgerin, M.L. Gordon, wurden beseitigt. Ein neuer Antrag wurde im Juni dieses Jahres 1968 dem Kongress (Congressional Record E 5375 vom 13.6.68) von den Führern einer neuen "Back to Africa" (Zurück nach Afrika)-Bewegung, den Negern A.B. Baker und James Hemphill, vorgetragen. Doch alle diese Bemühungen wurden schon im Keime immer wieder erstickt. Man versagte ihnen jegliche Publizität, man verweigerte ihnen das Vortragsrecht ("Freedom of Speech") im Kongress und vor dessen Ausschüssen, denn man hatte vor, mit Hilfe dieses Negerproblems das stärkste weisse Volk der Erde zu zerstören. Man brauchte die Neger in den USA selbst auch weiterhin. Und man brauchte Neger, die hemmungslos gemischt werden konnten und wollten mit der weissen Rasse. Man kam mit der Forderung auf "INTEGRATION".

Anfang der fünfziger Jahre fühlten sich die treibenden zionistischen Kräfte stark genug, das Thema in ihrem Sinne aufzurollen. Getreu ihren demokratischen, egalitären Kampfparolen erklärten sie auch hier die völlige Gleichheit von Weiss und Schwarz vor dem Gesetz und in allen Bereichen des täglichen Lebens. Hauptsächlicher Träger war die seit 1908 bestehende "National Association for the Advancement of Colored People"(*27). Da es in bundesdeutschen Zeitungen und Zeitschriften üblich ist, diese Organisation als guterzogenes Kind der nordamerikanischen Gesellschaft darzustellen, obwohl sie amtlich als kommunistisch bezeichnet wurde, einige Einzelheiten über die in ihr verantwortlichen Personen: Der genannte Walling (s. *27) kam gerade aus Russland in den Staaten an. Jakob Schiff finanzierte das Unternehmen. 1913 wurde die Spingarn-Medaille gestiftet, die jährlich seitdem von der NAACP vergeben wird. Später half der rein kommunistisch orientierte Garland-Fund. Spingarn übernahm kostenlos die Rechtsvertretung. Du Bois ging 1960 ins kommunistische Ghana. Nach ihm wurden die Du Bois-Clubs benannt, eine Fortsetzung der Jungkommunistischen Liga (Hoover, FBI). 1939 erhielt der erklärte Kommunist und Zionist Mordecai Johnson die Spingarnmedaille. Weitere Kommunisten folgten in den nächsten Jahren. Sie alle zu nennen würde den Leser ermüden. Zur Seite steht der NAACP seit 1920 die "American Civil Liberties Union" (ACLU). Schon im gleichen Jahr wird sie vom Senat des Staates New York bezeichnet als "Unterstützer aller subversiven Bewegungen. Ihre Propaganda ist den Interessen des Staates diametral entgegengesetzt. Sie versucht nicht nur, Verbrechen zu schützen sondern ermutigt Angriffe auf unsere staatlichen Einrichtungen in jeder Form". Ihr Gründer, Roger Baldwin, erklärte in einem Unterrichtsbuch für Harvard: "Ich bin für Sozialismus, Entwaffnung und letzten Endes für die Abschaffung des Staates als solchem. Kommunismus ist das Ziel." Vizepräsidentin war auch Pearl S. Buck, von welcher Samuel Roth in seinem Buch "Jews must live" schreibt (S. 56), dass sie nach zwanzigjähriger Tätigkeit als christliche Missionarin in China "schamrot erklärte, sie sei eine galizische Jüdin mit ursprünglichem Namen Sydenstrikker". Natürlich ist die ACLU langjähriges Mitglied der Internationalen Liga der Menschenrechte, einer Organisation der Komintern.

Mehr und mehr kam die Bewegung unter zionistische Leitung. Der Zionist Kivie Kaplan wurde Präsident der NAACP. Zionisten waren es, die den Negern den Weg der politischen Betätigung zeigten. Während die Regierung ent-

gegen der Verfassung Little Rock besetzen liess, um dort die sogenannte Integration im Erziehungswesen mit Waffengewalt durchzusetzen (eine hochmoderne Schule für die Neger war vorhanden, wurde aber abgelehnt zugunsten gemeinsamer Erziehung in der veralteten Schule im Stadtzentrum), während Zionisten und Kommunisten die Neger anlernten, wie man mit Protestmärschen, Protestversammlungen usw. Politik macht, schuf die Bundesregierung die neuen Gesetze und der Oberste Gerichtshof unter Warren erklärte jeden Einspruch dagegen für ungültig.

Doch dann war die in Bewegung gesetzte Lawine auf einmal nicht mehr zu halten. Die natürlichen, ewig wahren Kräfte gewannen die Oberhand. Die Zwangsjacke der Integration wurde abgestreift. Der Neger wollte wirklich frei werden. Er begann, den grossen Betrug zu ahnen. Angesichts der ersten Unruhen meinten die Inspiratoren der Bürgerrechts-Bewegung noch beruhigen zu müssen. Generalstaatsanwalt Nicholas Katzenbach erklärt irreführend: "Es würde ein tragischer Fehler sein zu sagen, dass diese Unruhen überall in der Nation Teil einer nationalen Verschwörung sind." "Nationale Verschwörungen" durfte es auf keinen Fall geben, weder bei den Weissen noch bei den Schwarzen. So musste man das Spiel weiter vorantreiben, obwohl bereits das "Student Non-Violent Coordinating Committee" (SNCC) unter Rap Brown auftrat, der kurzerhand den Befehl gab, "wenn Washington uns nicht gehorcht, wird es niedergebrannt". Sein Vorgänger im Amt, Stokely Carmichael hatte schon gesagt: "Wenn Du von Black Power, Schwarzer Macht, sprichst, dann bringst Du dieses Land auf die Kniee, dann baust Du eine Macht, die alles zerstören wird, was westliche Zivilisation in diesem Lande geschaffen hat." Er steht in engstem Kontakt zu Fidel Castro und nahm führend an der OLAS-Gründung 1967 auf Cuba teil. Wie auf der anderen Seite des Globus am Suezkanal weiss der Kommunismus, die Gelegenheit für sich zu nutzen. Die Neger sind es so, die tatkräftiger noch als die Weissen, das zionistische Konzept des Völkermordes angreifen. Während die Weissen in Goldwater- und Nixon-Wahlen ihre Rettung suchen (und nichts erreichen), erhebt ein Mohammed Ali (Cassius Clay), Führer der schwarzen Mohammedaner ungeschminkt seine Stimme: "Wir Black Muslims glauben an die Trennung der Rassen. Genau so, wie ein Mann und eine Frau, die sich nur dauernd zanken und nicht miteinander klar kommen, letzten Endes sich scheiden lassen, so müssen auch wir diese Scheidung erzwingen. Das allerletzte, was wir wünschen, ist die Heirat mit irgendeinem Mitglied der weissen Rasse. Wir wünschen nicht in einem einzigen Teilgebiet die Integration (We want no part of Integration)." (Juli 1968)

Diese Integration aber ist Völkermord, Genocidium, nach dem wörtlichen Text der am 9. Dezember 1948 einstimmig auf jüdischen Vorschlag von den Vereinten Nationen angenommenen Konvention. Ihr Artikel 2 lautet nämlich: "In diesem Uebereinkommen bedeutet Genocidium (Völkermord) irgendeine der folgenden Handlungen, die begangen werden in der Absicht, eine nationale, völkische, rassische oder religiöse Gruppe als Ganzes oder teilweise als solche zu vernichten: a) Mitglieder dieser Gruppe töten, b) ernsten körperlichen oder geistigen Schaden Mitgliedern dieser Gruppe zufügen, c) absichtlich der Gruppe Lebensbedingungen aufzwingen, die ihre vollständige oder teilweise Vernichtung zur Folge haben, d) Massnahmen einführen, die darauf hinzielen, Geburten innerhalb der Gruppe zu verhindern, e) Zwangsverpflanzung von Kindern der Gruppe zu einer anderen Gruppe." Die Integration ist also eindeutig ein solcher Völkermord, denn das weisse Volk der Vereinigten Staaten und das schwarze Volk der Vereinigten Staaten sollen zerstört werden. Ein jedes der genannten Verbrechen wurde in diesen Jahrzehnten gegen die weisse Rasse begangen, in den Vereinigten Staaten selbst, wie auf der übrigen Welt. Nicht einmal, nein in

fünf und vierzig Kriegen, an denen die USA seit 1948 auf Wunsch der gleichen Zionisten irgendwo auf der Welt teilnahmen. Doch eine Klage vor amerikanischen Gerichten, etwa, sagen wir, gegen die Gehirnwäsche, die "geistigen Schaden der völkischen Gruppe der weissen Rasse bringt", kann nicht vorgebracht werden, denn – das Genocidiumgesetz wurde bis heute nicht von den USA ratifiziert. Truman übergab den entsprechenden Antrag dem – Senator Fulbright, und in dessen Händen ruht er seitdem.

Die Wendung der Negerführung gegen die Integration war 1968 nicht mehr zu übersehen. Offen traten die Negerführer mit der Forderung nach einer Zweiteilung der Vereinigten Staaten in einen weissen und einen schwarzen Teil auf. In der "Time", Hauptwortführer der Integrationspolitik, erschienen (6.10. und 1.12.67) seltsame Negerstimmen: "Nach einem Sommer voller Rassenunruhen kehren die Negerstudenten in ihre Universitäten zurück mit einem neuen und aggressiven Stolz, dass sie Schwarze sind... Wir mussten lernen, wie der Weisse dachte. Jetzt wird der Weisse lernen müssen, wie wir denken... Es gibt jetzt mehr Gefühl für das Schwarztum, und wir wünschen eher die Stärkung unserer schwarzen Gemeinde als die Integration ... Es besteht in der Tat Grund festzustellen, dass schwarzer Stolz von jetzt an entscheiden wird, dass der Neger sein eigenes Schicksal bestimmt und dass er eine Definition seines Schwarzseins annimmt, die er selbst festlegt. Dieser Neger ist nicht Anti-Weiss, aber Pro-Schwarz ..." Der Führer der NAACP, Roy Wilkins sagt: "Der Stolz auf die Rasse und die eigene Geschichte, und das Aufräumen mit der Selbstdenunzierung, sind gut und notwendig". Das aber ist das genaue Gegenteil von dem, was die Zionisten beabsichtigten! Wir stehen da, wo Südafrika mit seiner Apartheid seit einem halben Jahrhundert steht. Die Neger selbst verlangen: Schluss mit der Integration! Langsam beginnt man zu erfahren, dass diese lauten Organisationen ja niemals befugt waren, im Namen der Neger zu sprechen, dass von Anfang an die eigentlichen Führer der amerikanischen Neger gegen die Integration und für die Segregation waren. Da war Manning Johnson, 10 Jahre lang Mitglied der Kommunistischen Partei, der dann aus ihr austrat und zum Wortführer der Segregation wurde (dann aber sehr schnell beseitigt wurde). Da findet schon 1959 in New York die National-Convention der Neger für Segregation statt. Führende Neger wie Erzbischof C. C. Addison, Kofi Brown aus Nordkarolina, William Nettles aus Pennsylvania, Elder G. B. Brown aus Louisiana, Jackson Bradley aus New York, Julia Brown, Zora Neale Hurston, Dr. Leo C. Maitland, Mrs. Cora T. Walker dienen ihrer Rasse, indem sie die getrennte Entwicklung fordern. Doch ihre Aufrufe, ihre Zusammenkünfte werden verschwiegen von der zionistisch gelenkten Presse. Selbst, als ganze Städte in Flammen aufgehen, die öffentliche Ordnung aufs schwerste gestört ist, geht man nicht ab von dem blutigen, undurchführbaren Weg in die Integration. Der Zionist Yarmolinski führt sie auch beim Heer ein (auf Grund des von Zionisten erarbeiteten Gesell-Reports), und als Neger und Weisse sich dagegen wenden, antwortet er kalt: "Sie werden integriert, ob Sie es wollen oder nicht". Die Gleichmachungsmaschine arbeitet auf vollen Touren und ohne Rücksicht auf die menschlichen Gefühle bei Schwarz und Weiss. Als die Ergebnisse der versuchten Gleichmacherei immer schlimmer werden, als ein Luther King, Hauptmarionette der Zionisten und alter Kommunist (*28), ausgezeichnet, wie könnte es auch anders sein, mit dem Friedensnobelpreis, zum Sturm auf die Hauptstadt ansetzt, da bleibt den tüchtigen Managern solcher Wahnsinnspolitik nichts anderes übrig als der Mord. Bevor dieses letzte Idol etwa mit blutbefleckten Händen vor dem Kapitol fotografiert werden kann, wird es im letzten Augenblick beseitigt. Und vor allem: er wurde zusehends zu einem Faktor, der aus seinem Persönlichkeitswert heraus unabhängig von denjenigen Kräften handeln konnte, die ihn seiner-

zeit auf seine Laufbahn geschickt hatten. Er war einfach zu bedeutend geworden. Das ist in der Demokratie einem Todesurteil gleich. Die übrigen Führer setzt man hinter Schloss und Riegel (*29), die Aufrührer zu Füssen des Weissen Hauses werden auf Lastwagen gepackt und abtransportiert. Das alles im Jahre 1968, nachdem klar wurde, dass die Regierung in Befolgung dieser zionistischen Wünsche den letzten Kredit im Volke aufs Spiel setzen würde. Doch das ist jetzt keine Lösung mehr. Die Neger haben erkannt, was sie wert sein können, und sie haben erkannt, wohin man sie führen wollte, zu wessen Gunsten sie eingesetzt werden sollten. Schon spricht die Presse von der "Gefahr des Antisemitismus unter den Negern". Es bleibt tatsächlich nichts anderes mehr übrig als die Apartheid. Trotzdem bringt die Regierung noch (unter Zustimmung Nixons!) ein Wohnungsgesetz ein, welches dieser entgegenwirken soll, und merkt nicht, dass sie damit nur erneut Zündstoff für Unruhen, für Unsicherheit und Unzufriedenheit schafft, für Vorgänge, die nur einer ganz bestimmten Gruppe von Nutzen sein können. So ist der Weg der Vereinigten Staaten auch in die nächste Zukunft hin ein mit schweren internen Problemen belegt. Unter dem Vorwand, "eine glücklichere Zukunft" zu schaffen, wurde wieder einmal alles getan, um eine solche mit allen Mitteln zu verhindern.

Selbstredend wird der Widerstand gegen diese Pläne stärker. So muss die Ernennung des Zionisten Abe Fortas zum Höchsten Richter noch von Johnson selbst wieder zurückgezogen werden. Und die Wahlen von Anfang November 1968 zeigen den krampfhaften Versuch, die Empörung der Betrogenen mit der Republikanischen Partei aufzufangen. Doch schon die ersten Massnahmen der Neugewählten (Heranziehen eines Mannes wie Rockefeller) zeigen, dass versucht wird, den Massenbetrug der sogenannten "Demokratie" fortzusetzen, zumindest keine der von den Vorgängern erlassenen volkszersetzenden Massnahmen wieder rückgängig zu machen. Erneut zeigt sich, was erst jetzt wieder ein De Gaulle ganz klar sagte: Nur Blutopfer und Leiden beweisen den Willen zu völkischer Behauptung und erzwingen die internationale Anerkennung (Biafra-Erklärung am 23.9.68). Kommt daher keine revolutionäre Wendung von oben, – dürfen wir also getrost prophezeien – so wird Amerika nicht der Weg eines befreienden Bürgerkrieges erspart bleiben. Zionist, Rabbinersohn und Hitlerflüchtling Henry Kissinger als Schatten Nixons verstärkt noch solche Aussichten.

---

*1 - Herbert von Borch, "Amerika, die unfertige Gesellschaft", S. 9. Es ist das einzige Völkerrechtssubjekt auf der Welt, welches seinen Ursprung in geschichtsphilosophischen Gedanken hat. In allen anderen Fällen hat die im XVIII. Jahrhundert mit dem "esprit public" in den Freimaurerlogen entstandene, dem bisherigen geschichtlichen Selbstverständnis so ausgesprochen aggressiv entgegentretende Geschichtsphilosophie Teilverwüstungen anrichten können, hat sogar (um mit dem Titel eines in die Materie gut einführenden Buches: Hanno Kesting, "Geschichtsphilosophie und Weltbürgerkrieg" zu sprechen), einen allgemeinen Bürgerkrieg zur Folge gehabt, hat aber nirgends bis heute – (nicht einmal in Russland, wo die alte Rangordnung bestehen blieb und ganz im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten der Lehrer, der Professor, der Offizier, der Richter hohes Ansehen geniessen) die natürliche Ungleichheit ersetzt. Einbrüche sind immer wieder versucht worden, immer wieder vorübergehend gelungen, doch nirgends

konnte die Flamme ganz ausgetreten werden. So, wie die christliche Kirche von Anbeginn an immer wieder Elemente herausbildete, die die völlige Zersetzung des Staates herbeiführen wollten, und immer wieder solche Irrwege abbrechen musste, so musste auch in unseren Tagen der Nachfolger eines Johannes XXIII. – trotz aller Gefügigkeit vor den Ein-Weltlern – haltmachen vor der natürlich gewachsenen Ordnung. (Paul VI. tadelte in seinen Erklärungen am 30. Juni 1968 "diejenigen Katholiken, die Enthusiasmus für Aenderungen und Neuerungen in der Kirche bewiesen... Wir wissen, dass neben all den Priestern, die in ihrer Berufung die seelische Ruhe und Freude finden und deren Stimmen oft nicht so laut vernommen werden, wie andere, es auch Kleriker gibt, die von Unruhe und Unsicherheit über ihr Priesteramt erfüllt sind... Die Mission der Priesterschaft ist kein Amt oder Dienst im Auftrag der Kirchengemeinschaft, sondern eine Berufung".) Obwohl Nobelstiftung, Rockefeller, Carnegie usw. ihre Unsummen den Jüngern der Geschichtsphilosophie schenkten, erwuchsen dem schönen, freimaurerischen Ziel von dem allgemeinen Weltfrieden unter einem Bund der Völker mit jedem an der Oberfläche errungenen Sieg eine ganze Reihe neuer Schwierigkeiten im eigentlichen Innern der Völker. Man redet mit Engelszungen, um das grosse Ziel zu erreichen, doch die Welt bleibt unbelehrbar. Sieht man das grosse Unglück, das durch den auf gleichem Holz gewachsenen ebenso aggressiven Missionsbefehl an die Christen auf der Welt entstanden ist, von den Kämpfen gegen die "ungläubigen" Arianer, gegen die Monophysiten, der Ausrottung der Albigenser, der Kreuzzüge einschliesslich eines solchen von Kindern, die alle umkamen, an bis über die unter dem Zeichen des Kreuzes erfolgten Eroberungen von Perú bis in die Südsee, und betrachtet man die so ähnlich blutige Kette von der Französischen (angeblich so Grossen) Revolution über die in Russland, Deutschland und Oesterreich 1919 bis hin zu den letzten Kreuzzügen der Vereinigten Staaten zur Erreichung des Weltfriedens und der sozialen Gerechtigkeit auf Erden, so ist man wahrhaftig berechtigt zu fragen, ob es nicht menschenfreundlicher wäre, die Quellen solcher zu Mord und Brudermord und Völkermord aufhetzender Philosophien und Pseudoreligionen für alle Zeiten zu verstopfen.

*2 - Egon Friedell (nach der Einleitung zu seiner "Kulturgeschichte der Neuzeit", London 1947, "im März 1938 von den Nazis in den Tod getrieben") (ich habe Friedells Werk das Wort von Flavius Arrianus entnommen, welches dieses Buch einleitet) sagt (S. 313): "Was Rousseaus moralischen Charakter betrifft, so war er so abscheulich, dass es schon aus diesem Grunde ganz unmöglich ist, ihn unter die Genies zu rechnen. Von seinem zweimaligen Glaubenswechsel, der beide Male aus eigennützigen Motiven erfolgte, wollen wir nicht reden; ebensowenig von seinen jugendlichen Diebstählen... Bei seinem unbegreiflich niederträchtigen Verhalten gegen Voltaire scheint Verfolgungswahn im Spiel gewesen zu sein... denunzierte ihn als Sittenverderber, ... obwohl selbst Verfasser schlüpfriger Romane. D'Alembert meint von ihm: "Jean Jacques ist eine wilde Bestie, die man nur mit einem Stock und hinter Gitterstäben berühren darf". Und Voltaire: "Ein Arzt müsste an Jean Jacques eine Bluttransfusion vornehmen, sein jetziges Blut ist eine Mischung von Vitriol und Arsenik. Ich halte ihn für einen der unglücklichsten Menschen, weil er einer der bösesten ist". Seine widerwärtigste Eigenschaft aber war seine pharisäische Verlogenheit... Sein ganzes Dasein war geschmacklose Pose und aufdringliche Heuchelei... Sein schauspielerisches Meisterstück aber hat Rousseau in seinen "Selbstbekenntnissen" geleistet. Schon die Einleitungsworte schlagen den Ton an, der,, aus Dünkel und falscher Demut, Selbstverherrlichung und wohlberechneter Selbstanklage raffi-

niert gemischt, durch das ganze Buch geht: "Ich unternehme ein Werk, das seinesgleichen weder gehabt hat noch haben wird. Meinen Mitmenschen will ich einen Menschen zeigen, ganz in seiner wahren Natur; dieser Mensch bin ich, ich ganz allein. Ich kenne mein Herz und ich kenne die Menschen. Ich wage zu glauben, dass ich nicht bin wie irgendeiner von allen, die existieren. "Das Phänomen Rousseau bezeichnet den Einbruch des durchtriebenen und brutalen Plebejers in die Weltliteratur."

*3 - Zur Eröffnungssitzung war auch der Präsident der UN-Vollversammlung, Abdul Rachman Pashwak nach Genf gekommen. Er wies darauf hin, "dass die Vereinigten Nationen, obgleich sie zur Zeit nicht in eine Weltregierung umgewandelt werden könnten (!), beispiellose Voraussetzungen für die Förderung des internationalen Rechts geschaffen hätten". (Man wird daran erinnert, dass Professor Erwin Hölzle am Anfang seines Buches "Geschichte der zweigeteilten Welt", Hamburg 1961, sagt: "Doch ausser in extremen, fast eschatologischen Zonen ideologischer Wunschbilder denkt oder plant niemand den einen Weltstaat". Man fragt sich, warum ein beamteter Geschichtsprofessor der BRD in dieser auffälligen Weise seine Leser falsch informiert. Im Gegensatz zu seiner Aussage wird an der Einen Welt mehr denn je gearbeitet und es ist ganz gewiss, dass diesem Wahn noch viel Blut geopfert wird, wenn a la Hölzle den Völkern Sand in die Augen gestreut wird. James Paul Warburg drückt das so aus (17.2.50 vor dem Senat): "Wir werden eine Weltregierung bekommen, ob wir möchten oder nicht. Die einzige Frage ist, ob die Weltregierung durch Eroberung oder durch freiwillige Zustimmung vollendet wird"). Der Richter am Supreme Court der USA, Earl Warren hielt in Genf die bedeutendste Ansprache: "Anstatt Soldat gegen Soldat, Flugzeug gegen Flugzeug, Bombe gegen Bombe und Rakete gegen Rakete zu setzen, lasst uns einander Recht an Recht, Vertrag an Vertrag messen, bis alle Kontakte und Beziehungen in der Welt durch ein Recht geregelt sind, das Streitigkeiten verhindert oder solche Streitfälle den juristischen Institutionen für eine friedliche Beilegung zuleitet". Warren empfahl, die internationale Gesetzgebung zu beschleunigen und in jedes Land eine juristische Kontrollgruppe zu entsenden, die die Vertragstreue der jeweiligen Nationen gegenüber UN-Abkommen ständig überwachen oder Staaten, die solche Abkommen noch nicht unterzeichnet haben, zum Vertragsbeitritt veranlassen sollen. Es ist fast wörtlich der gleiche Wortschwall, der vor mehr als einem Jahrhundert, vor all dem inzwischen von den gleichen Kreuzzüglern der Welt gebrachten Unglück, aus einer für sich selbst sprechenden Quelle kommt. 1864 nämlich veröffentlichten die "Archives Israélites" (Paris) einen vom 20. März 1864 aus Nancy datierten Brief von Leo Bing mit den gleichen Forderungen, die heute sein Nachfolger im Amt (wie wir noch sehen werden), Earl Warren aufstellt: "Wenn schon nach und nach die persönliche Rache verschwunden ist, wenn es nicht mehr gestattet ist, selbst Justiz zu üben, sondern alle sich vielmehr allgemein anerkannten und desinteressierten Richtern bei einem Streitfall unterwerfen, dann ist es nicht nur natürlich, sondern notwendig und wichtig, dass ein oberstes Gericht sich auch der grossen öffentlichen Streitfälle auf dieser Welt annimmt, der Klagen zwischen den Nationen, und diese als letzte Instanz entscheidet, ein Gericht, dessen Spruch dann Gesetz ist. Und dieser Spruch ist dann das Wort Gottes, ausgesprochen von seinen ältesten Söhnen, den Hebräern, und vor diesem Wort beugen sich voller Achtung die Mächte, das heisst die Gesamtheit aller Menschen, unsere Brüder, unsere Freunde und unsere Schüler." Bing gehört zu den geistigen Gründern der "Alliance Israélite Universelle", die mit der "Anglo-Jewish Association" (seit 1871) und dem "American Jewish Committee" (seit 1908) zu den Vorläufern des Jüdischen Weltkongresses gehört. Als "Schüler",

wie Bing sich ausdrückte kann Earl Warren angesehen werden, denn er "setzte sich zusammen mit den übrigen Schülern nieder im Jüdischen Theologischen Seminar in New York, um das Jüdische Recht und seine Gültigkeit für zeitgemässe rechtliche Probleme zu studieren" (NY Times", 9. 1 . 1957). Anschliessend ging er zum Zweck weiterer Unterrichtung nach Israel unter der Führung seines Newyorker Lehrers, des Rabbiners Dr. Louis Finkelstein.

Der zionistische Amerikaner Rhyne wies jetzt in Genf darauf hin, "dass das Weltzentrum nicht nur die Schaffung eines weltumfassenden Gesetzbuches und eines weltumfassenden Systems von Gerichtshöfen, sondern auch die Verwendung von Computern für die Aufspeicherung der vielen Gesetze und für eine rasche und zweckmässige Rechtsinformation anstrebe". 1 500 Richter und Anwälte vor allem aus der westlichen Welt (mehr als die Hälfte von ihnen Zionisten) nahmen an dieser Tagung teil, der bereits eine erste 1963 in Athen und eine zweite 1965 in Washington vorhergegangen war. Auf der Genfer Tagung 1967 wurde die "Internationale Richtervereinigung" gegründet und Earl Warren zu ihrem ersten Präsidenten gewählt. Dieser Earl Warren ist gerade in den Vereinigten Staaten alles andere als ein unbeschriebenes Blatt. Er wurde 1954 vom Präsidenten Eisenhower (wir kommen noch darauf zu sprechen, wie und warum dieser Mann Präsident wurde) zum Richter am Obersten Bundesgericht ernannt, obwohl (oder weil?) er als weit links stehender Politiker bekannt war. Die Ernennungen zu diesem Amt sind lebenslänglich. Die Tätigkeit Earl Warrens wurde als "Warren-Revolution" bezeichnet, da durch die von ihm gefällten Entscheide das öffentliche Leben in den Vereinigten Staaten eine ganz bestimmte, unamerikanische Richtung nahm. Man hat festgestellt, dass schon 1966 von 1264 gefällten Gerichtsentscheidungen nur etwa ein Drittel einstimmig ergangen war. Doch hat Warren die Opposition im Supreme Court immer wieder (mit der genügenden einfachen Stimmenmehrheit) überstimmt. In völliger Missachtung des föderativen Aufbaus der Vereinigten Staaten griff Warren insbesondere in der Rassenfrage in die Belange der Einzelstaaten ein und sekundierte in entscheidender Form die Forderung auf Rassengleichheit. Daneben gibt es eine Unzahl von Entscheiden, die auf eine klare Begünstigung von Verbrechern hinausläuft. Dabei muss man berücksichtigen, dass die forensische Situation in den Staaten bereits vorher auf eine solche Begünstigung der Verbrecher hinauslief. Alfred Bettmann (zitiert bei Matthias S.302) stellte fest, dass von den 13 000 Personen, die in Chicago 1926 wegen strafbarer Handlungen verhaftet worden waren, bereits 6 500 sofort wieder in Freiheit gesetzt worden waren, und zwar auf Anordnung des zuständigen Polizeikommissars. Die Akten der Restlichen gingen an den Staatsanwalt, der weitere 1 500 Fälle mit dem "nolle prosequi" (nicht zu verfolgen) versah. Blieben 5 200 übrig. Die Akten gingen an den vorgesetzten Distriktsstaatsanwalt und dieser versah weitere 4 100 Fälle mit dem "nolle prosequi". Blieben 1 100. Diese mussten nun verhandelt werden. Von den Geschworenen wurden 580 freigesprochen; blieben von den 13 000 ganze 490 übrig, die verdonnert wurden. Im Jahre 1962 entschied das Oberste Gericht, dass das Schulgebet in den New Yorker Schulen unstatthaft sei, weil es gegen den Grundsatz der religiösen Neutralität in der Verfassung verstosse (propagandistisch unterstützt von allen jüdischen Vereinigungen in den USA, die entsprechende Flugschriften und Bücher an ihre Mitglieder und an interessierte Christen verteilten). Ein Jahr darauf verurteilte das gleiche Warren-Gericht dann auch die Bibellektüre und das Vaterunser in den öffentlichen Schulen in Pennsylvanien und Maryland. Auch die Amtseidformel der USA, die Gott anruft, wurde vom Obersten Gericht als verfassungswidrig gebrandmarkt! Earl Warren trat im Juni 1968 von seinem Posten zurück, mit der bezeichnenden Bemerkung, er möchte nicht darauf warten, dass ein Nixon seinen Nachfolger ernenne. Johnson hat denn auch linientreu geant-

wortet und – Abe Fortas ernannt. Dpa schreibt dazu (26.6.68): "Die Ernennung von Fortas, dem ersten Nordamerikaner jüdischer Herkunft, der dieses hohe Amt bekleidet, wird nach Meinung von Beobachtern im Senat kritisiert werden". Diese dpa-Meldung ist absichtlich irreführend. Seit der Ernennung von Brandeis als Richter am Obersten Bundesgericht wurch Wilson (die Brandeis von dem Präsidenten erzwang, als letzterer nicht innerhalb von drei Tagen die Summe von 50 000 Dollar zur Begleichung einer fälligen Schuld auftreiben konnte) war immer wenigstens ein Jude. Richter am Obersten Bundesgericht. Frankfurter (Neffe von Brandeis) und Goldberg sind zwei der Prominentesten. Abe Fortas selbst wurde schon von Kennedy in dieses Amt gerufen. Die Meldung der dpa kann also nur den Zweck verfolgen, den wir als "Spuren verwischen" bezeichneten. Es soll der Eindruck erweckt werden, als bekäme erst heute das Judentum die Möglichkeit zur Einflussnahme in die Justiz der USA. – Abe Fortas gilt übrigens als besonders aktiver Exponent des Zionismus in Nordamerika. Bezeichnenderweise geht auf Abe Fortas die Bildung der Warren-Kommission zur Untersuchung des Kennedymordes zurück. Er schaltete damit die an sich zuständigen Behörden von Texas aus und übergab den Fall dem Hochgradfreimaurer Earl Warren, seinem Amtvorgänger als Oberster Richter der USA.

Zwei weitere Richter des Obersten Gerichtshofes sind ebenfalls extrem links zu plazieren. Richter William Douglas meinte zB in einer Entscheidung, "Kommunist sein ist sicher kein Verbrechen" (in der BRD gilt das nunmehr ebenfalls seit Juni 1968!), und Thurgood Marschall, ein Neger, war Mitglied in einer Reihe vom Kongress als kommunistisch bezeichneter Organisationen wie vor allem der "International Juridical Association" und der "National Lawyers Guild" sowie der NAACP (Congressional Record 15.6.67 S.H.7341).

*4 - Man mag von Indianern, Negern, Mexikanern oder Deutschen sprechen. Dass ausgerechnet die USA als fast einziges Land des sogenannten Westens die im II. Weltkrieg beschlagnahmten deutschen Privatvermögen bis heute nicht zurückgegeben hat, ist darum nur typisch für die nordamerikanische Auffassung von einem "Rechtsstaat". Niemals waren die Neger in Rhodesien oder in Südafrika so rechtlos, so verfehmt, wie sie es noch heute praktisch in den Vereinigten Staaten sind, nirgends hausen sie so elend, müssen sie so diskriminiert leben, wie in den USA. Dass amerikanische Neger (übrigens von interessierten Gruppen dazu verleitet, wie wir noch sehen werden) meinen, diese amerikanischen Massstäbe auf afrikanische, ehemals oder noch unter europäischer Führung stehende Gebiete übertragen zu können, zeigt die vollkommene Unwissenheit, wenn nicht gar Böswilligkeit der Betreffenden und der durch einen Herrn Goldberg in den UN vertretenen Regierung. Die europäische Welt ist niemals so minderwertig, so unmoralisch gewesen wie die amerikanische. Wenn sie Angriffskriege führte, dann sagte sie, warum, und versteckte sich nicht hinter der Idee vom Weltfrieden. Es gehört schon ein reichliches Mass von Unverfrorenheit dazu, von Amerika aus die Welt verbessern zu wollen. In einer, ihren Namen mit Anstand führenden Organisation Vereinigter Nationen könnte ein Staat wie die USA überhaupt keine Stimme haben, wenn es abzustimmen gilt über Vorgänge im Rahmen der sogenannten Entkolonialisierung (und die eigentlichen Nordamerikaner würden auch garnicht darüber abstimmen wollen). Was geschah zB mit den Nise'is, jenen unglücklichen 120 000 nordamerikanischen Staatsbürgern japanischer Abstammung? Sie lebten in den Staaten Kalifornien und Oregon als Gemüsefarmer, waren ungewöhnlich fleissig und zeichneten sich durch eine hohe Moral aus. Als man Pearl Harbour gestartet hatte (wir werden auch dieses Thema noch behandeln), griff man zu stalinistischen Methoden. Die gesamten 120 000 Menschen, Männer, Frauen und Kinder, wurden auf Lastwagen geladen

und in ein Konzentrationslager ins Landesinnere verschleppt (vgl.Matthias S.296). Als der Krieg aus war, konnten sie nicht in ihre Heimatorte zurückkehren, waren um Haus und Hof gebracht worden. Ja, auf Heldengedenktafeln wurden die Namen von gefallenen Nise'is ausradiert oder garnicht erst aufgenommen!

*5 - Vgl. Michael Bar-Zohar, "Die Jagd auf die deutschen Wissenschaftler".

*6 - Aber in der BRD kann man sich nicht genug tun, amerikanische Erziehungssysteme (Erziehung ohne Leitbilder, ohne Vorbilder. Das Kind darf nicht überfordert werden. "Es widerspricht den Prinzipien der Demokratie, dass ein kleiner Mann in einem roten Haus, ein teacher, unsere Kinder schlagen darf. Man muss den Lehrstoff verzuckern") in amtlichen oder unterstützten, ausgehaltenen Fachzeitschriften, die kostenlos an alle deutschen Schulen im In- und Ausland verteilt werden, anzupreisen. Man vergleiche nur getrost den deutschen Schulbetrieb von 1936 mit dem von heute, die Gesundheit und Haltung der Kinder, ihre Leistungen, ihre Wissbegierde, ihre Ideale, ihre Pläne. Und wenn man diesen an sich naheliegenden Vergleich aus Angst vor den Zionisten scheut, so vergleiche man mit der Sowjetunion (oder auch nur mit der DDR), wie es Matthias aaO tut. Oder man vergleiche die Zahlen der Dissertationen, der wissenschaftlichen Werke 1936 und 1968. Aber solche Vergleiche sind ja verboten, es sei denn, man wage sich an die behauptete Wissenschaftfeindlichkeit der Nationalsozialisten heran, wie es der "Spiegel" (Nr. 8/1968) tut. Da heisst es im gleichen Atemzug: "... als schon im April 1933 auf Grund des Hitler-Gesetzes "zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" die jüdischen und andere unliebsame Professoren aus den Universitäten getrieben wurden, insgesamt 1 684 Gelehrte... Nach dem Zusammenbruch 1945 wurden über 4 000 braune Hochschullehrer entlassen". 1 684 "Austreibungen" gegen 4 000 "Entlassungen". Aber man kommt der Wahrheit noch etwas näher, wenn man zuverlässigere Quellen als den "Spiegel" heranzieht. "Christ und Welt" berichtet von "4 500 fristlosen Entlassungen", und erwähnt noch so einiges weitere. Ganze Wissensgebiete wurden im Potsdamer Abkommen verboten (Kernphysik und Meteorologie) ("Spiegel" zu diesem von den heimkehrenden Emigranten geschaffenen Friedhof des Geistes entstellend: "Selbstläuterung kannte die deutsche Hochschule 1945 nicht. Es herrschte Ruhe, die Universitäten waren konfliktfrei". Auch Friedhöfe sind bekanntlich "konfliktfrei"). Alliierte Kommandos drangen unter jüdischer Führung in die Privathäuser ein und durchschnüffelten die Bibliotheken, Dichtern wurden ihre Manuskripte vernichtet und in Spruchkammerverfahren das weitere Dichten verboten, die öffentlichen Bibliotheken "gesäubert", in Oesterreich erscheint eine Indexliste von über 700 Titeln, die man heute eigentlich kommentarlos veröffentlichen sollte, die leitenden Stellen in Bibliotheken, Museen, Universitäten usw. wurden von Personen besetzt, die der Feind auswählte, eine zentral geleitete Kulturpolitik selbst dem Restreich verboten, jeder Druck einer zionistischen Vorzensur unterworfen, Zeitungen und Zeitschriften nur mit alliierter Lizenz gestattet, und die Lizenz erteilte ein Jude in amerikanischer Uniform – womit wir wieder bei unserem augenblicklichen Thema jenseits des Atlantik sind.

*7 - Matthias widmet ein ganzes Kapitel diesem Fall, stellt dar, wie Hiss wegen seiner von der Norm abweichenden politischen Gesinnung mittels selbst für nachkriegseuropäische Verhältnisse unfassbar minderwertiger, teilweise rechtswidriger Justizhandlungen (man spürt, wo Kempner in der Emigration gelernt hat, bevor er in Nürnberg auftrat) öffentlich zum Spion der Sowjetunion gestempelt wird, wobei allerdings die Gegenseite fleissig auf gleich niedrigem Niveau kämpft, und den Hauptbelastungszeugen Whittaker Chambers zB wegen Geistes-

krankheit nach in den USA beliebtem Rezept ins Irrenhaus bringen möchte. Der Fall Schlüter/Niedersachsen hat dann gezeigt, dass wir nunmehr auch auf dem Gebiet der Justiz in der BRD erfolgreich das nordamerikanische Niveau erreicht haben (vgl. "Die grosse Hetze", Göttingen 1960. Das Buch zeigt, wie jener hervorragende Kultusminister mit Hilfe der Presse und von ihr abhängiger neudeutscher "Wissenschaftler", seltsamer "Hüter der Demokratie", deren Werdegang der Verfasser schildert, abgeschossen wird, weil er Otto John und anderen Linkspolitikern als "Aktivist des neuen deutschen Nationalismus" unerwünscht ist. Das Buch wird so zum unübertroffenen Zeitdokument und belegt, wer in der BRD heute tatsächlich regiert. Jedenfalls nicht die Deutschen). Die Gesinnungsjustiz ist 1945 in Deutschland mit Nürnberg aufs Schild gehoben worden. (Vgl. Prof.Dr. Friedrich Grimm, "Mit offenem Visier", Leoni 1961) Die Oeffentliche Meinung darf heute in Deutschland genauso ungestraft in schwebende Verfahren durch Vorwegnahme der Verurteilung eingreifen, wie in den USA, der Richter ist auch in Deutschland nicht mehr unabhängig. Wer sich gegen die Oeffentliche Meinung wendet, wird als Kommunist oder Faschist, als "Feind der Demokratie" mundtot und brotlos gemacht. Schon lange vor der Aufhebung der Verjährungsfrist für gewisse politische Tatbestände hat die BRD aufgehört, im klassischen Sinn des Wortes ein sogenannter Rechtsstaat zu sein.

Durch die Politisierung von Unterricht und Justiz hat man zwei bisher in Deutschland hochgeachtete Stände, den Lehrer und den Richter, auf das nordamerikanische Niveau herabgezerrt. Man suchte sich dafür ein Alibi bei angeblich ähnlichen Vorgängen unter der nationalsozialistischen Führung, hat aber nur Unwissende mit solchen Geschichtsfälschungen überzeugen können. Denn, was damals die Ausnahme war, ist heute zur Regel geworden. Was damals selbst in den Ausnahmen von der grossen Mehrzahl der Deutschen akzeptiert wurde, weil es für Deutschland geschah, wird heute, wo es zur Regel wurde, nur von einer kleinen Minderheit wirklich gewünscht und muss daher mit einem Terror ohne Vorläufer erzwungen werden. Wer will schon heute noch Geschichte unterrichten? Wer wird heute Staatsanwalt?

*8 - Zu letzterem sagt Matthias einiges. Wir werden aber auch auf unserer Weiterreise um die Welt noch manches Interessante zu diesem Thema entdecken. Zu dem ersten Punkt äussert M. sich aus naheliegenden Gründen nicht, wie ja überhaupt alle noch so kritische Amerikaliteratur in Westdeutschland seit 1945 so tut, als hätte es niemals zionistischen Einfluss in Washington gegeben. Es ist klar, was dabei herauskommt, wenn man die zeitweilig entscheidendste Komponente einfach weglässt: Geschichte für kleine Kinder.

Lesern aus der BRD ist darum die Erwähnung von Juden in einem politischen Buch sicher etwas Neues. Aus diesem Grunde, und um Irrtümern vorzubeugen, möchte ich gleich hier betonen, dass für uns hier draussen Juden eben das sind, was sie selbst auch sein wollen, nämlich Juden, und dass wir sie selbstverständlich genau so kritisch betrachten wie die Nichtjuden. Vor allem aber mögen sich in solcher wissenschaftlicher Freiheit Unerfahrene daher davor hüten, einer solchen konkreten Kritik ein verallgemeinerndes Urteil anzufügen, etwa in "antisemitische" Simplifikationen zu verfallen, bevor nicht das Terrain in dieser Hinsicht wirklich sondiert ist. Wir werden, eben wegen ihrer starken Beteiligung an den heutigen Vorgängen in der Welt, noch mehrfach mit Juden zu tun haben, und so wird sich dann schon ganz von selbst wie bei einem Mosaik das endgültige, sachlich untermauerte Bild herausschälen. Im übrigen gilt nach wie vor das bekannte Wort von Disraeli: "Die Rassenfrage ist der Schlüssel zur Weltgeschichte".

Und ich möchte in diesem Zusammenhang noch erwähnen, was der Jude

William Zukerman im "Jewish Newsletter" 1960 sagt: "Die Gleichsetzung der Kritik des Zionismus mit Antisemitismus ist eine Verdrehung der Wahrheit. Das grösste Unglück, welches der Jüdische Nationalismus dem jüdischen Leben gebracht hat, ist, dass er die Kritik unter dem Vorwand, sie sei, oder sie führe zum Antisemitismus, fast völlig verbieten will. Das ist eines der horrendesten Missverständnisse unserer Zeit und der tiefste Quell für Konfusion, Hass und Unruhe unter den Juden von heute".

In der BRD wird dabei solche Kritik mit einer besonders seltsamen Begründung unterbunden. Wer Juden kritisiert, "verunglimpft das Andenken Verstorbener" gemäss Paragraph 189 des Strafgesetzbuches. Die bundesstaatliche "politische Justiz" geht dabei den folgenden gedanklichen Weg: W e i l Juden aus politischen Gründen getötet wurden, und w e i l diese Tötung rechtswidrig war, und w e i l die Vorwürfe, die man heute gegen Juden erhebt, die gleichen sind, die man gestern gegen die inzwischen getöteten Juden erhob, verletzt man das Andenken an jene getöteten Juden, indem man heutige Juden kritisiert.Dass man mit solcher Konstruktion das Judentum im Sinne der zitierten Zukermanschen Aeusserungen in eine sehr gefährliche Lage bringt, hat man noch nicht erkannt. Denn dieser Konstruktion liegt notwendigerweise die Folgerung zugrunde: Wenn also keine Kritik erlaubt ist, bleibt nur noch einmal der gleiche Weg als politische Lösung übrig, den die vorige Judengeneration erlebte. Die Juden selbst fördern so den "Antisemitismus". Es gibt dort keinen "Antisemitismus", wo Kritik am Juden gestattet ist. Hunde bellen immer nur hinter dem Zaun. Fällt der Zaun, sind sie bedeutend stiller.

Die von den Juden seit ihrer Machtergreifung so allgemein geübte intolerante Haltung wurde von dem schon zitierten jüdischen Schriftsteller Friedell vorausgesehen. Er schreibt: "Der Vater von Baruch Spinoza war portugiesischer Jude, der schon in früher Jugend vor der Inquisition nach Amsterdam flüchtete, wo zahlreiche seiner Glaubensgenossen ein Asyl gefunden hatten. Kaum genossen aber die jüdischen Gemeinden in dem "neuen Jerusalem", wie sie es nannten, ihre volle Freiheit, als sie auch schon mit erneuter Kraft jene gehässige Unduldsamkeit zu entwickeln begannen, die ihrer Religion immer eigentümlich war und leider zum Teil auch auf die christliche Kirche vererbt worden ist. Der Geist des Kaiphas, der die ganze Geschichte des Volkes Israel bestimmt hat, solange es noch seine nationale Selbständigkeit besass, ist später oft infolge äusserer Umstände ohnmächtig gewesen, aber immer wieder zum Leben erwacht, wenn es zur Macht gelangte. So verhielt es sich auch diesmal. Der Fall des Uriel da Costa, der wegen seiner freireligiösen Ansichten von der Amsterdamer Synagoge durch die boshaftesten Peinigungen in den Tod getrieben wurde, ist ein trauriges Beispiel dafür ... Spinoza geriet ein halbes Menschenalter später in einen ähnlichen Konflikt ... "

*8a - Eine dritte Partei wurde nur dann vorübergehend geschaffen, wenn es den Zionisten selbst passte. Das war 1912 der Fall. Damals schien es unmöglich, die Wiederwahl des Republikaners Taft zu verhindern, denn seit 20 Jahren hatte das Land unter den hohen Schutzzöllen der Republikaner gut verdient. Doch Taft musste verschwinden, denn er hatte sich 1907 in einer Unterredung mit dem Zionisten Jacob H.Schiff geweigert, die diplomatischen Beziehungen zum zaristischen (als "antisemitisch" angefeindeten) Russland abzubrechen und ihm im Handel die Meistbegünstigungsklausel zu verweigern. Präsident Tafts Sekretär, Oberst Archibald Butt, war gegenwärtig, als Schiff daraufhin Taft mit Repressalien drohte. Die Abwahl Tafts erreichte man dadurch, dass man mit dem Ex-Präsidenten Theodore Roosevelt als Kandidaten die Bull Moose-Partei gründete und so die republikanischen Stimmen aufsplitterte in solche, die für Taft, und

solche, die für Roosevelt stimmten. Roosevelt bildete sich damals genauso ein, "der unentbehrliche Mann" zu sein, wie man es Eisenhower vormachte, als es erneut einen Taft auszustechen galt. Wilson aber, der so als Kandidat der Demokratischen Partei gewählt wurde, war denen, die ihn auf den Präsidentenstuhl setzten, unendlich dankbar. Baruch, dessen Vermögen 1914 auf 1 Million Dollar geschätzt wurde, nannte am Kriegsende drei bis vierhundert Millionen Dollar sein eigen, und der Zionismus hatte mit der Zerstörung der Eckpfeiler europäischer Tradition gleichzeitig Fuss gefasst in Palästina und machte mit dem "Völkerbund" die ersten Versuche einer Weltregierung. Im Grunde genommen hat sich seit jenen Jahren zu Beginn unseres Jahrhunderts kaum etwas geändert an Methode und Zielsetzung der New Yorker Unterwelt. Ein II. Weltkrieg wurde von den Zionisten gestartet und wir stehen an der Schwelle eines III., der leichtfertig gesucht wird, weil Ahasver immer noch nicht seine Ruhe hat finden können. (Vgl. Benjamin H. Freedman: "Zionism Threatens USA Security", in "Common Sense", 1.10.68.)

*9 - Sozius in der Firma Slidell, Benjamin & Conrad in Louisiana. Die Frau von Belmont im Norden war Nichte von Slidell im Süden.

*10 - Schon den Unabhängigkeitskrieg hatte der Bankier Haym Salomon mitfinanziert. Lincoln ersparte dem amerikanischen Volk 1864 die Summe von 49 Billionen Dollar an Zinsen, indem er die für die Beendigung des Krieges benötigten 400 Millionen Dollar nicht von Rothschild-Belmont lieh, sondern zinslose Schatzanweisungen, die sogenannten Greenbacks ausgab, von denen Ende 1962 noch 346 Millionen im Umlauf waren.

*11 - Hölzle, "Geschichte der zweigeteilten Welt", S. 92

*12 - Wenn wir heute sehen, wie die gesamte menschliche Tätigkeit in den sogenannten zivilisierten Ländern gefesselt ist durch Bestimmungen, Formulare, Termine, Steuern, durch die Hetze, die der Papierkrieg mit sich bringt, wenn wir sehen, wie der heutige moderne Mensch in einem Umfang an eine immer grösser werdende Zahl von Behörden versklavt wird, wie ihn die Geschichte selbst in Karthago oder Babylon nicht kannte, wenn wir sehen, dass für einen jeden Einzelnen irgendwo ausgerechnet wird, wieviel er verdienen kann, wieviel er davon für sich behalten darf, wieviel er seinen Kindern belassen darf, wenn wir sehen, dass heute der menschliche Spielraum im Leben so unendlich viel kleiner geworden ist, als er es noch, sagen wir nur vor 1945 war, dann ist das die Folge dieser Form der Weltbeherrschung. Es ist nicht die Folge der weiteren Technisierung, der Computer, der Jetflugzeuge. Es ist die Folge aus dem Missbrauch dieser Verbesserungen, die so zu einer ganz allgemeinen Lebensverschlechterung geführt hat. Die Gammler und Beats, die sich in den USA wie auch in Europa ausgesondert haben aus dieser Tretmühle, haben eine, allerdings nur sehr persönliche Lösung gefunden. Die andere Lösung war greifbar in Europa vor dreissig Jahren, sie ist heute um so ferner, als die Sklaven zum Teil sogar nicht einmal mehr erkennen, in welchem Umfang sie versklavt sind. Sie wissen gar nicht, dass sie viel besser leben könnten, dass der allergrösste Teil ihres Arbeitsprodukts für Dinge verwandt wird, die ihren natürlichen Lebensinteressen konträr liegen. Als die argentinische Militärregierung 1966 in den USA Kredite erbat, wurde ihr zur Bedingung auferlegt, zunächst einmal ihr internes Steuersystem rigoros anzuwenden (und sie nahm diese Bedingung an). Als Bolivien 1968 für die Wiederherstellung der Schäden, die die Guevaragruppe angerichtet hatte, Kredite in den USA erbat, kam man mit

der gleichen Einmischung in interne Angelegenheiten des Landes. Man wollte nicht mehr nur das Land als solches an sich fesseln, sondern wollte die Behörden Boliviens als Angestellte einschalten, um die Versklavung auf jeden einzelnen Einwohner Boliviens auszudehnen. Barrientos lehnte das Ansuchen ab! Man weiss, dass die Einführung dieser Steuersysteme in unterentwickelten Ländern zwangsläufig zur Vernichtung des örtlichen Wirtschaftsimpulses führen muss und nur die im Lande tätigen Grossfirmen begünstigt. In Argentinien hat der ehemalige Präsident Frondizi in seiner Ansprache vor dem Auslandspresseklub am 26. Juni 1968 diese Folgen deutlich ausgesprochen: "Diese Regierung verfolgt einen Wirtschaftsplan, der die Kapitalbildung im Lande verhindert". Gerade das aber ist das Ziel der Einweltler in Weltbank und Weltwährungsfonds, nicht nur in Argentinien, sondern in allen Staaten.

Die psychologischen Folgen derartiger Zwangssysteme werden in dem bekannten Roman "Atlas legt die Welt nieder" zwingend dargestellt. Der Roman wird, trotzdem er längst vergriffen ist, seltsamerweise nicht wieder aufgelegt.

*13 - Damals kamen die Väter der heute so bekannten Politiker wie Goldberg. usw. ins Land.

*14 - Winkeladvokat, Rechtsverdreher, unehrlicher, skrupelloser Jurist, Lump, Gauner, Halunke.

*15 - Der uns schon bekannte Abe Fortas schrieb an White: "Ich bin erfreut darüber, dass der Präsident Sie zum Unterstaatssekretär im Schatzministerium ernannt hat. Ihre Berufung ist voll verdient und wird die Regierung wesentlich stärken."

*16 - Jordan war verantwortlicher Offizier für die Aushändigung der für Russland bestimmten Waren im Rahmen des Pacht- und Leihabkommens in Great Falls/Montana.

*17 - Die Behauptung von Matthias (aaO), dass Russland keine wirksame Hilfe von den USA erhalten hätte, ist nicht mit den bekannten Tatsachen vereinbar. Selbst nach dem Krieg hat Russland bis Anfang 1963 noch für mehr als 11 Billionen Dollar Waren von den USA erhalten!

*18 - Alphabetisch geordnet, finden wir im einzelnen in den Spitzenstellungen die folgenden Nicht-Christen: (Die Amtsbezeichnung habe ich der Klarheit halber englisch gelassen) (Die meisten blieben auch unter Johnson in ihren Positionen. Salinger und Schlesinger traten zurück. Abe Fortas und Walt Rostow rückten in Schlüsselpositionen der persönlichen Beratung ein)

Hans A. Adler, Budget Bureau Expert, Assistant to Deputy Atty. Gen. Meyer Feldman
Jerome Adlerman, Chief, Counsel of Labor Department
Morris Abram, Special Assistant and Adviser to Peace Corps
Salomon Barkin, Area Development
Jacob Beam, Ambassador to Poland
Robert S. Benjamin, National chairman of the US Committee for the UN
Adolph Berle jr, Ambassador to American States
Maurice M. Bernbaum, Ambassador to Ecuador
Edgar H. Bernstein, Member, Public Utilities Commission
Edward M. Bernstein, Consultant to Treasury Department
Rowland Burnstan, Assistant Secretary of Commerce

Mortimer Caplin, Commissioner of Internal Revenue
Abraham Chayes, Head, Legal Section of State Department
Wilbur J. Cohen, Assistant Secretary for legislative matters of Department Health, Education & Welfare
David S. Cole (Cohen), Missile Space Labor Commission
C. Douglas Dillon (Lapowski), Member of Cabinet, Secretary of Treasury (war schon unter Eisenhower im State Dept.)
Ben D. Dorfman, Chairman, Tariff Commission
Philip Elman, Chairman, Federal Trade Commission
Mordecai Ezekiel, Assistant Secretary Department of Agriculture
Nathan Feinsinger, Chairman, Labor Factfinding
Myer Feldman, Deputy Attorney General (war der Verbindungsmann zwischen Truman und Eisenhower im Jahre 1952)
Adrian S. Fisher, Adviser, Disarmament Administration
Paul A. Freund, Kennedys Berater für "civil-rights"-Fragen
M. L. Frankel, Teaching Reform
Arthur J. Goldberg, Richter am Supreme Court (später Botschafter bei den UN)
D. C. Goldberg, Intergovernmental Relations Subcommittee on Government Operations
Richard Goodwin, Kennedys persönlicher Verbindungsmann zu den Exilkubanern und für lateinamerikanische Koordination
Edward Gudeman, Under Secretary, Department of Commerce
Edwin O. Gutman, Justice Department Information Chief
Seymour Harris, Senior Consultant of the Treasury Department
Sidney Heiman, White House Historian
Walter W. Heller, Chairman, Council of Economic Advisers (war unter Lucius Clay Leiter der Finanzabteilung der amerikanischen Militärregierung in Deutschland)
Roger Hilsman, Intelligence Chief of State Department
Solis Horwitz, Pentagon planner
Mrs. Charles Hymes, Chairman, Status of Women. President, National Council of Jewish Women
Maxwell Isenberg, Deputy Assistant Secretary of State for educational and cultural affairs
Herman Kahn, Archives, Special Assistant to J. F. Kennedy
Joseph Kaplan, White House adviser on scientific affairs
Alfred Katzin, Chief of United Nations personnel
Samuel Klaus, State Department Intelligence
David Klein, operates channel subsidiary to Bundy channel for policy
Henry A. Kissinger, Special consultant to Kennedy on military and departamental policies
Nathan König, Assistant to Secretary of Agriculture
Fred Lazarus jr, Equal Employment Commission
Marx Leva, member, National Planning Association
Louis Levine, Department Director, Bureau of Employment Security
Harold R. Levy, Assistant Secretary for Public Affairs, Dept. of Welfare
Lawrence Levy jr, Ambassador and Defense Adviser to NATO, Defense Dept. Vertreter für die Nordatlantik- und Mittelmeerregion in Paris
Harold E. Linder, President and Chairman of US Export-Import Bank
James Loeb jr, Assistant to Averell Harriman, Ambassador to Peru
Lee Loevinger, Assistant Attorney General in charge of Antitrust Division
Louis Loss, Chairman SEC

Newton M. Minow, Chairman, Federal Communications Commission
David Morse, Generaldirektor der International Labor Organisation, Verwaltungsassistent Kennedys
Paul H. Nitze, Assistant Secretary of Defense for International Security Affairs
Louis Falk Oberdorfer, Assistant Attorney General, Dept. of Justice
Andrew Oehman, Head, Internal Revenue Legal Department
Ralph Paiewonsky, Governor General Virgin Islands
W. K. H. Panofsky, Nuclear testing
David Rabinowitz, Labor counsel
Meyer Rashish, Assistant to Special Representative Christian Herter for Trade negotiations
Simon H. Rifkind, Chairman, Railroad Commission
William R. Rivkin, Ambassador to Luxembourg
Maurice Rosenblatt, General Counsel, Department of Interior
A. H. Rosenfield, Chairman, Civil Rights Commission
Samuel I. Rosenman, member, inquiry board im Maritime Strike
Jack Rosenthal, Assistant Director of Public Relations, Justice Dept.
Walter Rostow, Deputy to Special Assistant on National Security
Stuart Rothman, General Counsel, National Labor Relations Board
Seymour J. Ruben, International Cooperation Administration
Pierre Salinger, Press Secretary
Paul Samuelson, Hauptberater des Präsidenten für die Ausgabe von Regierungsgeldern
David M. Satz jr, US Attorney, New Jersey
Arthur Schlesinger jr, Verwaltungsassistent Kennedys (schrieb später in seinen Memoiren aus dieser Zeit, dass Kennedy den Bau der Berliner Mauer angeregt hat und stellte den inzwischen ermordeten Kennedy ("ich bin Berliner") in Westdeutschland bloss)
Abba Philip Schwartz, Administrator of Security and Consular Affairs, State Dept.
Bernard Segal, Chairman of 11-man-committee screening judicial appointments for Attorney General
Milton Philip Semer, General Counsel, Federal Housing & Finance Administration
J. Irwin Shapiro, Chief of Investigation, State Dept.
Harold Silverstein, Special Assistant to Chief Signal Officer, US-Army
Theo Chaikin Sorenson, Special Counsel
Thomas C. Sorenson, US-Export-Import Bank
Jerome Spingarn, Task Force on Soviet American Arms Negotiation
Brig. Gen. Benjamin Sternberg, Deputy Chief of Staff in charge of manpower procurement
Joseph Swidler, Chairman, Federal Power Commission
Theodore Tannenwald, Special Assistant in State Department for Foreign Aid Legislation
Saul Wallen, Chairman of 3-man Board in threatened strike of Boeing machinists
Edward Weinberg, Interior Dept. aide
Sidney Weinberg, Berater des Präsidenten (er setzte Robert Mc Namara, bis dahin Präsident der Ford Motor Co, als Verteidigungsminister ein, als welcher er dann den Vietnamkrieg "hinzog")
Rabbi Jacob Joseph Weinstein, Equal Employment Commission
Samuel Westerfield, Assistant Director of Debt Analysis

Jerome Wiesner, Sonderberater Kennedys für wissenschaftliche Fragen
Morris Wolf, General Counsel for Foreign Operations Administration
Seymour E. Wolfbein, Deputy Assistant to Secretary of Labor
Adam Yarmolinsky, Assistant Secretary of Defense in charge of personnel

*19 - Das Auftreten nordamerikanischer Sonderbotschafter hat denn auch in eigentlich allen Fällen zu scharfer Kritik geführt, da man im westlichen Ausland nirgends geneigt ist, den Weg zur zionistisch beherrschten Einwelt zu gehen. Als Adlai Stevenson (CFR) 1963 Buenos Aires besuchte, da sagte ihm unsere angesehenste Zeitung, "La Prensa": "Diese Besucher aus Nordamerika kennen nicht die explosive Macht ihrer Phrasen in unserer Umgebung. Sie begreifen nicht, dass es sich um die Lieblingsslogans der Kommunisten und ihrer Bundesgenossen handelt, die freudig solche unerwartete imperialistische Hilfe begrüssen. Indem sie solche Ausdrücke (wie "Agrarreform", "Landfeudalismus", "Revolution" usw.) brauchen, ohne sie näher zu erklären, nähren sie jene magischen Schlagworte, die nur den sowjetischen imperialistischen Wünschen dienen."

*19a - Es ist aktuell, daran zu erinnern, dass es niemand anders als Nixon war, der 1952 zusammen mit Paul Hoffmann (dem Gatten der berüchtigten Anna Rosenberg), Nelson Rockefeller und dem weiteren Zionisten Sidney Weinberg die sogenannte Fortschrittliche Republikaner-Bewegung (Republican Advance-Movement) gründete, und mit dieser die Ernennung von Taft verhinderte und den Weg für Eisenhower ebnete – nicht ohne sich selbst dadurch die Stelle des Vizekanzlers zu sichern. Nixon galt schon damals als ein unbedingter Befürworter der für die USA tödlichen Bürgerrechtsbewegung mit ihrer Forderung auf Integration der beiden verschiedenen Rassen. Zwanzig Jahre lang hatte er einen Posten innerhalb der NAACP. So erstaunt es auch nicht, ihn in engem Kontakt mit Zionisten zu finden. Lange Jahre hindurch war sein Wahlmanager der Zionist Murray Chotiner, Nixons Verbindungsmann ist Herbert Klein, einer seiner engsten Mitarbeiter seit langem Sidney Weinberg, von dem wir bereits hörten, dass er die Stelle Baruchs als geheimer Berater der Präsidenten einnimmt. Die führende jüdische Loge B'nai B'rith lobte ihn öffentlich 1952, 1956 und 1960. Von seiner Politik sagte er selbst: "Auf internationalem Feld bin ich Internationalist."

*20 - Die "guten" Erfolge, die man mit solcher Politik mit den zwei Parteien hatte, sollen jetzt auch in Westdeutschland erzielt werden. Gelingt der von SPD und CDU vorgesehene "Staatsstreich" (FDP), so wird die Regierung viel mehr noch als sie es schon heute ist, zur Marionette der Hintermänner.

*21 - Man vergesse nicht, dass Kennedy auf dem besten Wege war, mit seiner Persönlichkeit eine neue, unabhängige Konstante in der Politik zu etablieren. Er war menschlich über das Mass hinausgewachsen, welches man Staatsmännern in der Demokratie gestattet. In die Politik stieg die Familie mit dem Vater Joseph Kennedy, der von Roosevelt an den wichtigsten Aussenposten, nämlich als Botschafter nach London gesetzt wurde. Ein Schlaglicht auf die eventuellen Hintergründe der Ermordung wirft der vorhin erwähnte Bericht des Senats in Punkt 3 mit der Feststellung, "dass einige Monate vor dem Mord allgemein verbreitet wurde, dass Bob Kennedy und sein Bruder Mr. Johnson beim nächsten Parteikonvent als Kandidaten für die Vizepräsidentschaft stürzen wollten". Dass die Familie Kennedy selbst nach der Ermordung von John Fitzgerald ihre ehrgeizigen Pläne alles andere als aufgegeben hatte, ersieht man nicht nur an der Tätigkeit Bobs, sondern vor allem auch an folgendem: Im Oktober 1966 wurde

mit Hilfe von 10 Mio. Dollar seitens der "Kennedy Library Corporation" in Harvard ein "Institute of Politics" gegründet und die "Kennedy Memorial Library" mit weiteren 3,5 Mio. Dollar geschaffen. Ein Beratendes Komitee, dem ein Mitglied der Familie Kennedy angehören muss, und dem im übrigen die uns schon so bekannten Arthur Schlesinger jr, Richard Neustadt, Adam Yarmolinsky, Eugene Black und McGeorge Bundy angehören, vergibt die entsprechenden Geschichts-Stipendien. Der "Sunday Telegraph", London (abgedruckt im "Richmonds News Leader", USA am 12.1.67), meint dazu: "Es muss betont werden, dass diese Vorgänge völlig rechtens geschahen. Nur das Konzept ist korrupt und degradiert die Universität von Harvard ... Es hat schon lange eine schamlose Verbindung bestanden zwischen den grossen Stiftungen und der politisch-wirtschaftlichen Machtstruktur. Die steuerfreien und öffentlichen Stiftungen können so diejenigen Experten ausbilden, die für die Aktionen der Linkspolitiker benötigt werden, und zwar sogar im Namen des Humanismus. Nur hatte man bis heute solche Querverbindungen namenlos gelassen und die Spuren möglichst verwischt. Es blieb den Kennedies überlassen, mit der Bezeichnung "Kennedy Memorial" diese Verbindung schamlos in die Oeffentlichkeit zu tragen."

*22 - Der Fabian-Sozialist Foster Bailey erklärt in einem 1955 veröffentlichten Buch, dass er selbst regelmässig "Vollmond Meditationen" im Carnegie-Center in New York abhalte und dass bei diesen Zusammenkünften "Oberst" Edward Mandell House, der Gründer des Council on Foreign Relations, ein "vollentwickelter Schüler" der "Meister des Wissens", Wilson jedoch nur ein "Schüler des Sechsten Strahls" gewesen und daher House unterstellt gewesen sei. Andererseits teilt Oberst Starling, Chef des Geheimdienstes innerhalb des Weissen Hauses zu jener Zeit, mit, dass Wilson es vorzog, sich mit Frauen zu unterhalten und dass er sich ausgesprochen ungemütlich in der Umgebung von Männern fühlte. Der einzige Mann, den Wilson in seiner Umgebung oft und gerne sah, war House. Aus diesen Aufzeichnungen wird erklärlich, warum man allgemein Wilson als eine "Marionette von House" (Prof. R. Oliver) ansah. Von letzterem ist bekannt, dass er den Ausbruch des I. Weltkrieges während einer mysteriösen Reise durch Europa vier Monate vor dem Attentat von Sarajewo vorhersagte.

*23 - Artikel I Sec. 8 Para 5: "Congress shall have the power to coin money, regulate the value thereof, and of foreign coin and fix the standards of weights and measures."

*24 - Im Geldausleihen gegen Zinsen liegt ja schon grundsätzlich etwas Unsittliches. Der Gewinn auf dieser Tätigkeit steht in keinem Verhältnis zu dem Gewinn auf der Tätigkeit des Bauern oder des Arbeiters. Wenn dann noch hinzukommt, dass man Situationen bewusst schafft, um Staaten zur Aufnahme von Anleihen zu zwingen, dann befinden wir uns vor einer Lage, die gemeinsames Handeln der Staaten erfordert. Man erinnert sich des nach dem I. Weltkrieg geprägten Begriffs der "Zinsknechtschaft". Der Umfang dieser Knechtschaft ist heute auf der ganzen Welt so gross, dass sie zum bestimmenden Faktor für ihre Entwicklung wurde.

*25 - Vgl. Juan Maler, "Wie der Völkerbund entstand", Buenos Aires 1967. Es wurden während des II. Weltkrieges in Belgien in Freimaurerlogen die Originaltexte aufgefunden, die beweisen, dass Wilson im Auftrage der Freimaurerei handelte. Schon vorher war bekannt, wie die Idee eines "Völkerbundes" von der Weltfreimaurerei im Interesse messianisch-jüdischer Weltbeherrschungspläne

immer wieder aufs Tapet gebracht wurde, aber erst in dem nationalen Schwächemoment am Ende des I. Weltkrieges in die Tat umgesetzt werden konnte. (Die Schrift ist noch in einigen Exemplaren über den Verfasser erhältlich.)

*26 - Um nur eines von sehr vielen möglichen Beispielen herauszugreifen: Die WGO hat erst im Mai 1968 wieder beschlossen, Portugal keinerlei technische Hilfe zu gewähren, "solange dieses Land seine derzeitige Kolonialpolitik aufrechterhält". Wenn die Bewohner Angolas also lieber Portugiesen sein wollen, anstatt "freie" Angolesen, so wird man sie eben lieber in Krankheit sterben lassen, als ihnen zu helfen. Das ist die "Heilige Aufgabe der Zivilisation" in der Praxis.

*27 - An ihrer Wiege standen die 1906 auf der sogenannten "Niagara-Bewegung" angenommene Erklärung W. E. Burghardt Du Bois' und das 1908 erschienene Buch "Race War in the North" von William English Walling (siehe "The Walls came tumbling down" von Mary White Ovington, 1947). So standen ein Kommunist und ein Zionist Pate bei der Taufe.

*28 - In den Zeitungen wurden Bilder abgedruckt, auf welchen wir Luther King als Teilnehmer an kommunistischen Schulungskursen in der ersten Reihe sehen.

*29 - Rap Brown bekommt fünf Jahre Gefängnis und der Nachfolger von Martin Luther King, Ralph Abernathy, 20 Tage.

*

KANADA

ist, hinter der Sowjetunion, das zweitgrösste Land der Erde, zählt jedoch nur 18 Millionen Einwohner. Trotz dieser im Verhältnis zum Umfang geringen Einwohnerzahl gehört es jedoch zu den wirtschaftlich höchstentwickelten Ländern und steht im Weltexport an 6. Stelle (hinter USA, Westdeutschland, Grossbritannien, Frankreich und Japan). "Klassisch" konnte man für Kanadas Aussenwirtschaft bis in den letzten Krieg hinein das Dreieckgeschäft nennen, wonach Kanada nach England exportierte und mit den dort verdienten Pfunden seine Einfuhren aus den benachbarten USA bezahlte. Diese Ordnung der Dinge wurde jedoch während des II. Weltkrieges aufs schwerste erschüttert. England hatte keine Pfunde mehr, gab sogar seine letzten Guthaben, die es noch in Kanada stehen hatte, fort, und war von da an auf Anleihen angewiesen (Pacht- und Leihvertrag, die grosse England-Anleihe von 3, 75 Md Dollar gleich bei Kriegsende, Marshallhilfe usw. Die England-Anleihe wurde nur gegeben gegen Aufhebung der Präferenzzölle im Empire, öffnete dieses also den Amerikanern. Der II. Weltkrieg hatte seinen britischen Urhebern 20 Md Pfund gekostet). Diese aus den USA geholten Anleihen (bezeichnenderweise nahm die Sowjetunion das Angebot einer 1 Md Dollar-Anleihe damals nicht an, wie ja sowieso das Abseitsblei-

ben der Russen in allen weiteren Wirtschaftsfragen, Bretton Woods, Internationale Handelskammer usw. die grosse Enttäuschung der Einweltler nach diesem Kriege war. Es hätte wenig gefehlt, dann wären sie auch nicht den UN beigetreten. Molotow war schon am Abreisen, als Stalin persönlich einsprang) konnten nur noch künstlich das alte Bild zwischen den Dreien aufrechterhalten. Andererseits hatten die USA in Kanada während der gleichen Kriegsjahre eine eigene Industrie aufgebaut, hatten dort im Laufe der Zeit 30 Md Dollar investiert – dieses vor allem, um die damals noch vorhandene Vorzugslage Kanadas im Commonwealth auszunutzen und so auf dem Wege über Kanada in die britische Einflusssphäre einzudringen. Die natürliche Folge dieser Industrialisierung war eine Abnahme der Käufe in den USA selbst. Da praktisch keine Zollschranken zwischen den USA und Kanada mehr bestanden, konnte man so von einem "kalten Anschluss" sprechen (*30). Kanada ist abhängig geworden von den USA und eine Komponente seiner Politik ist daher seitdem dieses Verhältnis zum machthungrigen Nachbarn im Süden (und im Norden).

1763 wurde Kanada nach Eroberung des französischen Québec britisch. 1774 erhielten die Franzosen im "Statut von Québec" das Recht, ihre Sprache und ihre Religion zu pflegen, und wurden so davon abgehalten, sich der Unabhängigkeitsbewegung in den benachbarten Neuenglandstaaten anzuschliessen. Die Regierung lag jedoch weiterhin in britischen Händen und blieb auch nach Unterzeichnung des Westminsterstatuts 1931 bei Erlangung der Unabhängigkeit Angelegenheit der englischsprachigen Mehrheit.

Das Vordringen der USA auf wirtschaftlichem und auch auf dem Gebiet der Landesverteidigung während des II. Weltkrieges ("gegenseitige" Bereitstellung der Häfen, Flugplätze, der Alaskastrasse usw. ohne jede Einschränkung) führte zu verständlichen Reaktionen in der Bevölkerung. Aehnlich wie die Arbeiterpartei in Australien forderten die Konservativen in Kanada Zusammenarbeit mit den USA auf der Ebene völliger Gleichberechtigung. Unter diesem antinordamerikanischen Aspekt kam Diefenbaker 1957 ans Ruder. Die USA antworteten mit Wirtschaftsmassnahmen wie Einschränkung der Urankäufe in Kanada (*31). Propagandistisch in den Vordergrund gerückt wurde das Thema dann durch die Frage der Atombewaffnung, die von den USA gefordert, von der kanadischen Regierung aber abgelehnt wurde, da sie eine weitere Abhängigkeit von den USA mit sich brachte. General Norstadt warf Kanada in einer öffentlichen Rede in Ottawa vor, seine (Geheim!)-Abmachungen nicht zu erfüllen, und Aussenminister Dean Rusk scheute sich sogar nicht, allen internationalen Takt fallen zu lassen und eine Note über den bisherigen Inhalt der Geheimverhandlungen durch seinen Botschafter Butterworth (!) in Ottawa übergeben zu lassen, die bereits 30 Minuten (!) später der Presse übergeben wurde! Darin wurde (also der kanadischen Oeffentlichkeit) in polemischer Form mitgeteilt: "Die kanadische Regierung hat bisher keine Regelung vorgeschlagen, um eine wirksame Verteidigung Nordamerikas zu ermöglichen." Der Führer der Opposition, der Liberale Lester Pearson, sekundierte sofort: "Als Kanadier schäme ich mich, dass wir Verpflichtungen übernommen haben, und uns heute weigern, sie einzuhalten." Diefenbaker klassifizierte das Vorgehen in einer Parlamentsrede unmissverständlich: "Es handelt sich um eine beispiellose Einmischung in kanadische Angelegenheiten. Wir sind entschlossen, ein guter Verbündeter zu bleiben, aber ein Satellit werden wir niemals werden." Und fügte später noch hinzu: "Kanada liegt nicht innerhalb der Neuen Grenze (der "New Frontier", von der Kennedy damals sprach) der Vereinigten Staaten." Doch das alles half nichts mehr. Schon Wochen später kamen mit Unterstützung der Veröffentlichten Meinung am 8. April 1963 die Liberalen wieder an die Macht, und eine der ersten Erklärungen des neuen Ministerpräsidenten Lester Pearson lautete: "Wir werden eine starke

Anpassung unserer Verteidigungsmassnahmen an die der USA vornehmen." Ein Abkommen zur Lagerung atomarer Sprengsätze in Kanada wurde unterzeichnet. Auch die auf deutschem Boden stationierten kanadischen Luftwaffeneinheiten sollten Atomwaffen der USA erhalten. An Stelle der noch 1812-14 praktizierten kriegerischen Bemühungen zur Eroberung Kanadas haben die USA jetzt "Konflikte nicht gescheut" (Dean Rusk), um das Land nunmehr auf kaltem Wege anzuschliessen (*32). Die amerikanischen Restriktionsmassnahmen 1967/68 bewiesen endgültig die völlige Abhängigkeit Ottawas von Washington. Man zitterte in Kanada, als der Dollar zusammenbrach. Man befürchtete den Abzug der Gewinne der amerikanischen Industrie nach den USA, und man sieht die Lösung aus dieser Lage in höheren Steuern. So zahlt auch Kanada mit für Katanga und Vietnam.

Doch Ottawa ist nicht Kanada, ja, es gibt 6 Millionen Einwohner Kanadas, die sich als die "wahren Kanadier" bezeichnen. Sie sprechen französisch. Schon kurz nach dem Wahlsieg Pearsons 1963 wurde in Québec die Säule umgestürzt, die an den britischen General Wolfe erinnerte, der Québec seinerzeit erobert hatte, und im Juli 1963 flog das Denkmal der Königin Viktoria in Québec in die Luft. Der kopflose Torso wurde nie mehr wiederhergestellt. Man erinnerte, dass noch im April 1942 die Provinz Québec mit 70% gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und gegen den Einsatz kanadischer Truppen gegen Deutschland gestimmt hatte. Am 22. Dezember 1942 erliess die kanadische Regierung sogar einen Befehl, wonach sich die jungen Leute zu stellen hätten, "ganz gleich, ob sie bisher einen Stellungsbefehl erhielten oder diesen einfach nicht befolgten". Etwa 37% der Bevölkerung sind abstammungsmässig Frankokanadier, 43% Anglokanadier und der Rest Deutschstämmige (600 000), Skandinavier (280 000), Ukrainer (300 000), Holländer (150 000) und Polen (150 000). Doch man meinte in typisch britischer Manier, die Dinge hinziehen zu können. Im Jahre 1965 jedoch schloss Paris einen Vertrag mit Québec, der eine verstärkte Hilfe auf den Gebieten der Kultur, der Wirtschaft und der Technik für die "Franzosen Kanadas" vorsieht. Im Juli 1967 besuchte De Gaulle dann (erneut) Kanada. Er fuhr auf einem französischen Kriegsschiff den St. Lorenzstrom hinauf und machte Halt in Québec. Der Empfang war überwältigend. Von den Massen wie von den Politikern scholl ihm ein einziges "Québec libre" entgegen. Er hielt dann in Chateau Frontenac eine Ansprache, die die Mächtigen der Welt in den gleichen Aufruhr versetzte wie die Unabhängigkeitserklärung Jan Smiths in Rhodesien: "Ich rufe die französischsprachigen Kanadier auf, mit den anderen Kanadiern zusammenzuarbeiten, um ihren Geist und ihre Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten zu sichern... Indem Sie sich weigern, noch länger der Vorherrschaft Ihnen fremder Einflüsse im Denken, in der Kultur und in der Wissenschaft ausgesetzt zu sein, benötigen Sie Ihre eigene Elite, eigene Universitäten und Laboratorien." Und er schloss seine Rede mit der Dynamitladung: "Vive le Québec libre!" Hoch lebe das freie Québec! Der Beifall war frenetisch. Und die kanadische Regierung, zu einer Dringlichkeitssitzung im benachbarten Ottawa zusammengerufen, verlor die Nerven und beleidigte den Gast. De Gaulle flog daraufhin nach Frankreich zurück, ohne Lester Pearson überhaupt gesehen zu haben. Die ganze Welt aber lief auftragsgemäss Amok gegen De Gaulle. Die Hetze nahm die unflätigsten Formen an. "Der senile Greis" (im Britischen Unterhaus) "hinterliess einen Haufen Scherben" (NZZ) (*33). Alle möglichen politischen Kellerratten krochen in Paris aus ihren Löchern und sprachen von dem "Alleingang" und der "Taktlosigkeit" des alten Mannes. Seine Tage waren endgültig gezählt. Es waren die Wochen, in denen sein Ende beschlossen wurde. Man kann sicher sein, damals wurde die Titelseite vorbereitet, die De Gaulle dann im Mai 1968 in "Time" einnahm, und auf der er aussah, als läge er schon

14 Tage unter der Erde. Damals wurde die Revolte vom Mai 1968 in Paris vorbereitet. Nicht "die Kommunisten" standen dahinter, sondern New York, dessen Herrschaftsgebäude einen weiteren grossen Riss bekommen hatte (*34). Denn wieder einmal war das Netz der Phrasen zerrissen worden, hatte jemand eine wirkliche, substantielle geistige Weiterentwicklung eines Volkes gefordert, nicht jene "Entwicklung", die von New York aus gepredigt wird.

Der Gouverneur der Provinz Québec, Daniel Johnson, stellte sich voll und ganz hinter De Gaulle. Von beiden Seiten aus ging man sofort an die positive Arbeit. Minister reisten zwischen Québec und Paris hin und her. Doch es gab Schwierigkeiten. Der kanadische Einwanderungsminister Marchand hatte schon wenige Tage nach De Gaulles Erklärung spöttisch gesagt: "Und wie sollen die 10 Md Dollar ersetzt werden, die im Gebiet von Québec von den USA investiert worden sind?" Doch diese Abhängigkeit (jetzt fühlte man den Klotz am Bein) war noch nicht das Schlimmste. Paris und Québec planten den Start eines gemeinsamen Nachrichtensatelliten, der die Uebertragung der französischen Fernsehprogramme nach Québec ohne Inanspruchnahme des us-amerikanischen Satelliten Early Bird ermöglichte, und der die Frankokanadier freimachen sollte von den us-amerikanischen Rundfunk- und Fernsehstationen, die 100%ig in den Händen von Zionisten sind. (*35) Doch Frankreich ist technisch noch nicht in der Lage, einen solchen Satelliten zu starten. Es hatte vorher schon mit der Sowjetunion verhandelt, um einen Satelliten für Sendungen nach Afrika zu starten. Doch damals schon bestand die Sowjetunion auf eigener Bestreitung eines Teils des Programms eines solchen Satelliten. Mehr noch bremste sie jetzt, da die Belange des Grossen Bruders in New York ernstlich gefährdet waren. So hat Frankreich bisher diesen Wunsch nicht verwirklichen können. Die Menschheit erhält weiterhin ungestört ihr Bild von den USA und der Sowjetunion (*36). Man erinnert: Als De Gaulle am Anfang seines Weges zur Unabhängigkeit des von ihm geführten Landes Atombomben in der Sahara ausprobierte, da war die ganze Welt aufgebracht, als wäre so etwas Privileg der beiden Supermächte.

Auch die kanadische Regierung begann dann einzulenken, als man sah, dass mit Drohungen das Problem nur ernster wurde. Pearson selbst fand beruhigende Worte. Nur sein alter Gegner, Diefenbaker, stürzte endgültig über dem Problem der Frankokanadier. Seine eigene konservative Partei nämlich hatte sich für das "Zweivölkerkonzept" ausgesprochen, das heisst für eine zukünftige Verfassung, die zwei Volkszugehörigkeiten, aber nur eine gemeinsame Staatszugehörigkeit vorsieht. Als Diefenbaker sich dem widersetzte, wurde er als Führer der Konservativen abgewählt. Die (liberal geführte) Regierung sieht ähnliche Verfassungsänderungen vor. Englisch und Französisch sollen zu offiziellen Landessprachen erklärt werden und gleichberechtigt sein im Parlament, bei den Behörden und vor den Gerichten (wie Vieles erinnert doch an die Entwicklung zwischen Briten und Buren in Südafrika!). Freie Sprachenwahl soll für die Schulbildung gelten. Die "British-North-America-Act" würde damit der Geschichte angehören, so, wie schon heute das Ahornblatt den Union Jack in der Landesfahne ersetzt hat.

Das Einlenken der Liberalen hat aber auch andere, rein taktische Gründe. Man weiss, dass bei Verhärtung der Fronten der Separatismus gewinnen würde, die völlige Spaltung Kanadas in zwei Staaten. Seitdem sich Französisch Kanada nach dem letzten Kriege frei gemacht hat von der beherrschenden Rolle der Geistlichkeit in der Erziehung, folgt die Jugend ihrem eigenen gesunden Menschenverstand. Daniel Johnson selbst gibt die Parole aus: "égalité ou indépendance", Gleichheit oder Unabhängigkeit! Dass dabei das Problem bei den Liberalen nicht gerade in ehrlichsten Händen liegt, zeigt der Lebenslauf des neuen Ministerpräsidenten, Pierre Elliot Trudeau, der am 26. Juni 1968 gewählt wur-

de (*37).

1940: Aus dem Kanadischen Offiziersausbildungskorps entlassen wegen Disziplinlosigkeit

1941: Führendes Mitglied des kriegsgegnerischen und prokommunistischen Volksblocks (Bloc Populaire)

1945: Eingeschrieben in Harvard/USA, der von den Linksintellektuellen bevorzugten Universität

1947: Besucht er die "London School of Economics" unter dem kommunistischen Direktor Prof. Harold Laski (der übrigens auch der Lehrer John Kennedys war)

1950: In Schanghai, als die Kommunisten einmarschierten. Wurde ein Bewunderer Mao Tse-tungs und seines Regimes.

1951: Herausgeber der Linkszeitschrift "Cité libre" zusammen mit einer Reihe bekannter Kommunisten

1952: Führte er eine kommunistische Delegation nach Moskau zur dortigen Wirtschaftskonferenz

1953: Wird ihm der Eintritt in die USA verweigert wegen seiner politischen Tätigkeit

1955: Formt er "Le Rassemblement", eine Organisation, der die Kommunisten nicht beitreten, da sie "zu weit links steht".

1960: Führt er eine kommunistische Delegation nach Peking an, um den Sieg dort zu feiern.

1961: Wird er von der US-Küstenwache aufgegriffen, als er versucht, in einem Kanu nach Kuba zu gehen. Nach Kanada deportiert.

1962: Wird er zum Professor an der Universität Montreal ernannt, und macht die Universität zu einer Stütze Castros.

1963: Wahlkampf gegen die Liberalen, die er "Idioten" nennt

1965: Aendert er seine Taktik, und tritt zusammen mit den Linkspolitikern Jean Marchand und Gerard Pelletier als "Neue Garde" in die Liberale Partei ein. Er unterwandert diese, so wie in Westdeutschland die FDP unterwandert wurde. Es ist das übliche Schicksal der Liberalen, den Türöffnern von Kommunismus und Zionismus.

1966: Wird er zum Parlamentssekretär von Premierminister Pearson ernannt

1967: Zum Justizminister ernannt. A la Warren unterstützt er den vom Bürgermeister von Vancouver aus jener Stadt wegen unsittlichen Verhaltens ausgewiesenen Hippy "Georgia Straight". Führt ein Gesetz ein, welches die Abtreibung und die Homosexualität legalisiert und versucht, die kanadische Justiz von ihrer gesetzlichen Basis abzubringen auf eine sogenannte "humane Ebene".

1968: Unterstützt von einer phantastischen Televisionskampagne wird er mit der Führung der Liberalen Partei beauftragt und dann zum Ministerpräsidenten gewählt. In Montreal finden tagelange Strassenkämpfe der französischen Jugend gegen diese Ernennung Trudeaus statt.

In der Weltpresse erwähnt man nur, "dass der Frankokanadier Trudeau mit überwältigender Stimmenmehrheit Ministerpräsident geworden ist". Sein Gegner Johnson stirbt unerwartet 1968 und dessen Nachfolger Jean-Jacques Bertrand fordert, dass Kanada als Föderation von zwei Nationen eine Republik innerhalb des Commonwealth werde.

*30 - Dieser passende Ausdruck wird erstmalig in der Wochenzeitung "Das Reich" am 21.3.43 geprägt und es ist interessant zu sehen, wie dann "Der Spiegel" im März 1963 diesen Begriff – natürlich ohne Hinweis auf eine solche nazistische Quelle – wieder aufgreift, und die Idee eines "Anschlusses" als böse Verleumdung der amerikanischen Freunde und für völlig absurd hält.

*31 - Dieses fand dann in der BRD vorübergehend einen Abnehmer. Andererseits muss hier erwähnt werden, dass in den USA selbst das Monopol für die Urangewinnung in den Händen des Bankhauses Kuhn, Loeb & Co. seit den Jahren 1954/56 liegt. Einzelheiten dazu in der Rede des Senators Anderson, Congressional Record vom 28.5.59 S.8433, 34.

*32 - Presseberichte vom April 1968, die von einem Ausscheiden Kanadas aus der NATO sprachen, haben sich bisher nicht bestätigt. Auch ist eine solche Wendung unter der neuen "neuliberalen" Führung Kanadas angesichts der Rolle, die die NATO nach der Tschechenkrise nach dem Willen New Yorks übernehmen soll, recht unwahrscheinlich.

*33 - Der Vertreter der NZZ in Ottawa vergaloppierte sich derart in seinen Darstellungen, dass die NZZ sich genötigt sah, einen Sonderberichterstatter, Rudolph P. Hafter, nach Kanada zu entsenden, um das sonst so sachliche Niveau der angesehenen Zeitung zu retten.

*34 - Die primitiven Simplifikatoren beherrschen ja oft genug das Feld bei uns. Früher hatten "die Juden" an allem schuld, dann waren es "die Nazis", und jetzt sind es "die Kommunisten". Ich hoffe, der Leser hat bereits an diesen wenigen Seiten, von Debré bis Goldwater, gesehen, dass "Antisemitismus" genau so eine Kinderkrankheit ist wie der "Antikommunismus". Letzteres wird klar werden erst, wenn wir zu den kommunistischen Ländern selbst kommen. Bis dahin mag es angehen und berechtigt erscheinen, in "den Kommunisten" einen Feind schlechthin der traditionellen Gesellschaftsordnungen zu sehen – soweit man nicht übersieht, wer in Wirklichkeit dahintersteckt.

Amerikas Wühlen gegen De Gaulle wurde u.a. bekannt durch das Geständnis des bolivianischen Innenministers Arguedas, wonach die CIA ihm 150 000 Dollar angeboten hatte, um die französisch-bolivianischen Wirtschaftsbeziehungen zu untergraben (AFP 18.8.68).

*35 - American Broadcasting Co.: Chairman Leonard Goldenson. Columbia Broadcasting Co.: Chairman Wm. S. Paley (Palinsky). National Broadcasting Co.: Chairman Robert Sarnoff. Alle drei Fernsehnetze und alle vier Radionetze der USA sind in den Händen von Nicht-Christen.

*36 - Sollten Sie nicht, werter Leser, von einer Zeitung verlangen können, dass man Ihnen derartige nicht ganz unwichtige Zusammenhänge vorträgt? Anstatt dessen aber fordert man Sie einmal auf, De Gaulle herzlich zu begrüssen und dann wieder, ihn auszulachen. Sollten Sie nicht tatsächlich solche Zeitungen besser kurzerhand abbestellen und den Fernsehapparat ausschalten? Wer zwingt Sie eigentlich dazu, sich dauernd belügen zu lassen?

*37 - Auszugsweise der Märzausgabe 1968 des "The Canadian Intelligence Service", Flesherton/Ontario, entnommen.

*

DIE BAHAMAS

zwischen Florida und Kuba vor der Küste Nordamerikas gelegen, sind weiterhin britischer Kolonialbesitz, da die Bevölkerung sich mehrheitsmässig gegen eine Selbständigkeit erkärt hat. Die Haupteinnahmequelle ist der Fremdenverkehr. Wegen der bestehenden Einkommensteuerfreiheit ist die Hauptstadt Nassau Sitz einer bedeutenden Anzahl grösster internationaler Konzerne (*38). Der britische Anschluss an die USA ist insofern mit dem Namen dieser Inseln verbunden, als hier 1962 Kennedy und Mac Millan jene Konferenz abhielten, in welcher Gross-britannien sich endgültig abhängig machte von der (atomaren) Bewaffnung durch die Vereinigten Staaten. Diese Konferenz war darum dann auch der Anlass für De Gaulle, 1966 seinen Austritt aus der NATO zu erklären.

---

*38 - Unter anderem hat auch die IOS (sprich Ei O Es) hier ihren Verwaltungssitz, der bedeutendste internationale Fund. Das heisst, eine Aktiengesellschaft, die sich damit befasst, die ihr anvertrauten Gelder in Börsengeschäften, Grundstückgeschäften (zum kleinsten Teil) und in Versicherungen arbeiten zu lassen. Dank ihrer internationalen Verzahnung (Verwaltung in Genf, Buchhaltung in Frankreich, Buchprüfer in Kanada, Versicherungen in London), eines ultramodernen eigenen Nachrichtennetzes um die ganze Erde und einer Computerbearbeitung der Daten ist sie in der Lage, in Minutenschnelle die verschiedenen Börsensituationen mit entsprechendem Erfolg auszunutzen. Da sie andererseits infolge ihrer dezentralisierten Organisation gegen nationale Steuerfahndungen sowohl bezüglich ihrer Kunden als auch bezüglich der eigenen Operationen gefeit ist, kann man sie als eines der typischsten Kinder unserer Zeit bezeichnen. Aufgebaut von Bernard Cornfeld, hat sie heute zur politischen Halbprominenz zählende Personen wie den Sohn Roosevelts in den USA und die Herren Mende und Moll in Westdeutschland als ihre Aushängeschilder.

Zur Geschichte der Bahamas vgl. den Roman von Robert Wilder "Wind from the Carolinas".

*

BERMUDAS

Auf den britischen Bermudas-Inseln stand man Anfang 1968 ebenfalls vor der Frage, ob man die bisherige britische Herrschaft durch eine Selbständigkeit ablösen sollte. Kurz vor den im Mai stattfindenden Wahlen kam es schlagartig zu Brandstiftungen und Ausschreitungen des schwarzen Pöbels (die Neger bilden dreiviertel der etwa 50 000 Einwohner), sodass Grossbritannien Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung entsenden musste. In den Wahlen siegte dann (30 von 40 Sitzen) die "United Bermuda Party", die für eine Beibehaltung der britischen Herrschaft ist. Die UN mischte sich natürlich sofort ein und verlangte durch ihren "Sonderausschuss für Kolonialfragen" den sofortigen Abzug der britischen Truppen. England teilte mit, dass es entgegen diesem Willen dem

Wunsch der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung folgen werde und die Truppen im Lande blieben, solange wie es dessen Schutz vor Marodeuren verlange.

Auch die Bermudas waren Zeugen des britischen Niederganges auf verschiedenen dort stattgefundenen Treffen zwischen Briten und Nordamerikanern. Eisenhower und Mac Millan trafen sich hier 1957 und Mac Millan gab Kennedy am 22.12.1961 auf den Bermudas freie Hand für das Morden in Katanga (s.d.).

*

II. MITTEL - UND SUEDAMERIKA

MEXIKO

Die Mutter Gottes von Guadalupe steht auf einem Halbmond und trägt ein sternbesätes Hemd wie die aztekische Göttin der Fruchtbarkeit, und die gewaltigste Kathedrale Amerikas steht auf dem Tepeyac-Hügel bei Mexiko, auf welchem einst die aztekische Göttin verehrt wurde. Doch Wolkenkratzer und Jazzmusik und Fernsehen wirken auch hier zusammen, eine Volksseele zu töten (*39). Der Partido Revolucionario Institucional mit seinem freimaurerischen Hintergrund bemüht sich darum im Rahmen des möglichen, die Zukunft ohne Erschütterungen zu erreichen. Doch trotz der besonders günstigen Bedingungen zeichnen sich selbst hier die Grenzen dieser Möglichkeiten ab. Ungefähr die Hälfte des Grundbesitzes wurde seit Verkündung der Verfassung von Querétaro (1917) in "ejidos", genossenschaftlich bewirtschaftetes Gemeingut, umgewandelt. Aber die Genossen erarbeiten nur soviel, wie sie selbst benötigen, ohne an die anderen Volksteile zu denken. Trotz bedeutender Erfolge im Weizenanbau musste Mais eingeführt werden und die Bevölkerungszunahme droht, die dank der verschiedenen neuen Bewässerungssysteme möglich gewesene Ausweitung der Anbauflächen wieder wett zu machen (*40). 52% der arbeitenden Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig. Diese ist mit dem Export von Baumwolle, Kaffee, Garnelen und Henequén massgeblich am nationalen Haushalt, aber völlig unbefriedigend am Volkseinkommen beteiligt. Präsident Díaz Ordaz betonte daher (doch ohne viel Widerhall) in seinem Rechenschaftsbericht (Sept. 67), dass die anderen Bevölkerungsteile hier helfend beisteuern müssten. Der Rückgang des Exports gegenüber einem Anstieg der Importe ist alarmierend. Infolge der sehr starken Devisenreserven (*41) ist Mexiko jedoch dadurch noch nicht in weitere Abhängigkeit vom Ausland, sprich USA, geraten, hat im Gegenteil im Mai 1967 mit den USA einen gegenseitigen Stützungskredit von 130 Mio. $ vereinbaren können, erhöhte seine Quote beim Internationalen Währungsfonds und erlaubte diesem so, 293 Mio. mex. Pesos in Kreditoperationen mit Brasilien, Chile und Kolumbien zu verwenden. Das Bruttosozialprodukt nahm 1967 um 7,5% zu und man kann mit der gleichen Zunahme auch in naher Zukunft rechnen. Der sehr grosse Anteil, den die Erziehung im nationalen Budget einnimmt, gewährleistet, dass der in diesem Zusammenhang so bedeutenden Industrie die notwendigen Fachkräfte

zugeführt werden können. Der Wirtschaftsminister betonte im August dabei ausdrücklich, dass der derzeitige Protektionismus auch weiterhin beibehalten werden wird, um das Wachstum des Landes sicherzustellen.

Dieses Wachsen geht beinahe zu schnell voran. Die Regierung meint, bremsen zu müssen, um spätere Rückschläge zu vermeiden, meint, nur das verwirklichen zu dürfen, was aus eigenen Mitteln erreicht werden kann. 90% aller diesjährigen Investitionen stammen daher aus mexikanischen Geldquellen. Trotzdem besteht auch hier die für die lateinamerikanischen Länder so typische Kapitalflucht. Eine gewisse Schicht verdient sehr gut und schafft das Geld ausserlandes. Verständlich, wenn die "deutschen" Emigranten in Mexiko-City und Acapulco so handeln, aber auch geborene Mexikaner haben den Boden unter den Füssen verloren. Die Nationale Vereinigung der Handelskammern Mexikos wandte sich im Juni 1963 an die UN damit diese die Banken der Mitgliedstaaten zur Angabe der Bankkonten von lateinamerikanischen Staatsangehörigen verpflichte. Die UN hat sich natürlich nicht gerührt, da sie zwischen zwei Feuern steht: einerseits der Wunsch nach freier Beweglichkeit der Vermögen, andererseits das Bemühen, Mexikos Wirtschaftsniveau anzuheben bis auf das allgemein mögliche Weltniveau, auf keinen Fall aber Förderung nationaler Belange. Ein sozialer Burgfrieden, der schon seit Jahren anhält, ergänzt das Bild. Doch darf nicht das Wesen hinter diesem Erscheinungsbild vergessen werden: Mexiko hat immer den Río Grande als "die tiefste Kluft des ganzen Kontinents" angesehen (Waldo Frank) und bei aller dienstbeflissenen Haltung gegenüber den amerikanischen Touristen, "schweift die gefiederte Schlange, der Geist Quetzalcoatls, heute über dem weiten Land und erwartet den Tag, da der weisse Eindringling aus dem Norden vertrieben werden kann" (Carl Frhr. v. Merck). Die kurzsichtige Haltung der mexikanischen Regierung Spanien gegenüber (*42) hilft dabei mit, die eine der beiden Wurzeln mexikanischer Geistigkeit abzutöten und das Land allein auf seine grosse indianische Vergangenheit (und Zukunft) hinzuweisen, denn "das aztekische Mexiko war bereits ein Kulturstaat, als dort, wo New York steht, noch wilde Büffelherden grasten" (schreibt die Regierungszeitung "El Nacional") (*43).

---

*39 - Es ist insbesondere nicht gelungen, mit der Revolution von 1910 eine Beamtenschicht heranzuziehen, die die notwendige persönliche Sauberkeit besitzt. Es ist der Revolution nicht gelungen, "der neuen Generation den notwendigen Sinn für Verantwortung einzugeben" (Frank Tannenbaum).

*40 - Wichtigste Stauanlagen: Raudales de Malpaso, Presidente Aleman, Falcón, Presidente Adolfo López Mateos, Lázaro Cárdenas, Alvarado Obregón. Bevölkerungswachstum 3, 5% pro Jahr bei derzeit 44 Millionen Einwohnern.

*41 - Die Passivität der Handelsbilanz wird nämlich etwa ausgeglichen durch die Einnahmen aus dem Tourismus aus den USA.

*42 - 1965 reiste die spanische Abordnung bei den Internationalen Kinofestspielen in Acapulco vor Aufführung ihres Films "Campanadas de medianoche" heim, weil die Ausstellungsleitung sich weigerte, auch die spanische Flagge neben de-

nen der anderen Teilnehmer zu hissen, "denn das Fest ist von der mexikanischen Regierung organisiert worden und das Hissen der Fahne Francos unvereinbar mit deren Haltung in der spanischen Frage".

*43 - Vgl. Frank Tannenbaum, "Mexiko, Gesicht eines Landes", Stuttgart 1967

*

GUATEMALA

ist das nördlichste Glied der derzeit nur auf dem Papier stehenden Zentralamerikanischen Union. Unter Iturbide hatte sich ganz Mittelamerika unter Mexikos Führung von Spanien selbständig gemacht, doch 1823 erklärten die Provincias Unidas de Centroamérica, Guatemala, El Salvador, Honduras, Nikaragua und Costa Rica ihre Unabhängigkeit von Mexiko. Unter Schwierigkeiten konnte der Zusammenhalt bis 1851 aufrecht erhalten werden. Dann gelang es dem indianisch-christlichen Caudillo der "Patriecita", den General Morazán aus Honduras und seine Idee von der "Patria Grande" mit ausländischer Unterstützung zu besiegen. 1885 versuchte Justo Rufino Barrios erneut, dem Föderalismus zum Siege zu verhelfen, verlor jedoch sein Leben in der Schlacht von Chalchuapa. Man weiss, dass auch heute die Partei der Unionisten nicht klein ist, doch liegt es nicht im Interesse der USA, dass ihr Panamakanal "eingeklemmt" (Neering) werde zwischen einem starken Zentralamerika auf der einen und einem Grosskolumbien auf der anderen Seite. So förderte die UFC (United Fruit Company) als bedeutendster Wirtschaftsfaktor jener Zone und Arm des Dollarimperialismus ein Netz von Interessen, denen an der Selbständigkeit der genannten Staaten gelegen ist. Guatemala erlebte unter Cabrera (1898 bis 1920) und wieder unter Ubico (1928 bis 1943) Zeiten des Aufstiegs (*44). Insbesondere Ubico erwies sich als einer der bedeutendsten lateinamerikanischen Präsidenten, tilgte die Auslandsschuld, bekämpfte die Korruption und rottete den Kommunismus aus. Ein Bewunderer der Achsenmächte, wurde er jedoch zum Kriege gegen Deutschland gezwungen und als er gegen nordamerikanischen Druck versuchte, die deutschen Kaffeepflanzer nach der von den USA geforderten Enteignung zu entschädigen, mobilisierte man die in Mexiko asylierten Linkspolitiker gegen ihn und zwang ihn zur Abdankung (*45). Das folgende stark links orientierte Regime unter dem Sohn schweizer Eltern, General Arbenz, wird in einer von den USA finanzierten Revolution durch den von Honduras aus einmarschierenden General Armas 1954 gestürzt, weniger dabei aber aus ideologischen Gründen, als um die Enteignung der Besitzungen der UFC rückgängig zu machen. Armas wird seinerseits schon 1957 ermordet. Unter Ydigoras Fuentes kommt Guatemala dann 1960 endlich den unionistischen Wünschen näher durch Schaffung einer Zollunion, zu der sich Guatemala, Honduras und El Salvador zusammenschliessen, unter bezeichnendem Ausschluss allerdings von Nikaragua und Costa Rica, den Anrainern Panamas.

Seit dem Sturz des Generals Arbenz ist das Land nicht zur Ruhe gekommen. Im Schatten der kubanischen Ereignisse kämpfen die Regierungen immer

wieder gegen kommunistische Umsturzversuche. Man schätzt die Zahl der politischen Morde 1967 auf 4000. Sondereinheiten des Heeres mussten die Guerillatätigkeit im Nordwesten des Landes brechen. Die in die Hauptstadt mit ihrem Rand von Elendsvierteln verzogenen sehr gut bewaffneten Rebellen setzen dort ihre Tätigkeit planmässig durch Erschiessung ihnen feindlicher Personen fort.

Dieser ideologisch-soziale Kampf spielt sich vor dem Hintergrund einer rassisch zweigeteilten Bevölkerung ab, deren Wachstumsrate mit 47,7% die grösste der Welt ist. 54% der Bevölkerung sind Indios, 46% Ladinos, das heisst Weisse oder Mestizen. Doch die herrschende bürgerliche Schicht ist allmählich ausser Form geraten und einem substanzlosen Materialismus verfallen. Dies musste hier zu ihrer allmählichen Ablösung durch eine Mestizenschicht führen. Der extreme Liberalismus droht damit zum Verhängnis der weissen Führungsschicht zu werden. Was aber ist das für ein Indio, der abwartend daneben steht? Carl Frhr. v. Merck, einer der besten, lebenden Kenner Südamerikas, schreibt über ihn: ("Der Weg", November 1949): "Indios sind schöne Menschen, denen du anmerkst, dass sie Kultur auf ihre Art haben. Artig neigt sich der indianische Jüngling über die Hand des Dorfältesten zum Kuss, scheu schaut er weg, wenn eine Schwangere des Weges kommt, verhalten nur blickt er der vorbeikommenden Maid nach. Und hockt er sich zum Essen nieder, dann wirst du gleich bemerken, dass man auch ohne Beistand des weiland Freiherrn von Knigge die beiden ersten Buchstaben des Wortes fressen streichen kann. Kurzum, es ist eine Lust, diese blitzsauberen, gutangezogenen, feinerzogenen, braunen Söhne Mittelamerikas zu sehen. Du brauchst nicht zweimal hinzuschauen, um zu fühlen, dass hier uralte Formen am Werke sind. Selbst wenn sie auf dem Markt miteinander um ein Schweinchen oder einen Truthahn feilschen, oder wenn sie versuchen, dir etwas zu verkaufen, werden sie niemals orientalische Bazartöne anschlagen oder gierig dreinschauen. Naht der Alcalde mit seinem Würdenstab, so senken sie die Augen zur Erde und warten in ehrerbietiger Entfernung. Ihre Häuser und Hütten sind sauber und gepflegt. Sie schlafen auf Binsenmatten oder in feingesponnenen Hängematten. Ihre Kinder sind scheu wie Tropenvögel, aber so sauber und herzig, dass du nach ihnen greifen kannst, um sie zu liebkosen, ohne befürchten zu müssen, dass sie dir weniger nette Lebewesen übertragen. Geh nur in eine Kirche hinein, in Quetzaltenango oder Totonicapan, in Patzum oder Chichicastenango. Dort wirst du sie mit Gott ringen sehen und dich beschämt abwenden, weil du solcher Andacht als Gehirnmensch nicht mehr fähig bist. Dabei wirst du allerdings zweifeln, ob sie zum Christengott beten oder sich an andere, längst nicht mehr benannte Götter wenden, die nur in ihren Herzen leben. ... Ihre geistige Regsamkeit wechselt mit dem klimatischen Strich, in dem sie wohnen, aber du wirst an ihnen nichts Dekadentes finden."

Guatemalas Wappentier ist der Quetzal, jener schöne, heute fast ausgestorbene Vogel, der stirbt, wenn man ihm nur eine seiner prächtigen Federn nimmt, wenn man ihn nur eine Stunde lang in einen Käfig sperrt. USA-Museen zeigen ihn schön ausgestopft. Wird er ganz aussterben? (*46). Einstweilen sterben andere, nämlich Amerikaner, unter den Schüssen der Guatemalteken. Im September 1968 wird der amerikanische Gesandte Mein erschossen. Es war wahrhaftig schöner im Lande des Quetzals, bevor man auf Wunsch der Amerikaner die deutschen Kaffeeplantagen stahl. Ungestraft verwechselt man eben selbst in Mittelamerika nicht Mein und Dein.

*44 - Beides typische Diktatoren, wie sie immer wieder in Lateinamerika den Schlendrian des Parlamentarismus unterbrechen und mit der notwendigen starken Hand ihre Völker vorwärts führten, ein Díaz in Mexiko, ein Gómez und ein Giménez in Venezuela, ein Perón in Argentinien.

*45 - Vor dem II. Weltkrieg war mehr als ein Drittel aller Kaffeeplantagen Guatemalas in deutschem Besitz. Sie wurden 1942 als "Feindeigentum" konfisziert und am 7.12.56 durch ein Regierungsdekret entschädigungslos enteignet und verstaatlicht. Doch unrecht Gut gedeiht nicht gut: Der hochwertige Guatemalakaffee hat bis heute nicht seine einstige Stellung im Export des Landes und seinen Ruf in der Welt wiedererlangt. Eine nachträgliche gerechte Regelung der deutschen Ansprüche wurde durch das von Bonn offiziell genährte Geschwätz von den "schlechten Deutschen" bisher unmöglich gemacht. Denn wir wollen nicht vergessen, dass Bonn erst dieses Problem nach Lateinamerika hineintrug, sichtlich als Teil des ihm an seiner Wiege übertragenen Auftrags. Erwähnen wir nur das Erscheinen des ersten Bonner Sondergesandten, Dr. Spieker, in Buenos Aires 1950. Er liess alle aufhorchen, als er öffentlich behauptete, die Deutschen seien Verbrecher gewesen und seien bereit, in aller Welt wieder gut zu machen, was sie Böses getan hätten. Die immer "wachen" Südamerikaner sahen nach dem anfänglichen Staunen über derartige Neuigkeit, die so ganz und gar nicht mit dem übereinstimmte, was man im eigenen Lande von den zahllosen Deutschen gesehen hatte, die Möglichkeit, ihren unter stärkstem USA-Druck durchgeführten Diebstahl deutschen Eigentums nun hinterher doch noch sogar von einer deutschen "Regierung" legalisiert zu sehen. Der deutschstämmige Präsident Paraguays reagierte anders: er fuhr an dem Tage, an welchem der bei ihm angemeldete Herr Spieker einen Vortrag in Asunción hielt, hinaus in die Deutsche Kolonie Carlos Pfannl und hielt eine Ansprache über den guten Ruf alles Deutschen in Paraguay. Diese Worte erschienen auf der Titelseite der Zeitungen und Herr Spieker musste wieder abziehen, nicht ohne dann zu erleben, dass Perón ihm seine Rede im Lunapark, dem "Sportpalast" von Buenos Aires, kurzerhand untersagte im Hinblick auf die unmissverständliche Haltung der Deutschen im Lande. Montevideo wurde dann gar nicht erst aufgesucht und Brasilien ganz, ganz kurz abgetan. Doch dem Herrn Spieker folgten in Buenos Aires Botschafter wie Junkers und Mohr, die nicht etwa die ohne weiteres mögliche und von allen erwartete Haltung in Vertretung deutscher Interessen, unterstützt von dem niemals gebrochenen moralischen Einfluss des Auslandsdeutschtums, vornahmen, sondern vielmehr zwecks Erreichung der aus Bonn ergehenden Auflagen zur Fälschung des Geschichtsbildes einen Eiertanz aufführten, um zu Ansatzpunkten hierfür im Auslandsdeutschtum zu gelangen. (Die südamerikanischen Politiker ausnahmslos aller Richtungen haben sich klug aus diesem Prozess herausgehalten und keine Stellung zu den widerlichen Selbstbezichtigungen genommen.) Köstlich, wie ein Botschafter der BRD, der einerseits auf Bonner Befehl hin zu Weihnachtsempfängen auf der Botschaft einen Haufen Juden mit hinzulädt, mit denen die deutsche Kolonie nach allem Erlebten sonst wirklich nichts zu tun hat, andererseits dann beim Empfang der Offiziere des Deutschen Schulschiffes verkündet: "So ein Besuch ist immer wie ein Gruss aus dem Vaterland". Das Wort "Vaterland" aus dem Munde eines westdeutschen Vertreters war nun wirklich das allerletzte, was nach dessen sonstiger Tätigkeit (keinerlei Protest zum Menschenhandel Eichmann, Auslieferung unseres Dr. Bohne usw. usw.) erwartet werden konnte. Das Beispiel zeigt den grenzenlosen Zynismus dieses Personenkreises in nationalen Angelegenheiten. Die Gegenwart eines Frahm-Brandt bei der Einweihung unseres Utz-Schmidl-Denkmals im Oktober 1968 in Buenos Aires

(als dessen ersten Historiker man diesen deutschen Landsknecht in spanischen Diensten bezeichnet) war die derzeit letzte Geschmacklosigkeit auf diesem Gebiet. Man durfte sich nicht wundern, dass Handzettel verteilt wurden mit dem Inhalt:

UTZ SCHMIDL IN MEMORIAM

Auch ich dient' einst im Solde fremder Heere,
Doch niemals gegen's Deutsche Vaterland.
Ich war ein Landsknecht,
Doch verlor ich nicht die Ehre,
Wie dieser Brandt.
Ich kämpfte zwar für Spaniens Macht und Krone,
Doch blieb ein Deutscher ich, wie es auch immer kam,
Ich wahrte Würde –
Ward nicht mir selbst zum Hohne,
Wie dieser Frahm.
Utz Schmidl ist mein ehrlich' deutscher Nam',
Dem treu ich blieb wie meinem deutschen Vaterland.
Ich braucht' mich nicht verstecken
Voller Scham
Wie der Brandt-Frahm.
Nicht Lug und Trug und Winkelzug,
Nein – ehrlich Streben wendet Deutsche Not.
Von Falschheit haben wir genug.
Treu, Ehr' und Vaterland
Ist mehr als wie der Tod.
DAS WALTE GOTT !

Und in deutschen Schulen wurde die Ballade von Conrad Ferdinand Meyer, "Der Daxelhofen" gelesen.

Dass die Schädigung des deutschen Ansehens im Ausland durch den Bonner Gesandten Spieker keine Ausnahme war zeigt der Vorfall im US-amerikanischen Repräsentantenhaus aus Anlass des Besuches von 15 Delegierten des westdeutschen Bundestages am 29. März 1950. Nachdem sich der Senator Langer mit Genehmigung des Präsidenten in deutscher Sprache in herzlichen Worten an die deutschen Abgeordneten gewandt und an die Spende von 41 Mio. Pfund an Nahrung und Kleidern seitens der Auslandsdeutschen an die zerstörte Heimat erinnert hatte, erhob sich ein Dr. Bucerius als Mitglied der Gastdelegation und erklärte zum Entsetzen der Anwesenden, "er käme aus einem Lande, welches sehr schlimme Dinge Ihrem Lande getan hat"! "Gründe für diese unrichtige Behauptung führte er nicht an", schrieb Senator Langer dem Chronisten dazu.

*46 - Wird es soweit kommen, dass wir die Seelen dieser Welt nur noch ausgestopft bewundern können? Die UNESCO, jene seit 20 Jahren um diese Entwicklung so sehr bemühte Zerstörungsmaschine, wendet ja Riesenvermögen auf, wenn es gilt, jahrtausende alte Tempelruinen am Nil und sonstwo zu retten – und macht nicht geringes Aufhebens davon – und tut gleichzeitig alles nur erdenkliche, um die lebenden Kulturen zu vernichten. Angefangen vom Kampf gegen "das blaue Gift der Romantik" auf deutschem Boden bis hin zur politisch-widerlichen Hetze gegen die buddhistischen Bonzen in Vietnam, wirkt sie auf der ganzen Welt in gleicher Weise, im Kampf "gegen nationale Mythen, Traditionen und Symbole nationalen Stolzes, die von einer Generation auf die andere überkommen sind", wie es in ihrem Programm heisst.

Menschen mit Kultur passen nicht in ihr Prokrustesbett. Menschen mit

Formen, Traditionen sind mit allen Mitteln zu vernichten. Mit allen Mitteln, von der Pornographie bis zum wirtschaftlichen Boykott. Die Mitgliederstaaten der UN werden angehalten, von ihr gesteuerte Unterorganisationen zu erhalten. In den USA ist es die "National Educational Association" (die zB pornographische Bücher, die von der Marin County Grand Jury aus den Regalen der Schulbibliotheken entfernt worden waren, wieder einstellen liess, und die in ihrer Publikation "American Citizen's Handbook" "Weltoffenheit mit besonderer Betonung des Sex" als Erziehungsziel fordert). In Westdeutschland predigt die Zeitschrift "Lebendige Erziehung" als Organ der "Deutschen Gesellschaft für Erziehung" in gleicher Weise. Die Autorität des Familienvaters ist ihr ein Greuel ("Ich hatte selber schon öfter festgestellt, dass viele Erwachsene sich Kindern gegenüber einen Ton erlauben, den sie Erwachsenen gegenüber nie riskieren würden"). Ergänzt wird dieses Programm durch eine "Erwachsenenerziehung", deren Hintergrund aus folgender Meldung vom September 1950 hervorgeht: "Der Jüdische Weltkongress kam mit der UNESCO überein, dass ihm zur Revision alle Textbücher vorgelegt werden, die für jüdische Interessen in Betracht kommen. Bei dieser Gelegenheit lobte die UNESCO die Mitarbeit des Jüdischen Weltkongresses in der "Internationalen Konferenz für Wiederaufbau und Erziehung", in welcher das Bildungsprogramm für Erwachsene festgelegt wurde." Einen besonders augenfälligen Anteil an diesem Bildungsprogramm hat die Pornographie. In den USA sind daran massgebend beteiligt: Edward Mishkin, mehrfach inhaftiert, nach Angaben des Kefauver-Komitees verdient er jährlich 1 500 000 $ mit dem Vertrieb obszöner Bücher. Abraham Rubin alias Al Stone, wurde von dem New Yorker Bezirksstaatsanwalt Frank S. Hogan als "Hauptanpeitscher der pornographischen Industrie in diesem Lande" bezeichnet. Ralph Ginzberg, Herausgeber der Zeitschriften "Fact", "Eros", "Liaison" und "Housewife's Handbook on Selective Promiscuity", 19 mal vorbestraft; der Rabbiner Alvert Lewis verteidigte sein Recht, den Studenten der U. C. L. A. derartige Schriften aushändigen zu dürfen. Abraham Goldberg, Vertrieb der Zeitschrift "Adam" und Agent der "Newsboys Union" von New York, ebenfalls vorbestraft. Samuel Roth, Herausgeber von "Good Times" und "American Aphrodite", siebenmal verhaftet und viermal wegen Verbreitung obszöner Literatur im Gefängnis. Morris Ernst, Anwalt der kommunistischen "American Civil Liberties Union", arbeitete jahrelang an der Legalisierung der Pornographie in den Vereinigten Staaten. Alles Juden. Der Jude Rudy Gernreich ist es, der in Los Angeles im Juni 1964 den Monokini erfindet. Er wird als "Modeschöpfer" von der gesamten Weltpresse zunächst gepriesen. Nur wenige Staaten machen sofort Front gegen diesen erneuten Versuch der weltweiten Untergrabung der öffentlichen Moral. Erst als man erkennt, dass die tatsächliche öffentliche Meinung widerspricht, erheben sich einige Stimmen. Als im Jahre 1967 von ähnlichen "Modeschöpfern" der Minirock kreiert wird, spricht man gar von Prüderie derjenigen Regierungen, die sein Tragen verbieten. Wieder ist einzige Rettung das gesunde Empfinden der Menschen, die diese jüdischen Unterwühlungsversuche nicht mitmachen. Vergebens sucht man eine einzige jüdische Stimme der Ablehnung solcher Beeinflussungen zur Unmoral. Während sonst die Welt erfüllt ist von ihren Worten, hier schweigen sie. Solches Schweigen war den Anklägern in Nürnberg Grund genug von "Kollektivschuld" zu sprechen.

In Italien geht der Staat schärfstens gegen Sexmagazine vor, nachdem 184 christlich-demokratische Abgeordnete sein Einschreiten gefordert haben.

In Schweden: Lesen Sie Mariana Parolis "Die schwedische Tragödie", erschienen im Verlag der DHZ, Tübingen. Vgl. DHZ 15 Nr. 1 (1967).

In Westdeutschland ... Sie wissen: die Staatsanwälte haben dort ja so unendlich viel wichtigeres zu tun. Und es berührt auch nicht das deutsche Ansehen

im Ausland, dass eine Reihe von Regierungen die öffentliche Auslegung deutscher Illustrierten verbietet.

In Frankreich spricht man ("Match", 10.2.68) von der "Escalade de l'erotisme" und nennt schwedische, dänische und jugoslawische Filmprodukte für diese Invasion in Paris. Man zitiert Malraux: "Nur die Mächte des Geistes könnten gegen diese Dämonen und gegen diese Traumfabriken kämpfen, gegen Kino und Fernsehen, die unvermeidlich an das Mächtigste auf der Welt appellieren, an Sex und Blut." Und man fragt sich, ob es besser sei, den Dingen ihren freien Lauf zu lassen (bei dem freien Verkauf pornographischer Zeitschriften sank deren Umsatz in Dänemark um die Hälfte) oder sie zu verbieten. Man stellt fest, dass die Weltgeschichte noch keine solche Epoche gehabt hat, wagt aber nicht zu fragen, welches die Urheber sind. Man hat im Zentrum von Paris den Palast der UNESCO, aber man erwartet gar nicht erst, dass diese Mammutorganisation nun auch mal positiv die "Mächte des Geistes" mobilisiert, man weiss ganz genau, dass gerade von hierher die N e u t r a l i s i e r u n g aller gesunden Abwehrkräfte organisiert wird.

*

BELICE

war auch in diesem Jahr wieder Gegenstand aller möglichen Resolutionen und Beschlüsse. Vor dem "Kolonial"-Ausschuss der UN und auf interamerikanischen Vereinigungen wurde erneut der Wunsch Guatemalas nach Eingliederung dieses früher als "Britisch-Honduras" bezeichneten Gebietes unterstützt. Unruhen infolge der rassischen Verschiedenheit der Bewohner (Inder) und die völlig unzureichenden Verkehrsverhältnisse bremsten die Entwicklung.

*

EL SALVADOR

kann als der ausgeglichenste der mittelamerikanischen Staaten gelten, doch melden sich auch hier Unruhen an. Eine grosse Tafel im Abgeordnetenhaus mahnt, keine ausländischen Anleihen aufzunehmen und niemals zu vergessen, dass die Freiheit nicht nur auf den Schlachtfeldern verloren gehen kann. Hispanisches Kulturbewusstsein lebt in der führenden Schicht, die "sich keine liberale Siesta erlaubte und Konservativismus nicht mit klerikalem Weihrauch verwechselte" (v. Merck). Als der König von England erstmalig im Buckingham-Palast seine Köchin zum Tanz führte, kommentierte Salvadors Aussenminister Araujo: "König Georg baut dem Marxismus Brücken und fördert die Auflösung der westlichen Kultur". Ausdruck der stätigen Entwicklung El Salvadors war der 1943 gestürzte General Maximiliano Martínez. Erinnern wir nur an seine Broschüre "Die Pflichten der Demokratie", die in den 30er Jahren in New York so viel Aufsehen erregte. "Die Demokraten sprechen viel zu viel über die Rechte, die ihnen zustehen, aber viel zu wenig nehmen sie die Pflichten wahr, die ihnen ihr

Lieblingssystem auferlegt. Die Verwirklichung des demokratischen Mythos ist Angelegenheit einzelner, starker, volksnaher Männer, die noch wirklich dem demokratischen Ideal dienen können und nicht Sache der Parlamente, in denen stets nur Interessen aufmarschieren." Sogar die "New York Herald Tribune" sagte dazu, "er habe mit seinen modernen Auffassungen und beeindruckenden Interpretationen der Demokratie nicht ganz Unrecht"! V. Merck meint dazu: "Es lohnt sich, die Tatsache festzuhalten, dass das grösste und stärkste Land des Kontinents sich mit den Ideenimpulsen die aus dem kleinsten und schwächsten Land der Hemisphäre kamen, auseinandergesetzt hat."

Die Gefahren der Monokultur (Kaffee 85 bis 90% des Exports) wurden durch den Baumwollanbau (seit 1950 grösster Baumwollexporteur Zentralamerikas) gemildert. Das Anwachsen der Städte (von 1950 bis 1960 100 000 Einwohner mehr in der Hauptstädt) macht die bestehenden Sozialgegensätze einer bislang weitgehend patriarchalischen Wirtschaftsordnung grösseren Massen materialistisch erzogener Menschen bewusster und spiegelt sich in den Wählerstimmen wider (8.3.67 Regierungspartei 242 000, Demócrata Cristiano 90 000, Extreme Linke 56 000, Volkspartei 47 000).

*

HONDURAS

erhielt seinen Namen von Kolumbus persönlich. Nach einem schweren Sturm an jener Küste rief der Entdecker aus: "Gracias a Dios que hemos salido de estas honduras" (Gottseidank, dass wir dieses Tief überstanden haben). In jenem Lande aber "war einmal die totale Zufriedenheit zuhause" (*47), zur Zeit des alten Maya-Reiches nämlich. Von diesem Zustand hat sich das Land dann allerdings in den kommenden Jahrhunderten immer weiter entfernt. Der grösste Mann der mittelamerikanischen Geschichte, General Francisco Morazán, in der Hauptstadt von Honduras, Tegucigalpa, 1799 geboren, versuchte noch von hier aus "das einzig richtige politische Prinzip Mittelamerikas" (Barbagelata), nämlich dessen politische Einigung durchzusetzen, scheiterte jedoch an den separatistisch tätigen Klerikern. Vor dem Exekutionspeloton sprach er 1843 die prophetischen Worte: "Ich habe ein grosses, einiges und freies Mittelamerika gewollt. Nun sterbe ich traurig, weil ich in der Ferne lauter kleine Sklavenstaaten, lauter Beute für Grossmächte sehe." Honduras hat denn auch in den 140 Jahren seiner "Unabhängigkeit" 102 Revolutionen erlebt.

46% der Ausfuhr von 1967 sind Bananen, John Gunther nennt sie daher nicht mit Unrecht spöttisch "Bananenrepublik", denn seit 1911 liegt das Schicksal des bis dahin von London (Bischofsheim, und Erlanger & Co) ausgebeuteten Landes in den Händen "amerikanischer" Banken (J. P. Morgan kassierten jahrzehntelang die gesamten Zolleinnahmen ein). Die europäische Geschichtsschreibung aber beschränkt sich auf die Mitteilung äusserer Daten, die Grösse eines Morazán als "diktatorisch" diffamierend. Mittelamerika ist den Berichterstattern nicht mehr als ein Im- und Exportland. Dass auch diese Gebiete eine Seele

haben, verschweigen sie, soweit sie es überhaupt bemerkt haben. Denn in der Welt von heute darf nur noch der Dollar gelten, das Goldene Kalb. Auch die Hondureños in diesen Götzendienst zu pressen ist ihr "Entwicklungs"-Ziel.

---

*47 - Die amerikanische Zeitschrift "Fortune" in einem Bericht über die Ausgrabungen in Copán.

*

NIKARAGUA

ist etwa halb so gross wie Italien, fast fünfmal so gross wie Belgien und Holland zusammen und liegt am geopolitischen Schlüsselpunkt Mittelamerikas. Entsprechend bewegt war seine Geschichte und entsprechend wird diese heute "bewältigt". Am 26.1.67 ratifizierte die Regierung ein Pressegesetz, wonach unter Androhung sehr scharfer Massnahmen jede subversive Information verboten wird. Blutige Unruhen waren diesem "demokratischen" Mittel vorausgegangen. Blutige Unruhen, die ihre Ursache in der nordamerikanischen Besetzung des Landes haben. Dabei ist diese Besetzung seit dem Regierungsantritt Somozas 1936 "nur noch" derjenigen Westdeutschlands vergleichbar, das heisst die Truppen zogen ab und man übergab das Ruder in den USA ausgebildeten Nationalgardisten. General Anastasio Somoza, ehemaliger Schüler des berühmten "Pierce Commercial College", 33-gradiger Freimaurer, war von den USA in seine Position geschoben worden, um den bis dahin so blutigen Kampf in eine Besatzung mit anderen Mitteln umzuwandeln (*48).

Somoza sind andere gefolgt, doch er blieb bis zu seinem Tode 1956 der eigentliche Herr im Hintergrund. Eine nicht nur für Nikaragua interessante Wendung der New Yorker Stossrichtung erfolgte inzwischen und ist für die derzeitigen, eingangs erwähnten Unruhen verantwortlich. Während seit den Zeiten des ersten Roosevelt (*49) die Zionisten New Yorks Washington lenkten, um mit der Militär- und Wirtschaftsmacht der Vereinigten Staaten zunächst einmal die grossen Probleme zu lösen, nämlich die Zerstörung Europas und die Errichtung Israels, und während damals den Vereinigten Staaten zum Dank gerne die "kleinen Fische" in der Welt gegönnt wurden, ist seit 1945 New York offen auch zum Angriff auf die nationale Stärke der USA selbst übergegangen und hat, um bei Mittelamerika zu bleiben, die Installierung Castros in Kuba (*50) unterstützt. Mit Blick auf jenen kommunistischen Gegner der USA hin kämpfen heute die Oppositionellen in Nikaragua, um die bestehende Ordnung zu beseitigen. Unter leicht möglicher Beibehaltung des antinordamerikanischen Klichés ist es den Kommunisten nicht schwer, die nationale Opposition in ihre Hand zu bekommen. Solange amerikanische Offiziere bereit sind, für New York zu kämpfen, wird man nicht die Einsicht eines Colin Ross von den Opfern erwarten dürfen.

*48 - Denn die erste Tat Somozas war, den Rebellen Augusto César Sandino zur Aufgabe seines Guerillakrieges zu veranlassen. Doch beginnen wir ein wenig früher: Anfang des Jahrhunderts regierte Diktator Zelaya in Nikaragua. Er regierte gut, verbat sich aber die Einmischung der Bankhäuser "Brown Brothers" und "J. & W. Seligman". Diese zettelten daher eine kleine Gegenrevolution an unter einem kleinen Bürogehilfen namens Adolfo Díaz, der Riesensummen von den USA zur Bezahlung der Revolte erhielt. Schiffe der UFC versorgten ihn mit Waffen. Doch die rechtmässige Regierung erwehrte sich der Rebellen, erschoss auch ein paar Amerikaner nach umfangreichem Geständnis und war nahe daran, wieder die Ordnung im Lande herzustellen, als die USA-Regierung das Ungeheuerliche tat und 1910 kurzerhand Marinetruppen landete, das Land militärisch besetzte und den Nachfolger Zelayas, Dr. Madriz zur Abdankung zwang. Herr Adolfo Díaz wurde Präsident, nahm 600 000 Dollar aus der Staatskasse zum Ausgleich von angeblichen Schulden, die er in Bevorschussung der Revolution gemacht habe, unterschrieb auf einem USA-Kriegsschiff den Dawson-Pakt, nach welchem Nikaragua seine Zolleinnahmen an die Gläubiger einer von den USA vermittelten Anleihe übertrug. 1911 kam es zu diesen Anleihen durch die Banken Seligman und Brown Brothers und zur Einsetzung eines amerikanischen Generalzolleinnehmers. Die Folge: eine Revolution jagte die andere, denn das Volk Nikaraguas liess sich ganz im Gegensatz zum deutschen Volk eine derartige Versklavung nicht gefallen. Manch ein Yankee erhielt seinen "corte de chaleco" (Westenschnitt) mit zwei wohlgezielten machetazos (machete = Buschmesser). Juli 1912 war das Land nahezu wieder befreit, doch Präsident Taft entsandte neue Einheiten und Díaz wurde wiedergewählt. Taft aber hatte mit dieser Tat eine der Bedingungen erfüllt, die ihm Tammanyhall in New York bei seiner Wahl zum Präsidenten auferlegt hatte. (Vgl. Henry Ford, "The International Jew", über die politische Macht der Tammanyhall-Gesellschaft in New York.) Der ganze Kontinent empörte sich gegen die USA, doch diese erzwangen im Februar 1916 den berüchtigten Bryan-Chamorro-Vertrag, nach welchem sie gegen Zahlung von 3 Mio. Dollar das exklusive Recht zum Bau eines Kanals, Abtretung von Flottenstützpunkten auf den Korn-Inseln auf 99 Jahre und die Option, die Pacht dieser Flottenstützpunkte am Golf von Fonseca auf weitere 90 Jahre zu verlängern, erhielten. El Salvador, Honduras und Costa Rica, die sich durch diese Abmachungen mit Recht bedroht fühlten, riefen den erst wenige Jahre vorher von Washington selbst geschaffenen mittelamerikanischen Schlichtungsausschuss an. Dieser entschied, dass der status quo ante wieder herzustellen sei. Doch die Vertragspartner hielten sich nicht an den Schiedsspruch. Ja, der unbequeme Schlichtungsausschuss wurde einfach von Washington wieder aufgelöst (15.3.18). Nikaragua blieb besetzt, Internationale Gerechtigkeit lassen die USA nur gelten, wenn es für sie günstig ist. Permanenter Aufstand war die Folge, 1927 liess Coolidge das Land erneut ganz besetzen und in einer Wahlkomödie setzte Oberst Stimson, der spätere Kriegsminister F. D. Roosevelts im Kreuzzug gegen den bösen Hitler, als Präsidenten den Konservativen Chamorro ein. Er wurde jedoch bald schon von den Liberalen gestürzt und es begann die blutigste Revolution des geplagten Landes, mehr und mehr angeführt von Augusto César Sandino, der schon seit 1933 unbestrittener Führer der Patrioten Nikaraguas war. Seine Linie: "Ich bin gegen die soberanía insoberana, gegen die Scheinsouveränität, die in diesen Ländern im Namen der Freiheit errichtet worden ist, um ehemals freie Republiken in getarnte Kolonien der Wallstreet zu verwandeln."

Die Parolen Sandinos fanden Widerhall in ganz Lateinamerika, denn überall hatte man inzwischen eigene Erfahrungen mit New York gemacht. Von überall her strömten Freiwillige nach Nikaragua. Von Kalifornien bis nach Feuer-

land gab es nur einen Helden: Sandino. Die Amerikaner zwangen ihm bestialische Methoden auf. Mit Bombern verfolgte man ihn und die Seinen in den Fiebersümpfen. Es war das gleiche Bild nordamerikanischen Heldentums, das wir von der Normandie her kennen und das heute Asien erlebt. Der Krieg degenerierte zusehends und man sandte sich die Gefangenen mit ausgestochenen Augen zurück, lange bevor man "Richter" bemühte, Offiziere als "Kriegsverbrecher" aufzuhängen. Ein wahrer Blutrausch befiel die Invasoren, nur dass man noch nicht das schöne Wort "escalation" dafür erfunden hatte. Doch Sandino erzwang so die Revision des Dawson-Paktes und des Bryan-Chamorro-Vertrages. Somoza wurde dann berufen, mit anderen Mitteln die Besatzung fortzusetzen. Man überredete Sandino, in die Hauptstadt zu kommen. Somoza umarmte ihn feierlich und dann wurde er hinterrücks in der Kaserne der von Somoza befehligten und in den USA ausgebildeten Nationalgarde erschossen. Seine Mitkämpfer wurden als "Kriegsverbrecher" eingekerkert. Alle Bücher über Sandino wurden von USA-Agenten in ganz Südamerika vom Büchermarkt aufgekauft. Nicht aber jene Bewohner der amerikanischen Middletowns, die man mit aufgeschnittenen Bäuchen im Urwald fand, sondern die Speyer, Warburg, Guggenheim, Kuhn, Loeb und Seligman waren die Verantwortlichen für diese Aggression. Mit Recht sagt Colin Ross (der 1945 freiwillig seinem Leben ein Ende setzte, als er die gleichen Herren Besitz von Europa ergreifen sah), "es handelt sich nicht um Flecken auf der Weste Onkel Sams sondern um Eiterbeulen am Leibe des Goldenen Kalbes". Nur hat die Welt wohl ein Recht, von den Amerikanern zu fordern, endlich diese Eiterbeulen zu entfernen.

*49 - Vgl. dazu unter USA.

*50 - Vgl. dazu unter Kuba und unter USA.

*

COSTA RICA

erlebte ähnlich wie sein Nachbar Nikaragua die Folgen ausländischer Einmischung. Engländer und Amerikaner kämpften um die Schätze des Landes bis dann endlich die amerikanische Doheny-Gruppe und der Sinclair-Konzern die Oberhand gewannen (*51). 1917 gelang es noch einmal den Engländern, einen der Ihren, General Tinoco, auf den Präsidentenstuhl zu setzen, doch wurde er 1919 bereits gestürzt (*52). Seitdem sitzen die USA in Costa Rica fest im Sattel. In den Vordergrund treten nun die ebenfalls schon klassischen Gegensätze zwischen Konservativen (Hauptstützpunkt die alte spanische Kolonialstadt Cartago) und Liberalen (in der Hauptstadt San José), in letzter Zeit ihrerseits überschattet von den Differenzen der nicht am nordamerikanischen Establishment beteiligten Kreise in Fidel Castros Fahrwasser mit den Herren des Landes. Doch Costa Rica kennt keine Rassenschwierigkeiten (75% Weisse und Mestizen, Neger nur in dem Küstengebiet um Puerto Limon am Atlantik herum), und es gibt kaum

Grossgrundbesitz, das heisst gesunde Besitzverhältnisse einer arbeitsamen Bevölkerung. Die Versuche, den Kommunismus salonfähig zu machen (*53) sind mit dem Sieg José Figueres endgültig ad acta gelegt worden.

---

*51 - Vgl. Ludwell Denny, "America conquers Britain".

*52 - Unter Vorgängen, die stark an unsere heutige "einsatzfreudige" studentische Jugend erinnern. Von Merck berichtet: "Schüler und Studenten stürmten, angeführt von einigen nordamerikanischen Lehrern und Professoren, das Haus Tinocos, dessen Bruder einen Feuerwehrschlauch gegen die Eindringlinge in Bewegung setzte. Ein zwölfjähriger Junge sprang jedoch durch ein offenes Fenster und schlug mit einem Machete den Schlauch durch. Der Pimpfensturm gelang und Tinoco trat zurück."

*53 - Costa Rica erklärte auf New Yorker Befehl hin 24 Stunden nach Pearl Harbour Berlin, Rom und Tokio den Krieg. Angesichts des hohen Ansehens der Deutschen im Lande, mussten alle "antifaschistischen" Kräfte zusammengefasst werden, um die neue Lage politisch zu meistern. So entstand die "Vanguardia Popular". Erzbischof Sanabria erlaubte der katholischen Arbeiterschaft den Beitritt zur Kommunistischen Partei und verbot gleichzeitig die Teilnahme an nationalistischen Bewegungen, ein tüchtiger Vorgänger Johannes des XXIII. Bei Volkskundgebungen wurden die Internationale und kirchliche Hymnen zugleich gesungen. Die Geschichte endete mit der blutigsten Revolution, die Costa Rica je bis dahin erlebt hatte. Nach monatelangen Kämpfen zog José Figueres siegreich in San José ein. Von Erzbischof Sanabria meinte man: "Er wollte den Kommunismus heiligen, weil er ihn für unbesiegbar hielt!" und fügt entschuldigend hinzu: "Sanabria hat zu viel Maritain gelesen." Eine kolumbianische Zeitschrift aber meinte: "Vielleicht hatte Spengler Recht mit der Behauptung, dass die christliche Theologie die Grossmutter des Bolschewismus ist."

*

KUBA

machte die Befreiungswelle zu Beginn des 19. Jahrhunderts nicht mit, blieb vielmehr bis 1898 spanisch. Da flog im Hafen von Havanna das amerikanische Kriegsschiff "Maine" in die Luft und gab so den USA Anlass, Spanien den Krieg zu erklären, ein erster Athenia-Fall oder ein Pearl-Harbour, um mit späteren Kriegsvorwänden zu vergleichen. Sie machten aus Kuba ein "Katz- und Maus-Protektorat" (Nicholson), woran auch die 1901 gegebene "Unabhängigkeit" noch wenig änderte. Erst 1934 erhielt Kuba völlige Souveränität, wenn auch weiterhin ein Drittel aller Gewinne aus der Zuckerindustrie (85% des Exports) in New

York blieb. 1940 erneute Verfassungsänderung, die jedoch in ihren sozialistischen Aspekten 1952 wieder von Batista abgeschwächt wird. Es kommt infolge der sozialen Spannungen (ein Drittel der Arbeiterschaft gewerkschaftlich organisiert) zu Unruhen, sodass 1954 die kommunistische Partei für illegal erklärt werden muss. Gedeckt durch den 1952 mit den USA geschlossenen Beistandspakt erlaubt sich die Regierung Batista, die 1940 vorgesehene Landreform unter Auflösung der Latifundien hinauszuschieben und verstärkt so den Rückhalt Fidel Castros, der von der Sierra Maestra aus Partisanenkrieg gegen die Regierung führt. Für die Parteigänger des Kommunismus in den USA ist die Lage derjenigen Maos vergleichbar. Sie gehen daher ähnlich vor: Es wird abgewartet, bis die Partisanen bis zu den Zähnen bewaffnet sind, dann wird ein Waffenembargo gegen die Insel erlassen, um als nächstes die Amerikaner davon zu überzeugen, dass es sich um simple Agrarreformer handelt (*54). Das Regime Batistas aber wird als korrupt verdammt, die USA-Regierung entzieht ihm ihre Unterstützung, die amerikanischen Geschäftsleute ziehen sich zurück, da man ihnen glauben macht, dass unter Batista der Bürgerkrieg weiterhin andauern würde und sie nur verlieren könnten. Dieser dankt am 1. Januar 1959 ab. Fidel Castro steigt von den Bergen und wird nach einem ersten Blutbad unter seinen Gegnern am 16. Februar Ministerpräsident der neuen Regierung. Im April 1959 wird er von Roy R. Rubottom, Assistant Secretary of State, zu einer Reise in die Staaten eingeladen. "Ich hasse die Diktatoren" verkündet er unter dem Jubel der Presse. Dabei geschieht die Unterstützung Fidel Castros entgegen dem Rat des früheren amerikanischen Gesandten in Kuba, Arthur Gardner. Er erklärt: "Wir hätten das alles, was noch kam, vermeiden können... Castro hat niemals einen einzigen Sieg errungen. Unsere Aktivität in den Vereinigten Staaten war allein verantwortlich dafür, dass Castro an die Macht kam." Abgelöst wird Gardner vorsorglich schon 1957 als unbequemer Warner von einem Neuling in der Diplomatie, Earl E. T. Smith. Diesem wird von William A. Wieland alias William Arthur Montenegro im State Department untersagt, sich von seinem Vorgänger einführen zu lassen. Er muss sich vielmehr durch den Reporter Herbert L. Matthews in die kubanische Situation einweisen lassen. Dieser Matthews aber ist Mitarbeiter der "New York Times" und wiederholt als Mitglied kommunistischer Organisationen bis zurück in die 30er Jahre bekannt geworden. Unter dem so eingewiesenen Herrn Smith also kommt Castro an die Macht.

Matthews schreibt am 16. Juli 1959, nachdem Castro bereits sechs Monate an der Macht ist, in der "New York Times": "Dies ist keine kommunistische Revolution, in keinerlei Sinn des Wortes, und es befinden sich keinerlei Kommunisten in Kontrollstellungen... Es scheint, es gibt in Kuba nur sehr wenige – und man braucht nicht zu zögern, es auszusprechen – die glauben, dass Fidel Castro ein Kommunist ist, dass er unter kommunistischem Einfluss steht, oder von Kommunisten gesteuert wird... Es gibt keine Roten im Kabinett oder in hohen Regierungsstellen oder in der Armee... Die einzige Macht, die in Kuba zählt, ist in den Händen des Premiers Castro, welcher nicht nur Nicht-Kommunist ist, sondern entschieden Antikommunist." Matthews schrieb diesen Bericht dabei offensichtlich wider besseres Wissen, denn Nathaniel Weyl teilt in seinem Buch "Red Star over Cuba" (in welchem er sich über die subversive Tätigkeit Matthews sehr ausbreitet) wörtlich mit: "Die Revolte in Bogotá 1948 war der Schauplatz auf welchem Fidel Castro seine erste ernste Rolle als Planer und Organisator einer kommunistischen Erhebung spielte. Er war damals 21 Jahre alt und Student der Rechtsfakultät in Havanna... Der Sicherheitschef Nino von Kolumbien zählt die folgenden ausländischen Kommunisten auf, die die Erhebung in Bogotá vorbereiteten: Salvador Ocampo, Machado, Luis Fernández Juan, Eugene Kerbaul, Milorad Pesic B., Frances Mac-Kinnon Damon, Blas

Roca, Rafael del Pino und Fidel Alejandro Castro. Der Name steht in würdiger Gesellschaft, denn alle anderen Genannten sind altbekannte Veteranen des Kommunismus." Die genannten irreführenden Artikel von Matthews erscheinen laufend, wie gesagt, in der "New York Times", einer sogenannten "angesehenen Zeitung" (L. L. Matthias), herausgegeben von Herrn Arthur Hays Sulzberger. Dieser ist seit April 1939 Bevollmächtigter der Rockefeller-Foundation, was uns zu den eigentlichen Hintergründen dieser Politik führt, denn, wenn eine amerikanische Firma in der Karibischen See, in Puerto Rico, auf den Jungferninseln, in Venezuela usw., herrscht, so sind es die Rockefellers. Der Aussenminister jener Zeit war John Foster Dulles. Vorher war er Präsident der Rockefeller-Foundation, Christian Herter ist verheiratet mit der Grossenkelin von Charles Pratt, dem Mitbegründer (mit John D. Rockefeller) der Standard Oil, und Allen W. Dulles war seit 1928 einer der Direktoren des "Council on Foreign Relations", einer der Frontorganisationen Rockefellers. Als Eisenhower im März 1958 alle Waffenlieferungen an die Regierung Batistas verbot, war John Foster Dulles sein Aussenminister. Der ihm folgende Leiter der aussenpolitischen Massnahmen der USA, Dean Rusk, war von 1952 bis 1960 Präsident der Rockefeller-Foundation. Es ist ganz klar, dass diese billionenstarke Gruppe ganz genau von Anfang an gewusst hat, wer Fidel Castro ist. Sie hat bewusst die USA und die übrige Welt falsch informiert. Sie hat mit Kuba ihren Verschwörerplänen zur Errichtung der Einen Welt näher kommen wollen.

Schon 1960 besucht Mikojan die Zuckerinsel und die USA kürzen die Einfuhrquote des Hauptexportartikels um 700 000 t. Sicherheitsrat und OEA werden vergebens zur Schlichtung eingeschaltet. Kuba entwickelt sich zum Sowjetstützpunkt im Karibischen Meer. Doch die Opposition gegen Castro ist stark. Zu vielen ist die Flucht gelungen und sie sinnen auf Rückgewinnung der Insel. Am 15. April 1962 begannen Flugzeuge Castros Luftwaffe zu zerstören, damit die für Montag den 17. April vorgesehene Landung in der Schweinebucht gelingen konnte. Doch in der Nacht zum Montag verbot Kennedy das weitere Eingreifen der amerikanischen Luftwaffe (vgl. "US News & World Report" vom 4. 2. 63) und besorgte so die Liquidierung der landenden Kräfte (1 180 antikommunistische Kämpfer), da ohne Luftsicherung die Landeboote das Weite suchen mussten. Die Führer jener Invasion haben später erklärt, dass die amerikanische Luftsicherung ausdrücklich zugesichert worden war, da die den Freien Kubanern zur Verfügung stehenden B 26 völlig unzureichend waren.

Mit diesem zweiten Verrat an Kuba erst begann das eigentliche Vorrükken der Russen auf der Insel. Es wurden Raketenbasen gebaut, der Hafen Havannas wurde durch den englischen Ingenieur Alex Scott zu einer Basis für russische Unterseeboote erweitert, und Tausende von Sowjetrussen kamen als Lehrpersonal hinzu. Der genannte Herr Smith wachte auf und erklärte zusammen mit dem Senator George Smathers, "dass eine Klique im State Department gewillt sei, Castros kommunistisches Regime aufrechtzuerhalten."

Der innerpolitische Druck wird zu stark. Die Sowjetrussen gehen allzu ungeniert vor, die USA sind nicht mehr zu beruhigen. So kommt es nach Wortscheingefechten zur Verständigung zwischen den Grossen, und Russland willigt ein in eine Schleifung der Raketenbasen. Eine von Kennedy im Oktober 1962 vorgeschlagene Blockade Kubas wird niemals wirksam, da insbesondere England absagt (*55).

Doch, wenn auch die unmittelbare militärische Gefahr gemindert werden konnte, entwickelte sich Kuba doch weiter zum Ausgangspunkt für die kommunistische subversive Tätigkeit in ganz Lateinamerika. Bisheriger Höhepunkt war die OLAS-Konferenz in Havanna im August 1967, auf welcher "die Notwendigkeit zur Gewaltanwendung und zum bewaffneten Kampf als einzigem Weg zur Befrei-

ung Südamerikas und Afrikas" betont wurde. Und wieder dient die stupide nordamerikanische Aussenpolitik als Angriffspunkt: "Wir müssen dem globalen Plan des nordamerikanischen Imperialismus durch die Schaffung eines globalen Lateinamerikanischen Revolutionsplanes begegnen... Unser Vorbild bleibt Vietnam. Die Gewaltanwendung unserer Klassenfeinde muss mit der Gewaltanwendung der Masse beantwortet werden." Jene Nordamerikaner, die sich auf der ganzen Welt dazu verleiten lassen, durch ungenügend geführte Kriege den Widerstand des Kommunismus zu formieren, vertun ihre nationale Kraft und ihr nationales Prestige im Dienst ihrer Gegner, deren Mitarbeiter in der eigenen Regierung den Ton angeben. Eine besondere Solidaritätserklärung zugunsten der Neger in den USA ist Teil des Aufrufs zur "kontinentalen Revolution". Sowjetrussland mit seiner Auffassung von der Möglichkeit einer Koexistenz mit dem Westen wird scharf angegriffen. So hat sich Castro vom simplen Agrarreformer zum intransigentesten Kämpfer für den Kommunismus auf der westlichen Erdhälfte verwandelt. Dass die Vereinigten Staaten in Guantánamo auf Kuba weiterhin einen starken Luft- und Flottenstützpunkt unterhalten, über dessen Aufgabe jegliche Diskussion abgelehnt wird, macht das Bild noch komplexer, denken wir nur an die dauernde Stimmenabgabe der USA in UNO-Kommissionen und im Sicherheitsrat gegen Stützpunkte wie Gibraltar und Aden.

---

*54 - Das gleiche Märchen wird erneut aufgewärmt in Robert K. Furtak, "Kuba und der Weltkommunismus", Köln-Opladen 1967. Wiederum heisst es, bei dem Castrismus handle es sich um eine Art Nationalkommunismus, der geeignet sei, "die zentrifugalen Kräfte im Weltkommunismus und damit die Tendenz zum Polizentrismus zu verstärken". Von Castros Ausspruch im gleichen Jahr: "Ich bin immer Kommunist gewesen" wird einfach keine Notiz genommen. Die Rolle, die das von New York geschaffene neue Kuba spielt, erhellt dann deutlich 1968 aus der Tatsache, dass mehr als 500 französische Studenten nach der Pariser Mai-Revolte in Kuba für neue Umsturztätigkeit ausgebildet werden. Dieses Frankreich, das den amerikanischen Kriegsplänen in Europa mit seiner besonnenen Haltung gegenüber Sowjetrussland selbst nach den tschechischen Vorgängen im Wege steht, und in welchem der versuchte Sturz De Gaulles nicht beim ersten Anhieb gelang, soll jetzt mit Kubas Hilfe zerstört werden.

*55 - Englische Fregatten können nur noch so lächerliche Aufgaben wie die Oelblockade vor Mozambique übernehmen. Als sie dort 1967 einen französischen Tanker mit einem Schuss vor den Bug anhalten wollen, antwortet der Kapitän: "Schiesst nur. De Gaulle wird sich darüber sehr freuen."

*

DIE DOMIMIKANISCHE REPUBLIK

hätte nach dem Verlust Kubas eine beachtliche politische Rolle im Karibischen Meer spielen können. In der Person des Generals Rafael Trujillo, der seit 1930 das Land führte, hatte man eine unbedingt antikommunistische Persönlichkeit von grossen Fähigkeiten. Santo Domingo hatte keine innere Schuld, keine äussere Schuld, ein ausgeglichenes Budget mit aktiver Handelsbilanz seit 1956, die Währung stand auf gleicher Ebene mit dem Dollar, USA-Unternehmen hatten etwa 1/4 Billion Dollar in Pflanzungen investiert, in einer grosszügigen Binnenkolonisation wurden 38 Dörfer an der Grenze zu Haití angelegt, die landwirtschaftliche Betriebsfläche erweitert sich von 1,7 Mio. ha 1935 auf 2,6 Mio. ha 1960, eine aktive Industrialisierung unter Ausbeutung von Eisenerzen, Gips und Salz ergänzt das für Lateinamerika einmalige Bild. Doch Trujillo hatte sich Läuse in den Pelz gesetzt: Im Jahre 1939 berief Roosevelt eine Flüchtlingskonferenz in der Schweiz zusammen, um die politischen Flüchtlinge Europas, zumeist Juden, der Rest spanische Kommunisten in Südfrankreich, unterzubringen. Trujillo verpflichtete sich, hunderttausend Flüchtlinge aufzunehmen. Die Dominikanische Republik wurde ihr Rettungsanker. Zwischen April 1939 und November 1940 gelangten so allein 7 000 ehemalige Rotspanienkämpfer nach Hispaniola. Dort aber begannen sie sofort, sich politisch zu betätigen. Die Dominikanische Republik wurde der Ausgangspunkt für die marxistische Wühlarbeit in ganz Lateinamerika in allen gesellschaftlichen Ebenen, bis hinein in die Universitäten (*56). Das schnell reich gewordene jüdische Emigrantenelement schuf den Ansatzpunkt für die Beseitigung Trujillos, als dieser mit seinem antikommunistischen Kurs das Missfallen Washingtons erregte. Angesichts der wachsenden, von diesen Kreisen geschaffenen Schwierigkeiten übergibt Rafael Trujillo 1952 das Präsidentenamt seinem Bruder Bienvenido, doch werden sie beide gezwungen, im August 1960, nach dreissigjähriger beispielloser Aufbauarbeit, das Land zu verlassen, nachdem schon vorher die Vereinigten Staaten die diplomatischen Beziehungen abgebrochen haben (*57). Trujillo versucht erneut, die Geschicke seines Landes in die Hand zu nehmen, wird dann jedoch am 30. Mai 1961 ermordet. (*58)

Ein entscheidend neues Gesicht erhielt Santo Domingo mit der Wahl des Kommunisten Juan Bosch im Dezember 1962 zum Präsidenten (nach 25-jährigem Exil). Bosch holte sich zunächst einmal Geld und erhielt 150 Mio. Dollar von einer internationalen Bankengruppe in der Schweiz zuzüglich weiteren 15 Mio. Soforthilfe (*59). Er erlaubte den Emigranten Rückkehr nach Santo Domingo, hauptsächlich beraten von dem naturalisierten USA-Bürger rumänischer Abkunft Sasha Volman, der der "Progressiven Linken" angehört, und von einer Gruppe anderer "osteuropäischer" Flüchtlinge, die "das Ohr Washingtons haben" (*60). Doch gelingt es ihnen nicht, Ruhe im Lande herzustellen. Ihre sozialistischen Experimente bringen die Binnenwirtschaft zum Zusammenbruch, sodass es zu einer Erhebung der Militärs, insbesondere der Luftwaffe kommt. Bosch muss flüchten. Es sieht so aus, als würden die antikommunistischen Kräfte unter General Elías Wessin y Wessin wieder die Oberhand gewinnen. Um dieses zu verhindern, greift Washington erneut ein, besetzt die Hauptstadt und überlässt dann dem Rat der Panamerikanischen Union (OEA), die Dinge neu zu ordnen. Wessin y Wessin muss das Land verlassen und erklärt im September 1965 in Miami: "Die Vereinigten Staaten haben mich mit vorgehaltenen Bajonetten gezwungen, mein Vaterland zu verlassen. Meine Ausweisung hat der lateinamerikanischen Demokratie den Gnadenstoss gegeben." Es kommt zur Einsetzung einer "demokratischen" Regierung unter García Godoy, doch behauptet der Sender der Luft-

waffe, dass die kommunistischen Verbände unter Oberst Caamaño niemals entwaffnet worden wären. Die Ermordungen politischer Gegner, insbesondere des Führers der Acción Revolucionaria, Dr. Cabral, beweisen, dass der Tanz auf dem Vulkan weiter geht.

---

*56 - Vgl. "Human Events" 4.12.59 und "Pittsburgh Post-Gazette" 6.2.61.

*57 - Bezeichnend, dass in den westdeutschen Illustrierten wie in den "Grossen Tageszeitungen" als wesentlich dabei eigentlich nur erwähnt wird, dass die Familie Trujillo ein Riesenvermögen mit ins Ausland verschleppt hätte, während nichts in ihnen zu lesen stand von den ebenfalls damals geschehenen Folterungen und Morden in den Gefängnissen Fidel Càstros, eines José Castaño und eines Ernesto De la Fe, um nur zwei dieser Märtyrer zu nennen.

*58 - Die Hintergründe dieser Ermordung sind weitgehend aufgeklärt und belasten die Vereinigten Staaten schwer. Der ehemalige Botschafter der Dominikanischen Republik im Iran, Lelan Rosenberg, erklärt am 9.2.62 AFP gegenüber, dass Kennedy bereits einen Tag vor Auffinden der Leiche Trujillos in Paris von diesem Mord gewusst hätte. Frau Trujillo begab sich vom amerikanischen Puerto Rico aus im Flugzeug nach Santo Domingo, als sie Sorge um ihren Mann hatte, erhielt aber von den amerikanischen Behörden den Befehl, zu landen, dem sie nicht nachkam. Bei ihrer Ankunft erfuhr sie von der Ermordung ihres Mannes durch den Kriegsminister Román Hernández. Dieser sagte, dass die USA seiner Ernennung zugestimmt hätten und dass sie bereit wären, bei auftretenden Schwierigkeiten einige Kriegsschiffe zu entsenden. Die AFP-Meldung fährt fort: "Nach Ansicht Rosenbergs betreibt Nordamerika vier Arten von Politik: Die des Weissen Hauses, die des State Department, die der CIA und schliesslich die der Wallstreet."

Im September 1962 wird der ehemalige Chef des dominikanischen Geheimdienstes, Arturo Espaillat, auf Wunsch der USA aus Kanada ausgewiesen. Aus diesem Anlass gewährt er AFP ein Interview (20.9.62), in welchem er feststellt, dass die USA sein Verschwinden wünschen, da er zu viele belastende Dinge über die Hintergründe der Ermordung Trujillos wisse. "Zwei nordamerikanische Diplomaten, John Barfield und Henry Dearborn hatten den Mördern Trujillos alle mögliche Hilfe versprochen, aber ihr Wort nicht gehalten, weil alle an dem Mord Beteiligten mit Ausnahme von zwei Mittätern gestorben sind (innerhalb von einem Jahr!). Auch den Gegner Trujillos, den Spanier Jesús de Galíndez, haben die USA ermorden lassen" und er fährt fort mit einem Satz, dessen Richtigkeit wir seit Nürnberg und Landsberg kennen: "JEDENFALLS KOENNEN DIE USA BESCHULDIGT WERDEN, IHRE AUSSENPOLITIK AUF DEM POLITISCHEN MORD AUFGEBAUT ZU HABEN" ("Freie Presse", Buenos Aires, 21.September 1962).

*59 - "Wanderer", 10.2.63

*60 - "Washington Post", 6.2.63

*

HAITÍ

besitzt mit 27 750 Quadratkilometern den kleineren Teil der Insel Hispaniola (Dominikanische Republik 48 734 qkm). Während Santo Domingo zu zwei Dritteln von Mulatten bevölkert ist und spanisch spricht, hat Haití zu 85% Negerbevölkerung und spricht das Créole, eine Abart des Französischen (*61). Während die Dominikanische Republik einen Ausfuhrüberschuss aufweist, muss Haití in zunehmendem Masse Lebensmittel einführen und ist das einzige Land Südamerikas, in welchem Menschen Hungers sterben. Während dank der Aufbauarbeit Trujillos mehr als die Hälfte der Dominikaner lesen und schreiben können, sind 91% der Haitianer Analphabeten (*62). Entsprechend der rassischen Zusammensetzung sind die politischen Verhältnisse. Hinter dem oktroyierten Vokabular der "Demokratie" verbirgt sich der westafrikanische Urwald. Denn es war niemals besser in Haití, diesem "ersten farbigen Staat in der Gegenwart" (seit 1803). 1915 intervenierten die Amerikaner mit ihren Marinefüsilieren und es herrschte (wenn auch fremde) Ordnung, bis dann 1934 Roosevelt im Zeichen seiner "Politik der Guten Nachbarschaft" die Besetzung beendete. Sofort setzte wieder die alte Misswirtschaft ein, eine Lehre im Kleinen, die hätte dienen können, die Negerbevölkerung Afrikas vor so unendlich viel Blut und Tränen nach dem von den USA erzwungenen Abzug der Kolonialmächte zu bewahren. Haben die USA auch niemals den vorbildlichen Typ des Kolonialbeamten gekannt, so verfügten sie doch über einen kleinen Kreis von Sachkennern aus ihren eigenen überseeischen Besitzungen. Doch galt deren Urteil nichts im Vergleich zu den Ideen der "russischen" Inmigranten. Deren politisches Wunschbild sollte entgegen aller Sachkenntnis unter Strömen von Blut in die Tat umgesetzt werden. Die Terrormethoden des derzeitigen "Präsidenten" Duvalier (seit 22.10.57) unterscheiden sich nicht von denen seiner Vorgänger, und wohl auch kaum von denen seiner Nachfolger. Denunzianten und Spitzel bilden seine Umgebung. Als sich Anfang 1967 Tochter und Schwiegersohn an einer Verschwörung gegen ihn beteiligten, liess er die beiden ins Ausland schaffen und die achtzehn hohen Offiziere, die daran teilgenommen haben sollten, liess er unter seinem eigenen Kommando von ihren Dienstkameraden erschiessen. Hinter dem also von Generalen und Obersten gebildeten Exekutionskommando standen Leibwächter Duvaliers mit schussbereiter Waffe in der Hand, Jeden augenblicks zu erschiessen, der nicht auf den ihm zugewiesenen Verurteilten feuerte. Durch Vertreibung der wenigen Mulatten, die das Land besass, hat er die rassische Zusammensetzung "vereinfacht", damit aber die dünne Bildungsschicht beseitigt, die seinen Exzessen bremsend hätte entgegenwirken können. So kann Duvalier heute einem Lumumba oder Mobutu die Hand reichen. Haití ist Mitglied der Vereinigten Nationen, und seine Stimme wird voll mitgezählt, auch bei Abstimmungen gegen Südafrika (*63).

---

*61 - Die Mulatten monopolisierten von Anfang an in ihren Händen Besitz und Bildung und betrieben den Negern gegenüber eine Politik der Segregation, die sich aus den natürlichen Anlagen ergab.

*62 - Schon 1911 macht Hans Heinz Ewers nach einem Besuch des Landes in

herzhaften Worten sich Luft über die Langmut, mit der zivilisierte Nationen sich mit Derartigem befassen. "Mit meinen Augen, Fahrten durch die Lateinische Welt", Verlag Konrad W. Mecklenburg, Berlin 1909, S. 170 ff.

*63 - Vgl. Saint-Victor Jean-Baptiste: "Haiti, Sa Lutte pour l'Emancipation", Paris 1957.

JAMAIKA

ist nach dreihundertjähriger britischer Besetzung in seinem Wesen spanisch geblieben. Städte- und Dorfnamen, Volkssitten und Sprache erinnern an den eigentlichen Kolonisator, die furchtbaren Wellblech-Slums an Londons Sünden. In Erinnerung an diese Insel sprach Lloyd George von den "Slums unter Palmen" (*64). "Tate and Lyle" heisst die grösste britische Plantagenfirma, die im Zusammenwirken mit der UFC den Zucker exportiert. An diesen Verhältnissen hat auch die 1962 erfolgte Unabhängigkeit wenig geändert. Der Erklärung ging eine Volksabstimmung voraus, in welcher abgestimmt wurde, ob Jamaika eine Föderation mit anderen bis dahin britischen Besitzungen in Westindien eingehen wolle oder nicht. Man entschied sich gegen einen solchen Zusammenschluss. Mit der Selbständigkeit schloss sich auch das bis dahin für die übervölkerte Insel so praktische Ventil einer Auswanderung nach England. Während England bis 1962 freie Einwanderung für Bürger des Commonwealth hatte, beschränkte es diese von da an auf gewisse Berufsgruppen. 40 000 Jamaikaner wanderten noch 1961 nach England aus (zur grossen Freude der Briten), seither sind es noch etwa 9 000 jährlich. 70% der Bevölkerung Jamaikas sind Neger, 20% Mulatten. Ein Viertel der 1,8 Mio. Menschen der Insel leben in der Hauptstadt Kingston, der Rest betreibt mit mittelalterlichen Methoden Landwirtschaft und erreicht trotz von Natur gegebener Möglichkeiten (einschliesslich dem Fischreichtum des umgebenden Meeres) nicht die Selbstversorgung der jährlich um 40 000 Menschen zunehmenden Bevölkerung. Der Handel mit England nimmt stetig ab, während der mit den Staaten zunimmt, doch zeigen diese wenig Verständnis für die Probleme der von ihnen stark abhängigen Insel. Während England Zucker und Bananen zu einem die Kosten gerade deckenden Vorzugspreis, der das Doppelte des Weltmarktpreises ausmacht, abnimmt, ist der nordamerikanische Markt dauernd unsicher. Hinzu kommen eine Einreisesperre für Saisonarbeiter nach den Staaten, die Preiskonkurrenz gegenüber der für Jamaika bedeutenden Bauxitindustrie und die immer wieder angedrohte Begrenzung der von amerikanischen Touristen heimgebrachten zollfreien Warenmengen. Gerade die Fremdenverkehrsindustrie hat Jamaika in den letzten Jahren wesentlich über den Berg geholfen. Die Absichten der nach links tendierenden Regierungen wurden klugerweise bisher nicht verwirklicht, um das für den Ausbau der Landwirtschaft und der Aluminiumindustrie notwendige Investitionsklima nicht zu gefährden, doch kann dieses sich ändern, wenn die jüngere Generation an die Macht kommt. Bis

dahin funktioniert das Spielzeug der westlichen Demokratie mit seinem Zweiparteiensystem trotz immer wieder aufflammender Unruhen einigermassen. Eine zur Hälfte des Lesens und Schreibens unkundige Bevölkerung ohne eigenständigen kulturellen Hintergrund würde dann schnell Beute der Demagogen.

---

*64 - Das war damals, als das gleiche England Deutschland seine Kolonien fortnahm, weil es unfähig sei zum Kolonisieren. Die "Kolonialschuld-Lüge", aufgenommen in Art. 119 des Versailler Vertrages, wurde dann zum Titel eines Buches von Dr. Heinrich Schnee, welches in 12 Auflagen in alle Kultursprachen übersetzt und die volle Zustimmung der Weimarer Regierung hatte. Es erbrachte den Beweis, dass es sich hier um eine "echte Lüge" gehandelt hat. Bezeichnend, dass sich die BRD, die sich gerne "Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches" nennen möchte, nicht einschaltete, als es darum ging, den Wahrheitsgehalt auch späterer Behauptungen über die Verhältnisse in Südwestafrika festzustellen, vielmehr die Verleumdung der dortigen deutschen Bevölkerung durch die den Krieg vorbereitenden USA ohne Widerspruch zuliess (s.d.).

*

PUERTO RICO

war Teil der Beute, die die USA 1898 den Spaniern abnahmen. Dadurch war das Land, dem die Cortes bereits 1896 die Selbständigkeit geben wollten, erst nach langen Jahrzehnten grössten Elends (*65) und militärischer Besetzung (16 000 Marineinfanteristen während des letzten Krieges auf der Insel) in den Genuss gewisser Autonomie gelangt, nämlich mit der 1952 erfolgten Schaffung des "Commonwealth of Puerto Rico". Nach einigen weiteren Zwischenstufen im Anschluss an die verständlichen Schüsse aufgebrachter Portorriqueños auf Truman (1950) und fünf Abgeordnete im Repräsentantenhaus (1954) und regelrechte Aufstände in ihrem Wohnviertel in New York, sieht die wirtschaftliche Lage der Insel heute wesentlich anders aus: Völlige Zollfreiheit für Im- und Export nach den USA, 10-jährige Steuerfreiheit für neue Industrien, Agrarreform nach Enteignung der Latifundienbesitzer, dauernd noch wachsende Einnahmen aus der beachtlichen Fremdenindustrie, umfangreiche sanitäre Massnahmen, haben aus dem "Versuchslaboratorium der Dollar-Imperialisten" (Upton Close) nicht ohne den Fleiss der zu Dreivierteln aus Weissen bestehenden Inselbevölkerung ein beachtliches Aushängeschild der Vereinigten Staaten gemacht und den Vorwurf abgeschwächt, den Upton Close noch 1941 im "American Mercury" erhob: "Immer wieder erheben wir Amerikaner die Stimme gegen die "Kolonialmächte", obwohl wir selber einige Kolonien besitzen und das raffinierte System der "souveränen" Kolonien erfunden haben, die die Grundlagen unseres Imperiums sind". Kulturell kann man bis heute nicht davon sprechen, dass das so spanische Land dem Einfluss der Yankees unterlag, eher schon den Parolen aus Kuba. Dieses

aber bezeichnenderweise in stärkerem Masse unter der halben Million in New York dahinvegetierender Ausgewanderten, als unter den auf der paradiesischen Insel verbliebenen zwei Millionen.

---

*65 - Vgl. John Gunther, "Inside Latin America".

*

DIE KLEINEN ANTILLEN

Unabhängige Republiken:

Trinidad-Tobago	einst englisch, seit August 1962 unabhängig und seitdem langsamere Entwicklung. 45% Schwarze, 35% Inder, 20% Chinesen, Weisse und Mischlinge. Abwendung von England, Mitglied der OAS, zunehmender Handel mit Kanada.
Barbados	einst englisch.
St. Kitts-Nevis-Antilla	einst englisch. Antilla meuterte 1967 und forderte von den USA die Annektierung, um amerikanischen Abenteurern die Errichtung eines Spielkasinos zu ermöglichen,

und weitere, nicht erwähnenswerte Teile der wieder auseinandergefallenen Britischen Westindischen Föderation.

Französisch Westindien mit insbesondere Guadeloupe und Martinique, Internationaler Flughafen und kommunistische schwarze Bevölkerung.

Niederländisch Westindien mit insbesondere Aruba und Curaçao (*66). Sie bieten ein Bild holländischer Sauberkeit unter der Tropensonne. Die Royal Dutch Shell ist der Herr des Landes. Als südlichste haben aber auch diese Inseln Anteil an dem Strom von über 1 000 000 jährlicher Touristen aus den USA in die Karibische Inselwelt, die dort dann Hunderte von Millionen von Dollar lassen. Selbst die Johnsonschen Sparmassnahmen haben diesen Teil des Auslandstourismus wegen seiner eminent sozialen Bedeutung für die arme und übervölkerte westindische Tropenwelt vor ihrer Tür (und vor dem Panamakanal) nicht angetastet.

---

*66 - Eine Verbalhornung der Worte "Cura asado", da man dort einen Geistlichen seinerzeit verbrannte und verspeiste.

*

konnte sich unter dem spanischen Gouverneur Alejandro Hore zunächst noch der im übrigen Lateinamerika entflammten Befreiungswelle erwehren, doch England richtete überall auf dem Isthmus politische Klubs ein und die in Panama erscheinende Zeitung der Freimaurer, "La Miscelánea", bereitete die Stimmung vor für die dann am 10. November 1821 in Villa de los Santos ausgerufene Unabhängigkeit. General Fábregas wurde Jefe Supremo del Istmo. Der sofort einsetzende Kampf zwischen Mexiko und Kolumbien um diesen Neuling endete damit, dass sich Panama als selbständiges Departement an Kolumbien anschloss. Die Technik veränderte dann zum ersten Mal das Bild dieses geopolitisch so beachtlichen Landstriches, als die Engländer 1850 eine Bahn bauten, um den Goldsuchern den Weg nach San Francisco abzukürzen. 1881 entsandten die Engländer dann den erfolgreichen Erbauer des Suezkanals, Ferdinand de Lesseps, um einen Kanalbau in Angriff zu nehmen. Kolumbien gab die Zustimmung und die Vereinigten Staaten waren durch den mit England geschlossenen Clayton-Bulwer Vertrag an einen Waffenstillstand im Karibischen Meer gebunden. Doch Lesseps konnte das Werk nicht zu Ende führen. Das Gelbe Fieber und das Gelände waren stärker als er. Tausende und Abertausende starben dahin. 1889 brach alles in einem grandiosen internationalen Finanzskandal zusammen. Die USA griffen die ihnen unverhofft kommende Chance sofort auf. Beeinflusst von Alfred Thayer Mahans Buch "Influence of Seapower upon History" war Theodore Roosevelt entschlossen, das Werk aufzunehmen (*67). Grayson M. P. Murphy (später leitend im Bankhaus Morgan tätig) ging als USA-Offizier in die Landenge, warf mit Dollars um sich und fand die Personen heraus, mit welchen man im geeigneten Augenblick eine Revolution machen konnte. Inzwischen erwarb man die Rechte der pleite gegangenen französisch-englischen Kanalgesellschaft (*68). Als nächsten Schritt bemühte man sich um die Zustimmung Kolumbiens. Trotz aller Proteste des kolumbianischen Senats unterzeichnete der kolumbianische Geschäftsträger in Washington, Herran, die berühmte "Kanalkonvention", nach welcher die USA einen Streifen von sechs Meilen Breite quer durch die Landenge pachteten. Da das kolumbianische Parlament mit überwältigender Stimmenmehrheit diese Konvention ablehnte, griffen die Vereinigten Staaten zu dem bereits von Murphy vorbereiteten Mittel des Aufstandes. Während der Aufstand unter dem Amigo Dr. Amador losbrach, legten sich amerikanische Kriegsschiffe vor die Küsten, um jede Landung kolumbianischer Entsatzungstruppen zu verhindern. Am 7.11.1903 konnte Philippe Bunau-Varilla denn auch Staatssekretär Hay mitteilen, dass die Regierung des neuen Staates Panama ihn zum Gesandten in Washington ernannt habe. (*69)

Der deutschstämmige Ingenieur Goethals ging sofort mit Gründlichkeit und Energie an die Arbeit, begann mit einer Sanierung der Fiebersümpfe, und konnte das Projekt in jenem Jahre 1914 beenden, da für die Vereinigten Staaten die ersten grösseren weltpolitischen Möglichkeiten auftauchten.

Doch auch hier können wir sagen, dass unrecht Gut nicht gut gedeiht. Die Amerikaner sind ihres Raubes nie recht froh geworden. Laufend mussten sie höhere jährliche Abgaben zahlen (*70), laufend mussten sie in die innerpolitische Entwicklung mehr oder weniger offen eingreifen. Seit dem letzten Weltkrieg hat die nationale Note dabei sehr oft unter roter Fahne gestanden (*71), und die unter einem amerikanischen Gouverneur stehende eigentliche Kanalzone gleicht oft genug einer belagerten Festung.

Das übrige Land ist kaum erschlossen. Eine 600 km lange Autobahn verbindet den Kanal mit Costa Rica, doch gibt es noch immer keinerlei Verbindung

nach Südamerika. 72% Mischlinge, 14,4% Neger, 12% Weisse, 1,5% Asiaten und Indianer bilden die Bevölkerung, deren einziges "Ideal" im Mehrhaben liegt. Ein günstiges Fiskalregime und lasche Arbeitsnormen bilden einen starken Anziehungspunkt für ausländische Reeder, sodass unter der Flagge Panamas 150 Schiffe mit 2½ Mio. BRT fahren, von denen die meisten Panama nie gesehen haben. Dass Panama Freihafen ist, hat dem Platz weitere Einnahmequellen verschafft, wie sie für unsere heutige Welt so typisch geworden sind. So schlagen sich Menschen unter der Phrase vom Wert der Arbeit, während sie von Faktoren leben, die ihren Ursprung im allerübelsten Kapitalismus haben.

---

*67 - Schon 1898 am Krieg gegen Spanien war er zusammen mit dem Zeitungskönig Hearst und dem Bankhaus G. P. Morgan aktiv beteiligt gewesen, hatte mit der Waffe in der Hand die spanischen Stellungen auf Kuba an der Spitze seiner Rough Riders gestürmt.

*68 - Der Hauptgläubiger jener Gesellschaft, ein schmieriger Spekulant namens Bunau-Varilla, liess durch den New Yorker Anwalt Nelson Cromwell und mit Hilfe von Kuhn, Loeb & Co. die "Panama Canal Company of America" gründen, die dann 1902, ein Jahr nach der Thronbesteigung Roosevelts sämtliche Aktiven und Passiven der französischen Kanalbaugruppe an den nordamerikanischen Staat verkaufte.

*69 - Kolumbien hat diese schweren Rechtsbrüche der Dollarimperialisten niemals vergessen. Ich erinnere, dass sie das zentrale Gesprächsthema meines Hamburger Kommilitonen, des damaligen dortigen panamensischen Generalkonsuls Napoleon Vinzencini waren und dass im Hamburger südamerikanischen Konsularkorps seine Vorwürfe überall wärmste Zustimmung fanden. Mir ist nicht bekannt geworden, dass die nationalsozialistische Regierung dieses aussenpolitische Kapital aufgegriffen hätte. Während Roosevelt damals bereits aktiv in Formen gegen europäische Positionen in der Welt vorging, die wir heute als "kalten Krieg" bezeichnen würden, während die UdSSR Persönlichkeiten wie einen Umanski entsandte, nahm keine einzige europäische Macht den Kampf um die offen liegende Welt auf. Europa verharrte überall in der Defensive gegenüber den mehr oder weniger verhüllten Weltmachtansprüchen der Andern.

Bezeichnend, dass in den USA alle Zeitungen, die es wagten, diese schmutzige Etablierung amerikanischer Macht darzustellen, verboten wurden, insbesondere die New Yorker "The World" und die "Indianapolis News". Zu dem Thema, wie man mit Wahrheitssuchern umging, vgl. die konkreten Daten in Henry Fords "The International Jew".

Vgl. auch John Holladay Latané: "Geschichte der nordamerikanischen Aussenpolitik".

*70 - Zu Beginn 250 000 $ jährlich, bis 1954 430 000, dann 1 000 000, doch 1967 schon 1 930 000 ausser anderen Ausgaben in einer heutigen Gesamthöhe von etwa 80 000 000 Dollar jährlich, einer Summe die LBJ in einem Geheimabkommen im April 1967 mit Panamas Präsidenten Marco A. Robles auf Vorschlag seines politischen Planers Walt W. Rostow aushandelte.

*71 - 1959 überfallen castrische Guerillas die Dörfer. 1964 kommt es zu einem kommunistischen Aufstand unter Thelma King und Floyd Britton schiesst auf die verschanzten amerikanischen Truppen. Streiks auf den Plantagen der UFC (90% aller Plantagen gehören ihr) sind an der Tagesordnung.

*

KOLUMBIEN

hat die Befreiung von der Madre Patria nur sehr zögernd mitgemacht. Erst 1830 wurde die spanische Herrschaft endgültig beseitigt. Doch Kolumbien ist weiterhin Spanien treu geblieben. Als nach manchem Wechsel sich der heutige Staat 1868 aus dem Verband mit Ekuador und Venezuela herauslöste, da wollte man ganz bewusst mit dem Namen die Verbundenheit mit Madrid zum Ausdruck bringen. (Während das entfernte Bolivien den Namen des zu sehr nach Loge riechenden grossen Befreiers annahm.) Kolumbien ist auch weiterhin der Hort der Hispanität geblieben. Die Mehrzahl seiner Präsidenten war konservativ. Der Liberalismus fand eher Anhänger in den Handelszentren am Meer als in den alten Kulturzentren des Landes. Dabei rang das Land infolge seiner querhindurchlaufenden drei Hochkordilleren dauernd mit dem Problem seiner geographischen Zerrissenheit. Erst der Luftverkehr konnte hier helfen. (*72)

Doch diese Zerrissenheit ist nicht allein dafür verantwortlich, dass das Land in zwei politische Lager zu zerfallen droht. Die Ungleichheit der Besitzverhältnisse (4% besitzen 64% des anbaufähigen Bodens), die schlechten Schulverhältnisse (44% Analphabeten) wogen auf die Dauer schwerer, als die hohe kulturelle Gesittung der konservativen Schichten. Unter den Augen der Panamerikanischen Konferenz ging halb Bogotá in einer völlig unerwarteten kommunistischen Revolte 1948 im Anschluss an die Ermordung des Liberalen Politikers Gaitán in Flammen auf. In ganz Südamerika, nicht nur in Kolumbien, erwachten die Regierungen und rüsteten sich zur Verteidigung. Präsident Laureano Gómez (1950-1953) ergriff darüber hinaus aktiv Massnahmen zur sozialen Bereinigung des Schlachtfeldes (Urlaub, Gewinnbeteiligung, Arbeitsgericht, Krankenversicherung) und wurde von USA-Zeitungen prompt als "Faschist" verschrieen. Doch auch ihm gelang es nicht, das Land zu befrieden. Die "Violencia" beherrschte mehr und mehr das oft so schwer erreichbare Innere. 1966 hatten die "Bandoleros" die Staatsgewalt in 11 sogenannten Republiken. In den USA spezial ausgebildete Regierungsverbände konnten kaum Erfolge erzielen. Ein angesichts dieser Gefahr erfolgtes Abkommen zwischen Liberalen und Konservativen, abwechselnd den Präsidenten zu stellen, hielt die Staatsmaschinerie am Leben, doch machen Militärs immer wieder den Vorwurf, dass es "diese Politiker sind, die dem Land den Terror gebracht haben" (*73). Es wird weiter geplündert und gemordet, Mädchen geraubt, das alles oft völlig sinnlos und meistens bar jeglicher menschlichen Erwägungen. Bogotá gleicht in diesem Sinne bereits Washington: Man kann nachts nicht allein auf die Strasse gehen. Dabei ist das Land immens reich, geologisch überhaupt noch nicht voll erschlossen, könnte seiner Bevölkerung ein Paradies sein. Doch seitdem der skrupellose George Rublee

mit seiner Oelpolitik das Land in ein dichtes Netz von Dollaranleihen verstrickt hat, konnte selbst ein Lleras nur erreichen, dass der IMF verschnupft war darüber, dass er die Forderung auf Abwertung der Währung als unangebrachte Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kolumbiens zurückwies (*74), und dass man darum nur sehr zögernd im Juli 1967 in Paris an die Finanzierung der vorgelegten kolumbianischen Entwicklungsprojekte ging. Wenn man schon mit seinem Geld die Welt regiert, will man auch gehorsame Sklaven. Sonst möge eben das Elend ruhig weitergehen.

---

*72 - Schon 1919 gründete der ehemalige deutsche Weltkriegsflieger Paul von Bauer mit anderen deutschen Piloten die SCADTA, das erste Luftfahrtsunternehmen der westlichen Hemisphäre. Kurz danach formte sich zusätzlich unter Hans D. Hoffmann und Fritz Herzhauser die ARCO-Linie. So konnten mit Ju 52 Menschen und Waren und vor allem auch Luftpost quer durch das Land befördert und ihm unvergessene Dienste geleistet werden. 1939 zwangen die USA Kolumbien, die SCADTA aufzulösen und die Dienste der PAA zu übertragen, "denn deutsche Piloten seien eine Gefahr in der Nähe des Panamakanals". Vorgetragen wurde dieses Ultimatum von US-Botschafter Spruile Braden, der dann so unrühmliches Aufsehen in Buenos Aires unter Perón machen sollte (man führte ein Schwein durch die Avenida de Mayo mit einem grossen Schild "Braden" um den Hals). Braden war es auch, der dem betont christlichen Kolumbien "riet", Beziehungen zu Sowjetrussland aufzunehmen, an dessen Seite man ja vorhatte, in den Krieg zu ziehen.

Als dann nach dem Kriege Kolumbien um Anleihen bei der neugegründeten Weltbank ansuchte, musste es als erste Bedingung annehmen, dass es keine Verträge der auf seinem Gebiet tätigen Fluggesellschaften mit deutschen Piloten anerkennen würde. Denn das war der eigentliche Sinn der neuen Institution: Geld nur für diejenigen, die damit an der demokratischen Fesselung der Welt mithelfen.

*73 - Kriegsminister General Alberto Ruiz Novoa, am 6.9.62 im Abgeordnetenhaus.

*74 - Erinnern wir daran, dass 1951 eine Wirtschaftskommission im Auftrage des State Department unter Alvin W. Hansen (Harvard) und Walter W. Heller (Präsident von Kennedys Wirtschaftsrat, Council of Economic Advisers) nach Westdeutschland kam und hier ebenfalls den Ratschlag gab, die Inflation zu verstärken. "Deutschland hängt zu sehr an der Stabilität der Preise" (excessive concern for price stability). Die gleiche Kommission sagt in ihrem Bericht, "that the nostalgic hopes ... looking toward a revival of the nineteenth century role of a capital market are doomed to disappointment. The capital market plays no such role in any modern country and there is no prospect that it will" (dass das sehnsüchtige Hoffen auf Wiederaufleben eines Kapitalmarktes, wie er im XIX. Jahrhundert eine Rolle spielte, verurteilt ist, sich als Täuschung zu erweisen. Der Kapitalmarkt spielt in keinem modernen Lande mehr eine derartige Rolle und es ist auch keine Aussicht vorhanden, dass er sie wieder spielen wird). Westdeutschland ist auf diese Abenteurer nicht hereingefallen. Dass sie ver-

suchten, den Wiederaufbau Westdeutschlands mit derartigen "Ratschlägen" zu beeinflussen, ist typisch für das, was wir aus den USA zu erwarten haben. Dennoch füllen noch heute unsere Zeitungen und Zeitschriften täglich Vorschläge von Herren, denen hoch angerechnet wird, dass sie auf nordamerikanischen Hochschulen gelernt oder gar gelehrt haben. Wir müssen uns ernstlich darum bemühen, hinter Vorschlägen, die aus zionistischer oder amerikanischer Quelle kommen, die schlechte Absicht zu erkennen, die in jedem Falle dahintersteckt.

Ganz besonders deutlich wurde solche Absicht mit der Bedingung, die ein Mc Namara als Präsident der Weltbank im Oktober 1968 stellte. Dieser hervorragende Generalissimus der Grossen Rebellion gegen Gott und die Natur, der schon im Vietnamkrieg mit der entsprechend gesteuerten Eskalation eine so verheerende Rolle gespielt hat, wie wir noch sehen werden, verlangte nämlich als Voraussetzung für die Gewährung von Krediten der Weltbank, dass die Staaten Massnahmen zur Geburtenregelung träfen. Sicher ist die Bevölkerungszunahme zu einem ernsten Problem in vielen Staaten geworden. Wenn aber dieser Fragenkomplex von einem Organ der UN behandelt wird, bekommt er das Gesicht einer Waffe in den Händen der Einweltler, um die Welt deren Plänen näher zu bringen. Darum musste es denn auch auf der Internationalen Gesundheitskonferenz im Oktober 1968 in Buenos Aires zu einer Ablehnung aller weltweiten Lösungsversuche durch die dort vertretenen nationalbewussten Regierungen kommen. Die "verlogene Atmosphäre in den UN" (Chiles Aussenminister auf der UN-Generalversammlung, Oktober 1968) vergiftet eben alle an sich wünschenswerte internationale Zusammenarbeit. Der Versuch, in den biologischen Welthaushalt im Interesse einer Minderheit einzugreifen (den wir gleichzeitig in den USA durch Abänderung des Einwanderungsgesetzes durch die zionistischen Mitarbeiter Johnsons erleben), den wir als Gotteslästerung und "widernatürlich" (Enzyklika Humanae vitae) empfinden, erleuchtet taghell die Situation auf der Weltbühne 1968.

*

VENEZUELA

war einmal (16 Jahre lang) deutsche Kolonie. Die Expeditionen des Ambrosius Ehinger, des Georg Hohermuth, des welser Obristen Philipp von Hutten und vor allem Niklaus Federmanns, der das eigentliche Chibchareich im heutigen Kolumbien erreichte, sind in ihrer korrekten Durchführung im Vergleich zu den spanischen Raubzügen jener Zeit unbestritten Ruhmesblätter der europäischen Entdeckergeschichte. Auch die Befreiung Venezuelas von spanischer Herrschaft erfolgte erst in schweren Kämpfen gegen die spanischen Führer. Aus der Gruppe oft von England entsandter Aufrührer ragte Simón Bolívar als der "Libertador" hervor. Es gelang ihm nicht die Verwirklichung seines politischen Programms, die Errichtung eines geschlossenen Lateinamerika als Gegengewicht zum angelsächsischen Norden. Venezuela trennte sich sogar bald schon von den anderen Teilen des von Simón Bolívar geschaffenen Grosskolumbiens (*75). Ne-

geraufstände erschütterten mehrfach das Land. Den grossen Schritt ins Heute machte Venezuela dann unter Juan Vicente Gómez (1908 bis 1935). Mit energischer Hand ging er gegen alle Tendenzen der Auflösung vor, wird in den Geschichtsbüchern als Diktator abgelehnt, der mehr als zehn Revolutionen niederschlägt, aber dem Land dreissig Jahre geordneten Aufstiegs schenkt. Sein Tod wurde in allen Demokratien des Westens mit Jubel begrüsst, doch folgte für Venezuela eine Zeit der Unruhe und des Rückschlags. England schaltete sich dauernd in Verteidigung seiner Oelinteressen ein (*76), und das Land wankte von Revolution zu Revolution. Erst, als mit Hilfe der Militärs 1953 der Oberst Marcos Pérez Jiménez an die Macht kommt, beginnt Venezuelas zweite Blüte. Was dieser Mann in den Jahren bis zu seinem Sturz 1959 leistet, ist in ganz Südamerika ohnegleichen. In "Kristall" (796/20) lesen wir: "Der Wohlstand ist unvorstellbar. Wer bis zu 700 Bolívares im Monat verdient, zahlt keine Steuer. Jeder andere nur ein Prozent. Das Universitäts-Studium ist frei, Arbeitslosigkeit ist völlig unbekannt" (*77). Die Hauptstadt Caracas erhält ihr heutiges Gesicht, Autobahnen, 26 Meter breit, ziehen sich bis in die Kordilleren und verbinden die Hauptstadt mit ihrem Hafen La Guaira. In ganz Südamerika schaut man mit offenem Neid auf diesen Wandel und wer kann, wandert aus nach Venezuela. Es ist das grosse Wort in jenen Jahren, von Italien bis Argentinien.

Mit der Revolte von 1959 kommt Rómulo Betancourt, Gründer der sozialistischen Acción Democrática (wieder einmal, denn er war schon einmal kurze Zeit Präsident) an die Macht. Ein Schlaglicht auf die Kräfte, die hinter dieser Revolte stehen, wirft die Notlandung eines Flugzeuges in Bone in Algerien. Am 28. Februar 1958 zwang die französische Luftwaffe einen mittelschweren Bomber vom Typ B 17, der ohne Hoheitsabzeichen algerisches Gebiet überflog, zum Landen. Die Besatzung bestand aus Juden (Leon Gardner, Bernard Aaron, Gordon Levett, Salomon Launtschwerger). Das Flugzeug kam aus Israel und hatte mit Wissen des Staatsamts für Zivilluftfahrt in Jerusalem Waffen an Bord (292 nordamerikanische Bazookas, vier Granatwerfer, 100 leichte Maschinengewehre mit entsprechender Munition). Einige Tage darauf kam ein zweites Flugzeug mit Ersatzteilen aus Israel, um das erste wieder startklar zu machen. Dieses flog daraufhin bestimmungsgemäss weiter nach Venezuela. Es beginnt der Balanceakt zwischen den Anhängern des gestürzten Jiménez und den wieder erwachenden Kommunisten. Letztere beunruhigen ohne Unterlass das Land und können ihren Einfluss deutlich ausdehnen. Von den USA erreicht Betancourt die Auslieferung Jiménez'. Der Oberste Richter, der die Auslieferung entgegen allen bisherigen völkerrechtlichen Normen unterzeichnet, ist kein anderer als Arthur Goldberg. Als Jiménez in Caracas zum Gerichtsgebäude verbracht wird, wird er von hunderten umjubelt und UPI beendet die Meldung mit dem Satz: "Offensichtlich ist Pérez Jiménez in Venezuela noch nicht vergessen." Das System der Umerziehung funktioniert eben nicht gut in Lateinamerika, wie man ja auch in Argentinien feststellen musste, wo noch 10 Jahre nach Peróns Sturz seine Anhänger die absolute Mehrheit der Wählerstimmen hatten.

Venezuela hat 5, 5 Millionen Einwohner. Davon lebt jeder dritte in der Stadt, jeder fünfte in Caracas. Die Landwirtschaft ist völlig unzureichend, sie wird durch amerikanische Konserven ersetzt. Doch das Oel erhält das Land, um so mehr, wenn Nigeria im Bürgerkrieg versinkt und der Suezkanal geschlossen ist. So ist der Bolívar eine "harte" Währung und wurde vom IWF als internationales Zahlungsmittel zugelassen, denn das übrige garantiert ja die Acción Democrática. "Arbeiter fahren in einem eigenen Studebaker zur Arbeit, und die wenigen Berufsbettler tragen sogar Schlipse" konnte man noch vom Venezuela unter Pérez Jiménez sagen (*78). Heute herrscht wieder Unsicherheit und Armut, Politikasterei und Besserwisserei auf der einen, verzweifelter, blutiger

Terror auf der anderen Seite. Der Bruder des Aussenministers wird im Zentrum der Hauptstadt ermordet. Alles in allem ein weiteres Beispiel für die Möglichkeiten der "Demokratie" in Südamerika. Ein "Amnestiegesetz" lässt im August 1968 alle eingekerkerten kubanischen Soldaten auf freien Fuss und erlaubt den in Habana exilierten Terroristen die freie Rückkehr ins Land. Es hatte daher schon Berechtigung, dass man dem Anfang August entlassenen General Marcos Pérez Jiménez bei seinem Abflug nach Madrid zurief: "Dein Volk braucht Dich! Wir geben Dir einen Monat Ferien!"

---

*75 - Ein Traum, der bis heute nicht ausgeträumt ist. Im Februar 1966 trafen sich die Präsidenten von Venezuela und Kolumbien in dem Grenzort Arauca und verpflichteten sich zur "gemeinsamen Verteidigung gegen ausländische Mächte und zu wirtschaftlicher Integrierung". Gleichzeitig wurde der Bau einer internationalen Brücke über den Río Arauca beschlossen.

*76 - Lord Cowdray: "Wichtiger als der Schah von Persien und die Emire des Nahen Ostens ist für uns der Präsident von Venezuela."

*77 - Bezeichnend, wie falsch die Welt unterrichtet wird, wenn man im Plötz, 1955/60 liest: "Die Regierung Betancourts sucht die wirtschaftlichen Schäden, die während des Regimes Pérez entstanden sind, zu beheben."

*78 - Die Zeitschrift "Kristall"aaO

*

GUAYANA

ist seit dem 26.5.1966 die Bezeichnung für die bisherige Kolonie Britisch-Guayana. Schon 1953 erhielt das Land eine Verfassung und der Inder Cheddieh Jagan wurde Ministerpräsident. Doch Jagan versuchte, seine Position zur Grundlage einer kommunistischen Herrschaft, gestützt auf die indischen Plantagenarbeiter, zu machen und stellte engste Kontakte mit Fidel Castro her. Seine Partei entfachte den Bürgerkrieg. Zugleich erklärte er vor dem sogenannten Kolonialausschuss der UN im Juli 1962, dass nur die sofortige Unabhängigkeit den Rassenunruhen in seinem Lande ein Ende setzen könnte und bekam mit seinem Wunsch vor diesem Forum natürlich grösste Publizität. England griff jedoch ein, setzte Jagan hinter Schloss und Riegel, entsandte Truppen und berief eine neue Regierung unter dem Neger Forbes Burnham. Die Inder überfielen das Regierungsgebäude in Georgetown (Januar 1965) und forderten, nach Indien, dem Land ihrer Vorväter, geschickt zu werden, falls das Land nicht in zwei getrennte Gebiete für Neger und Inder geteilt werden würde (*79). Dieser Wunsch nach Apartheid wurde jedoch abgewiesen. Heute ist Guayana unter einem Gouverneur Königreich. Januar 1969 soll sich die Bevölkerung entscheiden, ob es weiterhin unter Elisabeth II. oder als Republik bestehen will. Britische Truppen halten

inzwischen die Ruhe im Lande aufrecht, um neue Rassenkämpfe zu unterdrükken. Aussenministerium und Verteidigung liegen noch in britischen Händen. Seine Rolle als Reiskammer Westindiens, als Zucker- und Holzlieferant (die Tragbalken in den Kohlenbergwerken von Wales und die Edelholzdecken des Buckinghampalastes stammen von dort) Englands spielt es weiterhin.

Im Juli 1968 traten neue Sorgen auf, da Venezuela den westlichen Teil des Staates für sich beansprucht. Venezolanische Kriegsschiffe legten sich vor die beanspruchten "Territorialgewässer".

---

*79 - Indien brach bekanntlich die Beziehungen zu Südafrika ab, weil dort das System der getrennten Entwicklung der Völkerschaften errichtet wurde. Ebensowenig wie es in seiner, der allgemeinen Hysterie gegenüber Südafrika sich anschliessenden Haltung, die Inder in Südafrika befragte, äusserte es sich über die Haltung der Inder in Guayana. Peter Newman ("British Guiana, Problems of Cohesion in an inmigrant Society", Oxford 1964) sieht die Gefahr eines völligen Zusammenbruchs der Ordnung, wenn es dem Commonwealth nicht gelingen sollte, in seiner Eigenschaft als multiraciale Vereinigung eine gemeinsame Lösung zu finden, praktisch eine Utopie, wie sich angesichts der immer mehr in den Vordergrund tretenden Rassendifferenzen im Commonwealth selbst (etwa: Behandlung der Inder in Kenia) herausstellt. Von aussen ist wohl bei Rasseproblemen keine Hilfe zu erwarten.

*

SURINAM

welches Holland "endgültig" im Frieden von Breda, 1776 im Austausch von Neu-Amsterdam, dem heutigen New York, erhielt, zeigt die Spuren der Bindung an seinen Kolonialherrn entsprechend. Während Guayana zur Hälfte mit Indern bevölkert ist, holte Holland sich Indonesier und Malaien ins Land, die sich durch ihren Fleiss in der Landwirtschaft auszeichnen. Der Handel liegt jedoch weitgehend in den Händen von Indern. Seit 1948 ist das Gebiet autonom mit eigener Regierung und Gesetzgebendem Rat. Ein 10-Jahresplan zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes durch Holland (1954 angelaufen) genügte der Regierung jedoch nicht, sodass sich der Chef der Regierungspartei, Pengel, im Juli 1963 auf Kreditsuche auch nach Bonn begab. Er fordert vollständige Selbständigkeit, da man ihm für diesen Fall ausländische Kredithilfe versprochen hat. Wo eben kein Soekarno da ist, um holländisches Land zu fordern, da muss das Internationale Kapital etwas nachhelfen, um Europas Stellung in der Welt zu zerstören.

*

FRANZOESICH-GUAYANA

ist als Departement seit 1946 Teil des Mutterlandes. Das Land litt lange unter der geteilten Verwaltung in Eigentliches Guayana und Strafkolonie von Inini (*80). Die Verlegung dieser Strafkolonie war Voraussetzung für eine Entwicklung des Landes, welches von den Franzosen völlig vernachlässigt worden war. Marschall Pétain unterzeichnete 1942 ein entsprechendes Dekret. Doch das Land war kurz darauf von brasilianischen Truppen besetzt worden, die es erst 1945 wieder verliessen, sodass die entsprechenden Schritte erst nach dem Kriege verwirklicht wurden. Während Guayana Reis, Zucker, Bauxit und Edelhölzer exportiert, Surinam Hauptbauxitlieferant der USA ist, kann man von einem nennenswerten Export aus Französisch-Guayana (Cayenne-Pfeffer) nicht sprechen. Das Gebiet ist zu 90% mit unberührtem Urwald bedeckt, jenem Urwald, in welchen einst die Verbrecher flüchteten, und in welchem sie dann zu tausenden umkamen.

---

*80 - Die Franzosen hatten bereits 1635 die Stadt Cayenne gegründet. Man hatte 1763 versucht, mit grossen Mitteln eine Besiedlung durchzuführen, doch führte das schlecht vorbereitete Experiment zu einer Katastrophe. Unter den 12 000 freiwilligen Siedlern, die damals dort umkamen, befanden sich auch viele Bauern aus Elsass-Lothringen.

*

EKUADOR

heisst das Land, da die Liberalen 1875 weder den bisherigen Namen "República del Sagrado Corazón de Jesús" fortführen, den der Konservative Diktator Gabriel García Moreno (1860-1875) diesem Splitter Grosskolumbiens verliehen hatte, noch an alte spanische Bezeichnungen anknüpfen wollten. Doch der Widerstreit zwischen Liberalen (Hafenstadt Guayaquil) und Konservativen (Quito) dauert bis heute an. Bemerkenswert war die Kandidatur des Liberalen Galo Plaza (*81). Er bemühte sich nämlich erstmalig energisch um Lösung der sozialen Frage, "deren fast schon zur Tradition werdende Verbindung zu Kulissenmächten, sie allzu leicht gegen die Traditionsträger der einzelnen Staaten ausspielte" (v. Merck) (*82). Auch in Ekuador besteht diese Gefahr. Und die Konservativen meinten: "Galito ist tüchtig, doch er denkt vielleicht zu viel an nordamerikanische Wolkenkratzer, um sich zwischen unseren vielen Kirchen zurechtzufinden. Was man im eigenen Lande gebraucht, lernt man selten in der Fremde."

Die Trennung von Grosskolumbien tat nicht gut. Das Land wurde immer kleiner, 1942 verlor es im Schiedsspruch mit Perú erneut ein Drittel seines Staatsgebiets. Auch die Verpachtung von Flotten- und Luftstützpunkten auf seinen Galápagosinseln an die USA brachte nicht die notwendige Unterstützung seiner Ansprüche. Im Gegenteil, 1953 kam es zu einem internationalen Konflikt, weil amerikanische Schiffe und Herr Onassis in ekuadorianischen Hoheitsgewässern fischten und aufgebracht werden mussten (*83). Das grosse Erdbeben 1949

und eine Krankheit der für Ekuador erstrangigen Kakaostaude brachten ernste Schwierigkeiten, sodass das Land in finanzielle Abhängigkeit geriet. Selbst die bedeutenden Reformen eines Velasco Ibarra in den 50er Jahren, wurden nicht zu Ende geführt, da den gegnerischen Politikern die Geduld fehlte, ein solches Werk gelingen zu sehen. Infolge der Unwegsamkeit des Landes sind seine Bodenschätze nooh nicht vom Internationalen Kapital ausgebeutet, wie dieses in Perú oder Bolivien der Fall war. Das Interesse des Auslandes an Ekuador ist deshalb nur relativ, sein Name erscheint kaum in der Tagespresse. (*84)

---

*81 - Für John Günther war es nicht schwer, diese Präsidentschaft in seinem Buch vorauszusagen ("Es steht fest, dass eines Tages Galo Plaza Präsident dieses Landes wird"), denn Plaza hatte in den USA studiert und ausser seinem Freimaurergrad auch positives Wissen und gute Verbindungen mitgebracht.

Natürlich wäre es auch nicht schwer gewesen, vorauszusagen, dass Galo Plaza Lasso 1968 Generalsekretär der OEA werden würde. Ehrendoktor inzwischen von 6 USA-Universitäten, bot Sol M. Linowitz, Zionist in amerikanischen Diensten, den wichtigen Posten einem Manne an, der bestimmt nicht vergessen wird, was er den USA und was er der Demokratie schuldet.

*82 - Der mexikanische Schriftsteller Alfonso Junco sagte darum auch: "Jede Republik Hispanoamerikas sollte ihre sozialen Probleme nach eigenen, bodenständigen Rezepten lösen und nicht einfach nachahmen. Es gibt keinen sozialen Wohlstand der Massen ohne nationalen Wohlstand der Seelen. Und der Wohlstand der Seelen ist etwas, was nur in Entsprechung der eigenen Art, der eigenen kulturellen und religiösen Tradition verwirklicht werden kann." Wenn ein Ehrhard daran gedacht hätte, anstatt die Zersetzung seines Volkes zwanzig Jahre lang hemmungslos zu gestatten, wir hätten heute keinen Dutschke, einen Dutschke, über dessen "antidemokratische" Erscheinung Bonn heute weint, und nicht versteht, dass er eine deutsche Notwendigkeit 1967 ist, so wie Horst Wessel 1929 eine deutsche Notwendigkeit war.

*83 - Auch peruanische Hoheitsgewässer wurden verletzt. Perú brachte fünf Schiffe Onassis' auf. Besorgt erkundigte sich die deutsche Vertretung nach dem Wohlbefinden der deutschen Besatzung. Gegen Zahlung von 5 Mio. Dollar wurden die Schiffe wieder freigelassen und am 4. Dezember 1954 wurde auf der Südpazifikkonferenz in Lima zwischen Chile, Ekuador und Perú ein Abkommen über die Ausdehnung der Hoheitsgewässer auf 200 sm Breite unterzeichnet. Die Vereinigten Staaten erkannten das Abkommen nicht an. Es handelt sich bei den betreffenden Meeresgebieten um besonders reiche Fischfangzonen.

*84 - Auch Ekuador hatte eine deutsche Luftverkehrsgesellschaft, die SEDTA. Auch sie musste auf USA-Druck hin aufgelöst werden und die PANAGRA übernahm die Einrichtungen. "Schwarze Listen" sorgten für die Vernichtung der anderen deutschen Firmen, wie im übrigen Südamerika. Bonn, "Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches", denkt gar nicht daran, hier einen Lastenausgleich durchzuführen. Mehr als zwanzig Jahre nach Etablierung der Bonner Verwaltung, ist von der Entschädigung etwa eines Eichhorn in Argentinien und so un-

endlich vieler anderer überhaupt nicht die Rede. Auslandsdeutsche durften ihre Söhne opfern, durften helfen, als das Reich am Boden lag, durften den deutschen Ruf retten, als Bonner Diplomaten ihn verschleuderten, durften beraubt und interniert werden, aber, dass das alles eine Volksgemeinschaft voraussetzt, einen Ausgleich fordert, nachdem die Heimat reich geworden ist, daran denkt niemand in Bonn.

*

PERU

Ekuador und Bolivien bilden die indianischen Herzländer Südamerikas. Die Hälfte ihrer Bewohner sind Indios. Doch ist es der schon oft zitierte v. Merck, der auf das Wesentliche hinweist, wenn er sagt (*85), "Der Indio ist ein passiver Mensch, während das Indianische etwas Dynamisches ist. Der Indio stirbt, das Indianische lebt in einer völlig unerwarteten Form auf. Das Indianische ist nur als pure, fortwirkende, unerklärliche, aber doch eine Wirklichkeit darstellende Magie zu verstehen... Der indianische Mensch ist heute nicht mehr auf der Höhe der eigentlichen indianischen Substanz. Das Indianische ist noch ein lebendes Wirkprinzip, der Indio nur noch sein passives Gefäss. Renaissance, ja, aber nur des Indianischen, nicht des Indios. Die indianische Entelechie ist über den Indiomenschen hinausgewachsen und generell in jedem Südamerikaner wirksam geworden." Die grossen Mestizendiktatoren, denen wir bereits in anderen Ländern Südamerikas begegnet sind, sind eine Bestätigung für diesen Satz. Nicht diejenigen, "die Amerika gemacht haben" bestimmen das Antlitz dieses Subkontinents, nicht die schmutzigen, Koka kauenden Indios, nicht die Polîticos, und doch sind sie alle mehr oder weniger zum Gefäss geworden für eine transzendente Kraft, die Blut und Boden hier durchdringt. Nur, was dieser Kraft treu bleibt, wirkt fort in Südamerika. Deswegen musste ein Debray ins Gefängnis wandern. Der Weg Südamerikas ist ein anderer, noch nicht definierter, doch sicher nicht der Weg, den ihm die USA oder Europa unter so verschiedenen Vorzeichen weisen wollen.

Ströme von Blut kostete die Eroberung Perús durch die Spanier, und bis heute ist die Brücke über diesen tiefen Graben nicht gebaut. Nur unter der starken Hand einer Reihe grosser Diktatoren wie Ramón Castilla (1845-1862), Pierola (1895-99), Romaña (1899-1903), Pardo (1904-1908), Augusto B. Leguia (1929-1930) konnte sich das Land entwickeln (*86). Leguia, klerikal-konservativer Despot, öffnete das Land nordamerikanischem Kapital und wurde so zum Vorwand für die bedeutendste eigenständig südamerikanische politische Bewegung dieses Jahrhunderts, die von Raúl Haya de la Torre gegründete APRA-Bewegung, die "von Nietzsche, Unamuno, Marx, Lenin und Sorel beeinflusst, viele Köpfe verwirrt" (Hearst-Presse). De la Torre steht seit dem Ende der zwanziger Jahre in Perú dauernd ante portas, immer wieder trotz überwältigender Wahlerfolge an der Regierungsübernahme behindert, im letzten Jahrzehnt trotz der wohlwollenden Unterstützung durch die Vereinigten Staaten, die 1962 bei der Machtübernahme durch General Odria in Verteidigung ihrer demokratischen Prinzipien mit Sanktionen und Abbruch der diplomatischen Beziehungen drohten (*87). Doch Perú erlebte wieder einmal eine Zeit wirtschaftlicher Erholung,

wenn auch die notwendige Agrarreform infolge des Widerstandes der Grossgrundbesitzer, der Gamonales, nicht durchgeführt werden konnte (*88). Der 1956 eingeleitete Perú-Vía-Plan zur Entwicklung der unerschlossenen Ostgebiete unter Mitwirkung nordamerikanischer und deutscher Firmen, schreitet weiter voran, bleibt jedoch weit hinter den gesteckten und möglichen Zielen zurück. Die für südamerikanische Verhältnisse erstaunliche Stabilität der Währung bei gleichbleibendem Wechselkurs seit 1960, gewährte dem internationalen Kapital nicht genügend Spielraum, sodass eine langsame Unterhöhlung stattfand. Grosse Staatsdefizite, die sich seit 1963 laufend infolge der unrentablen Bewirtschaftung der Staatsbetriebe ergaben, schufen eine Ueberbewertung gegenüber dem Dollar. In Erwartung einer Abwertung wurde zusätzlich eingeführt und gleichzeitig setzte eine Kapitalflucht ins Ausland ein. Als dann das Budget für 1968 mit einer 20%igen Erhöhung der Ausgaben vorgelegt wurde, die Fischmehlpreise im Auslande gesenkt wurden, die Baumwollernte 1967 ausgesprochen schlecht war, musste die Regierung den Sol abwerten (sept. 67) und führte das Land auf die heute übliche schiefe Ebene, auf welcher es derzeit noch gleitet, ohne wieder festen Halt gefunden zu haben. Die Regierung hat den Oppositionsführer Haya de la Torre zu sich gerufen (Oktober 1967), um ernstere innerpolitische Folgen dieser Entwicklung zu vermeiden. In solcher Lage spricht man von "Rezession", "Stabilisierungsprogramm", "Sanierung" usw., Minister reisen ins Ausland auf Kreditsuche, Streiks brechen aus, die für Demokratien so typische "Rette sich, wer kann"-Situation ist auch in Perú eingetreten.

Und im Trüben fischen die Grossen. Man bereitet das Land für die Machtübernahme durch die Linke vor. Wenn aber dann in einem umfangreichen Oelkonzessionsvertrag eine Seite nicht mehr auffindbar ist, auf welcher der zuständige Minister die Schulden Perús auf Dollarbasis festsetzte, bricht sehr leicht die dünne Decke und es kommt erneut zum Systemwechsel, wie Anfang Oktober 1968 geschehen. Präsident Belaúnde Terry, Wegbereiter De la Torres, muss über Buenos Aires (wo er sich schnell unbeliebt machte) nach New York in den schützenden Hafen flüchten und die USA brechen die diplomatischen Beziehungen ab. Vorgänge die beweisen, dass die USA heute noch genau die gleichen Methoden anwenden wie zur Zeit der Bildung von Panama (wo sich ebenfalls gerade jetzt Präsident Arias in die amerikanische Zone flüchtet). Wenn dann die für Lima angesetzte Konferenz der westdeutschen diplomatischen Vertreter in Südamerika wegen des Regierungswechsels nach Santiago de Chile verlegt wird, zeigt dieses zugleich, dass die Standard New Jersey auch in Bonn regiert. Dass dieses Kriterium vor allen Südamerikanern deutlich an den Anfang der Reise des westdeutschen Aussenministers Brandt in die Hauptstädte jenes Subkontinents gestellt wird (in einem Augenblick zudem, da Argentiniens Aussenminister Costa Méndez in Rio deutlich genug das Zusammenstehen Südamerikas fordert), zeigt überdies, dass man in Bonn jederzeit bereit ist, mit einer Verbeugung vor Washington den ganzen, mühsam von uns Auslandsdeutschen erarbeiteten Kredit in Südamerika wieder zu zerstören.

---

*85 - in "Der Weg", Heft 1/1951

*86 - García Calderón: "Perú ist eine wahre Brutstätte von Diktatoren."

*87 - Venezuela tat diesen Schritt sofort, so wie es auch im ähnlichen Fall des Regierungsantritts durch General Onganía in Argentinien mit den ausfälligsten Bemerkungen seiner Vertreter vor der OEA reagierte und als Vorspann gewisser Ideologen im State Department handelte. Der USA-Botschafter J. Isaac Loeb, vormaliger Sekretär der uns bereits bekannten Organisation "Americans for Democratic Action" erreichte vom State Department die Einstellung der wirtschaftlichen und militärischen Hilfe für Perú. Es war ganz das gleiche, was sich dann Ende 1968 wiederholen sollte. Staaten, die im "Kerensky-Stadium" an Stelle der Selbstaufgabe sich wieder besinnen, werden von Washington "bestraft". Entwicklungs"hilfe" ist eben doch trotz aller gegenteiligen Behauptungen an politische Bedingungen geknüpft, ist sogar im Gegenteil ausgesprochen sehr wichtiges Werkzeug "demokratischer" Weltpolitik bei der Zerstörung nationaler Unabhängigkeit.

*88 - Widerrechtliche Landbesetzungen durch Indios in den abgelegeneren Gebieten ereigneten sich seit 1960 immer wieder als Folge dieser Versäumnisse. Politisch wird diese Situation besonders von den Kommunisten und den Apristen genutzt. Samuel Guggenheim, seinerzeit USA-Botschafter in Lima meint: "Leicht kann der Aprismus zum Kommunismus degenerieren." De la Torre schuf den Begriff des "Indoamerika" und gründete Aktionsausschüsse in allen Ländern Südamerikas. Die Männer um Henry Wallace waren seine eifrigsten Förderer. Die PRI-Bewegung in Bolivien stand ihm nahe.

*

BOLIVIEN

zeigt ein Bild erschütternder Armut. Dass sich auf dieser Armut sagenhafter Reichtum in den Händen der Zinnkönige Patiño, Hochschild und Aramayo anhäufen konnte, ergab sich aus der "einfachen Tatsache, dass man den Arbeitern die niedrigsten Löhne auf der Welt zahlt und gleichzeitig auf der ganzen Welt den Zinnpreis festlegen kann" (*89). Und es war möglich, weil die Indios sich noch nicht politisch formiert hatten. Das wurde erst anders nach dem verlorenen Chacokrieg, als die Armee in die Heimat zurückkehrte. Ein Staatsstreich brachte den hervorragendsten Offizier jenes Krieges, Oberst David Toro, an die Macht. Ihm folgte General Busch (Sohn eines Magdeburger Arztes und einer Bolivianerin). Ihm zur Seite stand Paz Estensoro, einer der bedeutendsten Politiker Boliviens. Er führte die "Produktive Arbeitsarmee" ein, ein Mittelding zwischen dem deutschen Reichsarbeitsdienst und einer Wehrmacht, und wurde so zum Vorläufer eines Mao Tse Tung. "Es geht mir einzig und allein darum, das Primat des Menschen in Bolivien wiederherzustellen", rief er den Bolivianern zu. "Schluss mit der Kulissenpolitik der Demoplutokratie" verkündete sein Innenminister Belmonte. Scharf ging man gegen die ausländischen Konzerne vor. Ja, man wagte, den Juden Moritz Hochschild wegen Devisenvergehens vor Gericht zu bringen. Das war den Demokraten zu viel. So fand man Busch eines Morgens erschossen in seinem Schlafzimmer. "Selbstmord" verkündeten die

Zeitungen allzu schnell. Es war 1939. Man schrie "Die Nazis regieren in La Paz". Der neue Präsident war ein Freund der Standard Oil. Hochschild und die anderen Minenkönige wurden wieder in ihre Rechte eingesetzt. Bolivien erklärte der Achse gehorsamst den Krieg. Der Hochkapitalismus zog wieder ein. Doch 1943 kam die MNR Paz Estensoros erneut in einem Staatsstreich an die Macht, und wieder begann der Kampf des Auslandes gegen Bolivien. Diesmal zog Washington das ihm seitdem so naheliegende Register des Linksradikalismus gegen die "blutigen Verfolger der Arbeiterklasse". Ein von Kommunisten angeführter Pöbelhaufe drang in den Regierungspalast ein, fesselte den Präsidenten Villarroel und drei seiner Minister und warf sie gefesselt zum Fenster hinaus. Nach Mailänder Vorbild (*90) wurden die Leichen auf dem Murilloplatz fast zertrampelt und schliesslich an Laternenpfählen aufgehängt. "Verdientes Ende für einen Mussolini-Nachahmer" hiess die Ueberschrift der "New York Times", und krönte damit gleich mit doppelter Geschichtsfälschung die Bluttat, die sich so leicht in das allgemeine Bild demokratischer Allüren weltum einreihen lässt. Doch Washington gelang es nicht, den entfesselten Volkssturm zu bremsen. Aufstand auf Aufstand erschütterte seitdem das Land. Die Minenarbeiter unter Juan Lechín blieben ein Problem auch, nachdem Paz Estensoro dann 1952 erneut an die Macht gelangte und endgültig mit dem Einfluss des Auslandskapitals brach. Doch kam es in seiner eigenen Partei zu üblen Korruptionserscheinungen; Missstände in den verstaatlichten Betrieben führten zu finanziellen Schwierigkeiten, sodass die Gefahr einer kommunistischen Revolution vor der Tür stand. Die Militärrevolution des Generals Barrientos setzte diesem Zustand ein Ende, nicht ohne dass es sofort wieder zu Reibungen mit den Vereinigten Staaten gekommen wäre, denen ihr Lieblingskind der Demokratie auch unter Kerenskischen Vorzeichen lieber war als Ordnung und Sauberkeit in Bolivien. Barrientos war es dann, der sich dem Guerillaüberfall 1967 gegenüber sah, diesem Experiment eines Che Guevara (*91) und eines Debray, das versagen musste, weil die unter Paz Estensoro begonnene Landreform und andere Sozialgesetze die breiten Massen der Landbevölkerung immun gemacht hatten gegen die kubanischen, ausländischen Einflüsterungen.

Seit dem Pazifikkrieg mit Chile (1879-83), in welchem die salpeterreiche Atacamawüste von den siegreich in La Paz und Sucre einmarschierenden chilenischen Truppen besetzt wurde, hat Bolivien keinen Zugang mehr zu den Weltmeeren. Es versuchte zunächst, sich über das Flusssystem des Amazonas einen Ausgang zu verschaffen und baute den Flusshafen Puerto Acre aus. Das führte jedoch zu Schwierigkeiten mit Brasilien, die ein Abenteurer namens Gálvez ausnutzte, um ein eigenes Acre-Territorium 1898 zu schaffen. Er wurde von Bolivianern und Brasilianern vertrieben und diese legten ihre Differenzen bei, als sie erfuhren, dass die Regierung der USA 1902 in aller Form vorschlug, ihr das Acre-Gebiet zu verpachten. Diese Beilegung sprach Brasilien das gesamte Acre-Territorium zu, gab Bolivien einen Grenzstreifen am Río Albuna und die Zusicherung Brasiliens, eine Eisenbahn bis an den Atlantik zu bauen — was bis heute nicht geschehen ist. Erneut dachte Bolivien dann an Rückgewinnung der von Chile besetzten Gebiete, doch Chile und Perú schlossen ein Abkommen gegenseitiger Hilfe, um Boliviens Ansprüchen entgegenzutreten. Da wandte sich Bolivien nach Osten und versuchte Anschluss an das System des Paraná zu bekommen. Es kam zum Chacokrieg mit Paraguay. Hunger, Typhus und Ruhr hausten im bolivianischen Heer, die Bevölkerung Paraguays wurde dezimiert, bis der argentinische Aussenminister Saavedra Lamas endlich den Frieden auf der Basis des status quo ante herstellen konnte. Bemühungen, in Vereinbarungen mit Argentinien über den Río Bermejo Anschluss ans Meer zu bekommen, scheiterten an der bis heute nicht durchgeführten Regulierung dieses Flusses.

Eine Eisenbahn allerdings verbindet das Land mit Buenos Aires und eine Oelleitung führt heute nach Argentinien. Der Flugverkehr hat ebenfalls bis heute nicht die Einkreisung des Landes in fühlbarer Form durchbrechen können. Es ist in seinen Beziehungen zur übrigen Welt darum weiterhin abhängig von seinen Nachbarn. Die gemeinsame Linie der derzeitigen Militärregierungen zur Lösung der von den Politikern jeglicher Richtung unerledigten immer grösser werdenden Probleme hat dem Land sehr wohlwollende Nachbarn im Osten und Süden beschert. Der Ueberfall eines Che Guevara, "der so viel Trauer in bolivianische Familien brachte" (*92), hat zu praktischer Zusammenarbeit auf vielen Gebieten zwischen Bolivien einerseits, Brasilien, Paraguay und Argentinien andererseits geführt. Der Ausgang hat bewiesen, dass Südamerika mit eigener Kraft immer noch am weitesten kommt. Von einer Zusammenarbeit mit Chile konnte dagegen nicht gesprochen werden. (Schon seit dem 16. April 1962 sind die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern unterbrochen, da man sich über die Wasserentnahme aus dem Grenzfluss Lauca nicht einig wurde.) Chile durchbrach vielmehr die antikommunistische Solidarität der von Militärregierungen gelenkten Nachbarländer, indem es im März 1968 die letzten fünf Partisanen, die sich endlich auf chilenisches Gebiet durchschlagen konnten, nicht etwa als Kriegsverbrecher gemäss den von Chile in der UN anerkannten Grundsätzen an Bolivien auslieferte, sondern eiligst mit eigenen Flugzeugen und auf Staatskosten über die Osterinsel und Tahiti nach Moskau transportieren liess. Der marxistische chilenische Senatspräsident Salvador Allende begleitete die Verbrecher persönlich bis Tahiti und bat die dortigen Behörden um "rücksichtsvolle Behandlung". Die ehemaligen Bandenmitglieder werden also über Prag wieder nach Havanna zurückfliegen, um erneut Revolutionen im Ausland anzuzetteln. Kommunisten sind eben international geschützte Privilegierte, und Regierungen, die sie bekämpfen, werden in Strassendemonstrationen als faschistisch exkommuniziert. Vergebens erinnert eine Plakette am Gebäude der Arbeiter-Versicherung in Santiago de Chile an den Massenmord an 62 nationalen jungen Chilenen am 5. September 1938.

Präsident Barrientos wandte sich scharf gegen den "Paternalismus der Entwicklungshilfe" und betonte, dass Bolivien sich selbst helfen werde. Es sei auf ausländische Investitionen angewiesen, werde jedoch niemals wieder seine Unabhängigkeit auf diese Art aufs Spiel setzen. "Zwei Präsidenten haben unseren Weg mit dem Leben bezahlt", meinte er in Erinnerung an die Ermordung Buschs und Villarroels, "unbeirrt werden wir ihn fortsetzen." Als es auch in La Paz zu Studentenunruhen kommt, die vom Ausland her ihre Nahrung erhielten, ruft Barrientos im Juli 1968 den Nationalen Bauernbund (Confederación Nacional de Campesinos) zum Kampf gegen die subversiven Elemente auf: "Die Oligarchie ist eine grössere Gefahr als der Kommunismus. Kehrt in Eure Hütten zurück, aber verlasst sie, wenn die Gefahr naht. Die Berge müssen erzittern und die Wälder sich bewegen vor dem Ansturm der revolutionären Bauernschaft." Zugleich werden Machenschaften der CIA in Bolivien bekannt, die nicht nur den Innenminister Arguedas zu ihren (dann abgefallenen) Agenten zählte, sondern durch ein Telefonmontagenetz das Privatleben aller bedeutenden Persönlichkeiten des Landes kontrollierte. In dieser Lage wartet der Indio auf die Machtübernahme. 75% des Landes sind Bauern.

*89 - Patiño zu einem Korrespondenten des "Daily Express". Saukel hat man erhängt wegen angeblicher Sklavenarbeit von Gefangenen. Wenn ein ganzes Volk ein Jahrhundert lang versklavt wird, schweigt das Establishment.

*90 - An einer Mauer in Giuliano di Mezzegra wurde Mussolini zusammen mit der ihn begleitenden Geliebten, der Petacci, erschossen. Die Leichname wurden dann, Kopf nach unten, tagelang an der Tankstelle auf der Piazza Loreto in Mailand aufgehängt und der Pöbel liess an ihnen seine tierische Wut aus, ohne dass Ordnungskräfte eingegriffen hätten. Der Mörder Mussolinis, "Oberst" Valerio, erhielt für die Tat vom Befreiungsverband eine goldene Uhr. Bedeutende Geldwerte, die Mussolini mitführte, verschwanden in der Mörderbande und die italienischen Gerichte konnten den Verbleib nicht aufklären.

*91 - Che Guevara fiel im Oktober 1967 (besser gesagt: er starb nach der Gefangennahme an seinen Verwundungen. Vgl. aber "Match" vom 30. Dez. 1967). Er rüttelte auf seine Art an den Gefängnisstäben unserer Welt. Wenn niemand mehr spricht von denen, die dieses Wild jagten, wird man seiner noch gedenken, wenn man von denen spricht, denen die Welt mehr ist als elender Schacher. Dass man dann andererseits den sehr sachlich geführten Prozess gegen Debray im Westen breittrat und einen Märtyrer produzieren wollte, wo lediglich völkische Selbstverständnis sich gegen ausländische Mordbrenner zur Wehr setzte, erinnert an ähnliche Helden unserer Meinungsmacher, an einen Albert Schweitzer etwa, der nicht mehr tat als hundert andere europäische Aerzte in den Tropen, dessen Krankenhaus in Schmutz erstarrte, sodass es mehrfach ernsten Anstand bei den Sanitätsbehörden des Generalgouvernements von Französisch Aequatorialafrika fand, die dann von Paris aus immer wieder beschwichtigt werden mussten. Ein anderer als Schweitzer hätte längst wegen unhygienischer Verhältnisse schliessen müssen.

*92 - Präsident Barrientos erinnerte daran, dass der im Westen so glorifizierte Kampf eines Che Guevara und eines Debray schon deswegen verbrecherisch war, weil Bolivien seit 1939 nationalsoziale Massnahmen ergriffen hat, lange also, bevor ein Fidel Castro ähnliche Gedanken äusserte, und dass die Opfer dieses Ueberfalls nur Unschuldige waren.

*

PARAGUAY

hat der Welt in seiner kurzen Geschichte Beispiele einzigartigen nationalen Heldentums gezeigt. Träger dieses Gemeinsinnes ist der Indianerstamm der Guaranís, der schon die grossen Leistungen des Jesuitenstaates am oberen Paraná ermöglichte (*93). Das Gift der "Demokratie" schlich sich selbstverständlich auch in Paraguay ein, doch hatte es schon am Anfang seiner Geschichte einen

Grossen, der das Land "arm, aber frei", wie ein "Hausvater" (Samhaber) aufbaute, José Gaspar Rodríguez de Francia. Auf das, was nicht im eigenen Lande hergestellt werden konnte, wurde verzichtet, denn die Unabhängigkeit stand über allem. Und das Volk war glücklich, glücklich wie die burischen Trecker, die etwa um die gleiche Zeit aus dem englisch besetzten Kap der Guten Hoffnung fortzogen und sich ihre eigenen Republiken im Landesinnern gründeten, in denen dann auch alles, was man brauchte, selbst erzeugt wurde. Denn die Freiheit galt mehr als der Komfort. Francia sperrte die Verbindung mit der Aussenwelt auf dem Paraguayfluss ab. Als Artigas, der Prócer Uruguays, um Asyl bat, gab er ihm einen Acker und monatlich eine Unze Gold für seine Bedürfnisse. Als man erfuhr, der französische Botaniker Bonpland wolle den Matestrauch im Ausland anbauen, holte man ihn in einer bewaffneten Expedition aus dem benachbarten Formosa. Als er später wieder das Land hätte verlassen können, blieb er freiwillig. Bolívar aber nannte Francia "den barbarischen Kaziken", denn niemals wird es Verständnis geben zwischen "Demokraten" und "Diktatoren" (*94).

Paraguay hatte sich von Anfang an seines geographischen Bestandes zu erwehren. Argentinien und Brasilien hätten es gerne unter sich aufgeteilt. 1840 starb Francia mit 83 Jahren, und das Land drohte bei inneren Unruhen eine Beute der Anrainer zu werden. Doch das Schicksal hatte einen neuen Diktator bereit. 1844 übernahm Carlos Antonio López (bis 1862) die Geschicke des Landes. Die unter Francia vermehrte Bevölkerung wurde jetzt durch Einführung der kostenlosen Schulpflicht erzogen. Mittellose Kinder wurden vom Staate unterhalten, gekleidet und beherbergt, die Knaben in Handwerksschulen weitergebildet. Während in den Nachbarländern innere Unruhen herrschten, baute Paraguay eine Bevölkerung auf, die im geistigen Leben Südamerikas führend werden sollte. Wie vergleichbar auch dieser Schritt wieder mit den Leistungen der Buren im Transvaal und im Oranje Freistaat! Nach dem Fall Rosas' in Argentinien wurde das Land der Welt geöffnet, europäische Gesandte zogen ein (nur der amerikanische Gesandte geriet in Streit mit dem "Diktator" und hätte fast einen Krieg entfesselt). López schickte seinen eigenen Sohn nach Europa. Dieser aber fand besonderen Geschmack an Kanonen, die ja dort so entscheidende Worte sprachen. Er kaufte sie mit den Ersparnissen Francias und seines Vaters und benutzte sie denn auch sofort, als er nach dem Tode seines Vaters die Herrschaft übernahm. Uruguay war nicht mehr als eine Einflussspäre Argentiniens und Brasiliens. Dorthin den Ausgang ans Meer zu suchen, war sein Plan. Als Uruguay sich 1864 um Hilfe an Paraguay wandte, kam es zum Krieg. Man zog gegen die Militärmacht des totalen Staates vor, gegen den Tyrannen, nicht gegen das paraguayische Volk natürlich, doch ein Geheimvertrag, der dessen völlige Entwaffnung und die Einsetzung einer vom Auslande abhängigen Regierung vorsah, sowie die Zahlung grosser Kriegsentschädigungen, Festsetzung neuer Grenzen und Bevormundung des Aussenhandels, wurde bekannt, und das paraguayische Volk kämpfte fast wortwörtlich bis zum letzten Mann, bis zum letzten Knaben gegen die gierige demokratische Uebermacht. (*95)

Am 1. März 1870 fiel López im letzten Winkel seines Reiches, von brasilianischen Lanzen durchbohrt. Fast nur Frauen und Kinder, etwa ein Viertel der Bevölkerung war übriggeblieben, denn auch die Knaben waren von den Aggressoren als zukünftige Feinde erschlagen worden, so wie die Engländer 1945 deutsche Kinder in Aachen als sogenannte Wehrwölfe öffentlich erschossen. Paraguay erhielt seine heutigen Grenzen.

Doch das galt gegenüber Argentinien und Brasilien. Die Grenzen nach Bolivien zu brachten erst noch eine weitere, gleich blutige Auseinandersetzung in unserem Jahrhundert. Der Chacokrieg endete mit der Rettung der Grenzen, doch wieder steht das Land biologisch am Anfang. Nach Jahren politischer De-

magogie und parteipolitischem Hader übernimmt 1954 Alfredo Stroessner die Präsidentschaft. Er wurde inzwischen, mit immer steigender Stimmenzahl mehrfach wiedergewählt (*96). In dieser Zustimmung des Volkes spiegelte sich die bedeutende Entwicklung des Landes unter seiner Führung. Ausgesprochen freundschaftliche Beziehungen verbinden heute das militärisch regierte Paraguay mit allen seinen Nachbarn, denn auch in Brasilien, Argentinien und Bolivien stehen Präsidenten an der Spitze, die unter schärfsten Angriffen aus Washington und unter dem Feuer der Brunnenvergifter in der gesamten Weltpresse in gemeinsamer Front gegen die Volkszersetzer und gegen ausländische Interessen zusammenarbeiten. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit hat Paraguay verschiedene Tore öffnen können, die Internationale Brücke bei Puerto Stroessner nach Brasilien, einen Freihafen in Santos und in Paranagua und freie Schiffahrt auf dem Paraná nach Buenos Aires. Als in Argentinien noch die Políticos regierten und exilierte paraguayische Linkselemente von dort mit Geld und mit Waffen unterstützt wurden, hielt Stroessner eine Ansprache, die in ihrer Frontstellung und Auffassung noch heute Gültigkeit hat: "Es läuft unseren vaterländischen Gefühlen zuwider, erwähnen zu müssen, dass es entartete Paraguayer gegeben hat, die unsere Fahne aufzogen, um sie zu beschmutzen, und dass es heute Paraguayer gibt, die es jenen gleichtun, um ihre ausländischen Geldgeber zufriedenzustellen, deren Streben es ist, den Frieden, die Glückseligkeit der Völker, die Harmonie und die Solidarität der Nationen zu zerstören." Wann wird einmal wieder ein deutscher Präsident solche Worte finden? (*97) Im bolivianischen Santa Cruz de la Sierra trafen sich im Mai 1968 die Aussenminister von Argentinien, Paraguay, Bolivien, Brasilien und Uruguay und ernannten einen ständigen Ministerrat mit Sitz in Buenos Aires mit dem Ziel der Zusammenarbeit im La Plata-Becken. Der Ausbau der für Paraguay und Bolivien lebenswichtigen Schiffahrtswege Bermejo und Pilcomayo, Modernisierung der Seehäfen Buenos Aires und Montevideo sowie des Hafens von Asunción, Realisierung des Salto Grande-Projekts (Staudamm) an der paraguayisch-brasilianischen Grenze sind die vordringlichen Themen dieser positiven Zusammenarbeit.

---

*93 - "Gegenüber der Ausrottungs- und Ausbeutungspolitik jener Zeit stellten die jesuitischen Stützpunkte Oasen der Menschlichkeit dar... Ein Jahrhundert lang hatte der Jesuitenstaat Südamerikas durch seinen Boykott der landesüblichen Indianerversklavung die Feindschaft der weissen Umwelt auf sich gezogen und hatte die Mamelucken aus Sao Paulo abgewehrt. 1750 wurden die Jesuiten ausgewiesen. Ihre Nachfolger hatten nur das einzige Ziel schamloser Plünderung im Auge; nicht umsonst flohen die Indianer in den Busch – ihr Lebenserhaltungsinstinkt rettete sie vor der Barbarei." (Aus Gustav Faber, "Brasilien hat andere Götter", Herrenalb 1965)

Es gab mehrere derartige Jesuitenstaaten in Südamerika. Sie befanden sich alle an der vermuteten Grenze von Tordesillas, der Trennungslinie zwischen portugiesischem und spanischem Machtbereich.

*94 - Wie herrlich führt das Missverständnis der "Demokraten" in die Irre, wenn man etwa Ladislaus Singer, "Alle litten an Grössenwahn" (Stuttgart 1966) liest. Für ihn waren es "vorwiegend Diktatoren, die das Geschehen unseres Zeitalters bestimmten", und er fügt neben die bekannten Beispiele auch Wilson ("Vergessen Sie nicht, dass es Gott war, der mich zum nächsten Präsidenten

der Vereinigten Staaten bestimmt hat") ein und Lenin ("ich bin eine dialektische Notwendigkeit") und Chamberlain (nach dem Münchner Abkommen: "Ich bringe den Frieden für unsere Zeit und habe durch mein Vorgehen, ich, ich ganz allein, den Krieg abgewendet") und führt damit den Begriff der sogenannten "Demokratie" völlig ad absurdum, belegt damit, dass alle Politik Leistung ist, und grosse Politik grosse Persönlichkeit voraussetzt, so wie alle menschliche Leistung auf allen Lebensgebieten. Die "Demokraten" bedienen sich nur eines anderen, unehrlicheren Apparates als die "Diktatoren", ermöglichen das Verstecken der eigentlichen Drahtzieher. Die Dunkelmänner sind bei ihnen die Regel, die Grauen Eminenzen und Bormänner bei den "Diktatoren" die Ausnahme.

*95 - "Hatte López in den letzten Jahren alle nur verfügbaren Männer zu den Waffen gerufen, so bot er jetzt die Kinder von 12 Jahren aufwärts und die Greise auf. Uruguay unter Flores wollte den Frieden. Mitre (Argentinien) wollte ihn, aber der Kaiser von Brasilien bestand auf seinem Schein. Und López hielt durch. Die Schwierigkeiten in Argentinien wuchsen. Von einer Truppe von 14 500 Mann, die nach Norden geworfen werden sollte, desertierten 8 000. Verbrecher wurden begnadigt, in Uniform gesteckt und an die Front geschickt. Brasilien zahlte für einen Negersklaven 3 bis 4 000 Franken, um ihn an der Front zu verwenden, weil niemand freiwillig in die Hölle des Paraguaykrieges ging... Nur eine weite, menschenleere Wüste blieb vom einst blühenden Land." (Samhaber, "Südamerika", Hamburg 1939)

*96 - Die letzten Wahlen fanden am 10. Februar 1968 statt und ergaben einen überwältigenden Wahlsieg Stroessners. Es waren fünf Parteien zugelassen. Stroessner vereinte auf sich viermal so viel Stimmen wie seine drei Gegenkandidaten zusammen. Es gab weder Wahlrechtsmanipulationen noch Parteienverbote.

*97 - Wir wollen nicht unerwähnt sein lassen, dass Paraguay sich mehrfach darum bemühte, den deutschen ehemaligen Oberst Rudel als Generalkonsul mit Sitz in Wien einzusetzen. Die österreichische Regierung aber verweigerte immer wieder das Agreement.

*

CHILE

fand den Weg zur Unabhängigkeit schwerer als seine anderen südamerikanischen Brüder. Treu dem in französischer Gefangenschaft befindlichen Ferdinand VII. war die erste Erhebung nur gegen den Vizekönig in Perú gerichtet und eher ein Familienstreit, denn ein Kampf Chiles gegen Spanien. Dieses erlangte mehrfach wieder die Oberhand. 3 000 in den Bürgerkrieg verwickelte Familien flüchteten daher 1814 über die Anden nach Mendoza und erst mit dem geschichtlich so bedeutenden Ueberschreiten der Anden in umgekehrter Richtung durch San Martín im Februar 1817 zeichnete sich die Möglichkeit einer Wendung ab. Doch noch einmal siegte Spanien auf der Cancha Rayada 1818. O'Higgins, der chilenische Führer wurde schwer verwundet. Doch in dieser Stunde trat die entscheidende

Wendung ein. Der englische Abenteurer Cochrane, 1814 wegen Betruges aus dem englischen Parlament ausgestossen, übernahm die neu erstandene chilenische Flotte und griff die Spanier in ihren Ausgangsstellungen in Callao und in ihren Festungen im Süden an. So wurde es San Martín möglich, die Spanier in Perú selbst anzugreifen und damit jede weitere Hilfeleistung für ihre Truppen im Süden Chiles unmöglich zu machen. Doch mit O'Higgins war ein neues Element in die chilenische Politik eingedrungen, der Einfluss von Buenos Aires, der Freimaurer und der französischen Ideen. Liberale und Konservative standen sich so gegenüber. Die Regierung der Liberalen führte zu unhaltbaren Zuständen. Räuberbanden überfielen ganze Städte, Putsch folgte auf Putsch, die Zahl der Morde in der Hauptstadt Santiago (60 000) wurde 1826 auf über 500 geschätzt. Das konservative Element erkannte, dass es in die Politik eingreifen musste. Die Kämpfe wogten hin und her, doch im Dezember 1829 wurde der General der Liberalen, Freire, endgültig geschlagen und der Weg wurde frei für den Mann, der die entscheidende Wendung in der chilenischen Geschichte herbeiführte, Diego Portales. Mit ihm übernahmen für 6 Jahrzehnte die Konservativen die Geschicke des Landes. Schon der Beginn war wie ein Wunder und der Chiledeutsche Ernst Samhaber sagt dazu: "Es ist in der Geschichte immer ein Vorgang geheimnisvoller Art, wenn ein innerlich starker Mann das Ruder des Staates übernimmt. Alle Schwierigkeiten, die bisher unüberwindlich erscheinen, verblassen. Die widerstrebenden Kräfte scheinen sich von allein einzuordnen in die Gemeinschaft. Wie durch Zauberhand wachsen neue Möglichkeiten." Die an den Unruhen beteiligten Offiziere wurden ausgewiesen, selbst Schriftsteller des Landes verwiesen und eine Pressezensur eingeführt. Die Kirche erhielt ihre Liegenschaften zurück, da der Staat einfach noch nicht in der Lage war, ihre sozialen Aufgaben zu übernehmen. Die liberalen Kreise wandten sich der Wirtschaft zu, die reiche Silbermine von Chañarcillo wurde entdeckt. Dann brachten die Goldfunde in Kalifornien und wieder in Australien Chile die einmalige Gelegenheit grosser Weizenexporte. Die Einnahmen waren zur Erschliessung der südlichen Gebiete jenseits der alten Indianergrenze am Bío-Bío verwandt worden. Manuel Montt führte dieses Werk (1851-1860 Staatspräsident) mit Hilfe deutscher Einwanderer durch und fügte so dem chilenischen Volk ein biologisches Element hinzu, welches sich in der Folgezeit sehr positiv auswirken sollte. Die Escuela Alemana, die Deutsche Schule, wurde vorbildlich im Lande, und Deutsch im Süden praktisch zur zweiten Landessprache. Niemals haben die Chiledeutschen auch in den kommenden Generationen ihre Heimat vergessen, niemals aber auch, dass sie Chilenische Staatsbürger sind. Als westdeutsche Diplomaten sich nach dem letzten Kriege erdreisteten, ihnen Vorhaltungen über ihre von der Bonner geschichtsfälschenden Schablone abweichende politische Auffassung zu machen, schrieb der "Cóndor", die Zeitung der Chiledeutschen, eine stolze Antwort: "Wir sind Chilenen und wir verbitten uns Ihre Einmischung."(*98)

Durch diese Einwanderung im Süden und durch den Ausgang des Krieges gegen Perú und dann Bolivien im Norden war Chile endlich hinausgewachsen über sein bisheriges Lebenszentrum, das Längstal zwischen Concepción und Valparaiso. Doch Bolivien versuchte gleich nach dem 1. Weltkrieg erneut vor dem Völkerbund Anspruch auf die salpeterreiche Wüste von Atacama zu erheben. Es sprach von der Ungerechtigkeit des Vertrages, den es mit Chile abgeschlossen. Es war die Frage: "Sollte der Völkerbund wirklich die Verkörperung eines ewigen Naturrechts darstellen und Verträge abändern dürfen, die im höheren Sinne "ungerecht" waren?" Doch gerade darüber konnte und durfte in Genf nicht entschieden werden, denn was wäre d a n n aus Versailles geworden? Und aus den anderen Pariser Vororts-Diktaten? Der Völkerbund hat darum niemals über Boliviens Antrag entschieden. Chile aber erhielt ein weiteres Gesicht, wurde zum

Minenstaat. Damit aber traten neue Probleme auf, die Probleme, die wir als Soziale Frage kennen, und die den Grossmächten so viele neue Möglichkeiten der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten gaben. Die Vereinigten Staaten, die mit der Eröffnung des Panamakanals die Briten in ihrem Einfluss an der Westküste abgelöst hatten, waren dabei in Chile die ersten. Willkommener Anlass war die noch offene Streitfrage einer Abstimmung über die Zugehörigkeit des Hafens von Arica zu Perú oder Chile. Harding lud beide Staaten zu einer Konferenz 1922 nach Washington ein. Eine von Amerikanern geführte Abstimmungskommission sollte sich nach Arica begeben. Südamerika horchte auf. Argentinien stellte sofort seine Differenzen mit Chile zurück und die Kanzleien waren bemüht, eine Regelung zu finden, die eine amerikanische Landung in Arica nicht notwendig machte. Als Präsident Hoover 1928 die beiden Staaten erneut nach Washington einlud, kam es daher schnell zu einer gütlichen Einigung. Washington aber bot beiden sein Kapital an, um ihre Entwicklung zu fördern. Diese Kapitalbeteiligungen führten dann zu den gegenwärtigen Differenzen. Die Tatsache, dass Chile dem Deutschen Reich trotz massivster Erpressungsversuche auch im II. Weltkrieg nicht den Krieg erklärte (*99), komplizierte noch das Spannungsverhältnis.

Durch die glückliche Wahl Dr. Hans Stracks als 2. westdeutschen Botschafter in Santiago (*100) wurden andererseits die deutsch-chilenischen Beziehungen wieder auf das Niveau jener Herzlichkeit gehoben, welches die ersten Bonner Emissäre durch Verpflanzung ihrer innerpolitischen Begrenztheit ins Ausland so gestört hatten. Sind sie auch inzwischen wieder in mehr oder weniger routinemässige Bahnen übergegangen, und hat die pausenlose Umerziehung durch deutsche Illustrierte in einem darauf unvorbereiteten harmlosen Auslandsdeutschtum Anfangserfolge erzielen können, so beginnen sich doch erneut Gräben aus der auch in Chile unverständlichen "Kriecherei" vor dem Zionismus und vor den USA zwischen Bonn und Chiledeutschtum aufzutun. (*101)

Die Differenzen mit den Vereinigten Staaten führten im August 1967 zur Abreise des nordamerikanischen Botschafters Ralph Dungan und die englische Zeitung "The Guardian" behauptete, diese Abreise "symbolisiert nicht nur das Ende einer Aera für Chile, sondern für ganz Lateinamerika. Die Regierung der USA werde jetzt von dem Gedanken ausgehen, dass die politische Stabilität in Lateinamerika in weitaus überzeugenderer Weise durch die Militärregierungen von Brasilien und Argentinien als durch die demokratischen Revolutionäre in Chile gesichert sei". Der christlich-soziale Staatspräsident Frey kämpft in der Tat im Gewirr der Parteipolitik auf einem schmalen Grat gegen dauernde kommunistische Unruhestifter auf der einen, und gegen die rechtsgerichtete chilenische Nationalpartei auf der anderen Seite, deren gesamte Führung er im September 1967 verhaftete, als sie angesichts der Haltung der Regierung im Beaglekonflikt (*102) mit Argentinien sehr scharfe Kritik übte. Zeichen der wirtschaftlichen Krise des Landes ist die mehrfach erfolgte Abwertung des Escudo während des Jahres 1967. Auf Havanna blickende Gewerkschaften erschüttern in blutigen Streiks das Land. Der "argentinische" Professor Ovidio Garbulski Klaimann wurde im März 1968 des Landes verwiesen, weil er "die araukanischen Mapuche-Indianer zur Herbeiführung einer anderen Regierungsform durch Waffengewalt aufgewiegelt hatte" (amtliche chilenische Regierungserklärung).

*98 - Anlass war, dass die gleiche Zeitung einen Aufruf des ehemaligen Oberst Rudel zur Hilfe für die von den Alliierten immer noch gefangen gehaltenen Deutschen und für die Vertriebenen veröffentlicht hatte. Dem westdeutschen Herrn Gesandten hatte das nicht gepasst.

*99 - Es ist nicht selten noch heute der Fall, dass das böse Gewissen anderer Südamerikaner (die eine Woche vor Kriegsende dem Reich den Krieg erklärten) durch Hinweise aus Chile auf diese Vorgänge aufgestört wird.

*100 - Dr. Hans Strack war es zu verdanken gewesen, dass Aegypten den Kriegszustand mit Deutschland für beendet erklärte. Er wurde dann verleumdet und geschnitten. Aus seiner Anzeige "gegen Unbekannt" wurde eine Klage gegen den EWG-Präsidenten Hallstein und die Botschafter Blankenhorn und von Maltzan, die offensichtlich im Interesse Israels gehandelt hatten. Hallstein wurde mangels Beweisen (!) freigesprochen, Blankenhorn erhielt in 1. Instanz vor dem Bonner Landgericht am 22.4.1959 vier Monate Gefängnis und das Bundeskabinett rehabilitierte Strack mit der Ernennung zum Botschafter "jenseits der Kordillere".

*101 - Bezeichnend dafür die "Affaire Rauff". Mit dem üblichen Vokabularium wurde der Deutschchilene Walter Rauff in Punta Arenas auf Wunsch der BRD verhaftet, "weil er als Erfinder des Gaswagens am Tode von 90 000 Juden schuldig sei". Zunächst musste der deutsche Verteidiger, Buchner, sein Amt niederlegen, da er jüdische Drohbriefe erhalten hatte und ihm sein Büro gekündigt worden war von den jüdischen Vermietern. Der Staatsanwalt empfahl sodann die Abweisung des deutschen Auslieferungsbegehrens, da die vorgeworfenen Tatbestände 15 Jahre zurückliegen und nach chilenischem Recht verjährt sind. Das Oberste Gericht entsprach diesem Antrag – Westdeutschland hat dann 1967 einen anderen "Erfinder des Gaswagens" gefunden und sich in einem "Prozess" in Stuttgart an einem gewissen Albert Widmann schadlos gehalten (die Einschüchterungsversuche des Staatsanwalts und die herabwürdigende Charakterisierung dieses Angeklagten in der Presse lagen im westdeutschen Rahmen).

Im übrigen ermöglicht dieser Vorgang eine gute Analyse der Meinungsmanipulation. Der Erfinder der Guillotine, Dr. Guillotin, wird als Helfer der Menschheit hingestellt, denn er habe die Leiden der Verurteilten abgekürzt. Es hat sich eben damals nur um den französischen Adel und nicht um Juden gehandelt, deren Leiden gemindert werden sollten. (Die USA selbst führen inzwischen die Gaskammer an Stelle des Elektrischen Stuhls ein.) Das andere wichtige Tötungswerkzeug der Demokratie, die Atombombe, wird durch die Freimaurerorganisation der Nobelstiftung glorifiziert, indem sie alle diejenigen, die an ihrer Herstellung und an ihrem Abwurf führend beteiligt sind (wie wir noch im einzelnen erwähnen werden), mit Nobelpreisen auszeichnet. Fügen wir hinzu, dass durch Aufhebung der Verjährungsfristen für die Taten der Gegenseite ein permanentes Terrorregime aufrechterhalten wird, so fühlen wir handgreiflich die makabre Atmosphäre der Demokratie von der Guillotine bis zur Atombombe. Die Bonner Menschenjäger aber gehen damit den unmenschlichen Pfad der Einmischung in privateste Sphären, den das Judentum vorzeichnet (so schon Matthäus 4, 18: "Folget mir nach, ich will euch zu Menschenfischern machen") und der der Seele des Abendlandes in seiner Aggressivität und in seiner Nichtachtung der Persönlichkeit – im einzelnen Menschen wie in den Völkern – so zutiefst zuwider ist, unter dem Motto der "Christlichen Nächstenliebe", die dann – degeneriert – abgelöst wird von den "Menschenrechten". Damit aber die Ge-

hirne der Menschen diese Verdrehung der Dinge auch beibehalten, jagte man sie früher sonntäglich zur Messe und verteilt jetzt (gegen lebhaften Protest des BRD-Verkehrsministers Leber) sonntäglich den "Spiegel". Zum ruhigen Denken belässt man der Menschheit im übrigen so wenig Zeit wie möglich, da man ihr vormacht, es sei notwendig, sich in den Herzinfarkt zu hetzen — von dem Cartier im "Match" allen Ernstes sagt, "diese Todesform ist das schönste Geschenk Amerikas an Europa". Makabrer geht es wirklich nicht.

Der Entscheid im Falle Rauff ist sehr typisch für Chile. Dieses Land hat immer wieder seine Unbeugsamkeit vor fremder Einmischung bewiesen, eine Unbeugsamkeit und einen Stolz, der nicht allein sich aus dem Blutsanteil der Araukaner erklärt, jener niemals besiegten Indianerbevölkerung des Südens, sondern zur festen Konstante des chilenischen Nationalcharakters in allen Breiten des Landes geworden ist. Das chilenische Nationalbewusstsein ist in den breiten Massen Chiles viel tiefer und bestimmter verwurzelt als in seinem Nachbarland Argentinien. Ein Kind chilenischer Eltern, welches auf argentinischem Boden geboren wird (und das ist in Patagonien alles andere als selten) und daher die argentinische Staatsangehörigkeit hat, wird immer wieder sich bei Befragen stolz als Chilenen ausgeben. Gerade die derzeitige argentinische Regierung unter General Onganía hat in einer Reihe von gesetzlichen Bestimmungen die illegale Einwanderung aus den Nachbarländern unter Strafe gestellt, weil damit die Gefahr einer Unterwanderung durch fremdländische Elemente gegeben ist. Die Zahl der Auslandschilenen in Patagonien hat diejenige der Argentinier wahrscheinlich bereits überschritten. Zahlen darüber werden nicht veröffentlicht.

*102 - Chilenische Kriegsschiffe hatten sich unangemeldet in den argentinischen Gewässern des Beagle-Kanals westlich von Feuerland aufgehalten und waren von argentinischen Schiffen hinauskomplimentiert worden.

*

ARGENTINIEN

und vor allem die deutsch-argentinischen Beziehungen stehen bis heute hin im Schatten Peróns. Die Aufgabe des deutschen Botschafters von Thermann bestand im letzten Kriege darin, Argentinien neutral zu halten. Bei der demokratischen Führungsstruktur des Landes fiel dabei das Schwergewicht auf die Abwehr, die denn auch wirklich Beachtliches in der Bestechung einflussreicher Politiker leistete — ganz abgesehen davon, dass das Reich auf nicht wenige wahre Freunde und vor allem auf eine sehr aktive und treue deutsche Kolonie in Argentinien zählen konnte. Im Auftrage des Admirals Canaris steuerte General Faupel von Madrid aus diese Tätigkeit. Als Agent in höherem Sinne leistete dabei wesentliche Hilfe der damalige Oberst Perón und eine junge, sehr geschickte Dame namens Eva Duarte. Letztere begann ihre Tätigkeit für die deutsche Abwehr in Brasilien und ging dann nach Argentinien zurück. Evita, die spätere Frau Peróns, besorgte zB dem deutschen Presseattaché (der in Wirklichkeit nichts anderes war als der Meldekopf Faupels) den Offiziersumhang des Obersten Perón,

damit er durch die Polizeisperre zum Flugplatz Quilmes und von dort ins Ausland entweichen konnte (*103). Doch alle diese Aktivität verhinderte nicht die Bildung einer pro-alliierten Regierung, deren erster Schritt denn auch sofort die Aufstellung einer Junta mit dem Ziel der Beschlagnahme des feindlichen (sprich deutschen) Privatkapitals unter Verletzung aller bestehenden Völkerrechtsnormen war. Zweiter Schritt war die Verhaftung des Obersten Perón, der sich in der breiten Oeffentlichkeit schon damals einen guten Namen gemacht hatte durch seine sozialen Forderungen (*104). Doch die "Amerikaner" hatten nicht mit Evita gerechnet. Es ist nicht bekannt, seit wann sie bereits gleichzeitig Fäden zu Sowjetrussland gespannt hatte. Jedenfalls konnte sie mit bemerkenswerter Rückendeckung weiterhin tätig bleiben. Den westalliierten Stellen war dabei, wie sich Jahre später aus einem "Life"-Artikel ergab, nicht mehr ersichtlich, als dass der jüdische Besitzer des bedeutenden Radio Belgrano, Jaime Yankelewich, sie, "als man sie im Arme des Obersten Perón sah" ("Life") auszustatten begann, sodass sie als grosse Dame auftreten konnte. Zugleich begann der Nachrichtenkonzern dieses Mannes sie wegen ihrer sozialen Neigungen in den Vordergrund zu stellen. Evita brachte es darum fertig, die Arbeiterschaft von Gross-Buenos Aires darüber aufzubringen, dass ihr Held, der sozialistische General Perón im Kerker sass, und am 17. Oktober 1945 forderten die Massen auf der Plaza de Mayo dessen Freilassung und Regierungswechsel. Unter diesem Druck kam es zu Neuwahlen am 24. Februar 1946, bei denen Perón 55,8% der Stimmen auf sich vereinen konnte. Am 4. Juni 1946 trat Perón seine Regierung an (*105). Der amerikanische Botschafter Braden verliess seinen Posten und die USA forderten vergebens die Auslieferung von "Kriegsverbrechern", als welche die führenden Persönlichkeiten der deutschen Kolonie bezeichnet wurden. Die deutschen Riesenvermögen aber blieben einstweilen beschlagnahmt. So kam es, dass im Augenblick des Zusammenbruchs des Reiches in Argentinien ein Mann mit diktatorischen Machtbefugnissen ans Ruder kam, der als schärfster Gegner der Alliierten und ihrer Konzeption von einer Weltdemokratie bekannt war. Dass kein Bombengeschwader diesem Zustand ein schnelles und damals bestimmt als "natürlich" bezeichnetes Ende bereitete, verdankte Perón seiner Frau und deren bolschewistischen Hintermännern. Die praktische Folge dieser Verbindung jedoch war eine dann in der Folgezeit sich als tödlich herausstellende Hypothek auf der Regierung. Innen- und Justizminister wurde der bisherige Gewerkschaftssekretär Angel Borlenghi (*106). Der ehemalige Rotspanienkämpfer Espejo (zu deutsch Spiegel; vgl. Schillers "Räuber"), Evitas Chauffeur, wurde Generalsekretär der jetzt allgewaltigen Gewerkschaftsorganisation, der Jude Raúl Apold Leiter des Presse- und Propagandawesens. Die traditionellen Werte des Landes wurden von hieraus bewusst bekämpft, die Demokratie zog durch die Hintertür wieder in ihr Haus ein. Borlenghi wurde allmählich zum "Berija Argentiniens", wie man post festum feststellte. Mit Unterstützung dafür ins Land geholter ehemaliger Gestapobeamter baute er geschickt im Rücken des "Faschisten" Perón einen Sicherheitsapparat auf, der den Vergleich mit der NKWD nicht zu scheuen braucht. (*107)

Das bedeutende Sozialprogramm Peróns wurde von dieser Seite natürlich in eine nicht gewollte Richtung gelenkt. Perón überliess seinen Mitarbeitern die Dinge. In der Kammersitzung vom 3. März 1953 zum Beispiel ergaben sich unwahrscheinliche Verhältnisse bei der Verwaltung der ehemals deutschen, jetzt argentinischen staatlichen Unternehmen. Bei Mannesmann, AEG u.a. hatte man schon seit Jahren keine jährlichen Inventare aufgenommen, "weil das bei diesen grossen Firmen zu viel Arbeit macht", wie ein Regierungssprecher erklärte. Von seiten der deutschen Kolonie aber wuchs der Druck gegen eine Aufrechterhaltung dieser Beschlagnahmen. Insbesondere im Offizierskorps häuften

sich die Stimmen für eine gerechte Lösung, sodass Perón im April 1954 im Weissen Saal des Regierungsgebäudes in Gegenwart seines Adjutanten Renner vor den Abgesandten der deutschen Vereinigungen sagen konnte: "Noch vor Jahresende wird eine gerechte Regelung erfolgen." In einer gross aufgezogenen Kundgebung der deutschen Vereine zu Ehren des Staatspräsidenten im Teatro Colón erfolgte dann im gleichen Jahre die Rückgabe von einigen Sportplätzen; den weit wertvolleren Rest liquidierten erst seine Nachfolger. Denn schon diese Kundgebung im Colón stand unter ganz besonderen innerpolitischen Vorzeichen, und ihre Organisatoren Freude und Müller-Ludwig spielten mit hohem Einsatz: die Opposition gegen Perón war im ganzen Lande im Wachsen, Borlenghi der verhassteste Mann, der Tod Evitas am 26. Juli 1952 hatte zu hektischen Uebersteigerungen verhetzter Massen geführt (*108), mehrere Putschversuche hatten den terrorisierten Mittelklassen gezeigt, dass sie nicht allein standen. Perón suchte Rückhalt bei seinen alten Freunden, den Deutschen. Doch diese durchschauten das Spiel. Nur Bonn mit seinem Botschafter Terdenge und seinem Mittelsmann Jorge Antonio spielte noch im letzten Moment die Mercedeskarte aus und verlor unnötigerweise im Zuge der weiteren Ereignisse (*109). Denn im Juni 1955 brach die erste ernste Revolution aus. Die Marine beteiligte sich an ihr, während das Heer im wesentlichen zu Perón hielt. Die Casa Rosada, das Regierungsgebäude, wurde von den Rebellen bombardiert, Opfer aber waren zufällig vorbeigehende Zivilisten, da die Regierung die vorher abgegebene Warnung nicht weitergegeben hatte. Am 16. Juni aber rückten die Arbeiterorganisationen zum Zentrum vor, um "ihren" Perón zu verteidigen. Es kam zum regelrechten von Perón gewollten und vorher organisierten Volksaufstand. Die bedeutendsten Kirchen wurden in einer Orgie von Raub und Feuer zerstört. Später konnte die Zeitung "La Razón" (am 5.10.55) in Fotokopie das Schreiben veröffentlichen, in welchem dem Anführer dieser Gewaltakte, einem gewissen David Abrimoff, Befehl zum Eingreifen mit den bereitgestellten Tankwagen gegeben wurde. Bogotá wiederholte sich in Buenos Aires. Doch das Volk, anstatt sich feige zurückzuziehen, verdammte offen diesen Terror. Am folgenden Sonntag, den 19. Juni waren alle Kirchen brechendvoll, im Gedenkgottesdienst an die Opfer der Revolution. Der Papst hatte den Tag zum "Tag des Gebetes für Argentinien" erklärt. Bundespolizei und Gendarmerie stand mit schussbereiten Waffen vor den Kirchen, um antiperonistische Kundgebungen zu vermeiden. Das Spitzelsystem versagte angesichts dieser Massen. Perón versuchte schnell, Ballast abzuwerfen, übertrug "alle Sicherheitsmassnahmen dem Heer", was die Ausschaltung des verhassten Borlenghi und der anderen Kommunisten bedeutete, doch das Volk ging in der Fronleichnamsprozession erneut auf die Strasse. Trotz Verbot zog sich eine unabsehbare Menschenschlange vor den Augen Borlenghis durch das Zentrum von Buenos Aires. Da verlor der Innenminister die Nerven und griff zur Provokation. Sein Schwager Abraham Crislavin, verbrannte am 11. Juli 1955 im 6. Polizeikommissariat eine argentinische Fahne, liess gleichzeitig am Mast des Kongressgebäudes die Fahne des Vatikans hissen und die Aschenreste der verbrannten argentinischen Fahne im Kongressgebäude zerstreuen. Alles, um das Volk gegen die Kirche aufzubringen, der er diese Frevel in die Schuhe schob. Doch die Wahrheit sickerte durch. Mit Schreibmaschine aufgesetzte Flugblätter gingen von Hand zu Hand und berichteten die Wahrheit. (*110)

Da sah sich Perón gezwungen, seinen Innenminister auszubooten. Borlenghi wurde sogar vom Heer verhaftet und vernommen. Kurz nach seiner vorläufigen Freilassung flüchtete er mit den anderen jüdischen Kabinettsmitgliedern, Apold und Crislavin, nach Montevideo. Perón versuchte, sein Werk zu retten, doch allzuviel war bereits geschehen. Es kam heraus, dass die Abgeordneten nach der USA-freundlichen Abstimmung zugunsten der Ausbeutung der Petro-

leumschätze Patagoniens jeder einen grösseren Scheck von der USA-Botschaft erhalten hatten. Es wurde bekannt, dass USA-Botschafter Nufer auf Wunsch seines Freundes Perón einen Flugzeugträger aus Montevideo hatte auslaufen lassen, um die rebellische Marine zu kontrollieren. (*111) Fotos von diesen intervenierenden USA-Kriegsschiffen wurden dem Kongress vorgelegt. So kochte es weiter und kam im September zur zweiten, endgültigen Revolution. Wieder waren zunächst Teile des Heeres Perón treu geblieben, doch die Stimmung war von Anfang an auf der Seite der Rebellen. Nach harten Kämpfen besonders in Córdoba, ging das Land in ihre Hände über. Perón stieg in ein kleines Wasserflugzeug und floh nach Asunción.

Doch damit war der Peronismus als politische Bewegung noch lange nicht tot. Es besteht kein Zweifel darüber, dass noch 10 Jahre nachher eine Zulassung der Peronistischen Partei zu den Wahlen ihr das entscheidende Gewicht im Kongress gegeben hätte. (*112) Grund dafür sind einerseits die positiven Sozialmassnahmen Peróns, die in Argentinien ganz im Gegensatz zu Deutschland, im Gedächtnis der Massen haften blieben und auch nicht durch noch so viele Umerziehungsversuche, Falschmeldungen usw. mehr abgebogen werden konnten. Andererseits sah man die Unfähigkeit der Nachfolgenden. Die Militärregierung übergab nämlich schnell wieder das Heft einem parlamentarischen System, welches sofort wieder mit dem bekannten Schlendrian begann. Mit Langmut sah das Heer diesen Zuständen zu, bis endlich im Oktober 1966 Onganía kurzerhand den Präsidenten Illia inmitten des von ihm und seinen Parteifreunden geschaffenen allgemeinen Chaos nach Hause schickte, ohne auch nur einen einzigen Schuss abgeben zu brauchen.

Es ist etwas Eigenes um diese Militärregierung, die dann mit einem für Argentinien neuen Ernst die Verantwortung übernahm, ohne aber davon Aufhebens zu machen. Es wurde in den Monaten seitdem mehr in Argentinien konstruktiv aufgebaut, als in zwanzig Jahren vorher. (*113) Störungsversuche von seiten der CGT (*114) und linksextremistischer Studenten (*115) wurden mit exakt abgemessenen Massnahmen radikal abgebogen. Die Einmischung der Presse in diese Vorgänge wurde überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Unbeirrt auch von der erwarteten Haltung des "demokratischen" Auslandes (*116) wurde nicht ein I-Tüpfelchen an dem vorgesehenen Programm geändert, und es erwies sich wieder einmal, dass hinter den Schreiern nichts Wesentliches stand.

Trotzdem ist die Aufgabe Onganías nicht leicht. Eine Beamtenschaft, die jahrzehntelang faul sein konnte, eine zu weit getriebene Bürokratisierung, vom Ausland genährtes Film- und Pressewesen, förderten charakterliche Eigenschaften, die es fraglich machen, ob das argentinische Volk dem Ernst der Lage gewachsen ist. Eine Rückkehr zu parlamentarischen Regierungsformen ist daher undenkbar, so oft diese in den "grossen" Zeitungen auch immer wieder gefordert wird. Die "Uninteressiertheit der breiten Masse" (*117), die gerne Anderen die Lösung der Probleme überlässt, gerade jetzt, wo von heute auf morgen noch keine neue Gefahr gesehen wird, die ihre tiefen Wurzeln in der grossstädtischen materialistischen Gesellschaft Argentiniens hat, findet nicht mehr ihr Gegengewicht in der Lebensweisheit des Gaucho, die ein Martín Fierro besang, obwohl gerade General Onganía sie zu verkörpern scheint: "Fest auf meinem Weg muss ich ihn bis ans Ende gehen. Ein jeder von uns muss dem Gesetz seiner Bestimmung treu bleiben." Diesen Argentinier zu formen, neu zu formen, ist seine grosse, von ihm klar erkannte Aufgabe. Die Frage unserer Zeit aber ist es: Schwimmt er damit dem Strom der heutigen Weltbeherrscher hoffnungslos entgegen oder kann er für sein Land den Wechsel der Tide herbeiführen, so, wie es andere Männer in anderen Ländern, angegeifert und verleumdet, heute versuchen? Eines nur ist sicher, diese Aufgabe wird fortbestehen, solange es Völ-

ker auf dieser Erde gibt, solange eine Minderheit in religiös fundiertem Wahn die Schaffung der Völker als einen Fluch Gottes ansieht (1. Moses 11/7) und ihnen ihr Heiligstes, ihre Seele rauben will unter dem Vorwand, dafür auserwählt worden zu sein.

Neben der innerpolitischen Restaurierung steht eine sehr bemerkenswerte Aussenpolitik. Aussenminister Nicanor Costa Méndez hat Direktiven der argentinischen Aussenpolitik ausgesprochen, die schlechthin weit über den argentinischen Bereich hinaus von Bedeutung sind. Ausgehend von der Ueberzeugung "dass keinerlei Blockbildung in der westlichen Hemisphäre geduldet werden darf", "da sie die Zerstörung des natürlichen Gleichgewichts" bedeuten würde, "welches alle in gleichem Masse zu wahren verpflichtet sind", (*118) erreichte er dennoch engste Zusammenarbeit und Uebereinstimmung im Kampf des Subkontinents gegen die Castrokommunistische Infiltration und ihre Hintermänner. Im Juli 1967 erklärte der argentinische Vertreter vor den UN: "Jeder Staat hat das Recht, seine eigene politische Persönlichkeit zu errichten, frei von ausländischen Interessen an seinem nationalen politischen Leben ... Meine Delegation erwartet daher, dass alle Staaten damit aufhören, direkt oder indirekt in die inneren Angelegenheiten jenes Landes (gemeint war der Kongo) zu intervenieren, und insbesondere davon Abstand nehmen, dass ihr Gebiet dazu dient, die Rekrutierung und Finanzierung ausländischer Agenten oder Söldner vorzunehmen, die dann in fremde Länder gehen mit dem Vorsatz, in deren innere Angelegenheiten einzugreifen und jene Staaten so in den Dienst der Grossmächte zu pressen oder zugunsten von Interessen, die nicht authentisch nationaler Natur sind."(*119)

In seiner Schlussansprache vor der (III.) Interamerikanischen Ausserordentlichen Konferenz in Buenos Aires am 27. Februar 1967, konnte der argentinische Aussenminister die allgemeine Anerkennung des Grundsatzes der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates auf der Westlichen Hemisphäre feststellen, wobei klar ist, "dass sich der Begriff der Einmischung nicht nur auf bewaffnetes Eindringen bezieht, sondern auf die verschiedenen Formen ideologischer und subversiver Infiltration". Was vor den UN nicht erreicht wurde, konnte so in der Westlichen Hemosphäre als Norm festgelegt werden. (*120)

Gleichzeitig mit dem Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit den anderen amerikanischen Staaten, verwahrte sich der Aussenminister jedoch ausdrücklich gegen die Schaffung überstaatlicher Einrichtungen ("se opondrá a la creación de organismos supranacionales"), und betonte damit erneut, "dass die lateinamerikanische Integration niemals das Ergebnis von Methoden sein könne, die sich aus der Planung in übernationaler Ebene ergeben, auf welcher die Nationen nicht mehr ihre völlige Freiheit zum Schutz und zur Erfüllung der nationalen Belange haben". Auf der oben erwähnten Aussenministerkonferenz hatte Nicanor Costa Méndez bestimmt erklärt: "Argentinien versteht unter Integration ein passendes Instrument für seine nationale Entwicklung. Die Integration ist also nur Mittel und die nationale Entwicklung das Ziel. Darum widersetzt sich Argentinien einer Integration, die von überstaatlichen Organismen geplant, umrissen, formuliert und ausgeführt wird. Darum auch fördert Argentinien andererseits die Schaffung zwischenstaatlicher Organe, um die nationalen Anstrengungen verschiedener Staaten zu koordinieren --- aber nicht, um die selbständigen Funktionen der Regierungen und die Interessen der Nationen zu ersetzen."

Ein Staat mit derartiger Haltung nach aussen kann heute getrost als Grossmacht bezeichnet werden. Die Klassifizierung der Staaten nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten oder nach der Zahl der vorhandenen Atombomben ist nicht so allgemein gültig, wie ihre Verfechter es meinen. Wird auch der Wirt-

schaftsminister Dr. Krieger Vasena häufiger genannt, der argentinische Aussenminister Nicanor Costa Méndez hat der Welt Bedeutenderes gesagt. Beide aber konnten nur unter einem Onganía zum Zuge kommen. Staatspräsident Generalleutnant Onganía selbst sagt denn auch (vor der amerikanischen Presse am 16. Oktober 1968): "Das erste Ziel eines Landes muss es sein, sich so zu formen, dass es seine Lebensart leben kann. Eine Sache sind die Ideale und die klaren Ziele, eine andere die Utopien, die ins Fiasko führen, die den Betrug fördern und unausweichlich hinführen zum Zusammenbruch der Gemeinschaft... Es gilt, der Demokratie ihren eigentlichen Wert zu geben... Noch gibt der Mensch mit Freuden sein Leben hin für die Freiheit, für seinen Glauben, seine Ideale und sein Vaterland." Das aber ist dann eine Demokratie, die mit jener Geissel, die die Welt bisher verwüstete, nicht mehr als nur noch den Namen gemeinsam hat.

---

*103 - In dem Aufgabenkreis des Presseattachés hat sich daher bis heute nicht viel geändert, nur dass heute die Weisungen vom Verfassungsschutzamt und anderen Umerziehungsdienststellen in Bonn kommen, und er an seiner Seite den oft jüdischen Vertreter von dpa hat, um seine Kontakte richtig abstimmen zu können. Das Verleumden deutscher Staatsangehöriger in Argentinien durch Botschaftsangehörige, wenn sie ihnen zu national sind, gehört zum vom Auswärtigen Amt ausdrücklich gutgeheissenen Handwerkszeug, wie konkret belegbare Vorgänge in Argentinien beweisen.

*104 - Perón war vorher Militärattaché in Berlin gewesen und hatte die sozialen Massnahmen der nationalsozialistischen Regierung, Arbeitsdienst, Kraft durch Freude, Mutter und Kind, NS-Volkswohlfahrt genauestens studiert, hatte jahrelang hinterher mit grossem Ernst in Buenos Aires sich mit dem Studium sozialer Reformen für Argentinien befasst.

*105 - Am 27. März 1945 hatte die Regierung mit General Edelmiro Farrel als Präsidenten und Oberst Juan Domingo Perón als Vizepräsidenten und Kriegsminister dem Deutschen Reich den Krieg erklärt. Perón sah auf die folgende politische Laufbahn zurück: 10.12.43 Sekretär des Arbeits- und Fürsorgeministeriums, 4.5.1944 Kriegsminister, 7.6.1944 Vizepräsident, 11.10.45 verhaftet.

*106 - Die "Münchner Illustrierte" am 11.4.55: "Borlenghi ist Russlands bestbezahlter Spion in Argentinien."

*107 - Die Deutschen im Lande ahnten im allgemeinen nichts von diesen Zuständen, obwohl sie von morgens bis abends bespitzelt wurden, bald auch schon auf dem Wege über die argentinischen Sicherheitsorgane vom sogenannten Verfassungsschutzamt in Bonn. Man mag nur an den Herrn Ernst Clouth erinnern, der seine Tätigkeit im Lager der Spee-Matrosen begann, dort eine Reihe von ehemaligen deutschen Marineangehörigen als Mitarbeiter für seine schmutzige Spitzeltätigkeit in der deutschen Gemeinschaft gewinnen konnte, dann von Borlenghi in den Verlag der konservativen Zeitschrift "Der Weg" unter Beisteuern einer Mitgift von 30 000 Pesos geschoben wurde, und von hier aus den Bonner Behörden die westdeutschen Bezieher und Mitarbeiter melden konnte. Er beendete sei-

ne Tätigkeit mit einer grossen Unterschlagung und dürfte wegen des in Argentinien deswegen anhängigen Verfahrens und der öffentlichen Warnung vor ihm nach Westdeutschland gegangen sein.

*108 - Ein Denkmal sollte in Erinnerung an Evita errichtet werden, das auf einer gigantischen Säule das Standbild Peróns trug. Mit Fahrstühlen sollte man innen hinauffahren können. Man hätte Montevideo jenseits des Horizontes liegen sehen können. Die ablösende Regierung trug mit grossen Kosten die bereits gesetzten Fundamente wieder ab, so wie die Sieger 1945 in blinder Angst vor Adolf Hitler die Reichskanzlei, die Bauten in Nürnberg und München und am Obersalzberg völlig abtrugen, damit ja nichts mehr an die Gestaltungskraft jenes Mannes erinnere. (Vgl. Hans-Severus Ziegler, "Adolf Hitler. Aus dem Erleben dargestellt", Göttingen 1968.)

*109 - Denn die Mercedes-Benz wurde zusammen mit sechs weiteren deutschen Grossfirmen auf die schwarze Liste gesetzt, als Perón stürzte. Kaiser wurde der grosse Automobilfabrikant und Deutschland verlor auf lange Jahre hinaus den Markt. Die von Perón ins Land geholte Gruppe Tank (Perón hatte ja überhaupt die für Argentinien grossartige Idee, bei Kriegsende mehr oder weniger geheime Kommissionen nach Deutschland zu schicken und sich dort bei dem allgemeinen Konkurs Fachleute für die verschiedensten Gebiete zu holen, was eine bis heute für Argentinien deutliche Bereicherung bedeutete. Während die IRO redete, hatte Perón längst gehandelt. Argentiniens Wirtschaft hat mit jenen Kräften 1945 sein Gesicht verändert. Der Rest übernahm in Westdeutschland die undankbare Aufgabe des Wiederaufbaus, um für Andere zahlen zu können), die in Córdoba das argentinische Flugzeug Pulqui II produzierte, verliess, von den kurzsichtigen Demokraten angepöbelt, das Land und ging nach Indien. Dort errichtete sie dann ein indisches Flugzeugwerk zur Zufriedenheit der indischen Regierung. Nach letzten Meldungen soll sie im Begriff stehen, ihre Dienste Aegypten anzubieten. In der Absicht, nicht, wie ein Wernher von Braun, ihr Wissen den Feinden anzubieten, blieb sie in der sogenannten Dritten Welt.

*110 - Jeder, der eines bekam, machte erneut Abschriften, denn die letzte Zeile des kurzen Flugblattes hiess: es müssen 18 Millionen Exemplare verbreitet werden. Der Berichterstatter bekam damals wenigstens von 10 Seiten in Briefen und auf der Strasse den gleichen Text zugesteckt. Es war zu einer wirklichen Volkserhebung gegen den Kommunismus gekommen, der meinte, Argentinien übernehmen zu können.

*111 - So wie gleiche USA-Einheiten sich neben die britischen und französischen Kriegsschiffe 1956 vor Port Said legten.

*112 - Da die Peronistische (Justizialistische) Partei nicht zugelassen wurde, griff sie zu dem Mittel der "Weissen Stimmzettel" und die Wahlergebnisse brachten mehrfach eine überwältigende Mehrheit der "Votos en Blanco". Für die Demokraten eine herrliche Bestätigung für ihre Daseinsberechtigung.

*113 - Ein neues Strafgesetz ersetzte das längst von den Verhältnissen überholte. - Völliger Neuaufbau des Telefonwesens. - Vollständige Neuordnung des Steuerwesens und Durchsetzen der Bestimmungen im Gegensatz zur bisherigen nachlässigen Handhabung. - Zielstrebige Preis- und Lohnpolitik nach Herstellung eines freien Devisenmarktes. - Klassifizierung eines Mitbürgers als Kommunisten auf Grund präziser Taten, die sich aus der ideologischen Haltung erge-

ben. - In der Landwirtschaft ist vorgesehen, eine feste Abgabe auf den jeweiligen Boden an Stelle der bisherigen Steuern zu schaffen, die zum Ansporn für gute Bewirtschaftung werden dürfte. Dabei sollen 50% des abzuführenden Betrages für die Anschaffung von landwirtschaftlichen Maschinen verwandt werden können. - Gesetz gegen den Kommunismus. - Ausdehnung der Souveränität auf 200 Meilen von der Küste. - Modernisierung der Staatsbürokratie. - Entwicklung des Fremdenverkehrs. - Wesentlicher Ausbau des Strassennetzes. - Neues Bürgerliches Gesetzbuch usw.

*114 - Als klar war, dass die CGT Streiks aus politischen und nicht aus arbeitsrechtlichen Gründen ansetzte, wurde sie aufgelöst und dadurch ihrer beachtlichen Geldmittel zur Entfachung neuer Streiks beraubt.

*115 - General Onganía gab als Sinn der neuen argentinischen Universitätsgesetzgebung an, dass "die Universitäten zu wahren Pflegestätten für die Kultur und nicht zu einem Brutherd politischer Verirrungen werden dürfen". Gegen die neuen Gesetze erhob sich ein Sturm der Entrüstung von seiten einer Minorität in der Studentenschaft, die von Verletzung der Autonomie der Universitäten und deren Lehr- und Lernfreiheit sprach. Sie ging auf die Strasse, beziehungsweise verschanzte sich in den Universitätsgebäuden. Als die Polizei rücksichtslos vorging und die Bürschlein versohlte, schrie man von Terror. Ein amerikanischer Gastprofessor, der sich beteiligte, wurde dabei verletzt. Es stellte sich heraus, dass er an der Columbia University in den USA als aktiver Kommunist eingeschrieben war. Zwei Professoren, die ihre Posten aus Protest niederlegten, wurden bemerkenswerterweise sofort von der Fordstiftung in den USA neu angestellt. Beide waren als Kommunisten bekannt. Die verhafteten Studenten wurden, wie in allen derartigen Fällen, in den Zeitungen namentlich genannt: Luis Beochcorf, Talkoski, Raúl Kalevki, Wischnivetzky, Rubky, Juan Hopen, Ernesto Agramoff, Manuel Fainstein, Oscar Caminetzky, Josefa Leon, Nora Weber, Franklin Sofer, Ricardo Halfian, Sergio Eslimovich, Alejandro Slomisky, Fidez Geffner, Isaac Rios, Fanny Naumann, Liliane Rothschild, Susana Klermann, Mirtha Miberg, Rosa Goldslager, Enrique Azzehermann, Juana Jaritonsky, Daniel Kordon usw. Die Presse in Westdeutschland und in den USA schrie von "Antisemitismus in Argentinien". In Bahía Blanca an der Universität des Südens nahm man einige Wochen später weitere sieben randalierende Studenten fest: Silvano Rusjan, Jaime Mareck, Silvio Dragunsky, Manuel Loewy, Tomás Loewy, Carlos Guala, Nestor Mosi Cafredo, alle Angehörige einer kommunistischen Jugendgruppe. Für Argentinien war das Bild klar: Namen, die eher nach Israel oder Birobidjan als nach Südamerika gehörten. Einige achtzig Studenten von mehreren tausend hatten gemeint, mit Hilfe der Weltpresse den argentinischen Staat stürzen zu können. Die Regierung blieb fest, liess sie von der Polizei kurzerhand verprügeln, einsperren und im Wiederholungsfall exmatrikulieren. Sehr schnell war die Ordnung wieder hergestellt.

Es hatte sich dabei gezeigt, dass die kommunistische Unterwanderung der studentischen Jugend von den USA ausging. Dort hatten im Mai 1966 die Nichtstudentin Jerry Rubin und der Mathematikprofessor Smale im Berkley Campus der Universität von Kalifornien die Antivietnam-Demonstrationen gestartet. Vorgeschichte: Im Oktober 1964 wurde der Nicht-Student Jack Weinberg festgenommen, weil er für eine kommunistische Organisation Gelder gesammelt hatte. Es kam zu Unruhen, bei denen die folgenden kommunistischen Studenten festgenommen wurden: Mark Aaronson, Bettina Apteker, Abraham Bookstein, Martin Cohen, Sandor Fuchs, Jerry Ginsburg, Arthur Goldberg, Jacqueline Lee Goldblatt, David Greenberg, Peter Israel, Hal Rosen, Edward Rosenfield, Law-

rence Shapiro, Bernhard Stein usw. Als der Kanzler der Kalifornischen Universität die Kommunistin Eli Katz wegen Unfähigkeit als Lektorin entfernte, wurde er abgelöst und der neue Kanzler, Martin Meyerson, berief das Frl. Katz erneut und ist jetzt als Präsident des Campus Buffalo der Universität New York vorgesehen. "New York Daily News" betonen am 15.5.66, dass es der erste Jude auf diesem Posten sein werde. Edgar Hoover befürchtet, dass nunmehr auch dort eine kommunistische Erziehung der Studenten einsetzen wird.

In Polen, welches besondere Publizistik erfuhr, da die dortigen Studentenunruhen jenseits des Vorhangs lagen, liegen die Dinge genau so. Gomulka sieht sich gezwungen, als Urheber der Aufwiegelungen hohe Funktionäre zu entlassen, die alle Zionisten sind, nachdem man ihre Söhne in den Demonstrationen festnahm.

In Westdeutschland liegen die Dinge parallel. Unter der Aegide jüdischer Professoren wie Dr. Marcuse, dem französischen Juden Ernst Bloch, der "Diskussionsabende" mit dem Studenten Dutschke veranstaltet und dem eigens aus Stockholm zu den Manifestationen in Westberlin anreisenden Juden Peter Weiss, werden auch dort "ahnungslose junge Menschen, gehetzt von ihren machtgierigen Führern" (DStA Februar 1968) zur "totalen Revolution" (Dr. Marcuse) geführt. "Wollt Ihr den totalen Krieg?" fragte Dr. Goebbels im Sportpalast. "Wollt Ihr die totale Revolution?" fragt Dr. Marcuse, und der SDS, der sich diesen Mann zum Wortführer erkor, ruft begeistert "Ja". "Gut" ist für diesen Herrn – und für alle seine Rassefreunde jenseits des Grossen Teiches –, was "fortschrittlich" ist, "böse", was sich ihnen entgegenstellt. Und es ist ihnen j e d e s Mittel recht, den Fortschritt zu fördern, denn am Ende steht ja das grosse Glück der Menschheit. Es ist die gleiche Hetze, die von gleicher Quelle vorgetragen wird, sobald sie im Laufe der Geschichte den Mund öffnen durfte. Und blutigste Verwüstungen waren immer wieder die Folgen dieser Versuche, die Menschheit eines "Besseren" belehren zu wollen. Seinerzeit waren es die Juden Lenin, Liebknecht und Rosa Luxemburg, heute heissen sie Marcuse, Bloch und Weiss. Und die Regierung behandelt sie sogar noch als Privilegierte, die man nur unter der Drohung anrühren darf, ein "Antisemit" zu sein. Unangefochten darf Herr Peter Weiss in aller Oeffentlichkeit in Berlin unter den Augen der deutschen und der alliierten Gerichtsbarkeit aufrufen zur "Revolution in den Metropolen" nach chinesischem Muster.

Da oft versucht wird, Lenins Herkunft mit einem Schleier des Geheimnisses zu versehen, sei bei dieser Gelegenheit gesagt: Lenin ist (nach den Angaben der Ochrana) der Sohn von Ilko Sroul Goldmann und Sofie Goldmann. Er wurde in einem kleinen Dorf in der Nähe von Odessa am 10. April 1870 geboren und erhielt von seinen Eltern den Namen Haim Goldmann. Wegen Schmuggels wurde die Familie Goldmann 1877 nach Sibirien verpflanzt. Auf dem Wege dorthin lernten sie in Sibirsk den Kalmyken Ilya Ulianov kennen. Dessen Sohn war kürzlich ertrunken und er erbot sich, das gleichaltrige Kind der Goldmanns zu adoptieren. Da die Frau Ulianovs eine Jüdin, andererseits die eigene Zukunft in Sibirien dunkel war, nahm man das Angebot an. Der Junge erhielt den Namen Vladimir Ilyich Ulianov. Den Namen Lenin nahm er später in der Verbannung in Sibirien an in Anklang an den dortigen Fluss Lena. Lenin heiratete später die Jüdin N. Krupskaya, hatte jedoch keine Kinder.

*116 - Die Vereinigten Staaten verweigerten die Anerkennung der neuen Regierung, da sie nicht auf Grund eines in einer Abstimmung erklärten Volkswillens zustandegekommen sei. Das alte Märchen von der Alleingültigkeit des so manifestierten Volkswillens wurde aufgetischt. Venezuela wurde im Rat der Amerikanischen Staaten zum Wortführer dieser Kreise und sprach vom "Militärstiefel,

der Argentinien zertritt". Bei dem Sumpf, den die Parteien zurückliessen, hätte man wirklich nichts anderes mehr anziehen können, als hohe Militärstiefel.

*117 - Präsident Onganía in seiner grundlegenden Ansprache vom 5. März 1968 vor dem Führungsgremium des Landes.

*118 - "dejar bien claro que no puede admitirse la formación de bloques en el hemisferio, pues ello significaría romper un equilibrio que todos deben contribuir a resguardar", zum Besuch des brasilianischen Aussenministers Juracy Magalhaes, 15.10.66.

*119 - Dieser weit über den konkreten Fall des Kongo hinausgehende Vorschlag wurde natürlich nicht weiter behandelt, hätte er doch die dauernden von Sowjetrussland und von den Vereinigten Staaten ausgehenden Einmischungsversuche in portugiesischen, rhodesischen und südafrikanischen Gebieten geächtet. Die Fordstiftung finanziert noch heute Rebellenlager in Tansania und von portugiesischer Seite wird behauptet, dass die kleine angolische Rebellenklique in Kinshasa von New York aus finanziert wird, so wie es bei dem ehemaligen portugiesischen Kapitän Galvao der Fall war, der die spektakuläre Enterung des portugiesischen Passagierschiffes "Santa María" im Hafen von Guadalupe vornahm, um damit einen Angriff auf Angola zu inszenieren. Die Komödie endete bekanntlich in brasilianischen Gewässern, da Brasilien sich nicht von der Beachtung der seerechtlichen Regeln abbringen liess (obwohl der US-Botschafter in Rio darauf drang, die Passagiere auszuschiffen und das Schiff den Rebellen zu überlassen. Sogar US-Flotteneinheiten unter Konteradmiral Smith wurden eingesetzt, um die brasilianische Fregatte "Iparanga" einzuschüchtern!). Die Meuterer, junge Bengel von 17 Jahren, sprachen spanisch untereinander, waren also bezahlte ausländische Söldlinge.

*120 - Es ergibt sich daraus, dass ein Land wie Argentinien nicht mehr übersehen kann, in welcher Form in Afrika immer noch Einmischungsversuche vorgenommen werden und dass es diese als solche, im Gegensatz zu der Charakterisierung der Geldgeber, als verbrecherische Handlungen und nicht als "Befreiungsversuche" ansieht. Man hat in Argentinien längst die Parallele der Vorgänge in Afrika und Südamerika erkannt. Sie war sehr oft auch geradezu frappant:

Im gleichen Augenblick, da 1961 in der Wohnung des Herrn Isaak Tessler in der Strasse Posadas Nr. 1168 in Buenos Aires ein Sprengstofflager in die Luft flog und das gesamte Gebäude zerstörte, unter den Trümmern die Bombenfabrikanten Lázaro Saúl Feldman und Reig begrabend, die zusammen mit einem gewissen Bardonevsky den Nachschub für die Guerillas in Salta und Mendoza in jenem Hause heimlich hergestellt hatten (der General Oliva beschuldigte in einem Telegramm an den damaligen Staatspräsidenten "vorwiegend jüdische Elemente" als Teilnehmer an diesen subversiven Unternehmungen) — , kam es in Südafrika zu dem gleicherweise aufsehenerregenden Rivonia-Prozess. Dort waren es die Herren Sisulu, Goldberg, Kathrada, Bernstein, Slovo, Goldreich, Wolpe, Hepple, Hodgeson, Marks, Harmel und Ezra, allesamt jüdische Kommunisten, die man in einem Landhaus bei einer Sabotage-Generalstabsbesprechung überraschte. Man hatte Pläne zur Untergrabung der öffentlichen Ordnung durch Terror gefunden, die den in Argentinien gefundenen Plänen so sehr glichen, dass man sich fragen konnte, ob etwa einer vom andern abgeschrieben hätte. (Die aufgefundenen Sabotageelemente, technischen Zeichnungen von Industrieanlagen, Verkehrsmitteln usw., erinnerten im übrigen sofort an das, was Hermann Göring im Karl Liebknechthaus am Alexanderplatz in Berlin 1933 fand, als der Kommu-

nismus das Reich mit seinen sechs Millionen Arbeitslosen zu übernehmen gedachte. Das Abknallen des nationalen Studenten Spangenberg in einem Vorort von Buenos Aires im August 1965, ohne dass man sich sehr um die Feststellung der Mörder kümmerte, setzt in Erinnerung an einen Horst Wessel die Aehnlichkeit der Vorgänge fort.) Dass man das Vorgehen der Regierung Verwoerd sofort in aller Welt als Ausdruck ihres Rassenkampfes bezeichnete (deutsche Studenten sammelten Geld für die Verbrecher!) öffnete in Südamerika die Augen für die Unehrlichkeit, mit der man über Südafrika zu berichten pflegte, und es begann sich der Papiervorhang erstmalig zu lüften, den man zwischen diesen beiden Subkontinenten aufgerichtet hatte, um sie getrennt zu verspeisen.

Zu diesem Papiervorhang (der um so leichter aufzuhängen war, da die beiden benachbarten Kontinente ihre geistigen Wurzeln im Norden haben und auch ihre Erschliessung und Entwicklung von dorther erfolgte) kommt noch ein Verkehrsvorhang. Es gibt keine direkte Flugverbindung zwischen Buenos Aires und Kapstadt oder Windhuk, obwohl sich eine solche Linie verkehrsgeographisch geradezu aufdrängt. Als der südafrikanische Finanzminister Dr. Diederichs im September 1967 vor der Teilnahme an der Internationalen Währungskonferenz in Rio Besprechungen in Buenos Aires führen wollte, musste er zunächst den Umweg über Portugal und Rio machen. Als andererseits Brasilien eine direkte Frachtlinie zu den portugiesischen Besitzungen in Westafrika anlegte, schrie Schwarz-Afrika zetermordio, da man (mit Recht) befürchtete, es könnte sich über den Südatlantik hinweg ein Verstehen anbahnen, welches das von der Weltpresse künstlich aufrechterhaltene Uebergewicht der neuen Staaten zugunsten einer gesunderen Entwicklung beseitigen würde. Vgl. den Aufsatz "Argentinien und Südafrika" in der "Windhoeker Allgemeinen Zeitung" vom 17.8.66.

Um Plänen, die bei Aerolíneas Argentinas vorliegen, zuvorzukommen, beabsichtigt PAA jetzt einen Direktflug Rio-Johannesburg einzurichten. So soll weiterhin durch Einschaltung der Amerikaner auf diesem Weg eine Unrentabilität der direkten Verbindung Argentinien-Südafrika erreicht werden.

*

URUGUAY

zu Beginn seiner Geschichte Streitobjekt zwischen Argentinien und Brasilien, wurde dann zur beliebten Schwelle des englischen Handels. Seine landwirtschaftlichen Produkte fanden guten Absatz und das Land wurde mit seinem soliden Wirtschaftsleben als die Schweiz Südamerikas bezeichnet. 1952 wurde an Stelle eines Präsidenten ein neunköpfiger Staatsrat eingesetzt. Die Weisse Partei der Konservativen bestimmte nach fast hundertjähriger Opposition das Bild. Doch das Sinken der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt, die Unmöglichkeit positiver Regierung bei einem Staatsrat mit weisser und einem Parlament mit "roter" Mehrheit führten das Land an den Rand des Chaos. 1967 stiegen die Lebenshaltungskosten des Landes weiter um etwa 70 Prozent, der uruguayische Peso wurde erneut abgewertet (*121), ein Streik folgt dem anderen. Die Mittel für eine Modernisierung der Landwirtschaft fehlen. Der Versuch, durch Zentralisierung der Staatsgewalt, Ersetzung des mehrköpfigen Staatsrats wieder durch einen

Präsidenten, der am 1. März 1967 unternommen wurde, brachte keine Lösung, da der damals gewählte Präsident, General Gestido, Ende 1967 verstarb und das Land erneut Ausschau hält nach einem starken Mann, der die in solcher Lage wie Pilze aus der Erde schiessenden subversiven Elemente in Schach hält und den langen, harten Weg des Wiederaufbaus beginnen kann. Einstweilen schauen die Politiker Uruguays mit Neid und Aerger auf die benachbarten Militärregierungen, die den Weg aus ähnlichen Lagen heraus angetreten haben. Das Jahr 1968 war für Uruguay ein einziger Tanz auf dem "Vulkan" (wie der Berg im Hafen von Montevideo genannt wird). Ein Generalstreik jagte den anderen. Tausende von Uruguayern wandern monatlich aus, um andernorts sich ihren Unterhalt zu verdienen. Das Chaos ist da, wenn man im Parlament hört: "50 Patienten des Hospitals Etchepare in Montevideo sind im Juni und Juli dieses Jahres verhungert, 152 Patienten des Irrenhauses seit Januar gestorben. Die Vorgänge sind äusserst bedauerlich, werden jedoch keiner amtlichen Untersuchung unterzogen werden."

---

*121 - Beispielhaft für die Wirtschaftsentwicklung des einst so devisenstarken Landes ist die Entwicklung des Dollarkurses. Ende 1948 bekam man für einen $ noch 1,95 Pesos. Im Oktober 1960 waren es bereits 71 Pesos für den Dollar und heute sind es 99 Pesos.

*

BRASILIEN

verdankt seine Geburt Napoleon. Denn als dieser am 21. November 1806 von Berlin aus die Kontinentalsperre gegen England erklärte, stand Portugal vor der unmöglichen Aufgabe, sich im Rücken der napoleonischen Truppen zu erwehren und gleichzeitig zu versuchen, seine Häfen offen zu halten. Einen Tag vor dem Einrücken Junots in Lissabon flüchtete der Prinzregent nach Brasilien. Mit sich nahm er nach dort den englischen Einfluss und die europäische Auffassung von monarchischer Regierungsform und Hofhaltung. So gelang es ihm nicht, in Brasilien eine bodenständige monarchische Bewegung um sich zu scharen. Obwohl bei seinem Eintreffen begeistert begrüsst (denn jetzt war Brasilien ja zum Zentrum des lusitanischen Bereiches geworden), hielt ihn in der Folgezeit nur die Furcht vor interner Anarchie am Ruder. Als Portugal nach der Vernichtung Napoleons seine Rückkehr forderte (vor allem auch, um der britischen Vorherrschaft im Lande ein Ende zu bereiten), widersetzte er sich, und mit dem "Grito de Iparanga" (*122) wurde ein freies Brasilien 1822 als Kaiserreich geboren. Der Kampf gegen die portugiesischen Truppen im Lande konnte nur bestanden werden dank der von den Grossgrundbesitzern aufgestellten Milizen (*123). Der spätere Grossmeister der Freimaurer, Joao Bonofacio de Andrade formte die

konstitutionelle Monarchie, in welcher die Grossgrundbesitzer regierten. Doch die Monarchie wurde "zwischen den beiden Mühlsteinen, der restlosen Befreiung und der Beibehaltung der Sklaverei" (Samhaber) (*124) unter einem machtlosen Herrscher zerrieben. Als Dom Pedro I. 1831 unter dem Druck des republikanischen Südens (Rio Grande Do Sul) abdankte, wurde Brasilien praktisch bereits Republik, da neben ihm kein Hof und keine monarchische Gruppe stand. Das Kaisertum hat dann unter Pedro II. nacheinander in wenigen Jahrzehnten die grossen gesellschaftlichen Säulen Brasiliens als Stützen verloren: den Grossgrundbesitz, die Armee und die Kirche. Am 15. November 1889 umzingelte Hochgradfreimaurer Marschall Deodoro da Fonseca den Palast und der entthronte Kaiser wurde auf ein Schiff gesetzt und nach Europa gesandt. (*125)

Die "Alte Republik", wie man den dann einsetzenden Abschnitt heute nennt, endete 1930 mit der Diktatur von Getulio Vargas, bis dahin Gouverneur von Rio Grande Do Sul. In den Sattel gehoben wurde er von dem brasilianisch-jüdischen Pressekönig Chateaubriand, woraus sich somit seine an sich erstaunliche scharfe Wendung gegen das Deutsche Reich erklärt. Estado Novo heisst der damit beginnende Abschnitt brasilianischer Geschichte. Gekennzeichnet ist er durch umfangreiche Sozialmassnahmen, Nationalisierung bedeutender Industriezweige (Petroleum) und deren Ausbau, und die Kopierung national-sozialer Massnahmen von Deutschland, was aber aus den eben angeführten Gründen nicht hindert, dass Vargas 1939 Deutschland den Krieg erklärt (*126). Ein Militärputsch machte seinem Regime 1945 ein Ende (*127). So wurde das demokratische System wieder hergestellt. Seine Krisen setzten sich dann fort bis wieder einmal ein Diktator der besonders unter Kubitschek gigantisch gewordenen Korruption (128*) ein Ende setzte. Ein Dilettant, ehemaliger Volksschullehrer, völliger Aussenseiter, Janio Quadros, verscheuchte vorübergehend die unter Kubitschek grossgewordenen Staatsverdiener, führte aber ein Chaos der Wirtschaft herbei. Als ihm die Probleme über den Kopf wuchsen, trat er zurück. Sein verfassungsmässiger Nachfolger war Joao Goulart, bisheriger Vizepräsident. Der kam schnellstens aus Rotchina zurück, wo er sich gerade unterrichtete, und erreichte durch geschickte Zwischenschaltung seines Schwagers Lionel Brizzola, die starke Opposition gegen seinen Amtsantritt zu täuschen. Sein Ministerpräsident wurde Tancredo Neves, eine der dunkelsten Figuren der Vargaschen Verfallszeit. Die linksextreme "Nationale Befreiungsfront" bereitete die Räterepublik vor, während dunkle Geschäftemacher aus Kubitscheks Zeiten ihre Schiebungen fortsetzten. Das Land aber verkam, da die grossen Entwicklungspläne, die unsere Zeit erfordert, unterlassen wurden. Der Volkszorn machte sich in einer für Brasilien bis dahin nicht gekannten Streikwelle Luft, die geschickt in das linke Fahrwasser gesteuert wurde. In dieser Lage riss dem Heer die Geduld und in der Person Castelo Brancos wurde die "Demokratie" beendet. Ueber eine Million Personen nahmen im April 1964 an der Dankprozession in Rio teil, die das Ende Goularts feierte. Die nationalistische Untergrundbewegung MAC stellte ihre Tätigkeit ein. Marschall Humberto Castelo Branco löste die politischen Parteien auf und ordnete den Staat.

Die ersten Schläge mussten vom Ausland her abgewandt werden. Angesichts der versuchten Washingtoner Erpressungen wurde betont, dass Brasilien sich jegliche Einmischung in seine Angelegenheiten ernstlich verbittet. (*129) Trotz dieser Zurückweisung ging Castelo Branco dann aber doch den Weg aussenpolitischer Zusammenarbeit mit den USA. (*130) Ohne Rücksicht auf persönliche Volkstümlichkeit erliess er innenpolitische und steuerrechtliche Normen, die wieder gesunde Verhältnisse schufen. Er beschnitt sogar die finanziellen Privilegien der Abgeordneten. Diese setzten sich fast ausschliesslich aus der von ihm geschaffenen neuen Partei zusammen. Dieser und dem "Kronprinzen" Costa

Da Silva übergab er erst die Macht, nachdem er selbst alle unbequemen Gesetze erlassen hatte. Als er am 18. Juli 1967 bei einem Flugzeugunfall ums Leben kam, hinterliess er eine Meute aufgeregter Kritiker, denen die Säuberung der Verwaltung "zu hart", das neue Pressegesetz "undemokratisch", die Exekutive "zu diktatorisch" war, aber ein Land, das sich in innerer Ruhe an den weiteren Aufbau machen konnte.

Vorherrschend ist für die neue Regierung die Sorge um die Landwirtschaft, die sich auf neue, rationellere Methoden umstellen soll (*131). Der Agrarkredit soll deswegen vergrössert und die Kaufkraft der Landbevölkerung für die wachsende Industrie verbessert werden. Die Stahlindustrie soll erweitert werden, gleichzeitig ist an einen weiteren Ausbau des Erziehungswesens und der technologischen Forschung gedacht. Wer Brasilien kennt, weiss, dass es im Gegensatz zu anderen Ländern nicht bei Worten bleibt. Bezeichnend für die Haltung der führenden Männer Brasiliens war die Rede, die der Bürgermeister von São Paulo im Juni 1968 bei Einweihung eines neuen Viadukts hielt: "Wir wollen die für später versprochene "bessere Zukunft" in der Gegenwart gestalten. Es gibt keine Zauberformeln, um ungünstige Umstände und Verhältnisse zu ändern. Wir müssen für alles, das besser werden soll, bezahlen, und zwar mit Arbeit und wieder Arbeit." Dass auch in Brasilien die politische Unterwelt trotzdem mit "Zauberformeln" einige Leichtgläubige begeistern konnte, führte zu den für 1968 typischen Studentenunruhen, denen die Regierung in Verteidigung der Staatsinteressen mit Schärfe entgegentrat. Die gleiche Schärfe wurde angewandt gegen jene Verbrecher, die als Beamte des (inzwischen aufgelösten) Schutzdienstes für die Indianer diese von ihren Ländereien im Interesse skrupelloser Grundstücksmakler verjagten, "niederschossen, vergifteten, kreuzigten". In dem entsprechenden Kongressbericht vom 20. Juni 1968 heisst es: "Wir hatten angenommen, alle Arten von Grausamkeiten aufgedeckt zu haben, bis sich in dieser Woche neue ereigneten: im südlichen Teil des Staates Rio Grande do Sul wurden die Indianer bis auf die Haut entkleidet, in schneebedeckte Gebiete geführt, dort angebunden und zu Tode gefoltert."

Während so die Regierung gegen die Auswüchse im Innern anzukämpfen hat, protestierte sie scharf gegen den Atomsperrvertrag ("Gehirnsperrvertrag", wie Dr. Kleist ihn mit Recht nennt) (*132). Sie sieht in ihm den Versuch einer Bevormundung durch die Supermächte. Bremsend wirken sich für die Entwicklung Brasiliens die starke Verstaatlichung der Industrie und die Rückständigkeit des Erziehungswesens aus, doch in beiden Fällen stehen auch bereits die unehrlichen Helfer bereit, eine Aenderung der Verhältnisse dazu zu benutzen, um bei strukturellen Veränderungen in Brasilien fester Fuss fassen zu können. Konkrete Formen hatte die Wühlarbeit der "Liberalen" und der "Fortschrittlichen" Ende 1968 angenommen, als die Regierung zur Verhaftung von 200 Personen und zur Pressezensur, sowie zur Auflösung der Parteien schreiten musste, da man die Pläne für einen Ende Januar 1969 geplanten Aufstand fand. New York gab sofort den Aufwieglern Hilfestellung und sperrte die Wirtschaftshilfe für Brasilien. Ein Land, das es gewagt hatte, soeben in den UN (zusammen mit Perú und anderen) die Fronde gegen Südafrika und Portugal nicht mitzumachen (Generalversammlung 22.12.68) verdiente doch nicht die gleiche Nachsicht, die man etwa einem Israel gegenüber an den Tag legte, als dieses den Internationalen Flughafen von Beirut angriff (27.12.68). Man schrie von Sanktionen gegen die "Militaristen", nicht etwa in Israel, sondern in Brasilien. (*132a)

*122 - "Unabhängigkeit oder Tod!" hatte Dom Pedro am 7. September 1822 vom Pferde aus den versammelten Paulistanern zugerufen. Es war die heute noch gefeierte Geburtsstunde eines freien Brasilien.

*123 - Bemerkenswert, dass nicht nur diese in der Form der alten Bandeirantes auftretenden Milizen, sondern auch die Benavides in Chile und die Volksheere in Venezuela massgeblichen Anteil an der Befreiung ihrer Länder hatten. Auch Peróns letzte Waffe war die Bewaffnung der Volksmassen gewesen. In Zusammenarbeit mit dem Heere sollten die Gewerkschaften im August 1955 bewaffnet werden, doch kam es nicht mehr zu diesem Schritt, der das Land fraglos in ein Blutbad verwandelt hätte. Bemerkenswert aber ist der allgemeine Zug südamerikanischer Geschichte, wonach Volksheere eine wesentliche Rolle in ihr spielen. Guerillas dagegen, vereinzelte Gruppen politischer Sektierer, kamen nur mit ausländischer Hilfe und nur in Ausnahmefällen ans Ruder, wie das Beispiel von Kuba zeigt. Sie stellen dann auch einen Bruch der geschichtlichen Entwicklung dar.

Ernst Samhaber (aaO S. 600) weist in diesem Zusammenhang noch auf folgendes hin: "Es ist eigenartig zu beobachten, wie im spanischen Amerika, das während der Kolonialzeit so gut wie kein Heer besass, sofort nach der Unabhängigkeit ein ausgesprochen militärischer Geist beherrschend wird, während das portugiesische Amerika, das während der Kolonialzeit an der Küste eine verhältnismässig stattliche Armee kannte, nach der Unabhängigkeitserklärung einen ausgesprochen militärfeindlichen Geist entwickelt."

*124 - Interessant ist der schwindende Anteil der Neger an der Bevölkerung Brasiliens. Von den 3 Millionen Einwohnern Brasiliens um 1800 waren 1 Million Negersklaven, 1 Million freie Farbige und 1 Million Weisse oder Mischlinge. 1880 zählte man nur noch 1,5 Millionen Schwarze bei bereits 2 Millionen Weissen. Noch stärker nahm der Anteil der schwarzen Bevölkerung in Buenos Aires ab, wo zur Zeit Rosas' Mitte des vorigen Jahrhunderts fast die Hälfte der Bevölkerung aus Negern bestand, während man heute kaum einen Neger mehr sieht. Weniger Abwanderung als klimatisch-sanitäre Gründe sind dafür verantwortlich.

*125 - Vgl. auch José María Bello: "A History of Modern Brazil", Stanford/Calif. 1966. Bello weist darauf hin, dass die republikanische Bewegung, der Pedro II. zum Opfer fiel, nicht allein den notwendigen Impuls hätte geben können. Es "verbreitete sich vielmehr die Illusion, die Prosperität der USA werde in Brasilien ebenso erreicht werden, wenn man deren republikanisch-föderalistische Verfassung annehme". Das Vorgehen ist bezeichnend für die Vorbereitung des Sturzes von Monarchien durch die Freimaurerei. "Die breiteren Kreise der brasilianischen Bevölkerung nahmen an den politischen Vorgängen damals und später keinen aktiven Anteil." (Bello)

*126 - und ein sehr hässlicher Feldzug gegen die Deutschen im Lande einsetzt, gegen einen Bevölkerungsteil, dem Brasilien sehr viel positive Aufbauarbeit verdankt. Den niedrigen Instinkten der Volksmassen wurde mit der Vernichtung deutscher Geschäfte in Rio und andern Ortes ein Ventil geöffnet. Deutschen Bauernkindern im Süden, die kein Wort portugiesisch sprachen, wurde mit schärfsten Strafen verboten, ihren Ochsen deutsche Befehle zu geben. Das Expeditionskorps, welches Brasilien in den Kreuzzug gegen Deutschland entsandte, rekrutierte sich zum Teil aus Deutschbrasilianern. Es hat sich übrigens ganz hervorragend zum Beispiel am Monte Cassino, geschlagen. Den Alliierten kam dieses

Kanonenfutter gerade recht.

Vgl. zu deutsch-brasilianischen Vorgängen das "Staden-Jahrbuch", herausgegeben vom Instituto Hans Staden in São Paulo, und die Mitteilungen der Federaçao dos Centros Culturais, 25 de Julho in Sao Leopoldo/RGS.

*127 - Vargas selbst erschoss sich. Mitglieder seiner Leibwache wurden als gedungene Mörder überführt.

*128 - "Ich stehle, wie alle anderen es vor mir taten, aber ich tue wenigstens auch etwas" ist sein bekannter Ausspruch. Er tat tatsächlich manches: Brasilia, die neue Hauptstadt Brasiliens, ist sein Werk. Tausende von Kilometern neuer Autostrassen haben erst unter ihm einen grösseren Teil Brasiliens zusammengefügt. Beide Taten bedeuten eine völlige Aenderung der brasilianischen Infrastruktur. Um die notwendige Industrialisierung vorantreiben zu können (2 Millionen Industriearbeiter 1960, eigene Hochöfen), benötigte er Anleihen aus den USA. Er tritt ihnen dagegen die Insel Fernando Noronha als militärischen Stützpunkt ab. Insbesondere als Beobachtungsstation für interkontinentale ferngelenkte Raketen wird er seitdem von den Vereinigten Staaten benutzt.

*129 - Wiederholt wurde diese Bestätigung des Prinzips der Nichteinmischung dann aus Anlass des Regierungswechsels in Argentinien. Als man versuchte, Brasilien in eine "demokratische Front" einzureihen, verlautbarte das Itamaraty, das brasilianische Aussenministerium: "Brasilien hat keine vorgefasste Meinung bezüglich der politischen Lage in irgendeinem befreundeten Lande, und unter gar keinen Bedingungen werden wir die Beachtung des Grundsatzes der Nichteinmischung verleugnen."

*130 - Die Zusammenarbeit mit Nordamerika zeigt sich auch darin, dass in der neuen Frachtenkonferenz vom August 1967 nur noch brasilianische und nordamerikanische Schiffe sich an Frachten an die amerikanische Ostküste beteiligen können. Es handelt sich dabei insbesondere um die bedeutenden Kaffeeverfrachtungen. Die nordischen Länder, die daran bislang stark beteiligt waren, sind ausgeschaltet worden.

Kaffee wird von den USA seit Beginn des letzten Krieges von Brasilien in beachtlichem Umfang abgenommen. Diese Entwicklung war die wichtigste wirtschaftliche Voraussetzung für den Kriegseintritt Brasiliens. Vor dem Kriege kam es vor, dass Brasilien in einem einzigen Jahr 30 Millionen Sack unabsetzbaren Kaffee hatte. 1940 kam ein interamerikanisches Kaffeeabkommen zustande, wonach sich die USA zur Abnahme grösserer Mengen verpflichteten. Der Verbrauch stieg so im Jahr 1945 auf 1,3 Mio.t. Das ist mehr als die Hälfte des Weltbedarfs. Eine interamerikanische Kaffeezentrale regelt seit 1941 Produktion, Verbrauch und Preise. Nach Wiederöffnung der europäischen Häfen bemühten sich die Erzeugerländer (Brasilien 60% der Welterzeugung), dort bessere Preise zu erzielen, doch das Washingtoner Amt für Preisüberwachung wollte nur zum alten Preis abnehmen. England bemühte sich vergebens, die Stelle Hamburgs als Transithändler für Kontinentaleuropa zu übernehmen. Das "amerikanische" Bremen konnte sich statt dessen einschalten. Im Oktober 1946 wurden dann die im Kriege festgesetzten Höchstpreise aufgehoben. Der Kaffee wurde einstweilen teurer. Im Jahre 1966 kam es zu ernsten Differenzen, weil die nordamerikanische Kaffeebehörde von Brasilien eine Besteuerung des Pulverkaffees forderte, damit dieser zu Preisen angeboten werde, bei denen die nordamerikanische Pulverkaffeefabrikation konkurrenzfähig bleibe. Andere Schwierigkeiten traten mit Kuba auf, das seine Mitgliedschaft im Internationalen Kaffeeabkom-

men (dem von den UN abhängigen Nachfolger der genannten amerikanischen Behörde. Sitz in London) im September 1966 zurückzog, da es sich "aus politischen Gründen diskriminiert sah von den Vereinigten Staaten" (Ausfuhr ging von 250 000 auf 50 000 Sack zurück), ähnlich wie Rhodesien bezüglich der Tabakausfuhr amerikanischer Diskrimination ausgesetzt ist.

Brasilien versuchte nach dem Kriege auch mit Erfolg, die Mateausfuhr zu erweitern. London, das sich verzweifelt bemühte, den durch den Krieg bedingten Vorsprung der USA im Welthandel wieder einzuholen, verpflichtete sich zur Abnahme grösserer Mengen – zum Nachteil des Teeimports aus seinen eigenen, allerdings damals noch zum Teil verwüsteten Plantagen in Süd- und Südostasien.

Zu dem Thema der Beziehungen zu Nordamerika gehört auch die dauernd notwendige Wachsamkeit bezüglich des Amazonasgebietes. Seit den Tagen der ACRE-Republik und den grossen Fordschen Gummiplantagen wiederholt sich immer wieder das Gerücht, dass die USA Absichten auf dieses noch kaum erschlossene Gebiet hegen. Anfang 1968 erschienen erneut alarmierende Nachrichten darüber in der brasilianischen Presse, doch kann man amerikanischen Privatleuten bei der derzeitigen brasilianischen Gesetzgebung ebensowenig den Landkauf im Amazonasgebiet verbieten, wie die Schweiz es im Tessin den Deutschen gegenüber kann.

*131 - Die Zunahme der Agrarproduktion bleibt bedenklich hinter dem Anwachsen der Bevölkerung zurück. Im Jahre 1967 ist sogar ein Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion um 0, 34% zu verzeichnen gewesen. Den wohl grösseren Ernten der neubestellten Böden stehen sinkende Ergebnisse der alten Böden gegenüber. 63% der Bevölkerung hängen von der Landwirtschaft ab. Eine besondere Rolle spielt der Nordwesten, der mit seinen trostlosen Verhältnissen an Indien erinnert. Das grosse Stauwerk am Rio San Francisco konnte noch nicht die landwirtschaftliche Produktion bessern. Dem wirkt auch der Charakter der dortigen Bevölkerung entgegen, die seit dem Zusammenbruch der Zuckerbarone von einst nicht mehr an geordnete Arbeitsverhältnisse gewöhnt ist. Vgl. Gilberto Freyre, "Nordeste", Buenos Aires 1943.

*132 - Wir erleben heute mit der Atomenergie den gleichen Vorgang, den wir in allen anderen Phasen der wissenschaftlichen Ausweitung unserer Möglichkeiten erlebten. Einen Giordano Bruno liess die Kirche verbrennen, die Jesuiten aber waren die ersten, die rund um die ganze Erde, von Italien bis Perú und Kapstadt Observatorien errichteten, um als erste ins neue Bild gesetzt zu werden. Dass eine Regierung wie Bonn bisher jeden der Vorschläge der Supermächte in Genf sofort lauthals begrüsst hat, um dann erst auf Grund der nicht mundtot zu machenden Kritik verantwortungsbewusster Deutscher wieder etwas zurückzustekken, zeigt, mit wie wenig Berechtigung diese Regierung sich anmasst, deutsche Belange zu vertreten.

*132a - Ein Schlaglicht auf die Unterminierung des Erziehungswesens in ganz Südamerika wirft die Tatsache, dass mit dem Regierungsantritt Onganías in Argentinien Kommunisten und Zionisten die Hochschulen verlassen mussten und sich sofort jenseits der Grenzen erneut betätigten. Chile wies jetzt nach den dortigen Studentenunruhen solche "argentinischen" Professoren wieder aus, die auf so schöne Namen wie Naum Fraidenraich, Norberto Majlis u. ä. hören. Argentiniens Aussenminister betonte vor der Presse: "Das ist eine intern chilenische Angelegenheit, denn die Professoren werden nicht etwa ausgewiesen, weil sie Argentinier sind."

*

III. NORDAFRIKA UND DER VORDERE ORIENT

MAROKKO

wurde am 2. März 1956 unabhängig. Bedingt durch die Erschütterungen der Französischen Protektoratsherrschaft (seit 1912) während des II. Weltkrieges war es zu Unruhen gekommen, in deren Verlauf Frankreich den Sultan Sidi Mohammed ben Jussuf 1953 des Landes verwies und in Madagaskar internierte (*133). Es kam jedoch zu Aufständen insbesondere der Berber unter El Glaoui, dem Pascha von Marrakesch (*134). Frankreich holte daraufhin den Sultan zurück und setzte ihn erneut im Oktober 1955 in sein Amt ein, um dann eben mit ihm die Unabhängigkeit des Landes zu vereinbaren.

Unmittelbar darauf wurde die Internationale Zone von Tanger aufgelöst (*135) und ein Uebereinkommen über die weiterhin von Spanien verwaltete Nordzone von Melilla getroffen. Enge Beziehungen zu Spanien kennzeichnen diese Phase. Getrübt wurden sie jedoch durch die Forderung Marokkos auf Eingliederung des Gebietes von Ifni. Sie erfolgte später auf Grund von Wahlen in ihren südlichen Teilen. Die Errichtung eines selbständigen Mauretanien 1960 führte zu ergebnislosen Protestschritten vor den UN. Ernsterer Natur nur waren die Schwierigkeiten mit Algerien, die Ende 1963 zu dem sogenannten "Oasenkrieg" führten (*136). In den Jahren des Kampfes gegen Frankreich verband enge Freundschaft noch die beiden Länder des Maghreb. Doch nach dem Abzug der Franzosen aus Algerien und mit der Errichtung des nach und nach selbstherrlicheren Regimes Ben Bellas entwickelten sich die marokkanisch-algerischen Differenzen. Hatte Sidi Mohammed noch unter dem Eindruck der Stellung gegen Frankreich eine Wendung zum Ostblock hin gemacht (Afrika-Gipfelkonferenz in Casablanca 1961), so wandte sich sein Nachfolger, Mulay Hassan, der im Februar 1961 den Thron als Hassan II. bestieg, wieder mehr dem Westen zu. Das monarchische Prinzip wird gegenüber der Diktatur in Algerien deutlich betont. Eine Bereinigung der Struktur des Landes von Ueberresten der französischen Verwaltung wird fortgesetzt, insbesondere die 1913 in den sogenannten "modernen Gerichten" etablierte Sondergerichtsbarkeit für Ausländer abgeschafft und mit Frankreich eine Einigung über die auf ehemaligem Staatsboden tätigen französischen colons erzielt.

Verglichen mit der französischen Zeit herrscht im Lande Arbeitslosigkeit, Unsauberkeit und Bestechungswesen. Im Frühjahr 65 kam es infolge des Abzugs französischer Bauern zu Hungerunruhen. Ueberhaupt ist ja der Abzug der Franzosen nach der Unabhängigkeit des Landes wesentlich für den allgemeinen Niedergang der Wirtschaft. 1936 zählte man etwa 240 000 Franzosen in Marokko. 1956 war die Zahl auf 550 000 angewachsen und heute sind es nur noch rund 150 000. Mit diesen fleissigen Europäern ging ein starker Kapitalabzug parallel von etwa 60 Mio. Dollar pro Jahr seit der Unabhängigkeitserklärung, also etwa 10% der jährlichen Staatseinnahmen Marokkos, während vorher laufender Kapitalzufluss die Regel war. Im Juni 1965 wurde der Ausnahmezustand verhängt und das parlamentarische System aufgehoben. An Stelle der einstigen Ordnung ist allgemeine Misswirtschaft getreten. Es ist der marokkanischen Führung nicht gelungen, den Europäer zu ersetzen. Ist auch das anfängliche antieuropäische Klima mit dem Wunsch nach "Marokkanisierung" inzwischen sachlicheren Gesichtspunkten gewichen, so steht Marokko mit seinen Bemühungen um eine Entwicklung insbesondere seiner Landwirtschaft und des als devisenbringend erkannten Fremdenverkehrs erst am Anfang. Langsam nur fasst der Franzose wieder Vertrauen, in diesem Lande zu investieren.

Bemerkenswert ist das Verhältnis der Juden zur mohammedanischen Mehrheit in diesem Lande, wo der Islam Staatsreligion und der Sultan Oberhaupt der Kirche ist. Seitdem feststand, dass Frankreich das Land aufgeben würde, gab es eine dauernde Abwanderung von Juden, die sich heimlich vollziehen musste, da Marokko einer solchen Stärkung Israels feindselig gegenüberstand (*137). Man schätzt diesen Abgang auf 250 000 Personen. Als die Welt und insbesondere die arabische Welt sich 1967 über erneute Aggression Israels empörte, wandten sich führende Juden in Marokko mit einer Ergebenheitserklärung an den Sultan. Rechtsanwälte, Professoren, Aerzte, Ingenieure und hohe Verwaltungsbeamte hatten mit unterzeichnet. Sie bezeichneten sich als antizionistische Juden und sprachen von dem "legitimen Zorn der arabischen Massen gegen Israel". Sie widersprachen der öffentlichen Meinung, die Judentum und Zionismus vermenge. Der arabische Freiheitskampf sei im wesentlichen antiimperialistisch. "Der Zionismus ist die Negation der jüdischen Ideale, die aus der jüdischen Frage während Jahrhunderten einen unablösbaren Bestandteil der Sache der Demokratie und des Antirassismus gemacht haben." Verbunden den jüdischen Traditionen müssten sie den Zionismus bekämpfen, und dürften insbesondere Israel nicht als zweites Vaterland der Juden betrachten (*138). Diese Erklärung ist eine Antwort auf Hassans wiederholte Forderung, Marokkos Juden seien "voll und ganz Marokkaner". Er stützt sich dabei auf die jahrhundertealte Tradition der Almohadendynastie, die seit Vertreibung der Juden aus Spanien diesen Zuflucht gewährt hatte.

Innerpolitisch bleibt die Situation gespannt, sodass der König im Februar 1968 erneut betonen musste, dass er noch nicht an eine Wiedereinführung des Parlamentarismus denken könne. Nationale Forderungen der Istiqlal, die sich gegen Spanien wegen seiner angrenzenden Besitzungen richten, finden daher keinen unmittelbaren Niederschlag in der Politik Marokkos.

*133 - Bei der Landung der USA-Verbände 1942 in Marokko war es zunächst zu tagelangen sehr schweren Kämpfen der Vichy-treuen Franzosen gegen diese gekommen. Der Sultan schickte unmittelbar danach seinen Schwager unter dem Vorwand, einen Arzt aufsuchen zu müssen, nach Tanger, von wo aus dieser ein schriftliches Hilfeersuchen über Offiziere der Abwehr an den Führer sandte. Er bot darin "300 000 gut erprobte Soldaten" an und erbat, diesen an bestimmten Stellen des Landesinnern durch Flugzeuge Waffen abzuwerfen und Instrukteure zu senden. Das Gesuch wurde von Angehörigen der Abwehr in seinem militärischen Wert sehr positiv beurteilt (der Chronist hatte es persönlich in Händen gehabt), und vom Amt Abwehr ans Auswärtige Amt weitergeleitet. Als keine Antwort kam, nahm der Sultan das grosse Risiko auf sich, ein zweites Gesuch abzusenden. Auch dieses blieb unbeantwortet. Einerseits waren es Rücksichten auf Frankreich und Spanien, die die deutsche Aussenpolitik damals leiteten, andererseits aber die gleich seltsame Einstellung, man müsse alle Fragen, "die ein neues Politikum schaffen könnten (Befehl des Verbindungsoffiziers zum Auswärtigen Amt an die Abwehroffiziere) bis nach dem Kriege zurückstellen". Diese Einstellung hat nicht wenige von ihnen in die Richtung des "20. Juli" getrieben.

In anderem Zusammenhang schreibt zB Dr. Kleist über die gleiche "Politik" im Osten: "Es ist heute populär geworden, die Ursachen des deutschen Zusammenbruches über Gebühr zu vereinfachen und zu behaupten, der Krieg sei verloren gewesen, indem er begonnen wurde. Richtig scheint die entgegenstehende These zu sein, dieser Krieg hätte überhaupt nicht verloren werden können. Denn sie eröffnet die Einsicht in die ganze Summe der Fehler, durch die, man möchte fast sagen, mit deutscher Gründlichkeit, jede der Chancen, die sich immer wieder anboten, die sich aufdrängten, Stück um Stück und Zug um Zug zerschlagen wurden. Aber diese Einsicht, die heute offenkundig ist, konnten und wollten wir damals noch nicht haben. Der Ostfeldzug war Tatsache geworden, es war zu spät, über Für und Wider zu diskutieren. Die Notwendigkeit und die erkannte Möglichkeit der Niederwerfung des Sowjetregimes zwang sich auf. Der Gedanke, dass man ohne die politischen Mittel, nur gestützt auf die rein militärische Macht, einen Krieg gegen die Sowjet-Union wagen würde, dieser absurde Gedanke kam niemandem von uns in den Sinn. Die Chance der Gewinnung der Sowjet-Völker lag so nahe und war so positiv und überzeugend, dass man sie gar nicht übersehen und beiseiteschieben konnte... Im Rücken der deutschen Armeen bildete sich in Lemberg eine ukrainische Nationalregierung. Ihre Mitglieder wurden — verhaftet und nach Sachsenhausen geschleppt. Den russischen Ueberläufern, die um Bewaffnung baten, um den Kampf für die Befreiung ihrer Heimat aufzunehmen, wurde mit dem Befehl zur Erschiessung der Kommissare geantwortet. In Litauen hatte sich schon einen Tag vor dem Erscheinen der deutschen Spitzen eine anti-russische Regierung gebildet, die den Krieg auf deutscher Seite fortführen wollte. Es gelang General von Rocques, sie vor der Verhaftung zu schützen, aber er musste ihr befehlen, jeden Anschein einer souveränen Regierung zu vermeiden. Die litauischen, lettischen und estnischen Armeen... stellten sich den deutschen Generalen zur Verfügung, aber ihr Angebot wurde missachtet. Das Auswärtige Amt bildete in aller Hast ein Russland-Komitee. Jedoch der Streit um die Zuständigkeit war schon verspielt. Alfred Rosenberg, der Leiter der weltanschaulichen Schulung der NSDAP und Chef des Aussenpolitischen Amtes der Partei, wurde zum "Reichsminister für die besetzten Ostgebiete" ernannt." So verriet Hitler seine eigenen Ideale von der Selbstbestimmung der Völker und förderte die kurzsichtige Gier seiner Par-

teiführer. Im Schatten der Untätigkeit des Auswärtigen Amts konnten sie eine Welt, die ihre Rettung erhofft hatte, verspielen. Die Frage bleibt noch offen, ob ein zunehmender gesundheitlicher Zerfall Adolf Hitlers hier eine wesentliche Rolle spielte (vgl. Hans-Dietrich Röhrs, "Hitlers Krankheit", Neckargemünd 1966 und derselbe, "Hitler, die Zerstörung einer Persönlichkeit", Neckargemünd 1965) oder ob seine politischen Gegner Recht haben mit der Behauptung, dass dieser Mann von Anfang an von einseitigem Machtwahn besessen dem Ziel einer rücksichtslosen Beherrschung anderer Völker zustrebte. Angesichts der fehlenden ethischen Basis bei seinen mit so ungeheuren Verbrechen belasteten Gegnern wird man solche Behauptung mit der Methode "Haltet den Dieb" abtun dürfen. Ich neige daher zu der Auffassung, dass Hitlers Schwäche für "die alten Parteigenossen" in Verbindung mit seiner seltsamen Lebensführung seit Beginn des Russlandfeldzuges verantwortlich zu machen sind für diese Entwicklung, dass seine Friedensleistungen trotzdem weit, weit über denen seiner demokratischen Vorgänger stehen, dass ohne sein Handeln Europa schon in den 30er Jahren im roten Chaos versunken wäre.

Und was den nichtbeantworteten Hilferuf des Sultans von Marokko betrifft, so steht er ja gewiss nicht vereinzelt da. Für unsere Jahrzehnte sind die nichtbeantworteten Hilferufe Untergehender ja geradezu proportional mit dem Anwachsen der philanthropen Reden gerade auch westdeutscher Politiker angeschwollen. Der Besuch des Ministerpräsidenten von Singapore in diesen Tagen in London, um den Abzug britischer Truppen zu verhindern, die Behandlung der Ibos in Biafra durch die europäischen stolzen Entwicklungs-"Helfer", das ganz allgemeine feige sich aus der Verantwortung zurückziehen, reicht eben von einem Ribbentrop bis Wilson. Völlig vergebens erheben die Wissenden ihre Stimme (vgl. Gustav Adolf Rein, "Die geschichtliche Verantwortung Europas für die überseeische Welt" in den Historisch-politischen Heften der Ranke-Gesellschaft, Göttingen 1966). Völlig auseinandergebrochen ist die Welt, in welcher früher ein gesundes Verhältnis von Rechten und Pflichten Richtlinie des Handelns noch für einen Bismarck war. Es werden einerseits Riesensummen im Rahmen einer sogenannten Entwicklungshilfe gezahlt, die politisch vollkommen in der Luft liegen, ja die ausdrücklich "ohne jegliche politischen Bindungen", aber oft auch ohne sachliche Berechtigung gegeben werden, wobei der Verdacht entsteht, es sei gerade diese Sinnlosigkeit wiederum ganz bewusst politisch bedacht und zwar von einer Minderheit, der an dieser so geförderten allgemeinen Auflösung gelegen ist.

Dem Angebot des Sultans von Marokko lief zeitlich parallel die Denkschrift, die der Grossmufti von Jerusalem am 18. November 1942 dem Verbindungsoffizier des OKW in Rom überreichte, und in welcher er auf die Bedeutung der maghribinischen Frage und die Möglichkeit einer gefährlichen Entwicklung aber auch auf eine dem Reich günstige politische Beeinflussung hinwies. Fritz Grobba schildert das Schicksal auch dieser Vorschläge im Auswärtigen Amt in seinem bedeutenden Buch "Männer und Mächte im Orient" (Göttingen 1967).

Der Berichterstatter hielt im September 1942 vor Offizieren des OKW in Drei-Aehren im Elsass bei einem Heimaturlaub einen Vortrag, in welchem er auf den schwachen Punkt in der europäischen Strategie hinwies, den Marokko darstellte, und die Möglichkeiten aufzeigte, die dann ja in den Darstellungen des Sultans und des Grossmufti einerseits, in der alliierten Landung andererseits, schon so schnell ihre Bestätigung fanden. Es wurde ihm nach dem Vortrag von einem gutwilligen Oberst nahegelegt, diesen Vortrag nicht zu wiederholen, da er an höchster Stelle nicht willkommen sei.

Die Landung der Amerikaner an der Küste Marokkos kreuzte sich mit einem, allerdings nicht ganz so umfangreichen deutschen Unternehmen. Deutsche

Abwehrangehörige waren in Bordeuax auf einem kleinen Segelschiff gestartet, um den illegal kämpfenden Südafrikanern Nachrichtenapparaturen usw. zu überbringen. Sie segelten genau in den amerikanischen Aufmarsch hinein. Ein US-Torpedoboot hielt Kurs auf sie. Da stellten sich die Deutschen an den Bug und brüllten ein Hoch auf Roosevelt hinüber. Sie blieben ungeschoren und konnten so mitten im Kriege eine seglerisch einmalige Leistung vollbringen. Nach erfülltem Auftrag kehrten sie wohlbehalten in den Ausgangshafen zurück.

Die unverständliche aussenpolitische Passivität des Deutschen Reiches im II. Weltkrieg findet ihre (ebenso unverständliche) Parallele in den heutigen Verhältnissen, wenn zB der Finanzminister der BRD, Josef Strauss, im Anschluss an die Bonner Währungskonferenz vom November 1968 (s.d.) ausdrücklich verlautbaren lässt, "dass den Beschlüssen keinerlei politische Absichten zugrunde liegen".

*134 - Wobei die Einschaltung der Amerikaner erneut deutlich wurde. Diese bemühten sich seit ihrem Einfall in Marokko 1942 um eine Beseitigung der französischen Herrschaft. Ihnen waren seinerzeit mehrere Flugplätze zur Verfügung gestellt worden. Eisenhower versprach 1959 bei seinem Besuch in Rabat den Rückzug der amerikanischen Truppen und El Gloui bat den Sultan um Verzeihung für den von ihm geführten Aufruhr.

Die amerikanische Politik einer Einflussnahme auf Marokko, welches ihnen ja schon einmal als Einfalltor zu Europa gedient hatte, wurde erneut sichtbar im "Fall Ben Barka". Dieser in Paris im Asyl lebende marokkanische Politiker war Gegner der Monarchie und erstrebte als Ergebnis der Unabhängigkeitsbewegung eine Republik. Er wurde Anfang 1966 entführt und ermordet. Die amerikanische CIA wusste von der Entführung noch vor ihrer Ausführung. Sie brachte so De Gaulle in (gewünschte) innerpolitische Schwierigkeiten und in den (ebenfalls gewünschten) Misskredit in der Farbigen Welt.

*135 - Die Beseitigung der Freihandelszone war für die Wirtschaft Tangers katastrophal. Seit 1967 versucht Rabat, durch Zollfreiheit für in Tanger umgeschlagene Waren der Stadt wieder einen gewissen Touristenstrom zu gewinnen.

*136 - Ausgelöst war der Konflikt um die Oasen Hassi Beida und Tindjub durch die Entdeckung reicher Mineralvorkommen. Die Grenze war dort niemals genau festgelegt worden. Der algerische Präsident Ben Bella sandte Unterhändler nach Marrakesch, doch während diese dort mit marokkanischen Ministern beim Nachmittagstee sassen, hielt er selbst eine Rede, in welcher er zum Krieg aufrief. "Tausende von Freiwilligen" strömten zu den Waffen und Marokko war gezwungen, Verstärkungen in seine Wüstenpositionen zu entsenden. (Ben Bella beschuldigte sofort die USA, diese Transporte durchgeführt zu haben. Diese dementierten, dass Transporte "mit amerikanischen Flugzeugen" durchgeführt worden seien.) Der Krieg endete mit einem Sieg der Marokkaner. Der Held war der General Ufkir, seitdem der starke Mann in Marokko, später der angebliche Auftraggeber für die Mörder Ben Barkas.

*137 - Im Januar 1961 sank eine Jacht mit 42 marokkanischen Juden vor der spanischen Küste und machte die Welt auf diesen Exodus aufmerksam. Auf "Seelenverkäufern" flüchteten die Juden bei Nacht und Nebel aus dem Lande ihrer Väter.

*138 - Bekannt wurden zu diesem Thema die besonders in der "Deutschen National-Zeitung" zu Worte kommenden Juden aus aller Welt, während der deutsche

Zentralrat der Juden demgegenüber eine scharfe Verteidigung des Zionismus vornahm und darin deutlich von Bonn sekundiert wird.

In den USA hat sich eine bedeutende antizionistische jüdische Organisation, der "American Council for Judaism" (201 East 57th Str., N.Y., N.Y.10022) gebildet, der den Beweis dafür erbringt, dass das jüdische Volk als solches nicht identisch ist mit den Weltherrschaftsplänen der Zionisten, und mit deren Haltung gegenüber den anderen Völkern.

*

SPANISCH-WESTAFRIKA

ist Teil jenes Gebietes, welches im 15. Jahrhundert bereits die Grundlage der damals von England und Flandern bis nach den Kanarischen Inseln und Guinea reichenden mittalalterlichen Weltwirtschaft unter der Flagge Kastiliens bildete. Die Besetzung und Eroberung der Kanarischen Inseln ging im Widerpart mit Portugal vor sich und es war der von den Kastiliern belehnte Normanne Béthencourt, der erstmalig von jenen Inseln aus auf Sklavenfang auch das gegenüberliegende Festland betrat. Seither sind die Kanarischen Inseln auch bevölkerungsmässig integrierte Bestandteile Spaniens geworden, und ernstlich können marokkanische Ansprüche auf diese Teile Europas nicht erhoben werden. (*139) Anders liegen die Dinge aber auf dem afrikanischen Festland. Dort handelt es sich um die (allerdings vorbildliche) spanische Verwaltung fremdvölkisch (wenn auch sehr spärlich) bewohnter Gebiete. Mit scharfer Hand hat Spanien immer sofort eingegriffen, seitdem Marodeure aus dem Nachbargebiet im Lande Unruhen zu stiften versuchten. Genau so wenig wie eben in Ceuta und Melilla, gibt es Anzeichen für eine Aufgabe dieser dem Mutterlande naheliegenden spanischen Gebiete. (*140) Dass bei einem Abzug Spaniens sofort blutige Unruhen zwischen Mauretanien und Marokko um die von beiden geforderten Gebiete ausbrechen würden, gibt Spanien auch eine menschliche Verpflichtung, zu bleiben.

---

*139 - "Demokratie" lässt sich auf Inseln oft recht schwer durchsetzen. Da kreuzen sich geographische und völkische Gesichtspunkte nur zu leicht. Besonders krass ist der Fall der Malvinen, die auf deutschen Karten zumeist nach britischem Brauch als Falklandinseln bezeichnet werden. Sie liegen im Südatlantik am Rand des von Argentinien beanspruchten Festlandsockels. Bewohner der Inseln sandten jetzt (März 1968) Flugblätter an die Abgeordneten des Unterhauses: "Wissen Sie dies? Es finden Verhandlungen zwischen der englischen und der argentinischen Regierung statt, die jeden Augenblick mit der Rückgabe der Malvineninseln an Argentinien enden können. Merken Sie sich dies: Die Bewohner der Insel wurden bisher nicht über ihre Zukunft befragt. Sie wollen keine Argentinier sein. Sie sind ebenso Engländer wie Sie, insbesondere englischer oder schottischer Abstammung, mit einer Verwurzelung von mindestens sechs Generationen. Von je sechs Personen sind fünf auf der Insel geboren. Viele der alten Leute haben die Insel niemals verlassen. Es gibt kein Rassenproblem, es gibt keine Arbeitslosigkeit und keine Armut. Wir haben keine Schulden. Die Bewohner dieser Inseln wollen sich nicht einer fremden Sprache, ausländischen

Gesetzen, Gebräuchen und Kultur unterordnen, nachdem sie 135 Jahre gemäss dem eigenen friedlichen Lebensstil, einem echt englischen Leben gelebt haben, was wirklich einzigartig ist, wenn man bedenkt, dass die Inseln 8 000 Meilen von dem Lande entfernt sind, welches sie ihr Vaterland nennen, trotz der Einwanderergesetze. Lord Caradon hat bei der Generalversammlung der UN 1965 erklärt: Die Bewohner dieses Gebietes werden nicht verraten und verkauft werden. Verschiedene englische Minister sagten 1967 das gleiche, aber dann wurde es still."

*140 - Vgl. Richard Konetzke, "Das Spanische Weltreich", München 1943. "Die Reconquista gab den Anstoss zur Entwicklung der spanischen Schiffahrt und machte die Küstenbewohner des spanischen Reiches frühzeitig zu erprobten Seefahrern." "Der Eindruck des Willkürlichen und Zufälligen (der Entdeckung Amerikas) schwindet, sobald man die vorhergehenden überseeischen Betätigungen der spanischen Reiche des Mittelalters betrachtet." So sind diese spanischen Aussenposten die Urzellen spanischer Weltgeltung gewesen. Der Geist, mit dem man damals aufs Meer hinausfuhr, zeigt sich aus der Antwort, die ein armenischer Bischof erhielt, als er an einer solchen Fahrt teilnehmen wollte: "Ich werde ihn in mein Schiff aufnehmen, aber sagt ihm, dass ich das Weltmeer durchfahren will, dass mein Schiff keinen Kaufmann an Bord hat und dass alle Leute, die sich auf ihm befinden, in meinem Dienst stehen. Wir haben unser Leben zum Opfer gebracht: wir setzen unsere Hoffnung auf Gott und denken, dass dort, wohin das Schicksal uns trägt, Gott uns erretten wird. Wir wollen die Welt durchfahren und wissen nicht, wohin uns die Winde führen werden. Gott weiss es."

Das Gebiet von Ifni wurde im Januar 1969 an Marokko abgetreten.

*

MAURETANIEN

war bis zum November 1960 Teil von Französisch-Westafrika. In dem sehr dünn bevölkerten Wüstengebiet musste man zunächst die Hauptstadt, Nouakchott, am Atlantischen Ozean bauen. Die Regierung liegt in den Händen der arabischen Bevölkerung, was zu dauernden Reibungen mit den im Lande lebenden Negern führt (Februar 1966 20 Tote in der Landeshauptstadt). Die Auffindung bedeutender Eisenerzvorkommen im Nordteil des Landes, deren Ausbeutung im Tagebau möglich ist, führte zu Investierung französischer und deutscher Kapitalien, die in erster Linie der Herstellung einer Eisenbahn zur Küste unter Umgehung marokkanischen Gebiets dienten. Mit Hilfe der EWG werden seit 1963 im Südosten des Landes Wasserquellen erbohrt und Reservoire angelegt. Im Januar 1968 wurde die arabische Sprache neben dem bisher allein offiziellen Französisch zur zweiten Landessprache erklärt, "um dem mauretanischen Menschen wieder Persönlichkeit zu geben".

*

ALGERIEN

wurde nach dem Blitzsieg von 1940 nicht vom Deutschen Reich angetastet. Lediglich eine Waffenstillstandskommission etablierte sich in Algier. Umso grösser war darum die verständliche Wut des französischen Volkes, als dann britische Bomber die bei Mers el Kebir stationierte französische Kriegsflotte in einem feigen Ueberfall auf den angeblichen Verbündeten zusammenschossen. Damals schlug die Todesstunde französischer Seegeltung. Schwach und unfähig selbst zu Erfüllung primitivster Fischereischutzmassnahmen war Frankreich geworden, sodass es sich nach der Libération einige Schiffe von England ausborgen musste. Bis zur amerikanischen Aggression im November 1942 wurde auch der Handel zwischen Algier und dem Unbesetzten Frankreich (Sete) unbehindert aufrechterhalten, und das Land blieb von Kriegsfolgen weitgehend verschont. Als die Amerikaner dann in Marokko landeten setzten sich Admiral Darlan, Innenminister Pucheu und andere von Vichy ab und befanden sich zur Verfügung der Alliierten in Algier. Doch Darlan wurde ermordet, Picheu hingerichtet, die Befreier liessen die Guillotine arbeiten. Was sich 1944 in Paris abspielte, fand sein würdiges Vorspiel in Algerien. Während De Gaulle im Juni 1943 in Algier das Französische Befreiungskomitee, d.h. die spätere Provisorische Französische Regierung, bildete, hatten Sondergerichte Hunderte von Todesurteilen ausgesprochen, in Tausenden von Fällen zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. Im Schatten gleich von zwei Sowjetbotschaftern (die damals die Fäden anknüpften, die viel später zum französischen, zum europäischen Ende in Algier führten) gelang es De Gaulle, seinen Gegenspieler Giraud zu übertrumpfen. Politische Gegner waren ihm immer wieder Kleingeld im grossen Spiel. Alle französischen Beamten, angefangen von den Generalgouverneuren und Generalresidenten, von Nogues bis Boisson, bis hinunter zu den geringsten, wurden für abgesetzt erklärt und es begann die grosse Säuberung, mit der die dissidentische Minderheit, die mit amerikanischer und sowjetischer Hilfe zurückkehrte, ihre Macht festigte.

So wenig wie die Sowjetrussen die Politik bis nach Kriegsende ruhen liessen, blieben die Amerikaner untätig. Nordafrika, das infolge der Unterbrechung des Handels mit Frankreich wirtschaftlich bereits in grösste Schwierigkeiten geraten war, musste Rohstoffe liefern. Sofort wurde ein Rohstoffpoolungsamt gebildet und die USA erhielten aus ihm Mangan, Kobalt und Kork, während nach England die Eisenerze, Pyrit, Phosphat, Zink und Bleierze abtransportiert wurden. Die Manganbergwerke in Bou Arfa (Marokko) wurden auf eine Jahresleistung von 200 000 t gebracht, die direkte Eisenbahnverbindung zur Küste ausgebaut. Der amerikanische politische Vertreter hiess Murphy. Auch er legte Zeitbomben in Algerien.

Sie gingen zehn Jahre später hoch und führten zum immer stärkeren Engagement Frankreichs gegen die algerischen Rebellen. Die Parlamentarier in Paris waren den Problemen nicht gewachsen. Sie hatten bereits Indochina preisgegeben. Doch die französische Armee hatte in Asien gelernt. Sie hatte dort erkannt, dass militärische Tapferkeit allein nicht den Sieg bringt, wenn der Gegner politische Taktiken anwendet. Der Oberst der Fallschirmjäger Bigeard hatte nach seiner Gefangennahme in Dien-Bien-Phu lange Unterhaltungen mit dem Oberbefehlshaber der Vietminh-Truppen, Giap. Er wurde Leiter einer Kriegsschule in Algerien. Die französischen Indochinaveteranen schrieben ihre Erfahrungen nieder, denn für sie war die Zeit des unpolitischen Offiziers vorüber. Die Bevölkerung eines umkämpften Raumes musste auch politisch gewonnen werden. Von Mao lernten sie, dass "die Armee ein Faktor der Organisation der

Volksmacht" ist. "Ziel des Revolutionskrieges ist die Machtübernahme mit Hilfe einer Bevölkerung, die physisch und moralisch erobert werden muss; und zwar nach einem genau festgelegten Verfahren mit einer destruktiven und einer konstruktiven Technik", heisst es in jenem für den Dienstgebrauch bestimmten Manual. "Es genügt nicht, die physischen Personen zu kontrollieren, auch die Herzen und Gedanken müssen kontrolliert werden. Das ist das Ziel der psychologischen Technik." Presse, Rundfunk und Kino sind für diese französischen Offiziere "Formen der Kontrolle des Bewusstseins". Zur "destruktiven Technik" rechnen sie Einschüchterung, die Demoralisierung mit politischen und moralischen Mitteln, den Terror, die Deportation, die physische Liquidierung Einzelner und die Massenhinrichtung. Unter "konstruktuver Technik" verstehen sie die Heranziehung politischer Aktivisten aller Art, die Aufstellung von Kader- und Freiwilligeneinheiten. Das "Kristallisieren, Organisieren, Militarisieren" ist ihre Losung. Das "System der parallelen Hierarchien" ist aufzubauen. "Die Armee muss sich die Aufgabe bewusst machen, die in einer Phase der Gewalt ihre wirkliche Mission ist." Es gibt auch keinen Grund, nicht die Methoden des Gegners anzuwenden, "denn eine Technik ist an sich weder moralisch noch unmoralisch". Das Gift der Zeit, die Vergewaltigung der Masse durch die politische Propaganda, muss mit dem gleichen Gift bekämpft werden. Als das demokratische System in Paris sich offensichtlich als unfähig erweist, Frankreich in Algier wirksam zu verteidigen, da griffen sie zum Mittel des Staatsstreiches. Am 13. Mai 1958 stürmte die von ihnen politisch geschulte Bevölkerung unter Anführung des Fallschirmjägergenerals Massu und des Generals Chassin das Generalgouvernement. Die Flotte verweigerte gleichzeitig Paris den Gehorsam. Korsika schloss sich Algerien an und in Südfrankreich, in Lyon, Toulouse, Pau bildeten sich Wohlfahrtsausschüsse. Frankreich stand am Rand einer Erneuerung von rechts. Die Regierung Pflimlin gibt von Paris aus den Befehl, eine Hundertschaft Sicherheitspolizei von Nizza nach Ajaccio zu fliegen. Sie wird dort von den Fallschirmjägern widerstandslos entwaffnet. Pflimlin weigert sich, den Schiessbefehl zu geben, betont, "dass auch das Mutterland in Gefahr ist"; "Aufrührer versuchen, uns auf eine Bahn zu ziehen, die in den Bürgerkrieg führt". Innenminister Moch erhält die Nachricht, dass von Algier aus eine Luftlandeoperation nach Südfrankreich vorbereitet wird. Die Regierung gibt den Befehl, alle Flugplätze zu schliessen, auf den Bahnen werden Hindernisse aufgestellt. Aus Geheimberichten ergibt sich, dass die Regierung sich weder der Armee noch der Polizeitruppen sicher ist. Ein kommunistischer Generalstreiksversuch misslingt vollständig. Am 27. Mai spricht man von einer unmittelbaren Aktion der Fallschirmjäger in Algier gegen das wartende Mutterland. Unter dem Einfluss von Delbecque sind die Forderungen aus Algier längst konkret geworden: De Gaulle an die Macht! In Paris selbst herrscht Revolutionsklima. Die Rechtsverbände sind aufgelöst, doch Zehntausende von Jugendlichen belagern das Zentrum und wiederholen Tag und Nacht die Forderung: De Gaulle an die Macht! De Gaulle gibt eine Pressekonferenz: Er ist bereit. Und es kommt zur Abstimmung in der Kammer. Die Parteien haben noch immer nicht erkannt, dass in Wirklichkeit es dieser De Gaulle ist, der einzige, der sie noch retten kann (*141). Am 29. Mai 1958 beruft Coty De Gaulle, um eine neue Regierung zu bilden. Er wird ermächtigt, im Januar 1959 dem Volk eine neue Verfassung vorzulegen und bis dahin mit fast unbeschränkten Vollmachten zu regieren. Verdächtig schnell kam die Zustimmung aus Nordamerika, denn eigentlicher letzter Anlass zu der Erhebung in Algier war ja die Wühlarbeit Murphys gewesen, der in Besuchen in Tunis, Paris und London eine zweite Genfer Konferenz, diesmal mit dem Verzicht auf Algerien, vorbereitete. "Time" brachte ein schönes Titelbild vom General De Gaulle mit der Unterschrift "Algier, seine letzte Auf-

gabe". Man sah, wie die Dinge laufen sollten. (*142)

De Gaulle beeilte sich, nach seiner Ernennung Algier aufzusuchen, "Algérie française" scholl ihm ein einziger Schrei auf allen Plätzen entgegen. Er selbst bezeichnete in Oran am 6. Juni Algerien als "französisches Land". Doch versuchte er die Militärs von den Wohlfahrtsausschüssen zu trennen, berief keinen von ihnen in hohe Regierungsstellen, sprach von der Erfüllung der algerischen Wünsche; Einrichtung einer Art "Test-Provinz", ging nach Frankreich zurück, und – befasste sich mit anderen Dingen. Während die Lage in Algerien praktisch von den französischen Militärs bereinigt worden war, den algerischen Rebellen von aussen wegen der Absperrung der tunisischen Grenze auch keine Hilfe mehr zukommen konnte, die Massenkundgebungen nach dem 13. Mai die Beteiligung der Mohammedaner gezeigt und den Weg zu einer algerischen Integration geöffnet hatten, zu einem weiterhin französischen Algerien, nahm De Gaulle nicht die ihm angebotene politische Schulung und Erneuerung Frankreichs an. Die Unzufriedenheit in Algier wuchs erneut. De Gaulles Rufe in Algier "Frankreich, Frankreich ist hier" schienen vergessen. Am 11. Juni forderte der Wohlfahrtsausschuss daher einstimmig von De Gaulle vollständige Einbeziehung Algeriens in Frankreich und die Abschaffung aller politischen Parteien. General Salan und alle noch im Ausschuss verbliebenen Offiziere unterschrieben mit. De Gaulle sprach von einem zweiten Aufstandsversuch. In Algier noch hatte er gesagt: "Ich habe Euch verstanden. Ich weiss, was hier vorgegangen ist. Ich sehe, was Ihr habt tun wollen. Und ich erkläre, dass Frankreich von heute an in ganz Algerien nur noch vollbeteiligte Franzosen kennt, Franzosen mit gleichen Rechten und Pflichten. Wir werden es schon in drei Monaten beweisen, bei der feierlichen Gelegenheit, bei der alle Franzosen, einschliesslich der zehn Millionen Franzosen Algeriens, über ihr Schicksal entscheiden. Ich, General De Gaulle, öffne ihnen allen das Tor der Versöhnung. Niemals habe ich mehr als hier und als an diesem Abend empfunden, wie schön es ist, wie gross es ist, wie hochherzig es ist: Frankreich! Es lebe die Republik! Es lebe Frankreich!" Marokko und Tunis sprachen von einer "schweren Enttäuschung", die die gaullistische Absicht einer Integration ihnen brachte und aus Kairo kam ein sachlich unerheblicher Kommentar der weder militärisch noch politisch mehr gewichtigen algerischen sogenannten Exilregierung. Doch den Worten De Gaulles folgten keine Taten. Oberst Lacheroy erklärte in Algier: "Frankreich und De Gaulle haben nichts von der Revolution begriffen, die sich in Algier abgespielt hat. Der 13. Mai ist in der Geschichte Frankreichs so wichtig wie das Jahr 1789. Das System ist unwiderruflich tot. Wir wollen es nicht mehr. Alle seine Männer sind moralisch mit der Guillotine geköpft worden. Das ist unsere Rache für Indochina, für Tunesien, für Marokko, für alle Schlangen, die man uns hat schlucken lassen. De Gaulle hat nicht begriffen, dass ihn allein die Fallschirmjäger an die Macht gebracht haben. Er hat uns getäuscht, betrogen." De Gaulle besucht Algerien ein zweites Mal. Er beruhigt die Stimmen, doch wieder bleiben seine politischen Absichten im unklaren. Man meint schon jetzt, ein ganz grosses Betrugsmanöver zu erkennen. Dieser Mann, der schon einmal den Kommunisten alles zuspielte, damals, als er einen Giraud in Algier ausbootete, der dann die "Säuberung" in Frankreich zuliess, er wird den Männern in Algier erneut verdächtig. "Wir haben den Rubikon nicht überquert, um zu angeln" ruft Delbecque. Doch De Gaulle setzte sich – mit den algerischen Rebellen in Verbindung. Im April 1961 kommt es darum zu einem ersten französischen Aufstand in Algerien. Die Generale Jouhaud und Salan werden in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Als es dann im Februar 1962 gar zu einem gaullistischen Waffenstillstand mit den algerischen Rebellen in Evian kommt und vereinbart wird, ihnen Algerien zu übergeben, da ist das das Signal zum Auf-

stand des französischen Algerien gegen den Verräter De Gaulle. Dieser hatte einen Hochkommissar nach Algier gesandt, der die dortige frankreichtreue Bevölkerung als "Verrückte und Verbrecher" beschimpfte, weil sie jetzt das Recht zum Widerstand für sich beanspruchten. (*143) Es bildete sich die OAS, die Heereseinheiten in Algerien traten an die Seite der Bevölkerung. Man hatte genug Verrat gesehen seit 1945. Man wollte diese Provinz Frankreich erhalten. De Gaulle entsandte Truppen, löste immer wieder die Oberkommandierenden ab, da sie das Vorgehen nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren konnten. Marschall Juin, der einzig lebende Marschall Frankreichs, richtete ein Schreiben an den Führer der Erhebung, General Salan: "Viele von uns bewundern Ihre mutigen Anstrengungen. Gott schütze Sie." Er wurde von General De Gaulle verhaftet! General Jouhaud wird gefangengenommen und in Paris zum Tode verurteilt. Selbst vor derartigem Terror gegen die Besten des Landes schreckt De Gaulle nicht zurück. Der ehemalige Ministerpräsident Bidault geht in die Schweiz und versucht, eine Exilregierung zur Rettung des Landes aufzubauen. Doch die Internationale der Demokratie jagt ihn von dort nach München und weiter nach Südamerika. De Gaulle soll "seine letzte Aufgabe" wunschgemäss durchführen können. Die OAS beginnt mit der Zerstörung der öffentlichen Gebäude in Algier, Oran und anderen Städten. Das fürchterlichste Terrorregime bricht gegen die französische Bevölkerung aus. AFP meldet am 6. April 1962: "Auf den meisten Balkonen und an den Fenstern der Häuser in Algier flatterten heute französische Fahnen, denn die Bewohner waren durch ein Flugblatt aufgefordert worden, zu flaggen, da ihnen alle übrigen Möglichkeiten, ihrer politischen Einstellung noch Ausdruck zu verleihen, verboten seien." De Gaulle ruft Frankreich zu einem Volksentscheid über seine Politik auf, verbietet aber die Beteiligung der Partei Soustelles, der für ein französisches Algerien eintritt. Die OAS kämpft mit dem Mut der Verzweiflung, doch das Regime in Frankreich ist stärker. Am 20. April wird General Salan in seinem geheimen Hauptquartier verhaftet und schnellstens nach Paris gebracht. Die politischen Häftlinge im Pariser Gefängnis La Santé verursachten bei seiner Einlieferung einen Tumult und steckten einen Teil des Gebäudes in Brand. Salans Festnahme war durch Verräter möglich gewesen. Die Folge war eine Verschärfung der Kampfmethoden der OAS, denn die von Paris befehligte Polizei erhielt Anordnung, "auf alle Personen ohne vorherige Warnung sofort zu schiessen, die sich auf Balkonen und Terrassen zeigen". Das war nichts anderes als ein Mordbefehl. Er glich den De Gaullistischen Säuberungsmassnahmen am Ende des Krieges aufs Haar. De Gaulle erfüllte bestens "seine letzte Aufgabe", wie "Time" als führendes Nachrichtenorgan der Freimaurerei es so deutlich gewünscht hatte. In dem Prozess gegen General Jouhaud wurde De Gaulles brüchige moralische Basis klar. Charpentier, Frankreichs angesehenster Verteidiger wies darauf hin, dass De Gaulle selbst mit seinem Ungehorsam gegen Vichy das Recht zum Widerstand für sich in Anspruch genommen, und das Recht, für sein Vaterland auch mit terroristischen Massnahmen zu kämpfen. Es wurde klar, die französischen Frontsoldaten sahen sich um den Sieg von 1945 von den Politikern betrogen. Deutlich gegen den Willen der Bevölkerung von Algier und Oran sollte ein Vertrag mit den algerischen Rebellen durchgesetzt werden. Die französischen Freiheitskämpfer wurden als Mörder bezeichnet, De Gaulle nannte sie öffentlich "Verbrecher". Der General Henry de Pouilly, der noch den Aufstand im April 1961 niedergeschlagen hatte, sagte im Prozess Salan aus: "Damals habe ich mich für die Disziplin entschieden. Heute teile ich mit Frankreich die Schmach wegen des Aufgebens Algeriens. Ich bin nicht sicher, ob die Geschichte nicht einmal feststellt, dass die Verbrechen Salans kleiner waren als die unseren." Als General Salan "nur" zu lebenslänglichem Zuchthaus, statt zum Tode verurteilt wird, "verstimmt" das

Herrn De Gaulle, der deswegen einen Kabinettsrat einberuft. Die Demokratie geht daran, die von ihr so hochgehaltene Unabhängigkeit der Justiz zu beseitigen. In Algier werden als Ausweg Sondergerichte eingerichtet, De Gaulle ist (UPI vom 25.5.) "entschlossen, Repressalien gegen die Militärgerichte zu ergreifen", und lässt das Militärgericht, welches gegen Salan urteilte, am 26.5.62 einfach auflösen. Gleichzeitig fordert er in seinem Zorn, dass das Todesurteil gegen Jouhaud sofort vollstreckt werde. Er wendet sich am 30. Mai an die Oeffentlichkeit: "Keinesfalls werde ein föderalistisches Algerien, wie es die OAS fordert, zustandekommen." Das System der Apartheid, die Lösung der Vernunft, widerspricht den Herren der Welt. So muss mit Blut der Weg von 1789 fortgeführt werden. Der ehemalige Präsident der Rothschild-Bank in Paris, Pompidou, ist längst De Gaulles Ministerpräsident geworden. Im Juni beginnt der Exodus der Europäer nach Europa. Die Algerier sprechen von Versöhnung und versprechen, gute Zusammenarbeit werde ein neues Algerien in Freiheit aufbauen, doch die Franzosen, zweieinhalb Millionen, glauben den Versicherungen nicht, sie kennen ihre Mitbürger und vor allem ihre politischen Führer. In einer Politik der verbrannten Erde hinterlassen sie so wenig wie möglich den unlegitimierten Erben französischen Fleisses, die durch den Verrat in Paris an diesem Stück Europa meinen, billig ein in die Zivilisation geführtes Land übernehmen zu können. (*144)

Doch schon mit dem Einrücken der neuen Herren beginnen deren interne Schwierigkeiten das Gesicht des nunmehr durch die "feierliche Verkündigung" De Gaulles selbständig gewordenen Algeriens (Juli 1962) zu prägen. Ben Khedda steht gegen Ben Bella, Marokkaner dringen in die algerische Sahara ein, die Gruppen bewaffnen sich zum Bürgerkrieg. Schon am 25. Juli muss die französische Regierung die neuen Herren in Algier warnen, man würde einschreiten, "falls die Uebergriffe gegen die im Lande gebliebenen Franzosen nicht aufhören". Tausende sind verschwunden, bestenfalls in Konzentrationslager verschleppt. Zu spät erkennt die Welt, was man in Algier schon vorher wusste: Mordbuben hatte man die Macht übertragen. Wie es in den einst so schönen, mit modernen Wohnvierteln prunkenden Städten aussieht, hören wir ein Jahr darauf von einem Korrespondenten, der den schamhaft über das Ergebnis gebreiteten Vorhang lüftet: "Algier, einst Kleinod am Mittelmeerstrand, hat heute (Dez. 1963) viel Aehnlichkeit mit Ostberlin. Leer stehen viele Geschäfte. Zerbrochen die Fensterscheiben, zerdrückt die Rolläden. Geplündert? Verwilderte Katzen haben sich in den toten Schaufensterhöhlen eingenistet. Dörflicher Warenhauscharakter überall, aber Preise, so hoch wie das Atlasgebirge. Ich steige in einem der vielen grossartigen noch von den Franzosen errichteten Neubaublocks die Treppe empor. Der Fahrstuhl ausser Betrieb, weil die Kabel Liebhaber fanden. Schmutz auf den Treppen, mit Kreide gemalte arabische Namen an Stelle der ehemaligen französischen Namensschilder. Und wo tatsächlich noch ein Monsieur Hulot oder Pierre Gardin wohnt, ein mit vielen Stempeln und Sternen und Unterschriften versehenes Schild "Enteignung verboten. Wohnungseigentümer steht unter dem Schutz des Bezirkskomitees". Gespenstisch. Und so kommt es vor, dass aus dem fünften Stock eines Wohnhauses ein Hammel springt, den eine Berberfamilie in der neuerworbenen Komfortwohnung hält. Oder dass eine Decke in der achten Etage brüchig wird, weil im Zimmer darüber Kartoffeln gepflanzt und begossen werden... Die Aschenbecher in meinem soeben auch erst enteigneten Hotel werden auch dann nicht geleert, wenn sie überlaufen. Ich habe die Algerier gesehen und bin besorgt um ihre Zukunft."

Ben Bella, der dann die Macht an sich riss, ein schnittgerechter Nachfahre der Korsaren, die bis zur Befriedung Algeriens durch die Franzosen 1830 im westlichen Mittelmeer hausten, beginnt zu regieren: Verstaatlichung der

Lebensmittelindustrie (Hungersnot als Folge), Einrichtung von Rebellenlagern zur Ausbildung subversiver Elemente in afrikanischen Gebieten (ausgerüstet mit Sowjetwaffen), aller Landbesitz der französischen Kolonisten wird verstaatlicht (zugleich eine Rede an die Freunde in Paris: "Wir sind für Zusammenarbeit, darunter verstehen wir Techniker, Forscher, Lehrer"), Anspruch auf das in der Sahara gewonnene Erdöl (Nationalisierung, obwohl vertraglich mit Frankreich eine Beteiligung festgelegt worden war. Dieses Erdöl war ja den Hintermännern De Gaulles viel wichtiger als die Menschen in Algier und Oran. 1967 werden auch die amerikanischen Erdölgesellschaften verstaatlicht. Den USA gehörten 32% aller Tankstellen im Lande und 23% der Raffinerien), Verstaatlichung des Finanzverkehrs mit dem Ausland (als Folge Rückzug der französischen Banken im November 1967) und alles überschattend, dauernde politische Unruhen zwischen den Parteichefs. Im Dezember 1967 übernimmt Boumedienne den unmittelbaren Befehl über das Heer, nachdem es erneut zu militärischen Aufstandsversuchen gekommen ist. Im Februar 1967 sagt er: "Seit drei Jahren wird unser Land von Abenteurern heimgesucht, die sich als Ratgeber ausgeben, vorher woanders als Revolutionäre Schiffbruch erlitten haben und nun Algerien als Versuchsfeld benutzen wollen." Der Fehlschlag Nassers führt Algerien in den Vordergrund der arabischen Welt. Es hält sich nun stolz für die grösste Militärmacht des Islam und die Algerier sind die unerbittlichsten Feinde Israels. Die algerischen Juden (150 000) haben längst schon das Land verlassen. Als Frankreich noch vor Ablauf der vereinbarten Zeit Mers El Kebir 1967 räumt, werden die Installationen von Offizieren übernommen, die dann etwas allzu laut das Einziehen von Sowjetschiffen dementieren.(*145) Den Diplomaten und Zeitungskorrespondenten wird bereits 1964 der Besuch des Landesinnern verboten, um die wahre Lage, die Misswirtschaft und das Chaos zu vertuschen, in welcher eine von Europa verratene Bevölkerung jetzt leben muss.(*146) Eine Reihe von Dekreten des Revolutionsrates ordnen im Jahr 1968 weitere Verstaatlichungen an, sodass "die Kontrolle über sämtliche Sektoren, die für die Entwicklung der algerischen Wirtschaft als wesentlich angesehen werden" möglich wird. Diese für den Arbeitsmarkt ungünstigen Vorgänge werden verstärkt durch die Antwort Frankreichs auf die Verstaatlichung der französischen Industrien, nämlich die starke Einschränkung der algerischen Einwanderung nach Frankreich auf maximal 1 000 Personen monatlich. Um diesen Preis aber wurde die militärgeographische Einheit des Mittelmeers zerrissen, die Verteidigungseinheit Europa-Nordafrika vernichtet.(*147) Wem aber so ein "selbständiger Staat" von nun an am besten dient, zeigt die Meldung im "Boston Globe" vom 12.12.1965: "Ein westdeutscher Geschäftsmann mit Namen Hans Joachim Seidenschnur verkauft Waffen an die in Algerien ausgebildeten kommunistischen Terroristen."(*148)

---

*141 - Vgl. "Jours de France" 7.6.58: "Die Parteien zögerten, und doch war es De Gaulle, der einzig und allein sie noch retten konnte." Wahrlich eine undankbare Aufgabe, denn während man ihn als erneuten Retter Frankreichs anhimmelte, ergoss sich erwartungsgemäss die Flut der Verleumdungen wieder pünktlich über alles Soldatische. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" erinnert (Adalbert Weinstein am 7.6.58) daran, dass, als er (De Gaulle) in die Armee eintrat, noch das Wort galt: "Solange der Mensch existiert... hat er für seinen

Gott und seinen König getötet – was ihm ganz vernünftig schien." Mit den Worten "Hängt schwarze Fahnen aus den Fenstern, weil eine Bande von Mordbrennern ihren Einzug hält" hatte ein Wilhelm Liebknecht, der Vater Karl Liebknechts, den Einzug der preussischen Truppen nach dem Sieg von 1871 in Berlin begrüsst. Das waren diejenigen, die der General De Gaulle rettete.

*142 - Tage vor dem 13. Mai war die Amerikanische Bibliothek in Algier, die jahrelang die algerischen Rebellen mit dem notwendigen theoretischen Schrifttum versorgt hatte, von der aufgebrachten Menge zerstört worden. Seit 1958 verstärkte auch die BRD im Auftrag der New Yorker ihre subversive Aktivität. Um die europäische Stellung in Algerien zu unterhöhlen, wurden Stipendien für algerische Studenten vergeben und die französische Zeitschrift "Le Courier de la Nation" schreibt: "Man weiss seit langem, dass in vielen deutschen Städten die FLN ungehindert ihre Tätigkeit entfaltet. Das ist besonders in Hamburg der Fall, wo sich ein wahrer Umschlagplatz von Waffen für die algerischen Aufständischen entwickelt hat. Die Regierung Adenauer begründet ihre Passivität mit dem Vorwand des privaten Charakters dieser Geschäfte."

*143 - In der Weltpresse erhalten sie den Namen "Ultras", in Ableitung von dem äussersten, ultravioletten Teil des Sonnenspektrums. Was das Normale ist, wird als abseitig deklariert. Es ist die gleiche psychologische Taktik, mit der man überall den europäischen Konservativismus bekämpft und als "rechtsextrem" bezeichnet, was eigentlich die Mitte des Ganzen, den natürlichen Hauptstrom der Entwicklung darstellt. Als extrem wird das Substantielle, als normal das Skurrile, Verzerrte bezeichnet. Wie eine Herde blöder Schafe wird das Stimmvieh von einem Extrem (Weltfrieden) ins andere (Massenmorde von Hiroshima und Dresden) gejagt und diejenigen, die den sauberen, natürlichen Mittelweg gehen wollen, werden als Extremisten angeprangert, und wenn nötig, wie hier in Algerien, mit brutalster Gewalt und nicht überbietbarer Beschimpfung und Verleumdung verfolgt.

*144 - Vgl. David G. Gordon, "The Passing of French Algeria", Oxford-London 1966 und Robert Murphy, "Diplomat unter Kriegern", Berlin 1966, sowie Georges Bidault, "Noch einmal Rebell", Berlin 1966.

*145 - Spanien sieht sich gezwungen, das Felseneiland Alborán daraufhin militärisch zu befestigen. Im Juli 1968 besichtigt der sowjetische Verteidigungsminister Marschall Gretschko, Mers El Kebir.

*146 - Ueber das Leben im Landesinnern schreibt Karl Suter in dem hervorragenden schweizer Buch "Sahara" von René Gardi (Bern 1967): "Die verschiedenen Bevölkerungsgruppen, seien es Araber, Berber, Schwarze oder Juden, sind vom Wunsche beseelt, in eigenen Quartieren zu wohnen. Die Europäer haben sich danach zu richten und sich auch in einem eigenen Quartier niederzulassen. Die Siedlungen sind darum in ethnisch differenzierte Viertel aufgegliedert, Ghardaia zB in deren fünf, doch seit 1962, dem Jahr des Auszuges der Juden, nur noch in deren vier." Man sieht, dass dort, wohin der ideologische Einfluss der "Demokratie" noch nicht gedrungen ist, die alten gesunden Verhältnisse der natürlichen Apartheid aufrechterhalten blieben, dass Algerien vom Glashaus aus mit Steinen auf Südafrika wirft.

*147 - Vgl. Ulrich v. Hassell, "Das Drama des Mittelmeeres", ein Buch, welches der im Zuge des "20. Juli" hingerichtete Verfasser während des letzten

Krieges als eine Warnung an die Staatsmänner schrieb. Das Mittelmeer muss seine Anrainer verbinden. Das ist seine geopolitische Aufgabe. Es kann keine Ruhe im Mittelmeerraum geben, wenn politische Gegner seine Anrainer sind. Die Tat De Gaulles in Algier, geschah nicht nur entgegen aller Notwendigkeit. Sie war auch wider alle politische Vernunft und wird Ursache sein für noch viel Blutvergiessen. Diejenigen, die aus dieser Welt eine machtlose Substanz zu machen versuchen, indem sie Europa zerstören, erleben schon heute, dass die Machtablösung Europas alles andere ist als gleichbedeutend mit dem versprochenen Weltfrieden.

De Gaulles völlig unverständliche Haltung wird vielleicht klar, wenn man seine Ausführungen zitiert, die er im Jahre 1960 dem französischen General Beaufort gegenüber im Elysées-Palast machte (aus Herbert Grabert, "Sieger und Besiegte", dort wiedergegeben nach einer französischen Presseveröffentlichung): "Die Entwicklung im Sinne des Kommunismus ist unaufhaltsam. Es ist der Gang der Geschichte, und es wäre Wahnsinn, sich dagegen zu stemmen. Keine einzige der heutigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Formen wird überleben. Natürlich bedeutet eine solche Politik eine Aenderung des heutigen Bündnissystems. Ich werde mich daher mit der Sowjetunion zusammentun. So werden wir ein Europa vom Atlantik bis zum Ural errichten. Ich habe ernste Gründe, anzunehmen, dass Kennedy ein kommunistisches Europa akzeptiert, wenn es neutral bleibt. Unsere gegenwärtigen Verbündeten werden dagegen mit aller Kraft opponieren, aber ich werde nicht nachgeben, sondern ganz Westeuropa zu dieser Politik bekehren."

*148 - Nach gleicher Meldung verkaufte er auch 122 von Mc Namara in Europa ausrangierte amerikanische Flugzeuge an Rotchina, die von dort aus nach Nordvietnam weiterflogen und im Kampf gegen die Nordamerikaner eingesetzt wurden.

*

TUNESIEN

ist seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts das Bevölkerungsventil Italiens gewesen. Als darum die Franzosen 1881, von Algerien herkommend, den türkischen Bei entwaffneten, wird die aussenpolitische Lage des neuen Protektorats, welches den alten Seeräuberstaat ablöst, erst durch die italienische Zustimmung 1896 gefestigt. Obwohl den starken Kräften der Achse benachbart, wird auch Tunis zunächst im letzten Krieg nicht von den militärischen Operationen berührt. Erst die Landung der Alliierten in Marokko zwingt zum Gegenzug und General von Arnim besetzt das Protektorat. Der Bei von Tunis stimmt dem etwas zu laut zu, sodass es dann nach der Vernichtung des deutschen Brückenkopfes in Afrika zu Schwierigkeiten mit den Franzosen kommt, 1954 wird der Führer der Neo-Destour-Partei, Habib Bourgiba auf die Isle de Croix an der bretonischen Küste verbannt, aber schon im kommenden Jahr zurückgerufen und Tunis erhält Autonomie. Verteidigung und Aussenpolitik bleiben vorerst in

französischen Händen. Doch schon ein weiteres Jahr darauf, am 20. März 1956 erhält Tunesien die volle Unabhängigkeit. Im Juli 1957 wird der Bei Mohammed al Amin I. den die Franzosen in Ersetzung seines deutschfreundlichen Vorgängers 1943 ernannten, abgesetzt und Tunesien wird Republik. Artikel I der am 1. Juni 1959 angenommenen Verfassung erklärt, dass Tunesien Teil des arabischen Maghreb ist.

Spannungen mit Frankreich ergeben sich aus der offenen Unterstützung der algerischen Rebellen durch Tunesien. Die vorzeitige Rückgabe des für das Mittelmeer bestimmenden Marinestützpunktes Bizerta beseitigt dann die letzten grösseren Reibungsflächen, schafft jedoch ein militärisches Vakuum.

Bourgiba fördert die Entwicklung des Landes durch Errichtung einer Erdölraffinerie in Bizerta, einer Zellulosefabrik in Kasserine (im Gebiet der Halfagrassteppe), mehrerer Zuckerraffinerien im Norden, und vor allem durch Förderung des Tourismus. Sein Planminister Ahmed Ben Salah zeigt die im Menschlichen begründeten Grenzen auf, wenn er sich "gegen die Parasiten wendet, die nicht arbeiten wollen, die in einem Winkel ihren Tee trinken und Frau und Kinder zum Geldverdienen ausschicken" und "die Spekulanten anklagt, die heute für das Fehlen der Butter, morgen für die Knappheit landwirtschaftlicher Ersatzteile verantwortlich sind und dann unter dem Ladentisch Ueberpreise verlangen". Die herrenlosen Kinder nahm Bourgiba von der Strasse und brachte sie in "Kinderdörfern" unter. Das Betteln ist verboten, doch das Land ist arm.

Zu ernsten Spannungen mit der übrigen arabischen Welt kommt es, als Bourgiba 1968 eine versöhnliche Haltung gegenüber Israel empfiehlt. Sie gipfeln in dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Syrien im Mai 1968.

*

LYBIEN

hat seine grosse Zeit, seine italienische Zeit hinter sich. Das, was der Faschismus aus Lybien gemacht hatte, wird wohl für immer in der Kolonisationsgeschichte Nordafrikas einzig dastehen. 1948 wurde Italien von den UN aufgefordert, in einem Fragebogen mitzuteilen, welches seine Leistungen zugunsten der moralischen, wirtschaftlichen und politischen Hebung der in seinen Kolonien lebenden Völker gewesen seien. Die Antwort konnte, besonders im Vergleich zu den Leistungen anderer europäischer Kolonialmächte, stolz gegeben werden: (*149) Die Ueberbleibsel von Feudalismus und Sklaverei wurden beseitigt, die Eingeborenen zur Regierung herangezogen. Die Allgemeine Beratende Versammlung schloss Eingeborene mit ein. In jeder wichtigen Ortschaft mit ausreichend einheitlicher Verwaltung war das Haupt der Stadtverwaltung ein Lybier. An der Spitze des gesellschaftlichen Lebens jedes islamischen Stadtviertels stand ein "Muchsar", ihm zur Seite ein "Jaman". Die – zahlenmässig sehr geringe – Nomadenbevölkerung wurde von Sheiks regiert. Italien hatte als erste Kolonialmacht in der Welt in Tripolis und in der Kyrenaika Parlamente geschaffen. Für die Rechtspflege waren – abgesehen von der Vertretung der Lybier in den italienischen Justizorganen – etwa 80 Rabbinatsgerichte geschaffen, die 1937 schon

etwa 20 000 Entscheide gefällt hatten. Eine beträchtliche Zahl von Einheimischen fand sich bis in die höchsten Verwaltungsstellen und hatte völlig gleiche wirtschaftliche und soziale Stellung wie die italienischen Beamten des gleichen Ranges. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Italien vom Nullpunkt hatte ausgehen müssen. Der Lybier war "Staatsbürger" genau so wie der Italiener. Tripolitanien und die Kyrenaika besassen 1938 840 Elementarschulen (für 750 000 Lybier), während zB Süditalien für eine Million Bewohner nur 529 Schulen besass. Es gab 13 höhere Institute (Gymnasien, Lyzeen, Realschulen, technische und Berufsschulen). Unter Ueberwindung des islamischen Vorurteils gab es sogar Frauenschulen und mehrere tausend Studentinnen. In allen Schulen sassen die Lybier neben den Italienern ohne irgendwelche Rassenunterschiede. Bessere Schüler gingen auf die Universitäten in Italien über. Zweihundert lybische Studenten erhielten Stipendien, um an der Universität El Azhar in Kairo studieren zu können. Das Niveau der arabischen Presse Lybiens bewies, welches Ergebnis das Zivilisationswerk des Faschismus in Lybien gehabt hat bei einer Bevölkerung wo die Pflege der arabischen Sprache unter der osmanischen Herrschaft fast erloschen gewesen war und von einem allgemeinen Kulturniveau überhaupt nicht gesprochen werden konnte. Auf dem Gebiet des Verkehrswesens hat Italien Leistungen vollbracht, denen in Afrika nirgends etwas ähnliches in jenen Jahren gegenübergestellt werden kann. Auf landwirtschaftlichem Gebiet hatte das Italien Mussolinis mittels enormer finanzieller Anstrengungen wahre Wunder vollbracht. In wenigen Jahrzehnten war es ihm gelungen, 200 000 Hektar wüstenartiger Steppe urbar zu machen und zur Kultur zu bringen, 1 200 einfache Brunnen zu graben, 895 artesische Brunnen, 2 000 Zisternen und Tränken, 500 Luftmotore, 1 000 elektrische Pumpen zur Wassererschliessung aufzustellen. Die Zahl der eingesetzten landwirtschaftlichen Maschinen war entsprechend und machen das heutige Wort "Entwicklungshilfe" zu einem Witz. Silos, Magazine, Ställe wurden errichtet, landwirtschaftliche Industrien, Käse- und Oelbereitungsanlagen geschaffen. Pflanzen wurden beschafft, bis 1937 2,5 Millionen Olivenbäume (verdeutlichen Sie sich diese Zahl, lieber Leser, um das ganze Verbrechen zu verstehen, das dann geschah!) und ebensoviel Mandelbäume gepflanzt, 30 Millionen Weinstöcke und 100 000 Hektar Fruchtbäume. Fast alle diese Pflanzen trugen bereits Frucht, als Italien das Land gestohlen wurde. Schon 1938 erntete man 350 000 Zentner Korn, 30 000 Zentner Oel und 70 000 Hektoliter Wein. Der Akt der Generalversammlung der Vereinten Nationen, der trotz solcher Beantwortung der vorgelegten Fragen die italienischen Kolonien in Nordafrika, Kyrenaika, Tripolitanien und Fezzan zu einem neuen "freien" Staat Lybien vereinigte, bedeutete einen unvorstellbaren Akt der Unmenschlichkeit. Die Besiedlung des Landes für die Italiener wurde de-facto gesperrt. Mit diesem Akt wurde daher die Unfruchtbarkeit für drei Millionen Quadratkilometer Land, ungefähr zehnmal so viel wie Italien, bevölkert von wenig mehr als drei Millionen Menschen, befohlen.

An die Stelle der italienischen Aufbauarbeit trat das Betteln um Entwicklungshilfe. Der Emir der Senussi, Sayed el Idris, der Ende 1950 König von Lybien wurde, schloss mit Grossbritannien und den USA Verträge über Luftbasen und Wirtschaftshilfe ab, aus deren Einnahmen er die Hälfte seiner Ausgaben decken konnte. Das Land ist bettelarm. Dann entdeckte man Oel und die Dinge wenden sich, doch der Reichtum, der dem Lande auf diesem Wege zufliesst, kann niemals jene gesunde allgemeine Entwicklung ersetzen, die ihm von New York verboten wurde. Man spricht davon, das Geld, das vom Oele kommt, für die arme Bevölkerung zu verwenden, spricht von einem Fünfjahresplan, von Stauwerken, Fabriken. Doch niemals wird so ungleich gewonnener Reichtum das Volk von Lybien dorthin führen können, wohin es die Schwarzhem-

den schon einmal geführt hatten. "Denn", meint fragend der Korrespondent, "kann der Wohlstand genügend schnell und breit gestreut werden, um die Gefahr einer Inflation und der ungleichen Verteilung des Reichtums abzuwenden, die der Oelboom heraufbeschwört?" Die Unruhe, die das Land 1967 im Anschluss an den verlorenen Krieg gegen Israel erschütterte, bestätigt die dem UN-Staat fehlende gesunde Basis. Bei anti-nordamerikanischen, anti-britischen und anti-israelischen Kundgebungen in Benghasi wurden im Juni 1967 23 Personen getötet. In Tripolis wurden 16 Juden von den Dächern auf die Strasse geworfen, drei Amerikaner wurden getötet und mehrere Engländer schwer verletzt. Der König musste sich in seiner Residenz in Tobruk unter englischen Schutz begeben. In Verhandlungen mit den USA wurde von diesen die umgehende Räumung des Luftstützpunktes Wheelus gefordert und diese inzwischen bereits eingeleitet. So endete auch in Lybien der herrliche Sieg von 1945. (*150)

---

*149 - Ich beschränke mich in diesem Abschnitt nur auf Lybien. In den anderen italienischen Kolonien haben wir das gleiche überwältigende Bild.

*150 - Es wurde im Jahre 1950 durch den Obersten Gerichtshof in Rom auf Grund vorgelegter Unterlagen als bewiesen erklärt, dass der italienische Admiral Maugeri, zu seiner Zeit Chef der Nachrichtenabteilung der Marine, Kommandant der Marinebasis Spezia und Generalstabschef der italienischen Marine, während des Krieges, also vor dem 8. September 1943, dem sogenannten Badoglio-Putsch, im Dienst des Feindes gestanden hat. Die italienische Zeitung "Asso di bastone" schreibt dazu: "Alle Marinesoldaten wussten und empfanden damals, dass eine unsichtbare Hand alle unsere Einsätze zum Schutze der Geleitzüge und des Nachschubs für Afrika erbarmungslos zunichte machte. Heute endlich wissen viele Mütter, Witwen und Waisen, wer die Verantwortung für den Opfertod ihrer Lieben trägt und die Italiener lernen begreifen, warum wir den Krieg verlieren mussten. Mit dieser Anklage haben wir einen Schwur erfüllt, den wir an einem Kriegstag im Jahre 1942 an der Stelle leisteten, wo das Torpedo eines bestellten englischen U-Bootes ein Schiff und eine Mannschaft, die uns mehr als irgend eine andere teuer war, in die Tiefe schickte. Ausländischer Schutz (Artikel 16 des von Italien unterzeichneten Friedensdiktates) schützt Herrn Maugeri vor Kerker und Hinrichtung, aber ganz gewiss nicht vor dem Abscheu des Volkes und dem Spruch der Geschichte." Wir Deutsche erheben angesichts unserer durch diesen Verrat gefallenen Kameraden die gleiche Anklage.

In Lybien war es, wo Angehörige der britischen "Desert-Rats" dann in deutschen Uniformen und auf deutschen LKW sich mehrfach deutschen Verwundeten-Sammelplätzen näherten und die Verwundeten zusammenschossen. Ich habe persönlich Ende 1945 die entsprechende britische Soldatenzeitung in Händen gehabt, in welcher man sich nicht scheute, diese Untaten stolz zu veröffentlichen.

Lybien ist im übrigen Schauplatz einer ganz besonderen Art westdeutscher Entwicklungshilfe geworden, denn es war der Studienrat Zind, der nach seiner Flucht aus der BRD an der Universität in Tripolis die mathematisch-physikalische Fakultät in 10-jähriger Arbeit aufgebaut hat. In der BRD wurde

er in Abwesenheit zu Gefängnis verurteilt, weil er am Biertisch gesagt hatte, "es seien nicht genug Juden in den Konzentrationslagern vergast worden", und "Israel muss ausradiert werden". Man wartet seit zwanzig Jahren vergebens darauf, dass ein westdeutsches Gericht diejenigen verurteilt, die sagen: "Es sind noch nicht genügend Deutsche umgekommen. Das Deutsche Reich muss ausradiert werden." Ludwig Zind, somit ein typisches deutsches Schicksal unserer Zeit.

*



Strategiestunde. "Lassen Sie sich von dem, was drauseen vorgeht, nicht ablenken, Gentlemen - wir kommen also jetzt zum Jahre 1917 / 18." (aus der wochenzeitung "Das Reich").

AEGYPTEN

darf seit der Nichtigerklärung des britisch-ägyptischen Vertrages von 1936 durch Nahas Pascha im Januar 1950 als selbständiger Staat angesehen werden. Schon die Ermordung Maher Paschas, der Aegypten gegen den Willen des Volkes im letzten Kriege an die Seite der Alliierten gestellt hatte, im Februar 1945, zeigte, dass die 1914 mit der Kriegserklärung an die Türkei etablierte britische Macht am Nil ihrem Ende zuneigte. (*151) 1953 wird der ein Jahr zuvor durch Staatsstreich auf den Thron gesetzte junge König Fuad II abgesetzt und General Nagib proklamiert die Republik. Ein weiteres Jahr darauf wird Oberstleutnant Gamal Abdel Nasser auf Anordnung des Revolutionsrates Ministerpräsident.

Nasser erstrebt aussenpolitisch die Herstellung der panarabischen Einheit, insbesondere angesichts der gemeinsamen Front gegen das in dem arabischen Palästina eingerichtete Israel. 1956 stellen sich die Streitkräfte von Aegypten, Syrien und Sa'ud-Arabien unter gemeinsamen Oberbefehl gegen die zionistische Aggression.

Innenpolitisch gelingt Nasser die Sicherstellung der Ernährungsbasis durch Erweiterung der Anbauflächen im westlichen Nildelta, Sozialisierung der Industrie und plant darüber hinaus den Bau des Assuandammes, mit dessen Hilfe man eine 30%ige Erweiterung der Anbaufläche und Strom für neue Industriezentren zu gewinnen hofft. Doch die USA ziehen im Juli 1956, nachdem Aegypten erneut eine Mitgliedschaft in der NATO entschieden ablehnt, die zugesagte finanzielle Beteiligung an diesem Projekt zurück, gefolgt von der Weltbank und Grossbritannien. Daraufhin tut Nasser den Gegenschlag und enteignet die Suezkanalgesellschaft, um die Einnahmen aus den Kanalgebühren für den Dammbau verwenden zu können. Es kommt zum militärischen Eingreifen zunächst Israels, dann Englands und Frankreichs im Oktober 1956. (*152) Unter dem Druck der Supermächte wird der Kampf eingestellt und sogar Israel gezwungen, seine Truppen aus dem Ghazastreifen und von der Sinaihalbinsel wieder zurückzuziehen. Lediglich freie Schiffahrt im Golf von Akaba gewährt Nasser, dessen Prestige durch diesen Ausgang enorm gestiegen ist. Er treibt seine Pläne voran und gründet 1958 mit dem Präsidenten von Syrien die VAR, die Vereinigte Arabische Republik. Der (monarchisch regierte) Jemen schliesst sich kurz darauf an. Mit dem Irak kommt es zu einem Verteidigungsabkommen. Mit dem Sudan, der sich inzwischen selbständig gemacht hat, kommt es zu Verhandlungen über die Verteilung des Nilwassers, und im schwarzen Afrika versucht Aegypten, die Rolle des grossen Förderers der "Freiheit" zu spielen, doch ist die Lauterkeit der Araber schnell umstritten. Aegyptische Truppen, die im Kongo "tätig" waren, werden verärgert zurückgezogen, immer wieder erinnert man an die Rolle der Araber als Sklavenhändler, die sie noch heute in manchen Teilen des Nahen Ostens spielen. (*153) Den Höhepunkt bildet für Nasser die Gipfelkonferenz der Arabischen Welt im Januar 1964 in Kairo. (*154) Da fanden sich an seiner Tafel alle ein: König Hussein von Jordanien, Premierminister Raschid Karami vom Libanon, Premierminister Mohamed Hafez von Syrien, Präsident Habib Bourgiba von Tunesien, Präsident Abdel Salem Aref vom Irak, und Präsident Ahmed Ben Bella von Algerien. Ihr Hauptproblem ist Israel. Dessen Aufrüstung und Ausbau des geopolitischen Brückenkopfes, den das Staatsgebilde darstellt, ist Gegenstand notwendiger Gegenmassnahmen. Nach vielen kleineren Kriegshandlungen kommt es 1967 zu einem Blitzkrieg, in welchem Israel nach Vernichtung der ägyptischen Luftwaffe bis an den Suezkanal und an den Jordan auf seiner ganzen Länge vordringt. Die Niederlage führt Aegypten in eine schwere Krisis. Angesichts der offen pro-israelischen Haltung der Vereinigten Staaten wird es

gezwungen, stärkere Bindungen zum Ostblock einzugehen, der eine Wiederaufrüstung der Nachbarn Israels sofort in die Wege leitet. Der Ausfall des Suezkanals bringt weitere Finanzschwierigkeiten mit sich. Die Verbündeten, insbesondere Algerien, aber, und das in seiner Lebensfähigkeit durch Wegnahme des Westjordanlandes schwer gefährdete Jordanien, lassen keinen Zweifel an der Notwendigkeit neuer Kampfhandlungen gegen den Eindringling aufkommen. Mit Washington sind die Beziehungen auf einem Tiefpunkt angelangt. Die Versenkung des israelischen Zerstörers Eilat mit Hilfe von ferngelenkten Raketen zeigt dann, dass die Neuausstattung bereits grösseren Umfang angenommen hat. Der israelische Racheakt der Zerstörung der Petroleumraffinerien am Suezkanal am folgenden Tag zeigte andererseits Aegypten die Notwendigkeit einer Einbeziehung seiner kriegswichtigen Industrien in einen allgemeinen Verteidigungsplan.

Diese Lage, dauernd am Rande des Krieges, führt zu einer Annulierung der grossen Leistungen Nassers. Das in deutlichem Wirtschaftsaufschwung befindliche Land steckt heute in schwerer Krisis. Die Bemühungen um einen Gemeinsamen Arabischen Markt, die sich in einer Konferenz der Wirtschaftsminister in Algier im Oktober 1967 erneut kundtaten, kommen auch nicht vom Fleck, da bei allseitigem bestem Wollen die Verschiedenheit der Wirtschaftssysteme (Planwirtschaft in Syrien, Superliberalismus im Libanon), die politischen Differenzen zwischen Monarchien und Republiken (in Südarabien wie im Maghreb) sowie die derzeit bestehenden starken Restriktionen für den Devisenverkehr mit dem Ausland in den meisten arabischen Ländern, ganz abgesehen von den unüberwindlich erscheinenden Schwierigkeiten, die die Charaktereigenschaften des Arabers in Wirtschaftsdingen einer gemeinsinnlichen Zusammenarbeit in den Weg legen, Momente anzeigen, die schon erste Schritte zur Verwirklichung einer solchen Einheit als im Augenblick nicht realisierbar erscheinen lassen müssen. Die Existenz Israels lastet auf der Arabischen Welt als Ganzes und auf Aegypten im besonderen und erlaubt keine Friedensdispositionen. Nur an der Seite eines wieder erstarkten Europa kann der Vordere Orient dieses Problem lösen. Tödlich inkonsequent ist es darum, die von Europa gelenkte Elitenbildung in Südafrika und andern Ortes zu bekämpfen und in Eintracht mit Israel und dem internationalen Judentum die Vereinten Nationen zu unterstützen und andererseits deren hehrste Schöpfung als Todfeind bekämpfen zu wollen. Die afro-asiatische Welt hat nur eine glückliche Zukunft, wenn sie das Gift aus New York wieder ausspeit und sich den eigenen Traditionen zuwendet. Sie wird erkennen müssen, dass die demokratische Krankheit Europas, die Schwächung Europas, ihr Unglück war, dass die Alte Welt in ihrer Gesamtheit diese Krankheit durchstehen muss bevor wieder Harmonie und Wohlstand einziehen können. (*155)

---

*151 - Als Rommel bei Sollum ägyptisches Gebiet erreichte, forderten Angehörige des WAFD, der nationalen ägyptischen Opposition, im Parlament in Kairo offen den Abzug der Engländer. Durch den Verrat hochgradiger Freimaurer in der italienischen Marine (vgl. *150) erhielt Rommel damals nicht den notwendigen Nachschub, insbesondere an Benzin, sodass der Vormarsch auf den Suezkanal zum Stehen kam. Das hätte durch die Schliessung des Kanals eine wesent-

liche Veränderung des strategischen Bildes ergeben. Erst am 28. Februar 1945 erklärte Aegypten offiziell Deutschland und Japan den Krieg. Kurz darauf, am 17. März 1945 wurde die Arabische Liga gegründet.

*152 - Israel hat sofort und bis heute ein vorheriges Einverständnis über diesen Angriff mit England und Frankreich geleugnet. Im Mai 1967 erschien ein Buch von Anthony Nutting, seinerzeit Staatsminister für Auswärtige Angelegenheiten, "No End of a Lesson", in welchem erneut von einem solchen Einverständnis gesprochen wird. Es soll auf der geheimen Zusammenkunft von Selwyn Lloyd mit dem französischen Ministerpräsidenten Guy Mollet und dem Israeli Ben Gurion in Sèvres im Oktober 1956 zustandegekommen sein. In theatralischer Geste beglückwünschte Churchill öffentlich "seinen Kronprinzen" Eden zu dieser Waffentat. Die amerikanische Flotte legte sich jedoch vor die angreifenden französischen und englischen Einheiten vor Port Said und drohte mit dem Eingreifen. Sowjetrussland sprach von einer Kriegserklärung an England, Frankreich und Israel, wenn das Feuer nicht sofort eingestellt würde. Im gleichen Augenblick, als die von Israel gestartete Operation am Suezkanal ihren Höhepunkt erreicht hatte, traten in Ungarn die sowjetischen Panzerverbände an, um wieder die Macht in Budapest zu ergreifen und walzten die Gegner in schweren Gefechten nieder. Die Gleichzeitigkeit dieser Ereignisse liess den Verdacht einer abgestimmten Aktion zwischen Moskau und Washington aufkommen. "Paris Match" fragt 1966 Herrn Murphy, warum die USA im Falle Port Said keine Aggression gestatten konnten, wohl aber in Ungarn. Murphy antwortet: "Eisenhower war nicht in einer angenehmen Lage. Ich glaube nicht, dass er das Vorgehen der Russen zugelassen hätte, aber er konnte nichts tun, sie anzuhalten, ohne dass es zu einem totalen Krieg gekommen wäre." Damit ist von dem Unterstaatssekretär des Aeusseren der Vereinigten Staaten deutlich gesagt worden, dass die USA nur gewillt sind, bei Schwächeren ihre ideologischen Grundsätze militärisch durchzusetzen. Konsequent fragt Murphy sogar dann noch die Franzosen: "Warum sind Sie nicht bis ans Ziel gegangen? Man beginnt keine derartige Operation, um auf halbem Wege anzuhalten. Für mich war das der grosse Irrtum." Es ist erstaunlich, dass Europa immer wieder in diesen Jahrzehnten der Mut fehlt, durchzustehen. Unterhöhlt von Phrasen hat es vergessen, dass alle Politik auch heute noch Machtpolitik ist und begreift nicht, dass nur die Macht es ist, die das heutige Weltbild geformt hat und es erhält.

*153 - Es wird vergessen, dass das Wort "Sklave" sehr relative Bedeutung hat. Die Stellung eines "Sklaven" war in verschiedenen Gesellschaftsformen ausserordentlich verschieden. Man kann einen Sklaven des Römischen Kaiserreiches nicht mit einem Sklaven auf einer Baumwollfarm in Mississippi oder am Hof eines Sultans von Oman vergleichen. Die meisten Gesellschaftsformen haben zur Grundlage eine unterschiedliche Stellung verschiedener Personenkreise. Man kann sogar sagen, dass nicht eine einzige der bisherigen menschlichen Kulturen möglich gewesen wäre ohne eine solche verschiedenartige Stellung der in ihr lebenden Menschengruppen. Das gilt von den ersten bekannten Kulturen bis hin zu den heute bestehenden. Dort, wo diese Unterscheidungen zerstört werden, verdorren die Kulturen. Auf der Ebene der Gleichheit der Menschen gibt es keine Kultur mehr. Sie ist nicht mehr möglich, denn Gleichsetzung bedeutet zwangsweise die Nivellierung nach ganz unten, bedeutet das Verbot jeglicher kulturellen Betätigung einfach auf Grund der Tatsache, dass ein Teil der Menschheit zu dieser nicht fähig ist. Um diesen Weg zu tarnen, bezeichnet man pseudokulturelle Betätigung als Kultur, "abstrakte Kunst" und andere Entartungen, die eben jeder ausführen und niemand positiv werten kann, sodass also auf

dieser Nullebene die Gleichheit aller hergestellt ist.

Der mehr oder weniger bewusste Kampf der Zionisten geht daher gegen alle noch bestehenden kulturellen Ueberreste ebenso wie gegen alle auf solcher kulturellen Substanz aufgebauten Gesellschaftsformen. Der Kampf gegen die Apartheid steht darum neben dem Kampf gegen die Deutschen Burschenschaften und dem Kampf gegen alle Organisationen, Kreise, Orden, in welchen Sittenstrenge gefordert und beobachtet wird. Im einen Fall wird von "Versklavung" geredet, im anderen von "Saufgelagen" und "sinnlosen" Formen.

In London existiert eine "Anti-Slavery-Society", die sich darum bemüht, die letzten Reste der Sklaverei aufzuspüren. König Feisal von Sa'ud-Arabien hat 1962 das Halten von Sklaven verboten, doch ist man sicher, dass weiterhin Sklaven angelandet werden. In Mauretanien ist die Sklaverei nach Auffassung dieser Gesellschaft ein Bestandteil der gesellschaftlichen Ordnung. Die Wirtschaft des Landes hängt von deren Aufrechterhaltung ab. In Nordkamerun besteht Sklaverei fort, da der dortige Herrscher sich von den Franzosen dieses Recht als Gegenleistung für den Kampf gegen die Deutschen 1914 nahm, und die neue kameruner Regierung den Vertrag weiterhin anerkennen muss, da sie auf die Wahlstimmen dieses Bezirkes angewiesen ist. In Aethiopien sah ein Mittelsmann jener Gesellschaft, wie ein Haufen Berittener einen Ort umstellte und dann eine grosse Anzahl von Knaben und Mädchen als Sklaven wegschleppte. Die Vereinten Nationen befassen sich nicht gerne mit diesem Thema, da die neuen Negerstaaten etwaige Untersuchungen als Einmischung in ihre inneren Belange und als "neokolonialistisch" ablehnen. Die UN kriechen eben vor diesen Potentaten und beschränken sich dafür auf Angriffe gegen Südwestafrika.

Bezeichnend für die Beziehungen Aegyptens zu Schwarz-Afrika ist die allgemeine Flucht der Araber aus den jetzt schwarz regierten Staaten. Allein im Mai 1964 flüchteten 1 250 Araber von Sansibar, weitere wandern dauernd noch aus Kenia und Uganda aus, "um Unterdrückungsmassnahmen der schwarzen Machthaber zu entgehen". Sie werden zumeist in den Randgebieten des Persischen Golfes erneut angesiedelt. Die arabischen Regierungsstellen haben dafür Hilfsmittel zur Verfügung gestellt. Es wird von arabischen führenden Politikern damit gerechnet, dass mit Ausnahme der in Südafrika lebenden Inder in absehbarer Zeit keine Araber oder Inder mehr in Negerstaaten werden leben können. Das ist die von den USA mit Waffengewalt und der Ausbildung von Terroristen geförderte Entwicklung zur "Demokratie".

*154 - Für die Anfangsjahre Nassers vgl. Adelbert Weinstein, "Das neue Mekka liegt am Nil. Aufbruch und Umbruch im Nahen Osten", Wiesbaden 1958. Weinstein hält es für einen grossen politischen Fehler, Nasser die Finanzierung des Assuandammes abgeschlagen zu haben. Er betont, dass die 6. USA-Flotte im Mittelmeer wohl mit ihrer atomaren Ausrüstung den Sowjets Schach bieten könne, aber denkbar ungeeignet sei für Polizeiaktionen in Ländern des Nahen Ostens.

*155 - Nicht schliessen dürfen wir dieses Kapitel über Aegypten, ohne des Mannes zu gedenken, der in diesen Jahren von Kairo aus in Aegypten selbst und in der ganzen Welt des Islam das deutsche Ansehen hochhalten konnte. Professor Dr. Omar Amin v. Leers, bis zum Kriegsende Schulungsleiter des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes, einer jener Westflüchtlinge, die ihren erzwungenen Aufenthalt im Ausland dazu verwandten, ihre Umwelt über die Nachkriegsvorgänge in Deutschland aufzuklären, war zunächst in Argentinien tätig und ging dann von dort nach Kairo, wo er, der die arabische Sprache voll beherrschte, bald das Vertrauen der führenden Kreise erlangte (eine alte

Freundschaft verband ihn mit dem Grossmufti von Jerusalem) und ihnen die Augen rechtzeitig darüber öffnete, dass Bonn nicht Deutschland ist. Wer ihn in seiner schönen Wohnung in Cairo-Méadi besuchte, erlebte am Kommen und Gehen der arabischen Freunde von Pakistan bis zum Maghreb, dass hier positive Politik gemacht wurde.

Es war nur eine Bestätigung der Worte von Leers, wenn dann ein in Westdeutschland aufgegebenes Paket in den Händen der Hausangestellten des Prof. Pilz in Kairo explodierte und sie erblindete. Es war eine Bestätigung seiner Warnungen, wenn der Botschafter der BRD, Federer das folgende Gespräch mit Nasser hatte (Februar 1965): Nasser: "Ich bin erstaunt, dass Sie über die ernste Bedeutung von Ostdeutschland für Sie sprechen und die Frage des Ulbrichtbesuches in Kairo aufrollen. Die Bedeutung Israels für die arabische Welt ist hundertmal gefährlicher als Ostdeutschland für Westdeutschland. Sie haben sich ja in allem, was Sie machten, nicht damit begnügt, Israel Wiedergutmachung zu leisten, sondern Sie fügen dem heute noch Waffenlieferungen als Geschenk an unsere Feinde hinzu." Federer: ... "Ihre Haltung wird die Chance einer Hilfeleistung an Sie für die Pläne des neuen Fünfjahresplanes beeinflussen." Nasser: "Darf ich Sie zunächst einmal fragen, was Sie unter Hilfe verstehen? Wir haben weder von der BRD noch von anderen Staaten Hilfen angenommen. Sie haben sich an einigen unserer Wirtschaftsprojekte beteiligt und wir zahlen den vollständigen Preis dafür. Ja, wir haben den grössten Teil davon bereits beglichen, und das zu einem Prozentsatz von sechs Prozent. Nennen Sie das etwa Hilfe?"

*

DER SUDAN

erhielt seine Unabhängigkeit durch eine einseitige Unabhängigkeitserklärung, die das Parlament am 19. Dezember 1955 aussprach. Höchstens die Hälfte aller englischen Zeitungen erwähnten auch nur diese Rebellion. Und der britische Generalgouverneur, Sir Knox Helm, rief auch nicht etwa zum Widerstand auf, wie es so theatralisch dann sein Kollege Gibbs in Salisbury tat, als Rhodesien den gleichen Schritt machte, sondern fuhr auf "Weihnachtsurlaub" nach Hause, wo er dann gleich stillschweigend blieb. Und als dann die neue Fahne am 1. Januar 1956 gehisst wurde, gab es keine Sanktionen, sondern ein nettes Telegramm von der Queen. Dabei wurde diese Unabhängigkeitserklärung dann von den schlimmsten Rassendiskriminationen und von regelrechtem Völkermord begleitet. Während in Rhodesien im Anschluss an die Unabhängigkeitserklärung ein aus Schwarzen und Weissen zusammengesetzter Verfassungsrat gebildet wurde, begann im Sudan das grosse Morden. Die arabische Regierung mordete Dorf um Dorf, Hütte um Hütte, vom Greis bis zum Säugling in den von Negern bewohnten Südprovinzen. Zehntausende von Leichen türmten sich auf, und die UN nahmen Proteste nicht an, die Zeitungen schwiegen, während sie Sondersitzungen einberiefen, weil in Rhodesien die Ordnung eingezogen war. Der schlimmste Rassismus, Rassendiskriminierung und Völkermord herrscht in einem Mitgliedstaat der UN, der gegen Ordnungsmächte wie Rhodesien, Portugal und Südafrika voll-

stimmberechtigt auftreten darf. Der Sudan ist ein Beispiel für die derzeitige Weltordnung, für die Ordnung nach dem Ausscheiden Europas. Natürlich kamen Nehru und der Staatspräsident des Sudan, Ibrahim Abud, im Mai 1965 in Neu-Delhi überein, "die Befreiungsbewegung in Rhodesien zu unterstützen", das Morden auch ins Ausland zu tragen. Die Politik wurde zunächst von den alten Sippenscheichs und den Notabeln in den Provinzen getragen. Eine bedeutende Rolle spielte die religiöse Ansar-Sekte. Im November 1958 endete jedoch schon die erste demokratische Phase und die Militärs übernahmen die Macht. An die Spitze eines nach ägyptischem Vorbild geschaffenen Obersten Rates trat General Abbud. Man sprach von "milder Diktatur", denn der Sudan bemühte sich um Zusammenarbeit mit dem Westen, von dem er finanzielle Unterstützung erhielt. Doch neue politische Elemente formten sich, die Gewerkschaft der Eisenbahner in Atbara, der Dockarbeiter von Port Sudan und der Landpächter der Gezira. Der Enkel des legendären Mahdi, Führer der Ansar-Sekte forderte "die Macht dem Volke, das Militär in die Kasernen". Im Oktober 1964 kam es zum Volksaufstand und die Militärs wurden von einem demokratischen Regiment abgelöst. Kurze Zeit spielten die Kommunisten, die sich dabei geschickt in den Vordergrund gekämpft hatten, eine Rolle. Doch, als ein Student sich im Parlament eine Gotteslästerung zuschulden kommen liess, kam es sehr schnell zum Verbot der kommunistischen Partei.(*156) Noch während des Volksaufstandes hatte sich die Menge auch gegen die Amerikaner gewandt, die USA-Bibliothek in Khartum ging in Flammen auf. Im Dezember 1966 kommt es zu einer neuen Militärerhebung gegen die Regierung des Mahdi, die aber schnell niedergeschlagen wird. Um sich aber greifen die verzweifelten Widerstandsversuche des christlich-heidnischen Südens gegen den arabisch-islamischen Norden.(*157) 1966 sind die drei Südprovinzen Bahr el Gazal, Sudan Equatorial und Obernil praktisch in den Händen der schwarzen Rebellenarmee "Anya-Nya". Ihre Waffen stammen aus chinesischen und tschechoslowakischen Beständen, die eigentlich für den Kongo im Kampf gegen Tschombé bestimmt waren. Im Westsudan kommt es zu verheerenden Stammesfehden (*158) zwischen den Maalia und den Rizeigat. Tausende von Negern sind vor den Repressalien der Khartumer Regierung nach Uganda und Kenia geflüchtet. Mit Aethiopien ist es ebenfalls zu ernsten Grenzzwischenfällen im Süden gekommen. 1967 spricht die Regierung eine Amnestie für die ins Ausland geflüchteten Neger aus, doch wird sie nur in kleinem Masse angenommen. Man misstraut den guten Worten aus Khartum. Sympathien mit den Rebellen in Eritrea (s.d.) verstärken die Differenzen zu Aethiopien, die auch durch den viertägigen Staatsbesuch des Kaisers Haile Selassi in Khartum im Februar 1967 nicht bereinigt werden konnten. Der unglückliche Ausgang des Krieges mit Israel lastet auch auf dem Sudan. Die Baumwolle kann wegen Schliessung des Suezkanals nicht wie bisher abgesetzt werden, der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den USA führte zur Einstellung der Wirtschaftshilfe, konnte aber nicht durch eine Annäherung an den Ostblock wettgemacht werden. So tragen die wirtschaftlichen Verhältnisse zur Unruhe in einem Lande bei, in welchem fremde politische Phrasen mit alten religiösen Bindungen streiten.

---

*156 - Das Oberste Gericht des Landes erklärte dieses Verbot für rechtsunwirksam, doch hat die Regierung ihren Wiedereinzug ins Parlament dennoch verboten. Wesentlich für den Kampf gegen den Linkseinfluss war das Verbot der kommunistischen Zeitung, die im Begriff stand, sich zum drittgrössten Nach-

richtenblatt des Landes zu entwickeln. Doch haben die Kommunisten Anhänger insbesondere unter den Studenten. "Je schwerfälliger die parlamentarische Demokratie sich um sich selbst dreht, ohne viel für die Entwicklung des Landes zu leisten", schreibt die NZZ im April 1967, "desto plausibler erscheint vielen das Hauptargument, mit dem die Kommunisten heute um Unterstützung werben: Parlamentarismus im Sudan bedeutet die Vorherrschaft der religiös-dominierten "reaktionären" Massenparteien". Die Mahdisten werden als traditionell englandfreundlich hingestellt und ihnen die religiöse Gemeinschaft der Khatmiya entgegengestellt, die als pro-ägyptisch bekannt ist. Mit dieser versucht man eine Art Volksfront gegen die Regierung aufzubauen.

*157 - Es sind die gleichen Aequatorialprovinzen, die seinerzeit Gordon dem Deutschen Emin Pascha (Eduard Schnitzer) anvertraute. Als Gordon dann von den Mahdisten in Khartum ermordet wird (1885), ist Emin Pascha im Süden abgeschnitten. Einer von England und dem König der Belgier finanzierten Expedition unter Führung des unvergleichlichen Stanley gelingt das für damalige Verhältnisse fast Unmögliche, vom Südwesten aus vom Kongo her in den Sudan einzudringen, Emin Pascha und die Seinen zu erreichen und gemeinsam mit ihnen, mehr als tausend Männern, Frauen und Kindern, durch Uganda und Kenya hindurch Bagamojo am Indischen Ozean zu erreichen. Das alles ist noch keine hunder Jahre her, und schon fast in völlige Vergessenheit geraten!

*158 - Unter dem harmlosen Wort "Stammesfehden" verbirgt sich die grausamste Form des Kampfes in Afrika. Wegwerfend redet man in den UN von solchen "Stammesfehden" und schliesst die Augen für das Unglück, das man über die Welt gebreitet hat. Kriege werden geächtet, aber die Bürgerkriege angefacht. Die Kriegsmacher bleiben dem Kampf fern und scheffeln den Profit ein. Die Zivilbevölkerung wird zum eigentlichen Kampfziel und trägt hundertfach mehr Opfer als das Heer. Das ist die Humanität der Sieger von 1945.

*

ERITREA

ist kein selbständiger Staat, ist auch keine italienische Kolonie mehr, sondern wurde vielmehr auf Beschluss der UN im Jahre 1951 Italien fortgenommen und an Aethiopien angegliedert, "um diesem Lande einen Zugang zum Meer zu verschaffen", wie die Begründung dieses Beschlusses lautet. Eritrea hatte eigene Organe der Selbstverwaltung unter italienischer Verwaltung. Es gab die Gemeinden, die Stämme mit den von der Bevölkerung gewählten Häuptlingen und die "meslenie", ebenfalls von der Bevölkerung gewählte Häuptlinge. In allen Gerichten sassen eingeborene Beisitzer. Eine Körperschaft von tausend Notabeln lieferte der zentralen und örtlichen italienischen Verwaltung Gutachten. Bis 1938 gab es 58 Elementarschulen und 20 höhere Institute. Die Lehrer waren Italiener und Einheimische. Bessere Schüler erhielten Universitätsgrade in Italien und an der Azharmoschee in Kairo. Das Verkehrswesen war fast europäisch ausgebaut. 1938 besuchten 100 000 Touristen das vollkommen ruhige Land.

Seit der Besetzung durch die Amharen ist das Land in Rebellion. Es wehrt sich gegen die Amharisierungspolitik der Eroberer. Syrien und Aegypten liefern die Waffen und der Sudan bewahrt wohlwollende Neutralität an seinen

Grenzen. Grosse Heeresverbände der Aethiopier versuchen, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die sudanesischen Zeitungen schreiben offen von dieser Rebellion eines Landes, welches wirtschaftlich seit der Besetzung durch den Siegerstaat Aethiopien in immer stärkerer Misere lebt.

ISRAEL

ist ein Fremdling in der Welt des Nahen Ostens. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts wurden die niemals ganz stummen Rufer im jüdischen Volk nach einem Wiederaufbau des Tempels in Jerusalem lauter. (Eine erste Morgenröte auf dem Wege zur Befreiung ist den Juden – nach Eva und Zaev Goldman "Das Land, das Ich dir zeigen werde" – die Franzosische Revolution mit ihrer Gleichstellung aller Bürger.) Zunächst war nicht an die Gründung eines eigenen Staates für das jüdische Volk gedacht. Ja, die Verfechter derartiger Pläne wurden von einflussreichen jüdischen Kreisen im Westen scharf verfolgt. Erst in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen bildete sich der Wunsch nach einem eigenen Heim unter dem Druck der Ereignisse auf dem Kontinent schärfer heraus (*159). Die Stellungnahme europäischer Staaten, nicht nur des Deutschen Reiches, gegen das Judentum, das nach seiner Emanzipation zu Beginn des vorigen Jahrhunderts begonnen hatte, eine nicht berechtigte Rolle in ihrem politischen Leben zu spielen und so den fälschlich, aber eingebürgert so genannten Antisemitismus als Gegenwehr auf den Plan rief, gab den geschickt manövrierenden zionistischen Führern dann die Möglichkeit, in Vermengung imperialistischer nordamerikanischer und sowjetrussischer Wünsche mit ihren eigenen, die politischen Weltinstitutionen und die Geldmittel zur Schaffung eines eigenen Staates auf dem Wege über einen II. Weltkrieg zu erlangen. Sowjetrussland sorgte dafür, dass die für den Antrag Trumans auf Teilung Palästinas notwendige Zweidrittel-Stimmenmehrheit in den jungen UN zustandekam (*160). Mit Chaim Weizmann als erstem Präsidenten und David Ben Gurion als erstem Ministerpräsidenten wurde der jüdische Staat am 17. Mai 1948 ausgerufen. Es kam zum offenen Krieg zwischen Juden und Arabern. Die Terrororganisationen Irgun Zwai Leumi und Sternbande gingen mit jüdischer Grausamkeit vor. Der Vertreter der UN, Graf Folke Bernadotte, wurde von ihnen ermordet und Schweden sprach in einer diplomatischen Note davon, "dass die Regierung Israels die Mörder deckt". Fotos und Augenzeugenberichte viehischer Akte von seiten der Juden wurden den UN und den bei ihr akkreditierten Regierungen völlig zwecklos von den Arabern vorgelegt.(*161) Sie ruhen heute noch unbeantwortet in den "Congressional Records" der Vereinigten Staaten und anderswo. 1951 flüchten weitere 900 000 Araber aus dem jüdisch besetzten Palästina. 1956 greift Israel Aegypten (s. d.) zum ersten Male offen an und muss nach langwierigen Verhandlungen die Sinaihalbinsel wieder herausgeben und den Ghazastreifen räumen. 1967 erobert es beide Gebiete nach einleitendem Abzug der UN-Truppen erneut in einem siebentägigen Blitzkrieg. Wieder erfährt die Welt nur unter Schwierigkeiten von den Greueln, mit welchen die jüdische Eroberung begleitet ist.(*162) Mit den grau-

samsten Methoden, mit Mitteln, die selbst nach den Bromberger Morden von Deutschland nicht in Polen angewandt wurden, wird die Besetzung des Westjordantales vorgenommen. Ganze Ortschaften werden Haus für Haus in die Luft gesprengt und die Bevölkerung vertrieben. Auf 200 000 werden die Flüchtlinge schon im Juni 1967 geschätzt. Frauen und Kinder, in Leintüchern ihre wenigen Habseligkeiten eingewickelt, flüchten auf die Ostseite des Jordans und erinnern an das Bild der deutschen Vertreibung 1945, doch keine Kulturnation bricht die Beziehungen zu Israel ab. (*163) Alle Bemühungen, Israel zu einer Rückgabe der eroberten Gebiete zu bewegen, scheitern. Abstimmungen in den UN führen zu keinem Ergebnis. Der Suezkanal bleibt geschlossen, die arabischen Nationen werden GEZWUNGEN, erneut zum Kampf anzutreten. Einer von Freischärlern gelegten Strassenmine fällt Dayan, schwerverletzt, zum Opfer. Im besetzten Jerusalem wird im Mai 1968 eine Militärparade (unter der Beteiligung deutscher Bürgermeister!) abgehalten und damit allem internationalen Recht ins Gesicht gespuckt, die israelische Regierung verkündet die Befestigung der besetzten syrischen Berge und verhindert die Säuberung des Suezkanals. Das ist der von Weizmann versprochene "konstruktive Beitrag des Judentums zum Weltfrieden".

Die Ausdehnung des israelischen Machtbereiches bringt verschiedene neue Momente in die Wirtschaft des Landes. Erneut wird versucht, die übrige Welt an dem Ausbau finanziell zu beteiligen. Der Versuch, jüdische finanzkräftige Kreise aus aller Welt heranzuziehen, scheitert zunächst an deren Forderung, in Israel demokratische Verhältnisse herzustellen (August 1967). Eine Internationale Wirtschaftskonferenz folgt 1968 diesen ersten Beratungen. Inzwischen erbitten die Auslandsvertreter Israels in unzähligen Konferenzen auf der ganzen Welt die Hilfe der Diaspora. Die schon hohe Besteuerung des Landes kann kaum noch vermehrt werden. Vor allem auch neue Rüstungskäufe belasten das Budget. (Der Sechstage-Krieg hat Israel 3,5 Md. isr. Pfund gekostet.) Als Folge der Unterstützung Israels durch die USA in den UN ergibt sich eine Verhärtung antisemitischer Gefühle in den breiten Massen auf der ganzen Welt, die erkennen, dass die Herrschsucht des Judentums Ausmasse angenommen hat, die für den Weltfrieden im grossen und harmonisches Leben im kleinen eine ständige Gefährdung bedeuten. De Gaulles Wort vom "herrschsüchtigen Volk" (*164) hätte in einem anderen Augenblick niemals so viel Echo gefunden. (Die Ablenkung der Massen wird nötig und dann auch glücklich Mitte 1968 in Prag gefunden.) Selbst die befreundeten jungen Staaten in Afrika schliessen sich in ihrer Mehrheit der arabischen Forderung auf Räumung der 1967 besetzten Gebiete an und fordern den Protest Israels heraus. Lediglich die Insel Sanafir im Golf von Akaba wird wieder geräumt, allerdings unter der Voraussetzung, dass sie Niemandsland bleibt. Palästinensische Organisationen beginnen mit Bombenanschlägen nicht nur in den besetzten Gebieten, sondern auch im eigentlichen Israel.

Die BRD stellt Israel einen Kredit von 35 Millionen Dollar für Forschungen auf dem Gebiet der Atomkraft zur Verfügung. Beunruhigt meint Kairo, dass die BRD damit Israel helfe, Atombomben herzustellen.

Dass sich dieser Staat mehr und mehr auf eigene Füsse stellt hat seine natürlichen Folgen auch in den Beziehungen Israels zur Zionistischen Weltorganisation. Aussenminister Golda Meir fordert, dass letztere sich völlig mit der Politik Israels identifizieren müsse, also keinerlei politische Eigenrolle mehr zu spielen habe. Die Folge war, dass Dr. Nahum Goldmann es ablehnte, neuerlich das Amt eines Präsidenten der zionistischen Weltorganisation zu übernehmen. Israel, welches durch jene Organisation im wesentlichen ermöglicht wurde, hat sich somit 1968 für mündig erklärt.

*159 - Iwan Kirchner beschreibt die Entwicklung der israelischen Staatswerdung (in "Der Nahe Osten", Wien 1941) zusammengefasst wie folgt: Mai 1915 wurde ein Koalitionskabinett gebildet (Premierminister Asquith, Vorsitzender des Kriegsrates Lloyd George, Marineminister James Balfour, Innenminister Herbert Samuel. Um sie herum gruppierten sich als Befürworter der zionistischen Ansprüche Wickham Steed (Foreign Editor der "Times"), Captain Amery (S kretariat Lloyd D. George), Lord Newton (Propaganda), Ronald Graham (bis 1915 ägyptischer Innenminister, dann Abtlg. Naher Osten im Foreign Office), Lord Derby (Kriegsminister), S.C.Scott ("Manchester Guardian"), Joseph King (liberaler Unterhausabgeordneter), Lord Northcliffe (Pressemagnat), Lord Milner (Colonial Office), Ormsby-Gore (dessen Sekretär) und General Smuts (Südafrika). An Juden finden wir Sir Herbert Samuel, Innenminister, Edwin Samuel Montagu, Privatsekretär Lord Asquiths (seit 1917 Staatssekretär für Indien), Lord-Oberrichter Rufus Daniel Isaacs, späteren Marquess of Reading, Lord Lionel Walter Rothschild, Leonard Montefiore (Enkel des Sir Moses Montefiore, der eine wesentliche Rolle bei der Judenemanzipation (s.d.) in England spielte), Marcus Samuel, Viscount Bearsted of Maidston, ehem. Lordmayor of London, Präsident der Shell, Inhaber des britischen Tankschiffmonopols, Präsident der Lloyds-Bank, Peter Montefiore Samuel, Direktor der Shell Transport and Trading Co, Robert Waley-Cohen, Direktor der Shell, Lord Melchett (als Ludwig Mond gebürtig in Deutschland), Präsident der Barclays-Bank und der Imperial Chemical Industries.

Zionistische Führer wie Theodor Herzl oder Jabotinsky wollten einen jüdischnationalen Staat schaffen, in dem alle Juden der Welt angesiedelt werden und wieder ein einheitliches Volk bilden sollten. Sie scheiterten jedoch am Widerstand der führenden Schichten des Weltjudentums bei der Formulierung des Begriffes "Volk". Geistiger Vater des Zionismus ist wohl Nathan Birnbaum. Er wünschte ein jüdisches Palästina gewissermassen als Symbol, das die Stellung der Juden innerhalb der fremden Völker noch weiter festigen sollte (1893). Ihm folgt als "Begründer des geistigen Zionismus" der russische Jude Ascher Ginsberg, der sich Achad Haam ("einer aus dem Volke") nannte. Als Begründer der Verschwörergruppe der "B'nai Zion" kämpfte er in Osteuropa gegen den vorrangig wirtschaftlichen Zionismus eines Herzl, und erreichte mit seiner Zeitung "Ha-Shilvah" (Der Weg) seine Idee vom nationalen Zionismus auf den zionistischen Kongressen 1911 und 1913 mehr und mehr durchzusetzen, sodass einer seiner Schüler meinte: "Beinahe wunderbar ist es, zu sehen, wie das Leben dieses Mannes ein Glied ist, der das Volk Israel in eine ruhmreiche Zukunft führt, und wie er Israel gedient hat, und auf dem Wege über Israel DER GANZEN MENSCHHEIT". Die 1913 in Petersburg in russischer Sprache erschienene "Jüdische Enzyklopädie" sagt dazu: "Nach Achad Haam besteht die Mission des jüdischen Volkes darin, ein Uebervolk zu werden, das Volk der Propheten, das in sich von Geschlecht zu Geschlecht den allerhöchsten Typ der Sittlichkeit verkörpert und getreuester Träger der allerschwierigsten sittlichen Verpflichtungen ist, OHNE JEGLICHE UEBERLEGUNG, OB ES DAMIT DEN MENSCHEN SCHADEN ODER VORTEIL BRINGT, SONDERN AUSSCHLIESSLICH NUR IM NAMEN DER EXISTENZ DIESES HOECHSTEN TYPUS." Er selbst stellt in seinem Buch "Am Scheidewege" das "allen Juden selbstverständliche Axiom" auf, wonach es auf der Schöpfungsleiter Stufen gebe, nämlich: "Mineralien, Pflanzen, Tiere, Menschen, und zu oberst Juden". In englischen Zeitungsnotizen heisst es dann: "Achad Haam, Weizmann, Sokolow, Tschlenow begannen ihre Aufklärungsarbeit in den englischen Gesellschafts- und Regierungskreisen... Schon in den geheimen Beratungen, die in jenen Jahren bei Samuel in der Wohnung

stattfanden, hat Samuel die Richtlinien der zukünftigen zionistischen Politik gegeben." Achad Haam war Gründer und Führer des jüdischen Freimaurerordens "B'nai Moische" und konnte als Hochgradfreimaurer zu Hochgradfreimaurern sprechen. Ihm gesellte sich Chajim Weizmann aus Motyli bei Pinsk hinzu, sodass die Einheit des Judentums in dieser Frage demonstriert werden konnte. Jüdische Auffassungen, die dem widersprachen, kamen nicht zur Geltung. Als Wladimir Jabotinsky die Idee einer Masseneinwanderung nach Palästina vertrat, wurde ihm von der zionistischen Führung der Kampf angesagt und auf ihre Veranlassung hin während des Gebets in der zionistischen Synagoge Jawneh in seiner Heimatstadt Odessa über ihn der Bann gesprochen und sein Name verflucht. Da in den Vereinigten Staaten (s.d.) die wirtschaftliche (und damit auch die politische) Macht längst in jüdische Hände übergegangen war, konzentriert in den Händen des Obersten Richters Louis Dembitz Brandeis, beschritt der Zionismus den Weg, diese Situation im I. Weltkrieg für seine Zwecke zu benützen. Als die Mächte einem Frieden auf der Basis des status quo ante geneigt waren, reiste daher Anfang 1917 Sir Rufus Isaacs, Lord-Oberrichter von England, gefolgt von Aussenminister James Balfour nach New York. Amerikas Kriegseintritt hing von einer öffentlichen englischen Zusage zu den zionistischen Plänen ab. Diese gab Balfour am 2. November 1917 mit seinem an Lord Rothschild gerichteten Schreiben auf dem offiziellen Briefpapier des Auswärtigen Amts ab. "My dear Lord Rothschild", begann die dann so berühmt gewordene Balfour-Deklaration, die den Ausgang des I. Weltkrieges bestimmte. Der Text wurde vorher ausführlich zwischen den Zionisten in New York und der Britischen Regierung ausgehandelt. Nach längeren Vorverhandlungen trafen sich am 7.2.17 in der Wohnung von Oberst Sir Mark Sykes in London die Zionistenführer Lord Rothschild, Herbert Samuel, James de Rothschild, Nahum Sokolow, Chaim Weizmann, Joseph Cowen, Herbert Bentwich, Mr. Sacher und Dr. Gaster. Man ging an die Ausarbeitung eines Textes. Am 18.7.17 sandte Lord Rothschild die Formel an Balfour, doch andere jüdische Kreise fürchteten Nachteile durch das darin allzu offen ausgesprochene Bekenntnis zu jüdisch-nationaler Weltpolitik, sodass Balfour prominente Juden "in Anbetracht der Meinungsverschiedenheiten, die unter den Juden selbst bestehen" um Rat fragte (Sir Stuart Samuel, Präsident des Jewish Board of Guardians, Claude M. Montefiore, Philipp Magnus, Dr. Hertz, Oberrabbiner von Grossbritannien, Nahum Sokolow und Dr. Weizmann). In dieser Phase veranlasste Brandeis in New York Wilson, Balfour eine prozionistische Erklärung zu senden. Daraufhin unterschrieb Balfour die endgültige, von den Juden verfasste sogenannte "Balfour-Declaration" ("Jüdische Rundschau", Nr. 70/1921). Beachtenswert ist in dieser der letzte Satz, wonach "nichts getan werden soll, was ... die Rechte und die politische Stellung der Juden in irgendeinem andern Lande beeinträchtigen könnte". Damit wurde festgelegt und später im Beschluss des "Obersten Rates" in San Remo von 26 Entente-Staaten anerkannt, dass der Jude, und einzig er, Vollbürger eines Staates und zugleich vollberechtigter Bürger eines anderen Staates, nämlich Israels sein könne. Die Zionisten haben dieses sogenannte "Minoritätsgesetz" in San Remo gegen innerjüdischen Widerstand durchgesetzt. Siehe "Jüdische Zeitung", 25.6.1920.

Palästina wurde britisches Mandatsgebiet. Es wurde jedoch nach dem I. Weltkrieg von jüdischer Seite nichts unternommen, um Palästina durch Urbarmachung von Wüstengebieten usw. zu einer wirklichen Heimstätte grösserer Teile des jüdischen Volkes zu machen. Bis 1925 stieg die jüdische Einwanderung noch an, sank dann aber ab und wurde ab 1927 sogar von der jüdischen Auswanderung aus Palästina übertroffen. Erst, als die Judenfeindlichkeit in Ost- und Mitteleuropa wuchs, wuchs auch die Notwendigkeit einer grösseren

Einwanderung. Bis dahin war Palästina für die britisch-jüdischen Interessen ein strategisches Pfand, eine Sicherung ihrer Oelgebiete und des Suezkanals. (Das private, jüdische Bankhaus Rothschild erwarb im Auftrage Disraelis seinerzeit die Aktien des Suezkanals und verdiente bei dieser Millionentransaktion in drei Monaten 15% Provision) (vgl. Giselher Wirsing, "Engländer, Juden, Araber in Palästina", Jena 1939). Wie man in Grossbritannien den Begriff der Mandatsgebiete beurteilte, zeigt die Rede, die Englands Aussenminister Lord Curzon am 25.6.1920 im Unterhaus hielt, in welcher er erklärte, "dass das Völkerbundsmandat eine Fiktion ist. Es handelt sich in Wirklichkeit nur um die Verteilung der eroberten Gebiete unter die Sieger".

Während die Masse des Weltjudentums nicht geneigt war, aus der Existenz dieses Palästinas Konsequenzen zu ziehen, griff die militante Minderheit der Zionisten weiter an. Beachtlich sind die Reden dafür, die auf dem Zionistischen Weltkongress in Karlsbad 1921 gehalten wurden. Nachdem Kaplansky England mit einer bolschewistischen Revolution gedroht hat, tritt Weizmann auf: "Wenn Sie sich, meine Herrschaften, einbilden, dass diese Koinzidenz der Interessen (nämlich die Englands und der Zionisten in Palästina) eine strategische ist, so bauen Sie auf einer falschen Grundlage. Wenn Sie glauben, dass wir uns dazu hergegeben haben, als Agenten der englischen imperialistischen Politik in Palästina und im Nahen Osten zu fungieren, so ist auch das eine falsche Grundlage... Es ist aber eine andere Koinzidenz von Interessen: gerade die, auf welche Kaplansky aufmerksam gemacht hat. Das ist, was man englisch "good will" nennt, der gute Wille des jüdischen Volkes. England mit seinem weltumspannenden Blick hat vielleicht aus Gründen, die ich andeuten möchte, mehr und eher als irgendeine andere Nation verstanden, dass die Judenfrage wie ein Schatten über die Welt herumspaziert und zu einer ungeheuren Kraft des Aufbaues und zu einer ungeheuren Kraft der Zerstörung werden kann. Und England hat uns verstanden – und darin liegt vielleicht ein kleines Verdienst von uns, dass wir dazu beigetragen haben, dass es uns versteht – , dass diese Ausnutzung des jüdischen guten Willens und die Kanalisation der jüdischen konstruktiven Kräfte durch Palästina von ungeheurem Nutzen wäre... " Und im März 1922 hält Weizmann eine Rede in Oxford: "Ich glaube, dass eine Interessengemeinschaft zwischen der britischen Regierung und dem britischen Volk, einer das britische Volk repräsentierenden Regierung einerseits und den Juden der ganzen Welt andererseits besteht... Eine gebrochene Zusage könnte vielleicht kostspieliger sein als die Erhaltung einer Armee in Palästina. Je grösser ein Reich ist, desto weniger kann es sich gestatten, sein Wort zu brechen... Der Zionismus war immer da. Er ist das Schicksal der Juden. Und keine Kraft auf Erden kann und wird uns von unserem Schicksal abbringen... Ich glaube nicht, DASS EIN WIRKLICHER FRIEDE DER WELT MOEGLICH IST, OHNE EINEN EHRLICHEN VERSUCH, DIE JUDENFRAGE ZU LOESEN." Man sah, die Zionisten drohten offen mit der Zerstörung des Britischen Weltreiches, wenn ihnen nicht Palästina ausgeliefert würde, und der Zionismus hat dann auch nicht gezögert, dieses Weltreich sich ausbluten zu lassen, als es galt, den jüdischen Staat endgültig zu errichten. Der britische Hochkommissar, der 1920, also zwei Jahre vor offizieller Uebertragung des Mandats an England nach Jerusalem kam, war – Sir Herbert Samuel. Die in Riga erscheinende jüdische Tageszeitung "Frimorgn" schrieb am 3.9.1931: "Jedesmal, wenn Samuel nach Tel Aviv gekommen ist, hat er in erster Linie Achad Haam besucht. Er hat mit Achad Haam alle Probleme durchgedacht und hat sich oft verteidigt (!), dass er als Oberkommissar nicht nur nach dem Willen der zionistischen Organisation und dem jüdischen Interesse handeln könne... Wie Achad Haam in seinen Erinnerungen bemerkt, ist er nicht alle Male mit Samuel zufrieden gewesen, er hat

ihn aber alle Male verstanden..." Palästina war für das Britische Empire eben nur Teil jener Zerstückelungspolitik, mit welcher der Panarabische Gedanke bei der Zerstörung der türkischen Macht betrogen wurde. Als dieser dann dennoch immer klarere Formen annahm und in den verschiedenen neuentstandenen Staaten junge, nationalistische Kräfte an die Macht kamen, musste England angesichts des vom Weltjudentum (diesmal mit Hauptsitz in New York) vorbereiteten II. Weltkrieges eine Verschlechterung seiner Beziehungen zur arabischen Welt vermeiden. So kam es, dass 1940 die britische Mandatsverwaltung angesichts des wachsenden Einflusses der Achsenmächte im Vorderen Orient eine Verordnung erliess, wonach arabisches Land nur an Araber verkauft werden durfte. Nur in jenem Küstenstrich, der provisorisch als zukünftiger jüdischer Staat vorgesehen war, konnte Land auch an Juden verkauft werden. Es kam zu jüdischen Protestdemonstrationen in Jerusalem und das amerikanische "Hilfskomitee für Palästina" erklärte seinen schärfsten Einspruch "ohne Rücksicht auf die Sympathie für die Sache der Westmächte". Das Zentralorgan der Zionistischen Organisation sagte sogar, "dass die Verordnung des Hohen Kommissars geeignet ist, das Vertrauen in die Sache, für die die Westmächte kämpfen, zu untergraben". Propagandaminister Duff Cooper hielt daraufhin folgende Rundfunkrede: "England ist angesichts der zunehmenden antisemitischen Tendenzen in vielen Ländern verpflichtet, beim Wiederaufbau Palästinas nach dem Kriege noch mehr für die Juden zu tun, als es jemals versprach, oder zu tun beabsichtigte. Die bisherige Palästinapolitik Englands, die weder Juden noch Araber bevorzugte, hat sich als unpraktisch herausgestellt und einen Kurswechsel notwendig gemacht, der die englische Regierung zwingt, sich eindeutig zugunsten des Judentums zu entscheiden. FALLS DIE ARABER UNTER SOLCHEN UMSTAENDEN NICHT LAENGER IN PALAESTINA VERBLEIBEN WOLLEN, STEHEN IHNEN ANDERWEITIG GROSSE GEBIETE ZUR VERFUEGUNG". Kolonialminister Mac Donald sprach am 7. März 1940 von dem "ausserordentlichen jüdischen Volk, das so etwas wie ein Wunder zustande gebracht hat, indem es öde Gegenden in Fruchtgärten verwandelte". David Ben Gurion aber nahm in der Zeitung "New Judäa" abschliessend Stellung: "Aus vollem Herzen werden wir der britischen Armee und dem britischen Volke allen Beistand geben, DENN DER GEGENWAERTIGE KRIEG IST UNSER KRIEG." Der politische Zionismus, Ursache für den Ausgang des I. Weltkrieges, wurde so in Selbstzeugnissen zur wesentlichen Ursache auch für die Ausweitung der deutsch-polnischen Differenzen zu einem II. Weltkrieg. Das in seinem politischen Schwerpunkt von London nach New York weitergewanderte Judentum hinterliess gerne ein entmachtetes Empire am Wegesrand. Die neuesten Trümmer aber sind US-amerikanisch, Chaim Weizmann sagte schon in einer Rede, 1920 in Jerusalem ("Jüdische Rundschau", Berlin 1920/4): "Ihr könnt unser Kommen beschleunigen oder verzögern, es ist aber besser für euch, uns mitzuhelfen, denn sonst wird sich unsere aufbauende Kraft in eine zerstörende verwandeln, die die ganze Welt in Gärung bringen wird." In einem am 22. Juni 1940 in London geschlossenen Geheimvertrag zwischen der britischen Regierung und der Exekutive der Jewish Agency wurde denn auch die Existenz eines jüdischen Freistaates Judäa in einem Gebiet anerkannt, das im wesentlichen durch die Grenzen des Mandatslandes Palästina bestimmt war und als Dominion dem British Commonwealth als freier und souveräner Bestandteil eingegliedert werden sollte. Seine Britische Majestät wurde von den Juden als König von Judäa anerkannt. Auch Kolonien sollte der jüdische Staat erhalten. Die britische Regierung erklärte sich bereit, das Hochland von Abessinien dem zionistischen Freistaat als Siedlungs- und Kolonialgebiet zur Verfügung zu stellen. Der Vertrag wurde unterzeichnet von Churchill einerseits und Chaim Weizmann und Moische Schertok andererseits. Durch

Indiskretionen aus den zionistischen Büros gelangte der Text an amerikanische Nachrichtenagenturen. Der Rektor der Al-Azhar-Universität in Kairo protestierte am 1. Juli 1940 offen dagegen als eine "Beleidigung der heiligsten Gefühle der islamischen Welt".

Heute ist Israel erneut im Begriff, sich in Afrika sein eigenes Kolonialgebiet zu schaffen. Durch die von ihm veranlasste und aufrechterhaltene Sperrung des Suezkanals kann es frachtgünstiger als die Europäer Handel mit den Ländern am Indischen Ozean treiben. In Eilat, seinem Hafen im Golf von Akaba, hat es bereits ein Kühlhaus (für Fleisch aus Madagaskar), einen Getreidesilo (für Weizen und Futtergetreide aus Australien) und eine Schüttladeanlage (für Phosphate, Kali usw. für den Fernen Osten) gebaut. Die staatliche Reederei Zim und die ebenfalls staatliche Handelsgesellschaft Alda führen aus, was die neuinstallierten Handelsattachés (Nairobi, Dar es-Salam, Kampala, Addis Abeba, Lusaka, Pretoria, allein in Ostafrika. Handel mit Rhodesien abgebrochen) vorbereiten. In Madagaskar werden grosse Gebiete von israelischen Beauftragten mit Mais angebaut und die Fleischausfuhr erhöht (nicht zuletzt, um Argentinien gegenüber Repressalien vornehmen zu können. Man droht im Oktober 1968 mit Einstellung der Fleischkäufe, weil Argentinien Heeresnachrichtenmaterial in Holland anstatt in Israel gekauft hat). Das alles ist Teil der Zionistischen Herausforderung, des Défi Sioniste, von dem niemand spricht.

*160 - "Nach 2 000 Jahren der Diskrimination und Verfolgung gebührt dem jüdischen Volke eine nationale Heimstätte. Die UdSSR weiss um die Tragödie und die Leiden des jüdischen Volkes im letzten Krieg. Historische Gerechtigkeit und Menschenwürde machen es notwendig, dass die Flüchtlinge im Lande der Ahnen einen Platz bekommen. Bislang hat sie der britische Imperialismus von den Küsten Palästinas ferngehalten. Die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat wird diese Lage ändern. Die Sowjetunion unterstützt das Recht des jüdischen Volkes auf ein Land, das ihm gehört." Andrej Gromyko Mai 1947 in Lake Success vor den UN.

Dabei ist erwiesen, dass es sich bei der überwältigenden Mehrzahl des heutigen jüdischen Volkes gar nicht um das "Land ihrer Ahnen" handelt. Graetz in seiner grundlegenden "History of the Jews", 5 Bände, London 1891, schreibt: "Es ist denkbar, dass die Umstände, unter welchen die Khazaren den jüdischen Glauben annahmen, in Legenden verschönert wurden, aber die Tatsache als solche ist von allen Seiten her so klar belegt, als dass irgendein Zweifel an ihrer Wahrheit erlaubt sein könnte ... luden jüdische Weise ein, sich dort niederzulassen... belohnte sie königlich ... gründete Synagogen und Schulen ... veranlasste Unterricht in der Bibel und dem Talmud ... führte einen Gottesdienst ein, ähnlich dem in den alten Gemeinden ... gemäss Verfassung konnten nur Juden den Thron besteigen ..." Nathan M. Pollock, ein heute in Tel Aviv tätiger Wissenschaftler, ergänzt 1967: "Im Jahr 965 wurden die Khazaren in fünfhundertjähriger Geschichte zum ersten Mal besiegt, und zwar durch den christlichen Fürsten Sviatoslav von Kiew. König Bulan III sah den Grund der Niederlage in dem heidnischen Glauben seiner Leute und nahm daher 965 und 966 mit seinen Kriegern den jüdischen, monotheistischen Glauben an. Die Männer mussten sich beschneiden lassen, hebräische Gebete lernen und jüdische Rabbiner als ihre geistigen Führer anerkennen, alles unter Todestrafe. Als andere Juden, fährt Pollock fort, in Westeuropa von der Existenz dieses jüdischen Staates hörten, kam es mehrfach zu Pilgerzügen in das Land des vermeintlichen Messias, via Persien, Griechenland und Polen. Das jüdische Khazarenreich wurde 1239 in einer Invasion des Mongolenkhans Batu Khan zerstört. Die Ueberlebenden zogen westwärts und liessen sich in Polen, Ungarn, Böhmen,

Rumänien und der Ukraine nieder. Pollock selbst bezeichnet sich als Abkomme jener Khazaren. Nach ihm sind Namen wie Halperin, Alpert, Halpern, Galpern 100 prozentig khazarisch, desgleichen die Gruppen Kaplan, Caplon, Coplon, Koppel und Kogan, Kagan, Kohn, Kaganovich usw. - Die Jewish Encyclopädia New York, 1903, bringt den Abdruck einer Karte aus dem Geschichtsatlas von Schrader (Atlas de Géographie Historique), in welchem das Khazarenreich zwischen Kaspischem Meer, Schwarzem Meer und Dnjepr als von "Juden" bewohnt eingezeichnet ist. Diese Enzyklopädie legt das Bekehrungsjahr auf "etwa 720" fest, spricht aber ebenfalls von einem König Bulan, und sagt "die jüdische Bevölkerung im Reich der Khazaren muss in der Zeit zwischen dem 7. und 10. Jahrhundert beträchtlich gewesen sein... Im 9. Jahrhundert scheint es, dass alle Khazaren Juden waren und dass sie erst kurz zuvor konvertiert wurden". - Die Rabbiner H.G. Enelow und Adolph Moses veröffentlichten ebenfalls schon 1903 in Philadelphia ihre Werke "Yahvism" und "Other Discourses", in welchen sie nachweisen, dass das Wort "Jude" ursprünglich ein rein geographischer Begriff ist, nämlich eine Abkürzung englischer Geschichtsschreiber des Wortes, welches der römische Historiker Flavius Josephus für "die Leute in Judäa" geprägt hat. Die heute sogenannten "Juden" bezeichneten sich selbst niemals als solche, ihre Religion ist in biblischen und nach-biblischen Zeiten das "Torath Yahve". Zahlenmässig muss man den Anteil der Nachkommen der Khazaren an den heute lebenden Menschen mosaischen Glaubens mit etwa 92% annehmen, wie die genannten Historiker allgemein feststellen. Die israelische Regierung hat ein Gesuch Pollocks, 1967 eine Tausendjahrfeier des Khazarenreiches zu begehen, abgelehnt, da eine solche Feierlichkeit Wasser auf die Mühlen der Araber sein würde. Fest aber steht dennoch, dass man von einem "Jüdischen Volk" nicht sprechen kann, dass man von einer "Rückkehr ins Land der Ahnen" noch weniger reden kann, es sei denn, man meine eine Art von "geistiger Ahnen". Denn auch die verbleibenden 8% "westlicher" Juden bilden keineswegs eine völkische Einheit, auch dann nicht, wenn man die indischen Juden (vgl. Dr. Hermann Beythan, "Was ist Indien", S. 140, Heidelberg 1942) und die schwarzen Juden beiseitelässt. Die Diaspora erstreckte sich auf deutlich absteckbare Stadtteile (Mont Juich in Barcelona zB), die zahlenmässig gegenüber dem Ostjudentum auch nach der Emanzipation nicht ins Gewicht fielen. Allerdings ermöglichte diese Emanzipation dann die für die Ordnung in der Welt so verheerende Ausbreitung des Ostjudentums.

Die Geschichte des Judentums, und vor allem seine Beziehungen zum Christentum und zur Person Jesu wurden Gegenstand allgemeiner Erörterungen infolge der Auffindung von Schriftrollen in Höhlen am Toten Meer und andererseits im Zuge der Kämpfe des Judentums gegen die in den Evangelien übermittelte Darstellung von den Vorgängen, die zur Kreuzigung von Jesus führten. Das Judentum erreichte unter der kurzen Amtszeit des Papstes Johannes XXIII. Aenderungen der überkommenen Bibeltexte. Nicht die Pharisäer und Schriftgelehrten sollten jetzt mehr Pilatus zu der von ihm als Justizmord betrachteten Kreuzigung gezwungen haben, sondern dieser selbst soll verantwortlich gewesen sein. Nicht weniger als sieben Kardinäle legten im Zuge dieser Aenderungen ihr Amt nieder. Hauptmittelsmann zwischen Juden und Vatikan war der deutsche Jesuitenkardinal Bea. Wurde durch diese Vorgänge das Verhältnis zwischen Judentum und Christentum (bisher: "Sein Blut komme über uns") wesentlich geändert, so wurden "zwei der stärksten Säulen des jüdischen Herrschaftsbereichs, der Glaube an die Bibel und an die Auserwähltheit des jüdischen Volkes durch Funde von Schriftrollen am Toten Meer in Frage gestellt, sofern nicht einwandfrei widerlegt. Das Judentum wäre über den Bereich einer orientalischen Kleinreligion nicht hinausgekommen, wäre es ihm nicht gelungen, sich durch das

Christentum die Völker untertan zu machen" (Ingo Paulsen in "Der Weg", Buenos Aires, 1957, 1) (Es ist ja letzten Endes die gleiche Taktik, die das Judentum mit so vielen Organisationen heute, angefangen von der Freimaurerei bis hin zu den Gliederungen der UNO vornimmt). Vor allem das in Khirbet Qumran von dem syrischen Metropoliten Mar Athanasius Yeshue Samuel aufgefundene Buch "Der Krieg der Kinder des Lichtes gegen die Kinder der Finsternis" verstärkt die schon oft in der Wissenschaft geäusserten Zweifel, ob Jesus überhaupt gelebt hat. Es schildert den Lebenswandel eines "Lehrers der Gerechtigkeit" (nach Ethelbert Stauffer in "Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte", 1956, 3 der Toralehrer Jose ben Joeser), der in allem wesentlichen mit dem uns dann von Jesus ben Josef Uebermittelten übereinstimmt. Das genannte Buch wurde etwa 41 vor Christus verfasst. Dieser "Lehrer der Gerechtigkeit" war Anhänger der Sekte der Essener. Es fragt sich, ob man nicht die Gestalt Jesu erfabelte, denn die älteste Quelle der Evangelien, der Ur-Markus entstand erst etwa 40 nach Christus (Arthur Drews in seinem Werk "Die Christusmythe"). Bezeichnend ist, dass der genannte Metropolit seine Funde nicht verkaufen konnte, und sie dann über einen Mittelsmann an die Juden übergingen, obwohl jener Metropolit gerade das verhindern wollte, weil er eine unsachliche Auswertung ihres Inhalts befürchtete. Vgl. Karl Friedrich Bahrdt, "Briefe über die Bibel im Volkston", 1782, der von der in "Logen" organisierten geheimen Gesellschaft der Essener berichtet, von "denen das Auftreten des Heilands als eine raffinierte Komödie inszeniert wurde". Vgl. auch Edmund Wilson, "Die Schriftrollen vom Toten Meer", München 1956. – Schon Lessing veröffentlichte Auszüge eines Werkes von einem Hermann Samuel Reimarus, welches er in der Wolfenbüttler Bibliothek fand, und in welchem der Verfasser die Gestalt Jesu als einen Schwindel der Apostel darstellt.

Wiederum von anderer Seite wird der Fragenkomplex beleuchtet durch die Auffindung eines alten Dokuments in einer Bibliothek in Liverpool, nach welchem Pilatus 2000 Mann Truppenverstärkung angefordert habe, um Jesus zu retten, welche aber erst einen Tag nach der Kreuzigung eintrafen. London Jewish Council (8.2.1963) meint, dass durch diesen Fund der Antisemitismus nicht gestärkt werde. – Auf die Sinnlosigkeit der Behauptung des Reimarus weist Friedell (aaO S.268) hin, indem er betont, dass Jesus nicht, wie Reimarus sagt, "das von den Juden erhoffte messianische Weltreich errichten wollte... Jesus hat nicht etwa die Idee der jüdischen Messianität bloss umgedacht, ... vergeistigt, sondern sie vollkommen widerlegt und aufgehoben, kurz: er war n i c h t der Messias ... Er hat sich selbst auch kein einziges Mal so bezeichnet (er zitiert dazu Moriz de Jonge und Wellhausen) ... Wenn Jesus der Messias war, warum haben die Juden ihn nicht anerkannt, warum erkennen sie ihn bis zum heutigen Tage nicht an? Dass die Welt nicht mit dem Schwert erobert werden kann, erobert werden darf, sondern nur mit dem Geist, das war ein schlechthin neuer Gedanke, der vorher in keines Juden und in keines Heiden Kopf gekommen war. Kurz, wenn der Messias der "Christos" sein soll, der Gesalbte, der König (und dies ist zweifellos die korrekte jüdische Auffassung), dann war Jesus nicht mehr und nicht weniger als der leibhafte "A n t i c h r i s t". Dass die ersten Christen antisemitisch waren ergibt sich ohne Zweifel auch aus dem Römerbrief des Juden Paulus, der sich (vergebens) dagegen wandte, und aus dem Barnabasbrief.

Von der sehr tief noch heute im Judentum wurzelnden Ablehnung Jesu spricht, was der nordamerikanische Jude Ben Hecht in seinem Buch "A Jew in Love" (S.20) meint (auch über TV dann wiederholt): "Alles, was das Christentum zuwege gebracht hat, sind 800 000 Morde. Wenn wir einen Mann auf dem Mond landen, finden wir dort hoffentlich einen neuen Gott für den einen, von

dem wir wissen, dass er ein grosses Fiasko war. Eine der herrlichsten Sachen, die der Mob jemals zuwege brachte, war die Kreuzigung von Christus. Verstandesgemäss war es eine herrliche Geste. Aber der Mob hat's verpfuscht. Wenn ich mit der Vollstreckung an Christus beauftragt gewesen wäre, ich hätte es anders gemacht. Wissen Sie, was ich getan hätte? Ich hätte ihn nach Rom verschifft und die Löwen damit gefüttert. Sie hätten keinen Heiland mehr haben können aus Hackfleisch." Und der Zionist Joseph Dunner, sagt am 10. Oktober 1950 in "The Republic of Israel": "Christen jeder Sparte ist Jesus das Symbol des Reinen, Heiligen und Lieben. Den Juden wurde Christus seit dem IV. Jahrhundert das Symbol des Antisemitismus, der Verleumdung, der Grausamkeit und des gewaltsamen Todes."

*161 - Gleichzeitig liefen in Westdeutschland die amerikanisch-jüdischen Prozesse in Landsberg und Malmedy, wo unter Folterungen, Scheinhinrichtungen usw. deutschen Soldaten falsche Geständnisse abgezwungen werden sollten, und die Weltpresse brachte diese in Grossformat als Begründung der Lüge von deutschen "Kriegsverbrechen" und "verbrecherischen Organisationen". Der "Deutsche Friedhof" in Landsberg mit den von der amerikanischen Besatzungsmacht ermordeten Deutschen erinnert immer wieder an diesen Zustand nationaler und internationaler Rechtlosigkeit.

*162 - Unter dem lächerlichen Vorwand, ein Hitlerfoto gebracht zu haben, wird die "National-Zeitung" in Westdeutschland verboten, als sie darüber belegte Einzelheiten bringt. Der Zentralrat der Juden in Deutschland stellt sich voll und ganz hinter die Massnahmen der israelischen Truppen. Die Regierung in Bonn zerstört ihren ganzen Nimbus demokratischer Menschlichkeit und spricht das von den Juden geforderte Verbot aus. (Nummer vom 19. Juli 1967, Ueberschrift: "Israels Auschwitz in der Wüste. Der Massenmord an den Arabern. Dayan auf Hitlers Spuren.")

*163 - Die UdSSR hat diese aus politischen Gründen bereits 1956 abgebrochen. Die BRD hat sie 1966 erst unter grössten Schwierigkeiten angebahnt, hat darum unter den ehrrührigsten Beleidigungen flehentlich ersucht.

*164 - De Gaulle hatte gesagt, "das jüdische Volk sei zu allen Zeiten selbstsicher und herrschsüchtig gewesen". In der rechtsextremen Zeitschrift "Aspects de France" fragt daraufhin Xavier Vallat, Beauftragter für Judenfragen unter der deutschen Besatzung, "Was wird jetzt der Oberstaatsanwalt und die Internationale Liga gegen den Antisemitismus unternehmen?". 14 jüdische Hochschulprofessoren Frankreichs, Nobelpreisträger François Jacob an der Spitze, protestierten und behaupteten, dieser Ausspruch sei "bewusst verächtlichmachend". Dass Frankreich im Gegensatz zu allen anderen westeuropäischen Nationen von Anfang der Krise an Israel als den Angreifer bezeichnet und Wiederherstellung des Rechts forderte, war schon Anlass gewesen, von "Antisemitismus" zu sprechen, so als wäre Gegnerschaft gegen Juden schwerwiegender als Gegnerschaft gegen die Araber, als begehe man ein Unrecht, wenn man sich gegen Juden wende, als seien Juden eben an sich heilig. Der in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts von Juden als Waffe geprägte Begriff des "Antisemitismus" gehört ja so wie der Begriff des "Faschismus" zu jener Nomenklatur, die versucht, den Gegner in die Verteidigung zu drängen und einseitige politische Auffassungen als allgemein gültige Straftatbestände zu verankern. Schon aus diesen Entgegnungen zu De Gaulles Ausspruch und Frankreichs Haltung ersieht man, dass der Jude durch religiöse Wahnideen in einer Weltschau verhaf-

tet ist, die völlig unvereinbar ist mit dem heute auf der Welt so notwendigen Zusammenarbeiten und Zusammenleben. Gerade die zunehmende verkehrsmässige Konzentrierung unserer Welt, ihr Kleiner- und Engerwerden macht die Judenfrage zu d e r Frage von heute. Es fehlt auch nicht mehr viel, dann ist die jüdische Drohung von einem allgemeinen Chaos, die Weizmann noch 1921 aussprechen konnte, für den Fall, dass man den jüdischen Wünschen nicht nachkäme, schon einfach deswegen gegenstandslos geworden, weil dieses Chaos bereits besteht. Dann lacht man über eine solche Drohung, wie Mao über die Atombomben Nordamerikas lacht. Alles hat eben seine Begrenzung. Offen ist d a n n nur noch eine einzige Frage: Wird man gegenüber den Urhebern dieser Zerstörungen und Leiden dann noch einmal so human handeln, wie unter Hitler, oder wird man auf dem Niveau Dayans stehen?

*

SYRIEN

erhält in seiner heutigen Form erst im II. Weltkrieg seine Unabhängigkeit. Die Franzosen bildeten 1919 zunächst in der ihnen zugesprochenen Einflusszone vier autonome Staaten auf dem bisher türkischen Boden, das Küstengebiet des Grosslibanon, den Staat Damaskus, den Staat Aleppo und das Gebiet der Alaouiten. Juni 1922 schlossen sich die letzteren drei zu einer "Fédération Syrienne" zusammen und schlossen nur das ewige Unruhezentrum am Dschebel Drus davon aus. Am 24. Juni 1922 wurde Frankreich das Mandat über diese Gebiete übertragen und die noch 1918 als Befreier vom Türkenjoch umjubelten Truppen verspielten mit der jetzt folgenden militärischen Besetzung in wenigen Jahren den Kredit, den sich Frankreich als Kulturbringer in Generationen im Nahen Osten erworben hatte. Ein Aufstand der Drusen und Syrier wurde 1925/26 blutig niedergeschlagen. Die Beschiessung von Damaskus hat man in Arabien niemals wieder vergessen. (Der Libanon formte 1926 unter französischem Mandat eine eigene unabhängige Republik und hatte keinen Anteil mehr an den dauernd weiterhin unruhigen Verhältnissen in Syrien.) Doch, je schwerer das französische Regime auf dem Lande lastete, um so mehr wurde in diesem Jahrzehnt gerade Damaskus Zentrum der panarabischen Bewegung.

Im II. Weltkrieg wurde Syrien Schauplatz kriegerischer Unternehmen zwischen Frankreich und England. General Dentz erklärte, im Auftrage der Regierung von Vichy die französischen Beamten aus Syrien zurückzuziehen und eine national-syrische Regierung zulassen zu wollen. Doch noch in Vorbereitung dieser klugen Massnahmen kam es im Irak (s. d.) zur Erhebung gegen die Engländer. Alle arabischen Nachbarn standen auf der Seite des Irak. Syrien konnte nicht neutral bleiben. So wurde es auch nicht beanstandet, dass Syrien zur Basis für eine (ausserordentlich schwache) Beteiligung der Achse an diesen Vorgängen wurde (vgl. Rahn, "Aussaat im Sturm", Buenos Aires 1950). Es gelang den Engländern, den Irak niederzukämpfen und anschliessend wurde Syrien angegriffen. Bombenangriffe auf französische Flugplätze leiteten den Kampf ein,

der am 8. Juni 1941 begann. General Dentz hatte sich im Einvernehmen mit Vichy auf härtesten Widerstand vorbereitet. Die britischen Truppen wurden bei Merj Ayoun und Kumeita aufgehalten und ihre Stellungen durchstossen. Die Tatsache, dass auch sogenannte freifranzösische Verbände des Generals De Gaulle in den Reihen der Engländer kämpften, verschärfte die Verbissenheit des Kampfes. Doch musste General Dentz im Juli einen Waffenstillstand mit der Uebermacht schliessen. Bezeichnenderweise meldete sich nicht ein einziger seiner Soldaten und Offiziere zum Eintritt in die freifranzösischen Kräfte. Das Land wurde von diesen und den Engländern besetzt. Die Herren hatten gewechselt, das Joch aber war geblieben.

Erst 1946 zogen die fremden Truppen ab, doch Syrien kam dennoch nicht zur Ruhe.(*165) Während Militärs sich in dauernden Revolutionen die Macht streitig machen, wird das Land zum Spielball der neuen Mächte. Sowjetrussland und die USA unterstützen ihre Leute in Damaskus. Bis zur vorübergehenden Eingliederung in die VAR 1958, aber auch weiterhin ist das Land ständiger Unruheherd. Als Fronten kristallisieren sich heraus auf der einen Seite die sozialistischen, revolutionären Offiziere, auf der andern Seite die konservative, religiöse Bevölkerung. Die Verstaatlichung sämtlicher Industrien führte im Januar 1965 zu erneuten schweren Unruhen, als Handwerker und Kaufleute in den Streik traten. "Wir werden notfalls das gesamte Geschäftsviertel vernichten" rief der Staatschef General Amin al Hafez den Massen auf einer Volkskundgebung im Zentrum von Damaskus zu. Die Anführer des Streiks wurden zum Tode verurteilt, Ulemas verhaftet, weil sie in den Moscheen von der gottlosen Regierung sprachen. Die Besetzung mehrerer syrischer Dörfer durch Israel 1967 und die anschliessende Flucht von 80 000 Syriern aus diesem Gebiet liess die inneren Schwierigkeiten angesichts des äusseren Feindes abklingen. Auf der Wirtschaftskonferenz der Entwicklungsländer in Algier im Oktober 1967 fand Syriens Wirtschaftsminister sehr scharfe Worte: "Man darf sich nicht mehr mit Wünschen und Bitten begnügen, sondern muss eine gemeinsame Front aufstellen." Er verurteilte die internationalen Monopole, "durch welche die Reichen noch reicher und die Aermeren noch ärmer werden". "Die Kämpfe in Vietnam und Angola" setzte er unter Vermischung völlig verschiedener Vorgänge fort, "beweisen, dass der Kolonialismus und die Ausbeutung auf verschiedene Arten und mit verschiedenen Methoden immer noch fortgesetzt wird."(*166) Die 1967 während des Krieges mit Israel zur "Frontbewährung" aus den Gefängnissen entlassenen Offiziere des rechten Flügels der Baath-Partei wurden inzwischen wieder aus dem Heer entlassen und ebenfalls eine Säuberung im Beamtenapparat in Richtung einer Machtverschiebung zugunsten alawaitischer und linksbaathistischer Offiziersgruppen vorgenommen.

---

*165 - Eine aus ehemaligen Offizieren und Unteroffizieren der Waffen-SS bestehende Militärmission baute die neue syrische Wehrmacht auf, und setzte so bis in diese Nachkriegszeit hinein das traditionelle deutsch-arabische Freundschaftsverhältnis fort.

*166 - Vgl. Patrick Seale, "The Struggle for Syria. A study in Post-War Arab Politics", Oxford University Press, London 1965.

*

DER LIBANON

mit seiner vorwiegend christlichen Bevölkerung spielt im nah-östlichen Raum eine komplexe Rolle. Die Ausbalanzierung der widerstreitenden, nach dem Abzug der fremden Truppen freigewordenen Kräfte gelang erst nach vorübergehender neuer Einmischung seitens der Nordamerikaner, die im Mai 1958 "auf Wunsch des Präsidenten Chamoun" das Land besetzten.(*167) Durch Bildung eines Koalitionskabinetts aus christlichen und mohammedanischen Politikern gelingt es Chamouns Nachfolger General Fuad Schihab, die Ruhe wiederherzustellen, und die amerikanischen Truppen 1960 zum Abzug zu bewegen. Eine neue Verfassung ändert die demokratische Grundlage, indem nicht mehr nach Parteien, sondern nach Konfessionen abgestimmt wird. Der Libanon entwickelt sich seitdem zum Finanzzentrum der arabischen Welt, die so Abstand gewinnt von den Entwicklungen, die die Börsen von London und New York 1967/68 durchmachen.

---

*167 - Robert Murphy stand auch hier wieder auf der Bühne.

*

TRANSJORDANIEN (JORDANIEN)

Transjordanien ist eine Schöpfung Englands. Dass es 1921 den Bruder Faisals (s.d.), Abdallah, zum Emir von Transjordanien machte, stärkte den englischen Einfluss in der arabischen Welt bedeutend. Bis 1946 bleibt das britische Mandat aufrechterhalten. Dann wird das unabhängige Königreich Jordanien nach Vereinigung mit dem westlichen Teil gegründet. Erst die abrupte Trennung des Herrschers von Jordanien (seit 1951 König Hussein II.) von der schon legendären Persönlichkeit des englischen Generals Glubb Pascha 1955 zeigt dann die neue politische Richtung an, die das Land, wenn auch nur zögernd, einreiht in die lebensnotwendig gewordene arabische Front gegen Israel.(*168) In der Konferenz von Kairo wird 1951 Transjordanien die Zahlung einer jährlichen Unterstützung durch Aegypten, Syrien und Sa'ud-Arabien zugesagt, um die ausgefallenen britischen Subsidien zu ersetzen. Dennoch setzt sich der König mit seiner zunächst prowestlichen, dann neutralen Politik gegen die Ostfreunde insbesondere in Syrien durch. Die Vereinigten Staaten gewähren gewisse Waffen- und Finanzhilfe. Doch verzichtet Jordanien auf diese, nachdem die proisraelitische Politik der USA und Grossbritanniens sich 1967 erneut manifestiert. Die Erdölländer Lybien, Sa'ud-Arabien und Kuweit verpflichten sich, das Defizit im Staatshaushalt 1968 auszugleichen. Die drohende Gefahr von Seiten Israels war es auch, die den König Hussein im Juni 1967 veranlasste, sich kurzerhand ins eigene Flugzeug zu setzen und zu seinem Feind Nasser nach Kairo zu fliegen und mit ihm den Ring um den Judenstaat zu schliessen. Die dann folgende

Besetzung der fruchtbaren Gebiete westlich des Jordans und die Vertreibung der dort lebenden jordanischen Bevölkerung haben den Monarchen heute zu einem "Kampf auf Leben und Tod" gegen Israel gezwungen. Die unselige Saat beginnt aufzugehen.

Im Januar 1968 streichen die USA die Hilfe für Jordanien, dessen Bevölkerung am Verhungern ist, und gleichzeitig stossen israelische Einheiten in jordanisches Gebiet vor, um dortige Ortschaften zu zerstören. König Hussein muss sich in Moskau nach Hilfe umsehen und schliesst dort ein Wirtschaftsabkommen ab. Die Folge dieser russischen Hilfe ist, dass England und die USA Mitte 1968 ihre Politik ändern und Jordanien erneut Waffen anbieten, nicht ohne dabei in Menge und Schlagkraft unter den an Israel gelieferten zu bleiben.

---

*168 - Vgl. John Bagot Glubb Pascha, "Jenseits vom Jordan. Soldat mit den Arabern", München 1958. Glubb Pascha fragt, ob die israelische Staatsgründung, die mit Waffengewalt durchgeführt wurde, wirklich auf einer solchen Grundlage Jahrzehnte und Jahrhunderte gegen eine feindliche Umwelt wird standhalten können. Der amerikanischen öffentlichen Meinung wird mangelnde Unterrichtung und Voreingenommenheit, auch einseitige Beeinflussung, darüber hinaus unbewusste (?) Förderung sowjetischer Belange vorgeworfen. Glubb ist sich dabei bewusst, dass seine sachliche Darstellung den Vorwurf des "Antisemitismus" auslösen wird.

Die Bedenken Glubb Paschas für eine Bestandsfähigkeit des jüdischen Staates werden von führenden Persönlichkeiten Israels geteilt. So berief Ministerpräsident Eshkol im November 1967 eine Konferenz der an der Einwanderung beteiligten Stellen ein, um diese auf die "zusätzlich benötigten zwei Millionen" zu bringen. Der schwerfällige bürokratische Apparat, die Tatsache von mehreren zehntausend Arbeitslosen in Israel bei Beginn des Krieges 1967, die restriktiven Massnahmen der Gewerkschaften (Histadrut), wurden als Hemmnisse für eine solche Masseneinwanderung genannt. Der israelische Arbeitsminister Yigal Allon betonte, Israel müsse nunmehr das ganze Gebiet bis an das Tote Meer und den Jordan mit jüdischen Dörfern und Städten ausfüllen, um dem Bevölkerungszuwachs der Araber begegnen zu können.

*

IRAK

Im Irak machten die Engländer noch vor Ernennung als Mandatsmacht den von den Franzosen vertriebenen Faisal zum ersten arabischen König auf arabischem Gebiet und gewannen sich so die Sympathien der arabischen Welt (*169). Die Grenzen waren so festgelegt worden, dass unmittelbare Gefahren für die Oelfelder um Mossul nicht bestanden.(*170) Die Kurdenfrage wurde mit Hilfe des Völkerbundes zur Zufriedenheit des Irak gelöst (*171), die von dem

britischen Hochkommissar ihnen 1922 versprochene Autonomie niemals gewährt.

England stützte sich im Irak auf eine kleine Oberschicht, die materielle Vorteile aus dieser Verbindung zog. Das breite Volk aber stand vor den Toren (*172). Im Oktober 1936 wurde diese Herrschaftsform erschüttert, als der Generalstabschef Bekr Sidky die Militärdiktatur ausrief. Die bisherigen Minister wurden umgebracht oder flohen. Unter ihnen Nuri Es-Said, der eine anrüchige Rolle im Auftrage Englands gespielt hatte, indem er eine Verständigung zwischen Juden und Arabern über ein jüdisches Nationalheim in Palästina versucht hatte. Er liess sich auf einer bewachten Wohnbarke auf dem Nil im Exil nieder. Bekr Sidky war Kurde, sein Ministerpräsident Suleiman Türke. Es ging ihnen also nicht um die arabische nationale Sache, sondern um soziale Fragen, die nach dem Vorbild Kemal Paschas gelöst werden sollten. Die neue Regierung bemühte sich aussenpolitisch auch vor allem um eine Annäherung an die Türkei und den Iran. So kam es zum Vertrag von Saadabad (*173), der eine neue Komponente in das politische Leben des Nahen Ostens brachte. Die Türkei, Iran, Irak und Afghanistan enthielten sich nach Art. I desselben "jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten einer der anderen Vertragsparteien". Nach Art. VII verstand man unter "indirekter Einmischung die Bildung bewaffneter Banden, Gesellschaften oder Organisationen". Bekr Sidky wurde 1937 von einem Soldaten mit einer britischen Armeepistole erschossen. England setzte wieder seine Leute ein und versuchte nunmehr, den Vertrag von Saadabad für sich zu nutzen, indem es Verbindungen zu Ankara und Teheran auf diesem Wege anknüpfte. In Arabien loderte der Aufstand gegen die Juden, durch den Suezkanal fuhren die italienischen Truppen nach Abessinien. Es wurde Zeit, die Verbindung mit Indien über eine nördlichere Route zu sichern.

Der II. Weltkrieg brachte für den Irak eine Wirtschaftskrise mit sich, da die Tore für den Export seiner Waren verschlossen waren. Die Regierung Taha el Hashimi stand völlig unter englischem Einfluss. Da kam es am 3. April 1941 zur Revolution. Der arabische Nationalist Raschid el Gailani übernahm die Macht. Bereits im März hatten dem irakischen Generalstab Nachrichten über Putschpläne des britischen Botschafters, Cornwallis, vorgelegen. Am 6. März hatten Besprechungen des irakischen Aussenministers mit Eden in Kairo stattgefunden. Nach diesen Plänen sollten die Hilfsquellen des Landes (Mossul) unbeschränkt den Engländern zur Verfügung gestellt werden und das Land als Aufmarschbasis gegen das französische Syrien und gegen die über Nordafrika vorgehende Achse dienen. Diesen Plänen kam Raschid el Gailani zuvor. Die Engländer landeten trotzdem die mit der vorigen Regierung ausgemachten Truppen in Basra. Es kam zu Massenkundgebungen gegen England. England droht mit der Bombardierung der irakischen Städte, falls Gailani nicht nachgäbe. Der amerikanische Präsident Roosevelt gab für diesen Fall "die Garantie für die Schaffung eines Grossarabischen Reiches nach siegreich beendetem Kriege und versprach, sich für die Aufhebung der Balfourdeklaration einzusetzen"! (*174) Auf die britische Drohung der Bombardierung der Zivilbevölkerung antwortete der Sender von Bagdad: "Ein Krieg um die Freiheit wird sicher zunächst auch Leiden mit sich bringen... doch wird das irakische Volk auch ausserhalb des eigenen Gebietes bei allen arabischen Völkern moralische Unterstützung finden." Tatsächlich strömten sofort Freiwillige aus Syrien, Palästina und Sa'ud-Arabien in den Irak. Doch England siegte mit seinen modernen Waffen, Gailani flüchtete nach Ankara, und Nuri Es-Said wurde von den Engländern erneut eingesetzt. Todesurteile und schwere Freiheitsstrafen kennzeichneten den jetzt beginnenden Freiheitskrieg, der niemals mehr ganz zur Ruhe kam. Am 7. Juni 1941 wurden die Beziehungen des Irak auf britischen Befehl hin zu Italien abgebrochen (am 4. September 1939 waren sie bereits zum Deutschen Reich abgebrochen worden), doch konnte die

Regierung es nicht wagen, Kriegserklärungen auszusprechen. Die britischen Truppen zogen weiter gegen Syrien und Palästina. So stand der Nahe Osten denn bald starrend mit Panzern und Flugzeugen unter britischer Kontrolle. Die Briten bemühten sich um Neuformung dieses Raumes unter ihrer Hand. Eine "Liga der Arabischen Nationen" wurde gegründet, um eine Arabische Union im Rahmen des Commonwealth für die Nachkriegszeit vorzubereiten. General Spears aber spricht schon in der "Times" (Januar 1945) von den Schwierigkeiten, die durch die Einmischung fremder Mächte entstehen könnten. Darunter verstand er die USA, Frankreich und die Sowjetunion. So kam es in der Tagung der Liga in Kairo Anfang 1945 zu keinem Ergebnis. Es waren weniger die Völker selbst als die derzeitigen Regierungen vertreten. Die USA sorgten durch ihre Emissäre für eine Zerstückelung des Planes und unterstützten die partikularistischen Bestrebungen, Frankreich wollte Syrien und den Libanon nicht wieder herausgeben, und Sowjetrussland bereitete seinen Griff nach Persien vor. Der nordamerikanische Staatssekretär Ickes ("Colliers Magazine") betont, dass es keine englische Oelleitungen mehr geben dürfe, dass vielmehr das Prinzip der Offenen Tür für alle Länder der Welt auch in Arabien zu gelten habe. Während so die englischen Pläne mit der 1945 gegründeten Arabischen Liga gegen diese Widerstände nicht realisiert werden können, hat die ägyptische El Azhar-Universität bereits längst unter der Hand auf kultureller Ebene ein wesentliches Zusammenrücken der Völker des Islam vorbereitet. Aegyptische Professoren und Lehrer sind nach Sa'ud-Arabien, Hadramaut und dem Jemen berufen worden. Studenten aus allen arabischen Ländern studieren in Kairo. Während an der Oberfläche der Bagdadpakt gegründet wird (*175), wächst eine neue Generation auf den Traditionen eines Gailani heran. 1958 kommt es zum Staatsstreich, der das Land vom "Westen" loslöst. Der verhasste Erfüllungspolitiker Nuri Es-Said wird ermordet, und mit ihm der König mit seiner ganzen Familie. Es ist die blutige Rache für 1941. Die Republik wird ausgerufen.

An die Macht kam die breite Schicht des Grossstadtproletariats, welches sich durch die Landflucht gebildet hatte. Es wurde eine Volkspolizei geschaffen, jeder Ausländer war verdächtig, alle höheren Staatsbeamten auf die Strasse gesetzt, die von den Engländern mit Hilfe ihrer Lakaien errichtete Ordnung schnell beseitigt. Die sanitären Verhältnisse verschlechterten sich zusehends, das ausländische Fachpersonal aller Sparten verliess das Land. 1964 wurde ein Verstaatlichungsgesetz erlassen, nach welchem Personen, die in Staatsbetrieben Sabotage betreiben, zum Tode verurteilt werden. Die 1963 durch Staatsstreich an die Macht gekommene neue Regierung lehnte sich damit auch innenpolitisch an ihr ägyptisches Vorbild an. Dass der Irak an 7. Stelle der Oelweltproduktion steht, ermöglicht ihm diesen Start mit ungeschulten Kräften. Bauernräte wurden geschaffen, um die Landwirtschaft zu fördern, doch ist seit Einrichtung der Planwirtschaft 1958 ein starker Rückgang derselben zu verzeichnen. Das einstige Weizenexportland muss importieren, die Dattelernte ging um ein Drittel zurück, Tabak und Baumwolle zeigen ähnliche Ergebnisse (*176).

Der im Zuge der kriegerischen Ereignisse im Juni 1967 notwendig gewordene Erdölboykott gegen die Helfer Israels, insbesondere England und die BRD, wirkte sich wirtschaftlich naturgemäss nachteilig aus. So wurden Lohnabzüge und Preissteigerungen bei verschiedenen Luxuswaren vorgenommen. Die Bürgerliche Opposition spricht natürlich von einer "asozialen Haltung der Regierung", da ihr der materielle Wohlstand wichtiger ist als die Befreiung Palästinas. Seit dem Sturz Nuri Es-Saids war das Land in den Händen "starker Männer", die sich in blutigen Revolutionen ablösten. Auf Kassem folgte die Baath-Partei, dieser Abdel Salam Mohammed Aref und diesem (mit dem Heli-

kopter Umgekommenen) sein Bruder Abdel Rahman Aref. Dieser wieder wurde im Juli 1968 von einem "Rat des Kommandos der Revolution", bestehend aus hohen Offizieren gestürzt und des Landes verwiesen. Erneut tritt mit diesem Regierungswechsel die Kurdenfrage in den Vordergrund. Ihr Führer Barzani fordert eine eigene Wachttruppe, drei einheitliche kurdische Provinzen Mosul, Erbil und Suleimaniya, kurdische Schulen und eine kurdische Universität, also eine Umwandlung des Staates in eine Föderation, auf völkischer Grundlage.

---

*169 - Faisal im Irak und Abdallah in Transjordanien waren Söhne des mit England verbündeten Scherifen der heiligen Städte Mekka und Medina, Hussein (s. d.).

*170 - Frankreich hatte über Clemenceau auf seine Ansprüche in diesem Gebiet verzichtet und dafür als Interessengebiet den südlichen Küstenstreifen der Türkei, Zilizien, zugesprochen erhalten. Clemenceau erwies sich bei diesem für Frankreich ungünstigen und völlig unmotivierten Tausch erneut als der Mann Englands, als welcher er schon bei der Formung der Entente vor dem Kriege sich auszeichnete. Nach Aufzeichnungen im russischen Geheimdienst erhielt er persönlich jährliche private Zuwendungen von England für diese Betätigung.

*171 - Dieses vorwiegend nomadisch lebende Volk im Grenzgebiet der Türkei, Persiens und des Irak, hatte keineswegs die Absicht, sich einem englischen Mandat zu unterwerfen und erreichte, dass der Völkerbund sich für die Frage interessierte. England wusste es so einzurichten, dass die entsprechende Kommission im Jahre 1925 gerade zu jener Jahreszeit ins Land kam, als die aus den Nomadenzügen resultierenden üblichen Differenzen mit den türkischen Grenzbehörden ausgetragen wurden, und befand somit, dass das strittige Gebiet beim Irak verblieb.

Die Kurdenfrage ist immer wieder aktuell geworden und diente gern als Hebel gegen die jeweiligen Machthaber in Bagdad, Teheran und Ankara. Dieses Volk, von 3 Millionen Menschen, das man bei der Nachkriegsordnung einfach vergessen hatte, und das seitdem auch von allen späteren internationalen Institutionen glatt übersehen wurde ist ein Beispiel für die unehrliche Organisation unserer Welt. Den Kurden in der Türkei wurde im Vertrag von Sèvres 1919 und im Vertrag von Lausanne 1924 volle Autonomie zugesagt, doch niemals erteilt. Die Türkei setzte zwei Armeekorps gegen sie ein und 48 kurdische Führer wurden gehängt. 1945 kam es zum Kampf gegen den Irak und englische Bombenangriffe zwangen sie zum Rückzug auf persisches Gebiet, wo sie dann die "Freie Republik Kurdistan" gründeten. Im Dezember 1946 aber liquidierten die Perser dieses Staatswesen und der Kurdengeneral Mulla Mustafa el Barzani wich mit 5 000 Mann nach Russland aus, wo eine "Autonome Kurdenregion" geschaffen wurde. Von dieser aus begannen 1956 erneut Unruhen insbesondere auf persischem Gebiet, nachdem ein letzter Versuch, in Güte die Freiheit zu erlangen, mit der kurdischen Abordnung 1948 unter Führung von Scherif Pascha bei UN-Generalsekretär Trygve Lie scheiterte und auch das Pariser Büro "Centre d'études Kurdes" unter Badir Khan auf taube Ohren stiess. Das Lebensgebiet der Kurden erstreckt sich vom Schwarzen Meer bis zum Persichen Golf und vom Mittelmeer bis zum Kaukasus. Die Chromminen der Türkei und die Oel-

felder von Mossul liegen dort. Die Waffenstillstandslinien der Supermächte sind hier in Gestalt von Staatengrenzen gleich dreimal durch den Lebenskörper eines Volkes gezogen worden.

*172 - Das letzte Regierungsjahr Faisals, 1933, zeigt noch einmal die Weltfremdheit, und daraus resultierende Unmenschlichkeit, mit der die Alliierten nach ihrem Sieg 1919 unter der widerlichen philanthropen Sosse Wilsonscher demokratischer Aspirationen den Braten verspeisen wollten. Die syrischen Nestorianer, die sich im Weltkrieg auch gegen die Türken erhoben hatten, waren mit den von den Kurden nicht aufgeriebenen Resten im Wilajet Mossul angesiedelt worden. Mehrfach kämpften sie dann erneut in englischem Sold gegen die Kurden. Als die englischen Subsidien ausblieben, erhoben sie sich gegen Bagdad und der kurdische Oberst Bakir Ssidki (Bekr Sidky) rottete sie ziemlich vollständig mit unmenschlicher Grausamkeit aus. Der junge König Ghasi ernannte ihn daraufhin zum General. Der Dank dafür war der Staatsstreich von 1936.

*173 - Name eines Schlosses bei Teheran, wo der Vertrag unterzeichnet wurde.

*174 - Wohlgemerkt, die USA stehen nicht offiziell im Kriege. Für den gesamten Orient aber war damals schon klar, dass sie die eigentliche treibende Kraft hinter den kriegerischen Ereignissen sind. In Gesprächen mit Politikern und in Leitartikeln aller Zeitungen ergab sich, dass dieses den Arabern damals bereits unbezweifelte Tatsache war. Dass Roosevelt die Aufhebung der Balfourdeklaration versprach, zeigt die unübertroffene Perfidie dieses Staatsmannes. Man erinnert sich an seine Worte v o r seiner Wiederwahl 1940 an das amerikanische Volk: "And while I am talking to you fathers and mothers, I give you one more assurance. I have said this before, but I shall say it again and again, your boys are not going to be sent into any foreign wars" (Und während ich hier zu Euch spreche, Väter und Mütter, gebe ich Euch noch eine Versicherung mehr. Ich habe es schon vorher gesagt, aber ich werde es wieder und immer wieder sagen: Eure Jungens werden in keinen irgendwelchen ausländischen Krieg geschickt werden).

*175 - 1955, nach dem Muster der NATO zwischen Türkei, Irak, Grossbritannien, Pakistan, Iran.

*176 - Es ist das gleiche Bild, welches wir überall auf der Welt bei Einführung staatswirtschaftlicher Planungen in der Landwirtschaft erleben. Die Kornkammer Russlands, die Ukraine erlebte eine Hungersnot (der Chronist sprach Personen, die damals — kleine Kinder aufgefressen haben), Rumänien wurde zum Importland, afrikanische Staaten stehen vor dem gleichen Bild.

Aber auch die "von oben" kommenden Bemühungen in der westlichen Welt zeigen nur sehr magere und sehr teuer erkaufte Ergebnisse. Bei der Neuwahl des Generalsekretärs der FAO im November 1967 kamen für diesen Apparat typische Mängel ans Tageslicht. Schon auf der Konferenz in Rom im Dezember 1963 hatte der französische Vertreter Edgar Pisani dieser (in Hot Springs 1943 ausgeheckten und im Oktober 1945 in Quebec als typisches Gedankenerzeugnis der damaligen Weltplaner ins Leben gerufenen Mammut-) Organisation in scharfem Widerspruch zu den Ausführungen des US-amerikanischen Vertreters Orville Freemann "merkantilistischen Geist" vorgeworfen, mit welchem man an die Lösung der Probleme heranginge. Er wandte sich schärfstens gegen die sogenannte Liberalisierung des Handels und die Aufstellung von "Marktgesetzen". Er empfahl eine Organisierung der verschiedenen Märkte unter vor-

rangiger Berücksichtigung der Produzenten./ Angesichts der dennoch weitergehenden offensichtlichen Fehlorganisation der internationalen Bemühungen wurde auf der Tagung 1965 die Ausarbeitung eines kritischen Berichts gefordert, der dann 1967 zu gewissen Aenderungen führte. Der Bericht greift in schärfster Form die (satzungsmässig mit "full power and authority" ausgestattete) diktatorische Stellung und Amtsausübung durch den (seit elf langen Jahren) Generaldirektor Dr. Sen an. Die fachtechnischen Abteilungen der FAO sind "derart mit administrativen Aufgaben überladen, dass sie Schwierigkeiten haben, mit den wissenschaftlichen Fortschritten auf ihren Fachgebieten Schritt zu halten". Es "besteht daher die Gefahr, dass die FAO ihre eigentliche Hauptaufgabe auf dem agrartechnischen Gebiet nicht mehr bewältigen kann". "Die Projekte werden zu langsam bearbeitet." "Die Beschäftigtenzahl hat allein seit 1957 um 300% zugenommen." "Viel zu hoher Aufwand für Public Relations, zu viele Konferenzen" .. Dies alles kam ans Licht angesichts der Tatsache, dass die Ernährung zu einem der ernstesten Probleme in vielen Ländern der Erde geworden ist. Diese Organisation von 1945 nahm den Völkern ihr Selbstbestimmungsrecht, indem es ihnen die Selbstbestimmungsmöglichkeit nahm, und versagt dann bei den primitivsten Fragen. Im Dezember 1967 wurde unter dem Druck der Kritiken und gegen den hartnäckigen Widerstand des Inders Dr. Sen, ein neuer Generaldirektor der FAO in der Person des Holländers Dr. Boerma gewählt. Bei den entsprechenden Sitzungen wurde der schweizer Vertreter am deutlichsten. Er stellte fest, dass "gut die Hälfte der Budgetmittel für die sogenannte Kampagne gegen den Hunger für Zwecke des "Managements" verbraucht worden seien". Für das Biennium 1968/69 sind Projekte in Höhe von 5,4 Mio. Dollar vorgesehen. Davon entfallen auf Verwaltungskosten (Gehälter usw.!) nicht weniger als 2,8 Millionen Dollar! Diese werden von den Mitgliedstaaten der FAO, einschliesslich der BRD kritiklos aufgebracht.

Bereits im Rahmen des Völkerbundes waren allgemeine landwirtschaftliche Probleme Gegenstand von Wirtschaftskonferenzen. 1935 meint das Wirtschaftskomitee des Völkerbundes, "dass der von verschiedenen Industriestaaten geübte Agrarprotektionismus Gefahren mit sich bringt" und fordert dessen Beseitigung. Die letzten Endes gewünschte Abhängigkeit aller von allen auf der Welt, die Zerstörung nationaler Stärke, soll damit gefördert werden. Direkter Vorläufer der FAO in der Nachkriegszeit war die UNRRA, die von der UN geschaffen wurde, um die befreiten Gebiete in Europa und im Fernen Osten zu versorgen. Es kam zu derart unglaublichen Schiebungen und Veruntreuungen, dass die meisten Zeichnerstaaten 1947 eine von den jüdischen Leitern (Herbert Lehmann u.a.) gewünschte Verlängerung und Zusammenarbeit mit der FAO ablehnten und weitere Zuwendungen zu dieser Betrugsorganisation verweigerten. Im US-Kongress wurden die Hintergründe dieses Billionen-Dollar-Geschäfts zugunsten der Kommunisten mehrfach aufgedeckt.

Für die "Anteilnahme" des westdeutschen Establishments an diesen Problemen ist die Bemerkung bezeichnend, mit welcher der "Spiegel", 1967 Nr. 46, seine Darstellung der FAO-Tagung abschliesst: "Dr. Glesinger, einer von sieben Vize-Generaldirektoren der FAO, verteidigt seinen Chef Dr. Sen: "Die Beträge, die wir in zwölf Monaten verbrauchen, werden doch in jedem Krieg an einem Tag verpulvert." Mit derartigen verdummenden massstabslosen Bemerkungen wurde schon immer von jüdischer Seite eine sachliche Behandlung ernster Probleme verhindert.

*

entwickelte sich dank der staatsformenden Kraft der Wahhabitenherrscher. Zu Beginn des I. Weltkrieges war der Nedschd in die beiden Herrschaftsbereiche der Schammar (Hauptstadt Hajil) und der Wahhabitendynastie (Hauptstadt Er Rijad) geteilt. Ibn Sa'ud, der 1906 nach längeren Wirren den Thron bestieg, gründete 1910 die Bruderschaft der Ichwan und belebte so die geistige Kraft des fast erloschenen Wahhabitismus. Aehnlich wie der Ssenussiorden in der Kyrenaika verpflichtete er seine Anhänger auf strengste Befolgung der islamischen Gesetze und erzog sie zu praktischer Arbeit. Er siedelte die Ichwan, die zugleich sein Heer bildeten, in Ackerbaukolonien an und schuf so erste Zentren einer staatlichen Organisation in dem Nomadenland. Als er 1913 die bisher von Basra aus verwaltete türkische Provinz El Achsa eroberte, und damit Zugang zum Persichen Meerbusen erhielt, wurde er nicht etwa zur Rechenschaft gezogen, sondern zum Wali des Nedschd ernannt.

Im Hedschas mit der Hauptstadt Mekka herrschte der Scherif Hussein seit 1908. Nachdem es den Engländern misslungen war, Ibn Sa'ud zum Krieg an ihrer Seite gegen die Türken zu bewegen, bemühten sie sich um Hussein. Nachdem ihm der britische Hochkommissar in Aegypten, Mc Mahon vage Versprechungen für ein Kalifat über ganz Arabien gemacht hatte, fing er Geplänkel mit den Türken an. Zu ihm stiess dann T. E. Lawrence. Diesem gelang die Durchbrechung der Hedschasbahn an drei Stellen und dann mit Hilfe einer australischen Truppe die Eroberung von Damaskus. (*177) Doch Husseins hochfliegende Pläne wurden nicht verwirklicht. Sein Sohn Faisal erhielt endlich unter Schwierigkeiten ein Stückchen Herrschaft in Syrien, wurde jedoch nach Abzug der Engländer von den einrückenden Franzosen vertrieben und erlangte dank der energischen Unterstützung durch die Archäologin Gertrude Bell den Thron im Irak (s. d.), da sich geeignete Persönlichkeiten von den Engländern im Lande selbst nicht auffinden liessen. Er selbst legte sich den Titel eines Kalifen zu und wurde daraufhin mit Zustimmung der mohammedanischen Welt wegen dieser Gotteslästerung von Ibn Sa'ud 1924 überrannt (*178). Dieser lässt sich 1930 in Mekka zum König des Nedschd und Hedschas krönen. Es gelang ihm in kluger Politik, die Gleichberechtigung der verschiedenen mohammedanischen Riten am Heiligtum von Mekka durchzusetzen und so die Freiheit der Pilgerfahrt für die gesamte mohammedanische Welt sicherzustellen. (*179) Im Jahre 1934 kam es zu kriegerischen Auseinandersetzungen mit Assir. Der dort seit 1923 herrschende Saidit Jachja hatte sich nach dem Abzug der Engländer 1931 des Hafens von Hodeida bemächtigt und den schon 1926 mit Italien abgeschlossenen Freundschaftsvertrag auch auf militärische Angelegenheiten ausgedehnt. (*180) Als Jachja dann auch mit den Engländern im Hinterland von Aden in Streit kam, besetzte Ibn Sa'ud in einem schnellen Kriegszug die Küstengebiete der Tihama mit Hodeida und schloss einen Vertrag mit Assir ab, in welchem das Gebiet nach Rückzug der sa'udarabischen Verbände zu einem wahhabitischen Schutzstaat erklärt wurde. Die Niederschlagung kleinerer Beduinenaufstände sind die einzigen Kampfhandlungen, die noch folgten, um die staatliche Macht in Sa'ud-Arabien zu festigen. Im übrigen ging der Herrscher daran, sein Land zu kultivieren und zu zivilisieren.

Das von seinem Sohn Faisal dann fortgesetzte Werk hat Arabien heute ein beachtliches Strassennetz, Flugplätze, eine moderne Hauptstadt, ein vorbildliches Schulwesen und Krankenpflege geschenkt. Im Budget für 1968 wurde der Posten für die Landwirtschaft zu dem die Süsswasserversorgung zählt, wesentlich erhöht. Weitere 8 000 km neuer Asphaltstrassen sind für dieses Jahr

vorgesehen, sodass dann alle bedeutenden Zentren des Landes durch moderne Transportwege miteinander verbunden sind. Ein Fernsehsender in Er Rijad liest täglich aus dem Koran vor. Die Heiligen Stätten in Mekka und Medina wurden restauriert und ausgebaut. Moderne Technik b r a u c h t nicht zur Nivellierung des Geistes zu führen.

---

*177 - Vgl. Lawrence, "Aufstand in der Wüste", Leipzig 1927, und "Seven Pillars of Wisdom", London 1935. Die unbestechliche Wahrheitsliebe, die diese Berichte durchzieht, hat Lawrence damals zu einem Helden gemacht. Wer einmal mohammedanische Verbände im Kampfeinsatz geführt hat, bestätigt diese zwischen Komik und Verzweiflung pendelnden Vorgänge nur zu gerne.

Heute noch kann als Standardwerk über Arabien die "Arabia Deserta" von Charles M. Doughty genannt werden (deutsch: "Die Offenbarung Arabiens", Leipzig 1937). Deshalb Standardwerk, weil es seitdem immer seltener wurde, dass Europäer aus der festen Position ihrer eigenen Leistung und eigenen sauberen Absichten das sachlich niederschreiben, was sie im Auslande erleben. Immer mehr wird es, gerade in der heutigen Nachkriegszeit, Mode, in völlig unsachlicher Form vor Farbigen zu kriechen, Kritiken in entschuldigende Mäntel einzuhüllen, Schmutz und Faulheit zu bedauern, anstatt angewidert kurzweg abzulehnen, und solche Potentaten anzuhimmeln, falls sie etwa gar die Nichtanerkennung der DDR versprechen. Wo hat Europa h e u t e jene grossen Männer, die, wie ein Doughty, wie ein Wissmann oder ein Brazza in eine fremde Welt gingen, um sie nach ihren eigenen Massstäben, die dem Urteil der Geschichte standgehalten hatten, zu messen und dann zu formen? Heute? Da schickt man "Entwicklungshelfer" hinaus und sagt, das Ideal sei es, "wenn die freiwilligen Entwicklungshelfer unter den gleichen sozialen Bedingungen leben und arbeiten wie die Einheimischen. Der deutsche Lehrer muss also wie der einheimische Lehrer und der deutsche Bauer wie der einheimische Bauer leben", heisst es in der Veröffentlichung bei der Gründung des Deutschen Entwicklungsdienstes, die sinnigerweise aus Anlass des Kennedybesuches vorgenommen wurde. Wie kann eine solche weltfremde Auffassung in Deutschland massgebend werden? Wo Deutschland doch Zehntausende von Auslandsdeutschen überall in der Welt hat, die man hätte befragen können? Wer hat zu derart unsinnigen Absichten geraten? Nachdem dieser Entwicklungsdienst mehrere Jahre läuft, entdeckt man, dass die meisten dieser Sendlinge geheilt von derartigen Wahnvorstellungen in die Heimat zurückgekehrt sind und "dass man keine Fachleute in genügender Zahl hat". Um dem abzuhelfen, kommt man auf die Idee, die zurückgekehrten deutschen Auslandslehrer in einer entsprechenden Kartei als Fachkenner einzutragen und zu Rate zu ziehen. Diese Armen, die also zwei oder auch fünf Jahre an einer deutschen Schule im Ausland tätig waren, und dort täglich sich wegen ihrer ihnen in Westdeutschland eingepaukten verschrobenen Weltanschauung mit ihrer auslandsdeutschen Umwelt reiben mussten (falls sie sich nicht überhaupt in ihr Schneckenhaus der Schularbeit zurückzogen), sollen jetzt sogar noch der westdeutschen Regierung gegenüber in Auslandskunde fachsimpeln. Wenn sie im Ausland wirklich die Augen offen hatten und nun also mit deutschen Augen die Dinge ansehen, werden sie 'rausgeschmissen, denn Bonn verlangt von den deutschen Auslandsschulen, dass sie "Begegnungsschulen" seien, keineswegs etwa

deutsche Schulen, wie es das Auslandsdeutschtum generationenlang im Bewusstsein seiner besonderen geistigen Gestalt in fremder Umwelt sich erhalten hatte. "Schule der Begegnung auf gleichberechtigter Ebene" ist die offizielle Forderung Bonns, die bewusst die Vernichtung auslandsdeutscher Traditionen zum Ziele hat. Uebergriffe von Bonner Emissären in der Form versuchter "Säuberung von Schulbibliotheken" mussten immer wieder schärfstens zurückgewiesen werden. Auch die Auslandsdeutschen leben und arbeiten mit den Einheimischen, aber niemals unter ihnen, zwischen ihnen. Das ist ja gerade der wesentliche Punkt: die Distanz, die selbstverständlich aus der Leistung sich ergibt, und darum auch gar nicht beleidigen kann. Das, was Bonn wünscht, führt zur Verachtung und macht den Sendling lächerlich. Ganz abgesehen von der Spaltung des Komplexes "Entwicklungshilfe" in zwei sich widersprechende Teile: Auf der einen Seite Verstaatlichung ("Früher gingen die Unternehmer nach draussen, heute werden die Geschäfte über Bonn abgewickelt", sagt Schacht. "Wenn nicht, wie früher der einzelne Mensch, der tüchtige Unternehmer in den Mittelpunkt gestellt wird, werden wir keine Erfolge erleben.") und auf der anderen Seite sucht man Menschen, die in die Welt hinausgehen, nicht auf eigenen Füssen stehend, nicht mit eigenem Risiko, wie alle die vielen, vielen Auslandsdeutschen in der weiten Welt, sondern im Dienst einer staatlichen, ideologisch verrannten Verwaltung, die sie fest besoldet, vom Wehrdienst befreit, mit Ausgleichszulagen extra bedenkt, mit dem Anrecht auf bevorzugte Unterbringung in der Heimat nach ihrer Rückkehr und die mit dem Nymbus eines Freiheitshelden von allen Zeitungen versehen werden. Kastraten, nicht Männer, werden gesucht. Wie stolz, und mit Recht, sehen wir Auslandsdeutschen auf diese armen Wichte herunter,die da zu uns kommen, keine blasse Ahnung von der Behandlung fremder Völker haben, meinen, sie müssten mit ihnen unter einem Dach (in gleichen sozialen Verhältnissen) leben, gar nicht merken, wie lächerlich sie sich selbst machen und wie schwer sie uns unsere Arbeit machen, Leute, die es ganz bestimmt niemals fertig kriegen, im Auslande sich selbst ihren Lebensunterhalt zu verdienen, sich etwa ein eigenes Haus zu bauen oder einen eigenen Acker zu bestellen, lebensunfähige Auswürfe des Wohlfahrtstaates, die sie sind.

Wie bezeichnend auch die unterschiedliche Beurteilung dieses "Entwicklungsdienstes" im Vergleich zum Reichsarbeitsdienst. Während der eine als ein Dienst an der Menschheit gepriesen wird, war das andere in den Augen Bonns ("Informationen zur politischen Bildung" Januar 1968; gratis an alle Schulen usw. versandt) nicht etwa ein Dienst am eigenen Volke, sondern nur "die billige Beschaffung von Arbeitskräften"! Gemeinschaftssinn wird nicht nur heute zersetzt, es soll ihn geschichtsfälschend auch niemals gegeben haben. Es soll die Gemeinschaftserziehung im Arbeitsdienst nicht gegeben haben, denn sonst könnte man ja nicht den ganzen Schwindel vom sogenannten "Wirtschaftswunder" aufrechterhalten (vgl. Anton Zischka, "War es ein Wunder?", Hamburg 1967). Denn dieses "Wunder" war ja nur das natürliche Ergebnis der nationalsozialistischen Gemeinschaftserziehung. Die politische und geistige Führung des Deutschen Volkes war ermordet, vertrieben oder aus ihren Aemtern verjagt worden, aber den Gemeinschaftsgeist einer ganzen Generation konnte man nicht ausrotten. Erst, als diese Generation abgelöst wurde von den Produkten der Umerziehung, da erst brach auch das "Wunder" zusammen.

*178 - Die Mitarbeit Husseins erzwangen die Engländer 1915, indem sie die Getreidelieferungen nach Dschidda einstellten und die Bevölkerung mit dem Verhungern bedrohten. (Es war dasselbe menschliche Konzept, das man auch Deutschland gegenüber anwandte.) Ibn Sa'ud gab Hussein bereits 1919 einen Dämpfer mit dem Angriff auf Turaba, England bemühte sich, Hussein zu halten

und entsandte Lawrence August 1921 erneut nach Dschidda, doch lehnte Hussein die Anerkennung der Mandatsgebiete von Syrien und Palästina ab. 1924 erfolgte der Angriff Ibn Sa'uds, "der die Stadt Taif überrannte und ausmordete" (Brokkelmann, "Geschichte der islamischen Völker", Berlin 1939). Dann wurden Mekka, Medina und schliesslich Dschidda besetzt. Ibn Sa'ud liess sich zum König des Hedschas ausrufen. Da er auch Anspruch auf das von den Engländern besetzte Akaba stellte, verweigerten diese dem flüchtigen Hussein jenes Asyl, um Ibn Sa'ud von einem Angriff dorthin abzuhalten.

*179 - Allislamischer Kongress 1926 in Mekka

*180 - Italien hatte an jener Küste gegenüber von Eryträa schon seit langem wirtschaftlich Fuss gefasst, und bemühte sich, von hier aus seine wichtige Besitzung im Roten Meer zu sichern. Die Unterdrückung des Sklavenhandels war eine der Hauptforderungen Italiens in diesen Verträgen.

In Hodeida war es, wo im Januar 1915 unter Führung des Kapitänleutnants v. Mücke ein Teil der Besatzung des berühmten Kreuzers Emden landete. Sie waren mit dem Segelschiff Ayesha unter der deutschen Kriegsflagge von den Keeling-Inseln im Indischen Ozean nach Durchbrechung der Blockade bei Perim ins Rote Meer gelangt. Das abenteuerliche Unternehmen endete nach manchen weiteren Schwierigkeiten hinter Dschidda mit dem Erreichen der Hedschasbahn. Der Sohn Husseins begleitete die deutsche Truppe persönlich auf ihren letzten Wüstenmärschen. Wenige Monate danach schon erzwangen die Engländer mit ihrer Hungerblockade den Abfall Husseins von der Türkei.

*

DER JEMEN

ist in landwirtschaftlicher Hinsicht das reichste Land Arabiens. Die jährlichen Monsunregen ermöglichen gute Ernten in seinen Hochgebieten. Doch ist es infolge der dauernden Sippenfehden in seiner Entwicklung immer wieder zurückgeworfen worden. Der Islam hatte in dieser entlegensten Provinz seines Reiches niemals vollständig die politischen und sozialen Verhältnisse umgestalten können. Wie zu Zeiten der Sabäer und Himjaren blieben die Adligen in ihren Burgen und schalteten in ihrem Bereich, kaum unterworfen von dem in Ssana residierenden Statthalter des Kalifen. Der Zusammenbruch der türkischen Macht rief die Engländer auf den Plan, die mit ihren Bombenflugzeugen jede Eingliederung dieses Hinterlandes von Aden in das Reich Ibn Sa'uds immer wieder verhindern. Nach dem II. Weltkrieg kommt es zu einem regelrechten Militärabkommen mit England, welches sich 1951 verpflichtet, ein 10 000 Mann-Heer durch britische Offiziere ausbilden zu lassen. Gleichzeitig treten die USA mit einer Wirtschaftshilfe auf und erlangen die Konzession für Erdölbohrungen. Auch die BRD erteilt eine Anleihe. Doch erkennen die hellhörigen Jemeniten die allgemeine Schwäche Englands und erheben Ansprüche auf Aden, die dann zu einem Bruch mit Grossbritannien, zu einer Annäherung an die Sowjetunion und Aufkündigung der Wirt-

schaftshilfe der Vereinigten Staaten führen. 1958 schliesst sich der Jemen dem Staatenbund der VAR unter Beibehaltung seiner monarchischen Staatsform an und erhält die militärische Unterstützung Nassers in seinen weiteren Operationen gegen Aden einerseits und Sa'ud-Arabien andererseits. Mit letzterem kommt es zum Krieg infolge der von Nassers Emissären geförderten Ausrufung der Republik 1962, da Ibn Sa'ud (*181) die Gegenrevolution der königstreuen Stämme im Norden unterstützt. Die republikanische Regierung wird schnell von den Ländern des Ostblocks, dann aber auch von westlichen Ländern einschliesslich der BRD anerkannt. Im August 1965 kommt es zu einer vorübergehenden Beendigung des Bürgerkrieges im Abkommen von Taez zwischen Monarchisten und Republikanern, um einen Abzug der ausländischen Streitkräfte zu erreichen. Erst als Folge des Israelkrieges im Juni 1967 zog Aegypten seine Verbände ab, nachdem sie zuletzt noch gar unter Einsatz von Giftgas versucht hatten, die monarchistischen Verbände zu besiegen. In die Lücke stiegen jedoch die Sowjets ein mit Technikern und Material. Flug- und Seehafen Hodeida war das Eingangstor. Faisal unterstützte seinerseits die Monarchisten mit Hilfe nordamerikanischer Waffen und es besteht die Gefahr einer Teilung des Jemen in Einflusssphären durch die für unsere Zeit so typisch gewordenen Waffenstillstandslinien, denn Salomons letzte Weisheit bestand ja darin, das Kind mittendurchzuschneiden. Einstweilen hat sich der Kampf jedoch noch ausgeweitet. Moskau liefert Raketen und Flugzeuge, die von Hodeida und neuerdings auch von Aden starten, Peking Strassenbaumaterial, Algerien, Aden und Syrien Soldaten der republikanischen Regierung, während die Royalisten unter Mohammed Ibn al-Hussein über Sa'ud-Arabien von den anderen, westlichen, Interessenten an Waffengeschäften beliefert werden. Der Entsatz der Hauptstadt Sanaa hat den Republikanern seit Februar 1968 ein zumindest vorübergehendes Uebergewicht gegeben.

---

*181 - Es handelt sich um den 1953 auf den Thron gefolgten Sohn, der sich ebenfalls Ibn Sa'ud nennt. Dieser schwächliche Herrscher wird 1964 von seinem tüchtigen Halbbruder Faisal abgelöst.

*

ADEN (SUEDJEMEN)

Aden hatte mit dem vorschnellen Abrücken der englischen Truppen Ende 1967 alles andere als ausgelitten.(*182) In einer Art Torschlusspanik des Empire entschloss Whitehall sich voreilig für die FLN als eine der beiden rivalisierenden nationalistischen Rebellengruppen, worauf sich die andere, die FLOSY an Nasser wandte, um diese einseitige Weitergabe der Macht zu verhindern. Diesmal aber schienen alle Wege nach Moskau zu führen, denn die FLN beseitigte sehr schnell den Widerstand in den Aden östlich benachbarten Sulta-

naten und rief die Volksrepublik Südjemen am 30. November 1967 aus. Die Häuser und der Grundbesitz, den die Sultane und Scheiks "während der britischen Besetzung" erworben hatten (also praktisch ihr gesamter Besitz) wurde vom neuen Präsidenten Al-Shaabi eingezogen. Der Staat wurde gegen die Stimme Sa'ud-Arabiens in die Arabische Liga aufgenommen.(*183) Die Sowjetunion sieht eine umfangreiche Militärhilfe gegen Ueberlassung eines Marinestützpunktes vor. Ernste Differenzen zwischen dem Heer und der Miliz ("Volkswiderstand") einerseits, Aufstände der Bergstämme im Osten und die Beteiligung an dem Kämpfen um Saana im benachbarten Jemen lassen das Land nicht zurRuhe kommen. Die katastrophale Wirtschaftslage infolge der Schliessung des Suezkanals (Aden ist ein toter Hafen geworden) in Verbindung mit Sozialisierungsexperimenten, die der Präsident Al Shaabi bei seinem Besuch in Algerien im Juli 1968 als notwendig preist, versprechen keine rosige Zukunft, denn auch Moskau hat sich mit Hilfeleistungen bisher sehr zurückgehalten.

Die beiden Inseln Perim (am Bab el Mandeb, dem Tor der Tränen gelegen) und Karaman (vor Hodeida) sollen nach englischem Vorschlag an U Thant internationalisiert und unter die Oberhoheit der UN gestellt werden, doch steht ein entsprechender UN-Beschluss zu diesem Geschenk noch aus.

---

*182 - Dieser Rückzug Englands aber hinterlässt zunächst eine Lücke. Denn der beendeten Pax Britannica, der Britischen Weltherrschaft folgt nicht etwa die Amerikanische Weltherrschaft. Die Ingredienzien der Macht sind andere geworden. Nicht die Pax Americana (oder auch Sovietica) rückt an die Stelle, sondern viel eigentlicher eine Pax Hebraica, denn die beiden Supermächte von heute streiten unter Bannern für Ideen, die eine und dieselbe Wurzel haben. Sieht man sich zB das Propagandamaterial an, welches die US-Vertretungen im Auslande zur Verfügung stellen, so sind die Titel Ausdruck einer ganz bestimmten, und keineswegs amerikanischen Weltanschauung. Filmtitel zB sind:

Assignment mankind ("Die Menschheit" als Ziel der Pressepolitik)
The unfinished revolution (Roosevelt ist damit gemeint!)
The Peacemaker (Dag Hammarskjoeld ist gemeint!)

Wir hatten bereits eingangs in dem Abschnitt über die Vereinigten Staaten von Amerika Gelegenheit, den Umfang dieser Ueberfremdung festzustellen. Hier nur noch ein Beispiel:

Die USA lassen sich in den UN von einem Zionisten wie Arthur Goldberg vertreten, der die amerikanische Aussenpolitik in Vietnam mit Worten wie den folgenden umreisst: "Meine Ansicht ist, dass Amerika nicht kämpft, um einen Krieg zu gewinnen. Wir kämpfen, um ein altes griechisches Sprichwort anzuwenden, welches heisst: "Es gilt nicht, den Gegner zu vernichten, sondern ihn dazu zu bringen, sich zu bessern."" Und Walt Rostow, der engste aussenpolitische Berater Kennedys und Johnsons, stellt in seinem Buch "Die Vereinigten Staaten in der Welt-Arena" fest: "Es ist der legitime nationale Lebensinhalt Amerikas, für die Beseitigung des Rechts eines Staates, einschliesslich der Vereinigten Staaten selbst, zum Gebrauch substantieller militärischer Macht zum Zweck der Durchsetzung seiner eigenen Interessen, zu kämpfen. Es liegt darum im amerikanischen Interesse, das Ende der Nationen anzustreben, wie sie historisch definiert werden." Auch Englands Weltreich war antieuropäisch,

von Faschoda bis Kapstadt, aber die USA sind nicht nur antieuropäisch im machtpolitischen Sinne, sie sind es auch in geistiger Hinsicht, jedenfalls soweit es in ihrem Führungsgremium zum Ausdruck kommt. Sie sind in gleicher tiefgehender Weise antijapanisch, antichinesisch usw., denn sie sind gegen den Weiterbestand der Völker. Das war England niemals. Da sie selbst keine Volksseele besitzen, ja noch nicht einmal mehr als eine technische Bezeichnung an Stelle eines Namens für ihren Staat haben, sind sie die geeignetsten Roboter der Zionisten geworden. Es genügt ihnen, wenn sie IBM-Maschinen und Coca-Cola in aller Welt absetzen können. Die eigentliche Politik überlassen sie aus Russland eingewanderten Zionisten und ihren Nachkommen und einigen Ehrgeizlingen, die für diese das Aushängeschild stellen (vgl. USA). Man hat den bestimmten Eindruck, dass es dieser Personenkreis ist, der die Amerikaner regelrecht zur Politik antreibt, ohne den das amerikanische Volk niemals auch nur entfernt auf die Idee gekommen wäre, Weltkriege zu entfesseln oder gar Waffen an einen Faisal von Arabien zu liefern.

Das ganze Gedankengut von einer Beteiligung der breiten Massen in einer sogenannten Demokratie an der Regierung ist ja von Anfang an gerade auch in Nordamerika Heuchelei. Gänzlich unverdient kommt das amerikanische Volk in den Ruf, die Menschenrechte erfunden zu haben. Intoleranz ist vielmehr das wesentliche Merkmal ihrer Staatenwerdung. Aus unzähligen Beispielen erwähne ich nur, dass Massachusetts 1631 bestimmt "dass niemand an ihrer bürgerlichen Freiheit teilhaben soll, der nicht Mitglied einer i h r e r Kirchen ist". Mit hoher Geldstrafe wurde ein Schiffseigentümer belegt, der Quäker gelandet hatte und das Ohrenabschneiden und Züchtigen von Frauen, gar die Todesstrafe gegen Quäker noch um 1700 zeugt von krasser religiöser Unduldsamkeit. Noch 1723 druckt ein junger Druckerlehrling: "Die schlimmsten Schufte sind die religiösen Schufte." Der Mann hiess Benjamin Franklin. Nirgends war die breite Masse an politisch-demokratischen Gedankengängen aktiv beteiligt. Nirgends auch kommt es bei den Kämpfen um die Unabhängigkeit zu so etwas wie feierlichen Rütli-Szenen oder Erhebungen wie die deutsche 1813. Am wenigsten aber waren gerade die Virginier, die mit ihrer Erklärung der Menschenrechte einen ungewollten Ruf in der Geschichte der Demokratie erhielten, Liebhaber von irgendwelchen Gleichheitsideen. Von 170 000 Einwohnern Virginias waren 70 000 Negersklaven. Der Kongress von 1774 zu Philadelphia bestand daher vielmehr zur Hälfte aus Advokaten (der Kongress der USA 1950 zu 70%) und die Abgeordneten wurden von den Kaufleuten New Yorks als "Söhne der Zügellosigkeit und der Missordnung" bezeichnet. In Aufrufen wurden sie als "Demagogen, welche die Freiheit der Presse und die Leichtgläubigkeit des Volkes missbraucht haben, um ihren eigenen ehrgeizigen Plänen zu dienen" gebrandmarkt. Die Grundsätze der Erklärung der Menschenrechte waren Laboratorienpräparate, "die im Studierzimmer und in den Händen des Chemikers unschuldig bleiben, aber unter den Füssen von Strassenpassanten furchtbar werden. Bald wird man dies nur zu gut merken; bald werden an allen Ecken und Enden Explosionen stattfinden; bald wird im Namen der Souveränität des Volkes jede Gemeinde und jede Zusammenrottung sich für die Nation halten und demgemäss handeln; bald wird die Vernunft in den Händen ihrer neuen Ausleger die Elemente in den Strassen und die Bauernaufstände permanent einrichten"(Taine). Der Mann im Volke hatte gar keine Zeit, sich um Politik zu kümmern, er überliess diese Sachen anderen. Das hat gerade in Nordamerika sich bis heute kaum geändert. So konnten nach Beseitigung der geschichtlich für die politischen Verhältnisse verantwortlichen Eliten die Zionisten das Vakuum ausfüllen. Das Wort Demokratie diente ihnen als Deckmantel für ihre Herrschaftsabsichten.

*183 - Ein Versuch der Sultane von Qu'aiti, Kathiri und Mahri im September 1967, durch Vermittlung der in Kairo befindlichen UN-Kommission für Aden einen Ueberfall durch die Befreiungsfront aufzuhalten, schlug fehl. Das staatsrechtlich nicht zu Aden gehörige Gebiet dieser bis dahin britischen Protektorate wurde nach kurzen Kämpfen besetzt und die Sultane flüchteten auf einem sa'udarabischen Schiff über den Hafen Mukalla. Von Schutz seitens der Protektoratsmacht England war keine Rede.

*

OMAN

ist durch die Eroberung des Ost-Aden-Protektorats durch die neuen Herren im Südjemen in gefährliche Nachbarschaft zu linksextremistischen arabischen Kräften gekommen. Der südliche Teil des Sultanats mit Dhufar als eigentlichem Sitz des Sultans ist nur durch Ueberwindung des Akhdargebirges auf schwierigen Wegen mit dem am Persischen Golf gelegenen Teil mit Muskat als Hauptort verbunden.(*184) Von Sa'ud-Arabien trennt es über eine niemals genau festgelegte Grenze hinweg die Sandwüste des "Leeren Viertels". Der Herrscher dieses Gebietes (610 000 Menschen auf 212 000 Quadratkilometern) entging 1966 mit knapper Not einem Nasserschen Attentat.

Als Aussenbesitzung gehört zu diesem Sultanat auch der heisse Hafenort Gwadar an der gegenüberliegenden Küste Pakistans, verwaltet im Auftrage des Sultans von einem Engländer.

So, wie im Südjemen erleben wir einen "Verwilderungsprozess" (James Morris) auch in diesen Zonen. Das alte Wort von Lawrence findet immer noch seine Anwendung: "Zwingt man dem Wüstenaraber ein zivilisiertes Leben auf, so verfällt er, wie jeder andere Wilde den Krankheiten, der Gemeinheit, dem Wohlleben, der Grausamkeit, der Hinterhältigkeit und den Winkelzügen der Zivilisation; und dies, wie alle Wilden, in besonderem Ausmass, weil er nicht dagegen gefeit ist." Im Unterhaus musste Wilson aus eigenen Reihen hören, dass "Zusammenarbeit mit Herrschern, die noch heute die Sklavenhaltung bejahen und Dieben die Hände abhacken lassen" nicht mehr aufrechterhalten bleiben kann und daher der Vorwurf des "Verrats", den die unter britischem Schutz stehenden Scheiche machen, nicht berechtigt sei. England hat es sich immer leicht gemacht, wenn es Ballast abwerfen wollte. Dass es die Küsten Arabiens als Ballast empfindet, nur das ist neu.

---

*184 - Vgl. die aktuelle Schilderung in James Morris, "Sultan in Oman", München 1957.

*

DIE VERTRAGSSTAATEN

an der Piratenküste schliessen sich nördlich an das Sultanat von Oman an, 83 000 Quadratkilometer, die von etwa 100 000 Menschen unter verschiedenen Herrschern bewohnt sind. Oel wurde um Abu Dhabi gefunden und bildet auch hier die wirtschaftliche Grundlage, obwohl etwa die Hälfte der Einkommen in die persönliche Tasche der Herrscher fliesst. Auch diese Gebiete verdanken ihre Unabhängigkeit gegenüber den Ansprüchen Sa'ud-Arabiens nur Grossbritannien und stehen heute angesichts der Schwäche Londons vor der Frage einer politischen Anlehnung an Faisal oder einer von den arabischen Republiken geförderten Revolution. In dieser Lage haben sie zunächst einmal im Februar 1968 auf Betreiben des energischen Herrschers von Abu Dhabi eine Föderation gebildet, zu welcher auch das nationalistisch-arabische Bahrein unter der Drohung eines Abzugs der englischen Truppen stiess, um so der Gefahr einer Uebernahme durch den Iran zu entgehen. Die sieben in dieser Föderation zusammengefassten Emirate sind Abu Dhabi, Dubai, Scharja Ajman, Umm al-Quaiwain, Ras el-Khaima und Fujaira, insgesamt 110 000 Einwohner. Die sieben Scheichs bilden einen Rat, der nur bei Einstimmigkeit wirksame Beschlüsse fällen kann.

*

QUATAR

hat seit der 1949 begonnenen und heute beachtlichen Erdölförderung eine Entwicklung nehmen können, die von den weitaus rückständigeren Verhältnissen südlich davon deutlich absticht. War bis dahin die Perlenfischerei mit mehr als 400 Fischerbooten neben der Fischerei Haupteinnahmequelle des Landes, so hat das Oel, welches sowohl am Lande wie auch bis 80 km seewärts gefördert wird, inzwischen die volle Elektrifizierung des Landes und seine mit modernsten Mitteln erreichte Süsswasserversorgung finanzieren können. Der Scheich von Quatar hat allerdings bisher nur widerstrebend den Weg zum Wohlfahrtsstaat für seine 40 000 Untertanen beschritten und den grössten Teil der 150 Millionen Mark jährlicher Einkünfte für sich verwandt.

*

BAHREIN

ist noch ein wenig kleiner, und noch ein wenig reicher. Noch ist es englischer Stützpunkt. Der Schah von Persien aber hat (nach englischen Pressemeldungen) dem Emir von Kuweit mitteilen lassen, dass er bei einem Abzug der Briten nicht nachrücken würde. Ob das dann auch hier entstehende Machtvakuum von den Arabern selbst genügend ausgefüllt werden kann, ist zu bezweifeln. Im März 1968 schloss Bahrein sich an den Staatenbund der südlich davon gelegenen "Vertragsstaaten" an.

*

KUWEIT

ist jenes Oelscheichtum, welches in wirklich vorbildlicher Weise seine Einnahmen aus dem Erdöl konstruktiv anlegte. Das ganze Land ist ein Paradies für seine Einwohner (die dennoch, ebenso wie in Bahrein in einer demokratischen Opposition gegen die Herrschaftsverhältnisse wühlen), die Hauptstadt Kuweit eine supermoderne Stadt mit allem Komfort. Nur "die lächerlichen Ingenieurschulen von Kuweit sind beinahe leer, denn kein Kuweiti will seine Hände durch Arbeit beschmutzen. Ich hielt dies ursprünglich für einen Ueberrest aus kühnen Kriegerzeiten, aber der wahre Grund waren die niedrigen Löhne. Das schleichende Gift des Geldes frisst sich in alle Schichten dieser neuen Oelgemeinwesen. Die sanften Stimmen und die liebenswürdigen Manieren, die endlosen Tassen Kaffees im Suk, die Lieder und Heldensagen sind beinahe gänzlich aus der Mode gekommen und verklungen. Heute ist der Ton nur allzu oft brutal oder schmeichlerisch, je nachdem, welches Stadium das Geschäft gerade erreicht hat. Früher war das Feilschen mit dem arabischen Ladenbesitzer ein intellektueller Zeitvertreib, ein beliebtes Ritual. Heute hat diese Unterhaltung leicht eine ungeduldige, stahlharte Note. Viel Geld in kurzer Zeit heisst das neue Schlagwort der Araber, nicht mehr Ehre oder guter Ruf" (James Morris). In die durch den britischen Rückzug strategisch sehr labilen Verhältnisse am Persischen Golf griff der Schah von Persien mit einer Reise ein, die ihn im November 1968 nach Sa'ud-Arabien und Kuweit führte.

IV. ASIEN

DER IRAN

ist seit Menschengedenken die Einfallspforte in den Orient gewesen. Mit dem Vorrücken Russlands in Turkestan hielt England es darum für notwendig, den Iran in seine Einflusssphäre einzubeziehen, um so das Vorfeld Indiens in seinen Händen zu haben. (*185) Es kam zu einer Aufteilung Persiens in eine russische und eine britische Interessenzone, wodurch der Friede äusserlich für Jahrzehnte gesichert wurde. Persien, wie das Land sich damals noch nannte, wurde den ersten Errungenschaften westlicher Technik geöffnet, der jüdische Baron Julius de Reuter, englischer Untertan, erhielt Bahnbau- und Bergwerkskonzessionen, die jedoch nicht aktiviert wurden. Nach teuren Reisen nach Europa wurde der Schah Nassiraddin von einem Anhänger des panislamischen Agitators Dschemaladdin Afghani 1896 ermordet. Anlass war der Versuch, seine kostspieligen Reisen durch eine an eine europäische Kapitalistengruppe vergebene Tabakregie zu finanzieren. "Gegen diese ungeheuerliche Ausbeutung eines der verbreitetsten Genussmittel erhob sich ein Sturm der Entrüstung im Volk" (Brockelmann aaO S. 388). Der englische und der russische Gesandte geleiteten gemeinsam seinen Sohn auf den Thron in Teheran. Dschemaladdin forderte eine Volksvertretung und gründete eine Freimaurerloge in Teheran. Jene wurde 1905 gebildet, jedoch waren wahlberechtigt für sie nur die führenden Kreise des Landes (Adel, Grundbesitzer, Kaufleute und Gewerbetreibende und die Geistlichen). Die dann vertraglich zwischen Russland und England festgelegte Grenze der Einflusssphären wurde in Persien als ein Verrat Englands angesehen, da England es war, das seinerzeit den russischen Vormarsch mit seinen Unternehmungen insbesondere in Afghanistan (s. d.) aufgehalten hatte. Der Schah bildete eine Kosakenbrigade zum Schutz gegen die Demokraten und es kam zu schweren inneren Unruhen, in deren Verlauf er trotz russischen Schutzes abgesetzt wurde und nach Odessa fliehen musste. Unter seinem minderjährigen Sohn Achmed bemühten sich die Nationalisten um Säuberung der Finanzen, und da sie mit Leuten wie Reuter schlechte Erfahrungen gemacht hatten, holten sie sich einen Amerikaner in der Person des Juden Morgan Shuster als Generalschatzmeister aus New York (*186). Er konnte sich aber nicht gegen den russischen Einfluss durchsetzen und

musste entlassen werden. Russland begann im Norden des Landes mit Hilfe der Generale des abgesetzten Schahs ein Terrorregime. Sogar das grösste Heiligtum der Schiiten, die Grabstätte des Imam Risa in Täbris wurde von ihnen bombardiert. England bemühte sich, mit einer von schwedischen Offizieren befehligten Gendarmerie die Ordnung im Süden des Landes aufrechtzuerhalten. Die Nationalversammlung trat erst im August 1914 wieder zusammen, um bei der Krönung des volljährig gewordenen Schahs eine Neutralitätserklärung in dem beginnenden I. Weltkrieg entgegenzunehmen. Es kam dennoch zu Kriegshandlungen auf persischem Boden. Die Kurden überfielen Täbris, wurden aber von den Russen 1915 wieder vertrieben. Nach dem Siege bei Kut-al-Amara (*187) überschritten türkische Verbände die Grenze und standen kurz vor Teheran, als sie zu anderen Operationen abgerufen wurden. Deutsche Offiziere waren ähnlich wie ein Lawrence in Arabien tätig, doch gelang es ihnen nicht, Persien zu einem Kriegsbeitritt auf Seiten der Mittelmächte zu bewegen.(*188)

Nach dem I. Weltkrieg herrschte in Persien das Chaos. Die Bolschewisten hatten zunächst auf alle zaristischen Eroberungen verzichtet, während andererseits England vorstiess und unter Sir Percy Cox am 9. 8. 1919 mit Persien ein Abkommen abschliessen konnte, wonach das Land Heer und Verwaltung englischen Beratern ausliefern sollte, wie dies damals in Aegypten und im Irak der Fall war. Hauptgegenstand dieses Vertrages war die Ausbeutung der nordpersischen sogenannten Khostaria-Konzessionen durch die Anglo Persian Oil Company. Gestützt auf die noch im Kaukasus stationierten britischen Truppen dachte man an die Errichtung eines "Erdölreiches von Baku bis an den Persischen Golf". Die grossen von Samuel Rothschild in den kaukasischen Erdölfeldern investierten Kapitalien aber sollten gesichert werden durch die Intervention in die russischen Wirren. Gewaltige Summen wurden darum in die Unternehmen der weissrussischen Generale investiert, nicht etwa, um Russland von dem Bolschewismus zu befreien, sondern, um die Interessen der City zu wahren. Doch im Jahre 1920 brach die Front Denikins zusammen, die Russen verfolgten ihn über das Kaspische Meer, Denikin wurde bei der Ausschiffung in Enseli von den Bolschewisten beschossen und die Engländer, die Enseli besetzt hielten, räumten schnellstens die Stadt im Rücken der Weissrussen. Am 7. Juli 1920 zogen sie auch aus Batum ab (Baku hatten sie bereits Anfang des Jahres geräumt). Als die Russen weiter vorrücken wollten, stellte sich ihnen die Kosakenbrigade des Schahs entgegen. Ihr Kommandant, Resa Chan, entliess sämtliche russischen Offiziere und erhöhte so wesentlich die Schlagkraft der Truppe. Nach Abwendung der russischen Gefahr zog er gen Teheran, wo sich ihm nach kurzem Gefecht der schwedische Kommandant der Gendarmerie unterstellte. Der Schah Achmed fügte sich ihm, die unredlich erworbenen Vermögen der bisherigen Machthaber wurden eingezogen und Resa Chan formte als Kriegsminister das Heer im ganzen Lande. Es kam zu neuen Unruhen, denen sich der Schah durch eine Europareise entzog. Zu einer letzten kriegerischen Unternehmung kam es im Süden, wo England dem Scheich von Chusistan Waffenhilfe gegen persische Angriffe gegen Erteilung einer Oelkonzession versprochen hatte. Als Resa Chan anrückte, um auch hier die alten Grenzen des Reiches wiederherzustellen, liess England seinen Verbündeten im Stich, ein Beispiel, das bisher sprichwörtlich Schule gemacht hat. Als der Schah aus Paris mitteilte, er wolle zurückkommen, wurde er von der Nationalversammlung abgesetzt und eine neue Verfassung berief Resa Chan Paechlewi zum erblichen Herrscher. Am 15. Dezember 1925 legte so der Begründer der heutigen Dynastie seinen Eid ab und bestieg den einstmals von Nadir Schah in Indien erbeuteten edelsteinfunkelnden Pfauenthron.

"Damit begann für Iran ein Zeitalter des Aufstiegs, das in einem Jahr-

zehnt die Versäumnisse von Jahrhunderten nachholte" (Brockelmann aaO). Russland verzichtete 1921 auf seine Einflusssphäre. Auf Konferenzen in Genua und im Haag wurden die Ansprüche der Oelplutokraten abgelehnt, die in spekulativer Absicht beim Zusammenbruch des Zarenreiches und in Hoffnung auf das Werk ihres Mannes Kerenski, den Aktienbesitz der nach Westen geflüchteten russischen Erdölindustriellen voreilig erworben hatten. Litwinoff machte eine Gegenrechnung wegen der Schäden, die alliierte und weissgardistische Truppen in Russland angerichtet hätten. So beschloss man im Haag unter englischer Führung eine Petroleumblockade gegen Sowjetrussland. Russisches Petroleum sollte vom Welthandel ausgeschlossen werden.(*189) Damit lagen jetzt die russischen und persischen Interessen parallel, dieses Monopol zu brechen. Es entstand mit russischer Hilfe eine halbstaatliche Erdölgesellschaft. Zugleich verhalfen die im Lande errichteten Filialen der russischen Staatsbank der Landwirtschaft zu bedeutenden Krediten. Spekulation und Korruption wurden unter schwerste Strafen gestellt. England wird laufend weiter zurückgedrängt.(*190) 1936 tritt in Anlehnung an die Vergangenheit an die Stelle des Wortes Persien die neue Staatsbezeichnung Iran. So war es erstmalig einem Lande gelungen, aus eigener Kraft die Herrschaft Englands abzuschütteln. "Während England in der Weltwirtschaft experimentierte und schliesslich keinen anderen Ausweg fand, als im Jahre 1926 zum Goldstandard des Pfundes zurückzukehren, um ihn im Jahre 1932 nach vergeblichen Konsolidierungsversuchen wieder aufzugeben, lehrte Resa Chan sein Volk, dass die Heimaterde alle Kraft enthält und der Hände Arbeit das Kapital ist, das allein eine Nation unabhängig machen kann. Zum ersten Male scheiterte das Kapital des Goldes an dem Kapital der Arbeit" (Kirchner aaO S. 712).

Zu Beginn des II. Weltkrieges bemühte sich der Iran, neutral zu bleiben. Doch am 25. August 1941, genau vier Tage nach der Einnahme Chersons durch deutsche Truppen, überfielen britische und sowjetische Truppen gleichzeitig von Norden und Süden das Land. Wieder wurde es in Okkupationszonen eingeteilt, Korruption machte sich erneut in allen Aemtern breit. Nach und nach erweitern die Russen dann ihren Einfluss, sodass die Engländer sich auf die irakesischen Häfen Basra und Fao als Flottenstützpunkte zurückziehen. Eine Autobahn wird von Norden nach Süden durch das Land gebaut, um die amerikanischen, für Sowjetrussland jetzt lebenswichtigen Heereslieferungen durchführen zu können. In Knorrashar werden bedeutende Hafenanlagen errichtet, um einen schnellen Umsatz zu gewährleisten. Um den Bolschewismus zu retten, wird das Aufbauwerk des Iran zerstört.

Erst nach ernsten Demarchen zieht Sowjetrussland Ende 1946 seine Truppen zurück, doch die propagandistische Saat bleibt in Gestalt der linksextremistischen Tudehpartei im Lande. Ihr Exponent, Ministerpräsident Mossadeq verstaatlicht 1951 die Oelindustrie. Das Haager Schiedsgericht, von England angerufen, erklärt sich für nicht zuständig. 1953 versucht Mossadeq eine Aenderung der Verfassung; der Schah flieht ins Ausland, wird aber nach Sturz der Regierung durch das Militär wieder zurückberufen und es beginnt der schwierige Wiederaufbau des durch den alliierten Ueberfall zerrütteten Landes. Der Iran reiht sich als Antwort auf die sowjetischen Einmischungsversuche 1955 in den Bagdadpakt (mit Türkei, Irak, Pakistan) ein und schliesst 1959 sogar einen Beistandspakt mit den USA ab. Dieser gibt ihm zunächst einmal die Möglichkeit, sich in einem modernen, ergebenen, schlagkräftigen Heer ein Mittel zu schaffen, seine Anordnungen im Lande durchzusetzen.

Frauenwahlrecht, 14 Millionen Bauern auf eigenen Boden durch verschiedene Landreformen verbracht, Beseitigung der Polygamie, Entwicklung der Industrie mit Hilfe ausländischer Kapitalien, sind Marksteine auf dem neu-

en Weg, der dann auch wieder eine ungefährdete Annäherung an Sowjetrussland ermöglicht.

Im April 1967 wird mit der Sowjetunion ein Entwicklungsprotokoll unterzeichnet, wonach Persien russische Industriegüter und Dienstleistungen (Stahlwerk in Isfahan, Stauwerke, Getreidesilos usw.) mit Gas- und Erdöllieferungen bezahlt. Damit unterwandert Russland auf wirtschaftlichem Gebiet den militärisch-politischen Kontakt mit dem Westen. Die Ausgewogenheit der gegenwärtigen Lage spiegelt sich in der lange hinausgeschobenen, mit ungewöhnlichem Prunk vollzogenen Kaiserkrönung (vgl. "National Geographic Magazine" No. III/ 1968), wie auch darin, dass in Besprechungen im Zuge der Besuchsdiplomatie (etwa 1967 die Konferenz von Ramsar, Zusammentreffen mit Ayub Khan) keine sensationellen Ergebnisse verzeichnet werden können. Bei den Parlamentswahlen am 7. August 1967 errang die "Nationale Partei" der amtierenden Regierung mehr als 80% aller Sitze im Medschlis.

---

*185 - Russlands Vordringen kennzeichnen die folgenden Daten: Seit 1849 Vorrücken im Tal des Syr-Darja, 1868 musste der Emir von Buchara Samarkand abtreten, 1873 wurde Chiwa russisch, 1876 Chokand, 1877 bis 1881 Unterwerfung der Tekke-Turkmenen in den Karakumsteppen, 1884 Uebergabe von Merw.

*186 - Er verfasste eine ungeschminkte Anklageschrift über die Zustände im Lande unter dem Titel "The Strangling of Persia", London 1912.

*187 - Der "Vater der türkischen Armee", der deutsche Feldmarschall Colmar Freiherr von der Goltz-Pascha, hatte im April 1916 in der englischen Festung Kut el-Amara General Townsend mit 13 000 Mann eingeschlossen und damit für die Dauer des Krieges den Rücken der Türkei freigehalten. Seit 1883 hatte er die Türkische Armee aufgebaut, wurde dann in der Heimat Kommandierender General in Königsberg, wurde 1914 zunächst als Generalgouverneur nach Belgien versetzt, dann aber wieder von der Türkei gerufen. Er starb im Irak in der Stunde seines Sieges an einer Flecktyphusinfektion. Sein Grab liegt im Park von Therapie in Istambul. Von der Goltz-Pascha, Feldmarschall zweier Kaiserreiche, ist einer der menschlichen Pfeiler, auf denen noch heute die deutsch-türkische Freundschaft ruht.

*188 - Der frühere deutsche Konsul in Buschir, Wassmuss, der bei den Stämmen in Tangistan sich hohen Ansehens erfreute, bereitete den Engländern viele Schwierigkeiten. D. v. Mikusch, "Wassmuss, der deutsche Lawrence", Leipzig 1937. Eine packende Schilderung, die an Aktualität nichts verloren hat.

O. von Niedermeyer bemühte sich gleichzeitig mit anderen Deutschen, Persien und Afghanistan zum Kampf gegen die alten Bedrücker, Russland und England, aufzurufen. Vgl. Oskar von Niedermeyer, "Unter der Glutsonne Irans", Dachau bei München, 1925.

*189 - Durch den Vertrag von Rapallo vom 16. April 1922 zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR wurde diese Front dann bereits durchbrochen. Beide Länder buchten ihre gegenseitigen Schuldforderungen auf Verlustkonto und ver-

zichteten auf jegliche gegenseitige Ansprüche.

*190 - 1929 Einschränkungen für Ueberfliegen persischen Gebietes. 1931 wird das Kabel nach Indien in persische Verwaltung genommen. 1932 Annulierung des bisherigen Vertrages mit der Anglo Persian Oil wegen Gewinnverschleierung in den Bilanzen. 1935 verlegt der britische "Resident am Persischen Golf" seinen Sitz vom südpersischen Buschehr nach Bahrein. Bahrein wird an Stelle der persischen Inseln Hendjam und Bassidu britischer Flottenstützpunkt. 1940 erneute Einengung der Anglo Iranian. (1941 erhielt dann der amerikanische Finanzminister Morgenthau 50 000 Aktien der Texas Oil, die sich bisher in englischem Besitz befanden und begann so, das britische Erbe im Golf anzutreten.)

*

AFGHANISTAN

macht in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts eine ähnliche Entwicklung durch wie Persien. Als eine russische Militärmission den Emir in Kabul zu einem Bündnis gegen England gewinnen konnte, rückte Lord Roberts 1878 in Afghanistan ein. Doch unter dem Liberalen Gladstone wurde die imperialistische Politik Beaconsfields aufgegeben und England zog seine Truppen wieder zurück. Ein erneuter britischer Einfall 1919 endete mit einem diplomatischen Sieg Afghanistans. Sowjetrussland hat inzwischen endgültig seine Versuche, auch Afghanistan in die Gruppe der turkmenischen Satelliten einzureihen, aufgegeben. Der Emir Amanullah versuchte dann Reformen ähnlich denen eines Atatürk und eines Resa Chan einzuführen, scheiterte jedoch am Widerstand der Geistlichkeit. Die folgenden Unruhen erlaubten erst in der Mitte der dreissiger Jahre, die Reformpläne in vorsichtiger Form wieder aufzunehmen. Langsam wurde vor allem das Paschto als Landessprache eingeführt. Den II. Weltkrieg überstand dieses Land ruhiger als die Nachbarn. Die starken deutschen wirtschaftlichen Kontingente konnten bis Kriegsende weiterarbeiten.(*191) Heute sind auf afghanischem Boden aber auch wieder Sowjetrussen tätig, die mit einer Entwicklungshilfe von 700 Millionen Dollar (Verkehrsnetz, Modernisierung des Heeres, Industrien) weit vor den USA mit 300 Millionen und der BRD mit 65 Millionen marschieren. Diese Wendung setzte mit dem Besuch Krutschews und Bulganins 1964 in Kabul ein. Wenn wir dort auch seit 1963 eine konstitutionelle Monarchie haben, seit 1965 ein gewähltes Parlament, so sind die Stämme doch immer noch weitgehend die Träger der politischen Willensbildung und wichtiger als die modernen, künstlich installierten politischen Parteien. Durch das Verkehrsnetz mit dem Strassenanschluss an Iran und einer Eisenbahn über Quizilpala nach Turkestan, einer Autobahn nach Peschawar in Pakistan und einer Eisenbahn, die von Quetta in Pakistan bis an die afghanische Grenze führt, sind die Verwaltung des Landes und sein Aussenhandel bedeutend erleichtert worden. Hinzu kommt eine Erdgasleitung ins russische Turkestan, beliefert aus den Feldern von Khwaja Gogerdak und Yatim im Norden des Landes. (Auf dem Gebiet der Versorgung mit Erdöl und Erdgas durch entsprechende Leitungen verfügt die Sowjetunion mit ihren

Rohrleitungen bis hin nach Rostock und Wien über eine Westeuropa überlegene Versorgungsstruktur.)

Ins Blickfeld der grossen Politik rückte Afghanistan im September 1968 durch den Besuch Kiesingers. Die dabei "auch über die Vorgänge in der Tschechoslowakei geführten Gespräche" führten jedoch nicht zu dem gewünschten Ergebnis einer Eingliederung Kabuls in eine Einkreisung der Sowjetunion.

---

*191 - Es war bewusst von niemandem an die grosse Glocke gehängt worden, dass das Deutsche Reich 1939 in Afghanistan ausserordentliche Konzessionen unter der Bedingung von Strassen- und Eisenbahnbauten erworben hatte, und eine OT-Abteilung war seitdem in Kabul tätig gewesen. Afghanistan war eines der wenigen Länder, die Reichseigentum am Kriegsende nicht beschlagnahmten, sodass Deutsche ohne Unterbrechung im Lande weiterarbeiten konnten. Der Ruf der Deutschen Schule in Kabul zeugt von ihrer Stellung im Lande.

*

PAKISTAN

Das geographisch zweigeteilte Pakistan hat seinen technischen Aufbau noch nicht beendet. Die Militärverwaltung von 1958 bis 1962 formte die derzeitigen Verhältnisse. Fragen der Bodenreform, des Familienrechts, der Rechtsprechung und der Wirtschaft, die völlige Aenderung der politischen Vertretung auf der untersten Ebene in Abänderung des demokratischen Schemas haben das eigentliche politische System des heutigen Pakistans erst geschaffen. Die Ausbalanzierung der Kräfte zwischen den beiden Landesteilen und gleichzeitige Erhaltung einer zentralen Staatsgewalt ist ebenfalls Verdienst jener Militärregierung, die mit der Verfassung vom Juni 1962 dem Land eine ihm genehme innere Ordnung unter Ablehnung der ursprünglichen westlichen Projekte gab. Sitz der Regierung ist Rawalpindi bis die neue Hauptstadt Islamabad fertiggestellt ist. In Ostpakistan ist die zweite Hauptstadt des Landes, Ayubnagar, im Bau. Sie wird Sitz der Nationalversammlung sein, die solange abwechslungsweise in Islamabad und Dacca zusammentritt. Ayub Khan, der die Militärrevolte 1958 leitete und seitdem das Land im Sinne eines "Islamischen Sozialismus" führt, lehnt "jede Huldigung blumenreicher sozialistischer Parolen" ab, und bemüht sich bewusst, "das kulturelle und religiöse Erbe des Landes zu erhalten und nicht durch rücksichtslose Verfolgung wirtschaftlicher Ziele zu zerstören". Dabei sind dennoch gerade auf dem Boden Pakistans sehr beachtliche Projekte Wirklichkeit geworden:

Am 23.11.67 wurde der Mangla-Damm eröffnet (errichtet mit Hilfe der USA, Grossbritannien, BRD, Kanada, Australien, Neuseeland), der helfen soll, Pakistan ab 1970 von ausländischer Nahrungshilfe frei zu machen, zur Zeit grösster Staudamm in einem Lande, das jährlich $1\frac{1}{2}$ Millionen Menschen mehr zählt (derzeit 104 Mio.). Im benachbarten Indien entstand 1961 der Bhakra-Nangal-Damm, 300 km nördlich von Neu Delhi, Bewässerung von 2 Mio. ha Wüsten-

land in den Provinzen Punjab und Rajasthan vorgesehen. Man erhoffte davon Ertragssteigerung von 1 Mio. t Getreide, 800 000 Ballen Baumwolle, 500 000 t Zuckerrohr, 1,5 Mio. t Viehfutter, 810 000 kW Strom. Die Hoffnung wurde bisher nicht realisiert, da es an Landbevölkerung fehlt, die in einem vom Monsun unabhängigen Jahresrythmus und mit modernen Geräten zu arbeiten versteht. Verstimmung rief es in der BRD hervor, dass der Bau des gewaltigen Staudammes von Tarbela im März 1968 nicht dieser, sondern einem französisch-italienischem Konsortium zugeschlagen wurde. Kiesinger hatte bei seinem Besuch 1967 ausdrücklich für den Fall eines Zuschlages Verdoppelung der westdeutschen Wirtschaftshilfe versprochen. Das Ergebnis dürfte bestimmt worden sein durch die Meinung des streng mohammedanischen Landes über die westdeutsche Israelpolitik.

Mit Afghanistan besteht latent das Grenzproblem entlang der 1893 festgelegten Durand-Linie. Afghanistan wünscht die Schaffung eines autonomen Gebietes Pakhtunistan und Wiedereinführung der Unterteilung Westpakistans in Nordwestprovinz und Belutschistan, um so den völkischen Gegebenheiten wenigstens näher zu kommen, denn Pakhtunen wohnen auf beiden Seiten der Grenze, die England hinterliess. Die Schliessung dieser Grenze 1961/63 beschleunigte die Abhängigkeit Afghanistans von der Sowjetunion. Im Norden gelang es Pakistan mit China zu einer Demarkierung der Grenze zwischen Kaschmir und Tibet zu kommen, während Indien hier weiterhin im offenen Kriegszustand steht. Der Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Demirel, 1.5.67, diente den gegenseitigen Interessen (Unterstützung in der Zypernfrage gegen Kaschmirfrage) und verstärkte den Wunsch auf regionale Zusammenarbeit unter Einschluss Persiens.(*192)

---

*192 - Vgl. Herbert Feldman, "Revolution in Pakistan - A Study of Martial Law Administration", London 1967.

*

TIBET

wurde am 9.9.64 von Peking zur "Autonomen Region" erklärt, nachdem 1954 schon Dalai Lama und Pantschen Lama entthront worden waren und ein wahrer Völkermord den Tibetern gegenüber einsetzte. Ein gut ausgebautes Strassennetz und 15 Flugplätze sichern heute die Südwestzone Chinas. Seit dem Ausbruch der Kulturrevolution vermehrten sich erneut die blutigen Aufstände im Lande. Die Zwangsverpflanzung von Tibetern nach China ist weiterhin an der Tagesordnung.

*

INDIEN

Indiens industrielle Produktion ist 1967 um etwa 7% gesunken, die offizielle Arbeitslosenzahl auf 12 Millionen gestiegen, beträgt in Wirklichkeit aber wohl 50 Millionen. Die Hungersnot wurde mit 1 Mio.Tonnen Weizen aus den USA in Grenzen gehalten. Täglich kommen 55 000 Kinder zur Welt und in 15 Jahren zählt Indien 750 Millionen Menschen statt jetzt 500 Millionen. Versuche der Geburtenreduzierung schlagen fehl. Die Frage der zwangsweisen Sterilisierung aller Männer nach dem 3. Kind wird zur Diskussion gestellt. Das Heiratsalter der Frauen soll auf 20, das der Männer auf 23 heraufgesetzt werden. Im volkreichsten Gliedstaat Uttar Pradesh entzieht man Familien mit mehr als drei Kindern die Sozialvergünstigungen. Ungeheuerliche Korruption und sagenhafte Bürokratie kennzeichnen die Form, in der dieser Subkontinent mit dem Geschenk der "Demokratie" fertig zu werden gedenkt. Stark zentralisierte Planung hemmt die natürliche Entwicklung mehr als sie zu fördern.(*193)

Ein Beitritt Englands zur EWG würde weitere grosse Wirtschaftsschwierigkeiten für Indien mit sich bringen (90% des Exports gehen nach England), die nur behoben werden könnten durch Zugeständnisse seitens der bisherigen EWG-Länder an Indien.(*194)

Der im April 1966 angelaufene 4. Fünfjahresplan ist, wie erwartet, weit hinter den gesteckten Zielen zurückgeblieben. Er sollte bis 1971 Indien die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln und lebenswichtigen Gütern sichern, und helfen, das Land bis 1976 sodann von ausländischer Hilfe unabhängig zu machen. Ausgerechnet FAO-Direktor Sen (s. d.) stand Pate bei diesen schönen Theorien.

Das parlamentarische System versagt in den meisten Staaten Indiens vollkommen. 1963 machte Indien notwendige Konzessionen an die Nagas an der burmesischen Grenze, indem es ihnen einen eigenen Staat gab, allerdings, wie unter "demokratischen" Regierungen notwendig, erst nach jahrzehntelangen blutigen Unruhen und angesichts der Gefahr eines Partisanenkrieges im Raum der nordöstlichen Grenzprovinz Nefa, die 1962 von China angegriffen wurde. 1968 wurde dann innerhalb des Staates Assam ein neuer autonomer Staat Meghalaya für die Gebirgsstämme geschaffen, um den Forderungen der Stammesführer (endlich) gerecht zu werden. Mit dieser Konzession an die natürlichen Gegebenheiten dürfte auch in Indien die demokratische Rebellion gegen Gottes völkische Ordnung ihre erste Niederlage offenbaren, der bald schon weitere folgen werden. In Westbengalen (Kalkutta) herrscht völlige Anarchie.(*195) Am 28. Dezember sieht sich die Regierung gezwungen, ein Gesetz zu erlassen, worin sezessionistische Bewegungen verboten werden. Hohe Strafen sind vorgesehen für diejenigen, die gegen die Souveränität Indiens tätig werden. Fast alle nicht an der Regierung beteiligten Parteien stimmten gegen das Gesetz! Die Kaschmirfrage, die Probleme mit den Mizo- und Nagastämmen im Nordosten, mit den Tamilen um Madras, die Schwierigkeiten in Bengalen drohen, den von landfremden Phrasen erschütterten Subkontinent in seine natürlichen Elemente zu zerlegen. Galoppierende Inflation lässt alle verarmen.

Wie selbstverständlich aber spricht Indiens Regierung in dieser nicht ganz unverschuldeten Lage von ausländischer Hilfe, die benötigt werde, und Planungsminister Mehta droht damit, dass bei ihrem Ausbleiben das Establishment zusammenbreche. Indien fordert (!) (*196) 10 Milliarden Dollar in den nächsten 10 Jahren.

Die (portugiesische) Bevölkerung des von dem angeblich so friedliebenden Indien überfallenen Goa hat in einer Abstimmung den Anschluss an den Staat Maharashtra abgelehnt und wünscht Bildung eines autonomen Staates.(*197)

Das westdeutsche Entwicklungsexperiment Rourkela kriselte auch 1967 weiter. Praktisch sind die Arbeiten zum Stillstand gekommen. Die Errichtung dieses Werkes an einem Standort, an welchem es kein arbeitswilliges, geschweige denn geschultes Menschenmaterial gibt, wird immer wieder als Fiasko und als typisch für das blutleere Konzept der sogenannten "Entwicklungshilfe" hingestellt.(*198)

Im Bose-Gedächtnis-Museum in Kalkutta wurde jetzt das Schwert des auf deutscher und japanischer Seite kämpfenden Freiheitshelden nach dessen Rückgabe durch Japan im Mai ausgestellt. Subhas Chandra Bose stellte im II. Weltkrieg die Indische Nationalarmee gegen Grossbritannien auf und kam 1945 bei einem Flugzeugunfall ums Leben.

Die Januar 1965 erfolgte Einführung des Hindostani als Amtssprache an Stelle des Englischen (*199) führte zu erneuten Unruhen in verschiedenen anderssprachigen Landesteilen, die ihre kulturelle Selbständigkeit bedroht sehen. Die grosse geistige Potenz, die Indien zweifellos darstellte, solange seine politische Freiheit noch in der Zukunft lag, die noch ein Nehru zu verkörpern sich bemühte, ist heute vertan mit den fremden Ideologien, unter denen vom letzten indischen Bauern naturwidrig verlangt wird, zu denken und politisch mitzuarbeiten.(*200) Im Juni 1968 tagte in Srinagar der "Rat für nationale Integration", um die Möglichkeiten einer Schaffung eines indischen Nationalbewusstseins zu studieren, 20 Jahre nach Schaffung des Staates! Die Zustände in einigen Gliedstaaten führten 1968 zur direkten Unterstellung unter die Zentralregierung von Bihar, Uttar Pradesh, Westbengalen, Haryana und dem Pandschab, da in diesen bedeutenden Landesteilen das offene Chaos eingetreten war. Die Regierung von Madras strich schon im Januar 1968 das Hindi vom Lehrplan aller Schulen.

---

*193 - Indiens Verteidigungsminister sprach von den "unbeschäftigten" Beamten. Die Zivilangestellten arbeiten höchstens $2\frac{1}{2}$ Stunden täglich, einschliesslich der Minister. Man vergleiche diese Zustände mit dem Dienst der Beamten des Indian-Office. Die Folgen sind entsprechend. Wo auch immer auf der Welt der Europäer (der Europäer von einst!) ging, da setzte das Chaos ein, das Chaos unter schönen Phrasen. Denn nirgends machte der Europäer autochthonen Kräften Platz, sondern wurde verdrängt von einer kleinen Klique, die sich nach New York oder Moskau orientiert, gab Raum weltfremden Ideen, die nun den armen Entkolonialisierten aufgezwungen wurden. Fast nirgends wurde den örtlichen traditionellen Führungsschichten die Macht übertragen, sondern "Politikern", die neben der notwendigen Phraseologie im Ausland gelernt hatten, sich in das dort schon laufende Intrigenspiel einzuschalten, fast nirgends in Asien und in Afrika, mit Ausnahme der Länder südlich von Kongo, Sambesi und Rovuma. "Hindustan Times" meint, die Verantwortlichen seien sich der Notwendigkeit "eines frischeren Denkens und einer entschiedeneren Aktion" bewusst. Schmunzelnd vergleicht man damit die neuesten westdeutschen Bemühungen um Verkürzung der Reden im Bundestag, nachdem ein Menschenalter lang "Wiedergutmachung" wichtiger war als die Erfüllung des Volksauftrages auf Wiedervereinigung. Das parlamentarische System wacht eben auf der ganzen Welt erst dann auf, wenn das Volk nach der Ueberrumpelung wieder an die Türen klopft, ist aber dann nicht in der Lage, den ihm eigenen Schlendrian zu ändern und ver-

sucht, mit Notverordnungen, Sondergesetzgebungen, wahlfälschenden Gesetzen usw. den Volkswillen am Durchbruch zu hindern, und so das Internationale Establishment unter Ueberbordwerfen aller schönen Phrasen von Freiheit und Selbstbestimmung zu retten.

*194 - Folge des wirtschaftlichen Chaos ist die ansteigende geheime Hortung von Gold, die auf derzeit 12 Md. Dollar geschätzt wird. Jährlich werden rund 150 Mio. Dollar Gold ins Land geschmuggelt, für welches etwa der doppelte Weltmarktpreis gezahlt wird. Weder mit Strafen noch mit Belohnungen konnte dieses Gold bisher ans Tageslicht gebracht werden. Man vergleiche die indischen Bemühungen mit denen der USA-Regierung, die ja auch privaten Goldbesitz verboten hat.

*195 - "Umzingeln" (Gherao) heisst das dort übliche nette Spiel. Es wurde von der Provinzregierung zur legalen Form im Arbeitskampf erklärt: eine Gruppe von Arbeitern kreist den leitenden Direktor oder einen Ingenieur einer Fabrik ein, der dann stunden- oder tagelang im Büro, im Auto oder irgendwo in der Fabrik ohne Essen und Trinken sitzt. Man wird an die italienischen Ingenieure erinnert, die die "Befreier" 1945 in Mailand lebendig in die Hochöfen warfen. Strassenschlachten mit der Polizei sind in Kalkutta alltäglich. Nach Anbruch der Dunkelheit kann man nicht ausser Hause gehen. Einem latenten Separatismus fehlt es nur noch an der gar nicht so undenkbaren chinesischen Unterstützung.

*196 - Denn das ist weiteres Kennzeichen, ja Korrelat der "Demokratie": Wenn man schon diese Lebensform annimmt, so ergibt sich daraus die Pflicht, über die Welt hin die Güter auch gleichmässig zu verteilen und die ganze Welt auf einem gleichen Lebenshaltungsniveau zu halten. Das nennt man dann "Entwicklungshilfe". "Demokratie und Entwicklung gehören zusammen", verkündete darum der uruguayische Staatspräsident in Montevideo auf der Konferenz der Amerikanischen Staaten.

*197 - Schon 1965 übergab der portugiesische Aussenminister eine (natürlich nie beantwortete und nie überprüfte) Note den UN, worin auf den Völkermord in Goa hingewiesen wird, denn in jener portugiesischen Provinz herrscht heute eine noch nie vorher dagewesene wirtschaftliche Notlage.

*198 - Vgl. Peter Schmid, "Indien mit und ohne Wunder", Cotta Verlag, Stuttgart 1964. Indische Minister verweigerten dem schweizer Autor die neuerliche Einreise nach Indien, damit er nicht weitere "wunderbare" Tatsachen feststellen und veröffentlichen könne.

*199 - Eingeführt aus Anlass des 15. Jahrestages der Indischen Republik und begleitet von einer 3-stündigen Militärparade der geschenkten USA-Waffen unter Anwesenheit des Inspekteurs der Bundesmarine, Vizeadmiral Karl Adolf Zenker.

*200 - Nehru galt als Träger des Vermächtnisses von Ghandi. Seine engste Vertraute aber war die Lady Mountbatten, geborene Cassel. Jahrelang wohnte sie Wand an Wand mit Nehru und bestimmte weitgehend dessen Entscheidungen. Als sie stirbt, wird ihr Sarg auf ihren Wunsch hin von einem englischen Kriegsschiff aus im Kanal versenkt. Hören wir, woher sie stammt: Sir Ernest Cassel, Sohn eines Kölner Privatbankiers, beginnt seine Laufbahn bei der Firma Elzbacher in Köln. Wird Geheimsekretär bei Louis Bischoffsheim in London, beginnt, sich

für mittel- und südamerikanische Konzessionen zu interessieren, nachdem er den Schwindel der Hondurasanleihe aufgedeckt hat. Die City stellt ihm grosse Kapitalien zur Verfügung. Leistet der Bank von England wichtige Dienste, als 1898 die argentinischen Finanzen zusammenbrechen. Durch umfangreiche Transaktionen in Aegypten, Schweden, Mexiko, den USA legt er den Grund zu einem riesigen Vermögen. Wird bekannt mit Baron Moritz Hirsch. Dieser Münchner Jude macht den Prinzen von Wales auf Cassel aufmerksam. Cassel wird Hirschs Testamentsvollstrecker und erlangt so die Kontrolle über gewaltige Verkehrsunternehmen auf dem Balkan und in der Türkei. (Baron Moritz von Hirsch hatte 1872 nach langen Verhandlungen vom Sultan die Konzession für einen Eisenbahnbau von Semlin über Belgrad-Nisch-Mitrowitza-Saloniki nach Konstantinopel erhalten. Ganz Europa kaufte seine "Türkenlose", um an dem grossen Werk beteiligt zu sein. Doch England wusste, den Bau zu verhindern, der durch das russische Grossbulgarien gehen sollte, und der die Russen ans Mittelmeer gebracht hätte. Von England bezahlt, liess Hirsch nur die kurzen Teilstrecken Konstantinopel-Bellora und Saloniki-Mitrowitza herstellen. Die Börse reagierte entsprechend. Hirsch hatte die Lose mit 128 Fr. von der Regierung übernommen, mit 180 Fr. auf den Markt geworfen und dabei etwa 130 Millionen Frank verdient. Bei der (von England ihm dann bezahlten) Einstellung des Baus sanken sie auf 25 Fr.) Der Prinz von Wales gibt dem grossen Finanzmann den ersten öffentlichen Beweis seiner Freundschaft, als er der Hochzeit der einzigen Tochter Maud mit Wilfrid Ashley beiwohnt. König Edward war Taufpate der ersten Tochter aus dieser Ehe, die später den Prinzen Louis Battenberg (Mountbatten) geheiratet hat. Mountbatten wird Vizekönig von Indien.

Solche Entwicklung war nur möglich dank der Reform des Oberhauses durch Disraeli, Lord Beaconsfield. Grundlage des Adelstitels ist danach Grossgrundbesitz. Kein Titel wird darum seitdem ohne weiteres vererbt, wird in jedem Falle von der Krone verliehen; der Sohn erhält ihn ohne Anstand nur, wenn er entsprechenden Grundbesitz nachweisen kann. Wer aber ins Land kommt und tüchtig ist und Grundbesitz erwirbt, kann ebenfalls einen Adelstitel erhalten. So kommen sie um die Mitte des vorigen Jahrhunderts nach England, Ernst Cassel und Paul Julius Reuter (in Kassel geboren, in Vorlesungen bei Gauss in Göttingen aufmerksam geworden auf den Telegraphen, wird in England durch Unterstützung des Bankierbarons von Erlanger Begründer des grössten Nachrichtendienstes der Welt), Nathaniel, Leopold und Alfred Rothschild, Henry Oppenheim aus Frankfurt (Grossaktionär der "Daily News") oder Lord Burnham, aus Frankfurt (ursprünglich Levy genannt, dann Sir Levy-Lawson und dann Peer als Besitzer des "Daily Telegraph") usw. usw. Und es waren später nicht selten gerade die Neuankömmlinge, die am genauesten die Achtung der konventionellen Sitten in Englands öffentlichem Leben beachtet wissen wollten. Mit ihnen segelte das Judentum unter dem Union Jack um die ganze Welt. Doch schon wenige Jahrzehnte später stieg es in ein grösseres Schiff über, die Vereinigten Staaten von Amerika, und bediente sich der Neuen Welt dann in unseren Tagen sogar, um ihre alte Barke vollends auf Grund zu setzen.

Die mehrfache Erwähnung des Namens Rothschild in diesem Buch lässt einen kurzen Ueberblick über diese Familie angezeigt erscheinen: Mayer Amschel Rothschild, 1774-1812, Frankfurt, hatte 5 Söhne und 5 Töchter, Gründer der Finanzmacht. Seine Söhne: Amschel Mayer, Frankfurt; Salomon, Wien; Nathan Mayer, London; Karl Mayer, Neapel; James, Paris. Jeder dieser Söhne hatte 3 bzw. 4 Söhne. Bei den ersten drei genannten Generationen war es üblich, nach geschäftlichen Rücksichten zu heiraten, und im allgemeinen heirateten die Söhne andere Rothschilds, sodass die Jüdische Enzyklopädie (B Vol. X Seite 497) sagen kann: "Von den 58 Ehen der Nachkommen Mayer Amschel Rothschilds, waren

bis 1905 nicht weniger als 29 unter Verwandten." Vgl. Arnold Leese, "Los Rothschild", Editorial Nuevo Orden, Buenos Aires.

*

BHUTAN

im Grenzgebiet zwischen Tibet und Indien, lässt seine Aussenpolitik gemäss unbefristeter vertraglicher Verpflichtung von Indien leiten. Dieses bemüht sich jedoch, dem Königreich trotz Wahrung seines Einflusses in dem strategisch wichtigen Gebiet, im übrigen das Gesicht eines unabhängigen Staates zu erhalten. Entsprechend wurde der König von Bhutan im Februar 1968 mit allen Ehren eines Staatsoberhauptes in Delhi empfangen.

*

CEYLON

trägt weiterhin schwer an den Folgen der Regierung Bandaranaike, die (nach der Ermordung des Ministerpräsidenten Bandaranaike durch einen buddhistischen Mönch und der folgenden Aktivierung der konservativen buddhistischen Mönchsorden im ehemaligen Königreich Kandy zunächst noch von dessen Frau fortgesetzt) im Mai 1965 abgewählt wurde. Die von ihr betriebene Verstaatlichung englischer Unternehmen und die Sperrung der Entwicklungshilfe an die "trotzkistische" Regierung führten zu Kapitalflucht und starker Inflation. 11 Millionen Einwohner, die jährlich um 200 000 wachsen, leben inmitten einer enormen Arbeitslosigkeit, die auch durch die wiedereinsetzende westliche Entwicklungshilfe nicht behoben werden konnte.

Seit 1956 ist singhalesisch Nationalsprache. Englisch und die Sprache der 2 Mio. Thamilen gelten nur noch an zweiter Stelle.

Gelegentliche amerikanische Kriegsschiffe im Hafen von Colombo erinnern daran, dass auf der anderen Seite der Insel der Hafen von Trincomali von China ausgebaut wurde und vertragsmässig den Kriegsschiffen Maos offen steht. Eine sehr starke Opposition, die an die Sozialleistungen von Frau Bandaranaike erinnert (kostenlose Schulen und Universitäten, Reissubventionierungen an die Bevölkerung) kann die Dinge jeden Tag wieder zuungunsten des "Westens" ändern. "Früher war Ceylon (gerade im Vergleich zu dem benachbarten Indien) ein blühender, sauberer Garten. Heute bringt dort einer den anderen um und die öffentlichen Dienste funktionieren nicht mehr" urteilt unser Korrespondent zusammenfassend.(*201)

---

*201 - Heinz Bechert, "Buddhismus, Staat und Gesellschaft in den Ländern des Theravada-Buddhismus", Band I, Frankfurt 1966.

*

BURMA

Der Besuch General Ne Wins in Tokio und Washington 1967 ist erstes Anzeichen für eine Wiedereinschaltung Burmas in die Umwelt. 1948 aus dem Commonwealth ausgeschieden, kapselte es sich seit dem Sturz U Nus 1962 unter dem Revolutionsrat völlig ab, nahm an keiner noch so "neutral" getarnten internationalen Vereinigung teil und hielt die Aussenwelt über interne Vorgänge möglichst im Unklaren.(*202) Burma begann seinen "Weg zum Sozialismus", Verstaatlichung aller ausländischen Oelgesellschaften, Banken und Grosshandel (1963), Verstaatlichung des Einzelhandels (1964, als Folge: Auswanderung enteigneter, völlig verarmter 150 000 Inder), sozialisierte Landwirtschaft. Offiziere übernahmen die Verwaltung des Landes. Die Korruption ist ihnen unbekannt, aber die Bürokratie nur in andere Hände übergegangen. Die für den Export wichtige Reisproduktion ging um 30% zurück. Die "Volksläden" verschieben Waren auf dem schwarzen Markt. Nur der Agrarreichtum des Landes verhinderte bisher politisch spürbare Folgen. Denn es besteht eine innerpolitische Opposition von den Kommunisten (beider Flaggen) bis hin zur äussersten Rechten, aber sie ist stark zersplittert. Und die völkischen regionalen Spannungen zwischen der Zentralregierung in Rangoon und den Grenzvölkern der Shans im Osten (1,5 Mio.) und den Kachins im Nordosten (500 000 bei 24 Mio. Gesamtbevölkerung) sind relativ angesichts der traditionellen Spannung dieser Völker zu den Chinesen, sodass eine einheitliche Haltung gegenüber chinesischen Drohungen 1967 erreicht werden konnte. China zog seine Entwicklungshilfe im Juli 67 zurück, nachdem dessen Büro geplündert und die Wohnungen der Techniker in Brand gesteckt worden waren. In gesäuberten Schulbüchern wird eine Generation herangezogen, deren Denken zentral auf das gemeinsame Vaterland Burma gelenkt und die darin gewarnt wird vor dem Tanz um das Goldene Kalb, der die übrige Welt bestimmt.

*202 - Vgl. Richard Butwell, "U Nu of Burma", Stanford (Calif.) 1963. Das Buch zeigt die Notwendigkeit der Machtübernahme durch die Militärs, um das ethnisch so uneinheitliche Land vor dem Zerfall zu bewahren. Selbst unter einem so raffinierten Politiker wie U Nu konnte das parlamentarische System westlichen Vorbildes nicht der wachsenden Schwierigkeiten Herr werden.

*

MALAYSIA - SINGAPORE

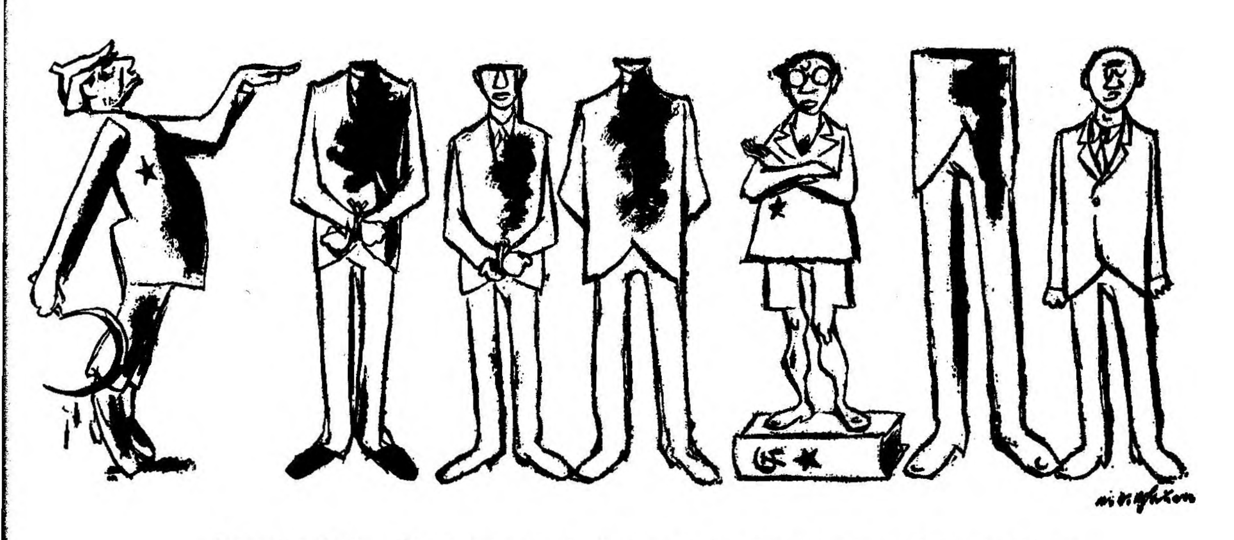
Malaysia entstand am 31.8.1963 aus Malaya, Singapore (seit 1957 bzw. 1959 selbständig), Nordborneo (dann in Sabah umbenannt) und Sarawak (Am 1.7. 1946 britische Kolonie geworden nach 104 Jahren Herrschaft weisser Radjas. Die Dajaks waren gegen die politische Aenderung und die chinesischen und malaiischen Notabeln entsandten lediglich ihre Söhne zu den Uebernahmefeierlich-

keiten. England übernahm die privaten Aktien der Oelgesellschaften), in Zusammenfassung also bis dahin britischer Gebiete im Kraftfeld zwischen China, Indonesien und den Philippinen. Mit einer Subvention von jährlich 1,5 Mio. Pfund während der ersten fünf Lebensjahre half England, die wirtschaftlichen Nachteile aus dem Abzug seiner Truppen auszugleichen. Ein Pakt mit England, Australien und Neuseeland sichert den neuen Staat gegen Aggressionen. Indonesische Fallschirmjäger über Johore und Kämpfe in Nordborneo begleiteten 1964/65 Soekarnos "Konfrontasie". Als Malaysia Anfang 1965 in den Sicherheitsrat der UN gewählt wurde, trat Indonesien aus den UN aus. Mit der Absetzung Soekarnos war im August 1966 ein Friedensschluss zwischen beiden Staaten möglich. Neue Wolken zogen am Horizont auf, als die Philippinen 1968 den grössten Teil von Sabah forderten, dieses im gleichen Augenblick als Wilson seinen völligen Rückzug aus Südostasien verkündete, um die Kosten seines Rhodesien-Krieges bezahlen zu können (s. England). In wirtschaftlicher Hinsicht ist damit ebenfalls ein Vorstoss Japans in diesen Raum zu erwarten.

Singapore löste sich vorher schon, August 1965, von Malaysia und wurde als selbständiger Staat Mitglied des Commonwealth. Weitgehend chinesisch bevölkert und links orientiert im Vergleich zu dem konservativeren Hinterland, verblieb es dennoch in der SEATO und sprach sich Ende 1967 gegen einen Abzug britischer Truppen aus Südostasien aus. Der dicht besiedelte Stadtstaat versucht, seine Raumprobleme durch Abtragung von Hügelland und Aufschüttung des Hafens zu verringern. Die Bevölkerungsdichte beträgt 3 294 Einwohner auf den Quadratkilometer.

Ist Singapore an sich schon der fünftgrösste Weltseehafen, so hat es im November 1967 zusätzlich mit der Einrichtung der neuen SAS-Fluglinie Kopenhagen-Taschkent-Bangkog-Singapore einen Anschluss an Europa gewonnen, der die bisherige Flugzeit erheblich verkürzt und dem Freihafen weitere Anziehungskraft geben wird.

Die dauernde Spannung zwischen chinesischer Kaufmannschaft und indisch-malaiischer Landbevölkerung bildet den schwankenden Boden dieser bri-



Prokrustes - Doktrin. "Das bolschewistische Mass ist richtig. Gott hat sich geirrt". (aus der Wochenzeitung "Das Reich")

tischen Hinterlassenschaft. Als es infolge der Abwertung des alten Straits-Dollars im Dezember 1967 zu Unruhen kam, arteten diese sehr bald in Rassenkonflikte aus. Die linksorientierte chinesische Labour Party zerschlug die Scheiben des Amerikahauses in Penang und es kam zu blutigen Demonstrationen in den Nordprovinzen Penang, Kedah und Perak. Die Bevölkerung setzt sich hier zu 45 Prozent aus Malaien und zu 40 Prozent aus Chinesen zusammen. Letzteren ist eine ganze Reihe von Berufen verschlossen. Sie unterhalten ihre eigenen Schulen und Zeitungen. Eine Assimilierung ist undenkbar. Die jüngere Generation schaut mit Bewunderung auf das Werk Maos. Da die malaiische Sprache einzig zugelassene Amtssprache ist, sprechen die Chinesen von Rassendiskriminierung. Mischheiraten sind ausserordentlich selten. Der chinesischen Arroganz steht die Intoleranz der islamischen Religion der Malaien gegenüber. An eine getrennte Entwicklung im Sinne der Apartheid als vernünftigste Lösung ist man amtlich bislang nicht gegangen. "Integration" gilt als das Ziel trotz allem schon geflossenem Blut.

Malaysia liefert nach schneller Beseitigung der Schäden des II. Weltkrieges heute wieder 40% des in der Welt gewonnenen Naturgummis und ist mit 33% an der Weltzinnproduktion beteiligt.

Die geographische Zweiteilung bildet ein dauerndes Problem. 1965 schon musste Sarawak und Sabah angesichts ihrer Absicht einer Loslösung von Malaysia mit dem Entzug der australisch-neuseeländischen militärischen Garantie gedroht werden. Der Ende 1967 von Wilson beschlossene Rückzug Englands östlich von Suez erleichtert nicht gerade die Lebensfähigkeit dieses von ihm geschaffenen Staatsgebildes. Wird es wie in Indien, in Kenia oder jetzt in Aden, sich unter Schaffung lebensunfähiger Gebilde und unter Zurücklassung blutigster Fehden aus seiner Verantwortung ziehen?

*

BRUNEI

schloss sich 1963 nicht dem damals gegründeten Malaysia, trotz Drängens Grossbritanniens, an, sondern behielt den Status eines "islamischen Sultanats unter britischem Schutz" auf ausdrücklichen Wunsch der politisch massgeblichen Kreise des Landes bei, den es seit 1888 hat. Es handelt sich bei diesem an der Nordküste Borneos gelegenen Gebiet von 5 700 Quadratkilometern mit 130 000 Bewohnern um einen mohammedanischen Staat, in welchem die Gesetze des Korans Landesgesetze sind. Politische Parteien gibt es noch nicht im eigentlichen Sinne, obwohl England auf Bildung demokratischer Regierungsformen drängt, um dann einem solchen Staat die Unabhängigkeit gewähren zu können. Der fast absolut herrschende und allgemein geachtete Sultan Sir Omar Ali Saifuddin trat 1967 zugunsten seines Sohnes, Prinz Hassanal Bolkiah, zurück, um bei dem bevorstehenden Wandel der Regierungsform die Stelle eines Regierungspräsidenten einnehmen zu können. Grundpfeiler der Wirtschaft des Landes ist das Oel. Das Einkommen pro Kopf liegt daher weit über den entsprechenden Zahlen in der asiatischen Umgebung. Der von London vorangetriebene Plan einer Unabhängigkeit findet in Brunei selbst sehr wenig Gegenliebe und man wünscht, die Präsenz Englands – nicht zuletzt auf militärischem Gebiet – weiterhin aufrecht zu erhalten.

*

INDONESIEN

wird nicht etwa von einem einheitlichen "indonesischen" Volk bewohnt, auch nicht etwa nur von Malaien. Völker, Sprachen und Religionen bilden sogar scharfe Gegensätze in diesem vom mohammedanischen Java aus regierten Inselreich. Dr. Soekarno, seit 1928 Führer der Partei Nasional Indonesia (1912 von dem Mischling Douwes Dekker alias Multatuli gegründet) (*203), während der japanischen Besetzung in seiner Stellung gestärkt, dann glücklicher Empfänger der japanischen Waffen bei deren Kapitulation (*204), harter Gegner der britischen Aggressoren, zäher Verhandlungspartner des klugen holländischen Generalgouverneurs Dr. Van Mogk, der die "Vereinigten Staaten von Indonesien" in ein Föderativverhältnis zum einstigen Mutterland bringen wollte, erreichte dank des nordamerikanischen Drucks auf Holland 1949 die Anerkennung der Indonesischen Republik, als deren Präsident er seit dem 17.8.1945 schon zeichnete.(*205)

Wesentliche wirtschaftliche Unterstützung erhielt die (Provisorische) Indonesische Regierung dabei von Anfang an von den USA, die u.a. die Kopraernte und Zuckerernte aufkauften.(*206)

Doch Soekarno begnügte sich nicht mit dem 1950 Erreichten, machte vielmehr weitere Gebiete zum Objekt seiner aggressiven Politik. Insbesondere Holländisch-Neuguinea wurde schliesslich Opfer dieser Aktionen.(*207) Weitere vorgesehene Uebergriffe auf Nordborneo und Malakka konnten infolge des Sturzes Soekarnos im März 1966 nicht mehr verwirklicht werden. Noch im Oktober 1965 aber wandte sich der Diktator gegen seine einstigen Förderer, indem er auf der in seiner Hauptstadt unter Beteiligung von 50 Staaten zusammengetretenen "Konferenz gegen ausländische Stützpunkte" "nicht nur die Beseitigung militärischer Stützpunkte, sondern auch der psychologischen Stützpunkte der CIA" forderte.(*208)

Innerpolitisch brachte der Sturz Soekarnos das Ende der "Nasokom", der Politik unter Einschluss der Kommunisten. 400 000 Kommunisten wurden kurzerhand umgebracht und in einem zweijährigen Tauziehen Soekarno endgültig aus seiner Machtposition entfernt. Dafür wird jetzt das dem Asiaten so fremde Wort "Demokratie" angepriesen.(*209) Diese Anpreisung erfolgt mit allen Konsequenzen für das Gesicht des Amerikaners in Asien. Die NZZ schreibt (Aug. 67): "Es wird noch sehr lange gehen, bis an die Stelle des Vorrangs von Familie, Klan, Kaste, Religion und Rasse eine staatsbürgerliche Haltung tritt, wie sie zur liberalen Vorstellung von Demokratie gehört. Es würde vermutlich zur Klarheit beitragen, wenn die USA und ihre Verbündeten in Asien als Kriegsziel die Erhaltung des Gleichgewichts nennen würden, nicht eine "Demokratie" die sogar bei westlichen Gesellschaften nur in ausgesuchtem Erdreich funktioniert" (*210). Dann mag man sich aber fragen, ob die USA ohne gerade diese Peitsche der Ideologen in New York überhaupt Kriegs(!)ziele in Asien sehen würden. Gerade doch um der "Demokratie" willen zerstörten die USA die Ordnung in Indonesien und in so vielen anderen Teilen der Welt. Für den Indonesier hat sich durch diesen Wandel nicht viel gebessert. Im Gegenteil: "Viele einfache Indonesier leben heute schlechter als unter der Kolonialherrschaft. Die indonesische Katastrophe ist grösser als es beschrieben werden kann. Wenn Indonesien keine Hilfe erhält, ist das Land praktisch bankrott" (*211). Die Auslandsschulden betragen 2,4 Md. Dollar, die Zinsenlast 470 Mio. Dollar jährlich. Indonesiens Finanzminister machte 1967 Reisen um den Erdball auf der Suche nach Hilfe. Die USA gaben 2 Mio. Dollar als Militärhilfe in der Form von Material für Strassen, Brücken und Hafenbauten, die Bundesrepublik Deutschland erneuerte den

gewährten Kredit. Es bleibt uns so unverständlich: Wenn schon die europäische Verwaltung abgelehnt wird, Verträge gebrochen, fremdes Land usurpiert wird, warum dann die gleichen Europäer um Hilfe angehen? Holland hat wirklich nicht leichtsinnig oder aus fehlendem Verantwortungsbewusstsein sein Mandat in Südostasien niedergelegt. Es wurde nach schweren Kämpfen dazu gezwungen. Dann aber kann man wirklich nicht mehr von einer Verpflichtung zu Hilfeleistung sprechen. Dann gibt es höchstens noch Geschäfte abzuwickeln, und niemand kann daraus den Vorwurf von Neokolonialismus ableiten, wie es gerade von Bandung aus erfolgt ist. Das materialistische Niveau der heutigen Beziehungen wurde von den Soekarnos selbst erst geschaffen.

In Vermengung politischer und rassischer Gegensätze kam es zu grausigen Chinesenverfolgungen insbesondere auf Borneo, wo diese von den Dajaks als "Guerillas" auf dem Lande lebendig verbrannt wurden, soweit es ihnen nicht gelang, in die Städte zu flüchten. Der überall schwelende traditionelle Hass der Malaien gegen die (geschäftlich tüchtigeren) Auslandschinesen fand nur neuen Vorwand im Anti-Maoismus. Die Beziehungen zu Peking wurden abgebrochen, Formosa aber nicht das Recht zur Vertretung chinesischer Interessen in Indonesien zuerkannt, sodass diese Bevölkerungsgruppe mehr oder weniger vogelfrei ist.

Durch Teilnahme an der Gründung der "Vereinigung südostasiatischer Nationen" (ASEAN) (*212), der Philippinen, Malaysia, Singapore und Thailand in Bangkok am 8.8.67 brachte man die Haltung den Grossmächten gegenüber auf einen einheitlichen, verständlichen Nenner: Alle Militärstützpunkte ausländischer Mächte werden als vorübergehend bezeichnet und dürfen in keiner Weise zur Störung der nationalen Unabhängigkeit der betreffenden Staaten benutzt werden.

---

*203 - Vgl. Bernard Dahm, "Sukarnos Kampf um Indonesiens Unabhängigkeit", Schriften des Instituts für Asienkunde, Hamburg 1966. Die Persönlichkeit Soekarnos vor dem Hintergrund der javanischen Mythen, insbesondere des javanischen Hoffens auf den Ratu Adil, den gerechten Führer, der tätig wird im Rahmen des Tata, der "wohlgeordneten Harmonie der javanischen Weltanschauung", wird von Dahm dargestellt. Zweifellos war das der Anfang des Weges, den Soekarno ging.

*204 - Die Japaner arbeiteten mit Soekarno eng zusammen und erklärten die holländische Herrschaft für beendet. Es kam darüber zu ernsten Differenzen mit dem Deutschen Reich, da der Führer "die grossen kolonialen Leistungen Hollands" erkannt hatte und nichts von deren Ablösung in Indonesien wissen wollte. Mit Lächeln nur sieht man dann, wie die USA, die Waffenbrüder des Prinzen Bernhard und das Asyl der holländischen Königin zum schärfsten und entscheidenden Gegner der Niederlande in Südostasien werden.

*205 - 1946 hatte Holland die von den Alliierten (Engländern) besetzten Inselgruppen — Molukken, Kleine Sundainseln, Celebes, Borneo, Bangka und Beldung — wieder in seine Verwaltung genommen und gab ihnen Selbstverwaltung als Teil einer vorgesehenen Föderation. Java (Soekarno) beanspruchte jedoch die Herrschaft unter seiner zentralen Leitung. Holland verteidigte dagegen die Interes-

sen der übrigen Inseln mit seiner anders gearteten Bevölkerung und Religionen (Bali hinduistisch). Die UN erklärten aber dieses Vorgehen als "Polizeiaktion" und ernannten eine Schlichtungskommission aus Belgien (das noch nichts von dem amerikanischen Ueberfall auf Katanga ahnte), Australien und den USA. Holland besetzte dennoch Djoekjakarta, nahm die Regierung fest und beendete den Feldzug. (Während in Nürnberg gerade deutsche Offiziere und Soldaten abgeurteilt wurden, weil sie "unmenschliche" Befehle erteilt bzw. durchgeführt, wurden holländische Soldaten in Indonesien zu schwersten Strafen verurteilt, weil sie sich geweigert hatten, ein Dorf als Vergeltungsmassnahme niederzubrennen. Holland war offiziell in Nürnberg vertreten!) Die USA stellten daraufhin die Marshallplanlieferungen nach Niederländisch-Indien ein und der Sicherheitsrat forterte Holland auf, seine Truppen zurückzuziehen, die gefangenen Javaner frei zu geben und die Regierung der Republik wieder in ihr Amt einzusetzen. Nach anfänglichem Zurückweisen dieses Ansinnens musste Holland im Mai 1949 nachgeben und es kam zu einer Konferenz in Den Haag, in welcher die Souveränität des Gebietes übertragen wurde auf einen Bundesstaat unter der holländischen Krone. Sehr bald jedoch kam es schon zum Bruch dieses Abkommens von Seiten Soekarnos. 1950 liquidierte er die Mitgliedstaaten des Bundes eigenmächtig und schuf die "Indonesische Republik" unter offener Missachtung der internationalen Verträge und des Selbstbestimmungsrechts der Völker dieser Inselwelt. Das war das Ergebnis des Nachgebens Hollands gegenüber dem "Weltgewissen". Die New Yorker Presse forderte weiterhin die Auslieferung des führenden holländischen Generals als "Kriegsverbrecher" an den Diktator auf Java.

*206 - Durch das Kopraabkommen mit Indonesien wurden so in Ersetzung der Kriegszerstörungen im Pazifik 1947 300 000 t Kopra in die Weltversorgung mit Oelen und Fetten einbezogen. Diese lag schon seit Kriegsbeginn weitgehend in den Händen der USA. Damals gründeten nämlich die USA, Kanada und England den Combined Food Board (CFB) zum Zwecke der Fettverteilung unter den Alliierten. Vom britischen Ernährungsministerium wurden alle tierischen Fette aufgekauft und im Auftrage der USA alle Pflanzenfette. Später wurde der CFB durch den International Emergency Food Council (IEFC) abgelöst und auf die "befreiten" europäischen Länder und ihre kolonialen Besitzungen das grosse Geschäft ausgedehnt. Indonesiens Kopra ging so über die USA auch nach Holland im Rahmen der diesem Land bewilligten Quote und auf den Strassen des befreiten Rotterdams nahmen die begeisterten Befreiten jauchzend die ihnen von den menschenliebenden Amis entgegengestreckten Kanister mit Palmenöl ab. Sie wussten nicht, wie teuer sie diese "Hilfe" bezahlten.

Die ehemaligen Feindländer, insbesondere aber auch die kommunistisch "befreiten" Länder wurden über die UNRRA aus dem gleichen Verteiler versorgt.

*207 - Die offenen Angriffe Soekarnos gegen Holländisch-Neuguinea begannen im März 1962. Holland sandte Truppen und Zerstörer, unterstellte vorsorglich einige Grenzdörfer australischer Verwaltung und sagte in Sondersitzungen des holländischen Regierungsrates mit den Führern der Papua-Bevölkerung dieser moderne Waffen und Einführung der Militärpflicht zum Schutz gegen die gefürchteten Javaner zu. Selbstbestimmung wünschten die Papuas erst nach einer logischen Uebergangszeit von 10 bis 30 Jahren unter holländischer Führung. Indonesien liess Fallschirmjäger abspringen, die allesamt prompt von denPapuas liquidiert wurden. Marschall Werschinin, Generalstabschef der sowjetischen Luftwaffe, kam im Juni 1962 nach Djakarta, nachdem bereits im Mai 1962 der indonesische Aussenminister in Moskau einen Vertrag auf militärische Unter-

stützung im Kampf um "West-Irian" abschliessen konnte. Auf der anderen Seite setzten die USA Holland unter Druck. Ellsworth Bunker forderte Uebertragung des Gebietes an Indonesien innerhalb von zwei Jahren, und der Pressechef des State Department, Lincoln White, erwartete (Mai 62) "den guten Willen Hollands zur Annahme dieses Ultimatums". Das Holländische Aussenministerium sprach artig von "Mangel an Umsicht als Kennzeichen der US-Politik". Angesichts der fehlenden Unterstützung Hollands in den UN gegen die beiden Grossmächte wurde es dann jedoch zum Nachgeben gezwungen. 13 400 holländische Staatsbürger wurden nach Holland geflogen und im August 1962 übertrug Holland das Gebiet in offenem Widerspruch zur eindeutigen Haltung der Papua-Bevölkerung an Indonesien unter vorläufiger Einsetzung einer UN-Verwaltung für die Uebergangszeit. Vom Selbstbestimmungsrecht der Papuas ist nur noch die Rede bezüglich einer 1969 abzuhaltenden Volksabstimmung. Inzwischen ist das Gebiet längst als Irian Barat Provinz Indonesiens geworden: ein neuer Sieg New Yorks über natürliche von Europäern bis dahin geschützte Ordnungen unter Vorschützung lebensunfähiger ideologischer Weltprinzipien. An der interimistischen UN-Verwaltung hat natürlich auch ein westdeutscher Oberregierungsrat Möller als Verwalter des Verkehrs- und Nachrichtenministeriums gebührenden Anteil. An der auch hier in logischer Konsequenz des ersten Schrittes gewährten sogenannten "Entwicklungshilfe" für die neue indonesische Provinz beteiligt sich dann sogar Holland mit 30 Millionen Dollar. Indonesien selbst versprach 40 Mio. Dollar zu investieren, kam aber bis heute nicht dazu. In Holland ist eben Nationalstolz nur in der verkrampften Form in Zusammenhang mit Anne-Frank-Tagebüchern tonangebend, im übrigen kann er sich dort ebensowenig gegen die liberalen Kräfte durchsetzen wie andernorts. Indonesien aber führt jetzt schon einen jahrelangen Kleinkrieg gegen die Papuas und es ist mehr als fraglich, ob es zu der im Vertrag von New York (15.8.62 zwischen Holland und Indonesien) für 1969 vorgesehenen Volksabstimmung kommen wird, da die Volksstimmung unter der bisherigen indonesischen Besetzung nur noch deutlicher gegen Java sich richtete, als sie es schon bei dem von den USA erzwungenen Abzug der Holländer war.

*208 - Am 30.9.65 war nämlich ein Komplott gegen Soekarno gescheitert und dessen Anführer, Oberst Untung, hatte gestanden, dass ein "Rat der Generale" den Staatsstreich auf Anweisung der CIA geplant gehabt hätte. Die spätere gute Note, die "Time" Soeharto, dem Nachfolger Soekarnos, erteilt, unterstützt mehr als deutlich die Anklage Soekarnos.

*209 - Es hat auch in Asien Kollektivleistungen gegeben. Auf Bali existiert noch heute das "gotung-rojung", jenes System des Teile und Helfe in der Reiskultur, wonach das Wasser verteilt und die Dorfgemeinschaft sich gegenseitig hilft, die Ernte gemeinsam verkauft und der Boden oft der Gemeinschaft gehört. Doch ist diese Gemeinschaft eingebettet in einer Kultur, sodass sie im wesentlichen zum krassen Gegensatz der materialistischen, so fein "pluralistisch" genannten westlichen Gesellschaftsordnung wird. Sehr ernst nimmt der Balinese die sechs Sünden: Faulheit, Indifferenz, Unentschlossenheit, die Liebe der irdischen Güter, Vergnügungssucht und Luxusbegierde. Die "Demokratie" aber fördert gerade diese Sünden, in Wort und Tat.

*210 - Was dieses in Asien oft fehlende "ausgesuchte Erdreich" angeht, sei Jan Romein, "Das Jahrhundert Asiens. Geschichte des modernen asiatischen Nationalismus", Bern 1958, zitiert: "Uebervölkerung und infolgedessen der Zwang zur schnellstmöglichen Industrialisierung setzen die asiatischen Völker unter einen Zeitdruck, ohne dass genügend Menschen vorhanden sind, die an die mit

den modernen Produktionsmethoden verbundene geregelte Arbeitsweise gewöhnt sind. Das Tempo, in dem sowohl die nationale Revolution sich vollzogen, wie auch die soziale sich zu vollziehen droht, stellt die Führer in Asien vor Probleme, die man unlösbar nennen müsste, wenn man nicht wüsste, dass die Geschichte tatsächlich keine unlösbaren Probleme kennt."

Sicher, unlösbare Probleme kennt sie nicht, aber schlechte, blutige Lösungen, und es kann nur besorgt machen, wenn solche Zeitnot in Uebersee ausgenutzt wird von Personen, wie dem Juden Professor Marcuse, der (einstweilen noch westdeutschen linksextremen Studenten) predigt, dass "die fortgeschrittene Industriegesellschaft von der kontrollierten Bevölkerung Dienstleistung, Unterwerfung, Unterordnung unter den objektiven Mechanismus des Maschinensystems, das heisst Unterwerfung unter jene, die den Apparat kontrollieren, verlangt. Die Technik ist in ein mächtiges Instrument ultramoderner Herrschaft verwandelt worden"... "Dass Intoleranz auch gegenüber dem Denken, der Meinung und dem Wort geübt wird, diese antidemokratischen Vorstellungen entsprechen der tatsächlichen Entwicklung der demokratischen Gesellschaft, welche die Basis für allseitige Toleranz zerstört hat." Asien jagt so nach ganz kurzem Freiheitsrausch in die grösste Sklaverei seiner Geschichte hinein.

*211 - Der ehemalige Vizepräsident Mohammed Hatta in einem Vortrag in der Universität von Djakarta im Mai 1966. Der Mann auf der Strasse spricht von "Djaman normal", "normalen Zeiten", in Erinnerung an die holländische Kolonialzeit.

*212 - Nachfolger der aus Thailand, Philippinen und Malaysia gebildeten ASA. Gemeinsame Aufgabe: die von der westlichen Technik geschaffenen Entwicklungsprobleme mit den eigenen kulturellen Traditionen in Einklang zu bringen.

*

LAOS

wurde 1907 Teil von Französisch-Indochina (gebildet aus den bisherigen französischen Protektoraten Annam, Kambodscha, Laos, Tongking und der Kolonie Cochinchina). Im gleichen Jahr wurde in einem Vertrag mit Siam die Westgrenze festgelegt, 1949 erkannte Frankreich (welches diese Gebiete auch während der Jahre 1941/46 nicht verlor, da sich Indochina auf die Seite des Marschalls Pétain gestellt hatte) Laos (und die anderen Teile Indochinas) als autonome Staaten innerhalb der Französischen Union an. Die Nationalisten dieser Länder waren vor den Franzosen nach Siam geflüchtet und wurden nicht ausgeliefert. Frankreich besetzte 1946 nämlich entgegen den Dalat-Vereinbarungen vom 2.3.1946 ganz Indochina, ernannte eine Regierung in Cochinchina, und setzte sich dann in Fontainebleau 1947 an den Verhandlungstisch mit Ho Shi Min, dem gegen Frankreich kämpfenden Präsidenten der Republik Viet Nam (König Bao Dai hatte im August 1945 freiwillig auf den Thron verzichtet). Das Ergebnis war die Bildung von vier Staaten im Rahmen der Französischen Union 1949. Es kam jedoch schon bald erneut zu Unruhen der nationalistischen Kreise, die die volle Selbständig-

keit der Staaten wünschten, auf der einen Seite unterstützt von kommunistischen Ländern, andererseits in sehr deutlichen antifranzösischen Worten von New York aus. Auf der Genfer Konferenz vom 20.7.1954 gewährte der hierzu ernannte französische Ministerpräsident Mendes-France die volle Unabhängigkeit. Einen Monat nach dieser Amtshandlung trat er wieder von der Bühne ab, den deutlichen Eindruck hinterlassend, als habe er im Auftrage von Hintermännern diese französische Unterschrift besorgt. (*213) Es wurde eine Teilungslinie durch Vietnam gezogen und für das Jahr 1956 waren Wahlen vorgesehen. Es ist niemals dazu gekommen.

In einer Zweiten Genfer Konferenz wurde 1962 die Neutralisierung von Laos vereinbart. König Savang Vatthana ernannte den neutralistischen Prinzen Suvanna Phuma zum Ministerpräsidenten. Er nahm Kommunisten in sein Kabinett auf und die amerikanische Militärmission verliess das Land. Im November 1962 wurde Nord-Vietnam anerkannt und Botschafter wurden ausgetauscht. Daraufhin brachen Süd-Vietnam und Formosa die Beziehungen zu Laos ab, ersteres entgegen US-amerikanischem Ratschlag. Die Kommunisten wurden jedoch so aktiv (Aufstellung einer eigenen Truppe, der Pathet Lao, und Eindringen nordvietnamesischer Verbände, die noch heute den Norden des Landes besetzt halten und den südlichen Teil als Nachschublinie für die im Süden kämpfenden Vietkong benutzen), dass sich Suvanna Phuma genötigt sah, die Amerikaner um diskrete Hilfe zu bitten. 1963 zogen die Kommunisten aus der Regierung aus, doch blieben ihre Sitze im Parlament leer, um der anwesenden UN-Kontrollkommission (Polen, Indien und Kanada) das Bild beachteter Neutralität zu geben. Die neue Hauptstadt Luan Prabang wird von amerikanisch ausgerüsteten Truppen unter französischen Instrukteuren geschützt. Zwischen Russen und Amerikanern bestehen auch in dieser Landeshauptstadt "relativ gute Beziehungen".

---

*213 - Die schweren Kämpfe, insbesondere in Tongking – Dien Bien Phu, Mai 1954 – hatten den Franzosen den Verlust des Hochlandes gebracht. In ihnen sind Tausende von deutschen ehemaligen Waffen-SS-Soldaten als Fremdenlegionäre gefallen. Die Methoden der Rekrutierung dieser Fremdenlegionäre in der französischen Besatzungszone Deutschlands beweisen einmal mehr die Hohlheit der Anklagen gegen deutsche Politiker in Nürnberg.

*

KAMBODSCHA

hat schwerer noch als Laos um seine Neutralität zu kämpfen, das heisst um seine Existenz als freier Staat. Und auch um seine geistige Gestalt. Im April 1965 verbot die Regierung westlichen Filmproduzenten die Einreise, da sie "keine andere Absicht hätten, als Kambodscha lächerlich zu machen". Wenn man die üblen Produkte westlichen Filmschaffens ansieht, eine sehr verständliche Massnahme. Von Ben Hur (wo man in tausendjährigem jüdischem Hass Rom lächer-

lich machen will) bis zum Cid (der zum Vorkämpfer der "Demokratie" erniedrigt wird), ist das Kino ja nicht mehr als eine Hilfe für die Geschichtsfälschung und Deformierung des abendländischen Lebensinhalts geworden. Da Prinz Sihanuk selbst als Filmregisseur tätig ist, beruht das Urteil auf Sachkenntnis. Seine Meinung: "Mein Ziel ist es, aus meinem Lande nicht nur eine Zuflucht zu machen, sondern ein Beispiel für ganz Südostasien. Ich achte die Vietkong, denn sie sterben für Ideen. Aber es gibt nicht nur den Tod, nicht nur das Heldentum, es gibt auch das Leben, die Musik, den Tanz und die Liebe."

Der gigantische Kampf des Prinzen Norodom Sihanuk richtet sich seit Jahren gegen beide Parteien in Hinterindien. Im November 1963 kündigte er die amerikanischen Anleihen (83 Mio. $ Militärhilfe und 273 Mio. $Wirtschaftshilfe) : "Das Land wird dadurch zwar ärmer, aber unabhängiger", denn es war erwiesen, dass in Südvietnam Verbände ausgebildet wurden, welche nicht nur gegen die Vietkong, sondern auch gegen Kambodscha antreten sollten. Die USA unterstützten ausserdem die Organisation Khmer Libre gegen die Regierung Sihanuk. Gleichzeitig betonte Pnom Penh, dass man an französischer Hilfeleistung stark interessiert sei, da man Vertrauen zu De Gaulle habe. Im Dezember 1963 brach Sihanuk die diplomatischen Beziehungen zu den USA und Grossbritannien ab und sandte eine Abordnung nach Peking, die mit einem militärischen Beistandspakt für den Fall einer Aggression gegen Kambodscha zurückkehrte. Diese Haltung aber musste 1967 auf dem Gebiet der Innenpolitik revidiert werden, als der Einfluss von Maoisten im Lande zu stark zu werden drohte. Zwei Minister wurden entlassen, alle Zeitungen in Khmer am 11.9. auf Monate hinaus suspendiert, weil sie maoistische Propaganda betrieben hatten. Die USA hielten darum den Zeitpunkt für gekommen, von Sihanuk die Erlaubnis zu militärischen Handlungen auf kambodscher Staatsgebiet zu erlangen. Sihanuk lehnte dieses Ansinnen jedoch schärfstens ab und unterzeichnete mit dem USA-Sonderbotschafter Chester Bowles ein entsprechendes Abkommen. Doch, "noch bevor die Tinte trokken war", brachen die USA ihr Versprechen und Washington erklärte, dass man Vietkong auch auf kambodscher Staatsgebiet bekämpfen ("verfolgen") werde. Kurz danach, Januar 1968, erhielt Sihanuk Kriegsschiffe und anderes Kriegsmaterial von Peking, sodass die USA einstweilen wieder von einer Verwirklichung ihrer Drohung absahen. Erschreckend deutlich wird die Lage dieses Landes, wenn man Sihanuks Worte aus Anlass dieser Verhandlungen liest: "Nordamerikaner und Kommunisten üben einen derartigen Druck auf das neutralistische Regime Kambodschas aus, dass meine Hände gebunden sind. Man hat mich zwischen das kommunistische Schwert und die nordamerikanische Wand gestellt. Meine Handlungsfreiheit ist aufs äusserste beschränkt." Das ist die Wirklichkeit unserer Tage auf der ganzen Welt, denn die Worte Sihanuks könnten von allen Staatsmännern ausgesprochen werden, die noch nicht zu Satelliten des einen oder anderen Lagers herabgesunken sind. Ja, spricht ein Staatsmann n i c h t in dieser Form, es ist umgekehrt Beweis für die Abhängigkeit, in welcher er sich bereits widerstandslos befindet.

Die Mentalität dieses Volkes aber spricht aus der folgenden kleinen Geschichte (aus "Paris Match"): Westliche Experten hatten Kunstdünger zur Verdoppelung der Ernten empfohlen. Sie waren erstaunt, als das Ergebnis dennoch das gleiche geblieben war. "Wir haben eben halb so viel angebaut und uns im übrigen ausgeruht, während die Chemie für uns arbeitete", war die weise Antwort. Seit Jahren empfehlen ausländische Finanzfachleute die Abwertung als künstliche Hilfe für die Entwicklung des Landes. Doch alle Vorschläge bleiben unbeachtet, nur die Zinsen ausländischer Anleihen werden pünktlichst beglichen. Es ist eben nicht leicht, das Volk der Khmer in den Arbeitsrhythmus der übrigen Welt zu pressen. Es hat sogar den Anschein, als gelänge es hier einem ganzen

Volk unter seinem Künstler-Fürsten Sihanuk, sich seine Wesensart zu erhalten und vor aller Welt den für die modernen Sklavenhalter so typischen 10. Vers des 90. Psalms Davids in die ihm gebührenden Schranken zu weisen.

*

THAILAND

"Land der Freien", wie Siam offiziell seit 1939 heisst, seit 1932 konstitutionelle Monarchie, wurde 1941 von Japan besetzt und in den Krieg gegen die Alliierten gedrängt. Obwohl es positiven Anteil hatte an dem wirtschaftlichen Zusammenschluss in der ostasiatischen Wohlstandssphäre, war es insgeheim Hauptstützpunkt des nordamerikanischen Nachrichtendienstes in Südostasien, sodass die USA entgegen britischen Wünschen bei Kriegsende eine "Bestrafung" des Kriegsgegners verhindern konnten. Wobei dann auch mitspielte, dass Thailand seine 8 000 kg schwere Goldreserve in den USA verkaufte und weiteres Gold aus inländischen Reserven versprach. Wegen der zeitweilig nach links tendierenden Haltung von Laos, kam es zum Kriegszustand 1960/62. Vientiane, die Hauptstadt von Laos, wurde Sept. 60 von Thailand aus beschossen. Die USA traten dann auch offen auf mit Truppen und mit der Errichtung von Flugplätzen (1962: Udon, 1967: Khon Kaen. Autobahn von dem im Ausbau befindlichen Tiefseehafen Sattahip nach Korat. Auf diese Weise eine strategisch eminent wichtige Linie im Rücken von Vietnam und Laos schaffend).

Bangkok ist Sitz der SEATO (Southeast Asia Treaty Organization) sowie der ECAFE (United Nations Economic Commission for Asia and the Far East) und ist bekannt dafür, in den Un New Yorker Absichten zu unterstützen. Es sandte so auch Truppen in den Koreakrieg der UN.

Infolge der Etablierung der Amerikaner ist ein Wirtschaftsaufschwung in den entlegenen Ostgebieten bemerkbar, aber auch das Einströmen "demokratischer" Ideen in ein Land, welches die "Korruption" als selbstverständliches Entgelt der Beamten und ihrer Familien ansieht und von "Volksherrschaft" genauso denkt wie die meisten Europäer. Einziges südostasiatisches Land mit bedeutender Reisausfuhr. Eine Reihe von kommunistischen Untergrundorganisationen erhält dauernd Unterstützung über die Nordgrenze aus Hanoi und Peking, ist aber bisher nicht wesentlich in Erscheinung getreten, wenn auch eine verstärkte Tätigkeit 1968 bemerkbar ist. Diesem untergründigen Einfluss soll ein Verfassungsentwurf entgegenwirken, der allgemeine Wahlen für das Unterhaus vorsieht. Thailands Ministerpräsident wendet sich gleichzeitig gegen "Miniröcke, unanständige Nachtklubs und Tanzlokale" und fordert die Jugend auf, "das Land von derartigen importierten schlechten Dingen zu säubern".

*

VIETNAM

einstmals Tongking, Annam und Cochinchina (vgl. Anmerkungen zu dem Abschnitt über Laos) ist nach verschiedenen Uebergangsformen seit dem 24. Oktober 1955 als Ergebnis einer Volksabstimmung eine (zweigeteilte) Republik. Während im Norden ein kommunistisches Regime eingerichtet wurde, bemühte sich der Süden um Erhaltung der kulturellen Eigenart. Unter dem Eindruck der das Land beunruhigenden kommunistischen Sendlinge aus dem Norden traten jedoch die Vereinigten Staaten auf den Plan, um "einer Hilfe heischenden asiatischen Nation gegen Subversion zu helfen", wie die entsprechende Mitteilung an die UN lautete. Dabei hatte es eine sehr unglückliche Hand, indem es meinte, sich in die innere Gestalt des Landes einmischen zu müssen. Den Vertretern New Yorks waren selbstredend Buddhisten Erzgegner ihrer "demokratischen" Weltkonzeption, sodass es zu einer Zerstörung der gesunden antikommunistischen Grundlagen Südvietnams durch die USA selbst kam.(*214) Ausserdem lag es den massgeblichen Kreisen in New York keineswegs daran, einen Sieg zu erringen.(*215) Jedenfalls haben sich die Verhältnisse seit dem Auftreten der USA "fortwährend vom Schlechten zum Schlimmeren entwickelt" (*216). Entsprechend meinten die USA, mit militärischen Machtmitteln eingreifen zu müssen. Man nannte das "Vergeltungsmassnahmen" (*217) und dehnte diese dann 1967 auf Lang Son, Haiphong und Hanoi im Norden aus. (Anlass zu der Ausdehnung der Bombardierungen auf Nordvietnam war der sogenannte "Zwischenfall im Golf von Tongking" im August 1964, bei welchem das amerikanische Torpedoboot Maddox angeblich von nordvietnamesischen Torpedobooten angegriffen worden war. Der Kongress gab daraufhin Johnson alle Vollmachten für die Kriegführung in Vietnam und erstaunlich schnell waren Erd-, Luft- und Seeverbände der USA bereitgestellt, um Nordvietnam anzugreifen. Der republikanische Senator Thurston Murton vertritt die Ansicht, dass dieser Zwischenfall von den Militärs konstruiert worden sei. Für uns Deutsche ist diese Art amerikanischer Kriegseröffnung in der Tat nicht neu. Präsident Wilson erklärte am 6. April 1917 dem Deutschen Reich den Krieg unter dem Vorwand, dass die "Sussex" im Kanal von deutschen U-Booten versenkt worden wäre und Amerikaner dabei ihr Leben verloren hätten. Die Sussex aber wurde nach der Kriegserklärung wieder gefunden, und kein Ami hatte sein Leben verloren.) Entlaubungsmittel für 57,7 Mio. Dollar wurden bei acht chemischen Gesellschaften der USA für Vietnam gekauft. Am 17. 8. begannen Hubschrauber, Gas mit kombinierter Wirkung abzurieseln. In der ganzen Welt stieg die Empörung über diese Brutalitäten, vorgetragen allerdings zumeist im politischen Gewand nicht geringerer Verbrecher. Zunehmende Sabotageakte in und um Saigon zeigen, wie der von Intrigen geschwächten Führung Südvietnams das Volk mehr und mehr entgleitet. Truppenverstärkungen der USA bleiben ohne sichtbaren Erfolg, werden vor allem auch immer nur in einem Massstab durchgeführt, der das Goldbergsche Konzept von Krieg der nicht gewonnen werden soll, nicht gefährdet: April 1962: 9 000 Mann. Mai 1964: 16 500 Mann. Juli 1965: 72 000 Mann. November 1965: 165 700 Mann. Oktober 1966: 331 000 Mann. März 1967: 466 000 Mann. Die amerikanischen Verluste steigen von Tag zu Tag (Mitte 1968: 30 000 Tote). Die gequälte Bevölkerung Vietnams hat bald ein Jahrzehnt "demokratischen" Lebens hinter sich. Menschen werden in einen Krieg geschickt, um Menschen zu töten im Interesse eines politischen Wahnsinns, genannt Demokratie bzw. Sozialismus, an dessen Ende aber der Friedhof der Menschheit steht, aufgehetzt auf beiden Seiten von Angehörigen des grausamsten Volkes, das auf diesem Erdball je gelebt hat. Vietnam allein lehrt uns 1967 genügend, um die Welt zur Besinnung

zu bringen. Sollte man meinen. Westmoreland fordert ausreichende Truppen. Mac Namara gibt Juli 67 die seit Korea klassische Antwort: "Sie müssen auskommen mit dem, was Sie haben" und Johnson lässt sich Dezember 1967 vom Generalstab eine Erklärung unterschreiben, wonach dieser den Sieg garantiert! Eine Regierung, die den Sieg nicht will, ja, ihn unmöglich macht, lässt sich diesen von den Schlachtopfern garantieren. Die USA-Politik hat das Niveau Rooseveltscher Unehrlichkeit wieder erreicht! Was geschähe, wenn amerikanische Generale in dieser Lage etwa die in der Bundeswehr amtlich verbreitete Schrift vom "Recht zum Widerstand" lesen – oder gar anwenden – würden? Die Kämpfe in Hue, in Saigon bis hinein in die Amerikanische Botschaft, die Ausdehnung der Bombardierungen durch die Nordvietnamesen auch auf den Raum südlich von Saigon am Anfang Juli, zeigen eine Wendung im Kriegsglück, welche nicht durch Personalveränderungen (Ablösung Westmorelands) noch durch Einsatz modernerer Waffen (neue Flugzeugtypen, chemische Vernichtung der Wälder) mehr verhindert werden konnte. Es scheint, als habe die Verzögerungstaktik unter Dean Rusk und Goldberg den Nordvietnamesen tatsächlich d i e Zeit geschenkt, die sie benötigten, um militärisch den Nordamerikanern gleichwertig entgegentreten zu können. Beide traten nach getaner Arbeit 1968 zurück, und beide "ändern dann ihre Ansicht", wie sie sagen, und wünschen völlige Einstellung der Bombardierungen von Nordvietnam, um so den "Frieden" einzuleiten. In Paris kommt es zu Verhandlungen und die USA stellen einseitig wenige Tage vor der Präsidentenwahl die Bombardierungen ein. Südvietnam, um dessen Schutz ja doch angeblich dieses ganze Unternehmen gestartet wurde, fordert vergebens: Wiedererrichtung der Demarkationslinie, Respektierung der territorialen Integrität bis zur Wiedervereinigung, Abzug der subversiven Elemente und Beendigung der Infiltration, Nichteinmischung Nordvietnams in seine Angelegenheiten. Die USA erkennen vielmehr die (kommunistische) Südvietnamesische Befreiungsfront als Verhandlungspartner an. Hunderttausende fragen sich wieder einmal nach jetzt schon mehr als fünfzig Kriegen in dem Demokratischen Zeitalter seit 1945, warum ihre Liebsten sterben mussten.

---

*214 - Am deutlichsten wurde dieses bei dem brutalen Vorgehen gegen die Familie Ngo. Im November 63 wurde der Präsident Südvietnams, Ngo Dinh Diem erschossen. (Nicht zu vergessen, dass Diem als Emigrant vorher in New York lebte und vom State Department überredet wurde, die Regierung in Saigon zu übernehmen!) Der englische Publizist Peter Howard sagt dazu: "Einer von Diems Generalen war ein Trinker. Er hörte auf zu trinken und brachte seine Becher und Krüge zu Präsident Diem und versprach ihm, nie wieder zu trinken. Diem ernannte ihn zum Kommandeur der Palastwache. Die Leute, die Diems Sturz vorbereiteten, verleiteten diesen General wieder zum Trinken (NB: Man sagt, dass der englische Geheimdienst auch einen Kemal Attatürk zum Trinken veranlasste, um ihn in die Hand zu bekommen) und sich ihrer Verschwörung anzuschliessen. Die Führer der Diem ergebenen "Republikanischen Garde" wurden zum Befehlsempfang in das Militärhauptquartier gerufen und alle zwölf bei ihrer Ankunft erschossen. Dann forderte man Diem auf, zurückzutreten. Er weigerte sich und rief den General an. Dieser versprach, ihm die Republikanische Garde zu schicken – deren Führer von ihm bereits ermordet worden waren. Es kam

zu Kämpfen. Während dieser Kampfhandlungen am 1.November erklärte der nordamerikanische Botschafter Lodge um 16.30 auf Diems Frage am Telefon, was Washingtons Haltung zu diesen Vorgängen sei: "Ich kenne Washingtons Haltung nicht. Es ist dort schliesslich 4.30 morgens." Diem drängte den Botschafter, sich zur Haltung Washingtons zu erklären, aber Botschafter Lodge forderte Diem nur auf, das Land so schnell wie möglich zu verlassen. Der Botschafter gab zu verstehen, er erwarte, dass die Revolte sich durchsetze und Diem abtrete. Diem floh, wurde aber bei einer Messe, die er noch besuchen wollte, gefangen und nach Folterung zusammen mit seinem Schwager Nhu von hinten erschossen. In den USA hielt man ihn für eine "faschistische Bestie" auf Grund der Berichte des buddhistischen Führers Trich Tri Quang, der in USA politisches Asyl gefunden hatte. Dieser war während der französischen Herrschaft in seinem Lande wegen seiner kommunistischen Kontakte verhaftet worden und ist nach eigenem Bericht Mitglied der kommunistischen Befreiungsfront Vietminh. Sein Bruder arbeitet bei Ho Chi-minh im Innenministerium. Zwei Wochen vor Diems Ermordung erklärte er einem Reporter des "Journal American": "Wir können uns mit dem Norden nicht verständigen, wenn wir Diem und Nhu nicht loswerden." Am 24.August 1963 sandte das State Department Botschafter Lodge die Instruktion, den vietnamesischen Rebellen-Generalen freie Hand zu lassen, um die Regierung Diem zu stürzen.

Am 9.Mai 1964 wurde der jüngste Bruder Diems, Ngo Dinh Can erschossen. Schwer herzleidend und zuckerkrank, wurde er von vier Polizisten auf einer Bahre zum Hinrichtungsplatz getragen, wo er sich erhob und in der traditionellen Kleidung Vietnams in Begleitung von zwei Polizisten aufrecht zum Fussballtor ging, wo er dann mit den Händen auf dem Rücken an einen Pfosten gebunden wurde. Can bewegte die Lippen zu einem lautlosen Gebet, als er mit verbundenen Augen die Salven erhielt.

Die Witwe des ermordeten Nhu, schreibt zur Erschiessung ihres, Schwagers Can: "Das, was in Vietnam geschieht, ist ein Beispiel dafür, wie leicht der Kommunismus Verwirrung in die Reihen der Nordamerikaner tragen kann. Vietnam war ein beispielhafter Alliierter eures Landes. Von nun an werden alle Nationen, vor allem jene, nach denen der Kommunismus seine Hand ausstreckt, wissen, dass sie in der entscheidenden Stunde nicht mit euch rechnen können, sondern sich allein auf sich verlassen müssen. Die Vereinigten Staaten sind nicht in der Lage, auch nur einen einzigen Antikommunisten zu retten. Die USA werden den Ruf behalten, Südvietnam in seinem genialen und patriotischen Versuch der Befreiung in dem Augenblick verraten zu haben, als der Sieg meines Landes über den Kommunismus bevorstand." Madame Nhu wurde darauf von Mao ein kostenloser Erholungsaufenthalt in China angeboten!

Die Erschiessung Cans erinnert an die Lavals, wie sein Anwalt, Dr. Naud sie in seinem Buch veröffentlichte: Laval war aus einem Selbstmordversuch mit Zyankali mit ärztlicher Hilfe wieder aufgeweckt worden und der Generalstaatsanwalt meint: "Wir können Laval auf einer Bahre festschnallen und ihn gegen den Pfahl stützen" (er hat schon mal jemanden so erschiessen lassen, wie ihm Dr. Naud antwortet). Laval wird von Schwestern angekleidet. Eine von ihnen sagt: "Ach, wenn der Liebe Gott uns in diesem Augenblick sieht, dann kann er nicht stolz auf uns sein." "Sie haben keine Ueberlegungen anzustellen", schneidet der Polizeipräfekt kurz ab. "Ich habe nur einen Herrn und der ist im Himmel", erwidert die Schwester. Laval kann sich nicht auf den Beinen halten, bittet um etwas Trinken. Der Gefängnisdirektor macht eine ungeduldige Bewegung. Laval sieht es und sagt: "Ist es Zeit zum Mittagessen, dass Sie so drängen?" Dann sagt Laval, halb bei Bewusstsein, von zwei Männern gestützt: "Ich bin bereit." Dann wird er hinausgeschleppt, sich in Krämpfen schüttelnd, mit

gefesselten Handgelenken, siebenmal muss er sich auf den mitgebrachten Stuhl setzen. Dann ist man am Ort, gleich in der Umfriedung von Fresnes. In aller Eile ist ein Brett in die von Schmutz bedeckte Erde gesteckt worden, der Sarg ist auch schon da. Plötzlich entdeckt Laval, dass die Richter fehlen. "Wo sind die Richter?" fragt er. Man entdeckt sie hinter dem Gefängniswagen. Der Anblick der beiden sich nähernden Greise ist herzzerreissend; den Hut in der Hand, grüssen sie Laval verlegen. "Sie haben dieses Schauspiel gewollt, Sie werden es auch bis zum Ende miterleben. Bleiben Sie hier." Dann wendet sich Laval an Naud: "Ihnen, Naud, dem Widerständler, will ich noch etwas sagen, bevor ich sterbe: ich habe mein Vaterland genau so geliebt wie Sie." Naud verbeugt sich vor ihm. Ein Stuhl steht neben dem Pfahl. Laval fordert seine Entfernung: "Ich werde, was mir an Kräften verblieb, zusammennehmen, um mich die Sekunde zu halten, die dafür notwendig ist." Und zu den Soldaten: "Ich verzeihe Ihnen allen. Sie sind nicht verantwortlich für diesen Justizmord, den Sie ausführen... Es lebe Frankreich." Er fällt auf die rechte Seite, sein gelähmtes Bein hatte als erstes versagt, das Knie liegt an der Erde, den rechten Arm unter den Körper gebogen, wie im Film die Ermordeten zu fallen pflegen. Ein Unteroffizier stürzt hinzu, bewaffnet mit einer grosskalibrigen Pistole und gibt ihm mitten auf die Stirn einen schrecklichen Gnadenstoss, der das ganze Gesicht zerschlägt.

Die "Demokratie" wiederholt sich eben auch hier. Zu Göring, dessen Leiche man in Nürnberg noch zum Galgen zerrte und dann für "Life" fotografierte, und zu Mussolini, dessen Leichnam man tagelang dem Mailänder Pöbel überantwortete, und zu Tojo, dessen Leichnam man nach dem Selbstmord noch an den Galgen henkte, treten gleich würdig ein Laval (und ein Can). "Wo selbstverständlichste menschliche Lebensregeln den Mord behindern sollten, da beginnt das Tier, das 1945 siegte, blindwütig auf dem Opfer herumzutreten, bis es nicht mehr zuckt" meint Marc Augier dazu in seinem Buch "Märtyrer sterben nicht".

*215 - Vgl. B.M. Goldwater, "Warum nicht Sieg?" Leoni a. Starnberger See 1964.

Der Krieg hat auch eine völkerrechtliche Seite, obwohl er niemals erklärt wurde. Artikel 51 der von den USA unterzeichneten UN-Charter besagt: "Nichts in dieser Charter soll das Recht eines Individuums oder eines Kollektivs zur Selbstverteidigung einschränken, wenn ein bewaffneter Angriff gegen ein Mitglied stattfindet." Und Artikel 4 des ebenfalls von den USA unterzeichneten SEATO-Vertrages lautet: "Jeder Unterzeichner erkennt an, dass der Angriff gegen einen (SEATO-) Staat seinen eigenen Frieden und Sicherheit gefährdet und stimmt zu, in einem solchen Fall zu handeln, um der gemeinsamen Gefahr zu begegnen." Weiterhin bestimmen Art. 53 und 54 der UN-Charter, dass der Sicherheitsrat über derartige Aktionen laufend und voll informiert werden muss. An der Spitze des Sicherheitsrates steht nun aber der Russe Nesterenko (Januar 1967). Das militärische Sekretariat des Sicherheitsrates wird ständig von einem Russen besetzt. Insgesamt bestehen neun militärische Sekretariate im Rahmen der UN. Sie sind alle von Sowjetrussen besetzt. Während des Koreakrieges erhielt der Russe Zinschenko auf diese Art die Schlachtpläne Mac Arthurs und konnte sie seinem Lande weitergeben. Das State Department teilt einem Kongressmann mit Datum vom 5.9.65 mit, dass infolge der völkerrechtlichen Bindungen der USA diese den Sicherheitsrat "promptly and fully of all our major activities in Viet-Nam on a day-to-day basis" informiert. Den letzten Rest von Sinn nimmt aber Arthur Goldberg diesem Abschlachten mit den bereits einmal zitierten Worten: "My view is that America is not fighting to win a war. We are

fighting to give application to an old Greek proverb which is that the purpose of war is not to annihilate an enemy but to get him to mend his ways." (Arthur J. Goldberg, USA-Botschafter bei den UN in einer Rede in London am 3.3.1966, gemäss Bericht der "New York Times" vom 5.3.1966) Am beachtlichsten aber an der gesamten "aussenpolitischen Konstruktion" des Weissen Hauses, die zu der praktischen Unterstellung Amerikas unter die UN führt, ist die Tatsache, dass Südvietnam überhaupt niemals Mitglied der SEATO war, dass also überhaupt keine Verpflichtung zum Eingreifen in diesem Rahmen bestand, zu einem Eingreifen, welches so gestaltet wurde, dass in keinem Augenblick gesiegt werden konnte, nicht nur, dass der Feind immer v o r h e r über alle Schritte informiert wurde, sondern auch immer nur so viel Truppen und Waffen durch Mc Namara zur Verfügung gestellt wurden, wie der Gegner verkraften konnte.

*216 - "US-News and World-Report" schon am 4.5.1964

*217 - Rückblickend ist interessant, was am 7. August 1964 der Bonner Regierungssprecher dazu der Presse zu sagen hatte: "Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass die b e g r e n z t e n Massnahmen der USA gegenüber den unprovozierten Angriffshandlungen in Uebereinstimmung mit dem Völkerrecht stehen." Bonn hat sich nicht wieder zu dieser Frage geäussert, als man sicher nicht mehr von "begrenzten Massnahmen" sprechen konnte; das völkerrechtliche Gewissen schläft in solchen Fällen ruhig am Rhein.

*

DIE PHILIPPINEN

erleben auf ihre Art, wozu wesensfremde Schlagworte führen. Die von Onkel Sam eingeführten demokratischen Institutionen sind nur noch leere Farce. Jenes Land, stolz bezeichnet als "Asia's Democratic Gateway", Asiens Tor zur Demokratie, ist politisch völlig verwildert. Die Wahlen vom 16.11.67 forderten 63 Tote und über 100 Verwundete. Der Revolver entschied in vielen Wahlbezirken das Ergebnis. Seit Gründung der Republik im Jahre 1946 (*218) gehören die Sippenfehden zum politischen Bestand des Landes. Die Kriminalität wächst mit der Korruption. Die Gewaltverbrechen nehmen jährlich um 25% zu. Mehr als tausend registrierte Morde 1967. Trotz gewaltigen Geburtenüberschusses weigert sich die politisch starke katholische Kirche, notwendige Massnahmen zu befürworten. Junge Jesuiten in den Armenvierteln sehen weiter als der konservative Kardinal Rufino Santos. In dieser Lage versuchen die Philippinen unter grossen Schwierigkeiten neue Investitionen zu bekommen. Die USA haben sich weitgehend aus dem Geschäft gezogen und Frankreich springt im möglichen Umfang in die Lücke. Investitionen aus Japan aber sind nicht zu erwarten, bevor nicht endlich der "Friedens- und Handelsvertrag" als Grundlage der gegenseitigen Beziehungen unterschrieben wird. Die philippinische Wirtschaft wird mehr und mehr "philippinisiert", wobei die Uebernahme amerikanischer Firmen durch den philippinischen Staat Schritt hält mit der Besetzung von Managerposten

durch Filipinos. Da dabei immer wieder die gleichen Familien begünstigt werden, vergrössert sich der Abstand zwischen arm und reich. Auch die 1968 erhobenen Ansprüche auf Sabah im Norden Borneos gehen auf die (politisch zu berücksichtigenden) Wünsche reicher mohammedanischer Familien in Mindanao zurück und fragen wenig nach der Meinung der in Sabah einheimischen Völker der Kadazan und Murut.

---

*218 - "1898, nach dem nordamerikanischen Gewaltakt gegen Spanien in der Manilabucht, kreuzte neben den Kriegsschiffen andrer Staaten auch das deutsche Ostasiengeschwader unter Admiral Diederichs auf. Das Geschrei, das in der nordamerikanischen Presse über deutsche Absichten auf den Besitz der Philippinen erhoben wurde, erwies sich bald als grundlos, bot indessen für die Vereinigten Staaten den bequemsten Vorwand, selbst die reiche Kolonie als Eigentum zu übernehmen." (Halfeld S. 131)

Im Vertrag von Paris, 1898, erhielten die USA die Philippinen von Spanien, welches das Inselreich völlig christianisiert und in seinen Sprachbereich eingegliedert hatte. 1934 schuf Roosevelt das Philippine Commonwealth als Vorstufe zur Selbständigkeit. Eine philippinische Armee wurde von Mac Arthur ausgebildet als Teil des Heeres der Vereinigten Staaten. 1941/42 eroberten die Japaner das Gebiet, wurden jedoch wieder von den USA 1944/45 vertrieben. Am 4. Juli 1946 wurde das Sternenbanner endgültig eingeholt und die Republik der Philippinen begann ihren Lebenslauf. Krieg und "Befreiung" hatten den Inseln etwa eine Million Tote gebracht. Die USA steuerten 620 Mio.$ zum Wiederaufbau bei. Für die Dauer von 20 Jahren ist die gegenseitige Wareneinfuhr starken Begünstigungen unterworfen.

*

CHINA

beginnt, sich zu einem so wichtigen Faktor auf unserer Erde zu entwickeln, dass es angebracht ist, die geschichtliche Entwicklung letzter Zeit etwas ausführlicher zu wiederholen: 1912 löste Sun-Yat-Sen die Mandschu-Dynastie ab. Ihre Schwäche gegenüber dem Westen, aber auch die Starrheit ihrer inneren Ordnung riefen nach Reformen. Die alte demokratische Organisation des Landes, auf der Familie als kleinstem Selbstverwaltungskörper aufgebaut, mit einem Stab von nur 30 000 Mandarinen bei 400 Millionen Einwohnern, diese auf Vernunft und Gerechtigkeit vertrauende Anarchie, in der die Fähigkeit zu innerer Disziplin und eigener Rechthandhabung so vollkommen entwickelt war, dass das Land ohne Richter-, Priester- und Kriegerkaste bei einer Armee von weniger als 100 000 Mann bestehen konnte, benötigte neue Organisationsformen. Die Lebensauffassung aber sollte chinesisch bleiben. Fünf Regierungsgewalten schuf die Kuomin-

tang: Verwaltung, Justiz, Gesetzgebung, Prüfung und Kontrolle. Dabei erstarkte das allgemeine Gefühl im Lande, dass die Fremdherrschaft jeglicher Färbung abgeschüttelt werden müsse. "So wagten es die Chinesen – in ihrer Situation ein kühnes Unterfangen – das Diktat von Versailles nicht zu unterzeichnen, sondern schlossen einen Sondervertrag mit dem besiegten Deutschland, über dessen Angehörige sie nach Möglichkeit ihre schützende Hand hielten." (Drascher, aaO S. 69) Tschiang Kai-schek hat dann die Organisation Sun-Yat-Sens übernommen und beibehalten auch während der verschiedenen territorialen Aenderungen: tibetanische Theokratie, russischer Einfluss in Sinkiang, die Abtrennung der Aeusseren Mongolei, die Schaffung Mandschukuos, die Besetzung weiterer Teile durch die Japaner, die Schaffung des kommunistischen Staates in Yünnan sind die hierher gehörigen Ueberschriften. Das Vordringen Japans ruft die USA auf den Plan. Unter Claire Lee Chennault stellt man die Flying Tigers Tschiang Kai-schek zur Verfügung und von England erreicht Washington die Oeffnung der Burmastrasse als Hauptnachschublinie Tschungkings. Einer der vier Punkte des amerikanischen Ultimatums, welches bekanntlich Pearl Harbour auslöste, ist die Räumung Chinas. Dabei beabsichtigte Roosevelt, China den Platz einer Fünften Grossmacht zu geben, als natürlichem Bundesgenossen gegen den britischen und europäischen Kolonialismus und angesichts der beabsichtigten Ausschaltung Europas. 1943 hielt er in Kairo lange Beratungen mit dem Ehepaar Tschiang ab über ein gigantisches Stauwerk am Jangtsekiang und eine nach amerikanischem Muster ausgerüstete Armee von 24 Divisionen. Churchill wurde dabei bewusst kaltgestellt. In Tschungking jedoch sass Generalleutnant Joseph W. Stillwell als amerikanischer Oberbefehlshaber und gleichzeitiger Generalstabschef Tschiangs. Er hasste den letzteren aufs tiefste, beraten von den Herren John Patton Davies, John Stewart Service, Raymond Paul Ludder, und John Emerson. Sie gehörten, wie Jean Pierre Cartier in "Match" schreibt (dem ich hier auch weiterhin folge), jener jungen Generation an, die zur Zeit der Wirtschaftskrise von 1929 geformt worden waren und dem Kommunismus zuneigten. Ihre Bewunderung galt der Republik Mao Tse-tungs. Ihre brillant geschriebenen Berichte nach Washington stellen eine ununterbrochene Lobrede auf die chinesischen Kommunisten dar. Stillwell echot: Die Kuomintang ist Korruption, Chaos, Nachlässigkeit, Schwätzertum, Schwarzmarkt, Wucher, Handel mit dem Feinde. Kommunismus bedeutet Verminderung der Steuern, der Pachten und der Zinsen, Erhöhung der Produktion, des Lebensstandards, ernstzunehmende Aktivität. Er forderte, das Yünnan direkt seinen Anteil an den amerikanischen Gütern erhalte. Cartier weist darauf hin, dass dieses Bild objektiv falsch war, dass vielmehr Tschiang den Japanern schwere Kämpfe lieferte, während Mao die Seinen schonte. General Wedemeyer bestätigt später dieses Urteil: "In acht Jahren haben sie nicht eine einzige Schlacht geliefert. Aber Schwindeleien wie die des kommunistischen Generals Yeh über 92 000 gelieferte Schlachten werden geglaubt und sofort nach Washington weitergegeben." 1944 erscheint Vizepräsident Wallace, der grosse Sozialapostel, als Abgesandter Roosevelts in Tschungking, um die feindlichen Brüder auszusöhnen. Aus Moskau kommend hat er noch das Urteil Stalins über die chinesischen Kommunisten in den Ohren: Margarine-Kommunisten. Tschiang warnt ihn, sie seien kommunistischer als die russischen Brüder, "aber sie lieben, sich als Agrarreformer zu tarnen. Wenn sie sich weiter ausdehnen, wird ganz Asien ihnen am Ende gehören." Und noch am scheidenden Flugzeug wiederholt er: "Was hier geschieht, ist etwas anderes als die Diskussion zwischen irgendwelchen Syndikaten in den USA." Auf Drängen von Wallace wird den amerikanischen Beratern und Zeitungsreportern (wir kennen diese Art aus dem "befreiten" Europa) gestattet, einen Flug zu Mao zu machen. Nur wenige Tage später gehen die Berichte ab, jetzt

die Glaubwürdigkeit des persönlichen Augenscheins besitzend: "Es gibt kaum etwas, was nicht vom Gesichtspunkt der Freiheit verständlich wäre", schreibt Service dem State Department, "Die Politik der kommunistischen Partei ist demokratisch. Die kommunistischen Führer machen den Eindruck einer geeinten, tatkräftigen, uninteressierten, idealistisch eingestellten Menschengruppe". Die grossen Zeitungen in den USA überschlagen sich im Lob für Mao, der der Demokratie die Zukunft öffne. Das Ergebnis ist der am 14.9.1944 eintreffende Wunsch der USA, Stillwell das Kommando über alle chinesischen Streitkräfte zu übertragen. Tschiang antwortet Roosevelt, dass er bereit sei, den Oberbefehl einem Amerikaner zu übertragen, doch dürfe es nicht Stillwell sein. Andernfalls verzichte er auf weitere amerikanische Hilfe und ziehe sich in die Berge zurück. Marshall rät, fest zu bleiben, doch Roosevelt ruft Stillwell ab und ernennt Wedemeyer. Die wichtige Person aber wird Patrick J. Hurley. Wie Wallace, hat auch er in Moskau ein falsches Bild von den chinesischen Kommunisten aufgeschnappt und meint, die beiden Lager leicht vereinen zu können. Doch beide Parteien bleiben fest. So meint er schliesslich, die Lösung in Moskau suchen zu müssen, da Moskau nach seiner damaligen Meinung die einzige Hilfe Maos sei. Und er erreicht tatsächlich in einer langen Sitzung mit Stalin, dass dieser die amerikanische Politik, in China auf Seiten Tschiangs zu stehen, anerkennt, und nichts zugunsten der chinesischen Kommunisten zu unternehmen verspricht. Daraufhin begibt sich T.V. Soong als Vertreter Tschiangs auf dem Wege über Washington nach Moskau. Truman zeigt ihm als erstes die Geheimabmachungen von Yalta. Roosevelt, der den europäischen Kolonialismus zerstören will, hat damals ohne mit der Wimper zu zucken, den Russen alle ehemaligen zaristischen Besitzungen wieder zugesprochen: Port Arthur, Dairen, Mandschurische Eisenbahn. Soong bezeichnet diese Bedingungen als unannehmbar. In Moskau lehnt Stalin es ab, auf diese ihm zugesprochenen Kriegsgewinne zu verzichten. Soong aber besteht auf der Mandschurei als Teil Chinas. Die Konferenz von Potsdam unterbricht die Verhandlungen.

Russland wird öffentlich von den USA und Grossbritannien aufgefordert, im Namen der allgemeinen Grundsätze der Nationen Japan den Krieg zu erklären obwohl dieser Schritt militärisch nicht mehr notwendig ist. Doch die Hintermänner des Weissen Hauses wünschen die Kommunisten an allen Verhandlungstischen. Russland verpflichtet sich, am 7.8.45 diesen Schritt zu tun. Am 6.8. werfen die USA ihre erste Atombombe auf die unverteidigte Grossstadt Hiroshima ab. Am 8.8. erklärt Russland Japan den Krieg und überschreitet die Grenzen der Mandschurei. Beide Alliierten putzen einen schon Toten noch einmal auf, um ihre Kriegsziele erreichen zu können. Drei Tage danach, am 11.8. kapituliert Japan.

Am 14.8.45 unterzeichnet Stalin wider Erwarten doch den Freundschaftsvertrag mit Soong und verzichtet damit auf die ihm von Roosevelt zugesicherte Mandschurei.(*219)

Mao aber reagiert anders, als es Hurley erwartet hatte: "Die Atombomben haben keine Bedeutung, sie sind eine bourgeoise Perversität. (*220) Der Pakt Stalins mit Tschiang erhärtet nur erneut, dass man sich nur auf sich allein verlassen kann." Von der Unterstützung, die ihm die "Service" zusagten, spricht er nicht. Der Bürgerkrieg entflammt. Wedemeyer schafft jedoch in Luftbrücken die Soldaten Tschiangs an die wichtigsten Knotenpunkte und Mao muss sich auf Sian zurückziehen. Hurley macht einen letzten Versuch, er lädt Mao zu einer Besprechung mit Tschiang ein. Mao schlägt die Teilung Chinas vor, Tschiang lehnt ab. Hurley sieht in der intransigenten Haltung Maos das Wirken anderer Kräfte und erklärt bei seiner Rückkehr in die Staaten offen: "Bis in die höchsten Stellen unserer Verwaltung dringen kommunistische Einflüsse. Unsere Diplo-

maten haben unaufhörlich gegen mich konspiriert. Ein wichtiger Teil des State Department arbeitet besessen für den Sieg des Kommunismus in China und in der ganzen übrigen Welt." Seiner Demission folgt die Ernennung des links orientierten Generalstabschefs Marshall.(*221)

Inzwischen haben die Russen die Mandschurei ausgeplündert und ziehen sich abredegemäss zurück. Weiss und Rot folgen ihnen und kämpfen um das Erbe. Tschiangs Truppen sind im Vormarsch. Da erhält ihr General Tu Yu Ming, 50 km vor Charbin, den Befehl Marshalls: STOP! "Wenn der Vormarsch auf Charbin nicht sofort eingestellt wird, betrachte ich meine Rolle als Vermittler für undurchführbar und werde meine Rückberufung in die Staaten erbitten", stellt er sich schützend vor Mao. Als Tschiang die Aufnahme kommunistischer Minister in seine Regierung ablehnt, befiehlt Marshall ein Waffenembargo. 18 Monate lang erhalten die Nationalisten nicht eine einzige Patrone mehr von den USA. (*222) Mit diesem Befehl Marshalls wurde vielleicht mehr entschieden als nur das Schicksal Chinas. Besonders beeindruckt ist Marshall von Chou-En-Lai: "Ich glaube, es gibt unter den chinesischen Kommunisten eine Gruppe von Liberalen, die sich nur auf die Seite des Kommunismus geschlagen haben aus Abneigung gegen die unleugbare Korruption der Provinzregierungen. Sie machen kein Geheimnis daraus, dass sie in China eine Regierung mit kommunistischen Tendenzen errichten wollen, aber sie wollen ans Ziel gelangen mit einer demokratischen Regierung nach englischer oder amerikanischer Art." China versinkt im Elend, in der Inflation. Tschiang hat keine Munition mehr und die Roten dringen vor, offen jetzt von Russland unterstützt. Marshall reist ab und überlässt China seinem Schicksal. So will er es denn auch in seiner neuen Stellung als Aussenminister. "Mit einem Federstrich habe ich Tschiang Kai-schek entwaffnet" wird er sich später brüsten. Wedemeyer sagt von ihm: "Ein Mann, korrupt durch Macht und Ehren, sodass er eine leichte Beute derjenigen wurde, die mit dem Kommunismus sympathisierten. Sie spielten mit seiner Eitelkeit, um ihre Ziele zu erreichen." Marshall, der von Churchill Stalins Wunsch nach einer Zweiten Front in Europa erzwang, zeigte sich auch hier als Freund der Roten. Seine nächste Tat ist der "Marshall-Plan" für Europa; aufgesetzt von Morris Abram (*223), wird er oft angesehen als die Tat, die Rest-Europa vor dem Kommunismus rettete.

"Das Problem war, wie man China fallen lassen sollte, ohne dass es so aussah, als hätten die USA es gestossen", schreibt der Fernöstliche USA-Experte Owen Lattimore am 17.7.49 in der prokommunistischen Zeitung "Sunday Compass". Marshall meinte, dieses Problem gelöst zu haben. Cartier schliesst: "In langem geschichtlichem Ueberblick wird das Fallenlassen Chinas von seiten Amerikas vielleicht einmal als das wichtigste Ereignis der Geschichte unserer Tage angesehen werden. Ein Viertel der Menschheit wurde so in die Arme des Kommunismus geworfen."

Eine Entschuldigung für dieses Verhalten gibt es nicht. Die USA hätten ohne Zweifel die militärischen und wirtschaftlichen Mittel für einen gegenteiligen Ausgang gehabt. Der Koreakrieg zeigte sehr bald schon das wahre Gesicht Chinas gegenüber den USA. Doch auch diesmal verhinderten die Parteigänger Moskaus, und nicht zuletzt der gleiche Herr Marshall, den Sieg. Solange die USA sich von Leuten wie Service beraten lassen, werden wir immer wieder derart selbstmörderische Entscheidungen erwarten können, in Asien genau so wie in Europa.

Einige "Amerikaner" blieben bei Mao. Sie heissen Anna Louise Strong, Frank Coe, Ruth Coe, Sidney Rittenberg (ehemaliger UN-Beamter), George Natem, Charles Friend, Gerald Tannenbaum, I. Epstein und Michael S.Shapiro. Michael S. Shapiro und Israel Epstein wurden im Mai 1968 aus dem rotchinesi-

schen Propagandaministerium entfernt und verhaftet. Neu traten die "Oesterreicher" Karl Sacher und Johann Litschauer auf, sowie die ehemalige Frankfurter Studienrätin Lisa Niebank. Fast alle sind Juden. (Und es scheinen die einzigen Juden in China zu sein. Ende 1950 traf der Chronist auf einem Frachter im Indischen Ozean einen chinesischen Arzt, der aus Schanghai geflüchtet war. Er berichtete von einem Pogrom in jener Handelsmonopole, dem kein einziger Jude lebend entgangen sei. In der Tagespresse wurde davon nichts berichtet.) Auch der Vertreter der UNRRA in China war ein Jude, Ben Kizer. So endete der Verkehr mit einem Lande, welches man um der Korruption willen fallen gelassen, unter dem Zeichen der korruptesten Organisation, die man bis dahin überhaupt in der westlichen Welt erlebt hatte. Alle Genannten sind aktiv politisch tätig. Sie treten sogar in Hanoi öffentlich als Gegner der USA-Aktion in Vietnam auf.(*224)

Am 21.September 1949 wurde in Peking die Chinesische Volksrepublik ausgerufen. Vier Klassen werden unterschieden: Arbeiter, Bauern, Kleinbürger und nationale Kapitalisten. Im Dezember 1949 flieht Tschiang mit den Resten seiner Armee nach Formosa. Mao gibt 1957 bekannt, dass während der Jahre 1949-1954 800 000 Menschen liquidiert worden seien. Seitdem ist "an die Stelle des Terrors die Erziehung" getreten. 1958 werden die Volkskommunen geschaffen und damit das bäuerliche Eigentum beseitigt. Tatsache ist, dass es Mao gelingt, China vor Hungersnöten zu bewahren, wohl die grösste Leistung eines Staatsmannes in diesen Jahren! Anfang 1968 wird eine Aufforstungsaktion gestartet, "um das Vaterland grün zu machen". Hunderte von Millionen von Chinesen beteiligen sich an dieser Aktion. Im gleichen Jahr schon werden eine Million Hektar Boden in acht Provinzen aufgeforstet. Im Mai 1968 erfährt man, dass Rotchina 20 000 Tonnen Reis an Perú liefern wird!

Seit 1960 kommt es zu Spannungen mit der UdSSR, deren Auffassung von der Koexistenz mit den Kapitalisten abgelehnt wird. Hinzu treten (wenn nicht primär) Grenzstreitigkeiten. Eine starke aussenpolitische Aktivität in den jungen afrikanischen und asiatischen Ländern trägt von hier aus zusätzliche Unruhe in die Welt.

Dezember 1966 beginnt die sogenannte "Kultur-Revolution", vorangetrieben vom "Volksheer der Befreiung", das Riesenreich zu erschüttern und zu festigen. Die Folge ist 1967 ein vorübergehender Rückgang chinesischen Einflusses in der farbigen Welt, eine zunehmende Spannung mit Sowjetrussland, aber die Formung des Maoismus als intransigente Form der Weltverbesserung vor allem bei der Jugend. Am 18.6. lässt Peking in der Wüste Lop-Nor die erste Wasserstoffbombe explodieren, am 25.6. fordert Ministerpräsident Tschu-En-lai die Bildung einer "internationalen, revolutionären Organisation" als Gegenstück zur UN. "Man darf auf keinen Fall denken, dass Mao sich seine Ideologie aus der Zivilisation der Weissen geholt hat. Er ist der unabhängige Schöpfer einer völlig neuen rein chinesischen Welt", erklärt der Marschall Lin Piao (*225) und Frank Thiess (*226) macht mit folgenden Worten das Wesentliche klar: "Ohne Frage gibt es stets ein "Oben" und ein "Unten", doch entscheidend ist nicht dies, sondern allein, w e r oben und w e r unten steht und dass "reich" und "arm" niemals mit "oben" und "unten" homolog sein dürfen. Vor Maos sozialer Empörung gegen die nach "oben" rückenden Reichen und "unten" bleibenden Armen schliesst Mehnert die Augen.(*227) Doch gerade in der Verhärtung dieses Gegensatzes sieht Mao den Verrat am Kommunismus (wie etwa durch Moskau). Ein 700 Millionenvolk, das zumeist aus sogenannten Armen besteht, darf wohl für die Grösse seines Landes, nicht aber für privatkapitalistische Interessen so schwer arbeiten, wie er es nach Lage der Dinge verlangen muss." (*228)

*219 - Als Russland die Abwendung der USA von Tschiang erkennt, wird der mit Soong abgeschlossene Vertrag zu einem Fetzen Papier und die Russen gründen die Volksrepublik der Mandschurei. Deren Volkskongress bildet Dez. 49 die erste Volksregierung. Port Dairen und Port Arthur bleiben in ihren Händen. Es gelingt dann Mao, diese Schritte wieder rückgängig zu machen. Er holt sogar in einem Freundschaftsvertrag mit Russland, Juni 50, sowjetrussische Spezialisten in grossem Umfang in alle Teile Chinas. Das damals gleichzeitig geschlossene russisch-chinesische Militärbündnis nennt als mögliche Feinde Deutschland und Japan. Treten also deutsche Verbände im Rahmen der NATO auf, so ist der Bündnisfall gegeben und die USA haben den Zweifrontenkrieg. Daher lag es im Interesse der USA, dieses Bündnis möglichst unwirksam zu machen.

*220 - In der Praxis ist Mao längst von dieser Auffassung abgekommen. Heute hat China zwei grosse Unterseeboote mit Abschussvorrichtungen für Raketen mit einem Aktionsradius von über 36 000 km. In den Atomzentren von Tschungking, Siang, Paotou, Tschiutschuan und am Lop Nor entstehen Superwaffen, die auf den Raketentestbahnen an den südwestlichen Grenzen der Aeusseren Mongolei erprobt werden.

*221 - Sein Assistant Secretary of Defence war Anna M. Rosenberg, die in späteren Vernehmungen beschwor, kommunistische Führerversammlungen mitgemacht und unzählige Kommunisten im Verteidigungsministerium untergebracht zu haben. Auch später wurde dieser Posten wieder von Linksradikalen besetzt, Eisenhower ernannte den bisherigen Pressesekretär des Weissen Hauses, Murray Snyder, zum Staatssekretär im Verteidigungsministerium und von 1960 bis 63 hatte der dritte Zionist, Paul Nitze, diesen wichtigen Posten inne, nachdem er vorher im State Department tätig sein konnte.

*222 - Schon vorher liess Michael J. Lee (alias Ephraim Ziboyi Liverman), ein in Russland geborener Jude, in seiner Stellung als Direktor der Fernost-Abteilung im USA-Handelsministerium die Verschiffungen von Lebensmitteln und Waffen nach China verzögern oder umleiten. Die Publizistik wurde gleichzeitig gelenkt von der vom Institute of Pacific Relations monatlich herausgegebenen Zeitschrift "Amerasia". Der Zionist und Kommunist Philip Jaffe war Direktor jener Zeitschrift, die sich herausstellte als Deckung für einen Spionagering, der nach Angaben des FBI 1 700 Geheimdokumente aus dem State Department entwendete. Jaffe wurde 1945 verhaftet.

*223 - Kürzlich als USA-Vertreter in die UN-Kommission für Menschenrechte berufen, seinerzeit Mitglied des zum Kommunismus tendierenden Twentieth Century Fund, und tätig für die United World Federalists.

*224 - Beachtlich, wie die USA auf der einen Seite von einem Arthur Goldberg in dieses Abenteuer gesteuert werden und wie Angehörige der gleichen Rasse die Vorgänge dann dazu benutzen, Amerikas Kredit in Asien zu untergraben.

Juden spielten immer wieder schon in früheren Epochen hinein in die Entwicklung der Dinge in China. Von 1832 bis 1864 leitete der aus Indien gebürtige Jude David Sassoon die Opiumeinfuhr nach China. Im sogenannten Opiumkrieg (1839-1840) (welcher in die Weltgeschichte eingegangener schöner Titel für einen Krieg jenes Landes, das als Kläger in der Person des Lords Shawcross sich erdreistete, in Nürnberg gegen deutsche Offiziere aufzutreten) erzwang

sich Grossbritannien im Interesse der Sassoons die Oeffnung Chinas. Das Schanghaier Opium-Monopol bestand bis 1917, zuletzt unter der Leitung von Edward Ezra. In England erhielten die Sassoons Adelstitel und heirateten in die Society ein. Kuo Heng-Yue meint sogar, dass die gesamte moderne, revolutionäre Entwicklung Chinas ihren Ursprung und Beginn im Opiumkrieg hat. Ohne dessen für China verhängnisvollen Ausgang keinen Mao Tse-tung! So erntet die Welt in China, was die Sassoons säten, so wie sie in Vietnam erntet, was ein Mendes-France und ein Arthur Goldberg säten. Als Sun Yat-sen in Kanton seine Laufbahn begann, sandte er den britischen Juden Morris Cohen nach Ernennung zu seinem Adjutanten, um die Welt, um Militärfachleute für seine Bewegung zu werben. Auf seinem Totenbett empfahl Sun den Mann Tschiang Kai-schek und er wurde Verbindungsoffizier der Regierung in Kanton zu den ausländischen Konsulaten. Er wurde bekannt als Moi-Sha und erhielt den Rang eines Generals. Das letzte, was man von ihm hörte, war seine Entlassung 1945 aus einem japanischen Kriegsgefangenenlager. Der "South African Sunday Express" nennt ihn "den führenden Genius hinter den Kriegführenden in China". – Oberster politischer Berater der Kuomintang wurde 1923 der vom Kreml gesandte Sowjetjude Jacob Borodin (alias Grusenberg). Seine Frau arbeitete an seiner Seite für die UdSSR. Mit ihm zusammen hatte Russland den Juden Joffe gesandt (wurde 1926 Politischer Berater Tschiang Kai-scheks und organisierte die kommunistische Abteilung der Kuomintang). Als Sun starb, wurde Borodin politischer Verweser von dessem letzten Willen und er war es denn auch, der Tschiang Kai-schek 1926 für die Nachfolge bestimmte. 1927 kam es jedoch zu einem Ueberfall Tschang-Tso-Lings auf die Sowjetbotschaft in Peking, bei der das Komplott zur Bolschewisierung Chinas aufgedeckt wurde. Die Borodins wurden verhaftet und gefangen gesetzt. – 1923 liess sich auch der berühmte Jude Trebitsch Lincoln kurz in China sehen, um Wu Pei Fu Waffen zu verkaufen, verschwand dann aber wieder von diesem Teil des Erdballs. – 1924 begab sich der Sowjetgeneral B.K.Galen, ein Jude mit richtigem Namen Chesin und dem Beinamen Blücher, nach Peking, um mit Tschang-Tso-Ling einen Vertrag abzuschliessen, nach welchem die Ostchinesische Eisenbahn den Sowjets überantwortet wurde. Mit Intrigen und Bestechungen erreichte man dieses Abkommen, wesentlich gefördert durch den jüdischen Holzmagnaten S. Skidelski. Augenblicks wurde die Bahn den Juden Gekker (1922 Militärberater der Regierung der Mongolei, 1924 Oberster Politischer Kommissar der Chinesischen Ostbahn. Die Ernennung erfolgte durch den Juden M.D. Lashewitz, Präsident der Eisenbahnkontrollbehörde in Moskau), Koslowsky und Snamensky zur Verwaltung übertragen. Galen wurde 1926 Oberster Militärischer Berater Tschiang Kai-scheks. – Hohe Posten in der politischen Abteilung der Roten Armee in China bekleideten die Juden W.N.Levitschev und J.B.Gamarnik. Letzterer wurde 1936 deren Leiter. – Das Nankinger Finanzministerium wurde immer von Juden geleitet. Kann, L. Rajchman und R. Haas folgten sich dort. Von England aus half der Jude Billmeir mit seiner Handelsflotte 1938 Sowjetwaffen nach China zu bringen. – Erwähnenswert noch Eugene Chen, Aussenminister Kantons 1925. Man meint Chen sei eine Veränderung von Cohen gewesen. Jedenfalls war er auf Trinidad geboren, wo er den Namen E. Bernard Acham führte.

*225 - Die Erklärung wurde abgegeben vor afrikanischen Diplomaten aus Anlass des Besuches von Präsident Kaunda von Sambia.

*226 - Bezeichnend für die zahllosen mehr oder weniger geistreichen Spekulationen über die Kulturrevolution Maos sind auch die Aeusserungen Klaus Mehnerts, den Frank Thiess in der DHZ, Nr.3/15 (1967) (Tübingen, Am Apfelberg

20) als gelehrten Schwätzer zurechtweisen musste. Vgl. Kuo Heng-yü, "China und die Barbaren", Verlag Günther Neske, Pfullingen 1967, der allerdings, genau wie Mehnert, die Bedeutung Maos missdeutet.

*227 - in seinem Artikel in der "Welt" vom 24.6.67

*228 - Der Aufsatz von Frank Thiess ist auch im weiteren ausserordentlich lesenswert, weswegen ich mir erlaubt habe, bei der ersten Zitierung der DHZ die Verlagsanschrift dieser Zeitschrift mitzunennen.

*

HONGKONG UND MACAO

verspürten besonders eindringlich die Wellen der Kulturrevolution. In Macao endeten die Revolten der rotchinesischen Organisationen (*229) mit einem Vertrag des portugiesischen Gouverneurs mit den Linksorganisationen, wonach diesen praktisch die Verwaltung der Kolonie übertragen wurde. Die Unterzeichnung des Dokuments erfolgte in der Handelskammer unter den Augen eines grossen Bildes von Mao (30.1.67).

In Hongkong stand die europäische Bevölkerung von wohl 40 000 den vier Millionen Chinesen gegenüber. Durch Sperrung der Wasserlieferungen vom Festlande her war im Oktober 67 die Lage sehr verschärft worden. Ein deutlicher Kapitalabfluss (wohl 50 Mio. USA-$) ist die erste Folge. Ob Peking den materiellen Wert dieses wichtigen Einfuhrhafens höher wertet als die Tatsache der Fremdherrschaft auf den Inseln, ist noch nicht ausgemacht.

Da eine Abwertung des Hongkong-Dollar im Massstab der Pfundabwertung ernste Folgen für die breiten Massen gehabt hätte, wurde diese zunächst durchgeführte Massnahme (Dez. 67) kurz darauf wieder abgeschwächt. Damit wurde die bisherige feste Relation zum Pfund aufgehoben. Die bedeutende "Far Eastern Economic Review" forderte darüber hinaus völlige Loslösung vom Pfund und Anlage der Währungsreserven in Gold und anderen Währungen.

---

*229 - Nach Unruhen im Dez.1966 wurden die Portugiesen in Macao boykottiert, konnten keine Einkäufe mehr machen, keine Taxis oder Omnibusse benutzen, kein Kino und keinen Friseur besuchen. Rotchinesische Kanonenboote fuhren in den Hafen ein und stachen wieder in See.

*

FORMOSA

(Taiwan) (*230) erlebt eine ausserordentliche Wirtschaftsblüte. Die USA machen aus der Insel ein Stück modernsten Staatswesens.

Präsident Banda von Malawi unterzeichnete (11.8.67) mit Tschiang Kaischek ein Freundschaftsabkommen, in welchem Peking als der Unruhestifter in Afrika und Asien bezeichnet wird.

Ernst genommen werden muss die seelische Zerrissenheit der nach Formosa verschlagenen Chinesen, die über alle politischen Differenzen hinweg in tiefer Sehnsucht an ihre Heimat denken.

---

*230 - 1951 im japanischen Friedensvertrag mit USA und Grossbritannien (Grundlage Kairo 1943) (seit 1895 besetzt von Japan) an China zurückgegeben. 2.12.54 Bündnis mit den USA, wonach Tschiang Kai-schek keine militärischen Operationen gegen Mao auf dem Festland durchführen darf ohne Genehmigung der USA. Seit 1957 Atomraketeneinheit der USA auf Formosa stationiert. 1958 Beschiessung der zu Formosa gehörenden Quemoyinseln durch Rotchina und Alarmierung der USA-Flotte. Bodenreform durch Tschiang.

*

KOREA

Koreas langes Leid begann mit der Besetzung durch die Japaner 1910. (Vgl. Pearl S. Bucks Roman "Lebender Bambus") Der japanische militärische Zusammenbruch 1945 erstreckte sich zunächst nicht auf Korea. Dort übergaben vielmehr die japanischen Militär- und Zivilbehörden die Macht in geordneter Form den Amerikanern und zogen nicht in die Gefangenschaft, sondern in die Heimat. Etwa gleichzeitig drangen die Russen von der Mandschurei und die Amerikaner von Süden aus vor. Aus militärischen Gründen wurde für diese Machtablösung der 38. Breitengrad als Grenze der Operationen festgelegt. Aehnlich wie auf dem Boden des Deutschen Reiches begannen aber beide Regierungen völkerrechtswidrig (*231) auch zivile Verwaltungen einzurichten. Es gelang nicht, eine einheitliche Regierung zu schaffen. Selbst die UN, Nov. 1947, erreichte nicht die Abhaltung allgemeiner Wahlen. 12.8.45 Koreanische Volksrepublik im Norden ausgerufen, 15.8.48 Republik Korea im Süden proklamiert. Die Amerikaner räumen daraufhin das Land. Ein halbes Jahr darauf erfolgt jedoch ein Angriff von nordkoreanischen Partisaneneinheiten auf Seoul. (*232) Truman befiehlt Mac Arthur einzugreifen. Die Nordkoreaner dringen bis Taegu vor, wo sie die UN-Truppen (denn die USA erlangen die Zustimmung der UN zu ihrem Vorgehen und unterstellen sich deren Kommando) in einem kleinen Brükkenkopf zusammendrängen. Dann greift Mac Arthur ein und marschiert vor bis an die mandschurische Grenze, fordert Nordkorea zur bedingungslosen Uebergabe auf, ohne jedoch eine Antwort zu erhalten. 200 000 Chinesen unter General

Peng Te huai greifen zusätzlich ein. Die UN-Truppen müssen zurückweichen (Nov./Dez. 1950), da Mac Arthur nicht die erbetenen Streitkräfte zugewiesen werden. Vorher schon muss er eine militärische Nachrichtensperre einrichten, da links orientierte amerikanische Journalisten landesverräterisch handeln. Als seine Forderung auf Bombardierung von Orten in der Mandschurei abgelehnt wird, tritt er am 11.4.50 vom Oberbefehl zurück, erklärt später wiederholt, dass die UN nicht den Sieg seiner Truppen wollten.(*233) Die Fronten erstarren so wunschgemäss am 38. Breitengrad. Angesichts der Gefahr einer russischen Parallelaktion wächst die Unruhe auch in Europa.(*234) Erst nach jahrelangen Verhandlungen kommt es Juli 1953 zum Waffenstillstand.(*235)

Südkorea gewöhnte sich erst langsam an den Apparat einer parlamentarischen Demokratie, den man ihm angeschnallt hatte.(*236) USA-Reporter berichteten von der grossen "Korruption" im Lande und man sah lange Zeit keinerlei Vorangehen in dem vom Kriege völlig verwüsteten Land.(*237) Erst 1967 spricht man von einem sichtbaren wirtschaftlichen Aufschwung. Das Land hat zu sich selbst zurückgefunden. Die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts beträgt seit 5 Jahren jährlich etwa 7%. Die industrielle Güterproduktion ist stark angestiegen, die Inflation, die 1962 noch 30% betrug, liegt heute unter 10% im Jahr. Trotzdem herrscht weiterhin die sogenannte "Korruption", eine Erscheinung, die erst im Zusammenhang mit der "Demokratie" ihre hässliche Färbung erhält und die beweist, dass der Koreaner für die Welt der "Demokraten" letzten Endes nicht geschaffen ist. Aussenpolitisch verfolgt Südkorea weiterhin einen scharf antikommunistischen Kurs, obwohl Syngman Rhee am 27.4. 1960 nach Strassendemonstrationen, welche eine sehr vorschnelle Befürwortung durch Aussenminister Christian Herter fanden (was eine Haltung des State Department offenbarte, die verdächtig ähnlich dem Vorgehen gegen den anderen grossen Antikommunisten Diem in Saigon war), abdankte. Seit 1965 lässt es eine Elitedivision "Tiger" in Vietnam kämpfen, fordert Ende 1967 von den USA ein energischeres Vorgehen im Falle der Aufbringung des USA-Kriegsschiffes "Pueblo" durch Nordkorea, und setzt sich gegen die ihm unverständliche Haltung Westdeutschlands in der Frage der kommunistischen Spionage von Koreanern auf deutschem Boden durch, nimmt eben alles in allem ernst, was in Washington und Bonn nur Phraseologie ist.

Die jährlich etwa 3%ige Bevölkerungszunahme droht, den derzeitigen Aufschwung über kurz oder lang aufzuheben, sodass Südkorea vor der Frage steht, wieweit es aus eigener Kraft die nächste Zukunft wird meistern können.

Auch Nordkorea hat wieder aufgebaut. Seine beiden hauptsächlichsten Städte, Pjongjang (1 000 000) und Kaesong, die geschichtliche Hauptstadt Koreas, sind zu modernen Grossstädten geworden, gewaltige Verwaltungsgebäude, 5-stöckige Wohnblöcke, schöne Autobahnen, aber wie in ganz China, wenig Autoverkehr. Sowohl Sowjetrussland wie auch China helfen, beide bemüht, ihre Position in Nordkorea zu halten und möglichst gegen den andern auszubauen.

---

*231 - Dieses Vorgehen ist deswegen völkerrechtswidrig, da nach dem klaren Wortlaut des Artikels 43 der Anlage zum Haager Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges vom 18. Oktober 1907 (mitunterzeichnet vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika) die Besatzungsmacht die

bestehenden Landesgesetze zu achten hat, und sich in ihren Massnahmen auf ihre militärische Sicherheit und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des öffentlichen Lebens zu beschränken hat. Alle weiteren Massnahmen sind völkerrechtswidrig und entbehren auch jeglicher Legalität im Rahmen des besetzten Gebietes. Bez. des Deutschen Reiches ist dieser Völkerrechtsbruch besonders krass und deutlich zutage getreten. Die von den Alliierten erlassenen Bestimmungen wie Verbot der NSDAP und ihrer Gliederungen, Gewerbeordnung, Entkartellisierungsanordnungen, Zerschlagung des Bankwesens, Diffamierung deutscher Beamter und Diplomaten, Auflösung verwaltungsmässiger Einheiten wie etwa die Preussens, Genehmigung und Zulassung politischer Parteien, Zeitungen usw., Genehmigung von Teilregierungen usw. entbehren jeglicher Legalität. Die Verfasser des Grundgesetzes wussten auch von dieser fehlenden Legitimität ihres neuen "Staates" und gaben ihm deswegen nur provisorischen Charakter. Das Deutsche Reich besteht weiterhin fort, wenn auch durch völkerrechtswidrigen Eingriff seiner Organe beraubt. Die de-facto-Regierungen auf seinem Boden können nicht als deren Rechtsnachfolger angesehen werden, da ihre Errichtung nur unter ausländischem Schutz vor sich gehen konnte.(Vgl. Hans-Joachim von Merkatz in "Aussenpolitik", Stuttgart 1956, Heft 7, wo er von "unserem in seiner staatlichen Einheit rechtlich nicht untergegangenen Vaterland" spricht. Vgl. auch "The legal Status of Germany", von Dr. Kurt v. Laun in "The American Journal of International Law", April 1951 und die im April 1947 in Hamburg stattgehabte Tagung deutscher Völkerrechtler, in der die Resolution von Professor Rudolf Laun einstimmig angenommen wurde, wonach das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt weiterhin besteht. Weitere Zitate bei v. Laun aaO S. 269.) Der oft von Bonn unternommene Versuch, die "Bundesrepublik Deutschland" als "Rechtsnachfolger" des Deutschen Reiches hinzustellen scheitert, ganz abgesehen von der fehlenden Rechtsgrundlage dieser Institution, heute auch daran, dass die BRD nur in einem vollkommen unzureichenden Umfang die Rechte und vor allem Pflichten des Deutschen Reiches übernommen hat, sich vielmehr seit ihrem Bestehen in der Rolle eines Protektorats bewegt. Zum Bonner Standpunkt vgl. Rudolf Schuster, "Deutschlands staatliche Existenz im Widerstreit politischer und rechtlicher Gesichtspunkte 1945-1963". Besonders Eugen Gerstenmaier ging soweit, dass er "bedauerte, man habe nicht von vorneherein anstatt "Bundesrepublik" den Namen "Deutsches Reich" gewählt". Er meinte, mit einem Wortspiel die fehlenden Grundlagen ersetzen zu können, so, wie er meint, mit seiner Schrift "Neuer Nationalismus?" den Gesundungsprozess in unserem Volke erneut in die demokratischen Kanäle umleiten zu können. Handfeste nationale Pflichten, wie sie etwa angesichts der USA-Kriegsabsichten gegen unser Südwestafrika oder auch nur bei der Auslieferung eines deutschen Staatsangehörigen durch Argentinien an Israel, oder die Forderung der Freilassung von Rudolf Hess oder eines Walter Reder in Italien gegeben sind, wurden in nicht einem einzigen Fall erfüllt. Das Konkordat soll weiterhin gültig sein, aber das Münchner Abkommen nicht. DAS ist eben nicht Reichspolitik. Das ist Bonner Politik. (Vgl. auch v. Studtnitz: "Bismarck in Bonn".)

*232 - Südkorea besass keine Verteidigungsmöglichkeiten. Von den im Juli 1949 für Südkorea vorgesehenen u$s 10 230 000 waren ganze u$s 200,-- (Zweihundert Dollar) in der Form von Nachrichtenmaterial geliefert worden. Verantwortlich für diese Sabotage war der General Lyman L. Lemnitzer ("Newsweek" 10.7.50: Vernehmungen durch die Senatoren Ferguson und William F. Knowland (Rep.)). Die 1950 zum Assistant Secretary of Defence ernannte Jüdin Anna Rosenberg veranlasste dann, dass Präsident Eisenhower den derart verdienstvollen Herrn Lemnitzer an Stelle von General Maxwell D. Taylor zum General-

stabschef der Armee ernannte. Lemnitzer stand zu Beginn des Koreakrieges an der Spitze des Büros für militärische Auslandshilfe. Er sabotierte ebenfalls mit der Lieferung von überaltetem Material an den Iran die Verteidigungspolitik der USA.

*233 - General Mac Arthur: "I was betrayed by fools... I could have won the war in Korea in a maximum of 10 days, with considerably fewer casualities... (USA: 35 000 Tote, 103 300 Verwundete, 5 100 Vermisste. Südkorea: 1 312 836 Tote!)... I was prevented to do so by the perfidy of the British and by constant harassment and interference from Washington." Jede Nachricht, die Mac Arthur nach Washington sandte und jede Antwort wurde seitens des State Department den Engländern vorgelegt, die sie wiederum innerhalb 48 Stunden den chinesischen Kommunisten weiterleiteten. "Die chinesischen Kommunisten", fährt Mac Arthur wörtlich fort, "beschlossen, einzugreifen, nachdem ihnen von den Engländern versichert worden war, dass Mac Arthur gefesselt (hamstrung) werden würde und ihnen nicht entscheidend entgegentreten könne." Als diese Fesselung nötig wurde, trat Dean Acheson zurück und man überliess dem uns schon bekannten General Marshall das Auswärtige Amt, um eine Person zu haben, die allein in der Lage war, Mac Arthur mit der notwendigen Autorität entgegentreten zu können.

Als zB Mac Arthur im November 1950 die Zerstörung der sechs Brükken über den Yalu anordnen wollte, um das Vordringen der Kommunisten zu verhindern, wurde ihm dieses sofort von Washington untersagt. Tschiang Kaischek bot 600 000 gut geschulte Truppen an. Washington lehnte ab. (Vgl. "Know your Enemy", von Major Robert H. Williams.) Drei weitere amerikanische Generale, Clark, Wedemeyer und Van Fleet bestätigten die Aussage Mac Arthurs, "dass Washington den Krieg in Korea nicht gewinnen wollte".

*234 - Im "Weg", 1950, Heft 8, S. 775 lesen wir folgende Meldung: "Die Adenauer-Regierung der Westdeutschen Republik hat alle Vorbereitungen für eine schleunige Flucht aus Bonn nach London getroffen, die sofort erfolgt, sobald die Kommunisten aus Ostdeutschland die Zonengrenze überschreiten. Das wird offiziell nicht zugegeben und mag vielleicht sogar geleugnet werden, aber es ist durch glaubwürdige Quellen bestätigt, die selber an den Fluchtvorbereitungen mitgewirkt haben. Der Plan für die Flucht ist fertiggestellt und kann in jedem Augenblick zur Ausführung gelangen. Die Vorbereitungen umfassen das gesamte Kabinett und alle Familienmitglieder." Diese Meldung stammt von Karl v. Wiegand, dem Chefkorrespondenten der Hearstpresse in Europa. "Totengräber Deutschlands" nennt der amerikanische Journalist den Bundeskanzler Adenauer. Soweit die Meldung im "Weg". Ausserdem legte mir der ehem. Sekretär v. Wiegands, Herr Jürgen v. Prellwitz damals persönlich einen Brief v. Wiegands an ihn vor, in welchem v. Wiegand diese Behauptung erneut ausführlich wiederholte. V. Prellwitz war unbedingter Parteigänger der Politik Adenauers und andererseits doch überzeugt von der Richtigkeit dieser Meldung. Im Auslandsdeutschtum erweckte sie grosse Empörung, zeigte sie doch, dass Adenauer bereit war, für seine proamerikanische Politik den Rest des Reiches zu opfern. Wir übergaben von der Schriftleitung des "Weg" aus sofort ein Exemplar mit dieser Meldung dem gerade in Buenos Aires sich aufhaltenden Sonderbotschafter der Westdeutschen Regierung, Spieker. Sein jüdischer Berater Brunswig geriet in aussergewöhnliche Aufregung und verkündete Massnahmen gegen diese Veröffentlichung. Es kam aber nicht einmal zur Bitte der Veröffentlichung einer Gegenerklärung, obwohl der "Weg" damals mit seinen 17 000 Exemplaren die bedeutendste deutschsprachige Veröffentlichung auf der Welt war und u. a. von sieben

Staatspräsidenten, nicht zu rechnen eine Unzahl internationaler Institutionen, Universitäten und Bibliotheken, gehalten wurde; sodass Adenauer an der Richtigstellung einer etwaigen Falschmeldung hätte gelegen sein sollen.

*235 - Offiziere und Soldaten Mac Arthurs, die persönlich erlebten, wie ihnen politische Massnahmen den Sieg aus den Händen nahmen, kehrten nach den USA zurück und bildeten das Schlagwort von der "Mc-Carthy-Armee", nämlich die zeitweilig von der konformistischen Presse nicht zu unterdrückende Gruppe, die die Säuberungswelle gegen prokommunistische Kräfte in der USA-Regierung stützte.

*236 - Wollen wir einschalten, dass die "Demokratie" ja in keinem einzigen Land auf der Welt ohne Waffengewalt und blutigstem Terror eingeführt wurde! Es handelt sich von Anfang an um die politische Idee einer ausgesprochenen Minderheit, die diesen Begriff der Antike entlieh, ohne dass er das allergeringste mit der antiken Demokratie gemeinsam hat. "Denn das eine muss man nicht vergessen, dass die Antike unter der Gesamtheit des Volkes nie etwas anderes verstand, als die vollberechtigten Bürger. Der Kopfzahl nach aber war das stets eine Minderheit, und so ist der antike Begriff der Demokratie niemals identisch mit dem modernen", und: "Die freiwillige Selbstentäusserung des einzelnen zugunsten der Gesamtheit hat dem Ruf antiker Heimatliebe ein unvergängliches Denkmal gesetzt... Besonders Athen lebte damals in einer Sphäre ideeller Werte, wie sie nie wieder vorher und nachher bestanden hat... Der Traum war kurz, aber der schönste, den die Menschheit je geträumt hat, und er entstand aus der ungeheuren Konzentration eines siegreichen, kraftbewussten Volkes, in dem alles vor Schöpferkraft glühte." (Thassilo von Scheffer: "Die Kultur der Griechen") Zur Blütezeit Athens gab es 90 000 Bürger, 45 000 Metöken und 360 000 Sklaven. Südafrika zählt heute 20% Weisse, 12% Inder und Mischlinge und 68% Bantus. Dieser natürliche Aufbau menschlicher Gesellschaften ist i m m e r die Grundlage von Glück und Zufriedenheit a l l e r gewesen und war die Voraussetzung a l l e r menschlichen Kulturen auf der ganzen Erde zu allen Zeiten. Marschall Liautey, Frankreichs grösster Kolonialstaatsmann, bezog die gleiche Erkenntnis auf seine Tätigkeit mit den Worten: "Keine Tradition verleugnen, keinen Brauch verändern. In jeder Gesellschaft gibt es eine führende, und zwar eine zum Führen geborene Schicht, ohne die man nichts Grosses bauen kann. S i e müssen wir für uns gewinnen." Wer so tätig ist, geht mit L i e b e an die Völker heran. Doch schon das allerererste Auftreten der "Demokratie" war g r a u s a m, hasserfüllt gegen die bestehenden Werte, ein künstliches Produkt, das ganz bewusst tagespolitischen Zielen einer Minderheit zuliebe mit allen Mitteln des Machiavellismus eingeführt wurde. "Aus unseren Tempeln sind die ersten Funken des heiligen Feuers ausgegangen", erklärt die Freimaurerloge "Parfait Union" am 23.7.1789, dem Tage der Erstürmung der Bastille, "das mit Windeseile von Osten nach Westen, von Norden nach Süden übergegriffen und die Herzen aller Bürger entflammt hat." 1908 bestätigt die freimaurerische Schrift "Acacia": "Es waren freimaurerische Mitglieder der Nationalversammlung, welche zuerst den bretonischen Klub, dann die Gesellschaft der Freunde der Konstitution und später den Jacobinerklub gründeten. Sie taten es nach dem Muster der Freimaurerei." In dem Manifest der Oberen des deutschen Freimaurerbundes, 1794, heisst es: "Der Zweck des Bundes ist gewesen, alle Menschen in den Stand der allgemeinen Brüderschaft zu setzen; die Verhältnisse von Oberherrschaft und Unterwürfigkeit aufzuheben; die Menschen zu ihrer natürlichen Freiheit zurückzuführen; und allen Unterschied von Stand, Ansehen, Würde und Vorzug in der bürgerlichen Gesellschaft zu verbannen."

Unter den etwa 4 Millionen Urwählern zur ersten Französischen Nationalversammlung befanden sich aber nur etwa 30 000 Freimaurer. Die Urwähler hatten auf Fragen in sogenannten "Cahiers" zu antworten. Argwöhnisch macht die erstaunliche Uebereinstimmung in der Beantwortung dieser Fragen, sei es seitens Bauern in abgelegensten Provinzen oder Bürgern von Paris. Die Freimaurer hatten eben – und zwar als einzige auf diesem von ihnen selbst geöffneten völligen Neuland – Wahlheftmodelle mit den fertigen Antworten verteilt. Clermont-Tonnere berichtet dann der Versammlung, dass fast alle Cahiers in elf Punkten übereinstimmten und die Versammlung ist entzückt von soviel politischer Aufgeklärtheit und Einmütigkeit des Volkes und geht mit Eifer an die Abfassung der Erklärung der Menschenrechte, die sich wiederum nach diesen Punkten "richteten". Wilhelm Ihde, "Wegscheide 1789", schreibt dazu: "Es war eine regelrechte Wahlbeeinflussung und Wahlbestechung und Wahlfälschung, mit der diese Nationalversammlung der Menschenrechte begann." So steht der "grösste historische Massenbetrug" an der Wiege der "Demokratie". Die "Gleichheit" alttestamentarischen Ursprungs war angeblicher Wille des Volkes. Und während tatsächlich nur eine Minderheit politisch aktiv war, wurde getan, als hätte das ganze Volk gesprochen. Es ist die gleiche Unehrlichkeit, die seitdem die "Demokratie" begleitet, von Land zu Land und von Kontinent zu Kontinent. Goethe warnt bereits vor dieser Entwicklung: "Jeglichen Schwärmer schlagt mir ans Kreuz im dreissigsten Jahr: kennt er nur einmal die Welt, wird der Betrogene der Schelm." Und über das Kernstück der "Demokratie", die Gleichheit, sagt er: "Das Grösste will man nicht erreichen, man beneidet nur seinesgleichen; der schlimmste Neidhart ist in der Welt, der jeden für seinesgleichen hält", und weiter: "Alle Freiheitsapostel, sie waren mir immer zuwider: Willkür sucht doch nur jeder am Ende für sich." Und Taine spricht den klassisch gewordenen Satz: "Nichts kann gefährlicher sein als eine allgemeine Idee in einem kleinen, leeren Gehirn. Die Idee begegnet in einem solchen Gehirn infolge seiner Leere keinem Widerstand, keinen sich ihr hinderlich in den Weg stellenden Kenntnissen, während sie andererseits infolge der Kleinheit desselben nicht viel Zeit braucht, um es vollkommen auszufüllen."

Die Krankheit der "Demokratie" hat inzwischen ihren Siegeszug angetreten, der sie nach 1945 weit um die ganze Welt geführt hat. Zu den Millionen von Toten (6 Millionen kostete allein die Französische Revolution) die die Menschheit im Kampf gegen und für diese Idee opferte in zwei Weltkriegen, Revolutionen und Hungersnöten, treten täglich die weiteren Toten hinzu, die die Politik der UN im anhaltenden Kampf um die Zerstörung der Welt fordert.

"Da dringt in Paris der Pöbel in die überfüllten Gefängnisse ein und massakriert nach Herzenslust. Man entkleidet die Gefangenen, um ihnen dann den Garaus zu machen. Gelegentlich ein wenig unästhetisch, wenn einer zB ein Herz herausreisst und mit blossen Händen zwischen blutigen Leibern herumwühlt und ihm "das Blut von seinen Lippen herabtropft", wie sie noch heute singen. Besonderes Vergnügen bereitet das Frauengefängnis. Einer sagt: seit zwei Stunden schlage ich rechts und links Gliedmassen ab. Schwierig wird die Abschlachtung der Prinzessin Lamballe, die angesichts eines Haufens ganz nackter weisser Leiber, einer weichen, blutigen Masse, auf der einer der Demokraten mit seinen eisenbeschlagenen Schuhen herumtrampelt, den erhabenen Schwur auf die Nation leisten soll." ... Eben das gleiche Bild, welches die "Befreiung" 1945 Frankreich brachte, wo man Frauen nackt in Löwenkäfige in Paris sperrte. "Vorwärts, christliche Soldaten", hatten Roosevelt und Churchill die Einleitung gesungen, und Eisenhower vollstreckte. Und die "Demokratie" hielt erneut Einzug in Europa. Und obwohl noch Millionen von Menschen, die es erlebten und darum das Gegenteil bezeugen könnten, leben, wird geschrieben und

gesagt, dass es vor 1945 in Europa schrecklich zugegangen sein soll, schrecklicher als seitdem.

In Korea aber (und im übrigen Asien und anderwärts), wird diese aufgezwungene "Demokratie", dieses "Geschenk des Westens", wie es tatsächlich amtlich heisst, in ihren alles Leben hemmenden Folgerungen ausgeglichen durch das, was die Kreuzritter "Korruption" nennen. "Wer nicht imstande ist, sein Gehalt durch "Extras" aufzurunden, gilt als Schwächling oder Dummkopf", schreibt die NZZ, "wer eine gewisse "Machtstellung" errungen hat, soll sie ausnutzen dürfen. Die koreanischen Tageszeitungen, besonders die beiden englischsprachigen, berichten zwar oft und ausführlich über die Aufdeckung von Korruptionsskandalen, aber langjährige Kenner des koreanischen Alltages sind der Meinung, dass es der Administration mit dem harten und sensationell aufgezogenen Durchgreifen in Einzelfällen hauptsächlich um die Beschwichtigung der amerikanischen Freunde gehe", eine Bemerkung, die sich heute mit mehr oder weniger Recht auf dreiviertel des Erdballs übertragen lässt. Eben um diese "amerikanischen Freunde" dreht sich ja heute alles. Sie meinen, das tägliche Leben auf der ganzen Welt bestimmen zu dürfen, ohne Rücksicht auf die von den Völkern entwickelten eigenen Lebensformen. Wenn dann derart erkrankte Völker das innere Gleichgewicht verlieren, ist es nicht Schuld jener Völker sondern der "amerikanischen Freunde".

Dabei darf das Wort "Demokratie" nur in ganz bestimmten Lagen benutzt werden, nämlich dann, wenn durch blutigen Terror, Guillotinen, Phosphorbomben oder Atombomben gewährleistet wurde, das nur noch im Sinne der Herrschenden geschrieben und gesprochen wird. "Die Studenten zB (um mit den Worten von Professor Hennis, Ordinarius für Politische Wissenschaften in Freiburg, einem Kronzeugen also für demokratisches Denken, zu sprechen — "Spiegel" 8/1968) übersehen, vollkommen, dass das demokratische Modell doch nur dort strikt anwendbar ist, wo man von der Grundlage staatsbürgerlicher Gleichheit ausgehen kann. Mit der schönen alten Formel der "Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden" betreiben sie einen heillosen Begriffsrealismus. Sie starren auf die "Gemeinschaft" und überblicken geflissentlich die kleine Differenz zwischen "Lehrenden" und "Lernenden"." — W o man von der Grundlage staatsbürgerlicher Gleichheit ausgehen kann, und wo nicht, das bestimmen dann eben die demokratischen Politologen, jedenfalls (und mit Recht sicherlich) kann man es n i c h t auf den Hochschulen. Mit gleichem Recht aber ebensowenig auf allen anderen Lebensgebieten, denn ü b e r a l l besteht der Unterschied zwischen denen, "die etwas davon verstehen" (Hennis) und denjenigen, die "garnichts davon verstehen". Herr Hennis hat der Demokratie den Todesstoss versetzt, und das mitten in Westdeutschland unter den Augen des Verfassungsschutzamtes.

*237 - Denn es war ja auch diesmal wieder die sinnlose Zerstörung ganzer Städte durch Bomben bezeichnend für die Taktik der Amerikaner. Rücksichtslose Vernichtung von Frauen und Kindern ist inzwischen das Kennzeichen ihrer Kreuzzüge auf der ganzen Welt geworden. Gross gefeiert wird der 7 000ste Schuss eines amerikanischen Kriegsschiffes auf die koreanische Küste, "Neues China" beziffert die "von den Nordamerikanern in Nordkorea hingeschlachteten Zivilpersonen" mit 500 000. Nach Radio Moskau hatte die nordkoreanische Hauptstadt nach dem letzten Luftangriff (Febr. 51) praktisch zu bestehen aufgehört. Südkoreas Hauptstadt glich nach der Evakuierung durch die UN-Truppen einem brennenden Scheiterhaufen. Die gleiche Unmoral erleben wir bei der amerikanischen Kriegführung in Vietnam. Da berichtet dpa von dem Auffinden eines unterirdischen Vietkong-Lazaretts: "Die Nordamerikaner sprengten das Lazarett in die Luft", und berichtet weiter in Einzelheiten von den völlig unzu-

reichenden sanitären Verhältnissen bei den Vietkongverbänden, wo eine schwere Wunde den Tod bedeutet, da Tetanusspritzen fehlen und es Aerzte erst beim Regimentsstab gibt.

JAPAN

durfte 1945 keinen Frieden haben, bevor nicht die beiden Atombomben abgeworfen worden waren. Marshall nahm vorher keinerlei Notiz von den Friedensangeboten.(*238) Am 6.10.67 gedachte Japan zum 22. Male dieses Verbrechens. 150 000 Menschen fielen ihm in Hiroshima zum Opfer. Der Bürgermeister hielt um 8 Uhr seine kurze Ansprache, das Geläute der grossen Friedensglocke setzte ein und die Sirenen und Schiffe im Hafen folgten. Dann die Minute des Schweigens, während der die Mütter vor dem Kinderdenkmal niederknieten und beteten, und gefaltete Papierkraniche niederlegten im Andenken an die damals gemordeten Kinder. Den New Yorkern gelang nicht die vollständige Zerstörung der Seele Japans. Mac Arthur persönlich rettete das Kaisertum gegen die Vorschläge von jüdisch-demokratischer Seite. Es kommt zur "Erziehung zur Demokratie" mittels "Kriegsverbrecher"prozessen.(*239) Das nationale Mahnmal in den Bergen bei Tokio erinnert heute an die amerikanisch-jüdischen Justizmorde auf japanischem Boden und wurde stellvertretend inzwischen auch zum Wallfahrtsort der Deutschen, die Japan besuchten.(*240) Im Friedensvertrag von San Francisco, 8.9.51, verliert Japan sämtliche territorialen Erwerbungen der letzten 80 Jahre. Zugleich wird ein Sicherheitspakt mit den USA geschlossen. Am 11.2.53, dem "Reichsgründungstag", wird jedoch schon zum ersten Mal wieder am Kaschiwara-Schrein in Nara der Thronbesteigung des Jimmo-Tenno festlich gedacht. Unter der demokratischen Diktatur war dieses Fest verboten als "unvereinbar mit den Prinzipien geschichtlicher Forschung". Japan liess sich seine Vergangenheit nicht von anderen bewältigen. Am 16.10.56 wird der Kriegszustand mit Russland ebenfalls durch Vertrag in Moskau beendet. Verzicht auf Reparationsleistungen. 1957/58 werden alle restlichen amerikanischen Streitkräfte aus Japan zurückgezogen. 1960 kommt es zu blutigen Unruhen infolge des Abschlusses eines neuen Sicherheitsvertrages mit den USA, sodass die Regierung Eisenhower bittet, von seinem Staatsbesuch abzusehen. Die Frage der Rückgabe der Riu-Kiu-Inseln und der Bonin-Inseln war Hauptgegenstand der Besprechungen, die Ministerpräsident Sato im Oktober 67 in Washington führte. Der Tod Yoshidas 20.10. beendete die erste Epoche des Wiederaufbaus.(*241) Er hatte die Geschicke Japans bis 1954 als besonderer Vertrauter Mac Arthurs gelenkt und erreichte dessen Eingliederung in die neue Welt unter weitestgehender Schonung der arteigenen Substanz. Ende Oktober 1967 sah sich Japan gezwungen, in einer ernsten Note die USA-Regierung dringend vor den protektionistischen Tendenzen zu warnen, die sich in verschiedenen neueren Massnahmen ausdrückten. Es wird mit Einschränkung der amerikanischen Importe als Vergeltungsmassnahme gedroht.

Aussenpolitisch bemüht sich Japan, ein Gleichgewicht herzustellen zwi-

schen Russland und China. Man merkte in Japan auf, als der amerikanische Unterstaatssekretär Katzenbach am 21. Mai 1968 im Presseklub von Washington das Wort des amerikanischen Präsidenten John Tyler aus dem Jahre 1853 an den chinesischen Kaiser zitierte: "Die Regierungen zweier solch grosser Staaten – Amerika und China – sollten in Frieden miteinander leben. Es ist natürlich und entspricht dem Willen des Himmels, dass sie sich gegenseitig respektieren und weise handeln." Man sieht die Gefahr, von den Amerikanern missbraucht und vorgeschoben zu werden und bemüht sich daher um eine Brücke zu Peking. Gewisse Konzessionen in Sibirien und andererseits Zunahme des Handels mit China sind die ersten Früchte dieser abwägenden Politik. In Südostasien tritt Japan nirgends militärisch, wohl aber zunehmend auf wirtschaftlicher Ebene in Erscheinung. Der Rückzug des von der Arbeiterpartei regierten Grossbritanniens aus Südostasien bringt Japan weitere Chancen, denn es begeht nicht den Fehler Westdeutschlands, sich mit seinen Gegnern militärisch zu liieren, hat vielmehr erkannt, dass heute die Wirtschaft dominiert, und dass gleichzeitig die Seele nicht zerstört werden darf. In den vorjährigen Gesprächen mit Sowjetrussland zeichnet sich neben einer Sicherung der für Japan lebenswichtigen Fischerei um Sachalin die Beteiligung an der Ausbeute Ostsibiriens ab. Angesichts der Spannungen zu China liegt es Russland daran, seinen Randgebieten am Pazifik eine neutrale Flanke und einen schnelleren Aufbau zu bieten. Das Verhältnis zu den USA ist weiterhin nicht ohne Spannungen. Die Opposition wirft Sato vor, den Begriff "Sicherheit" in amerikanischem, aber nicht in japanischem Sinne auszulegen. Die enge Verbindung mit den USA laufe der Verfassung zuwider. Der Vorsitzende der "Komeito", Takeiri, fragte Sato im Parlament, "ob er denn wirklich glaube, die Vereinigten Staaten würden Japan im Ernstfall verteidigen", und machte sich mit dieser Frage zum Sprecher Japans überhaupt. Besonders fällt es auf, dass Japan sich in die Rolle eines Frühwarners bei einem Angriff auf Amerika lotsen liess, als es bei der 1968 erfolgten Rückgabe der Bonin-Inseln an Japan die Stationierung von Aufklärungsgeschwadern zur Beobachtung der Bewegung von Unterseebooten in Iwojima zusicherte, sowie die Stationierung einer Zerstörerflotille in Tschitschijima, der Bonin-Insel mit dem besten Hafen, gestattete.

---

*238 - Es unterliegt keinem Zweifel, dass diese selbst für unsere Zeiten einmalige Untat den USA Gelegenheit geben sollte, auch der UdSSR die neue Waffe vorzuführen. Es war eine Art Wink mit dem (allerdings etwas überdimensionalen) Zaunpfahl, sich an die Abmachungen zu halten.

*239 - Es war der zionistische Oberste Richter Perlmann in Washington, der Mac Arthur die Zuständigkeit einer Begnadigung Tojos und seiner Kameraden absprach und so die Hinrichtungen in Japan befahl.

*240 - Vgl. Herbert Feis, "Japan subdued. The Atomic Bomb and the End of the War in the Pacific", Princeton N J, 1961. Alle drei Verfasser dieses Buches kommen zu dem Urteil, dass Japan bereits vor dem Abwurf der Atombomben kapitulationsreif war. "Völkerrechtliche Skrupel wegen der Folgen eines Atombomben-Angriffes traten nicht auf, denn nach angelsächsischer Rechtsauffassung

ist im Kriege die Anwendung jeder Waffe erlaubt, die nicht ausdrücklich durch internationale Abkommen verboten ist. Japan war eine "belagerte Festung" und die Bevölkerung teilte das Schicksal der Verteidiger." Es ist die gleiche auf niedriger Kulturstufe stehende Menschengruppe, die als Exponenten einen Eisenhower in Europa hatte. Den Niveauunterschied zeigt folgende Notiz, die wir dem "Weg", Buenos Aires 1949/745 entnehmen: "General Eisenhower sass unbeweglich hinter seinem Schreibtisch mit dem Gesichtsausdruck einer Gipsmaske. Die Deutschen wurden vor seinem Schreibtisch aufgebaut. Der Oberbefehlshaber sah den General Jodl starr an und fragte dann den Dolmetscher: "Wissen die da, was sie unterzeichnet haben?" Jodl bestätigte "Ja, ja", noch bevor der Dolmetscher sprechen konnte. Da sagte der General Eisenhower barsch den Deutschen, dass sie die Uebergabebefehle des Alliierten Hauptquartiers für die einzelnen Einheiten erhalten würden. Dann sagte er: "Man führe sie weg". Die Deutschen wurden aus dem Büro des Oberbefehlshabers hinausbefördert." (wörtliche Uebersetzung der NEA-Meldung aus Reims) — Und es wird dem gegenübergestellt: "Gesandter Dr. Paul Schmidt erzählte mir aus eigenem Erleben, dass Hitler bei seinem ersten Zusammentreffen mit Pétain diesem gegenüber äusserte: "Herr Marschall, es tut mir leid, Sie unter diesen Umständen zu treffen, da ein so grosses Unglück über Ihr Land gegangen ist." (Sven Hedin in seinem Buch "Ohne Auftrag in Berlin")

*241 - Den weiten Weg, den Japan in wenigen Jahren zurücklegte, ermisst man, wenn man bedenkt, dass 1946 noch eine 4-Mächte Kommission gebildet werden sollte, die Japan 25 Jahre hindurch kontrollieren sollte. 1950 schon kehrten die auf Grund der völkerrechtswidrigen Eingriffe der Amerikaner ins innerpolitische Leben des Landes von aller politischen Tätigkeit Ausgeschlossenen ins öffentliche Leben zurück. Verboten waren zunächst: synthetische Erzeugung von Stickstoff, Erzeugung synthetischer Treibstoffe, Herstellung von Aluminium und Magnesium, Erzeugung und Verwendung von Atomenergie und eine ganze Reihe wissenschaftlicher Forschungen. Dann aber benötigten die USA die japanische Industrie, um der Armut in Asien zu steuern, und Japan profitierte am Korea-Krieg, der die Initialzündung abgab für den Wiederaufstieg, denn er gab gewissen japanischen historischen Erfahrungen recht. Heute schätzt es der Mann auf der Strasse nicht, englisch angesprochen zu werden, denn er hasst die Amerikaner. Erst, wenn man seine Nationalität hinzufügen kann, darf man auf freundliche Antwort hoffen. Das Bewusstsein um seine geschichtliche Situation blieb dem Japaner erhalten, dieses Bewusstsein, um dessen Zerstörung es den Zionisten geht, wenn wir zB in "Reader's Digest" II/68 einen Robert Nathan zitiert finden: "Es besteht zweifellos ein Zuviel an Geschichte. Das ist es, was wir heute leider erleben."

V. AUSTRALIEN UND OZEANIEN

AUSTRALIEN

hat seine "sibirischen" Funktionen im Rahmen des Empire viel früher schon gegen modernere vertauscht, als dies bei der Sträflingskolonie Russlands der Fall war. In beiden Fällen spielten sowohl die Abgelegenheit des Platzes wie die Notwendigkeit einer Besiedlung mit eigenen Staatsangehörigen dabei eine Rolle. Bis heute hin ist jedoch in beiden Fällen der Wunsch auf weitere Besiedlung – in beiden Fällen sogar als Spiegelung des gleichen gelben Gegendruckes – vorrangig geblieben. Das wesentliche Merkmal der australischen Politik ist daher rassistisch, und war es von Anbeginn an (*242), wie die fast vollständige Ausrottung der Australneger belegt. Diese Besiedlung soll von Europa her erfolgen. Von England erwartet man nach der dortigen Entwicklung heute kaum noch Zuzug, sodass auf dem Festlande, vor allem auch in der BRD Einwanderungspropaganda betrieben wird. Doch ist der Erfolg sehr bescheiden. In den letzten fünf Jahren wanderten 21 000 Einwanderer wieder aus und anstatt der erwarteten 148 000 wanderten nur etwa 48 000 ein. Verantwortlich dafür ist das besondere menschliche Klima in Australien mit seiner typischen Verstädterung. 90% des Landes verzeichnen eine Bevölkerungsdichte von weniger als 5 Personen auf den Quadratkilometer, der Rest lebt in den östlichen und südwestlichen Randgebieten. Es herrscht wirtschaftlicher Aufschwung und dennoch Arbeitslosigkeit. Man spricht von "fumbling leadership" durch die Koalitionsregierung aus Agrariern und Liberalen und die Arbeiterpartei dürfte wieder das Heft in die Hand nehmen. Besonders erregt die Menschenleere im Norden des Landes die Gemüter, denn dort liegt Darwin nur 400 km von dem überbevölkerten Indonesien entfernt und ist über 3 000 km durch eine Wüste hindurch von dem übrigen Australien getrennt. Gerade hier wird die "Weiss-Australien-Politik" als dringend empfunden. Einstweilen hat man sich mit dem Ausbau des Kriegshafens und der Anlage von Raketenbasen geschützt, doch ist das nicht die richtige Haltung in einem Augenblick, da Australien andererseits in der Grossen Politik um farbige Freundschaft buhlt. Der Rückzug Grossbritanniens aus dem südostasiatischen Raum hat Australien (und Neuseeland) die Rolle des Beschützers gegen den Kommunismus mehr oder weniger wider Willen aufgebürdet und zwingt zu enger Zusammenarbeit mit Ma-

laysia, Thailand und Indonesien. Der Versuch, in Kambodscha mit der diplomatischen Vertretung der USA eine beachtete Mittlerrolle zu spielen, ist fehlgeschlagen, obwohl Sihanouk und Holt März 1967 über der australischen Anerkennung der Grenzen Kambodschas vorübergehend Freundschaft schlossen. Die Verpflichtungen im weiten Raum Südostasiens nehmen Australien auch die Möglichkeit, weitere Truppen nach Vietnam zu senden, sodass bei dem schwachen Militärpotential des Kontinents aus der Phrase, wonach Australiens Grenze in den Dschungeln Vietnams liege, in der Praxis wieder die alte Parole von der "Festung Australien" geworden ist.(*243) Dass dieser Staat bei UN-Abstimmungen gegen Südafrika und Rhodesien Stellung nimmt ist sittlich also mehr als unbegründet. Der japanische Gesandte hat in dieser Lage einen bis an die Grenzen des politisch-Möglichen gehenden Vorschlag auf Zulassung einer Art symbolischer Einwanderung von kleinsten Kontingenten gemacht. Der australische Kirchenrat, eine rein politische Organisation, die dem sogenannten "Weltkirchenrat" angeschlossen ist (*244) steht natürlich ebenso lautstark auf der Seite der Gegner dieser rassistischen Politik und bezeichnet die amtliche australische Politik als "eine Geringschätzung der Asiaten", sät also so bewusst Unfrieden in die Welt zwischen Pazifik und Indischem Ozean. Andererseits hat der Abzug Englands eine Annäherung an die USA als Notwendigkeit abgezeichnet, obwohl gerade den USA gegenüber eine starke Aversion in Australien besteht, die sich besonders deutlich im Mai 1963 bei der scharfen Ablehnung der Errichtung einer Funk- und Marinebasis der USA bei Learmouth am Nordwestkap in Westaustralien manifestierte. Wenn schon militärische Zusammenarbeit mit den USA, dann höchstens auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung, war der Tenor dieser Stimmen. Eine Verteidigung Australiens ohne nordamerikanische Hilfe hält man für unmöglich, Nordamerika aber wird nach den Erfahrungen in Korea und Vietnam keineswegs mehr als zuverlässiger Bundesgenosse gegen den Kommunismus angesehen. Dass die USA auf wirtschaftlichem Gebiet Australien die kalte Schulter zeigen (von Johnson verhängte Einfuhrbeschränkungen für Molkereiprodukte) stärkt nicht gerade die Freundschaftsbande über den Pazifik hinweg. So hilft man sich einstweilen selbst, so weit man kann. Dabei sind rechtliche Erwägungen kein Hindernis, etwa die als Mandatsgebiet verwaltete (ehemals deutsche) Insel Manus zur Militärbasis auszubauen (*245), während gleichzeitig Südafrika vorgeworfen wird, in Südwestafrika eine Militärmacht aufzubauen. Während in einem bei den UN amtlich registrierten Dokument gesagt wird, "dass die deutschen Frauen in Windhoek bewaffnet seien. Gingen sie über die Kaiserstrasse und es begegne ihnen ein Eingeborener, der sie störe oder keinen Platz mache, so zögen sie den Revolver, schössen den Eingeborenen über den Haufen und liessen ihn liegen. Wenn alles gut ginge, würde sich dann die städtische Abfuhr gelegentlich des Toten durch Abtransport erbarmen" und so gegen ein völlig demilitarisiertes Gebiet in der Art der "Sechs-Millionen-Legende" gehetzt wird, baut Australien ein Mandatsgebiet ohne jeglichen Widerstand zur bedeutendsten Militärbasis im Bismarck-Archipel aus. Es gibt keinen UN-Ausschuss für Manus, es kommt keine Abordnung angeflogen, um die Verwaltung zu übernehmen, es wird nicht von Sanktionen geredet, es ist kein Weltfrieden gefährdet, es wird ja nur eine Festung auf fremdem Boden gebaut. Auch im Pazifik sind so die deutschen Schutzgebiete erst unter den neuen Herren zu imperialistischen Stützpunkten ausgebaut worden. Hätte man diese Gebiete Deutschland belassen, so wäre es nicht notwendig, dass heute (August 1966) Professor Munre von der Universität Sydney den verzweifelten Vorschlag macht, die Kap York-Halbinsel den — Deutschen zu verkaufen, damit diese so mit einer Besiedlung und Entwicklung dieses Gebietes Australien vor dem farbigen Norden retten. Das als kolonisationsunfähig verleumdete deutsche Volk wird

entsprechend antworten. Der Ruf "The Germans to the front" hat im Osten nur einmal gezündet. Jetzt heisst die Parole auch hier: "Ohne uns!"

*242 - Kapitän Carl Ettling beschreibt ("Jambo", Leipzig 1929) eine Reise nach den Gilbert-Inseln 1905: "Gegen Mittag kam in Brisbane ein Schleppdampfer mit einer Anzahl grosser Leichter längsseits, die mit schwarzen Leuten vollbesetzt waren. Der Gesang von Kirchenliedern tönte an unser Ohr. Wir sollten diese Fahrgäste mitnehmen. Bald sollten wir erfahren, was für Leute die Ankömmlinge waren. Es war eine fürchterliche Tragödie, die sich vor unseren Blicken entrollte. In Australien hatte die Arbeiterpartei durchgesetzt, dass das Land ausschliesslich für die weisse Rasse reserviert werden sollte, und deshalb wurden diese Farbigen, die zum Teil in Queensland geboren waren, des Landes verwiesen. Sie sollten in die wilden Urwälder der Neuen Hebriden abgeschoben werden, nachdem sie seit Jahren auf den Zuckerpflanzungen in Queensland gearbeitet hatten. Viele der Pflanzungsbesitzer waren Deutsche oder Nachkommen solcher und hatten die Arbeiter vorzüglich behandelt. Die Farbigen waren ohne Ausnahme Christen. Gegen das Ungesetzliche ihrer Austreibung wurde keine Stimme laut. Ihr schwarzer Prediger versuchte, sie mit schlichten, ergreifenden Worten zu trösten. Wir Europäer, die dem Gottesdienst beiwohnten, waren tief ergriffen. Sie wären viel lieber nach Samoa oder Neuguinea gegangen, um sich unter deutscher Flagge eine Existenz zu gründen, aber die australische Regierung schickte sie, der Ersparnis wegen, lieber nach den nähergelegenen, aber gefährlichen Neuen Hebriden, die von England und Frankreich gemeinsam, und entsprechend schlecht verwaltet werden."

*243 - Am 12. Januar 1968 erklärte Premierminister John Gorton, "dass Australien die Vorschläge Grossbritanniens zum beschleunigten Abzug aus Südostasien nicht ohne Protest hinnehmen könne. Die australische Regierung ersucht dringend, ob nicht statt dessen eine Truppenverminderung in Europa möglich sei. Australien und Neuseeland können die Rolle der britischen Streitkräfte nicht übernehmen." Der britische Commonwealth-Minister George Thomson erwiderte beruhigend, aber kaum überzeugend, es sei undenkbar, dass Grossbritannien Australien nicht zu Hilfe eilen würde, wenn dieses angegriffen werde, wie auch umgekehrt Australien England in den zwei letzten Weltkriegen geholfen habe.

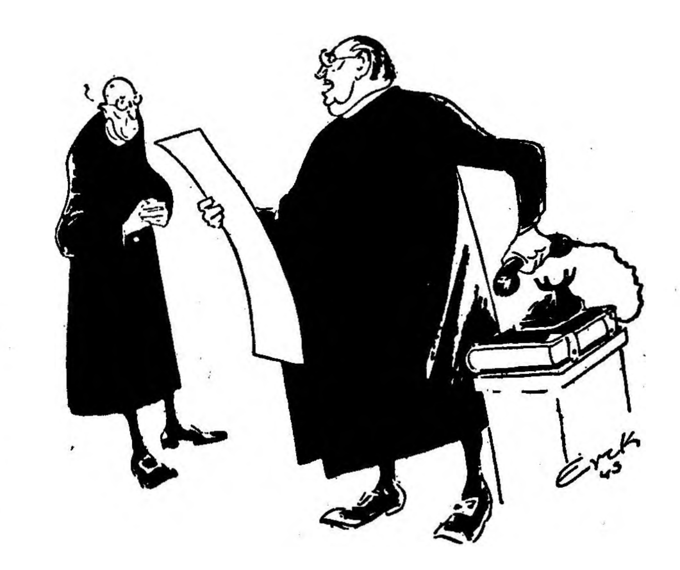
*244 - Der Weltkirchenrat wurde 1948 in Amsterdam auf Veranlassung des Nationalen Kirchenrats der Vereinigten Staaten (damals noch "Federal Council of Churches", heute "National Council of Churches") gebildet. Um die Haltung dieser neuen Nachkriegsorganisation zu verstehen, müssen wir also in den USA beginnen. Eine sehr wesentliche Rolle bei der Formung des evangelischen Klerus spielt dort Reinhold Niebuhr, seit 1915 an verschiedenen Priesterkollegs als Erzieher tätig, zuletzt als Professor für Angewandtes Christentum am Union Theological Seminary in New York, einer Rothschild-Rockefeller-finanzierten Institution. Niebuhr war Mitglied einer Unzahl von kommunistischen Organisationen und wurde von dem Abgeordneten Donald A. Jackson vor dem Kongress angeklagt, "Gott am Sonntag und zum Ausgleich den Kommunisten die übrigen Tage der Woche gedient zu haben". Niebuhr schrieb 1933 das Buch "Moral Man and Inmoral Society". In einer nur für Geistliche bestimmten Besprechung dieses Buches im "Christian Century Pulpit" heisst es: "Damit geht Dr. Niebuhr, obwohl schon lange ein führender Pazifist, über in das Marxistische Lager, nimmt den Klassenkampf als unvermeidbar und gerechtfertigt an und bietet uns in diesem Buch seine Auffassung von der Funktion der Religion in einem derartigen weltweiten Kampf an." Das frühere (Dies-) Komitee für Unamerikanische Tätigkei-

ten sagt: "Ein berühmter marxistischer Professor am Union Theol.Semin., Reinhold Niebuhr, hat den marxistischen ethischen Gesetzen Anerkennung bei einer grossen Gruppe junger protestantischer Geistlicher in diesem Lande verschaft. Sein Einfluss auf sie ist bedeutend... Bevor wir nicht seinen Einfluss auf einen weiten Sektor protestantischer Geistlicher in diesem Lande begreifen, werden wir auch nicht weit kommen bei der Untersuchung, inwieweit die Kirche Teil der kommunistischen Bewegung geworden ist." Niebuhr erklärte 1934: "Marxismus ist eine moderne Form jüdischer Prophezeiungen... Marxismus wurde geboren aus dem Herzen des jüdischen Propheten und des arbeitenden Menschen... Radikalismus ist säkularisierte moderne Prophesie." Natürlich war Niebuhr 1937 bereits Mitglied der "American Civil Liberties Union" (zusammen mit Felix Frankfurter in deren "Committee on Academic Freedom"), war im "American Committee for Protection of the Foreign Born" im März 1940 zum Schutz der jüdischen und kommunistischen Einwanderung, ist Mitglied des uns bereits bekannten rassistischen "American Committee on Africa", er war Präsident der "Union for Democratic Action" in Zusammenarbeit mit David Dubinskys Liberaler Partei, war Mitherausgeber der linksextremen Zeitschrift "New Republic", nahm an der "Radical Student Conference" schon 1926 teil, war Mitglied des sehr einflussreichen "Central Committee of Consultants" (zusammen mit den gleichgesinnten Henry Luce und Robert Hutchinson) des von der uns ebenfalls bereits bekannten berüchtigten Ford-Foundation abhängigen "Fund for the Republic", welcher das subversive Werk "Religion and the Free Society" 1958 herausgab, usw. usw. Insgesamt kann man die erstaunliche Zahl von 40 kommunistischen Organisationen aufzählen, in denen Niebuhr tätig war, neben 66 anderen als sozialistisch, pazifistisch oder radikal zu bezeichnenden. Neben Niebuhr waren andere, weniger profilierte Professoren im gleichen Sinne tätig. Mehr als einmal hat der USA-Kirchenrat Personen mit amtlich festgestellten kommunistischen Beziehungen zu Präsidenten gewählt (Edwin T. Dahlberg zB), und diese haben laufend in prokommunistischem Sinne in die USA-Politik eingegriffen (Forderung der Freilassung des kommunistischen Führers Earl Browder – "Gerechtigkeit" gefordert für den Atomspion Morton Sobell – Protest gegen die Deportation des australischen Kommunisten Harry Bridges – Verurteilung des McCarren Gesetzes, welches die kommunistische Einwanderung verhindern sollte, usw.).

Diese Gruppe marxistischer Geistlicher also gründete den Weltkirchenrat. Der Sekretär desselben, Dr. Visser't Hooft meint dabei in seiner ersten Ansprache: "Es ist ein neuartiges Schiff auf seiner Jungfernreise, mit unbekanntem Ziel..., und wir setzen Segel inmitten eines der schwersten Stürme der Geschichte." Scheint uns schon nach dem bis hier Bekannten die Phrase von dem "unbekannten Ziel" wahrheitswidrig, so klären die weiteren Ereignisse wirklich restlos Absicht und Ziel dieser Gründung. Den "Sturm" aber schüren niemand anders als sie selbst.

Aus diesen Ereignissen greifen wir zunächst einmal eine Liste von Büchern heraus, die der Kirchenrat empfiehlt. Darin erscheint "Black Reconstruktion" des mit 75 "communist front records" (amtlichen Belegen über kommunistische Betätigung in den USA) belasteten und ausser Landes ins kommunistische Ghana geflohenen Negers Du Bois, sowie das Werk des mit dem Sowjetischen Friedenspreis ausgezeichneten Victor Perlo, "The Negro in Southern Agriculture" (Perlo wird amtlich als Kopf der zweitgrössten kommunistischen Untergrundbewegung in den USA bezeichnet), und "Good-Bye Christ" des kommunistischen Negers Langston Hughes. Ausserdem werden die obszönen Bücher "Without Magnolias" und "Color Blind" von dieser kirchlichen Organisation empfohlen. Dagegen bemühte man sich, den Film "Operation Abolition" in Miss-

kredit zu bringen, der die kommunistischen Revolten in San Francisco darstellte. Die Verbindung zu kommunistischen Negerorganisationen ist bekannt. Kommunisten wie der Geistliche Martin Luther King (dessen Teilnahme an kommunistischen Versammlungen wurde durch Fotos in US-Zeitungen laufend belegt), sind das Idol des WKR. Die heutigen Rassenunruhen in den Vereinigten Staaten haben dort eine ihrer wesentlichen Wurzeln. Die seit der Französischen Revolution bekannte Politisierung des Satzes von der Gleichheit aller Menschen vor Gott spiegelt sich immer wieder in den Aeusserungen dieser Wortgewandten. Doch soll es nach dem ausdrücklichen Willen der Führenden nicht bei Worten bleiben. Als Visser't Hooft 1966 im Freimaurertempel der Paulskirche in Frankfurt von dem Freimaurer Friedrich Georgi der "Friedenspreis des Deutschen Buchhandels" (bezeichnenderweise zusammen mit dem Jesuitenkardinal Bea) verliehen wurde, sagte er, "dass die schlechten Weltzustände unmittelbar, konkret von den Christen verbessert werden müssen", und wurde "als Repräsentant der modernen kirchlichen Auffassung" bezeichnet, "die im direkten Engagement für die Welt den höchsten Auftrag für den Christen sieht". Wenn auch nicht ausgesprochen (in Frankfurt war man eben noch nicht so weit wie in den Staaten), so folgt er doch damit jener Richtung der Oekumene, die bei der Realisierung dieses Zieles auch vor dem Revolutionären nicht halt macht. Visser't Hooft formulierte es viel diplomatischer, und damit weniger herausfordernd: "Aber bedenken wir, was es bedeuten würde, wenn alle Christen ihre Solidarität mit den hungrigen Massen Asiens und Afrikas wirklich ernstnehmen, und wenn alle Kirchen zusammen in Tat und Wort sich daranmachen würden, auf eine gerechte, soziale Ordnung auf internationaler Ebene hinzuwirken." Und die "Frankfurter Zeitung" fügt von sich aus an: "Niemand kann es den Christen von heute verwehren, wenn sie sich angesichts der grossen Not und Verwirrung in unserer Zeit nicht gedulden, sondern zutiefst erschüttert die Dinge selbst in die Hand nehmen wollen." Wie dieses Eingreifen aussehen soll, erläutert unmissverständlich die Botschaft der Weltkirchenkonferenz vom Juli 1966. In vier Richtungen soll gehandelt werden: "Moderne Technik. Notwendigkeit zu beschleunigter Entwicklung in Asien, Afrika und Lateinamerika. Kampf um den Weltfrieden. Problematik einer gerechten politischen und sozialen Ordnung bei abgeänderter Bedeutung des Staates." So werden zunächst die drei bestehenden Wirtschaftssysteme, Kapitalismus, Sozialismus und Kommunismus gelobt für ihre bisherigen Bemühungen auf diesem Wege. Die Christen könnten in allen drei helfen, die glückliche Endlösung herbeizuführen. "Ein hoffnungsvolles Zeichen unserer Zeit ist der wachsende Sinn für internationale Verantwortung." Ein langfristiger Kapitaltransfer muss in Richtung der Unterentwickelten vorgenommen werden. "Es kommt der Augenblick, da dann dies zu einem Internationalen Budget und einem Internationalen Steuersystem führt." Dies kann nur unter einem Weltsozialismus verwirklicht werden. Der WKR fordert daher "schrittweise Ueberlagerung der nationalen Anstrengungen durch übernationale Annäherungen". Dabei ist "das grundlegende Problem die Absicht des Geschäftsmannes, Gewinne zu erzielen, die sich gegen eine gleichmässige Verteilung wendet". Obwohl als "christliches Dokument" bezeichnet, werden die eigentlichen Gründe der sozialen Ungleichheit auf der Welt nicht berührt. Dann geht der Bericht über zu einer Reihe von Empfehlungen, die an die bekannten freimaurerisch jüdischen Einwelt-Ideen erinnern, die zB in der Havanna-Charter 1947 den Vereinigten Nationen vorgelegt worden waren, und die Präsident Truman und der Kongress dann ablehnte, die dann Wiederaufstehung fanden in dem erneut vom Kongress der Vereinigten Staaten 1951 abgelehnten SUNFED (Special United Nations Fund for Economic Development)-Plan, oder auch in den Aeusserungen des schwedischen Internationalisten Gunnar Myrdal ("Internationale Wirtschaft",



"Lord Rumford liegt im Sterben und bittet Herrn Erzbischof um geistlichen Zuspruch" "Mein Gott, immer diese Stoerungen! Um 11 Uhr habe ich eine Huldigungsfeier fuer Lenin, um13 Uhr eine Rundfunkrede, um 14 Uhr kommt der Hearst-Reporter, um 16 Uhr die Bombenweihe fuer die USA-Flieger, um 17 Uhr -, ja, zum T....! was glaubt denn Mylord, wozu ich da bin??!" (aus der Wochenzeitung "Das Reich")

Berlin 1958). (Er kann nicht umhin, zuzugeben, dass die Welt von 1913 viel weitgehender – und natürlicher – integriert war, wie die heutige, sieht aber in der Desintegration (=Zerstörung) der alten Welt nur eine Uebergangsphase hin zu einer neuen, viel weitgehender integrierten Welt, das heisst auf Gleichheit ihrer Teile aufgebauten Einwelt, denn, sagt Myrdal, "wirtschaftliche Integration ist die Verwirklichung des alten westlichen Ideals (!) der Gleichberechtigung". Dabei meint er, zunächst noch einen weiteren Schritt zurückgehen zu müssen mit dem Aufbau streng nationalistischer Regime in den sogenannten "Unterentwikkelten Ländern", denn nur durch straffste Planung und energische Beschleunigung der Entwicklung könnten deren nächstrangige Probleme gelöst werden (die doch oft erst durch Schaffung dieser Länder entstanden sind!). Das heisst, er entfernt sich mit jedem vermeintlichen Schritt hin zu seinem Ideal tatsächlich immer weiter von ihm weg und sinkt dabei seit Zerstörung der Alten Welt immer tiefer ins Chaos. Natürlich gibt er die Schuld für diese negative Entwicklung nicht etwa den Zerstörern sondern denjenigen, die sich aus Eigennutz dem Neuaufbau seiner schönen Einwelt widersetzen. So kommt er zu dem Ergebnis der "Unmöglichkeit einer demokratischen Weltregierung in unserem Zeitalter" (aaO S. 6), bedauert dieses und geht trotzdem nicht von seinem Wunschtraum auf Zusammenfassung der Welt ab, dem er einstweilen in zwischenstaatlichen Abmachungen näherkommen will. "Das ist aber noch weit entfernt vom Ideal (!) einer demokratischen Weltregierung, da derartige Uebereinkünfte Rechte und

Pflichten nur für die Regierungen beinhalten, nicht aber direkt für den einzelnen Bürger.")

An Stelle von zwischenstaatlichen Anleihen soll nach dem Plan des Weltkirchenrats, "eine Rationalisierung der Verteilung unter den Auspizien der UN" erfolgen. Es sollen "Weltmärkte" errichtet werden. Sodann wird in dem Glauben, dass ein wünschenswertes Ziel alle Mittel rechtfertigt, vorgeschlagen "nicht-kapitalintensive und nicht-technisch-intensive Industrien in Länder zu verlegen mit ungenügend Kapital, aber reichlich Arbeitskraft", und es wird "die Annahme der damit verbundenen Probleme durch die dadurch betroffenen entwickelten Länder gefordert". Es heisst weiter wörtlich in diesem kirchlichen Dokument: "Die von Grund auf erfolgende Umgliederung der wirtschaftlichen Welt schliesst notwendigerweise zeitweilige Erschütterungen und möglicherweise Leiden für viele Menschen ein. Die erste Aufgabe der Kirchen in dieser Lage ist es, mit der Regierung oder dem verantwortlichen Machtfaktor zu sprechen und zu fordern, dass vorhergehende Massnahmen getroffen werden, um die Schwierigkeiten, welchen Einzelne oder Gruppen gegenüberstehen werden, zu vermeiden oder wenigstens zu verringern oder abzuschwächen. Erst, nachdem die notwendigen Präventivmassnahmen getroffen worden sind, soll die Kirche das Volk darauf vorbereiten, diese Probleme zu akzeptieren und zu bewältigen, und die Vision einer Grösseren Weltordnung kundtun, für welche die Umgliederung notwendige Voraussetzung ist." Es ist wohl wirklich kaum übertrieben, wenn man sagt, dass ein Atomkrieg weniger Leiden der Menschheit bringen würde als die hier geforderte Umgliederung der Welt mit ihren Massenumsiedlungen aus den Industrieländern in die unterentwickelten Gebiete. Weil die Natur nicht den Weg gegangen ist, den man braucht, soll jetzt von Menschenhand die gesamte Welt umgestürzt werden und jahrzehntausende menschlicher natürlicher Entwicklung zerstört werden zugunsten der politischen Herrschaftsidee einer sich "auserwählt" dünkenden Minderheit, und die christlichen Kirchen lassen sich nach entsprechender Erziehung ihrer Priester in ein Projekt einspannen, welches alle schon bisher an sich reichlich blutrünstigen Projekte auf Weltverbesserung, angefangen von der Französischen Revolution bis zur Kommunistischen und zur UN weit in den Schatten stellen würde. Die Herren Geistlichen sind dabei so von ihrer Menschlichkeit überzeugt, dass es ihnen gar nicht auf ein paar Millionen Toter auf dem Wege zu ihrem angeblichen Gottesstaat ankommt. Schon Myrdal schlägt für Indien eine ähnliche interne Landreform vor und meint kaltschnauzig: "Es wird dadurch sicher vorübergehend eine landwirtschaftliche Unterbilanz eintreten, und es kann nicht schwer vorausgesehen werden, dass Hungersnöte in den Städten das Ergebnis sein werden" (aaO S. 183). Man fragt sich mit Recht, wieviele Millionen Menschen würden entwurzelt, ruiniert, versklavt, gequält und gemordet werden unter dem Wirtschaftsplan des Weltkirchenrats? Die Verfasser dieses menschlichen Dokuments überlegen sodann, wie man die Menschen dazu überreden könne. Man müsse das Ganze hinstellen als "Ausfluss einer altruistischen Ethik und Gerechtigkeit". Da aber das kaum ziehen wird, denkt man an eine Weltdiktatur unter der Bezeichnung "Weltwirtschaftsplan" und spricht von "Internationaler Arbeitsverteilung". Eine "kirchliche Beteiligung an der politischen Erziehung" wird gefordert, "um den politischen Willen zu schaffen, der die Bildung einer wirtschaftlichen und sozialen Weltordnung wünscht, die vereinbar ist mit dem christlichen Gewissen" (das heisst mit dem Gewissen, welches ein Niebuhr ausgebildet hat). Es wird "eine Sozial-Erziehung gewünscht, die mithelfen soll, dass die Welt die notwendigen Kosten einer Weltwirtschaftsentwicklung für notwendig hält". Die vielen Reden über sogenannte "Entwicklungshilfe" rieseln seitdem ja auch schon reichlich über uns. Zugleich wird "eine Verminderung nationaler

Souveränität" gefordert. Es wird hinzugefügt, "dass es keinen Grund dafür gibt, warum Priester nicht eine aktive politische Rolle spielen sollten, auch dann, wenn örtliche Gesetze eine solche verbieten sollten" (!). Ja, man geht noch weiter: "Politische Verwicklungen werden Christen manchmal mit schwierigen Vorgängen, wie dem Gebrauch verfassungsmässiger oder ausserverfassungsmässiger Methoden in Verbindung bringen, mit dem Gebrauch von Gewalt oder auch Gewaltlosigkeit, dem Recht von Minderheiten oder anderer unterdrückter Gruppen innerhalb einer Nation." Das Ganze hört sich an wie die Dienstvorschrift für einen Kominternagenten. "In vielen Fällen, wo die Gesetze die Verfassung verletzen, und keine sofortigen Gesetzesänderungen erreichbar sind, wird der Christ aufrufen zu zivilem Ungehorsam (Sitzstreiks, passiver Ungehorsam, oder bewusste Verletzung der Gesetze). In jenen Fällen, in welchen die Verfassung selbst schlecht (inadequate) ist, muss der Christ für ihre Aenderung im Interesse besserer Garantien für die Menschenrechte aufrufen. Wo solche Aenderungen aber unmöglich sind, wird der Christ zu dem Schluss kommen, dass er keine andere Lösung hat, als diejenige, die Verfassung zu verletzen, um eine bessere zu schaffen." Ist es nach solchen Worten von der Kanzel herab noch erstaunlich, wenn die Ordnung zusammenbricht??? "Viele Umstände zwingen die Menschen in dieser modernen Welt zur Revolution gegen eine ungerechte bestehende Ordnung" heisst es weiter unmissverständlich. "Eine schnelle Aenderung der Verhältnisse, wenn notwendig mit Gewalt" ist die Aufgabe der Christen nach Meinung des Weltkirchenrats.

In Südafrika hat man da natürlich ein besonderes Arbeitsfeld vor sich. Im Dezember 1960 tagte der WKR in Johannesburg und versuchte, Unruhe und Unfrieden zu stiften. Die Niederländische Reformierte Kirche trat daraufhin aus dem Verband aus. In Antwort darauf gründeten die Internationalisten dann das "Christian Institute", konnten jedoch die politischen Absichten dieser angeblich "ökumenischen" Einrichtung nicht verbergen.

In Westdeutschland sind die prokommunistischen Einmischungsversuche nicht nur eines Niemöller, sondern auch der Evangelischen Kirche als solcher, zum Beispiel in der Frage der Oder-Neisse-Linie bekannt. Die Gründung einer unpolitischen evangelischen Kirche ausserhalb des WKR war die Folge. Vgl. Alexander Evertz, "Der Abfall der evangelischen Kirche vom Vaterland", Velbert 1965. Prof. Gerhard Schumann zu diesem Thema: "Beispiel der sittlichen Anarchie in unserem Wirtschaftswunder-Teilstaat... mangelnder Widerstand der Evangelischen Kirche gegenüber den Verfallserscheinungen unserer Zeit... So manchem Kirchendiener geht heute der Mund über von der Verteufelung von Volk und Vaterland, allerdings absolut risikolos ... mit dem Zeitgeist gefährlich kokettierende Theologen... Denn wer den Vorhof des Tempels zerstört, legt auch die Axt – bewusst oder unbewusst – an das Allerheiligste."

Und vgl. auch Joachim Frhr. von Braun, "Gericht ohne Gnade?", Würzburg 1966, als Antwort auf die sogenannte "Ostdenkschrift" des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands, in welcher "eine moderne Theologie wirksam wird, die sich für berufen hält, irdische Ermessensentscheidungen – auf menschliches Urteil, auf Zukunftsprognosen, ja auf Voreingenommenheit gestützt – zum Inhalt einer Verkündigung zu machen... Eine Geringachtung des internationalen Rechts und der Pflicht des Staates zur Selbsterhaltung um seiner Bürger willen führt zu aussenpolitischen Empfehlungen... Seelsorge und politischer Ratschlag sind erschreckend vermischt".

Parallel zu der Kapitulation der Katholischen Kirche vor dem Judentum wurde auch eine neue Bibel von den evangelischen Kirchen herausgegeben. Die Herausgabe erfolgte nach Mitteilung des WKR "in enger Zusammenarbeit mit Rabbinern, um eine Modernisierung und korrekte Interpretation der alten Texte

zu gewährleisten".

Portugal wies sämtliche nordamerikanischen Missionare aus Angola aus, da sie dort eine subversive Tätigkeit entfalteten. Der Präsident des "World Missionary Council", Dr. John A. Mackay sagte: "Antikommunismus ist schlimmer als Kommunismus" und hatte den Herren in Afrika damit die Richtung ihres Wirkens gewiesen.

In Argentinien versucht die (ehemals Deutsche) Evangelische Kirche in Falschmeldungen über Afrika, Sammlungen für die Rebellen in Angola u.a. ihre ökumenische Aufgabe zu erfüllen.

Die subversive Tätigkeit in Australien haben wir bereits im Text vor dieser Anmerkung erwähnt. Ihre Entdeckung dort am anderen Ende der Welt brachte uns auf diese Fährte.

Es kann somit gesagt werden, dass die Aushöhlung der christlichen Kirchen durch den Zionismus die geistige Stosskraft und die Glaubwürdigkeit ihrer Sendung zerstört hat. Das Christentum als formende Kraft des Abendlandes hat in vielen Ländern des Westens aufgehört zu bestehen. Der Missbrauch, den Geistliche noch heute mit ihrer Stellung begehen, indem sie vorgeben, im Namen ihrer Gemeinde zu sprechen, hat längst im schwachbesuchten Bild kirchlicher Feste seine Antwort erhalten.

Dass es sich bei dem Vorgetragenen beileibe nicht um vorübergehende Ideen handelt, hat dann die Vollversammlung des Oekumenischen Rates (des Weltkirchenrates) in Uppsala im Juli 1968 gezeigt. Da heisst es in dem Bericht über die wirtschaftliche und soziale Weltentwicklung: "All unser Mühen muss sich auf Wandel ohne Gewalt richten. Doch wenn die Ungerechtigkeit so im status quo verwurzelt ist und seine Träger einen Wandel nicht zulassen, dann kann das Gewissen der Menschen als letzter Ausweg sie in voller und klar erkannter Verantwortung ohne Hass und Erbitterung zur GEWALTSAMEN Revolution führen." Die NZZ (8.7.68) kommentiert: "Von gewaltsamer Revolution ohne Hass und Erbitterung weiss zum mindesten die Geschichte nichts." Und unser Kommentar: "Man stelle sich vor, beispielsweise die NPD hätte einen solchen Passus in ihrem Parteiprogramm!" Ein anderes Referat heisst "Weisser Rassismus oder Weltgemeinschaft?", als gäbe es sonst keinen Rassismus. Die katholische Kirche lehnte klug die ihr in Uppsala angetragene enge Verbindung mit dem Weltkirchenrat ab und beschränkte sich auf einen Kontakt durch Beobachter dieser subversiven Organisation. Die von der Demokratie postulierte Rebellion gegen Gott und die Natur wird also weiterhin vom Weltkirchenrat voll und ganz befürwortet und vorangetrieben. Nicht ohne Grund erinnert der südafrikanische Theologe Prof. Adriaan Port an die Bartholomäusnacht 1572 und warnt vor der Möglichkeit, "dass erneut eine Kirche, die alle Bindungen zu Gott und seinem Wort zerschnitten hat, mit naktem Hass und Gift den Völkern mit Vernichtung droht".

Besonders deutlich wurde die ausgesprochen antichristliche Haltung der politischen Institution des "Weltkirchenrats" bei der Stellungnahme zur päpstlichen Enzyklika "Humanae vitae". Der Generalsekretär des WKR, Carson Blake meinte, "die Haltung der katholischen Kirche beruhe zu sehr auf einer veralteten Konzeption der Naturgesetze" (!). Die Antwort gab der "Osservatore Romano" (31.7.68): Die Einwände in Presse, Radio und Fernsehen interessieren nicht, da sie nicht die wirkliche Volksmeinung wiedergeben. Neben der heutigen Mode der "Anfechtung" gibt es die "schweigsame Mehrheit der Gläubigen". Das "Drama" der Katholiken besteht nicht in der "Anpassung" der Kirche, vielmehr in der "Pflicht", der Welt anzugehören, ohne ihr Gefangener zu sein. – Solche Gefangene der Veröffentlichten Meinung aber sind u.a. jene zur Verkommenheit mit Illustrierten und Fernsehen umerzogenen Westdeutschen, die im September

1968 meinten, in Essen eine Resolution des Ungehorsams verfassen zu müssen. Es handelte sich um ganze 3 000 Partisanen der Grossen Rebellion, die da gegen Gott und die Natur meuterten.

Wir erwähnten weiter oben im Zusammenhang mit den Absichten des WKR den Namen Myrdal. Sagen wir ein wenig mehr über ihn, so erkennen wir, dass die Aktion des WKR keineswegs isoliert dasteht, sondern vielmehr eingebettet ist in eine viel umfassendere Aktivität, die wir inzwischen bereits mit dem Begriff der Grossen Rebellion bezeichnen konnten. Dr. Gunnar Myrdal, damals Professor an der Universität Stockholm, war nämlich von der Carnegie-Foundation 1937 in die USA geholt worden, um dort zusammen mit anderen "Sozialexperten" seine Meinung zu dem Negerproblem zu äussern. Ausser Myrdal nahmen damals, reichlich mit Geldmitteln versehen, auf Wunsch des Richters Earl Warren die Kommunisten K. B. Clark, Theodore Bramfeld und E. Franklin Frazier in dem gewünschten Sinne Stellung. Myrdal erstellte so das Buch "An American Dilemma" (1944) unter weiterer Mitarbeit der folgenden eingeschriebenen Kommunisten: Frank Boas, W. E. B. Du Bois, Alain Locke, Ira de Reid, Doxey Wilkerson, Charles S. Johnson, Clark Foreman, Arthur Raper, Lewis Webster Jones, Rose Nelson, Sterling Brown, Thomas Jones, Eveline Burns, T. Arnold Hill. Myrdal bezeichnet in diesem Buch "die Verfassung der Vereinigten Staaten als unpraktisch und ungeeignet für die Bedingungen unserer Zeit". Senator Eastland sagt dazu vor dem Senat: "Der Tenor des Buches ist, dass die Regierungsform der USA überlebt sei, und dass die Verfassung der Vereinigten Staaten ein Komplott gegen das einfache Volk in diesem Lande darstelle. Das also ist die Botschaft der hauptsächlichsten Unterlage, auf welcher der Oberste Richter der Vereinigten Staaten seine weitreichende Entscheidung (die Integration der Neger) aufbaut... Man erkennt, bis zu welchem Grade das Oberste Gericht einer Gehirnwäsche durch Gruppen, die einen ungesetzlichen Druck ausüben, erlegen ist, und bereit ist, das Volk, die Verfassung und unsere geschriebenen Gesetze kommunistischen und sozialistischen Dogmen und Prinzipien zu opfern... Wer ist moralisch und gesetzlich verpflichtet, einer solchen Entscheidung zu gehorchen, die nicht auf dem Gesetz beruht, sondern auf den Lehren und Schriften prokommunistischer Agitatoren?" Wir sehen also immer wieder den gleichen Kreis von Personen, der sich um die Zerstörung der Ordnung bemüht. Nachdem sie bereits den "Weltfrieden" und die "Soziale Gerechtigkeit" und die "Entwicklungshilfe" auf ihre Rattenfänger-Banner schrieben, kann es nicht erstaunen, dass sie nunmehr auch den Namen Gottes für ihre Zwecke missbrauchen.

Die Gegenbewegung gegen diese Zerstörung der Kirchen ist der "International Council of Christian Churches", Collingswood/New Jersey (Rev. Carl Mc Intire), bzw. Amsterdam/Holland, Singel 386 (Rev. Domino Maris). Er arbeitet zusammen mit dem "International Council for the Defense of the Christian Culture", in der BRD vertreten durch den Präsidenten Dr. Pünder und den Geschäftsführer Dr. Ruppert. Zeitungen: "Christian Cruzade" und "Chicago Tribune". Auch in anderen Ländern vertreten.

*245 - Die Treuhandschaft wurde Australien 1948 von den UN übertragen. Vorher schon hatten die Nordamerikaner auf jener Insel einen Flottenstützpunkt angelegt. Als Australien sich weigerte, ihn den USA abzukaufen, mussten sie ihr Material stehen und liegen lassen, weil sich der Abtransport nicht lohnte. Es wurde dementiert (!), dass Manus als Basis für nordamerikanische Polaris-U-Boote von Australien ausgebaut werde.

*

AUSTRALISCH-NEUGUINEA

kam an den Rand geschichtlicher Ereignisse, als Soekarno West-Irian besetzte und jenes Papualand zur indonesischen Kolonie machte. Holländisch-Neuguinea konnte in der demokratischen Arena noch keine Papuaregierung auftreten lassen, und die Stimme der Papuas ausserhalb dieser in der Weltpolitik heute geforderten Maskierung galt gleich nichts. Dem wollte Australien vorbeugen und schuf 1964 Hals über Kopf ein Parlament in Port Moresby, welches nach demokratischem Ritus gewählt wurde. Die grösste Ueberraschung aber der Demokraten war dann, dass die schwarzen Krausköpfe in erstaunlichem Umfang es vorzogen, die weissen Kandidaten zu wählen an Stelle der ebenfalls vorgeschlagenen schwarzen. Es war noch nicht zur parteipolitischen Verhetzung gekommen und die einfachen Menschen zogen daher den Sachverstand und das Verantwortungsbewusstsein den alten Zauberern vor. Dieser Vorgang ist somit beispielgebend gewesen für den gesamten sogenannten "demokratischen" Rummel in der farbigen Welt. Er hat gezeigt, dass die demokratischen Riten unbedingt der Parteipropaganda bedürfen, um die "richtigen" Ergebnisse zu erzielen. Die sogenannte "Pressefreiheit" in den Händen Mächtiger ist wesentliches Korrelat der Demokratie. Ohne sie würde ein jeder so wählen, wie ihm seine persönliche Erfahrung in seiner Umgebung rät. Man hofft jedoch auch in Australisch-Neuguinea durch entsprechende Schulung langsam zu einem demokratisch lenkbaren Nationalgefühl der Tausenden von Stämmen mit ihren mehr als 700 verschiedenen Sprachen zu kommen. Die Cahiers der Französischen Revolution wurden inzwischen bereits bei den letzten Steinzeitmenschen verteilt. Sowjetrussland hat das ebenfalls bereits erfahren und erhob denn auch am 12. Dezember 1967 in den UN – für die Ohren der dafür jetzt vorbereiteten Papua bestimmt – Protest gegen die Verwendung von Eingeborenen aus Neuguinea in Vietnam und "gegen das offene Banditentum auf den Ueberlandstrassen und die räuberische Ausbeutung der Naturschätze von Papua und Neuguinea".

*

NEUSEELAND

seit 1907 Dominion, ist seit 1947 selbständiger Staat, weiterhin treu der Britischen Krone. Die Urbevölkerung der Maori mit ihren heute etwa 190 000 Seelen bedeutet mehr eine Touristenattraktion denn ein politisches Problem gegenüber den 91% weisser Bewohner der beiden Inseln. Die Nordinsel ist bei weitem stärker bevölkert. Auf beiden erleben wir die schon in Australien bemerkte Verstädterung. Grossbritannien ist der Hauptabnehmer der neuseeländischen Exporte (Fleisch insbesondere). Wie in Australien ist die Einwanderung Farbiger verboten. So wird vorsorglich für ein ruhiges innerpolitisches Klima gesorgt, und tiefgreifende Probleme, wie sie die unverantwortliche Politik Londons für England in diesen Jahrzehnten völlig unnotwendigerweise schuf, vermieden. Puritanische Reminiszenzen zeigen sich zB, wenn der Alkoholausschank nur bis 22 Uhr gestattet wird (bis September 1967 sogar nur bis 18 Uhr) und auch dieses nur an den Werktagen. In der Währung wurde das Dezimalsystem

an Stelle des bisherigen Britischen eingeführt. Die Versuche, mit Australien zu einer Wirtschaftsunion (Tasman Free Trade Union) zu gelangen, schlugen fehl, doch besteht auf aussenpolitischem Gebiet engste Zusammenarbeit. Die Botschaft in Moskau ist bereits seit Jahrzehnten aus Ersparnisgründen geschlossen.

*

OZEANIEN

Ozeanien erlebte in den letzten Jahrzehnten ebenfalls die Geburt einiger selbständiger Staaten. Dieses weite Gebiet, in welchem die verschiedenen christlichen Sekten mit ihren umerzogenen Anhängern sich gegenseitig bekriegten, und in welchem noch heute eine Mischung aus solchem Sektentum mit kapitalistischen Handelsinteressen das von gelegentlichen Atombombenversuchen gestörte Bild bestimmt, ist den Supermächten strategischer Reserveraum, der sich mit zunehmender Fluggeschwindigkeit aber auch immer weiter verengt, und daher andererseits zu politischen oder wirtschaftlichen Zusammenschlüssen neigt. Letztere waren bisher wegen der ausserordentlich verschiedenen Struktur der einzelnen Gebiete nicht realisierbar. Die industrialisierten Anrainer blieben bestimmend.

NAURU

einstmals deutsch, erlangte Anfang 1968 seine Selbständigkeit. (Die seinerzeitige Landung deutscher Einheiten des Kanonenbootes "Eber" beendete auf Nauru einen 10-jährigen blutigen Krieg unter den 12 Stämmen der Insel und brachte wieder Ruhe und Frieden unter die dezimierte Bevölkerung der Insel.) Nauru ist heute der (bisher) kleinste selbständige Staat der Welt mit etwa 3 000 Einwohnern, und zugleich das reichste Land, da alle seine Bewohner durch den Export von Phosphat ein garantiertes jährliches Einkommen von 18 000 Mark haben und es sich daher erlauben können, Fremdarbeiter für sich arbeiten zu lassen.

*

SAMOA

ebenfalls einst deutsch, erlangte die Selbständigkeit im Januar 1962. Damit war das neuseeländische Mandat, welches auf Sawaii und Upolu die 15-jährige deutsche Kolonialherrschaft abgelöst hatte, beendet. Während die Neuseeländer somit nach einer von ihnen angesetzten Volksabstimmung abzogen, behielten die Nordamerikaner jedoch ihren Besitz der östlichen Samoainseln weiterhin bei. Pago Pago ist dort ihre bedeutendste Marinebasis. 1889 trieb ein Taifun die

sich bei den Samoainseln gegenüberstehenden Flotten der USA und des Deutschen Reiches auseinander und verhinderte damals einen Krieg zwischen den beiden Kolonialmächten. So kam es darum zu dem so lehrreichen Nebeneinander in Samoa: die deutsche Schutzherrschaft auf der einen, die Errichtung einer imperialistischen Zwingburg auf der anderen Seite. Und diese amerikanische Kolonialherrschaft dauert auch heute noch weiter an, während die uns Deutschen mit Hilfe der Wilsonschen Kolonialschuldlüge geraubten Inseln (die niemals eine Befestigung sahen) längst frei geworden sind. Auch im fernen Samoa setzt sich so die Ethik der USA ein Denkmal.

*

NEUKALEDONIEN

lehnte 1959 das Angebot der Unabhängigkeit ab und bildet seitdem, ebenso wie Réunion im Indischen Ozean, integrierenden Bestandteil der Französischen Republik.

*

Die weiten einst deutschen Gebiete Mikronesiens mit den Marianen, den Karolinen und den Marshallinseln stehen heute unter der Treuhandverwaltung der Sieger, das heisst der USA, Australien und England.

*

VI. AFRIKA

Europas sittlicher Zusammenbruch ist die eigentliche Ursache für das grosse Unglück, das über Afrika gekommen ist. Die kolonisierende Kraft der europäischen Völker ist durch zersetzende Ideen gebrochen worden. Es ist die Tragik Europas, dass es in seinem Schoss mit der Judenemanzipation gerade in jener Zeit tödliche Krankheitskeime selbst entwickelte, als es sich die naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Grundlagen für eine bedeutendere Mission in der Welt schuf. So kam es, dass egalitäre und pseudohumanitäre Gedanken eine gesunde Führung der Welt unmöglich machten, ja, den Glauben an das eigentlich bestehende natürliche Selbstverständnis solcher Pflichten gegenüber einer zurückgebliebenen Welt unterminierten. So kam es auch, dass ein grosser Teil europäischen Wirkens in der Welt, insbesondere deutschen Wirkens, erst zu einer Zeit einsetzt, da der Mutterkörper schon die deutlichen Zeichen der unheilbaren Krankheit in sich trägt. Die tropische Geissel der Schlafkrankheit, der Terror eines Tibbu Tip und anderer Sklavenhändler, sie wurden beseitigt, während Bismarck sich mit einem Lasker herumschlagen musste und Marx seine ersten Adepten in die europäischen Parlamente schickte. Nachdem dann die Bazillen dieser Krankheit nach Westen weiter wanderten und den zurückgelassenen, schon latent totkranken politischen Körper Europas in zwei Weltkriege gestürzt hatten, war von Sendungsbewusstsein, von Verantwortungsgefühl für die fremden Welten in den Hirnen der Europäer nicht viel mehr übriggeblieben. Die Zerstörer hatten daher ein leichtes Spiel, unter Verwendung der von ihnen inzwischen okkupierten (und damals noch nicht auch zerstörten) Macht der Vereinigten Staaten, Europa zur Abdankung in Afrika zu nötigen.

Vor dem Zerrspiegel ihrer Ideen schien es "unmenschlich", Neger führen zu wollen, schien es verbrecherisch, Schwarzafrika von Europäern lenken zu lassen. Denn es wurde behauptet, und von den verwirrten, falsch unterrichteten, überlebenden Europäern neuerer Generation geglaubt, dass die eigenen Väter an nichts anderes als an Unterwerfung und Ausbeutung der schutzlosen Neger gedacht hätten, dass diese ohne die Europäer es viel besser gehabt und auch weiter gebracht hätten (*246), dass überhaupt der Sinn der Geschichte darin läge, die zu gleichem Schicksal von einem und demselben Gott bestimmten gleichen, mit gleichen Rechten versehenen und zu gleichen Pflichten bereiten Menschen im Gleichschritt gleicher Kraftanstrengung in die Zukunft zu hetzen, wo-

bei Tempo und Richtung dieses weltweiten Dauerlaufs von besonders Auserwählten nach uraltem Auftrag des gleichen Gottes bestimmt werden sollten (*247). Nach der bei diesen Erfindern auch der Psychoanalyse so bewährten Methode "Haltet den Dieb" sollten dann nicht sie die Zerstörer, die Verfechter unbedingter Unterwerfung, weltweiten Imperialismus' und neuartiger unmenschlicher Versklavung sein, sondern alle diejenigen, die bisher Autorität in den verschiedenen Völkern gehabt hatten. Während sie mit ihrem internationalen Apparat die Menschheit in das Prokrustesbett ihrer finanziellen, steuerlichen, pseudomoralischen und gesetzlichen Massnahmen zwängen, und die gesamte Menschheit in eine bis dahin nicht gekannte völlige Abhängigkeit führen, klagen sie Europa an, Afrika unterjocht zu haben. Und Europa hat das pflichtschuldigst geglaubt! (*248)

Den Problemen aber, die mit der Vernichtung der europäischen Ordnung in geradezu entsetzlichem Umfang und mit vorausgesehener Plötzlichkeit auftraten, wurde dann mit der sogenannten "Entwicklungshilfe" zuleibe gerückt. Die eben noch aus ihren sich selbst auferlegten Pflichten mit Hohn und Schande und Verleumdung Vertriebenen sollten nun auf einmal wieder helfen, den in den Morast gefahrenen Karren wieder herauszuziehen. Wobei diejenigen, die man soeben erst um ihrer Menschenwürde willen zu selbstherrlichen Persönlichkeiten ernannt hatte, die lächerliche Figur von Bettlern spielen sollten, — wozu sie in Kolonialzeiten niemals erniedrigt worden waren. Was wiederum bei den mit Recht verschnupften Europäern zu der weiteren logischen Reaktion führte, diese so unverschämterweise von der Weltregierung geforderte "Hilfe" nach anfänglicher Ueberrumpelung und erstem Kotau der dazu ausgesuchten eilfertigen Politiker von Seiten der Industrie nur dann noch zu leisten, WENN AUCH ETWAS DABEI HERAUSSPRANG.(*249) Der Privatwirtschaft ist aus dieser Forderung auf Rentabilität kein Vorwurf zu machen, Privatwirtschaft m u s s diese Forderung stellen. Doch, wenn S t a a t e n sie stellen, wird das Ganze ominös. Und wenn die Presse derartige Forderungen an den Staat richtet, sich überhaupt das Recht anmasst, Forderungen an die Regierung stellen zu dürfen, obwohl sie von niemandem dazu autorisiert ist, zeigt das, in welches Dilemma heute das Regieren in Europa gekommen ist. (*250)

Dabei hatten die "Musterschüler der Amerikaner" ("Spiegel"aaO) zuerst ganz richtig begriffen, warum man das Kolonialstatut zerbrochen hatte. Es lag ja im gemeinsamen Interesse von New York und Washington, an die Stelle der europäischen Lieferanten die amerikanische Industrie zu setzen, und also unter "Entwicklungshilfe" an die im übrigen völlig unbekannten und unwichtigen neuen Absatzgebiete grosse Industrieprojekte zu verstehen. Es wurde denn auch ganz gross verdient, der Steuerzahler musste blechen, und Positives wurde in Uebersee kaum erreicht. Doch liess sich diese Fehlentwicklung nicht ganz totschweigen. Europa hatte dazu noch zu viele ehrliche Sachkenner, vor allem englischer und französischer Feder. Obwohl ihre Aeusserungen systematisch unterdrückt oder lächerlich gemacht wurden, gewannen sie doch an Einfluss, sodass es opportun erschien, ein Ventil zu öffnen. So kam denn die Landwirtschaft als neues Objekt der "Entwicklungshilfe" dran.(*251) Und Bonn findet folgsam auch da gleich wieder die gewünschte Lösung: "Völlig klar, wir werden mehr Leute hinausschicken und werden personalintensiver werden ... (*252) Experten, die den anderen draussen Landwirtschaft beibringen". Der "Spiegel" zeigt auch gleich eine Gruppe solcher Entwicklungshelfer im Bild: Auf der Treppe zu einem Flugzeug stehen sie, im feinen weissen Anzug mit dunkler Krawatte, herrliche Fotoapparate in der Hand, wie Filmschauspieler lächelnd, beiderlei Geschlechts, und Herr Wischnewski meint: "Die Ernüchterung über die Ergebnisse der bisherigen Politik, glaube ich, ist eingetreten." Herr Wischnewski, sie wird bei

solchem Einsatz sehr schnell auch bezüglich der "personalintensiven" Phase eintreten. Wir freuen uns schon auf ihr Erscheinen hier draussen.

Die Welt ist eben seit 1945 mehr und mehr in die Hände von Dilettanten geraten, die mehr oder weniger wissentlich die Pläne der New Yorker Weltregierung unter falschen, unehrlichen Phrasen ausführen.(*253)

Unter der vorsichtigen Führung Europas konnte auch das geistige Erbe Afrikas sich wieder entwickeln. Erst die europäischen Bemühungen machten sogar in den meisten Teilen Afrikas durch Schaffung der notwendigen inneren Ruhe und Stabilität eine solche Wiederbelebung möglich, sodass tatsächlich Schwarzafrika über eine Reihe bedeutender Dichter und Denker im Augenblick des europäischen Rückzuges wieder verfügte. Leider allerdings ist diese, zumeist aus dem traditionellen Stammesrahmen herkommende Schicht vielfach sehr bald schon im Sog der politischen Ereignisse entweder kurzerhand physisch vernichtet oder von parteipolitischen Schreihälsen mit nordamerikanischer (in selteneren Fällen russischer oder chinesischer) Hilfe überspielt worden, sodass wir heute oft schon nicht mehr jene "afrikanische Kultur" hinter der demokratischen Fassade haben, in deren Namen sie einst angeblich errichtet wurde. Die weiteren kulturellen Bemühungen um Eigenständigkeit verkrampften sich vielmehr im Interesse tagespolitischer Gegenwartsziele und wurden zum Spielball krankhaft ehrgeiziger Potentaten. Weder Amerika noch Zion haben eine selbstlose Mitarbeit angeboten, sondern nur sehr einseitigen Interessen auf dem Wege über eine sogenannte "Kultur-Politik" (!) zu dienen versucht. Die Oeffnung Afrikas für den "Fortschritt" bedeutete die Nivellierung seiner Kulturen im Sinne der New Yorker Ein-Weltler. Uebrig blieben in Interessengruppen zerklüftete ideale Staatsgebilde modernster Prägung, geführt von einer kleinen Klique von Politikern, die es verstanden hatte, sich rechtzeitig das gewünschte Vokabular anzueignen, um gleichberechtigt Eingang in den UN-Palast zu finden. Dieser Teil Afrikas gilt seitdem normgerecht als "befreit".

Frankreich hatte seinen Kolonialbesitz in zwei grössere Gruppen geteilt. Französisch-Westafrika (AOF) fasste unter einem Generalgouverneur die Kolonien Sénégal, Soudan, Maurétanie, Niger, Haute-Volta, Guinée, Cote d'Ivoire und Dahomey zusammen, während Französisch-Aequatorialafrika (AEF seit 1908) den Tschad, Oubangi-Chari, Moyen Congo und Gabon zusammenfasste. Die erstere Gruppe blieb im II. Weltkrieg zunächst im Einflussbereich von Vichy (*254), während sich in Brazzaville das Französische Nationalkomitee unter dem dissidentischen General De Gaulle etablierte.(*255) Auf der hier stattfindenden Konferenz bereitete De Gaulle dann 1944 die Gründung der "Union Française" vor, die das bisherige Kolonialstatut abschaffte. Seit 1946 bildete damit Frankreich eine Einheit mit seinen überseeischen Gebieten, "die begründet ist auf der Gleichheit der Rechte und Pflichten, ohne Ansehen der Rasse und der Religion". Danach waren die ehemaligen Kolonien in einem gemeinsamen Parlament in Paris durch eigene farbige Abgeordnete vertreten. 1956 wird dann das Rahmengesetz (loi cadre) erlassen, nach welchem die einzelnen bisherigen Territorien eine gewisse Autonomie erhalten und nach allgemeinen Wahlen die Communauté Française 1959 gebildet wird. Mit Ausnahme von Guinea stimmen sämtliche Gebiete zu. Es kommt zu regionalen Zusammenschlüssen: Senegal, Dahomey und der Sudan formen eine Wirtschaftsunion; Der Tschad, Gabun, Kongo und Zentralafrika bilden eine Zollunion und dann (ohne Gabun) die Union der Republiken Zentralafrikas; Senegal und der Sudan schliessen sich vorübergehend zur Mali-Föderation zusammen, trennen sich jedoch 1960 bereits wieder, da beide Präsidenten regieren wollen; die Elfenbeinküste, Obervolta, Dahomey und Niger schliessen sich zu einem Wirtschaftsrat der Entente zusammen.

Im Laufe des Jahres 1960 werden dann die einzelnen afrikanischen Glie-

der der Communauté Française aus dieser in die Selbständigkeit entlassen, behalten aber, mit Ausnahme von Mali, ihre engen wirtschaftlichen Bindungen zu Frankreich bei. 1961 wird in diesem Rahmen die "Union Africaine et Malgache" (UAM) gegründet, aus der sich 1965 die "Organisation Commune Africaine et Malgache" (OCAM) entwickelt. Diese beauftragte 1966 den Präsidenten von Niger, in Paris die Schaffung einer "Communauté Francophone" mit Einschluss anderer französisch-orientierter Gebiete wie Nordafrika, Französisch-Kanada, Ozeanien usw. vorzuschlagen. Paris hält jedoch die Schaffung eines solchen französischen Commonwealth derzeit nicht für opportun.

Parallel mit der Entlassung der französischen Kolonien geht die Selbständigkeitsbewegung auch bei den bis dahin britischen Kolonien Afrikas vor sich, doch haben wir hier keine allgemeinen vorhergehenden Versuche zu grösseren Zusammenschlüssen, sodass wir diese Vorgänge bei den einzelnen neuen Staaten behandeln können.

Die ehemals französischen Gebiete bilden auch im Rahmen der Gesamtafrikanischen Politik eine mehr oder weniger geschlossene und gemässigtere Gruppe. 1958 kommt es in Accra erstmalig zu einer Konferenz der ersten acht unabhängigen afrikanischen Staaten, die eine weitere Konferenz unter Teilnahme auch der noch nicht unabhängigen Gebiete am gleichen Ort Ende 1958 einberuft, ein ständiges Sekretariat einrichtet und mit dem inzwischen als irreal erkannten Wunsch nach Bildung der Vereinigten Staaten von Afrika schliesst. In Tunis (1960), wo die sogenannte Casablancagruppe ihre radikalen Pläne fortsetzen möchte, sind die Staaten der Französischen Gemeinschaft gar nicht erst vertreten. Dem diplomatischen Geschick des Negus ist es zu verdanken, sie alle wieder in Addis Abeba an einen Tisch zu vereinen, doch werden alle Vorschläge zu überregionalen Zusammenschlüssen abgelehnt. Lediglich Angriffe gegen Europa (Algerienproblem, angebliche Rassendiskrimination in Südafrika, französische Kernwaffenversuche in der Sahara) finden allgemeine Zustimmung. Besonders beachtlich ist diese Stellung des Negus ausserhalb der Grenzen seines Reiches, da er zu Hause diktatorisch und ausgesprochen rassendiskriminierend vorgeht. Es ist die gleiche Inkonsequenz, die Schwarzafrika von Südafrika trennt. Während in den neuen Negerstaaten die Inder schärfstens verfolgt und vertrieben werden, haben sie gerade in dem beschimpften Südafrika eine staatlich gesicherte Position, die in Natal einer Kulturautonomie bei völliger wirtschaftlicher Gleichberechtigung nahekommt.

Frankreichs Verdienst ist es, dass Afrika weitgehend wirtschaftlich mit Europa verbunden blieb, obwohl es ja gerade dieser Punkt war, der die USA auf den Plan gerufen hatte. Am 1. Januar 1963 tritt das heute im wesentlichen noch gültige 2. Assoziierungsabkommen zwischen der EWG und 18 afrikanischen Staaten in Kraft, als "Ausdruck der Solidarität zwischen Europa und Afrika" (Ministerratsvorsitzender der EWG, Colombo). Sie umfassen ein Drittel der Fläche Afrikas und ein Viertel seiner Bevölkerung, zunächst also die ehemals belgischen und französischen Besitzungen. Für eine Reihe von Tropenprodukten (Ananas, Kokosnüsse, Oelpflanzen, Kaffee, Tee, Pfeffer, Vanille, Gewürznelken, Muskatnüsse, Kakaobohnen) wurden die Zölle und mengenmässigen Beschränkungen für eine Einfuhr in die EWG-Länder aufgehoben. Der Anschluss anderer afrikanischer Gebiete ist vorgesehen. Nigeria nahm ihn 1966 vor, desgleichen Togo, und in der Konvention von Arusha, Juli 1968, auch Tansania, Kenya und Uganda, wobei jedoch die Letzgenannten auf Finanzhilfe über die Zollfreiheit hinaus verzichteten (diese an die 18 assoziierten Staaten gezahlte Hilfe erreichte in den fünf Jahren des Vertrages 730 Mio. Dollar, von denen 620 Mio. vom Europäischen Entwicklungsfonds geschenkt wurden). Die Wirtschaftskonferenz im Dezember 1966 in Abidjan vertiefte die Beziehungen auf der Grundlage der bisherigen Erfahrun-

gen. Im Juli 1967 wurde die volle Konvertierbarkeit des Afrika-Frank durchgeführt. Diese berührt die Mitglieder der Zentralafrikanischen Zoll- und Wirtschaftsunion (Kamerun, Kongo-Brazzaville, Gabon, Zentralafrikanische Republik und Tschad) sowie die an der Westafrikanischen Zentralbank beteiligten Staaten (Elfenbeinküste, Dahomey, Obervolta, Mauretanien, Niger, Senegal und Togo). Der Schritt kann als ein Beweis für die Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse in diesen Gebieten mit europäischer Hilfe gewertet werden (feste Relation 1 ffr gleich 50 CFA Frank). Die Haltung Frankreichs gegenüber der abenteuerlichen Währungspolitik der USA 1967/68 war Ursache für weitere Anlehnung dieser Länder an Europa und Eindämmung des wirtschaftlichen (und gefährlichen politischen) Einflusses der USA. In den Küstengebieten Westafrikas war diese Entwicklung besonders deutlich. Nur sehr vorübergehend wurde diese enge Zusammenarbeit durch die von New York so begrüssten Vorgänge im Mai 1968 in Paris gestört. Am 31. Mai 1969 läuft das Abkommen von Yaoundé ab und wird einem erweiterten Vertragswerk Platz machen müssen.

Im Gegensatz zu dieser positiven Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiet, erlebt die politische Einigungsbewegung immer wieder Rückschläge als Folge der irrealen Forderungen einerseits und der sich auftuenden Gräben zwischen den neuen Staaten und innerhalb derselben. Der Gipfelkonferenz der UAM in Dakar im März 1964 blieben die Staatspräsidenten von Gabun, Tschad und Elfenbeinküste fern, da sie nicht sicher waren, dass ihnen in der Zwischenzeit der Präsidentenstuhl anderweitig besetzt würde. So war weiter Gegenstand der afrikanischen Aussenministerkonferenz in Lagos im Februar 1964 kaum anderes als die Aufzählung der Staatsstreiche und anderen Unruhen in ihren Reichen. Trotzdem forderte im Juli 1964 der (damals noch) Präsident von Ghana, Kwame Nkrumah vor den diesmal in Kairo versammelten 34 Präsidenten der Mitgliedstaaten der jungen OUA die Schaffung eines afrikanischen Bundesstaates. Der Präsident von Madagaskar war realistischer und konkreter, indem er erst einmal forderte, dass auch ein Tschombé (damals Ministerpräsident des Kongo) an dieser Konferenz teilnehmen müsse, "denn sonst bliebe heute e i n Platz leer und morgen wieder andere, weil wir uns in die inneren politischen Verhältnisse unserer Nachbarn einmischen". Diese Warnung war angebracht, denn obwohl es dann Haile Selassie gelang, die Zulassung Tschombés zur Sitzung der OUA in Addis Abeba im September 1964 zu erreichen, erleben wir schon auf der nächsten Tagung am gleichen Ort, im März 1966 einen ganzen Exodus eben eingetroffener Mitglieder auf Grund der turbulenten Ereignisse, die zum Sturze des Herrn Nkrumah führten. Mali, Guinea, Tansania, die VAR, Somalia, Algerien und Kenia verliessen die Konferenz, Mauretanien und Kongo-Brazzaville nahmen nicht an den Verhandlungen teil. Um trotzdem noch etwas zu "leisten", wurden von den Restteilnehmern schnell noch ein paar Entschliessungen bezüglich Südafrika und Rhodesien eingebracht. Als man sich im November 1966 wieder traf, war die gleiche Siedehitze vorhanden, denn inzwischen lagen sich Guinea und Ghana in den Haaren.(*256) Die Komik dieser Zusammenkünfte steigerte sich dann noch mit der Konferenz der Staats- und Regierungschefs in Kinshasa im September 1967, die Mobutu in seiner Metropole angesetzt hatte, um vor allem seinem drangsalierten Volk mal etwas zeigen zu können. Infolge der Ereignisse dieses Jahres kamen die Herren Nasser und Boumedienne gar nicht erst, weil sie nach ihrem Fiasko mit Israel doch eine etwas allzu lächerliche Figur gemacht hätten. Sie beweisen im übrigen damit erneut, dass die Teilnahme dieser Staaten an der OUA sachlich nicht gerechtfertigt ist, sondern nur die Einflussnahme gänzlich andersartiger Länder bedeutet, denn eine Einheit "Afrika" besteht ja in keinerlei Hinsicht, nicht einmal bezüglich des ursprünglich geographischen Begriffes. Eine gewisse Einheitlichkeit lässt sich allenfalls nur für die

"Länder südlich der Sahara" herausarbeiten. Die Einbeziehung kulturell und wirtschaftlich völlig andersartiger, durch den breiten Wüstensaum auch geographisch von dem eigentlichen Afrika getrennter Länder muss ja zu Verzerrungen führen. Es kann daher gar nicht wundernehmen, wenn die Araber, nachdem sie sich einmal in die afrikanische Gemeinschaft eingeschlichen haben, ihre Stellung ausnutzen, und es dann auf der Aussenministerkonferenz der Afrikanischen Staaten im Februar 1968 in Addis Abeba zu einer Resolution kommt, in welcher festgestellt wird, "dass Aegypten ein Opfer der zionistischen Aggression und sein besetztes nationales Territorium INTEGRALER BESTANDTEIL AFRIKAS ist". Stimmen wie die des Präsidenten von Malawi, Hasting Banda (der Juli 1968 in einer Rede zur Unabhängigkeit seines Landes meinte, "es ist unlogisch, die Weissen in Südafrika und Rhodesien anzuprangern, während man über die Araber in Nordafrika, die ebensowenig als Einheimische zu betrachten sind, Stillschweigen bewahrt") sind einstweilen noch selten.

Schon die Anfänge politischer Gruppierung in "Casablanca-Gruppe" und "Brazzaville-Gruppe" zeigen an diesen beiden Städtenamen welche heterogenen Elemente in der OUA vereint wurden.

Sékou Touré von Guinea erschien September 67 ebensowenig, denn sein Gast Kwame Nkrumah erinnerte ihn allzu deutlich an das Risiko von Auslandsreisen. Julius Nyerere von Tansania blieb aus ähnlichen Gründen daheim, da ihm eben erst sein Aussenminister Oscar Kambona geflüchtet war, und der revolutionäre Diktator von Mali, Modibo Keita vervollständigte die Tradition der Radikalen, lieber zuhause zu bleiben. So erschienen nur die Gemässigten, aber auch unter ihnen gab es noch die harte Nuss Nigeria-Biafra zu knacken. Damit nicht dieser Punkt noch den Rest auflöste, behandelte man ihn gar nicht erst und einigte sich mal wieder über die Verteilung der Felle, die man noch nicht hatte. Der Fonds zur Unterstützung der verschiedenen "Befreiungsbewegungen" wurde erhöht, diese ermahnt, sich untereinander doch endlich mal zu einigen, und eine Kommission geschaffen, in welcher Militärfachleute aus 17 Mitgliederstaaten die "Befreiungsbewegungen" beraten sollen. Ironisch meint die NZZ dazu, dass sich die Konferenzteilnehmer dennoch nicht davon abhalten liessen, hin und wieder einen Schluck südafrikanischen Castle-Biers zu genehmigen, denn allzu "rassistisch" auf Kosten des eigenen Durstes wollte man denn doch nicht sein. Die grosse, notwendige Attraktion dieser Zusammenkunft aber war das Erscheinen U Thants. Um Vorwand für die Ablehnung einer Einladung Portugals zu einem Besuch des benachbarten und von ihm immer wieder mit falschen Behauptungen bedachten Angolas zu haben, tat er überbeschäftigt und blieb nur sehr kurz, nutzte aber sein Auftreten mit einer Rede, in der er erneut flehentlich um Einstellung der gegenseitigen Feindseligkeiten bat, um endlich den so heiss begehrten Kriegszug gegen das südliche Afrika antreten zu können. So hetzte erneut ein Generalsekretär der UN auf dem Boden des Kongo zum Krieg. Vielleicht wird darum auch dieser eines Tages des Friedensnobelpreises für würdig befunden werden.

Die Verkrampfung dieser panafrikanischen Bestrebungen zeigt sich besonders deutlich auch auf kulturellem Gebiet. Es ist ja das einmalige Verdienst europäischer Völkerkundler und Afrikanisten, den Afrikanern ihre eigenen Kulturen wieder nahe gebracht zu haben. Diese schwarzen Völker, die keine eigene Schrift kennen (*257), waren fast überall von ihren jeweiligen früheren eigenen kulturellen Leistungen durch eigene Unachtsamkeit im Laufe der Zeit getrennt worden. Franzosen, Engländer, Deutsche, Italiener, Portugiesen, Belgier, Spanier waren es, die die Kulturgeschichte Afrikas schrieben und die Kulturen zu neuem Leben erweckten. Man denke nur an Standardwerke wie die "Kulturgeschichte Afrikas" von Frobenius, an das Wirken der Missionare in der Erfor-

schung der Bantusprachen. Was Neger heute von ihren Kulturen wissen, haben sie zum weitaus grössten Teil von Europäern erfahren. Im Dezember 1962 fand nun in Accra der I. Afrikanistenkongress statt. Finanziert wurde er weitgehend von so zwielichtigen Institutionen wie der UNESCO und der Ford-Foundation (*258), doch wurde beschlossen, den nächsten Kongress mit afrikanischen Geldern zu finanzieren. Es gab sogar noch weisse Mitglieder im Präsidium, doch wurde beschlossen, auf dem für 1965 vorgesehenen 2. Kongress nur noch schwarze Mitglieder zu ernennen. Die Entfernung der von Weissen geschriebenen Lehrbücher, der weissen Professoren und Lehrer an den afrikanischen Hochschulen, ist weiteres Ziel. Besondere "Probleme" wirft das Projekt eines Afrika-Lexikons auf, welches der greise nordamerikanische Afrikanist Dr. W. E. B. Du Bois mit finanzieller Hilfe Dr. Kwame Nkrumahs ebenfalls in Ghana zusammenstellen will. Rolf Italiaander berichtet (dpa Januar 1963), dass Artikel zu diesem Lexikon nur von Afrikanern und höchstens von solchen Weissen geschrieben werden sollten, die unter der Kontrolle afrikanischer Regierungen in Afrika selbst leben (*259). In den Diskussionen ergab sich dann allerdings, dass nun mal die bedeutendsten lebenden Afrikanisten Weisse sind und man daher nicht auf sie verzichten könne. Noch komplizierter wurde das Unterfangen bei der Erforschung und Erschliessung, bei der Sanierung und Verwaltung Afrikas. Da waren es ja eigentlich nur Weisse, die die Aufbauarbeit geleistet hatten. Das ganze schöne Propagandagebäude ist am Zusammenbrechen. Das schlimmste aber war die Frage der afrikanischen Dichtung. Was war mit jener Dichtung, die in einer Sprache der Weissen sich ausdrückte? Und das war ja gerade nicht das Unbedeutendste. So wollte man einen wirklich bedeutenden Dichter wie den französisch schreibenden Leopold Sédar Senghor, Präsident des Sénégal, darum nicht in dieses Lexikon aufnehmen, und auch nicht den aus Südafrika gebürtigen, heute in Jamaika englisch schreibenden Neger Peter Abrahams.

Im April 1966 fand dann in Dakar das erste "Weltfest der Negerkünste" statt. Wieder erschienen als Protektoren die UNESCO, die BRD (mit Herrn Dr. Gerstenmaier), die USA, sowie auch alte Freunde aus Italien und Frankreich neben der eigenständigen Société Africaine de Culture als Geldgeber. Wieder wurde so der von Generationen europäischer Gelehrter geleisteten selbstlosen und politisch unbelasteten Arbeit nachträglich ein philosophisch-politisches Kleid aufgezwängt, welches zu dem nivellierenden Impuls aus New York passt. Mit Phrasen von "Beiträgen Schwarz-Afrikas zum heutigen Menschenbild" ging man auch hier ans Werk der weltumfassenden Umerziehung. Mit der Erweckung der Kulturen Afrikas hatte Europa Grosses geleistet. Unter dieser weiteren vorsichtigen Führung wäre Afrika aus sich selbst herausgekommen. Dort, wo diese getrennte Entwicklung weiterhin gefördert wird (Fort Hare in Südafrika, Universität Bulawayo in Rhodesien zB) besteht darum auch Aussicht auf Bildung einer eigenständigen Negerkultur, dort aber wo die Internationalen auftreten, wird von "Kultur" nicht viel mehr übrigbleiben als Zurschaustellung musealer Erscheinungen. Schon macht man Senghor lächerlich wegen des von ihm geprägten Begriffes der "Négritude".

Bezeichnend für die von Unsachlichkeiten bestimmte Entwicklung der panafrikanischen Bemühungen ist so eigentlich eine jede afrikanische Konferenz bisher gewesen. Reduzierte sich auch inzwischen der ideologische Ballast ein wenig, so bleibt doch immer noch die Hysterie gegenüber den Ländern im Süden des Kontinents als bedeutendster Hemmschuh für eine gesunde Entwicklung Afrikas südlich der Sahara bestehen. Als Beispiel für derartige Unsachlichkeiten mögen wir nur die Schlussresolution der "Internationalen Konferenz für afrikanische Flüchtlinge", Addis Abeba, Oktober 1967, nehmen. Während Tausende und Tausende von verzweifelten Flüchtlingen auf den Strassen Biafras und in den

Sümpfen des Sudan, in den Wüsten Somalias und auf den Flugplätzen von Nairobi und Mombasa sich drängen, heisst es da: "Die rassistischen Regime, die Apartheidpolitik in Südafrika, die weissen Minoritätenregierungen müssen verschwinden. Das führt zur Lösung des Flüchtlingsproblems in Afrika." Solange solcherart (unter Mitwirkung natürlich des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge) die Dinge einfach auf den Kopf gestellt werden, hat Afrikas Marsch in die Zukunft noch nicht einmal begonnen. Mit Recht nennt der bedeutende französische Afrikanist René Dumont daher auch sein Buch: "L'Afrique noire est mal partie" (Schwarzafrika hatte einen schlechten Start). Der folgende Gang von Staat zu Staat wird das mit entsetzlichen Einzelheiten bestätigen.

---

*246 - Die falsche Beurteilung des Negers als Folge bewusst falscher Unterrichtung Europas ist ja bekannt. Professor Thomas Molnar, New York, sagt (in "Afrikanische Probleme" S.47/48): "Für den Reisenden in Afrika ist es eine unbehagliche Erfahrung, wenn ihm vom Mittelmeer bis Kapstadt die weissen Afrikaner übereinstimmend die Ansicht vortragen (und diese Ansicht durch die eigene Beobachtung bestätigt wird), dass der schwarze Mensch so gut wie gar keinen Sinn für bürgerliche Verantwortung habe und dass daher in den neuen Ländern von Gemeinschaftsgeist und einem Bemühen um das öffentliche Wohl kaum etwas zu spüren sei. Alle Weissen, mit denen man spricht, seien sie Arbeiterführer, Geistliche, Journalisten oder Geschäftsleute, stimmen darin überein, dass der schwarze Afrikaner keine festgegründeten Ueberzeugungen habe, weder religiöse noch ideologische. Er stehe nicht treu zu einer Sache, er begeistere sich nur für den jeweiligen Führer, er arbeite und zeige Sorgfalt, solange der Weisse die Autorität ausübe, aber verfalle sofort in Nachlässigkeit, wenn er ein freier Bürger sei. Als Mitglied der herrschenden Klasse aber werde er zum Demagogen. Die Neger klagen den Weissen an, dass er nicht genug für sie tue, sobald sie aber selbst verantwortungsvolle Aemter bekleiden, erweisen sie sich als gleichgültig gegenüber der Wohlfahrt ihrer eigenen Leute ... Jedem Afrikaner, er sei schwarz oder weiss, ist es bekannt, dass ein weisser Arzt es auf sich nimmt, sich im Urwald niederzulassen und seine Lebensarbeit den Patienten zu widmen. Der schwarze Arzt zieht das Stadtleben vor. Diese Einstellung der schwarzen Oberschicht ist so weit verbreitet, dass es unmöglich ist, daran vorbeizusehen." Und trotzdem tut es die ganze Welt dauernd und beinahe freudig zustimmend unter der Lenkung der selbst von einem Farbigen mit zionistischen Helfern geführten UN.

*247 - Die Bonner Regierung verbreitet zB in den von ihr herausgegebenen "Informationen zur politischen Bildung" (Folge 100, Dez.1962: Afrika) die folgende erheblich von den Tatsachen abweichende Darstellung: "Aufs Ganze gesehen dürfte aber doch entscheidend sein, dass die europäischen Mächte innerhalb weniger Jahre ... in rigoroser Konsequenz den farbigen Erdteil wie ein freies okkupierbares Land behandelt haben, auf dessen eigentliche Besitzer, die als Rechtspartner kaum jemals ernsthaft in Frage kamen, nur aus opportunistischen Gründen Rücksicht genommen zu werden brauchte, denen vielmehr zuerst einmal Kultur und die Fähigkeit zu geordneter Arbeit beigebracht werden müsse. Für die letzte rücksichtslose Landnahme Europas waren nur die eigene Macht

und das eigene Interesse ausschlaggebend." Professor G.A. Rein/Hamburg, unser bedeutendster lebender Ueberseewissenschaftler, stellt dazu fest: "Bismarck gründete Kolonien nicht mit dem Einsatz staatlicher Machtmittel (Flotte, militärische Eroberung, Garnisonen), sondern er erklärte die Oberhoheit und damit den Schutz des Reiches da, wo die Arbeit deutscher Kaufleute deutsche Rechte bereits geschaffen hatten. Es folgte die Flagge dem Handel." Bonn verkündet dagegen (aaO) weiter: "Entscheidend war jedenfalls, dass der grosse Ausverkauf (!) Afrikas in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts bar jeder grundsätzlichen Erwägung und völlig unbeeinflusst von jeder Art ideeller Bremsen rücksichtslos und einzig geleitet von kühlem machtpolitischem Kalkül sich vollzogen hatte... Zu dieser imperialistischen Macht- und Ländergier (!)... kam vielfach noch ein Rassendünkel... Die über Afrika hereinbrechende Aktivität... riss die Eingeborenen aus ihrer Kultur- und Lebenswelt heraus." An Stelle des "Ausverkaufs" trat in Wirklichkeit die Investierung ganz erheblicher Geldmittel in Erziehung, Gesundheitswesen, Verkehrsmittel, Landwirtschaft und Industrie, das alles getragen von Generationen von Europäern, die in zahllosen heroischen Beispielen in oft übermenschlichen Leistungen sich einsetzten für die Welt in Uebersee. Erst an seinen grossen Aufgaben in den Kolonialgebieten ist Europa gewachsen, erst an den dort möglichen Auswüchsen konnte es seine Ethik formen. Die Kongo-Akte (Kongo-Konferenz Berlin 1885) bestimmte in ihrem Artikel 6: "Die Kolonialmächte verpflichten sich, die Erhaltung der eingeborenen Bevölkerung und die Verbesserung ihrer sittlichen und materiellen Lebenslage zu überwachen und an der Unterdrückung der Sklaverei und insbesondere des Negerhandels mitzuwirken; sie werden ohne Unterschied der Nationalität oder des Kultus alle religiösen, wissenschaftlichen und wohltätigen Einrichtungen und Unternehmungen schützen und begünstigen, welche zu jenem Zwecke geschaffen oder organisiert sind, oder dahin zielen, die Eingeborenen zu unterrichten und ihnen die Vorteile der Zivilisation verständlich und wert zu machen." Prof. E.G. Jacob ("Grundzüge der Geschichte Afrikas", Darmstadt 1966) sagt dazu: "Vor allem ist es der Geist der Humanität, der sich in der Kongoakte spiegelt. Ganz deutlich hat sich hier die Erkenntnis Bahn gebrochen, dass es nicht nur ein Recht des Stärkeren, sondern auch ein Recht des Schwächeren gibt." (Bonn sieht dagegen in der erwähnten Veröffentlichung das Wesen der Kongoakte darin, dass von jetzt an nur Staaten und nicht mehr auch private Gesellschaften koloniale Besitzergreifungen durchführen können. So sieht eben Bonner Vergangenheitsbewältigung aus.) Mit Ausnahme natürlich jener Klique machtgieriger Politiker, die heute sich um die Beute des europäischen Zusammenbruchs raufen, wird es kaum einen einzigen Neger geben, der nicht mit Wehmut an die besseren Zeiten angeblicher europäischer Machtgier zurückblickt. Gerade das Belassen der Eingeborenen in ihrer eigenen Kultur- und Lebenswelt wird von den UN auf das allerschärfste als sogenannte Apartheid angegriffen. Die "getrennte Entwicklung" soll "mit allen Mitteln" (!) bekämpft werden. Es gibt nichts Unsachlicheres, ja Verlogeneres als die offizielle Auffassung Bonns zu der geschichtlichen Entwicklung in Afrika. Hunderte von deutschen Namen müssen totgeschwiegen, Bücher verboten werden, um sie aufrechtzuerhalten. (Von Bonn an Auslandsschulen gesandte Lehrer versuchten, die dortigen Schulbüchereien zu säubern und wünschten die Entfernung aller Bücher über die deutsche Kolonialgeschichte.) Es wird interessant sein zu beobachten, ob staatliche Existenz auf derartigen Geschichtslügen auf die Dauer möglich ist. Zerfall der Autorität scheint eher wahrscheinlich.

*248 - Professor Helmut Schöck schreibt ("Afrikanische Probleme", Stuttgart 1965, S.160): "Es hat wohl selten eine so gefährliche weltweite Autosuggestion

in der öffentlichen Meinung gegeben wie die in den fünfziger Jahren in gehobenen Kreisen übliche Behauptung, die moderne Wissenschaft und internationale Organisation machten es jetzt möglich, Armut und Rückständigkeit auf der ganzen Welt rasch genug zu beseitigen, um diesen Vorgang als Hauptkalkül der Politik zu wählen"... "Die sogenannten Entwicklungsländer haben einen Sitz in den Vereinten Nationen und jedes hat das gleiche Stimmgewicht wie jedes der grössten Industrieländer. Die Entwicklungsländer verdanken ihre Existenz und die ihnen zugesprochene Dynamik – oder den Anspruch darauf – letztlich nur einer Idee, der Idee der abstrakt und buchstäblich verstandenen Gleichheit"... "Die extremen Befürworter der Entwicklungshilfe verstanden diese als ein bewusstes Opfer, bei dem die reichen Nationen buchstäblich in dem Masse ärmer werden sollten, als die armen nach oben stiegen. Die Rhetorik der redistributiven Oekonomie war unverkennbar ... Hoffnungen auf eine weltweite Nivellierung ... "

Man kann noch konkreter zu diesen sehr höflichen Worten sagen: Nichts ist dummer als etwa eine Gruppe westdeutscher Politiker oder Industrieller, wenn sie von Afrika reden. Ich habe zahlreiche praktische Beispiele vor mir, doch warum diejenigen nennen, die man erlebt hat, wenn sie alle gleich sind und alle nur den "Spiegel" oder die "Frankfurter Allgemeine" nachplappern. Da liegt die grösste Gefahr für Europa!

Und warum nicht hinzufügen, dass die Idee der Nivellierung, der Gleichheit nicht von ungefähr in diesen Köpfen spukt, dass sie ihren Ursprung hat, und zwar in jüdischen Hirnen, im Alten Testament, dass die Idee der Gleichheit das Herrschaftsprinzip der Juden ist. Man kann nur Professor Schöck beipflichten: Es hat selten eine gefährlichere Situation gegeben!

Als ganz typisches Beispiel dieser "redistributiven Oekonomie" kann ja das vom Internationalen Arbeitsamt unter David Morse den UN-Mitgliedern zur Pflicht gemachte System der Familienausgleichskassen gelten. Dieses, ja wohl auch in der BRD bestehende System hat in weniger entwickelten Ländern zur Folge, dass man es vermeidet, Kinderreiche anzustellen. Ganz abgesehen von dieser asozialen Folge werden diese Kassen selbst manchenorts zu schönen Sinekuren. In Argentinien zB leben Linkspolitiker von dem mit 11% viel zu hoch festgesetzten Arbeitgeberbeitrag ein Leben mit hohen Gehältern. Der Staat aber wagt nicht, in dieses internationale Spiel einzugreifen. Diese Folge der Zugehörigkeit zu UN-Organen sollte man sich vor Augen halten, wenn man Vorschläge vernimmt, wonach auch andere UN-Organe wie etwa die FAO das Recht zu gesetzlichen Verpflichtungen der Mitglieder erhalten sollen. Was das unter einem Dr. Sen bedeutet hätte, hörten wir an anderer Stelle.

*249 - Kennzeichnend für den Eiertanz der in diesem Komplex allseitig anzufindenden Heuchler ist die Behandlung des Problems im "Spiegel" (6.11.67, S. 90/92). Da wird aus Hilfe dann ungeschminkte Profitgier. "Spiegel" zu Bundesminister Wischnewski: "... wir, die wir aus der Entwicklungshilfe nur sehr geringen Nutzen ziehen. 34 Prozent haben wir in den EWG-Entwicklungsfonds gezahlt und nur zu 9 Prozent der Exportfinanzierung profitiert". Und Wischnewski antwortet: "Inzwischen haben wir erfreulicherweise 10 Prozent erreicht." In der Kolonialzeit gab es auch Kaufleute, die rechneten, aber mit derartiger Unverblümtheit und Unbedingtheit als letzte Raison amtlicher Auslandstätigkeit haben nirgends in Afrika die Prozente die Quintessenz der Kolonialpolitik gebildet. Immer war letzte Ratio der DIENST an Uebersee. Ueberall war Kolonialpolitik, aufs Geld gesehen, Zuschusspolitik gewesen, gerne und selbstverständlich gewährte Zuschusspolitik. Heute soll sich's "rentieren"!

*250 - Ganz abgesehen von der konkreten Komik des skizzierten Gesprächs,

wenn man bedenkt, dass Herr Wischnewski als Kryptokommunist in Algerien Rebellen gegen Portugal finanzierte.

*251 - "Spiegel" zu W.: "Sie sagen ja selbst, dass die Agrarproduktion grosse Bedeutung hat und einen gewissen Vorrang erhalten muss, um die Menschen ernähren zu können."

*252 - Sehr zu beachten ist, dass dieser Plan Wischnewskis auf "Personalintensivierung" der Entwicklungshilfe nichts anderes bedeutet, als Leute seiner politischen Linie als Agenten ins Ausland zu schleusen, die dann dort auf Staatskosten der BRD kommunistische Revolten vorbereiten können. Es ist die gleiche Methode, die von den USA aus mit Hilfe des Peace Corps und dank der Unterstützung der Ford-Foundation erfolgt. Der uns am nächsten liegende erste praktische Fall ist der jenes Entwicklungshelfers im Hospital des Dr. Kaufmann in Perú. In dem zweiten Schub von E-Helfern, den sein im Norden Perús gelegenes Hospital erhielt, befand sich ein Mann, der sich zunächst unauffällig benahm, dann aber mit der Besetzung des Ministerpostens durch Wischnewski seine Tarnung ablegte und offen antireligiöse und sozialrevolutionäre Ideen propagierte, und zunächst unter seinen Kameraden einigen Einfluss gewann. Als Dr. Kaufmann sich dagegen wandte, wurde der Mann durch einen Bericht der Vertretung der BRD in Lima gedeckt (!) und die in Deutschland befindliche Förderungsgesellschaft strich die Zuschüsse für das Hospital des Dr. Kaufmann. Es ist das für uns wirklich nicht neue Bild der bundesdeutschen Zersetzungsarbeit, jetzt auch auf das Gebiet der Entwicklungshilfe ausgedehnt.

*253 - "Spiegel" (aaO) lässt denn auch die Katze aus dem Sack: "Eine letzte Frage noch, Herr Minister. Die Bundesregierung hat einen neuen Nahostplan angekündigt und vergangene Woche dem jordanischen König Hussein Zusagen gemacht. Soll das bedeuten, dass denjenigen, die im Nahen Osten den Krieg ausgelöst haben (!), neue Mittel zufliessen, um wieder losschiessen zu können?" Wischnewski, in dem gleichen Gespräch soeben erst damit bedroht, er könne "seine politische Karriere" gefährden, hat den Kuhhandel verstanden und antwortet schnell: "Nein, davon kann natürlich gar keine Rede sein." Oberste Ratio aller Entwicklungsdiskussion ist eben die Zukunft Israels. Dass man solche Diskussion mit solchem Tam Tam beginnt, um der wachsenden Volksaufklärung ein Ventil zu verschaffen, zeigt sich in folgender, stolz verkündeten Leserzuschrift in gleicher Nummer: "Einem unverbesserlichen Nazi versuche ich regelmässig, Ihr Blatt schmackhaft zu machen — und seit Ihrer Entwicklungsserie mit gutem Erfolg." D a r a u f kommt es allein den Inspiratoren des gesamten Entwicklungsrummels an.

*254 - Eine deutsche Waffenstillstandkommission sass in Dakar.

*255 - Zwei Persönlichkeiten waren es, die seinerzeit nach der Vernichtung des aus der "Grossen Revolution" hervorgegangenen französischen Kaiserreiches die hochgehenden primitiven Leidenschaften in Europa in vernünftige Bahnen zu lenken verstanden: Richelieu III. und Talleyrand. Während es dem letzteren gelang, den bisherigen Störenfried Frankreich in seinen europäischen Vorkriegsgrenzen als vollwertiges Glied in die Heilige Allianz einzufügen, kämpfte Richelieu III. einen harten Kampf um die innere Konsolidierung des Staates. Selbst Emigrant der napoleonischen Jahre, kehrte er jetzt als Finanzminister Ludwigs XVIII. in die Heimat zurück. Er war es, der die Forderungen der Emigranten auf Bestrafung von "Kriegsverbrechern" und Rückgabe der von

Napoleon dem Adel abgenommenen Besitztümer verhinderte. Zehn Jahre dauerte dieser zähe Kampf um Frankreichs Ehre und innere Ordnung, dann war von allen Forderungen der Reaktion, einschliesslich einer "Privatliste" des Königs von 80 "Kriegsverbrechern", nur ein Indemnisationsgesetz durchgedrungen. Richelieu selbst aber stellte die ihm danach zustehende Entschädigungssumme beispielgebend den Witwen und Waisen seiner Vaterstadt Bordeaux zu Verfügung. Das war 1824. Schon 1830 aber begannen die französichen Eroberungen in Afrika. Auf der Grundlage der von Talleyrand und Richelieu III. geschaffenen inneren Ruhe stand das dann geformte französische Kolonialreich.

Ueber Wartburgfest, Judenemanzipation, Paulskirche und Königgrätz aber verlief der lange Weg der Deutschen, bis endlich ein Bismarck mit Nikolsburg, Versailles und seiner Sozialgesetzgebung die gleiche Grundlage und Voraussetzung für deutsche Leistungen draussen in der Welt schaffen konnte.

Umgekehrt ist das Fehlen eines Richelieu III. und eines Bismarck heute Ursache, dass das in Säuberung und biologischem Niedergang versunkene Frankreich, wie auch das in Vergangenheitsbewältigung und moralischer Zersetzung verkommene Deutschland ihre natürlichen Positionen nach dem II. Weltkrieg aufgeben müssen und lächerliche Figuren als sogenannte Entwicklungshelfer in die Welt hinausschicken.

Der grosse französische Forscher Brazza hat sich bei der Gründung der nach ihm benannten Stadt am Kongo nicht träumen lassen, dass einmal am gleichen Ort der Verzicht auf eigene Leistung ausgeprochen werden würde, dass man lieber dem Hass gegenüber dem eigenen Volksgenossen freien Lauf liess, als gemeinsam die Welt in der ihr gegebenen europäischen vorbildlichen Form zu erhalten und auszubauen.

*256 - Der Aussenminister von Guinea war nämlich mit seiner Delegation von dem andern Mitgliedstaat Ghana auf der Durchreise kurzerhand verhaftet worden.

*257 - Diedrich Westermann (1875-1956) schuf das "Ewe-Alphabet" und gab damit diesem Volk in Togo seine Schriftsprache, auf der heute die umfangreiche Ewe-Literatur beruht. Ueberall in Afrika wird heute mit lateinischen Schriftzeichen geschrieben. Aus Ostafrika erwähnen wir den deutschen Forscher C. Velten ("Prosa und Poesie der Suaheli", Berlin 1907). Die deutsche Kolonialverwaltung war es, die in Deutsch-Ostafrika die erste Zeitung in Suaheli förderte. Sie blieb lange Zeit hindurch auch die einzige, und ihre schwarzen Verleger richteten noch nach Jahren britischer Okkupation unter dem Mantel des Mandats herzliche Dankesworte in Briefen an ihre deutschen Freunde und baten sie, doch wiederzukommen.

In Somalia, dem Lande, welches man preist, weil es einer der wenigen afrikanischen Staaten auf nationaler Grundlage ist, gibt es keine Schrift, auch heute noch nicht, denn man weiss nicht, wie man das Somalische schreiben soll, mit lateinischen oder arabischen Schriftzeichen. Die einen wollen die religiösen Bindungen zum Islam und zu den Ländern im Norden nicht aufgeben, die andern wollen den Staat der modernen Technik und Wissenschaft öffnen. Um nicht das Land in blutigen Zwist zu stürzen, lässt man die Frage offen, spricht nur somalisch und schreibt arabisch, italienisch oder englisch. Es gibt auch eine Dichtkunst. Sie muss eben auf Platten wiedergegeben werden, da man sie nicht aufschreiben kann, oder man übersetzt sie, wie etwa der jetzt in Oxford erschienene Band somalischer Gedichte (s. Literaturverzeichnis, Andrezejewski).

*258 - Dem Wirtschafts- und Sozialrat der UN wurde die UNESCO angegliedert. Diese "Organisation der UN für Erziehung, Wissenschaft und Kultur" wurde zu-

nächst jahrelang von dem Mexikaner Dr. Bodet geführt (er musste wegen seiner akzentuiert kommunistischen Einstellung dann zurücktreten). Die Aufgabe der UN umriss er wie folgt: "Die UN sind der politische Körper der Welt und die UNESCO ist ihr Gewissen." Sie also soll bestimmen, was fortan gut und böse ist. So bedeutet diese Einrichtung die bewusste Abkehr von der abendländischen geistigen Tradition, entwürdigt den Menschen als Träger seines Gewissens und will ihn zum bedenkenlosen Werkzeug einer internationalen Maschine machen, zum gedankenlosen Nachbeter dessen, was ihm in der Veröffentlichten Meinung vorgesetzt wird. So zieht die UNESCO folgerichtig zu Felde gegen "nationale Mythen, Traditionen und Symbole nationalen Stolzes, die von einer Generation auf die andere überkommen sind", wie es in ihrem Programm heisst. So, wie auf politischem Gebiet alle Unabhängigkeit, alle Autorität zerstört werden soll durch die UN, so soll in den menschlichen Bereichen nun die Autorität der anonymen, von Zionisten gelenkten UNESCO gelten. Die Eltern sind in der Familie entthront. In dem deutschen Organ der UNESCO, der Zeitschrift "Lebendige Erziehung" der "Deutschen Gesellschaft für Erziehung", einem ganz typischen Nachkriegsprodukt, heisst es (um e i n Beispiel von tausenden anzuführen): "Ich hatte selber schon öfter festgestellt, dass viele Erwachsene sich Kindern gegenüber einen Ton erlauben, den sie Erwachsenen gegenüber nie riskieren würden." Der Erwachsene, der Vater, die Mutter, sollen bei der Erziehung der Kinder möglichst ausgeschaltet werden. In jedem Heft dieser kostenlos auch an alle deutschen Auslandschulen versandten Zeitschrift finden Sie immer gleich eine ganze Salve zu dem Thema: Lasst Euren Kindern freien Lauf!

Doch nicht nur die J u g e n d soll ohne Bindungen erzogen werden, ohne ein Gefühl für gemeinsame Verantwortung, für eine Kulturgemeinschaft, für das Erbe, das ihr von ihren Vätern anvertraut wurde, das diese in schweren Kämpfen in Jahrhunderten aufbauten und erhielten, wenn Sie wollen: Die Fackel der geistigen Freiheit, die das Abendland seit Jahrtausenden jetzt von Generation zu Generation weitergab, auch die E r w a c h s e n e n sollen erzogen werden. Durch die Presse ging die folgende Notiz: "Der Jüdische Weltkongress kam mit der UNESCO überein, dass ihm zur Revision alle Textbücher vorgelegt werden, die für jüdische Interessen in Betracht kommen. Bei dieser Gelegenheit lobte die UNESCO die Mitarbeit des Jüdischen Weltkongresses in der "Internationalen Konferenz für Wiederaufbau und Erziehung", in welcher das Bildungsprogramm für Erwachsene festgelegt wurde."

Es ergibt sich daraus, dass der Kampf einzelner Regierungen gegen die Resultate solcher jetzt schon fast zwanzig Jahre währenden Erziehung nicht mit Tränengas vor den Eingängen der Universitäten geführt werden muss, sondern an ganz anderer Stelle. Solange ein Land Mitglied der UNESCO ist, solange es die Kontrolle seiner Lehrbücher durch den Jüdischen Weltkongress hinnimmt, solange wird auch die "Erziehung" der jungen Menschen in Richtung einer immer weitergehenden Zersetzung der eigenen geistigen Substanz vor sich gehen. Seitdem sich das Judentum derartige Rechte anmasst, ist "Antizionismus" Staatsaufgabe geworden.

In breitester Front wird der Angriff heute in — Kinderbüchern vorgetragen. Da liest man zB auf dem Waschzettel eines solchen Buches (Astrid Lindgren, "Pippi Langstrumpf"): "In der modernen Kinderliteratur nimmt "Pippi Langstrumpf" eine Sonderstellung ein. Selten hat ein Kinderbuch das Herkömmliche so völlig überwunden und die Schranken einer gewissen nationalen Gebundenheit, die in der Art des Humors, der Phantasie, der Themenstellung zum Ausdruck kommt, so gründlich beiseite geräumt, wie dieses." Selma Lagerlöff hatte derartige politische Propaganda für ihr Kinderbuch nicht nötig! Auffällig sind auch die vielen lieben Negerkinder in Kinderbüchern. Ein nur kurzes Zu-

sammenleben mit Negern würde alle falschen Vorstellungen, die aus solchen Darstellungen erwachsen, sehr schnell berichtigen. Praktisch hofft man eben, dass Menschen, denen mit solchen Kinderbüchern der Kopf verdreht wurde, niemals zu einer solchen engen Berührung mit Schwarzen kommen, aber dennoch über die Dinge draussen in der Welt mitreden werden. Schon heute ist ja dieses Dreinreden ohne Sachkenntnis das bezeichnendste Merkmal westlicher Wirtschafts-, Kultur- und Aussenpolitik. Die Kinderleichen in Biafra (wir kommen noch ausführlich darauf zu sprechen) sind nur eine der Folgen.

Ebenso wie die UNESCO ist auch die zweite im Text genannte Organisation, die Ford-Stiftung (Ford-Foundation) eine subversive Organisation in dem Sinne, dass sie weltweit die Unterminierung der gewachsenen geistigen und politischen Kräfte betreibt. Da sie von Steuern in den USA ebenso wie die anderen ähnlich tätigen grossen Stiftungen befreit ist, verfügt sie über eine stets wachsende Quelle finanzieller Mittel. Wir finden die Ford-Foundation zunächst in "harmlos" aussehenden Unternehmungen wie etwa bei der Schaffung einer mexikanisch-amerikanischen Organisation, um die Lebensbedingungen der mexikanischen Minderheit im Südwesten der USA zu bessern (630 000 Dollar ausgeworfen). Deutlicher wird die Situation schon, wenn Waldemar Nielsen von der Ford-Foundation das "African American Institute" mit seinem "Südafrika-USA- Führeraustausch-Programm" übernimmt und versucht wird, über die Finanzierung eines sogen. South African Institute of Race Relations, die Apartheidspolitik Südafrikas zu untergraben, oder wenn gar Gelder abgezweigt werden für Guerillaausbildung in Tansania. Das Reece-Komitee des Kongresses (1954 wurde seine weitere Tätigkeit "von oben" unterbunden!) der USA stellte fest, dass seit Anfang der 20er Jahre die steuerfreien Stiftungen in den USA Gelder laufend und in wachsendem Umfang zur Verfügung stellten, "um die soziale Struktur der USA so zu ändern, dass eine Koexistenz mit der Sowjetunion möglich sei", und dass "in diesem Lande einige prominente Personen einflussreich und kühn genug waren, den Reichtum in ihren Händen dazu zu benutzen, die Vereinigten Staaten in einen Krieg zu verwickeln zu dem Zweck, die traditionelle Verschiedenheit zwischen den USA und den Nationen Europas zu verschieben" (Norman Dodd in "National Economic Council", New York 1961). Im Rahmen der Veränderung der gesellschaftlichen Struktur der USA wurde von der Ford-Foundation der "Fund for the Republic" geschaffen, der dann die berühmt gewordene revolutionäre Schrift "Religion and Free Society" im Juli 1958 herausbrachte. Der gleiche "Fund of the Republic" gründete und finanzierte sodann ebenfalls das sehr einflussreiche "Central Committee of Consultants" (Zentralkomitee der Rechtsgutachter), in welchem führend waren der uns schon bekannte kommunistische Geistliche Niebuhr und der Besitzer von "Time", "Life" und "Fortune", Sprachrohre der Internationalen Freimaurerei, Henry Luce. Bezahlt wurde (1961) ebenfalls von der "Ford-Foundation" eine Studie über China, die die Desavouierung des Nationalen Chinas zum Ziele hat und zu energischen Protesten von seiten der Frau Tschiang Kai-scheks führte. Dieses Mosaik vervollständigt sich zum Bild eines starken Motors, der hinführen soll zur Einen Welt, wenn wir erfahren, dass die Ford-Foundation im Dezember 1967 in Paris mit ihren Geldern die Gründung der "Internationalen Vereinigung für kulturelle Freiheit" ermöglichte. Bisher gab es einen, wegen Uninteressiertheit der betroffenen Völker, dahinsiechenden "Kongress für die kulturelle Freiheit", der wegen seiner linksextremen Einstellung sich in verschiedenen Ländern bereits einen schlechten Namen gemacht hatte. Die neue Organisation soll nun diese Aktivität erweitern und versuchen, salonfähig zu machen. Vorsitzender wurde der englische "Historiker" Alan Bullock. Die zwei hauptsächlichsten Ziele wurden in die folgen-

den, uns schon bekannten schönen Worte gekleidet: Verteidigung und Stärkung der intellektuellen und kulturellen Freiheit. Weltweites Forum für die Untersuchung wesentlicher geistiger Probleme unserer Zeit. In sogenannten Studienwochen sollen bestimmte Themen bearbeitet werden (Ende 1968 in den USA: "Amerikas Bild in der Welt", also der typische Versuch, in gesammeltem und gezieltem Strahl die gesamte Welt propagandistisch zu beeinflussen). Zwanzig Organisationen, Gruppen und Veröffentlichungen wurden in diese Vereinigung aufgenommen: "Quadrant" (Australien), "Quest" (Indien), "Aportes", "Cadernoes Brasileiros", "Informes de China" (alle drei vom Lateinamerikanischen Institut für Internationale Beziehungen), die "Stiftung für europäische intellektuelle Zusammenarbeit", die marokkanische Vereinigung für Mittelmeerstudien, das japanische kulturelle Forum (Zeitschrift "Jiya"), der "Club Solidaridad", Manila (Zeitschrift "Solidarity"), das "Suksit Siam Center", "China Report" (Delhi), "Indian Writing Today" (Poona), der "Cercle pour la Liberté de la Culture" (Lyon), "Internationale Vereinigung für kulturelle Freiheit" (München), "Internationale Gesellschaft für die Freiheit der Kultur" (Hamburg), "Preuves" (Paris), "Der Monat" (Berlin), "Tempo presente" (Rom), "Transition" (Kampala), "Survey" (London), "The China Quarterly" (London), "Minerva" (London). Damit haben wir die ganze Sammlung derjenigen, die meinen, die Freiheit der Kultur erkämpfen zu müssen. Unter solcher Freiheit wird der "Konformismus" verstanden, die bedingungslose Zustimmung zur Beseitigung aller Traditionen und konservativen Kräfte, wie wir es von der UNESCO her bereits kennen. Schon die genannten Titel sind eine dankenswerte Zusammenfassung des alten Vokabulars der Freimaurerei.

*259 - Es ist bezeichnend für die ganze Geschichtsschreibung unserer Zeit, wenn ein beamteter Historiker wie Rolf Italiaander den uns schon bekannten Kommunisten Du Bois artig als "Senior der Afrikanistik" hinstellen will, und von den Buren in seinem Machwerk "Die neuen Männer Afrikas" als von eiskalten Sadisten und schwachsinnigen Narren spricht. Geschichtsschreibung in dieser Form verwirkt jede Glaubwürdigkeit. Es gibt in Westdeutschland eine "Ranke Gesellschaft, Vereinigung für Geschichte im öffentlichen Leben". Sie wurde von wahren Historikern nach dem II. Weltkrieg gegründet, um im Sinne Rankes die Geschichtsschreibung herauszuhalten aus dem Totalitätsanspruch der Sieger. Wenn man aber die Veröffentlichungen dieser Gesellschaft heute ansieht ("Das Historisch-Politische Buch"), so nimmt einen grossen Raum bezüglich der neuesten Geschichte das ein, was man bestenfalls als parteipolitisches Propagandatum bezeichnen kann. Von der "Reinigung des deutschen Geschichtsbildes von den vielfältigen propagandistischen Verfälschungen", wie es im Programm der Gesellschaft heisst, ist man leider sehr schnell abgekommen, und hat es vielmehr vollgestopft mit solchen Verfälschungen. Das trifft aber nicht nur auf die neueste Geschichte zu. Als man bemerkte, dass der Deutsche im Wust der Lügen um 1945 herum aus seiner Geschichte und "in die früheste Geschichte und in die räumlich fernste Geschichte und hier vorzugsweise in jene Kulturzweige, die wohl geschichtlich sind, doch nicht der zentralen, der politischen Geschichte angehören", floh (Hölzle aaO S. 17), da setzte man ihm auch hier die Fälschung entgegen. Den Vogel schoss das Buch "Götter, Gräber und Gelehrte" dabei ab. Vorangestellt wird ihm das Goethewort "Es gibt keine patriotische Kunst und keine patriotische Wissenschaft. Beide gehören, wie alles hohe Gute, der ganzen Welt an" und dann wird mit einer unmerklichen Schwerpunktverschiebung getan, als gäbe es füglich keine deutsche Kunst, keine französische usw. So wird dem Buch von Anfang an eine politische Tendenz im Sinne unserer Einweltler gegeben, obwohl gerade die gesamte Kunstgeschichte diese Tendenz Lügen

straft, erst aus dem tief empfundenen Widerspruch zu den "Barbaren" zB die griechische Kunst erwuchs und sich kämpfend erhielt, somit den Begriff der "Apartheid" an den Anfang unserer Kunst setzend. Dass dann diesem Goethewort ein zweites Vorwort ausgerechnet von Ortega y Gasset folgt, zeigt das bewusst Gesuchte dieser Vorwörtelei. Denn Ortega y Gasset war es, der in einem seiner letzten Vorträge ("Goethe ohne Weimar" in der Hamburger Universität) sagte: "Goethe hat in der sorglosen Hofatmosphäre Weimars wie in einer Phiole gelebt. In seinem Wunsch nach ichbezogenem Glück hat er sich in der keimfreien Glasretorte von aller politischen Unrast ferngehalten." Ja, wir hätten ruhig an die Spitze eines Buches über die Archäologie ein einziges Wort von diesem Ortega y Gasset setzen können, welches allerdings die ganze beabsichtigte Wirkung auf den Leser zerstört hätte: "Der Mensch ist nicht ein erster Mensch und ewiger Adam, sondern er ist formal ein zweiter, dritter Mensch usw. Das heisst, dass der Mensch in seinem eigenen und fliessenden Heute die Verkürzung der ganzen Vergangenheit erblicken wird... Die Vergangenheit ist nicht drüben, wo sie geschah, sondern hier in mir. Die Vergangenheit bin ich, das heisst mein Leben" (in "Geschichte als System", S.72). Und Georg Dehio setzt seiner achtbändigen "Geschichte der deutschen Kunst" die Worte voran: "Es gibt keine deutsche, französische oder englische Wissenschaft, wohl aber eine deutsche, französische oder englische Kunst." Wer dieses schon eingangs leugnet, kann nicht m e h r zusammenstellen als eine Art Kriminalroman – und so etwas liest sich gerne, wie die hohe Auflagenziffer beweist. Er ist denn auch weiterhin voll von völlig unsachlichen Bemerkungen: Winkelmann verlässt "das despotische Preussen Friedrichs des Grossen", unter dessen "militaristischen Drohungen" er gelitten. (Er hat wohl niemals davon gehört, dass unter Friedrich – im Gegensatz zur Demokratie – jeder nach seiner Façon selig werden konnte.) Und Champollion "erschauert, wenn er die Kader der Garde erblickt, einer sturen Disziplin unterworfen, die jeden Geist nivelliert" (anscheinend noch nie bemerkt, dass von Nivellierung des Geistes erst seit der Entstehung der UNESCO die Rede ist). Und es heisst nach der Schilderung eines Cortés: "Diese Spanier – lassen wir allen Nationalstolz beiseite: generalisieren wir und sagen wir besser: die Europäer – sie waren gewiss nicht die Nachfolger des Quetzalcoatl, der Sitte und Gerechtigkeit gepredigt hatte" (sollen wir bei dieser erwünschten "Generalisierung" auch gleich Herrn Dayan mit hineinnehmen?). Und noch viele ähnliche Dummheiten stehen in diesem "Roman der Archäologie". Um die Bibel als ältestes Sittlichkeitsdokument präsentieren zu können, wird das Gilgameschepos überhaupt nicht erwähnt, die in Amarna gefundenen Tontafeln ebensowenig, und von der Gesetzessäule des Assurbanipals nur eine vage Bemerkung (und nicht etwa, dass hier bereits eine sittliche Höhe erreicht wurde, die von den Juden bis heute nicht erreicht wurde: "Ein jeder büsse seine eigene Schuld". Nichts von der jüdischen Grausamkeit, "bis ins dritte und vierte Glied" und von dem verbrecherischen Gedanken der "Kollektivschuld"). Lächerlich aber wird das Bestreben, politische Propaganda betreiben zu wollen, wenn Ceram schreibt: "Alte Gebäude riss Sanherib ab, wie Hitler, als er "Achsen" legte quer durch seine Hauptstadt." Und er fährt frech fort: "Die Parallelität dieser Erscheinungen ist nicht gesucht (wer hätte das etwa gedacht!), sondern ergibt sich auf natürliche Weise, wenn man die Epochen der Geschichte der Völker nicht nur nacheinander, sondern auch nebeneinander zu sehen vermag." Es wird von Raubzügen, Sintfluten, Städtegründungen und Städteverwüstungen berichtet, aber ausser einem Loblied auf die mosaischen Gesetze nicht ein Wort von den hohen sittlichen Werten, die uns diese alten Kulturen übermittelten. Gerade das wichtigste Ergebnis der Ausgrabungen, nämlich die rezeptive, ins propagandistisch-politische gekehrte Rolle des Judentums, wird unterschlagen. (Vgl. Edward

Chiera, Chicago: "Sie schrieben auf Ton", Zürich 1956).

Das Buch Cerams wurde als Beispiel angeführt, und die Beispiele aus ihm bei weitem nicht erschöpfend wiedergegeben. Aehnliche Produkte sind dank der Förderung dieser Propagandatätigkeit in der BRD seit dem Ende des II. Weltkrieges wie Pilze aus der Erde geschossen. Man sucht vergebens d e n Historiker, der sachlich bleibt. Man spricht schamlos von "heissen Eisen", die man nicht anrühren darf, und erhebt dennoch Anspruch darauf, ein Historiker zu sein. Niemals entfernte sich die Geschichtsschreibung bei ihren beamteten Vertretern so weit von ihrer Pflicht wie in unseren Jahren. Das verwerflichste aber ist, dass diese Herren im Interesse ihrer Pfründen mit wilden Worten meinen, diejenigen angreifen zu dürfen, die ihnen mit dem echten Tatsachenmaterial den Boden unter den Füssen wegzogen. Hebbel sprach das Urteil: "Es gibt nur e i n e Sünde, die gegen die ganze Menschheit mit allen ihren Geschlechtern begangen werden kann, und dies ist die Verfälschung der Geschichte."

*

SENEGAL

ist seit dem 20. Juni 1960 selbständig und löste sich aus der in erstem Enthusiasmus mit Mali gegründeten Föderation schon im August des gleichen Jahres, gehört zu den "reicheren" Staaten Afrikas, da Frankreich in Dakar schon immer auch in wirtschaftlicher Hinsicht seinen Brückenkopf für Westafrika sah. Schon 1790 erhielt der Senegal unter der französischen Fahne lokale Selbstverwaltung und der Senegalese Blaise Diagne wurde 1914 Parlamentsmitglied in Paris und rekrutierte dann als französischer Hochkommissar Truppen in seiner Heimat zum Kampf gegen die Deutschen. (*260) Doch trotz dieser langen Schulung in europäischen Verwaltungsproblemen ist selbst die bisherige kurze Geschichte des Senegal nicht unblutig verlaufen. Als Ministerpräsident Mamadu Dia im Parlament im Dezember 1962 zu Fall gebracht wurde, versuchte er, mit der ihm gefügigen Polizei und Gendarmerie das Parlament einfach zu erobern. Sie wurden jedoch ihrerseits eben wieder von Fallschirmjägern umstellt, die dem Staatspräsidenten Senghor zu Diensten waren und gaben denn auch nach. Dieser spricht von der "Négritude" als der Kulturform seines Landes (und darüber hinaus) und sieht eine multirassiale Entwicklung, ähnlich der in den portugiesischen Besitzungen, allerdings eben von dem anderen kulturellen Ausgangspunkt ausgehend vor: "Wir Senegalesen haben vor, in unserem Land ein multirassisches, multireligiöses Experiment zu machen. Wir wissen, dass die Nation auch für uns die verbindende Kraft bilden muss, die alle in ihr lebenden Menschen vereint, was immer ihr Horizont, ihre Rassenzugehörigkeit oder der Erdteil, aus dem sie kommen, sei. Franzosen, die in der senegalesischen Nation integriert werden wollen, werden uns willkommen sein und die gleichen Rechte geniessen wie wir. Jene aber, die ihre Nationalität zu behalten wünschen, werden uns ältere Brüder sein, das heisst privilegierte Ausländer." Neuen Aufguss der alten Parolen von "Blut und Boden" nennen das die Demonstranten des SDS, als Senghor den "Friedenspreis" von dem freimaurerisch gelenkten Börsenverein des Deutschen Buchhandels 1968 verliehen wurde, übersehen aber, dass nakter Selbsterhaltungstrieb hinter diesen Forderungen in einem Staat steht, dessen Nachbarn die zentrifugalen Stammeskräfte nicht mehr zusammenhalten können. (*260a)

*260 - Der Sohn des letzten Chefs des zaristischen militärischen Geheimdienstes, Baron André v. Harting, berichtet von den Folgen dieses Vorgehens, welches begleitet wurde von senegalesischen Schulbüchern, nach welchen die Erklärung der Menschenrechte von den jungen Negern auswendig gelernt werden musste. Er prophezeite 1924 dem ungläubigen Gouverneur des Senegal, dass Frankreich keine zwei Generationen mehr Afrika unter solchen Beeinflussungen wird halten können.

*260a - Die Kundgebungen gegen den Staatspräsidenten des Senegal (bei denen der Präsident der BRD mit seinem Gast im Auto zwei Stunden lang in Frankfurt herumfuhren, weil sie wegen der lärmenden Horden nicht an den Paulstempel herankommen konnten) sind in ihrer völligen Unsachlichkeit und Unberechtigtheit bezeichnend für die "geistige" Atmosphäre der BRD. Sie liegen daher auch in einer geraden Linie mit den Kundgebungen gegen andere Ordnungsmächte, gegen den Schah von Persien, griechische Konsulate, und der Zerstörung der Denkmäler von Wissmann und Dominik in Hamburg. Wissmann hatte sich als Afrikaforscher mit der ersten Ost-West-Durchquerung des schwarzen Kontinents bereits einen Namen gemacht, als ihn die Deutsche Reichsregierung mit der Aufgabe betraute, den Aufstand der Sklavenhändler in dem soeben erworbenen deutschen Schutzgebiet in Ostafrika niederzuschlagen. Am 16. Dezember 1889 beendete er nach zweijährigen schwierigen Feldzügen mit der Hinrichtung des Sklavenhändlers Buschiri erfolgreich seinen Auftrag und erwarb sich so in Ostafrika bei der gesamten Bevölkerung allgen eine Anerkennung und Hochschätzung als Forscher und als Mensch, die sich in schriftlichen und mündlichen Kundgebungen bis auf den heutigen Tag hin immer wieder ausgedrückt hat. Von Dominik spricht man noch heute mit Hochachtung in ganz Kamerun als derjenigen Persönlichkeit, die dem Lande geordnete Verhältnisse gab. Wenn man "die gute, sichere, alte Zeit" meint, spricht man in Duala und Jaunde von den "Zeiten Dominiks". Die BRD zehrt heute noch in beiden Ländern von dem Ansehen dieser beiden deutschen Persönlichkeiten. Die Staatschefs beider Länder haben dieses mehrfach öffentlich zum Ausdruck gebracht. Die Haltung der Mitglieder des SDS an der Universität in Hamburg ist also bar jeglicher geschichtlicher Wahrheit. Sie ist darüber hinaus – und das muss einmal mehr festgehalten werden – die Folge der völlig verwahrlosten Erziehungspolitik in der sogenannten BRD. Die konsequente Zerstörung des deutschen Ansehens in der Welt, die die genannte, von Zionisten unterrichtete und aufgehetzte, unter zionistischer Führung stehende Organisation mit sichtlichem Wohlwollen der Bonner Regierung (in Frankfurt schritt die Polizei erst zwei Stunden nach Beginn der schweren Unruhen ein!) betreibt, wird positiv unterstützt von Zeitungen wie "Die Welt" (die nach dem ersten Angriff auf diese Denkmäler die Veröffentlichung einer sachlichen Darstellung des Lebenslaufs von Wissmann ablehnte!) und von dpa, die eine völlig unwahre Darstellung der geschichtlichen Ereignisse bei diesem Anlass gibt. Es gab eine Zeit – und sie liegt wahrhaftig nicht weit zurück, Tausende von Reichs- und Auslandsdeutschen hier draussen symbolisieren sie noch heute mit ihrer Tätigkeit – da öffnete der Satz "Ich bin Deutscher", mag er auf suaheli, arabisch, portugiesisch, spanisch, italienisch oder englisch gesprochen worden sein, die Türen und Tore der Geschäftsleute und der Fürsten. Seit 1945 hat Bonn systematisch diesen guten deutschen Ruf in der Welt zerstört. Der Deutsche muss heute hier draussen hinzufügen, ob er Deutscher ist oder Westdeutscher, er muss sich wehren gegen den Ruf, ein vaterlandsloser Geselle ohne Würde und ohne eigenes Geschichtsbewusstsein im Dienste Israels oder amerikanischer Kapitalien, ein Mann ohne Traditionen zu sein. Denn sonst spuckt

die Welt heute auf ihn, trotz aller schönen Reden gewisser Politiker und Zeitungen. Diese stellen in der weiten Welt hier draussen wahrlich nicht die Meinung derjenigen dar, die noch heute bestimmen, weil auch sie selbst Haltung und Würde in einer Welt wahren, die nivelliert werden soll. Sie öffnen bestimmt nicht ihre Türen und Tore – und schon gar nicht ihre Herzen – einem Wicht. Der darf sich getrost an der Bar in einem teuren Hotel langweilen, und dort Pressekonferenzen geben, die dann auf der ersten Seite wiedergegeben werden. Der darf dort mit Millionen um sich werfen und sich einbilden, wer zu sein. Er ahnt gar nicht, wie verachtet er im stillen ist, bei allen denen, die ein Recht haben, zu verachten. Und die den feingekleideten, lächelnden Herrn aus Bonn oder Frankfurt an der Türschwelle oder im Büro sehr höflich abfertigen lassen.

*

MALI

nennt sich nach dem islamisierten alten Negerreich gleichen Namens (*261), und umfasst die ehemalige französische Kolonie Soudan, das heisst die Oberläufe von Senegal und Niger und einen Teil der nördlich davon liegenden Sahara. Am Niger liegt die Hauptstadt Bamako und das einst so geheimnisvolle Tombuktu.(*262) Mit der Uebernahme der Kolonialgrenzen kamen die verschiedensten Völkerschaften in das gleiche Staatsgebilde, die Sonrai am Knie des Nigers, die Armas als Abkömmlinge marokkanischer Eroberer (1591), Araber, Tuareg, Mauren, und im Süden die Peul, Mossi, Bozos, Bambaras sowie die so romantisch wohnenden Bergbauern der Dogons und die einstmals von den Tuareg versklavten Bellah. Die Macht liegt heute nicht mehr in den Händen von Stammesfürsten, sondern in diesem alten Experimentierfeld französischer Demokratie bei Politikern. Dennoch ist das Uebergewicht islamischen Geistes in der Politik zu erkennen. Präsident Modibo Keita trägt den Namen der alten Dynastie der Keita, die bereits im XIII. Jahrhundert in Mali die Vorherrschaft des Islam über das Volk der Mandingo sicherte. Im heutigen Staat Mali liegende Städte wie Tombuktu und Djenne wurden nach der Islamisierung des Songhai Mittelpunkte westsudanischer Gelehrsamkeit.

In den ersten Jahren seines Bestehens hatten Moskauer Parolen starken Einfluss auf die Politik Malis, doch folgte dann die Wendung hin zu China unter gleichzeitiger bezeichnender Wiederbelebung des Islam.(*263) Modibo Keita musste jedoch den regionalen, traditionellen Kräften, die hinter den Stammesführern nach wie vor stehen, nachgeben und den weltrevolutionären Politikern einen Dämpfer aufsetzen. Als er 1967 seine abweisende Haltung gegenüber Frankreich aufgab, und am 23. August das Politbüro auflöste, setzte er an dessen Stelle einen "Obersten Rat zur Verteidigung der Revolution", der zu seinen Mitgliedern "nationale" Persönlichkeiten wie den sich auf den Raum Tombuktu stützenden Präsidenten der Nationalversammlung Mahamane Alassane Haidara und den die Songhai vertretenden Stellvertretenden Präsidenten der Nationalversammlung Yacouba Maiga zählt. Allerdings ist noch immer die einzige Tageszeitung des Landes, "L'Essor" in den Händen eines leidenschaftlichen Mao-An-

hängers (der auch die Anerkennung der DDR befürwortet). So zeigt dieses Land unter der für Mali typischen Färbung den heute weltweiten Kampf zwischen nationaler Eigenart und internationaler Phraseologie. Er ist noch nicht zum offenen Ausbruch gekommen. Die Wirtschaftskrise infolge der sozialen Experimente und des Versagens russischer und chinesischer Hilfeleistungen (*264) hat eine erneute Hinwendung an Frankreich bewirkt, die sich zunächst in einer Rückkehr in die Frank-Zone ausdrückte.(*265) Diese Hinwendung zu den tatsächlichen Gegebenheiten wurde jedoch von den Berufspolitikern nicht mitgemacht, sodass Keita im Januar 1968 das Parlament auflösen musste, "da die Abgeordneten unpopulär geworden waren". Doch kam dann der Umsturz von der Seite der Militärs, die unter Führung eines Majors Moussa Traore im November 1968 Keita absetzten, "um durch freie Wahlen das Land wieder der Demokratie zu öffnen". Der "afrikanische Sozialismus" Keitas hat damit ausgeträumt, doch behalten die neuen Machthaber den Kurs der "Blockfreiheit" bei. Dankenswerterweise erteilten die Usurpatoren dabei auch so nebenbei Bonn eine kleine Lehre: Fotos und Bilder des bisherigen Präsidenten Modibo Keita müssen überall unverzüglich entfernt werden. So weiss man jetzt wenigstens auf welch hohem Kultur-Niveau die Staatsanwaltschaft der BRD stand, als sie die Deutsche Nationalzeitung verbot, weil sie — ein Hitlerbild gebracht hatte.

---

*261 - 1050 begannen die aus einer religiösen Bruderschaft am Senegal hervorgegangenen berberischen Almoraviden die Islamisierung bis zum mittleren Niger und des westlichen und mittleren Sudan. Der Islam hat einmal gewonnene Gebiete bisher nicht wieder an andere Religionen verloren und ist zum bestimmenden staatsbildenden Faktor in diesen Gebieten geworden.

*262 - Barth, "zweifellos der bedeutendste der Saharaforscher" (Gardi), erreichte nach mehrjährigen abenteuerlichen Reisen durch den Sudan Tombuktu im Jahre 1853. "Man hat nicht genug Phantasie, sich seine gewaltige Leistung vorzustellen. Barth sprach fliessend verschiedene Tuareg-Dialekte, Hussani und Fullani ... sein fünfbändiges Werk "Reisen und Entdeckungen in Nord- und Zentralafrika 1849-1855" ist noch heute lesenswert." Overweg, Gehrhard Rohlfs, Gustav Nachtigal, Oskar Lenz sind weitere Deutsche, die in fast legendären Entdeckungsreisen die Sahara durchquerten. Leider sind ihre Werke längst vergriffen. Die heutige deutsche Jugend könnte sich so leichter an den Leistungen dieser damals als ganz junge Menschen Hinausgegangenen messen, und Vergleiche ziehen mit jenen Studenten, die sich lieber als Zirkusaffen der Weltgeschichte gefallen.

*263 - Modibo Keita auf einer Pressekonferenz in Algier: "Die malische Staatsführung lässt sich wohl vom Aufbau des Sozialismus nach der marxistisch-leninistischen Theorie inspirieren, lehnt aber deren Atheismus ab, weil wir Gläubige sind."

*264 - Besonders wichtig für den von den Franzosen begonnenen weiteren Ausbau der Wasserregulierung im sogenannten "Inneren Nigerdelta" zwischen Segou und Mopti, wo an Stelle der bisherigen weiten Ueberschwemmungsgebiete dank

der französischen Kanalführungen umfangreiche Gebiete anbaufähig geworden sind und so die Möglichkeit der Ansiedlung der unter dem Bevölkerungsdruck leidenden Völker des Nigerknies besteht.

*265 - Sékou Touré, Staatschef des benachbarten Guinea, schimpfte natürlich sofort von "Verrat an der afrikanischen Revolution" und wollte sich in die Entwicklung Malis einmischen.

*

OBERVOLTA

nennt seine am Oberlauf des Weissen Volta liegende Hauptstadt Wagadugu (Ouagadougou) im alten Stammesgebiet der Mossi nach derer schon seit dem 10.Jahrhundert bekannten alten Residenz. Mit vollem Elan stürzte sich das 1960 freigewordene Land in die neuen Verhältnisse. Präsident Yameogo bezog monatlich seine eineinhalb Millionen (Afrika-)Frank, und verwandelte die Regierung in ein Familienunternehmen, in welchem gleich fünf Verwandte Minister wurden. Da bei 5 Millionen Einwohnern nur etwa 26 000 Personen feste Gehälter beziehen, 150 000 ehemalige französische Soldaten von den Pensionen leben, die sie aus Frankreich beziehen, die Landwirtschaft als wichtigstes Element der voltaischen Wirtschaft nur saisonweise Arbeit gibt (Baumwolle) und in grossem Umfang die Arbeitsuchenden zwingt, jährlich nach Ghana und in die Elfenbeinküste zu gehen, waren diese Extravaganzen nicht lange tragbar. Um den guten Ruf der Demokratie zu retten, berichtete die Presse in der Welt dann, "dass der Präsident einen Minister wegen Korruption abgesetzt habe" (Dezember 1963), "dass der ehemalige Bürgermeister der Hauptstadt einige Arbeiter aufgehetzt habe, die das Land an das prochinesische Ghana verkaufen wollten" und fügte dann das voraussehbare Ende des Parlamentarismus mit den Worten "Staatsstreich der Militärs" (Juli 1966) wie bedauernd hinzu und nennt die neuen Machthaber "Usurpatoren". Tatsächlich aber sahen die Dinge so aus: Als die Verschwendungen der Parlamentarier zu gross wurden, sprachen Gewerkschaftsführer beim Innenminister vor (auch einem Yameogo). Der beschimpfte sie und schmiss sie kurzerhand mit Faustschlägen aus seinem Büro 'raus. Den derart beleidigten männlichen Untertanen gesellten sich die Frauen hinzu, denn ihr christlicher Präsident hatte sich scheiden lassen von einer Frau, die ihm sechs Kinder geschenkt hatte. Sind auch die wenigen Katholiken in der Hauptstadt wegen ihrer höheren Bildungsstufe mächtiger als es ihrer Zahl nach sein sollte, so hatte die verstossene Félicité doch die gläubige mohammedanische Welt (20% der Bevölkerung) sofort auf ihrer Seite. Es kam zum Generalstreik und war recht dicht vor einem Blutvergiessen, als Herr Yameogo die Gewalt seinem Generalstabschef Oberst Lamizana übertrug. Dieser stellte denn auch die Ordnung wieder her, "ohne dass einem einzigen ein Finger gekrümmt worden wäre". Seitdem fragen die Demokraten immer mal wieder an, wann sie wieder in ihr Parlament einziehen können, doch der in sechsundzwanzig Frontdienstjahren unter dem Kepi ergraute Staatschef, dem offensichtlich das Zelttuch lieber ist als die schönen Wohnräume

in Wagadugu, fragt nur zurück: "Ist es nicht seit unserem Machtantritt besser geworden?" Und das Volk von Obervolta stimmt ihm zu, sieht die scharfen Sparmassnahmen im öffentlichen Sektor (vorher 57% der Staatsausgaben für die Staatsbeamten!) und ist seiner Meinung, wenn er sagt: "Lasst uns jetzt erst einmal arbeiten. Politik können die andern später wieder machen." Dass im September 1967 Lamizana von der notwendigen Verhaftung einiger Verschwörer über seine Radiostation berichtete, zeigt jedoch, dass das sehr arme Land im Vorfeld der Sahara und im Nachbargebiet der am Ozean liegenden, fünfmal so reichen Elfenbeinküste mit seinem auch in Obervolta einst parlamentarisch vertretenen RDA unter dem tüchtigen Houphouet-Boigny bestimmt nicht sehr glücklichen Zeiten selbst unter Männern besten Wollens entgegengehen kann. Sehr viel hängt gerade für dieses Land daher ab von der – auch weiterhin zugesagten – Hilfe der ehemaligen Kolonialmacht. Die Jugend spricht verächtlich von den "alten Turbanen" und "sieht lieber der aufgehenden denn der untergehenden Sonne zu".

*

DER NIGER

der uns jetzt wieder in die Sahara hinausführt, wurde ebenfalls 1960 selbständig. Es sind 90 Prozent seiner Bevölkerung Mohammedaner. Im Nordosten grenzt er an den Fezzan, jener Teil Lybiens, der 1943 den Italienern genommen und dann von den Franzosen bis 1951 verwaltet worden war, seitdem Teil des Königreiches Lybien ist. Jenes weite Land ist das Land der Karawanen, noch heute. Da geht es mit Hirse beladen von Zinder oder noch weiter im Süden vom Niger aus durch die Sandwüste des Tenere in die Fernen Kaourberge, um in der Oase Bilma Salz und Datteln einzukaufen. Doch die Feilschenden verstehen sich nicht. Das Tamaschek der Tuareg der Karawane wird von den Kanuri in Bilma nicht verstanden und umgekehrt. So behelfen sie sich mit Brocken Haussa, der alten Händlersprache des westlichen Sudan. Auch sonst verstehen sie sich nicht, sagt doch ein Sprichwort der nomadisierenden Tuareg: "Der Neger verwendet die Hacke und weiss nicht, dass er mit der Hacke die Unfreiheit bekommen hat", und die Sesshaften antworten: "Die Karawanenleute sind Vagabunden und Heuschreckenfresser".

Der Name dieses Staates ist sicher für diesen Wüstenstaat verständlich, ist es doch der einzige grosse Fluss in ihm, doch gehört umgekehrt nur ein verhältnismässig kleines Stück seines Laufes zu diesem Staat. In diesem Teil wohnen Songhei, die wir auch schon in Mali antrafen. Hier liegt auch die Hauptstadt Niamey. Mitten im Fluss liegt aber eine kleine Insel namens Lette. Sie ist der Zankapfel zwischen Dahomey und Niger, die sich seit der Militärerhebung des Oberst Soglo in Dahomey (s.d.) darin äussert, dass man sich gegenseitig die "unliebsamen Ausländer" zuschickt, 16 000 Dahomeyer wurden Ende 1963 aus dem Niger ausgewiesen und in Dahomey wurden in Niger geborene Regierungsangestellte entlassen und zusammen mit andern Nigerianern des Landes verwiesen. Es kam zu Kämpfen im Grenzgebiet, obwohl in beiden Staaten

die ursprüngliche Schicht der Politiker von Militärs abgelöst worden war und man meinte, von einer gewissen interafrikanischen Solidarität dieser Gruppe sprechen zu können.(*266) Doch, auch ohne dass Frankreich, der grosse Helfer beider, ein Machtwort zu sprechen brauchte, kam es zu einer Beruhigung der allerdings weiterhin nicht natürlichen Verhältnisse an dieser nicht völkisch bestimmten Grenze. Im Januar 1968 versammelten sich in Niamey die Staatschefs der 14 Mitgliedstaaten der OCAM in Anwesenheit auch eines persönlichen Vertreters des Sultans von Marokko, des tunesischen Präsidenten sowie des Generalsekretärs der OUA, Diallo Telli und bewies so, in welcher Form diese neue Welt ihre Probleme in sachlicher Weise anzugehen gewillt ist. Gemeinsame Manöver mit französischen Truppen im Februar 1968, die auch "Bekämpfung von Subversionen" zum Gegenstand hatten, stärkten das Ansehen der Regierung.

---

*266 - Akzentuierter noch als in Südamerika ist in Schwarzafrika und Asien die internationale Solidarität der Politiker ein Faktum, welches einer nationalen Entwicklung im Wege steht. Diese Politiker standen überall am Anfang der "Befreiung", waren ja wesentliches Korrelat der von New York ausgehenden Aktivität. Mehr und mehr wurden sie inzwischen von Militärs abgelöst. Sind auch die Ursachen jeweils nationaler Natur und kam es zu diesen Umwälzungen von Fall zu Fall erst, als Unfähigkeit, Verschwendungssucht und krankhafter Ehrgeiz das Geschenk der Staatswerdung ernstlich gefährdet hatten, so bildete sich dann doch unter den ehemaligen französischen usw. Unteroffizieren, die inzwischen zu Obersten, Generalen und Staatspräsidenten wurden, ein gewisses gegenseitiges Verständnis heraus. International waren Partner wie Oberst Nasser und General De Gaulle ihnen selbstverständlich sympathischer als die europäischen und nordamerikanischen Ebenbilder der nach Hause geschickten eigenen Parlamentarier. Aufs Ganze gesehen, kann man in dieser Entwicklung einen Gesundungsprozess der afrikanischen Entwicklung sehen, so etwa, wie sich ein Stalin für Russland freimachte von einem Trotzki, nachdem dessen Rassegenossen ursprünglich einmal die wesentliche Gruppe der von Aussen finanzierten und erwünschten Umwälzung waren. Wieder einmal erleben wir es, dass "die Revolution die eigenen Kinder frisst".

*

DER TSCHAD

ist ebenfalls im wesentlichen ein Wüstenstaat, im Zentralsudan im Gebiet der ehemaligen Staatenbildungen Kanem-Bornu, Bagirmi und Wadai. Dynastiegründer der ersten sind die hellhäutigen Kanembu östlich des Tschadsees, deren weiss-afrikanische Saif-Dynastie von 800 bis 1846 regierte. Die westlich davon wohnenden Fulbe waren ihre hauptsächlichsten Gegner, die dann auch das schon seit dem 16. Jahrhundert über Kanem herrschende Königreich Bornu schlugen. 1893 wurde Bornu von dem schwarzen Sklavenhändler Rabeh unterworfen. Seinem

Schreckensregime machten die Franzosen ein Ende. 1897 wurde das südlich von Kanem gelegene Bagirmi ebenfalls französisch und ein Jahr darauf das in inneren Kämpfen geschwächte, östlich davon gelegene Reich Wadai.

Dabei benutzen wir Ausdrücke wie "Staat", "Königreich" u.ä. in einem spezifisch afrikanischen Sinn. Niemals handelt es sich um Staaten in europäischem Sinn, denn zumeist sind es nur "fiskalische Diktaturen" (Oswin Köhler). Das heisst, "von einem Kerngebiet aus zog eine Folge von Herrschern Steuern und Tribute ein, soweit ihre Macht dazu ausreicht" (Ernst Gerhard Jacob). Und Westermann schildert die Zustände wie folgt: "Man lebte für sich, und man wollte es so. Bei stärkeren Staaten äusserte sich das Bedürfnis nach auswärtigen Beziehungen in Raubzügen und Unterjochung; verband man sich mit einem zweiten, so geschah es zur Beraubung eines dritten. Verlangen nach friedlichem Austausch fehlte nicht gänzlich und wurde nicht selten in bemerkenswertem Masse verwirklicht, aber es wurde immer wieder kriegerischen Unternehmungen untergeordnet." Ernst Gerhard Jacob sagt daher deutlich: "Man muss sich hüten, den Begriff "Staat" und seine Zusammensetzungen (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgründung) auf die Frühzeit und auch auf die Gegenwart afrikanischer Geschichte ohne weiteres anzuwenden."

Dass es die BRD (und nicht nur diese) trotzdem tut, liegt an dem bewusst irreführenden Konzept, welches in der Art der modernen "Staatwerdungen" befolgt wurde. Da spricht dpa April 1967 vom "Staatsbesuch" des "Präsidenten" des Tschad in Bonn und in einem "Kommuniqué" wird "volle Uebereinstimmung in der Beurteilung der internationalen Lage" festgestellt. "Beide Regierungen plaidieren für den Weltfrieden und für die Erhöhung des Wohlstandes in der Welt." Im März 1963 musste Mitunterzeichner Präsident Tombalbaye dann allerdings zwei Oppositionspolitiker hinrichten lassen, sechs Monate später musste er den Ausnahmezustand über das ganze weite Land verhängen, nachdem bei Demonstrationen 19 Neger ums Leben gekommen waren. Doch war das eben notwendig, um in einem solchen "Staat" am Ruder zu bleiben, und die Geschenke der Weissen auch richtig aufbauen zu können.

Dazu gehören eine hochmoderne Textilfabrik in Fort Archambaud, dem Zentrum des Baumwollanbaugebietes, zwei landwirtschaftliche Schulen im Südwesten des Landes, eine grosse Weizenmühle in der Hauptstadt Fort Lamy, die die möglichen dreifachen Weizenernten auf den reichen Poldern des Tschadsees verarbeiten soll, während auf einer dortigen Versuchsfarm mit dem Gemüseanbau in grösserem Umfang begonnen wird, alles dieses von der BRD finanziert. Hinzu kommt die Ausrüstung für die einzige grössere technische Schule des Landes mit einer Autoreparaturwerkstatt und einer Tischlerei, also alles Dinge, die bei einer fleissigen Bevölkerung und zielbewussten Regierung eine wirtschaftliche Weiterentwicklung bewirken müssten. Fünf Millionen Rinder in den Savannen des Sudan könnten das Land zum Fleischlieferanten für die südlichen Nachbarn machen. Würden diese Pläne Wirklichkeit, so sähe Zentralafrika anders aus, und wieder einmal nicht aus eigener Initiative, sondern weil die Europäer darin das Glück der Afrikaner sehen.(*267)

Der nördliche Teil gehört zum Siedlungsgebiet der Tuareg. Ihre Anbauzonen, genannt Arrem, lassen sie von Haratin bestellen, da sie selbst keinen Ackerbau betreiben. Ihre Lebensgewohnheiten haben sich unter dem Eindringen westlicher Formen (Konservennahrung, Kleidung) in den letzten Jahrzehnten entfärbt. "Während die ältere Generation – übrigens auch bei anderen saharischen Völkern, wie den Mauren und Peuls – hofft", schreibt René Gardi (aaO S. 93), "es möge in diesem Riesenraum mit seinem menschenfeindlichen Klima und seinen weiten Entfernungen letztlich doch alles beim alten bleiben, so vermag die junge Generation, die durch das Radio mit der weiten Welt in Kontakt

getreten ist, diese Hoffnung nicht mehr zu teilen; sie ist desorientiert, unruhig und geistig-seelisch entwurzelt". Das macht sie denn auch anfällig für von aussen kommende politische Aspirationen. Nachdem den Amerikanern als Folge des 6-Tage-Krieges gegen Aegypten 1967 Lybien als Stützpunkt verloren geht, und "die Republik Tschad das strategische Interesse der Vereinigten Staaten geweckt hat" (franz. Pressenotizen), kommt es im Tibesti im August 1968 zu Aufständen, die mit der Rückenstärkung nach Fort Lamy geflogener französischer Truppen niedergeschlagen werden. Dass quer durch die Sahara Waffenschmuggel aus Aegypten und dem Sudan in Richtung Nigeria betrieben wird, gibt dem in diesem Konflikt zu Biafra stehenden Frankreich eine weitere Pflicht zum Eingreifen, als sie an sich schon sich aus dem Beistandspakt zur Tschadregierung ergibt.

---

*267 - Professor Italiaander hat jetzt bei Brockhaus einen Teil der Schilderungen Barths herausgebracht ("Im Sattel durch Nord- und Zentralafrika"). Diesen Originaltexten fügt er dann eine Lebensbeschreibung an. Leider muss der Berichterstatter auf einen darin befindlichen Satz eingehen, der – so geringfügig er sich in dem Ganzen ausmacht – doch erschreckend deutlich den Zustand erhellt, in welchem sich heute die Europäer zu befinden meinen. Da heisst es: "Jedenfalls klebte an Barths Fingern kein Blut wie zB an denen von Peters und Stanley." Hier wird mit einem kleinen Wort über zwei Persönlichkeiten, die nirgends Gegenstand dieses Buches sind, die überhaupt nicht in diesen Rahmen gehören, das Kreuz gebrochen. Und zwar offensichtlich in einer Art Verbeugung vor Vorwürfen, die man heute so gerne und bislang ungestraft gegen Europa meint, erheben zu dürfen. Es ist nur ein kurzer Satz, aber wir Auslandsdeutsche sind nun mal empfindlich geworden gegenüber diesen dauernden lächerlichen Verzerrungen der Geschichte. Denn nach diesem Satz ist es so, dass man einen (nicht unwesentlichen) Teil der nach drüben gegangenen Europäer unter dem Licht der Grausamkeit und des sinnlosen Blutvergiessens sehen soll, dass – mehr noch – diese Europäer mit solcher unmenschlichen Gesinnung damit völlig aus dem Rahmen der übrigen Geschichte herausfielen, und in eine Art Quarantäne gehörten, so ähnlich wie Herr Roosevelt in gleicher Heuchelei das Deutsche Reich und Italien in seiner bekannten Chicagoer Rede unter Quarantäne stellen wollte. Es steht hinter diesem kleinen Sätzchen die irrige Auffassung, man dürfe geschichtliche Grössen mit menschlichen Massstäben messen, jedenfalls soweit es Europäer angeht. Man müsse die Vergangenheit "bewältigen", indem man in ihr alles das ablehnt, was in ihr Krieg, Eroberung, Macht war.

Ein Europäer tat nach dieser Auffassung Unrecht, wenn er seinen Machtbereich ausdehnte, ein Negerkönig wird gar nicht erst mit diesem Mass gemessen. Der genannte Satz ist so Ausdruck einer schweren Krankheit, die Europa befallen hat. Ein politischer Körper, der derartige Viren mit sich trägt, muss sterben. Dr. Karl Peters war wirklich für Europa und für das Deutsche Reich ganz etwas anderes, als es nach diesem Satz den Anschein haben muss.

Dabei steht Italiaander (in Deutschland geborener Sohn holländischer Eltern) nicht allein mit solchem Riss im eigenen Standpunkt da. Auch Wahrhold Drascher ("Schuld der Weissen", Tübingen 1960) meint, in seinem so beachtlichen Buch sagen zu müssen, "dass Adolf Hitler den II. Weltkrieg entfesselt hat aus Ehrgeiz nicht nur für sich selbst, sondern auch für sein Volk. Er hat ihn mit brutaler Grausamkeit führen lassen". Das muss Drascher sagen, da gerade

in Afrika wir uns daran erinnern, dass Feldmarschall Rommel den Engländern mit Gleichem drohen musste, als man erfuhr, dass sie deutsche Kriegsgefangene in der heissen Wüstensonne dursten liessen, um ihnen militärische Geheimnisse zu erpressen. Der Verleger jenes Buches schrieb dem Berichterstatter, er täte unrecht, "es an diesem Nagel aufzuhängen". Man nehme doch bitte zur Kenntnis, dass wir nun eben mal nicht mehr gewillt sind, derartige Angriffe hinzunehmen, und dass wir es als ein Zeichen nationaler Verkommenheit ansehen, wenn die Verleumdungen der Gegner für wert befunden werden, dass man ihnen antwortet. Ich meine, dem sachlichen Beobachter des Weltgeschehens bis heute hin muss zur Genüge klar werden, dass niemand, aber auch wirklich niemand auf der Welt das Recht hat, den Mund auch nur eine Sekunde lang aufzutun gegen Deutschland, gegen eine jede unserer geschichtlichen Epochen. Immer waren unsere Gegner die grausameren, die übleren. Deswegen haben sie gesiegt! Drascher selbst fängst sich dann auch wieder, wie wir zu seiner Ehre unbedingt anfügen wollen: "Mögen wir uns heute in einem Wellental der Geschichte befinden, so dürfen wir keinem müden Defaitismus verfallen, unsere Aufgabe für die Menschheit als nicht erfüllt ansehen und uns gar fatalistisch mit dem Schicksal des endgültig Ueberwundenen abfinden."

*

DIE ZENTRALAFRIKANISCHE REPUBLIK

begann wie ihre Nachbarn, und setzte den Weg wie diese fort. Am Neujahrsmorgen 1966 besetzte der Befehlshaber der in Frankreich ausgebildeten Fallschirmjäger, Oberst Bokassa, die Regierungsgebäude, Post, Radio und Ortsausgänge seiner Hauptstadt Bangui und entthronte den bisherigen Präsidenten. Die Weltpresse sprach von dem zurückgetretenen David Dacko als von einem "jungen, aufrechten Mann, der jeden Prunk hasste, überall im offenen Hemd erschien und für seine Arbeitsfreudigkeit bekannt war". Die Welt sollte mal wieder den Eindruck erhalten, dass das gut demokratische System von einem bösen Militaristen beseitigt worden sei. Doch die Wirklichkeit sah etwas anders aus. Schon die erste Massnahme, die Ausweisung der Rotchinesen nach Auffindung eines geheimen Waffenlagers, zeigte die Gefahr, in welcher das Land geschwebt hatte. Die Rede, die der neue Präsident, Oberst Bokassa, dann am 15. Januar 1966 hielt, zeigt uns weitere Einzelheiten. (*268)

"Franzosen! Ich bin heute gekommen, um Euch von der alten Regierung zu erzählen und Euch die Gründe darzulegen, die mich dazu führten, die Macht zu übernehmen, um damit die Zentralafrikanische Nation als Ganzes zu retten. Wenn ich Euch Franzosen nannte, dann, weil ich zuerst auf französisch sprechen will, nachher auf sango. Dies wird keine Rede sein, sondern nur die Aufzählung der Fehler des alten Regimes. –

Einige Mitglieder der Regierung hatten ihr nationales Gewissen völlig verloren und gaben sich Erpressungen hin: Korruption, Diebstahl und Unterschlagungen. – Die Nationalversammlung war ein totes Organ, dass nicht mehr das Volk vertrat. Kein Abgeordneter durfte gegen die vorher festgelegten Texte stimmen und hatte sie nur noch mit seiner Unterschrift zu bestätigen. – Die Di-

rektion des Sekretariats der MESAN (der einzigen Partei, "Bewegung für die soziale Emanzipation Schwarzafrikas") war eine Gruppe von Dieben und Gaunern, die die Abzeichen der MESAN zu übertriebenen Preisen verkauften, zB 25 000 Frank in der Diamantenzone. — Die Funktionäre, die das Geld des Staates vertaten, wurden nicht immer verfolgt, ja manche wurden gehalten und unterstützt von ihren Brüdern, Vettern und anderen Ministern und Deputierten. —

Die Krankenstellen und Hospitäler hatten keine Medikamente. Und ich füge hinzu, ich füge hinzu: es gab keinen Bestattungsdienst! Es war nötig, dass jeder Bürger, ob er arbeitete oder nicht, aus eigener Tasche eine gewisse Summe der Bürgermeisterei von Bangui zahlen musste, um ein Anrecht auf den Leichenwagen zu haben. Ich bin gegen dieses System! Ich werde Euch einen kostenlosen Leichendienst einrichten. (Hier Bemerkung Dumonts: "Der Armee angegliedert, die ein diskretes Verschwinden ermöglicht." Dumont ist scharfer Befürworter demokratischer Systeme.) — 12 km von Bangui besass der Minister Douzima eine Pflanzung, die mit Material des Ministeriums für Oeffentliche Arbeiten kultiviert wurde. — Vergewaltigung junger Mädchen. Die alte Regierung vergewaltigte junge zentralafrikanische Mädchen und ich bin dagegen! Ich bin nicht zufrieden. Verheiratete Frauen des zentralafrikanischen Volkes wurden wie Konkubinen auf Rundreisen geschickt. — Die Vielweiberei wird abgeschafft wegen des Missbrauchs, den Mitglieder der alten Regierung damit trieben, indem sie Regierungsgelder dazu verwandten, mehrere Frauen zu bezahlen, zum Nachteil junger Zentralafrikaner und unter Missachtung der Würde der zentralafrikanischen Frau. Allerdings wird diese Massnahme keine rückwirkende Kraft haben, sodass die alten Pappas, die heute polygam sind, weiterhin ihre Frauen in ihrem Heim haben können. — Die Minister streichten in der Nacht verkleidet umher, um unerkannt zu bleiben und sich der Wollust und der Entführung hingeben zu können. Männer wurden ausgebildet und losgeschickt, um in der Provinz schöne Mädchen ausfindig zu machen und sie politischen Persönlichkeiten zu reservieren und Ministern, Abgeordneten usw. —

Lohnabzüge der Beamten. Ich meine, wenn der Staat ein bestimmtes Gehalt einem bestimmten Funktionär zugesagt hat, dass der Staat dann wissen müsste, dass der Funktionär mit diesem Geld rechnen muss und dass man es ihm dann nicht vorenthalten darf oder kürzen. — Sechzig Freiplätze für Studenten in Frankreich waren gestrichen worden. Ich bin dagegen. Wenn diese Freiplätze einmal genehmigt waren, so soll man die Studenten auch lernen lassen. — Aufhebung der Zuschüsse für die ausser Landes Befindlichen, aus dem Schwierigkeiten für die Fortsetzung ihrer Studien erwachsen. Wir haben Verwandte, die nach Frankreich, Amerika, Israel, England gegangen sind, um dort ihre Studien zu beenden. Man hat ihnen Ueberweisungen bewilligt. Man darf ihnen diese hinterher nicht streichen. Sicher, Frankreich ist unser Land, aber das Klima ist nicht dasselbe, sie ... brauchen das Geld um sich zu kleiden gegen die Kälte und um die Miete zu zahlen, denn in Frankreich wohnt man nicht umsonst, wie bei uns hier. —

Die Korruption war derart, dass die Staatsbeamten 500 Frank zahlen mussten, um ihren Lohn zu bekommen ... dem kleinen Angestellten zahlen mussten. Ich bin dagegen. — Die Unfähigkeit eines Teiles der Beamten. Einige wurden bezahlt für nichts. Sie arbeiteten nicht. Er kam vielleicht einmal oder zweimal in der Woche in sein Büro, aber den Rest der sieben Tage der Woche war er verschwunden, man sah ihn nicht mehr. Wenn er dann sein Gehalt erhalten hatte, ging er in jenes bekannte Viertel bei Kilometer Fünf, oder er sass vor einer Kneipe, den ganzen Tag lang. So hatte der Staat ihn für nichts bezahlt. — Die Ministerien waren Stätten der Orgie und der Wollust, wo die jungen Mädchen den ganzen Tag hindurch umgelegt wurden. Die ehemaligen Minister, die ehe-

maligen hohen Funktionäre betrachteten ihre Büros als einen Ort, wo man sich ein Rendez-Vous mit jungen Mädchen gab und sich mit ihnen amüsierte. –

Die wirtschaftliche Situation wurde schwieriger und schwieriger. Infolge all dieser Missbräuche, ich bitte Euch, mir zu glauben, blieb wirklich nicht mehr viel Geld in der zentralafrikanischen Staatskasse. Man war dauernd dabei, Geld zu erbitten, in Frankreich, in Amerika, und überall ein bisschen. Nein! Zuerst muss man Geld produzieren, erst muss man arbeiten und selbst Geld schaffen, bevor man nach draussen geht und darum bittet, weil man nicht genug hat. Ich will nicht, dass man Frankreich abklappert, dass man alle Welt abklappert, immer wieder sollen sie Geld geben. Wenn Frankreich Geld gab, so wurde dieses Geld von einer Gruppe unnütz vertan. Ich bin dagegen! – Die Macht war den Präfekten und Unterpräfekten genommen. Sie wurde ausgeübt von den Abgeordneten und den Mitgliedern des Parteikomitees der MESAN. Wie wollt Ihr, dass ein Präfekt seine Regierung vertreten kann, wenn die Macht, die er ausüben soll, unter den Abgeordneten Streitobjekt war, diese hier, jene dort? Damit war auf wirtschaftlichem Gebiet keine Führung mehr vorhanden, weil der Präfekt aus Furcht, er könne seine Stellung verlieren, nicht mehr wagte, zu befehlen... Reisen ins Ausland wurden Frauen und unwissenden und unfähigen jungen Mädchen bezahlt. Beispiel: Madame Andoma, die nach Amerika reiste, die um die ganze Welt fuhr. Was hat sie dem zentralafrikanischen Volk mitgebracht? –

Ich will jetzt über das Problem der Gefangenen sprechen, die von mir befreit worden sind. Ich lade sie ein, das zentralafrikanische Volk zu achten, sich würdig aufzuführen. Werden sie rückfällig, so werden mitleidlose Massnahmen ergriffen werden. Ich lade daher die von uns befreiten Gefangenen ein, würdige Staatsbürger zu werden. –

Die Taxis, die den Ministerien gehören, rasten herum ohne sich um die Verkehrsgesetze zu kümmern und die von ihnen verursachten Unglücksfälle wurden nicht vor Gericht gebracht. Soldat, der ich bin, habe ich die Opfer passieren sehen, die Körper, die Leichen, wie sie den ganzen lieben Tag lang ins Hospital eingeliefert wurden, und die Taxichauffeure konnte man nicht festnehmen, weil es sich um den Taxichauffeur jenes Ministers oder jenes Präsidenten handelte. Wohin kommen wir mit solchem Amtsmissbrauch?" René Dumont schliesst mit der Bemerkung: "Sicher ist vieles wahr an dieser Rede."

Die mit dieser Straffung der Verhältnisse Unzufriedenen wühlten weiter unter dem Deckmantel der "Demokratie", jener Regierungsform, die auf der ganzen Welt ja so herrlich leicht den Mittelmässigen und unehrlichen Hintermännern das "Regieren" erlaubt. Im November 1967 entsandte Frankreich ein Bataillon Fallschirmjäger zu gemeinsamen Manövern nach Bangui und "Le Monde" argwöhnt, es sei beabsichtigt gewesen, so die Stellung des Oberst Bokassa zu stärken.

---

*268 - Ich übersetze den Auszug aus dieser Rede, abgedruckt im Anhang des Buches von René Dumont "L'Afrique noire est mal partie". Dumont weist in einer Anmerkung darauf hin, dass die Anrede "Franzosen!" dem Obersten auf einem Stück Papier aufgeschrieben worden war, und dass er deshalb im zweiten Absatz sich besinnt, und das Wort erklärt. Niemals aber, sagt Dumont, würde

Bokassa seine Leute mit"Zentralafrikaner" anreden. Diese Bindung an Frankreich ist äusserst bezeichnend.

*

GUINEA

lehnte die Aufnahme in die "Communauté Française" ab und erhielt daher schon 1958 die Selbständigkeit, auf diese Weise den Reigen der Afrikaner (mit Ghana) anführend. Erster Präsident ist (bis heute) Sékou Touré, der mit der ebenfalls von ihm geleiteten "Demokratischen Partei" eine Diktatur errichtet, den Widerstand der Stammeshäuptlinge grausam bricht, das gesamte öffentliche und Wirtschaftsleben verstaatlicht.(*269) Da Frankreich infolge der feindseligen Haltung des Präsidenten seine Wirtschaftshilfe zurückzieht, wendet sich Sékou Touré an Sowjetrussland und China. Mit den ähnlich gelenkten Staaten Ghana und Mali wird im Dezember 1960 eine Staatenunion mit gemeinsamer Wirtschafts- und Aussenpolitik gebildet, doch bricht dieses Gebilde bald zusammen, da der Partner in Ghana, Nkrumah, Opfer einer Revolution wird und Mali seine Wirtschaft wieder dem Frank nähert. Da hier ein Gebiet Afrikas "frei" wurde ohne weitere Bindungen an Europa, kennzeichnen die Zustände in ihm, was man unter solcher "Befreiung" zu verstehen hat. Es ist die gleiche "Freiheit", die wir in den anderen ähnlich selbständig auftrumpfenden Gebieten erlebten, im Ghana Nkrumahs und im Kongo Lumumbas und Mobutus. Der englische Reisende Richard Owen, der die Entdeckungsreisen des legendären Engländers Mungo Park in gleicher Weise wie sein grosser Vorgänger, also ohne Begleitung und zu Fuss, wiederholte, kam durch die Hintertür 1959 nach Guinea. Abgesehen von seinen eigenen Erlebnissen, schildert er die Verhältnisse in diesem neuen Kind der guten Mutter Democracia.(*270) Das Bild weicht in nichts von dem ab, was auch anderswo auf der Welt unter diesem Motto geschieht. Ganz fürchterlich aufgeregt aber war Sékou Touré dann 1966, als sein grosser Freund Nkrumah während eines Besuches in Rotchina entthront wurde und in Konakry landete. Er sah sich selbst bereits ebenfalls in Gefahr, sprach von "imperialistischer Aggression", "Afrika muss die Wahrheit kennen und die Engländer müssen wissen, dass sie sich irren, wenn sie glauben, Erfolg gehabt zu haben", "Guinea ist im Kriegszustand. Es ist notwendig, das Volk zu bewaffnen, um den Angriff der Imperialisten abzuwehren". Mit Nkrumah nahm dann auch die "Bewegung zur Befreiung Afrikas und zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" in Konakry ihre Tätigkeit erneut auf. Von ihr werden Rebellen für andere schwarze Länder ausgebildet, insbesondere Ghanesen. Sékou Touré legte sich eine Leibwache aus Kubanern zu.(*271)

Natürlich ist die Folge dieser politischen Extravaganzen ein immer stärker werdender Wirtschaftsverfall. Im Oktober 1967 wurden die Vermögenswerte aller Afrikaner in Guinea beschlagnahmt. Die Eigentümer haben nachzuweisen, dass sie sie auf "legalem Wege" erworben haben. So schafft die politische Unfähigkeit langsam eine Situation, die der in den Vereinigten Staaten in den dreissiger Jahren zu Beginn der Aera Roosevelt gleicht, wo die Arbeitslo-

sigkeit und das Elend als einzigen Ausweg das grosse Geschäft eines schönen Krieges nahelegten.(*272) Guinea sucht laufend Gelegenheit zu derartigen Reibungen, weist im Mai 1967 sämtliche Geistlichen der verschiedenen Konfessionen unter dem Vorwurf der Spionage aus, stellt im August seine Mitarbeit an den UN vorübergehend ein wegen Differenzen mit der Elfenbeinküste, der es übelnimmt, seinerzeit nicht den Durchzug gestattet zu haben, um Nkrumah in Ghana wieder einsetzen zu können. So wird es ihm wie seinem grossen Vorgänger in der Geschichte schon eines Tages gelingen, seinen grossen Namen durch einen Krieg zu retten. Einstweilen helfen Gelder aus den bekannten "dunklen" Quellen, die Agentenausbildung voranzutreiben, während Sékou Touré seinen Gefolgsleuten zuruft: "Wenn es soweit ist, dann greift sofort zu euren Messern und schneidet den Spionen in den Hotels, in den Häusern und überall dort, wo sie sich befinden, die Kehlen durch."

---

*269 - Es nimmt uns nicht mehr wunder, dass natürlich ausgerechnet diesem Lande Militärausbildungshilfe von Seiten der BRD gewährt wird.

*270 - ("Saga of the Niger", London 1961). Er schreibt: "Das Abrücken der ehemaligen französischen Beamten hinterliess ein Chaos, in welchem die neuen Herren von einer Art Hysterie befallen wurden... Ein Mann wurde mit der Peitsche geschlagen, die dazu hier an der Wand hing. Sie war mehr als einen halben Zoll breit und ein einziger Schlag öffnete das Fleisch des Geschlagenen, der bald besinnungslos wurde. Der Offizier selbst nahm teil an diesem grausamen Vorgehen... So wurden die Afrikaner, die verdächtig waren wegen irgendwelcher Kleinigkeiten, in der Umgebung eingefangen und erhielten dann ohne weitere Umstände ihre Bestrafung mit diesen Peitschen... Es sieht wie Ironie aus, wenn man bedenkt, dass dieselben Afrikaner, die ihre Freiheit forderten wie ein Recht, jetzt dieses Recht auf Freiheit ihren eigenen Brüdern versagen."

*271 - Sehr bezeichnend überhaupt diese Zusammenarbeit der subversiven Bewegungen Afrikas und Südamerikas. Und es ist erstaunlich, dass dieser gemeinsamen subversiven kommunistischen Tätigkeit immer noch keine gemeinsame Abwehrfront der gefährdeten Staaten gegenübersteht. Im Gegenteil: Erst im März 1968 wieder stimmen die südamerikanischen Mitglieder des Sicherheitsrates, Brasilien (!) und Venezuela gemeinsam mit den Rebellen in Afrika für eine – notgedrungen blutige und prokommunistische – Umwälzung in Südwestafrika, und im September 1968 stimmen eine Reihe angeblich antikommunistischer Staaten Südamerikas (die vor der gleichen UN oft genug von der Nichteinmischung und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker sprachen) in der UN-Generalversammlung für Gewaltanwendung gegen Rhodesien! Schuld an dieser Entwicklung ist die sehr weitgehende Unwissenheit südamerikanischer Diplomaten über die wahren Verhältnisse in Afrika und die bei ihnen weitverbreitete primitive Auffassung, man könne seine Stimme in diesen Afrika-Abstimmungen ohne Gefahr für sich selbst in die Wagschale der Castristen, Maoisten und sonstigen Rebellen werfen, denn Afrika ist für sie ja sooo weit weg und soooo unbedeutend. Es sind die von Lenin so benannten "nützlichen Idioten", die kleinen Helfershelfer der Grossen Rebellion.

*272 - Vgl. abgesehen von den unzähligen amerikanischen Stimmen zu diesem Thema der Hintergründe zu Roosevelts kriegstreiberischer Politik das Büchlein "Wallstreets Krieg" (Verlag "Das Tribunal", München 8, Ballaufstr. 10), S. 55, welches eine Reihe von Fotos und klarer Aussagen zu diesem heute in Deutschland regierungsseitig nicht gern gehörten Thema bringt.

*



Des Weissen Last (zur Zeit des Kolonialismus) und des Schwarzen Mannes Last (heute). (aus dem Sunday Express, London).

DIE ELFENBEINKUESTE

südlicher Nachbar dieses "tyrannischen und blutrünstigen Staatschefs", der "von krankhaftem Grössenwahn befallen ist" (Hophouet-Boigny), beherbergt einen grossen Teil der 250 000 im Exil lebenden Guinesen und sein Staatspräsident, Hophouet-Boigny, selbst ehemaliger Kommunist, bedauert, seinerzeit geholfen zu haben, Sékou Touré in den Sattel zu heben. Denn dieser Mann, Gründer und Führer des RDA (dem wir bereits in Obervolta begegneten) stellte seinerzeit, um Juni 1960 überraschend De Gaulle zusammen mit den anderen von ihm gebildeten Mitgliedern des "Conseil d'Entente" (Dahomey, Obervolta und Niger) die Forderung auf Unabhängigkeit, nutzte sie dann aber in staatsmännischer Weisheit in den Grenzen des Möglichen.(*273) Gegen den Widerstand kurzsichtiger ehemaliger nationalistischer Mitkämpfer schenkte er der Elfenbeinküste kapitalistisch-liberale Lebensformen, die das Land in wenigen Jahren deutlich reicher gemacht haben. Abidjan hat heute längst selbst Dakar als Hafen

überflügelt. Nicht nur repräsentative Regierungsbauten, sondern grosse Häuserblocks des sozialen Wohnungsbaus, Schulen, Krankenhäuser, Hotels, beachtliche Industrieunternehmen (Aluminium, vgl. "National Geographic Magazine" Aug. 66 S. 156), eine aufblühende Landwirtschaft im Hinterlande, die Arbeitskräfte aus dem Niger aufnimmt, steigende Ausfuhr (Kaffee, Kakao, Holz), verdreifachter Stromverbrauch seit 1960, beweisen, dass man die französischen und amerikanischen Gelder auch positiv anlegen kann. Dass Hophouet-Boigny einige gegen ihn konspirierende Gegner lebenslänglich ins Gefängnis stecken musste, zeigt andererseits, dass auch hier "Liberalismus" nur solange hält, wie hinter ihm die ganze Persönlichkeit eines verantwortungsbewussten Mannes steht. Dass dieser es verstanden hat, die eingangs notwendigen wirtschaftlichen Bindungen zu den USA wieder zugunsten einer profranzösischeren Politik abzuschwächen, beweist, dass Afrika auch Staatsmänner mit Weitblick hervorbringen kann.

---

*273 - Mit Blick auf die Europäer im Lande sagte er: "Man darf eine reichlich Milch spendende Kuh nicht schlachten, bevor man ebenso ertragreiche eigene Kühe grossgezogen hat." Auch ist er der einzige afrikanische Staatsmann, der rigoros die Landflucht mit scharfen Polizeikontrollen unterband und so die Bildung des für alle neuen afrikanischen Hauptstädte typischen Proletariats in bescheidenen Grenzen halten konnte.

*

DAHOMEY

deckt sich in seinem südlichen Viertel mit dem alten Staat gleichen Namens. Von ihm schreibt Le Hérissé (*274): "Dada (der König), das ist der absolute Herr, für den man jährlich in den Krieg ziehen musste und in dessen Namen die Töchter ihren Eltern entrissen wurden, um den Harem des Palastes zu vergrössern. Dada, das ist auch die Willkür. Durch den königlichen Willen wurde der friedliche Bauer seines Palmenhaines beraubt, um ihn einer Kreatur des Königs zu geben." Neben Ashanti war Dahomey das bedeutendste Reich an der Küste Oberneuguineas, beides waren straff organisierte Militärmächte. Ganze Nachbarstämme wurden von ihnen ausgerottet. Die überlebenden Kriegsgefangenen wurden als Menschenopfer dahingeschlachtet (*275) oder als Sklaven verkauft. Hauptgegner waren die Yoruba im Osten, im heutigen Nigeria, die selbst von den berüchtigten Frauenregimentern nicht besiegt werden konnten. In Ashanti (etwa dem heutigen Ghana) machten die Engländer diesen Zuständen 1900 ein Ende, während die Franzosen mit der Besetzung der Hauptstadt Dahomeys, Abomey, 1894 bereits die Befriedung einleiteten.

Diese Vorgeschichte wirft ein Licht auf das, was wir heute von diesen Völkern erwarten können. Die zivile Decke, die das Land seit seiner Geburt 1960 deckte, wurde denn auch schon sehr bald zerrissen und General Soglo übernahm die Macht 1965, nachdem er bereits einmal im Jahre 1963 eine Regierung gestürzt, aber die Macht etwas voreilig im guten Glauben an die Fähigkeit der Parlamentarier damals diesen wieder geschenkt hatte. Seitdem haben wir in Dahomey eine Regierung, von der man sagen kann, es sei eine zivile Regierung

mit Rückendeckung der Militärs, oder aber es sei eine Militärregierung mit Unterstützung ziviler Fachleute. Diese letzteren sind politisch links eingestellt, doch haben beide an der Regierung beteiligten Gruppen gemeinsam den Wunsch auf völlige Ausschaltung jener Politiker, die einstmals bei der Unabhängigkeitserklärung das Land übernahmen und dann einer nach dem andern ihre Unfähigkeit bewiesen. Doch nicht mehr geschah ihnen, als dass man sie kaltstellte. Kein Rudolf Hess sitzt in irgendeinem Gefängnis. Einige leben in Frankreich, andere üben ihren Beruf in der Hauptstadt oder in irgendeinem Dorf im Norden ungestört aus. Ebenfalls die Gewerkschaften sind aus dem politischen Leben ausgeschaltet. Es gibt keinen Rosenberg, der sich Hetzreden oder gar Zusammenkünfte mit ausländischen Politikern erlauben dürfte (wie Rosenberg es tat, als Goldwater in den USA kandidierte) (*276). Die Gewerkschaften haben sich "um die Besserung der Lohnverhältnisse zu kümmern", wie General Soglo betont, nichts mehr, "Streiks sind verboten". Die Presse ist in ihrer Meinungsäusserung freier als im übrigen schwarzen Afrika. Der Generaldirektor für Informationen, René Dossa, seinerzeit von den französischen Kolonialbehörden als aktiver Kommunist registriert, meint heute: "Wir haben zwanzig Jahre lang nur Politik gemacht. Dahomey war mit allem am besten versehen in ganz Französisch-Westafrika. Wir haben allen unseren Nachbarn mit unseren Leuten geholfen... Jetzt sind wir die ärmsten von allen. Fangen wir damit an, unsere Wirtschaft aufzubauen. Genug von Politik." Und General Soglo sagt: "Ich, für meinen Teil, mache keine Politik. Unsere Minister sind nach ihrem Fachwissen ausgesucht, der Erziehungsminister ist ein Professor, der Landwirtschaftsminister ein Diplomlandwirt, der Gesundheitsminister ein Arzt."(*277). An seiner Wohnungstür hängt ein kleines Schild: "Christophe Soglo, officier I.C." (*278). So wird er warm, wenn man ihm von seinen alten Kameraden aus Tongking und Algerien erzählt. Mit Oberst Lamizana, dem derzeitigen Staatschef von Obervolta, stand er seinerzeit in den Reisfeldern Indochinas, General Keita Koumendian, heute Generalstabschef von Guinea, gehört zum gleichen Kadettenjahrgang in Fréjus wie er selbst. Ueber Frankreich sagt er: "Ja, ich bin frankophil. Ganz Dahomey ist frankophil. Wir lieben jenes Land, weil es niemals von uns verlangt hat, dieses oder jenes zu tun und weil es nach wie vor unsere wichtigste Hilfe darstellt im Kampf gegen die Unterentwicklung." Dahomey, das am Rande des Staatsbankrotts lebt, mit einer Auslandsschuld von wohl 20 Milliarden Afrikafrank, mit 20 000 Arbeitslosen, braucht diese Hilfe dringend. Die Bindungen zu den übrigen Staaten des "Conseil d'Entente" werden darum von Dahomey aus immer wieder erneuert, denn man meint mit Recht, in grösserem Rahmen weiter zu kommen. Das relativ ruhige innerpolitische Klima ist dabei eine Hilfe, wenn auch die gespannten Verhältnisse an den Grenzen zu Obervolta und Nigeria (Heimschickung der dort Arbeitenden) die Wirtschaftslage belasten. Es ist auch dann "verhältnismässig ruhig" geblieben, nachdem am 17.12.67 General Soglo von einem Obersten abgesetzt wurde und nach Paris ins Exil ging. Als die Militärregierung dann im April 1968 eine erfolglose Präsidentenwahl veranstaltete (keiner der fünf von den Militärs nominierten Kandidaten erhielt genügend Stimmen), ernannte sie Ende Juni 1968 den Zivilisten Zinsou zum Staatspräsidenten und liess diesen eine Zivilregierung bilden.

---

*274 - "L'ancien Royaume de Dahomey", 1911, zitiert bei Ernst Gerhard Jacob "Grundzüge der Geschichte Afrikas", Darmstadt 1966.

*275 - Es war das Niveau der uns Deutschen bekannteren Konferenz von Teheran im November 1943. "Während eines seiner zahlreichen Trinksprüche erhob sich Stalin und sagte: "Ich schlage vor, wir trinken auf die schnellstmögliche Bestrafung aller deutschen Kriegsverbrecher — Bestrafung durch Hinrichtungskommando. Ich trinke auf unsere Einigkeit, sie so schnell zu erledigen, wie wir sie gefangennehmen, allesamt, und es gibt mindestens 50 000 davon." Sir Winston Churchill widersprach: "Das englische Volk wird solchen Massenmord niemals zulassen. Ich lehne es ganz entschieden ab, irgend jemanden, ob Nazi oder nicht, summarisch einem Hinrichtungskommando zu überantworten, ohne ein reguläres gesetzmässiges Gerichtsverfahren." Stalin lachte, und Präsident Roosevelt sagte munter: "Vielleicht sollten wir uns, statt 50 000 summarisch hinzurichten, auf eine kleinere Zahl einigen. Sagen wir 49 500?" Stalin wandte sich nun an den Präsidentensohn, Elliot Roosevelt, und fragte ihn nach seiner Ansicht. Elliot Roosevelt erwiderte: "Ist das Ganze nicht eine ziemlich akademische Frage? Für die meisten dieser 50 000 werden die russischen, amerikanischen oder britischen Soldaten diesen Punkt auf dem Schlachtfeld regeln, und ich hoffe, dass das Schicksal nicht nur die 50 000 Kriegsverbrecher ereilt, sondern auch viele Hunderttausend Nazi ausserdem." Stalin strahlte vor Vergnügen, kam auf Elliot Roosevelt zu und trank auf sein Wohl: "Eine ausgezeichnete Antwort." Das Ergebnis dieser makabren Diskussion war der spätere Kompromiss: die Kriegsverbrecherjustiz. Durch sie bekam Stalin schliesslich doch seinen Massenmord und Churchill sein Gerichtsverfahren" (aus Erich Kerns deutschem Geschichtsbuch "Von Versailles nach Nürnberg", Göttingen 1967). Professor Maurice Bardèche ("Nuremberg ou la terre promise", Paris 1948) sagt zu diesem: "Niemals wurde zweifelhafteres Recht in vornehmerem Rahmen gesprochen." Es war eben Ashantijustiz, wie wir jetzt sehen.

*276 - Einzelheiten im Kapitel USA

*277 - In Kapstadt traf der Chronist einmal einen Herrn G. Er war Gesundheitsminister in der Weimarer Republik gewesen. Er war niemals Arzt, dafür aber dann aus rassischen Gründen ausgewandert. Kriterien in der Ministerwahl.

*278 - I.C. gleich "Infanterie coloniale"

*

GAMBIA

ist ein Staat, zugleich ein Treppenwitz der Weltgeschichte. Im Jahre 1588 wurde in London eine Gesellschaft mit dem phantasievollen Namen "Gesellschaft von Londoner Abenteurern für den Handel nach Afrika hinein" (*279) gegründet, die den Portugiesen die Mündung des Flusses Gambia abkauften. Dort entstand denn auf einer Insel die britische Kolonie Bathurst mit einem Protektoratsgebiet im Hinterland, beiderseits den Fluss Gambia hinaufsäumend und oft nicht breiter als ganze zwanzig Kilometer, insgesamt 280 000 Einwohner zählend, die völkisch verwandt sind mit den Menschen im umliegenden Senegal. Dieses wiederum kann seine natürlichen Hafenmöglichkeiten nicht verwenden, weil sie hinter einer

skurrilen Grenze liegen. Immer wieder versuchte Frankreich, England zu einem Eintausch dieses Gebietes gegen andere zu bewegen, doch England zog es vor, dort zu bleiben, auch wenn es das arme Land (einziger Exportartikel Erdnüsse) durch dauernde Zuschüsse über Wasser halten musste. Selbst im Augenblick der Unabhängigkeit 1965 war an eine vernünftige Lösung in Westminster nicht zu denken. England, das ganze Weltpositionen aus Geldmangel aufgibt, erklärte sich bereit, weiterhin jährlich 1,4 Millionen Pfund (14 Millionen DM) dem neuen Staat zuzuschiessen und dessen neuer Premierminister, David Jawara, meinte unverhohlen: "Man soll nur ja nicht erwarten, dass Gambia von nun an seine Probleme selbst lösen kann."(*280)

---

*279 - "Company of Adventurers of London trading into Afrika"

*280 - Zu den seltenen Stimmen, die über Gambia berichten, gehört Richard Owen ("Niger, leyenda y realidad", Barcelona 1962), der die kleinen Abenteuer berichtet, die man in diesem von Abenteurern einst erworbenen Land heute noch erleben kann, wenn man nur von Dakar nach Bathurst mit einem der dortigen Omnibusse fahren will.

*

SIERRA LEONE

verdankt seine Existenz einer Gruppe englischer Menschenfreunde, die am Ende des 18. Jahrhunderts begannen, auf einer kleinen Halbinsel in der Mündung des Sierra Leone-Flusses befreite Sklaven anzusiedeln. Die Stadt wurde danach Freetown genannt. Im Laufe der Zeit sammelte sich dort so eine Mischung aus den verschiedensten westafrikanischen Stämmen, die sich "Kreolen" nannte und einen mit englisch und portugiesisch vermischten Dialekt, "Kriol", sprachen. Doch alle weiteren Erwartungen, die man in diese gute Tat setzte, blieben unerfüllt. Man erzog mit viel Aufwand eine Klique von Halbgebildeten, die sich durch ihre gemeinsame Abneigung zu manueller Tätigkeit auszeichnete. Die Kleidung der Europäer wurde von ihnen angenommen, doch beliebte nicht ihr Arbeitstempo. So war es zuwandernden Indern, Syriern und Libanesen nicht schwer, den Kleinhandel in ihre Hände zu bekommen. Als es mit der Unabhängigkeit ans Wählen nach dem schönen Grundsatz "One man, one vote", ging, da blieb diesem Häuflein Auserwählter nicht mehr viel, die politische Macht ging in die Hände der eigentlichen Bewohner dieses schönen Landes über. Die "Kente", der westafrikanische "Poncho" hat dem Strassenbild Freetowns einen passenderen Anblick gegeben, als es die westliche Kleidung der Kreolen tat.

Doch kam mit der Unabhängigkeit auch die fremde, westliche Phraseologie an die Macht. Wie überall in Afrika zeigte es sich aber, dass man mit Phrasen allein nicht regieren kann. Im Februar 1967 kam auch hier der notwendige Wechsel. Der Salonkommunist Sir Albert Margais war mit dem Ausgang der Wahlen nicht zufrieden, sodass sein Freund, der Kommandierende General Lansana, den vorgesehenen neuen Ministerpräsidenten Stevens einsperren liess, woraufhin dann eine Gruppe von Offizieren gleich gänzlich reinen Tisch machte

und Lansana, Margais, Stevens und den diesem geneigten Generalgouverneur Sir Henry Lightfoot-Boston allesamt ins Gefängnis steckte und den bisherigen Vertreter Sierra Leones vor den UN, Oberstleutnant Ambrose Genda zum Präsidenten machte. Weniger war dieses Ereignis für Sierra Leone selbst aufregend (hatte doch das Eingreifen der Militärs nur blutige Unruhen vermieden, die sicher bei den erneut angesetzten Wahlen ausgebrochen wären), als es das für den Nachbarn im Norden, Sékou Touré war, für den nunmehr auch an einer weiteren langen Grenze die Gemeinschaft der Linksextremisten zerbrochen war. Er hielt es daher für angemessen, sich dem Zug der Zeit anzupassen und sich im November 1967 in Bamako mit Mauretanien, Mali und Senegal erstmalig an einen Tisch zu setzen und die Differenzen mit der Elfenbeinküste beizulegen (*281), ja sogar von Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit England und Frankreich zu sprechen.(*282)

---

*281 - Man hatte sich gegenseitig einiges gekapert, die guinesische UN-Kommission mit ihrem Aussenminister an der Spitze sass in Abidjan fest, und ein Schiff der Elfenbeinküste in Konakry.

*282 - Ohne allerdings dabei seine revolutionären Phrasen zu ändern, sodass man wohl in diesen Aeusserungen im Augenblick nicht mehr als eine Taktik sehen darf, notwendig, um die Isolierung dieses "wissenschaftlichen Sozialisten" in Afrika zu lockern.

*

GHANA

konnte dank der Persönlichkeit Kwame Nkrumahs als typischer Exponent der afrikanischen Umtriebe bezeichnet werden. Schon bei den Unabhängigkeitsfeiern 1957 sah man im Staatswappen über den Worten "Freedom and Justice" einen Sowjetstern. In der Folgezeit wurde die Zusammenarbeit mit Moskau und Peking wesentlicher Teil einer Aussenpolitik, die darauf abzielte, die "Vereinigten Staaten von Afrika" unter der Führung des "Erlösers" (Osagyefo) Nkrumah zu errichten.(*283) Sein krankhafter Ehrgeiz wurde von einer charakterlosen Umgebung gefördert.(*284) Doch während Nkrumah den Sozialismus predigt, füllte er seine Bankkonten.(*285) Eine Firma in Frankfurt musste 200 000 Pfund in seine Tasche zahlen, um Loks und Eisenbahnmaterial verkaufen zu können, eine englische Firma wurde für den ihr zugeschlagenen Hafenbau von Tema in gleicher Form 205 000 Pfund los. In Kairo baute Nkrumah seiner ägyptischen Frau mit diesem Geld eine Villa. Sein Vermögen bestand, als man es kontrollierte, aus über 2 Millionen Pfund. Dabei war er mit Hemd und Hose 1947 in seine Heimat zurückgekommen.

Der Sturz traf den Vergötterten völlig unerwartet. Mit einer Umgebung von 70 Personen war er gerade unterwegs, um seine roten Freunde in Hanoi, Peking und Moskau zu besuchen, als unter dem Vorwand von Manövern General Ankrah dem Spuk ein schnelles und unblutiges Ende bereitete. Die politischen Gefangenen wurden befreit, die chinesischen Ausbilder der Rebellenformationen

abgeschoben, der Nationalisierung der Wirtschaft ein Ende gesetzt und sozusagen wieder von vorne angefangen.(*286) Denn die Goldküste war 1957 alles andere als ein rückständiges Land, und nicht ein einziger Neger hätte das Recht gehabt, von "Kolonialismus" im Sinne von Ausbeutung zu sprechen. Denn seit fast 100 Jahren war gerade hier die "Basler Handelsgesellschaft" und "Union Trading Company" in beispielhafter Weise tätig gewesen.(*287) 50 Europäer allein dieser einen Firma liessen ihr Leben im Dienste für Afrika. Niemals sind hohe hohle Töne wie "Entwicklungshilfe", "Entwicklungsplanung" usw. gefallen, es wurde eben einfach gearbeitet und etwas geleistet. Ziel der Gesellschaft war von Anfang an, "die einheimische Bevölkerung mit modernen Bewirtschaftungsmethoden bekannt zu machen, den Kakaoanbau einzuführen, die Transportverhältnisse zu verbessern und zur allgemeinen Wohlfahrt beizutragen". Und es ist beachtlich, dass die Erfahrungen, die hier und andern Ortes in Generationen schwersten Opfers gesammelt wurden, überhaupt nicht in Rechnung gestellt wurden, als die politische Maschine der "Entwicklungshilfe" nach der "Befreiung" aufgezogen wurde. Da wurde einfach von (sehr oft jüdischen, sehr oft marxistischen) Ideologen die alte Phraseologie der Freimaurerei heraufgeholt, der zum Missbrauch in bösen Händen so gut geeignete Gedanke an Weltfrieden, an eine einige bessere Welt als Ziel hingestellt, und schon begann das Elend, die Vergeudung und das Morden an allen Ecken und Enden. Die vielen Tausende von Europäern hier draussen hatten nicht das Geld, und oft auch nicht die Bildung, Bücher über ihre Erfahrungen schreiben zu können. Die Abgesandten, die zu uns kamen (ich denke natürlich zunächst an die Bonner), stellten Fragen, die einfach haarsträubend waren.(*288) Unsere Antworten waren zunächst unbeholfen. Sie wurden dann fester, als sich von Südamerika nach Südafrika und Nordamerika und Afghanistan unter uns Auslandsdeutschen mit Hilfe unserer internen Mitteilungsblätter der Umfang dieses Tuns herumsprach. Da war dann die nächste Folge, dass Bonn es grundsätzlich ablehnte, weiter mit uns Fühlung zu nehmen. Lediglich in den jeweiligen Hauptstädten hatten sich die neuinstallierten westdeutschen Botschaften einen Kranz von Figuren gesammelt, die man dann heranziehen konnte. Das waren jene krankhaft Ehrgeizigen, Vereinsmeier in einigen Vorständen, die in ihrem Gehabe erinnerten an diejenigen, die sich als Schmeissfliegen vor dem Krieg an die Botschaften des Dritten Reiches herangemacht hatten und damals gleich wichtig taten. Es hat unter Auslandsdeutschen selbstverständlich ebensoviel Gedankenlosigkeit und Feigheit gegeben, wie es sie bekannterweise zu Hause gibt. Trotzdem aber stände heute noch ein sauberer sachkundiger Kern zur Verfügung, nur eben nicht für Bonn, denn dazu nehmen wir unsere Aufgabe in Uebersee denn doch zu ernst.

In Ghana trug die Tätigkeit der Schweizer reiche Früchte. Heute ist Kakao der Hauptexportartikel des Landes und stellte bis zur "Befreiung", das heisst bis zum Beginn sozialistischer Experimente die Grundlage seines Reichtums dar. Für die Erziehung der eingeborenen Bevölkerung mag als Beispiel die von Professor Hesse erwähnte Technische Schule für Automechaniker in Winneba genannt werden. Sie "half, eine der ernstesten Lücken des Arbeitsmarktes des Landes zu schliessen". Der Ausbildungsgang erstreckte sich über vier Jahre:

12 Monate praktischer Arbeit in einer UTC-Werkstatt als Lehrling
6 Monate Theorie und Praxis im A-Kurs der genannten Schule
erneut 12 Monate praktische Arbeit und anschliessend
6 Monate B-Kurs in der gleichen Schule, und dann
$11\frac{1}{2}$ Monate praktischer Arbeit, abschliessend mit $\frac{1}{2}$ Monat Vorbereitung auf die Prüfung.

Professor Hesse sagt dazu: "Diese Schulung dürfte mehr als die entsprechende

Schulung auf einer europäischen Gewerbeschule versprechen. Diese Mechaniker bleiben dem Berufszweig, für den sie ausgebildet wurden, in der Regel erhalten und drängen nicht zu einem White Collar Job, wie dies die bei Firmen oder auf staatlichen Schulen in Europa beschäftigt gewesenen und hier geschulten Ausländer häufig tun. Auch wird auf diese Weise der Ueberheblichkeit der Besserausgebildeten über die primitiven Stammesgenossen eher ein Riegel vorgeschoben. Die Begrenzung des Lehrstoffes auf die in der Praxis auftretenden Fälle verhindert auch, dass eine halbgebildete, politisch u.U. gefährliche Intelligenz heranwächst." Wir können jedes einzelne Wort bestätigen. In unseren eigenen Betrieben pflegen wir ja schon immer möglichst in ähnlicher Form vorzugehen. Die von H. genannten Gefahren für junge Menschen in Uebersee werden ja leider gerade von Amerika und Bonn her dauernd grösser. Die undisziplinierte Art dieser Länder, den Schwarzen das grosse Vorbild des weissen Mannes auf alle und jede Art zu nehmen (obwohl es heute noch besteht), unterwühlt die entsagungsvolle Arbeit in Uebersee tagtäglich.(*289) Die von Juden gedrehten obszönen Filme haben gerade auch in Uebersee eine im wesentlichen gesunde Entwicklung zerstört. So wie seinerzeit "die Juden auf den Wogen des Hellenismus hinaussegelten" (Eduard Gibbon), so war jetzt ihr Fahrzeug die westliche, kapitalistische Welt geworden, mit deren Hilfe sie ihr Gift ausstreuten.(*290) Die Demokratie war das Haus, in welchem es sich am besten entwickeln konnte, "Freiheit der Presse" war das entsprechende Schlagwort. Dass gerade die Militärregierungen dann auch hier zugriffen, brachte ihnen die Opposition, ja den Hass (!) der Veröffentlichten Meinung, von Argentinien bis Griechenland und in allen derart regierten afrikanischen Staaten, ein. Denn das Wohl der Völker liegt nicht in ihrem Interesse.(*291)

---

*283 - Nicht zu vergessen, dass auch die UN sich dieses kommunistischen Staates in Afrika gerne bedienten, indem sie ausgerechnet den kommunistischen Ghanesen Robert Kweku Atta Gardiner zum Oberstkommandierenden der UN-Operationen in Katanga ernannten. Er unterstand seinerseits dem Sowjetrussen Eugeny Kiselev, Leiter aller UN-Polizeikräfte, und arbeitete auf politischem Gebiet zusammen mit dem Neger Ralph Bunche, der nach Zeugenaussagen vor dem Komitee für Unamerikanische Tätigkeiten als Kommunist gilt.

*284 - Philippe Decraene berichtet nach dem Sturz im Juli 1966 in "Le Monde", dass ein schwarzafrikanischer Diplomat, der sich früher nicht genugtun konnte in Lobhudeleien Nkrumahs, ihm jetzt gesagt habe: "Dieser Mann schlug uns Afrikanern ein Bündnis vor, das dem zwischen Krokodil und Huhn glich". Und Rolf Italiaander kann es nicht lassen, der Sammlung von Reden Nkrumahs ("Sprung über zwei Jahrtausende. Unser Weg in die Freiheit", Düsseldorf 1963) ein überschwängliches Loblied anzufügen und von "dem grossen Afrikaner der postkolonialen Aera" zu sprechen. Ueberhaupt ist erstaunlich, mit wie viel grossen Worten dieser Mann bis zu seinem Fall in allen Zeitungen, Zeitschriften und Büchern der ganzen westlichen Welt bedacht wurde, als allen Kennern der Atmosphäre schon von Anbeginn an das Lächerliche an dieser Figur bekannt war. "Der bedeutendste der afrikanischen Staatsmänner unserer Zeit", "Vorkämpfer für die Befreiung Afrikas" und ähnlich lauten die Beiworte, die man

für den "Messias" fand. Und in Ghana betete man damals: "Ich glaube an Kwame Nkrumah, den Führer von Ghana und Begründer der Convention Peoples Party, seine einzigartige Partei, unsere Rettung, die empfangen wurde von der Inspiration der Zeiten, geboren von den Massen, gelitten unter den Notverordnungen, verfolgt, durchgeprügelt und entnervt. Im dritten Monat erhob sie sich wieder usw." Wollen Sie wissen, was "Grosse" Zeitungen wert sind? Solche, die sich anpreisen als "gutinformierend, tonangebend, meinungbildend"? Lesen Sie nach, was über Nkrumah etwa in der "Zeit" seinerzeit zu lesen stand. Und wenn Sie an den oben erwähnten Sowjetstern im Emblem des ersten "befreiten" Landes Afrikas denken, so dürfen Sie getrost fragen w i e intelligent diejenigen gewesen sein müssen, die nach John Gunthers Kassandrarufen ("Africa inside") und anderen Reden "Grosser" im Westen meinten, man müsse sehr schnell Afrika entkolonisieren, denn s o n s t würde es kommunistisch. Wir hier draussen w u s s t e n damals, dass einzige Hilfe gegen die kommunistische Zersetzung im Gegenteil das Verbleiben Europas in Afrika gewesen wäre. Darum verbot man uns, zu sprechen, darum nannte und nennt man uns "Neofaschisten, weil man S a c h l i c h e s nach den nicht mehr totzuschweigenden Erfahrungen in Afrika nicht mehr gegen uns vorbringen kann.

*285 - Er übernahm bei der Unabhängigkeitserklärung einen Staatssäckel mit nicht weniger als 560 Millionen Dollar. Es war das reichste Schatzamt Schwarzafrikas.

*286 - Nkrumah hatte seinerzeit noch von der Weltbank die Finanzierung des bedeutenden Voltadammes erreicht, der jetzt zur Energiegrundlage dienen konnte.

*287 - Vgl. die ausführliche Darstellung in Kurt Hesse, "Entwicklungsländer und Entwicklungshilfen", Berlin 1962. Nach den Erfahrungen, die wir mit Druckerzeugnissen der BRD haben, nahm ich das Buch mit grosser Skepsis in die Hand, doch wurde ich sehr bald angenehm enttäuscht. Der in Marburg amtierende Hochschullehrer Hesse hat nicht nur an Ort und Stelle die Verhältnisse studiert, er hat auch die Vorgänge sachlich richtig erkannt. Im Gegensatz zur offiziellen Bonner Politik stellt er fest, dass "die Diskriminierung des auslaufenden Kolonialzeitalters wissenschaftlich nicht aufrechterhalten werden kann". Es ist nur bedauerlich, dass ein Gelehrter Zeit und Kraft verlieren muss, sich mit diesen politischen Lügen zu beschäftigen. Europa hat zwanzig Jahre mit der Erarbeitung einer Wahrheit verloren, die uns hier draussen selbstverständlich war. Europa hat in schweren inneren Kämpfen den Anschluss an seine eigene Vergangenheit erst wieder finden müssen, die eine fremde mit sehr viel Geld gestützte Propaganda unter wissenschaftlichem Mantel als verwerflich darzustellen sich bemüht hatte. Es fehlt heute noch die Darstellung aller dieser Geschichtsfälschungen, aller dieser Mitläufer und aktiven Helfer an der Formung eines falschen Weltbildes, die heute noch in Amt und Ehren in den Redaktionen und Rundfunk- und Fernsehsendern und Regierungen sitzen und sich die Bälle zuwerfen. Es fehlt auch heute noch an der gemeinsamen Front gegen diese Brunnenvergifter, denn erst, wenn man erkannt hat, dass es ganz die gleichen sind, die gegen Europa, gegen den Weissen Mann, gegen den "Militarismus", ja, gegen Hitler zu Felde ziehen, dass die ganze Welt der Verantwortungsbewussten im weitesten Sinne von ihnen zerstört werden soll, erst dann kann ihnen auch wesentlich das Handwerk gelegt werden. Bis dahin wird alles nur mühsame Kleinarbeit bleiben, so wie es in diesem Falle an der Universität Marburg geschieht.

*288 - Der Chronist erinnert nur an die Unterhaltungen, die er 1952 im Hotel Tunquelen in Bariloche mit der deutschen Wirtschaftsabordnung hatte. Die Unwissenheit, ja das schiefe Bild, das man vom Auslandsdeutschtum hatte, war regelrecht unfassbar. Der Chronist musste sich fragen, wo diese Herren zur Schule gegangen waren, denn zu ihrer Zeit gab es doch noch keine "umerzogenen" Geschichstbücher. Man begriff überhaupt nicht, was es mit unserem Zusammenleben hier draussen auf sich hat, und wie sich das deutsche Vorbild des Fleisses auswirkt, auch ohne Knute und Gewehr, die nach Meinung Bonns zur Kolonialpolitik dazugehören. Man kannte überhaupt nicht einen einzigen Namen hier draussen. Im damals erschienenen kleinen Brockhaus war das Wort "Auslandsdeutschtun" ja überhaupt besser weggelassen worden, die auslandsdeutschen Dichter von Kolbenheyer bis Winnig waren mit Schimpf und Schande bedeckt worden, von deutschen Gerichten und deutschen Zeugen. Deutschsein war in den Augen dieser Emissäre ein grosses Verbrechen. Ja, von dem Standpunkt aus musste alles versagen, was man mit "Entwicklungshilfe" betitelte. Wer nicht an den Anfang aller Arbeit in Uebersee die Achtung vor sich selbst und vor seinem Volk setzt, kann auch keine Achtung von den Fremden erwarten. Und wer nicht geachtet wird, gilt nichts hier draussen. In Westdeutschland mag sich heute eingebürgert haben, die Menschen nach ihrem Gelde zu messen, hier draussen misst man anders. Darum sind Staaten, die einer Ethik entbehren, die diese als "faschistisch" ansehen, als Mitarbeiter in Uebersee völlig undenkbar. Alles, was dennoch geschieht, geht nur unter einem Deckmantel übelster Heuchelei vor sich. Prof. Johann Wilhelm Mannhardt schreibt in der "Afrikapost" (abgedruckt in "Schwaben International" III/68): "In Westdeutschland kommt hinzu, dass man vom Volk als Realität und Wert nichts mehr wissen will. Die Regierung und ihre Sachwalter stellen ihre Kulturpolitik auf diese Lage unter Berücksichtigung des geringsten Widerstandes ein. Darüber sind die Auslandsdeutschen genauestens unterrichtet. Sie merken es an der Haltung vieler Beamten, Geistlichen und Lehrer, die das Mutterland aussendet."

*289 - "Der Lebenskomfort erreichte eine unvorstellbare Höhe und wurde immer breiteren Schichten vorgeführt. Das war aber ein Ideal, das allen Entwicklungsländern vorschwebte. So sehr man... diese Art der Zivilisation auch im Innern ablehnte und sich von ihr nicht befriedigt fühlte: man ging doch mit seiner Familie in die Kinos, in denen amerikanische Filme – zum Teil sehr unerfreulichem und dem Prestige des Westens abträglichen Inhalts – vorgeführt wurden. Das Unheil, das durch die ständigen Darbietungen von Verbrecher- und Gangsterfilmen unter allen Ueberseevölkern angerichtet worden ist, lässt sich in seiner Bedeutung gar nicht überschätzen. Diese oft unwissenden Menschen hielten die Schauerbilder von Gangstern und Huren als für das westliche Leben typisch und wussten nicht, dass sie abartige Verzerrungen der wahren Zustände waren. In allen Fällen habe ich diese Auswirkungen immer wieder feststellen können und mich gewundert, dass die Kolonialmächte sich nicht durch eine gemeinsame Entschliessung gegen diese Missstände gewandt haben. Bei anständigen Farbigen regte sich bald ein tiefer Widerwille gegen eine solche Entwürdigung des Menschen. Die Folgen waren geringschätzige Urteile über die Völker, die an solchen Darbietungen Gefallen fanden. Insbesondere die unwürdige Prostituierung der Nacktheit der Frau musste dezente Farbige anwidern, die darin eine Verachtung von Anstandsregeln sahen, welche ihnen besonders heilig waren." (Drascher aaO S. 112)

*290 - Ich meine, der wesentliche, entscheidende Anteil der Juden an der Verbreitung moralzersetzender "Lehren" braucht nicht im einzelnen noch einmal

dargestellt zu werden. Er darf als bekannt vorausgesetzt werden. Ich kenne trotz der seit hundert Jahren sich zu diesen Vorwürfen anhäufenden Literatur keine sachliche jüdische Entgegnung, geschweige denn etwa die Bildung eines jüdischen Gremiums, welches solche Verbrechen im Interesse des jüdischen Namens (wenn man schon keine Verantwortung für die übrige Welt fühlt und aus ihr heraus handelt) verbieten könnte. Man darf wohl angesichts dieser unumstösslichen Tatsache nach so langer Erfahrung mit dem Judentum hier von einer einheitlichen Absicht auf Zersetzung sprechen. Ich bin sogar sicher, dass auch auf diese Aussage hin Positives von jüdischer Seite aus nicht erfolgen wird. Dabei muss man sich doch wohl klar sein, dass es sich um die allerschwerste Anklage handelt, die jemals einem ganzen Volk entgegengehalten wurde. Und noch mehr: ein unter Anklage Stehender hat nach abendländischer Rechtsauffassung kein Recht, selbst Anklagen zu erheben, bis dass nicht der erste Prozess beendet ist. Alles, was dennoch geschieht, ist nur "politische Justiz", Missbrauch der Justizformen zu politischen Zwecken.

*291 - Man nehme aber nicht an, dass durch solche Revolutionen nun andere Umgangsformen aufkommen. Ghana gelang es zB, sich aus Guinea den ehemaligen Chef der Nkrumah'schen Geheimpolizei ausliefern zu lassen. Er diente als übliches Kleingeld in der Politik, dieser Herr Boyer Moses, und wurde dann in Accra in einen mit Eisenstäben versehenen Karren gesetzt, und von einem Polizeiauto gezogen durch die Stadt gefahren. Die seinerzeit von ihm Gefolterten säumten die Strassen und forderten seinen Tod.

*

NIGERIA

galt nach seiner Befreiung als der demokratische Musterknabe, als fortgeschrittenster unter den neuen Staaten Afrikas. Alle Aeusserungen in Presse und politischen Versammlungen wiederholten die gleiche vorgedruckte Auffassung. Wieder einmal sah man, wie herzlich wenig selbständiges Denken heute in den Führungsgremien der Welt besteht, wie diese im wesentlichen nichts anderes als Werkzeuge anonymer Meinungsmacher sind, also eine ungeheure Gefahr für die Freiheit in der Welt darstellen. Nigeria beweist weiter, dass nur der Kampf mit der Waffe in der Hand, blutigster Kampf, heute in der Welt dem Recht auf Selbstbestimmung zum Durchbruch verhelfen kann, dass es heute weniger denn je ein wirkliches internationales Gewissen gibt. Das ist die Aussage der Tatsachen:

Das Gebiet, welches man als Nigeria bezeichnet, ist in der Tat eine Zusammenfassung von Völkern und Staaten, ähnlich wie es im französischen Bereich das AOF war. Von langer Sicht war auch hier von der Kolonialmacht eine Entwicklung zu staatlicher Selbständigkeit vorgenommen worden. In der Annahme, dass ein genügender "sense of unity" infolge der etwa 50 jährigen gemeinsamen britischen Verwaltung entstanden sei (*292), fasste man die verschiedenartigen Gebiete immer weiter zusammen und bildete 1914 aus Süd-Ni-

geria und Nord-Nigeria die einheitliche Kolonie Nigeria (*293). Geistiger Vater dieser Vorgänge war Lord Lugard, der Verfechter der Indirect Rule und erster Generalgouverneur Nigerias. Er formte dann den Nigerian Council mit 36 Mitgliedern unter seinem Präsidium. 1922 werden bereits gesetzgebende Ausschüsse für die verschiedenen Landesteile gebildet. Sie bleiben bis 1942 tätig, als Sir Arthur Richards (1943 bis 1947 Gouverneur von Nigeria) eine neue Verfassung in Kraft setzt, in welcher unitarische und föderalistische Elemente miteinander vereinigt sind. Die Regionen erhalten Parlamente mit allerdings nur beratenden Funktionen. In der weiteren Verfassung von 1951 wurden dann die Volksvertreter dieser Regionalparlamente als Mitglieder in die gesamtnigerianische Volksvertretung gewählt. In London und Lagos fanden 1953 bzw. 1954, die entscheidenden Verhandlungen der Vertreter der einzelnen Regionen statt, in welchen die Grenzen der zentralen und föderativen Aufgabenbereiche unter Zustimmung der Beteiligten festgelegt wurden. In weiteren Verfassungskonferenzen in den Jahren 1957 und 1958 wurde das Prinzip der Selbstverwaltung weiter ausgebaut, sodass bei der Unabhängigkeitserklärung Nigerias am 1. Oktober 1960 der volkreichste Staat Afrikas mit einem fertigen demokratischen Regierungsschema aus der Taufe gehoben werden konnte. Mit Recht durfte gesagt werden: "Wohl auch der schärfste Kritiker des Kolonialzeitalters kann an der Ueberlegtheit und dem Ernst, mit dem die Kolonialmacht die grösste afrikanische Völkergemeinschaft politisch entwickelte, nicht vorbeisehen, es sei denn auf die Gefahr hin, der Unwissenschaftlichkeit geziehen zu werden."(Hesse aaO S. 104)

Und doch hatte diese Rechnung einen grundlegenden Fehler. Man hatte gemeint, mit einer in Oxford erzogenen Führungsschicht und mit einem für Europa angemessenen weisen Verwaltungsrahmen die verschiedenartigsten Völker in einem Staat gerade in jenem Augenblick vereinigen zu können, als die Seele dieser Völker sich am stärksten zu rühren begann. Die Geschichte dieses Raumes hätte warnen können. Niemals war es zu einer Zusammenarbeit, geschweige denn gegenseitiger Unterwerfung der Haussa, Fulbe, Yoruba und Ibos gekommen. Es war im Gegenteil die steten Kämpfe zwischen ihnen das Kennzeichen der Verhältnisse gewesen. Als sich darum das Fehlen der Weissen "herumsprach", begann auch schon das gegenseitige Morden (*294). Nach aussen hin konnte noch jahrelang das Image aufrechterhalten werden. Ja, eine Woche vor dem Anfang vom Ende, im Januar 1966 fand die erste Commonwealth-Konferenz ausserhalb Londons ausgerechnet und bewusst in Lagos statt, weil man meinte, hiermit das beste Beispiel für die neue Färbung dieses Staatenbundes geben und einen Beweis für seine Stabilität liefern zu können. Dass die dort gefassten Beschlüsse gegen Südafrika und Rhodesien so schnell ihres ethischen Wertes entkleidet werden würden, hatte man selbst in Salisbury und Pretoria nicht erwartet. Am 15. Januar wurde der Ministerpräsident von Nigeria, Sir Abubaker Tafawa Balewa, ein Haussa aus dem Norden, in einem Militärputsch ermordet. Gleichzeitig endete der Sardauna von Sokoto, Sir Ahmadu Bello unter den Schüssen schwarzer Offiziere. Käuflichkeit der Politiker und Korruption der Parlamentarier hatten hier eine ähnliche Rolle gespielt wie bei den Umstürzen in den Nachbarstaaten, doch alles das wurde überschattet von den völkischen Differenzen. Die 30 Millionen Menschen starke Nordregion hatte versucht, den Staat zu beherrschen. Nach der Volkszählung, die durch Schaffung der Mittelwestregion (1963) dazu diente auch den Westen im Oktober 1965 mit von Balewa geduldeten Praktiken zur Beherrschung des Parlaments in die Hand zu bekommen, erntete der Norden den Bürgerkrieg. General Ironsi, selbst ein Ibo aus der Ostregion, versuchte zunächst, die Einheit durch energische Massnahmen noch aufrechtzuerhalten, schuf im Mai 1966 den Einheitsstaat "Republik Nigeria" (ohne den Zusatz "Föderation"), doch wurde auch er von einer weiteren

Militärrevolte unter Oberst Gowon schon im Juli 1966 hinweggeräumt. Inzwischen hatte das systematische Morden im Norden eingesetzt, und wirkte sich zu einem Abschlachten von 30 000 Ibos im Haussaland aus. Der Rest von mehr als hunderttausend Menschen flüchtete in die Ostregion. Die Weltpresse brachte nur gelegentliche Bemerkungen darüber, füllte vielmehr ihre Spalten mit dem von ihr erfundenen"Rhodesienkonflikt", in welchen die ruhige Welt südlich des Sambesi gehetzt werden sollte. Oberst Gowon, ein Mann aus dem Norden, doch nicht Mohammedaner, sondern Christ, und nicht Haussa, sondern dem Volk der Tiv angehörig, bemühte sich, in Konzessionen an die Landesteile (seit der Verfassung Ironsis nicht mehr Regionen sondern Provinzen genannt) einen letzten Rest von Zusammenhalt zu erhalten.(*295) Es kam zu Konferenzen auch mit der dissidenten Ostregion, insbesondere zur Zusammenkunft im ghanesischen Aburi (Mai 1967, denn der Militärgouverneur der Ostregion, Ojukwu, fühlte sich in Lagos nicht sicher), doch konnten die gefassten Beschlüsse dann "daheim" angesichts der Haltung in den verschiedenen Regionen nicht verwirklicht werden. Der britische Journalist Colin Legum berichtet von einem Besuch des Nordens nach der Vertreibung der Ibos (*296): "Abgesehen von einigen aufgeklärten Intellektuellen sind unter den restlichen Nordländern wenig Anzeichen für Reue zu erkennen. Die allgemeine Ansicht lautet, dass "es den Ibos ganz recht geschehen ist". Und selbst diejenigen, die die Exzesse bedauern, sind hoch erfreut über das Ergebnis: Zum ersten Mal in diesem Jahrhundert ist der Norden des Landes frei von Ibos."(*297) Doch die Folge dieser Säuberung ist Trostlosigkeit. Die Arbeiten an dem grossen Nigerstaudamm bei Keffi wurden eingestellt, ganze Städte liegen verwüstet, "Jos, das Bergwerkszentrum, sieht aus, als wäre ein Tornado darüber hingegangen". Etwas besser sieht es in dem sogenannten "Mittleren Gürtel" aus, im südlichen Streifen des Nordteils, in welchem eine Vielfalt kleiner Völkerschaften lebt. Ihre Angehörigen übernehmen die verlassenen Stellen der Ibos. (*298)

Am 1. Juni 1967 erklärte sich die Ostregion unter General Ojukwu als Republik Biafra selbständig. Schon im Januar 1965 forderte die UPGA (United Progressive Grand Alliance), die grösste Oppositionspartei Nigerias, die Einberufung einer Konferenz zur Herbeiführung der friedlichen Teilung des Landes. Obwohl die UPGA ihre Forderung mit einem im Beningebiet und im Osten hundertprozentig befolgten Boykott der Wahlen unterstützen konnte, meinte die Zentralregierung, nicht darauf eingehen zu brauchen, und beschritt seitdem den Weg der Unterdrückung und des politischen Mordes. Die Unabhängigkeitserklärung wurde von Nigeria nicht anerkannt. Es kam zum Krieg. Vorübergehend vermochte Biafra in diesem Geländegewinne zu erzielen, konnte vor allem im September 1967 den Mittleren Westen zeitweise besetzen und dort die weitere "Republik Benin" ausrufen lassen. Doch dann errang Lagos die Oberhand und konnte sogar die Hauptstadt Biafras, Enugu, besetzen. Wesentliche Unterstützung fand Oberst Gowon dabei sowohl im Westen wie im Osten. Sowjetrussland und die Tschechoslowakei sandten die Flugzeuge, Aegypten stellte die (allerdings nicht gerade sehr tüchtigen) Piloten, während Grossbritannien die Waffen für die Bodenkämpfe lieferte. Biafra war ein schönes Beispiel für west-östliche Zusammenarbeit. Ja, selbst eine Organisation wie das Internationale Rote Kreuz, das ja glücklicherweise nicht Organ der UN ist, hatte die allergrössten Schwierigkeiten, dem auf die schwarze Liste der Menschheit gesetzten Volk der Ibos Medikamente zu schicken. Lagos verbot Flugzeugen den Start ins Iboland. Die Welt schwieg dazu und lieferte weiterhin den Aggressoren Waffen.

Fast in letzter Minute rührte sich Mitgefühl bei den schwarzen Brüdern. Tansania erkannte im April 1968 Biafra als selbständigen Staat an und ermöglichte so, den Fall vor die Generalversammlung der UN zu bringen. Nigeria

antwortete mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Tansania und sprach von "Verletzung der Charta der Afrikanischen Einheit".(*299)

Inzwischen aber ist eines der wertvollsten Völker Afrikas, eine Kulturnation, die einen Historiker wie Onwuka Dike, die einen Schriftsteller wie Cyprian Ekwensi und einen Chinua Achebe, einen protestantischen Laienführer wie Sir Francis Ibiam (*300) hervorbrachte, aufs schlimmste dezimiert worden, wird von wahnwitzigen Bombenfliegern seiner zivilisatorischen Einrichtungen beraubt und in die Urwälder gejagt. Ein Volk, das wie kaum ein anderes in Afrika dank seines Könnens von einem so natürlichen Selbstbewusstsein geprägt war, dass ihm die bei anderen Negern so häufige Ueberheblichkeit im Umgang mit Weissen völlig fehlte. Die nur allzu berechtigte Angst, eine Aufteilung der aus dem Kolonialerbe entstandenen Staaten nach natürlichen Stammesgrenzen könnte auch im übrigen schwarzen Afrika Schule machen, liess die Zuschauer auch unter den Brudervölkern so lange schweigen. Die Haltung von Lagos aber ist ein weiteres Zeichen dafür, dass alle diese Herren, die so sehr auf Befreiung vom "Kolonialjoch" drängten, nirgends gewillt sind, auch nun ihrerseits den ihnen kurzsichtigerweise zugewiesenen kleineren Völkern die Freiheit zu geben.

Das Morden nahm dann im Laufe des Jahres 1968 allerdings einen solchen Umfang an, dass selbst die Demokraten meinten, ihr Gesicht nicht mehr wahren zu können, wenn sie weiterhin schwiegen. Die Tschechoslowakei meinte als erste, die Waffenlieferungen einstellen zu müssen (mit der erhebenden Begründung, man hätte bei Beginn der Lieferung von Bombern nicht gewusst, dass der Krieg so lange dauern würde, das heisst: dass das Opfer noch so lange schreien würde). Dann kam auch der schwarze Bruder Houphouet-Boigny, Präsident der Elfenbeinküste zu Wort, und zwar immerhin "schon" am 9. Mai 1968: "Ich muss meiner Empörung Ausdruck verleihen über die unerklärliche, die verantwortungslose Gleichgültigkeit der ganzen Welt gegenüber dem Massaker, dessen Schauplatz Biafra ist." Mehrere schwarze Staaten bequemten sich endlich, Biafra anzuerkennen: Tansania, Elfenbeinküste, Gabon. Der Versuch, durch direkte Verhandlungen (die in Kampala stattfanden) zum Frieden zu kommen, ist gescheitert (*301) Nigeria hielt an dem Plan einer aus zwölf Mitgliedern bestehenden Föderation fest. "Der Bund"/Bern schrieb: "Der Verdacht liegt nahe, dass die Leiden des Ibo-Volkes propagandistisch nicht brauchbar sind, um daraus Kapital zu schlagen. So geht das Massaker im Südosten Nigerias ungestört über die Weltbühne, ohne dass das "Weltgewissen" sich erhitzt."

Nach der Tschechoslowakei stellten auch die Niederlande am 7. Juni 1968 ihre Waffenlieferungen an Nigeria ein. Den Gipfel aber der Heuchelei erlaubte sich mal wieder die Bundesrepublik Deutschland. Der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Gerhard Jahn, erklärte am 28. Juni 1968 im Bundestag, "dass die Bundesregierung England ersuchen würde, die Waffenlieferungen an Nigeria einzustellen". Jenes Land, welches die nigerianische Luftwaffe aufgebaut hat, welches diesen Aufbau mit dem ausdrücklichen Ziel zum Einsatz für innenpolitische Zwecke durchführte, welches noch nach Beginn des Schlachtens den höchsten Luftwaffenoffizier nach Lagos entsandte, um sich von der Schlagkraft seines Werkzeuges zu überzeugen, welches von allen auslandsdeutschen unabhängigen Zeitungen, insbesondere der "Afrika-Post" in Pretoria, sehr deutlich und rechtzeitig auf das verbrecherische seines Handelns mehrfach aufmerksam gemacht wurde, bekommt es fertig, mit dem Finger auf einen anderen Staat zu zeigen! Dieser andere Staat, England, Urheber des Krieges im eigentlichen Sinne, aber hält es nicht für notwendig, einzuschreiten. Seine Schöpfung, Nigeria, auf das es so ganz besonders stolz war, soll erhalten bleiben. Erst, als Mitte Mai 68 die Oelfelder und Hafenanlagen von Port Hartcourt sowie sämtliche weiteren dortigen britischen Niederlassungen von der nicht

mehr zu haltenden verzweifelten Ibo-Bevölkerung in Brand gesteckt werden und Albion ein viele Millionen Pfund betragender Schaden entsteht, beginnt man zu reagieren. Am 10. Juni 1968 erfährt man durch Reuter von "einer plötzlichen Schwenkung des politischen Kurses gegenüber Biafra". In der Praxis allerdings ist von einer solchen Kursänderung nicht die Rede. Im Juli werden noch zwanzig Panzerfahrzeuge an Nigeria geliefert und Commonwealthminister George Thomson erklärte am 9.7.68 vor dem Unterhaus: "England kann sich keinen ungünstigeren Augenblick aussuchen, als gerade jetzt die Waffenlieferungen einzustellen. Die hohe Zahl an Menschenopfern ist (nur) auf den Hungertod zurückzuführen"! Die UN stellt keine Hilfsorganisation auf (sie hatte es mit der UNRRA seinerzeit doch so schön eilig. U Thant fordert im September 1968 wohl die USA mehrfach öffentlich auf, die Bombardierungen Nordvietnams einzustellen, hat aber auf der OUA-Konferenz in Algier im gleichen Monat nur flaumweiche Bemerkungen für die Vorgänge in Biafra übrig, sodass selbst ein Gerstenmaier (15.9.68) von einem "bedauerlichen und grandiosen Beweis für die Unfähigkeit der Vereinten Nationen" und von einem "feinen Schweigen" U Thants hinsichtlich Biafra spricht). So müssen Caritas und IRK einspringen, um das Sterben von wohl fünf Millionen Flüchtlingen in Biafra zu verhindern.

Biafra ist damit schon heute das mit dem Herzblut von Millionen von Negern unterzeichnete Dokument, welches belegt, dass die von den USA und den UN betriebene Entkolonialisierung NICHT die Befreiung der Völker Afrikas usw. war. Mit der Entkolonialisierung war vielmehr die Versklavung der betroffenen Völker unter einem von New York aus gelenkten System demokratischer Gewaltherrschaft eingeleitet worden. Völker, die sich dagegen auflehnten, ob in Katanga oder in Biafra, wurden mitleidlos vernichtet. Die Grenzen der neuen Staaten sind ein offener Hohn auf die Behauptung von der Selbstbestimmung der Völker. Nur mit den demokratischen Methoden der Gewalt lassen sie sich halten. Mitschuldig an diesem Verbrechen, das an geschichtlicher und menschlicher Tragweite an diejenigen der Französischen und der bolschewistischen Revolution heranreicht, sind alle diejenigen, die meinen, mit Spenden nach geschehenem Massenmord ihr Gewissen und ihr Ansehen vor der Geschichte reinwaschen zu können.(*302) Die französische Zeitung "Le Monde" schreibt im August 1968: "Obwohl augenblicklich vor den Augen aller Welt der schrecklichste Völkermord der Nachkriegszeit fortgeführt wird, bleibt die Mehrzahl der Regierungen davon unberührt, es sei denn, dass sie nicht wie England und die Sowjetunion sogar der Regierung von Nigeria Waffen liefern." Der völlige ethische Bankrott der UN wird so offenkundig, dieser Organisation, die im Juni 1968 ein vollständiges Waffenembargo gegen — Portugal forderte, weil dieses "die Unterdrückung der afrikanischen Völker in Angola, Mozambique und Portugiesisch-Guinea fortsetzt"! Die Wähler der westdeutschen Regierungsparteien sind die Geldgeber für diese Organisation. Schon im Todeskampf, erhält Biafra dann militärische Unterstützung aus den heterogensten Lagern (Frankreich, China, Sambia) und kann ab Oktober 1968 den Vormarsch Gowons aufhalten. Ein Ende des Mordens aber, und vor allem eine gerechte Grenzziehung zwischen den Völkern, liegen noch in weiter Ferne.

Trotz allen Bemühens, dem Leser die Beurteilung der Dinge in Deutschland selbst zu überlassen, konnten wir nicht umhin, dennoch hier und dort die an der Grossen Rebellion beteiligte Bonner Institution zu erwähnen. Es geschah dieses dabei meistens bisher mit dem Gefühl des Erstaunens über das, was in unserem Vaterlande heute möglich ist. Sich selbst überboten in solchem Tun aber haben sich die Bonner amtlichen "Informationen zur politischen Bildung" nunmehr in dem letzten, uns vorliegenden Heft unter dem Titel "Die Menschenrechte". An die Stelle des Erstaunens aber ist damit die grosse Sorge bei uns

getreten. Auf dem Titelblatt sehen wir eine Fotokopie der "Erklärung der Menschenrechte" aus dem Jahre 1789. Bevor es dann zum weiteren Text des Heftes kommt, wird uns als nächstes ein Foto vorgeführt, welches die folgende Unterschrift trägt: "Biafra 1968: Der Versuch der Separation ist gescheitert. Krieg und Hunger brachten Unzähligen den Tod." Das also im Augenblick deutlichste Ergebnis von 179 (einhundertneunundsiebzig) Jahren Herrschaft der "Menschenrechte", der Schauplatz des blutigen Niederringens des schwarzen Volkes der Ibo, gesteuert von den allermächtigsten Organisationen, die unser Erdball kennt, der UN im Tageslicht und der Freimaurerei im Dunkeln, den eigentlichsten Verfechtern der "Menschenrechte" selbst, wird uns vorgeführt mit den abtuenden Worten "Versuch einer Separation". Für jeden denkenden Menschen gehörte doch dieses Foto nicht an den Anfang der Geschichte der Wahnidee der "Menschenrechte", sondern an deren Ende, denn es ist ihr bisher letztes Ergebnis. Völlig ausgeschlossen ist es, diese Verdrehung der Tatsachen als blosse Gedankenlosigkeit abzutun. Hinter derartiger grober Geschichtsfälschung, hinter dem Versuch, so zu tun, als beginne man eben erst heute mit einem so "schönen" Ziel, zeigt vielmehr, mit welcher Unverbesserlichkeit und Unbeirrtheit die gleichen Kräfte, die bereits Millionen und Millionen von Menschenleben in diesen 179 Jahren auf dem Gewissen haben, hinter der Maske ihrer völligen Unschuld, gleichsam wie neugeborene Kinder, auftreten, und bereit sind, weitere Menschenleben ihrem Wahn zu opfern! Und zwar dieses mit voller Unterstützung der Bonner Regierung! Es gibt also wohl kaum ein alarmierenderes Zeichen als dieses soeben erschienene Heft für die Gefahr, in welcher die Reste unseres eigenen Volkes heute schweben. Man ist bereit, auch sie in den gleichen Abgrund zu stürzen, in welchen man soeben in völliger Gefühllosigkeit das Volk der Ibo stürzt. Selbstbestimmungswille wird zur "Separation"! So sieht Bonn den Freiheitskampf eines Volkes! Und nicht die Mörder, nein, die Ermordeten sind schuld an dem vergossenen Blut!

---

*292 - Reference Division Central Office of Information, Nigeria: "The Making of a Nation", London 1960

*293 - Nachdem vorher Foreign Office, Colonial Office und die Royal Niger Company (letztere auf Grund einer Royal Charter) das Gebiet getrennt verwaltet hatten.

*294 - Die NZZ drückt das so aus: "Nigeria ist eine kolonialpolitische Konstruktion, kaum mehr, geschaffen zu einer Zeit, als die britische Verwaltung die autochthone Dynamik des Landes im Hinblick auf die kommende Unabhängigkeit in kleinen Schritten sich entfalten liess. Im Rahmen des Wunschbildes einer nach westlichem Muster zu installierenden Demokratie dachte damals kaum jemand daran, dass die eigentlichen Elementarkräfte, die mit der Unabhängigkeit frei wurden, nicht die erwarteten Parteiengegensätze waren, sondern uralte Stammesfeindschaften, die während der kurzen und für das Land glücklichen Zeit der Pax Britannica nicht hatten zum Verschwinden gebracht werden können, sondern nur geschlummert hatten." So, wie England in Indien das Kastenwesen

einfror, froren in Nigeria die Stammesunterschiede ein. Erst, als sie mit der Unabhängigkeit wieder auftauten, in Bewegung gerieten, traten bis dahin schlummernde Kräfte an die Oberfläche und veränderten das Bild vollständig.

*295 - Aufmerksamkeit erregte seine Bemerkung nach der Beseitigung Ironsis, "dass das Land jetzt wieder unabhängig geworden sei", sodass die Vermutung nahe liegt, Ironsi habe sich um ausländische Hilfe bemüht. Gowon selbst hat diese dann aber in grösstem Umfang und zwar gerade auf militärischem Gebiet in Anspruch genommen.

Eine ganz besonders unrühmliche, wenn auch bezeichnende Rolle bei der Militarisierung Nigeriens spielte die BRD. Im Juli 1963 lieferte die BRD zwei deutsche Schulmaschinen vom Typ Do 27 und sandte später 16 "Sabre Jet". Die Ausbildung der nigerianischen Luftwaffe wurde von westdeutschen Offizieren übernommen. Demonstrativ überflog der westdeutsche Luftwaffenfeldwebel Gerhard Köhne mit dem ersten Flugzeug die Hauptstadt Lagos, um der Bevölkerung diese "Hilfe" zu zeigen. Ziel der Ausbildung sollte die Erstellung eines Geschwaders sein (eine Staffel Jagdbomber, mittlere Transporter und kleine Transporter). Dpa berichtet wörtlich aus Lagos: "Wobei weniger an kriegerische Auseinandersetzungen mit den Nachbarstaaten als an innere Konflikte gedacht zu werden scheint." Man hat also gewusst, zu welchen Zielen der Verteidigungsminister Ribadu, auch ein Mann aus dem Norden, eine Luftwaffe benötigte. Man erhob in der ganzen unabhängig schreibenden Welt die Stimme gegen diese Vorbereitung zum Völkermord. Bonn liess sich nicht beirren. Ja, im Januar 1966, als Nigeria für alle Kenner der Verhältnisse nur noch ein Kartenhaus war, besuchte Luftwaffeninspekteur Generalleutnant Verner Panitzki Lagos "und sagte der nigerianischen Luftwaffe weitere Hilfe zu" (dpa). Dabei überreichte er dem Verteidigungsminister Inuwa Wada als Geschenk eine Miniaturpistole aus Gold. Zur Zeit des Staatsstreiches befanden sich 60 deutsche Offiziere und Unteroffiziere in Nigeria als Ausbilder bei der Luftwaffe. Im Januar 1968 verkündete Gowon stolz, dass nunmehr die eigenen, in Westdeutschland ausgebildeten Piloten die von der Sowjetunion gelieferten Düsenmaschinen selbst in den Einsatz gegen Biafra fliegen könnten.

*296 - Ist diese Vertreibung auch nicht entfernt mit den grausigen Vorgängen in den östlichen Teilen des Reiches 1945 zu vergleichen, so muss sie doch unzweifelhaft unter dem inzwischen international strafrechtlich relevant gewordenen Begriff des Genocidiums gesehen werden. Als es dann endlich einer Delegation aus der Ostregion gelang, nach New York vorzudringen, in dem Glauben an den guten Willen der Weltorganisation, da wurde ihr dort von einem Sprecher des UN-Generalsekretariats beschieden: solange die Klage nicht von einem Mitglied der UN vorgebracht wird, ist sie inexistent, solange gilt die Auffassung: "In Nigeria nichts Neues". Nigeria sei Mitglied der UN und der Menschenrechtskommission (!). So könne man keine Klage von Unbekannten gegen Nigeria annehmen. Man wird sich in Zukunft einen Katalog anlegen müssen, welche Leichen für die UN Leichen sind, und welche nicht.

*297 - Es erinnert das an die Bemerkungen, die man von polnischer Seite hört: "Wir können Hitler nicht dankbar genug sein für die Judenvernichtung. Heute ist Polen ein anderes Land geworden."

*298 - Damit wird es unrichtig, vom "mohammedanischen Norden" zu sprechen, denn politischer Führer dieses "Mittleren Gürtels" ist der Katholik Joseph Tarka. Auch der bislang so beachtete Traditionalismus der Haussa und Fulla,

der sich in der Erhaltung der Emirate ausdrückte, ist vor einer reformbegeisterten Jugend im Schwinden. Ihnen gegenüber steht der energische Fulani Hassan Katsina, der Mann der alten Stammesführer. Nach Austragung des Konfliktes mit Biafra wird hier die nächste Schlacht um die zukünftige Politik Nordnigerias geschlagen werden.

*299 - Wir wollen hoffen, dass es mit dieser Charta dennoch etwas anders bestellt ist als mit ihrem bekannten Vorläufer, der sogenannten "Atlantik-Charta". Letztere — existiert nämlich überhaupt nicht! Und das trug sich wie folgt zu: Am 15. August 1941 trafen sich Roosevelt und Churchill in der Nähe von Neufundland auf einem USA-Kreuzer und gaben ein Kommuniqué heraus, das von der Presse den Namen "Atlantik-Charta" erhielt. Am 21. August 1941 las Roosevelt diese "Atlantik-Declaration" im Kongress vor und gab sie zu Protokoll. Als bei der Teherankonferenz (28.11. bis 1.12.1943) die Grundsätze dieser Charta ("die hohen Vertragspartner wollen keine territorialen Veränderungen, die nicht dem frei geäusserten Wunsch der betroffenen Länder entsprechen, sie respektieren das Recht sämtlicher Völker, sich die Regierungsform, unter der sie leben möchten, selber zu wählen, und sie wollen Souveränität und Selbstregierung in allen jenen Ländern wiederhergestellt sehen, die dieser Grundrechte gewaltsam beraubt wurden") über den Haufen geworfen wurden, da kam es zu einer Pressekonferenz, in welcher man den Präsidenten nach der Deklaration fragte, die er und Churchill seinerzeit unterzeichneten und die seitdem im Nationalmuseum zu Washington wie eine Reliquie ausgestellt worden war. Roosevelts Antwort "warf die Reporter fast um" (John T. Flynn in seinem Buch "The Roosevelt Myth", einem amerikanischen Erfolgsbuch, welches in Deutschland niemals erschien), denn er sagte, "dass es eine komplette, von ihm und Churchill unterzeichnete Atlantik-Charta nicht gebe und nie gegeben habe". Als die Reporter wissen wollten, wo denn der Schrifttext sei, antwortete Roosevelt: "Soweit ich unterrichtet bin, gab es keinerlei Text der Atlantik-Charta. Es war bloss ein von mir, Churchill, Sumner Welles und Sir Alexander Cadogan bekritzeltes Stück Papier gewesen, das einfach dem Schiffsfunker zur Nachrichtendurchgabe für die Presse überreicht worden war." Stephan Early (Roosevelts Sekretär) hatte, wie zusätzliches Nachforschen ergab, das Stück Papier mit der Unterschrift von Roosevelt und Churchill versehen und auf eigene Faust weitergereicht. Im Nationalmuseum zu Washington hing dann die ganze Zeit, schön eingerahmt und beleuchtet, die Atlantik-Charta, mit der von dem Juden Early ausgeführten Unterschrift von Roosevelt und Churchill. John O'Donell von der New Yorker "Daily News" fragte den Kurator, wo er das Schaustück herhabe. Antwort: "Vom Office of War Information". Dieses hatte das kostbare Dokument dem Nationalmuseum "geliehen". O'Donell fuhr zum Office of War Information und erkundigte sich dort weiter. Als er ins Museum zurückkam, siehe da, die grosse Charta war verschwunden! Ein Museumswärter sagte ihm, sie wäre vor etwa 20 Minuten von der Wand genommen worden. Ein nie unterzeichnetes Dokument ohne Datum war das Kriegslockziel der Alliierten. (Wie erinnert das alles doch an das schöne andere "Dokument", das als "Hossbachprotokoll" so wesentlich zur Fälschung der jüngsten deutschen Geschichte beiträgt. Vgl. dazu A. von Ribbentrop, "Verschwörung gegen den Frieden", Starnberg 1962.) Was war Goebbels doch für ein wirklicher Waisenknabe gegen diese grossen Fälscher!

*300 - der inzwischen seinen Adelstitel aus Protest gegen die britische Haltung seinem Volk gegenüber niederlegte.

*301 - Vertreter Biafras war Sir Louis Mbanefo, das heisst niemand anderer

als der Sonderrichter der Ankläger gegen Südwestafrika vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag. Diesem feinen Herrn, der der Welt gegenüber die verlogene Story von dem Terror der Südafrikaner gegen die Völker in Südwest vorsetzte, ist es also nicht erspart geblieben, einmal festzustellen, was man unter Terror eigentlich versteht, und dass es liebe afrikanische Mitmenschen sind, die sein eigenes Volk auslöschen möchten.

*302 - Kryptokommunist Wischnewski spricht zynisch sogar von einem "anachronistischen Krieg" (dpa 18.7.68), denn die Völker haben für diesen Herrn kein Lebensrecht. Und in der UN-Generalversammlung wird bereits das nächste Verbrechen vorbereitet, indem man ein zweites Vielvölkergebiet wie Südwestafrika in die Bezeichnung "Namibia" pressen will. Wenn es Anachronismen gibt, so sind es diese künstlichen Gebilde wie Nigeria und Namibia usw. Diese Anachronismen kosten der Menschheit ihr Lebensglück. Selbst noch im propagandistisch vorgeschobenen Spenden arbeitet der zuständige Bonner Minister weiter tatkräftig an der Zerstörung einer einst glücklichen Welt.

*

LIBERIA

wurde 1847 von den Grossmächten als unabhängige Republik der dorthin durch die nordamerikanische philanthropische Gesellschaft American Colonization Society verpflanzten befreiten Negersklaven anerkannt. Die Ankömmlinge gerieten bald schon in ernste Kämpfe mit den Bewohnern des Landes, da letztere nicht gewillt waren, die westliche Art der Regierungsführung, ihre korrupten Methoden und Personalintrigen zu übernehmen. Vor allem war das gutgemeinte Experiment insofern ein Fehlschlag, als sich die Befreiten als unfähig erwiesen, sich wirtschaftlich auf eigene Füsse zu stellen. Die benachbarten Kolonialgebiete florierten weitaus besser als das Land der Freiheit. Alle Versuche der USA, durch ihr Eingreifen die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu bessern, scheiterten immer wieder.(*303)

Nach dem Entstehen der selbständigen Staaten in der Nachbarschaft Liberias änderte sich auch dessen afrikanische Situation. Als Vorfeld amerikanischer Interessen konnte es jetzt leicht dienen. Im August 1964 tagte so in Monrovia eine Konferenz der Regierungschefs von Liberia, Elfenbeinküste, Sierra Leone und Guinea, um für diese Länder eine Freihandelszone zu schaffen. Ein konkretes Ergebnis wurde jedoch nicht gezeitigt, da die bestehenden Bindungen nach Europa hin bereits genügend Spielraum für die Entwicklung bieten. Man gründete den Monroviablock, der sich politisch als neutralistisch bezeichnet. "Man" ist der ehemalige Methodistenpfarrer William Tubman, seit 1943 ununterbrochen Präsident Liberias, welches er als Führer der Whig-Partei der ehemaligen "Amerikaner" in die Moderne geführt hat. Er erreichte die Heranziehung von Persönlichkeiten aus dem Landesinnern zur Regierung, welches er trotz seiner lehnsrechtlichen Verhältnisse zur Mitarbeit an der Nation gewinnen konnte. Der Kautschuk (Firestone) ist nach wie vor Hauptexportartikel

des Landes, doch wird die Ausbeutung von Eisenerzlagern durch den vorangetriebenen Ausbau des Strassennetzes dem Lande weitere Einnahmemöglichkeiten geben. Die Wachstumsrate von jährlich 15% der Nationalproduktion zählt zu den höchsten in der Welt. Die $1\frac{1}{2}$ Millionen Einwohner des Landes danken es der ruhigen Entwicklung und den bisher fehlgeschlagenen Attentaten gegen Tubman (*304).

---

*303 - Vgl. Professor Thomas Molnar in "Afrikanische Probleme", S.49: "Im nichtkolonisierten Aethiopien und Liberia (von Haiti gar nicht zu reden!) ist Korruption genau so verbreitet wie anderswo. Manchenorts, wie in Liberia, ist sie geradezu aufdringlich und begleitet von einer rücksichtslosen Ausnutzung der Schwarzen durch den Schwarzen."

*304 - Welcher meinte, auch bezüglich Biafras ins allgemeine Horn stossen zu müssen und im Oktober 1967 von den UN ein Einschreiten gegen den "Rebellen" Ojukwu forderte.

*

TOGO

war Deutschlands "Musterkolonie". Auch zwischen den beiden Kriegen als französisches Mandatsgebiet, war der wirtschaftliche Kontakt mit dem Deutschen Reich aufrechterhalten worden. Insbesondere die für Togo fast legendäre Persönlichkeit des einstigen deutschen Gouverneurs, des Herzogs von Mecklenburg, der das Land als erste deutsche Persönlichkeit nach der 1959 erklärten Unabhängigkeit (*305) sofort aufsuchte und begeistert begrüsst wurde, nicht nur von seinem ehemaligen Sekretär und jetzigen Senatspräsidenten Savide Tove, hat den Togolesen jetzt schon Generationen hindurch mit deutscher Gründlichkeit, deutscher Arbeitsdisziplin und deutschem Verantwortungsbewusstsein bekannt gemacht, sodass man wohl nicht mit Unrecht annehmen darf, dass es dieser deutsche Einfluss war, der Togos Menschen veränderte, der der Grund dafür ist, dass ganz im Gegensatz zu den Nachbarländern hier die schwarzen Menschen ohne jegliche Unterwürfigkeit, mit ehrlicher Freundlichkeit und Selbstverständlichkeit dem Weissen entgegenkommen, dass eine allgemeine Arbeitsdisziplin herrscht, man das Haus nicht abzuschliessen braucht, weil praktisch nicht gestohlen wird, man sogar nachts ungeschoren spazieren gehen kann.

So jedenfalls fing es an. Doch schon 1963 wurde der Präsident Sylviano Olympio beseitigt. Eine Gruppe von Soldaten erreichte ihn auf den Stufen der Nordamerikanischen Gesandschaft, in welcher er Asyl suchen wollte, und ermordete ihn. Der Anstifter, Nicholas Grunitzki, Kind eines Deutschen und einer Negerin (*306) übernahm die Regierung, wurde jedoch seinerseits im Januar 1967 von der Truppe unter Anführung des von ihm selbst vom Unteroffizier zum Oberstleutnant beförderten Etienne Eyadema gestürzt. "Finanzprobleme" sollen der Grund für diese Umwälzungen sein. Die besonders auch von der BRD geför-

derte Entwicklung des Landes, in erster Linie der Ausbau des Hafens von Lome, wurden durch diese Ergebnisse des ersten Dezenniums in Freiheit nicht gerade gefördert. Mit der Unabhängigkeit ist ein anderer Ton den Europäern gegenüber möglich geworden. Da diese ihrerseits den Umgang mit Negern nicht kannten und meinten, in togolesischen Ministerien mit Lobbismus à la Washington vorgehen zu müssen, sind die traurigen Ereignisse selbstverständlich. So hat auch hier Europas Sittenverfall das Leid Afrikas begründet. Der im März 1966 in Lome so herzlich begrüsste westdeutsche Präsident Lübke hatte eben nicht mehr das "shawi", die Magie, die der Herzog von Mecklenburg hatte. Der weisse Mann hat es verloren und wird es niemals wiederbekommen. Das hat er denen zu danken, die ihm seine Seele, seine Traditionen nahmen, seinen Glauben an sich selbst.

---

*305 - Togo erhielt bereits 1955 im sogenannten "Togo-Statut" eine gehobenere Stellung, die dann 1956 in eine Autonome Republik führte. Anfang 1957 ersuchte Frankreich die UN um Aufhebung des Mandatscharakters. Er wurde im März 1959 beseitigt, das Land am 1. Januar 1960 unabhängig.

*306 - Bezeichnend für die Art der internationalen Berichterstattung ist, dass UPI am 13. Januar 1967 der Welt Herrn Grunitzki vorstellt als "Mulatten polnischer Abstammung".

KAMERUN

denkt ähnlich wie Togo noch heute gerne an die deutsche Zeit zurück, an die Zeit des Gouverneurs von Dominik.(*307) Auch in Kamerun riss das Band mit Deutschland nicht ab, regelmässig trafen in Hamburg die Dampfer aus den deutschen Bananenpflanzungen im damals französischen Mandatsgebiet ein. Es gibt sogar ein herrliches kleines Erlebnisbuch eines deutschen Farmers, der in diesen Jahren dort draussen anfing.(*308) Ein klein wenig berichtet er auch von der Politik. Eines Tages, schreibt er, erschien der neue Gouverneur. "In Nkongsamba war es, um die Abendstunde. Alles hatte sich in den Klubräumen eingefunden. Endlich ertönte die Hupe seines Wagens und anschliessend die französische Nationalhymne. Vor dem Klub waren die Kings des Distrikts aufgestellt, zum Teil mit Orden behangen, die sie sich im I. Weltkrieg geholt hatten, und für jeden dieser Kämpfer hatte der neue Gouverneur einen Händedruck und freundliche Worte. Dann betrat er den Klub. Die Vorstellung der Europäer begann. Keinem von ihnen reichte er die Hand, obwohl es doch hauptsächlich Franzosen wären. Anschliessend hielt er eine Ansprache, in der er uns seine grundlegenden Gedanken über Kolonialprobleme im allgemeinen und über die Kameruns im besonderen offenbarte: Meine Herren! Sie sind zwar nun jetzt schon einmal im Lande, und ich kann das nicht mehr rückgängig machen. Ich

will Ihnen jedoch gleich zu Beginn sagen, dass ich energisch gegen eine weitere Besiedlung Kameruns durch Europäer sein werde. Aus Kamerun will ich eine französische Kolonie machen, und zwar eine Kolonie, die von schwarzen Bauern besiedelt ist. Frankreichs schwarze Söhne haben sich unsterblichen Ruhm im letzten glorreichen Kriege erworben und mein Grundsatz, von dem ich nicht abgehen will, ist es, dass die Eingeborenen nicht dazu angehalten werden können, bei Weissen zu arbeiten... Die an und für sich schlecht organisierte Arbeiterfrage verschlimmerte sich in der Folge fast von Tag zu Tag. Die Märkte füllten sich mit nichtstuenden Negern, dafür ruhte die Arbeit auf den Pflanzungen in vielen Teilen des Landes fast vollständig... Die Erregung unter den Franzosen steigerte sich endlich so sehr, dass sie eine Abordnung nach Jaunde schickten... Die Vorstellungen der Pflanzer fruchteten zunächst wenig. Es war bereits mit einer glatten Ablehnung zu rechnen, als zwei der temperamentvollen Südfranzosen aufsprangen und in derart hitziger Geisselrede dem Gouverneur diese verfehlte Eingeborenenpolitik vorhielten, dass er, sichtlich erblassend, Zugeständnisse zu machen begann... Zwei Tage später bestieg der besiegte Gouverneur das nächste Schiff und liess sich nie wieder bei uns blicken."

Auch Kamerun erreichte seine Unabhängigkeit unblutig wie Togo, doch haben wir schon vom ersten Tage der Unabhängigkeit an schwerste politische Unruhen im ganzen Lande. Ein Mord täglich in der Landeshauptstadt ist der Durchschnitt. Dessen ungeachtet meinte die BRD hier entwicklungshelfen zu müssen, das heisst eigentlich war es Herr Dr. Gerstenmaier persönlich, der sich wegen seiner Knallerei in Afrika den Titel eines Präsidenten einer Deutschen Afrika-Gesellschaft zulegte, und bei einem solchen Jagdaufenthalt in Duala kurzweg den neuen Herren versprach, ihnen ihr Haushaltsdefizit mit einem umgehend eintreffenden Scheck auszugleichen. In Bonn aber sperrte man dem gebefreudigen Herrn die Konten und "Die Panne von Kamerun" war da, wie es die "Hamburger Morgenpost" betitelte. Eine Abordnung von Hamburger Kaufleuten unter Führung des zionistischen Finanzsenators (heute ist er Bürgermeister) (*309) Dr. Weichmann erhielt von Bonn den guten Rat, im Augenblick lieber nicht nach Kamerun zu reisen. Es musste erst einige Zeit darüber hingehen, bis die Kameruner – getröstet von anderweitiger Entwicklungshilfe – den Affront vergessen und gelernt hatten, dass die Deutschen von heute eben nicht die von seinerzeit mehr sind, dass man ihnen also nicht einfach alles glauben darf. So wurde denn der Besuch des Präsidenten Lübke 1966 doch noch zu einem ungetrübten Händeschütteln. Was der Kameruner Botschafter in Westdeutschland schon 1962 in Iserlohn bei einer "Begegnungstagung von kameruner und deutschen Studenten" sagte, wurde wiederholt: "Die Abwesenheit der Deutschen verursacht in dieser ehemaligen deutschen Kolonie schmerzliche Gefühle. Ausser den Mitgliedern der diplomatischen Vertretung gibt es zur Zeit keine Deutschen in Kamerun." Man bat die deutsche Wirtschaft, wieder Niederlassungen in Kamerun zu errichten.(*310) Solange aber der Busch unkontrolliert in den Händen rebellierender Oppositionsgruppen ist, wird man wohl kaum an derartige private Investitionen denken können. Die schöne Kolonialzeit ist nun mal vorbei. (*311)

---

*307 - Auch dessen Denkmal steht in Hamburg, an der entgegengesetzten Seite des Universitätsgebäudes, an welcher das geschändete Denkmal von Wissmanns steht.

*308 - Felix Warner, "Sieben Jahre Kamerun", Wien 1952

*309 - Man nehme mir nicht übel, die Religionszugehörigkeit dieses Mannes hinzuzufügen. Dass Weichmann Jude ist, weiss ich erst aus der kürzlich hier in Buenos Aires von Dr. Levy abgehaltenen Pressekonferenz, in der dieser Führer der Juden in Deutschland ausdrücklich W. als "einen der in der BRD an prominenter Stelle tätigen Juden" stolz erwähnt.

*310 - Die Grenzen Kameruns erfuhren mehrfach Aenderungen. Die deutsche Herrschaft konnte in Verträgen mit Frankreich bis an den Tschadsee und an den Ubangi und den Kongo ausgedehnt werden. Von den beiden nordwestlichen Grenzstreifen, die 1920 unter britische Mandatsverwaltung kamen, erhielt Kamerun nach einer Volksabstimmung 1961 den grösseren südlichen, während der nördliche Teil zu Nigeria kam. Dies allerdings geschah unter recht seltsamen Umständen. 1959 hatte eine Abstimmung grosse Mehrheit für den Zusammenschluss mit dem übrigen Kamerun ergeben, im April 1961 sich jedoch bei einer zweiten, dann von den UN akzeptierten Abstimmung das Gegenteil produziert. Kamerun weist darauf hin, dass in der Zwischenzeit ein auffällig starker Zuzug aus Nigeria stattgefunden habe. Heute ist die Wiedereingliederung dieses Gebietsstreifens wesentlichste nationale Forderung aller politischen Parteien Kameruns.

*311 - In der NZZ lesen wir im März 1968 noch folgende einschlägige Schilderung: "In den meisten Ministerien und Aemtern gibt es irgendwo ein hinteres Büro, wo ein Vertreter der ehemaligen Kolonialmacht sitzt und "Ratschläge" erteilt... Sie verhalten sich diskret, suchen aber behutsam allzu abenteuerliche Entscheide der neuen Herren zu verhindern... Eine so unausgeglichene Sozietät stellt alles andere als eine günstige Voraussetzung für die Verwirklichung einer integralen Demokratie dar. Eine solche wird aber heute verlangt. Das staatspolitische Credo, wie es vor allem in den Vereinten Nationen verkündet wird, anerkennt keine anderen Lösungen. Ein Land wie Kamerun ist jedoch – wie alle Entwicklungsländer und noch viele andere dazu – schon mit dem Anspruch, das Regelspiel einer Demokratie zu befolgen, überfordert." Wir werden später erfahren, wie man solche Staaten heute in Portugal nennt.

*

GABON

ist verhältnismässig früh schon auch im Innern von den Franzosen kolonisiert worden, obwohl es im Gegensatz zu den bisherigen Gebieten vollständig mit tiefem Urwald bedeckt ist. Doch dieser Einfluss und die damit verbundene Christianisierung (Libreville ist Bischofssitz) haben die afrikanische Geistigkeit kaum verändert. Ein Urteil des Oberlandesgerichts von Lambarene am 22. April 1964 lautet zB:

"Das Gericht,
nach Einsicht in die Akten,

nachdem der Angeklagte mit seinem Vorbringen und seinen Verteidigungsmitteln gehört wurde,
nachdem der Angeklagte das letzte Wort gehabt hat,
nachdem es gesetzmässig sich beraten hat,

... Angesichts der Tatsache, dass als bekannt im Gabon vorausgesetzt werden kann, dass die Menschen sich verwandeln, sei es in Panther, in Gorillas, in Elefanten usw. ..., um ihre Vorhaben durchführen zu können, ihre Feinde zu beseitigen oder ihnen eine schwere Bürde aufzuerlegen, ihre Pflanzungen zu verteidigen und die ihrer Nachbarn und Freunde zu verwüsten, dass das Tatsachen sind, die dem westlichen Recht unbekannt sind und die der Richter im Gabon in Rechnung stellen muss.

... Angesichts dessen, dass man auch wissen muss, dass die Verwandlungen der Menschen in wilde Tiere auch deswegen geschehen, weil man das Wild nicht erschrecken will, sodass es den Jäger als ein Tier ansieht und so leichter gefasst werden kann.

... Angesichts der Tatsache, dass AKOUE Joseph ohne Waffen auf die Jagd gegangen ist, eben weil er keine brauchte, denn er konnte das Wild anders als mit einer Waffe erwischen.

... Angesichts der Tatsache, dass man, so sehr man die fahrlässige Tötung beim Jagen bestrafen muss, dennoch jeden Fall gesondert betrachten muss, und einschreiten muss gegen die Praktiken der Magier und Zauberer, die den Gabon bevölkern, vor allem mit ihren Handlungen in den Wäldern, und die die Entwicklung unseres Volkes ernstlich hemmen.

... Angesichts der Tatsache, dass das Gericht fest davon überzeugt ist, dass AKOUE Joseph sich in einen Schimpansen verwandelt hatte, im Wald, in welchem er sich ohne Waffen und ohne Kenntnis anderer befand, und dass BIKEYE, angesehener Bürger, ehemaliger Frontkämpfer, vielfach ausgezeichnet, mehrfacher Besieger von Schimpansen, keinesfalls am hellichten Tage auf einen Menschen schiessen konnte, mit dem er niemals irgendwelche Differenzen gehabt hat.

Aus allen diesen Gründen erklärt das Gericht BIKEYE Etienne für nicht schuldig der Taten, die man ihm vorgeworfen hat. Das Verfahren wird somit eingestellt ohne Strafe und ohne Kosten. Die Kosten fallen dem Staat zur Last."(*312)

Es herrscht in Gabon die gleiche Unruhe wie im benachbarten kameruner Urwald. Im Februar 1964 kam es zu einer Revolte und Präsident Leon M'Ba wurde von einem Leutnant festgesetzt. Doch mit Frankreich bestand ein Abkommen, dem Lande bei Aufrechterhaltung der inneren Ruhe zu helfen, und so sandte es sofort in Senegal und im Kongo stationierte Verbände. Diese etwa 200 Mann stellten denn auch sofort die Ordnung wieder her. Als man im Ausland gegen diese "Intervention" sprach, meinte der wiedereingesetzte M'Ba, man solle dann eben eine innerafrikanische Truppe bilden, die im Falle von Unruhen den Regierungen zu Hilfe kommen solle.(*313) Der Vorschlag wurde genauso ad acta gelegt wie der in Südamerika von Argentiniens Aussenminister vorgebrachte Vorschlag einer Interkontinentalen Verteidigungstruppe. Das wäre den subversiven Elementen denn doch zu gefährlich. Die "Demokraten" sind dagegen. In Gabon kam es einen Monat später schon wieder zu Unruhen, die diesmal jedoch sofort "ohne Pardon und Mitleid" von der Polizei und Gendarmerie niedergeschlagen wurden.

Während dieser Jahre war in Gabon auch ein nordamerikanisches Peace Corps tätig. Es musste im Dezember 1967 auf Wunsch der Regierung das Land verlassen. Vielsagend, dass man sich herzlich für die Arbeit bedankte, und keine weiteren Gründe für den Schritt angab.(*314) Die Treue, die Gabon zur

französischen Welt hegt, trug ihm im März 1968 einen kleinen Rüffel ein. Kanadas Ministerpräsident beschwerte sich nämlich darüber, dass Gabon die Regierung der Provinz Quebec direkt zur Teilnahme an einer Erziehungskonferenz in Libreville eingeladen hatte, ohne dieses Ersuchen an die kanadische Regierung in Ottawa zu richten. Paris bewegt seine Bauern im grossen Schachspiel.

---

*312 - Nur dann dürfen Sie nicht über dieses Urteil den Kopf schütteln, wenn Sie dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe angehören, denn dort hat man noch unglaublicher gerichtet. Da wurden Menschen, die sich in ein nicht einmal genau definiertes Untier verwandelt hatten, deswegen verurteilt. Ich meine das Urteil vom 23. Oktober 1952 welches die Verfassungsfeindlichkeit der "Sozialistischen Reichspartei" feststellte. Das Untier wird als "Nazi" bezeichnet. In einem 88 Seiten starken Büchlein wurde das Urteil veröffentlicht. Nur eines fehlt: die Namen der Richter, die es erliessen, sodass auch Schlüsse auf Geheimbündelei und Religionszugehörigkeit derselben nicht unmittelbar geschlossen werden können. Im übrigen aber: Angesichts der Tatsache, dass sich in Deutschland Menschen in einen "Nazi" verwandeln können ... dass das die Entwicklung unseres Volkes ernstlich hemmt ... wird beschlossen ...

*313 - Schon im Januar 1963 hatte Tanganyikas Präsident Nyerere aus ähnlichem Anlass einen solchen Vorschlag gemacht. U Thant erklärte nur, "er wolle die Aufstellung einer solchen gemeinsamen afrikanischen Streitmacht prüfen". Würde sie von den UN aufgestellt, so wäre die Verwendung derselben natürlich gerade umgekehrt im Sinne für die subversiven Elemente.

*314 - Zu der Rolle, die das Peace Corps spielt, macht Prof. Helmut Schöck ("Die USA und die Entwicklungsländer", Rentsch-Verlag Stuttgart 1965) bezeichnende Bemerkungen: "Man rechnet 1966 mit 17 000 Freiwilligen in 46 Ländern. Man darf dieses Programm, das dem amerikanischen Steuerzahler 1966 nun auch bereits 125 Mio. Dollar jährlich kostet, keineswegs als ein für die Zukunft der Entwicklungsländer irgendwie ins Gewicht fallendes Unternehmen ansehen ... Den eigentlichen Effekt hat das Programm allein auf die persönliche Entwicklung des Freiwilligen, der, wie selbst Sargent Shriver, der Chef des Programms, 1964 zugab, meistens zum Korps kommt, weil er in seinem eigenen Leben in einen Engpass, materiell oder seelisch geraten ist. Viele Friedenskorpsleute, nach Shriver, leiden einfach an "Hochschulmüdigkeit". Nachdenklich machen sollte aber auch folgender Vergleich: für 1966 verlangt Johnson vom Kongress 780 Mio. Dollar für Entwicklungsdarlehen, aber 125 Mio. für das Friedenskorps! ... "Newsweek" berichtete über eine amtliche Konferenz in Washington, die versuchte, aus dem Profil der Peace Corps-Leute der ersten beiden Jahre des Programms einige Schlüsse zu ziehen. Genannt wurden die grossen Anpassungsschwierigkeiten der jungen Menschen, die ihren Platz in der amerikanischen Gesellschaft oft nicht mehr zu finden wissen. Ganz allgemein scheinen sich diese Menschen in der Regel auf das Ethos der nichtwestlichen Kultur hin zu bewegen, anstatt zu versuchen, ein westliches Arbeitsethos dort einzupflanzen ... Die Schwierigkeit bei der ganzen Friedenskorps-Methode liegt nach Borowiec (Andrew Borowiec, Bericht vom 2.1.65 aus Afrika) einfach

darin, dass "in Afrika Idealismus ein praktisch unbekannter Begriff ist"... Ueberhaupt wird, nach diesem Bericht zu urteilen, die Grundidee des von Kennedy eingerichteten Korps, nämlich das einfache Leben, die relative Armut, die "austerity" der Freiwilligen nicht nur von den Gastnationen, sondern auch von den Freiwilligen immer mehr abgelehnt, die sich über ihre Vorgesetzten beschweren, "weil sie aus uns Pfadfinder mit einem Heiligenschein machen wollen"."

Ueber das klägliche Schauspiel der deutschen Entwicklungshelfer, die spektakulär aus Anlass des Kennedybesuches in Bonn "aus der Taufe gehoben wurden", wurde bereits berichtet. Shriver erntet mit seinen egalitären Ideen eben das gleiche Fiasko, welches Herr Wischnewski im Bonner Bereich ernten muss. Erst, wenn man aufhört, dem natürlichen Wollen der Tüchtigen Schranken aufzuerlegen, kann man wieder Ordnung in die seit 1945 so systematisch verwahrloste Welt bringen.

*

KONGO-BRAZZAVILLE

sagt man gewöhnlich zu dem ehemals französischen Staat, der sich nach dem gleichen Strom nennt, wie der ehemals belgische Nachbar am gegenüberliegenden Ufer. Die (täglichen und nächtlichen) Beziehungen über diese nasse Grenze hinweg wechselten mit dem wechselvollen Schicksal der beiden jungen Staaten in diesen Jahren. Als die Franzosen im August 1960 abzogen, liessen sie das Land in der Obhut des Abbé Youlou. Dieser aber hielt bald schon recht autokratische Methoden für notwendig, um die Ruhe aufrechtzuerhalten. Doch wurde der Druck der Gewerkschaften zu stark, sodass er, um weiteres Blutvergiessen zu vermeiden, im August 1963 vor den revoltierenden Massen zurücktrat. Massemba-Débat übernahm die Regierung und öffnete sie nach links. Im Februar 1964 trat er in diplomatische Beziehungen zu China, im Mai 1964 durch Vermittlung des kubanischen Gesandten in Ghana, mit Fidel Castro. Im Zuge dieser Entwicklung kam es zu mehrfachen Unruhen. Als im Februar 1964 das Gerücht einer beabsichtigten Hinrichtung des inhaftierten Youlou unter dem Stamm der Laris aufkam, ergriff die Volksmiliz ("Freiwillige Polizei" benannt) Massnahmen auch gegen Europäer, da die Regierung die USA beschuldigte, diese Unruhen provoziert zu haben. "Es gibt gute und schlechte Europäer und diese werden nunmehr ausgesucht werden." Als Tschombé 1964 den anderen Kongo führte, warfen sich die Brüder vor, nächtlicherweile Munition und Waffen ans andere Ufer zu schaffen, um die dortige Regierung zu stürzen. Der im April 1965 nach Libreville abgeschobene Youlou sollte angeblich von dort aus mit amerikanischer Unterstützung den Sturz des kommunistischen Regimes in Brazzaville versuchen. Im August 1965 war die Lage für den USA-Gesandten so unhaltbar geworden, dass auch er, seinem Personal folgend, das Land verliess. Denn die Kommunisten hatten sich inzwischen fest etabliert. Ministerpräsident Lissouba war während seiner Studienzeit in Frankreich Mitglied kommunistischer Studentenorganisationen, seine französische Frau eingeschriebenes Mitglied der KPF.

Führer der Jeunesse Révolutionnaire wurde Claude Ernest N'Dalla-Graille (sein kommunistischer Vorgänger André Hombessa wurde Innenminister), der in Moskau geschult worden war. Die von ihm angeführten "Brigades des Jeunes", Gruppen bewaffneter Halbwüchsiger, terrorisieren, von der ordentlichen Polizei unbehindert, die Bevölkerung und urteilen eigenmächtig die "Feinde der Revolution" ab. Eigentlicher starker Mann des Landes aber ist Michel Bindi, der Direktor der Sûreté, der Staatssicherheit. Das "Politgefängnis Makala" beherbergt seine völlig rechtlosen Opfer.

Mit dieser Organisation als Rückendeckung meinte Alphonse Massemba-Débat im Januar 1967 ungehindert zu einer Konferenz nach Madagaskar fliegen zu können. Als es in seinem Rücken dennoch sofort zu einem Militäraufstand kam, wurde dieser von der Prätorianergarde aus 700 Kubanern in Zusammenarbeit mit den bewaffneten Volksmilizen schnell niedergeworfen. Nach seiner Rückkehr forderte er daher voller Dank weitere Söldner an, sodass er seitdem mit 1 000 Kubanern als Leibgarde vor politischem Umsturz gesichert zu sein hofft.(*315) Da man aber von Politik allein nicht leben kann, wird der Aussenhandel, vor allem auch mit Rotchina, gefördert. Eine Chinesische Industrieausstellung im August 1965 zeigte der Bevölkerung, was "das meistindustrialisierte Land Asiens, welches ohne fremde Hilfe die Atombombe entwickelte" (Débat) alles liefern kann. (*316) Die Politik aber rutscht derart ab, dass Massemba-Débat im Januar 1968 von einer "konfusen inneren Lage" sprechen musste, sich dagegen wandte, dass "viele Jugendliche bewaffnet und von der Gendarmerie im Mordhandwerk ausgebildet werden. Machthungrige Beamte und Politiker versuchen die Regierung zu stürzen. Wenn jemand die Macht übernehmen will, so soll er mit Unterstützung des Volkes vortreten, dann werden wir unser Mandat abkürzen und neue Präsidentenwahlen ausschreiben." Der bisher so einflussreiche Innenminister André Hombessa, der Gesundheitsminister Simon Gokana und andere Kabinettsmitglieder wurden entlassen, der Posten des Ministerpräsidenten mit Ausbootung des bisherigen Inhabers Ambroise Noumazalay überhaupt aufgehoben, und so eine Straffung der Führung in seiner Hand erreicht. Auch Mao-Lehren und Castrismus ändern eben nichts an den afrikanischen politischen Gewohnheiten. Als die Sendlinge des letzteren im August 1968 eine Palastrevolution veranstalten, muss das Heer die Kubaner mit Waffengewalt zur Ordnung rufen. Der Versuch des linksradikalen Hauptmanns Ngouabi, im gleichen Monat die Macht an sich zu reissen, schlug fehl und er musste den abgesetzten Präsidenten Massemba-Débat wieder aus seinem Dorf in den Regierungspalast zurückholen, da man keinen Ersatzmann fand. In einer zweiten Militär-Revolte Anfang September wird er dann endgültig abgesetzt und seine Kubanergarde umgebracht, soweit sie nicht in die kubanische Gesandschaft fliehen kann. Stammesgegensätze spielen bei diesen Wirren eine wesentliche Rolle.

---

*315 - Kuba spielt mehrfach eine subversive Rolle auch gerade in Afrika. Es hat nicht nur das Regime im Kongo-Brazzaville im Januar 1967 gerettet, es war auch massgeblich an der Revolte in Sansibar beteiligt. Khamis Abdulla Amer, Führer der kommunistischen Gewerkschaft auf Sansibar, wurde in Kuba geschult. Im Mai 1965 traf er mit weiteren 21 jungen Leuten dort ein, um auch diese schulen zu lassen. Seit 1961 besteht eine derartige Schulung für Neger

auf Kuba. Ben Bella erhielt von Castro Waffen und Munition, schon Ende. 1963. Bei den grausigen Unruhen im Kongo fand man zwischen toten Simbas zwei tote Kubaner. Nach ihren Tagebüchern waren sie via Moskau-Prag-Mailand-Dar es-Salam in den Kongo geschleust worden zu einer Zeit, als auch die BRD Tansania Militärhilfe in Gestalt von modernsten Waffen gewährte. Vollkommen unbegreiflich ist es, dass die südamerikanischen Staaten bisher nicht verstanden haben, dass eine einheitliche Verteidigungsfront der von diesen Rebellen angegriffenen Welt beiderseits des Südatlantik gebildet werden muss, die insbesondere auch dort bestehen muss, wo einer der beiden Teile immer wieder als "militaristisch" (Südamerika) oder "rassistisch" (Südafrika und Portugal) angegriffen wird, nämlich vor den Gremien der kryptokommunistischen UN. Wenn ein Costa Da Silva oder ein Onganía nicht sehr bald begreifen, dass Smith und Vorster und Salazar ihre wichtigsten Verbündeten sind, dann werden sie halt getrennt verspeist werden. Wenn sie nicht sehr bald verstehen, dass derartige Kontakte zu einem unschlagbaren Wirtschaftsblock führen würden, wird es dazu zu spät sein. Die Tatsache, dass Südamerika und Südafrika bezüglich des jeweiligen Nachbarn jenseits des Südatlantik eine ernste Bildungslücke aufzuweisen haben, ist auf das allerschnellste durch Austausch von Fachleuten auf allen Gebieten zu beseitigen. Das ist die unwiderlegbare Forderung der Zeit an diese Staaten.

*316 - Während derartige Ausstellungen möglich sind, verzichtet zB die BRD auf Teilnahme an der wirklich bedeutenden Messe in Bulawayo/Rhodesien, obwohl die vorhergehenden Jahre ihr dort einen sehr rühmlichen Platz sichern konnten. Ein solcher Vergleich zeigt, in wessen Hand die Welt heute ist. Man scheint sogar gar nicht einmal zu merken, wie ernst die Situation ist, in welcher sich die Völker Europas allein dank ihrer Müdigkeit, Gedankenlosigkeit und Feigheit befinden, wie sie unentwegt und ohne sachlichen Grund, nur infolge der von Fremden vorgenommenen Auswahl der Massgeblichen, weiter an dem Ast sägen, auf welchem sie sitzen. Vergleicht man die Leistung der Generation von 1914 bei der Befreiung des deutschen Volkes aus der Situation von 1919 mit der jetzt schon mehr als zwanzig Jahre währenden, ja, immer schwieriger werdenden Lage, so ist man geneigt, an das deutsche "Wunder von 1933" zu glauben.

*

DER KONGO

hat in den wenigen Jahren seines Bestehens Stoff für Bibliotheken geliefert, zumeist sehr, sehr traurigen Stoff. Es gibt Schuldige für diese Entwicklung. Dass man so viele verteidigende Worte für diesen und jenen fand, bestärkt nur das Gewicht der Anklagen. Das Kolonialsystem Belgiens im Kongo bezeichnete man als Paternalismus. Die Angehörigen der Kolonialmacht übernahmen selbst alle Aufgaben und erzogen den Eingeborenen dazu, diese später einmal selbst zu übernehmen. Man rechnete noch Anfang der 50-er Jahre mit einer zehn- bis dreissigjährigen Erziehungsarbeit in dieser Form. Eine Verkürzung dieses

Zeitraums schien an Hand der praktischen Erfahrungen aus 75-jähriger Kolonialarbeit undenkbar. Auf der Konferenz von Accra 1958 hatten selbst Negerführer wie Kwame Nkrumah und Sékou Touré Lumumba zu verstehen gegeben, "dass dem Kongo nichts Schlimmeres passieren könne als eine allzu frühe Gewährung der Selbständigkeit". Unruhen, die Anfang Januar 1959 in Leopoldville, Elisabethville und Matadi ausbrachen, konnten von der winzigen belgischen Polizeimacht sehr schnell und ohne irgendwelche Weiterungen unterdrückt werden. Sie waren von einer verschwindend kleinen, politisch vom Ausland (*317) verseuchten Minderheit angezettelt worden und fanden Rückhalt nur im Grossstadtproletariat, nirgends aber in den Stämmen.

Trotzdem kommt es am 13. Januar 1959 überraschend zu einer Botschaft des Königs der Belgier, derzufolge die gesamte bisherige belgische Kolonialpolitik über den Haufen geworfen und der Weg zur Unabhängigkeit des Kongo beschritten wird. Diese Erklärung Baudoins ist der Anfang des grossen Unheils, das über so viele Männer, Frauen und Kinder, weisse wie schwarze, dann hereingebrochen ist und weiter anhält.(*318) In jener Botschaft wird die Freiheit versprochen, "ohne unverantwortlich übereilt zu handeln". Es wird ausdrücklich gesagt, dass eine solche Freiheit "zu ihrer Verwirklichung verlangt: Fundierte und gut ausgestattete staatliche Einrichtungen, geschulte Verwaltungskörper, eine gefestigte soziale, wirtschaftliche und finanzielle Organisation in den Händen ausgebildeter Fachleute, die moralische und geistige Bildung der Bevölkerung, ohne welche ein demokratisches Regime nichts anderes als Hohn, Betrug und Tyrannei ist". Wenn der gleiche König dann schon eineinhalb Jahre später trotzdem die Unabhängigkeit gewährte, so handelte er also WIDER BESSERES WISSEN. Dieser König handelte damit genau so verantwortungslos wie einst Urgrossonkel Leopold II, als er seinen "Freistaat Kongo", den Vorläufer des Belgischen Kongo, errichtete, und sich dessen Vertreter mit der Anzahl abgeschlagener Negerhände brüsteten (Vgl. E.D. Morel, "King Leopold's rule in Africa", London 1904, und J.H. Weeks, "Dreissig Jahre am Kongo", Breslau 1914, und F. Challaye, "Le Congo Français. La question internationale du Congo", Paris 1909, sowie D.A. Olderogge und I.I. Potechin, "Die Völker Afrikas" Bd. II S. 602 ff, Berlin (Ost) 1961).

Soweit man weitere Ursachen für diesen verhängnisvollen Schritt dann in der Oeffentlichkeit anführte, sind diese zumeist nur zweitrangig. "Seit dem zweiten Weltkrieg", heisst es zB (*319) "hat sich eine immer stärker fühlbar werdende Schwächung der psychischen Widerstandskraft weiter Teile der (belgischen) Bevölkerung ergeben." Das ist sicher der Fall, doch auch das ist nur Folge des Versagens der politischen Führung. (*320) Noch im II. Weltkrieg haben wir — deutlich am Beispiel der flämischen und wallonischen freiwilligen (!) Waffen-SS-Verbände an der Ostfront einerseits, und an den nicht minder heldenhaften Einzeltaten von Widerständlern andererseits, — eine opferwillige Haltung sehr weiter Schichten in Belgien. Wäre nicht die moralische und geistige Zersetzung des Volkes in so breitem Umfang dann, als der Wiederaufbau Aufgaben genug zeigte, zugelassen, ja, gefördert worden, Belgien hätte wahrhaft genug M ä n n e r gehabt, den Kongo für sich und für seine Völker zu retten. Dass alle noch so eindringlich und handgreiflich vorgebrachten Ratschläge, ja Bitten, von Seiten der im Kongo selbst lebenden Belgier in Brüssel ungehört verhallen konnten, während man einem Lumumba Glauben schenkte, als er der Presse mitteilte: "Der Beginn der Unabhängigkeit bedeutet nicht den Abbruch der Beziehungen mit Belgien. Ich kann auf Ghana hinweisen, das die Bande mit England nicht zerrissen hat. Das Volk vom Kongo wird dem Volk von Belgien stets die brüderliche Hand entgegenstrecken", dass diesem Negerdesperado geglaubt, Gouverneuren und Pflanzern aber einfach der Rücken gedreht wurde,

zeigt vielleicht eine Ermüdungserscheinung in Regierungskreisen (soweit nicht, wie wir noch hören werden, weitaus Schlimmeres), beweist aber nicht, dass trotz öffentlich geförderter Entarteter Kunst und Unmoral nicht doch eine verantwortungsbewusste Regierung genügend Kräfte hätte sammeln können. Portugal ist kleiner als Belgien.

Professor Kurt Hesse (siehe die letzten Anmerkungen) erwähnt des weiteren, dass ihm im Anschluss an einen Vortrag in Berlin ein Angehöriger der dortigen belgischen diplomatischen Mission entschuldigend gesagt habe, dass "die Vereinigten Staaten einen fühlbaren diplomatischen Druck auf Belgien ausgeübt haben". Auch dies ist bekannt und wird von den USA (Stellungnahme der "Time" zB) sogar mit Stolz erwähnt. Die Regierung in Washington fühlt sich als Vorkämpfer dieser Art "Befreiung". Aber auch da wieder hätte eine verantwortungsbewusste belgische Regierung derartige Zumutungen, die ja wahrhaftig das Licht des Tages scheuen mussten, offen zurückweisen sollen.

Die Tatsache, dass Brüssel in Unterhaltungen (die dann zu ausgesprochenen Verhandlungen wurden) mit kongolesischen "Politikern" Zugeständnisse zu machen begann, machte bei den Negern "den Eindruck einer Rat- und Machtlosigkeit der Brüsseler Regierung".(*321) Was das im Umgang mit Schwarzen bedeutet, weiss nur, wer mit ihnen täglich zu tun hat. Es unterliegt überhaupt keinem Zweifel, dass auch die Angolagreuel vom 15. März 1961 einzig und allein erfolgten, weil man im Kongo glaubte, gleiche Schwächlinge vor sich zu haben. Auch die entsetzlich verstümmelten Leichen in Nordangola gehen daher auf das Schuldkonto Brüssels.

Weiter wird als Grund für die belgische Kapitulation angegeben, "dass der 1. Zehnjahresplan für Belgisch-Kongo und Ruanda-Urundi mit seinen hohen personellen und finanziellen Anforderungen das Mutterland ausserordentlich stark beansprucht hat" (*322. Es wurde tatsächlich diese Beanspruchung in der Oeffentlichkeit kritisch erörtert und wissentlich so zum Politikum gemacht. Dass sie dabei in ein völlig falsches Verhältnis zu den tatsächlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten Belgiens gerückt wurde, dass sie überhaupt als Argument benützt werden konnte, zeigt, wie sehr die neubelgischen Politiker in ein rein materielles Fahrwasser auch in der Kolonialpolitik abgerutscht waren.

Belgien "hatte durch Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen eine Verpflichtung eingegangen, die Einwohner des Kongo zur Selbstverwaltung zu führen" (*323), heisst es weiter. Abgesehen davon, dass es mehr als fraglich ist, ob die Unterschrift im konkreten Fall zur Unabhängigkeit des Kongo im Jahre 1960 verpflichtet hätte, gibt es ja wohl höhere Verpflichtungen als die, die aus einer solchen Unterschrift unter ein solches Dokument erwachsen. Das Schreien der auf Grund dieser vermeintlichen Verpflichtung zu Tode Gefolterten, das Herzeleid der Ueberlebenden, wiegt bei Verantwortungsbewussten wohl etwas mehr, als die Unterschrift unter die UN-Charta. Vor uns Mitlebenden und vor der Geschichte wird sich jedenfalls kein einziger belgischer Politiker mit dieser Entschuldigung reinwaschen können. Es sass ja auch ein belgischer Herr in Nürnberg mit dabei, als verkündet wurde, dass das Gewissen mehr gelte als bindender Befehl. Oder hat man in Brüssel etwa gewissenlos gehandelt? Nichts anderes aber als offener Hohn wird das Ganze dann, wenn in der gleichen Regierungserklärung die Schaffung "einer lebensfähigen Demokratie und Hochhaltung der Menschenrechte" als Ziel der belgischen Bemühungen genannt wird. Es ist wirklich nicht Schuld des Chronisten, dass diese Verhöhnung so schnell offenkundig wurde.

Denn es hat genau drei Tage gedauert. Am 30. Juni 1960 um 11 Uhr 55 wurde der Kongo unabhängig. Am 3. Juli begannen die Unruhen in Leopoldville, breiteten sich über das ganze Land, mit Ausnahme von Katanga, aus. Die "Force

publique" jagte ihre weissen Offiziere davon, die Europäer begannen, das Land der freien Kongolesen fluchtartig zu verlassen, verraten von ihren Regierungen. Am 9. Juli intervenieren belgische Verbände auf Wunsch von Moïse Tschombé in Elisabethville, der Hauptstadt Katangas, jener Kongoprovinz, die schon immer im Kongostaat eine verwaltungsmässige Sonderrolle gespielt hat. Dank dieser Zusammenarbeit bleibt es daher in Katanga friedlich, während im übrigen Kongostaat die rohe Gewalt des Stärkeren herrscht und die wirtschaftlichen Grundlagen des Landes von Niggern zerschlagen werden. Drei Generationen haben vergebens sich diesem Lande geopfert. Es sinkt wieder ins Chaos zurück, in welchem es ein Stanley kennenlernte.(*324)

In diesem Chaos sieht man drei Mächte miteinander ringen, die Union Minière du Haut Katanga, die Vereinigten Staaten und Sowjetrussland. Während die beiden letzteren Neulinge in diesem Geschäft sind, kann die erstgenannte Gesellschaft auf erhebliche Leistungen in der Vergangenheit zurückblicken, die man heute als vorbildliche Entwicklungshilfe bezeichnen würde. Während das Eingreifen der beiden Neulinge den Bürgerkrieg fördert, wirkt sich das Eingreifen der ersteren in der Provinz Katanga ausgesprochen im Sinne einer Erhaltung von Ordnung und Fortschritt aus. Während diese Kompagnie mit offenen Karten spielt, verstecken sich die beiden anderen hinter der UN. Erst, als diese offensichtlich die Interessen internationaler Kapitalistengruppen vertritt, baut Sowjetrussland im Osten des Kongo einen Gegenstaat auf. Im Einzelnen geht das so vor sich:

Gegen die als "Separatismus" bezeichneten Massnahmen Tschombés in Katanga rufen Kasawubu und Lumumba die Hilfe der UN an und fordern die vertragsgemäss noch im Lande befindlichen belgischen Truppen zum Rückzug auf. Am 18. Juli treffen daher auffallend schnell die ersten UN-Kontingente ein, am 1. August landet Dag Hammarskjoeld erstmalig in Leopoldville. Bald darauf schon werden irische UN-Soldaten ermordet. "Der irische Premierminister", kommentiert "South African Observer", Pretoria, "gab daraufhin im Parlament bekannt, dass irische Soldaten "in Ausübung ihrer Pflicht" von den Balubas niedergemetzelt wurden. "Sie opferten ihr Leben einer edlen Sache – der Sache des Friedens." So mag es Mr. Sean Lomas erscheinen. Die Ermordeten werden, als sie unter den Speeren und Keulen der Mörder zusammenbrachen, anderer Meinung gewesen sein, und jeder, der die Verhältnisse kennt, weiss, wie völlig widersinnig die Erklärung des Ministers im Licht der Wirklichkeit ist. Die Ermordeten fielen als Opfer heulender, rasender Menschenfresser, deren Gesetz es ist, niemals Gefangene zu machen. Sind diese Wilden fähig, sich in Freiheit selbst zu regieren, Mr. Lomas? Der ideologische Vorwand, unter dem die Söhne irischer Mütter auf Anforderung des Mörders Lumumba als UN-Soldaten nach dem Kongo geholt wurden, war fadenscheinig genug, der wirkliche Zweck ihres Einsatzes aber noch viel schlimmer: Sie sollten helfen, die Belgier, europäische Brüder, aus dem Kongo zu scheuchen, den sie in 75-jähriger Arbeit zu einer Musterkolonie gemacht hatten – auf dass die Wallstreetplanung der Enteignung und Auspowerung Resteuropas bis zur Vollendung durchgeführt werde."

Inzwischen (14.7.) entscheidet das Parlament von Katanga die Abtrennung in einwandfrei demokratischer Verfahrensweise, und Tschombé widersetzt sich, gestützt auf den Willen des Volkes und bestärkt durch die grausige Entwicklung im übrigen Kongo, der Besetzung des Landes durch UN-Truppen (22.7. 60). Die Belgier fordert er auf, zu bleiben. Am 3. August befiehlt Hammarskjoeld die Entsendung von UN-Truppen nach Katanga für den 6. August. Tschombé ordnet die Generalmobilmachung an. Hammarskjoeld entsendet Ralph Bunche zu Tschombé und Bunche warnt nach der Rückkehr seinen Chef vor dem Abenteuer. Daraufhin stellt Hammarskjoeld den beabsichtigten Kriegszug zunächst

ein und beruft den Sicherheitsrat auf den 7. August ein. Tschombé hatte nämlich erklärt: "Katanga ist und bleibt ein unabhängiger Staat. Wir werden nicht gestatten, dass andere Truppen als die von uns gerufenen und befreundeten unser Gebiet betreten! Weder die UN noch irgendein anderes fremdes Land haben das Recht, in Katanga einzudringen, wo Ruhe und Ordnung herrschen. Die Einwohner von Katanga sind eher bereit zu sterben, als sich der Diktatur Lumumbas zu unterwerfen, die Unordnung, Plünderung, Anarchie und Elend bedeutet. Die Vereinten Nationen haben Ungarn nicht geholfen, wie sie es hätten tun sollen. Damals haben die Vereinten Nationen, um nicht eingreifen zu brauchen, vorgebracht, die ungarische Regierung habe sich an eine befreundete Macht gewandt. Wir haben genau dasselbe getan." Er erklärte in einer weiteren Rede, "dass er darüber enttäuscht sei, dass Belgien nicht geholfen habe, wie er es erwartet hatte. Zum Schutz des Katangagebietes rechne er aber mit der Hilfe der Stammeshäuptlinge und ihrer Krieger". Die Belgier beginnen tatsächlich, den UN gehorchend, mit dem Abzug ihrer Truppen, und Hammarskjoeld ermahnt die kongolesische Regierung, "nicht den Osten gegen den Westen auszuspielen und so diesen Abzug zu verzögern". Während Hammarskjoeld starr auf der Auffassung beharrt, "dass Katanga für die UN ein Teil des Kongo ist", trifft beim Sicherheitsrat ein Telegramm am 8.8. ein, worin sich die starke Abako-Partei unter Kasawubu in einer Abstimmung für eine Föderation ausspricht, also Tschombés Vorschläge unterstützt. Trotzdem sich also örtlich eine tragbare Lösung für das Zusammenleben in dem Riesenreich des Kongo abzeichnet, nimmt der Sicherheitsrat, zusammengesetzt aus Persönlichkeiten, von denen nicht ein einziger jemals im Kongo war (Ekuador, Tunis, Polen, Argentinien, Ceylon, Sowjetrussland, Frankreich, USA) als für zuständig erkanntes Gremium eine Entschliessung an, derzufolge Belgien den Kongo zu räumen und die UN-Truppen nach Katanga zu schicken habe. In Belgien (AFP 9.8.) "nimmt die Oeffentlichkeit die Entschliessung mit grosser Erregung zur Kenntnis, wenngleich sie von der geistigen Verfassung des Rates nicht viel anderes erwartet hatte. Regierungskreise in Brüssel nahmen die Entschliessung mit Ruhe auf und sagten, die UN-Truppen müssten dann auch die Verantwortung für die 20 000 Europäer übernehmen, die dort sesshaft sind". Bei den Verhandlungen im Sicherheitsrat "waren die Vertreter der europäischen Nationen bemüht, eine Formel zu finden, wonach die UN-Truppen friedlich in Katanga einmarschieren können, unter der Bedingung, dass Hammarskjoeld zu Verhandlungen über die Struktur einer kongolesischen Föderation bereit sei". Hammarskjoeld flog daraufhin zu Tschombé und brachte gleich schwedische Blauhelme mit. Tschombé gab nach und erklärte, er betrachte sie eben "als eine Art Leibwache Hammarskjoelds". Doch die Leibwache blieb, und wurde noch verstärkt. Von der weissen wie schwarzen Bevölkerung in Elisabethville wurden diese Söldner geschnitten, in Geschäften wurden sie nicht bedient, keiner grüsste sie, sie wurden behandelt als das, was sie waren, Handlanger bei schmutzigen Geschäften.

Aber auch Lumumba war mit Hammarskjoeld nicht zufrieden. Er forderte Abzug aller weissen UN-Truppen und berief eine "Superkonferenz aller afrikanischen Regierungsvertreter" auf Ende des Monats nach Leopoldville ein. Der Januskopf des Sicherheitsratsbeschlusses ist die Grundlage seiner Beschwerden. Denn nach Artikel 1 derselben "muss der Generalsekretär der Regierung der Republik Kongo jede militärische Unterstützung gewähren, deren sie bedarf", nach Artikel 4 aber "wird den UN-Streitkräften jede Einmischung der UN in den inneren Konflikt des Kongo untersagt". Es kommt sogar zu Geplänkeln mit Blauhelmen und zu der Bemerkung Tschombés: "Wenn als Folge des Streites zwischen den UN und Lumumba die Zurückziehung der UN-Truppen wirklich angeordnet werden sollte, dann werden wir als selbständiger Katanga-Staat um

ihr Verbleiben bitten."

Am 21. August kommt es zu einer neuen Sitzung des Sicherheitsrats. Hammarskjoeld meint, "die Hauptaufgabe der UN im Kongogebiet ist es, den Frieden und die Sicherheit zu schützen. Sofern die Schwierigkeiten, in denen sich die Republik befindet, nicht den Weltfrieden bedrohen, gehen diese die UN nichts an. Dem kongolesischen Volk selbst steht es zu, eine stabile und konstruktive Regierung zu bilden und auf dem Wege der Versöhnung Abkommen anzustreben, wobei die Interessen der Nation über die einzelnen Gruppen in den verschiedenen Gebieten der Kongo-Republik gestellt werden müssen." Er lehnt es kategorisch ab, von Lumumba gezwungen zu werden, die Weltorganisation für die Unterwerfung der Provinz Katanga einzusetzen. (AFP 21.8.) Um Lumumba "ein kleines Zugeständnis" zu machen, erklärt sich Hammarskjoeld jedoch mit der Ernennung eines beratenden Komitees einverstanden, das ihm zur Seite gestellt werde und aus denjenigen Ländern besteht, die Kontingente in den Kongo gesandt haben, Ausserdem ernennt er den Inder Rajeshwar Dayal zum Nachfolger Bunches. Von ersterem wird schon bald gesagt, er sei ein offener Parteigänger Lumumbas.

Inzwischen hat sich auch in der Provinz Kassai unter dem Häuptling der Baluba, Albert Kalondji, eine separatistische Regierung gebildet, die als Relais zwischen Leopoldville und Elisabethville dient und sich in Stammesfehden übelsten Ausmasses zwischen Balubas, Luluas und Makumbas seit dem Tage der sogenannten Unabhängigkeit austobt. Das gegenseitige Ausrotten ist die Spielregel.

Die politischen Zustände in Leopoldville selber werden auch dauernd unstabiler. Am 5.9. setzt Kasawubu Lumumba ab, am 6.9. setzt Lumumba Kasawubu ab. Am 7.9. tagen die von Lumumba eingeladenen Afrikaner in Leopoldville und erklären beide Absetzungen für nichtig. Am 12.9. aber wird Lumumba auf Kasawubus Befehl verhaftet, wird nach drei Stunden Haft wieder freigelassen und ordnet die "Generalmobilmachung" an. Hinter ihm stehen schon seit einigen Wochen tschechische und sowjetrussische Offiziere. Mit Unterstützung von 173 solcher Offiziere ist er schon im August gegen Kalondji gezogen, um so das Vorfeld gegen Katanga in seine Hand zu bekommen. Der Häuptling der Baluba richtet einen – natürlich ergebnislosen – Hilferuf an De Gaulle, bevor dann alles in Blut untertaucht. Inzwischen besetzen die UN-Truppen in Katanga den strategisch bedeutenden Flugplatz von Kamina und der belgische General Gheysen verlässt das Land, nicht ohne noch vorher den UN-Truppen die Schaffung eines neutralen Gürtels zwischen Kasai und Katanga vorzuschlagen. Am 29. August verlassen die letzten belgischen Verbände Katanga. Es kommt zum ersten Schusswechsel zwischen Soldaten Tschombés und Lumumbas an der Grenze Katangas, obwohl Lumumbas "Heer" auf seinem Mordzug durch den Kasai von den wilden Baluba-Stämmen stark dezimiert und gebunden wird. Doch Moskau beliefert seinen Bundesgenossen Lumumba fleissig und völlig ungehindert weiterhin mit Flugzeugen, Waffen und Medikamenten. Vergebens appelliert Präsident Eisenhower an Moskau, die Grundsätze der UN im Kongo zu beachten und dort wie die anderen UN-Mitglieder nur unter dem blauen Helm der UN tätig zu werden (Pressekonferenz 7.9.). Die erste Hälfte des September beendet dann das beschriebene Absetzungskarussel mit einem Militärputsch des Oberst Mobutu, der sowohl Kasawubu wie Lumumba ihrer Funktionen entkleidet (16.9.). Schon am nächsten Tage weist er alle kommunistischen Diplomaten und Funktionäre aus dem Lande. Dem Staatsstreich war ein Befehl Mobutus auf Einstellung der Feindseligkeiten im Kasai und gegen Katanga am 10.9. vorangegangen und die UN-Vertreter hatten ihn als eine Art Waffenstillstand an der Grenze Katangas ausgelegt. Lumumba wurde unter Schutzhaft in ein UN-Lager einge-

liefert, flüchtete am 16.9. in die Gesandschaft von Guinea, tauchte jedoch nach drei Tagen wieder auf und behauptete die Versöhnung mit Kasawubu. Dabei zeigte der UN-Beauftragte für Zivile Angelegenheiten im Kongo, John David (!) (*325) ein Dokument der Oeffentlichkeit, welches auch die Unterschrift Kasawubus trug. Dieser erklärte, niemals eine solche Unterschrift geleistet zu haben. Die UN pflegen sonst etwas feiner mit ihren unsauberen Karten zu spielen. Am 22.9. verfügte Mobutu seine Verhaftung. Vorerst aber war das schwierig durchzuführen, da Lumumba sich unter dem Schutz guinesischer und ghanaischer UN-Verbände befand. Deren Ablösung forderte Mobutu von den UN, da sie eine parteiische Haltung zugunsten des Kommunisten Lumumba einnähmen. Noch einmal versucht Mobutu eine Versöhnung, doch als er Lumumba aufsucht, hält dieser ihm eine halbstündige politische Rede. Mobutu las währenddessen die Zeitung und ging. Mitarbeiter Lumumbas verübten einen Mordanschlag gegen Mobutu. Einer von ihnen war Gizenga, Lumumbas Sprecher im Sicherheitsrat und späterer Separatistenchef in Stanleyville. Ernster noch war der Ueberfall von Anhängern Gizengas auf das Innenministerium Mobutus, welches sich gegenüber der Kaserne der UN-Truppen aus Ghana befand. Die Ghanesen sahen Gewehr bei Fuss zu, wie das Büro zerstört, die Akten zerrissen und der leitende Beamte niedergetrampelt wurde. Mobutu fuhr mit ihm, wie er war, in zerrissenem Hemd und ohne Schuhe, zum Generalquartier der UN, um zu beweisen, dass der UN-Schutz unzulänglich sei (26.9.). Der von den gleichen UN-Truppen geschützte Lumumba hält am selben Tage eine Rede, in welcher er seine Rückkehr an die Macht ankündigt. Vorher hatte er im Schutz von UN-Truppen einen Spaziergang durch die Stadt gemacht, um die Regierung des Kongo öffentlich lächerlich zu machen. Am 28.9. veröffentlicht der von Mobutu als Regierung des Landes eingesetzte "Rat der Hohen Kommissare" eine Reihe von Dokumenten, die die landesverräterische Tätigkeit Lumumbas beweisen, darunter einen von Tschou En Lai unterzeichneten Brief, in welchem dieser Lumumba eine Million Pfund Sterling anbietet.

Am gleichen Tage präsentiert Ministerpräsident Gaston Eyskens in Brüssel die Rechnung für die von Baudouin entfesselte neue Kongopolitik. Steuererhöhungen im Umfang von sechs Milliarden Frank (120 Mio. Dollar) sind notwendig. Ausserdem müssen die Verteidigungskosten im Rahmen der NATO um 2,3 Milliarden Bfr gesenkt werden. Das Programm trägt den seltsamen Namen "Nationale Erneuerung".

Katanga hat in Brüssel eine "ständige Mission" eingerichtet, die mit Industriekreisen Europas über Investierungsmöglichkeiten verhandelt. In Katanga selbst wird die Verstaatlichung der belgischen Union Minière von der führenden Partei des Landes verlangt. Tschombé lehnt Verhandlungen mit Leopoldville ab, wenn sie nicht an einem neutralen Punkt stattfinden. Im "Paris-Match" erscheint eine Uebersicht der neuen Staaten Afrikas, in welcher Katanga ebenfalls erscheint.

Die Bemühungen um Ausschaltung der offen kommunistischen Teile der UN-Besatzer schlagen weiterhin fehl. Die Pressekorrespondenten sprechen im Gegenteil immer häufiger vom "undisziplinierten kongolesischen Heer", dem man nicht das Land anvertrauen dürfe. Als Mobutu dem Kommando der UN erklärte, "man versuche, ihn von der Macht zu entfernen", antwortet Dayal ihm "Die Vereinten Nationen sind weder hier, um Ihnen die Macht zu nehmen, noch sie Ihnen zu geben." Als er davon spricht, dass die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit Tschombé besteht, spricht man bei der UN, "dass ihr die weitere Anwesenheit von Belgiern im Kongo unbequem ist, deren wachsender Einfluss in der kongolesischen Verwaltung eine gegen die UN gerichtete Politik erwirkt" (AFP 27.9.). Hammarskjoeld meinte, sich deswegen an die belgische Regierung

wenden zu müssen, worauf einige belgische Zeitungen sehr energisch antworteten. Mobutu antwortet: "Die Behörden der UN werfen mir vor, belgienfreundlich zu sein. Ich sehe nicht ein, weshalb ich mich der Rückkehr belgischer Geschäftsleute, Professoren und Pflanzer widersetzen und die Plätze den Technikern der UN überlassen soll." Den Vertreter der Associated Press, Goldsmith, verweist er des Landes wegen Verleumdung des kongolesischen Heeres. Tatsache aber ist, dass abessinische UN-Truppen den Ort Kabalo in Katanga völlig ausplündern und die gestohlenen Waren auf Lastkraftwagen abtransportieren. In Matadi rauben die UN-Truppen einer Transportfirma Lastkraftwagen und Ersatzteile.(*326) Doch alles das ist nur ein gelindes Vorspiel für das kommende Jahr. Das UN-Kommando in Leopoldville passt sich den Gewohnheiten des Landes auch darin schnell an, indem es Panzerabwehrgeschütze aufbaut in Erwartung eines Angriffs der in Thysville stationierten Panzerbrigade Mobutus. Denn dieser hat längst verstanden, dass nur noch Waffen Recht haben. Nur mit Waffengewalt kann er sich des von den UN-Truppen besetzten Hafens Matadi wieder bemächtigen. Niemand glaubt mehr den guten Worten der UN. Allen ist klar, dass längst Ordnung im Kongo eingezogen wäre, wenn die UN-Truppen sich auf ihre ursprünglichen Aufgaben beschränkt hätten. Nicht mehr für Ruhe und Ordnung im Kongo stehen sie dort, sondern, um fremden materiellen und ideologischen Interessen zum Siege zu verhelfen. Immer deutlicher wirkt sich die einseitige Stellungnahme der neuen UN-Vertreter im Kongo nachteilig auf dessen Befriedung aus. Kapella, Sprecher des Rats der Hohen Kommissare, nennt die UN-Truppen "Komplizen des Terrors, die nichts anderes beabsichtigen, als dem Kongo ein neues Kolonialregime, bestehend aus fremden Truppen, aufzuzwingen. Diejenigen, die mit den UN-Truppen zusammenarbeiten, sind Feinde der Republik. Die UN widersetzen sich der Rückkehr belgischer Geschäftsleute. Die Mitarbeiter der UN müssen ergriffen und schwer bestraft werden. Dank der Rückkehr belgischer Geschäftsleute ist die Arbeitslosigkeit beseitigt worden. Wir sind eine freie Nation. Die UN können uns nicht ihre Techniker aufzwingen. Wir haben das Recht, Techniker anzustellen, die wir verstehen können, auch wenn sie Zulus sind." Es sind Monate, in welchen vielen klar wird, dass die UN-Behörden im Kongo ganz andere als die laut verkündeten Absichten haben. Mit ihrer Neubesetzung läuft nämlich parallel die Installierung seltsamer Holdinggesellschaften in Leopoldville;(*327) zB lässt sich der Bruder Dag Hammarskjoelds als Präsident einer schwedisch-nordamerikanischen Firma dort nieder. Die reichen Bodenschätze des Kongo sollen in die "richtigen" Hände gelangen. Es wird klar: Katanga ist darum das eigentliche Ziel. Man beginnt zu ahnen, warum der Kongo "unabhängig" werden sollte. Als man Tschombé das erste Mal besuchte, war man noch nicht zum Ziel der eigentlichen Unternehmung gekommen. Bunche hatte vor Blutvergiessen gewarnt. Doch man lässt sich so nicht abspeisen. Jetzt wird der militärische Aufmarsch gegen Katanga energischer, unverblümter und notgedrungen sichtbarer aufgezogen.

Als Hammarskjoeld den UN Anfang November 1960 seinen Bericht vorlegt, in welchem die Machtergreifung durch Mobutu, die seine Pläne kreuzt, als "Usurpation der politischen Macht" bezeichnet wird, sagt Lumumba dazu am 7.11.1960 in einer Presseerklärung: "Ich unterschreibe voll und ganz diesen Bericht." Belgien aber schaut tatenlos zu, wie seine ehemalige, so zukunftsträchtige Kolonie in die Hände von Gangstern gleitet.

Nur die Russen schauen nicht tatenlos zu. In aller Ruhe bauen sie die Ostprovinz als Sowjetrepublik aus. Kaum ein Wort davon erscheint in den Zeitungen. Erst viel, viel später erfährt man von den für diese politische Spielart so typischen Formen der Umerziehung ganzer Völker.

Da der ausgewiesene Botschafter Ghanas nicht freiwillig das Land ver-

lassen will, wird er einfach in seinem Amtsgebäude festgenommen und im Kampf gegen UN-Truppen auf den Flugplatz gebracht und in ein Flugzeug gesteckt (22.11.60). Bei solcher Energie Mobutus fühlt sich Lumumba auch nicht mehr sicher unter den UN-Truppen und flieht. Mobutu gelingt es, ihn wieder einzufangen, noch bevor er Stanleyville im Osten erreicht. Er wird, bevor man ihn Mobutu vorführt, erst einmal gefesselt durch die Stadt gefahren. Als man ihn nachher besuchen will, verweigern die Wachthabenden den Zutritt der Journalisten, da er bis zur Unkenntlichkeit verprügelt worden ist, so, wie er es vorher mit seinen Gegnern zu tun pflegte.

Kurz darauf, am 1. Dezember, bricht der Kongo die diplomatischen Beziehungen mit Aegypten ab, "denn es sei für eine demokratische Regierung völlig unannehmbar, dass sich im Lande beglaubigte Diplomaten befinden, die sich benehmen wie Feinde im eroberten Gebiet". Vorher schon waren die Beziehungen mit der Sowjetunion und der Tschechoslowakei abgebrochen worden. Im Osten macht sich am 4. Dezember die lumumbistische Ostprovinz selbständig, organisiert ihren Waffennachschub von Aegypten aus über den Sudan (*328) und erhält über Tansania die Ausbilder aus Kuba. Die Folge dieser Entwicklungen in Zentralafrika ist der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Kairo und Brüssel, sowie die Beschlagnahme belgischer Industrien in Aegypten. Man nimmt eben, was man kriegen kann. Die UN geben das Beispiel für die Moral unserer Tage. Auch Ghana bricht die Beziehungen zu Belgien ab. Im Kongo jedoch kommt es zu einer relativen Ruhe. Die UN erlauben sich in ihrer Generalversammlung vom 20. Dezember, Kasawubu die Einberufung des Parlaments zu verbieten. Mobutu wendet sich gegen die Ostprovinz, deren Ausbau er mangels militärischer Unterstützung (die UN denken gar nicht an ein Einschreiten in diesem eklatanten Fall von Separatismus) nicht verhindern kann. Die VAR und der Sudan erkennen sie als souveränen Staat an. Andererseits spricht die Sowjetunion von "flagranter Einmischung der Regierung der Vereinigten Staaten in die inneren Angelegenheiten des Kongo" und macht so auf die Vorbereitungen derselben in Leopoldville aufmerksam. Die französischen und belgischen Zeitungen berichten fast täglich davon, nur in Westdeutschland sekundiert man das bevorstehende Unternehmen durch Totschweigen. Dabei steht das Verhalten der UN-Truppen bereits in offenkundigem Gegensatz zu ihrem ursprünglichen Auftrag. Die nigerianischen Kontingente erheben sich gegen ihre eigenen Offiziere, die marokkanischen Einheiten streiken, weil man sie nicht längst wieder nach Hause geschickt hat, der irische Kommandant McKeown sagt: "Wir haben hier eine sehr undankbare Aufgabe, es ist keine militärische Operation im eigentlichen Sinne." Die Zentralregierung des Kongo muss erst ausdrücklich die UN-Truppen um Einschreiten bitten, als Banden Gizengas in Kongolo 19 italienische Missionare und 100 Zivilisten vor den Augen der kleinen Missionsschüler ermorden. Alles, was die UN veranlassen, sind "Erkundungsflüge". Die Zeitungen aber sprechen irreführend von "Angehörigen des Kongo-Heeres", die dieses Verbrechen verübten (AFP 17.1.61). Bewusst wird die Weltöffentlichkeit und das heisst, auch die in den UN stimmberechtigten Regierungen, falsch informiert. Dass sich längst eine politische, föderative Lösung gefunden hat, der alle mit Ausnahme des Kommunisten Gizenga (*329) zustimmen, wird einfach ignoriert, denn man will ja die Schätze Katangas erobern. So, wie seinerzeit Staaten Südamerikas sich schnell an den Verhandlungstisch setzten, um den beutegierigen USA eine Einmischung unmöglich zu machen (vgl. Arica 1922 bei Chile) so treffen sich am 8. März 1961 in Tananarive auf Madagaskar die regierenden Männer des Kongo zu einer Rundtischkonferenz. Einberufen wurde sie von Moïse Tschombé. Sie richtet eine Botschaft an die UN, in welcher es unmissverständlich heisst: "Die Konferenz von Tananarive entspricht den Wün-

schen der Kongolesen, des Sicherheitsrates und der Generalversammlung der Vereinigten Nationen, wonach die Krise im Kongo durch die Kongolesen selbst einer Lösung zugeführt werden soll. Angesichts der im Kongo bestehenden Spannungen, die eine Folge der Vorgänge in den letzten Monaten sind, lenken die in Tananarive anwesenden Vertreter von De jure- und De facto-Behörden des Kongo die Aufmerksamkeit der Generalversammlung der Vereinigten Nationen auf die Tatsache, dass jegliche neue Aktion, oder ein weiterer Versuch, den Beschluss der UN vom 22.2.61 in die Tat umzusetzen, die Lage im Kongo sehr ernstlich gefährden werde." Das Dokument trägt die Unterschrift von "Joseph Kasawubu, Präsident der Republik Kongo". Sämtliche Delegierten waren sich "darüber einig, dass das Einheitsstaatliche System, das von den Belgiern im Kongo eingeführt wurde, nicht lebensfähig ist, und dass die Grenzen der Provinzen neu gezogen werden müssen" (UPI 8.3.61). Bei dem erwähnten UN-Beschluss handelt es sich um die Ermächtigung an die UN-Truppen "im Notfall von ihren Waffen Gebrauch zu machen, um einen Bürgerkrieg im Kongo zu verhüten". Der Beschluss war nur möglich geworden, weil die Sowjetunion mit einem "sensationellen Umschwenken ihrer Politik" kein Veto einlegte (UPI 21.2.61). "Sie ermöglichte dadurch den Vereinigten Nationen ihre Tätigkeit im Kongo nicht nur fortzusetzen, sondern sogar zu verstärken." Eingebracht worden war der Vorschlag von Ceylon, Lybien und der VAR. Frankreich enthielt sich der Stimme. — Schon am 8. Februar hatte Frankreichs Vertreter vor dem Sicherheitsrat, Armand Bérard, Stellung bezogen. "Bérard liess keine Zweifel darüber, dass die jetzige unsichere Lage im Kongo auf die offen gezeigte Nichtanerkennung der rechtmässigen Behörden zurückzuführen sei. Er sprach Lumumba jedes Recht ab, sich aktiv an der Politik zu beteiligen. Die UN müssten voll und ganz die rechtmässige Regierung, die Joseph Kasawubu präsidiere, anerkennen und ihm nicht noch mehr Schwierigkeiten bereiten, als er schon habe. Die Vereinigten Nationen müssten mit den Behörden des Kongo einig sein und die Souveränität stützen, die dauernd von Mächten, die am Chaos und an der Anarchie interessiert seien, gestört werde" (AFP 8.2.61). — Tschombé hatte sofort darauf die Allgemeine Mobilmachung aller weissen und schwarzen Bewohner Katangas verfügt und über den Rundfunk erklärt, "der Beschluss des Sicherheitsrates ist eine Kriegserklärung der UN gegen Katanga und gegen den ganzen früheren Belgischen Kongo, eine Beleidigung der Souveränität unseres unabhängigen Staates". Zugleich kündigte er die belgische Finanzhilfe und zahlte hinfort die belgischen Techniker in vollem Umfang selbst. Die erwähnte Erklärung von Tananarive bescheinigt ihm, dass er die Auffassung auch aller übrigen Politiker des Kongo ausgedrückt hatte. Die UN hatten dem Kongo den Krieg erklärt. Wer sich erinnerte, dass der Kupferkonzern der Guggenheimgruppe in den USA im Jahre 1917 nach der Kriegserklärung an das Deutsche Reich Ueberschüsse bis zu 800 Prozent des investierten Kapitals erreichte, konnte schon jetzt ahnen, um was es eigentlich ging.

Doch der Krieg konnte noch nicht ausbrechen. Mobutu hatte den UN-Truppen mit der Besetzung der Häfen von Matadi und Banana die Möglichkeit genügend militärischen Nachschubs genommen. Als Bedingung für die Aufhebung dieser Massnahme verlangt er (vergebens) sofortige Ablösung des Kommunisten Dayal und seine Ersetzung durch einen unparteiischen Vertreter, sowie eine Reihe weiterer Kontrollmöglichkeiten über den Flugverkehr im Lande. Seinen "hohen" Gefangenen, Lumumba, schiebt er (Febr. 61) nach Katanga ab, da die ständige Gefahr besteht, dass er von den links orientierten UN-Behörden befreit wird. Im Flugzeug werden Lumumba, und seine beiden Leidensgenossen, so schwer misshandelt, dass sie kurz nach ihrem in Elisabethville ganz und gar nicht erwünschten Eintreffen sterben (ausführliche Darstellung in "Pourquoi

pas", Brüssel, Februar 1964). Um den Tod dieses wertvollen Erdenbürgers werden weltum Tränen vergossen, Moskau nennt seine Ausländerbildungsstätte fortan Lumumbauniversität.

Auch von anderer Seite wird versucht, die kriegerischen Absichten New Yorks und Washingtons zu bremsen. Am 7. April 61 lenkt der australische Vertreter T.W. Cutts vor der Budgetkommission der UN die Aufmerksamkeit auf die Kosten des Unternehmens, welches mit 135 Mio. Dollar veranschlagt wird. Die Kriegstreiber entgegnen, dass Dayal im Amt bleiben müsse, denn sonst würde Indien auch sein bedeutendes Kontingent abziehen (nichts wäre menschlicher gewesen, wie die nächsten Wochen zeigen), und die Angelegenheit würde noch teurer zu stehen kommen.

Gizenga in Stanleyville nutzt die Differenzen und bezeichnet die seine als einzig rechtmässige Regierung des Kongos, verlangt von den Mächten, dass sie ihre diplomatischen Vertretungen nach Stanleyville verlegen und weist die Konsuln der USA und der BRD aus, weil man diesem Wunsch nicht nachkommt. Zugleich wird nach dem seit 1945 so sehr bewährten Rezept "in Angst" gemacht. Man beschwört den Westen, Gizenga doch entgegenzukommen, "um ein zweites Korea zu vermeiden" (dpa 14.4.61), denn man kennt die Mentalität der seit 1945 Inthronisierten, die aus Furcht vor Blut nachgeben, auch wenn es dann viel, viel blutiger kommt. Und es kommt wirklich blutiger. Die vielen kleinen täglichen Morde erfährt man gar nicht erst, aber als am 18. November 1961 in Kindu vor den Augen der untätig grinsenden malaiischen UN-Truppen dreizehn Italienische Flieger ermordet (und anschliessend verspeist) werden, da hält das sogenannte Weltgewissen es für notwendig, sich für einige Minuten aufzuregen. Präsident Kennedy spricht von der "Ueberraschung" mit welcher das amerikanische Volk diese Untat zur Kenntnis genommen hätte.

Tschombé ist bereit, sich mit dem Generalsekretär der UN, Dag Hammarskjoeld, zu treffen. Auf dem Fluge nach Ndola in Nordrhodesien, dem vereinbarten Verhandlungsort, stürzt letzterer jedoch tödlich ab. "Die Welt" spricht davon, "dass er sein Leben in einer Friedensmission geopfert hat". (*330)

Erst, als Kasawubu durch Cyrille Adoula in der Leitung der Zentralregierung ersetzt wird, kann der Aufmarsch vorangehen. Sofortige Bemühungen Tschombés, mit Adoula in Kontakt zu kommen, werden von den UN sabotiert (Schreiben vom 17.11.61 an U Thant, in welchem er seine Bereitschaft zu Verhandlungen mit Adoula unter gleichzeitiger weiterer Anerkennung Kasawubus als Präsident einer Kongoföderation bekannt gibt). Adoula ermöglicht es, den Aufmarsch gegen die "separatistische" Provinz durchzuführen. Es kommt nach einem unannehmbaren Ultimatum zu den blutigen Ereignissen in Elisabethville, die der deutsche Korrespondent Dr. Germani an seine Zeitungen telegrafiert, und die kaum eine veröffentlicht: "Lage verschlimmert sich von Stunde zu Stunde, ganzes Land steht gegen UNO auf. Afrikanische Soldaten und Bevölkerung empört. Grauenhafte Kriegsverbrechen indischer UNO-Truppen. Hier hat sich echte schwarz-weisse Gemeinsamkeit gegen UNO gebildet, einzelne weisse Freiwillige, als einfache Soldaten unter Schwarzen kämpfend. Irische und schwedische UNO-Soldaten weigern sich in steigendem Masse für die Unterdrükkung eines Volkes zu kämpfen. 26 irische Kriegsgefangene erklärten mir, sie würden gut behandelt, sind empört über ganze Aktion der UNO, besonders über ihren Landsmann O'Brien und Inder. Inder sprachen Tage vorher: jetzt wollen wir killen! Iren erklären, sie wollen nicht für den Kommunismus kämpfen. Wurde zweimal von den Indern beschossen, als ich mit erhobenen Armen über die Strasse ging. Bei Tageslicht wurde vor meinen Augen ein Grieche, der Lebensmittel für seine Kinder holte, wie ein Kaninchen, von UNO-Schützen abgeschos-

sen. Indische UNO-Soldaten führen Krieg gegen Zivilbevölkerung. Entfesselte Wut der Katanganesen hat gestern an versprengten indischen Soldaten blutige Rache für Tötung afrikanischer Gefangener genommen. Afrikanische Frauen schlugen Inder tot. Kein Wunder, nachdem bei erstem UNO-Angriff katangische Gefangene vom Dach gestürzt, andere vor Augen des Roten Kreuzes erschossen wurden. Habe die Rufe Happana, Happana! (nein, nein) und Schüsse gehört und gesehen, wie Katanga-Polizeistreife von hinten abgeknallt, Verwundete erledigt, Rotkreuzwagen beschossen wurden. Indische Soldaten haben sich viel schlimmer als die Sowjets in Budapest benommen. Kann das als Zeuge beeiden (Dr. Germani war zur Zeit des Ungarnaufstandes in Budapest). Bereit unter Eid zu erklären, wenn es Kriegsverbrechen gibt, so wurden sie von Indern in Katanga begangen. Habe Land per Wagen verlassen. Ueberall Sperren. Ganzes Land in Waffen. Mit Vorderladern, Speeren, Pfeilen. Alles will gegen UNO kämpfen."

Das Ergebnis ist die endgültige Besetzung Elisabethvilles durch UN-Truppen. Tschombé kämpft in einem besetzten Land weiter um seine Rechte.

Im Februar 1962 wird Gizenga von Adoula verhaftet, so den UN den Rücken freihaltend für das, was weiterhin kommt. Im Juli 1962 kommt es als Ouvertüre zum zweiten Teil der Katangapassion zu provozierten ernsten Zusammenstössen zwischen den Schweden in Elisabethville und Soldaten Katangas. Die Schweden schliessen die Hauptstadt Katangas ein und verbieten Tschombé, in ihr mehr als 2 000 Soldaten zu halten. Die europäischen Mächte bemühen sich verzweifelt, die USA von ihrem Verbrechen abzuhalten. Lord Home trifft sich in Genf mit Dean Rusk und man "befürchtet einen offenen Konflikt zwischen der britischen und der nordamerikanischen Regierung" (AFP 20.7.). Am 2. Juli droht U Thant erstmalig mit wirtschaftlichen Sanktionen gegen Katanga. Am 5. Juli wird ein Plan veröffentlicht, nach welchem die USA, Belgien und England bereit sind, Tschombé zur Abführung von 50% seiner Einnahmen aus den Lizenzen der Union Minière an die völlig verarmte Zentralregierung zu zwingen. England widersetzt sich jedoch ausdrücklich allen Sanktionen, "da diese zu militärischen Operationen führen müssen". Obwohl die Nadelstichpolitik der UN-Behörden im Kongo gegen Tschombé anhält, Konflikte provoziert und hinterher falsch dargestellt werden (indische Soldaten erschiessen Katangagendarmen und behaupten hinterher, diese hätten "angefangen", UN-Flugzeuge transportieren Truppen Adoulas nach dem strategischen Flugplatz Kamina 2.8.62), nimmt Tschombé den ihm von den UN dann vorgelegten Plan am 3. August an. Einen Tag zuvor hatten Truppen der Zentralregierung überraschend die Hauptstadt der Provinz Kasai, Bakwanga, besetzt und Kalondschi festgenommen, denn man befürchtete sein Zusammengehen mit Tschombé. Der UN-Vorschlag wurde also im Rahmen einer ganzen Reihe feindseliger militärischer Handlungen gegen Tschombé durchgesetzt. Am 12. August erwartete man in Leopoldville internationale Juristen, die die neue Föderative Verfassung des Kongo ausarbeiten sollen. Tschombé äussert sich, dass er Leopoldville nicht als Sitz der zukünftigen Zentralregierung anerkennen könne. Die UN verfügen mit Unterstützung der USA und gegen scharfen Widerspruch Grossbritanniens am 6. August die Schliessung aller Flughäfen Katangas und beginnen so den Wirtschaftsboykott. Mehr und mehr UN-Truppen werden nach Katanga verlegt. Unterstützung findet Tschombé im möglichen Umfang in diesen schweren Monaten von den schwarzen politischen Parteien und der Regierung von Rhodesien und Nyassaland (Roy Welensky). Der dort aus den Wahlen vom 2.11.62 als Sieger hervorgegangene Harry Nkumbula schlägt die Auflösung seines ethnisch so unmöglich zusammengesetzten Staates und die Vereinigung von Nordrhodesien mit Katanga vor, denn zu beiden Seiten dieser alten Kolonialgrenzen wohnt das gleiche Volk. Tschombé stimmt dem zu, doch kommt es nicht mehr zur Verwirklichung dieses klugen

Vorschlages, der auch das spätere Rhodesienproblem von Anfang an vermieden hätte. Die UNmächte schätzen nun einmal keine natürlichen, unblutigen Lösungen. Der Nachfolger Hammarskjoelds, U Thant, teilt vielmehr am 24. November 62 der Welt mit, er sei mit seinen Kongo-Beratern zu dem Entschluss gekommen, "einen militärischen und wirtschaftlichen Druck auf Tschombé auszuüben" (UPI). Dieser "Druck" besteht in einem regelrechten Feldzug. Der zivile Chef der UN im Kongo, Robert Gardiner, erklärt, "dass die militärischen Operationen dazu dienen sollen, die Provinz Katanga wieder zu befrieden" (!). Die USA senden eine eigene Militärkommission in den Kongo, um die volle Unterstützung der UN mit Waffen, Munition und Transportmitteln zu gewährleisten, und diese abzulösen, falls nicht bis Jahresende die Kampfhandlungen beendet sein sollten (da dann die UN über keine weiteren Mittel mehr verfügen würden). Frankreich und England drücken ihre "Ueberraschung" über derart unverblümt kriegerisches Vorgehen der USA aus. Kein Wunder, dass das USA-Konsulat in Elisabethville und die Fahne der Freibeuter von einer wütenden Menge zerstört werden. Man spricht (28.12.62) von den "erbittertsten Kämpfen seit 1961", also einer Wiederholung der Vorgänge über die Dr. Germani berichtete. "Der Schiesserei fielen zahlreiche Mitglieder der afrikanischen Bevölkerung zum Opfer" heisst es lakonisch im Bericht der AFP. Die Kämpfe sind das Ergebnis einer Konferenz, die der Leiter der US-Militärkommission, General Lewis Truman, der USA-Konsul in Katanga und die hohen UN-Vertreter am 25.12., am Weihnachtstag der Christen, in Elisabethville abhalten. Wie eine Parodie auf die hohen Phrasen hinter diesem Unternehmen findet am 28.12. in Leopoldville eine ausserordentliche Sitzung der "Panafrikanischen Bewegung für die Freiheit Ost-, Zentral- und Südafrikas" statt. Die Schreie der in Katanga zu Zehntausenden gerade Gemordeten werden von den Herren Delegierten überhört, denn Tatsachen gelten nichts in demokratischen Gehirnen. Die Aufgabe der USA-Militärmission aber ist es, "die Stabilität des Kongo wiederherzustellen". Wir werden von dieser Stabilität im weiteren noch genügend schöne Beispiele erleben. "Die Profanierung der amerikanischen Fahne in Elisabethville", erklärt ein Lincoln White als Sprecher des State Department in Washington, "ist schwerwiegend und kann den Entschluss, die UN zu unterstützen, nur noch bestärken." Lord Dundee erklärt am 13. Dezember im Oberhaus, "dass es darum geht, einen unverbesserlichen Irrtum im Kongo zu verhüten. Die englische Regierung ist gegen eine Militärintervention einschliesslich wirtschaftlicher Massnahmen gegen die Katangaregierung". Am nächsten Tag fordert die Kongo-Zentralregierung unter Adoula sechszehn Staaten auf, sich an einem Importembargo für Kupfer und Kobalt zu beteiligen, welches aus Katanga angeboten würde. Die "Union Minière" droht mit ernsten Gegenmassnahmen, woraufhin U Thant angeblich "für den Augenblick von Zwangsmassnahmen Abstand nimmt" (AFP 14. 12.). Zerstörte Bergwerke dienen Hammarskjoeld & Komp. nämlich nicht sehr. Am 25. Dezember wird eine bezeichnende Aeusserung Tschombés bekannt: "Im übrigen verstehe ich nicht die gegen uns erhobenen Beschuldigungen, denn als ich vorschlug, die Devisenerträge Katangas an eine neutrale Körperschaft zu überweisen, erhielt ich zum ersten Male in den letzten zwei Jahren ein Glückwunschschreiben des Generalsekretärs der UN, und gleichzeitig Glückwünsche von Frankreich und Grossbritannien. Anscheinend haben die Nordamerikaner in dieser Hinsicht nichts unternommen, aber ich glaube, dass sie von der Angelegenheit nichts verstehen und die Gewohnheit haben, sich in alles einzumischen, was sie nichts angeht" (UPI). Ende Dezember wird ein auf 10 Tage befristetes Ultimatum an den inzwischen überrannten Tschombé erlassen, den U Thant-Plan anzunehmen: Aufteilung der Einnahmen zwischen Katanga und dem übrigen Kongo, Annahme der neuen Verfassung (die noch nicht existiert !), gemeinsame

Währung und Aussenpolitik sowie die Freilassung der politischen Gefangenen. Am 9. Januar 63 nimmt Tschombé auch diesen Plan an. Sechs Stunden lang war er an jenem Tage von tunesischen UN-Truppen auf Befehl U Thants in seinem Präsidentenpalast gefangengesetzt worden. Erst auf Vermittlung des britischen und belgischen Botschafters hin, wurde diese Massnahme wieder aufgehoben und von einem "Irrtum" gesprochen. Die Annahme des Plans kommt einer Kapitulation gleich, denn bis auf die Stadt Kolwezi sind alle strategischen Punkte jetzt in den Händen der UN-Truppen, ein Vertreter der Zentralregierung in Leopoldville übernimmt die Verwaltung der Provinz. Kolwezi selbst wird am 21. Januar kampflos besetzt. Vier nordamerikanische Panzer bildeten die Spitze der eindringenden Truppen. Bereits am 15. Januar verkündet Tschombé in einer Note an die Zentralregierung das Ende der Unabhängigkeit Katangas und unterstellt seine Gendarmen und Söldner dem Befehl der UN. Doch sofort schon kommt es zu neuen Uebergriffen der UN-Verbände. Am 28. Januar umstellen sie die Nationalbank von Katanga und durchsuchen das Gebäude nach versteckten Guthaben. Die Leibwache Tschombés wurde gleichzeitig 48 Stunden lang einfach verhaftet. Adlai E. Stevenson, USA Botschafter bei den UN, erklärt am 21. Januar, "die militärische Phase des Konfliktes, der den Kongo erschüttert hat, ist beendet". Wieder einmal ist ein Friedensdiktat erlassen worden. Bald danach überreicht Moskau (März 1963) U Thant eine Note, in welcher der Rückzug der Truppen der Vereinigten Nationen aus dem Kongo gefordert wird, "die dort rechtswidrig stationiert sind. Die Einmischung der UN im Kongo hat die dortigen Probleme ungelöst gelassen". Die gesittete Welt aber steht vor der Aufgabe, die wahren Hintergründe dieser fast drei Jahre andauernden blutigen Ereignisse aufzudecken. Der USA-Kongressabgeordnete Donald C. Bruce hielt nun im Oktober 1962 im Repräsentantenhaus eine Rede (die in ihrem vollen Umfang mit 60 eng geschriebenen Seiten erhältlich ist über den Government Printer, Washington DC, USA, und den Titel trägt: "Is Katanga on the Auction Block?"), die uns bei dieser Aufgabe sehr zu Hilfe kommt. Bruce wurde auf den vor uns liegenden Fragenkomplex durch verschiedene Zeitungsnotizen aufmerksam. So schrieb die "Gazette de Lausanne" am 22. Juli 1961: "Kupfer, der Reichtum Katangas, ist der Grund für die derzeitigen Unruhen... Derzeit ist Hauptförderer des katanganesischen Mineralreichtums die Haut-Katanga Minen Gesellschaft, eine von Belgien kontrollierte Kompanie mit britischen Anteilen. Es besteht derzeit eine Weltüberproduktion an Kupfer und man ist in den übrigen Produktionsländern – USA, Chile, UdSSR, Kanada – nicht unglücklich, wenn Katanga ausfällt. Diplomaten aus einem nordischen Land sind daher in der Minenregion erschienen und haben in ihrer Eigenschaft als Sondergesandte einer rivalisierenden Gruppe schwindelerregende Summen den Ingenieuren angeboten, um sie von Katanga wegzuheuern. Ausserdem wurde eine amerikanisch-schwedische Kompanie im Kongo gegründet; um die Mineralvorkommen dort in die Hand zu bekommen. Präsident dieser Gruppe ist ein Herr Hammarskjoeld, Bruder des UN-Generalsekretärs." Sodann erschien in "Congo-Africa", London, August 1961 die Meldung: "Ein Direktor der Union Minière de Haut Katanga erklärte kürzlich: "Die amerikanischen Trusts, vor allem die Chile Copper Co. der Anaconda-Gruppe, tun, was sie können, um uns aus Katanga hinauszudrängen. Wenn ihnen das gelingt, werden sie die absoluten Herren des Weltkupfermarktes sein. Die Operation würde um so gewinnbringender sein, da unsere Produktion 9/10 des Ueberangebots darstellt, welches den Kupferpreis niedrig hält."" Sodann lesen wir im "National Review Bulletin" (USA) vom 9.12.61: "Brüssel. Bevor Aussenminister Paul-Henri Spaak zur UN startete, gab er dem Belgischen Senat einige der seltsamen Tatsachen bezüglich schwedischer UN-Beamte bekannt, die in der Katanga-Operation so prominente Rollen spielten. Er berichtete zum Beispiel, dass Sture Linner, den Dag Ham-

marskjoeld zum UN-Chef im Kongo ernannte, lange Zeit Gesellschafter der schwedischen Firma Grangesberg AB gewesen sei. Diese bildet zusammen mit Skanska Cement, Iforverken AB und Boliden ein Syndikat mit der International African-American Corp. Dieses Syndikat hat mehr oder weniger offen eine Pro-Lumumba- und Anti-Tschombé-Politik verfolgt. Bolidens Präsident, Sven Schwaı tz machte kürzlich unter der Obhut von UN-Beamten und der schwedischen Gesandschaft mehrere Reisen nach Katanga." Spaak liess dabei in seiner Rede aus, dass Dag Hammarskjoelds Bruder Gustav (genannt Bo), nicht nur mit Grangesberg AB verbunden ist, sondern auch mit der US-Kupfer Korporation, der Anaconda Mining Co., und dass das Grangesberg-Syndikat ebenfalls enge Verbindungen mit amerikanischen Banken hat." Aus "Newark Star Ledger", Newark NJ, 24.9.61 erfahren wir sodann weiter: "Offensichtlich hatte die schwedisch-amerikanische Gruppe Voraussagen erhalten, wonach die Position der Haut-Katanga bald zerstört werden würde. So legte sie Aktien in der Schweiz auf und deponierte etwa 100 Millionen Dollar in schweizer Banken in Vorbereitung der Uebernahme Katangas. Gemäss vertrauenswürdigen schweizer Quellen wird das Kombinat geleitet von Bo Gustav Hammarskjoeld, 70 Jahre alt, einem pensionierten schwedischen Politiker, der einst Gouverneur der Provinz Sodermanland war. Da die Gruppe vor drei Monaten gebildet worden ist, erscheint es glaubwürdig, dass der Krieg der UN gegen Katanga zu jener Zeit bereits, wenn nicht schon früher, geplant worden ist." Die belgische bedeutende Wirtschaftszeitung "L'Echo de la Bourse", 12.12.61, schreibt: "Heute sehen wir die Vereinigten Staaten, verbündet mit Indien und Schweden, mit all ihrer Macht ein kleines Land niederringen, dessen einziges Verbrechen es ist, dass es an die westliche Zivilisation appelliert und an Artikel 1 der Charter der Vereinigten Nationen, die den Völkern das Recht auf Selbsbestimmung garantiert." Viscount Charles Terlinden schrieb am 2.12.61 in "La Libre Belgique": "Schon im August 1960, als wir aus Anlass eines wissenschaftlichen Kongresses in Stockholm waren, wurden wir durch eine vertrauenswürdige Quelle darüber informiert, dass eine schwedisch-amerikanische Gruppe unter der Präsidentschaft eines hohen Beamten des schwedischen Aussenministeriums existiere, um die Kontrolle über die Nichteisenmetalle im Kongo zu erlangen. Ein Verwandter von Mr. Hammarskjoeld war die Seele des Trusts. Sein eigentliches Ziel war, durch eine Kontrolle der Kupferproduktion von Katanga diese zu bremsen und so die Kupfervorräte, die in den Händen der amerikanischen Hochfinanz sind, hochzutreiben." Sodann weist Bruce auf den Afro-Skandinavischen Jugendkongress am 20. August 1961 in Oslo hin. Grüsse der Aussenminister Dänemarks, Schwedens und Norwegens wurden überbracht, schärfste antisüdafrikanische, Anti-Rhodesien- und Anti-Katanga-Reden gehalten. Ein Schwedisch-Rhodesisches Feldzugs-Komitee wurde gegründet, um Mittel zu beschaffen für eine Unterstützung von Kenneth Kaunda, um die Zentralafrikanische Union Roy Welenskys zu zerschlagen, und um auch hier (in dem zukünftigen Sambia) die Kontrolle über die Kupferproduktion zu erlangen, oder zumindest durch politische Schwierigkeiten diese Produktion niedrig zu halten (wir erkennen deutlich die Hintergründe für die künstlich aufrechterhaltene Feindschaft zu dem zukünftigen Rhodesien, durch welche Sambia dann seiner Verbindung zum Meer für den Kupferexport beraubt wurde und wir sehen, wie der grosse Aussenseiter China dann mit einem Eisenbahnprojekt von Lusaka nach Dar es-Salam die Pläne der Kapitalisten zu durchkreuzen versucht). Es wurden tatsächlich erhebliche Geldmengen beschafft (Prof. Bertil Ohlin, Führer der schwedischen Liberalen, ist einer der Gründer dieses Komitees. Die schwedischen Sozialdemokraten stellten ihre Parteiorganisation in den Dienst dieser "guten" Sache. Natürlich fehlt auch nicht Prof. Gunnar Myrdal unter den Förderern). Bruce fährt fort: "Mr. Speaker, ich kenne nicht die Ziele der

schwedischen Regierung in diesen afrikanischen Ländern, aber eines ist sicher: In Rhodesien, und vielleicht auch in anderen Ländern, bemühen sich die Schweden nicht darum, mit der Regierung zusammenzuarbeiten, sondern sie versuchen offen, diese Regierungen zu stürzen. Sie scheinen eine bewusste Politik der Provokation zu verfolgen... Ich kann feststellen, dass in diesem Augenblick die amerikanische Aussenpolitik ihren seltsamen Weg im Kongo weiter verfolgt. Präsident Kennedy kann in einer Pressekonferenz feststellen, dass er eine Invasion ins kommunistisch kontrollierte Kuba nicht unterstützt, aber in der gleichen Pressekonferenz, und zum zweiten Mal in 14 Tagen, kann er die Antwort verweigern auf die Anfrage, ob er verhindern will, dass die Ausgabe von 100 Millionen Schatzanweisungen nicht zu einem zweiten Angriff gegen Katanga verwandt werden... Ich habe in Ueberprüfung der genannten Pressestimmen festgestellt, dass es eine LAMCO Gruppe gibt (Liberian American Swedish Minerals Co., verbunden mit der International African American Corp.) mit schwedischen und amerikanischen Direktoren. Im Prospekt vom 19.5.60 wird Sture Linner als Beamter dieser Gesellschaft genannt. Er erhielt u$s 30 000 jährlich als General-Manager und Executive Vice President dieser Gesellschaft. Am 15. April 1960 gab er seinen Posten auf und es wird gesagt, dass er bis zum 15. Juli 1960 noch als Berater in der Firma bleiben wird. Am gleichen 15. Juli 1960 wird Sture Linner von Dag Hammarskjoeld zum technischen Leiter der UN im Kongo ernannt! Es erhebt sich also die Frage", sagt Bruce, "ob Sture Linner vor dem 15. April 1960 bereits wusste, dass er einen Posten im Kongo erhalten werde. Wir müssen betonen, dass der 15. April 1960 ganze zwei einhalb Monate vor dem Tag lag, da Belgien dem Kongo die Unabhängigkeit gab, und natürlich auch bevor die Vereinigten Nationen in den Kongo einmarschierten. Mr. Speaker, ist es denkbar, dass gewisse Leute im voraus wussten, dass die Vereinigten Nationen im Kongo stehen würden?" 11 Tage nachdem seine Ernennung für den Kongoposten mitgeteilt worden war, erhielt Linner eine andere Stellung. Er wurde von Dag Hammarskjoeld als Leiter der Operationen der UN im Kongo ernannt. Sodann stellt Bruce fest, dass niemand anders als der Leiter des Auslandshilfeprogramms im Amerikanischen Aussenministerium, Fowler Hamilton, einer der Direktoren der LIO, einer Teilfirma der International African American Corp. war: "Es war interessant, zu entdecken, dass ein hoher Beamter des amerikanischen Aussenministeriums in der gleichen Firma war, in welcher Sture Linner eine Schlüsselrolle spielte." Und dann untersucht Bruce den bereits genannten Mr. Schwartz: Am 27. April 1961 wurde Mr. Schwartz "zum Mitglied des UN-Sekretariats als Berater für die natürlichen Hilfsquellen und die Industrie im Kongo" ernannt. Er war "nur" ehemaliger Präsident der Boliden-Gruv, dem grössten schwedischen Minenkomplex. Interessanterweise endete seine Studie für die UN mit der Empfehlung, die Katangaminen zu verstaatlichen, was gleichbedeutend ist mit einem Sinken der Produktion. Sozius in der Anwaltsfirma des bereits genannten Fowler Hamilton war im übrigen niemand anders als George Widman Ball, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt unter Kennedy (und später in Vietnam tätiger Staatssekretär!). Die zentrale Figur aber dieses internationalen Kombinats ist — und damit kommen wir an den eigentlichen Kern unserer Untersuchungen — Marc Wallenberg, Sohn von Jacob Wallenberg, Direktor der Stockholmer Enskilda Bank, Generaldirektor u.a. von Allmanna Svenska Elektriska AB, Telefon ABLM Ericsson, Atlas Copco AB, SAS usw. usw. mit Interessen in verschiedenen "selbständig" gewordenen Ländern Afrikas (1960 Algerian Iron Ore und Algerische Erzgesellschaft mbH gegründet). (Sowohl Boliden wie Ericsson gehörten einmal der Kreuger & Toll AG, sind also nach dem aufsehenerregenden Tod Kreugers am 11. März 1932 in den Besitz des hier Genannten übergegangen. Torsten Kreuger stellt in seinem Buch

"Die Wahrheit über Ivar Kreuger", Stuttgart 1965, fest: "Es war kein Selbstmord, es war Mord". Sollten die in Katanga Gemordeten etwa einen frühen Vorgänger gehabt haben?)

Unser Gewährsmann Bruce geht sodann noch auf den beachtlichsten militärischen Vorgang über: U Thant erbat sich von England 1 000-Kilo-Bomben für den Einsatz in Katanga. Das Unterhaus aber wollte diese nur unter der Bedingung liefern, dass sie gegen militärische Ziele und Flugplätze verwandt würden. Erst, als am 11. Dezember 1961 der Lord Privy Seal diese (ungenügende) Antwort erteilte, zerstörten am gleichen Tage schwedische Jetflugzeuge die Anlagen der Union Minière, damit "für mehrere Monate den Wirtschaftskomplex vernichtend, der unser ganzer Stolz war" (Tschombé). Erst, als man nicht jene uns Deutschen noch so gut aus unseren eigenen Wohnvierteln bekannten Luftminen erhielt, machte man die Arbeit mit schwedischen Bomben. Und der Botschafter der Vereinigten Staaten bei den UN, Adlai Stevenson, "gab U Thants Handeln in Katanga die vollste Unterstützung" ("Washington Post" 7.12.61).

Dag Hammarskjoeld aber erhielt – post mortem – und allem Geschehenen zum Hohn – den Friedensnobelpreis. Das ist die Geschichte des UN-Krieges gegen Katanga.

Die Minen waren auf Jahre hinaus zerstört, das Chaos herrschte in dem einst so glücklichen Land. Die Drahtzieher aber zogen sich diskret aus der Affaire. Es war gar nicht mehr notwendig, die Minen selbst auszubeuten, das besorgten jetzt schon in dem gewünscht langsamen Tempo die Kongolesen selbst. Der sozusagen so nebenbei mit aus der Taufe gehobene neue Staat tat, was er konnte, das zerschlagene Erbe anzutreten. Adoula begab sich darum zunächst nach Brüssel, um dort um Wirtschaftshilfe nachzusuchen, und die Assoziierung des Kongo in die EWG voranzutreiben (Februar 1963) während sich in Leopoldville eine Wirtschaftskonferenz etablierte. Als die DDR auch eine Abordnung sandte, veranlasste der Botschafter der BRD deren Verhaftung. Man mordete doch nicht, um auch Nichtkapitalisten nachher an der Aufteilung der Beute zu beteiligen! Einer Gruppe von internationalen Banditen gelang es, in den Minen wertvolle Erze im Werte von mehreren hunderttausend Dollar zu stehlen und zu entwischen. Sie wählten eigentlich nur den direkteren Weg, um ans Ziel zu kommen.

Adoula besuchte Elisabethville und sprach von Versöhnung, Tschombé kehrte nach einem kurzen Aufenthalt in Paris, von seinen Landsleuten begeistert empfangen, am 12. März nach Elisabethville zurück, um seine Tätigkeit als Präsident der Provinz fortzusetzen. U Thant aber sah sich gezwungen, den Rückzug seiner Truppen angesichts der leeren Kassen der UN so anzuordnen, dass dieser Ende 1963 beendet werden sollte. (Die letzten Truppen verliessen dann doch erst am 30.6.1964 das Land, gerade in dem Augenblick, in welchem ein Eingreifen im Kongo erstmalig ernstlich berechtigt gewesen wäre.) Leopoldville aber teilt die Katanga-Region in drei Provinzen auf, um eine erneute Rebellion zu erschweren. Die Aufteilung des Kongo in zunächst noch 17 neue Provinzen gemäss dem 1962 gemachten Vorschlag ist überhaupt das Thema dieser neuen Phase. Im ganzen Lande kommt es ob der zu ziehenden neuen Grenzen zu blutigen Auseinandersetzungen, ohne dass natürlich die noch vorhandenen UN-Truppen diesmal eingriffen. Tschombé zu Ehren wird die bedeutendste Strasse in Elisabethville in Avenue Moïse Tschombé umbenannt, er selbst aber muss sich wegen ernster Vergiftungserscheinungen erneut in ärztliche Behandlung nach Paris begeben. Währenddessen geht der Kongo den unter der neuen Aegide einzig möglichen Weg, den Weg ins wirtschaftliche Chaos, Elend und Teuerung. Es wird abgewertet, in Katanga spricht man von den guten alten Zeiten, die Beamten werden nicht bezahlt, die Lehrer erhalten monatelang kein Gehalt, die

Kassen, auch die der drei neuen Provinzen Katangas, sind leer, die Kräfte Leopoldvilles reichen einfach nicht aus, das Land zu verwalten. Kasawubu hilft sich, indem er das Parlament als solches auflöst und ihm die Aufgabe erteilt, eine neue Verfassung auszuarbeiten. Es ist ein Klima für Verschwörer und Intriganten. So wird die Provinz Kwilu unter der Hand des in Peking geschulten Mulele bald zum Herd eines neuen Brandes. Die systematische Ermordung der Weissen gehört zur täglichen Zeitungsnahrung. Mit Hilfe weisser Söldner hält die Kongoregierung die Ordnung einigermassen aufrecht. Anfang 1964 dehnt Mulele seinen Machtbereich auf Nordkatanga mit Albertville und Baudouinville aus. Die nicht flüchtenden Weissen werden umgebracht. Während sich die rote Farbe auf der Karte ausbreitet, rüsten die UN-Truppen zum endgültigen Abmarsch. Vier Tage nach ihrem Abzug, am 26. Juni 1964, trifft Tschombé zu einem Besuch bei Adoula in Leopoldville ein. Man weiss, dass er die Provinz Katanga hinter sich hat, dass er, wenn er wollte, sie nunmehr endgültig vom Kongo trennen könnte. Nicht ein einziger offizieller Vertreter des Kongo war anwesend, als die letzten UN-Offiziere abflogen. Unmittelbar danach legte Adoula sein Amt nieder. Am 1. Juli wurde Moïse Tschombé mit der Neubildung der Zentralregierung des Kongo beauftragt. Deutlicher konnte nicht dargestellt werden, dass 450 Millionen Dollar und Hunderttausende von Menschenleben, die Wirtschaft des Herzens von Afrika, dem Moloch UN nach dem Willen internationaler Kapitalisten geopfert worden waren. Doch nichts hat die Welt aus diesem Gottesurteil gelernt, kaum ein Staatsmann hat es in seiner ganzen Schwere auch nur zur Kenntnis genommen. Die Menschheit würde daher jedem neuen UN-Verbrechen genau so tatenlos zusehen, wie sie es im Falle Katanga tat, möge es am Mekong, am Jordan, am Sambesi oder an der Elbe gestartet werden.

Tschombés Regierung war deutlich antikommunistisch eingestellt. Anfängliche Bemühungen, auch Linkspolitiker ihr einzugliedern, scheitern. Der von Tschombé am 17.7. auf freien Fuss gesetzte Gizenga wendet sich sofort gegen ihn. An Hand von aufgefundenen Dokumenten belegt Tschombé bereits am 1.7., dass fremde, unter kommunistischem Einfluss stehende Staaten, wie Mali, Burundi, Kongo-Brazzaville, die VAR, Algerien und China in konkreter Form die Rebellen im Osten des Landes unterstützen. Diese Angriffe führten dazu, dass man ihn auf gesamtafrikanischen Tagungen nicht sehen wollte. In den Monaten Juli und August können die Kommunisten ihren Einflussbereich weiter ausdehnen, doch bieten die USA und Belgien Tschombé nunmehr Wirtschafts- und Militärhilfe an, man darf sagen, im letzten Moment, denn schon hat man einen Plan zur Eroberung von Leopoldville entdeckt, wohin sich Hunderte von Guerillas einschmuggeln konnten. Um Leopoldville von dieser Gefahr zu säubern, werden dort lebende Staatsangehörige des Kongo-Brazzaville und Burundis (19.8.64) von Tschombé des Landes verwiesen. Zugleich beginnt die Ausbildung einer weissen Truppe unter Oberst Hoare. In kürzester Zeit wurde diese zu einem unbedingt disziplinierten, sehr schlagkräftigen Instrument zur Niederschlagung der Rebellion. In kaum mehr als Monatsfrist waren die meisten Stützpunkte der Rebellen, die sich gerade eben den Namen einer "Volksrepublik Kongo" zugelegt hatten, wieder erobert. Tschombé aber gelang in Addis Abeba die Anerkennung seiner Regierung durch die anderen afrikanischen Staaten, erhielt jedoch von ihnen keinerlei Unterstützung, wurde vielmehr aufgefordert, die weisse Söldnertruppe wieder aufzulösen.(*331) Als Tschombé einen Monat später an der Konferenz der Blockfreien in Kairo teilnehmen will, wird er von Nasser unter Hausarrest gestellt. Später in Paris anlangend, meint er: "Ich hatte mit der VAR auch das Problem des Kongogoldes anschneiden wollen, welches Nasser rechtswidrig zurückhält. Ich weiss sehr gut, dass ich nie ein intimer Freund Nassers werden kann, weil diesem an einer schwachen Regierung

im Kongo gelegen ist, damit er seine Stellung als Caudillo festigen kann. Seitdem ich die Regierung im Kongo übernommen habe, habe ich alles Notwendige getan, um den Einfluss Nassers bei verschiedenen Aspekten unseres politischen Lebens zu zerstören."

Zum tragischen Höhepunkt im Kampf gegen die Kommunisten kam es bei der Wiedereroberung von Stanleyville. Tausendfünfhundert Weisse waren von den Rebellen als Geiseln festgenommen worden, unter ihnen der freiwillig wieder nach Stanleyville zurückgekehrte amerikanische Missionsarzt Dr. Carlson. Die Rebellen drohten mit der Ermordung dieser Menschen, falls Stanleyville angegriffen werden würde. Unverständlich lange zögerte Belgien, seinen Landsleuten in dieser völkerrechtlich so eindeutigen Lage zu helfen. Die Welt erlebte, was es heute kostet, rechtens zu handeln. Am 20. November stellte Belgien Fallschirmjäger auf der von den Briten dafür zur Verfügung gestellten Insel Asunción bereit. Endlich, am 24. November sprangen sie über Stanleyville ab, während zugleich die Erdtruppen Tschombés in die Stadt eindrangen. Es war notwendig, der Welt lauthals zu verkünden, dass es sich nicht um eine militärische, sondern um eine menschliche Operation handle, denn die Weltpresse suchte nur nach einem Motiv, gegen diesen Einsatz Europas in Uebersee zu hetzen. Unter Hochspielen des genannten amerikanischen Arztes (der dann nur noch als Leiche geborgen werden konnte), durfte Johnson es sich erlauben "die Verantwortung für diesen Einsatz auf sich zu nehmen". Der Weltsicherheitsrat wurde von Algerien angerufen, Belgien beeilte sich, so schnell wie nur irgend möglich seine Soldaten nach der Befreiung der Wehrlosen wieder nach Hause zu fliegen. Geiselgruppen an anderen Orten wurden in den nächsten Tagen und Wochen viehisch niedergemacht, denn die Welt gestattete nicht mehr auch ihre Rettung (Opala, Watsa, Bambili, Argo usw.).

Am 3. Dezember wurde Tschombé von De Gaulle empfangen. Am 9. Dezember wurde ihm eine Audienz beim Papst gewährt. Am 16. Dezember hatte er eine Unterredung mit dem Bürgermeister von Westberlin, Willy Brandt, und traf sich auf dem Wege über Bonn abschliessend in Brüssel mit Spaak. Während der Kampf gegen die Rebellen erfolgreich weiterging, legte er so den Grundstein für eine weitgespannte wirtschaftliche Unterstützung des jetzt in 29 Provinzen aufgeteilten Kongo beim Wiederaufbau.

Das Jahr 1965 war zunächst gekennzeichnet durch die weitere Befriedung bei gleichzeitigen dauernden diplomatischen Querschüssen auf UN- und OUA-Ebene. Als das Land wieder relativ ruhig war, von einer unmittelbaren kommunistischen Gefahr nicht mehr die Rede sein konnte, setzte jedoch Präsident Kasawubu am 13.10.1965 Tschombé ab, "nachdem seine Mission, dem Lande den Frieden wiederzugeben, erfüllt sei". Passender hat man wohl kaum das Schillerwort vom Mohren, der seine Schuldigkeit getan, anwenden können. Schon am 25.11.1965 aber stürzte Mobutu in einem Militärputsch Kasawubu, "da die Politiker einen sterilen Kampf um die Macht geführt und darüber die Interessen des Landes vergessen haben". Tschombé beglückwünschte ihn aus Brüssel und lobte Mobutu als einen "aussergewöhnlichen Mann, sodass alle Welt Hoffnung für die Zukunft des Landes haben könne". Nicht im Einklang damit stand jedoch die Antwort aus Leopoldville, in welcher in allerschärfster Form gegen Tschombé Stellung genommen, und er sodann sogar in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde, weil er gegen die neue Regierung konspiriert habe. Diese "Konspirationen" sind überhaupt der Schrecken Mobutus, der durch diktatorische Massnahmen sehr schnell an Rückhalt im Lande verliert. Hinrichtungen politischer Gegner werden üblich. Mit Hilfe weisser Söldnergruppen (*332) zwingt er eine neue Erhebung in Stanleyville, die von ehemaligen Katangasoldaten wegen seines Linkskurses ausging, im Sept. 66 nieder und schleift den gefangengenomme-

nen Oberst hinter einem Militärfahrzeug durch die Hauptstadtstrassen und anschliessend in gleicher Form durch das überfüllte Stadium. Der Mob überfällt die portugiesische Botschaft in Leopoldville und der belgische Konsul wird aus Elisabethville vertrieben.

Die Namen der grossen Städte des Landes wurden schon im Juni 66 von Mobutu umgetauft. Das von den Belgiern gegründete Elisabethville heisst fortan Lubumbashi, weil es am Lubumbafluss liegt. Zugleich wird in dieser angeblich zu proweissen Stadt angeordnet, dass Europäer sich fortan in den Schlangen vor Läden und Dienststellen grundsätzlich hinten anzustellen haben. Leopoldville, das ebenfalls erst von den Belgiern gegründet wurde, bekommt den seltsamen Namen Kinshasa, was in der Sprache der Bafunuga soviel wie "Warum fragst Du?" heisst, während Stanleyville den Namen eines dort früher gelegenen Dorfes Kisangani bekommt.

Während es Tschombé noch gelungen war, auf der Grundlage nationaler Unabhängigkeit mit Spaak die weitere Zusammenarbeit nach der von Tschombé angeordneten Verstaatlichung der Minen in Katanga einzuleiten, kommt es unter Mobutu nur zu einer Reihe abrupter Kurzschlüsse, die nach Aufhebung aller Konzessionen ihn im Dezember 1966 zwingen, den Kupferexport zu suspendieren. Genau das also tritt ein, was Schwartz und seine Auftraggeber angestrebt. Die Union Minière weigert sich, ihren Sitz in das unruhige Kinshasa zu verlegen, die Forminière löst sich selbst auf (*333), nachdem Mobutu bereits im Juli 1966 die Auflösung im Kongo "befohlen" hatte. Die Lage wird für die Europäer immer unerträglicher, sie verkaufen ihren Besitz und verlassen das Land. Den Technikern will Mobutu dieses verbieten, bevor ihre Kontrakte abgelaufen sind und lässt sie einsperren. Als Tschombé Anfang Juli von Piraten im Flugzeug nach Algier entführt wird (*334), kommt es zu einer Erhebung der Söldnergruppe unter Bob Denard und Jean Schramme (*335). Nachdem sie wieder Ruhe und Ordnung im Osten hergestellt haben, gelingt es Mobutu, sie mit nordamerikanischer Waffenhilfe zum Aufgeben ihrer Stellung zu zwingen. Nach dem Einrükken der Kongotruppen in Kisangani und Bukawu werden wieder zahlreiche Menschen, Weisse und Schwarze, sinnlos gemordet. Gleichzeitig erfolgen öffentlich tolerierte Mordhandlungen in Lubumbashi (Elisabethville) an Belgiern und Griechen. Die sogenannten "Söldner ohne Sold" unter Schramme (Denard wurde nach einer Verwundung im Flugzeug schon vorher nach Salisbury ins Lazarett transportiert), nehmen das Asylangebot Burundis an und treten auf das Gebiet des Nachbarstaates über. Doch Mobutu wird jetzt ganz Neger und fordert die Auslieferung zwecks Hinrichtung der jetzt Waffenlosen. Eine Reihe weiterer Negerstaaten stimmen ihm zu, doch Burundis Staatschef bleibt erstaunlicherweise fest.(*336) Er bleibt fest, obwohl nicht eine einzige europäische Macht sich offen für die Weiterleitung ihrer Frontsoldaten an jener Grenze westlicher Zivilisation einsetzt. Niemand, mit Ausnahme – der Schweiz. Dieses kleine Land hält so 1967 in beispielhafter Weise die Fahne des Abendlandes hoch. Was in Bonn, Brüssel, Amsterdam, Rom usw. als "heisses Eisen" nicht angefasst wird, ist offenes Gesprächsthema wahrhaft demokratischer Zeitungen wie der NZZ. Das Internationale Rote Kreuz mit Sitz in Genf erreicht die Heimbeförderung endlich im April 1968! Es scheint die Zeit zu sein, da die kleinen Länder in Europa stärker geworden sind als die anscheinend so grossen.

Die Operation Schrammes findet auch ihren Widerhall im Sicherheitsrat. Dieser beschliesst am 10. Juli 1967 einstimmig die folgende Resolution, die von Nigeria, Indien, Mali und Aethiopien vorgebracht wird: "Jeder Staat wird verurteilt, der weiterhin die Rekrutierung oder Ausbildung von "Söldnern" zum Zwecke des Sturzes der Regierung eines Mitgliedstaates der Vereinigten Nationen gestattet oder toleriert. Alle Regierungen werden aufgefordert, ihr Terri-

torium nicht für derartige subversive Machenschaften gegen die kongolesische Regierung zu missbrauchen." Die allgemeine Form des ersten Teils gestattet ihre Anwendung, jedenfalls theoretisch, auch für diejenigen Fälle, da noch heute in Afrika Rebellen zum Zwecke des Sturzes von Regierungen in anderen Gebieten ausgebildet und ausgesandt werden. Die Einschränkung auf "Mitglieder der Vereinigten Nationen" beweist das Fehlen einer eigentlichen allgemein anerkennbaren völkerrechtlichen Basis auch dieser UN-Resolution. (*337)

Im August 1967 wird die belgische Botschaft in Kinshasa überfallen und geplündert. Im September werden erneut 15 Europäer in einem Militärlager in der Nähe von Kinshasa hingerichtet. Auch die dabei anwesenden Kongolesen wurden gleich mit umgebracht. Das Belgische Aussenministerium stellte sich bei Nachfragen einfach dumm ("La Libre Belgique", 24. 9. 67). Die belgischen Lehrer verlassen ebenfalls das Land, soweit sie den Abflug überleben. Doch für gewisse andere kommt die grosse Zeit:

Im Dezember 1967 erfährt man, dass ein Herr Maurice Tempelsman, von Mobutu gebeten worden sei, ausländisches Kapital für die neugegründete kongolesische Gécomin (Génerale Congolaise des Minerais) zu suchen. Er tritt mit den Amerikanern und der Weltbank in Verbindung. Tempelsman ist "bekannt dafür, seit Jahren amerikanische Interessen im Kongo zu vertreten und dass er im Diamantenhandel eine bedeutende Rolle gespielt habe". In die Gécomin werden schweizer Buchhaltungsexperten berufen, die dann schon im Februar 1968 auf Befehl Mobutus verhaftet werden, weil sie angeblich den Kongostaat betrogen hätten. Der kongolesische Finanzleiter des Verwaltungsrats, Paul Gibson, hatte am 8. Januar 1968, dem Präsidenten der Gesellschaft, Jean Baptiste Kibwe, einen Scheck über nur 16 Millionen Dollar in die Hand gedrückt. Man sieht, die Zeit der Tempelmänner ist auch im Kongo angebrochen.

---

*317 - Anführer war der von den Belgiern dann verhaftete Kasawubu, ein ehemaliger Seminarist.

*318 - In einer Unterhaltung mit König Baudouin hier in Bariloche am 2. November 1965 erhielt der Chronist den Eindruck eines Mannes, der in keiner Weise der Situation gewachsen war. Baudouin wollte bekanntlich ins Kloster gehen und es war der Papst, der ihm diesen Schritt verbot. König wider Willen, müde, täglich die Messe lesend, immer von seinem Arzt begleitet, lebte er in einem Rahmen, aus dem heraus nichts anderes als schwächliche, weltfremde Aeusserungen zu erwarten waren. Niemals wird dieser Mann, auch mit noch so vielen Rosenkränzen, wiedergutmachen können, was er 1959 angerichtet hat.

*319 - Kurt Hesse, aaO S. 371

*320 - Prof. Hesse, der selbst den Kongo v o r der Zerstörung bereist hat, spricht schonungslos davon, "dass man glaubt feststellen zu können, dass es nicht mehr den Pioniergeist der ersten Zeit des Kolonialismus gibt und dass eine gewisse Müdigkeit des Handelns der verantwortlichen Persönlichkeiten" kennzeichnend ist.

*321 - Hesse, aaO S. 370

*322 - Hesse, aaO S. 371

*323 - Aus der Erklärung der Belgischen Regierung vom 13. Januar 1959. Bezieht sich auf Art. 73 der Charta der Vereinigten Nationen, in welchem es heisst, dass die Mitglieder "sich verpflichten... die Selbstregierung... je nach den besonderen Verhältnissen..., seiner Bevölkerung und deren jeweiliger Entwicklungsstufe... zu entwickeln".

*324 - Er sah vom Boot aus Menschen am Ufer bis zum Kopf im Wasser stehen. Er fragte, was das zu bedeuten hätte. Man antwortete ihm: "Das machen sie, damit das Fleisch der Gefangenen weich wird." Er hörte Trommeln am Ufer und fragte, was das zu bedeuten hätte. Man antwortete ihm: "Weisses Fleisch, frisches Fleisch".

Als dieses Chaos erneut ausbricht, schreibt der südafrikanische Dichter Stuart Cloete Gedanken im "South African Observer" nieder, die wegen ihres Gewichts auch im weiteren neuafrikanischen Rahmen hier ungekürzt wiedergegeben werden sollen: "Niemals zuvor war wohl ein Mann, der feststellen konnte: "Ich habe es euch ja vorausgesagt", unglücklicher als ich in der Stunde der Kongomorde. Nicht, dass ich der einzige war, der vorausgesehen hatte, was im Kongo geschehen würde, sobald dort "die Freiheit" einzöge. Aber nur ein politisch unabhängiger Schriftsteller konnte die Wahrheit nachdrücklich aussprechen, während jeder Beamte im Kongo von vorneherein wusste, dass seine Warnungen ungehört bleiben würden. Alle aber haben heute, wie ich, die bittere Genugtuung, dass sie Recht gehabt hatten, dass das Befürchtete wirklich ausgebrütet wurde.

Es ist unmöglich, Afrika oder die Afrikaner von aussen her oder nur nach einem Besuch zu beurteilen. Man muss dort leben und Afrikaner beschäftigen, um zu verstehen, wie diese Menschen an die Probleme des Lebens herantreten. Ihre Lebensauffassung wird vielleicht am besten verdeutlicht durch die Feststellung, dass ihnen jede Logik und jeder weitausgreifende Gemeinsinn fehlt.

Ein Beispiel: Eine Meldung berichtete über streikende Arbeiter in Leopoldville, die sich zusammengerottet hätten, weil man ihnen ihre Bezahlung vorenthalten habe. Gleichzeitig trat Lumumba damals auf die roten Teppiche, die man für ihn in Washington ausgelegt hatte, und schaute sich nach 11 000-Dollar-Cadillacs um. Die Tatsache, dass sein Land in Aufruhr war, zahlungsunfähig und am Rande des Abgrundes, störte ihn überhaupt nicht. Der "Bettler auf Schusters Rappen" wurde, wie das alte Sprichwort prophezeit, zum "Gauner im Kutschwagen", oder, besser gesagt, im Cadillac.

Dies alles lag schon in den Karten, als ich 1954 im Kongo mein Buch "The African Giant" schrieb. Und seitdem habe ich immer wieder das gleiche gesagt:

Unter weisser Leitung kann der Afrikaner fast jede Arbeit verrichten; ohne diese Leitung und ohne Kontrolle kann er n i c h t s . Es gibt keine eigenständigen afrikanischen Leistungen. Man meint, in Ghana gehe alles glatt voran, doch wenn die Weissen, die Nkrumah angestellt hat, Ghana verlassen würden, müsste dort sofort alles zusammenbrechen. Liberia wird gestützt von Firestone und den Bona-Hills-Eisenminen; Abessinien lebt von seinen weissen Unternehmungen.

Die Stammesfehden Afrikas, von denen die westlichen Zeitungen berichten, als handle es sich um Raufereien, sind totaler Krieg! Der Stärkere raubt

alles, tötet die Männer, brennt die Dörfer nieder, vergewaltigt die Weiber. Wie sollen UN-Truppen das verhindern? Solange sie anwesend sind, wird der Kampf natürlich unterbrochen; sobald sie abziehen, geht das Morden weiter. Der Kongo müsste also nach seiner "Befreiung" auf lange hinaus von den UN besetzt und verwaltet werden.

Wieso aber sollte diese Verwaltung dann besser ausfallen als die bisherige der Belgier? Wieso sollte das Land jetzt freier sein, wenn es gelenkt wird von einem wirren Haufen von Ideologen und politischen Abenteurern?

Da dem besonnen gesteuerten Fortschritt unter den Belgiern, der die Welt nichts kostete, ein Ende gemacht wurde, müssen jetzt Millionen in den afrikanischen Riesensumpf hineingeworfen werden. Lumumba oder seine Nachfolger fahren fortan im Cadillac, und der Afrikaner im Busch wird schlimmer dran sein denn je zuvor.

Ich habe im Kongo Kooperativen gesehen, voll leistungsfähig, mit den besten Maschinen ausgerüstet, und mit nur einem Weissen, ihnen zu helfen. Und Speiseölfabriken, die vierhundert Arbeiter beschäftigen, unter einem einzigen weissen Manager. Ueberall war rege Beschäftigung; überall sprossten neue Unternehmen. Der Kongo summte wie eine Zither, brummte wie ein Bienenkorb. Eine Mittelklasse war im Kommen. Es wird Jahre dauern, bis dieser Zustand wirtschaftlicher Blüte nach dem jetzt Geschehenen wieder erreicht werden kann.

Die UN-Streitkräfte stossen auf unvorgesehene Schwierigkeiten. Unsere Luftwaffe sagt, sie habe niemals einer schwierigeren Lage gegenübergestanden. Wenn nun Piloten getötet werden, vor wessen Tür werden wir dann klagen? Starben sie für die Freiheit? Für die Demokratie? Oder um "die Welt sicher zu machen" – für einen Lumumba?

Alle Lebensmittel müssen heute eingeführt werden, und Lloyds hat die Versicherungsquote für den Kongo um 300 Prozent erhöht; das zeigt den krassen Unterschied. – Der einzige helle Fleck in diesem düsteren Bild ist Katanga; dort herrscht wenigstens noch eine Art von Ordnung.

Eine Nation wird nur frei, wenn gewisse Vorbedingungen erfüllt sind: Ein Nationalgefühl – nicht Rassen- oder Stammesgefühle; ein sauberer Beamtenapparat, ein gebildeter Personenkreis, der den Staat würdig vertrete, und noch einiges andere mehr. Damit eine Nation dann vorankomme, müssen Erfolgsstreben und Arbeitswille sie beseelen. Ich bin bisher nur einer Handvoll von Afrikanern begegnet, die wirklich arbeiten wollten. Es gibt gewiss welche; aber das sind so wenige, dass sie der Masse gegenüber nicht ins Gewicht fallen.

Es ist wirklich ganz erstaunlich, dass diese grundlegende Tatsache so wenig bekannt ist und von so wenigen Menschen begriffen wird. Afrika hat sich nämlich seit den Tagen Livingstones nicht gewandelt. Es bleibt auch weiterhin der dunkle Kontinent, der es immer gewesen ist, sobald nur der dünne Firnis westlicher Kultur in der modernden Feuchtigkeit seiner Wälder abblättert.

Es besteht nirgends das Streben, aus eigener Kraft voranzukommen – nur der unverdiente Anspruch auf Gleichheit mit Nationen, die Tausende von Jahren gebraucht haben, um sich aus dem Zustand der Barbarei emporzu arbeiten.

Der Afrikaner lebt noch im kindlichen Stadium der Gewalt. Er kann nicht vorausdenken, begründen oder überlegen. Seine Antwort auf ein Problem ist der Speer, die Keule oder das Gift des Medizinmannes.

Sein grösstes Problem sieht er gar nicht: Es handelt sich nicht darum, wie er den weissen Mann los wird, sondern wie er ohne ihn fertig werden könnte. Und dabei steht er dann vor der psychologischen Schwierigkeit, neidisch und grollend mit denen wetteifern zu müssen, die er hasst.

Jedes Problem gleicht in Afrika einer Hydra: Schlage einen Kopf ab, und zehn neue erscheinen. Das Denken, die Gesetze und die Sitten und Gebräuche der Eingeborenen können auch wohlwollendste UN-Beamte nicht so rasch begreifen. Was in einem Bezirk angeht, versagt zehn Meilen weiter.

Das einzige, was der Afrikaner im allgemeinen versteht, ist schroffe Macht. Jedes Entgegenkommen wird als Schwäche angesehen; denn Milde, und nun gar Mitleid, das sind Worte ohne jeden Sinn für ihn.

Vielleicht den tragischsten und bedeutungsvollsten Satz, den ich in Afrika hörte, sprach der ehemalige Generalgouverneur des Kongo, Petillion, als ich ihn einmal befragte. Er sagte: "Man mag sie gut behandeln oder schlecht — der Erfolg ist derselbe."

Niemand hätte die Afrikaner besser behandeln können als es die Belgier taten. Wenn im Kongo jemand einen Neger einen Pavian geschimpft hätte, wäre das als eine öffentliche Beleidigung von Staats wegen geahndet worden; einen Neger zu schlagen war ein schweres Verbrechen. — Und heute? Wie verdorbene Kinder haben sie ihre Wut gegen ihre eigenen Helfer gekehrt, sobald sie glaubten, die Macht an sich gerissen zu haben.

Vielleicht erhellt die belgische Haltung als Kolonialmacht am besten aus dem Titel eines Buches, das von Pierre Rickmans, einem ehemaligen Gouverneur von Ruanda-Urundi, stammt. Er nannte es: "Regieren ist Dienen".

Wie ein Verbrecher muss heute der ausser Kontrolle geratene Kongo wieder an saubere Institutionen gewöhnt werden. Er ist jetzt unser Baby. Wir sind es, die die Anleihen für ihn zu zeichnen haben. Die Dollarflut hat schon begonnen. Es wird interessant sein, in wessen Taschen sie fliesst. Denn die Weissen müssen auch hier den Pfeifer bezahlen, ohne zu wissen, was er ihnen vorspielen wird."

*325 - Ueberhaupt ist der Personenkreis, den die UN im Kongo aufmarschieren lässt, recht einseitig ausgewählt. Hauptberater der UN-Operationen der UN-Truppen im Kongo ist der kommunistische Ghanese Robert Kweku Atta Gardiner. Ralph Bunche, ein Mischblut, das sich aber gerne als Neger bezeichnet, wurde von zwei ehemaligen kommunistischen Negern, Manning Johnson und Leonard Patterson, als Teilnehmer an kommunistischen Versammlungen entlarvt, und alle UN-Polizeiformationen unterstehen dem Vertreter der Sowjetunion, Eugeny Kiselev.

*326 - Erinnert auffällig an die Gewohnheiten des amerikanischen Heeres bei der "Befreiung" Europas. In Italien "verschwanden" damals ja allein 60 000 Lkw nach offizieller Mitteilung der italienischen Regierung.

*327 - Es wird dieses bekannt, obwohl sämtliche grossen Nachrichtenagenturen diese Tatsache verheimlichen. Sie machen sich damit unzweifelhaft zu Komplizen des Geschehens.

*328 - Ein nicht unerheblicher Teil bleibt dabei im Sudan hängen, wo man so etwas sehr gut im Kampf gegen die eigenen Nordprovinzen gebrauchen kann.

*329 - "der von der Zentralregierung als Kommunist betrachtet wird", sagen die Nachrichtenagenturen, um Zweifel an dieser Tatsache zu äussern, und um so zu motivieren, warum die UN ausgerechnet gegen das friedliche Katanga rüsten, anstatt gegen Stanleyville, wo die sowjetische Liquidierungsmaschinerie damals schon auf höchsten Touren lief. So sekundieren die Nachrichtenagenturen in wesentlicher Form den New Yorker Aggressionsplan.

*330 - Viel bezeichnender ist das Titelbild der "Time", welches ihn in seiner ganzen Grösse darstellt, als er im Begriff steht, erneut nach Afrika abzufliegen. Das Foto ist in dieser Art ungewöhnlich. Seine Füsse stehen in einem deutlichen rechten Winkel zueinander. Noch deutlicher wird diese seltsame Fussstellung gemacht, da er auf einer schräg dazu verlaufenden Eisenbahnschiene steht. Es ist die Fussstellung, die allen Freimaurern anzeigt, dass jemand "im Auftrage" handelt. Man nehme bitte diese Beobachtung sehr ernst. Es handelt sich nicht um eine Nebensächlichkeit. Der ganze Ablauf des Geschehens, das völlig Fruchtlose aller europäischen sachlichen Einwände, das Zurückziehen derselben dann ohne Grund, zeigt, dass der eigentliche Plan hinter den Kulissen längst festgelegt ist, und man ihm in allen "demokratischen" Regierungen gehorcht. Und es darf die Frage aufgeworfen werden, ob es die Todesstrafe für beabsichtigten Ungehorsam war, wenn Dag Hammarskjoeld mit dem von den UN gestellten Flugzeug ausgerechnet umkam, als er zur Versöhnung mit Tschombé fliegen wollte.

*331 - Es ist nichts Aussergewöhnliches, dass westdeutsche Illustrierte die Smear-Politik gegen diese Truppe mitmachten. Im Gegensatz dazu stimmen alle Augenzeugenberichte darin überein, dass es sich bei diesem Verband um eine Truppe gehandelt hat, die in jeder Beziehung einwandfrei und sauber vorging. Die Memoiren Oberst Hoares bestätigen die hohen ethischen Grundsätze dieses hervorragenden Offiziers. Haltung und Leistung dieses Verbandes stehen weit über allen sonstigen, vorherigen oder nachherigen Söldnergruppen in Schwarzafrika.

*332 - Dabei muss festgehalten werden, dass es sich jetzt um mehrere verschiedene, neu angeworbene Gruppen handelt. Der Grundsatz des Oberst Hoare war noch, "jeden Tag zu beten, ritterlich im Kampf und unbeugsam in der Verteidigung zu sein, zu helfen, eine Bastion der christlichen Zivilisation gegen den Kommunismus zu verteidigen". Das waren die Männer, die mit Tschombé befreundet waren. Jetzt bildete der französische Oberstleutnant Robert Denard das "Kommando Sechs", welches praktisch ohne Entgelt und "zur Verteidigung der westlichen Zivilisation" kämpft, und damit ganz anders zu beurteilen ist wie das "Kommando Fünf" des englischen Oberstleutnants John Peters, Nachfolger von Hoare, "der seine Männer anhält, demjenigen zu folgen, der am meisten zahlt. Die Ideologie ist Nebensache".

*333 - Wobei es zu in zweierlei Hinsicht bemerkenswerten Vorgängen kommt. Die Verwaltungsratssitzung wird in Luxemburg abgehalten und dem belgischen Regierungsvertreter der Zutritt von den wortführenden Amerikanern verweigert (19.8.66). Obwohl die Versammlung nicht entfernt die nach den Statuten für eine Liquidation notwendigen 80% der Stimmen aufweist, wird die Auflösung "beschlossen". In Brüssel aber schreiben die konservativeren Zeitungen warnend "Belgien habe die Absicht, durch einen weiteren Schwächeanfall den General Mobutu zu beruhigen und ihm eine Milliarde Frank werte, beschlagnahmte Investitionen im Kasai, auch noch zu schenken", während die sozialistische Presse aus ihrer bekannten komischen Einstellung zur Welt heraus meint, "eine solche Haltung könne die Stellung der belgischen Regierung bei den künftigen Verhandlungen mit Kinshasa nur stärken". Es ist wirklich unverständlich, wie man eine schwächliche Haltung noch befürworten kann nach allem dem, was gerade Belgiern im Kongo geschehen ist.

Die Union Minière ihrerseits wendet sich im Oktober 1968 in ihrem Konflikt über die Schürfrechte in Katanga gleichzeitig mit der Kongoregierung

um Vermittlung ausgerechnet an Mc Namara, den Präsidenten der Weltbank. Diese Institution ist es also, die im Endergebnis das letzte Wort mit Zustimmung beider Parteien in dem zentralen Fragenkomplex der Kongoaktion zu sprechen hat. Die von Bruce aufgeworfene Frage kann also mit gutem Recht positiv beantwortet werden: Katanga wurde meistbietend versteigert.

*334 - In zwei Richtungen hat man bezüglich der Urheber dieses Piratenstücks gefahndet: CIA und Belgien. Letzteres scheint nach allem Bekanntgewordenen das wahrscheinlichere. Jedenfalls hat sich Algeriens Staatschef Boumedienne nicht von den Forderungen Mobutus auf Auslieferung überrennen lassen, sondern den klügeren Weg auf Rücksendung im geeigneten Moment des ihm so überraschend aufgedrängten Gefangenen gewählt.

*335 - Während sich die deutschen Zeitungen und Zeitschriften, so, wie die nordamerikanischen, nicht genug tun können in abfälligen Bemerkungen über diese "Söldner", erhält die Welt durch französische und belgische Veröffentlichungen ein wahres Bild von diesen Vorgängen. Die sauberen Absichten, die saubere Kriegführung, der Schutz der Verfolgten, die allgemeine Zustimmung, die sie von allen Seiten aus dem Kongo erhalten, die Möglichkeit, dieses Land wieder in ordentliche Bahnen zu bringen, wenn man ihnen die notwendigen wenigen Mittel zur Verfügung stellt, zeigen, was in Wirklichkeit vorgeht. In Brüssel treffen die überlebenden Weissen aus Stanleyville und Bukavu ein und sind des Lobes voll über ihre Retter Schramme und Denard. Nur ein einziger, ein Deutscher, behauptet das genaue Gegenteil: die Söldner hätten erst die Unruhe ins Land gebracht. Der Mann ist – Ehrenkonsul der Bundesrepublik Deutschland. Die ganzseitigen Fotos im "Paris Match" strafen ihn Lügen, wem nicht sein Titel hier draussen schon genügend sagen sollte.

*336 - Im Blutrausch bricht der Kongo sogar die diplomatischen Beziehungen zu Ruanda ab, weil es eine "antiafrikanische Haltung" an den Tag gelegt habe. 2000 ebenfalls Asyl suchende ehemalige Katangagendarmen werden im Sudan im Januar 1968 angesiedelt. Das ihnen gemachte Angebot auf straffreie Rückkehr in ihre Heimat nehmen sie klugerweise nicht an. Sie wissen besser als sozialistische Zeitungen, was es in Afrika bedeutet, ohne Waffen aufzutreten.

*337 - Das Bestehen, ja der weitere Ausbau von Rebellenausbildungslagern zB in Brazzaville, mit dem offen ausgesprochenen Ziel, mit Hilfe Gizengas die Regierung Mobutus zu stürzen und im Kongo endlich die schon von den UN-Behörden angestrebte Linkswendung vollziehen zu können, ist deutliches Zeichen für den Wahrheitswert von UN-Beteuerungen ("Aux Ecoutes", Paris Nr. 2272/68).

*

AEQUATORIAL-GUINEA

heisst seit dem 11. Oktober 1968 das ehemalige Spanisch-Guinea. Es besteht aus zwei Teilen, dem auf dem Festland gelegenen Rio Muni und den Inseln Fernando Poo und dem kleineren Annobon. Die Entwicklung der beiden Teile war unterschiedlich, die Inselwelt als Touristenziel und Bananenproduktionsgebiet weiter

fortgeschritten als der festländische Teil.(*338) Die UN drängten dauernd in den Sitzungen ihrer Sonderkommission zur "Entkolonialisierung", dass Spanien endlich seine Herrschaft dort aufgebe. Doch Spanien liess sich zunächst Zeit und schob diesen Schritt hinaus, da er weder von den führenden Eingeborenen noch von den bisherigen Kolonialherren als glücklich angesehen werden konnte. Am 10. Februar 1968 wurde in einer Kabinettssitzung unter General Franco beschlossen, zunächst einmal eine konstitutionelle Konferenz der Beteiligten einzuberufen. Es ergab sich dabei, dass man im Kolonialgebiet selbst weitgehend einem Abzug der Spanier ablehnend gegenüber stand. Kaffee und Kakao geben dem Land eine wirtschaftliche Prosperität, die den Neid der Anlieger schon längst geweckt hat. Dank dem von Spanien betriebenen Paternalismus gibt es in Spanisch-Guinea eine solide afrikanische Bauernklasse. Auch ohne das leere Schlagwort "Entwicklungshilfe" zu benutzen, hat man seit Jahrzehnten im spanischen Kolonialministerium gewusst, dass die Grundlage der Wirtschaft in einer gesunden Landwirtschaft liegt. Das wurde hier erreicht, während dort, wo FAO, UNO, Weltbank usw. eingreifen, das Elend sich ausbreitet. Durch das Wirken der seit 1882 tätigen Clarentiner ist das Gebiet fast völlig katholisch geworden und die Bevölkerung spricht einheitlich spanisch. Seit 1963 besteht Autonomie und die Beamtenschaft (viele schwarze Akademiker) rekrutiert sich ohne Ansehen der Hautfarbe aus den sich zur hispanischen Welt zählenden Bewohnern. Diese teilen sich stammesmässig in die Fang auf dem Festlande (180 000) und die Bubi auf den Inseln, zu denen dort aus Nigeria angeworbene Ibos als Plantagenarbeiter kommen. Die zahlenmässige Ueberlegenheit des Festlandes (10 zu 1) gegenüber der wirtschaftlich viel weiter entwickelten Insel, sowie die Stammesunterschiede sprechen gegen eine gemeinsame Entlassung in die Unabhängigkeit. Trotzdem lässt dann Spanien plötzlich alles Verantwortungsbewusstsein gegenüber diesen Afrikanern fahren, und verfügt (gegen die Stimmen der beiden farbigen Parlamentarier aus Spanisch-Guinea und entgegen etwa 40% der dann zum Volksentscheid aufgerufenen Bevölkerung) im August 68 die Unabhängigkeit in einem einzigen Staat mit Hauptstadt Santa Isabel auf Fernando Poo. Alle neuen Parteien nennen als Ziel ihres Kampfes die Revision der Verfassung. Die einen wollen die Trennung von Insel und Festland, die anderen deren engere Zusammenfassung. Und diese seltsame Befreiung angesichts eines aus gleichen Gründen blutenden Biafras geschieht aus dem einzigen Grunde, um bei dem auf solche neue Untat drängenden UN-Ausschuss für Entkolonialisierung Unterstützung für die Ansprüche auf Gibraltar zu erhalten!

---

*338 - Wenig bekannt ist, mit welcher Liebe spanische Gelehrte sich um die völkerkundliche Erforschung dieses Gebietes bemüht haben. Das kleine ethnographische Museum von Spanisch-Guinea mit seinen reichen Schätzen in Barcelona legt beredtes Zeugnis davon ab.

*

AETHIOPIEN

beweist mit seiner Existenz, dass Afrika nicht der einheitliche Negerkontinent ist, als den man es gerne anmalen möchte. Die machttragende Schicht der Amharen, die von den Kernländern Begemder, Godscham, Schoa und Wolla aus in den letzten hundert Jahren ihre Macht ausdehnte, wanderte dereinst aus Südarabien ein, nahm dann im 4. Jahrhundert das (monophysitische, koptische) Christentum an und hatte sich bald darauf schon der auch heute wieder spürbar werdenden islamitischen Umklammerung zu erwehren. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts herum herrschte Anarchie in Abessinien. Ein aus Quara gebürtiger Amhare namens Cassa konnte unter seiner Herrschaft einen grossen Teil des Landes vereinen und ernannte sich als Theodoros II. zum König der Könige (Namensanlehnung an den Herrscher, der dereinst kommen werde, um am Ende der Tage Ordnung auf dieser Welt zu schaffen). Zugleich mit einer energischen Festigung des Christentums verband er eine streng antimuselmanische Politik. Er träumte von der Befreiung Jerusalems von den Türken und wählte sich Engländer als Berater, da ihm die Franzosen als Beschützer des Katholizismus verdächtig waren. Doch kam es zum Kampf mit den aus Aegypten anrükkenden Engländern infolge der feindseligen Haltung, die er den an seinem Hofe befindlichen Engländern eigentlich ohne sachliche Gründe dann zeigte. Angesichts des englischen Heeres beging er 1868 Selbstmord. Die Engländer liessen das Land erneut in Anarchie zurück. Aus dieser arbeitete sich mit englischer Unterstützung der Ras Cassa von Tigre als Johannes II. empor und bemühte sich, die gegen die Nilquellen vorrückenden Aegypter zu bekämpfen. Im Einverständnis mit den Engländern landeten die Italiener gleichzeitig Truppen auf der Insel Massaua, um von dort aus Kassala und den Nil zu erreichen. Die Einnahme Khartums durch die Mahdisten liess die Italiener jedoch von diesem Vorhaben absehen. Sie beschränkten sich auf die Besetzung Asmaras. Johannes seinerseits zog den Ruhm eines Heiligen Krieges vor und wandte sich gegen die Derwische anstatt gegen die Italiener. In diesen Kämpfen liess er 1889 sein Leben. Seine Nachfolge usurpierte Menelik, Ras von Schoa, "verwandt" mit der mystischen salomonischen Dynastie. Dieser schloss zunächst den Vertrag von Utschalli mit Italien. Letzteres legte diesen als Protektoratsgrundlage bezüglich ganz Aethiopiens aus, sodass es zu erneuten Kämpfen kam, die mit der völligen Niederlage des kleinen italienischen Heeres bei Adua führte.(*339) Im Vertrag von Addis Abeba 1896 erkannte Italien die Unabhängigkeit Abessiniens an. Menelik setzt dann seine Eroberungen in verschiedenen Himmelsrichtungen fort. Die neuen Gebiete werden wie Kolonien behandelt und direkt vom Ras von Schoa mit seinen eigenen Leuten ausserordentlich streng verwaltet.(*340) Die europäischen Staaten errichten Gesandtschaften in Addis Abeba.(*341) In der Reihenfolge der Herrscher besteigt dann Ras Tafari 1930 den Thron als Kaiser Haile Selassie, mit Unterstützung der Engländer schon seit 1917 als Thronfolger vorgesehen. Im Jahre 1935 kommt es erneut zum Krieg mit Italien, welches diesmal trotz der starken internationalen, insbesondere englischen Widerstände (*342) das gesamte Territorium erobert. Am 9. Mai 1936 verkündet der Duce vom historischen Balkon des Palazzo Venezia in Rom aus die Errichtung des Imperiums. Der König von Italien führt fortan gleichzeitig den Titel eines Kaisers von Abessinien, ähnlich wie die englischen und indischen Titel sich in der Person des englischen Königs vereinen. Marschall Graziani löst den Marschall Badoglio ab und wird zum Vizekönig ernannt. Das gesamte Italienisch-Ostafrika wird in fünf Verwaltungsregionen eingeteilt: Eritrea, Somalia, Harar, Amara, Galla und Sidama. Es beginnt eine Zeit sehr aktiver Kolonialisierung. Schon in

Kürze kann man von einem vorbildlich verwalteten und befriedeten Gebiet sprechen. Italien schenkt der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung alle ihm nur mögliche Aufmerksamkeit. Saubere rechtliche Verhältnisse lösen die Methoden der abessinischen Feudalherren ab. Doch alles dieses ist nur vorübergehend. 1941 wird das vom Mutterland abgeschnittene Gebiet von Engländern in harten Kämpfen erobert. Getreu den Grundsätzen dieser antieuropäischen Macht wird von den britischen Soldaten auf Befehl ihrer Oberen alles zerstört, was an italienische Zivilisationsarbeit erinnert. In den modernen Häusern werden sogar die Kacheln in den Bädern von Tommies zerschlagen. Unter diesen Auspizien zieht der Negus wieder ein. Aethiopien schliesst sich als selbständiger Staat dem Kreuzzug der Alliierten gegen Europa an.

Doch der Negus erweist sich klüger als seine westlichen Freunde. Er bemüht sich darum, die Italiener als Arbeiter im Lande zu halten. Er bietet italienischen Neueinwanderern Arbeitsmöglichkeiten. Mit dem Ziel, den Staat endgültig zu modernisieren, beginnt er dann später ein umfangreiches Bauprogramm, in welchem er sich nicht scheut, weitgehend auch Israelis wie die Firma Solel Boneh zu engagieren.(*343)

Auf politischer Ebene ist er weitaus weniger grosszügig. Obwohl ihm 1952 Eritrea auf UN-Beschluss hin ausdrücklich nur als autonomes Gebiet föderativ angegliedert wird, vereinigt er dieses Gebiet dann doch vollständig mit dem übrigen Aethiopien. Er erlebt daher die Erhebung der Bevölkerung, die er bis heute hin nur mit bedeutendem Einsatz von Waffengewalt in Grenzen halten kann. In einer Rede in Asmara im Januar 1967 meint der Kaiser: "Die Gesetzlosen, die wir bekämpfen, sind Elende, welche vom Ausland Geld annehmen, um die Subversion unter ihre eigenen Brüder zu tragen, aber Aethiopien verfügt über die erforderlichen Hilfsmittel, um seine Integrität zu verteidigen." Gelder kommen vom Sudan und von Aegypten, obwohl die dortigen Regierungen offiziell Neutralität wahren. Die Stadt Kassala im Sudan ist Mittelpunkt dieser Unterstützungsaktionen und Zufluchtsort der Emigranten. Die Beni Amer und Beja helfen sich beiderseits der von Aethiopien gezogenen Grenze. Mit Sondereinheiten des von Nordamerika ausgerüsteten und ausgebildeten Heeres zieht man derzeit einen breiten Streifen "verbrannter Erde" ihr entlang, um den Nachschub zu erschweren. Die Khatmiya im Nordostsudan ist einflussreich auch in den mohammedanischen Gebieten Eritreas und verstärkt so auf geistig-politischer Ebene den natürlichen Widerstand gegen den Terror der Amharen.

Weiter südlich an der äthiopisch-sudanesischen Grenze liegen die Dinge umgekehrt. Dort flüchten christliche Neger aus den sudanesischen Aequatorialprovinzen nach Abessinien und der Sudan spricht von äthiopischen Grenzverletzungen durch Truppen, die sudanesische Dörfer überfallen. Ausserdem ziehen äthiopische Nomaden unter Missachtung der nicht klar verlaufenden Grenze immer wieder in Sudangebiete und bilden die Gefahr der Ueberfremdung dieser Grenzbereiche. Der Besuch des Negus in Khartum im April 1967 führte nicht zur Befriedung an dieser Grenze, liess vielmehr diesen latenten Kriegszustand bestehen.

Im Osten hat Aethiopien sich ebenfalls Gebiete aneignen können, die in keiner Weise zum amharischen Siedlungsgebiet gehören. Während die Italiener noch bei ihrer Aufteilung das Gebiet von Ogaden zur Provinz Somalia schlugen, da tatsächlich dieses als Weideland der Somalis natürlicher Teil desselben ist, haben dann die Engländer nach ihrer Besitzergreifung 1941 Ogaden abgetrennt und verwaltungsgemäss ihrem Britisch-Somalia zugeteilt und erst 1954 wieder aus der Hand gegeben, allerdings n i c h t an Somalia, sondern an Aethiopien. Dieses gewährt den Somalis ein theoretisches Weiderecht. Die Folge dieser äthiopischen Aggressionen ist eine vollkommene politische Lageverschiebung in

Somalia (s. d.) zugunsten Sowjetrusslands.

Frankreich tritt ebenfalls einen bedeutenden Gebietsstreifen seines Somalilandes im Jahre 1954 an Aethiopien ab und verlängert so dessen Rotmeerküste, vergrössert so aber auch den Kranz fremdvölkischer Staatsteile, den Abessinien sich einverleibt hat.

Diese praktische Politik des Negus widerspricht den grossen Worten, die der geschickte Staatsmann im weiteren afrikanischen Bereich von sich gibt. Vor der Gefahr, dass es Nasser gelingen würde, die schwarzen Kinder vor seinen Wagen zu spannen, errichtete der Negus mit gern gewährter amerikanischer und zionistischer Unterstützung so schnell wie möglich in seiner Hauptstadt den organisatorischen Rahmen für gesamtafrikanische Kongresse und Organisationen. Die Afrikahalle, ein Verwaltungshochhaus, Gebäude für das Generalsekretariat der OUA, alles mit amharischem Verwaltungspersonal voll ausgestattet und alles dieses pünktlich vom Negus bezahlt, ist das wohlüberlegte Geschenk des Alten an Afrika. Der Wirtschaftsausschuss der UN für Afrika, die EKA, hat sich ebenfalls in Addis Abeba niedergelassen, welches so jährlich mit rund 200 Konferenzen rechnen kann.

Doch, so wie der Negus nach uralter amharischer Tradition die als minderwertig empfundenen schwarzen Nachbarn zu terrorisieren pflegt, herrscht auch im Inneren nach wie vor trotz mancher nach aussen glänzender Reformen im wesentlichen das alte Lehnssystem weiter. Im Jahre 1955 wurde den Bauern, die weniger als 40 ha Land bearbeiteten, dieses als ihr Eigentum übertragen, doch die Ländereien der Gaufürsten (*344) und der Kirche und Klöster bilden weiterhin einen beachtlichen Teil des landwirtschaftlich genutzten Bodens. Politische Parteien gibt es nicht, sondern nur Berufsorganisationen. Die soziale Unruhe im Lande machte sich denn auch in einem Palastaufstand im Dezember 1960 bemerkbar. Der Negus konnte ihn mit anderen Truppen schnell niederwerfen und sah sich gezwungen, einer Wiederholung mit sozialen Reformen zu begegnen. Dennoch ist es offenes Geheimnis, dass nur die Persönlichkeit des derzeitigen Kaisers noch die Ruhe im Lande aufrechterhält. Niemand wagt, über die zukünftige Entwicklung Prognosen anzustellen.

---

*339 - Das grausige Abmurksen desselben bis auf den letzten Mann lag den Italienern noch 1935 bei der erneuten Eroberung Abessiniens schwer in den Knochen.

*340 - Der deutsche Journalist Ruppert Recking, der eine sehr gewagte Expedition vom Oberen Nil nach Addis Abeba in jenen Jahren macht, erzählt (aaO S. 242) u.a.: "Neben politischen und religiösen sind es vor allem wirtschaftliche Beweggründe, welche die Habeschi wie schon im Altertum und im Mittelalter auch in der Neuzeit in den Kampf gegen die in den äthiopischen Hochlanden bodenständigen Völker reissen. Aethiopien, das Reich der Habaschat, ist erst auf dem Wege, sich zu einem Staat im europäischen Sinne zu formieren. Seine Entwicklung zeigt manche Aehnlichkeit mit dem Aufstieg der grossen Sultanate des kämpferischen Islam. Eine nomadische Krieger- und Herrenkaste stürmt gegen reiche Schollenbewohner an. Richtet auf ihrem Rücken eine Militärdespotie auf. Die Eroberer saugen ihre Opfer erbarmungslos aus, ohne ihnen als

Entschädigung eine höhere Kultur zu bringen. Wo immer die Habeschi herrschen, Landwirtschaft, Handwerk, jede produktive Tätigkeit bleibt in den Händen der kuschitischen Ureinwohner. Diesen gesellen sich mit der Zeit Mischlinge zu. Denn überall und immer auf dieser Erde rächt die Frau des Besiegten die Knechtung des Mannes, indem sie den Eroberer in ihren Schoss zieht. Der Kaffitscho (Einwohner der Provinz Kaffa, dem Ursprungsland des Kaffees), der Galla, bauen ihr Haus fest und dauerhaft als Heimstätte für Kind und Kindeskind. Der Habeschi, ein echter Semit, wird nie bodenständig. Wie sein südarabischer Vorfahr als Händler von Land zu Land gezogen, so ist auch er bis auf den heutigen Tag ein Nomade geblieben. Leichten Herzens bricht er sein hölzern Zelt ab, nimmt es mit, wenn es ihn nach neuem Wohnsitz gelüstet. Die Städte der Amhara sind mit Ausnahme des von Portugiesen begründeten Gondar und der neuen Kapitale Addis Abeba kaum mehr als grosse Zeltlager des Herrschers, seiner Offiziere, seiner Soldaten, seines Trosses. Als Waldverwüster sind die Amhara darauf angewiesen, immer wieder neue Gebiete zu erobern, nach dem Mittelland vorzudringen in dem Masse, in dem das Hochland, des Baumschutzes beraubt, verkarstet. Meneliks Reich konnte nur Bestand haben, wenn er das südäthiopische Kaisertum der Kaffitscho vernichtete. Erst der Besitz von Kaffa sicherte den Abessiniern die unumschränkte Vorherrschaft über Nordostafrika.

Ein Herzog der Kaffa meint (aaO S. 254): "Die Amhara haben ein reiches Land erobert. Aber der Reichtum dieses Landes ruht in dem unermesslich fruchtbaren Boden. Wer ihn heben will, muss diesen Boden bebauen. Die Amhara haben Wälder gefressen. Sie werden weiter Wälder fressen. Der Boden, die Ackerkrume bedeuten ihnen nichts. Sie sind Krieger, sie treiben Handel. Sie schreiten über die eroberte Erde gleichgültig hinweg.""

Man muss sich diese abessinischen Verhältnisse vergegenwärtigen, um zu verstehen, mit wie wenig Recht Aethiopien sich erdreisten konnte, vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag eine Klage gegen Südafrika wegen "Unterdrückung der Völker Südwestafrikas" vorzubringen. Mit wieviel mehr Recht könnte eine solche Anklage gegen Aethiopien gerichtet werden!

*341 - Bemerkenswert ist das zaristische Interesse, gestützt auf die gemeinsamen christlichen Bande. Vgl. dazu die sehr interessanten Darstellungen in Ruppert Recking, "Ein Journalist erzählt", II. Band, Stuttgart 1936.

*342 - Der Völkerbund verhängt Sanktionen gegen Italien. Dieses muss in Lybien zwei Divisionen aufstellen, um britischen Truppenzusammenziehungen in Aegypten zu antworten. Der Nachschub des Negus geht über die Eisenbahn aus dem französischen Dschibuti und auf dem Landwege von Kenia aus. Das Abschneiden dieser Linien ist erstes strategisches Ziel der italienischen Truppen. "Den Farbigen in aller Welt", schreibt Drascher aaO S. 139, "bot sich das fast groteske Bild, dass Engländer und Franzosen ihre Sanktionen gegen Italien damit begründeten, dass die Epoche des gewaltsamen Kolonialismus vorbei sei und keinem Volk das "natürliche" Widerstandsrecht gegen eine koloniale Ueberfremdung versagt werden könne. Das war beinahe das, was der Engländer "cant" zu nennen pflegt. Der eigene Kolonialismus war erlaubt, sogar aus zivilisatorischen Gründen gerechtfertigt; aber derjenige des Rivalen war blutige Vergewaltigung."

*343 - Die Jugoslawen bauen den Hafen von Assab aus, Franzosen bereiten den Bau einer weiteren Eisenbahn von Nazreth an der Dschibutibahn bis nach Dila im Westen (Sidama) vor. Bedeutende israelische Handelsniederlassungen befinden sich in Asmara in Eritrea. Es gibt nur sehr wenige Allwetterstrassen.

*344 - Typisch für das Bergland ist die Bildung von Tafelbergen, sogenannten Ambas, die voneinander durch sehr tiefe und steile Gräben getrennt sind. Auf solchen Ambas liegen die verschiedenen Gaue, deren Beherrschung dank der geographischen Gegebenheiten weitgehend unabhängig erfolgen kann.

*

DIE AFAR-UND ISSA-KUESTE

das ehemalige Französisch-Somaliland, hat sich 1967 in allgemeinen Wahlen ausdrücklich zum Verbleib bei Frankreich entschieden. Unruhestifter in den Elendsvierteln Dschibutis wurden in ihr Ursprungsland Somalia auf LKW zurückverfrachtet, Terroristen erschossen.(*345) De Gaulle denkt nicht daran, sich der internationalen Gosse zu beugen.

---

*345 - Vgl. "Paris Match" Nr. 938/67 mit dem Augenzeugenbericht über die Unruhen in Dschibuti. Für den Verbleib bei Frankreich stimmten die Afar und Issa, dagegen die aus dem Süden eingedrungenen Somali. Diese hatten eine relative Mehrheit in der Stadt Dschibuti selbst, während das flache Land hundertprozentig das Ja für Frankreich abgab.

*

SOMALIA

entstand 1960 aus der Vereinigung des bisherigen Britisch-Somaliland und dem seit Kriegsende nur noch als Mandatsgebiet verwalteten Italienisch-Somaliland. London und Kairo waren die beiden Pole, zu denen das Land im Augenblick der Unabhängigkeit noch schaute. Heute gibt es eigentlich nur noch einen einzigen Pol, und der heisst Moskau, denn die beiden ersteren erwiesen sich den Somalis als Missweiser. Denn, einheitlich bevölkert von Somalis, bemüht sich dieser wohl einzige Nationalstaat Afrikas ohne fremdvölkische Probleme um Einbeziehung der Auslandssomalis an seinen Grenzen. Da England die von Somali bewohnten Gebiete Haud und Ogaden (letzteres in offener Abänderung der von den Italienern übernommenen Besitzverhältnisse) bei seinem Abzug an Aethiopien abtrat, zugleich verkündete, dass es Gebietserweiterungen Somalias nicht unterstützen würde, verlor damit die letzten Sympathien. Dass es dann Kenia bei der Verteidigung seiner Nordgebiete gegen die Ansprüche der dort wohnenden und weidenden Somali half, führte im März 1963 zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit England. Dass die Briten bei ihrer Besetzung des italienischen Teiles 1941 sofort alles nur irgendwie Brauchbare abtransportieren liessen und

dem Land alles stahlen, was Italien dort investiert hatte, ist in der übrigen Welt damals wohl nicht bekannt geworden, hat man aber in Somalia bis heute nicht vergessen, denn Somalis sind eben keine Deutschen. Sowohl in den von äthiopischen Heereseinheiten besetzten Weidegebieten von Ogaden und Haud, wie auch in Nordkenia herrscht ständige Bandentätigkeit. Im Februar 1964 kam es vorübergehend zu regelrechten Kriegshandlungen mit Aethiopien, welches Hargeisa, die zweitgrösste Stadt Somalias, mit Flugzeugen angriff und trotz eines vom Sicherheitsrat verfügten Waffenstillstandes weitere Ortschaften mit Maschinengewehrfeuer vom Flugzeug aus beschiessen liess.

Die Unabhängigkeitsfeiern am 1.Juli 1960 gingen in Mogadisco unter einem Meer von Fahnen vor sich, italienischen und solchen des neuen Staates. UN-Fahnen aber fehlten vollständig, ebenso wie man britische Fahnen nicht sah. Noch heute gibt es Italiener im Lande, insbesondere in den von ihnen angelegten Bananenpflanzungen im Süden. Sie nennen sich "gli insabbiati", die im Sande Steckengebliebenen. Mit Somalia verlor das so kolonisatorisch begabte Italien seine letzte Ueberseebesitzung. So wollte man es in New York.

Trotz der feindseligen Haltung Englands, trotz der Tatsache, dass die Amerikaner das äthiopische Heer aufstellen und dort Flugplätze anlegen, trotz der feindseligen Haltung der Franzosen in Dschibuti, welches man als Teil von Somaliland betrachtet, versuchte Präsident Aden Abdullah Osman dennoch, die Aufrüstung des neuen Staates mit westlicher Hilfe durchzuführen. Ein Plan wurde vorgelegt, wonach Italien und die USA die Waffen liefern und die Bundesrepublik (sic) die Ausbildung übernehmen sollte. Man wollte Somalia ein 10 000 Mann-Heer schenken. Doch das schien diesem zu wenig, sodass der damalige Ministerpräsident (und heutige Präsident) Dr. Abdirashid Ali Sharmake brüsk die Verhandlungen abbrach und sich an Moskau wandte. Dieses ist seitdem (November 1963) dabei, in Somalia ein schlagkräftiges 20 000 Mann-Heer aufzustellen.

Damit ergibt sich zu beiden Seiten des Tors der Tränen heute eine sehr bemerkenswerte veränderte strategische Lage. Der Südjemen hat den Sowjets einen Hafen zur Verfügung gestellt, über Flugplätze verfügen sie im Jemen, in Südjemen und in Somalia. Sie können also den Zugang zum Roten Meer wirksam blockieren – auch gegen israelische Fahrzeuge. Dessen Sieg gegen Aegypten im Golf von Akaba 1963 ist also durch diese neue Situation strategisch (wenn auch nicht in wirtschaftlicher Beziehung, wie wir sahen) wettgemacht worden. Auch die vorgesehene Bewaffnung Israels mit (französischen) Raketen, welche bis in die entfernteren Hauptstädte der arabischen Welt reichen, ändert nichts an diesem Zustand einer latenten Belagerung. Dass Sa'ud-Arabien einerseits und Aethiopien andererseits zu Stützpunkten für die USA ausgebaut werden, beweist, dass man die Gefahr erkannt hat. Die in beiden Hinterländern heute schon nicht mehr schweigenden Waffen sollen den Rücken freihalten für allfällig notwendig werdende Aktionen an den Küsten. England hat auch hier eine Aufgabe im Stich gelassen, die es für Europa und für den Frieden in der Welt hätte durchführen sollen.

Schon gleich nach dem Kriege sprechen die italienischen Zeitungen von der Armut und der Trostlosigkeit, die in Italienisch-Somaliland mit der britischen Besetzung einzogen. Stolz tragen die Stammesführer der Somali ihre italienischen Auszeichnungen. Sie bestimmen auch heute noch das politische Spiel, welches nach aussen hin eine Gruppe von Parteien bestreitet. Der neue Präsident hat ihre volle Unterstützung mit seiner Forderung nach Errichtung eines Gross-Somalia, nicht aber in jeder Beziehung sein Wunsch auf verstärkte Zusammenarbeit mit dem Ostblock und Einführung sozialistischer Massnahmen.

Die Schliessung des Suezkanals und die Besiegung Aegyptens 1967 haben die Regierung Somalias gezwungen, die nationalen Ziele zurückzustecken. Die

dadurch erfolgte Unterbrechung der Bananenausfuhr nach Italien hat das Land in Devisenschwierigkeiten gebracht. Die Entwicklungsprojekte brachten bisher weniger Einnahmen als die Pflicht zur Rückzahlung der Anleihen und Zinsen nötig machte. So bemühte sich die Regierung, zu einem Frieden mit den Nachbarn, insbesondere Kenia und Aethiopien, zu kommen, obwohl die Vereinigung der dortigen Somaligebiete mit Somalia sogar in der Verfassung verankert ist. Somalia hat jedoch feststellen müssen, dass es auch auf der afrikanischen politischen Ebene keine Zustimmung für seine Pläne findet. Würde man damit anfangen, völkische Grenzen an Stelle derjenigen der Kolonialmächte zu setzen, so würde ja ganz Schwarzafrika neu aufgeteilt werden müssen. Die Musik vom Selbstbestimmungsrecht der Völker hat daher in Schwarzafrika einen recht blechernen Klang.(*346)

---

*346 - Auch, wenn es bundesdeutschen Diplomaten gelingt, afrikanischen Bettlern Phrasen zu entreissen, die man meint, im Kampf gegen die DDR als wertvollen Gegenwert für seine Millionen DM einkassiert zu haben. Da heisst es zB in einer Rede des Schleswig-Holsteinischen Ministerpräsidenten Kai Uwe von Hassel in Lome, "dass das Eintreten Togos für das deutsche Recht auf Selbstbestimmung vor der UN-Vollversammlung für den Beschluss der Bundesregierung, Togo Wirtschaftshilfe zu geben, mitbestimmend gewesen sei" (12.1962), und Bonn vermerkt erfreut, dass Grunitzki im November 1964 bei einem Besuch in Bonn verspricht, "Togo werde bei den Vereinigten Nationen die legitimen Ansprüche des deutschen Volkes auf Wiedervereinigung unterstützen". Und nachdem der deutsche Staatssekretär Lahr (um nur einen weiteren von so vielen ähnlichen Fällen zu nennen) im März 1966 als erster deutscher Regierungsvertreter die Staaten Niger und Kongo/Brazzaville aufsucht, erklärt er als Ergebnis seiner Reise, er habe "viel Interesse für die deutsche Frage gefunden, sodass man von einer afrikanischen Aufgeschlossenheit sprechen könne". Man meint, diese durch Negerstaaten lösen zu können! Bonn beteiligt sich seit November 1968 an den wirtschaftlichen Gewaltmassnahmen gegen Rhodesien ausdrücklich, weil es sonst "eine erhebliche Störung seiner auswärtigen Beziehungen befürchtet" (Befehlsnotstand?), der südafrikanische Aussenminister Louw wird von Bonn ausgeladen, Südafrika keine Waffen verkauft, dafür aber solche auf Kredit in afrikanische Spannungsgebiete gegeben, nur, weil man meint, man könne das deutsche Problem der Zweiteilung auf dem Wege über Afrika und die UN lösen. Dass man damit in Afrika in gleicher Weise wie schon vorher in Südamerika dank Spieker und Konsorten nur sein eigenes Ansehen verliert, und GAR NICHTS gewinnt, will man im so unglaublich intelligenten Bonn nicht wahrhaben. Als Bundespräsident Lübke im Februar 1966 Kenia besuchte, kam es zu einem regelrechten Tauziehen. Kenyatta sagte: "Wir erwarten, dass die Bundesrepublik ihre Massnahmen intensiviert, um dazu beizutragen, dass in Rhodesien eine Mehrheitsregierung aufgestellt werden kann" und fügte hinzu: "Wir wünschen dem deutschen Volke von ganzem Herzen seine Wiedervereinigung. Bis dahin haben wir den klaren Standpunkt bezogen, dass wir nur zur BRD diplomatische Beziehungen unterhalten wollen." Drascher schreibt, aaO S.169: "Mag der Araber (im II. Weltkrieg) Sympathien für Deutschland gehabt und Nehru den Sieg der totalitären Mächte als eine Gefahr für die indische Demokratie

gefürchtet haben: trotz aller aufgewandten Propaganda waren die Interessengegensätze der Weissen den Farbigen im Grunde völlig gleichgültig. Die meisten von ihnen konnten sich unter "Demokratie" nichts Reales vorstellen, und an "Despotismus" und "Autokratie" waren sie vor und während der Kolonialzeit so sehr gewöhnt, dass sie diese Systeme als solche nicht als moralisch verwerflich empfanden... Die Vorstellung von einer "Deutschen Gefahr" war den Ueberseevölkern zu fremd, als dass sie darin eine Bedrohung für sich selbst hätten erblicken können." Dennoch kamen dann hinterher ausgerechnet Deutsche nach Afrika, um zu betonen, dass sie die Gegner dieser "gefährlichen Deutschen" in der Vergangenheit und in der Gegenwart (in der DDR) seien. Wiederum schüttelten die Neger zunächst nur die Köpfe über solche Unterschiede, bis sie dann begriffen, was für Geschenke man diesen Verrückten abnehmen konnte, wenn man nichts anderes als Ja, ja dazu sagte. Mehrfach schon versammelte sich das Heer der westdeutschen Afrikadiplomaten, um diese Probleme gemeinsam zu beraten, 1962 in Entebbe in Uganda (das Treffen begann mit "einer Bekräftigung der deutschen Sympathien für das Selbstbestimmungsrecht der Völker Afrikas", dem unsachlichsten, was man zur neuen Lage in Afrika hätte sagen können), das letzte Mal traf man sich unter dem Vorsitz von Willy Brandt. Man wusste nicht, dass dreissigmal Null auch gleich Null ist, denn so, wie wir es für weitgehend sinnlos halten, Negern Entwicklungsprojekte hinzustellen, solange sie nicht selbst bereit sind, ihre Lage zu ändern, so sinnlos ist es, von Negern Hilfe gegen Ulbricht zu verlangen, solange man selbst nur bei der feigen Haltung des 17. Juni verhält. Immer beginnt die Wendung im eigenen Kraal. "Hilfe" gibt es nicht in der internationalen Politik. Weder in der einen noch in der anderen Richtung. Nur Narren können an so etwas glauben.

Das Verhältnis zu den neuen Staaten bezeichnet man als das der Partnerschaft. Die BRD und die ehemaligen europäischen Kolonien sollen sich als Partner gegenübertreten. Man betrachtet die aussenpolitischen Beziehungen unter dem Licht gesellschaftsrechtlicher Normen. Es sollen sozusagen gemeinsame Firmen gegründet werden, bei denen Kapital und Arbeit von beiden Seiten eingebracht werden. Während aber im Geschäftsleben die Wahl des Partners im eigenen Ermessen des Suchenden liegt, handelt es sich hier um Zwangspartnerschaften. Denn vor dieser Wahl steht ja das alles überschattende Verhältnis der BRD zu ihren eigenen Protektoratsmächten. Dieses Verhältnis engt die Wahl bestimmend ein, verfügt, wer überhaupt nur Partner sein darf. Ja, es verfügt, wer Partner sein m u s s , obwohl man nach vernünftiger Ueberlegung niemals derartige Bindungen eingehen würde, da man den Einsatz als ungeschäftlich ablehnen müsste. So kranken die Beziehungen Deutschlands zu Afrika heute an der Tatsache der Unfreiheit der BRD (und der DDR), an der Verlagerung des Schwerpunktes aufs Wirtschaftliche, und an der Missachtung des natürlichen Grundsatzes aller Aussenpolitik, nämlich, dass sie in erster Linie dem eigenen Volk zu dienen hat.

*

hätte nicht den Weg der Re-Afrikanisierung zu gehen brauchen, den es eingeschlagen hat. Noch 1950 war die Möglichkeit gegeben,dem Land mit einer weissen Führungsschicht die Richtung nach vorne zu weisen. Die in den Krieg gegen Japan, Deutschland und Italien gepressten Kikuyus waren nach ihrem Einsatz in Nordafrika, Burma, Abessinien und Somaliland zurückgekehrt und erfüllt von frecher Ueberheblichkeit gegenüber dem weissen Mann. Diesem winkte aber dennoch eine letzte Möglichkeit, Afrika zu retten (*347), doch er hat auch diese vertan.

Die höher gelegenen fast unbevölkerten (*348) Teile des Landes waren vor mehr als zwei Generationen von Weissen in Besitz genommen worden. In diesen White Highlands also lebten Engländer länger als etwa die Familie Goldberg oder Frankfurter oder Linowitz in den USA lebt. Und sie haben Kenia seinen Reichtum gebracht, haben es zu einem Ueberschussland im britischen Staatssäckel gemacht.(*349) Man forderte nach dem II. Weltkrieg die stärkere Besiedlung dieser Gebiete mit Weissen, doch man sah im wirtschaftlich zusammengebrochenen Nachkriegsengland nicht diese grossartige Möglichkeit zu gesundem Aufstieg. Man griff zu weniger als halben Massnahmen: Der Aufstand der Mau-Mau wurde mit der Erklärung des Ausnahmezustandes im Oktober 1952 und der Verhaftung der Kikuyuführer (unter ihnen Jomo Kenyatta) bekämpft und konnte endlich 1956 als niedergeschlagen angesehen werden, doch veränderte man nicht die biologisch-wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes. 1954 wurde eine neue Verfassung gewährt, die den Eingeborenen die Wahl eigener Vertreter ins Parlament ermöglichte. Im März 1961 wurde Kenyatta freigelassen, und damit der Wille Londons auf baldige Unabhängigkeit Kenias kundgetan. Die erste Folge war die 1962 einsetzende Auswanderung Weisser nach Südafrika. Innenpolitisch bildeten sich zwei Parteien, die KANU und die KADU. Erstere vertrat die beiden grossen Stämme der Kikuyu und der Luo, letztere die kleineren Gruppen der Massai, Kalenjini, Abuluhya und der Kamba (letztere formierten später eine eigene Splitterpartei). Im März 1963 wurde auf Grund von Wahlen, die Kenyattas Partei einen grossen Sieg brachten, dieser als Ministerpräsident in einem autonomen Staat eingesetzt, und schon im Dezember des gleichen Jahres erhielt das Land seine volle Unabhängigkeit. In die Fahne des Landes wurde der Wahlspruch "Harambee" aufgenommen. Es hiess "Lasst uns zusammenarbeiten". Der einstige Zauberlehrling (*350) versuchte, Europäern und Asiaten Zutrauen in seine Führung zu geben, und schwor, dass der Kongo sich in Kenia nicht wiederholen werde. Doch schon bald nach Erlangung der Freiheit braucht er in seinen politischen Reden Wendungen, die Zweifel am Wert seiner Worte erlauben: "Die Europäer werden lernen müssen, uns Afrikaner Bwana (Herr) zu nennen. Wer das nicht tut, hat das Land unverzüglich zu verlassen." (In den fünfziger Jahren sagte er etwas schärfer: "Jagt die Weissen aus dem Lande." Vor Gericht sagte er 1952: "Die Europäer kamen als Gäste zu uns. Sie sagten uns, wir sollten die Augen schliessen und beten. Während wir die Augen schlossen, nahmen sie uns unser Land weg. Ich weiss, es gibt keinen Gott, und Jesus Christus, von dem sie sprechen, war ein Engländer.") Seinen Landsleuten möchte er Land verschaffen und Arbeit. 50 000 Bauern sollen in die ehemals von Weissen bewohnten und von diesen mittlerweile zum Grossteil freiwillig verlassenen Farmen auf den Hochebenen angesiedelt werden. Das Ergebnis ist trostlos. Kenias, in Südafrika geborener, weisser Landwirtschaftsminister Bruce Mackenzie muss bei der FAO um Gelder, Saaten und Ausbilder betteln gehen, die alten Höfe sind verwahrlost, die Felder liegen brach. Man zieht es

vor, in die Städte zu ziehen, anstatt im Schweisse seines Angesichts zu arbeiten. Dort sammelt sich dann das Proletariat, das die Kommunistische Partei Odingas verstärkt. Bis 1966 war dieser Odinga, Führer der mächtigen Luos, Vizepräsident. Dann bootete Kenyatta ihn aus und liess seinen Posten mit sieben Vizepräsidenten als Vertreter der sieben Provinzen, besetzen. Dieser Ausbootung ging ein kleiner Kriminalroman voran. Ueber den Viktoriasee wurden Waffen für Odinga heimlich ins Land gebracht. Gleichzeitig erschien der sowjetische Frachter "Fisik Lebedjew" in Mombassa und lud Kisten mit "Maschinen für Entwicklungshilfe" für die Anhänger Odingas aus. Sie enthielten Waffen und Munition. Ebenso unangemeldet wie dieser Frachter erschien in Nairobi eine Militärkommission unter Leitung eines Generals der Roten Armee, um das Heer Kenias zu inspizieren. Kenyatta verständigte London von der Gefahr, in welcher sein Land schwebte. So landete England von seinem Flugzeugträger "Albion" aus in Zivil gekleidete, schwer bewaffnete Kommandotruppen der Marineinfanterie in Malindi, während eine britische Luftlandeeinheit zu "Manövern" in Nairobi eintraf. Dann erst wurde mit einem Schlage Odinga abgesetzt, der sowjetische Frachter mit seinen Kisten und der Herr General mit seinen Inspektionsplänen wieder heimgeschickt (Mai 1965). Bei der Entdeckung dieses Putschversuches war dem Sicherheitsdienst Kenias die nordamerikanische CIA behilflich.

Auch die Gewerkschaften mussten sich seinen Eingriff (Oktober 1965) gefallen lassen, als die hohe Arbeitslosenzahl und ihre radikalen Methoden in rein politisch begründeten Streiks sie zu einer schweren wirtschaftlichen Belastung der Regierung gemacht hatten.(*351) Doch die Misere des einst so reichen Landes trieb den "Feurigen Speer" von einst und gepriesenen Staatsmann von heute zu weiteren Massnahmen. Im Januar 1968 wird die "Afrikanisierung der Wirtschaft" energisch in die Hand genommen. Schon in den Jahren davor war es den im Lande geborenen Weissen nicht leicht, noch eine Anstellung zu bekommen. Schwarze wurden ihnen vorgezogen. Die Regierungsämter wurden Negern überlassen und Weisse durften die eigentlich Schaffenden neben ihnen spielen, ohne jedoch einen Einfluss mehr auf die Durchführung der von ihnen gegebenen Ratschläge zu haben. Wer weiterhin im Lande seiner Vorväter bleiben wollte, musste sich umstellen, musste seine Augen verschliessen vor dem, was alles falsch gemacht wurde, vor dem, was jetzt vor die Hunde ging, musste die Liebe zu seinem Vaterlande zum Schweigen bringen, denn Kritik durften die Fleissigen und Fähigen nicht den neuen Herren gegenüber äussern, die ja mit internationaler Bescheinigung alles viel besser wussten und konnten. Nach den am 1. April 1968 in Kraft getretenen neuen Verordnungen muss jeder Ausländer in Kenia eine Arbeitsgenehmigung beantragen. Diese erhält er erst dann, wenn sich für die betreffende Arbeit kein Schwarzer findet. Ausserdem muss jeder ausländische Betrieb schwarze Angestellte für die führenden Stellungen einstellen. In der Praxis ist das zunächst keine allzu grosse Schikane für Grossbetriebe, aber eine Unmöglichkeit für die kleinen indischen Läden, vor allem auf dem flachen Lande. Diese arbeiten bisher im Familienbetrieb, ohne Rücksicht auf arbeitsrechtliche Normen, und können auch nur deswegen bei den grossen Risiken und geringen Gewinnspannen mit Erfolg arbeiten. Die Aufnahme von Negern in diese Betriebe, das heisst von Personen, die schon von Natur aus nicht mehr als nur das Allernotwendigste tun, die nun aber noch mit staatlicher Unterstützung ins Geschäft gesteckt werden, also dort nur herumlungern, und alle gesetzlich festgesetzten Entschädigungen verlangen werden, bedeutet die Notwendigkeit, solche Betriebe zu schliessen. Von Negern aber können sie nicht übernommen werden, denn diese sind zu solcher Arbeit unfähig. Die Folge ist der Drang der Asiaten, ausser Landes zu gehen. Viele von ihnen, die alle mit eng-

lischen Pässen ausgestattet sind, versuchen, unter dem Druck dieser rassischen Diskriminierung nach England auszuwandern. England selbst aber wehrt sich, soweit es in seiner ideologischen Befangenheit meint, dazu berechtigt zu sein, gegen diese Ueberfremdung. Vergebens schickt es im Februar 1968 Malcolm Mac Donald nach Kenia, um die dortige Regierung zur Vernunft zu bringen.

In London gelingt es beinahe, ein Einwanderungsverbot durchzudrücken. Doch, obwohl mit aller gebotenen Schnelligkeit gearbeitet wird, erreichen die Unsichtbaren dann doch dessen wesentliche Abschwächung (s. d.). Für Kenia aber dürften sich diese neuen Gesetze nicht gerade zum Vorteil auswachsen. Man rechnet, dass mit jeder auswandernden indischen oder europäischen Familie drei Personen arbeitslos werden (Hauspersonal und Angestellte). Die Neger können die so kahlgewordenen Stellen in der Volkswirtschaft nicht oder nur in Ausnahmefällen wieder besetzen. Eine Verwüstung der zivilisatorischen Landschaft ist die Folge. Schon jetzt fehlt es an genügend Bauhandwerkern. Sie sind ausgewandert und niemand kann sie ersetzen. Weisse Frauen, die bisher sich als Sekretärinnen einen Nebenverdienst verschafften, werden jetzt von den keniasierten Arbeitsplätzen verjagt. Sie werden zu Hause bleiben und ihr Hauspersonal entlassen. Und sie werden das Land verlassen, sobald es die Arbeit des Mannes ermöglicht. Für Demokraten natürlich nichts von Bedeutung, denn für sie sind ja alle Menschen gleich. Für Kenia aber der Anfang vom Niedergang, weil dort komischerweise die Menschen nicht gleich und die Gehenden unersetzbar sind. Genau vier Jahre hat das für Kenia lebensnotwendige gesellschaftliche Bild der natürlichen Arbeits- und Besitzverteilung entsprechend dem Leistungsprinzip angehalten. Jetzt beginnt auch dort das allgemeine Elend, welches für jeden Kenner Afrikas von Anfang an nur eine Frage der Zeit war.

---

*347 - Vgl. Negley Farson, "Last Chance in Africa", London 1949. Er schreibt: "Das finsterste Ereignis unserer Tage ist, dass nicht die jüngeren, sondern die älteren Leute nach Uebersee gehen möchten. Ich hörte das schon in England von Freunden, die ehemaligen Offizieren und Soldaten Arbeit zu beschaffen hatten. Sie sagten mir: "Es scheint erstaunlich, aber der Wunsch, nach Uebersee zu gehen, scheint dahin zu sein, gerade bei den jüngeren Männern!" Zwei Gründe nannten sie mir dafür: zunächst scheint der Krieg die Seele vieler Männer erschöpft zu haben, scheint sie weltmüde gemacht zu haben; unter den verschiedenen sozialen Annehmlichkeiten der Labour-Regierung fühlen sie sich sicher gegen Missgeschick und Unglücksfälle wie Krankheit, Arbeitslosigkeit usw., solange sie in Grossbritannien bleiben. Warum also nach Uebersee gehen und neuen Lebenskampf auf sich nehmen? Dann scheint auch die Niederlassung in Uebersee ihre Romantik verloren zu haben. Es ist nichts anderes mehr als eine blöde Abschinderei in einer verdammt heissen Gegend." – Von den Negern berichtet auch Farson: "Im Machakos-Distrikt leben auf etwa 1 000 000 acres 350 000 Eingeborene. Weitere 250 000 acres konnten nicht benutzt werden, da sie von der Tsetse-Fliege verseucht waren. Anfang 1945 wurde dieses Gebiet mit Flugzeugen entseucht und das Land den Eingeborenen unter der Bedingung einer dem Boden angemessenen Viehhaltung und einem Anbau nach modernen Grundsätzen übergeben. Die Eingeborenen kamen n i c h t , denn sie behaupteten, dass ihnen das Land "ohne Bedingungen" gehöre." In Wirklichkeit lag ihnen

nichts an ordentlicher Arbeit (vgl. meinen Aufsatz im "Weg" 1951, Heft 5, mit den von mir in Afrika gemachten Beobachtungen).

Und vgl. den Roman von Robert Ruark, "Die schwarze Haut", DM 9.80.

*348 - Krankheiten und Dürreperioden sollen der Grund für diese Entvölkerung gewesen sein. Jedenfalls aber war es wie in Katanga und im Südosten Kameruns: die einst infolge des Sklavenhandels, Krankheiten und Unruhen menschenleeren Gebiete blühten unter der Hand der Europäer auf.

*349 - Vgl. die herrlichen Schilderungen bei Tania Blixen, "Afrika, dunkel lokkende Welt", Hamburg 1954.

Vgl. auch E. Huxley, "White Man's Country. Lord Delamare and the Making of Kenya", London 1953.

*350 - In frühester Jugend war Kenyatta von seinem Grossvater erzogen worden, der als berühmter Zauberer im Urwald tätig war. In seinem späteren Buch "Facing Mount Kenya" verherrlicht er die alten Sitten und Bräuche und erweckt diese so zu neuem Leben, in der Absicht, dass dieses Erwachen den Gemeinsinn und die nationale Solidarität im Kampf um die Freiheit (Uhuru) stärken werde.

*351 - Es gibt neben der international bekannten Gewerkschaftsbewegung, die sich in den kommunistisch beherrschten Weltgewerkschaftsbund und den prowestlichen Freien Gewerkschaftsbund in Brüssel spaltet, auch eine Vereinigung Afrikanischer Gewerkschaften ("African Trade Union Federation", ATUF) mit Sitz in Ghana. Ursprünglich hatte Kenia einen einzigen Dachverband, die "Kenya Federation of Labor", KFL, die von Brüssel in ihrem Aufbau unterstützt worden war. Aus ihr spalteten sich die Hafenarbeiter, die Arbeiter der Treibstoffindustrie und die Eisenbahner ab und bildeten den kommunistisch orientierten "Kenya African Workers Congress" (KAWC). Dieser hatte sich an die ATUF John Tettegahs in Ghana angeschlossen. Soweit die Lage bis Oktober 1965. Durch Eingriff der Regierung wurden nun alle beiden Dachverbände, die KFL und der KAWC aus dem Vereinsregister gestrichen, die Einzelgewerkschaften mussten Neuwahlen ihrer Vorstände ansetzen und es wurden sämtliche Verbindungen zu ähnlichen ausländischen Organisationen verboten. Die neue zentrale Organisation erhält die Bezeichnung "Central Organization of Trade Unions", COTU, deren Generalsekretär der Staatspräsident aus ihm vorgeschlagenen Kandidaten ernennt.

Dpa steht bei der Meldung dieser Vorgänge zwischen der Freude über die Bremsung des kommunistischen Einflusses und dem Aerger über antigewerkschaftliche Massnahmen. Das wird dann so ausgedrückt: "Wer diesen Schritt aus westeuropäischer Perspektive betrachtet, mag ihn als undemokratische Massnahme auslegen. Doch fällt es auch freiheitlich gesonnenen Afrikanern schwer, den Gewerkschaften zur Verteidigung zu eilen, denn sie haben diesen Schritt selbst provoziert." Man darf also selbst nach dpa manchmal "undemokratisch" werden. Arme Berichterstatter, die eine solche Welt über den Leisten der Demokratie spannen müssen!

*

UGANDA

war bei seiner Geburt im Oktober 1962 staatsrechtlich das seltsamste Gebilde in Afrika. Innerhalb des Staatsgebietes gab es Königreiche mit eigenen Rechten (Toro, Ankole, Bunyoro), insbesondere das Königreich Buganda mit der eigenen Residenz in Mengo. Im Jahre 1963 wurde der König von Buganda dann sogar zum Präsidenten der Republik Uganda ernannt. Diese Sonderstellung des Kabaka (König) der Baganda (Leute von Buganda) datiert von den ersten Tagen britischen Auftretens in Uganda her. Die Engländer zogen es vor, mit diesem organisierten Staatswesen zu verhandeln, anstatt mit den vielen Kleinen, und unterstützten so auch den Kabaka in seinem Kampf gegen seine Nachbarn. Mit englischer Unterstützung besiegte er 1872 in der Schlacht von Masindi den König von Bunyoro. So hatten die Engländer in dem Chaos, das noch in den 90er Jahren herrschte und "durch den unseligen Streit der christlichen Konfessionen und ihrer politischen Hintermänner verstärkt wurde" (Drascher) Ordnung geschafft. "Der geniale Lord Lugard hatte mit eiserner Hand durchgegriffen. Mit Hilfe grosser Bewässerungssysteme hatten sie eine ertragreiche Baumwollkultur entwickelt."

Den politischen Führern Ugandas aber musste diese heutige Situation ein Regieren fast unmöglich machen. Das zeigte sich schon im Januar 1964, als sich das 1. Bataillon der "Uganda Rifles" erhob. Es mussten zwei Kompanien des britischen Regiments "Staffordshire" eingesetzt werden, um die Meuternden zu entwaffnen.(*352) Die Zensur wurde sofort über das ganze Land verhängt. Ende 1964 lief die Frist ab, die die Engländer bei der Unabhängigkeitserklärung für eine Volksabstimmung in den seinerzeit von den Baganda eroberten Gebieten Bunyoros, den sogenannten Grafschaften (Counties) vorgesehen hatten. Das Ergebnis der vom Präsidenten Milton Obote gegen den Wunsch des Kabaka durchgesetzten Abstimmung war eine grosse Mehrheit für Bunyoro. Um Unruhen im fraglichen Gebiet zu verhindern, wurde es von Polizeitruppen besetzt, und um den Baganda zu zeigen, wer die Macht im Lande hat, zeigte man kurz auf afrikanisch, dass man zu töten verstand. In dem Elendsvorort der Hauptstadt Kampala war ein Streit Betrunkener um eine Frau ausgebrochen. Die Polizei nahm das zum Anlass, zu morden. Sieben Menschen wurden kurzerhand erschossen, darunter eine Frau mit ihrem wenige Monate alten Kind, zwei Schüler und ein alter Mann. Die Polizisten rekrutierten sich im wesentlichen aus den Nordstämmen, Niloten, die es gewohnt sind, zu töten. So blieb es denn auch ruhig im Lande.

Als dann Tschombé als Ministerpräsident des Kongo mit den Rebellen im eigenen Lande mit Hilfe weisser Söldnerverbände erfolgreich aufzuräumen begann, fanden die Kommunisten Unterstützung bei Milton Obote. Die Unterstützung wurde gut bezahlt. Die Simbas schafften einige Goldbarren in das Haus des Generalstabschefs, Oberst Idi Amin. Dessen Konto bei der Otomanbank in Kampala stieg plötzlich um etwa 17 000 Pfund Sterling. Später, im Februar 1966, machten politische Gegner Obotes sich dessen Reise in die Nordprovinzen zu nutzen, um im Parlament einige weitere Tatsachen über diese Zeit mitzuteilen, in welcher der Rebellenführer Christophe Gbenye mit Frau und Sohn bei Obotes wohnte, und die Kongorebellen praktisch ein Drittel Ugandas beherrschten. Es wurde bewiesen, dass Obote die kongolesische Rebellenarmee aktiv unterstützt und dass seine Mitarbeiter sich in die aus dem Kongo verschleppte Beute geteilt hatten (Anfang 1965).

Hatte bei Beginn der Selbständigkeit keine der Parteien die notwendige Mehrheit für die Regierung, so bildete sich jedoch eine solche zugunsten der

Partei Obotes, des "Uganda People's Congress", UPC langsam heraus. Im August 1964 hatte diese Partei die absolute Mehrheit und regierte in allen Teilen des Landes mit Ausnahme des Königreichs Buganda. Doch, sie war in ihrer Alleinherrschaft jetzt auch in der Lage, ihre inneren Differenzen, die aus den Stammesfragen herrührten, auszutragen. Obote musste seine Partei säubern. Im Februar 1966 erliess er darum den Ausnahmezustand und machte sich im April des gleichen Jahres zum Diktator. Die inner- und ausserparlamentarische Opposition war damit ausgeschaltet. Im Mai aber begann er mit der blutigen Vernichtung der Bagandas. Obote ging zum Angriff über und eroberte in heftigen Kämpfen den Palast des Kabaka in Mengo. Sir Edward Mutesa, König der Baganda, musste flüchten. U Thant liess erklären, dass er einem Hilfeersuchen des Angegriffenen nicht stattgeben könne, da die UN sich nicht in die inneren Angelegenheiten Ugandas einmischen könne.(*353) Die Niloten Obotes aber beseitigten den letzten Widerstand im Lande der Baganda. Es blieb kaum eine Hütte von den UN-geschützten Mördern verschont. Der von dem polnischen Juden Raphael Lemkin zum Gesetz der UN erhobene Begriff des Genocidiums fand wieder einmal keine Anwendung, war er doch nur für e i n e n ganz bestimmten Eventualfall vorgesehen.

Im September 1967 wurde Uganda zur Republik erklärt und die bisherigen Könige zu gewöhnlichen Untertanen gemacht. Buganda habe schon seit der Flucht des Kabaka aufgehört, ein Königreich zu sein.

Die Wirtschaft des Landes hat unter diesen in der Kolonialzeit unbekannten Ausrottungskriegen selbstredend schwer gelitten. Nur zögernd wagt das Ausland sich zu betätigen. Im März 1968 konnte mit Japan ein Vertrag abgeschlossen werden, wonach die Kupferproduktion des Landes (Kilembe-Mine am Fusse der Ruwenzoriberge, seit 1956 durch die bis Kasese verlängerte Bahn Mombassa-Kampala ausbeutbar) für die Dauer von fünf Jahren nach Japan geht.

---

*352 - Gleichzeitig meuterten 100 Soldaten in Lanet in Kenia und verweigerten ihren Offizieren den Gehorsam, Aus Grossbritannien trafen 700 Soldaten auf dem Luftweg ein, die auf Wunsch Kenyattas die Kaserne kurzerhand eroberten.

*353 - Das geht nur bei südafrikanischen Angelegenheiten.

*

TANSANIA

bildete sich 1964 aus der Vereinigung des 1962 unabhängig gewordenen Tanganyika mit Sansibar. Tanganyika trug seinen Namen seit 1920, als das ehemalige Deutsch-Ostafrika Mandatsgebiet der Engländer wurde. Es war ihnen nicht gelungen, den völkerrechtswidrig auch nach Ostafrika getragenen Krieg zu einem siegreichen Abschluss zu bringen. Gemäss der Kongoakte sollte ein europäischer Krieg nicht nach Afrika hineingetragen werden. Frankreich brach sie als erster durch den französischen Ueberfall auf die deutschen Grenzposten Bonga und Singa in Neukamerun am 6. August 1914. In allen deutschen Schutzgebieten

befanden sich lediglich diejenigen Schutztruppen, die notwendig waren, um die innere Ordnung aufrecht zu erhalten und den Sklavenhandel bekämpfen zu können. Kein einziges deutsches Schutzgebiet war ausgebaut worden zu einer militärisch besetzten imperialistischen Basis, wie dieses von England und Frankreich und den USA von Bizerta bis Singapore und Corregidor mit brutaler Herrschaftsabsicht geschehen war. Dank der unvergesslichen Treue, mit welcher unsere Askari zu Lettow-Vorbeck hielten und dank der allgemeinen Feindseligkeit der Bevölkerung gegenüber den britischen Aggressoren, angesichts eines halben Jahrhunderts friedlicher und steter Aufwärtsentwicklung von Deutsch-Ost, wurden die deutschen und afrikanischen Einheiten erst im Zuge der gesamtdeutschen Kapitulationsbedingungen 1919 entwaffnet, die deutschen Offiziere und Soldaten, und mit ihnen alle deutschen Pflanzer, Kaufleute und Beamten aus dem so heiss geliebten Lande gewiesen, in welchem sie offen gezeigte Trauer über dieses Geschehen bei den Afrikanern als Beweis für die Lüge von der sogenannten "Deutschen Kolonialschuld" zurückliessen. Kein Afrikaner vergriff sich an dem verwaisten Wissmanndenkmal im Zentrum von Dar es-Salam, es waren Engländer, die es besudelten. Und es waren Afrikaner, die es retteten, bis es dann nach Hamburg gebracht und dort in Erinnerung an die deutschen Leistungen in Uebersee wieder aufgestellt wurde (und es blieb zur Verkommenheit erzogenen deutschen Studenten belassen, das Denkmal, zusammen mit dem von Dominik, im November 1968 unter der völlig unzutreffenden Begründung zu stürzen, die Denkmäler stellten "eine ungeheuerliche Provokation für jeden Afrikaner dar"!). Und es war England, welches v. Lettow-Vorbeck 1952 eine Reise ins ehemalige Deutsch-Ostafrika verbot, weil man prodeutsche Unruhen befürchtete. 1952!, nachdem England fast ein weiteres halbes Jahrhundert Zeit gehabt hätte, es besser zu machen als die angeblich nach internationalem Verdikt ja so unfähigen und bösen Deutschen. England hat es schlechter gemacht, weitaus schlechter! England hat in der Zeit zwischen den beiden Kriegen dieses Land verwahrlost. Misstrauisch sah es auf die wieder ins Land einreisenden Deutschen und beeilte sich, sie sofort bei dem Deutschland 1939 aufgezwungenen neuen Weltkrieg erneut zu enteignen und sofort per Schiff nach Triest zu verbringen. England meinte, im Gegensatz zum Deutschen Reich, mit brutaler Gewalt seine Macht in Ostafrika aufrechterhalten zu können. Es kam etwas anders.

Da Tanganyika erst im Licht der sansibaritischen Entwicklung Farbe bekam, beginnen wir mit der Darstellung der Entwicklung auf den Gewürzinseln, als welche Sansibar und das kleinere Pemba bezeichnet werden. Vom Sultan von Sansibar erwarben sich deutsche Kaufleute seinerzeit das Recht, im gegenüberliegenden Festland Handel zu treiben. Ein arabischer Dichter schrieb damals: "Wenn in Sansibar die Flöte gespielt wird, muss ganz Afrika östlich der Seen tanzen." Der Enkel jenes Sultans war es, der aus englischer Hand am 11. Dezember 1963 nach mehreren sich sehr schnell 1963 folgenden Uebergängen die Unabhängigkeit erhielt. Sultan Sayid Jamschid Bin Abdullah war nicht so beliebt wie sein Vorgänger.

Trotzdem erhielt seine Parteienkoalition, die Nationalistische Partei von Sansibar und die Volkspartei von Sansibar und Pemba in den von den Engländern im Juli 1963 durchgeführten und streng beaufsichtigten Wahlen 18 Sitze, während die Afro-Schirasis, die von den Negern gebildete Oppositionspartei 13 Sitze erhielt. Wahlbeteiligung 99% ! An Stimmen hatten die Schwarzen 13 000 mehr als die Partei der Araber. Bei den Negern verstand man diese Art Wahlarithmetik nicht ganz, doch niemand machte sich besondere Sorgen. Die kleine, linksextreme Umma-Partei wurde verboten, obwohl britische Polizeioffiziere davor gewarnt hatten, eine derartige Kraft unkontrollierbar aus der Gebunden-

heit im parlamentarischen Spiel zu entlassen. "Der Araber", berichtet John Ridley treffend noch im Oktober 1963, "der auf Sansibar lebt, ist von Natur aus ziemlich träge. Und während er sich dem übrigen Afrika geistig überlegen fühlt und auf eine masslose und zugleich naive Weise arrogant ist, hat er doch eine geradezu fatalistische Einstellung zur modernen Welt." So ist es eigentlich kein Wunder, dass das Sultanat Sansibar kaum einen Monat bestand, bis es in einer der blutigsten und grausamsten Revolutionen vernichtet wurde, die unsere an derartigen Vorgängen wirklich nicht arme Zeit erlebte. Mit in Kuba gelernter Präzision und nach genau vorbereitetem Plan ging der 27-jährige "Feldmarschall" John Okello, vor einem halben Jahr von Fidel Castro mit Abschlussdiplom entlassen, mit 600 Mann der eine Woche vorher verbotenen Umma-Partei vor. Man überfiel die völlig überraschten Polizeistationen und bemächtigte sich der Waffen. Dann wurde nach vorbereiteten Listen die arabische Bevölkerung liquidiert. Es glich aufs Haar den üblichen kommunistischen Revolten an anderen Orten.(*354) In dem Film "Africa Addio" sehen wir vom Helikopter aus, wie die Massenmorde vor sich gehen: eine lange Schlange von Menschen bewegt sich aus der Stadt hinaus über grün bewachsene Pfade auf eine Wiese zu. Auf dieser sehen wir bereits einen Berg Getöteter und alle halbe Minute wird ein weiterer der zum Genickschuss anrückenden daraufgeschmissen. Der Sultan flüchtete sofort auf seine Privatjacht, doch bemühte sich sein Ministerpräsident um Hilfe von Grossbritannien. England antwortete, "dass es sich nicht in die inneren Angelegenheiten Sansibars einmischen könne". Es ist beachtenswert, dass nur acht Tage später englische Truppen auf Wunsch von Kenyatta nach Kenia, auf Wunsch Obotes nach Uganda und auf Wunsch Nyereres nach Tanganyika flogen und ausgesprochen deutlich in die inneren Angelegenheiten jener unabhängigen Staaten eingriffen, in Staaten, die weitaus länger unabhängig waren, als das kaum vor Monatsfrist erst von England entlassene Sansibar. Man fragt sich, welche unsichtbare Hand verhinderte hier die Hilfe? Die Antwort gibt zum Teil wohl die internationale Berichterstattung dieser Tage. Sie zeigt, von wo aus diese Revolution, genauso wie die ihr vorhergehende in Kuba, unterstützt wurde. UPI meldet am 13. Januar 1964 wörtlich: "Nach einem Monat und einem Tage seiner Unabhängigkeit hat Sansibar, wo anscheinend ruhiges und friedliches Leben herrschte, durch einen Staatsstreich, der keine 24 Stunden dauerte und unblutig verlief, das politische Regime gewechselt. Jetzt, da die Zusammensetzung der neuen Regierung bekannt ist, lässt sich sagen, dass der Putsch nicht allein den Kommunisten zuzuschreiben ist, sondern einer Koalition, in der die Kommunisten vertreten sind. Die Regierungsmitglieder gelten als Feinde Rotchinas." Das ist die Grundlage, auf welcher das im übrigen von den Ereignissen abgeschnittene Ausland die Lage beurteilte. Während am Hafen von Sansibar und an der Polizeistation Malindi der Polizeioffizier Sullivan einen Widerstand organisierte, der achtzehn Stunden durchhielt in Hoffnung auf eine Hilfe von aussen, erfuhr die Welt, dass ein unblutiger, nicht allein von Kommunisten durchgeführter harmloser und unbedeutender kleiner Putsch auf Sansibar stattgefunden habe. Vergleichen wir die Leichenberge des kleinen Sansibar mit den Schädelpyramiden Tamerlans, so können wir uns ausmalen, wie die UPI-Geschichtsschreibung aussehen würde, der wir gerade in der BRD ja so viel freie Hand bezüglich unserer Zeit lassen. Am 18. Januar wurde die "Volksrepublik Sansibar" proklamiert und sofort von Sowjetrussland, Peking und Kuba anerkannt. Bonn teilt im Februar 1964 mit, dass es die Errichtung einer Botschaft beabsichtige, doch kam die DDR dem zuvor. Das angeblich so hervorragende System eines "multiracialen" Staates, wie es der Sultan beabsichtigte, durfte auf dieser Insel nicht praktiziert werden. New York wünschte hier zur Abwechslung mal einen kommunistischen Negerstaat. Viertausend Araber, Män-

ner, Frauen und Kinder, besiegelten mit ihrem Leben die Weisheit der Weltbeherrscher. Und Sansibar wurde wieder einmal zur Flöte, nach welcher Ostafrika zu tanzen hat.

Denn schon am 20. Januar erhob sich in Dar es-Salam ein Bataillon der Tanganyika-Rifles gegen seine Offiziere und Nyerere musste fliehen. Doch diesmal griff England auf Wunsch des Staatspräsidenten sofort ein, und nach dem Abfeuern einer Panzerfaust flüchteten die schwarzen Maulhelden, die vorgesehen waren, Südafrika und Portugal zu erobern, vor ganzen 60 Engländern. Mit gleicher Schnelligkeit wurde die Rebellion des anderen Bataillons in Tabora niedergeschlagen.(*355)

Im April 1964 schon vereinen sich Tanganyika und Sansibar zu einem Staat unter dem Namen Tansania. Man kreiert eine neue Fahne, doch keine gemeinsame Verfassung. Die beiden Teile führen weiterhin in verschiedenen politischen Klimata ein Eigenleben, wobei bemerkenswert die Aktivität Sansibars auf dem gemässigteren Festland ist. Okello befindet sich fast dauernd in Dar es-Salam (und wieder setzt die Internationale Beruhigungsspritze ein: er sei auf der Insel nicht mehr beliebt, nur deswegen sei er in Dar es-Salam geblieben. Nur wie zufällig hat er dort so viele Kontakte mit den Einheimischen. Auf Sansibar genügten ihm 600 Mann). Ganz im Sinne Nyereres aber liegt die Vorbereitung des Aufmarsches gegen Mozambique. Nasser liefert Waffen und Munition in ganzen Schiffsladungen, Peking und Moskau stellen die Ausbilder und die Ford-Foundation das Geld. Im Juli 1965 wird die BRD angegriffen, dass sie in Südwestafrika eine Raketenstation errichtet habe. Es handelt sich in Wirklichkeit um eine meteorologische Station. Die Anklage vor den UN soll nur die eigene Tätigkeit vertuschen, denn im Februar 1968 erhält Tansania, als erstes Land in Afrika südlich der Sahara, Raketen aus China. Die BRD ihrerseits stellt im April 1964 die umfangreiche bisherige Militärhilfe für Tansania, die den Aufbau einer Luftwaffe vorsah, ein. Doch, bitte, der Grund ist nicht, dass man die Aufmarschbasis gegen ein befreundetes Land vorbereitet. Der Grund ist ein ganz anderer, denen in Bonn viel, viel wichtigerer: Die DDR hat eine Botschaft auf der Insel und die BRD eine solche auf dem Festland. Und das geht doch nicht an. So begibt sich denn Michael Kohlhaas nach Afrika. Er heisst Scheel und erklärt, unglücklicherweise gerade wenige Tage vor der schon vorgesehenen Reise Nyereres nach Peking, im Februar 65, dass man es ja gar nicht so ernst gemeint habe. Die Militärhilfe würde man nicht mehr fortsetzen (dafür hat man die Kanadier gefunden, sodass das schöne Kriegsprogramm nicht beeinträchtigt wird), aber Wirtschaftshilfe, natürlich genau wie früher.

Die Errichtung eines selbständigen Rhodesien ist dann der Grund für weitere Pläne zur Vorbereitung des nächsten Krieges. Im August 1965 treffen sich Nyerere und Kenneth Kaunda von Sambia und beschliessen den Bau einer Eisenbahnlinie, die von Kidatu im Hinterland von Dar es-Salam zwischen Njassa- und Tanganyikasee hindurch bis nach Kapiri Mposhi an der Bahn nach Lusaka und Livingstone am Sambesi geführt werden soll. Im Dezember 1967 treffen in Dar es-Salam chinesische Techniker ein, die mit der Studie dieses sehr schwierigen Planes beginnen sollen. Man rechnet mit einer siebenjährigen Bauzeit. Die Bahn würde die ostafrikanische strategische Situation völlig verändern und der FRELIMO (Frente de Libertaçao de Moçambique) die sonst kaum vorhandenen Erfolgschancen vergrössern durch wesentliche Verbreiterung der Angriffsbasis gegenüber dem Süden. Die Verstaatlichung der Sisalbetriebe und der Banken im Jahre 1967 zeigen, welchen Weg Tansania einschlägt. In einem "Memorandum über den Imperialismus" meinte Nyerere, "dass der Westen bislang noch nicht die Unabhängigkeit der Nation anerkannt und begriffen habe", dass man jedoch bedenken müsse, "dass es nicht nur den westlichen Imperialismus

gäbe." Er versucht, sich so gegen die vorrückende kommunistische Propaganda zu stellen, und dem Lande eine Neutralität zwischen "Westen" und "Osten" zu wahren, die er beide für seine übrigen Kriegspläne benötigt – und die ihn beide dafür benötigen. Im Oktober 1966 führt er einen Arbeitsdienst für Studenten ein und entfernt dagegen aufbrausende Studenten aus der Universität. Nach dem Vorbild seines chinesischen Vetters, der den Hoangho durchschwamm, macht er einen Fussmarsch von Dar es-Salam bis an den Viktoriasee, um zu demonstrieren, "dass man sich im Leben immer nur auf seine eigene Kraft verlassen könne".(*356) Seinem nach London geflüchteten Aussenminister Oscar Kambona aber ist das erneut Wasser auf die Mühle seiner Vorwürfe gegen den "Präsidenten mit diktatorischen Allüren".

Im Januar 1962 hatte Nyerere am Tag der Unabhängigkeitserklärung ein Leuchtfeuer auf dem Gipfel des Kilimandjaro anzünden lassen mit den Worten: "Ich wollte ein Licht entzünden, das weit über die Grenzen unseres Landes hinausscheint und den Verzweifelten Licht, den Hassenden Liebe, den Gedemütigten Menschenwürde bringt." Bisher wurden d i e s e Absichten kaum realisiert.

---

*354 - Etwa wie die Vorgänge in Lemberg (Lwow), wo vor dem Einrücken der deutschen Truppen 1941 die sowjetrussische NKWD auf Grund vorbereiteter Listen die polnische "Intelligentsia" aus ihren Häusern holte und dann in den Gefängnissen ohne irgendwelche weiteren Anklagen, Prozesse usw. einfach von Zelle zu Zelle niedermachte. (Augenzeugenberichte in Hermann Raschhofer, "Political Assassination", Tübingen 1966. Bezeichnend, dass es dann möglich war, in der BRD diese sowjetrussischen Massenmorde deutschen Truppen zur Last zu legen und der Vertriebenenminister Dr. Oberländer als angeblicher Chef des angeblichen deutschen Exekutivbataillons seine Stellung im Bonner Kabinett niederlegen musste!)

Oder etwa auch die dem Chronisten von Dr. Gelny (Damaskus, später Bagdad) berichteten Einzelheiten über die Listen, die der jüdische Joint in Wien beim Ende des II. Weltkrieges zur Vernichtung der österreichischen Intelligenz und in der Absicht der Errichtung einer österreichischen Sowjetrepublik vorbereitet hatte. Gelny war es wegen seiner Kenntnisse des Jiddischen gelungen, eine führende Stellung im Joint einzunehmen. Als er entdeckt wurde, musste er unter abenteuerlichen Umständen über Italien, wo der Chronist ihn sprach, in den Vorderen Orient flüchten.

Oder etwa auch die völlig gleichen Vorbereitungen der KPD in Deutschland zu Beginn des Jahres 1933, die der Oeffentlichkeit dann von der nationalsozialistischen Regierung umfangreich einwandfrei belegt vorgelegt werden konnten.

Usw. usw. Man hat den Eindruck, dass immer erst die Schüsse im eigenen Genick landen müssen, bevor Demokraten den Ernst solcher Möglichkeiten erkennen.

*355 - Dr. Germani ("Christ und Welt") berichtet, wie britische Offiziere die Wirksamkeit dieser Operationen mit denen der UN-Truppen im Kongo verglichen, wo eine fünfzehnfach stärkere Armee nicht einmal in dreieinhalb Jahren Ordnung schaffen konnte. Als er einem schwarzen Offizier in Dar es-Salam

sagt, wenn sie Südafrika angriffen, würde dieses ja vielleicht zurückschlagen, erhält er zur Antwort: "Da rufen wir eben die UN zu Hilfe." Genauso sieht das Programm aus: Falsche Berichterstattung, Provokation, die UN stellen die Ordnung wieder her durch Unterstützung der Provokateure.

*356 - Wann wird wohl einmal ein europäischer Staatsmann wieder so etwas tun und sagen. Vorerst lacht man in Europa nur über solche "Extravaganzen". Wie lange noch?

*

RUANDA - URUNDI

war Teil Deutsch-Ostafrikas. Es wurde nach dem II. Weltkrieg Belgien als Mandatsgebiet zugesprochen. Weiser belgischer Kolonialpolitik war es auch möglich, die Stammesdifferenzen zwischen Watussi und Bahutu (*357) immer wieder auszugleichen. Erst in den Jahren vermehrter Agitation kommt es zu grösseren Unruhen. 1958 werden Tausende von Watussis von Bahutus ermordet und im Oktober 1961 wird der Sohn des Königs (des Mwami), Prinz Rwagasore, ermordet. Trotzdem bemühen sich die Belgier in zehn Tage langen Verhandlungen in Addis Abeba Anfang 1962 um die Schaffung eines zukünftigen Föderativstaates, doch die Differenzen sind zu gross. Man will nicht mehr beieinander bleiben, will die Trennung von Ruanda (Rwanda) und Urundi (Burundi). (358) Da aber selbst eine solche Trennung nicht die vollständige Trennung der beiden Gegner bedeutet, ist Belgien bereit, das grosse weitere Opfer zu bringen und seine Truppen vorerst im Lande zu lassen. Doch die beiden Parteien fordern ihren sofortigen Abzug und die UN befehlen Belgien das gleiche, obwohl der belgische Vertreter Spaak in ernsten Worten auf die Folgen eines solchen Schrittes hinweist. Wie nicht anders zu erwarten, siegte in New York jedoch der Unverstand, der verbrecherische Wahn von der Notwendigkeit einer "Freiheit" ohne Europäer, und die Belgier zogen ihre letzten Verbände aus dem Mandatsgebiet am 1. Juli 1962 ab, als dieses selbständig wurde und fortan zwei Staaten bildete, das Königreich Ruanda und das Königreich Burundi.

Die nördliche Hälfte, Ruanda, mit der Hauptstadt Kigali als Residenz des Königs Kigeri V, aber machte schnell schon kurzen Prozess mit der regierenden Schicht der Watussi. Diese baumlangen Kerle, die vor 200 Jahren die Bahutus (85% der Bevölkerung) unterworfen hatten, wurden jetzt kurzerhand liquidiert. Was sich retten konnte, flüchtet über die Grenzen ins Ausland. Es wurde die Republik Ruanda ausgerufen, in der es nach dieser Endlösung einfach keine Watussis mehr gab. Das Problem der Apartheid konnte so in Ruanda nicht mehr angeschnitten werden. Die UN fühlten sich auch in keiner Weise von dieser Art der Lösung belästigt. Seitdem herrscht Friedhofsruhe in Ruanda und die Welt bemüht sich, dem armen, kleinen Gebirgsländchen im Zentrum Afrikas auf die Beine zu helfen. Belgien (!) zahlt und ebenfalls die BRD. "Reich mir die Hand, mein Mörder", tönt es in Bonn von Belgrad bis Prag und Kigali. Honni soit qui mal y pense. (*359)

*357 - Westliche Korrespondenten haben es sich angewöhnt, die Vorsilben fortzulassen (Wa bzw. Ba, soviel wie "Volk der"...) und man liest daher nur von Tussi und Hutus, so wie man auf den Philippinen abgekürzt von Kuks statt von Hukbalahaps spricht und in Deutschland den Stamm der Nazis entdeckte, anstatt "korrekterweise von Nationalsozialisten zu sprechen" (v. Salomon, "Mein Fragebogen"). Man will alles schnell abtun und setzt den Faktor Zeit über den Menschen. Das ist ein ganz typisches Beispiel für die Form der Ahasverischen Weltbeherrschung.

*358 - Die UN wollten, dass sie vereint blieben, obwohl belgische Sachverständige der ehemaligen Kolonialverwaltung auf die Unmöglichkeit solcher Vereinigung hinwiesen. Um den UN entgegenzukommen, fanden dann diese – ergebnislosen – Verhandlungen in Addis Abeba statt. Mit Mühe nur konnte Belgien den UN-Vorschlag von gemeinsamen Wahlen und Abzug der Belgier noch vor der Unabhängigkeitserklärung abbiegen.

*359 - Die Entwatussifizierung hat das Land sogar so sicher gemacht, dass Bonn über den dort von ihm installierten Sender sein Programm für Afrika ausstrahlen lässt.

*

BURUNDI

Im Königreich Burundi ging es ähnlich bewegt zu. Als Einleitung der Bericht eines deutschen Korrespondenten (WP), der im Januar 1964 eine Sendung von Medikamenten nach Usumbara brachte: "Wirtschaftlich sind sie arm, und doch sind die Burundesen (ein ganz neues Wort erfindet dieser Afrikakenner) auch reich, sehr reich: sie haben Uhuru, die Freiheit, sie dürfen ihr Schicksal selbst bestimmen. Nachdenklich schüttelt einer der königlichen Minister den Kopf, als ich ihm vom geteilten Deutschland berichte – so, als verstehe er das alles nicht recht. Als könne er nicht glauben, nicht verstehen, was ich ihm sage: Dass sie, die Burundesen, die Afrikaner, uns helfen könnten, dass wir auch ihre Hilfe brauchen, damit auch unserem ganzen Volke "Uhuru" zuteil werde, Freiheit und Selbstbestimmung. "Ja", sagt des Königs Minister, "wir sind aufeinander angewiesen, wir müssen uns gegenseitig helfen. Und Burundi wird seine Stimme erheben..."'

––– Als Karl Barth dann in der Hauptstadt Bornus vor den Sultan trat, da beglückwünschte er ihn, dass er in Freiheit lebe. Und er berichtete ihm von der Lage der Deutschen, die kein eigenes Reich hätten. Und der Sultan schüttelte den Kopf, als verstehe er nicht, und dann sagte er: "Ja, wir sind aufeinander angewiesen, wir müssen uns gegenseitig helfen. Und Bornu wird seine Stimme erheben." Und siehe da, so kam es denn auch und weil Bornu uns geholfen, hatten wir 1871 wieder ein schönes Deutsches Reich. ––– Ganz bestimmt war es so! Eine Null war Bismarck im Vergleich zum Sultan von Bornu! Und

weil man in Bonn aus der Geschichte gelernt hat, deswegen werden wir auch sehr bald wieder ein schönes Deutsches Reich haben, — weil Burundi uns geholfen hat. — — —

Deutsche Entwicklungshelfer bauen schon Häuser in Usumbara, Nachfolger jener deutschen Kolonialbeamten und Pflanzer, die 1919 das Land verlassen mussten und an die man noch heute mit Ehrfurcht zurückdenkt. Wie wird man an die heutigen Deutschen zurückdenken, die mit den Negern zusammen Mörtel anrühren? Jeder eben, wie er kann. Finanziert von der Kulturabteilung des Bonner Auswärtigen Amts sieht man auf der Kunstausstellung in Paris 1964 als "Kunstgegenstand" einen — eisernen Klosettstuhl. Und das Land Baden-Württemberg prämiierte die Plastik "Elefantenkot" mit dem "Kunstpreis der Deutschen Jugend" mit zehntausend D-Mark.(*359a) Wahrlich wertvolle Vision eines Entwicklungshelfers. Wielange darf Bonn noch das deutsche Ansehen in der Welt verschleudern? Wann wird man endlich im Auslandsdeutschtum, in Afrika wie in Amerika, den Bonner Emissären den Klosettstuhl vor die Tür stellen?

Bis Burundi Republik wurde, dauerte etwas länger als in Ruanda, das Blut wurde nicht gleich auf einmal vergossen. Zunächst einmal versuchte der König von Burundi sogar noch, seinen Stammesgenossen in Ruanda durch eine Invasion zu helfen, doch wurden seine 10 000 Mann fast vernichtet. Nach dieser Schwächung war es auch im eigenen Lande nicht mehr leicht, das Uebergewicht zu halten. Insbesondere kamen zu den Stammesdifferenzen solche aussenpolitischer Natur hinzu. Der Premierminister Ngendandumbwe (ein Bahutu, der das Vertrauen des Watussikönigs besass) verfolgte einen prochinesischen Kurs und nahm die vor Tschombé aus dem Kongo flüchtenden Rebellen als "Vertriebene" auf, ja, veranlasste Tschombé, sämtliche Staatsangehörigen Burundis als Peking-freundlich aus dem Kongo auszuweisen (August 1964). Im Januar 1965 wurde er (als er aus dem Krankenhaus herauskam, wo er seine operierte Frau besucht hatte), von einem Angestellten der amerikanischen Botschaft erschossen. Die Schüsse waren Ausdruck einer zunehmenden antichinesischen Stimmung. Nachdem Tschombés weisse Söldner die Grenzen zu Burundi erreicht hatten, war der Moment gekommen, den chinesischen Botschafter zum Verlassen des Landes zu zwingen. Seine Waffenlager in Usumbara (Bujumbura) wurden beschlagnahmt. Der neue Ministerpräsident Joseph Bamina rettete so die Monarchie vor dem kommunistischen Umsturz.

Doch kommt es im Oktober 1965 zu einem viel ernsteren Aufstand der Bahutus. Während der König Mwambutsa IV. in die Schweiz flüchtet, werden die Aufständischen in Kurzverfahren, wie sie bei politischer "Justiz" weltum üblich sind, hingerichtet. Darunter nicht nur Bamina, sondern so ziemlich alle führenden Parlamentarier. Das regte natürlich die Internationale Juristenkommission in Genf auf und sie sandte diesmal einen Beobachter. Denn, einfache Menschen darf man natürlich umbringen, zu Zehntausenden, wenn man will, und ganz besonders, wenn man dadurch ein Königreich in eine Republik verwandeln kann, wie es in Ruanda geschah. Doch, den Präsidenten eines Parlaments, den Vizepräsidenten eines Parlaments, den Sprecher der Opposition im Parlament, im ganzen sogar 86 (sechsundachtzig!) Menschen, ausgesprochene Demokraten, das geht dem Weltgewissen ganz entschieden zu weit! So gleich sind die Menschen denn doch nicht, dass man Neger mit Parlamentariern, einfach gleichsetzen kann. Der Beobachter jener UN-Kommission stellte denn auch fest, dass man ihm keinen Einblick in die Prozessakten gewährt habe und dass man nicht erst die Möglichkeit einer Begnadigung durch den landesabwesenden König abgewartet hätte. Wo waren die Prozessakten gegen die Watussi? Gegen die Ibos in Nigeria? Gegen die Bagandas in Uganda? Gegen die Somalis in Aethiopien? Gegen die schwarzen Stämme im Sudan? Gegen die Araber auf Sansibar?

Gegen die Balubas im Kongo? Gegen die Weissen in Stanleyville? O, Du gerechte, weise Weltregierung!

Man fand bei den Aufständigen grosse Geldbeträge, die nur aus ausländischer Quelle stammen konnten. Man nimmt an, aus Nordamerika. In Abwesenheit des bei dieser Gelegenheit ins Ausland geflüchteten Königs übernahm dessen 18-jähriger Sohn Charles Ndinzeye die Regierung. Papa sprach von Genf aus von "politischem Vatermord" (Juli 1966). (*360) Premierminister wurde der 27-jährige Micombero. Am 1. September wurde der junge Kronprinz als Ntare V. zum König gewählt und machte einen Besuch bei Mobutu im Kongo. In seiner Abwesenheit aber stürzte Micombero das Söhnchen und rief mit Hilfe der Armee am 29. November 1966 die Republik aus. Diese erneute politische Umwälzung verringerte jedoch nicht die Hilfe, die insbesondere Belgien in der Form von Schulen und Krankenhäusern dem Lande nach wie vor gewährt. 30 belgische Offiziere bilden das 1 300 Mann starke Heer Burundis aus.

---

*359a - Zitiert aus dem wertvollen und sehr lesenswerten Buch von Eichler: "Viel Gunst für schlechte Kunst", J.F. Lehmanns Verlag, München.

*360 - Dabei hätte er am Beispiel der Vorgänge in Buganda erkennen können, wie man mit Königen in Zentralafrika neuerdings umzugehen pflegt. Herr Ex-Kabaka von Buganda, Sir Edward Mutesa, genannt "King Freddy", hatte sich per Anhalter auf einem kleinen Umweg über den Kongo erst vor einem Monat nach Usumbara geflüchtet und war nach London weitergeflogen.

*

MALAWI

ist das ehemalige Nyassaland, welches als erstes ausscherte aus der 1953 aus Nordrhodesien, Südrhodesien und Nyassaland gebildeten Zentralafrikanischen Föderation. Damals war es die Idee des Rhodesiers Sir Roy Welensky, diese drei Länder unter der Führung der in ihnen lebenden Weissen zu einem selbständigen Staat zu machen. Doch war schon der Ausgangspunkt in den drei Landesteilen allzu unterschiedlich. Während Südrhodesien bereits seit dreissig Jahren Selbstverwaltung hat, handelte es sich bei den beiden anderen Gebieten um Protektorate.

Auch wurde das unterschiedliche Verhältnis von Schwarz zu Weiss in den drei Gebieten unterschiedlich beargwöhnt. In Südrhodesien befürchtete man eine Majorisierung durch die Schwarzen, in Nyassaland durch die Weissen. In diesem, von den dreien am dichtesten besiedelten Gebiet brachen daher bereits 1959 die ersten Unruhen aus, und der Gouverneur, Sir Robert Armitage, verfügte den Ausnahmezustand, und die Regierung der Föderation entsandte Truppen, um den von Dr. Hastings Banda geführten "Afrikanischen Nationalkongress" in Schach zu halten. London versuchte, sich einseitig in die Unruhen einzumischen und entsandte den Labourabgeordneten John Stonehouse, um das Vorgehen

der Föderation zu überwachen. Diese wies Stonehouse kurzerhand aus dem Lande (März 1959). Doch London bremste weiter und kam den Wünschen Nyassalands mit einer veränderten Verfassung, die dem Lande 1962 die Selbstregierung gab, entgegen. Die Welt unterstützte natürlich die schwarzen Nationalisten und Roy Welensky bekannte in einer Pressekonferenz in Lourenzo Marques im Februar 1962: "Ich glaube wirklich nicht, dass es einen Nordamerikaner gibt, der etwas von afrikanischen Problemen versteht. Die Forderung, man müsse den Eingeborenen alles geben, stellt eine krankhafte Vereinfachung dar, unter der die Welt heute leidet. Ich, für meinen Teil, glaube nicht, dass die Eingeborenen Afrikas schon dafür vorbereitet sind, alles zu übernehmen." Dann tauchte als Datum für die vorgesehene Unabhängigkeit Nyassalands der 6. Juli 1964 auf und sofort forderten auch die anderen beiden Teile der Föderation ihre Unabhängigkeit, der Ministerpräsident Winston Field für Südrhodesien und Kenneth Kaunda für Nordrhodesien. Doch Englands Minister für Afrikafragen, Allison Buttler, setzte sich einstweilen nur mit Banda zusammen, um eine neue Verfassung auszuarbeiten. Seit dem Scheitern der Verfassungskonferenz in London 1961 war das Auseinanderfallen der Zentralafrikanischen Föderation nur noch eine Frage der Zeit, und ein jeder Teil bereitete sich auf seine Art auf die Unabhängigkeit vor. Die Reihenfolge der drei Daten ist dann kennzeichnend für den neubritischen Geist: Nyassaland wurde gefolgt von Nordrhodesien und der allzu weisse Süden musste sich sogar die Freiheit nehmen, da man sie ihm verweigerte.

Als man das neue Kind Malawi gebar, war man sich sofort darüber einig, dass es nicht lebensfähig sei. Es bedurfte der weiteren Hilfe von aussen. Wieder haben wir das seltsame Schauspiel, dass die Freigewordenen um Geschenke flehen, ohne die sie die Freiheit nicht aufrechterhalten können, und dass diese Geschenke von denen erbeten werden, die man als Herren ablehnt, und dass diese ehemaligen Herren diese Geschenke tatsächlich geben, nur, um den neuen Kindern die Freiheit zu bewahren. Solche unvorhersehbare Wandlung in den sonst bis heute hin üblichen Motiven geschichtlichen Geschehens ist wirklich wert, festgehalten zu werden, denn vergebens suchen wir in der Geschichte nach ähnlichen Beispielen von Altruismus.(*361) 1965 betrug die britische Hilfe umgerechnet 165 Millionen DM. Ein Fünfjahresplan von 490 Mio. DM soll das Strassennetz ausbauen und Wasserkraftwerke errichten, die USA bauten in der Hauptstadt Zomba ein Polytechnikum. 75% der Staatsausgaben werden weiterhin von Grossbritannien bestritten.

Aussenpolitisch hat Dr. Banda den bestmöglichen Weg beschritten, hat geordnete politische und wirtschaftliche Beziehungen mit den starken Nachbarn im Süden, mit Südafrika und Portugal, mit Israel und Frankreich, und keine solchen mit den Ostblockländern und mit Guinea, Aegypten und Tansania. Mit letzterem besteht sogar ein latenter Kriegszustand, da es Nyerere nicht gefällt, dass der Nachbar in Frieden lebe. Im Süden Tansanias bestehen drei von Chinesen geleitete Ausbildungslager für Guerillas und mehrfach schon setzten Kommandos über den Tanganyikasee und über den nördlichen Grenzfluss, den Songwe, und töteten hervorragende Persönlichkeiten in der Nordprovinz. Eine Verstärkung des Grenzschutzes wurde notwendig. Hauptgegner Bandas ist der in Tansania wühlende ehemalige Informationsminister Chiume, der bei der von Banda sofort niedergeschlagenen Rebellion im September 1964 ins Ausland flüchtete. Sein Genosse, der ehemalige Innenminister Chisiza, konnte im Oktober 67 als Anführer einer illegal ins Land gekommenen Rebellenbande südlich von Blantyre im Urwald erschossen werden. Zwei Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung, im Juli 1966, zog Malawi als Republik ins Commonwealth ein.

Dr. Banda kann sichtbare Erfolge für sich buchen. Mehr als 100 000

Malawier haben Arbeit in Rhodesien gefunden, weitere 50 000 in den Bergwerken Südafrikas, der Export ist gewachsen, doch ist es bisher nicht gelungen, die Gewinnverteilung unter Europäern, Indern und Negern zugunsten der letzteren wesentlich zu verbessern. Die Gefahr besteht, dass auch hier eines Tages mit drastischeren Mitteln eine Art Keniasierung durchgeführt wird.

Der gemeinsame Kampf gegen die Föderation hielt bis zur Unabhängigkeit die Kräfte zusammen, doch macht sich seitdem eine gewisse Unruhe bemerkbar. Vorerst spiegelt sie sich wider in den Reden der Parlamentarier, doch haben diese heute gelegentlich schon Wendungen angenommen, die es nicht unwahrscheinlich machen, dass dem Lande schwere Zeiten drohen, wenn Banda einmal nicht mehr sein wird.

---

*361 - Frank Thiess weist in seinem Werk "Die griechischen Kaiser, die Geburt Europas" darauf hin, dass die sogenannten Tributzahlungen, die Byzanz verschiedenen Grenzvölkern leistete, in gewisser Weise mit der "Foreign Aid" der USA zu vergleichen seien, nämlich, "wirtschaftlich schwache Völker sich politisch zu verpflichten, und so ihre Anfälligkeit für den Kommunismus herabzusetzen" (aaO S. 28). Doch haben ja schon die wenigen Jahre "Erfahrung mit Afrika" selbst denjenigen, die auf die Sachkenntnis der dort lebenden Europäer höhnisch herabschauten, gezeigt, dass es mit solcher politischen Verpflichtung niemals weit her ist. Sie reicht immer nur solange, wie die Macht hinter dem Gelde steht. Die von England und Frankreich bereit gehaltenen Kommandos, die ihr pünktliches Eingreifen in Dar es-Salam und Bangui unter Beweis stellten, sind die einzige Münze, die wirklich gilt. Darum ist jede andere Münze als politisches Einflussmittel zweitrangig. Erstrangig ist sie nur und ausschliesslich für die von den schönen Zinsen lebenden Geldgeber, die also ein ganz konkretes Interesse daran haben, dass die lächerliche Verzerrung der Wirklichkeit von den zur Wahlurne getriebenen Massen auch geglaubt wird. Vergleicht man einmal die Höhe der Aufwendungen für sogenannte "Entwicklungshilfe" im Osten und im Westen, mit dem erzielten Erfolg, dann erkennt man, wie klar man im Osten den Wert von Macht und Geld im politischen Spiel erkannt hat. Sicher, die Wahnideen können im Westen nur deswegen soviel Erfolg haben, weil das Geld die junge Generation dort feige gemacht hat, und man daher sich selbst allzugern einredet, man könne die Welt mit Güte und Helfen regieren, anstatt eine Maschinenpistole in die Hand zu nehmen oder einen Molotow-Cocktail. Trotzdem ist es der Höhepunkt der Instinktlosigkeit, wenn der zuständige Minister der BRD sagt, "Entwicklungshilfe solle ohne jegliche politische Bedingungen gewährt werden". Wem fühlt sich denn ein solcher Minister verantwortlich?

*

SAMBIA

wurde im Rahmen noch der Zentralafrikanischen Föderation Anfang 1964 die Autonomie gewährt und dann am 14.Oktober des gleichen Jahres die Selbständigkeit. Die ein Jahr später, am 11.November 1965 erfolgte Unabhängigkeitserklärung Rhodesiens stellte das Land vor bedeutende politische und wirtschaftliche Probleme. Doch trotzdem stechen die ersten Jahre der Freiheit Sambias wohltuend ab von den chaotischen Zuständen im Kongo. Obwohl Sambias Präsident Kenneth Kaunda eine aggressive Haltung gegenüber dem Nachbarn im Süden einnahm und die internationalen Kriegshetzer in New York und Moskau und Peking bei ihren Plänen aktiv unterstützte, konnte dennoch vorerst die öffentliche Ordnung im Lande aufrechterhalten werden. Lusaka wurde sogar als Sitz einer UN-Kommission Zentrum der subversiven Tätigkeit. Dies alles geschah ohne jeden sachlichen Grund, da Rhodesien ausdrücklich eine weitere reibungslose Zusammenarbeit mit Sambia anbot und insbesondere die für die dortige Minenindustrie so lebenswichtige Elektrizitätsversorgung aus den Werken am Karibadamm garantierte. Sabotage an der Ueberlandlinie erfolgte vielmehr mitten in Sambia selbst. Auch den notwendigen meteorologischen Dienst für die Flugplätze in Sambia versah weiterhin kostenlos der Flughafen von Salisbury. An der Grenze gab es auf rhodesischer Seite keinerlei schikanöse Kontrollen.(*362) Alle Schwierigkeiten, die in Sambia auf wirtschaftlichem Gebiet auftraten, waren vielmehr im wesentlichen die Folge der gehässigen und sinnlosen Londoner Massnahmen gegen Rhodesien. Dass Moskau sich eine solche Situation nicht ungenützt vorübergehen liess, musste erwartet werden. Schon im Dezember 1965 weilte eine Delegation aus Sambia in der Sowjetunion und handelte einige kleine Unterstützungszusagen ein.(*363) Doch Sambia ist bei normaler Entwicklung dank seiner Kupferproduktion weitgehend unabhängig von ausländischen Anleihen. Aber gerade auf diesem Sektor gibt es Schwierigkeiten. Die weissen Ingenieure und Minenarbeiter streikten, da man sie nicht mehr korrekt entlohnte, und auf der Kupferkonferenz von Lusaka im Juli 1967 musste festgestellt werden, dass eine internationale Fixierung des Kupferpreises unmöglich ist (*364). Die Geschäftswelt wurde belästigt durch die von Lusaka (November 1967) befohlene Einstellung des direkten Flugverkehrs zwischen Lusaka und Salisbury, sodass man nunmehr auf dem Umweg über Malawi oder Botsana dorthin fliegen muss, um die für den 4-Jahresplan Sambias so notwendigen Einkäufe machen zu können. Denn Sambia will sich weitgehend unabhängig machen von seinem ehemaligen Zwillingsbruder. Das aber geht nur durch Beschaffung der notwendigen Materialien (insbesondere Nachrichtenwesen, Kraftfahrzeugindustrie) ausgerechnet bei diesem. Die Errichtung eines eigenen (kleineren) Kraftwerkes in Kafue, 40 km südlich der Landeshauptstadt, soll die dort im Entstehen begriffene eigene Schwerindustrie unabhängig machen von den Stromlieferungen aus Rhodesien. Schwerwiegender noch als auf dem Luftwege ist die Abhängigkeit auf dem Landwege von den so hysterisch bekämpften Gebieten Mozambique und Rhodesia, denn auf diesem Wege (oder auf dem Schienenstrang durch das ebenfalls portugiesische Angola im Westen) gehen praktisch im Augenblick alle Im- und Exporte. Sie werden logischerweise von jenen Staaten nur noch gegen Barzahlung, im übrigen aber reibungslos durchgeführt. Nachdem England auf Wunsch New Yorks (denn ohne die dortige Hilfe wäre alles Negergeschrei politisch wirkungslos) die Petroleumzufuhren über Beira sperrte (für derartige heldische Aktionen hat Albion noch Fregatten zur Verfügung), leidet Sambia an akutem Benzinmangel. Die sofort in Auftrag gegebene Pipeline von Dar es-Salam aus wird erst Ende 1968 fertiggestellt sein. Eine, im Einverständnis mit dem poli-

tisch gleichgerichteten Tansania vorgesehene Eisenbahn (siehe Tansania) soll das Transportproblem endgültig lösen. Die Verschiedenheit der Bahnspuren an den beiden Ansatzpunkten, die Länge dieser Strecke und die Frage ihrer Unterhaltung werden eine solche Lösung aber immer nur rentabel erscheinen lassen solange die bestehende politische Querköpfigkeit in Sambia anhält. Auf längere Sicht gesehen wirken sich jedoch andere Probleme hemmend aus: der laufend zunehmende Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, die liederliche Ausführung der Arbeiten und die mangelhafte kommerzielle Leitung, insbesondere der Buchführungen. Die Zuwanderung zu den Städten hat in diesen einen Bauboom hervorgerufen, der mit der bestehenden Wohnungsnot nicht Schritt hält. Nach Einstellung der Tätigkeit der Central African Airways Ende 1967 ist beabsichtigt, mit italienischer Unterstützung die Zambia Airways aufzustellen, die dann Lusaka mit Kenia, Tansania, dem Kongo, Malawi, Mauritius und Botswana in einem regelmässigen Flugdienst verbinden soll. Telegraphisch ist Sambia bereits direkt mit London und dem übrigen Europa verbunden. USA-Vizepräsident Humphrey, der im Januar 1968 die Freunde der "Demokratie" in Afrika besuchte, versprach auch Kaunda "alle mögliche Hilfe bei der Lösung der Probleme, die dadurch entstanden seien, dass Sambia infolge seiner Nachbarschaft zu "weissen" Regierungen keinen Zugang zum Meer habe", anstatt ihm zu raten, doch mit den Nachbarn friedlich zusammen zu arbeiten, wie diese es seit Jahren dauernd anbieten.

Bisher hat Sambia unter Kaundas Führung die westlichen demokratischen Spielregeln einhalten können, doch beginnen die bisher im Zuge der gemeinsamen Kraftanstrengungen zur Erlangung der Unabhängigkeit schlummernden Stammesfehden wieder aufzuleben. Insbesondere ist es der Gegensatz zwischen den im Barotseland lebenden Lozis und den im Norden lebenden Bemba, der sich bei der letzten Regierungsbildung im September 1967 in so heftigen Formen ausdrückte, dass die Reden vor jener Parteiversammlung von Polizei zensuriert werden und das Gebiet des Versammlungslokals von Polizei umstellt werden musste. Die Besetzung der höchsten Regierungsstellen durch Angehörige des einen oder des anderen Stammes war Grund zu tiefsten Zerwürfnissen. Kaunda stellte fest: "Ich muss öffentlich gestehen, dass ich noch nie in der Geschichte unseres jungen Staates so viel Hass aus Stammesleidenschaft, aus rassischen und religiösen Gründen, begegnet bin". Man fragt sich darum (*365), ob es möglich sein wird, weiterhin auf demokratischer Grundlage den Staat zu lenken. Vor allem wollen wir nicht vergessen, dass jene Lozis, die derzeit keinen Kabinettminister stellen, von England regelrecht an Sambia VERKAUFT worden sind. Denn jenes Barotseland war in seinem Bestand vor siebzig Jahren von Queen Victoria garantiert worden, und als London im Zuge der verlogenen Verhandlungen, die zur Auflösung der Zentralafrikanischen Föderation führten (vgl. Rhodesien, zu Beginn), zu diesem Garantieversprechen Stellung nehmen sollte, weil das Volk der Lozi nicht Teil des in Vorbereitung befindlichen neuen Staates Sambia werden wollte, war man zu feige, klare Stellung zu beziehen und nahm es lieber auf sich, dass in Sambia über dieser Frage eines Tages der Bürgerkrieg ausbräche.(*366) Jedenfalls haben die Lozis schon heute eindeutig erklärt, dass sie nicht gewillt sind, für die Diktatoren Sambias Opfer zu bringen. Ihr Staatsgebiet grenzt im Westen an Angola und im Süden an Südwestafrika und an Rhodesien an. Ueber jene Grenzen hinweg bestehen Stammesbindungen, die stärker sind als diejenigen zu Lusaka.

*362 - In einem Reisebericht in der NZZ, 1967 heisst es: "Wer die Viktoriafälle zu Fuss besichtigen möchte, stellt auf der Brücke, welche den Sambesi überspannt, bald einmal fest, dass ihm die dunklen Gesellen der sambischen Grenzpolizei den Blick auf das auf sambischem Gebiet befindliche Drittel der Fälle verwehren. Vor seiner erzwungenen Rückkehr auf die rhodesischen Spazierwege hat der Tourist gerade noch Zeit, die leicht ironisch anmutende Inschrift einer am Strassenrand errichteten mächtigen Holzwand zu lesen: "Welcome in Sambia, the friendly country."

*363 - Zu den englischen Entwicklungsprojekten in Rhodesien und im übrigen ehemals britischen Afrika soll noch zitiert werden, was Wilhelm Gilges in "Christ und Welt" (wiedergegeben in der "Freien Presse", Buenos Aires) aus seiner Erfahrung schreibt: "Woran liegt es, dass Milliarden, die für Entwicklungshilfe ausgegeben werden, so wenig erreichen und die Oekonomie der Empfängerländer sich fast im gleichen elenden Zustande wie vordem befindet? ... Entwicklungshilfe wird psychologisch oft falsch begonnen. Viele Negerstämme wollen nicht einsehen, dass ihre traditionelle Lebensweise irgendwelcher "Verbesserung" durch Neuankömmlinge bedarf. Sie zeigen Schadenfreude, wenn akademisch eingestellte Methoden fehlschlagen. Menschen lassen sich nicht gerne "verbessern". Sie nehmen Geschenke an, aber keine Lehren. Das klassische Beispiel eines völlig verfehlten Unternehmens war der grossartige Plan, in Ostafrika genug Erdnüsse anzubauen, um damit den Fettbedarf ganz Grossbritanniens zu decken. Die Verfasser dieses Planes, an grossen Schreibtischen in London sitzend, glaubten, dass es nur nötig sei, genug Geld, Maschinen und Menschen an Ort und Stelle zu bringen, um eines Erfolges sicher zu sein. Auf Befehl von London wurde mit dem Pflügen begonnen, bevor die Regen eingesetzt hatten, und an dem betonharten Boden zerbrachen selbst die schwersten Maschinen. So folgte ein Ungeschick auf das andere, und einige Jahre später war man mehrere Millionen Pfund los und um einige bittere Erfahrungen reicher. – Der Versuch einer Riesenhühnerzucht in Gambia, des Anlegens von Tungnussplantagen und einer kooperativen Fischerei am Nyassasee, des Erdnussprojekts im Mumbwabwe-Bezirk in Sambia und des Getreideanbaues im Polder des Kafue bei Lusaka, sind andere Beispiele von Fehlschlägen. – Ein Stamm, der sich nur für Rinderzucht interessiert und Ackerbau mit Verachtung betrachtet, ist kein Objekt für Versuche, Feldfrüchte anzubauen. Trotzdem mühte sich im Barotseland die nordrhodesische Regierung, die hochmütigen und konservativen Lozis zu überreden, Kleinfarmen zu bewirtschaften. Gewiss gelang es, Freiwillige zu finden, und im ersten Jahr, als der grösste Teil der Arbeit von landwirtschaftlichen Helfern – von der Regierung bezahlt – geleistet wurde, ging alles gut. Die Ernte sah erfolgversprechend aus. Im zweiten Jahr mit einem kleinen klimatischen Rückschlag und dem Rückzug der Regierungsarbeiter waren die Musterfarmen kaum noch von den gewöhnlichen "Gärten" der Dörfler zu unterscheiden. Im dritten Jahr wurden die Zuchtrinder geschlachtet und das Saatgetreide gegessen. Kurz danach waren die "Musterfarmen" von dem sie umgebenden Busch nicht mehr zu unterscheiden. Die Geräte verrosteten und die Regierungsdarlehen wurden abgeschrieben. – Vierzehn Meilen südlich von Mongu, der Hauptstadt des Barotselandes in Sambia, entstand etwa 1952 ein "Entwicklungszentrum". Fast 150 000 Pfund wurden für Gebäude ausgegeben. Einem Dutzend hochbezahlter Beamten und Fachleuten wurde die Aufgabe gestellt, den Viehzüchtern neuzeitliche Ackerbaumethoden, moderne Bauweisen und Handwerke beizubringen. Was ist davon übrig geblieben? Die Fachlehrer sind verschwunden, ihre Häuser stehen leer und werden von Termiten zerfressen. Ein einzelner

junger Regierungsbeamter bemüht sich krampfhaft, die Flamme des Fortschritts am Leben zu erhalten, und erzählt stolz, dass es ihm gelungen ist, aus dem Verkauf von Schnitzereien, Körben und anderen Produkten der Handfertigkeit einen Erlös von 30 bis 40 Pfund pro Monat zu erzielen. Dabei vergisst er, zu erwähnen, wieviel von seiner eigenen Zeit, wieviel Benzin und Reifen, wieviel Abnutzung der Wagen dazugehört, um diese "Heimarbeit" am Leben zu erhalten. — Eines der besten Geschäfte in Afrika ist der Verkauf von Fahrrädern. Sambia führt jährlich etwa 30 000 Stück ein, was bei einer Gesamtbevölkerung von 3 Millionen eine ansehnliche Zahl bedeutet. Warum ist der Bedarf so gross? Der Eingeborene kauft ein Fahrrad und benutzt es, bis es in Stücke fällt. Dass Maschinen aller Art, ob einfach oder kompliziert, saubergehalten, geölt und regelmässig überprüft werden müssen, will ihm nicht in den Kopf. Wie viele Autowracks liegen an den Strassenrändern in Sambia, von den Eigentümern verlassen und Wind und Wetter ausgesetzt! Wie viele landwirtschaftliche Maschinen verrosten in alten Schuppen oder im Freien, weil ihnen die nötige Pflege zur rechten Zeit nicht gewidmet worden war. — Stammesälteste und Häuptlinge begrüssen freudig jeden Vorschlag eines Entwicklungsplanes, gleich welcher Art, weil sie wissen, dass er Geld ins Land bringt. Ein Distriktkommissar drückte es so aus: "Wenn ich den Herrschaften vorschlagen würde, ein grosses Gebäude zu errichten, um darin eine Bibliothek lateinischer oder altgriechischer Texte zu beherbergen, so würden sie das mit Wohlgefallen annehmen, selbst, wenn kein Mensch im Lande imstande wäre, auch nur eines der Bücher zu lesen. Für sie ist alles dieses "Manna vom Himmel"." — In der nördlichen Provinz hat die britische Regierung für grossartig angelegte Entwicklungsprojekte über anderthalb Millionen Pfund Sterling ausgegeben. Ein Reisender, der heute durch das Land fahren würde, hätte grosse Schwierigkeiten, herauszufinden, was mit dem Gelde geschehen ist. Noch vor zehn Jahren war dieses Gebiet vollkommen selbstversorgend, heute muss ein grosser Teil des Getreides eingeführt werden, und dieses kommt — ein Treppenwitz der Weltgeschichte — von den europäischen Farmern im Mkuschi Block. — In der Luapulaprovinz entstand auch solch ein Entwicklungszentrum. Eine Eisanlage wurde gebaut, ein Sägewerk eingerichtet und eine Schule für Bootsbau gegründet. Die Eisanlage arbeitet noch, wie man hofft, für ein weiteres Jahr und wird dann erledigt sein (ist inzwischen geschehen). Seit die fabelhaft reichen Fischbestände des Sees durch Raubbau dezimiert sind, hat sich der Fischhandel zum grössten Teil auf den Karibasee verlegt (inzwischen auch erledigt). Kariba, wie man weiss, war wieder eine Leistung der "Weissen". Die Bootsschule ist schon seit langem verlassen und verkommen. Noch liegt dort ein unvollendeter Riesenkahn, der jetzt langsam verrottet. Die Sägemühle hat nie richtig funktioniert, denn erst nachdem man sie gebaut hatte, kam die Erkenntnis, dass der Baumbestand in der Gegend nicht gross genug ist, um ein Sägewerk rentabel zu machen. — In Zentralafrika sind die Kooperativen ein allgemeines Ziel des Spottes geworden. Der Sinn der "Zusammenarbeit", wie sie für ein solches Unternehmen nötig ist, fehlt den Bantunegern vollkommen... In einem einzigen Regierungsblatt vom 24.1.1964 ("Northern Rhodesia Gazette") sind allein 14 "Cooperative Societies" als in Liquidation befindlich angekündigt. — Der Bantuneger ist wohl bereit, Opfer zu bringen, um eine Schulausbildung zu erlangen. "Erziehung" ist ein Zauberwort geworden. Dabei versteht er unter Schulausbildung die Ansammlung von theoretischem Wissen, die am Ende zu einem Examen und einem Zeugnis führt. Mit Hilfe dieses Zeugnisses hofft er dann eine gut bezahlte Stellung zu bekommen. Institute, die sich auf handwerkliche Ausbildung verlegen, haben einen schweren Kampf zu führen, da sie an Schülermangel leiden und oft auch verachtet werden. Eine praktische "Lehrzeit" wird als Arbeit betrachtet, für die volle Bezahlung verlangt wird."

*364 - Im Jahre 1966 war den Produzenten Sambia, Perú und Chile durch die schwankenden Preise beachtlicher Schaden entstanden. Infolge dieser Schwankungen wurde die Ersetzung von Kupfer durch Aluminium gefördert. Ausserdem ist eine internationale Preisfestsetzung bei Kupfer deswegen besonders schwierig, weil 42% des Kupfers von Altmetallwarenhändlern geliefert werden und die Besitzverhältnisse (Chile starke staatliche Einmischung, Sambia weitgehend privat) sehr verschieden sind.

*365 - NZZ, September 1967

*366 - Es war niemand geringerer als Lewanika selbst, der Sohn des Königs Lewanika, der seinerzeit mit der Königin Viktoria den Garantievertrag abschloss, der bei den Verhandlungen im März 1953 in London — als Sir Roy Welensky die Frage einer derartigen Abtrennung aufwarf — Mr. Butler, dem Commonwealthminister, deutlich sagte: "Die Barotses sind nicht darauf vorbereitet, von Kaunda oder irgend einem anderen afrikanischen Nationalisten regiert zu werden. Mein Vater schloss auf eigenen Wunsch Verträge mit der Britischen Regierung ab, die Sie jetzt vorhaben, zu brechen." Es folgte ein aufgeregtes Geflüster bei Butlers Beamten, aber es kam keine Antwort. Sir Roy Welensky aber sagte: "Warum können Sie nicht ehrlich sein mit meinem Minister Lewanika? Warum kann ihm nicht geantwortet werden, so, dass er den Litunga mitteilen kann, die Barotse sind verraten und verkauft worden?" Dieser Verrat, der schon vorher durch die doppelzüngigen Zusicherungen Mac Millans sich andeutete, hat dazu geführt, dass die Sprache der Barotse heute ein neues Wort hat. Es heisst "kumakmirana", wobei makmirana eine Verbalhornung von Mac Millan ist. Es heisst soviel wie "lange verhandeln, um schliesslich nichts zu ändern".

*

RHODESIEN

Die Welt, die ja in ihrem Wesen bekanntermassen sooo unschuldig ist und die für die wenigen Bösen, die sich manchmal trotzdem auf ihr breitmachen, seit 1944 eine Organisation der Erzengel gegründet hat, fiel sozusagen aus allen Wolken, als am 11. November 1965 Rhodesien einseitig die Unabhängigkeit erklärte. So etwas war denn doch noch nie dagewesen. (*367) Jahrelang füllten sich seitdem die Frontseiten aller Zeitungen auf der ganzen Welt mit den weiteren Ereignissen um Rhodesien. Nicht "in" Rhodesien, wie im Falle der übrigen Länder Afrikas, denn in Rhodesien ereignete sich eigentlich nichts Aussergewöhnliches. Es wurden weder Tausende von Negern ermordet, wie dies nach der bisher letzten einseitigen Unabhängigkeitserklärung im Sudan geschah, noch wurden Menschen in den Kerker geworfen nur weil sie einen anderen Glauben hatten, wie es nach der ersten solcher einseitigen Unabhängigkeitserklärungen in Nordamerika geschah, es wurde vielmehr das Volk nach seiner Meinung gefragt, und zwar sowohl die schwarze Bevölkerung wie auch die weisse. Es kam

nicht einmal zu Wahlbetrügereien, wie sie nach Auffassung der jeweiligen Oppositionspartei in ganz Südamerika, Schwarzafrika und Asien so gang und gebe sind. Man hatte sich auch nicht etwa die Freiheit zu nehmen erlaubt, um Teile der Bevölkerung zu unterjochen, wie etwa in Nigeria oder in Indien oder den Vereinigten Staaten von Amerika. Nicht einmal über die Grenzen schaute man etwa scheel auf diesen oder jenen Nachbarn, nein, man schenkte ihm sogar weiterhin Strom und Flugbenzin und ärztliche Hilfe und mancherlei Ratschlag, immer, wenn er darum fragte. Und trotzdem machte die gesamte Veröffentlichte Weltmeinung in Hysterie, überbot sich geradezu in Drohungen allerschwerster und Beschimpfungen allergemeinster Art. In London wurden in Unterhaus und Oberhaus Anträge eingebracht, wie man sie nicht einmal bei den perversesten Massenmördern zu hören bekam. Was war denn da eigentlich geschehen? Die 250 000 Weissen Rhodesiens mussten jemandem wirklich fürchterlich auf den Fuss getreten haben, und dieser "jemand" musste über sämtliche Regierungen (oder doch beinahe sämtliche) auf der ganzen Welt verfügen und über sämtliche (wenigstens sämtliche bedeutenden) Zeitungen und Zeitschriften dazu. Es musste ein ganz mächtiger Herr sein, ja, es musste nach diesem Ergebnis der Herr dieser Erde sein, der sich von dieser so logischen und völlig unblutigen, dem Weltfrieden und dem Frieden Rhodesiens, dem Fortschritt auf der Welt so deutlich dienenden Handlung so aufgeschreckt, ja, angegriffen und bedroht fühlte. Da er aber keine der unzähligen Zeitungsartikel, Regierungsbeschlüsse, Ministerreden usw. usw. selbst unterzeichnet, können wir nur vermuten, wer es ist. Dabei müssen wir annehmen, dass es ihm sehr unangenehm sein muss, ihn zu nennen, denn sonst hätte er ja von sich aus längst selbst seinen Namen genannt, nicht wahr? Bei derartiger Macht wäre ja gerade nichts leichter gewesen als das. Er hat gewisse Charaktereigenschaften. Sie entnehmen wir aus seinem Vorgehen. Er muss persönlich feige sein, er muss krankhaft machthungrig sein, er kann kein Christ sein, denn er ist offen rücksichtslos und ohne Mitleid, er hasst den Frieden und das Wohlergehen der Menschheit, er verfügt darüber hinaus über sehr viel Geld und scheut sich nicht, die Wahrheit auf den Kopf zu stellen, Unschuldige böswillig zu verleumden. Aber er ist auch sehr eingebildet, hält sich selbst für ein besonders auserwähltes Produkt der Menschheit und bildet sich ein, sein vieles Geld gäbe ihm das Recht, zu bestimmen, was Recht und was Unrecht ist. Ganz besonders erbost muss er darüber sein, dass es noch Menschen gibt, die meinen, ihr Volk sei wichtiger als der jeweilige Rest der Menschheit. Vielleicht wird man ihn nach diesem Steckbrief einmal dingfest machen, zumindest im Rahmen einer Chronik unserer Zeit handfest anprangern können.(*368)

Die Unabhängigkeitserklärung vom 11. November 1965 kam nämlich — um im Einzelnen jetzt zu berichten — gar nicht so plötzlich und unerwartet, wie man der mit anderen Dingen mehr als genug beschäftigten Menschheit vormachte. Es war sogar London selbst, das eine solche Sezession aus dem Zentralafrikanischen Bund gefördert hatte, gegen den Willen Rhodesiens! Im September 1953 war dieser Bund geschaffen worden und sein Premierminister Sir Roy Welensky erhielt vom Kolonialsekretär Lyttelton die ausdrückliche Zusicherung, "dass die Föderation nicht ohne Zustimmung aller ihrer Mitglieder aufgelöst werden könne". Doch London hielt sich nicht an diese Zusicherung, sondern begann, sich den afrikanischen "Nationalisten" zu beugen. Mac Millan sprach die berühmten Worte vom "wind of change" in Afrika (1960) und Nordrhodesien wurde in Mitleidenschaft gezogen von den Ereignissen in Katanga.(*369) So traf in Afrika eine königliche Kommission unter Lord Monckton ein, um die Verhältnisse in der Föderation zu studieren. Der Auftrag der Kommission wurde in einen Schwall von Worten gehüllt, die keinen klaren Sinn ergaben. Sie

sollte "zu dem Ergebnis kommen, welches wir alle wünschen". Als Mac Millan gefragt wurde, welches dieses Ergebnis sei, erhielt man einen neuen Wortschwall zur Antwort, "die Kommission hätte im Rahmen ihrer Aufgaben zu handeln". Als Sir Roy Welensky fragte, ob die Sezession zu diesen Aufgaben zähle, erhielt er als Antwort, dass eine Sezession nicht zu ihren Aufgaben zähle. In diesem Sinne informierte Sir Roy Salisbury. Doch bald darauf schon erschien Mac Millan selbst in Salisbury und stellte wieder alles auf den Kopf. Es wurde klar, dass die Britische Regierung den übrigen beiden Mitgliedern der Föderation gestatten würde, ihre Unabhängigkeit zu erklären. Dr. Hastings Banda wurde aus dem Gefängnis entlassen, in welches man ihn nach den Unruhen von 1959 eingesperrt hatte (siehe Malawi) und damit war das für Afrika so wichtige "Zeichen der Schwäche" gegeben. Die selbstverständliche Antwort auf diese Geste war nur noch grössere Unruhe. Die Monckton Commission schloss schliesslich ihre Untersuchungen mit der Empfehlung ab, "die Britische Regierung solle die Trennung gestatten", das hiess also, die Unabhängigkeitserklärung der drei Landesteile. Als im Februar 1962 dem neuen Commonwealth-Sekretär Sandys vorgehalten wurde, dass eine strenge Handhabung der Zügel das Auseinanderbrechen der Zentralafrikanischen Föderation verhindern würde, die erst 1960 durch die Fertigstellung des Karibastaudammes das wesentliche Bauwerk für einen auf eigenen Füssen stehenden gesunden Staat vollendet hatte, und Nyassaland zum friedlichen Verbleib zwingen könne, da antwortet Sandys mit den inzwischen berühmt gewordenen Worten: "NO, YOU SEE, WE BRITISH HAVE LOST THE WILL TO GOVERN" - NEIN, SEHEN SIE, WIR ENGLAENDER HABEN DEN WILLEN ZUM REGIEREN VERLOREN.(*370)

Im März 1963 versuchte man dann in London, wenigstens die beiden Rhodesien zusammenzuhalten. Kaunda, der damals bereits dank der gewährten Selbstverwaltung praktisch Herr des nördlichen Teiles war, kam gar nicht erst zu den Sitzungen und Mr. Butler sagte Sir Roy: "Wären wir frei in unseren Entscheidungen, wir würden die engsten Bindungen zwischen den beiden Rhodesien begrüssen. Aber, wir haben keinerlei Macht, Zentralafrika unseren Willen aufzuzwingen." Drei Tage danach sahen die beiden sich wieder und Butlers Mitteilung war, dass nunmehr jeder Teil sich trennen dürfe ("that any territory might secede"). Dabei hatte man die Stirn, Sir Roy Welensky zum Essen zu Mac Millan einzuladen. Ersterer antwortete "Ich möchte nicht unhöflich sein, aber ich kann die Gastfreundschaft eines Mannes, der mich und mein Land betrogen hat, nicht annehmen". So wurde im März 1963 die mit so grossen Hoffnungen und Möglichkeiten vor 10 Jahren gegründete Föderation zu Grabe getragen, weil England zu müde war zum Regieren und es seinen Söhnen in Uebersee verbot. Unabhängigkeit war den beiden weitaus am wenigsten entwickelten Teilen gewährt worden, weil sie offen rebelliert hatten, weil sie gemordet und geplündert hatten. Es fehlte also nur noch, dass man auch dem seit vierzig Jahren für die Unabhängigkeit reifen südlichen Teil diese zusprach. Es war 1963 völlig unglaubwürdig, dass man etwa gerade diesem Rhodesien die Unabhängigkeit vorenthalten würde. Und doch sollte gerade das dann der Fall werden. Südrhodesiens Ministerpräsident Winston Field forderte denn auch "in schriftlicher Form" eine solche Zusicherung als Bedingung für alle etwaigen weiteren Unterhaltungen mit dem erwiesenermassen so unehrlichen London. Doch wieder wurde ihm ausweichend geantwortet. Brief auf Brief kreuzten sich zwischen Salisbury und London und immer erneut wurde Field regelrecht an der Nase herumgeführt. Schliesslich gab man zu, dass eine solche Unabhängigkeit erst spruchreif sei, "wenn die Föderation juristisch aufgelöst worden sei". Dabei existierte überhaupt nur mehr ein Glied dieser Föderation. Endlich wurde als Datum für diese Auflösung der Dezember 1963 festgesetzt, doch auch danach kam es nicht zur Unabhängig-

keitserklärung. Jan Smith übernahm von Winston Field die Regierung Südrhodesiens. Im Juni/Juli 1964 organisierte er eine Weltreise für neunundzwanzig Stammeshäuptlinge. Sie besuchten den Papst, die Regierung in Indien, aber wurden nicht vom Britischen Premierminister empfangen, und Mr. Sandys hatte nur eine halbe Stunde Zeit für sie. Es waren eben keine schwarzen Terroristen. Sie kehrten sehr verärgert nach Rhodesien zurück und beriefen alle Häuptlinge Rhodesiens zu einem grossen Indaba, und sie beschlossen darin einstimmig, Jan Smith ihre volle Unterstützung bei seinem Kampf um die Unabhängigkeit zu geben, denn "das allein ist der einzig mögliche Weg, wieder Ruhe und Frieden in Rhodesien einkehren zu lassen, wo derzeit unverantwortliche, vom Ausland aufgehetzte Elemente unsere Frauen und Kinder töten". 1 725 Akte von Terrorismus bis zu diesem Zeitpunkt. Erst, als daraufhin Jan Smith die beiden "afrikanischen nationalistischen Parteien" verbot, kehrte wieder Ruhe ein auf dem flachen Land.(*371) London wollte ja nicht mehr regieren, so war es die Pflicht Jan Smiths, dem Greis an der Themse diese Arbeit abzunehmen. In unangreifbarer Prozessführung wurden die Mörder überführt. Als sie 1968 hingerichtet wurden, erhob sich ein grosses Geschrei in der Weltpresse, obwohl sie auf der gleichen Seite die Hinrichtung von Nationalisten in Südjemen bekanntgab und die Auffindung eines westdeutschen Diplomaten mit ausgestochenen Augen in Saigon.

Im übrigen setzte Jan Smith die Unterhaltungen mit London fort und drohte dann damit, eine einseitige Unabhängigkeitserklärung vorzunehmen, falls London auf seinem unhaltbaren Standpunkt bestehen bleiben würde. Prinzgemahl Philipp von Edinburg erklärte öffentlich seine Zustimmung zu den Forderungen Smiths, doch "Kenia drückte darüber sein Erstaunen aus" und London erzitterte. Jan Smith, demokratisch legitimiert wie in jenem Augenblick kaum ein einziger Regierungschef auf der ganzen Welt, durch Zustimmung aller schwarzen und weissen Stimmen seines Landes in absoluter Mehrheit zu seiner Politik, liess sich mehr als ein Jahr lang noch mit leeren Worten hinhalten, dann war die Geduld ganz Rhodesiens wirklich am Ende. Man sprach in London von "gewissen einleitenden Schritten", die der Unabhängigkeit vorhergehen müssten, obwohl solche im Falle Nyassalands und Nordrhodesiens nicht nötig waren, obwohl Rhodesien seit 1923 seine Autonomie hatte, obwohl das Land ein Vorbild für Afrika in Erziehung, Kulturniveau, innerer Ordnung, Gesundheitswesen, wirtschaftlicher Organisation und politischer Reife war. Im Oktober 1965 versuchte Wilson durch persönliche Gespräche in Salisbury mit den sogenannten Oppositions"führern" und mit Jan Smith den Bruch noch im letzten Moment zu vermeiden. Jan Smith schlug eine Volksabstimmung sämtlicher schwarzen und weissen Bewohner des Landes vor. Man hätte annehmen dürfen, ein derartiger Vorschlag würde angenommen werden. Jan Smith schlug vor, die von England selbst erlassene Verfassung von 1961 solle mit einigen Zusätzen betreffs erweiterter Beteiligung von Negern an der Regierung versehen werden. Doch, kaum war Wilson abgeflogen, als man auch schon wieder in London die Dinge verdrehte, und einseitig die Kommission zusammenstellte, die eine solche Abstimmung vorbereiten sollte. Als dann Ghana als Mitglied des Commonwealth gar meinte, es könne in dem von Weissen "terrorisierten" Rhodesien gar keine korrekte Abstimmung geben, war man wieder auf dem Nullpunkt angekommen. Wilson lud Smith zu einer erneuten Zusammenkunft nach Malta, doch in Salisbury war man wirklich solcher Hänselei müde geworden, und Premierminister Jan Smith verlas am 11. November 1965 vor dem Parlament in Salisbury die Unabhängigkeitserklärung, die in ihren ersten beiden Paragraphen wörtlich derjenigen von 1777 in Nordamerika gleicht. Nur sprachen die damaligen weissen Nordamerikaner nicht auch im Namen der Indianer, wie es die Regierung Jan Smiths ausdrücklich authorisiert von sämtlichen Stammesführern auch im Namen der vier

Millionen Neger im Lande tat.

Noch in den Tagen vorher hatte man in der ganzen Welt mit den Waffen geklirrt, der Friedensnobelpreisträger Luther King kündigte einen gemeinsamen Feldzug der Neger gegen Rhodesien für diesen Fall an, Sambia stellte sein Territorium für ein bewaffnetes Eingreifen Englands zur Verfügung, im UN-Treuhänderausschuss kam es zu einer natürlich von den USA und Sowjetrussland unterstützten Aufforderung an Grossbritannien, die "Rebellion" mit allen Mitteln zu zerschlagen. Nur in Rhodesien selbst "hörten sich Schwarz und Weiss in aller Ruhe die Erklärung an und gingen dann wieder an die Arbeit" (UPI).

Ausdrücklich hatte man in dieser Erklärung noch nicht das Band zur Krone zerrissen, sah sich nach wie vor an als Mitglied des Commonwealth. Der Vertreter der Queen, Sir Humphrey Gibbs, behielt seinen Sitz in Salisbury, allerdings ohne dass man seinen Einmischungsversuchen in innere Angelegenheiten noch Bedeutung beimass. Die Flut von Briefen, die ihm der Briefträger täglich ins Haus brachte, zeigte ihm deutlich genug, wie man ausserhalb seines Gebäudes im Lande über die Dinge dachte. Als man allerdings dann anfängt, ihn zu beleidigen, verwahrt Smith sich "gegen einen Ton, der nicht dem Niveau rhodesischer Politik entspricht". Unflätigkeiten sind denn auch seitdem nur in den Konferenzsälen in New York, London und Addis Abeba oder auf der Strasse in diesen Städten gefallen.

Denn auf drei Ebenen hat Wilson jetzt seinen Krieg gegen Rhodesien auszutragen: Commonwealth, OUA und UN. Die OUA hatte schon am 21.10.65 in ihrer Konferenz in Accra (auf der wegen interner Streitigkeiten neun Länder nicht erschienen waren) gefordert, "alle afrikanischen Länder sollten ihre Beziehungen zu Grossbritannien einer Revision unterziehen, falls dieses nicht mit allen Mitteln die Unabhängigkeitserklärung Rhodesiens verhindere". Zugleich wurde, eben wegen der anderen afrikanischen Differenzen, eine Entschliessung angenommen, "wonach jede Form der Einmischung in die Angelegenheiten eines anderen afrikanischen Staates verboten wird". Sicher in Befolgung dieser letzten Parole hat Sambia dann sofort nach erfolgter Unabhängigkeitserklärung Rhodesiens eine Radiohetze mit Aufforderung zum Streik usw. ins Nachbarland gesandt. Es kam auch zu mehrtägigen Unruhen insbesondere in der Industriestadt Bulawayo, doch selbst nicht in jenen kritischen Wochen zu einem Generalstreik. Das Land blieb von da an völlig ruhig. Lediglich die ebenso völkerrechtswidrige Einschleusung von Guerillas von Sambia aus führte zu gelegentlichen Kämpfen in der Nähe des Sambesi im Norden. Als diese Einschleusung einen grösseren Umfang annahm, half Südafrika mit Spezialpolizeieinheiten. Die Rebellen waren zum Teil in Kuba ausgebildet worden (*372) (UPI 4.3.67).

Als dann die Unabhängigkeitserklärung erfolgt ist, treffen sich die Afrikaner erneut in Addis Abeba (3.12.65) und drohen Grossbritannien mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen, falls nicht bis zum 15.12. die Rebellion niedergeschlagen worden sei. Das einzige, was England tat, war Luftwaffeneinheiten mit Infanterieschutz nach Sambia zum Schutz gegen etwaige rhodesische Angriffe zu entsenden. Bedingung war, dass keinerlei Truppen anderer Staaten von Sambia akzeptiert würden. In der zweiten Hälfte des Dezember brechen dann tatsächlich auch sieben afrikanische Staaten die Beziehungen zu England ab. Auf der Konferenz der afrikanischen Arbeitsminister im Februar 1966 fordert Nkrumah erneut die militärische Besetzung der Kohlenminen in Rhodesien, um dessen Wirtschaft stillzulegen.

Inzwischen spielte sich auf UN-Ebene das folgende ab: Die Generalversammlung vom 12.10.65 befiehlt England, die Rebellion mit allen Mitteln zu verhindern. Der Sicherheitsrat erwartet (12.11.65), dass die neue Regierung

von den UN-Mitgliedern nicht anerkannt wird. England und die USA erlassen Sanktionen. Die BRD beeilt sich in wirklich auffälliger Weise, dem beizupflichten. Am 18. November erklärt ein Sprecher in Bonn, "die Haltung der Bundesregierung gegenüber Rhodesien wird bestimmt von den Entschlüssen der UN, von ihren freundschaftlichen Beziehungen zu Grossbritannien und von dem Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker". "Die BRD ist nicht Mitglied der UN", wirft von Studnitz ("Welt am Sonntag" 3.12.65) zunächst der Bonner Regierung vor, "sie war infolgedessen auch nicht aufgerufen, sofort Stellung zu beziehen. Trotzdem tat sie es. Frankreich, Mitglied des Sicherheitsrates, hat sich der Stimme enthalten", (da es die Angelegenheit als eine intern britische betrachtet)... "es geht um die Frage, ob die Bundesrepublik eine Politik treiben will, die ihren Interessen dient oder eine Politik, die die Interessen ihrer Bundesgenossen ihren eigenen voranstellt. Die jüngste Vergangenheit enthält Beispiele genug, die zeigen, wie Bonn sich als Musterknabe der Verbündeten verhielt — zum Nutzen anderer und zum eigenen Schaden."

Dabei ist die Erwähnung des "Selbstbestimmungsrechts der Völker" in diesem Zusammenhang ja wirklich mehr als Ironie. Unter "Völkern" kann Bonn ja nach seiner Haltung in der Sudeten- und Südtirolfrage wie auch im Oder-Neisse-Komplex nicht eigentlich die "Völker" verstehen, sondern Staaten, Nationen, wie es denn auch meistens in den englischen und französischen Uebersetzungen von ähnlichen Bonner Verlautbarungen heisst. Die Anwendung des Begriffs "Volk" im ethnischen Sinn widerspricht auch gerade in Afrika den Interessen der "befreundeten" neuen schwarzen Staaten. Man meint also in Bonn "Selbstbestimmungsrecht der Nationen". Dann aber muss man sich an die Seite Jan Smiths und der schwarzen Stammeshäuptlinge stellen, gegen diejenigen, die Rhodesien dieses Selbstbestimmungsrecht verweigern wollen. Ein "Volk" im ethnologischen Sinne gibt es nicht in Rhodesien, ebensowenig wie es das in Sambia oder egal welchem anderen schwarzafrikanischen Staat gibt. Es werden gerade von afrikanischen Staaten die blutigsten Vernichtungskriege gegen diejenigen geführt, die derartige völkische Selbstbestimmung für sich fordern. Der Begriff des "Selbstbestimmungsrechts der Völker" ist in Bonner Mund eine schöne Phrase ohne sachlichen Wert, weder auf europäischem noch auf afrikanischem Boden. Damit die Haltung gegenüber Rhodesien beschönigen zu wollen, setzt eine völlig gedankenlose Wählerschaft voraus, eine Wählerschaft, die von Tuten und Blasen keine Ahnung hat. Dabei ist diese ganze Kotau- und Erfüllungspolitik genau so ergebnislos wie es die von Weimar war. Am 26. Dezember 1965 schreibt nämlich die "Prawda" in Moskau, "die BRD hat mit Portugal, Südafrika und Rhodesien Geheimabkommen unterzeichnet, um die nationalistischen Bewegungen in Afrika zu unterdrücken. Sie alle sind brüderliche Delinquenten in dem gleichen schmutzigen Geschäft in Afrika. Man solle nur nicht glauben, dass die besten Freunde des afrikanischen Volkes und die Vorkämpfer für das Selbstbestimmungsrecht der afrikanischen Staaten am Rhein sitzen". Man schaue sich die Bilder der Industriemesse in Bulawayo von 1965 mit dem grossen Pavillon der BRD an, man schaue sich die lange Liste der damals geschlossenen und dann von der BRD einseitig gebrochenen Kontrakte an, um zu verstehen, welchen Schaden die BRD sowohl auf politischem wie auch auf wirtschaftlichem Gebiet dem deutschen Volk hier wieder zugefügt hat. Den Höhepunkt stellt dann die Affäre der neuen rhodesischen Banknoten dar. Sie waren von Salisbury im Vertrauen auf deutsche Wertarbeit in München in Auftrag gegeben worden. Obwohl ein deutsches Gericht den britischen Einspruch auf Beschlagnahme abwies, wurden sie in Frankfurt/Main nicht abgesandt. Rhodesien hat sich nur sechs Monate später anderweitig die notwendigen eigenen Geldnoten drucken lassen. Die BRD verlor nicht nur ein Millionengeschäft mit sehr zu-

kunftsreichen Möglichkeiten, sie verlor hier draussen ihr Ansehen als Rechtsstaat. Wie soll so eine Verwaltung noch Schutz für ihre Inversionen in Uebersee fordern können, wenn sie selbst keinen Schutz fremder Werte bietet. Bonn hat damit aktiv an der Untergrabung international gültiger Rechtsgrundsätze mitgewirkt.

In der genannten Generalversammlung wird ein allgemeines Waffenembargo gegen Rhodesien erlassen (dem sich natürlich auch sofort die BRD anschliesst). Ein Land, das wirklich nicht im entferntesten an kriegerische Unternehmen denkt, das von allen Seiten bedroht wird, soll in waffenlosem Zustand belassen werden. Ja, als dann die Sanktionen nicht helfen, spricht man in den UN von einer "Bedrohung des Friedens" die — Rhodesien darstelle. Der Fall Rhodesien ist daher auch zum Testfall für die grundsätzliche völkerrechtliche Illegitimität der UN als solcher geworden.

Am 20.11.65 fordert der Sicherheitsrat England auf, die Rebellion zu unterdrücken. Am 16.12.65 begründet Wilson vor der Generalversammlung seine Massnahmen, während 27 afrikanische Staaten den Saal verlassen. Im April 1966 schlägt U Thant, militanter Gegner europäischer Ordnung auf der Welt, in einer Pressekonferenz von sich aus einen für alle UN-Staaten obligatorischen Boykott Rhodesiens vor. Am 9.Juni 1966 fordert England von dem Sicherheitsrat das Recht zur Gewaltanwendung gegen Blockadebrecher, Tanker, die Beira mit Erdöl anlaufen. Am 23.Mai 1966 wird ein Antrag der Schwarzen abgelehnt, der Gewaltanwendung gegen Südafrika und Portugal fordert. Dafür stimmten Uganda, Nigeria, Mali, Jordanien, Bulgarien und die Sowjetunion. Dagegen stimmte Neuseeland, Argentinien, China (Formosa), Frankreich, Japan, die Niederlande. Die USA, Grossbritannien und Uruguay enthielten sich der Stimme. Im Dezember 1966 wird ein Erdölembargo von den UN befohlen, nachdem England dem Sicherheitsrat die Frage der Sanktionen von sich aus vorlegt. (Noch am 6.12.65 hatte Wilson es vor der Generalversammlung aufs schärfste abgelehnt, das Rhodesienproblem den UN zu übergeben. Die Kapitulation vor den Farbigen zeigt, in welche schwierige Lage die Regierung Wilson inzwischen gekommen ist. (Vgl. England dazu.) Er legte andererseits damit Jan Smith den Weg zum Ausscheiden aus dem Commonwealth offen. Dieser hat sich auch sofort dahingehend ausgesprochen.)

Im November 1966 hatte bereits die Generalversammlung England Gewaltanwendung gegen Rhodesien empfohlen! Auf eine Anfrage U Thants antwortet jedoch Dr. Spühler, "dass die Schweiz aus grundsätzlichen Erwägungen heraus im Sinne ihrer Neutralität sich nicht an den Sanktionen gegen Rhodesien beteiligen werde". Ebenso lehnt Südafrika die Beteiligung an Sanktionen ab, sowie auch das portugiesische Mozambique. Im Januar 1966 beginnen vielmehr die von einer privaten Hilfsorganisation in Südafrika zur Verfügung gestellten Erdölmengen auf dem Landweg nach Rhodesien zu rollen. Die Städte in Südafrika und Südwestafrika übertrumpfen sich in den dafür gespendeten Summen. In keinem Augenblick hat die rhodesische Wirtschaft vor unüberwindlichen Schwierigkeiten gestanden. Ihre Umstellung erfolgt mit einem allgemein sichtbaren Sinn für die notwendigen Opfer und nach einem Jahr schon ist die Loslösung von Grossbritannien nicht mehr schmerzhaft. Ja, alte Warenbestände "made in Britain" liegen unverkäuflich in den Schaufenstern. Es erinnert an den UN-Boykott in Elisabethville oder an die Schilder "Kauft nicht bei Juden" in Deutschland 1933. Nur, dass es diesmal keinerlei Schilder bedurfte. Die feindselige Haltung Londons hat nicht nur in Rhodesien den Engländern die Augen geöffnet für den heute in London herrschenden Geist. Wenn ein Passagierschiff in Neuseeland geschartert werden muss, um die vor Jahren dorthin aus Furcht vor schwarzen Rebellionen ausgewanderten Rhodesier wieder in die freigewordene Heimat zu-

rückzubringen, und wenn dieses Schiff, über die Toppen beflaggt, in Sydney gefeiert wird, zeigt das, wieweit man London verstanden hat.

Im Rahmen des Commonwealth kommt es bereits auf der OUA-Sitzung im Dezember 1965 zu einer sehr bemerkenswerten Aeusserung des Vertreters von Nigeria: "WIR SIND ZUERST AFRIKANER UND DANACH ERST MITGLIEDER DES COMMONWEALTH." Trotzdem gelingt es Wilson dann auf der Commonwealth-Konferenz in Lagos am 12.1.66 (wenige Tage vor Ausbruch des offenen Bürgerkriegs in Nigeria), ein Auseinanderbrechen des Commonwealth zu verhindern. Australien beteiligt sich gar nicht erst an den Verhandlungen. Wilson meint, in sechs Monaten sei das "Regime Smith" infolge der Sanktionen vernichtet. Um die Blockade durchzuführen, werden Fregatten und ein Flugzeugträger vor das portugiesische Beira gelegt. Als Madagaskar auf Grund des mit Frankreich abgeschlossenen Militärabkommens bei De Gaulle anfragt, ob es die Versorgung dieser britischen Einheiten gestatten solle, lehnt der französische Staatschef dies ab. In England kommt es zu einer Trennung von der konservativen Opposition, die bis dahin versuchte, mit Wilson eine gemeinsame Rhodesienpolitik zu führen. Die Regierung Wilson fährt in ihrer Haltung fort, obwohl allen klar ist, dass sie in keiner Weise mehr den in einer Demokratie eigentlich selbstverständlichen Rückhalt hat. Man schätzt, dass bei Neuwahlen höchstens 30% noch hinter ihr stehen. Auf der anderen Seite zeigen Wahlen in Rhodesien eine starke Zunahme der Stimmen für Smith. Doch alle diese TATSACHEN zählen natürlich nichts in unserer modernen Welt. Im September 1966 kommt es zu einer erneuten Commonwealthsitzung in London. Als nach tagelangen ergebnislosen Rhodesiendebatten der Ministerpräsident von Australien, Holt, das Vietnamthema anschneiden will, "bleibt dem Präsidenten von Sambia, Kaunda, der Atem stecken und er verlässt den Saal". Als man das Problem Kaschmir auf Antrag Pakistans angreifen will, lehnt Indien eine Diskussion über dieses Thema ab. Und Wilson sagt Ja und Amen dazu, um nur sein Commonwealth nicht zu gefährden. Zuletzt akzeptiert er ein ihm von den farbigen Mitgliedern des Commonwealth (Ghana, Jamaika usw.) gesetztes Ultimatum, bis Ende 1966 Rhodesien zu liquidieren. Im übrigen erklärten sich die Commonwealthländer bereit, Sambia in seinen Wirtschaftsschwierigkeiten zu helfen.

Einiges ist am Rande zu verzeichnen: Unbekannte malten auf den Hauptaltar der Kathedrale von Canterbury in grossen roten und blauen Buchstaben das Wort "Frieden" in Antwort auf die Erklärung des Erzbischofs von Canterbury, Michael Ramsey, "dass die Gewaltanwendung gegen Rhodesien gerechtfertigt ist".

Der Gouverneur Gibbs erwog den Rücktritt, da er sich "als Rhodesier fühle", doch blieb er auf Wunsch der Königin einstweilen im Amt.

In dem britischen Flugstützpunkt in Sambia verschwanden drei britische Soldaten. Man nimmt an, dass sie von ihren Freunden, den schwarzen Nationalisten ermordet wurden.

Ekuador (!) verbot die Landung rhodesianischer Handelsflugzeuge auf seinem Gebiet. Ebensogut hätte ein solches Verbot vom Mond ausgehen können.

Kaunda schlug (Mai 66) vor, England (!) aus dem Commonwealth auszustossen. Frenetischer Beifall der Massen.

General Motors in Detroit/USA gab ihrer Tochtergesellschaft in Südafrika die Anweisung, keine Wagen nach Rhodesien zu liefern. Der Wirtschaftsminister Südafrikas erklärte, "dass Südafrika es nicht dulden könne, dass eine ausländische Regierung ein südafrikanisches Privatunternehmen anwiese, gegen die eigene Regierung zu handeln".

Insgesamt sind ganze 450 Farbige wegen Aufsässigkeit gegen die Regierund in dem Land, in welchem einst die Idee der Konzentrationslager von Eng-

land geboren wurde, interniert. Und die Unterbringungsverhältnisse sind ausgesprochen korrekt, schon gar nicht zu vergleichen etwa mit denjenigen in Cummins Farm in Arkansas in den Vereinigten Staaten, wo die Häftlinge mit Peitschen geschlagen und gelegentlich auch einfach niedergeschossen und verscharrt werden (vgl. "Match" vom 17.2.68). Der Haltung der USA gegenüber Rhodesien kann man nur mit einem Hinweis aufs eigene verdammt prekär konstruierte Glashaus antworten.

Es kam inzwischen erneut zu Verhandlungsversuchen mit England, doch immer wieder vermied es London, klare Abmachungen einzuhalten, immer wieder versuchte man, Smith mit ausgesprochen "jüdischen Drehs" hinters Licht zu führen. Am 17. März 1968 betont Smith erneut, "das Unabhängigkeitsproblem hätte schon längst gelöst werden können, wenn England nicht die Verhandlungen abgebrochen hätte".

Eine aus drei weissen und zwei schwarzen Persönlichkeiten bestehende Kommission wurde von Jan Smith ernannt, um eine neue Verfassung auszuarbeiten. Mit deren Verkündung wird Rhodesien zur Republik erklärt werden. Die konservative Opposition in London warnt davor, diese letzte Möglichkeit, zu einer Verhandlungsgrundlage mit Rhodesien zu kommen, ungenützt vergehen zu lassen. Widerstände gegen diese Pläne, die in Rhodesien aus den eigenen Reihen kommen, und die eine Apartheidspolitik nach bisherigem südafrikanischem Vorbild entgegen den eigenen politischen Traditionen des Landes einführen wollen, entgegnet Smith durch die Ausbootung des Innenministers Harper im Juli 1968. Als das Oberhaus die verschärften Sanktionen Wilsons gegen Rhodesien bei der ersten Vorlage ablehnt, hört man die Bemerkung, "dass Smith die besseren Chancen hat, die kommenden zwei Jahre politisch zu überleben als Wilson" (Paget). Nach der Wiederwahl Smiths am 8. September 1968 wird vom Parlament der Verfassungsentwurf (mit allerdings ganzen elf Stimmen Mehrheit vor der Rechtsopposition) angenommen, der eine fünfjährige Uebergangszeit vorsieht mit einem Parlament mit weisser Mehrheit und garantierter schwarzer Minderheit. Danach wird das Land in drei Distrikte geteilt werden, zwei farbige und einen weissen, die alle drei ihre eigenen Provinzparlamente haben werden. Im Zentralparlament wird die Anzahl der farbigen Vertreter begrenzt sein.

Angesichts dieser Entwicklung in Rhodesien selbst bemüht sich Wilson, das Band nicht ganz abreissen zu lassen und trifft sich 1968 erneut mit Smith. Als Ergebnis kommt es zu weiteren Verhandlungen englischer Emissäre in Salisbury selbst. Sie bemühen sich, mit den Ereignissen Schritt zu halten und nicht endgültig ausgeschaltet zu werden. Am 10. November enthüllt Rhodesien die neue Landesfahne. Grün-weiss-grün in senkrechten Streifen, führt sie in der Mitte das Landeswappen. Vorster/Südafrika, drängt andererseits auf Annahme der letzten britischen Vorschläge im Sinne seiner "liberalen" Politik (s.d.).

Die "New York Times" sagt zusammenfassend: "Wie die weissen Siedler der amerikanischen Kolonien, so hat auch die Kolonne britischer Pioniere, die vor 75 Jahren nach Rhodesien zog, eine Gegend von Krankheit, Hunger, Aberglauben und Stammesfehden in ein Land blühender Landwirtschaft, lebhafter Industrie und modernen Bergbaus verwandelt, ganz unzweifelhaft das Produkt von Mut, Schweiss, und schöpferischer Phantasie der Siedler. Die Grundfrage ist heute: Wie schnell kann die politische Gleichberechtigung der Einwohner erreicht werden, ohne dass in Rhodesien jene Werte zerstört werden, die anderswo in Afrika von der Politik Londons und Washingtons mit einer Mischung von Sentimentalität und Stümperei zerstört worden sind."

---

*367 - Sogar die sonst so sachliche NZZ schrieb fälschlich von der ersten einseitigen Unabhängigkeitserklärung im Britischen Weltreich.

*368 - Warum soll ich anstehen, hier nicht zu wiederholen, was Dr. Joseph Goebbels am 21. Januar 1929 im "Angriff" schrieb?: "Gegen alle Injurien ist der Jude immunisiert: Lump, Parasit, Betrüger, Schieber, das läuft an ihm herab wie Wasser an der Teerjacke. Nenne ihn aber Jude, und Du wirst mit Erstaunen feststellen, wie er aufzuckt, wie er betroffen wird, wie er plötzlich ganz klein in sich zusammensinkt: "Ich bin erkannt"... Und weiter: "Ueber alle Fragen wird in Deutschland offen diskutiert, und jeder Deutsche nimmt für sich das Recht in Anspruch, sich in allen Fragen so oder so zu entscheiden. Der eine ist Katholik, der andere Protestant, der eine Arbeitnehmer, der andere Arbeitgeber, der Kapitalist, der Sozialist, der Demokrat, der Aristokrat. Eine Festlegung nach dieser oder jener Seite hat für den Zeitgenossen nichts Entehrendes an sich, sie geschieht in aller Oeffentlichkeit, und wo die Gegensätze noch unklar und verworren erscheinen, da reinigt man sie durch Diskussionen in Rede und Gegenrede. Einzig ein Problem ist dieser öffentlichen Behandlung entzogen und es wirkt schon aufreizend, es zu nennen: die Judenfrage. Sie ist tabu in der Republik." Meint man, an irgendein Problem auf unserer heutigen fiebernden Erde herangehen zu können, ohne die "Judenfrage, die wie ein Schatten über die Erde wandert" (Chaim Weizmann) einzubeziehen? Lautet nicht sogar oft genug das wichtigste Erfordernis: "Cherchez le Juif!", so wie man früher einmal in Versailles rief: "Cherchez la femme!", um die Frage nach dem Ursprung der heutigen, oft so seltsamen Schwerpunktbildungen politischer Leidenschaften beantworten zu können?

*369 - wo man die Sezession mit UN-Gewaltmassnahmen verhinderte.

*370 - Douglas Reed, aaO S. 34, erinnert daran, dass Sandys ein Schwiegersohn Churchills ist und dass letzterer seinerzeit noch sagte: "Ich bin nicht Seiner Majestät Premierminister geworden, um über den Zerfall des Britischen Empires den Vorsitz zu führen."

*371 - Die Nationalisten nennen sich prahlerisch nach den bekannten Ruinen "Volk von Zimbabwe". Der Ursprung dieser Bauten ist bis heute noch nicht einwandfrei geklärt, man meint, dass hier die Phönizier oder Araber eine Festung für ihre Goldsucher anlegten. Recking (aaO S. 143) schreibt schon damals, als er als einer der ersten Europäer unter Schwierigkeiten dorthin vordringt: "Wenn in jüngster Zeit der Vermutung Raum gegeben worden ist, die eingeborenen Anwohner des Manopiekegels verehrten in ihren religiösen Zeremonien das Genie ihrer gewaltigen "Vorfahren", so stimmt das mit unseren Beobachtungen nicht überein. Es bestehen so wenig mystische Beziehungen zwischen den Makalanga und der Zimbabwekultur, dass innerhalb der heiligen Bezirke des alten Festungsgürtels Gemüsebau betrieben wird. Für jeden, der sich mit den Tabus der Bantus beschäftigt hat, ist das ein sicherer Beweis dafür, dass sich bei den Eingeborenen keinerlei Ueberlieferung erhalten hat, die von den grossen Kulturträgern kündete, welche einst auf diesen "Granitkopjes" gesessen haben. Es wäre auch nicht zu verstehen, wie selbst im Laufe vieler Jahrtausende eines der stolzesten Herrenvölker der Alten Welt zu so jämmerlichem Gesindel hätte entarten können, wie es nun um uns herum den Weg zu den grossartigen Kultstätten freimacht."

*372 - Es ist überhaupt erstaunlich, dass auf der einen Seite sich in Kuba eine Organisation vor den Augen der Weltöffentlichkeit bildet (1967), die den Kampf mit allen Mitteln gegen die bestehende Ordnung in Südamerika und in Afrika zum Ziele hat, und dass bis heute sich die derart bedrohten Länder in Südamerika und Afrika nicht ebenfalls, zumindest auf konsultativer Ebene dem entgegen zusammengeschlossen haben. Man betrachtet vielmehr in den Cancillerías Südamerikas den Kampf gegen Rebellen in Afrika immer noch als etwas völlig anderes als den Kampf etwa gegen Guerillas in Bolivien und Kolumbien. Ja, man erlebt es, dass südamerikanische Staaten vor den UN sogar Partei für die Guerillas ergreifen und gegen die derart Angegriffenen. Worte fallen von Seiten südamerikanischer Diplomaten in New York, die nur möglich sind bei völliger Unkenntnis der wahren Gegebenheiten in Rhodesien. Nicht ein einziger dieser Herren ist jemals in Afrika gewesen, und man muss bezweifeln, ob sie sich jemals anders über die dortigen Probleme informiert haben als über die Pamphlete, die ihnen in New York in die Hand gedrückt werden. Man hat in Südamerika, mit sehr wenigen Ausnahmen, noch nicht begriffen, dass der Südatlantik ein genau so geschlossen zu verteidigendes Meeresbecken ist wie etwa das Mittelmeer, dass die Interessen seiner Anrainer parallel liegen und es für alle Beteiligten sehr gefährlich ist, sich die Richtlinien für das gegenseitige Verhalten aus dem Norden zu holen.

*

PORTUGIESISCH-AFRIKA

Portugal besitzt auf dem afrikanischen Kontinent drei Provinzen. Die Tatsache der geographischen Lage wie der rassisch unterschiedlichen Besiedlung ist Anlass gewesen, von nicht zuständiger Seite Portugal das Recht zu solchem Besitz abzusprechen, als wäre es Weltgesetz, wonach ein Staat nur in einem einzigen Kontinent sein dürfe, oder aber nur etwa aus Menschen ein und derselben Rasse bestehen dürfe. Man vergass dabei Sowjetrussland und die Vereinigten Staaten, Grossbritannien und Frankreich, die alle vier ihre Fahnen über mehr als einem Kontinent wehen lassen und die verschiedensten Rassen (oft sogar mit sehr viel Stolz) zu ihrem Staatsvolk zählen. Wieder einmal erleben wir die Verdrehung von Tatsachen, um gewissen politischen und wirtschaftlichen Interessen zu dienen. Doch halten wir uns auch diesmal an die wirklichen Gegebenheiten:

Nach dem Verlust Brasiliens fehlte Portugal die materielle Grundlage, um seinen Staatshaushalt ausgleichen zu können. Die Folge waren dauernde schwere innere Erschütterungen, die noch zunahmen nach Annahme der liberalen Verfassung. Von 1820 bis 1828 lösten sich 63 Minister und Staatssekretäre im Amt ab. Für die Zeit von 1830 bis 1870 belief sich ihre Zahl auf 600. (*373) Das Defizit stieg von Jahr zu Jahr bis in schwindelnde Höhe, die Streiks in die Hunderte. Nach dem Sturz der Monarchie im Jahre 1910 wurde der Staat durch die in der Republik führend gewordene Freimaurerei an den Rand des Abgrundes gebracht. Von 1911 bis 1926 zählen wir 40 Regierungen mit 18 Revolutionen,

von 1920 bis 1925 explodierten in Lissabon 325 Bomben, die 38 Personen töteten und 137 Personen verletzten. Die Folge dieser Zustände war naturgemäss, dass einer grösseren Kolonisationsarbeit in Uebersee die Mittel und Männer fehlten. Auch in den Kolonien nahm die Misswirtschaft daher zu. Der portugiesische Versuch, gegen Ende des vorigen Jahrhunderts die beiden afrikanischen Besitzungen zu einem neuen afrikanischen Brasilien zu vereinigen, scheiterte an dem energischen Widerstand Englands, welches sich mit Waffengewalt dazwischen setzte und den portugiesischen Major Serpa Pinto, "Portugals grössten Entdecker seit Vasco da Gama" (*374) zwang, die portugiesische Fahne am Schire wieder einzuholen (1890). Eine englische Flotte war bereits auf dem Wege nach Lissabon. So wurde Portugiesisch-Ostafrika im Grenzvertrag von 1891 seines wesentlichen Hinterlandes beraubt. Auf der Kongokonferenz erreichte Portugal die internationale Anerkennung der Grenzen Angolas, nachdem es auf die alten Besitzrechte an der eigentlichen Kongomündung verzichten musste. Anschliessend daran kam es zum deutsch-englischen "Angola-Abkommen" (1898), wonach im Falle portugiesischer Geldnot eine Aufteilung seines Kolonialbesitzes zwischen dem Deutschen Reich und Grossbritannien vorgesehen wurde. Doch schon ein Jahr darauf schloss England mit Portugal den "Geheimvertrag von Windsor" ab, nach welchem die englische Verpflichtung vom 23. Juni 1661 erneuert wurde, "alle der Krone von Portugal gehörenden Eroberungen oder Kolonien gegen alle ihre Feinde, sowohl zukünftige wie gegenwärtige, zu verteidigen und zu schützen". Prof. Jacob weist darauf hin, dass der Windsor-Vertrag noch 1938 von England als verbindlich anerkannt wurde.(*375)

Die Vernachlässigung des portugiesischen Ueberseereiches fand erst mit der nationalen Erhebung Portugals im Jahre 1926 ihr Ende. Bereits am 7. Dezember 1917 hatte der ehemalige portugiesische Gesandte in Berlin, Sidonio Pais, durch eine Militärrevolte die Lage seines Vaterlandes retten wollen. Doch wenige Monate darauf schon antwortete die Freimaurerei mit ihrem inzwischen allgemein üblich gewordenen Allheilmittel: Pais wurde ermordet. "Das nationale Elend in Portugal, die Zerrüttung der Finanzen, das Schwinden des Vertrauens zum Parlament, der Einfluss landfremder Elemente stiegen immer mehr." Die Gärung im Volke trug dann die Militärbewegung vom 28. Mai 1926 zum Siege. Das nationale Aufbauprogramm aber nahm sichtbare Formen erst an mit der Ernennung des Professors Oliveira Salazar 1928 zum Finanzminister. Ihm verdankt Portugal die Gesundung seiner Finanzen. General Carmona, seit 1928 mit diktatorischen Vollmachten regierend, ernannte Salazar 1932 zum Ministerpräsidenten. Mit seiner "Politik der Wahrheit und der Redlichkeit" gab er dem portugiesischen Volk in Europa und in Uebersee den Glauben an seine Zukunft wieder. Sein Werk ist die Verfassung von 1933. Im sogenannten Dekalog, den Zehn Grundsätzen des Neuen Staates, heisst es unter Punkt 3: Der Neue Staat ist keiner sozialen Einzelklasse oder politischen Partei untergeordnet, sondern dient, über alle erhaben, ausschliesslich den grossen Gemeininteressen der Nation. Punkt 4: Der Neue Staat sagt allen überlebten, inhalts- und blutleeren Formeln, wie Autorität ohne Freiheit oder Freiheit ohne Autorität den schärfsten Kampf an und ersetzt sie durch die lebendige Synthese Autorität und Freiheit. Punkt 9: Der Neue Staat will Portugal seine historische Grösse wieder zurückgeben und es in seiner kulturellen und politischen Machtvollkommenheit in sein weites Imperium organisch eingliedern. – Es gibt daher kein Portugal auf der einen Seite und seine Kolonien auf der anderen Seite. Es gibt nur eine einheitliche portugiesische Reichseinheit. "Als Territorium Portugals ist das zu bezeichnen, was ihm gegenwärtig gehört" (Artikel I der Verfassung von 1933). Im Jahre 1965 heisst es in der Einleitung zu dem "Plano Intercalar" für die Ueberseeprovinzen: "Portugal ist eine plurikontinentale und multiraciale Nation".

Trotzdem gibt es immer noch Kreise, die meinen von "Portugiesischen Kolonien", von "Entkolonisierung Angolas und Mozambiques" usw. sprechen zu dürfen. Für sie gilt eben nicht die Wirklichkeit, sondern das Gestell, an dem die ganze Welt gekreuzigt werden soll.(*376) Man will einfach nicht begreifen, dass es ausser der Geld- und Machtgier auch andere Komponenten gibt, dass man solche Komponenten wohl in einigen Ländern grausam liquidieren konnte, dass sie aber in Portugal nach wie vor vorherrschend sind. Portugal distanziert sich so im Allerwesentlichsten von dem übrigen "Westen", von dem Drascher (aaO S.115) anklagend schreibt: "Der Westen muss lernen, dass auf die Dauer grosse Ideen und nicht nur materielle Hilfeleistungen nachhaltige Wirkung erzielen. Die ständigen Klagen der Antikolonialisten, dass der Westen nur materiell denke, haben ihre Ursache weniger im Neid als in dem Gefühl, dass hinter seiner Leistung keine geschlossene Weltanschauung mehr steht... welche die koloniale Arbeit adelt und zu einer göttlichen Berufung macht, soweit auch im einzelnen gesündigt wurde." Adriano Moreira, 1961/62 Minister für die Ueberseegebiete (*377) sagt: "Es ist unser historisches Verhängnis, einer Welt anzugehören, die ihres Weges nicht mehr sicher ist. Wir sind die Opfer der Aggression gegen ein historisches und moralisches Erbe, das zugleich auch das Erbe vieler ist, die diese Aggression unterstützen oder wenigstens gutheissen. Wir sind zu fortwährender Wachsamkeit an Grenzen gezwungen, deren Bedrohung nicht uns allein gefährdet.(*378) Wir opfern Menschenleben und Eigentum, um einen Sperriegel gegen den Vandalismus zu errichten, der seine ersten Triumphe in Europa gefeiert hat und nun auf dem afrikanischen Kontinent zu triumphieren sucht, wo wir Portugiesen auf Grund der Imperative unserer Geographie und Geschichte die vorderste Verteidigungslinie bilden. Wir sind zu einer Haltung gezwungen, die uns heute zu einem Sonderfall unter den Nationen macht. Unsere Unnachgiebigkeit verblüfft viele von denen, die sich selber für die Fackelträger der westlichen Zivilisation halten, bis zur gänzlichen Ratlosigkeit. Und doch lässt sich die Regel, nach der sich unser angeblich so rätselhaftes Verhalten richtet, mit einem einzigen einfachen Wort zusammenfassen: Pflichterfüllung... Insbesondere jener Pflichten entziehen wir uns nicht, die sich aus unserer missionarischen Verantwortung ergeben... Wir sind der Ueberzeugung, dass Afrika reicher wurde, als wir dort die Grundbegriffe von Staat und Vaterland einpflanzten, die diesen Völkern bis dahin fremd gewesen waren... Wir fördern die Niederlassung europäischer Portugiesen in unseren Ueberseegebieten. Ein portugiesischer Siedler geht nicht nach Afrika, um seine Dienste dort für einige Jahre zu verkaufen. Er siedelt vielmehr für alle Zeiten dorthin über, um sein normales Leben weiterzuführen im Dienste desselben Vaterlandes, das auch die Eingeborenen haben. Ein solches Kolonistenleben steht daher auch im Dienst der gemeinsamen Interessen von Schwarz und Weiss. ... Wir sind der Ueberzeugung, dass unser Prinzip der friedlichen Koexistenz der Menschen aller Rassen einen bemerkenswerten Fortschritt der Menschheit darstellt. Darum weigern wir uns, eine Politik als fortschrittlich anzuerkennen, die Kontinente und Staaten nach der Hautfarbe ihrer Bewohner aufteilt und so gewisse beklagenswerte Beispiele der Innenpolitik grosser Staaten mit andersfarbigen Minderheiten gleichsam auf die internationale Ebene überträgt... (*379) Es ist auch schwer, an die Ehrlichkeit einer Politik für das schwarze Afrika zu glauben, die behauptet, auf der Ehrfurcht vor dem Nationalgefühl der dort lebenden Völker zu beruhen, während es dort in Wirklichkeit weder Nationen noch ein autochthones Nationalgefühl gibt. Diese Politik operiert mit der Behauptung, sie erfülle lediglich den Wunsch der afrikanischen Völker nach Befreiung, während die breite Masse dieser Volksstämme nach dieser Freiheit gar nicht verlangt hat und die Erfahrung bereits zeigt, dass es sich de facto gar nicht um Freiheit

handelt, sondern nur darum, die Vorherrschaft Europas durch die eines anderen Kontinents abzulösen... Afrikanische Völker, die den anderen Weg (der sogenannten "Entkolonialisierung") einschlugen, machen heute bereits die Erfahrung, dass er zu neuer Knechtschaft führt. Er führt nämlich entweder zum Neokolonialismus oder zum Rückfall in das ganze Elend des vorkolonialen Zustands... Den Vereinigten Nationen gegenüber aber dokumentieren wir damit unsere Entschlossenheit, mit unserer Politik der Rassen-Integration fortzufahren, ohne die es im schwarzen Afrika weder Frieden noch echten Fortschritt geben kann. Das bedeutet also, wir fahren fort mit einer Integrationspolitik, die das neue technische Söldnerwesen restlos ablehnt, und die wie eh und je vom Glauben an die absolute Gleichwertigkeit der Menschen aller Hautfarben durchdrungen ist... Zu unserem Bild der vielrassigen Gesellschaft auf der Basis rassischer Gleichberechtigung gehörte immer die gesetzliche Gewährleistung des Eigenlebens der ethnisch verschiedenen Völkerschaften, die im portugiesischen Volk integriert wurden."

Nachdem Portugal im Dezember 1955 Mitglied der UN wurde, erhielt es von Dag Hammarskjoeld ein Schreiben, worin unter Hinweis auf Kapitel XI der Charta angefragt wird, "ob Portugal nicht-autonome Territorien besitze". Tatsachengemäss antwortete Portugal, dass es solche nicht besitze. Daraufhin gab es einen Sturm der Entrüstung unter den "Antikolonialisten" (selbständige Staaten gab es damals noch kaum in Afrika!), die das Recht für sich beanspruchten, allein zuständig zu sein für die Feststellung des Status irgendeiner Ueberseebesitzung eines UN-Mitgliedes. Ja, es wurde sogar die Behauptung aufgestellt, dass sich die Mitgliedstaaten durch den Beitritt zu den UN automatisch verpflichtet hätten, ihre Verfassung in allen Punkten abzuändern, in denen sie im Gegensatz zu der von der Generalversammlung eingeführten Auslegung der Charta stände! Doch das war erst der Anfang. Seitdem vergeht nicht eine einzige Sitzung der UN, ohne dass man nicht Portugal angreift und bedroht. Eine Reihe von Komitees befasst sich seitdem laufend mit den Angelegenheiten in Portugal. Zunächst einmal das "Komitee der 17", das sind: Australien, Kambodscha, USA, Aethiopien, Indien, Italien, Madagaskar, Mali, Polen, Syrien, Grossbritannien, Tanganyika, Tunesien, Sowjetrussland, Uruguay, Venezuela und Jugoslawien. Sie befassen sich allgemein mit Kolonial-Angelegenheiten. Dann gibt es das "Komitee der 7", das sich mit den portugiesischen Angelegenheiten im besonderen befasst. ("Special Committee for Territories under Portuguese Administration": Bulgarien, Ceylon, Kolumbien, Zypern, Guatemala, Guinea und Nigeria) und das "Komitee der 5", welches sich nur mit Angola befasst und aus Bolivien, Dahomey, Malaya, Finnland und dem Sudan besteht.(*380) In der Generalversammlung wird jede Abstimmung von der grossen Zahl der afrikanischen Staaten majorisiert. Dass diese seltsame Arithmetik bedeutet, dass ein afrikanischer Neger etwa 260-faches Stimmrecht gegenüber einem Europäer hat, stört die Demokraten nicht. An der Spitze aller Vorstösse gegen Portugal stehen (aus Gründen, die wir noch sehen werden) regelmässig die USA und Sowjetrussland Hand in Hand. "Diese Führerstaaten" (Moreira aaO S. 66), "die sich im Kriege so hochsinnig gegen eine materialistische Auffassung der Welt und des Lebens erklärt hatten, fanden im Frieden (1945) keinen anderen Leitgedanken für ihre Entwicklungspläne als den der Bereicherung und des wirtschaftlichen Wohlstandes. Und so klärten sie uns endgültig auf über die praktische Bedeutung der von ihnen gepredigten Ideale. Nicht, um unsere berechtigte Bitterkeit solchen Führern gegenüber zu verbergen, sondern um unseres Seelenfriedens willen wäre es gut, wir könnten einen anderen Ausdruck finden für die Täuschung, deren Opfer wir alle waren und noch sind, als das Wort VERRAT. Wir haben nichts gewonnen durch gewisse Veränderungen in der äusseren Erscheinungsform jener

Machtkämpfe, die seit uralten Zeiten das Bild des internationalen Lebens bestimmt haben. Wir haben vielmehr etwas verloren. Denn in dem Mass, in dem man sich heute bemüht, diesem Machtkampf die erkennbaren Züge zu nehmen, und ihn zu verschleiern, zu tarnen, wird er gefährlicher. Für diese verwandelte Form des Wettstreits der Grossen um die Weltherrschaft ist insbesondere die Schaffung jener kollektiven Institution ohne Verantwortung oder wirksame Macht charakteristisch, die mit ihrem Namen Handlungen decken muss, deren Kosten oft genug nur vom Schatzamt einer einzigen daran interessierten Nation getragen werden und die dann ihrerseits eine Gegenleistung für ihre Dienste zugunsten der Interessen einer oder mehrerer Grossmächte erhält. So ist es nicht schwierig, die Beziehungen aufzuzeigen zwischen den Dienstleistungen verschiedener internationaler Streitkräfte, und den gleichzeitig gemachten Zugeständnissen an die Gruppe junger und noch völlig verantwortungsloser Staaten, die in den Generalversammlungen der UN den äusseren Schein weltparlamentarischer Macht aufrecht erhalten. Die Kosten aber wälzt man dann ab auf Dritte. Und hierbei, das müssen wir sagen, fällt auf Portugal kein geringer Anteil." Man hat Portugal vorgeschlagen, doch auf die politische Herrschaft in den Ueberseeprovinzen zu verzichten, "Portugal würde dadurch doch keinen Schaden erleiden, denn es blieben ihm doch genug andere, wirtschaftliche Machtmittel, um sich einen Einfluss auf den "gemeinsamen Marsch in die Zukunft" zu sichern. Untersuchen wir einmal diese aus dem utilitaristischen Denken der neuen Welt geborene Lesart... Gewiss wird der schon immer geforderte freie Zugang zu den Märkten und Rohmaterialien jener Gebiete sehr viel leichter erreichbar sein, wenn die legitimen Souveränitäten dort beseitigt worden sind. Was einstmals freier Zugang aller zu den kolonialen Märkten hiess, heisst heute Entkolonialisierung... und die sogenannte Gleichheit des Zugangs besteht dann de facto in der Vorherrschaft jener Mächte, deren finanzielle und industrielle Mittel übermächtig genug zur Ausschaltung fast aller Konkurrenten sind... So hat es also auch Kolonialmächte gegeben, die von sich aus über genügend Mittel verfügen, um in ihren ehemaligen Besitzungen mit einer Politik "schöpferischer Abdankung" gute Gewinne zu erzielen. So zum Beispiel in jenen Ländern, die man heute schon die "ferngesteuerten Kleinstaaten Afrikas" nennt. Aber diese Kolonialmächte haben auch niemals in Afrika eine Politik echter Besiedlungs- und Rassenintegration durchgeführt, wie wir es taten. Und obwohl wir dabei arm blieben, so haben wir doch in Uebersee ein Entwicklungswerk in Gang gebracht, dass sich neben dem der reichen Grossmächte durchaus sehen lassen kann und sind keineswegs gesonnen, ihnen mit unseren Besitzungen als Tauschobjekt bei ihren politischen Kompensationsgeschäften zu dienen."(Moreira, aaO S. 73)

---

*373 - Vgl. Ernst Gerhard Jacob, "Das portugiesische Kolonialreich", Leipzig 1942, S. 37 ff.

*374 - Jacob aaO S. 39

*375 - Im "Lourenco Marques Guardian" erschien am 17.11.38 die Meldung, die damals auch durch grosse Plakate in den Strassen der Stadt verbreitet wurde: "Im englischen Unterhaus hat der Unterstaatssekretär des Auswärtigen,

Butler, erklärt, der englisch-portugiesische Geheimvertrag vom 14. Oktober 1899, der das englisch-portugiesische Bündnis erneuerte und die portugiesischen Kolonien gegen jeden Angriff schützt, ist noch in Kraft. Butler betonte nochmals, dass die englische Regierung stets die Verträge mit Portugal als gültig anerkannt habe und noch anerkenne."(aaO S.47)

*376 - Der Nachkriegsplötz spricht von "Portugal als Kolonialmacht", von "Verpflichtungen der europäischen Länder gegenüber den afrikanischen Völkern" und ist damit typisch für diese irrealen Konstruktionen.

*377 - Ich zitiere im folgenden aus der in Baden Baden 1963 erschienenen Zusammenfassung einiger seiner Reden unter dem Titel "Portugals Ueberseepolitik".

*378 - Wie erinnert das an die Soldatenbriefe von Helmut Pabst "Der Ruf der äussersten Grenze"! (Tübingen 1953) mit dem Vorwort von Hegel: "Nicht das Leben, das sich vor dem Tode scheut und sich vor Verwüstung rein bewahrt, sondern das ihn erträgt und in ihm sich erhält, ist das Leben des Geistes."

*379 - Farbige Portugiesen haben im europäischen Teil Portugals die höchsten Posten innegehabt, unter ihnen Richter am höchsten Gericht, und Portugal war der erste Staat, der einen zivilisierten Neger zum Gouverneur einer seiner afrikanischen Besitzungen ernannte.

*380 - Ich habe mal die Lebensjahre, die diese fünf Staaten zusammen besitzen, addiert und komme dabei bei Rückwärtszählung nicht einmal an die Jahreszahl, da Angola portugiesisch wurde. Dass man Dahomey in dieses Komitee mit hineinnahm, entbehrt nicht einer besonderen Delikatesse, da es ja dieser Staat war, der als erste aussenpolitische Handlung sich des kleinen portugiesischen, symbolischen Forts von São Joao Baptista de Ajuda an seiner Küste in einseitiger Aggression bemächtigte.

*

PORTUGIESISCH-GUINEA

ist Portugals älteste kontinentale Kolonie. 1446 entdeckt, 1600 Gründung der Handelsniederlassung Bissau, 1879 verwaltungsmässig von den Kapverdischen Inseln getrennt, 1886 Grenzfestsetzung mit Frankreich. Heute sind seine Nachbarn Senegal und Guinea. Bissau ist heute wichtigster Hafen und Bolama Verwaltungszentrum, beide Städte auf gleichnamigen Inseln gelegen. 1962 erfolgte der erste nationalistische Ueberfall von Guinea aus, und es gelang, die sehr schwachen Polizeikräfte im Nordteil zu überrennen. Seitdem ist die "Befreiung" des Landes nicht weitergekommen. Portugal hat entgegen den ersten Hoffnungen der Rebellen nicht nachgegeben, sondern vielmehr die an den dichten Urwaldgürtel grenzenden Ortschaften einzeln befestigt. Typisch ist, dass die Nationalisten unter sich schon jetzt sich um die gewünschte Beute streiten. Ihre Waffen

sind sowjetischer und tschechischer Herkunft und wurden von Algier geliefert. Die Ausbildung fand auf dem Boden Guineas statt. Seitdem der dortige Freiheitsapostel Sékou Touré hinausgefeuert wurde, ist es auch mit der "Befreiung" von den Portugiesen etwas ruhiger geworden. Die ziemlich dichte Bevölkerung ist seit 1951 durch einen Abgeordneten in der Nationalversammlung in Lissabon vertreten. Inzwischen suchen die Kranken der "freien" Nachbargebiete die vorbildlichen Hospitäler in Bissau auf und die dortige Lepraheilanstalt ist richtungweisend für ganz Westafrika.(*381)

---

*381 - Und vor mir liegt eine Arbeit des Architekten Mario de Oliveira "Urbanismo en Ultramar", Agencia Geral do Ultramar, Lissabon 1962, mit den umfassenden Erweiterungsplänen für die Stadt Bissau mit ihren Vororten. Wenn man diese Bauten usw. mit dem vergleicht, was der mitteldeutsche Entwicklungsdienst auf Sansibar baut und der westdeutsche in Dar es-Salam, so sollte man den Deutschen empfehlen, lieber nicht so laut mit derartigen Heldentaten zu prahlen. Portugal leistet tausendfach mehr in einer einzigen Stadt.

*

SAO THOME UND PRINCIPE

die beiden portugiesischen Inseln im Golf von Guinea, werden als "Juwelen Portugals" bezeichnet wegen ihrer landschaftlichen Schönheit. Die portugiesische Kolonisation begann 1475, wobei ehemalige Sklaven sowie aus Spanien vertriebene Juden dort angesiedelt wurden und vor allem den Zuckerrohranbau betrieben. Heute ist Kakao das Haupterzeugnis dieser politisch ruhigen Inseln.

*

ANGOLA

ist Portugals reichste Provinz, allein vierzehnmal so gross wie das europäische Portugal. Es ist schon ein Land, das Neid erregen kann, besonderen Neid bei denen, die 1939 in ganz Afrika nur 100 Mio. Dollar investiert hatten, aber 20 Jahre danach bereits mehr als 20 Milliarden Dollar mit einem Gewinn von bis zu 38% in der Minenindustrie. In fünf Jahren (1955-1960) erhöhten sich die Exporte der USA nach Afrika um 600%. Und es lohnt sich, auch Angola zu übernehmen, dessen landwirtschaftliche Produktion sich von 1949 bis 1960 verdoppelte, sich also stärker entwickelte als irgendein anderer Teil Afrikas, wo neben den Diamantminen 1960 auch Petroleum gefunden wurde. Der nördliche Teil der Provinz ist am stärksten bevölkert. Seit dem Einreissen chaotischer Zustände im benachbarten ehemaligen belgischen Kongo siedeln sich von dort flüchtende Schwarze in diesem Teil des portugiesischen Gebiets an. Eine quali-

tativ hochstehende Kaffeesorte wird dort von Einwanderern aus Portugal, aber auch von Deutschen, die seit den zwanziger Jahren in Angola landwirtschaftlich tätig sind, angebaut.(*382) Gerade die Nordteile Angolas bieten so ein Bild blühenden Wachstums. Unruhen kennt das Land nicht. Die Polizeikräfte sind in dem weiten Land praktisch gleich null. Das ist die Lage am Morgen des 15. März 1961. Auf den Fazendas warten die Arbeiter, um für ihre Tagesarbeit eingeteilt zu werden, an den Omnibushaltestellen in den Ortschaften stehen wie jeden Morgen kleine Gruppen, vor der Post stehen ein paar Schwarze, ebenso vor dem nächsten Kaufhaus. Am Horizont stehen die für die Kaffeeernte so herbeigesehnten Regenwolken. Alles ist wie sonst. Da bricht schlagartig in allen Orten des Nordens das Gemetzel los. Die Teilnehmer an der Revolte stürzen sich wahllos auf die Nebenstehenden und ermorden sie, im Nu liegen überall schwarze und auch weisse Leichen, in den meisten Fällen werden sie noch grausam verstümmelt. Zugleich dringen vom Ausland her an elf Stellen (soweit ich sie auf der Lagekarte des Portugiesischen Generalstabs zählen kann, die später in dem Buch "Guerra em Angola" von Hélio Freitas veröffentlicht wird) bewaffnete Rebellenverbände ins Land. Die ehemaligen "Flüchtlinge" aus dem Kongo und jene Truppen ziehen in den nächsten Tagen nach offensichtlich ausgearbeitetem Plan über das Land und morden, morden, morden. Viele kleine Ortschaften müssen aufgegeben werden. Schwarze und Weisse flüchten waffenlos in die grösseren Gemeinden und igeln sich ein. In ihrer Abwesenheit werden die verlassenen Farmen zerstört, das Aufbauwerk von Jahrzehnten in Stunden vernichtet. Die Leichen etwa zurückgebliebener schwarzer Frauen und Kinder findet man später mit abgeschnittenen Gliedmassen entsetzlich zugerichtet in den Feldern in der Nähe herumliegen. Während die Schreie der Opfer im Busch verhallen, die Rauchschwaden der Brandstifter den Himmel verdunkeln, verlangt Adlai Stevenson im Sicherheitsrat der UN die Behandlung der Angolafrage und beschuldigt Portugal der Gefährdung des Weltfriedens. Kurz vorher erst war der portugiesische Rebellenführer, der Mischling Holden, mit Ehren in New York empfangen und ihm alle finanzielle Unterstützung zugesichert worden. Die mordenden Horden waren in Marokko unter den Augen von Amerikanern ausgebildet worden, waren von Lumumba verpflegt und an die Grenzen befördert worden. Jetzt spricht Amerikas Vertreter vor dem Sicherheitsrat – und wiederholt es sofort danach auf der Generalversammlung – dass Portugal unverzüglich Massnahmen zur Ueberlassung seiner Gebiete an die Rebellen zu treffen habe, da es mit seiner Haltung den Weltfrieden gefährde. Werter Leser, es mag sein, dass Sie zu faul sind, selbständig zu denken, wie so viele heute. Aber, auch auf die Möglichkeit hin, dass Sie darum jetzt dieses Buch aus der Hand legen: Es hat in der Geschichte Amerikas kaum Momente gegeben, wo noch deutlicher die abgrundtiefe Verworfenheit seiner politischen Führung zum Ausdruck kam. Nehmen Sie die Worte der Vertreter von "Gottes eigenem Land" und betrachten Sie dabei die Bilder aus Angola!

Für diejenigen, die nach diesem Abbruch der menschlichen Beziehungen zu Washington, mit der Lektüre fortfahren wollen, sei gesagt, dass man auch sofort in Portugal die Urheber erkannte. Demonstranten verlangten vor den nordamerikanischen Konsulaten den Abzug der Yankees von den Azoren und der portugiesische Vertreter vor der Generalversammlung nahm kein Blatt vor den Mund.

Portugal stellte so schnell wie möglich Ruhe und Ordnung wieder her. Eine Luftbrücke wurde von Lissabon nach Luanda gelegt, Truppen eingeschifft, und Ort auf Ort wieder entsetzt. Nach einem halben Jahr war die Grenze zum Kongo wieder an allen Stellen erreicht. Portugal hat damit der Welt, hat vor allem aber Europa gezeigt, dass es Augenblicke im Leben einer Nation gibt, in

denen sie die Pflicht hat, zu kämpfen. Hat vor allem einem De Gaulle gezeigt, dass er sachliche Gründe für seinen Verrat an Algerien nicht vorbringen kann, denn damals standen nicht Tausende, nicht Hunderttausende, nein, Millionen von Franzosen bis zum Aeussersten entschlossen hinter der Forderung nach einem europäischen Algerien, Millionen von Franzosen christlichen und muselmanischen Glaubensbekenntnisses, in der Metropole und in Afrika. Dass De Gaulle damals mit den übelsten Terrormassnahmen, Verleumdungskampagnen und Unterdrückungsmassnahmen jahrelang kämpfte, um Algerien den Rebellen übergeben zu können, hat sich nach der biologisch genau vorherbestimmten Zeitspanne bereits bitter an Frankreich gerächt. Jene französische Jugend, die heute auf die Barrikaden geht mit roten Fahnen, bar jeder grossen vaterländischen Aufgabe in Uebersee, präsentiert dem von den "pieds noirs" in sein Amt eingesetzten Verräter heute die Rechnung. Jene portugiesische Jugend aber, die heute anstatt zu vandalisieren und zu rebellieren, um der freien Liebe oder des fernen Vietnam willen, wie in allen anderen europäischen Staaten ausnahmslos, hinausgehen kann in ihr Portugal, verdankt diesen hohen Sinn des Lebens einer Regierung, die im entscheidenden Augenblick nicht daran dachte, eine sekuläre Verpflichtung zu verraten.

Denn der Wiederaufbau verlangte Opfersinn von der ganzen Nation. Es fehlte an allem und jedem in den verwüsteten Gebieten, an Aerzten, Siedlern, Arbeitern, an Saatgut, an Maschinen, an Kapital. Und immer wieder bemühen sich Fremdlinge, den wieder eingekehrten Frieden zu stören, stellt New York Gelder zur Verfügung und der Osten die Waffen, um die europäische Zivilisation an dieser blutenden Grenze zu überrennen. Das an Geldgier erkrankte, längst kulturlos gewordene übrige Europa vergeudet die Kraft einer verhurten Jugend in Sinnlosigkeiten und betäubt die schlotternde Angst vor dem früher oder später, in dieser oder jener Form alles verschlingenden Kommunismus in wohlgedrechselten Phrasen der geistigen "Führer" von Toynbee bis Jaspers. Vielleicht würde schon heute ein einziges Ostberliner Bataillon genügen, die wohlverdiente tabula rasa zu machen. Es ist nur befriedigend, dass es etwas langsamer geht und dass so die Verantwortlichen, wenn auch schon im Greisenalter, noch selbst den Zusammenbruch ihrer Papphäuser erleben. Auch Rom ward nicht an einem Tag zerstört.

Der Wiederaufbau Angolas ging zügig vonstatten. Die Störungen durch die Nimmersatten in New York waren weniger bremsend als die Bürgerkriege, die das übrige "freie" Afrika weitgehend erschütterten. Im März 1968 wurde das Entwicklungsprogramm für das laufende Jahr bekanntgegeben. Bedeutende Steuerbefreiungen für ausländische Investitionen kennzeichnen es. Dabei liegen bereits bedeutende Investierungen von südafrikanischer Seite fest, insbesondere die Errichtung der Cabora-, Bassa- und Kunene-Kraftwerke. Die Einwanderung von Portugiesen aus dem Mutterland wird weiterhin stark gefördert.

---

*382 - Entgegen den ausdrücklichen Mandatsbestimmungen verwehrten sowohl Frankreich wie England den deutschen ehemaligen Afrikanern die Rückkehr in die besetzten deutschen Kolonien bis zum Jahre 1925, sodass sich ein Strom deutscher Einwanderung ins portugiesische Angola entwickelte.

*

MOZAMBIQUE

in Ostafrika erlebt die gleichen Angriffe von aussen wie die anderen portugiesischen Provinzen in Uebersee. Von Tansania aus operieren seit 1964 Freischärler über den Rowuma hinweg sporadisch im Lande. Es war daher notwendig, militärische Verstärkungen und Sondereinheiten in die Nordbezirke zu verlegen. Eine andere Bedrohung bildete das Auftauchen britischer Kriegsschiffe vor Beira im Zusammenhang mit dem Erdölembargo gegen Rhodesien. Portugal traf Massnahmen gegen eine Verletzung seines Hoheitsgebietes von britischer Seite. Es kam jedoch nicht zu so weitgehenden Zerstörungen wie Angola sie 1961 erlebte, sodass die Aufwärtsentwicklung stetig und ununterbrochen vor sich gehen konnte. Auch in Mozambique bestehen starke Kapitalsverflechtungen mit Südafrika. Beachtlich ist die Forderung grösserer politischer Rechte der Provinz im Rahmen der Nation.(*383) 1968 ist eine weitere bedeutende Erweiterung der Infrastruktur des Landes vorgesehen. Die Ausschaltung der Inder als Folge des indischen Ueberfalls auf Goa (*384) hat dem Land die Problematik in Verbindung mit diesem schwer assimilierbaren Element genommen.

*383 - Rede des Sprechers der Gesetzgebenden Versammlung von Mozambique, Goncalo Mesquitela, vor dem Ueberseerat in Lissabon am 24.10.62, in welcher er darauf hinweist, dass Brasilien heute die grösste portugiesische Provinz wäre, wenn man 1820 in Lissabon so gedacht hätte wie heute. Mesquitela weist darauf hin, dass sowohl in der Nationalversammlung wie in der Camara Corporativa o Ultramar Mozambique entsprechend seiner Bedeutung und seiner Entwicklung vertreten sein müsse.

*384 - Im Juli 1962 entzog die portugiesische Regierung allen auf portugiesischem Gebiet lebenden Indern die Aufenthaltsgenehmigung. Auch die auf portugiesischem Gebiet geborenen Kinder von Indern fallen unter diese Bestimmung. Ferner wurde sämtliches indisches Vermögen beschlagnahmt. Alle nach dem 30.9.61 mit Indern abgeschlossenen Verträge wurden für nichtig erklärt.

*

DIE SUEDAFRIKANISCHE REPUBLIK

bestätigt mit der bunten Geschichte ihres Werdens am Südende des Kontinents erneut den alten Satz der Römer, ex Africa semper aliquid novi. 1652 gründete der Holländer Jan Van Riebeeck Kapstadt als Versorgungsstation für die das einst von den portugiesischen Entdeckern so benannte Kap der Guten Hoffnung umfahrenden Segler der Ostindischen Kompanie. Im Laufe des 18. Jahrhunderts wanderten immer neue Scharen holländischer und niederdeutscher Siedler ein, die dann landeinwärts zogen, und von dieser wandernden Grenze her das Wesen

der Kolonie bestimmten, so wie Nordamerika lange von der Härte seines Grenzerlebens erzogen wurde. Gestützt auf den kalvinistischen Glauben hielten sich diese Treckburen für ein "auserwähltes Volk Gottes". Die niederländische Herrschaft dauerte bis 1795, als infolge der französischen Siege in Europa am Kap die "Batavische Republik" von Holländern und Franzosen gegründet wurde. (Es ist anzunehmen, dass damit, genau so wie im ähnlich befreiten Südamerika zu jener Zeit, die Freimaurerei Eingang fand in die Kapprovinz.) (Hugenotten waren schon vorher ins Land gekommen und französische Familiennamen, Hausfassàden, die denen in Französisch-Kanada ähneln, sowie die Weinkultur am Kap sind ihr bleibender Beitrag in Südafrika geblieben.) Doch schon unmittelbar darauf wurde das Kap von den Engländern besetzt, die es 1814 auch völkerrechtlich zu ihrer Kolonie machten. Es kam zum Abzug der Buren, dem Groote Treck ins Landesinnere. Dort wurden die Burenrepubliken Natal (1838), Transvaal (1852) und der Oranje-Freistaat (1854) gegründet, europäische Republiken in Südafrika. Im Zuge dieser Trecks kam es zu den sogenannten "Kaffernkriegen" mit den militärisch organisierten, nach Süden erobernd vorstossenden Zulus. Als die Buren, die sich in Natal niederlassen wollten, deswegen mit dem Zuluherrscher Dingaan verhandelten, liess dieser den Unterhändler Piet Retief und seine Begleiter hinterrücks ermorden. Darauf kam es zum Krieg, wobei Pretorius Dingaans Heer in der Schlacht am Blutfluss am 16. Dezember 1838 vernichtend schlug. Dingaansdag wird noch heute in Südafrika in Erinnerung an diesen Sieg gefeiert. 1842 erwarben die Engländer das Küstengebiet von Natal. Als Arbeiter führten sie Inder der niedrigsten Kasten in ihre dortigen Zuckerrohrplantagen ein. Gleichzeitig entstand in Kapstadt eine Mischlingsbevölkerung aus den dort von den Holländern eingebrachten insulindischen Sklaven. Das weitere Vordringen der Engländer führte zu Konflikten mit den Buren, die nach der Entdeckung von Diamanten in Kimberley und Gold am Witwatersrand (1869) um den Reichtum beneidet wurden.(*385) Die mit typisch britischen Methoden geführten Burenkriege endeten 1902 mit der Erklärung des Transvaals und des Oranje-Freistaates zu britischen Kolonien. 1906 bzw. 1907 erhalten sie Selbstverwaltung. Die Sprache der Buren, das Afrikaans, wird als Amtssprache schon 1882 auch im Kap-Parlament gleichberechtigt neben englisch zugelassen. 1910 werden die autonomen Kolonien Kapland, Natal, Oranje-Freistaat und Transvaal zur "Südafrikanischen Union" mit dem Rang eines Dominion im Britischen Empire vereint. Der ehemalige Burengeneral Botha wird ihr erster Ministerpräsident. 1913 wird die (burische) Nationale Partei von Hertzog gegründet und im gleichen Jahr das Denkmal für die 26 370 in den britischen Konzentrationslagern umgekommenen Burenfrauen und Kinder bei Bloemfontein enthüllt.(*386) 1914 beschliesst das Parlament der Union gegen die Stimmen der Nationalen Partei die Teilnahme am Krieg gegen das Deutsche Reich, und damit den Feldzug gegen Deutsch-Südwestafrika. Eine Erhebung nationaler Buren wird von Botha und Smuts blutig niedergeschlagen. Zum Dank erhält die Union 1919 die Mandatsverwaltung über Deutsch-Südwestafrika. 1925 wird Afrikaans in der gesamten Union als zweite Amtssprache anerkannt. Die Hauptstädte sind saisongemäss abwechselnd Pretoria im Norden und Kapstadt im Süden. 1927 wird eine eigene Südafrikanische Staatsangehörigkeit und eigene Flagge geschaffen. 1939 stimmt Hertzog zum zweiten Mal gegen Teilnahme an einem Kriege gegen Deutschland. Er wird zum Rücktritt gezwungen, Verteidigungsminister Pirow in seinem Amtszimmer von Engländern gefangengenommen. Wieder kommt es zu einer Untergrundbewegung gegen die Regierung und Tausende von Südafrikanern kommen in Lager, weil sie den Kriegsdienst verweigern. (*387) Doch diesmal ist der Widerstand stärker, endet der Krieg für London auch in Südafrika mit einem Pyrrhussieg. 1948 siegt die "Nationale Partei" und

Malan wird Präsident. Ihm folgt (1954 bis 1958) Strijdom und dann Dr. Hendrik French Verwoerd. Auf Grund einer Volksabstimmung scheidet Südafrika 1960 aus dem Commonwealth aus und wird Republik.

Der Weg zur Selbständigkeit nach aussen wird von einer inneren Konsolidierung der grossen Probleme begleitet, die die Entwicklung des afrikanischen Südens mit sich brachte. Dass Südafrika dabei einen Weg beschritt, der nicht im Interesse der machthungrigen Kliquen in der übrigen Welt lag, führte zu dauernden Einmischungsversuchen in die inneren Angelegenheiten der Union. Mochten Tausende, ja, Millionen in anderen Kontinenten frevelhaft gemordet werden, es regte das sogenannte "Weltgewissen" nicht weiter auf. Doch, wenn ein Mörder in Südafrika vor Gericht stand, rief man die ganze Welt auf, ihm zu helfen und klagte über dessen angeblich mangelhaften Rechtsschutz.(*388)

Als die Union sich formte, war man in allen Teilen des Landes bereits dazu übergegangen, das Eindringen der Bantu in die weissen Wohngebiete in geordnete Bahnen zu lenken. "Die Kluft zwischen den Sitten und der Lebenshaltung der Bantu einerseits und der Weissen andererseits machte eine solche Ordnung notwendig."(*389) Es führte diese zunächst menschlich auf beiden Seiten nicht nur akzeptierte, sondern gewünschte Ordnung auf politischem Gebiet bald zu konkreten Massnahmen, die den Anfang der späteren Apartheidspolitik bilden. 1913 wurde durch das "Naturellen Grond Wet" (Eingeborenenlandgesetz) der Grundbesitz der Eingeborenen festgelegt und für diese reserviert gehalten. 1936 wurde durch ein weiteres Gesetz bestimmt, dass diesem ursprünglichen Boden weitere 7,25 Mio. Morgen hinzuzufügen seien, um den Bantu in ihren eigenen Wohngebieten genügend Lebensraum zur Verfügung zu stellen. Doch der diesen Ueberlegungen zugrundeliegenden Auffassung von einer vorwiegend landwirtschaftlichen Beschäftigung der Schwarzen widersprach dann die Industrialisierung des Landes mit ihrem immer grösser werdenden Bedarf an Arbeitskräften vor allem auch in den Randgebieten der grossen Städte. So wurde der Zuzug von Bantus in diese Gebiete eine Notwendigkeit, und damit die Regelung dieses Zusammenlebens. Zugleich wuchs mit dieser Strukturänderung des Landes der Wohlstand der Schwarzen. Der Zuzug in die Städte begann dabei bei den Weissen selbst, etwa in den Jahren 1946 bis 1948. Doch erst als die Bantus kamen, stand man vor dem Problem der Unterbringung dieser Massen. Die Idee "Schickt sie zurück!" war undurchführbar, obwohl Dr. Malan dann die von ihm so genannte Politik der Apartheid zunächst wohl so sah. Man sprach davon, eine Rückwärtsbewegung einleiten zu können, doch hat sich dieses Vorhaben als nicht realisierbar erwiesen. So ging man daran, einerseits die provisorischen Unterkünfte in den Stadtrandgebieten in Wohnsiedlungen umzuwandeln, andererseits die Industrie an den Grenzen der Eingeborenensiedlungsgebiete unter bedeutenden Vergünstigungen anzusiedeln, um weiteren Zuzug zu vermeiden. Die Eingeborenenwohnsiedlungen Südafrikas wurden inzwischen zum Vorbild für die gesamte übrige Welt.(*390) Während die Städte fast auf der ganzen Welt südlich des Wendekreises des Steinbockes umgeben sind von den Pestbeulen der favelas, villas miseria, slums usw., die täglich noch zunehmen, kennt Südafrika dieses Elend nicht. Dabei muss bedacht werden, dass die Zahl der Unterzubringenden prozentual zur Gesamtbevölkerung bedeutend höher lag als in irgendeinem andern Lande. So ist diese Wohnungspolitik ein Beweis für den hohen moralischen Stand Südafrikas.(*391) Der Zuwachs war deswegen besonders hoch, weil nicht nur Schwarze aus den Reservaten in Südafrika selbst, sondern auch in unübersehbaren Mengen über die Grenzen aus dem Ausland hereinkamen, dieses insbesondere dann nach der Errichtung selbständiger Staaten in jenen Gebieten, da dort mit der Unabhängigkeit Arbeitslosigkeit und Unruhen einrissen.

Die andere Massnahme der Errichtung von sogenannten Border-Indu-

stries, bewirkte, dass die dort beschäftigten Arbeiter in unmittelbarer Nähe ihres Stammesgebietes bleiben und also deren Entwurzelung verhindert wird. Die "Getrennte Entwicklung", zu der sich der Begriff der Apartheid inzwischen weitergewandelt hat, wird dadurch bedeutend erleichtert. Das, was radikale Neger heute in den USA fordern, wird so in einem Lande, welches niemals die Sklaverei gekannt hat, auf unblutige Weise und in viel organischerer Form aufgebaut. Mit Recht weist Südafrika darauf hin, dass nur durch derartige Verpflanzung von Industrien in die Wohngebiete der Schwarzen eine Entwicklung verhindert werden kann, wie sie in der ganzen übrigen Welt heute typisch und gefährlich ist, nämlich die immer fortschreitendere Entwicklung der bereits entwickelten Gebiete und die gleichzeitige fortschreitende Verarmung der unterentwickelten Gebiete. Ueberall im übrigen Afrika ist man den Weg gegangen, den das Kapital vorschrieb, ist den Weg des geringsten Widerstandes gegangen, den Weg zum Goldenen Kalb. Schon die Lage der Hauptstädte der neuen Staaten an der Küste (im Gegensatz zu den alten Volkszentren im Landesinnern, wie sie Südafrika mit Pretoria behalten hat) zeigt die prekäre, rein auf dem Materiellen und Wirtschaftlichen aufgebaute Struktur der "Befreiten". Südafrika allein hat es verstanden, der Gier der Kapitalisten einen Riegel vorzuschieben, um auch die nichtweissen Bevölkerungsteile in der ihnen adäquaten Form am Fortschritt teilnehmen zu lassen.(*392) Der "Zugang zum Meer" ist den neuen Nationen lebenswichtig, weil sie nicht in sich selbst ruhen. Südafrika aber baut seine Wirtschaft auf, um notfalls von einem solchen unabhängig sein zu können. So liegt im südafrikanischen Wirtschaftsleben eine viel grössere Unabhängigkeit und Ruhe als etwa in Nordamerika oder in Europa. Wenn es in diesen Jahren ein Land gab, das unberührt blieb von den krankhaften Zuckungen in der übrigen Welt, so ist es eben Südafrika gewesen, und die Form, die unter Verwoerd geprägt wurde, verspricht noch für längere Zeit zu halten, selbst unter schwächeren Nachfolgern.

Alle diese Massnahmen wurden von dem weissen Teil der Bevölkerung ausgearbeitet, durchgeführt und finanziert. Eine politische Beteiligung der schwarzen und farbigen (indischen, kapmalaiischen) Bevölkerung an diesen politischen Entscheidungen, wurde, selbst da, wo sie bestand (in der Kapprovinz) in den letzten Jahrzehnten beseitigt, dafür aber andererseits in dem neuen Rahmen die Entwicklung zu politischer Selbständigkeit gefördert. Das Ziel ist ein südafrikanisches Commonwealth weisser, brauner und schwarzer Nationen. Die noch dauernd im Fluss befindliche Entwicklung steht heute bei den folgenden Ergebnissen:

Eine halbe Million Inder, Nachkommen der seit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ins Land geholten Kulis ("Unberührbare") und einiger seit den 90er Jahren eingewanderter Angehöriger freier indischer Kasten, wird heute unter dem National Indian Council wirtschaftlich und kulturell zusammengefasst und politisch von dem Minister für Indische Angelegenheiten betreut. Die Kasten sind nicht mehr erkennbar, die wirtschaftliche Lage ganz bedeutend besser als die im eigentlichen Indien. An eine Rückwanderung denkt niemand mehr. Die Indische Universität in Durban entliess bereits mehr als 460 Aerzte und etwa 1 000 weitere Akademiker. Der mohammedanische Teil (19% der indischen Bevölkerung) unterhält eigene Koranschulen und Moscheen. Der Ausbau des Indian Council zur eigenen politischen Vertretung ist vorgesehen. Schon heute ist Südafrika das einzige Land Afrikas, welches den Indern volle wirtschaftliche und kulturelle Freiheit garantiert. Dass Indien einer der heftigsten Gegner der Apartheidspolitik in den UN ist, hat also keinerlei sachliche Beweggründe. Es gibt in Südafrika nicht einen einzigen Inder, der in so jämmerlichen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen leben muss wie Millionen und

Millionen von Indern in Indien selbst.

Im Dezember 1963 wurde der erste Bantustaat Transkei geschaffen. Auf Grund allgemeiner Wahlen der etwa 800 000 Xhosa (die wahlberechtigt waren, egal ob sie in dem eigentlichen Staatsgebiet oder im übrigen Bereich der Republik wohnten) wurde das erste schwarze Parlament in Südafrika gewählt. Dieses wählte die Regierung des Transkei unter Ministerpräsident Kaiser Matanzima. Von den 2 478 Beamten des Transkei waren in jenem Augenblick 1 900 Bantus und in der Zwischenzeit wurde die restliche Zahl der Weissen fast vollzählig durch Bantus ersetzt. Alles dieses wurde durch die Tatsache erleichtert, dass die Neger in Südafrika im Gegensatz zu den übrigen "unabhängigen" Ländern Afrikas zum grössten Teil dank der weissen Erziehungspolitik keine Analphabeten mehr sind. Matanzima erklärte nach seiner Wahl: "Die Politik der getrennten Entwicklung ist uns niemals aufgedrängt worden. Wir haben sie aus eigenen Stücken gewählt, weil sie den einzigen realistischen Weg zur Gleichberechtigung der Rassen in Südafrika darstellt." Und er fuhr fort: "Unsere Regierung ist gewillt, alle ihre Energie einzusetzen, um diese Politik zu vollem Erfolg zu führen – zur Verlegenheit der Vereinigten Nationen, jener so laut detattierenden Versammlung, deren Absicht es ist, Unruhe in die neuentstehenden Staaten zu säen."

Weite Gebiete des Transkei werden jetzt aufgeforstet (mit Bäumen, die hier etwa 10mal so schnell wachsen wie auf der nördlichen Erdhälfte), mehrere Wasserkraftwerke sind im Bau. Querverbindungen zu anderen Bantuorganisationen wurden geschaffen. Rhodesische Stammesführer der Shona und Matabele unter Führung des Präsidenten des Chiefs Council of Rhodesia machten der Regierung des Transkei einen offiziellen Besuch und Matanzima seinerseits besuchte die in anderen Teilen der Republik arbeitenden Bantus.(*393)

Der nächste schwarze Staat wird Tswanaland sein, als Ciskei dem Transkei geographisch benachbart. In Südwestafrika sind mehrere weitere Bantustaaten im Entstehen, wie wir noch erfahren werden.

Während so aus dem Innern der Republik selbständige Bantugebiete organisch wachsen, tritt die Republik gleichzeitig mit solchen schwarzen Staaten in engste freundschaftliche Verbindung, die durch ihre Loslösung vor Erklärung der Republik einen anderen Weg zur Unabhängigkeit beschritten. Es handelt sich insbesondere um die britischen bisherigen Protektorate Betschuanaland (heute Botswana), Basutoland (heute Lesotho) und Swasiland. Chief Jonathan als Premierminister von Lesotho konnte in Besprechungen mit seinem Kollegen Vorster in Pretoria Anfang 1967 die Grundlage zu einer umfassenden Zusammenarbeit legen. Aussenminister Muller schuf die gleichen, seitdem immer enger gewordenen Kontakte mit Präsident Seretse Khama in Gabarones bereits im Augenblick der Unabhängigkeitserklärung Botswanas.

Die gleichen engen Beziehungen wurden zu dem auch inzwischen selbständig gewordenen Malawi angeknüpft, mit welchem ein sehr umfassender Handels- und Entwicklungsvertrag abgeschlossen werden konnte, sowie mit Madagaskar.

Die Folge dieser Entwicklung ist, dass die Kaufkraft der Bantu in Südafrika heute mit 1,68 Billionen Dollar pro Jahr angesetzt werden kann, was pro Kopf einen etwa 10fach höheren Betrag ergibt als für die Schwarzen des übrigen Afrika. Etwa 200 000 Bantu sind auf Grund der so geförderten Entwicklung aus den weissen Stadtrandzonen in die Bantugebiete in den letzten beiden Jahren zurückgekehrt.

Die Kapmalaien verloren, ebenso wie die Bantus in der Kapprovinz, ihre politische Vertretung in dem Parlament der Provinz, um eine eigene politische Vertretung aufzubauen. Ein eigenes "South African Coloured Corps" wurde im

Rahmen der Wehrmacht in Kapstadt aufgestellt.

Besonders kompliziert liegen die Bevölkerungsverhältnisse in Südwestafrika mit seinen Buschmännern (11 700), Damara (44 000), Nama (35 000), Weissen (80 000), Bastards und Farbigen (24 000), Hereros (45 000), Ovambos (240 000), Okavangos (28 000) und Ost-Kapriviern (16 000). Doch ist es hier angebracht, die Entwicklung des uns Deutschen besonders angehenden Landes als Ganzes darzustellen:

SUDWESTAFRIKA

1884 stellte das Deutsche Reich die Erwerbungen des Bremer Kaufmannes Lüderitz unter seinen Schutz, und eine kleine Schutztruppe unter v. François beendete die Blutbäder, in die bis dahin Herero- und Namavölker das Land getaucht.(*394) 1904 kam es zu dem letzten grossen Aufstand der unzufriedenen Herero- und Namahäuptlinge. 123 deutsche Farmer und Händler wurden auf Befehl Samuel Mahareros meuchlings ermordet. Die Schutztruppe war viel zu schwach, um einer solchen Lage militärisch Herr zu werden. Das Reich sandte daher Verstärkungen, und in schweren Kämpfen (Gustav Frenssen, "Peter Moors Fahrt nach Südwest") wurden die Aufständischen besiegt. 179 deutsche Offiziere und 2 169 Unteroffiziere und Mannschaften hatten ihr junges Leben für Südwestafrika geopfert.

Hauptmann Friedrich von Erckert fiel die Aufgabe zu, den letzten Gegner, den Namahäuptling Simon Kopper zu bezwingen. Hans Grimm hat den "Zug des Hauptmanns von Erckert" in seiner unsterblichen Novelle beschrieben, die heute wohl in jedem auslandsdeutschen Hause steht. Wir lesen ein Stück mit:

"Als bei dem Ritt von Gochas nach Arahoab, der auf geschwinden Kamelen und mit den Rasten sechzehn Stunden lang ist, Rosch von diesem und jenem sprach, das sonst aus eines einfachen Soldaten und auch aus eines deutschen Bauernsohnes Mund selten zu hören ist, fragte Cornelius Friebott: "Wie kommen Sie dazu? Auf welcher Schule sind Sie in Deutschland gewesen? Oder hat Sie sonst einer gelehrt?" Da antwortete Rosch und errötete mit seinen 40 Jahren: "Ach, Sie dachten, der will sich zeigen, und deshalb schnackt er klug. Aber, so ist es nicht. Ich will Ihnen gerne die Wahrheit erzählen: Ich bin zu Hause auf der Dorfschule gewesen. Wo hätte mich mein Vater sonst hinschicken sollen? Wir waren doch ein ganzer Trupp. Und dann war ich, abgesehen von der Dienstzeit in Bahrenfeld, nirgends anders als bei uns auf dem Hofe. Hier aussen bestand die dienstfreie Zeit neben Jagen zuerst in Bier, und das traf für die meisten von uns zu. Und da überlegte ich: Wir Deutschen haben doch Bücher. Und hier draussen, wo sonst alles fehlt, ist neben Arbeit und Jagd Zeit genug, Bücher zu lesen und auch zu bedenken. Und so ist es also gekommen bei mir und den vielen anderen, wie Sie noch sehen werden." Und er sagte stolz: "Bei mir auf Gründorn" — so hiess seine von den Herero zerstörte Farm — "hatte ich ein schönes selbstgemachtes Büchergestell, da war ein roter Vorhang über wegen des Sandstaubes, und die sechs Bretter standen von Büchern voll." Cornelius Friebott dachte an die Gute Hoffnung und fragte: "Und was hat da gestanden?" Der andere antwortete lachend: "Ja, das sollen Sie nicht glauben, dass das nun alles schwere Bücher waren. Karl May ist töricht zu lesen, wenn man

hierzulande selber auf Jagd und im Orlog gewesen ist, aber er war stief mit dabei. Und dann war Frenssen mit bei und Storm und Reuter und Busch und Grimms Märchen und Dahns Kampf um Rom und Freytags Bilder aus deutscher Vergangenheit." Er zeigte plötzlich nach Nordosten die Richtung und sagte: "In sechs Stunden könnten wir das Haus liegen sehen, was noch von da ist." "

Und dann kam es zum Kampf mit Simon Kopper, und Hauptmann von Erckert war einer der ersten, der fiel, und der neue Führer des Zuges sprach zu seinen Leuten:

" "Hier liegt unser Führer Friedrich von Erckert. Als die Not durch die Kopper-Hottentotten unerträglich wurde, bekam er die Führung. Er hat acht Monate nichts anderes geplant und gedacht und geschaut und vorbereitet als diesen einen Morgen. Wie alles durch ihn geschah, das wisst ihr selber, ihr wart bei allem mit. Als ihm der Tag gelang, hat ihn eine der frühesten Kugeln getroffen, von den Gefallenen war er wahrscheinlich der erste, die anderen zwölf sind ihm dann nachgegangen. Wer will, soll des Hauptmanns Gesicht noch einmal ansehen. Wir können unsere Toten nicht mitnehmen. Wir begraben sie hier in der englischen Kalahari. Sie liegen für uns als wie Wachen vor Deutsch-Südwest." Danach sagte er ganz ohne den hackigen, anerzogenen Tonfall des Offiziers, sondern wie irgendeiner geliebten Mutter lieber Sohn spricht: "Ich will das doch vorlesen, was der Hauptmann auf dem Ritte von Molentsan hier für sich und sich selbst beratend auf seinen Schreibblock schrieb, ich will das doch jetzt vorlesen, wenn es auch bei seinem Leben keiner gehört und gesehen hätte ——— " Und er las also und nun wieder hackig: "In erster Linie die grösste Selbstachtung. Nichts Gemeines tun, Leib und Seele reinhalten. Sich stets beherrschen; selbstlos, heiter und mutig sein. Sich sagen, dass eine gerade, aufrechte Haltung auch die Aeusserung einer geraden, aufrechten Seele ist. Sich an einfachen Dingen erfreuen; nichts Unmögliches verlangen, an ein erreichbares Ziel aber Geduld, Ausdauer, gesammelten Willen wenden. Bleibe nie im Schmutz. Auch der Beste kann gelegentlich hineingeraten, aber darin zu bleiben braucht niemand ——— " ". (*395)

Ja, hier in unserem Südwest ist es, wo die Worte fallen, die seitdem zum Katechismus der Deutschen draussen in der Welt wurden, und die uns allen dieses Land heilig machten. Denn dieses Land wurde deutsch, wie kaum ein anderes, da Deutsche in Uebersee siedelten. Ein Aschenborn malte die südwester Welt, und seine Söhne dienen noch heute dem Lande, ein Hans Müller schuf 1907 das Windhuker Symphonieorchester, ein Dr. Vedder erwarb sich weltweiten Ruf als Ethnologe und Sprachforscher, ungezählte deutsche Geographen, Geologen, Naturwissenschaftler aller Sparten, erforschten und formten das Land. Und die "Wissenschaftliche Gesellschaft Südwestafrikas" ist ein Stück bodenständiger europäischer Kultur in Afrika. So schwer das Leben war, so kärglich das Brot und so gross oft die Not und der Durst von Mensch und Tier, über den harten Alltag hinaus wurde eine Welt geschaffen, die mehr war als Geld und Materie. Für alle, die es erlebten, bekam Südwest einen besonderen Klang, seitdem die Deutschen dort wirkten.

"Als im August 1914 der Weltkrieg ausbrach", schreibt Dr. H. Vedder in seiner "Einführung in die Geschichte Südwestafrikas", "glaubte man weder in Deutschland noch in Südwest daran, dass der Krieg auch in die deutschen Kolonien getragen werden würde." Noch am 2. August telegraphierte das Kolonialamt in Berlin an die Landesverwaltung in Windhuk: "Schutzgebiet ausser Gefahr. Beruhigt Farmer." Gouverneur Dr. Seitz traf daher auf die ersten Nachrichten hin nur Vorsichtsmassregeln gegen einen möglichen Aufstand der Eingeborenen. Die deutsche Schutztruppe war in den letzten Jahren immer mehr verringert worden. Sie bestand aus 1 603 Mann. Sie hätte vollauf zu tun gehabt, die weisse

Bevölkerung bei einem Aufstand der Eingeborenen zu schützen.

Als England dann doch unter Bruch des Artikels 11 der 1885 unterzeichneten Kongoakte und mit Zustimmung des Parlaments der Südafrikanischen Union Südwest angriff, war es wohl möglich gewesen, unter Einzug der kriegsdienstfähigen Männer des Beurlaubtenstandes 6 000 Mann ins Feld zu führen, doch war ein offensiv geführter Krieg gegen den weit überlegenen Gegner nicht möglich. In Südafrika selbst kam es zu einem Aufstand der Buren, die in der gegebenen Lage die Rückgewinnung der Unabhängigkeit erhofften. Viele Buren, die in Südwest ihre Heimat gefunden hatten, schlossen sich zu einem Freikorps zusammen und versuchten, sich mit den Aufständischen in der Union zu vereinigen. Der Aufstand brach jedoch bald zusammen, und die Union konnte ihre Angriffe gegen die deutschen Truppen konzentrieren. Am 13. Mai 1915 hielt General Botha nach einer Reihe schwerer Gefechte seinen Einzug in das von deutschen Beamten und Soldaten verlassene Windhuk. Die deutschen Truppen verschanzten sich inmitten des gras- und wasserreichen Dreiecks Otavi-Grootfontein-Tsumeb bei Korab. Dr. Seitz dachte an Verteidigung und späteren Durchbruch mit der Kerntruppe zu Lettow-Vorbeck nach Deutsch-Ost. Der Gegner erwies sich aber durch die Hilfe von mehr als tausend wasserfahrenden Kraftwagen als weitaus überlegen, so dass es am 9. Juli 1915 zum Waffenstillstand von Korab kam, mit welchem die Kolonie in die Hände der Südafrikanischen Union fiel. Die deutsche inaktive Truppe wurde entlassen und kehrte ins Zivilleben zurück. Die aktive Truppe wurde in Aus interniert. Militärbeamte der Union übernahmen die Verwaltung des Landes.

Am 6. Dezember 1916 hatte die Freimaurer-Grossloge von Frankreich unter General Peigne die übrigen Grosslogen in Europa zum Studium der Schaffung eines Völkerbundes nach Paris eingeladen. Am 8. Januar 1918 erliess dann Präsident Wilson seine 14 Punkte, deren letzter besagte: "Eine allgemeine Vereinigung der Nationen soll auf der Grundlage von Pakten begründet werden mit dem Ziel, gegenseitige Garantien für die politische Unabhängigkeit und die Unversehrtheit des Gebiets der Staaten, der kleinen wie der grossen, zu schaffen." (*396) In einer Vollsitzung nahm daraufhin am 25. Januar 1919 die Friedenskonferenz die Vorschläge zur Gründung eines Völkerbundes an. Am 28. Juni wurde der Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet, dessen erster Teil (Artikel 1-26) die auch in den übrigen "Friedensverträgen" enthaltene Völkerbundssatzung ausmacht. Dieser Völkerbund übertrug sodann Südwestafrika als Mandatsgebiet der Südafrikanischen Union. Artikel 22, Ziffer 6 der Völkerbundssatzung sagt dazu: "Endlich gibt es Gebiete, wie Südwestafrika ..., die infolge ihrer schwachen Bevölkerungsdichte und geringen Ausdehnung, ihrer Entfernung von den Mittelpunkten der Zivilisation, ihrer geographischen Nachbarschaft zum Gebiet des Mandatars oder infolge anderer Umstände nicht wohl besser verwaltet werden können als nach den Gesetzen des Mandatars und als integrierender Bestandteil seines Gebietes, unter Vorbehalt der Bürgschaften, die im Interesse der eingeborenen Bevölkerung vorgesehen sind." Als solche Bürgschaften werden im Artikel 23 genannt: "Angemessene und menschliche Arbeitsbedingungen für Männer, Frauen und Kinder, Verbürgung einer gerechten Behandlung der eingeborenen Bevölkerung, Ueberwachung von Mädchenhandel, Opiumhandel und ähnliches, Waffen und Munitionshandel." Jährlich ist ein Bericht an die am 1. Dezember 1920 geschaffene Mandatskommission des Völkerbundes zu senden. Das sind die Bedingungen, unter denen das Mandat geführt werden muss. Andere Bedingungen existieren nicht.

Die Hälfte der deutschen Bevölkerung Südwestafrikas wurde 1919 nach Deutschland ausgewiesen. Zahlreiche Bürger der Union wanderten ein. Bald erhielten auch viele der ausgewiesenen Deutschen die Erlaubnis zur Rückkehr.

1929 betrug die Einwanderung Deutscher nach Südwest, englischen Quellen zufolge, 60 Personen im Monat, und es kam zu besorgten Anfragen im Unterhaus. Man befürchtete in der Union, dass ein wiedererstarkendes Deutsches Reich die Loslösung Südwests von der Union betreiben könnte.

Nur britische Staatsangehörige waren wahlberechtigt. Daher wurden schon 1925 die Deutschen automatisch naturalisiert, wurden also britische Staatsangehörige, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu verlieren. So bahnte sich schon damals an, was seitdem selbst in der Belastungsprobe des zweiten Weltkrieges nicht mehr verloren ging: In den zwanziger Jahren formte sich dort in Südwest eine Einheit europäischer Menschen, Engländer, Buren und Deutsche, als ein solches Europa in Europa selbst noch völlig unvorstellbar war. Jenes Land, das in seinem Wesen deutsch geworden war, hatte den Weg zu einem Stück Europa in Afrika beschritten. Nationalistischer Kleinsinn, wie er in London und auch in Berlin zutage trat, konnte den Gang der Ereignisse nicht mehr mitbestimmen. Die selbstverständliche Hochachtung, die ein jeder vor den grossen Leistungen des anderen hatte, die Anerkennung des sehr schwer Erkämpften durch den zeitweiligen Gegner formten schon in jenen Jahren ein neues Südwest. Vor dem "Tintenpalast", dem traditionellen Regierungsgebäude, steht der allen Deutschen so bekannte Reiter von Südwest, Kaiserstrasse, Bergstrasse und Göringstrasse durchziehen das Zentrum dieser Stadt, die 1965 ihren 75. Geburtstag feierte, bei welchem Anlass ein Denkmal ihres Gründers, des Majors v. François, enthüllt und eine Gedenkbriefmarke mit dem Brustbild des Schutztrupplers ausgegeben wurde.

Als England, dem Wunsche Roosevelts und seiner Hintermänner gefügig, 1939 dem Deutschen Reich den Zweiten Weltkrieg aufzwang, musste ein Kommando Churchills zunächst den Verteidigungsminister der Union, Dr. Pirow, in seinem Amtsraum verhaften, um auch Südafrika in diesen Krieg pressen zu können. Dennoch verweigerten Tausende den Kriegsdienst, und eine tätige Untergrundbewegung machte den Alliierten das Leben sauer. Wieder wurden die deutschen Männer interniert, und die Frauen mussten die Farmen besorgen. Doch in diesem Kriege nahm Südafrika Abstand von den Kriegszielen Londons. Je mehr England ins Fahrwasser New Yorks geriet, um so fester schloss sich das Europäertum im Süden Afrikas zusammen. Schnell heilten darum auch diesmal die Wunden in Südwest.

Doch die Zeiten waren schwer. Ein Dürrejahr folgte dem anderen. Aus Deutschland kam keine Hilfe, obwohl man selbst das Letzte hergegeben hatte, um 1945 und 1946 der zerstörten Heimat zu helfen. Eine von den Feinden errichtete Institution hatte Gelder nur für Juden und für Neger übrig. Das Wort "auslandsdeutsch" war selbst im Brockhaus gestrichen worden. Und Südafrika ging den schweren Weg der Befreiung von seinen Bindungen. Erst nach der Geburt der Südafrikanischen Republik am 31. Mai 1961 kam auch für Südwest der Schritt in die Gegenwart. In den Jahren seitdem hat Südwest sein äusseres Antlitz völlig verändert. Die Bevölkerung Windhuks stieg von 10 000 bei Kriegsende auf 47 000. Wieder waren viele Deutsche hinzugekommen. Die Höhere Privatschule in Windhuk wurde eine der schönsten deutschen Auslandsschulen. Das Strassennetz wurde ausgebaut, und Teerstrassen verbinden heute die Hauptplätze des Landes miteinander. Vom neuen Internationalen Flughafen Windhuk gehen täglich Flugzeuge nach Kapstadt, Johannesburg und Portugiesisch-Angola im Norden. Die Ausbeute der Bodenschätze nahm unter der Leitung Verwoerds einen astronomischen Aufschwung. Und vor allem rückte man der Wassernot des Landes zu Leibe. Ueberall entstanden und entstehen neue Staudämme und Elektrizitätswerke, vom Fischflusscañon im Süden bis zum Ovamboland am Kunene im Norden, wo 45 Prozent der Gesamtbevölkerung von Südwest wohnen,

sodass "eine friedliche Evolution der bäuerlichen Wirtschaft des Ovambolandes sich abzeichnet".

Das ist Teil des Odendaal-Planes, den das Parlament in Kapstadt auf Vorschlag Verwoerds im Mai 1964 mit 74 gegen 42 Stimmen der Opposition durchsetzte. Mit einem Kostenaufwand von 218,4 Millionen Dollar sollen bis 1969 Wohnsiedlungen, Wasserkraftwerke und Bewässerungsanlagen gebaut, das Verkehrswesen verbessert und weitere Schulen und Krankenhäuser für Eingeborene errichtet werden. Bis Ende 1965 wurden 340 bisher in weissen Händen befindliche Farmen, wertvolles Acker- und Weideland, von der Regierung für 26,6 Millionen Dollar angekauft und den schwarzen Heimatgebieten, die seit der deutschen Zeit bestehen, zugeschlagen. Dem ersten Fünfjahresplan folgt ein zweiter mit einem ebenfalls bereits bewilligten Kostenaufwand von 127,68 Millionen Dollar, und ein dritter, der erst später in seinen Einzelheiten genehmigt werden kann.

Kein Land der Erde hat damit einen Aufschwung genommen wie Südwest in diesen wenigen Jahren, da es von der jungen südafrikanischen Republik betreut wird!

Das Augustineum, die Höhere Eingeborenen-Schule in Okanhandja, feierte 1966 ihr hundertjähriges Bestehen. Die Eröffnung der Dr. Erich Lübbert-Stiftung 1965 in Windhuk, das schöne, von Dr. Weber 1951 in Swakopmund gegründete Museum und das Museum in Lüderitz, alles das belegt, was der Abgeordnete A.H. Du Plessis als Vorwort im Südwester Jahrbuch sagt: "Die beste Gewähr für eine vielversprechende Zukunft liegt darin, dass wir über Menschen verfügen, die durch zähe Ausdauer aus Südwestafrika ein Gebiet mit einer fest gegründeten Kultur und Zivilisation geschaffen haben, in dem den Unbilden der Natur immer wieder entgegengetreten und der Kampf erfolgreich geführt wird." Landesprobst Karl Höflich betonte darum auch schon 1959 auf einer Pressekonferenz als Sprecher des südwester Deutschtums besonders nachdrücklich, dass "die Lage Südwests zur Union wie die eines Bundeslandes zur Bonner Regierung sei. Der derzeitige Zustand stellt nach der langen Entwicklung des Landes für alle Beteiligten die denkbar günstigste Lösung dar". Die in den nächsten Jahren sichtbare Fürsorge Südafrikas konnte diese Haltung nur noch verstärken.

Die Antwort der Bevölkerung auf diese Fürsorge war denn auch eindeutig. Bei den Wahlen am 30. März 1966 ergab sich ein weiterer Erfolg der Nationalen Partei Verwoerds. Im Südwester Landesrat wurde die Regierungspartei Alleinherrscherin. Selbst der letzte Vertreter der Opposition, Advokat Niehaus, unterlag dem deutschen Kandidaten Neef. Das ganze Land steht im Aufschwung, und der südafrikanische Dichter W.A. de Klerk konnte nach seinem letzten Besuch sagen: "Gut, die Dinge haben sich geändert. Aber Südwest ist geblieben, ist geblieben mit den Erinnerungen an harten Kampf, mit der Tatsache von Völkern, die versuchen, einen Platz an der Sonne zu finden, mit seinen so lebensstarken menschlichen Zusammenschlüssen selbst in den entlegensten Teilen.

Südwest ist geblieben, trotz aller Spannungen im Hinblick auf die Zukunft, trotz so vieler Banalitäten, die der wachsende Reichtum mit sich brachte. Das Land bleibt, weil die Menschen bleiben. Es sind Menschen aller Rassen und Sprachen. Ich glaube, dass sie sich gegenseitig dulden können, in jeder Gesellschaftsform. Denn sie teilen (und das ist vor allem andern das Wichtigste) die Liebe für ihr Land. Es ist Liebe für ein hartes Land, ein kompromissloses Land. Aber es ist auch ein Land, welches diejenigen reich belohnt, die sich ihm schenken."

Und dieses schöne, glückliche, in harmonischem Aufbau unter verantwortungsbewusster, sachkundiger und mit schon so vielen Opfern verbundener Führung befindliche Land, in alle Zeiten hinein unser Südwest, schwebt in grosser Gefahr, schwebt in der unmittelbaren Gefahr, von unersättlichen, skrupellos machtgierigen Verbrechern, die es niemals gesehen haben, die es gar nicht kennen und auch niemals lieben könnten, zerstört zu werden. Seitdem die Welt Zeuge des Aufblühens im Süden Afrikas und des gleichzeitigen Versinkens der bereits unterjochten übrigen Welt in völliger moralischer und gesellschaftlicher Auflösung, in elendem Materialismus und einem Kampf aller gegen alle ist, seitdem setzen die Verschwörer ihre Waffen an, um auch dieses Land in Blut und Tränen zu stürzen. Ein Faustschlag ins Gesicht der ganzen zivilisierten Menschheit war der von ihnen angeordnete Mord an Verwoerd, doch diese zog sich feige zurück, anstatt das Verbrechen, das am Anfang dieses Beginnens stand, als weithin sichtbares Zeichen der Gefahr zu nehmen, in der der Weltfriede schwebt.

Die Ermordung Verwoerds war keine isolierte Handlung, sondern Teil eines Aufmarschplanes der inzwischen, allen sichtbar, weitere Phasen durchlief. Von rechtlichen Argumenten wird dabei nicht mehr geredet, denn die rechtliche Lage Südafrikas ist unantastbar:

Nach dem bereits wiedergegebenen Wortlaut der Völkerbundssatzung, Art. 22, Ziff. 6, soll das Land "nach den Gesetzen des Mandatars" und als integrierender Bestandteil desselben verwaltet werden. Nach dem Erlöschen des Völkerbundes wurde Südwestafrika 1949 von der Südafrikanischen Union (damals noch Mitglied des British Commonwealth of Nations) zum Bestandteil Südafrikas erklärt. Am 4. November 1960 erhoben sodann trotzdem zwei ehemalige Mitglieder des Völkerbundes, Aethiopien und Liberia, Klage vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag gegen Südafrika. Sie forderten richterliche Feststellung, dass das 1920 vom Völkerbund vergebene Mandat noch bestehe und dass Südafrika den Vereinigten Nationen gegenüber für die Verwaltung des Gebietes verantwortlich sei. Sie klagten darüber hinaus Südafrika an, die Eingeborenen Südwestafrikas zu unterdrücken und auszubeuten, und durch Anwendung der Politik der Apartheid und durch Anlage von militärischen Stützpunkten den Mandatsauftrag verletzt zu haben. Die Südafrikanische Republik ernannte daraufhin 38 internationale Fachleute, um diese Anklagen zu widerlegen. Die Kläger, in Sorge um ihr Ansehen vor der Welt, erhoben Einspruch gegen deren Vernehmung, während sie selbst nicht in der Lage waren, Tatsachen zur Begründung ihrer Klage vorzubringen. Als sie merkten, dass vor dem Gerichtshof nicht einfach ins Blaue hinein behauptet werden konnte, wie vor der Generalversammlung der Vereinigten Nationen, sah sich der nordamerikanische Rechtsvertreter der Kläger, der Anwalt Ernest A. Gross, in der dramatischen Sitzung vom 19. Mai 1965 gezwungen, die Anklage auf Unterdrückung und Erpressung der Eingeborenen zurückzuziehen unter Verzicht auf mündliche öffentliche Vernehmung der angebotenen Zeugen. Der Vertreter Südafrikas antwortete, "dass es sicher den Klägern nicht leicht gefallen sei, das Nichtbestehen von Unterdrückung und Ausbeutung der Eingeborenen Südwestafrikas zuzugeben, da ja diese Vorwürfe seit Jahren der eigentliche Inhalt aller Anklagen vor der UNO gewesen seien und somit vor dem Gerichtshof, und auch vor der übrigen Welt, soweit man es dieser mitteilt, der Name Südafrikas endgültig von diesen Anklagen befreit werde". AM 19. MAI 1965 GABEN ALSO DIE SPRECHER DER FEINDE SUEDAFRIKAS VOR DEM INTERNATIONALEN GERICHTSHOF IN DEN HAAG AUSDRUECKLICH ZU, DASS EINE UNTERDRUECKUNG UND AUSBEUTUNG DER EINGEBORENEN SUEDWESTAFRIKAS DURCH DIE REPUBLIK SUEDAFRIKA NICHT EXISTIERT. DIE ENTSPRECHENDE ANKLAGE WURDE IN ALLER FORM ZU-

RUECKGEZOGEN. Aethiopien und Liberia erkannten an, dass die Eingeborenen Südwestafrikas nicht unterdrückt und ausgebeutet werden. Wie der Vertreter Südafrikas allerdings schon vermutete, erfuhr die Welt dann jedoch nichts von diesem Sieg der Wahrheit. Die Hetze ging weiter, obwohl ihre Unwahrheit jetzt einwandfrei von ihren Urhebern selbst festgestellt worden war. Auch in Westdeutschland waren weiterhin in vollem Umfange die unflätigsten und unsachlichsten Beschimpfungen Südafrikas durch Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk und Film an der Tagesordnung.

Unterstrichen wurde das konstruktive Vorgehen Südafrikas in Südwest noch durch die am 23. Februar 1965 von Verwoerd im Kapstädter Parlament bekanntgegebene Tatsache, dass sich die Häuptlinge und Grossmänner der Ovambos mit der Bitte an die Regierung gewandt hatten, sobald wie möglich an die Errichtung autonomer gesetzgebender und ausführender Organe im Rahmen des für diese Region im Odendaalplan von Südafrika vorgesehenen Ovambostaates zu gehen, und dass die südafrikanische Regierung versprach, nach dem Vorbild des Transkei ein Bantustan im Norden Südwestafrikas zu errichten.

Nach dem Zusammenbruch der eigentlichen Anklagepunkte blieb danach die Behauptung: Südafrika hat "entgegen einer internationalen Norm der Nichtdiskriminierung und Nichttrennung der Rassen gehandelt". Die Kläger behaupteten, es gäbe international akzeptierte Grundsätze, wonach rassische Diskriminierung von Natur aus immer unvereinbar sei mit öffentlicher Moral und sozialem Fortschritt, und dass die Politik der Apartheid eine solche Diskriminierung darstelle.

Zu diesem Fragenkomplex kam es dann zur Vernehmung von Zeugen. Der ernste Sachverstand und das hohe Verantwortungsgefühl einer ganzen Generation von Wissenschaftlern lieferte dem Gerichtshof und der Oeffentlichkeit Tatsachen, die aus mehr als 6 000 Seiten Protokoll wie folgt zusammengefasst seien:

Dr. W. W. M. Eiselen, B. A. (Pretoria), M. A. (Stellenbosch), Dr. phil. (Hamburg), einer der bedeutendsten Fachleute für Bantuerziehungsfragen, sagte, er wüsste nicht, wie eine solche Norm auf Südwestafrika angewandt werden könnte, da das Land niemals ein natürliches Ganzes gebildet und darum auch nicht als völkische Einheit aufgefasst werden könnte. Die grösste Bevölkerungsgruppe, die der Ovambos, würde in einem solchen Fall mit "entsetzlichen" Folgen über die kleineren Gruppen herrschen.

Prof. J. P. van S. Bruwer, B. A. (South Africa), M. A. Dr. phil. (Pretoria), ehemaliger Generalkommissar für die Eingeborenengruppen Südwestafrikas, sagte auf die Frage des Gerichts, ob es Bestrebungen in Richtung auf Integrierung verschiedener Bevölkerungsgruppen gäbe, dass solche Wünsche von einigen politischen Organisationen ausgesprochen würden, aber nicht die Wünsche der Mehrheit der Bevölkerung wiedergäben.

Prof. R. F. Logan, B. A. und M. A. (Clark), M. A. und Dr. phil. (Harward), Geographieprofessor an der Universität von Kalifornien und Fachmann für Wüstengebiete, betonte, dass die verschiedenen Bevölkerungsgruppen sich deutlich unterscheiden, sich kaum vermischen und getrennt behandelt werden wollen. "Ich bin nicht vollkommen davon überzeugt, dass unser westlicher Lebensstil absolut ideal ist. Es gibt keine schreiende Notwendigkeit, den Eingeboreneneinrichtungen einen völlig anderen Lebensstil aufzupfropfen. Es gibt eine Menge von Würde, Gemeinschaftssinn und Selbstachtung und viel Gutes in vielen der verschiedenen Arten von Eingeborenentradition und -kultur. Dieses Vernichten durch Ueberstülpen westlicher Lebensart kann sehr wohl eine chaotische Lage und eine kulturlose Gesellschaft schaffen."

Prof. E. van den Haag, M. A. (Iowa), Dr. phil. (New York), Professor an

der Universität New York, Spezialist für Minderheitenfragen, betonte, "je grösser die kulturellen Unterschiede zwischen zwei Gruppen sind, um so weniger kann ich eine plötzliche Vereinheitlichung befürworten".

Prof. C.A.W. Manning, B.A., B.Juris. und B.C.I. (Oxon), (Harvard), 32 Jahre lang Professor für Internationale Beziehungen in London, persönlicher Berater des Generalsekretärs des Völkerbundes, betonte, dass bei Bestehen verschiedener unterentwickelter Gruppen im gleichen Gebiet ihre Annäherung keineswegs "ideologisch und doktrinär", sondern "vorsichtig probierend und klinisch" erfolgen müsse.

Prof. D.C.Krogh, B.Comm.und M.A. (Kapstadt), D.Econ. (Amsterdam), Dr.phil. (Pretoria), Fachmann für Entwicklungsfragen in Bantuländern, antwortete dem Gericht: "Angesichts der unterschiedlichen sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen in Südwestafrika habe ich kaum Zweifel, dass die Beseitigung der unterscheidenden Massnahmen zur schnellen Zerstörung des materiellen und wirtschaftlichen Wohlbefindens der Bevölkerungsmehrheit, und zwar der nichtweissen Gruppen führen wird."

Mr.L.A.Pepler, B.Sc. (Agric.) (Pretoria), Regierungsdirektor des Bantu-Entwicklungsamtes, sagte, dass die Nichtberücksichtigung des unterschiedlichen sozialen und kulturellen Hintergrundes "der tragischste Tag für die Eingeborenenvölker sein würde". Der eigentliche Gegenstand treuhänderischer Verpflichtungen würde vernichtet werden. Höher entwickelte Gruppen würden das Land aufkaufen und die unterentwickelten würden leiden. Die Völker würden ihrer Führer beraubt werden, der einzigen Menschen, die zu eigener Staatwerdung hinführen könnten, und es würde zur äussersten Zersetzung der unterentwickelten Einheiten kommen.

Dr.H.J.van Zyl, Dr.phil., Bantusprachen und Inspektor für Bantuschulen, erinnerte daran, dass UNESCO-Fachleute auf den Wert der Erziehung in der Muttersprache hingewiesen hätten. Das Ergebnis in SWA sei, dass dort mehr Eingeborene mit Mittelschulzeugnissen abgingen als in den anderen Ländern Afrikas.

Dr.jur. (Kiel) Kurt Dahlmann belegte, dass politische Parteien unter den Eingeborenen nur auf Anstiften gewisser UNO-Kreise gebildet werden und dass die Eingeborenenbevölkerung diesen von aussen kommenden Versuchen seitens Personen, die niemals in Südwest waren, kaum Beachtung schenkt, da sie im allgemeinen die Lage völlig schief sehen.

Prof. S.T. Possony, Dr.phil. (Wien), nordamerikanischer Staatsbürger, Direktor des Int. Polit. Studies Program am Hoover-Institut der Stanford-Universität, bewies, dass es keine internationale Norm der Anti-Apartheid gibt. Er nannte vielmehr 50 Staaten, darunter die beiden Ankläger selbst, in welchen durch Gesetz und Amtspraxis die Rechte und Pflichten des Einzelnen abhängen von seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten Volksgruppe, Klasse oder Rasse. Die UNO selbst schuf das Gesetz gegen Völkermord (Genocidium). Prof. Possony beschied: "Herr Präsident, ein solcher Grundsatz wird nicht allgemein befolgt. Die Versuche, solche Grundsätze aufzustellen, sind niemals weiter gediehen als zu allgemeinen, abstrakten Ideen. Die Menschheit mit ihren Unterschieden hat niemals einen solchen einheitlichen Massstab angenommen. Eine Einheitsformel als Gesetz aufstellen, würde ideologischer Imperialismus sein."

Die UNO selbst sandte einmal einen farbigen Kommissar, Dr. Carpio aus Manila, mit Einwilligung Südafrikas nach Südwest, um eben die dortigen "Missstände" festzustellen. Es war die einzige UNO-Kommission, die es dort gegeben hat. Es kam zu einem regelrechten Skandal, denn Dr. Carpio berichtete nicht mehr und nicht weniger als: "Ich wünsche, die Apartheid möge glücken. Sie ist eine Politik, wie sie nie zuvor versucht wurde, und sollte sie sich als

brauchbar erweisen, könnte sie eine Lösung sein."

Zum Schluss wurde noch der amerikanische General und Militärschriftsteller S.L.A. Marshall über den Vorwurf der Anlage von Militärstützpunkten in Südwest gehört. Sicher zur Beruhigung gewisser Kreise gab er zu Protokoll, dass Südwestafrika das am wenigsten bewaffnete Land sei, das er in der ganzen Welt kennengelernt hätte.

Der Internationale Gerichtshof wies die Klage wegen "fehlenden Interesses der Kläger an Südwestafrika" ab. Die Frage nach der Verletzung einer angeblich bestehenden international anerkannten Anti-Apartheid-Norm liess er unbeantwortet. Der Auffassung Südafrikas, dass das Mandat mit Verscheiden des Völkerbundes erloschen sei, widersprach er nicht. Ausschlag bei der Abstimmung der Richter gab die Stimme des Präsidenten, Sir Percy Spender (Australien). Es war seine letzte Amtshandlung. Er schied mit Ablauf seiner Amtszeit aus. Seitdem bemühen sich die UN, "bessere Mitglieder" zu finden. Ghana schlug die "Verteilung der Richtersitze auf geographischer Basis" vor. Man steht diesem Vorschlag sehr wohlwollend gegenüber, doch fehlt es an fähigen schwarzen Richtern. Schon in dem erwähnten Prozess konnte weder Abessinien noch Liberia einen eigenen Rechtsagenten stellen. Sie liessen sich von einem nordamerikanischen Anwalt, Ernest A. Gross, vertreten. Dieser Name ist es denn auch, der uns von den Betrachtungen der Rechtslage wieder hinführt zu den treibenden politischen Kräften hinter diesem Prozess, von dem "man" sich einen so ganz anderen Ausgang erwartet hatte.

Herr Ernest A. Gross ist nämlich kein unbeschriebenes Blatt. In dem Buch "Treason is the Reason" (Der Grund ist Verrat) von Frank A. Capell, New Jersey, lesen wir: "Harlan Cleveland (Assistant Secretary of State für Internationale Organisationsangelegenheiten, Dean Rusk unterstehend) schrieb ein Buch "Was uns die Weltspannungen versprechen", in welchem auf die Möglichkeiten hingewiesen wird, durch Ausnutzung der Spannungen in der Welt zu einer Weltregierung zu kommen. Das Buch wird vom "Rat für Weltspannungen", New York (*397) vertrieben. Diese Organisation wird geleitet von einem ehemaligen Presbyterianer, E.A. Clincy, der einer ganzen Reihe kommunistischer Organisationen angehörte. Zu den Mitgliedern dieses Rates gehören Andrew Cordier, Ernest A. Gross (dem 34 700 Dollar gezahlt wurden für die Beratung amerikanischer Kommunisten, wie sie sich ihre Stellungen in der UNO erhalten könnten), usw."

Der gleiche Herr Gross sitzt im Vorstand der "Carnegie Endowment for International Peace", New York (345 E 46th Str.). (Niemand anders als der bekannte Kommunist Alger Hiss war einmal ihr Präsident.) Diese Friedens (!)-Organisation unternahm eine militärische Studie unter dem Titel: "Apartheid und kollektive UNO-Massnahmen". Mit Genehmigung des Kommandanten der Militärakademie der USA in Westpoint beteiligte sich an dieser Generalstabsarbeit der amerikanische Major S.C. Sarkesian. General Marshall veröffentlichte in der Zeitung "Arizona Republic" den Inhalt einer Besprechung, in deren Verlauf ihm ein Mitarbeiter an jenem Aufmarschplan sagte, "die grundlegende Idee der Studie sei gewesen, nordamerikanische militärische Macht gegen Südafrika einzusetzen, um die Apartheid auszurotten". Als der General erwiderte, dass die Vereinigten Staaten doch gerade genug Krieg in Vietnam hätten, antwortete sein Gegenüber: "Wenn unsere Flotte es nicht will, werden die Russen es tun." Die Russen hatten ja bekanntlich schon im März 1966 den Vereinigten Nationen angeboten, Truppen in Walfishbay, dem englischen Hafen von Südwest, zu landen. Sie hatten damit das altbekannte Kesseltreiben neu belebt, unter welchem Afrika von den Europäern befreit wurde. John Guenther hatte bekanntlich in seinem Buch "Afrika inside" damit angefangen, zu behaupten, dass die

Europäer sofort gehen müssten, sonst würde Afrika kommunistisch. Die Folge war dann, dass das "befreite" Afrika, von europäischer Hilfe entblösst, den Kommunisten in die Hände fiel.

In einem Vortrag in Pretoria machte Prof. Dr. C. H. Rautenbach (einer der Zeugen in Den Haag) darauf aufmerksam, "dass die Uebereinstimmung zwischen dem Carnegieplan und dem Vorbringen in Den Haag so weit geht, dass man sich fragen muss, wer von wem abschrieb". Zu dem Gründungsdirektorium (1960) des Carnegie-Instituts gehörten aber ausser Gross auch noch Arthur J. Goldberg und Philipp C. Jessup. Beide sind bekannt wegen ihrer jahrelangen engsten Beziehungen zu kommunistischen Organisationen. Goldberg ist militanter Zionist (*398) und Jessup wurde wegen seiner kommunistischen Einstellung aus dem State Department entfernt. Während Gross dann die Anklage in Den Haag vertrat, wurde Jessup 1961 zum Richter in Den Haag ernannt und Goldberg übernahm die Vertretung der USA bei den UN. Der Invasionsplan sollte nach dieser Rollenverteilung in die Tat umgesetzt werden.

Zugleich brachte der British Council of Churches die Schrift "Die Zukunft Südafrikas" heraus. Kein anderer als der gleiche Ernest A. Gross wirkte dabei als Berater mit. In dieser Schrift heisst es wörtlich: "Man darf vernünftigerweise annehmen, dass der Gerichtshof gegen Südafrika entscheiden wird ... Sollte das nicht erfolgen, würden eine ganze Reihe von Ereignissen die in Vorbereitung ihres Vorgehens von verschiedenen Regierungen erfolgten, umsonst durchgeführt." Es unterliegt darum für den aufmerksamen Beobachter der Dinge keinem Zweifel, dass die USA im Falle eines ungünstigen Gerichtsurteils im Auftrage der UN Kriegshandlungen gegen Südafrika begonnen hätten. Die vorliegenden einwandfreien, sehr schwerwiegenden Dokumente stellen dabei eine nach Art. 6 und 27 des Londoner Viermächteabkommens vom 8. August 1945 unter Todesstrafe gestellte "Verschwörung gegen den Frieden" dar und bedeuten die Vorbereitung eines nichtprovozierten Angriffskrieges, wie er im Briand-Kellog-Pakt vom 27. August 1928 durch 36 unterzeichnende Staaten geächtet wurde. Es wirkt erschwerend, dass die USA diese Verträge ausdrücklich zur Grundlage ihrer Aussenpolitik machten (zB die Erklärungen des Vizepräsidenten Nixon 1956 gegen England und Frankreich anlässlich ihres Ueberfalls auf Port Said) und Verankerung in der UN-Charter gefunden haben. Es ist ein Zustand internationaler Rechtlosigkeit, dass in dieser Lage noch keine Anklage gegen die USA erhoben wurde. Das völlig unauthentische sogenannte Hossbach-Protokoll war seinerzeit Grundlage für die "scheussliche Tötungstechnik, in der sich die Nürnberger Exekutoren gefielen" (Prof. Dr. Theodor Heuss). (*399) Hier aber liegen a u t h e n t i s c h e Unterlagen vor!

Als nächstes fragt man sich nun natürlich, ob der Mord an Verwoerd eines "der von verschiedenen Regierungen vorgesehenen Ereignisse" war und ob die Beseitigung Verwoerds im Rahmen dieses Verschwörungsplanes erfolgte.

Auch politischer Mord hat seine Methode. Die Kriminalisten pflegen an gewissen Einzelheiten eines Verbrechens ihre Urheber zu erkennen. Auch für Laien klar erkennbar stehen sich da zwei Gruppen politischer Mörder und Attentäter gegenüber. Da ist einmal die Gruppe politischer Idealisten, die sich persönlich für ihre Meinung opfern wie Ustascha-Führer in Marseille, Paterna in Wien, v. Stauffenberg in der Wolfsschanze. Von ihnen scharf getrennt ist jene andere Gruppe der Princip, Van der Lubbe, Lee Oswald, Rubinstein und jetzt Tsafendaris — Abschaum der Menschheit, Heimatlose, für verrückt Erklärbare, Werkzeuge nicht offen auftretender Hintermänner. Aber an der Parallelität dieser Fälle werden die Hintermänner erkennbar. Besonders auffällig ist sie zum Doppelmord von Sarajewo. Beide Fälle — Kapstadt wie Sarajewo — sind der Beginn erstrebter kriegerischer Verwicklungen. Damals wurde die Frage der

Hintermänner geschichtlich einwandfrei geklärt. In dem amtlichen Gerichts-Stenogramm (wiedergegeben in dem Buch "Der Prozess gegen die Attentäter von Sarajewo", aktenmässig dargestellt von Prof. Pharus, mit Einleitung von Prof. Dr. Josef Kohler, Geh. Justizrat, Berlin 1918) heisst es auf Seite 14:

Präs.: "Sagen Sie uns noch etwas von den Motiven. War es Ihnen, bevor Sie sich zum Attentat entschlossen, irgendwie bekannt, dass Tankosic und Ciganovic Freimaurer seien? Hat es auf Ihren Entschluss Einfluss gehabt, dass Sie und jene Freimaurer seien?" – Cabrinovic: "Ja". – Präs.: "Erklären Sie mir das: Haben Sie von jenen den Auftrag erhalten, das Attentat auszuführen?" – Cabr.: "Ich habe von niemandem den Auftrag erhalten, das Attentat zu vollführen. Die Freimaurerei steht mit dem Attentat insofern in Verbindung, als ich dadurch in meinem Vorsatz bestärkt wurde. In der Freimaurerei ist es erlaubt, zu töten. Ciganovic sagte mir, die Freimaurer hätten Franz Ferdinand schon vor einem Jahr zum Tode verurteilt." – Präs.: "Ist da nicht etwas Phantasie dabei? Wo wurde er verurteilt?" – Premus: "Ich werde hierfür die Beweise erbringen." – Präs.: "Hat er Ihnen das gleich gesagt oder erst dann, als Sie ihm sagten, Sie hätten Lust, das Attentat zu vollführen?" – Cabr.: "Wir sprachen auch schon früher von der Freimaurerei, allein er sagte uns nichts von diesem Todesurteil, bis wir uns definitiv zu dem Attentat entschlossen."

Hat auch diesmal die Freimaurerei hinter dem Mord gestanden? War auch diesmal der Mord Verwoerds von "Dunkelmännern unserer Zeit" beschlossen worden? Oder stand gar der Zionismus dahinter? In beiden Fällen müssten die Urheber in New York gesucht werden, diesem Zentrum aller subversiven Tätigkeit. 1872 wurde das Generalsekretariat der marxistischen Internationale dorthin verlegt, kurz vorher richtete sich am selben Ort das Bankhaus Schiff, Kuhn und Loeb ein, das mit Unterstützung der russischen Revolution von 1917 die Aenderung des Weltbildes finanziell ermöglichte. 1867 liess sich der Demokratische Weltbund Mazzinis in New York nieder, und 1843 wurde dort bereits die jüdische Loge B'nai Brith gegründet. In diesem New York erscheint die auf USA-Regierung und Weltmeinung entscheidend einflussreiche Zeitschrift "Time". Sie ist bekannt dafür, denjenigen "Fingerzeige" zu geben, die zu lesen verstehen.

Unmittelbar vor dem Mord in Kapstadt brachte "Time" ein Titelbild: Verwoerd dargestellt als Abschaum der Menschheit. Im Text wird (in bemerkenswerter Abweichung von den Tatsachen) weiter ausgeführt: "Mehr Menschen sitzen unter Verwoerd im Gefängnis als in irgendeinem anderen Land der Welt." Und dass es sich lohnt, gerade diesen zu beseitigen, deutet "Time" mit der Feststellung an, er sei "einer der fähigsten weissen Führer, die Afrika je hervorgebracht hat. Mit einem photographischen Gedächtnis, analytischem Verstand und endloser Arbeitsfähigkeit, ist er zugleich ein brillianter Diplomat und beflissener Politiker. Er ist der eigentliche Verteidiger des Afrikander-Glaubens." Und man schliesst vielsagend: "Doch seine Burg ist verwundbar. Der Feind befindet sich in ihr."

Verwoerd stand den USA im Wege. Dieser Artikel, der in dem Wutschnauben des nach fünf Tagen vergeblicher Hetze aus Südafrika abgezogenen Robert Kennedy seinen Ursprung haben könnte, sagt es deutlich genug: "Allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres erhöhten sich die Exporte Südafrikas in das übrige Afrika auf 78 Millionen Dollar und lagen damit 30% höher als im Vorjahr." Sollte Dag Hammarskjoeld seine Mörderbanden in Katanga angesetzt haben, während sein Bruder mit Sture Linner die schwedisch-nordamerikanische Holdinggesellschaft in Leopoldville leitete, um die Reichtümer Afrikas zu übernehmen, nur um diese jetzt etwa an Südafrika abzutreten? Man hatte Afrika doch nicht von den Europäern "befreit", damit es selbständig werde! Die weisse

Führung, die den Bantus in der Apartheid die grosse natürliche Chance ihrer Geschichte gab, musste vernichtet, ihr Führer beseitigt werden. "Murder in the Heart" lautete die Unterüberschrift der "Time" die das Ziel aufzeigt. Genau wird beschrieben, wie Verwoerd 1960 schon einmal mit knapper Not einem Attentatsversuch entging.

Der gläubige Leser der "Time" musste jetzt schon einen solchen Mord gutheissen. Aber man ging noch weiter und gab dem vorgesehenen griechischen Täter schon von vornherein ein moralisches Alibi. Viel könnte man schreiben über die kleinen Irrtümer der Apartheidspolitik im täglichen Leben, aber "Time" greift ausgerechnet den Fall eines Griechen heraus, dem beinahe die Einwanderung nach Südafrika verweigert wurde, weil er sich auf dem Schiff von der Sonne zu braunbrennen liess. Und dann kommt das tollste: Man zeigt unverfroren der ganzen Welt, 14 Tage vor dem Mord, den genauen Ort der Handlung! Nirgends spricht der Artikel davon, wo diese Bestie Verwoerd zu finden sei. Nichts findet man darüber, wo er wohnt, wo er seine Ferien verbringt. Nur ein einziges Mal sagt man, wo er sich aufhält und zwar ganz genau und wortwörtlich: "Im Parlament in Kapstadt, das Kinn in die Hand gestützt, sitzt er in seinem grünledernen Stuhl auf der vordersten Regierungsbank." Genau dort und genau in dieser Haltung wurde Verwoerd ermordet.

Und weiter noch: Das Schwesterblatt "Life" bringt in seiner Nummer nach dem Mord eine Verherrlichung der Tat. Die Bilder des blutenden Verwoerd erinnern an den Sadismus, mit welchem seinerzeit die von Vertretern des gleichen Landes in Nürnberg Ermordeten in der gleichen Zeitschrift abgebildet wurden. Längst haben die USA erkannt, dass Verbrechen sich bezahlt machen. Denn sie haben einen jeden ihrer Kriege mit einem Verbrechen begonnen, und haben ihn mit einem Verbrechen beendet. Die Explosion der "Maine" im Hafen von Havanna gab den Vorwand für den Krieg gegen Spanien 1897, der ihnen Kuba und die Philippinen einbrachte. Der Flaggenmissbrauch brachte ihnen den gewünschten Krieg gegen Deutschland im Ersten Weltkrieg, und die unterlassene Warnung der amerikanischen Flotte in Pearl Harbour durch Roosevelt, der zwei Tage vorher schon von dem japanischen Angriff wusste, ermöglichte ihnen den Eintritt in den Zweiten Weltkrieg, der dann mit den Verbrechen von Nagasaki und Hiroshima beendet wurde. Ist der Mord an Verwoerd vielleicht das Verbrechen, welches den Dritten Weltkrieg einleiten sollte?

Eine Zeitlang konnte es so aussehen, als stände der Mord im luftleeren Raum, geschaffen durch das Ausfallen des Haager Urteils im Gesamtplan der Verschwörer. Dann aber wurde die Welt sehr schnell eines Besseren belehrt. Während die erste offizielle Verlautbarung der südafrikanischen Regierung noch meinte: Verwoerd ist nicht das Opfer einer Verschwörung, gab der Führer der Opposition Sir de Villiers-Graaf bereits ganz klar den fremden Ursprung des Verbrechens bekannt: "A horrible atrocity has been committed which is absolutely foreign to the South African way of life." (Ein grässliches Verbrechen ist begangen worden, das der südafrikanischen Lebensform völlig fremd ist.)

In jenem Augenblick war der Welt auch schon jene andere Meldung bekannt, die Agence France Press am 6. September verbreitet hatte: "Allan Lomas, der bei den kürzlichen britischen Parlamentswahlen für die Liberalen kandidierte, gab folgende aussergewöhnliche und mysteriöse Begebenheit bekannt: Am vergangenen Freitag habe sich ihm während der Ueberfahrt über den Aermelkanal ein ihm unbekannter junger Mann genähert und ihn um Nachrichten über die Ermordung des südafrikanischen Premierministers gebeten. Der Unbekannte habe sich die Zeitung von ihm ausgeliehen und nachgesucht, worauf auch er (Allan Lomas) erneut die Zeitung genauestens durchgelesen habe, ohne etwas über einen Attentatsversuch gegen Verwoerd finden zu können. Bei Be-

kanntwerden der Ermordung Verwoerds habe er sich an diesen Vorfall erinnert, der ihm "reichlich seltsam" erscheine, sagte Lomas." Die gesamte zivilisierte Welt hat ein Recht auf Beantwortung der Frage: Wer wusste sonst noch von dem bestellten Mord?

Und die Welt fragt weiter: Gegen welche kommunistische Gefahr richteten sich die Flottenmanöver, die die Vereinigten Staaten unter dem Kommando von Konteradmiral D. van Ardsall ausgerechnet in diesen bewegten Tagen der Ermordung Verwoerds im Südatlantik durchführten?

Und weiter: Welches ist der volle Inhalt der Gespräche gewesen, die Bob Kennedy eine Woche nach seinem fünftägigen Besuch in Südafrika mit Papst Paul VI. hatte? Im "Paris Match" vom 13. August 1966, also ganze drei Wochen vor dem Mord, erschien ein Artikel von ihm, in welchem er sagt: "Wir diskutierten über Südafrika, über den Verlust der Menschenrechte, die wachsende Zurückweisung des Christentums durch die Schwarzen, weil "der Christengott die Schwarzen verachtet", wie einer von ihnen sagte" (*400) und setzt dann fort: "Die Herzensbeklemmung und Herzensangst zeichneten sich auf dem Gesicht des Papstes, im Ton seiner Stimme und in den Bewegungen seiner Hände ab."

Die Welt fragt: Hat auch Papst Paul VI. von dem bevorstehenden Mord erfahren? Hat man ihn auf die "Notwendigkeit" solcher und weiterer Verbrechen als im "Interesse" der Katholischen Kirche vorbereitet?

Der Mord geschah am 6. September 1966. Am 29. September 1966 erliess die Generalversammlung der Vereinigten Nationen eine Warnung an Südafrika, sich nicht in die inneren Angelegenheiten der benachbarten neuen Staaten Betschuanaland und Basutoland einzumischen. Am 27. Oktober entschied die Generalversammlung der UN, ohne dazu legitimiert zu sein, mit 114 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen (Frankreich, Grossbritannien, Malawi) gegen zwei Stimmen (Südafrika und Portugal), dass Südafrika seinen Verpflichtungen gegenüber Südwestafrika nicht nachgekommen sei und aus diesem Grunde sein Anrecht auf die Mandatsherrschaft verloren habe. Die Verwaltung Südwestafrikas läge nunmehr in den Händen der Vereinigten Nationen. Zwei Tage darauf brachte Holland den Antrag auf Schaffung einer internationalen Truppe unter dem Kommando der Vereinigten Nationen ein. Gleichzeitig setzte London der Regierung von Rhodesien unter Jan Smith eine Frist von fünf Wochen, die britischen Kapitulationsbedingungen anzunehmen und eine Regierung nach "demokratischen" Grundsätzen zu bilden, das heisst das Land schwarzen "Nationalisten" zu übergeben. Eine Woche nach der Ermordung Verwoerds wurde im Zentrum Londons der stellvertretende Geschäftsführer des südafrikanischen Konsulats umgebracht. Das Aide Memoire, welches der südafrikanische Gesandte in Washington der Regierung der Vereinigten Staaten nach Abschluss des Haager Prozesses überreichte, und in welchem Südafrika dagegen protestiert, dass die Regierung der Vereinigten Staaten in ungesetzlicher Weise versucht habe, auf den Gerichtshof Zwang auszuüben, und dass Südafrika nunmehr die Auffassung des Gerichtshofes zur Kenntnis nehme, wonach Südafrika nicht mehr gebunden sei, an irgendeine Institution Bericht zu erstatten oder Rechenschaft abzulegen, wurde von den USA überhaupt nicht mehr beantwortet. Schon im Mai 1964 wurde bekannt, dass das State Department in einem sehr geheimen Rundschreiben an seine Vertretungen schärfste Stellungnahme gegen Südafrika, Unterstützung der Rebellenbewegungen in Angola und Mozambique und Anerkennung des kommunistischen Regimes auf Sansibar anbefahl, und Schiffahrts- und Luftfahrtlinien anwies, sich möglichst den Sanktionen anzuschliessen, die einige schwarze Regierungen gegen Südafrika beschlossen hatten. Wenn man weiter bedenkt, dass sowohl vor dem Mord an Verwoerd, wie auch hinterher in allen Freimaurerlogen energisch um Unterstützung dieser Politik ersucht wurde und entsprechende Schreiben der

Grosslogen verlesen wurden, ergibt sich die gleiche Lage, die das Deutsche Reich bereits zweimal gegenüber den Vereinigten Staaten erlebt hat: Die Hintermänner des Weissen Hauses suchen Krieg!

Die Rücksichtslosigkeit dieser Gegner ist uns seit Dresden und Hiroshima und Nürnberg bekannt. Recht gilt ihnen nichts in ihrer Gier nach Macht und Gold. Traditionelle Werte völkischen Ursprungs sind ihnen zutiefst verhasst, bei Weissen wie bei Schwarzen. Ihnen geht es um Ausbeutung völlig willenloser und führungsloser Massen. Verwoerd brachte am 7. September 1964 unmissverständlich zum Ausdruck, dass er es niemals gestatten werde, die auf südafrikanischem Boden entstehenden Eingeborenenstaaten zum Gegenstand kapitalistischer Verträge zu machen, bis sie nicht in der Lage sind, als selbständige wirtschaftliche Partner aufzutreten. Sie dorthin zu führen, betrachtet Südafrika als seine Aufgabe, um so ihre Ausbeutung zu verhindern. Er wies damals den Kolonial-Kapitalismus Oppenheimerscher Prägung zurück, der danach lechzt, diese Gebiete dem gleichen Neokolonialismus einzuverleiben, wie es inzwischen mit dem übrigen schwarzen Afrika dank der feigen Haltung der europäischen Regierungen möglich war.

Die von den UN organisierte Verschwörung gegen den Frieden (ein zum Beispiel nach dem Strafgesetzbuch der Bundesrepublik Deutschland mit lebenslänglichem Zuchthaus bedrohtes Verbrechen) bemühte sich weiter aktiv, die Welt mit neuem Krieg zu überziehen. Von Sambia aus wurden 37 Terroristen nach Südwestafrika eingeschleust, um dort Terrorakte zu verüben. Sie wurden sehr bald gefasst und in Pretoria verurteilt. U Thant hatte persönlich im Mai 1967 in Dar es-Salam "den friedensgefährdenden Aktivitäten der afrikanischen Guerillazentralen neuen Auftrieb gegeben".(*401) Auch hier liegt die Finanzierung in den Händen des bereits von Salazar angeklagten American Committee on Africa, dem führende Persönlichkeiten des amerikanischen öffentlichen Lebens angehören.(*402) Natürlich tobte die Weltpresse über die "Ungerechtigkeit", die Terroristen abzuurteilen. Im März 1968 setzte sich dann eine elfköpfige Abordnung des "UN-Council for SWA" in Marsch, um die Verwaltung des reklamierten Gebietes zu übernehmen.(*403) Sie kamen bis Lusaka, da sie kein Flugzeug in das fremde Staatsgebiet befördern wollte. Unverrichteter Dinge kehrten sie nach New York zurück, wo daraufhin elf Mitglieder des Sicherheitsrats bewaffnete Massnahmen gegen Südafrika forderten, "da dessen Haltung in der Südwestafrikafrage eine Bedrohung des Friedens und der Nationen bedeutet" (7.5.68). Vorher schon (24.4.68) hatten die afrikanischen Staaten in der Generalversammlung kundgetan, sie würden ihre Stimme dem Atomsperrvertrag der beiden Supermächte nur geben, wenn diese Südwestafrika "befreiten". Deutlicher konnte das Newyorker Tollhaus nicht mehr charakterisiert werden.

Südafrika ging seinerseits einen Schritt weiter in Richtung der Verwirklichung des Odendaalplans von 1963. In einer sehr gründlichen Analyse der komplizierten Verhältnisse in SWA, die deutlich absticht von den Phrasen der Desperados in den UN, wird die Schaffung von nichtweissen Staaten durch Ausgliederung aus dem Gesamtgebiet vorgeschlagen. Insbesondere trifft dieses für das Ovamboland zu, das bereits in deutscher Zeit unter seinen acht Stammesführern die Selbstverwaltung hatte. Die neuen Staaten werden Ovamboland, Kaokoveld, Okavangoland, Ostkaprivien, Damaraland, Hereroland heissen. Bezüglich der übrigen, kleinen ethnischen Gruppen liegt noch kein Entscheid vor. Südafrikanische Parlamentarier holten inzwischen bereits erneut die Zustimmung der örtlichen führenden schwarzen Persönlichkeiten für diese Pläne ein. Die entstehenden Staaten sollen "in jeder Hinsicht als eigene Nationen mit eigenem Territorium und eigenem politischem System existieren". Damit würden 71% der Bevölkerung von SWA "den unwiderruflichen Schritt zur Selbstbestimmung tun",

wie es in dem Gesetz heisst. Die NZZ kommentiert: "Das alles spricht eine ganz andere Sprache als die Führer der farbigen Nationalisten von Südwestafrika und ihre politischen Freunde im Norden und jenseits des Atlantik. Länder sind schnell umbenannt, Flaggen einfach zu entwerfen, Präsidenten und Minister keine Mangelware — aber primitive Völker an eine stabile Form von Selbstrerierung und Verwaltung heranzuführen, verlangt lange Fristen. So wird die Zeit einer Generation kaum ausreichen, um die vielfach in der Ur-Faulheit dahinlebenden Schwarzen an die Forderungen des 20. Jahrhunderts heranzuführen ... Die Südafrikaner halten nichts davon, den Bau eines Hauses mit dem Dach und dem Flaggenmast zu beginnen." Die Bundesrepublik Deutschland aber stellt laufend grösste Summen den UN zur Verfügung, die dieser verbrecherischen Organisation die Fortführung ihrer subversiven Pläne ermöglicht. Das Strafgesetzbuch wird in Bonn nur dort angewandt, wo es der herrschenden Gruppe passt. Der Administrator von Südwestafrika, Wentzel du Plessis, meinte: "Getrennte Freiheiten sind besser als das allgemeine Chaos." Und im Oktober 1968 wird ein neuer Autonomer Staat gebildet: Ovamboland mit der Hauptstadt Oshakati unter dem Präsidenten Gabriel Kautwina.

Zum Nachfolger Verwoerds wurde John Vorster gewählt, wodurch es den an einer Zersetzung der südafrikanischen Einheit gelegenen Kräften gelungen ist, die bei der komplizierten Natur der Lage immer selbstredend vorhandenen Differenzen an die Oberfläche zu tragen. Vor allem hat die Tendenz Vorsters zu einer "Liberalisierung" der südafrikanischen Politik zu einer Schwächung seiner Position geführt. Schon der Abschluss der Untersuchungen gegen der Mörder Verwoerds mit der Behauptung, dass keine Verschwörung hinter dieser Tat steht, erinnert verteufelt an den inzwischen mehrfach eklatanter Unwahrheit überführten Warrenbericht über die Ermordung John Kennedys. (*404) Aufsehen erregte dann die völlig unmotivierte Wendung gegen die konservative englischsprachige Zeitschrift "South African Observer", bisher einem der wesentlichsten Vermittler südafrikanischen Gedankengutes in der Welt draussen und daher Hauptstütze im Kampf gegen die Verleumdungen im Ausland. Die Ausbootung des Dr. Hertzog als Postminister (8.2.68) und Ersetzung durch den betont "liberalen" J. van Rensburg bestätigte die neue Politik. "Der Afrikander", meint J. van Rensburg, "lebt in einer neuen Aera mit neuen Ideen und sieht sich neuen Problemen gegenüber. Selbst der Liberalismus, der in den dreissiger Jahren eine Bedrohung darstellte, hat heute seine Form gewandelt ... Die Nationale Partei ist dabei, auf ein höheres Niveau des Fortschritts zu steigen, ohne dabei einen einzigen ihrer Grundsätze aufzugeben." Dieser van Rensburg ist heute Herr der südafrikanischen Radiostationen. Weiteres Zeichen der neuen, "liberaleren" Politik war die Zustimmung Vorsters zur Entsendung einer gemischtrassischen Abordnung zur Olympiade nach Mexiko 1968, wobei entgegen den innerstaatlichen Gewohnheiten deren Zusammenwohnen und -reisen usw. akzeptiert wurde. Die nicht erwartete Antwort jedoch war, dass das Exekutivkomitee des Internationalen Olympischen Komitees in Lausanne im April 1968 beschloss, die bereits erteilte Einladung wieder rückgängig zu machen. Es hat sich also bereits gezeigt, dass irgendein Entgegenkommen gegenüber den freimaurerisch-jüdischen Forderungen auf "Demokratie" nur eine Schwächung der eigenen Position, niemals aber eine Befriedung der Lage mit sich bringt. Die völlige Verkennung der (ins Chaos lenkenden) Stossrichtung des Liberalismus bedeutet daher eine akute Gefahr für die Position Südafrikas. Südafrika hat sich damit auf breiter Basis in die Defensive drängen lassen.

Ist die Apartheid eine, wenn nicht d i e konstruktive Idee unserer neuen Welt, dann kann und muss sie nämlich auch a k t i v werden, sie muss Inhalt der Innen- und auch der A u s s e n politik der südafrikanischen Völkergruppe werden.

Erst dadurch kann man beweisen, dass man es ehrlich meint mit dieser Idee. Erst in der Aussenpolitik bewährt sich Gedankengut, welches man der Welt vorleben will. Hitler hat seines in der Aussenpolitik verraten und damit seinen (und nicht nur seinen!) Untergang verursacht. Südafrika hat bis auf sehr geringe Ansätze (die aber bisher auch einfach als Pragmatismus ausgelegt werden können) den Gedanken der Apartheid überhaupt noch nicht aussenpolitisch aktiviert. Denn das würde bedeuten, dass man aktiv eingreift in die Geschehnisse auf dem afrikanischen Kontinent, mit der gleichen Aktivität, mit der die übrigen dort eingreifen, jene, die angeblich auch um Ideen willen vorgehen. Das Anwendungsgebiet für die Apartheid liegt vor der Tür. Sachkenner gibt es gerade in Südafrika weitaus mehr, denn etwa in New York, Bonn oder Kairo oder gar in Moskau und Peking. Konkrete Ansatzpunkte hat es mehr als genug schon in diesen Jahren gegeben. Sie wurden ungenützt vertan, denn es genügt wahrhaftig nicht, Tschombé Dynamitpatronen zur Sprengung der Brücken, die nach Jadotville und Kolwezi führen, gegen gute Bezahlung zu übersenden. Es genügt auch nicht, Tschombé die Rekrutierung von Söldnern in Südafrika zu gestatten. Oder diplomatische Beziehungen anzuknüpfen mit einem Lande wie Malawi und sich damit zu brüsten, dass man einen modus vivendi für den Verkehr mit jenen schwarzen Diplomaten gefunden habe. Wenn Apartheid wirklich die getrennte freie Entwicklung der verschiedenen Rassen und Kulturen sein soll, muss man auch den Willen haben, diesen Grundsatz in der Welt durchzusetzen. Eine so umfassende Idee ist zwangsweise Exportware, oder sie ist nichts als örtlich gebundene Augenblickslösung ohne inneren eigentlichen ethischen Wert. Warum geht nicht Kaiser Matanzima vor die UN? Warum verbietet man nicht südafrikanischen Söldnern, für Nigeria gegen Biafra zu kämpfen und Bomben über Ibodörfern abzuwerfen? Warum sendet der Transkei keine Medikamente nach Biafra? Warum nimmt man nicht offen Partei für die Baganda, für die Watussi? Wenn schon getrennte Entwicklung, warum nicht diese fordern für alle jene so grausam unterdrückten schwarzen Völker Afrikas? Und sind nicht die in ihren Bantustan lebenden Völkerschaften Südafrikas gerufen, diese Forderung vor der Welt zu stellen? Zögert man nur noch ein wenig mit einer solchen Aktivität, so hat die Welt ein schwerwiegendes Indiz für ihre, bis heute nichts als verleumderische Behauptung, dass die Apartheid nichts als Lug und Trug ist, dass sie nur den Eigennutz der Weissen in Südafrika verdecken soll, dass sie genau so unehrlich ist wie die Idee der "Demokratie", die ebenfalls nur die Ausbeutung der Massen zum Ziele hat. Denn, wenn die Xhosa und die Ovambos usw. usw. nicht hinausgehen dürfen in die übrige schwarze Welt, um dort ihre Gedanken von freier Entwicklung zu propagieren, dann ist das der Anfang vom Ende einer der letzten Ideen, die unsere ausgehöhlte Welt noch vor ihrem gänzlichen Absinken in reines Machtdenken und materialistisches Chaos geboren hat.

Der vorige Absatz wurde im März 1968 abgeschlossen. Inzwischen hat dank der Inaktivität der Regierung Vorster der Gegner das Gesetz des Handelns an sich gerissen. Der Präsident von Sambia, Dr. Kaunda, der aktivste Gegner Südafrikas und Rhodesiens, machte vom 21. bis 24. Mai 1968 einen Staatsbesuch in Botswanaland. Beim Bankett erklärte Gastgeber Seretse Khama, Botswanaland werde "unrealistische Beschlüsse gegen Südafrika und Rhodesien nicht unterstützen". Der Gast aber stellte sich am nächsten Tage auf einer Massenversammlung hin und hetzte in den gröbsten Ausdrücken gegen die "Unterdrükkungspolitik der Weissen in den benachbarten Ländern". Anfangs schauten die Neger nur verdutzt, doch dann erntete der Redner lebhaften Beifall und selbst Seretse Khama musste mit einstimmen. Die sofortigen Folgen dieses Einbruchs in eine Domäne Südafrikas waren das Angebot von dreissig Freiplätzen für Studenten aus Botswanaland und ein grösserer Handelsvertrag mit Sambia. In Süd-

afrika selbst nahm man von diesem Vorfall fast keine Notiz. Man überliess dem Gegner das Feld. Der Vertreter der NZZ schreibt: "Dem neutralen Beobachter erscheint eine der grössten Schwächen der "positiven Aussenpolitik" Südafrikas gegenüber den schwarzafrikanischen Staaten darin zu liegen, dass sie als Deckmantel für interne Rassendiskriminierung denunziert werden kann. Auf lange Sicht dürfte ihr Erfolg von einer befriedigenden Lösung der internen Rassenprobleme abhängen. Die äussere Koexistenz muss aus der friedlichen Koexistenz gleichberechtigter Bevölkerungsgruppen im Raum der heutigen Republik Südafrika wachsen. Erst, wenn es möglich wird, dass die Vertreter der südafrikanischen Bantugemeinschaften in den befreundeten schwarzafrikanischen Staaten für das politische Konzept Südafrikas eintreten, kann mit stabilen freundschaftlichen Beziehungen gerechnet werden." In der Tat, die notwendige Antwort auf den Auftritt Kaundas wäre ein Besuch Kaiser Matanzimas in Botswanaland gewesen, doch scheint Südafrika nichts derartiges unternehmen zu wollen.

Die Idee der Getrennten Entwicklung aber ist nicht nur ein Licht in unserer Welt voller Finsternis. Sie ist auch die Seele des reichen Südafrika, in welchem die Versuchung zu leerem materialistisch bestimmtem Leben so nahe liegt. Der Materialismus hat gerade in Südafrika die Möglichkeit, andernorts unbekannte Triumphe zu feiern, denn die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ist beispiellos. In Transvaal, in Hörweite der Löwen des Krüger-Nationalparks, entsteht die Grossstadt Phalaborwa auf drei Millionen Tonnen Kupfer, auf Phosphaten, Eisenerzen, Vermiculit und unerschöpflichen Lagern von Pottasche und Aluminium. Das Wasserproblem wird in erster Linie mit dem Orange-River-Projekt in Angriff genommen: drei grosse, neun kleinere Staudämme, ein 51 Meilen langer Tunnel, 20 E-Werke, mehrere tausend Meilen von Kanälen für die zu bewässernden Gebiete, die doppelt so gross sind wie Deutschland. Hinzu kommt das Pongalopoortprojekt im Transvaal und Jozini in Natal, beide bereits ebenfalls in der Ausführung begriffen. Als einer der grössten Uraniumproduzenten der Welt besitzt Südafrika in Pelindaba den ersten Atomreaktor, welcher in Zusammenarbeit mit den atomphysikalischen Abteilungen an den Universitäten von Witwatersrand, Pretoria, Kapstadt, Potchefstroom und Natal arbeitet (Kapazität 20 MV).

Vierzig Prozent der gesamt-afrikanischen industriellen Produktion werden in Südafrika hergestellt. Die Wachstumsrate derselben ist etwa 7% jährlich und wird damit auf der Welt nur noch von Japan überschritten. Dabei muss berücksichtigt werden, dass mit einer Bevölkerungszunahme von 4 Millionen in den nächsten 10 Jahren gerechnet wird. Es ist eines der wenigen Länder der Erde, wo eine solche Zunahme nicht mit Sorgen vorausgesehen wird. Solange diese materiellen Vorgänge, dieser wirtschaftliche Aufstieg eingebettet bleiben in den vorgezeigten ethischen Bahnen und sich Südafrikas Jugend nicht, geblendet vom Wohlstand, von den grossen Aufgaben abwendet, die ihr vorgezeichnet sind, wird gerade die Unzahl herrlichster Geschenke, die die Natur für Südafrika bereit hielt, ihr nicht, wie in anderen Teilen der Welt, zum Schaden, sondern zum Glück aller dort lebenden Rassen gereichen.(*405)

---

*385 - Der Zusammenprall der beiden Welten, patriarchalisches Burentum und imperialistische Geldgier im Zuge der einsetzenden Industrialisierung, ergibt

dann ein Bild für die Götter, wie es uns Ruppert Recking von dem Besuch Ohm Krügers bei der Einweihung der neuen Synagoge in Johannesburg schildert (aaO S. 125 ff): "Wieder ein stürmischer Sonnabend! Zwanzigtausend Uitlander wollen auf Pretoria marschieren. Waffen und Munition liegen nur so herum. Wer sich auskennt, kann so viel kriegen, wie er will. Man ist bedenklich freigebig damit. Im Randklub besorgte Gesichter. Die Haupthähne dort haben von einer Revolution genug. Die Wochen, die sie, zum Tode verurteilt, im Kerker zu Pretoria zugebracht haben, stehen ihnen noch zu deutlich vor der Seele.

"Krüger müsste etwas tun, um die Gemüter zu beruhigen", meint der besonnene Herr Eckstein, Teilhaber von Wernher, Beit und Co. Ein Nürnberger Jude, schon damals Pfundmillionär, ein paar Jahre später als Reorganisator der ägyptischen Wirtschaft einer der reichsten Finanziers der britischen Welt.

Doktor Leyds ist dabei, Johannesburg eine Beruhigungspille zu verabreichen. Weiss genau, wem er die in den Mund zu stecken hat. Am nächsten Sonnabend soll die prächtige neue Synagoge eingeweiht werden. Der Staatssekretär will den Präsidenten überreden, der Feier persönlich beizuwohnen. Ich denke mir: wird selbst für den schlauen Javaner ein hart Stück Arbeit sein, den Judenfresser auf diesen Dreh zu bringen. Eine Extraausgabe des Johannesburger "Star" meldet: "Präsident Krüger weiht Johannesburgs neue Synagoge ein." Jeder hier weiss, dass der Besuch nicht die erwünschte Wirkung einer Versöhnungsgeste haben wird. Man erwartet sich eine "Hetz" von der seltsamen Staatsaktion. Die Synagoge ist schon in früher Morgenstunde von gewaltigen Menschenmassen umlagert, die aus der Stadt, den Randbezirken, der Umgebung zusammenströmen. Der Konfession nach an einer rein jüdischen Angelegenheit kaum interessiert, aber sensationslüstern und voll Neugier, wie die Sache ausgehen mag.

Um neun Uhr früh rollt der Salonwagen des Präsidenten auf dem durch ein grosses Polizeiaufgebot gesicherten Bahnhof ein. Der Präsident besteigt eine riesige, altmodische, vierspännige Galakutsche. Auf dem Schlag in grellen Farben das Wappen von Transvaal. Zwei phantastisch herausgeputzte, etwas angeschmutzte Lakaien mit unbehandschuhten, derben Bauernpratzen klettern auf das rückwärtige Trittbrett. Ein dicker Kutscher – die weisse Perücke spottet der tropischen Hitze – lenkt die Gäule, die man von einem Spediteur geliehen hat. Sehen auch so aus.

Der Präsident fährt direkt vom Bahnhof zur Synagoge. Einige jüdische Honoratioren empfangen ihn. Paul Krüger, eine ungeheuer grosse Bibel unter den Arm geklemmt, macht ein mürrisches Gesicht. Seine schlauen Bauernaugen gleiten etwas beunruhigt über die nach vielen Tausenden zählende Menge. Hin und wieder ein schriller, langgezogener Pfiff. Man verhält sich immerhin noch abwartend. Will Ohm Krüger seinen Urvätergehrock, seinen abenteuerlichen Zylinder erst etwas geniessen.

Hinter dem Präsidenten betreten die Offiziellen den schönen neuen Bau, in den sich etwa doppelt soviel Personen gepresst, als eigentlich darin Platz finden sollten. "Mein Gott, was gibt es in dieser Stadt Juden!" muss Krüger denken. Er schreitet, ohne der grinsenden Jingogesichter rechts und links zu achten, schnurstracks durch das Gotteshaus, feuert seine Bibel mit einem kleinen ärgerlichen Knall auf die Bundeslade, die ihm wohl der geeignetste Platz erscheint. Bringt seinen Zylinder irgendwo unter, starrt eine Weile unverwandt seine Gemeinde an. Jetzt setzt er sich eine Hornbrille auf, blättert in der Bibel. Man merkt ordentlich, wie eine grimme Wut in diesem primitiven Menschen aufsteigt, ein Höllenzorn über die Rolle, die man ihm aufgedrängt hat. Die Stelle, die er in der Bibel sucht, ist bald gefunden: "Bürger, Uitlander!" be-

ginnt er seine Rede. Nun bricht jäh, unaufhaltsam wie ein Sturzbach alles heraus, was er in langen Jahren in sich hineingefressen hat: der Abscheu gegen dies Johannesburg, der Hass gegen das auserwählte Volk. Er speit es denen, die vor ihm sitzen, ins Gesicht: "Räuber, Diebe, Mörder und Juden!" setzt er die Anrede fort.

Gewaltig reckt sich die Gestalt des alten Löwenjägers auf. Drohend liest er den Text des Paulusbriefes: "Die Kreter sind Lügner und faule Bäuche!" Eine helle Krähstimme! Herr Jack Cohn ist vorgetreten. "Ich weiss nicht", ruft er in Holländisch, "welche Antwort die Herrschaften in Kreta ihrem Paulus gegeben haben, aber soviel weiss ich gewiss: du, Paulus, wirst die richtige Antwort auf deine Flegeleien erhalten!"

Ein paar Herren legen sich ins Mittel, halten Mister Cohn fest. Ungerührt setzt Paul Krüger seine Kapuzinade fort. Sie strotzt von Beleidigungen gegen Johannesburg und seine Bewohner. Die Stimme des Präsidenten überschlägt sich. Langsam scheint ihm wieder einzufallen, was er hier soll: "Es ist nicht mein, es ist eures Priesters Amt, euch zu sagen, welch schändliche Gesellen ihr seid! Aber da ihr mich nun einmal hergeholt, um euer Gotteshaus einzuweihen, so erkläre ich – im Namen unseres Herrn Jesus Christus diese Synagoge für eröffnet!"

Der weite Raum gleicht einem tosenden Meer. Alle zugleich wollen sich auf den alten Krüger stürzen. Das ist seine Rettung. Ein paar stämmige Buren haben ihn durch eine Seitentür hinausgeschafft, ehe die Wütenden es gewahr werden. Doch, es rast der See und will sein Opfer haben. Irgendwer behauptet, Krüger habe sich in die Villa des Polizeidirektors geflüchtet. Eine Menschenmenge, in der die Juden nur einen verschwindenden Bruchteil bilden, wälzt sich nach dem allen bekannten Landhaus des Kommandanten von Brandes. In einem Augenblick ist das Gitter niedergelegt, der schöne Garten zertrampelt. Wüste Schreier verlangen den Kopf des Präsidenten.

Der silberhaarige Brandes tritt auf den niederen Balkon – in einer Joppe, die Pfeife im Mund, das Bild unbefangenster Gemütlichkeit. Er winkt mit der Hand. Alles verstummt. "Was hab ich euch getan, Bengels, dass ihr mich ins Unglück bringt? Morgen kommt meine Olle aus Europa zurück. Wenn sie den Garten sieht, wird sie sagen: "Brandes, Brandes, du musst ja abends in einer schönen Verfassung nach Hause gekommen sein!"

Er schüttelt sorgenvoll den Kopf. Selbst die wildesten Revolutionäre lachen Tränen.

"Der Präsident ist nicht hier! Ich kann keine dreitausend Menschen in dieses Häuschen lassen. Wählt drei Vertrauensleute, die mögen alles durchsuchen!" schliesst Brandes. Ehe die drei Vertrauensmänner gewählt sind, hat Krüger in einem geschlossenen Wagen den Zug erreicht, der ihn heil nach Pretoria zurückbringt."

*386 - "Aan onze Heldinnen en lewe Kinderen" ist die Widmung. In dem kleinen Museum daneben sieht man Fotos mit den Reihengräbern der systematisch mit Typhusbazillen vernichteten Frauen und Kinder. Eine von Kaiser Wilhelm II. gestiftete Feldambulanz mit der alten Reichsflagge erinnert an die deutsch-burische Freundschaft. Die Engländer mordeten die Familienangehörigen, um die im Felde stehenden Buren zur Kapitulation zu nötigen. Es ist die gleiche britische Mentalität, die wir 1917 mit der Hungerblockade und 1944 mit den Terrorfliegern über deutschen Wohngebieten erlebten. Entgegen dem sachlichen militärischen Rat der zuständigen Offiziere befahl Churchill den Angriff auf Dresden. Der britische Labourabgeordnete Richard Crossmann bezeichnet Churchill als allein verantwortlich für dieses "Verbrechen gegen die Menschlichkeit, dessen

Urheber in Nürnberg angeklagt worden wären, wenn jenes Gericht nicht allein ein Rache-Instrument der Alliierten gewesen wäre", und der britische Historiker David Irving stellte fest, dass "die Royal Airforce nur zögernd diesem Befehl nachkam" und kämpft um eine von London bisher verweigerte Freigabe von amtlichen Unterlagen über dieses Verbrechen. Die Bundesrepublik aber bekommt es fertig, im Jahre 1968 Herrn Churchill als grossen Europäer zusammen mit Adenauer auf eine Briefmarke zu setzen, dem gleichen Adenauer, der dem Massenmörder Churchill bei Lebzeiten beider in Aachen den Karlspreis verlieh. Das Denkmal, das dereinst den Opfern von Dresden errichtet werden wird, sollte die Form des gleichen Obelisken haben, der sich bei Bloemfontein in den weiten Himmel des Oranjestaates mahnend und anklagend reckt.

*387 - Bezeichnend für die Stimmung im Lande ist es, dass bei dem Fussmarsch deutscher Gefangener, die aus Nordafrika per Schiff nach Durban gebracht worden waren, durch Pietermaritzburg ins Gefangenenlager die die Strassen säumende Bevölkerung ihnen zujubelte und es ihr gelang, unter den Augen der bewachenden Tommies, Gefangene aus dem Zug herauszuholen und verschwinden zu lassen.

Auf dem Friedhof von Kapstadt wurden mir die gutgepflegten Gräber deutscher Soldaten gezeigt. Die Inschriften lauten: "Gefr. Theo Käucher, ein ungenannter Soldat, Uffz. Martin Kraus, Uffz. Willi Katz, Ltn. Gerhard Laug." Hinzugefügt ist das Datum des 7. Mai 1942. An jenem Tage wurden nämlich diese deutschen Soldaten, als sie von einem Transportschiff vor Simonstown zu flüchten versuchten, am hellichten Tage wehrlos im Wasser schwimmend von Tommies abgeknallt. Die Namen der britischen Kriegsverbrecher wurden niemals festgestellt.

Die aktive Untergrundbewegung der Ossewa Brandwag band während des Krieges bedeutende feindliche Kräfte und wurde von breiten Volksschichten unterstützt. Die Funkstelle, die mit dem Reich in Verbindung stand, war in einem Privatwagen installiert, der im Hof der Polizeikaserne von Johannesburg stationiert war, sodass alle Versuche, die Funkstelle aufzufinden, fehlschlugen.

Die deutschen männlichen Staatsbürger vor allem aus Südwestafrika wurden in Paviaansport und anderen Internierungslagern gefangen gesetzt, während die Frauen allein die Farmen und Geschäfte weiterführen mussten.

*388 - Es ist die gleiche aller Moral bare Haltung, die wir bei den führenden Persönlichkeiten Westdeutschlands in deutschen Angelegenheiten erleben. Da fordert im Bayrischen Landtag (Febr. 1968) ein NPD-Abgeordneter eine Gedenkminute für die Opfer von Dresden. Sie wird – abgelehnt von Landtagspräsident Hanauer, "denn es sei nicht Aufgabe des Parlaments, den Krieg wachzuhalten, sondern vielmehr die Folgen des Krieges zu überwinden", während gleichzeitig unser Dr. Bohne (nach Aenderung der Verjährungsfristen, um den Krieg wachhalten zu können) aus Argentinien nach Westdeutschland verschleppt wird, weil er als Verwaltungsbeamter die Vernichtung lebensunfähigen Nachwuchses genehmigte, und eine hohe menschliche Aufgabe erfüllte. Die wahren, ungeheuerlichen Verbrechen sollen nicht gewesen sein, die Opfer werden darum noch einmal von der Demokratie zu Tode gestampft, verantwortungsbewusster Ordnungswille aber wird als grausam und verbrecherisch bezeichnet. Die Folge ist das Chaos, das heute schon aus allen Falten der Demokratie herausschaut.

*389 - H. A. Fagan, "Unsere Verantwortung", Windhoek 1965, S. 24

*390 - Die in Argentinien von Eva Perón errichteten Siedlungen zB richteten

sich nach dem von ihrem Bruder Duarte in Südafrika studierten Vorbild.

*391 - Wie weit die blinde Wut und der Wille zu falscher Berichterstattung, zur Brunnenvergiftung und Verhetzung geht, zeigt die Darstellung einer solchen Umsiedlung von einem Blechkanisterhaufen in feste, saubere Wohnhäuser in der "Neuen Illustrierten". Die Riesenüberschrift lautet: "EINE NEUE FLUECHTLINGSTRAGOEDIE UNSERER ZEIT: 60 000 NEGER AUS DER HEIMAT VERTRIEBEN. Befehl der südafrikanischen Regierung: "Das soll eure neue Heimat sein!" " Und derartige Völkerverhetzung wird unbeanstandet von Bonn geduldet.

*392 - Ich erinnere noch die Klagen des Juden G. in Kapstadt, der mir vorjammerte, dass die Regierung es ja leider verboten habe, Handel in den schwarzen Gebieten zu betreiben.

Ein Beispiel für das Vorgehen der Regierung ist der Vertrag, den die Union Corporation mit dem 50 000 Seelen zählenden Stamm der Bafokeng bei Rustenburg Ende 1966 abschloss, um die dort gefundenen reichsten Platinfunde der Welt auszubeuten. Danach wird jener Stamm die reichste Bantugruppe des Landes werden.

*393 - Zur Geschichte dieser Landschaft lese man den herrlichen Roman "Kaffernland" von Hans Grimm.

*394 - Die Darstellung Südwestafrikas hält sich sehr eng an meine Veröffentlichung "Unser Südwestafrika" vom Dezember 1966 in den "Deutschen Kommentaren", Buenos Aires.

*395 - Der Kommandeur der Schutztruppe, Major v. Estorff, hat dann die letzten Worte v. Erckerts seinen sämtlichen Offizieren zur Pflicht gemacht.

*396 - Zitiert nach dem amtlichen Kleinen Handbuch des Völkerbundes, Genf 1939.

*397 - The Council on World Tensions, Inc,. 304 E 42 Str., New York (USA)

*398 - Wir zitierten bereits Goldbergs Ausspruch: "Wir Zionisten sind bessere Menschen."

*399 - Ansprache des damaligen Deutschen Bundespräsidenten vor der Führungsakademie der Bundeswehr am 12. März 1959

*400 - In Den Haag erklärte dagegen Rev. J. S. Gericke der Holländisch-Reformierten Kirche, "dass ursprünglich der Kirchenbesuch multirassial war mit der Folge nicht zufriedenstellender Ergebnisse. Die wenigen Nichtweissen nahmen nicht aktiv am Kirchenleben teil und fühlten sich zurückgesetzt. So kam man zur Einrichtung getrennter Kirchen für die verschiedenen Rassen mit dem Ergebnis, dass es heute 12 Schwesterkirchen gibt. Hier haben jetzt alle Gläubigen volle Entwicklungsmöglichkeiten und alle Kirchenämter stehen ihnen offen. Da die Kirchen alle gleichgestellt sind, fühlen sich die Bantu usw. gleich mit ihren weissen Brüdern, und das Ergebnis ist eine ganz allgemeine positive Haltung des Einzelnen gegenüber der Kirche und der weitverbreitete Wunsch zur Mitarbeit." Man vergleiche doch nur den zahlreichen und freudigen Kirchenbesuch in Süd- und Südwestafrika mit den mageren, erzwungenen und erbettelten Ergebnissen im übrigen schwarzen Afrika. In Süd- und Südwestafrika ist das

Christentum unbestritten Teil geworden auch des eingeborenen kulturellen Lebens. Von keinem anderen afrikanischen Staat liesse sich das behaupten und könnte man es in naher Zukunft bei der herrschenden Einstellung der Kirche erwarten. Die Behauptungen Kennedys in Rom stellen daher die allgemein bekannten Tatsachen auf den Kopf und führen die Kirchen auf einen Weg in den Abgrund. Es ist beachtlich, wie schnell selbst eine noch unter Pius XII. so klug geführte Kirche ihre Weisheit verlieren konnte. Auch das Verhalten der Niemöller, Gerstenmeier, Martin Luther King liegt ja auf der gleichen Ebene. Die Kirchen wurden mehr und mehr zum Werkzeug kommunistisch-zionistischer Weltpläne, von der Oder und Neisse bis Chicago und Südafrika. Der Komplex Südwestafrika ist nur Teil eines Weltgeschehens, das uns alle sehr nahe angeht.

*401 - NZZ 1.5.67

*402 -.Vgl. Adriano Moreira, aaO S.70.

*403 - Im Oktober 1966 hatte die Generalversammlung nämlich mit 144 Stimmen erklärt, "dass Südafrikas Mandat über Südwestafrika beendet sei und das Gebiet unter die direkte Verantwortlichkeit der Weltorganisation falle". Vorster warnte die Welt, denn eine derartige illegale Entscheidung könne leicht Präzedenzfall für weitere sein. Der Führer der Opposition, Sir de Villiers Graaf, sagte: "Es ist bedauerlich, dass eine Nation wie die Vereinigten Staaten, die unwiderruflich der Herrschaft des Rechts in internationalen Angelegenheiten verpflichtet ist, eine solche Resolution unterstützen konnte. Der Grundsatz der Oppositionspartei werde auch in Zukunft sein, unter keinen Umständen ausländische Einmischung in innere Angelegenheiten Südafrikas zu gestatten." Auf Grund der genannten Resolution wurde ein Komitee von 14 Mitgliedern gebildet, welches "praktische Wege vorschlagen soll, wie SWA so verwaltet werden könnte, um sein Volk letzter Unabhängigkeit zuführen zu können". Man fragt sich, was grösser ist, die Unwissenheit der Erfinder solcher Phrasen (man spricht tatsächlich von "its people", von "dem Volk von Südwest", und hat überhaupt nicht einmal von dem Primitivsten, nämlich der Völkervielfalt in Südwest eine Ahnung) oder die Habgier und der Machthunger der Dahinterstehenden. Nicht zuletzt erhebt auch der jüdisch-südafrikanische Kapitalist Harry Oppenheimer seinerseits seine Stimme, um darauf hinzuweisen, dass Südwestafrika niemals eine wirtschaftliche Alleinrolle spielen kann, weil es niemals wegen seiner klimatischen Gegebenheiten eine grosse Bevölkerung mit eigenem inneren Markt ernähren kann. Es wird immer eng in die Infrastruktur Südafrikas eingeschlossen sein müssen (Nov. 1967).

*404 - Der Bericht des mit der Aufklärung des Mordes an Dr. Verwoerd beauftragten Richters Van Wyk spricht von "klarer Pflichtvernachlässigung" in mehreren Behörden, die Tsafendaris die Aufenthaltsbewilligung im Lande gaben, ohne festgestellt zu haben, dass dieser (wegen seiner vorherigen kommunistischen Betätigung im Lande ausgewiesen) auf der sogenannten "stop list" stand und nicht wieder hätte einwandern dürfen. Er hatte ebenfalls Einwanderungsverbot für England und für die USA! Von einer Ueberprüfung der für diese Pflichtverletzung verantwortlichen Personen, insbesondere auch derjenigen, die ihm Zutritt zum Parlament als Angestellter verschafften, ist überhaupt nicht die Rede. Den Anfang der Rekonstruktion des Mordauftrags aber müssen wir genau so wie in dem noch zu behandelnden Fall Papandreou (Griechenland) in den USA machen, wo Tsafendaris sich ursprünglich ebenfalls aufhielt.

Sehr bezeichnenderweise nennen sich dann heute die Anhänger Vorsters

"Erleuchtete" (im Gegensatz zu den "Verkrampften", als welche sie die konservativen Elemente im Afrikandertum kennzeichnen). Sie greifen damit nämlich einen sehr alten Freimaurerbegriff wieder auf, der schon in der Bezeichnung des "Illuminaten-Ordens" im XVIII. Jahrhundert auftaucht. Auch in anderer Beziehung sind geschichtliche Parallelen angebracht, wenn man bedenkt, dass das jüdische Volk bei solchen Wertmassstäben zweifellos in den letzten hundert Jahren von "Verkrampften" geführt wurde.

*405 - Ueber Südwestafrika orientiert sehr gut das Buch des Schweizers Hans Jenny, "Land zwischen den Extremen", Kohlhammer 1966.

Ueber Südafrika sollte man sich das Buch von Peter Kleist, "Südafrika, Land für Weiss und Schwarz" unbedingt anschaffen. Es bietet einen wesentlichen Ueberblick über diesen Subkontinent, der dabei ist, eine bedeutende Aufgabe in unserer Welt zu übernehmen.

*

BOTSWANA

wurde am 30. September 1966 geboren. England klammerte 1910 das Protektorat Betschuanaland aus der zu bildenden südafrikanischen Union wegen seiner Stammeshomogenität aus. Es war der Wunsch der in jenem Wüstengebiet lebenden Häuptlinge, dass andersvölkische Einheiten die Entwicklung nicht störten. So wurden auch spätere Pläne eines Anschlusses an das Dominion zurückgestellt und die Unabhängigkeit ohne diesen geschichtlichen Umweg dennoch etwa im gleichen Zeitpunkt wie dem Transkei innerhalb der Südafrikanischen Republik gewährt. England verpflichtete sich, noch weitere drei Jahre den neuen Staat im Ausgleich für die ausscheidenden britischen Beamten zu unterstützen. Im übrigen trat Südafrika natürlicherweise an dessen Stelle. Botswana steht in Zollunion mit Südafrika. Seine Währungseinheit ist ebenfalls der Rand. Eine energische Erklärung des Präsidenten Seretse Khama, an die Adresse Sambias gerichtet, warnte afrikanische Unruhestifter, auf dem Boden Botswanas zu operieren. Es ist daher ein anfänglicher Versuch nicht wiederholt worden. Belustigt war man darüber, dass sich ausgerechnet das Subversionszentrum der Vereinigten Nationen bemüssigt sah, im Augenblick der Unabhängigkeitserklärung eine Drohung an Südafrika richten zu müssen, nicht die Souveränität Botswanas anzutasten.

*

LESOTHO

wurde kurz danach, am 4. Oktober 1966 aus der Taufe gehoben. Aus dem britischen Protektorat Basutholand war ein Königreich geworden, doch schon zwei Monate darauf wurde der Potentat verhaftet, da er versucht hatte, zusammen mit der Oppositionspartei ein kommunistisches Regime aufzurichten. Seitdem herrscht auch in diesem Teil Südafrikas Ruhe und von Pretoria gelenkter wirt-

schaftlicher Fortschritt. Die seit den britischen Zeiten in Lesotho asylierten Mitglieder des Panafrikanischen Kongresses, einer von Peking gesteuerten und von Kuba unterstützten Organisation, wurden von Ministerpräsident Jonathan zunächst davor gewarnt, ihren Aufenthalt nicht zu politischer Aktivität im Sinne der OLAS zu benutzen, und sodann des Landes verwiesen. Die Unabhängigkeit brachte so der unter britischer Schlappheit möglich gewesenen kommunistischen Infiltration ein Ende. (*406) In den regenreichen Bergen wird Südafrika ein Stauwerk zum Wohle beider Staaten errichten, das Strassennetz wird ebenfalls mit Hilfe südafrikanischer Gelder und Firmen ausgebaut. Die drei Hauptberater der Regierung von Lesotho sind die Südafrikaner Dr. Anton Rupert, Professor Owen Horwood und Professor D. V. Cowen. (*407)

---

*406 - Während eine antikommunistische Zusammenarbeit zwischen Südafrika und Lesotho besteht, weiss man bezeichnenderweise von keinem Kontakt dieses von der OLAS anvisierten Landes mit den übrigen gleicherweise angegriffenen südamerikanischen Ländern. Dabei wäre doch eine solche, ähnlich dem seinerzeitigen Antikominternpakt, eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Doch die Unkenntnis südafrikanischer Verhältnisse, die in Südamerikas Regierungen herrscht, hat bisher eine derartige Zusammenarbeit verhindert. Man verlässt sich nach wie vor lieber auf die "guten Ratschläge" aus Washington, um den Kommunismus und Castrismus zu bekämpfen, anstatt die Erfahrungen der gleicherweise Angegriffenen unter sich auszutauschen.

*407 - Alle drei ausgesprochene Vertreter des Kapitalismus und der Apartheidspolitik mehr oder weniger ablehnend gegenüberstehend.

*

SWASILAND

erhielt am 5. September 1968 als letztes britisches Protektoratsgebiet in Südafrika seine Unabhängigkeit. Der neue Staat, Mitglied des Commonwealth, zählt ganze 390 000 Einwohner. Wirtschaftlich ist er völlig von Südafrika und Mozambique (Hafen) abhängig. Der Grundbesitz ist, aus britischen Zeiten herrührend, etwa zur Hälfte in englischen Händen, weswegen die Regierung des Königs Sobhuza II. eine Bodenreform anstrebt.

*

MADAGASKAR

so gross wie Frankreich, Holland und Belgien zusammen, 4 Millionen Einwohner (im Süden und auf den Hochflächen viehtreibende Nomaden verschiedener Rassen mit arabischem und indischem Einschlag, im Westen kleine Gruppen

unterworfener Neger, im Zentralplateau die Betsiléo mit ihrer von Asien mitgebrachten Reiskultur, und die Hovas oder Merina in den Bergen, den Malaien verwandt, kriegerisch und verwaltungsfähig), sehr feuchtes und warmes Klima auf der Ostseite, trockenere, gesundere Westhänge, im Hochland im Juni bis August kühl und trocken, – wurde nach der "Befriedung" durch General Gallieni 1895 französisches Protektorat. Während des II. Weltkrieges blieb die französische Verwaltung dem Mutterland treu und die Insel wurde daher von den Engländern und in ihren Diensten kämpfenden Südafrikanern besetzt.(*408) Die Folge dieses europäischen Bruderkrieges auf madagassischem Boden (und die von den Alliierten eingeführte Zwangsbewirtschaftung für Reis) war im Jahre 1947 eine sehr gut vorbereitete allgemeine Erhebung unter Führung der bisherigen Abgeordneten. Ueber Nacht wurden die europäischen Farmen zerstört und die Europäer niedergemetzelt. Mit Mühe nur (schwerer als es Portugal später in Nord-Angola hatte) wurden die französischen Truppen unter Hinzuziehung der Fremdenlegion wieder Herr der Lage. Die in Paris befindlichen madagassischen Abgeordneten wurden aus dem Senat heraus nach Aberkennung ihrer Immunität vor Gericht gestellt und hingerichtet, was kaum zur Beruhigung beitrug. Diese Vorgänge stellten eine schwere Erschütterung für die reiche Insel dar (Anbau von Kapbohnen, Reis, Mais, Nelken, Kakao, grosse Viehzuchtgebiete, Bitumen, Asphalt, Kohle, Eisen, Mangan und Graphit). Der französische kulturelle Einfluss war jedoch so stark, dass es gelang, eine schnelle Versöhnung herbeizuführen. Die sozialdemokratische Partei Madagaskars unter Philibert Tsiranana erlangte seit 1956 die Führung im Parlament und stellte so auch den ersten Präsidenten, als die Stunde der Unabhängigkeit am 26. Juni 1960 schlug. Aussenpolitisch steht das Land seitdem Frankreich nahe, hat engste wirtschaftliche Beziehungen zu Israel (*409) und erlebte den ersten Affront der Sowjetunion bereits im März 1963, als eine "Fischerei"-Flotte heimlich, still und leise in der Bucht von Itampolo im Südwesten sich tagelang aufhielt, Vermessungsarbeiten an Land ausführte und stillschweigend wieder verschwand. Madagaskar erwarb daraufhin einige Küstenwachschiffe von Frankreich, um eine Wiederholung derartiger Versuche zu verhindern. Die Matrosen dafür wurden – in Westdeutschland ausgebildet, und gleich auch einige deutsche Kriegsschiffe mitgeliefert (1964). 1967 wurde die Einfuhr und Verbreitung maoistischer Propaganda verboten. (Es leben etwa 8 000 Chinesen auf der Insel.) Als der Sicherheitsrat der UN 1968 Israel die Militärparade im eroberten Jerusalem untersagte, war einer der drei bei der dennoch durchgeführten Veranstaltung anwesenden Diplomaten der Gesandte von Madagaskar. (*410) Im panafrikanischen Rahmen distanziert sich Madagaskar von den "arabischen" Nordafrikanern und steht zu den Plänen der einst als "Brazzavillegruppe" bezeichneten ehemalig französischen Gebiete. Seine geographische Lage (*411) erlaubt ihm, dabei mässigend einzuwirken.

---

*408 - Da Madagaskar, wie wir noch sehen werden, eine Wirtschaftsdomäne der Familie Worms ist, soll schon hier erwähnt werden, dass diese Familie schon immer in Zusammenarbeit mit den ihr verwandten Rothschilds einen beachtlichen Einfluss auf die britische Ueberseepolitik gehabt hat. Lord Pirbright, Sohn des Barons Salomon Benedict de Worms, war bereits 1888 bis 1892 Unterstaatssekretär für die Kolonien. Seine Familie verfügte über grosse Ländereien insbesondere auf Ceylon.

*409 - Und ist in seiner Wirtschaft ein Sklave jüdischer Kapitalisten in Paris. René Dumont beschreibt in seinem bereits zitierten Buch "L'Afrique noire est mal partie", S. 30 ff, das Schicksal einer wissenschaftlichen Studie, die R. Gendarme unter dem Titel "L'Economie de Madagascar" im Rahmen des Zentrums für Wirtschaftsstudien an der Universität von Madagaskar und nach einem Vorwort des Direktors für das Höhere Erziehungswesen herausgebracht hatte. Das Werk war wenige Tage nach seinem Erscheinen aus den Schaufenstern der Buchhandlungen in Tananarive verschwunden. Dumont suchte die Wirtschaftsminister und den Hohen Vertreter Frankreichs auf, erfuhr jedoch von ihnen, dass sie nichts gegen das Buch unternommen hätten. Blieb also nur die Möglichkeit, dass die grossen Handelsgesellschaften es aufgekauft hatten. In der Tat war das Buch voll von massiven und belegten Anklagen gegen dieselben, und erst, nachdem Dumont auf abenteuerlichem Wege sich noch eines Exemplars versichern konnte und dann vor allem das Schema der Abhängigkeit Madagaskars von diesen abdruckte, konnte auch das Buch von Gendarme wieder in einer neuen Auflage erscheinen. Dieses Schema nun zeigt am Kopf einen Kreis mit der Inschrift "Worms et Compagnie" und darunter einen grösseren Kreis mit der Inschrift "Compagnie Havraise Péninsulaire de Navigation, Président H. Worms". Von diesem Kreis gehen dann die verschiedenen Striche aus zu weiteren Kreisen, in denen Banken, Schiffahrtslinien, Im- und Exporthäuser, Elektrizitätswerke, Zuckerraffinerien, Webereien usw. usw. eingezeichnet sind. Dumont schreibt dazu: "Gendarme beweist den grundsätzlichen Handicap für die wirtschaftliche Entwicklung Madagaskars, den die übertriebenen Seefrachten darstellen. Es handelt sich um eine Taxe, die von einer "Konferenz" zwischen der Messageries Maritimes, der Havraise Péninsulaire und der Scandinavian East Africa Line festgesetzt wird und die für den Wirtschaftswissenschaftler alle Kennzeichen eines Monopols hat... Der prohibitiv hohe Preis des elektrischen Stroms, enorme Handelsmargen, die oft bis zu 100 Prozent gehen, die Desorganisation in der lokalen Produktion, rühren sie nicht von diesen Kompanien her?" Und Gendarme schliesst: "Man findet so, mehrere hundert Jahre später, das kaum abgewandelte Schema der alten Ostindienkompanie wieder."

Für die erwähnte Desorganisation in der lokalen Produktion führt Dumont ein Beispiel aus dem Südwesten Madagaskars an, wo ein Pater Boltz in der Nähe von Fianarantsoa eine landwirtschaftliche Kooperative zu gründen versuchte, "um seine Bauern zu schützen". Sofort wurden die Ankaufspreise der Kooperative für ungeschälten Reis von den grossen Kompanien überboten oder es wurde ein Kuchen oder ein Apfel (!) als Geschenk dem Bauern von diesen gemacht, und "so erstaunlich es klingt", schreibt Boltz, "wandte sich sogar die Unterpräfektur gegen uns, um Interessen zu verteidigen, die alles andere als legitim waren. Die Gendarmerie verfolgte uns mit Untersuchungen mehr als drei Monate lang. Wir zahlten 10 Afrikafrank für das Kilo, und als wir das Wettrennen nicht mehr mitmachen konnten und unsere Käufe einstellten, sank der Preis sofort wieder auf 7 und 8 Frank. Ganz das gleiche Spiel erlebten wir bei Erdnüssen (23 bzw. 15 Frank und weniger)."

*410 - Daneben standen die Bürgermeister einiger westdeutscher Städte, die es sich nicht nehmen liessen, die Missachtung des Völkerrechts und die ganze Lächerlichkeit des von ihnen selbst immer wieder gepredigten Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Völker einmal wieder der ganzen Welt praktisch vor Augen zu führen durch ihre Anwesenheit auf arabischem Boden unter dem Schutz israelischer, grossteils von Adenauer finanzierter oder gar gelieferter Waffen, denn militärische Eroberungen sind bei ihrer konsequenten Denkweise unseren Demokraten neuerdings sakrosankt, ob es sich um Jerusalem, Stettin, Königs-

berg, Breslau oder Eger handelt.

*411 - Das "National Geographic Magazine", Oktober 1967, führt seine Madagaskar-Darstellung denn auch mit dem treffenden Untertitel "Island of the End of the Earth" an.

*

MAURITIUS

ging mit sehr geteilten Gefühlen am 12. März 1968 in die Freiheit ein. Denn, während der indische Teil der Bevölkerung die Unabhängigkeit begrüsste, waren die Kreolen dagegen. Schon lange vor dem Tag der Befreiung war es daher zu ernsten Rassenunruhen gekommen. Hunderte von Toten waren das Ergebnis bis zu dem Tag, da der Union Jack eingeholt wurde, und die Kreolen blieben ostentativ den Feierlichkeiten fern. Die Aufstände aber verschärften sich noch weiter, sodass die einstige Kolonialmacht weitere Truppenverstärkungen aus Singapore heranführen musste, um das Blutvergiessen wenigstens von den örtlichen Zentren fernzuhalten. Die UN konnten diese Insel als entsprechend wertvollen Erwerb unter der Nummer 124 im April 1968 eingliedern. Wieder eine Stimme mehr bei den schönen antikolonialen Abstimmungen. Der Heilige Vater hat sich natürlich nicht um die toten Opfer der Demokratisierung auf Mauritius gekümmert. Er verkündete vielmehr "mit tiefem Schmerz" am 9. März "dass es bedauerlich sei, dass man den Argumenten der Menschlichkeit kein Gehör geschenkt habe", — als man drei Raubmörder in Salisbury nach ordentlichem Gerichtsverfahren hinrichtete. Beachtlich, wie die moralische Auffassung des Papstes von der der übrigen Menschheit abweicht, und, was man erneut im Falle Mauritius als "Fortschritt" bezeichnet.(*412)

---

*412 - Die bewusste Vermengung menschlicher Wertungen mit politischen, die so virtuos auch von den Zionisten im Interesse ihrer Weltherrschaftspläne gehandhabt wird, und die auch hier zum Ausdruck kommt, ist Anlass zu weiteren Erwägungen:

Wenn (wie zB zu Ende des sogenannten Lembergprozesses im Mai 1968 geschehen) das Gericht anklagend feststellt, die Verurteilten hätten, bis auf einen, keinerlei R e u e gezeigt, so erkennt man an dieser Feststellung die völlig inadäquate Einstellung des Gerichts zu dem Geschehen. Man kann nicht menschliche "Reue" in Bezug auf eine vom Täter rein politisch gewertete Tat erwarten. Das würde bedeuten, der Täter würde rückwirkend das Motiv seiner Handlung ändern, würde rückwirkend sich selbst zum gewöhnlichen Gemeinverbrecher degradieren, würde die A b s i c h t, in der er handelte (die eigentliche, für das abendländische Rechtsbewusstsein ja wesentliche Grundlage für die Beurteilung einer Tat) h i n t e r h e r verfälschen. Dass (bis auf einen, im vorliegenden Fall) die Täter das nicht taten, zeigt, dass sie nicht der sogenannten

"Umerziehung" erlagen, denn diese besteht ja im wesentlichen darin, einen politischen Körper (sei es Deutschland, sei es Europa), seiner natürlichen Schutzschicht zu berauben, die seine Geschichte für ihn bedeutet. In der älteren deutschen Generation ist dieser Schutz eben im wesentlichen erhalten geblieben. Man kann "Reue" nicht von Politikern und im Rahmen der Politik Handelnden verlangen, kann Soldaten nicht zu Mördern stempeln. Wer das tut, will nicht den Unterschied in der Tötungs absicht wahr haben. Er will sogar darüber hinaus zumeist diese in Verfolg eigener politischer Wünsche nur deswegen persiflieren, um mit dem derart schutzlos gewordenen Einzelnen dann hinterher unter Vorspiegelung "menschlicher" Motive politisches Schindluder in viel grösserem Umfang treiben zu können. Man kann politische Taten nicht mit den Massstäben messen, die der aus persönlichen Motiven erwachsenden Tat nach dem Strafgesetzbuch unterlegt werden müssen. Man kann darum auch weder von einem Churchill für Dresden, noch von einem Truman für Hiroshima, noch von jenen SS-Offizieren für Lemberg, "Reue" erwarten. Was man erwarten kann, ist ganz etwas anderes, nämlich die vorhergehende Prüfung, ob jene, in ihren Auswirkungen so unmenschlichen Taten politisch notwendig waren. Und da allerdings müssen wir von Personen in der Stellung eines Churchill und eines Truman die dafür notwendige Uebersichtsmöglichkeit als vorhanden voraussetzen und eine entsprechende Abklärung über die Notwendigkeit der Tat in ihrem politischen Rahmen vor der Begehung fordern, denn ohne eine solche Prüfung, und ohne die resultierende Ueberzeugung von ihrer politischen Notwendigkeit, wird dann allerdings eine solche Tat zu einem gemeinen Verbrechen, zum Massenmord im Sinne des Strafgesetzbuches. Von jenen SS-Offizieren aber können wir eine derartige Uebersicht über die Notwendigkeit der ihnen befohlenen Handlung niemals erwarten, können darum auch ihre Tat niemals als gemeines Verbrechen werten, können von ihnen darum auch niemals "Reue" verlangen, und schon gar nicht, weil diese "Reue" ausbleibt, wie es im vorliegenden Fall geschehen ist, das Strafmass erhöhen. Das ist dann nicht mehr Justiz, sondern "politische Justiz", das heisst: mit deutschen Rechtsnormen getarntes Unrecht, begangen im Interesse fremder Mächte, und damit seinerseits strafrechtlich relevant.

*

TRISTAN DA CUNHA

liegt auf der atlantischen Seite vor Südafrika. Bewohnt von Engländern und den Abkommen schiffsbrüchiger Italiener, erlebte diese englische Insel im Oktober 1961 einen Vulkanausbruch, der die Bevölkerung veranlasste, ihre Heimat zu verlassen und über Kapstadt nach England auszuwandern. Doch, die Freude am Mutterland währte nicht lange. Im April 1963 kehrte sie wieder auf ihre Insel zurück. Lieber von "ihrem" Vulkan bedroht sein, als in London leben zu müssen.(*413)

---

*413 - Vgl. "National Geographic Magazine" Nr. 5/62 und Nr. 1/64.

*

ST. HELENA

(sintilína, die die Engländer es aussprechen) liegt zwischen **Südamerika und** Südafrika und gibt Anlass zu einer Betrachtung, die von jenem ausgeht, **den man** auf dieser Insel ermordete. (*414)

Die bedeutendste Folgeerscheinung (*415), die dem 16. und 17. Jahrhundert aus der Entdeckung Amerikas erwuchs, war das spanische Handelsmonopol und die sich daraus ergebende Spannung zu dem übrigen Europa. Nicht England, sondern Holland war es dann, das den Gegensatz ausgekämpft, der zwischen diesem Monopol und Europa bestand. Holland erkämpfte sich seine Freiheit und setzte so eine neue Komponente europäischen politischen Wirkens in die Welt. In Holland war so Spanien derjenige geschichtliche Gegner erstanden, vor dem es seine entscheidende Kapitulation vollzog. Damals aber blieb Südamerika weiterhin in spanischen (und portugiesischen) Händen. So ging der Weg des freigewordenen Hollands (und Englands) in andere Teile der grossgewordenen Welt. Zwei Strahlen liefen jahrhundertelang nebeneinander fort von Europa: Spanien—Südamerika und Holland—Südafrika, beziehungsweise dann England—Südafrika. Nahe kamen sich diese beiden Linien nur in Europa selbst. Dort entschied sich auch das Schicksal ihrer Endpunkte. In beiden Fällen hiess es NAPOLEON. Dort in Europa auch war der einzige Ort, der die gegenseitige Kenntnis vermittelte. Zu direktem politischem, wirtschaftlichem oder kulturellem Austausch bestand weder in Südamerika noch in Südafrika ein Bedürfnis. Weder hüben noch drüben wurde beachtet, dass der Befreiungskampf gegen die spanische Krone vielfach mit ganz den gleichen Argumenten geführt wurde wie dieses zu Beginn der holländischen Emanzipation in den Niederlanden der Fall war. Die Jakobinermütze, in deren Zeichen Südamerika seine Unabhängigkeit erkämpfte und die heute noch in fast allen Staatswappen dieses "sechsten Kontinents" wiederkehrt, war Symbol des gleichen, ja, des gleichgerichteten Freiheitswillens, der die Geusen schon vorher gegen einen Herzog Alba führte. (Eine Tragikomödie aber spielte die Geschichte, wenn sie einen Goldsucher Pizarro in ein Bauernland der Kordillere führte, später aber die Acker suchenden Buren in ihrem Boden Gold und Diamanten finden liess.) Als Napoleon Holland und Spanien besetzte, war dies der Anlass zu den folgenschwersten Umwälzungen sowohl in Südamerika wie in Südafrika. Dass der Korse dann gerade zwischen diesen beiden Subkontinenten sein epochales Abenteuer beendete, mag mehr sein als nur ein Zufall. Lag in der Wahl dieses Verbannungsortes nicht das Gefühl, der Südatlantik läge ausserhalb selbst des neuen, weltweiten Kräftespieles? Obwohl auf seiner ewig ruhigen Fläche die deutschen U-Boote sich für ihre Ostasienfahrten versorgten, ist er es bis heute geblieben, denn das Beharrungsvermögen in der Grossen Politik verhinderte die längst notwendig gewordenen Querverbindungen über ihn hinweg. In dieser Beziehung haben Südamerika und Südafrika noch nicht gelernt, **ohne** fremde Hilfe zu gehen.

Während Sie diese Seite lesen, befindet sich Rudolf Hess immer noch im Zuchthaus in Spandau.

Wir verlassen hiermit Afrika. Das geschieht in dem Augenblick, da sich mit der bekannten blutigen Feder Aequatorial-Guinea in die Mitgliedsliste der Vereinigten Nationen einträgt und ein Mobutu in Bonn einige Millionen erhält, weil er behauptet: "Die Zeit der blutigen Unruhen ist für den Kongo vorüber." Dass er den Kopf des in Algier eingekerkerten Tschombé fordert, haben seine gefühlsrohen Zuhörer dabei vergessen. Geld allein bestimmt ihr Handeln. "Die Falschheit herrschet, die Hinterlist, bei dem feigen Menschengeschlechte" klagte ein deswegen bei Nacht und Nebel Verscharrter schon zu Beginn der Grossen Rebellion. Heute würde er, gleich einem Venatier, von den bereits in den Abgrund Gestürzten als "Nazi" beschimpft werden. Das alles lehrte uns tausendfältig der blutende afrikanische Kontinent. Wenden wir uns im kommenden Kapitel nunmehr Europa zu, so werden wir auch dort wieder die gleichen zerstörenden Kräfte am Werke finden.

---

*414 - Untersuchungen an dem Haar Napoleons haben ergeben, dass man Napoleons Leben mit Arsenik abkürzte. (Ausführliche Darstellung in " Match" 16.6.62)

*415 - Ich folge hier den Ausführungen in Ludwig Reichhold, "Die Schicksalsstunde des Westens. Eine politische Wertung der kolonialen Frage" Hamburg 1940.

*

Acknowledgements London "Evening Standard".



"... Und so fordere ich denn im Namen der Menschlichkeit und zur Erhaltung des Weltfriedens, dass in Rhodesien, Angola und Südwestafrika die gleichen demokratischen Verhaltnisse erzwungen werden, wie sie bei uns bereits herrschen."

VII. EUROPA VOR DEM EISERNEN VORHANG

DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND

zumeist kurz "England" genannt, hat wohl unter allen Staaten in unserem Jahrhundert den grössten Wandel durchgemacht. "Wie konnte es geschehen", fragt Abshagen ("Europas grosse Insel", s. 408), "dass das britische Imperium, das doch erst um die Jahrhundertwende den Höhepunkt seiner Macht und seine grösste Ausdehnung erreicht hatte, so rasch auf die abschüssige Bahn geriet? Es wurde ja nicht wie die grossen Reiche der Vergangenheit von Barbaren überrannt. Es focht siegreich in zwei grossen Kriegen." Die Ursache liegt darin, dass es eben doch von "Barbaren" überrannt worden ist, dass es von einem bestimmten Augenblick an nicht mehr Herr seiner selbst war. Dieser Augenblick ist sogar mit einem ganz genauen Datum belegbar: Am 2. November 1917 unterschrieb der britische Aussenminister James Balfour einen Brief an Lord Rothschild, in welchem England ein Bündnis mit dem Zionismus einging, um den I. Weltkrieg mit amerikanischer Hilfe gewinnen zu können (weitere Einzelheiten siehe im Kapitel "Israel"). Von diesem Augenblick an war Grossbritannien nicht mehr Herr seiner selbst, sondern musste sich Herrschaftsregeln fügen, wie sie der Zionismus in New York ausarbeitete.(*416)

Erstmalig öffentlich klar wurde die Abkehr von den bisherigen britischen Machtgepflogenheiten ja darin, dass man die eroberten deutschen Schutzgebiete in Afrika nicht als Kolonien seinem Weltreich einfügen konnte, sondern diese nur als sogenannte "Mandatsgebiete" zugesprochen erhielt. Der Sieg von 1918 über Deutschland war so ein (erster) Pyrrhussieg. Churchill konnte wohl (Februar 1915 in einem Interview im "Matin") ausrufen: "Ich werde Deutschland an der Kehle würgen, bis sein Herz aussetzt", er konnte gar noch vier Monate nach Kriegsende (im Unterhaus) schreien: "Wir führen die Blockade mit Nachdruck durch. Deutschland ist dem Verhungern nahe. Jetzt ist daher der Augenblick gekommen, zu verhandeln", er zeichnete damit nur sein Bild und das seines Landes in der Geschichte. Die Nachfolge in die damals zerstörten Reiche trat England selbst im heisserstrebten Nahen Osten nur mit schweren Hypotheken belastet an. Der Versuch, die Rothschildschen Vermögen in Baku und im Kaukasus mit Hilfe alliierter und weissrussischer Generale (die England sowohl von

Persien aus auf seinen Schiffen heranbrachte, wie über Murmansk zusammen mit eigenen Truppenverbänden) scheiterte ebenso wie der Versuch, auf dem Europäischen Festlande selbst Einfluss zu gewinnen. Die Liquidation wurde von den USA vorgenommen. 4,6 Md. Dollar schuldete Grossbritannien aus dem I. Weltkrieg den Vereinigten Staaten, und Churchill förderte die nordamerikanischen Finanzinteressen noch weiter, indem er als Schatzkanzler 1925 die englische Währung auf den Goldstandard stellte und so die britische Ausfuhr um mehr als 20% verteuerte. In einem Schuldentilgungsabkommen aber wurde die britische Tributpflicht auf 63 Jahre ausgedehnt, nachdem sie schon vorher, 1924, mit dem Dawesplan auch auf die besiegten Länder, insbesondere Deutschland, ausgedehnt worden war. Doch mehr noch: Im Washingtoner Flottenabkommen 1922 musste England den USA für alle schweren Schiffsklassen das Verhältnis von 1 : 1 zugestehen. Diese britische Flotte aber wurde dann sogar ganz offiziell erniedrigt zu einem Machtinstrument einer fremden Macht, nämlich der USA. Nicht erst mit der Nachkriegseinrichtung der NATO sank Grossbritannien auf den Status eines nordamerikanischen Protektorats herab. Schon im November 1940 spricht der englische Botschafter in Washington, Lord Lothian, von "Englands Seemacht als der Maginotlinie der Vereinigten Staaten", und im Frühjahr 1941 musste sich die britische Regierung als Bedingung für das Englandhilfegesetz verpflichten, "im Falle einer Niederlage niemals seine Flotte an den Sieger auszuliefern". Churchill drückte dieses Protektoratsverhältnis in seiner Ansprache vor dem Senat der USA im Dezember 1941 so aus: "Ich will sagen, dass derjenige mit Blindheit geschlagen sein muss, der nicht sehen kann, dass hier in Washington grosse Pläne ausgearbeitet werden, deren getreue Diener zu sein wir die Ehre haben."(*417)

Doch die Lehren aus dem I. Weltkrieg wurden in den Wind geschlagen. "Die Arbeiterpartei ist der Sklave der Zionistischen Bewegung" auch weiterhin (Lord Beaverbrook, "Politicians and the Press" S. 102). Als New York daher im Interesse des Zionismus sich anschickte, den II. Weltkrieg zu organisieren, da fand es sofort Bundesgenossen und in Churchill wieder einen mehr als willigen Gefolgsmann. Ja, es gibt nordamerikanische Historiker wie Hoggan, die England dabei eine sehr selbständige Rolle auf Grund der bekannt gewordenen Dokumente zuschreiben (David L. Hoggan, "Der erzwungene Krieg", 7. Auflage, Tübingen 1967). Auf jeden Fall stand diesmal deutlicher noch als zwanzig Jahre vorher die zionistische Triebfeder hinter der englischen Politik.(*418) Deutlicher auch war diesmal von Anbeginn an die Abhängigkeit von den USA. War diese im ersten Waffengang erst während desselben eingetreten, so war jetzt regelrechte Bedingung für den ersten Schuss die Hilfe aus den USA. Dieses geht klar aus der bekannten "Affaire Kent" hervor, jener Veröffentlichung von geheimsten Funksprüchen zwischen Roosevelt und Churchill, in welchen FDR seinem Freunde WC vollste Unterstützung gegen die Achsenmächte zusichert, und so erst die den Krieg vorbereitende Politik ermöglicht. Denn wir müssen hier zurückblenden auf die USA und uns daran erinnern, dass Roosevelt ja mit seinem innerpolitischen Programm völlig Schiffbruch erlitten hatte und als Ausweg aus den sich auftürmenden Schwierigkeiten im eigenen Lande (die entweder zum völligen Chaos oder zum Staatsstreich führen mussten) die Einmischung in die europäischen Verhältnisse und den Krieg sah. 1929 war das Gebäude der (1.) Amerikanischen Weltwirtschaft zusammengebrochen. Man konnte einfach nicht 7% Zinsen für seine ausgeliehenen Gelder bekommen, wenn man den Gläubigern nicht gestattete, zu produzieren und zu verkaufen. Und man konnte nicht kaufen, ohne die eigenen Maschinen zu drosseln. Diese Art von Weltwirtschaft hatte sich (zum 1. Mal) als ein Ding der Unmöglichkeit herausgestellt. Die (1.) europäische Gegenoffensive setzte ein. England wertete 1931 ab, Deutschland stellte seine

Zahlungen ein. 14 Millionen Arbeitslose zählen die USA bei Roosevelts Amtsantritt. Gewählt wird er 1933, weil er verspricht, dieser Wirtschaftsnot zu steuern. Im gleichen Jahr, da Adolf Hitler Reichskanzler wird, und da es diesem gelingt, in zwei Monaten die sechs Millionen Arbeitslosen von der Strasse zu bringen, und dem gesamten deutschen Volk ein Glücksgefühl zu geben, wie es kurz vorher noch mehr als unmöglich schien, beginnt Roosevelt mit seinem Programm unter dem Titel "New Deal". Sehr schnell aber stellt sich dieses als undurchführbare Utopie heraus. In jenem Jahre, da zur Olympiade in Berlin sich die Welt in einem friedfertigen und glücklichen Deutschen Reich trifft, da inmitten herrlicher Bauten, unbeschwerten Lebens und fleissiger Arbeit der ganzen Nation das traurig-düstere Bild der Weimarer Republik wie ein böser Traum hinter den sechzig Millionen Deutscher liegt, da ganze tausend Quertreiber in Konzentrationslagern isoliert werden mussten (später sollten diese traurigen Gestalten ermächtigt werden, im Namen des Deutschen Volkes zu sprechen, dann, als dessen Söhne gefallen und dessen Töchter von den Verbündeten der K-Zler geschändet worden waren), damals muss Roosevelt erkennen, dass er versagt hat. Dieser Zusammenbruch seiner innerpolitischen Pläne zwingt den Ehrgeizigen auf die aussenpolitische Bahn. Intellektuelle, meistens Juden, nur sehr selten Männer aus der Wirtschaft, waren die Berater dieses in New York geborenen und grossgewordenen Politikers von Anbeginn an. In diesem Element hatte die demokratische Partei den Zustrom gefunden, der es ihr ermöglicht hatte, die jahrhundertlange Herrschaft der Republikaner abzulösen. Ihm war es daher ein leichtes, Anlehnung zu finden an militante Strömungen in Europa (Halfeld S.65). "An diesem Kreuzweg seiner Präsidentenlaufbahn – etwa 1936, bei Ablauf seiner ersten vier Amtsjahre – enthüllte sich das ganze taktische Geschick... des Mannes, der sich sagen musste, dass die Krise seines Landes in ihm so wenig wie in irgendeinem anderen ihren Meister gefunden hatte... Deshalb wurde kurzerhand die Richtung geändert... scharf genug, um schon nach Jahresfrist die ganze Welt davon zu überzeugen, dass die Aera Franklin Roosevelt mit ihrem Tatendrang nach aussen strebte... " (Halfeld S. 69). "Wenn England es durch lange Zeit verstanden hatte, den europäischen Kontinent zu veruneinigen und daraus für sich selber Vorteil zu ziehen, so war die Aera Roosevelt in jedem Sinne darauf vorbereitet, in den Fussstapfen dieser britischen Tradition zu wandeln" (Halfeld S. 74). Als sich aus den Zwischenwahlen 1938 ergab, dass Roosevelt kaum mit einer 3. Wiederwahl rechnen durfte (die Republikaner schnellten von 40,1% der Gesamtstimmen auf 51,5% hoch), setzte er alles auf eine Karte, und fand den Hebel für seine Wühlarbeit in der so weitab liegenden Sudetenkrise im Herbst 1938. Jetzt wurde es allgemein klar: "Das Gewicht der Vereinigten Staaten wurde, den innerpolitischen Nöten eines ehrgeizigen Präsidenten und seines arg verbrauchten Systems zuliebe, zugunsten einer europäischen Dauerentzweiung und gegen alle Möglichkeiten einer europäischen Verständigung in die Waagschale geworfen" (Halfeld S. 97). Als die europäischen Mächte in München eine europäische Lösung für eines ihrer in Versailles entstandenen brennendsten Probleme gefunden hatten, da erfand man in den USA das Schimpfwort vom "Appeaser", vom Friedenssucher, für diejenigen Politiker in Berlin, Paris, London und Rom, die Europa einen Krieg ersparen wollten. "Während in Europa um den Frieden gerungen wurde, schien die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten in den blutigen Phantasien eines europäischen Krieges zu schwelgen. Was ihre Wortführer zu sagen hatten, das war das Gegenteil von Ausgleich. Leitaufsätze schilderten bereits mit sichtlicher Genugtuung die unausbleibliche Belebung, die der Arbeitsmarkt des Landes durch eine europäische Verwicklung erfahren würde. Presse, Film und Rundfunk übertrumpften sich in hemmungsloser Stimmungsmache gegen alles Deut-

sche" (Halfeld S. 99). Damals wurden die letzten Möglichkeiten einer europäischen Befriedung auf dem Boden der USA vernichtet. Von einmalig geschichtlicher Bedeutung ist daher der Kommentar der "Times" in drei Berichten unter dem Titel "The America of Roosevelt" zu diesen Vorgängen: "New York ist der einzige Teil der Vereinigten Staaten, wo der jüdische Einfluss in den öffentlichen Angelegenheiten und in der Presse vorherrscht. Unter den obwaltenden Verhältnissen bedeutet der jüdische Einfluss selbstverständlich, dass die internationale Politik auf irgendwie besondere Art gesehen wird. Die Nervosität um Europa und der Glaube an einen bevorstehenden europäischen Krieg – chronische Erscheinungen in der amerikanischen Presse während der letzten beiden Jahre – müssen in erster Linie dieser "ausländischen" Atmosphäre New Yorks zugeschrieben werden... Was soll nun England dieser Kritik und diesen Sorgen entgegenhalten? Wir sollten Taten für sich selber sprechen lassen. Einiger Schaden ist nun freilich durch übereifrige Anhänger der Opposition angestiftet worden, die ihren amerikanischen Freunden versichern, dass die Hälfte des britischen Kabinetts Chamberlain sich aus Faschisten zusammensetze. Auch bringen einige der wichtigsten amerikanischen Korrespondenten in London die Ansichten und Hoffnungen der Opposition zum Ausdruck... " Dieses ist die Atmosphäre, in welcher Englands Kriegspartei bereit ist, um ihrer Wünsche willen Europa den Vereinigten Staaten zu öffnen. Um Deutschlands Willen zu brechen, wird England zum Verräter seiner geistigen Heimat Europa und macht sie zum Einflussgebiet der Vereinigten Staaten. Das ist die eindeutig feststehende, geschichtlich so schwerwiegende Haltung Albions 1939. Ohne die Kriegspartei in London (und in Paris) wäre es Roosevelt niemals gelungen, innerhalb seiner dritten Amtsperiode den Krieg auszulösen, und eine vierte Amtsperiode war innerpolitisch in den USA völlig unwahrscheinlich. Eine ganze Reihe von Handlungen hat dann von dem Tage an, da auf Befehl New Yorks und Londons in Europa die Lichter ausgingen, das amerikanische Hilfeversprechen sofort in die Tat umgesetzt.

Doch nichts taten die USA ohne Gegenleistung draussen in der Welt. Es wiederholte sich an England, was Frankreich von diesem 1767 erfuhr, als Pitt verkünden konnte, Amerika (und Indien) seien in Deutschland gewonnen worden. Die letzte geschichtliche Warnung, der Englandflug von Rudolf Hess am 10. Mai 1941, wurde von dem Katastrophenpolitiker Winston Churchill in einer Rundfunkansprache persönlich zurückgewiesen.

Der II. Weltkrieg kostete England 20 Milliarden Pfund. Um diese Summe aufbringen zu können, hatte man alle Aktiven in den USA und in Kanada abstossen müssen, hatte man weitere Anleihen aufnehmen (siehe unter USA) und das gesamte Sterlinggebiet den Amerikanern öffnen müssen. Wie geschäftlich man diese Hilfe für den angelsächsischen Bruder handhabte, zeigt zB das Silberabkommen. Nach dem amerikanischen Silbergesetz hat das Finanzministerium so viel Silber zu kaufen, bis der Wert seiner Silbervorräte ein Viertel des Wertes der kombinierten Gold- und Silbervorräte übersteigt. Da das in jedem Jahr (damals) angekaufte Gold mehr wert ist als das Silber und der Silbervorrat nur ein Zehntel des Wertes des Goldvorrates präsentiert, wird dadurch ein unerschöpflicher Silbermarkt gewährleistet. So diktierten die USA also de facto den Weltsilberpreis, denn niemand wird Silber anderweitig billiger verkaufen, als die USA dafür bieten. Als nun die Kriegskosten des Empire anstiegen, benötigte England Silber. Zum Preise von 45 cts je Unze gaben ihm die USA im Rahmen ihres Pacht- und Leihabkommens 410 Millionen Unzen, unter der Bedingung einer Rückzahlung i n S i l b e r innerhalb der ersten fünf Jahre nach Friedensschluss. Indien benötigte davon sofort 160 Millionen Unzen zum Zwecke der Rupienprägung. Andere 100 Millionen Unzen wurden an die Kriegsindustrie ver-

liehen mit der Auflage, sie binnen zwei Jahren nach Kriegsschluss in Silber zurückzuzahlen. Kurz nach Abschluss dieses Vertrages mit den USA traten aber diese selbst in den Krieg ein und der Silberpreis wurde für alle Alliierten auf Kriegsdauer auf 71 cts die Unze festgelegt. 1946 wurde dann vom Senat eine weitere Erhöhung des Ankaufspreises des Finanzministeriums auf 90 cts vorgenommen und für 1947 eine Erhöhung auf 129 cts festgesetzt. Das bedeutete, dass England nunmehr jenes Silber zum dreifachen Preis zwecks Rückgabe an die USA auf dem Weltmarkt kaufen musste. In Indien führte das so weit, dass der Metallwert der Rupie über deren Nominalwert lag. Die wirtschaftlichen Folgen dieses Desasters beschleunigten Englands Rückzug aus Indien.

Die von den USA erhaltene grosse Nachkriegsanleihe von 3,75 Md. Dollar sollte ursprünglich bis Ende 1949 reichen und so England die Umstellung auf die Friedenslage erleichtern. Sie war jedoch bereits Mitte 1947 restlos aufgebraucht. (Dabei hatte man sogar die trotz der Weggabe der überseeischen Werte noch verbliebene Kriegsschuld an die USA "grosszügig" in eine Summe von "nur" 650 Millionen Dollar konvertiert.) So musste das taumelnde Land 1949 eine 30 %ige Abwertung des Pfundes vornehmen. Die Verstaatlichungen, die die Labourregierung damals vornahm, erschwerten weiter die internationale Wettbewerbsfähigkeit (es musste Kohle eingeführt werden!) in einem Augenblick, da ein Markt nach dem andern draussen an die USA verloren ging (zB selbst im treuen Australien treten 16 USA-Konzerne auf und bauen Auto-, Werkzeug-, Textil- und Elektrofabriken. Indien wird – vorerst – nur dadurch als Markt gerettet, dass man die indischen Guthaben in London einfach sperrt. Das gleiche versucht man mit Südafrika, doch dieses ist dank seiner Goldproduktion in einer stärkeren Position und erhöht sogar den Goldverkauf an England um 3d pro Unze). Anfang 1950 hat England so 15 Md. Dollar Auslandsschulden. Und das in einem Augenblick, da der eigentliche Zusammenbruch des Empires erst beginnt.

Im Jahre 1948 wird auf Initiative der USA hin die OEEC (Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit der sogenannten ERP-Länder, das heisst der am Marshallplan beteiligten Länder) zwischen 18 europäischen Staaten geschaffen. Diese schliessen unter sich ein multilaterales Währungsabkommen ab, welches gegenseitige Dollarziehungen zur Ueberwindung von Schwierigkeiten erlaubt, praktisch also ganz Europa zu einer nordamerikanischen Währungskolonie macht. Anfang 1959 sind jedoch die meisten europäischen Staaten (zum Bedauern der USA) wieder in der Lage, sich auf eigene Füsse zu stellen, sodass man die OEEC-Abkommen kündigen und zur freien Konvertierbarkeit der Währungen übergehen kann. Lediglich Frankreich sieht sich nach dem Blum'schen Nachkriegsabenteuer (Annahme einer nordamerikanischen Anleihe unter der Bedingung, das Land und seine Ueberseebesitzungen schutzlos den Amerikanern zu öffnen – Wie anders schützten sich doch gerade die USA in der Erholungsperiode nach dem Sezessionskrieg durch hochaufgerichtete Zollmauern!) gezwungen, diesen Sprung ins kalte Wasser mit einer Abwertung zu begleiten. Für England aber bedeutete dieser Schritt deswegen ein Verhängnis, weil es in völliger Verkennung der Wirklichkeit sich neben den USA und der Sowjetunion noch immer zu den Weltmächten zählte, und meinte, "für sich eine Sonderstellung in Anspruch nehmen zu können" (Abshagen S. 415). Es besteht darum auf der Forderung, dass das Pfund neben dem Gold und dem Dollar international anerkannte Reservewährung bleibt. Den daraus entstehenden Anforderungen ist es dann aber einfach nicht mehr gewachsen. "Keine englische Regierung der Nachkriegszeit hat sich nämlich zu der Erkenntnis durchgerungen, dass die Zeit, da das Vereinigte Königreich eine Weltmacht war, ein für alle Male vorüber ist. Sowohl Clement Attlees Labourregierung wie die konservativen Regierungen unter der Führung Winston Churchills, Anthony Edens und Harold Mac Millans,

haben versucht, diese Fiktion aufrechtzuerhalten" (Abshagen S.415). So blieb das Pfund Sterling im Gegensatz zu den Währungen der sechs EWG-Länder nicht nur eine nationale Währung sondern auch eine internationale Reserve- und Handelswährung. In den folgenden Jahrzehnten sahen sich daher die USA und die EWG-Länder (im Interesse der Aufrechterhaltung des ihnen wichtig erscheinenden internationalen Handelsverkehrs und angesichts der in solchen Lagen beliebten Drohung von möglichen politischen Umwälzungen bei einem Wirtschaftszusammenbruch) gezwungen, mehrfach massive Stützungsaktionen zugunsten des Pfunds durchzuführen. Das von England demontierte Westdeutschland musste helfen! England versuchte mit allen nur möglichen Mitteln, seine Handelsbilanz zu aktivieren (1963 englische Handelsmission nach Moskau. Damals 800 000 Arbeitslose in England. Handel mit Rotchina und Kuba), doch ohne wesentlichen Erfolg.(*419) Es kam zur neuen Pfundkrise und trotz eines vom Basler Klub (die Zentralbanken von USA, Westdeutschland, Kanada, Schweiz, Oesterreich, Belgien, Dänemark, Italien, Japan, Niederlande, Schweden, Norwegen) im Juni 1966 gewährten Beistandskredites von 1 Md. Dollar am 18. November 1967 zur erneuten Abwertung des Pfundes um 14,3%. Ueber die Weltbank spendeten die Europäer und die USA eine neue Anleihe von 3 Md. Dollar dem kranken Mann an der Themse. Doch hält auch diese Spritze nur wenige Monate vor. Am 9. September 1968 muss der Basler Klub erneut mit einem Kredit von diesmal schon zwei Milliarden Dollar einspringen, um die Sterlingzone vor dem Zusammenbruch zu retten. Diese seit 1931 (das heisst seit der damaligen 30%igen, von den Mitgliedern des Commonwealth solidarisch befolgten Pfundabwertung und Abwendung vom reinen Goldstandard) als solche erkennbare Ländergruppe, der London als Depot ihrer Währungsreserven dient (heute gehören ihr, bunt zusammengewürfelt, die folgenden Staaten an: Australien, Neuseeland, Indien, Pakistan, Ceylon, Mauritius, Malaysia, Singapore, Nigeria, Ghana, Sierra Leone, Tansania, Uganda, Kenya, Sambia, Gambia, Malawi, Botswana, Lesotho, Jamaika, Trinidad und Tobago, Guayana, Barbados, Zypern, Malta, Südafrika, Irland, Island, Jordanien, Kuweit, Lybien, und die Staaten am Persischen Golf. Kanada, obwohl Mitglied des Commonwealth, gehört ihr nicht an. Aegypten, Irak und Burma traten aus. Rhodesien wurde von England unter Einfrierung seiner Londoner Guthaben ausgeschlossen), leidet nämlich seit Anfang 1968 in verstärktem Umfang unter der Abwendung der betreffenden fremden Zentralbanken vom Pfund. Diese legen mehr und mehr ihre Reserven in Gold, Dollar oder anderen Währungen an. Mit Hilfe des genannten Basler Beistandskredits hofft London jetzt, diese Entwicklung deshalb bremsen zu können, weil nunmehr für 90% der amtlichen Depots in London eine Kursgarantie auf Dollarbasis gewährt werden kann, soweit die Anleger einen bestimmten Prozentsatz ihrer Währungsreserven in London belassen. Es ist jedoch fraglich, ob angesichts der sehr starken britischen Auslandsverschuldung (in den nächsten drei Jahren werden 1760 Mio. Pfund fällig. Der 1. Basler Kredit muss bis 1971 zurückgezahlt werden, der 2. Kredit läuft in zehn Jahren ab) der Anreiz der für London typischen hohen Zinssätze das Risiko aufwiegt, bei einem Run auf das Pfund sein Geld unerreichbar oder gar verloren zu sehen. Schon die Vorgänge vom November 1968 (s. bei Frankreich) zeigen, dass das in Jahrzehnten erschütterte Vertrauen in das Pfund nicht durch Finanzoperationen wiederhergestellt werden kann, sondern nur durch politische Massnahmen, die England wieder auf eigene feste Füsse stellen würden. Denn die Gründe für diese ernsten dauernden Krisen sind von Anfang an politischer Natur.

Angesichts der kostspieligen Abhängigkeit von den USA und den Zentralbanken Europas hätte man eigentlich annehmen dürfen, dass England seine bisherige, durch die Jahrhunderte traditionell europafeindliche Politik aufgegeben

und sich dem Kontinent zugewandt hätte. Es hatte dazu mehrfach Gelegenheit. In der Konferenz von Messina (sechs Aussenminister der Montan-Union), hatten die Beteiligten 1956 einstimmig beschlossen, England zu der Gründungstagung der EWG nach Rom im März 1957 einzuladen, doch England lehnte mit harten Worten ab. Schon vorher war man auf derartige Ablehnung gestossen. Dean Acheson berichtet (in seinem Büchlein "Sketches from Life"), dass er 1950 dem britischen Aussenminister Ernest Bevin vorschlug, sich doch der Montan-Union anzuschliessen. Dieser antwortete ihm "in einem Turm von Zorn": "Das ist ein Tiefschlag! Das ist ein kontinentales Komplott gegen unseren Handel. Niemals wird England das akzeptieren. Es hat gegen Napoleon und gegen Hitler gekämpft. Es wird mit allen Mitteln und so lange wie nötig, kämpfen, um diesen ruchlosen Plan, diese deutsch-französische Kriegsmaschine zu Fall zu bringen." Und gleichzeitig erschien eine Broschüre der Labour Party unter dem Titel "European Unity", in der es heisst: "Jegliche Union zwischen dem sozialistischen Grossbritannien und den kapitalistischen Nationen des Kontinents ist unannehmbar. Jegliche Delegierung egal welchen Teils unserer britischen Souveränität an ein überstaatliches Organ, und jedes europäische Parlament sind einfach hirnverbrannt. England ist keine den Küsten Europas vorgelagerte Insel. England steht an der Spitze eines Welt-Commonwealth, mit dem es durch seine Pflichten, seine Interessen und seine Zuneigungen verbunden ist."

Dieses so angerufene britische Commonwealth aber, welches schon in jenem Augenblick das "Empire", das "Weltreich" ersetzt hatte, verlor in den nächsten Jahren völlig sein Gesicht. Südafrika schied aus, farbige Mitglieder wurden aufgenommen, und 1965 ein Generalsekretariat für das jetzt schon nicht mehr "britisch"genannte Commonwealth auf Vorschlag von Herrn Kwame Nkrumah aus Ghana geschaffen, und so die Führungsrolle Englands, ja, der weissen Mitglieder in Frage gestellt. Als dann 1967 u.a. auch Australien die neuerliche Pfundabwertung nicht mehr mitmachte, da konnte der (gebürtige Tscheche und) Labourabgeordnete Maxwell im Unterhaus feststellen: "Damit ist der Rest zusammengebrochen von dem, was vom Commonwealth übrig geblieben war."

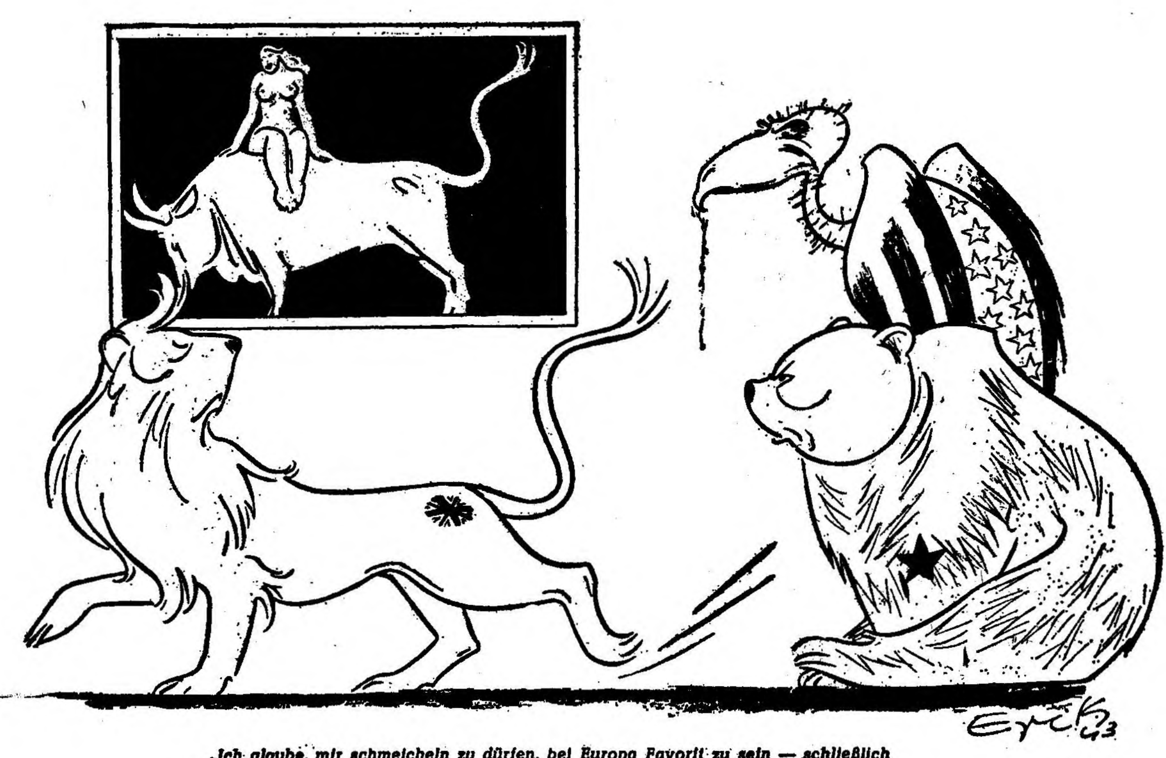
Versessen antieuropäisch blieb man aber auch dann noch, als dieser Zusammenbruch sich klar abzeichnete. Im März 1963 fordert der konservative Ministerpräsident Harold Mac Millan öffentlich Europa auf, "davon abzusehen, eine dritte unabhängige Macht aufzustellen", sondern sich vielmehr unter die Fittiche der amerikanischen Atombewaffnung zu begeben. Sowohl die Konservativen wie die ihnen 1964 in die Regierung folgenden Arbeiterparteiler unter Wilson hängen sich weiterhin an die Rockschösse der USA. Die gesamte Verteidigung des Landes wird diesen praktisch ausgehändigt, indem 1966 (bei Rücktritt des Verteidigungsministers) entschieden wird, von dem Bau von Flugzeugträgern abzugehen und an Stelle britischer amerikanische F 111 Bombenflugzeuge zu kaufen. Die hohen Kosten dieser Anschaffung sollen ausgeglichen werden durch den Kauf von Minenräumbooten durch die USA in England. Doch schon ein Jahr darauf macht der USA-Kongress diese Käufe durch ein Veto unmöglich. England sieht sich gezwungen, seinerseits die Flugzeugkäufe in den USA zu reduzieren und vom Ankauf von Helikoptern Abstand zu nehmen.

Trotzdem bleiben noch immer Freunde und Einnahmemöglichkeiten. Da ist zB das Abkommen mit Südafrika, wonach dieses den Engländern weiterhin Simonstown an der Südspitze Afrikas als Flottenbasis belässt, allerdings unter der Bedingung des Einkaufs von Flotteneinheiten in England. Es geht um den ansehnlichen Betrag von 200 Millionen Pfund, den Südafrika bereit ist, dafür in England anzulegen. Es kommt zur Debatte im Parlament. Die Mehrheit selbst der Regierung, ganz zu schweigen von der konservativen Opposition, ist für Einhaltung dieser Abmachung. Wilson jedoch stemmt sich verzweifelt dagegen.

Er hat sich den UN gegenüber inzwischen auf ein Waffenembargo gegen Südafrika festgelegt. Es kommt zur Kabinettskrise, denn dem Budget fehlen diese 200 Millionen Pfund, und ein jeder weiss, dass das Waffenembargo gegen Südafrika nur den New Yorkern in die Hände spielt. Daraufhin tritt Wilson, zwei Tage später, mit dem Vorschlag auf den Plan: Sofortiger Rückzug der britischen Präsenz östlich von Suez. Das helfe so viel einsparen, wie England im Südafrikageschäft verliert. Das also ist die Quintessenz der britischen Logik: Grossbritannien dankt sofort und endgültig ab als Weltmacht, um dem weissen Südafrika keine Kriegsschiffe liefern zu müssen! Der Kausalzusammenhang ist ganz genau so wie hier dargestellt. Er ergibt sich Wort für Wort aus den Unterhausdebatten Anfang Januar 1968!

Dabei geht Wilson allerdings sogar den Freunden in Washington zu weit, denn diese sehen sich ausserstande, das so im Indischen Ozean entstehende machtpolitische Vakuum auszufüllen. Dean Rusk ruft sich deshalb schwer besorgt den britischen Aussenminister George Brown ins State Department (11.1.1968). Er wirft ihm "europäischen Isolationismus" vor und versucht dann, als die Engländer ihre Position nicht ändern, den britischen Rückzug mit "Regionalkonzeptionen" vom Persischen Golf bis nach Singapore aufzufangen. Australien und Neuseeland (s. d.) erklären ebenfalls in London sehr verstimmt, dass sie gleichfalls nicht in der Lage sind, die britische Rolle im Indischen Ozean zu übernehmen. England bleibt jedoch, seinen farbigen Commonwealth-Mitgliedern und Sowjetrussland zur Freude bei seiner sinnwidrigen, antisüdafrikanischen Entscheidung. Verzweifelt erscheint Lee Kuan Yew, Ministerpräsident des jüngst erst selbständig gewordenen Singapore, in London. Er erfährt nur, dass die Engländer innerhalb von drei Monaten seinen Stadtstaat verlassen und sich selbst überlassen werden. Die Sowjets aber beginnen, ihre schnell aus Teilen der Pazifikflotte formierte Flotte für den Indischen Ozean an die Ostküste Afrikas zu entsenden, wo die Aufrüstung der Freunde und der Ausbau der ihr zur Verfügung stehenden Häfen von Hodeida über Mogadischo bis Dar es-Salam und Mauritius konkrete Formen annimmt, während zwei kleine britische Fregatten auf den Wellen vor Beira schwimmen und aufpassen, dass Rhodesien kein Oel bekomme. Das ist die englische Staatskunst 1968. Und in dieser selbstverschuldeten Lage stellt ein Wilson sich dann 1967 endlich hin und bettelt um Aufnahme in die EWG. Nun soll es auf einmal sein. "Nakt stehen wir vor den Pforten Europas" lautet das beschämende britische Selbstbekenntnis.

Die Zeitungen aber, besonders in Westdeutschland, beschimpfen Frankreich, dass es einem solchen Strolch die Bedingung stellt, erst einmal zu zeigen, was er denn Positives kann, erst einmal seine eigene Zahlungsbilanz in Ordnung zu bringen. Denn die inneren Verhältnisse dieser grossen Insel sind alles andere als konsolidiert, zeigen vielmehr Aspekte, die eher auf ein noch grösseres Chaos als auf Ordnung und Sauberkeit schliessen lassen. Da ist zum Beispiel die Schottische Frage. Die schottischen Nationalisten sind heute die stärkste Partei in Schottland. Bei den letzten örtlichen Wahlen haben sie selbst in Arbeiterhochburgen die Labourparty entscheidend geschlagen. Und die schottischen Nationalisten sind erklärte Separatisten. Sie wollen die Lostrennung Schottlands von England, mit dem sie seit 1707 gezwungen sind, in einem Staat zu leben. Man fordert für den Anfang Dezentralisation der Wirtschaft und Teilautonomie. Die Insel Man fordert ebenfalls völlige Autonomie. Man will los von diesem England, in welchem im Jahre 1964 schon die Kriminalität um 45 Prozent (!) anstieg ("London Daily Mail" 20.10.65). Die "East Anglian Daily Mail" schreibt: "Die Verbrechen haben hierzulande die Dimensionen eines Bürgerkrieges angenommen." In einem Leserbrief an die "Times" heisst es, "dass die Jungens von 18 bis 25 den Hauptanteil bei den Verbrechen stellen". Als im



„Ich glaube, mir schmeicheln zu dürfen, bei Europa Favorit zu sein — schließlich habe von uns dreien doch ich die größte Aehnlichkeit mit einem Stier . . . . . !"

DAS REICH ② 4. JULI 1943

Zuge der Rassengesetzgebung in Kenia (s.d.) im Februar 1968 die Einwanderung von Farbigen nach England erneut erschreckend ansteigt – mehr als eine Million farbiger Einwanderer als Vollbürger des Commonwealth seit Kriegsende – kommt es unter dem Druck der Massen zu einem neuen Einwanderungsgesetz, welches diese Ueberfremdung einschränken soll. Als der konservative Abgeordnete Powell entgegen dieser Einschränkung eine völlige Sperrung der Einwanderung verlangt, erlebt man bei den Arbeitern Sympathiekundgebungen für ihn, während die Weltpresse aufschreit über solchen "Rassismus" und der Führer der Konservativen seinen Parteigenossen aus seinem Schattenkabinett hinauswirft. Eine Gruppe unentwegter Egalisten spricht angesichts der Einschränkung der Einwanderung andererseits "beschämt von einer rassistischen Regierung", die Volksmeinung aber drückt ein Marktarbeiter aus: "Wir sind drauf und dran, zu Büngern zweiter Ordnung in unserem eigenen Lande zu werden. Wenn wir richtige Engländer sind, müssten wir die Herren Heath, Wilson und Thorpe (die Führer der drei Parteien) mit Fusstritten von der Terrasse des Parlaments in die Themse befördern."(AFP 24.4.68) Salvador de Madariaga trifft den Nagel auf den Kopf, wenn er dieses Ergebnis der liberalen, britischen Einwanderungspolitik nach dem Kriege mit den Worten kennzeichnet: "Grossbritannien wollte (demokratische) Spielregeln befolgen, doch die Natur machte nicht mit."(NZZ) Eben das ist es: die Natur macht nicht mit!(*420)

Sie macht auch nicht mit, wenn das Unterhaus im Juli 1967 die Homosexualität gestattet. Das Gefühl für Moral und Sauberkeit war schon verletzt worden, als die Queen den Beatles auf Vorschlag von Wilson den Hosenbandorden verlieh. Und es wirkt tragikomisch, wenn dieser Wilson dann angesichts der wachsenden Kritik ein ablenkendes Betätigungsfeld ausgerechnet in der Abschaffung des Oberhauses sieht. Man hat den Eindruck, als wühlte sich Grossbritannien daher nur immer tiefer in den Sumpf hinein, anstatt aus ihm herauszukommen. Enoch Powell sagt – mit Tatsachen und Zahlen belegt – voraus, dass England bis zum Jahre 2000 ganze farbige Städte in den Midlands, in Yorkshire und im Süden haben wird und dass damit sich für England die Tragödie anbahnt, die die Vereinigten Staaten heute erleben. Obwohl alle menschliche Erfahrung dem widerspricht, behaupten die politischen Führer beider englischen Parteien entgegen Powell, dass sich die Rassen vermischen werden und dass daher rechtzeitige Massnahmen gegen diesen Weg in den Abgrund nicht notwendig sind. Fest im Griff der naturwidrigen Irrlehren geht so das Land, das einen Shakespeare und einen Kipling geboren, den Weg ins Verderben.

---

*416 - Dabei darf nicht übersehen werden, dass dieser Zionismus eine grosse Wandlung in seinen Zielsetzungen durchmachte. Zunächst erschien gerade für England die Zionistische Bewegung eine solche mit dem Ziel der Eroberung Palästinas. Später aber stellte sich dann immer klarer heraus, dass ihre Ziele viel weiter reichten, nämlich auf die Beherrschung der Welt in einem völkerlosen Staat hinzielten, so etwa, wie es schon die sogenannten "Protokolle von Zion" seit 1899 fordern. Letztere wurden von Anfang an von jüdischer Seite als Fälschungen bezeichnet. Man kann jedoch nicht bestreiten, dass das darin aufgestellte Programm seitdem in jeder vorgesehenen Richtung ganz konkret angestrebt und auf Teilgebieten bereits erreicht wurde. Also eine Fälschung (falls es eine solche ist), die in sehr erstaunlicher Weise mit der Wirklichkeit von über 60 Jahren übereinstimmt.

Schon der Mord an Lord Kitchener im I. Weltkrieg zeigte diese britische Abhängigkeit. Vom Alliierten Generalstab ausgesandt, um den Zaren militärisch zu retten, sank sein Kriegsschiff nach einer Explosion in der Nordsee. Kein Geringerer als Ludendorff hat ausdrücklich festgestellt, dass weder eine deutsche Mine noch ein deutsches Unterseeboot dafür verantwortlich waren, wie es die Hintermänner glauben machen wollten.

Im II. Weltkrieg ging England dann in gleich perfider Weise gegen Sikorski vor, den Ministerpräsidenten Polens, das heisst also jenes Landes, für dessen Freiheit England doch angeblich in den Krieg gezogen war. In einem Flugzeugattentat (Benesch nannte Churchill persönlich als Urheber) kam er auf Malta ums Leben (vgl. Rolf Hochhuth, "Soldaten". Ausführungen im "Spiegel" 2. und 9.10.1967 und die Kontroverse in der NZZ 16.2.68).

*417 - Auch nach dem II. Weltkrieg misslang dem grossen Staatsmann Churchill der Versuch, die von ihm ausgeblutete Welt gegen den ehemaligen Verbündeten im Osten im Interesse seiner Insel zu führen. Am 5. März 1946 rief er in Fulton in den USA in Anwesenheit Trumans die Vereinigten Staaten dazu auf, ihre Aufgabe nunmehr auch den Sowjets gegenüber zu übernehmen. Man hätte in Deutsch-

land damals (ebensowenig wie heute) nicht erkannt, dass ein Krieg gegen Russland mit amerikanischen Waffen nichts anderes als ein Söldnerkrieg gewesen wäre. Die russischen Brutalitäten waren noch in zu frischer Erinnerung, die westlichen begann eine pausenlose Propaganda zuzudecken. Doch Churchill übersah, wie stark bereits die Einweltler in Washington waren, die (damals) an einer Erhaltung der Sowjetunion interessiert waren.

*418 - "Ich schwöre ... bei dem treuen Glauben eines Christen" lautete einstmals die Eidesformel beim Amtsantritt in Grossbritannien. Die Juden weigerten sich, eine solche Eidesformel auszusprechen und waren daher von allen Aemtern ausgeschlossen, solange diese Eidesformel bestand. So ging der Kampf bei der Emanzipation der Juden in England um die Abschaffung dieser Formel. Tatsächlich waren die Juden bereits zu beachtlichen Positionen im Wirtschaftsleben Englands aufgestiegen. Seitdem Cromwell sie seinerzeit nach der Austreibung unter Eduard I. wieder ins Land geholt hatte, waren sie mit ihren mannigfaltigen Beziehungen die grossen Helfer Englands im Kampf gegen Holland und Spanien gewesen. An der Spitze der Emanzipationsbewegung (vgl. dazu Dr. Peter Aldag, "Juden beherrschen England", Berlin 1939) stand der in Livorno geborene spätere Sir Moses Montefiore, seit 1835 Präsident des "Board of Deputies of British Jews", sowie der aus Frankfurt eingewanderte Bankier Nathan Rothschild, der Bankier und spätere erste jüdische Baronet Englands Isaak Lyon Goldsmid, sein Sohn Francis, der erste jüdische Advokat Englands, sowie David Salomons, der 1832 die Bank von England gründete. Am 23. Juli 1858 wurde die Emanzipation Gesetz. Als zum ersten Mal dann ein Engländer – Lord Manners – in der Wahl gegen Lord Rothschild durchfiel und dabei auch gleich ein grosser Bestechungsskandal aufkam, der nicht weiterverfolgt wurde, erschien als Stimme des Volkes zu diesen Vorgängen im "Morning Herald" folgender Spruch:

Schreibt es auf Eure Banner –
bestreite es, wer's kann.
Bei uns gilt nicht Lord Manner –
nein, Geld macht nur den Mann.

1852 wurde Disraeli Finanzminister im Kabinett Derby. Februar 1868 und zum zweiten Mal 1874 wurde er Ministerpräsident. Als 1817 getaufter Jude führt er in seinem Buch "Conningsby" aus, "dass es absurd wäre, wenn eine Nation zur Aufrechterhaltung ihres Kredits und durch diesen Kredit zur Erhaltung ihrer Existenz als Imperium, sich an ein Individuum wenden müsste, dem das Gesetz die stolzesten Bürgerrechte verwehre, nämlich das Recht, in seinem Senat zu sitzen und Landeigentümer zu sein". Er schildert in aller Offenheit die verzweigte, alle Länder der Erde umfassende Macht des Judentums und malt das Zukunfstbild einer, in der Hand eines machtvollen jüdisch-englischen Ministers befindlichen Spionageorganisation, dessen getreue Wiedergabe später der reorganisierte Intelligence Service wurde. (Es ist nicht von ohngefähr, dass es Juden waren, die deutschen Institutionen den Makel einer "Verschwörergruppe" anhängen wollten. Verschwörung ist ein den Juden so arteigener politischer Betätigungszweig seit eh und je gewesen, dass sie allzuleicht darauf verfielen, von sich auf andere zu schliessen und meinten, auch andere Völker müssten auf diesem Niveau ihre Politik betreiben.) Aber auch Disraelis Unterstützung der Judenemanzipation in England ist ihm nur ein Schritt auf dem Weg zur Weltherrschaft. "Die jüdische Meinung hat einen ungeheuren Einfluss auf alle Geschehnisse in Europa und wird von Generation zu Generation der menschlichen Gesellschaft gegenüber mächtiger und gefährlicher in ihrer Feindschaft werden" schreibt er. "Die Juden als unvermischte Rasse sind die Aristokraten der Natur. Diese Erhabenheit ist eine positive Tatsache und nicht etwa Einbildung.

Vermischte Rassen sind zu allen Zeiten verschwunden. Die reine Rasse der Juden ist allen Verfolgungen zum Trotz bis zum heutigen Tag erhalten geblieben." Unter ihm entwickelte sich England zur Geldmacht. Auch die Kornzölle wurden aufgehoben, getreu dem Prinzip des Freihandels. Die britische Landwirtschaft verkümmerte, aber die Welt öffnete sich der von Juden beherrschten City. Immer wieder wurden die Einwanderungsgesetze beanstandet, doch immer wieder liessen sie die Lücken für weitere Judeneinwanderung offen. Während in den 80er Jahren die Slums entstanden, wurden Juden in London reich. 1885 zog Nathaniel Meyer Rothschild als Peer ins Oberhaus. Mit den Sassoons, ehemaligen Opiumhändlern, die im gesamten Osten einen Wirtschaftszweig nach dem andern an sich rissen und mit dem späteren Vizekönig Rufus Daniel Isaacs, Marchess of Reading, und dem Staatssekretär Montagu wurden sie die Herren Indiens. Hermann Kisch wurde Direktor des indischen Postwesens, Sir David Sassoon Bürgermeister von Bombay, Sir David Ezra Bürgermeister von Calcutta. Nach dem I. Weltkrieg wurde Philipp Sassoon Luftfahrtminister. Mit Werner Beit und Co., Oppenheimer, Phillips, Friedländer, Eckstein, Albu, Barnato und Siegmund Neumann, sowie mit dem Gouverneur von Transvaal und späteren Oberkommissar für Südafrika in London, Ernest Solomon, wurde die jüdische Hegemonie in Südafrika eingerichtet. Australien war durch Isaak Isaacs, Kronanwalt und späterer Generalgouverneur des Australischen Bundes, sowie den Armeekommandeur Monash an die Kette gelegt. In Neu-Seeland mit 1,6 Millionen Einwohnern und nur 6 000 Juden wurde der jüdische Anwalt Julius Vogel Primeminister und Michael Meyers Oberster Richter. Die Bankiers Rothschild, Cassel, Leon Simon, der Präsident der Postsparkasse Sterling, Ludwig Mond und viele andere regierten das Geldwesen. In Aegypten gründete mit staatlicher Hilfe der jüdische Baumwollmakler Cattaoui die National Bank of Egypt, die Baumwollbörse von Alexandrien war von Juden beherrscht. Aus der Emanzipation war die Beherrschung des Weltreiches geworden.

*419 - Bis zum heutigen Tage hin hat England dann immer wieder draufgezahlt, weil es sich für verpflichtet hielt, die europäische Geisteswelt zu verraten und dem grossen angelsächsischen Bruder zu Diensten zu sein. Nicht unerwähnt bleiben darf in diesem Zusammenhang darum auch, dass dann die Politik Wilsons gegenüber Rhodesien ebenfalls ihre nachteiligen Folgen für England hatte, und noch hat. Dem Berichterstatter ist zB bekannt, dass eine Gruppe bedeutender Reisebüros seit Verkündung der britischen Sanktionen gegen Rhodesien grundsätzlich den Verkauf von Reisen auf britischen Luft- und Seetransportunternehmen auf andere Nationalitäten abbiegt, sodass England allein dadurch bereits sehr empfindliche Verluste entstanden sind. Mit einer gewissen Härte und Verbissenheit wird ohne irgendwelches öffentliches Aufheben in europäischen Kreisen in Uebersee, sowohl innerhalb wie ausserhalb des Commonwealth, der Kauf von britischen Erzeugnissen in Solidarität mit Rhodesien abgelehnt. Amtliche britische Vertreter äusserten sich bereits öffentlich über die "psychologischen Momente, denen der britische Export begegnet". Und das ist nur ein Detail der verfehlten Sanktionspolitik Wilsons. Beachtlicher noch ist, dass heute das Chromerz Rhodesiens nach Rotchina verkauft wird und dass Nordamerika das gleiche Erz heute in Sowjetrussland kauft, anstatt im billigeren Rhodesien.

*420 - Gerade weil man weiss, dass die Menschen ungleich sind, stellte man die Herrschaftsform der Demokratie auf. Sie ist der bewusste, gewollte Kampf gegen die natürliche Ungleichheit, gegen die bestehenden Verhältnisse. Die Behauptung von der angeblich a priori bestehenden Gleichheit ist wissentlich unwahr. Es handelt sich um eine politische Forderung, um ein Kampfziel, nicht

etwa um einen zu bewahrenden, zu konservierenden Anfang, sondern um ein zu erkämpfendes Ziel. Dieses phantastische Ziel als angeblichen Anfang menschlicher Entwicklung hinzustellen, es sogar als Gottes angeblichen Willen bei der Schöpfung zu proklamieren, ist die eigentliche Lüge der Demokratie. Auf ihr baut sich die weitere Lüge vom Fortschritt auf, der darin bestehen soll, dass man die zunehmende Entfernung von Gottes Plan, von der Natur, als Folgeleisten jener Phantasie als positiven Sinn des Lebens ansehen soll, obwohl es eigentlich gerade lebenswidrig ist. Weil aber dieser Weg wider alle Natur ist, kann er nur mit den grausamsten und hinterhältigsten Mitteln und nur hier und dort und immer nur für Augenblicke zu Teilzielen führen, ist also nur mit äusserstem Zwang gegen Körper und Seelen durchsetzbar. Diesen Weg liberal zu nennen, ist die dritte grosse Lüge, denn liberal ist nicht etwa gleichbedeutend mit frei, sondern mit Zersetzung und Zerstörung aller eigentlichen Werte, um am Pegel Null die Gleichheit aller zu erreichen, wenn es schon anders nicht möglich ist. Die Liberalen sind denn so auch von Kerensky bis Trudeau nie etwas anderes gewesen als die Wegbereiter des Chaos. Der Mord an den Führenden die anders nicht auf dieses Niveau zu bringen sind ist dann die letzte Weisheit der Demokratie.

Lebensfähig ist die "Demokratie", diese Utopie mit dem aus der abendländischen Geschichte gestohlenen Namen, darum überhaupt nur dank der reservatio mentalis, mit der alle Regierenden einen jeden ihrer Regierungsakte begleiten. Wenn diejenigen, die die Bürgerrechtsgesetze in den USA erlassen, ihre Kinder aus den öffentlichen Schulen herausnehmen und in Privatschulen stecken, damit sie nicht mit Negern zusammen erzogen werden, so ist das nur eines von den unzählig vielen Beispielen für die der "Demokratie" lebensnotwendig immanente dauernde Unehrlichkeit. Nicht ein einziger der Anführenden ist persönlich bereit, sich auf das Niveau eines Buschmannes zu stellen. Von anderen aber fordern sie es in öffentlichen Abstimmungen und verlangen gar den Einsatz von Waffengewalt, um ihre Wünsche durchzusetzen. Daraus ergibt sich dann aber auch umgekehrt, dass nur Menschen, die in ihrem Wesen unehrlich sind, in der "Demokratie" führende Rollen spielen können. Anderen ist diese Gratwanderung nicht möglich, sie straucheln über kurz oder lang, mögen sie Enoch Powell oder Goldwater heissen. Bricht bei einem Demokraten die ehrliche Meinung oder das Gewissen durch, dann trifft ihn der Fluch der zu diesem Spiel Verschworenen und er wird aus der Arena entfernt.

*

IRLAND

ist noch immer zum Teil von England besetzt. Der Jahrhunderte währende Kampf um die Befreiung des irischen Volkes geht darum auch heute noch weiter. Gegenüber einem so skrupellosen und brutalen Gegner wie dem Engländer hat er immer schon Formen angenommen, denen gegenüber NKWD und CIA und Ulbrichts Mauer harmlose Herrschaftsformen darstellen. Als England im hundertjährigen Krieg gegen Frankreich nach und nach seine Festlandspositionen verlor, wandte es sich mehr und mehr der seit 1171 oberflächlich unterworfenen Grünen Insel zu. Wer nicht die Oberherrschaft des Königs von England über den Papst anerkennen wollte, verlor Grund und Boden. So wurden die katholischen Irländer

unter Jacob I. rechtlos im eigenen Lande. Alle Erhebungen der Irländer seitdem wurden mit Mitteln unterdrückt, die einem Dschingis Kahn zur Ehre gereicht hätten. Cromwell zerstörte die Stadt Drogheda, eine Terrorwelle folgte der anderen. 1845/47 wurden als Folge einer unbeschreiblichen Hungersnot (Krankheit der Kartoffelstaude) die Irländer zu Hunderttausenden von Haus und Hof gejagt. Benjamin Disraeli schreibt: "Lehmhütten, mit Stroh bedeckt, sind ihre Wohnungen, Wurzeln ihre Nahrung, Lumpen ihre Kleidung." Und der Historiker I. Cox schreibt: "Mehr als sieben Jahrhunderte wurde ein Krieg nach dem anderen geführt, um das irische Volk zu unterdrücken. Die Beraubung und Ausplünderung Irlands im Interesse der britischen Grundbesitzer und Bankiers ist eine lange Geschichte." Die Ungeheuerlichkeit der britischen Verbrechen erhellt an folgenden Zahlen: 1845 zählte Irland $8\frac{1}{2}$ Millionen Einwohner, 1851 zählte es weniger als 6 Millionen. Und so ging es fort, denn 1932 zählte Irland 2,3 Millionen Menschen weniger als 1851! Den Anstoss zur teilweisen Befreiung gab der Osteraufstand 1916. Er wurde britisch-blutig niedergeschlagen, doch musste England im Jahre 1918 eine Volksabstimmung auf der Insel veranstalten. 1 211 516 stimmten für die Freiheit, 315 394 dagegen. Aus diesem Ergebnis zog England ohne Befragen Irlands die Konsequenz und teilte Irland auf in zwei Zonen. Der Norden erhielt die Bezeichnung Ulster und blieb bei England. Der Kampf ging also weiter, auch, nachdem Irland 1922 die Autonomie (aber noch nicht die Selbständigkeit) erhielt. Vor den Angehörigen ihrer Familien, im Bett oder auf der Strasse knallen die britischen Soldaten (the Black and Tans) ohne jegliche Prozessierung die irischen Männer nieder. 1923 erreichte De Valera die Unabhängigkeit, musste aber noch im Empire verbleiben. Erst nach dem II. Weltkrieg, in welchem es gegen den ungeheuren Druck der Alliierten (die Amerikaner landeten Truppen auf Irland schon 1941!) strikt neutral blieb, konnte es sich 1949 als Republik erklären. England antwortete sofort mit einer Garantieerklärung zugunsten der noch besetzten Grafschaften im Norden (Ireland-Bill). Der Krieg um Nordirland (mit seiner teilweise protestantischen Bevölkerung und den britischen Grundbesitzern, deren Vorfahren den Boden raubten) geht darum weiter. Erst im November 1968 betont Irlands Ministerpräsident Lynch bei seinem Besuch in London wieder, "dass die Unruhen im nordirischen Londonderry eine Folge der Teilung sind". Die Wiedervereinigung ist für ihn nur eine Frage der Zeit.

De Valera gab seinem Vaterland die einzige christliche Verfassung Europas. Die Industrialisierung des Landes wurde eingeleitet und die Schaffung einer eigenen Währung vorbereitet. Doch nach wie vor steht das Land infolge der britischen Handelspolitik vor schweren Problemen. Höfe verfallen, die Jugend wandert ausser Landes, oder verpflichtet sich gar bei den Feinden aller Völker freiwillig mitzuhelfen bei der Unterdrückung fremder Nationen wie es in Katanga der Fall war.

*

hat um das Jahr 1900 "nach dem Verklingen der grossen Passionen der Affäre Dreyfus" die Gestalt angenommen, in welcher es seine Rolle im XX. Jahrhundert spielen sollte. "Die radikale Republik, die "Republik Dreyfus" setzte sich durch."(*421) Der Panamaskandal hatte das Feuer des "Antisemitismus" in Frankreich, welches seit der Judenemanzipation laufend stärker geworden war, zu heller Flamme angefacht. Im Zentrum der Angriffe stand der jüdische Baron Jacques von Reinach, "der grosse Korrupteur der Parlamentarier" (Ducret). "Er starb — einen Tag vor seiner Gerichtsverhandlung — der Republik sehr gelegen." Trotzdem verlangte der Boulangist Delahaye eine parlamentarische Untersuchung der Unterschlagungen und Bestechungen. Die grossen Parteien hatten eine solche mit Erfolg unterdrücken können. Die kleine Partei rechts aussen sorgte jedoch dafür, dass die Stimme des Volkes zu ihrem Recht kam. Schon damals funktionierte ansonsten das in angelsächsischen Ländern inzwischen so bewährte Zweiparteiensystem im Interesse der Schieber und anderer Hintermänner. Es wurde eine Untersuchungskommission eingesetzt, doch konnte nicht verhindert werden, dass diese mehrheitlich aus Logenbrüdern sich zusammensetzte. Da auch Ferdinand de Lesseps ein solcher war, war das Ergebnis gleich Null.(*422) Die Folge war, dass der schwelende Antisemitismus gierig nach einem Opfer suchte. Da geschah es, dass die Reinmachefrau in der Deutschen Botschaft im Rahmen ihrer Spionagetätigkeit für die französische Armee einen zerrissenen Zettel aus dem Papierkorb brachte. Ein Franzose bot darin Material an. Die verschiedenen Notizen auf ihm konnten nach ihrem Inhalt nur von einem Offizier herrühren, der sämtliche Abteilungen des Generalstabs durchlief. Das taten die sogenannten "Probeoffiziere". Ein solcher war der aus dem Elsass gebürtige jüdische Hauptmann Alfred Dreyfus. Dieser hatte sich durch "sein gehässiges und anmassendes Benehmen" (Beurteilung der Kriegsschule) "die ungeteilte Abneigung seiner Kameraden zugezogen". "Er renommierte mit seinem Reichtum", "führte einen skandalösen Lebenswandel mit einer Anzahl käuflicher Weiber", "war bald anmassend, bald kriechend", "unter dem Gesichtspunkt des Charakters, des Gewissens und der Pflichterfüllung erfüllt er nicht die notwendigen Bedingungen für eine Verwendung im Generalstab der Armee". Man verglich die gefundenen Notizen mit der Schrift von Dreyfus. Es bestand eine sehr auffällige Aehnlichkeit. Man war starr. Sein Vorgesetzter rief ihn und diktierte ihm einen Text, in welchem sich Worte jenes Zettels wiederholten. Nach einigen Zeilen zögerte Dreyfus. "Ich verhafte Sie" waren die Worte seines Vorgesetzten. In der Haft gestattete der Gefängniskommandant Dreyfus die Kopierung der Prozessakten. Sie wurden heimlich ausser Landes an einen sicheren Ort geschafft. Jener Kommandant aber wurde später für seine Dienste Direktor der Spielbanken von Monte Carlo, dessen Fürst Gemahl einer geborenen Heine war und aktiv die Sache von Dreyfus verfocht. Der ganze weitere, über mehr als zehn Jahre sich hinziehende Vorgang ist gekennzeichnet vom Gelde. "Unser Vermögen steht Ihnen zur Verfügung, wenn Sie helfen können", sagt man dem für die Voruntersuchung verantwortlichen Offizier. Im Prozess kommt es zu Gegenüberstellungen. "Der Verräter ist dieser da" sagt der Major i.G. Henry aus. Dreyfus aber "stand mit der Unterwürfigkeit eines Trödlers da und diskutierte mit den Händen, um seinen Patriotismus so einleuchtend zu beweisen, wie der Jünger einer Rabbinerschule eine These aus dem Talmud zu belegen sucht: "Jede Tat, welche auch immer es sei, hat einen Beweggrund. Meine Situation ist eine wohlhabende. Meine Ausgaben stehen unter meinen Einnahmen. Meine Karriere ist glücklich. Meine Vaterlandsliebe ist glühend. Käme

das Verbrechen von meiner Seite, es wäre innerlich unerklärlich."

"So unerklärlich schien den Offizieren das Verbrechen bei diesem Menschen durchaus nicht. Hätte er ihnen aus den Tiefen getretenen Mannesstolzes ein trotziges Verneinen entgegengeschleudert, wäre er an dem Uebermass unverdienter Schande vor ihren Augen zusammengebrochen – sie hätten ihn begriffen. Aber dieser da, der seine Unschuld an den Fingern vorrechnen wollte, dessen Stimme in dem einzigen Augenblick, wo sie sich zur Leidenschaft eines Protestes zu erheben versuchte, "einen falschen Ton" (Reinach) gab . . ." Dreyfus wird vom Militärgericht einstimmig wegen Landesverrats zu lebenslänglicher Deportation verurteilt (1894). Man sucht ihn noch einmal nach der Urteilsverkündung auf und legt ihm ein Geständnis nahe. Er antwortet: "Es ist genug. Ich habe Ihnen nur eines zu sagen: dass ich unschuldig bin und dass es Ihre Pflicht ist, Ihre Nachforschungen weiter zu verfolgen." Es kam zur öffentlichen Degradierung auf dem Hof der Militärschule. "Aus den Reihen der Journalisten, von den Gittern her, wo die Masse stand, antwortete es ihm: "Judas! Judas! Saujude! Zum Tod!" – "Sie machen einen Märtyrer aus mir!" schrie Dreyfus. Unter den Journalisten stand auch Theodor Herzl. In dieser Stunde wurde der Gedanke des Zionismus geboren."

Er wurde (bei Nacht, um eine Lynchjustiz zu verhindern) durch Frankreich aufs Schiff und dann auf die Teufelsinsel gebracht. Die Freunde aber fingen an zu arbeiten. Der deutsche Kaiser schaltete sich ein und erklärte, dass Dreyfus keinerlei Beziehungen zu deutschen Dienststellen gehabt habe. Man begann, die Oeffentlichkeit zu bearbeiten. Man liess Geld, "sehr viel Geld" springen. So kam es zur Wiederaufnahme des Prozesses. Reinach aber, die Seele des Kampfes, wollte die Wiederaufnahme vor einem Militärgericht, denn dort sollte "das Unrecht wiedergutgemacht werden". "Gegen die Gewalt der Soldaten rannte die Gewalt der internationalen Gelder an." Zola wird eingespannt. Er klagt die Armee an, auf Grund einer Fälschung gehandelt zu haben. Inzwischen sind zwei weitere belastende Dokumente vorgebracht worden. Zola wird verurteilt, flüchtet aber vor Inkrafttreten des Urteils nach London und schreibt aus dem sicheren Exil, sehr gut bezahlt, seine berühmt gemachte Schrift "J'accuse". Dann aber kommt die Wendung. Man stellt fest, dass eines der Belastungsdokumente eine Fälschung ist. Als verantwortlich dafür erschiesst sich der Abwehrchef Oberst Henry. Doch diese Fälschung war erst zwei Jahre n a c h dem Prozess Dreyfus angefertigt worden, hatte also das seinerzeitige Urteil nicht beeinflusst. Da stirbt Felix Faure, der Präsident der Republik, den Dreyfusards sehr gelegen, nachdem er eine Nacht mit der jüdischen Maitresse Steinheil zugebracht. Der Arzt nimmt keine Autopsie der Leiche vor, obwohl die Presse von der Wahrscheinlichkeit eines Mordes spricht. Auffällig schnell erfolgt die Bestattung. In der Neuwahl gelingt es den Parteigängern von Dreyfus, Emile Loubet auf den Thron zu setzen. "Freund der Synagoge", "Pa-na-ma, Pa-na-ma" schreien ihm die Volksmassen bei seinem Einzug in Paris zu und eine Marktfrau nähert sich dem haltenden Wagen und schüttet ihm aus ihrer Schürze einen Haufen Kot auf den Schoss. Durch die lachenden (!) Polizisten zieht sie sich ungeschoren zurück. Die Armee hätte jetzt den Staat retten können. Dèroulede sucht den Tribun. Doch die Generale, die er zum Marsch auf die Feldherrnhalle bewegen will, antworten ihm: "Finden Sie den Ersten, der uns befiehlt, und der Zweite wird nicht mangeln." Der Nationalismus Frankreichs wird von seinen Generalen enttäuscht. "Damals haben die Chefs nicht marschieren wollen. So wurde das Volk antimilitaristisch" (Edouard Drumont). "Hätte sich an jenem Tage unter unseren militärischen Führern einer jener schönen Helden von einst gefunden, von jenen prächtigen, zu jedem Opfer bereiten Fürchtenichtsen, wie wir sie in der Geschichte des alten Frankreich bei jedem Schritt finden – dann

hätte die Judenschaft im Staube gelegen" (Drumont). "Der Sturz Loubets durch eine gemeinsame Aktion von Armee und Masse misslang." Damit hatten die Dreyfusards gesiegt. "Am 3. Juni 1899 wurde die Revision des Prozesses für notwendig erklärt. In Rennes trat ein Kriegsrat zusammen. Die Begleitumstände wären wert erwähnt zu werden, doch muss sich der Chronist auf das Wesentlichste beschränken. Als sich am 9. September 1899 das Gericht zur Beratung zurückzog, meldete die "Neue Freie Presse" in Wien: "Das Interesse sämtlicher Plätze war heute ausschliesslich durch die Frage beherrscht, welchen Ausgang der Prozess Dreyfus nehmen werde. In Berlin hatte die amtliche Erklärung des Reichsanzeigers einen günstigen Eindruck hervorgerufen und die Börse in Stimmung versetzt. An der Wiener Börse lagen zahlreiche Verkaufsordres vor. Das angebotene Material wurde jedoch noch an der Vorbörse ruhig aufgenommen und die Mittagsbörse eröffnete in fester Tendenz. Gegen halb zwei Uhr empfing ein hiesiges Bankinstitut aus Berlin eine Depesche des Inhalts, dass Frankfurt via Brüssel den Freispruch Dreyfus' melde. Kurz vorher waren bereits Gerüchte über ein freisprechendes Urteil verbreitet, welche eine lebhafte Bewegung und eine Kurssteigerung der massgebenden Spekulationspapiere hervorriefen."

Gerade an diesem Tage landete in Marseille Benjamin Reynier. Er war 1881 wegen Ermordung eines kleinen Mädchens zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden und hatte achtzehn Jahre im Zuchthaus gesessen. Jetzt hatte sich seine Unschuld erwiesen. Doch wurde er von der Weltpresse kaum beachtet und sein Schicksal rief an den Börsen keine Kursschwankungen hervor.

Um 4 Uhr 50 kehrte der Kriegsrat zurück und verlas das neue Urteil: unter Anerkennung mildernder Umstände zu zehn Jahren Haft verurteilt. Trotz "der rasenden Verschwendung von Millionen" (General Mercier im Prozess), aus England und Deutschland waren 35 Millionen Frank in die Kasse der Revisionisten geflossen, war doch nicht mehr erreicht worden. So ging der Kampf weiter, auch auf "Nebenkriegsschauplätzen". Die Sureté, die Geheimpolizei, wurde von der militärischen Abwehr getrennt. Sie hielt zu Reinach. Längst war das Interesse der Oeffentlichkeit von der Presse abgelenkt worden auf andere Themen. So kam es zum 2. Revisionsprozess. Diesmal vor Zivilisten. Geschmierte Agenten sagten gegen die Offiziere der Abwehr aus. Am 12. Juli 1906 erklärte dieses zivile Gericht das Urteil des Militärgerichts für ungültig. "Ohne Diskussion wurden in der Kammer und im Senat die Gesetzentwürfe über die Wiederaufnahme von Dreyfus in die Armee angenommen. Lediglich Senator General Mercier trat auf und rief in den Saal: "Mein Gewissen erlaubt es mir nicht, mich Ihrem Votum anzuschliessen." Ein halbes Jahr darauf wurde Dreyfus zum Offizier der Ehrenlegion ernannt. Das Volk schrie "Es lebe die Gerechtigkeit".

... und Rudolf Hess befindet sich immer noch im Zuehthauss in Spandau.

Aber hatte das Geld wirklich der Gerechtigkeit zum Siege verholfen? Auf jeden Fall hatte es bewirkt, Frankreich in seinem Wesen zu verwandeln. Jetzt war dem Gelde alles offen, auch die Armee. Jene Taktik,die man nach 1945 den Deutschen gegenüber mit so gutem Erfolg angewandt hatte, manövrierte das ganze französische Volk damals in die Rolle der Schuldigen, die etwas wiedergutzumachen hätten. Noch heute wird das Wort Dreyfus im geeigneten Moment als Waffe gegen Frankreich hervorgeholt. Jene Juden, die die Französische Revolution seinerzeit mitfinanzierten (*423), hatten mit Hilfe würdiger Nachfahren unter Ausnutzung eines einzigen zweifelhaften Urteils jetzt ein ganzes Volk an die goldene Kette legen können.

Von Clemenceau, der eine so wesentliche Rolle in der Vorbereitung des I. Weltkrieges spielte, wissen wir, dass er Gelder von Russland und von England erhielt. Am 6. Mai 1915 nimmt er Mandel als Sekretär zu sich, und damit kommen wir zu jener Persönlichkeit, die wesentlich die Fäden für den II. Weltkrieg spannte. Als Chef der Zensur wurde er bereits im I. Weltkrieg "König von Frankreich". Am 7. März 1936, als Deutschland die Wehrhoheit im Rheinland wieder herstellt, fordert er die sofortige Generalmobilmachung. Im September 1938 bedrängt er Benesch zu mobilisieren. Seine entsprechenden abgehörten Telefongespräche werden dem ahnungslosen, um den Frieden bemühten Daladier in München von deutscher Seite vorgelegt. Natürlich ist er im August 1939 die Seele der Kriegspartei. Als Kolonialminister hatte er Gelegenheit, ein persönliches Spionagenetz über die gesamte Welt aufzuziehen (Fabre Luce). (*424)

Und es gibt noch andere Kriegsvorbereitungen, die wenig bekannt geworden sind. Kein anderer als Warburg gibt Hitler für seine letzten Wahlanstrengungen Anfang 1939 Geld, und stellt im Kaiserhof ihm die Bedingung: "Vergessen Sie nicht: Krieg mit Frankreich!"(*425). Zugleich aber gründet der Oberst de la Rocque (1935) in Frankreich mit finanzieller Unterstützung Rothschilds die patriotische Organisation der "Feuerkreuzler" mit dem Ziel: Krieg gegen Deutschland. Weder Hitler wandte sich gegen Frankreich, noch erlangten die Feuerkreuzler Einfluss. Interessant nur ist, wer Unfrieden stiften wollte, wo die Völker den Frieden wollten. Als die USA dann von einem hemmungslos ehrgeizigen Demokraten in den Händen der gleichen Rassebrüder regiert wurde (s. England), da fand die Kriegspartei in Frankreich diejenige Unterstützung, die ihr noch fehlte. Die so hoffnungsvolle deutsch-französische Verständigung vom Dezember 1938 wurde zu einem Fetzen Papier, Und Frankreich wurde so auch das erste Opfer der Kriegshetzer von jenseits des Atlantik. Es erwies sich (bisher zum 1. Mal), dass amerikanische Garantieversprechen den gleichen Wert haben wie britische. Vergebens flehte Paul Reynaud am 14. Juni 1940 Roosevelt persönlich um Hilfe an. England gar verzerrte den Todeskampf seines Bundesgenossen ins Lächerliche und bot ihm am 15. Juni 1940 eine Union an, in welcher "England und Frankreich eine unteilbare Union eingehen. Jeder französische Bürger erwirbt sofort die britische Nationalität, und jeder britische Untertan wird französischer Bürger." Pétain lehnte ab und streckte die Waffen.

Nachdem der II. Weltkrieg so Europa aufgezwungen worden war – Frankreich erklärte ihn deutliche Stunden nach dem aus London eingetroffenen Ultimatum – und nachdem Deutschland das Land eroberte, da gab es in Paris zwei grosse Europäer: das waren der deutsche Botschafter Abetz und der Botschafter des Marschalls Pétain, De Brinon. Der eine wurde ins Gefängnis geworfen, der andere liquidiert. Es war diese Liquidation nur eine von hunderttausenden damals im sogenannten "befreiten" Frankreich. Charles Maurras, als er die Kerker der Republik verliess,sagte dazu: "Die blühende Industrie der Politiker, welche die Revolution von 1944 organisiert hat, ist die hauptsächliche Nutzniesserin unserer Laster und unseres Unglücks." Denn die Widerständler, die

unter De Gaulle damals in Frankreich einzogen, vergassen, dass sie nicht aus eigener Kraft kamen, dass fremde Bajonette ihnen zu diesem "Sieg" verholfen hatten. Und sie übersahen, was in Wirklichkeit in den Jahren der Besatzung in Frankreich geschehen war. Sie sprachen von einem deutschen Terrorregime und meinten das (notwendig harte) Vorgehen gegen die kleine Klique von Partisanen, aber sie vergassen, dass die grosse Masse des französischen Volkes im besten Einvernehmen mit den deutschen Offizieren und Soldaten gelebt hatte, (*426) dass Tausende von Franzosen als Freiwillige an der Seite der deutschen Landser gegen den Kommunismus ins Feld gezogen waren; sie vergassen, dass die Deutschen ihre Dome 1940 geschont hatten – mitten aus den Trümmern des bombardierten Amiens ragte damals unbeschädigt die Kathedrale heraus – und dass es die Engländer waren, die die Kathedrale von Rouen in Asche legten und die nicht die Hafenanlagen und die U-Bootbunker in Le Havre mit Bomben belegten, sondern auf ausdrücklichen Befehl nur die Wohnviertel. Sie übersahen, was in Mers El Kebir geschehen war, und vor allem: sie übersahen, was der Marschall für sein Vaterland getan hatte. Pétain hatte nicht nur einen sinnlosen Krieg beendet, er hatte ein Gesetzeswerk aufgebaut, welches geeignet war, Frankreich wieder stark zu machen. Noch 1967 stellt Cartier im "Match" fest, dass es nur eine Epoche in der jüngeren französischen Geschichte gab, in welcher Frankreich genügend Kinder geboren wurden, um seine lebenswichtigen Funktionen erfüllen zu können, und das war im Etat Français des Marschalls Pétain. Damals gab es ein gesundes, sauberes Frankreich, der Schmutz und die Journaille waren verschwunden. Und dieses moralisch saubere Frankreich wurde 1944 von De Gaulle als verbrecherisch erklärt. Das ist die Ursache dafür, dass es nicht gelang, Frankreich wieder aufzubauen. (*427) Frankreich sass in den Kerkern, soweit es nicht wegen "Collaboration" auf mehr oder weniger viehische Weise getötet worden war. England erlaubte sich, die seltsame Phraseologie anzuprangern in einer Karrikatur, die den Neueuropäer De Gaulle im Gespräch mit dem Schatten Lavals sah, jenen Ministerpräsidenten Pétains, der – vielleicht ehrlicher als sein Nachfolger – Europa bauen wollte, – allerdings ohne amerikanische und sowjetische Hilfe – und dafür erschossen wurde. (*428)

Durch diese politische Unvernunft, die den Bürgerkrieg an die Stelle einer leicht möglich gewesenen Versöhnung setzte, wurde die für Frankreich schwierige wirtschaftliche Umstellung noch bedeutend erschwert. Es kam hinzu, dass auch auf wirtschaftlichem Gebiet zunächst Emigranten mit Verstaatlichungsideen (Nationalisierung nannte man es) auftraten, die unglückliche Ergebnisse zeitigten. Die Umstellung von einem vorwiegenden Agrarland zur Industrienation, die wirtschaftliche Aktivierung der Ueberseegebiete, ihre wirtschaftliche Eingliederung in die Frankzone bei gleichzeitigem Eindringen der Nordamerikaner nach Europa wie nach Uebersee (*429), stellten Frankreich gleichzeitig vor eine Reihe schwerster Probleme.

In den letzten Jahrzehnten wurde dabei auf diesem Wege in die Gegenwart in Frankreich sicher Beachtliches geleistet. Es ist gelungen, den Uebergang zu einer Gesellschaft mit starkem Konsum im wesentlichen durchzuführen. Ein Vergleich mit 1950 zeigt den Fortschritt. Nur die Jungen haben ihn nicht miterlebt, und sie fordern sinnlose Uebersteigerung des Tempos. Sie nehmen das Erreichte als selbstverständlich hin, und sollten nur mit dem Nachbarn jenseits des Kanals vergleichen, der es nicht so schwer gehabt hat, und doch im wesentlichen versagte. Diese Jugend war es, die im Frühjahr 1968 die Aufwärtsbewegung schwer erschütterte. Am beachtlichsten war dabei, dass selbst der stärkste Goldhort der Welt nicht vor dem völligen Zerfall der wirtschaftlichen Ordnung hätte schützen können. Angesichts der Panik musste der Goldverkauf seitens der Bank von Frankreich vorübergehend eingestellt werden. Die

Studentenunruhen geben aber noch weiteres zu denken auf. Es muss festgestellt werden, dass ihre unbedeutenden Anfänge im Jahre 1967 hier und dort in Europa sofort in der konformistischen Presse mit allen Mitteln breitgetreten wurden. Die jungen Leute mussten den Eindruck bekommen, sie hätten Bedeutendes geäussert. Der Zulauf der Atenteuersuchenden war entsprechend. Man hat den Eindruck, als habe man, ähnlich wie ein Mao mit seiner "Kulturrevolution", der nachdrängenden Jugend ein Ventil verschaffen wollen, welches man rechtzeitig mit Linksdrehung versah, um so eine Explosion in an sich natürlicherer Richtung zu verhindern. Die dabei angerichteten Schäden spielen den Drahtziehern überhaupt keine Rolle, sind für sie völlig uninteressant.

Am schwersten kann die Landwirtschaft mit der neuen Entwicklung Schritt halten. Trotz vorangetriebener Modernisierung hat sie schwer zu kämpfen angesichts der Oeffnung der Zollschranken zu den anderen EWG-Ländern 1968. Es kommt immer wieder zu sehr ernsten Bauernaufständen. Als beachtliche Hilfe wurde es empfunden, dass Frankreich mit finanzieller Hilfe der EWG 1968 aus seiner Weizenreserve von 1,5 Millionen Tonnen eine Menge von 600 000 Tonnen an China verkaufen konnte.(*430)

Dass die genannten Bauernunruhen besonders in der Bretagne sich austobten, hatte seinen weiteren Grund in der nationalen Unzufriedenheit der Bretonen. Diese fordern in ihrer "Bretonischen Befreiungsfront" und von Attentaten begleitet (ihr Führer lebt in Irland) den Unterricht in bretonisch als Teil einer allgemeinen Autonomie. Doch nicht nur Bretonisch, sondern auch die anderen "Regionalsprachen" sollen in ihren Regionen gleichberechtigt werden. Das trifft insbesondere auf das Deutsche zu, welches bis 1939 auf allen Schulen des Elsass selbstverständlich gelehrt aber seit 1944 dort verboten ist. Die Basken fordern ihr Baskenland, organisiert in ihrer Autonomistenbewegung Enbata. In einer Zeit, da Frankreich mehr als andere europäische Staaten seinen Wert als Nation hervorhebt, da mehr als 30 000 französische Lehrer im Auslande für Frankreich tätig sind, lassen sich diese nationalistischen Wünsche in Paris schwer überhören. Es steht daher auch auf diesem Gebiet vor schweren Entscheidungen.

Diese haben nach den Wahlen vom Juni 1968 konkrete Formen angenommen. Es waren Angstwahlen.(*431) Aus Angst vor der Anarchie hatte man De Gaulle in so überwältigender Mehrheit wiedergewählt. Doch Giscard D'Estaing, Führer der Unabhängigen Republikaner sagte dazu: "Die Regierung darf sich nicht auf die Partei der Angst stützen, die nie konstant und nie für Reformen zu haben ist, und die, wie Goethe sagt, Ungerechtigkeit der Unordnung vorzieht." (*432) Davon, ob diese Worte aus der Opposition beherzigt werden, hängt es ab, ob Frankreich die selbstgewählte Aufgabe einer Wiederherstellung Europas als eines Bundes der Vaterländer wird erfüllen können. Die Tage der Anarchie haben, von New Yorks Zeitungen bis hin zu Mendes-France und Mitterand im eigenen Lande, gezeigt, wer gerne eine solche Entwicklung verhindern möchte. (*433) Und die westliche Aggressivität nach der Tschechenkrise bewies, wem dieses Frankreich im Wege steht. Ganz und gar nicht überraschend kommt es darum im November 1968 zu dem neuen Ueberfall, diesmal auf die Währung. Man spricht von "Spekulanten" (die über Millionen und Millionen verfügen!), man spricht davon, "der Westen" wünsche die Aufwertung der Mark und die Abwertung des Franken, und taucht selbst in Fachzeitschriften den ganzen Vorgang bezüglich seiner Ursachen und seiner beabsichtigten Auswirkungen in einen Nebel. Dass es sich dabei um einen erneuten ernsten Vorstoss gegen Europa, gegen die Einzelstaatlichkeit als solche handelt, dass Welteroberer dabei sind, die Welt ein Stück weiter in den Abgrund zu stürzen, wird mit keinem Sterbenswörtchen auch nur angedeutet, geschweige denn werden die Völker etwa zum Widerstand, zur Verteidigung des von ihnen Erarbeiteten, aufgefordert. In der

"Demokratie" ist der Wähler eben der allerletzte, der erfährt, was eigentlich geschieht. Nicht die Weltbank unter einem Mac Namara (der der Einwelt schon so grosse Dienste in Vietnam geleistet und auf Rüstungsgleichheit zwischen USA und UdSSR hinarbeitete) ist es denn auch, die einspringt, sondern bezeichnenderweise die nationalen Notenbanken. Die aus der Politik geborene Forderung nach Abwertung bzw. Aufwertung europäischer Währungen wird begleitet von der sehr willkommenen "Spekulation", und es ist nur eine Frage der Nuancierung, ob man die Nachfolger eines Gould oder die eines Belmont-Schönberg für subversiver halten soll. Beiden Gruppen ist das Geld nicht Gegenwert der Arbeit, sondern Waffe grenzenloser Machtgier und Habgier. Die gleichgeschaltete Presse nennt sowieso niemanden bei Namen und spricht einmütig nur von dem Technischen der Vorgänge, wie von einer wie selbstverständlich ablaufenden Aktion. Dass weltweite Spekulation in der Währung eines Landes überhaupt möglich ist, dass vaterlandsloses Gesindel es notwendig macht, dass sich am 20. November 1968 auf der Bonner Währungskonferenz die BRD, Frankreich, Italien, Belgien, Holland, die USA, Grossbritannien, Schweden, Kanada und Japan zusammentun müssen, um ihr paroli zu bieten, wird hingenommen wie eine Alltäglichkeit. Dass sich in diesem Vorgang jedoch in Wirklichkeit nicht mehr und nicht weniger als der (2.) Zusammenbruch einer auf Utopien aufgebauten und von Zionisten gelenkten Weltwirtschaft andeutet, wird nicht erwähnt. Dass so also auch wieder einmal die Führer einer solchen Welt vor der Wahl stehen, abzutreten oder aber ihr Heil in einem Krieg zu suchen, wie es letzteres für den skrupellosen Roosevelt 1936 die Rettung war, wird nicht ausgesprochen. Frankreich aber zahlt einstweilen die Rechnung für den 1. Verrat, den es 1939 an Europa beging, als es den aussereuropäischen Mächten Zugang zum Kontinent verschaffte. Man beginnt zu ahnen, dass eine gesicherte Zukunft nur möglich ist, wenn man sich schnellstens wieder autark auf eigene Füsse stellt (Dr. Hjalmar Schacht empfiehlt der BRD als Barriere die Einführung einer Auslandsmark. "Wir sind nicht verpflichtet, eine derartige, in Fremdwährungen umgetauschte DM in den innerdeutschen Zahlungsverkehr zu lassen") und der Internationale der "Demokratie" die Türen auf allen Lebensgebieten verschliesst. Doch muss der nüchterne Beobachter feststellen, dass wieder einmal eine Kriegspartei bereit zu sein scheint, im Interesse Fremder und ihrer Utopien Frankreich und damit Europa zu opfern. Die Sirenenklänge aus dem so nahen Bonn beginnen auch in Paris zu wirken. Ein Bonn, in welchem "zahlreich die Zersetzungs- und Zerfallserscheinungen sind, die als Zeichen für den Selbstmord des Abendlandes gedeutet werden können und für den dämonischen Bann sozialer Irrlehren, in dem man sich heute in Europa bewegt. Gering sind die Aussichten, diesen Wahnsinn durch sachliche Aufklärung zu heilen, um so mehr als kaum Ansätze für eine ideelle Kampfbereitschaft zu bemerken sind, um dieser katastrophalen Entwicklung Einhalt zu bieten"(*433a).

---

*421 - Diese und die weiteren Zitate zur Affäre Dreyfus aus Walter Frank: "Nationalismus und Demokratie im Frankreich der dritten Republik 1871-1918", einem Werk, das in der Weimarer Republik mit Unterstützung der Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft entstand und von den unzähligen Dreyfus-Büchern den Vorgängen am tiefsten nachgeht.

*422 - Ueber den Einfluss der Freimaurerei bei derartigen Anlässen öffnet die Augen ein Vorgang, der sich nicht weit von Panama, in Mexiko in den tragischen Tagen vor der Hinrichtung des Kaisers Maximilian von Mexiko zutrug. Im "Budapesti Naplo", einem von Freimaurern herausgegebenen Tageblatt, erschien am 15. Januar 1897 ein Aufsatz, in welchem es heisst: "Als der ritterliche Monarch bereits zum Tode verurteilt war und in Queretaro im Armesünderstübchen sass, sandte der Präsident der Republik, Juarez (dessen Armee den Kaiser Maximilian besiegt hatte), seinen Adjutanten, den Baron Gagern, zum Kaiser. In Mexiko flüsterte man nämlich, dass Kaiser Max, der ein von menschenfreundlichen Gefühlen durchdrungener Mann war, ein Freimaurer sei. Da nun auch Juarez dem Orden angehörte, schickte er den Baron von Gagern zu ihm, um im Gespräche herauszubringen, ob der Kaiser tatsächlich "Bruder" sei. Falls das Gerücht auf Wahrheit beruhen sollte, war Gagern von Juarez ermächtigt, dem Kaiser mitzuteilen, dass im Hafen ein Schiff vor Anker liege, um ihn, den Kaiser, entfliehen zu lassen. Gagern gelang es, den Kaiser allein zu sprechen und er suchte nun herauszubringen, ob dieser ein Freimaurer sei... Aber der Kaiser wollte nicht Farbe bekennen: "Lassen Sie das", sagte er, dann senkte er sein Haupt und versank in tiefe Gedanken. Gagern sah, dass er nicht ans Ziel komme, nahm verehrungsvollen Abschied und meldete Juarez, dass der Kaiser sich nicht erklärt habe. Der Präsident der Republik sah ernst vor sich hin und sagte finster: "Gott sieht in meine Seele, ich wollte ihn retten... Es werde also der Wille des Gesetzes vollzogen."

*423 - Lady Queensborough nennt in ihrer "Occult Theocracy" als solche: Daniel Itzig, Berlin. David Fridlander, Berlin. Herz Cerfbeer, Elsass. Benjamin Goldsmid, London. Abraham Goldsmid, London. Moses Mocatta, London.

*424 - Er entsendet als seinen persönlichen Beauftragten den Agenten Costa ohne Wissen von Bonnet und Noel nach Warschau, um die Polen in ihrem Widerstand gegen Hitler zu bestärken. Vor seiner Abreise erhält dieser in Compiègne von Madame Rothschild, die er in Begleitung eines Polizeiinspektors aufsucht, die notwendigen Anweisungen und Reisegelder ausgehändigt. Er reist zusammen mit Madame Bastide, einer Freundin von Madame Slovokloska, der Gattin des polnischen Président du Conseil. Sie werden in Warschau gut aufgenommen und bringen beste Nachrichten heim. Mandel lässt Costa aus Sicherheitsgründen in Vernot einsperren, wo ihn dann die deutsche Abwehr vernimmt.

*425 - Vgl. Severin, "Spanischer Sommer", Zürich 1950. Goebbels verkündet damals: "Wir haben eine grosse Summe aufgetrieben." Und Brüning sagt: "Hitler erhielt Geld aus Quellen, von denen man es am allerwenigsten erwarten konnte."

*426 - Einen klaren Beweis für diese Haltung lieferte das Verhalten der französischen Bevölkerung bei dem ersten britischen Invasionsversuch von Dieppe im Jahre 1942. Ohne Ausnahme stellten sich damals die Bevölkerung und sämtliche Behördenvertreter a k t i v an die Seite der deutschen schwachen Küstenverbände, schleppten Munition, machten Meldegänge, errichteten Strassensperren usw. usw., und alles dieses, ohne dazu überhaupt erst von deutscher Seite aufgefordert worden zu sein. Adolf Hitler entliess als Dank dafür sofort 10 000 französische Kriegsgefangene.

Im übrigen aber gibt dieses britische Offensivunternehmen Anlass zu einer allgemeineren Bemerkung, denn die Offensive ist immer erste Notwendigkeit für einen Sieg. Die Defensive ist der Anfang der Defaite, der Niederlage.

Diese Erfahrungstatsache trifft auf alle Lebensäusserungen eines Volkes zu, sei es Kulturpolitik, Wirtschaftspolitik, Militärpolitik. Wenden Sie diesen Satz getrost auch auf unsere Zeit an und Sie haben seine vielfache Bestätigung: Irland, Zypern, Sansibar, Kuba... Dort aber, wo man meint, in der Verteidigung verharren zu können, steht am Ende die Niederlage, von der Chinesischen Mauer bis zur Maginotlinie, Vietnam-Krieg ohne Siegesabsicht, Südafrikas defensive Politik gegenüber Schwarzafrika, Europas Politik gegenüber den schwarzen Maulhelden, Westdeutschlands Haltung am 17. Juni, das Gewähren der Studentenunruhen, die Schwäche gegenüber pornographischer Literatur usw. usw. Das Leben will nun mal in jedem Augenblick neu erobert sein.

*427 - In diesen ganzen Jahrzehnten gab es in Frankreich natürlich nach wie vor jene Gruppe, die erneut Zwiespalt säen wollte zwischen Deutschen und Franzosen. Da ist zum Beispiel die Gerichtsverhandlung gegen die deutschen Soldaten, die in Asq an Zivilpersonen Vergeltung für einen Partisanenüberfall verübt haben sollten. Der Präsident des Gerichts namens Rosenberg fragt: "Waren Sie in Asq in der Nacht vom 1. zum 2. April 1944?" Die Angeklagten: "Ja". "Können Sie beweisen, dass Sie mit Gewalt in diese Einheit der SS eingegliedert worden waren, welche die Bewohner der Stadt massakriert hat?" Die Angeklagten: "Nein"." Infolgedessen – was Sie in dieser Nacht in Asq getan oder nicht getan haben, kümmert uns nicht. Sie waren da – das ist genug. Ich erkläre Sie also zu Kriegsverbrechern auf Grund des neuen Gesetzes, die kollektiv schuldig sind und ich fordere die Todesstrafe gegen euch alle ohne Unterschied und Diskussion." Sie wird denn auch vollstreckt. (Bitte nicht an Dreyfus denken, lieber Leser.) Donnedieu de Vabres, verehrter Völkerrechtslehrer des Chronisten, sagt dazu: "Wir müssen schliessen, so schmerzlich auch für die französische Ehre das festzustellen ist, dass das Gesetz (über die Kollektivschuld) keine Kundgebung wirklichen Rechts ist. Es ist, wenn ich diesen Barbarismus anwenden darf, den die neueste Terminologie der Vereinten Nationen der französischen Sprache aufgezwungen hat – das gesetzliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit, eine Art Rassenmord auf Grund des Gesetzes."

Und wir lesen beispielsweise im "Match" vom 13. März 1965, gleich auf der ersten Seite in Riesenlettern: "Denn, dieses Naziregime hatte sich zu seinem Programm die Zerstörung aller europäischen Völker gemacht – Juden, Zigeuner und Slawen zuerst, später die Lateiner – um sie durch Deutsche zu ersetzen." (Anlass zu dieser schweren Brunnenvergiftung war der Prozess in München gegen Krankenschwestern, die während des Krieges durch Spritzen Geisteskranke getötet hatten. Dieser Prozess, der in seiner unübertroffenen Widerlichkeit – man zerrte 90-jährige Frauen vor Gericht, die ihr Leben lang Gutes getan hatten, die den Sinn ihres Lebens darin gesehen, Gutes zu tun! – in ganz Westdeutschland trotz aller Frisierung durch die Presse den anständigen Menschen den Ekel hochtrieb gegen die ihn betreibende "Justiz"!) (Der westdeutsche Bundesanwalt ist bekanntlich Freimaurer.)

*428 - Wir haben schon früher auf die demokratisch-typische Form der Beseitigung Lavals hingewiesen. Wir wollen hier nur noch anfügen, dass De Gaulle 1962 den französischen Leutnant Roger Degueldre in ähnlich bestialischer Weise erschiessen liess. Erst nach elf Minuten heftigen Todeskampfes nach dem dritten Gnadenschuss verendete der Angeschossene (AFP). Degueldre war Angehöriger der OAS in Algier gewesen.

*429 - Schon der Marshallplan war durch dieses Vordringen gekennzeichnet. Die USA entsandten in seinem Rahmen Geologen und andere Sachverständige ins

Französische Afrika. Die grosse Eroberung der europäischen Wirtschaft aber durch die USA setzte nach 1957 ein (bis dahin hatte man sich auf Grossbritannien beschränkt). Private amerikanische Investitionen waren in Europa von 1950 bis 1959 von 12 Md. Dollar auf 25 Milliarden angewachsen. 1963 sind es 44,8 Md. Dollar ("New York Times"). Der Elsässer Servan-Schreiber veröffentlicht 1967 ein Buch "Die amerikanische Herausforderung", in welchem er von einer fast hoffnungslosen Lage Europas gegenüber Nordamerika spricht.

*430 - Der Preis wurde ausserordentlich stark subventioniert, da sonst nicht mit anderen Angeboten in der Welt konkurriert werden konnte.

*431 - Bei näherem Hinsehen ist ja das gesamte Herrschaftssystem der Demokratie aufgebaut auf der Tatsache, dass die überwiegende Mehrzahl aller Menschen feige und ängstlich ist.

*432 - Deutliches Sympton (und nicht mehr) dieser "Politik der Angst" ist der "Friede mit rechts", den De Gaulle angesichts der herrlichen Erfolge seiner Jugenderziehungspolitik abschloss. Georges Bidault konnte aus seinem brasilianischen Exil in die Heimat zurückkehren und die letzten Opfer der Gaullistischen Rachejustiz an den grossen Soldaten in Algerien wurden aus den Gefängnissen entlassen. Doch: kommt das nicht alles viel zu spät? Und wieweit ist es ehrlich gemeint? Der ehemalige Hauptmann Pierre Sergent, zweimal von De Gaulle wegen seiner patriotischen Haltung zum Tode verurteilt, und bisher vergeblich von der Polizei gesucht, hält am 21. Juli 1968 eine geheime Pressekonferenz in Paris ab: "De Gaulle hat aus reinem Wahlinteresse den General Salan und seine Freunde aus dem Gefängnis entlassen. Eine echte Versöhnung ist in Frankreich unmöglich, solange die Trikolore gestempelt ist mit dem Lothringer Kreuz."

*433 - Das System der sogenannten "Demokratie" will die aktive Beteiligung aller Menschen an der Politik. Da aber der grösste Teil der Menschheit, in allen Völkern mit Ausnahme des jüdischen, sich nicht an Politik beteiligen will, — ganz abgesehen von dem zweiten Faktor, dass nämlich heute nirgends mehr die Möglichkeit besteht, die politischen Zusammenhänge richtig zu erkennen und er also sich gar nicht an der Politik beteiligen kann, — ergibt sich die Tatsache, dass man diese Mehrheiten zu einer angeblichen Beteiligung an der Politik verführen muss, dass man ihnen eine solche Beteiligung mundgerecht und leicht und für den Augenblick des "Handelns", nämlich des Abgebens der Stimme, risikolos machen muss, dass man ihn — wie in vielen besonders unterentwickelten Ländern der Fall — sogar zu solcher "aktiver" politischer Betätigung zwingen muss, indem man ihn bestraft, wenn er sich nicht an den Wahlen beteiligt (wie zB in den südamerikanischen und vielen afrikanischen Staaten). So wird eine Minderheit, nämlich die an Politik Interessierten, zum führenden Teil der Menschheit. Da man das System der "Demokratie" unter blutiger, rücksichtsloser Beseitigung der bisherigen Träger des politischen Willens der Völker eingeführt hat, besteht sogar der dringende Verdacht, dass man das System der "Demokratie" von Anfang an in der Absicht einführte, sich selbst an die Stelle der bisherigen völkischen Eliten mit oft jahrtausendealter Herrschaftstradition zu setzen. Nur diese neue Minderheit ist heute in der Politik offensiv. Der übrige, die überwältigende Mehrheit aller Völker darstellende Teil der Menschheit ist passiv, höchstens in der Abwehr defensiv tätig. Während der offensive Teil weiterhin angreift, dabei sich einen Deut um bestehende Gesetze oder Verfassungen kümmert (vgl. nur die Aufrufe des Weltkirchenrates zu Sub-

version und Rebellion), erhebt sich die Mehrheit in einigen wenigen Stimmen höchstens zu Wortgefechten, zu Verzweiflungsschreien, die nur lächerlich wirken (Herr Theologieprofessor Thielecke, eine der Hauptstützen der Umerziehung, angesichts der Früchte seiner Tätigkeit, Dezember 1967: "Was mich im Augenblick verzweifeln lässt, sind nicht die SDS-Drahtzieher, sondern das ist die Masse der Studenten, die nur in Spurenelementen gegen die neue Oligarchie der Funktionäre aufmuckt. Ich hätte nie gedacht, dass noch einmal ein Augenblick kommen würde, in dem ich an der Jugend der deutschen Universität irre werden müsste." Man antwortete mit dem Wort: "Schleimscheisser".), oder, falls sich die Gelegenheit dazu bietet, in Angstwahlen, wie es eben die Wahlen in Frankreich vom Juni 1968 waren. Dass durch solche Wahlen an sich noch nichts entschieden wird, ist jedem klar, denn mit geballter Feigheit erreicht man denen gegenüber nichts, die seit Jahrzehnten erkannt haben, dass man mit Terror und Mord die Welt so leicht regieren kann. Obwohl die Geschichte bis in unsere Tage und auf allen Erdteilen zeigt, dass nur Gegenterror den Terror bricht, meint man bei allen Protesten beteuern zu müssen, "dass natürlich die demokratischen Spielregeln bewahrt bleiben sollen". Solange man nicht erkennt, dass diese "demokratischen Spielregeln" nichts anderes als das Konzept einer Gruppe von Falschspielern sind, die so das Opfer waffenlos der weiteren Versklavung aushändigen, ist es praktischer, sich mit anderen Dingen zu befassen als mit Politik. Wenn die Demokraten schon die aktive Beteiligung aller Menschen an der Politik wollen, warum dann nicht endlich in die Offensive übergehen? Wenn schon kein Geld da ist, viele Zeitungen zu drucken, warum dann nicht nur Sätze drucken, die offensiv sind? Warum dann nicht nur angreifen, da ja der Angriff bekannterweise schon seit vordemokratischen Zeiten die beste Verteidigung ist? Die Zeitung mit der Dr. Goebbels das rote Berlin eroberte hiess "Der Angriff".

*433a - schreibt die ansonsten für Koexistenz des Auslandsdeutschtums mit der ephemeren Institution der BRD plädierende "Freie Presse", Buenos Aires in ihrem Leitartikel vom 8. Dezember 1968.

*

BELGIEN

verdankt seine Existenz dem Sicherheitsbedürfnis Englands. 1830, unter dem Eindruck der Julirevolution in Frankreich, brach die einleitende britische Konstruktion, das 1815 auf dem Wiener Kongress aus den holländischen Generalstaaten einerseits und den flandrischen und brabantischen Provinzen andererseits gebildete Königreich der Niederlande unter dem gemeinsamen Aufstand von Klerikalen und Liberalen auseinander, und im Dezember des gleichen Jahres erklärten die fünf interessierten europäischen Grossmächte in London Belgien für ewig neutral und garantierten seine Grenzen. (*434). So ist dieser Staat eines der letzten Relikte der für Europa so verheerenden Festlandspolitik Albions. Den britischen Wünschen wurde das Glück von Flamen und Wallonen (und heute 20 000 Deutschen, nicht zu vergessen) geopfert, und zwei völlig verschie-

dene Völker in einen Staat gepresst. Es ist über dieser heterogenen Zusammensetzung bis heute hin zu dauernden Schwierigkeiten gekommen. Im I. Weltkrieg erhoben sich die Flamen. Sie wurden blutig niedergeschlagen. In Dixmuiden erhebt sich das Mahnmal an diese Kämpfe hoch in den flandrischen Himmel.

Als im II. Weltkrieg der König der Belgier an der Spitze seines Heeres, welches er im Gegensatz zu anderen Herrschern in der schwersten Stunde nicht verliess, vor den deutschen Truppen kapitulierte, dankte ihm sein Volk mit unerwarteter Herzlichkeit dafür, nicht das Blut seiner Untertanen in einem vom Ausland gewünschten Krieg unnötig vergossen zu haben. Monatelang häuften sich zu wahren Bergen die Blumensträusse der Dankbaren vor seinem Palais in Brüssel. Vor allem aber hat es Belgien diesem Schritt zu verdanken, dass seine Wirtschaft, seine Industrie unzerstört und in voller Arbeitsfähigkeit bei Kriegsende dastand, dass Belgien so als erstes Land Europas die Kriegsfolgen – fast über Nacht – überwinden konnte. Am 1. Januar 1948 fielen bereits die Zollschranken zwischen Holland, Belgien und Luxemburg. Belgien war dabei eben infolge der genannten Vorgänge in der Lage, seine Kreditmöglichkeiten aus dem Marshallplan sofort weiterzuverleihen und mit seinem so finanzierten Stahlexport die ersten grossen Geschäfte im Nachkriegseuropa zu machen. Erst Mitte 1950 konnte Holland ihm soweit folgen, dass dann die Vollunion der Benelux-Länder geschlossen werden konnte.

Trotz dieser sichtbaren Erfolge seiner vaterländischen Politik wird der König jedoch als "deutschfreundlich" verleumdet (er hatte eben nicht Belgien auf dem New Yorker Altar geopfert) und die Sozialisten sind gegen seine Rückkehr auf den Thron. Es kommt zu einer Volksabstimmung, in welcher 58% für die Rückkehr stimmen. Flandern stimmt königstreu, Wallonien gegen ihn (1950). Um eine sich abzeichnende Revolution zu verhindern, verzichtet der König trotz dieses Ergebnisses jedoch zugunsten seines Sohnes Baudouin auf den Thron (1951). Die Stimmung im Lande zeigt sich erneut in den Wahlen von 1955, in denen zum ersten Male in der belgischen Geschichte die katholischen Parteien eine Niederlage erleiden und die Sozialisten die Mehrheit erlangen. Der Grund hierfür liegt darin, dass sich die Flamen von den katholischen Parteien getrennt hatten. Diese hatten sie nämlich in der Nachkriegszeit verraten, hatten die Flamen der "Kollaboration" angeklagt. Man sah damals katholische Priester in der Soutane, die Flinte auf der Schulter, neben Kommunisten einherlaufen und nationale Flamen in die Gefängnisse werfen.(*435) Sie waren beteiligt an der Sprengung des Mahnmals von Dixmuiden und die katholische Regierung war es, die einen Schadenersatz dafür ablehnte. Aus privaten Mitteln musste das Ehrenmal wieder errichtet werden. Jetzt zahlte die katholische Partei: die Sozialisten schafften zunächst die Subventionen für die katholischen Schulen und die katholische Geistlichkeit ab. Als die Priesterschaft die katholischen Jugendorganisationen dagegen aufhetzte, kam es zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen.

1960 stand das Kongoproblem vor der Tür. Wir sahen bereits (s. Kongo), wie es "gelöst" wurde. Damit verlor Belgien Kapitalinvestitionen von 3 Md. Dollar und seine jährlichen Steuereinnahmen verringerten sich um 60 Mio. Dollar, ganz abgesehen von dem schweren Leid, das belgischen Familien zugefügt wurde. Die so notwendig werdenden Einsparungsmassnahmen und Steuererhöhungen brachten neue Unruhen mit sich.

Die Nationalitätenfrage trat Anfang 1968 erneut in den Vordergrund. Anlass waren Spannungen an der Universität im flandrischen Löwen, auf welcher vorwiegend französisch gelehrt wurde. Die Unruhen machten Wahlen notwendig, weil sich die stärkste Partei des Landes, die Christlichsozialen, selbst in einen flandrischen und einen wallonischen Flügel spaltete. Die Wahlergebnisse (März 1968) zeigten dann eine deutliche Wendung hin zum Föderalismus, zur Aufspal-

tung Belgiens in nach Sprachgebieten abgegrenzte autonome Teilstaaten. Bisher sagte Artikel 32 der Belgischen Verfassung, "dass die Abgeordneten in den beiden Kammern die Nation vertreten und nicht die Provinz, in welcher sie gewählt wurden". Jetzt aber hatte die Mehrzahl der Abgeordneten von den Wählern ein ganz anderes Mandat mit auf den Weg bekommen. Eine Regierungsbildung war darum sehr schwierig. Eyskens (derselbe übrigens, der 1960 als Ministerpräsident Lumumba die Selbständigkeit des Kongo versprach) brachte sie endlich zustande (Juni 1968). Das neue Kabinett "erlaubt die Feststellung, dass nunmehr eine gemeinsame wallonisch-flämische Front gegen den Brüsseler Zentralismus zustandegekommen ist" (NZZ). Im übrigen aber haben auch Persönlichkeiten in ihm Platz, die trotz aller nationaler Unruhe für die Erfüllung der international vorgesehenen Aufgaben zu sorgen haben. Reymond Scheyven, Leiter des Kongoministeriums 1960 und eifriger Reisender nach China und Kuba, leitet die Entwicklungs (und Kongo-) hilfe. Finanzminister wurde Baron Snoy et d'Oppuers, der einst die EWG-Verträge zimmern half und dann Berater einer mit den Pariser Rothschilds assoziierten Bank wurde. Er wird die Mehrwertsteuer, neuestes Produkt demokratischer Gerechtigkeit, in Belgien einführen, damit sein Kollege Scheyven Geld zum Verteilen hat.

Bemerkenswert ist weiter, dass zwei getrennte Ministerien für die regionale Entwicklungspolitik und Fragen der Sprachgemeinschaften geschaffen wurden. Man ist jedoch im Lande mit diesem Schritt nicht zufrieden. In Wallonien erfolgte eine weitere Parteienkonzentration in Richtung auf den Föderalismus hin. In Flandern wird die Ernennung eines flämischen Kardinals gefordert, nachdem man bereits erreichte, dass in Löwen keine französischen Vorlesungen mehr gehalten werden. Der Ministerpräsident Eyskens hat sich für Deutsch als dritte Landessprache in den deutschsprachigen Ostgebieten ausgesprochen. Die Aufstellung einer eigenen deutschen Wahlliste in jenen Gebieten aber wurde sofort als "Naziaktivität" gebrandmarkt, und Aachener Zeitungen, die den Brüdern jenseits der Grenze wohlwollend zustimmten, um mehr Zurückhaltung gebeten. Alles dieses zeigt, dass Belgien an der Schwelle grösserer struktureller Veränderungen unter Aufhebung der anachronistischen Vernachlässigung nationaler Werte steht. Man ist bereits auf allen Seiten darum bemüht, die kommende Flut in den eigenen Hafen zu leiten. Katholiken wie Kommunisten gebärden sich heute in Belgien darum nationalistisch. So wird Belgien weiterer Prüfstein jener Forderung, die Hans Friedrich Blunck in seiner berühmten Rede "Deutschland und Europa" 1936 aufstellte: "Die einzige Möglichkeit einer endgültigen befriedigenden Lebensform unseres Erdteils ist die Gerechtigkeit, die in der Selbstbestimmung, ist der Gehorsam vor Gott, der in der Anerkennung der Volkstümer liegt."

---

*434 - Heinrich von Treitschke schreibt in seiner "Deutschen Geschichte im XIX. Jahrhundert", Bd. 4, 1927, S. 79: "Das ewige Auf und Ab dieser Parteien, der Streit zwischen der Loge und dem Beichtstuhl füllt fortan die Geschichte Belgiens aus."

*435 - Ja, als nach zwanzigjähriger russischer Gefangenschaft flämische Freiwillige der Waffen-SS heimkehrten, wurden sie auf dem Flugplatz in Brüssel verhaftet und vor Gericht gestellt und zu vieljähriger Gefängnisstrafe wegen "Zusammenarbeit mit den Deutschen" verurteilt!

*

löste sich aus dem Reichsverband endgültig mit dem Westfählischen Frieden 1648. Es hat seitdem niemals an deutschen Stimmen gefehlt, die diese Loslösung als eine Art Landesverrat ansahen. Genährt wurden sie durch die Tatsache der engen Verwandtschaft der Holländer mit den Deutschen. Uebersehen wurde dabei auf deutscher Seite, dass Holland dank der ernsten Anstrengungen des ganzen Volkes inzwischen sehr eigenständige Aufgaben im eigenen Lande wie in Uebersee erfüllte, die ihm eine zeitlang berechtigterweise sogar das Prädikat einer Grossmacht einbrachten. Das "Volk der Krämer", wie man vor allem zu Zeiten einer stärkeren und bewussteren Hingabe an die Gemeinschaft in Deutschland sagen hörte, hat bis in unsere Tage hinein auch unübersehbare militärische und staatsformende Leistungen aufzuweisen. Während jedoch heute diese Einstellung zum westlichen Nachbarn in Deutschland (ganz abgesehen von der konformistischen Meinungsäusserung, die für uns überhaupt nicht zählt) sachlicheren Erkenntnissen Platz gemacht hat, klammert sich Holland nach wie vor an ein Deutschlandbild, welches schon in der Vergangenheit das gegenseitige Verhältnis stark belastete. Als die deutschen Fallschirmjäger 1941 über dem Hafen von Rotterdam absprangen, da meinte die Bevölkerung zunächst, sie habe Engländer vor sich, und eröffnete deswegen nicht das Feuer. Diese holländische Einstellung, die alles andere als neutral war, wie sie es doch vorgab zu sein, äusserte sich schon ein halbes Jahr zuvor, als es dem deutschen SD gelang, höchste britische Abwehroffiziere auf holländischem Boden zu fassen, um dann festzustellen, dass diese mit Wissen und Wohlwollen der holländischen Regierung auf holländischem Staatsgebiet gegen das Deutsche Reich tätig waren. (*436) Schon die Teilnahme des ehemaligen SS-Reitersturmführers Prinz Bernhard an den Kämpfen in Spanien auf Seiten der Internationalen Brigade hatte gezeigt, wo Holland stand. Die von holländischen Offizieren dann durch ihre Verzögerung der Kapitulation provozierte Bombardierung Rotterdams verschärfte noch den holländischen Widerstand. Prinz Bernhard brüstete sich nach dem Kriege damit, während desselben Bomben auf deutsche Städte abgeworfen zu haben! Es war das nur der Anfang von Hassexzessen, die sich bis heute auf holländischem Boden gegen jene jungen Idealisten austoben, die an deutscher Seite freiwillig gegen den Kommunismus in Russland kämpften.

Dabei gab die deutsche Besatzungspolitik hierzu an sich keinen Anlass. Ganz im Gegensatz zu dem Vorgehen Hollands 1945 hat das Reich keinerlei Gebietsansprüche gestellt, hat sogar als einzige Grossmacht offiziell Japan davon verständigt, dass es nicht die Besetzung Holländisch-Indiens durch Japan anerkennt. Die deutsch-niederländische Devisengrenze wurde am 1.April 1941 aufgehoben. Damit wurden auch alle niederländischen Anlagen in Deutschland (die seit 1931 blockiert waren) wieder frei nach Holland transferierbar. Es fielen alle Hindernisse für einen niederländischen Export nach Deutschland fort. Die 170 000 nach Deutschland freiwillig vermittelten niederländischen Arbeiter konnten ihren gesamten überschüssigen Lohn nach Holland überweisen. Die Niederlande wurden bei der Deutschen Verrechnungskasse in Berlin in das Europäische Zentralclearing eingebaut. Diesem gehörten von ganz Europa lediglich nicht an: UdSSR, Spanien, Portugal und die Türkei. Man war damals viel weiter, als heute mit der EWG. Beschränkungen in der industriellen Erzeugung aus Kriegsgründen entsprachen genau den in Deutschland herrschenden Beschränkungen. Es gab keinerlei Diskriminierung der holländischen Industrie.

Der Krieg hat diese Arbeit für Europa zerschlagen. Es kamen die Nutzniesser von jenseits des Atlantik. Bereits im März 1960 gab es in Holland 105

Filialen der grossen amerikanischen Gesellschaften und weitere 160 USA-Anmeldungen. Diese Zahlen sind sicher heute weit überholt. Beachtlich ist diese Entwicklung besonders deswegen, weil nach den amtlichen Verlautbarungen des holländischen Aussenministeriums niemand anders als die USA für den Verlust Indonesiens verantwortlich zu machen sind.(*437) Als Indonesien dann sogar auf das völlig anders bevölkerte Papualand Westneuguineas Ansprüche erhob, da zwang Washington Holland, unter völliger Missachtung des Willens der Eingeborenen selbst, seine Position aufzugeben und der holländische Aussenminister stellte öffentlich fest, "dass die Vereinigten Staaten Holland zu diesem Nachgeben gezwungen haben".

Durch den Verlust seiner reichen Ueberseebesitzungen ist Holland in ähnliche Schwierigkeiten gekommen wie wir dieses bereits bei den anderen europäischen Staaten sahen. Im Januar 1967 entzog Holland darum allen ausländischen Arbeitskräften die Arbeitserlaubnis. Trotzdem herrscht eine chronische Arbeitslosigkeit insbesondere in den östlichen Landesteilen. Nach Beseitigung der grossen Schäden, die bei Kriegsende durch die verantwortungslose Zerstörung der Deiche der Insel Walcheren durch die so befreundeten Engländer entstanden waren, hat insbesondere auch die Landgewinnung im Raume der Zuider-See geholfen, das Raumproblem teilweise zu lösen.

Innerpolitische Unruhe ist in einem Lande, welches den "Anne-Frank-Tagebuch-Schwindel" kreierte, nicht mehr als selbstverständlich. Als die holländische Kronprinzessin mit dem ehemaligen westdeutschen Diplomaten Claus von Amsberg (der Arme war früher in der Hitler-Jugend gewesen!) zur Trauung fuhr, wurden sie von den "Provos" ausgepfiffen und es kam "zu Demonstrationen, die von der ausländischen Sensationspresse bestellt waren" (Premierminister Joseph Cals). In Ruhe allerdings konnte ein Platz im Zentrum von Rotterdam nach dem Rabbiner Davids benannt werden, der zusammen mit anderen 12 000 Juden aus Holland den von den Zionisten gemachten II. Weltkrieg mit dem Leben bezahlen musste. Auf diesem Hintergrund hat Prinz Bernhard im Jahre 1954 angefangen, ein neues Politikum zu schaffen. Im Mai jenes Jahres nämlich fanden sich auf seine Einladung hin bedeutende Geschäftsleute, Diplomaten und Beamte aus den westlichen Ländern im Bilderberg Hotel in Oosterbeck in Holland zusammen, um unter seiner Präsidentschaft Besprechungen abzuhalten, über deren Inhalt keinerlei Veröffentlichung erfolgte, und zu denen auch nicht die Presse zugelassen wurde. Diese Zusammenkünfte haben sich seitdem etwa jährlich an verschiedenen Plätzen der westlichen Welt wiederholt, und wickelten sich jedesmal in der geschilderten Abgeschlossenheit ab. Lediglich die Namen der Eingeladenen wurden im allgemeinen bekanntgegeben. Aus diesen lässt sich erkennen, welche Themen jeweilig im Vordergrund gestanden haben dürften. Cannes, April 1963 mit Edward Heath und Henry Spaak: Englands Versuch, in die EWG einzutreten. Oder jetzt die bisher letzte Zusammenkunft in Ottawa 1968 mit Enoch Powell und Portugals Aussenminister Moreira: Rassenprobleme. Man traf sich mal hier, mal dort: Barbizon/Frankreich, Garmisch-Partenkirchen/ Westdeutschland, Fredensborg/Dänemark, Fiuggi/Italien, Buxton/England, Yesilkoy/Türkei, Saltsjobaden/Schweden, Williamsburg/USA auf Einladung David Rockefellers, Cambridge/England (mit dem Herzog von Edinburg) usw. Die Idee stammt übrigens nicht einmal vom Lippe-Biesterfelder selbst, sondern von einem gewissen Joseph H. Retinger, einem "Polen", der seit den Zeiten des I. Weltkrieges im geheimen Dienst verschiedener Mächte steht, zuletzt mit einigen Millionen Dollar im Sack im Fallschirm hinter den deutschen Linien in Polen abgesetzt wurde (dabei sich ein Bein brach), um den Aufstand gegen Deutschland zu schüren (Alden Hatch "Bernhard, Prince of the Netherlands", 1962. Eine offizielle Darstellung seines Lebens). Es nimmt nicht wunder, dass diese

Zusammenkünfte und die damit verbundene Geheimnistuerei die verantwortungsbewusste Presse argwöhnisch gemacht haben. Man betont, dass der Schwerpunkt der Einstellung der "Delegierten" (wie sie sich selbst nennen) links liegt und man vermuten kann, dass hier Reibungen auf dem Wege zur Einen Welt in persönlichen Kontakten vermieden werden sollen, dieser Einen Welt, von der Adlai Stevenson sagte: "Die Nationalstaaten müssen einer Weltzivilisation untergeordnet werden. Ihre Gesetzgebung muss durch Weltrecht begrenzt werden, und jegliche örtliche Gesetzgebung, die dem Weltrecht widerspricht, muss null und nichtig sein."

---

*436 - Es scheint bis heute diese Phase des Kriegsgeschehens noch nicht zusammenhängend behandelt worden zu sein. Es sei darum zusammengefasst: Dem Festnehmen der beiden britischen Abwehroffiziere gingen deutsche Truppenbewegungen im Grenzgebiet gegenüber Holland und Belgien voraus, die eine starke Konzentration der Truppe darstellten, wie sie aus versorgungstechnischen Gründen nur wenige Tage aufrechterhalten werden konnte. Die Bewegungen waren verbunden mit verschärften Wachvorschriften, schärferer Fassung der Verdunkelungsbestimmungen usw. (der Berichterstatter war damals in einem Regimentsstab in Alsdorf bei Aachen). Dann erfolgte das Attentat in München, welches bis heute nicht aufgeklärt wurde. Der Führer verliess "entgegen seiner Gewohnheit" früher als vorgesehen den Saal, in welchem dann die Bombe platzte. Der Täter wurde von der Gestapo als "Einzeltäter" bezeichnet. (Er kam 1944 bei einem Bombenangriff ums Leben.) Dann wurde es auf einmal wieder still, so etwa um den 11. November herum. Und auf allen Schreibstuben musste ein neuer "Grundsätzlicher Führerbefehl" ausgehängt werden, nach welchem in Zukunft ein jeder Soldat oder Offizier nur gerade das zu erfahren hatte, was er selbst im Rahmen eines Auftrags wissen musste, und nach welchem fremden Offizieren keine Auskunft über den eigenen Auftrag erteilt werden sollte. Es sah so aus, als wäre die Absicht, damals bereits im Westen anzugreifen, durch Verrat zunichte gemacht worden. Belgien hatte bis zu jenem Zeitpunkt das Gros seiner Truppen an der Grenze gegen Frankreich stehen, denn es befürchtete von dort die Verletzung seiner Neutralität. Es verlegte jetzt überraschend und sehr schnell die meisten Divisionen an die deutsche Grenze. Kurz vorher hatte eine Hochzeit stattgefunden, bei welcher Angehörige des italienischen und des belgischen Königshauses und Angehörige beider Regierungen (u.a. Graf Ciano) zusammenkamen. Es drängt sich die Frage auf, ob der vermutete Verrat bei dieser Gelegenheit stattfand. Jedenfalls hat Deutschland später nicht mehr auf die offensichtliche Neutralitätsverletzung Hollands zurückgegriffen.

*437 - Und Premierminister Jan De Quay erklärte vor dem Parlament (28.8.62) bei Vorlage des Abkommens mit Indonesien: "Holland hat diesen Vertrag nur unter dem Zwang der Kriegsdrohung von Indonesien und der Haltung der USA in dieser Frage unterzeichnet."

*

LUXEMBURG

obwohl dank seiner Eisenerzvorkommen stark industrialisiert, ist auf Kohle aus dem Auslande angewiesen. Die Wirtschafts- und Währungsunion, die es mit Belgien hat, liess es nach dem II. Weltkrieg an dessen schnellem Aufstieg teilhaben. Das politische Bild Luxemburgs hat sich dann durch die Einrichtung europäischer Behörden auf seinem kleinen Staatsgebiet belebt. Die Hohe Behörde zB hat ihren Sitz in Luxemburg.

*

DIE SCHWEIZ

ist heute dank ihrer Neutralität in der Lage, im Konzert der Mächte eine Rolle zu spielen, die kein anderer Staat wegen der damit verbundenen Verantwortung gerne übernehmen will. "Die Verpflichtung zur aktiven Beteiligung an der Lösung humanitärer Aufgaben ist unsere permanente Aufgabe zur Rechtfertigung der neutralen Existenz der Schweiz." Die Schweiz war das einzige Land, welches sofort und wirksam den Ungarnflüchtlingen helfen konnte, sie ist der einzige Staat, der in Biafra helfen kann, sie vertritt derzeit in zweiundzwanzig (!) Fällen fremde Interessen im jeweils feindseligen Ausland. (*438) In einer Welt der demokratischen Gewaltherrschaft, in der alles Humanitäre mit Füssen getreten wird, in welcher die weltweiten Organisationen der Machtgier anstatt ethischen Prinzipien dienen, in welcher der Nobelpreis Verbrechern verliehen wird, hat das Internationale Rote Kreuz eine unersetzliche Aufgabe zu erfüllen. Diese hohe Verpflichtung stand auf dem Spiel, als Anfang 1968 erneut Vorstösse unternommen wurden, die Schweiz in die UN zu pressen. Sie hält jedoch weiterhin daran fest, dass eine solche Mitgliedschaft unvereinbar ist mit ihrer Neutralität. (*439) Dieses Wort darf dabei nicht primitiv in der machtpolitischen Ebene, etwa zwischen "Ost" und "West" gesehen werden. (*440) Es hat heute eine viel tiefergehende Bedeutung, besagt Neutralität zwischen "Traditionalisten" und "Progressisten" (Prof. Walther Hofer, Präsident der Aussenpolitischen Kommission des schweizerischen Nationalrats), besagt Neutralität zwischen egalitären Demokraten und Konservativen, zwischen Einweltlern und Nationalisten. Die Schweiz bemüht sich darum "um eine Synthese zwischen nationaler Selbstbehauptung und internationaler Verantwortung" (Hofer). Das ist die Grundlage der schweizer Aussenpolitik. Als Hollands Aussenminister Luns im Mai 1968 in Basel meinte, "es sei sehr wenig glaubwürdig, dass es möglich wäre, ein in Staaten zerfallendes Europa wirksam schützen zu wollen", erinnerte man sich der Worte des Bundesrats Nello Celio (als Chef des Eidgenössischen Militärdepartements) vom Januar 1968: "Die jüngsten Ereignisse haben deutlich gezeigt, dass man aus der wirtschaftlichen Integration (EWG) ein politisches Element machen will . . . Dieser übernationale Eingriff kann langsam zu einem Auflösungsprozess der politischen Einheit der Schweiz führen. Sobald die Ueberzeugung fehlt, an ein gemeinsames Schicksal gebunden zu sein, der schweizer Bürger

nicht mehr selber seine Zukunft schmiedet und sobald dem Willensakt, der die Schweiz geschaffen und durch die Jahrhunderte hindurch geleitet hat, keine Bedeutung mehr zukommt, weil die Zukunft anderswo gestaltet wird, scheint mir, dass alle Voraussetzungen da sind, damit die Sippe, die Sprache, die Religion die Oberhand gewinnen und die langsame Auflösung des Bündnisses bewirken. Der Traum der Technokraten hätte einmal mehr die Politik auf die Seite geschoben, und die reine wirtschaftliche Logik, die materiellen Vorteile hätten uns der Freiheit beraubt, die immerhin für uns mehr wert ist als der grosse politische Raum, wo wir zum Verschwinden verurteilt wären."

Die "Furcht vor einem Identitätsverlust des Landes" (Jahrbuch der Neuen Helvetischen Gesellschaft 1968) bestimmt hier vieles. Da ist zB die Sorge vor der Ueberfremdung durch ausländische Arbeitskräfte. Natürlich muss sie sich sofort gegen die tagesüblichen Schlagworte von Rassismus, Faschismus, Fremdenhass, Xenophobie usw. zur Wehr setzen, doch hat dennoch auch hier der gesunde Instinkt gesiegt (mittels eines Volksbegehrens) und es werden seit Mitte 1967 weniger Arbeitsbewilligungen für Ausländer erteilt.

Ein anderes Problem stellt die separatistische Bewegung in der französischen Westschweiz, insbesondere im Jura dar. Die Aufwertung der französischen Welt durch De Gaulle hat das seit 150 Jahren schwelende Feuer neu entfacht. Die französische Ablehnung der Auslieferung des Separatisten Hennin hat den Vorgängen sogar bereits internationales Echo verschafft. Ganz im Gegensatz zur deutschsprachigen Schweiz, die sich immer wieder gegen fremde Mächte hatte verteidigen müssen, fehlt der Romandie dieses einende Geschichtsbewusstsein gegenüber den Nachbarn. Bomben und Protestkundgebungen begleiten die Vorgänge, da auch hier die Demokratie nicht bereit ist, der Natur ihr Recht zukommen zu lassen.

Dabei denken diese "Separatisten" nur eher an eine kulturelle Autonomie und Loslösung von dem deutschbeherrschten Kanton Bern. Gerade im Auslande sieht man die nach wie vor bestehende Geschlossenheit und Festigkeit des einenden Bandes. Die Auslandsschweizer, "die fünfte Schweiz", spielen im nationalen Leben eine Rolle, wie wir sie seit der Gründung Israels nur von den Juden her kennen. Ganz im Gegensatz etwa – um das für uns naheliegende Beispiel zu nennen – zur BRD, haben die schweizer Auslandsvertretungen ständigen Kontakt mit allen Auslandsschweizern in ihrem jeweiligen Bereich, beraten sie kostenlos und unaufgefordert bei Pensionen, Sterbefällen, Krankheit usw. Schon der Ton der Korrespondenz ist ein ganz anderer. Der Auslandsschweizer betritt seine Vertretung nicht im Gefühl, zu einem Widersacher, zu einem schikanösen Feind seines Volkstums, zu einem herrschsüchtigen Bürokraten zu gehen, den er notgedrungen aufsucht und im übrigen so viel wie möglich meidet, sondern im Bewusstsein, zu Hause zu sein, und in der gar nicht angezweifelten Ueberzeugung, dass man seinen Wunsch erfüllen wird.(*441) Die folgende Anzeige in einer schweizer Tageszeitung sagt genug für unseren Vergleich: "Bei weitem nicht alle Auslandsschweizer sind in der Lage, ihren Kindern, den "kleinen Botschaftern unseres Landes", einen Ferienaufenthalt in der Schweiz zu ermöglichen und ihnen dabei ihre Heimat näherzubringen. Anmeldung von Ferienfreiplätzen..." Genau wie in Westdeutschland für die auslandsdeutschen Kinder, nicht wahr? Und die Schweiz hat auch mit den meisten Staaten Abkommen geschlossen, wonach bei Doppelstaatsangehörigkeit der Militärdienst in der Schweiz von dem jeweiligen anderen Dienst befreit. (Hier allerdings hört mein Vergleich endgültig auf, denn auf die deutschen Farben vereidigte Soldaten gibt es ja nicht mehr in Deutschland.)

Die Schweiz ist denn auch die bestgerüstete Macht Europas (und nicht abhängig von NATO-Entscheidungen). Nicht nur, dass in jedem Kleiderschrank

ein Sturmgewehr mit der dazugehörigen Munition steht. In Stunden können zwanzig hochmodern ausgerüstete Divisionen bereitstehen (im Verhältnis zur Bevölkerungszahl müsste die NATO 300 Divisionen aufbringen). Der gesamte zentrale Alpenraum ist ein einziges zusammenhängendes unterirdisches Festungssystem. Im Januar 1967 wurde eine Landesverteidigungsübung gestartet, wie sie kein anderer Staat Europas auch nur annähernd so umfassend durchführen könnte (mit Notstandsregierung usw.).

Bei der Dichte der modernen Nachrichtennetze konnte es natürlich nicht ausbleiben, dass sich auch in der Schweiz Zersetzungserscheinungen zeigten. Es ist jedoch nirgends zu regelrechten Studentenunruhen gekommen wie in den Nachbarländern. Denn auch hier hat die Schweiz den Weg zur Neutralität rechtzeitig beschritten. Als 1967 bekannt wurde, dass die "International Student Conference" (*442) von der CIA (dem amerikanischen Geheimdienst) finanziert wurde, kündigte der VSS (Verband der Schweizerischen Studentenschaften) seine Vollmitgliedschaft.(*443)

Die Schweiz im Zentrum Europas packt auch die anderen Probleme unserer Zeit mit vorbildlichem Verantwortungsbewusstsein für die ihr anvertrauten Menschen ohne geschichtsphilosophische, mehr oder weniger geisteskranke Belastungen an. In dem bereits einmal zitierten Nationalen Jahrbuch 1968 der Neuen Helvetischen Gesellschaft finden wir die folgenden, wahrlich nicht nur für die Schweiz zutreffenden Sätze (Prof. Emil Egli, Zürich): "Die Zivilisationslandschaft greift immer noch zunehmend nach unserer Existenz. Sie gefährdet uns nicht mehr nur mit Wassern, die sich selber zu regenerieren nicht mehr imstande sind. Sie gefährdet uns nicht mehr nur mit übernutzter Luft, mit überforderter Natur, sondern auch noch mit der Lärmattacke des Homo faber, der sich selbst und seinem eigenen Werk trotz noch so modern organisierter Zivilisationsflucht kaum noch entrinnen kann. Die hochkonjunkturelle Wirtschaft, die betont und deutlich für die Erhaltung und Mehrung des Lebensstandards arbeitet, gefährdet und tangiert zugleich mit immer neuen unheilvollen Emissionen die Gesundheit des Menschen der Hochzivilisation. Es ist ein altes Wissen, dass jeder technische Fortschritt mit einem Tribut bezahlt werden muss, und die Weisheit bestünde darin, Fortschritt und Tribut gegeneinander abzuwägen und als Entscheidungsmass allein die Lebensehrfurcht einzusetzen. Man scheint sich aber in manchen Wirtschaftssektoren wenig Sorge um das sogar auf die nächste Generation übergreifende Ausmass der Tribute zu machen. Wir sind möglicherweise so weit, dass die offensichtlich hochgesteigerte Wirtschaft durch eine Reduktion ihrer selbst – was Mahner und auch Behörden immer wieder anstreben – den Wohlstand des Menschen kaum ernstlich schmälern, sein Wohlbefinden aber unzweifelhaft weniger gefährden würde. Wenn wir uns fragen, was es denn ist, das unserer Hochkultur immer wieder den Anstoss zum Abgleiten in die blosse Zivilisation gibt, so müssen wir erkennen, dass es innerhalb der notwendigen Wirtschaft ihre bedenkenlosen Auswüchse sind. "Erst dort kann von echter Kultur die Rede sein (zitiert Egli Hellpach, "Geopsyche", 1965), wo Völker ihre Lebensinhalte und Lebensformen einem unbedingt höchsten geistigen Wert unterordnen und nach ihm gestalten. In diesem Sinne haben sehr zivilisationsarme Menschheitszeitalter hohe Kultur besessen und braucht eine hochzivilisierte Epoche keineswegs eine "Kultur" vorzustellen"." Egli fordert daher die "Erholungslandschaft" und die Bereitstellung von Mitteln, diese nicht nur in abgeschlossenen Naturparks, sondern viel ausgreifender zu erhalten, eine Entwicklungshilfe, die wirklich eine wäre. So lebt die Schweiz, von jenen, die bei ihrer menschlichen Tätigkeit über Nigeria abgeschossen wurden, bis zu den Menschen in der Heimat heute noch – **als einziges** Land Europas – dessen Sinn für Verantwortung der Welt vor.

---

*438 - Die Schweiz vertrat Anfang 1968 in Kuba die USA, Argentinien, Guatemala, Honduras, Brasilien, Chile, Ekuador, Venezuela, Kolumbien und Haiti, in Algerien die USA, Grossbritannien und die BRD, in Syrien Grossbritannien, in Ungarn Israel, in Argentinien Venezuela, in Guatemala Grossbritannien, in Senegal Portugal, in Israel Iran, in Bulgarien die Philippinen und in Spanien Rumänien.

*439 - Schon von ihrem Vorgänger, dem Völkerbund konnte Nahum Sokolov auf dem Karlsbader Zionistischen Kongress 1922 sagen: "Er ist eine jüdische Idee". Die Charta der Vereinten Nationen (oder neuerdings als "Vereinigte" Nationen von den Konformisten bezeichnet, um der Einweltregierung wenigstens im Ausdruck wieder etwas näher zu kommen) wurde von dem in Pavlograd 1893 geborenen Zionisten Pasvolsky ausgearbeitet. Ihr erster Generalsekretär war Trygve Lie (von 1946 bis 1953), dessen subversiver Tätigkeit im Rahmen der Comintern Trotzky in seinem Buch "Stalin and his Crimes" (Stalin und seine Verbrechen) ein ganzes Kapitel widmet. (Seine Tochter heiratete den jüdischen Grundstücksmakler William Zeckendorf.) Ihm folgte mit Unterbrechung Dag Hammarskjoelds (den wir im Rahmen der Katangaaktion bereits erwähnten) U Thant, bis dahin Direktor der kommunistischen burmesischen Organisation "Volksfreiheitsliga". Die Schlüsselstellungen in den UN sind mit Zionisten besetzt. Wir zitieren (mit ihrem englischen Titel):

Dr. H. S. Bloc, Chief of Armaments and Enforcements Section
Antoine Goldet, Principal Director, Dept. of Economic Affairs
Ansgar Rosenborg, Special Adviser, Dept. of Economic Affairs
David Weintraub, Director, Div. of Econ. Stability and Development
Karl Lachman, Chief Fiscal Division
Henri Langier, Ass. Gral. Secr. in Charge, Dept. of Social Affairs
Dr. Leon Steinig, Dir. of Narcotics Division
Dr. E. Schwelb, Ass. Dir. Human Rights Division
H. A. Wieschoff, Chief, Analysis and Research Sect., Dept. of Trusteeship of Non-self-governing Territories
Benjamin Cohen, Ass. Gral. Secr. in charge of Dept. of Public Information
J. Benoit-Levy, Dir., Films and Visual Inf. Div.
Dr. Ivan Kerno, Ass. Secr. Gen. in charge of Legal Dept.
Abraham H. Feller, Gral. Counsel and Principal Dir. Legal Dept.
Marc Schreiber, Legal Counsellor
G. Sandberg, Legal Counsellor, Div. for Development and Codification of Int. Law
David Zablodowsky, Dir. Printing Division
George Rabinovitch, Director Interpreters Division
Max Abramovitz, Deputy Dir. of Planning Office
P. C. J. Kien, Chief, Gral. Accounts Section
Mercedes Bergmann, Executive Officer Bureau of Personnel
Paul Radzianko, Secr. of Appeals Board
Dr. A. Signer, Medical Officer in charge of Health Clinic
Jerzy Shapiro, Director UN-Information Center, Genf
B. Leitgeber, idem Neu Delhi
Henri Fast, idem Schanghai (inzwischen aufgelöste Dienststelle)
Dr. Julius Stawinski, idem Warschau
usw.

*440 - Wie es noch sein musste zu Ende des letzten Krieges. Damals handelte

es sich um offensichtliche Verletzung der Neutralität, als die Schweiz deutsche Westflüchtlinge den Besatzungsbehörden gegen Zahlung von 100 Dollar pro Kopf wieder zurückerstattete. Oder als die Schweiz die deutschen Privatguthaben auf ihren Banken beschlagnahmte und die Beträge den Siegern aushändigte.

*441 - Auf der Botschaft der BRD in Buenos Aires traf 1967 die Anfrage eines Herrn Wolf ein, worin dieser um Auskunft einer eventuellen Entschädigung für Bombenschaden in Deutschland bat. Man hielt den Schreiber für einen Juden und so erhielt er nicht nur von der Botschaft selbst ein paar Fragebogen, sondern gleichzeitig von einem jüdischen Anwalt das Angebot, sein Wiedergutmachungsverfahren einzuleiten. Als der Schreiber für so viel Entgegenkommen dankte und sagte, dass er Christ sei, lehnte der Anwalt jede weitere Mitarbeit ab. Als der Betroffene erneut an die Botschaft schrieb und bat, "ihm nunmehr den Anwalt für nichtjüdische Angelegenheiten namhaft zu machen" erhielt er — bis heute — keine Antwort mehr.

*442 - Die ISC entstand nach dem II. Weltkrieg als Dachorganisation nationaler Studentenverbände, um ein Gegengewicht gegen die kommunistisch beeinflusste "International Union of Students" zu bilden.

*443 - Es wurde durch Veröffentlichung in einer linksextremen amerikanischen Studentenzeitung (Denunziant der Student Michael Wood) Anfang 1967 bekannt, dass die CIA bereits jahrelang auf dem Wege über wohltätige Stiftungen, die als Strohmänner figurierten, der N.S.A. (National Students Association der USA) laufend grössere Summen zur Verfügung gestellt hatte, wobei der N.S.A. die eigentliche Herkunft dieser Gelder bis Anfang 1967 unbekannt war, und die CIA der NSA auch keinerlei Bedingungen für die Verwendung der Gelder gestellt hatte. Nach der genannten Veröffentlichung kam es zu einem geradezu burlesken Schattenkampf, bei dem alle Beteiligten nach der verkehrten Seite hin ausschlugen. Die demokratische Welt sprach von der Ungeheuerlichkeit des politischen Missbrauchs von Studenten zugunsten der USA. Die (meist linksgedrallten) Studenten waren entsetzt, ihre Antivietnamkundgebungen im Auslande mit CIA-Geldern finanziert zu haben, die Ausländer zogen sich von einem Lande zurück, in welchem eine "unsichtbare Regierung" regierte. Dabei stellte es sich bei den Untersuchungen heraus, dass die CIA-Zuwendungen laufend mit Wissen einer parlamentarischen Kommission erfolgt waren (wie übrigens alle CIA-Zahlungen), die sich zusammensetzte aus den Herren Katzenbach, Cyrus R. Vance und Walt W. Rostow, also aus Personen, über deren "demokratische Integrität" nun wahrlich keine Zweifel bestehen. Dass ein Mann wie Rostow, dessen erklärtes politisches Ziel die Auflösung der Vereinigten Staaten als Nation ist (wie wir bereits erwähnten), keinerlei Einwendungen gegen die Ueberlassung hoher Summen an die NSA erhob (die gegeben wurden, "um dieser die Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen auf Kongressen, Einladungen usw. zu ermöglichen"), zeigt nur, dass die Geldgeber eben völlig sicher waren, ihre Gelder kämen in die richtigen Hände. Sie brauchten wirklich keine Auflagen für die richtige Anlage der Gelder zu machen. Diese Auflagen wurden den jungen Empfängern in den Campus bereits von anderer Seite anerzogen. Eine Organisation wie die CIA (die ja zB auch die uns so gut als kryptokommunistisch bekannte Radiostation "Radio Free Europe" leitet) wusste sehr gut, warum sie der NSA Gelder gab. Dass jetzt die versteckte Form dieser das Licht der Nation scheuenden Geschenke gerade die chronisch auf Angriff geschaltete befreundete Linke argwöhnisch gemacht hatte, ist eine Panne gewesen, die man durch einen rechtzeitigen Querfunk wohl hätte vermeiden können. CIA und Kuba, die ja jetzt auch

in der Person des geflüchteten bolivianischen Innenministers und Doppelagenten Arguedas sich so gütlich trafen, hatten sich in ihren eigenen Netzen verwickelt. "Time" vom 24.2.67 bemühte sich, den Fall zu verharmlosen. Dabei zitiert sie CIA-Direktor Helms Aussage vor der Senatskommission: "Die CIA unternimmt nichts ohne formgerechte Zustimmung der zuständigen Beamten und diese sind nicht in der CIA." ("The CIA takes no action without the appropriate approval of the appropriate officials, and they are not in the CIA.") Dieser Satz verdient notiert zu werden, denn besagt er doch nicht mehr und nicht weniger, als dass die unsichtbare Regierung, "the Invisible Government" SICH DER CIA BEDIENT.

Im übrigen kommt "Time" dabei auch auf Pearl Harbour zu sprechen, und die Form, wie das geschieht, steht im schärfsten Widerspruch zu den inzwischen längst einwandfrei geklärten Vorgängen. Sie zeigt, wie weit auch dieser Artikel der "Time" sich von der Wahrheit entfernt. Es heisst nämlich: "Der heimtückische japanische Angriff war einer der geschichtlich schwerwiegendsten Fehlschläge angewandter Vorauskenntnis." Es gehört schon ein ziemliches Mass von Vertrauen in die Unwissenheit der Leser dazu, einen solchen Satz nach dem völligen Zusammenbruch der Rooseveltschen Lügen noch heute zu drucken. Der japanische Angriff auf Pearl Harbour war von den USA im Rahmen der Rooseveltschen kriegstreiberischen Politik nicht nur durch die Verhandlungsführung mit den Japanern absichtlich provoziert worden (unzumutbare, ja ehrenrührige Forderungen auf diplomatischem Gebiet, Einfrierung der japanischen Guthaben, Verbot der Schrottausfuhr. Siehe Nabutaka Ike: "Japans decision for war", 1967) sondern war ganz konkret dank der Dechiffrierungsmöglichkeit des japanischen "Purpur-Kodes" tagelang vorher bereits den höchsten USA-Marinestellen bekannt, wurde jedoch nicht den örtlichen Autoritäten auf Hawai mitgeteilt (vgl. das sensationelle Buch des amerikanischen Konteradmirals Robert A. Theobald "The Final Secret of Pearl Harbour", mit Vorwort des amerikanischen Konteradmirals H.E. Kimmel. Vgl. des weiteren das sehr empfehlenswerte Büchlein von Hellmuth G. Dahms: "Roosevelt und der Krieg"). Roosevelt hielt sich damals absichtlich fern von telefonisch erreichbaren Orten. Einen Tag vor Pearl Harbour aber gab er auf Empfehlung der Zionisten Sachs, Einstein und Lubin den Befehl zur Herstellung von Atombomben, und Nobelpreisträger Einstein bat später den Präsidenten flehentlich schriftlich darum, diese über Deutschland abzuwerfen.

*

PORTUGAL

Portugals Gegenwart beginnt 1927. Damals machte sich das Land in einer blutigen Revolution frei von der Herrschaft der Freimaurer. Diese hatten, beginnend mit dem Mord des Königs und des Thronfolgers 1908, fortsetzend in der Revolution von 1910 mit der Vertreibung des jungen Königs Manuel die Ausrufung der Republik erreicht. Wortführer der Weltfreimaurerei machten in Lissabon selbst, wie in Paris, Brüssel und London keinerlei Hehl daraus, dass diese Umwälzungen von ihnen herrührten. Infolge der Missstände unter der Herrschaft

der Freimaurer wuchs jedoch der Widerstand nach dem I. Weltkrieg gegen das Regime und machte sich in immer grösseren Unruhen bemerkbar, bis dann General Carmona 1926 eine Militärdiktatur errichtete, "die sich den aufrichtigen Hass der Freimaurer zuzog" ("Neues Wiener Journal"). So kam es zur mit Geldern der Freimaurerei finanzierten bolschewistischen Revolution vom 3. Februar 1927 in Oporto. Die siegreiche Regierung erklärte die Freimaurerei offen als Urheberin des blutigen Bruderkampfes. Bald darauf erschien ein Dekret, welches die Aufhebung der politischen Klubs und geheimen Gesellschaften verfügte, d.h. das Verbot des Logenwesens in Portugal. Am 30. Juli 1927 wurde an die akademische Jugend in Lissabon mit Unterschrift zahlreicher Studentenführer ein längeres Flugblatt gegen die Freimaurer verteilt: "Legt sie in Ketten, die Aufrührer und Meuchelmörder. Legt sie in Ketten, die Mörder, die die heilige Erde Portugals mit Blut durchtränkten. Nieder mit der Freimaurerei."

Carmonas Wirtschaftsminister, Professor Salazar, brachte dann das portugiesische Wunder fertig, stabilisierte die Staatsfinanzen und schuf die Grundlagen, auf denen Portugal als einziges Land Europas nach dem II. Weltkrieg in der Lage war, seinen Staatsbestand auch in seinen Ueberseeischen Provinzen gegen den Ansturm der Sieger von 1945 zu halten. Von allen Seiten muss dieses Land jedoch weiterhin die unermüdlichen Angriffe der 1927 Besiegten abwehren. Im November 1967 erlaubte sich sogar eine Gruppe von 235 Portugiesen (unter ihnen einige Professoren, Anwälte, Schriftsteller und Journalisten) sich an die Nationalversammlung zu wenden und um Aufhebung der damals eingerichteten Zensur zu bitten. Der Papst sah sich gezwungen angesichts der konservativen Haltung der portugiesischen Katholiken im Mai 1967 eine Wallfahrt nach Fatima zu machen, "da ihm der innere Friede der katholischen Kirche nach der Erschütterung durch das Zweite Vatikanische Konzil am Herzen lag", denn Portugal hatte den Einbruch der Zionisten nicht mitgemacht. Scharf wird nach wie vor gegen sich bildende kommunistische Zellen vorgegangen.

Die politische Stabilität des Landes ist denn auch die Grundlage für den wirtschaftlichen Aufschwung, den es durchmacht. 1967 lief der dritte portugiesische Sechsjahresplan an. Investitionen im Gesamtwert von 123 Md. Escudos sind vorgesehen. Beachtenswert ist, dass durch die Errichtung der Salazar-Brücke über den Tejo bei Lissabon (der grössten Hängebrücke Europas) die Südprovinzen, insbesondere Algarve, für den Fremdenverkehr erschlossen werden konnten und man bereits 1966 mit mehr Einnahmen aus diesem als aus der Ausfuhr der drei Hauptexportwaren, Fischkonserven, Wein und Kork, erzielte. Die Lage in Portugal wird sogar so optimistisch beurteilt, dass andere europäische Länder, insbesondere der EFTA-Partner Schweden, in Portugal Textilbetriebe grössten Umfangs errichteten, die die dort hergestellten Waren nach Schweden usw. ausführen.

Als einziges Land Europas kannte Portugal 1968 keinerlei Studentenunruhen. Ein Land, in welchem die Jugend Aufgaben vor sich hat, wird logischerweise derartigen Zersetzungserscheinungen gegenüber immer weitgehend immun bleiben.

Als dann Salazar aus Gesundheitsgründen im Oktober 1968 ausscheidet kann die Weltfreimaurerei kaum schnell genug zur Zerstörung seines Werkes ansetzen. Die gesamte Weltpresse ist augenblicks voll von Geschichtsfälschungen (Intoleranz, Zwangsregime, unsinnige Belastungen des Staatshaushalts durch die Kolonien – die man wieder frech als solche bezeichnet, Fernhalten des Volkes von der Regierung, Intellektuelle im Wohlleben eingeschlafen, hoher militärischer Aufwand, der Landesverräter Delgado wird als Held der Demokratie hingestellt) und einer Verzerrung des Abtretenden (Bewunderung für Mussolini, Hochschätzung für Hitler, autokratisches Regieren, schärfste Pressezensur

wirft man ihm vor). Man kann sich nach deutschem Vorbild ausmalen, wie bald schon die vierzig Jahre portugiesischer glückhafter Entwicklung umgefälscht werden in Jahre des Terrors und des Zwanges. Mit dem Auftreten der vom Osten bewaffneten, von New York finanzierten Rebellen in Uebersee und der auf breiter Front einsetzenden liberalen Zersetzung ist Portugal ein mehr als typisches Beispiel für das Zusammenspiel der Mächte hinter den Kulissen zur Zerstörung nationaler Grösse und Unabhängigkeit, zum Zwecke der Ersetzung des Glückes eines ganzen Volkes durch die demokratische Gewaltherrschaft. Wenn dann an die Stelle eines Menschenalters von Ruhe und Frieden Unruhe und Unfrieden, Attentate und Demonstrationen, getreten sind, dann wird man diejenigen, die für Ordnung und Gesetz eintreten, als "Missmutige, Unzufriedene, kleine Rebellen" bezeichnen, wie man heute die Wähler von Wallace in den USA im Vollbesitz demokratischer Ueberheblichkeit charakterisiert, und wird die für die Hetzer und Zerstörer erreichte Freiheit ganz gross als Sieg feiern. Dass diese Entwicklung möglich ist, liest man hoffnungsvoll aus den Worten, mit denen Salazars Nachfolger Caetano am 27.9.68 vor die Nationalversammlung trat: "Das Land hat sich daran gewöhnt, jahrelang von einem genialen Mann geführt worden zu sein. Es muss sich nun daran gewöhnen, eine Regierung vor sich zu haben, die aus Männern besteht, wie es sie überall gibt. Die Kontinuität der grossen Linien der portugiesischen Politik wird gewahrt bleiben, doch wird das die neue Regierung nicht daran hindern, die notwendigen Reformen durchzuführen." Klar, dass in solcher Lage auch Herr Kiesinger sofort auftritt, um (24.10.68) "nicht nur die Lage nach der sowjetischen Besetzung der Tschechoslowakei zu besprechen, sondern auch sich an der Entwicklung der portugiesischen Ueberseegebiete zu beteiligen", da "Portugal keine Kolonialpolitik im eigentlichen Sinne des Wortes mehr betreiben wolle" (dpa).

*

SPANIEN

Spaniens neueste Geschichte ist gezeichnet von der Freimaurerei. Der Sturz der Bourbonen (1808) bei dem Vormarsch Napoleons wurde von der spanischen Freimaurerei mit Jubel begrüsst. Joseph Bonaparte, der Gauleiter des Kaisers, stand dann an der Spitze des spanischen Grossorients und nach der Rückkehr der Bourbonen, 1814, hatten die Freimaurer unter Verfolgungen zu leiden. Von da an arbeiteten die spanischen Freimaurer unverhüllt an der Beseitigung der Monarchie und an der Errichtung der republikanischen Staatsform. Am 31. Mai 1905 erfolgt das erste Attentat bei dem königlichen Hochzeitszug aus Anlass der Vermählung Alfons XIII. (seit 1885) mit Ena von Battenberg. Dann unterstützt die Freimaurerei von England aus die Revolution von 1910. 1912 wird der spanische Ministerpräsident Canalejas von der Freimaurerei ermordet. Gegen diese Umtriebe errichtet Primo de Rivera unter Alfons XIII. 1923 die Diktatur und schliesst 1925 die Grossloge von Madrid. Schon im November des gleichen Jahres kommt es daher zur Revolution. Auch diese wird niedergeschlagen und die Urheber verlegen das Zentrum ihrer subversiven Tätigkeit nach

Paris. Am 14. April 1931 erringen sie endlich mit der Ausrufung der Republik den Sieg. Doch gelingt es dann General Franco, Spanien vor dem Kommunismus zu retten. Englands Ministerpräsident Attlee grüsst mit erhobener Faust die Massen in Barcelona, in einer Internationalen Brigade kämpfen die Gegner Europas Schulter an Schulter, der Sohn Roosevelts, Eisler, der spätere Sicherheitschef der DDR, der Prinzregent von Holland, und Zionisten aus aller Herren Länder. Bezeichnend ist, mit welchen Ehren man diese Herren im westdeutschen Schrifttum nach 1945 überhäuft und die blutigen Greuel dieser Horden verschweigt. Das Deutsche Reich entsendet mit der Legion Kondor Freiwillige, nachdem es bereits in der ersten Phase des Kampfes den Einsatz marokkanischer Truppen durch die Gestellung von Junkers-Transportmaschinen ermöglicht hatte.

Im Gegensatz zu Mussolini weiss Franco, sich aus dem II. Weltkrieg herauszuhalten. Lediglich die "Blaue Division" erwirbt sich unsterblichen Ruhm an der Seite der deutschen Wehrmacht im Osten. Da Franco auch in der Innenpolitik pragmatisch vorgeht, haben die ewighassenden Gegenkräfte es schwer, erneute Ansatzpunkte für ihre alten Pläne zu finden. Als Franco jedoch meint, die Zügel lockern zu können, kommt es 1967 zu sehr bezeichnenden Unruhen, zunächst in Arbeiterkreisen und dann unter den Studenten. Die amtliche spanische Nachrichtenagentur CIFRA sagt im Februar 1967: "Die Gegenwart von Ausländern in der geheimen Zusammenkunft, die grössere gewerkschaftliche und Studentenfreiheit forderte, lässt uns heute vermuten, dass nach allem, was man aus Studentenkreisen hört, die Organisation der sogenannten "Syndikate der Freien Studenten" inspiriert worden ist, wenn nicht gar geleitet wurde von den gleichen Personen, die Gelder der CIA zur Verfügung stellten, um die Tätigkeit der sogenannten "Freien Gewerkschaften" auszubauen." Wir erfuhren bereits von dem Direktor der CIA, dass diese nur als Werkzeug, nicht aus eigenem Antrieb tätig wird. Wir erfuhren auch bereits aus Anlass der Morde an Kennedy, Verwoerd, Kennedy und Martin Luther King, wes Werkzeug die CIA, die man nach den Vorgängen dahinter annehmen muss, ist, wie die Weltfreimaurerei diese Taten begleitete, gemäss ihrem alten Grundsatz, Persönlichkeiten zu beseitigen, welche durch ihr Prestige in der Lage wären, das Gesicht der Geschichte zu ändern. Die von Freimaurern gelenkte Zeitung "Journal de Genève" schreibt am 25. Juni 1968 über die Situation in Spanien: "Die Faschisten erheben schon wieder ihr Haupt. Die Ausweitung von Gewalt und Chaos in den demokratischen Ländern ist geeignet, den spanischen Faschismus zu stärken... So sind die Totalitären Spaniens in der Stunde, in welcher die Demokratie allem Anschein nach überall in der Welt geschwächt wird, überzeugt, dass die Bedingungen günstig sind für eine neo-faschistische Erneuerung." Und in Spanien selbst werden die Weltereignisse wie folgt charakterisiert (M. Rodrigo Royo, Chefredakteur der Madrider Tageszeitung "Diario SP" unter dem Titel "Die Demokratie muss sterben!"): "Diese Demokratie ... kann grosse Männer nicht dulden... Die Demokratie kann nur die Mittelmässigkeit akzeptieren. Wenn ein Kennedy kommt, wird er gar ermordet. Kommt endlich ein Franco, so ruft man ihm zu, er solle gehen. Ich glaube nicht, dass nach all diesem es einen einzigen Menschen geben würde, der die Kühnheit besässe, öffentlich in Spanien die Einführung eines politischen Systems zu fordern, dessen Spezialität die Ermordung der Besten ist, die Unordnung, die Ungerechtigkeit, die Unsicherheit des Einzelnen, die Plünderung, die rassische Diskrimination, der politische Mord und die Ausnützung des Menschen durch den Menschen." Und Jesús Suevos schreibt im "Arriba": "Am Ende des II. Weltkrieges wurden diejenigen unter uns, die sich im Lager der "Freien Welt" befanden, überschwemmt mit Lobhudeleien zugunsten der Demokratie und ihrer tausendundeine Tugenden. Man begrüsste damals

das nordamerikanische politische System als das des Humanismus und als das zutreffendste. Aber jetzt — so, wie wir niemals aufhörten, es zu betonen — , ist es selbst Kindern klar, dass die liberale Demokratie der Vereinigten Staaten, so wie die liberale Demokratie überall anderswo, eine grosse Lüge ist, ein dauernder Volksbetrug." Diejenigen also, die die Dinge beim Namen nennen, werden sofort verschrieen als "Faschisten", so als handle es sich um Untiere wie jene, denen wir in den Urwäldern Afrikas begegnet sind. Und genau wie in den Zeiten der "semana trágica" eines Ferrer wird von Paris aus die Opposition geschürt. Im Februar 1968 fand in der französischen Hauptstadt eine Konferenz statt unter dem typischen Titel "Freiheit in Spanien". Es müsse "dem spanischen Volk der Weg in die eigene Freiheit gewiesen werden". Die westeuropäischen Universitäten wurden aufgerufen, Studenten und Professoren aufzunehmen, die aus den Hochschulen Spaniens ausgeschlossen werden (auf denen es im übrigen einen Freiwilligen Arbeitsdienst, den Servicio Universitario de Trabajo mit gerade heute zunehmender Mitgliederzahl gibt). Schon als Frankreich in selbstverständlicher Verteidigung seiner Souveränität bundesdeutsche Unruhestifter im Mai 1968 auswies, hatte Bonn es sehr eilig, lautstark von der Veröffentlichten Meinung unterstützt, dagegen zu protestieren. Die Satelliten der New Yorker beschreiten auch hier willig und gehorsam den Pfad der Königs- und Präsidentenmörder.(*444)

Dass man in Spanien jedoch nach wie vor im Sinne der europäischen Traditionen denkt, weder sein Gewissen noch sein Gedächtnis verkauft hat, andererseits aber über eine einmalige weltstrategische Position verfügt, hat denn auch die Nordamerikaner vor gewisse Probleme gestellt. Spanien ist nicht Mitglied der NATO, denn "der Umstand, dass Spanien zweifelsohne ein antikommunistisches Land ist, stellt keine ausreichende Begründung für seinen Einschluss in einen Pakt dar, der eine Allianz demokratischer Völker ist, mit dem Zweck, die demokratische Lebensart zu verteidigen" (Ernest Davies, Staatssekretär im Foreign Office). Die USA schlossen daher direkte Militärabkommen mit Franco ab und unterhalten Militärbasen auf spanischem Boden. Diese sind den Amerikanern so wichtig, dass Spanien es sich erlauben kann, mit der Kündigung dieser Verträge zu drohen (Januar 1968), wenn man seine Ansprüche auf Gibraltar übersehen sollte. Im übrigen neigt man dem greisen De Gaulle willig das Ohr, als dieser in letzter Lebensminute mit dem Konzept eines "Neutralen Mittelmeers" versucht, den grössten politischen Fehler seines Lebens, den Verrat Algeriens, abzuschwächen und die Feinde Europas aus ihm zu vertreiben.

Um die Rückgliederung von Gibraltar wird hart gerungen. Grossbritannien veranstaltete im September 1967 eine Volksabstimmung; die UN aber (Spezialkomitee für Kolonialfragen) lehnte dieses Kampfmittel ab. Demokratie ist eben nicht für jedermann. Denn 99% der Wähler stimmten für die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes.

Die spanische Wirtschaft ist nicht ohne Krisensymptome. Insbesondere hat die Landwirtschaft nicht den Anschluss an die Gegenwart mit ihrer Technisierung gefunden. Es wurden daher in den letzten Jahren mehr Agrarprodukte importiert als exportiert. Das aber ist ein Luxus, den Spanien sich schon deswegen nicht leisten kann, weil die sehr ungleich ausgestattete Industrie erhebliche Investitionslücken aufweist und der Fremdenverkehr sein Maximum überschritten zu haben scheint. Regionale Spannungen zwischen Barcelona und Madrid (ersteres mit einer organisch gewachsenen Industrie, letzteres in seinem Industriegürtel bewusst als Gegengewicht zur Hauptstadt Kataloniens von der Regierung gefördert) ergänzen das Bild einer Lage, in welcher die professionellen Unruhestifter mannigfaltige Ansatzpunkte finden können.

*444 - In Westdeutschland verfolgt man derzeit die Taktik, die Freimaurerei als längst erledigtes Phänomen ohne jegliche Bedeutung hinzustellen, während sie in Wirklichkeit bereits sehr wesentlich die westdeutsche Politik bestimmt. Fünf verschiedene Persönlichkeiten, die seit Jahrzehnten an Positionen mit weltweiter Uebersicht stehen, bestätigten dem Berichterstatter aus Westdeutschland die Beeinflussung von Politikern und grossen Firmen durch die neuentstandenen Logen. Die Absicht, das Zweiparteiensystem einzuführen, kommt ebenfalls aus diesen Kreisen. Es ist erstaunlich, wie selbst gut katholische Persönlichkeiten dieser Uebergabe der Macht zustimmen, obwohl die Freimaurerei noch nach jüngstem Ausspruch des Heiligen Vaters als entschiedener Feind der Kirche anzusehen ist.

Die Tätigkeit des westdeutschen Studenten Cohn-Bendit in Paris wird von den Steuerzahlern des Landes Hessen unter der Bezeichnung "Wiedergutmachungshilfe" finanziert. Generalstaatsanwalt Bauer, der inzwischen (um in der Terminologie der katholischen Kirche zu sprechen) zur Hölle fuhr, liess keinerlei Ermittlungen anstellen.

ITALIEN

lebt noch heute von dem Werk Mussolinis. "Man muss annehmen, dass im heutigen Italien", schreibt Paul Gentizon noch 1951, "die Demokratie nur ein einfacher Spuk auf faschistischem Hintergrunde ist, eine durch höhere Gewalt erzwungene Verkleidung, und oft kommt der Fremde zu dem Schluss, dass trotz Niederlage und Zusammenbruch des Systems Mussolini, das italienische Volk wesenhaft faschistisch geblieben ist." Es bewahrte die ihm in der Zeit des Faschismus anerzogenen Qualitäten trotz der mehr als 100 000 Meuchelmorde, mit denen die Demokratie auch in Italien einzog. (*445) Die Zerstörung der italienischen Volkskraft und Einheit gewann nur sehr langsam an Boden. Hatte man mit dem Raub der Ueberseegebiete wohl einen nicht unwesentlichen Anfangserfolg in dieser Hinsicht erzielt, so konnten tiefere Einbrüche doch erst in der nächsten Generation den Staat auch von innen her aufbrechen. In der Affäre Montesi (die ja mit ihren Frauenleichen genügend Platz auch in den westdeutschen Illustrierten einnahm) stieg der Kloakengeruch der Demokratie erstmalig an die Oberfläche. Im Jahre 1967 begann die Geheimdienstaffäre ähnliche Höhlen offen zu legen. Die Sozialisten erhielten fleissig Bezüge vom SIFAR, dem italienischen Geheimdienst, und man hat den Eindruck, dass die Zustände so weit gediehen sind, dass gewisse Generale die Ausschaltung des Parlaments als geeignete Lösung ansahen. Um so mehr regen sich die verantwortungsbewussten Kräfte, da sogar beabsichtigt ist, dem Staat seine Einheit zu nehmen und ihn in Regionen aufzugliedern. Eine derartige Dezentralisierung würde einen kommunistisch regierten Gürtel quer durch die Halbinsel (mit Toskana, Umbrien und der Emilia-Romagna) schaffen und die "Kirchturmpolitik" (Farini, 1859) wieder einführen, die damals durch den "Piemontesismus" zum römischen Zentralis-

mus wurde (vgl. Benedetto Croce, "Geschichte Italiens 1871-1915", S. 47). Neue Pfründen eröffnen sich mit dieser Aufteilung in Regionen. 1966 verbrauchten die fünf bereits bestehenden Regionen 53% ihres Haushalts für Personalkosten. "In Sizilien entstanden in wenigen Jahren 265 verschiedene Regionalämter mit 6 000 Bediensteten. Da die Regionalparlamente ihren Abgeordneten und Angestellten überall Sonderrechte einräumen, wachsen die Aufwendungen für Diäten, Abfindungen und Pensionen von Jahr zu Jahr." ("Spiegel") Schärfsten Widerstand gegen diese Veränderung des Wesens Italiens leisten die faschistischen Parteien. Ihre gute Presse ist es auch, die auf Randgebieten der Politik für Sauberkeit sorgt. Die scharfe Stellungnahme der Justiz gegen pornographische Zeitungen, unterstützt auch von der katholischen Kirche, sticht deutlich ab etwa von der Haltung der Behörden in Westdeutschland. Auch bei den Studentenunruhen kam es zu spontanen Säuberungsreaktionen. Als die Polizei nicht gegen randalierende Studenten in Trient vorging, übernahm die faschistische Partei die Aufgabe und die aufgebrachte Bevölkerung säuberte von sich aus die Hochschule. (*446)

Wirtschaftlich gesehen ist Italien mehr als irgendein anderes Land des europäischen Kontinents nach dem II. Weltkrieg, den es mit Badoglios Kapitulation in Lissabon (*447) so schön zu beenden glaubte, in die Fänge des Dollars geraten. Insbesondere nach Süditalien liess man sehr willig nordamerikanisches Kapital eindringen und das zu Bedingungen, wie sie in der europäischen Geschichte neu sind (man gewährte amerikanischen Niederlassungen bis zu 80% Kredit auf Grund und Boden, zinsfrei auf drei Jahre, Rückzahlung erst nach sieben Jahren usw.). Als dann die USA 1968 mit ihren Restriktionsmassnahmen zur Sanierung ihrer Zahlungsbilanz einsetzten, förderte das eine schon an sich bestehende Tendenz zur Kapitalflucht aus Italien mit der Folge, dass sich ein für die Entwicklung des Landes völlig unzureichendes Investitionsvolumen bildete. Den Krisenjahren 1964/65 folgt die Tatsache, dass der laufende Fünfjahresplan seine Ziele nicht erreichen konnte und daher mit weiteren wirtschaftlichen Schwierigkeiten gerechnet werden muss. Es ist bemerkenswert demokratisch, dass in solcher Situation die grossen Parteien nur mit Unlust an die Regierungsbildung gehen und die einen (Christlich-Demokraten) der Regierung nur ihr "freundschaftliches Wohlwollen" gönnen wollen, die anderen (Vereinigte Sozialistische Partei) den "Rückzug aus der Regierung" überhaupt anstreben. Wären nicht die Gegenkräfte bereits auf dem Plan in der Gestalt der Kommunisten und der Faschisten, man könnte auch hier den Satz sich schon jetzt bewahrheitet sehen, wonach das Ergebnis der widernatürlichen Regierungsform der Demokratie die völlige Verwahrlosung ist.

---

*445 - Den Meuchelmorden trat ebenbürtig die Behandlung deutscher Offiziere und Soldaten zur Seite. In der Festung in Gaeta sitzt noch heute gefangen der ehemalige Kommandeur der Panzer-Aufklärungsabteilung in der 16. SS-Panzer-Grenadier Division "Reichsführer SS", Walter Reder, Träger des Ritterkreuzes, des Deutschen Kreuzes in Gold und weiterer zehn militärischer Auszeichnungen, mehrere Male in Sonderbefehlen seiner Division, des vorgesetzten Armeekorps und im Ehrenblatt des Oberkommandos der Wehrmacht genannt, mehrere Male schwer verwundet, Verlust des linken Armes. Am 31. Oktober 1951 von einem italienischen Militärgericht unter dem Herrn General Pedroni zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt für Taten, die er niemals begangen oder befohlen hat.

*446 - Insbesondere in Trient-Südtirol ist der Faschismus stark vertreten und meint, hier die nationale Ehre Italiens ausgerechnet gegenüber der deutschstämmigen Bevölkerung verteidigen zu müssen. Er bemerkt nicht, dass er derart sein eigenes Wesen verrät. Nationalismus, der fremdes Volkstum unterjocht, nimmt sich genau so jedes Lebensrecht wie Internationalismus im Interesse einer zionistischen Minderheit.

*447 - Die Verhandlungen im Auftrage des Marschalls Badoglio wurden am 19. August 1943 in Lissabon durch Generalmajor Castellano und Gesandtschaftsrat Montanari geführt. Letzterer hatte sein Beglaubigungsschreiben sicherheitshalber schon vorher über den Vatikan den Briten zukommen lassen. (Später pflegte er dann allerdings, wenn er einem alliierten Offizier vorgestellt wurde, die Hacken zusammenzuschlagen und in seinem sizilianischen Dialekt zu murmeln: "In de natiche" (Götzzitat), so gut lernte er seine Verhandlungspartner kennen. Vgl. Peter Tompkins, "Verrat auf Italienisch", Wien 1965.) Den italienischen Unterhändlern wurde von den Anwesenden (der britische Botschafter Sir Samuel Hoare, der amerikanische Geschäftsträger Kennan, Generalleutnant Bedell Smith und der britische Oberst Kenneth Strong) kurzerhand die Punkte einer bedingungslosen Kapitulation vorgelesen. Die Italiener bemühten sich vergebens darum, an deren Stelle eine Allianz zur Fortsetzung des Krieges an der Seite der Alliierten zu setzen, und begannen, schnell herbeigeholten Generalstabsoffizieren gegenüber auszupacken. Sie erwähnten u.a. eine für den deutschen Nachschub wichtige Brücke in Südtirol und den Standort des deutschen Hauptquartiers in Frascati. Beide wurden wenige Tage darauf schwer bombardiert. Badoglio zögerte dann die Kapitulation immer wieder hinaus, um von den Alliierten Garantien zu erlangen. Als Eisenhower am 8. September vormittags um 6.30 über Radio Algier die Tatsache der bedingungslosen Kapitulation Italiens verkündete, wusste er noch nicht, ob Badoglio seine Worte bestätigen würde. Doch es war keine Zeit mehr zu verlieren. Kaum hatte jedoch Eisenhower geendet, als man über Radio Rom die müde Stimme des italienischen Marschalls hörte, der Eisenhower bestätigte. Um 11 Uhr begann der Angriff an der Küste von Salerno.

*

MALTA

hat die denkbar grössten Schwierigkeiten, in einer veränderten politischen und wirtschaftlichen Welt sein Auskommen zu finden. Die Trockendocks, Hauptverdienstquelle zur Zeit der britischen Seemacht, sind weitgehend ohne Arbeit. So überdenkt man die Geschichte des Mittelmeers und entdeckt so ziemlich an ihrem Anfang, dass die ersten Malteser, Phönizier nämlich, von Malta aus Handel in allen Richtungen trieben. Dieses Konzept soll jetzt wieder im Zeitalter des Jetflugverkehrs und der Container aufgegriffen werden und durch die Schaffung eines bedeutenden Container- und Freihafens auf Malta die Grundlage für eine wichtige Rolle bei der Warenverteilung im Mittelmeerbecken geschaffen werden. Ein Industrialisierungsprogramm, welches auf dem Gebiet der Textilindustrie bereits fertige Anlagen vorweisen kann, ist dem angeschlossen. Bis

zur Realisierung dieser Pläne lebt Malta weitgehend vom Fremdenverkehr, dem Hilton und Sheraton mit Grosshotels auf die Beine geholfen haben. Stiefmütterlich wird nur die Nebeninsel Gozo mit ihren von der Landwirtschaft lebenden 25 000 Einwohnern in diesem Rahmen behandelt.

*

GRIECHENLAND

Griechenlands Problem ist seine geographische Lage. Mochte sich die weltpolitische Lage noch so sehr wandeln, immer waren die jeweiligen Hauptakteure an einer Einflussnahme in Athen interessiert. Das gilt von den Tagen an, da ein Lord Byron für die Hellenen kämpfte, bis heute hin. Insbesondere Grossbritannien sass in Athen immer mehr oder weniger fest im Sattel. (*448) Es ist deswegen auch nicht verwunderlich, wenn wir besonders deutliche Belege der britischen Kriegsschuld 1939 gerade aus Athen erhielten. Der deutsche Vormarsch auf Paris war ja 1940 so schnell vonstatten gegangen, dass wichtige Geheimakten nicht mehr rechtzeitig fortgeschafft werden konnten und so in der Charité den deutschen Soldaten in die Hände fielen. Aus diesen, der Oeffentlichkeit bekanntlich sofort zugänglich gemachten Dokumenten, konnte einwandfrei bewiesen werden, dass der französische, vom englischen Generalstab fest in seine Berechnungen aufgenommene Plan, ein Expeditionskorps für den Balkan in der Levante aufzustellen, im frühen Sommer des Jahres 1939 gefasst und kurz danach, aber immerhin noch vor Kriegsbeginn, am 19. August, auch von der diplomatischen Seite her in Angriff genommen wurde. An diesem Tage (vgl. Kircher S. 771, dem ich hier folge) fand die erste Unterredung zwischen dem französischen Gesandten in Belgrad und Vertretern des jugoslawischen Generalstabs über die gemeinsame Durchführung des geplanten Salonikiunternehmens statt. Kurz darauf, im September 1939, entsandte auch der griechische Generalstab zu dem gleichen Zweck den Obersten Dovas nach Ankara, um dort mit Beauftragten des Oberkommandierenden des französischen Expeditionskorps in der Levante, General Weygand, Fühlung zu nehmen. Es muss dabei betont werden, dass weder Griechenland noch Jugoslawien sich bei diesem Vorgehen in einer politischen oder wirtschaftlichen Zwangslage befanden. Beide Länder hatten vielmehr ein sachliches Interesse an der Aufrechterhaltung des intensiven Warenverkehrs mit dem Deutschen Reich (Inhalt der Besprechungen Stojadinovich auf dem Obersalzberg). Lediglich eine dünne Oberschicht, deren persönliche und Familieninteressen in London verankert waren, deren (insbesondere griechische) Vermögen sich in der City befanden, waren willige politische Werkzeuge Englands. Anfang Oktober 1939 gab denn auch der Unterstaatssekretär im griechischen Aussenministerium, Mavroudis, dem französischen Gesandten in Athen eine weitere verbindliche Erklärung ab, in der es hiess, dass "Griechenland eine Landung der Alliierten in Saloniki nicht nur nicht verhindern, sondern sogar aktiv unterstützen werde, falls nur der Erfolg der Operation sichergestellt sei". Die Vorbereitungen für ein solches Unternehmen wurden sodann bis zum Frühjahr 1940 fertig abgeschlossen, doch standen inzwischen deutsche

Truppen von der spanischen Grenze bis Narvik und auf afrikanischem Boden bei Sidi el Barrani in Aegypten. Man hatte so in Athen ein wenig Angst vor der eigenen Courage bekommen. Die Alliierten aber spielten mit der Südostflanke ihren letzten europäischen Trumpf aus. Es musste eine neue Front aufgebaut werden. Am 15. August 1940 fand wie alljährlich in Griechenland das Fest der schwarzen Madonna von Tinos statt. An diesem Tage begeben sich die Griechen alljährlich aus Attika und Böotien auf Dampfern und Segelschiffen auf die Insel Tinos und die Regierung pflegt dazu ein Kriegsschiff in Flaggengala zu entsenden. Wie in allen Jahren vorher wogten auch diesmal Massen weissgekleideter Menschen in froher Festtagsstimmung auf dem Kai des Wallfahrtsortes, an dem der griechische Zerstörer "Helli" festgemacht hatte. An Bord hatten soeben die Matrosen Paradestellung angenommen, um an Land zu marschieren. In diesem Augenblick schnitt eine seltsame Furche durch das spiegelnde Blau des Hafenrunds. Ein Feuerstrahl fuhr aus dem Schiff, Menschenleiber wirbelten hoch, brühender Dampf zischte auf den Kai und gleich darauf fuhr eine zweite Feuersäule mitten in die belebte Strasse. In dem lähmenden Entsetzen, dem eine beispiellose Panik folgte, gab es nur wenig Besonnene, die jenseits des Hafens auf dem kaum bewegten Meeresspiegel die Bahn eines sich langsam entfernenden Periskops beobachteten. Das Stichwort der sofort einsetzenden Propaganda wurde am Abend jenes Tages in einer geheimen Sitzung ausgegeben, die der von England gekaufte Direktor im griechischen Presseministerium Seferiadis mit den Athener Korrespondenten der griechischen Provinzpresse abhielt: "Ein italienisches U-Boot hat mitten im Frieden und während der grössten religiösen Feierlichkeiten des griechischen Volkes griechische Männer und Frauen ermordet und einen griechischen Zerstörer versenkt." Obwohl alle Erfahrung mit britischen Gewaltmethoden und die konkrete Lage darauf hindeuteten, wagte niemand mehr davon zu sprechen, dass es ein britisches U-Boot gewesen sein konnte. Mit dieser Stimmung im Rücken wurden die Beziehungen zwischen dem britischen und griechischen Generalstab sofort wieder intensiviert und angesichts der neuen Lage (Italien beherrschte den Eingang zur Aegäis von Rhodos aus) die Landung britischer Truppen auf Kreta und in Südgriechenland vorgesehen. Italien stellte ein Ultimatum und England begann mit der Besetzung griechischen Bodens. Das Reich antwortete sehr schnell, und an dem gleichen Tage, an welchem der britische Aussenminister Eden und Generalstabschef Dill in Athen eintrafen, waren schnelle deutsche Verbände durch Rumänien und Bulgarien hindurch bis an die griechische Grenze vorgestossen. Doch das griechische Volk blendete sich selbst in einem Ueberschwang von Gerüchten und lachte über die deutsche Warnung. Junge Griechen zogen in nicht endenwollenden Verbrüderungsszenen durch die Strassen Athens und sangen "God save the king" und brachen in Begeisterungsrufe aus, wenn wieder eine Nachricht durchkam, wonach die Briten einen weiteren griechischen Stützpunkt besetzt hatten. Man redete davon, dass die Türkei gegen das Reich mobilisiert hätte und dass in Bulgarien ein Volksaufstand den deutschen Aufmarsch unmöglich mache. In Wirklichkeit war es bereits am 17. Februar 1941 zur bulgarisch-türkischen Freundschaftserklärung gekommen, und am 4. März richtete der Reichskanzler eine persönliche Botschaft an den türkischen Staatspräsidenten Ismet Inönü, die am 20. März mit einem persönlichen Schreiben beantwortet wurde. Am 6. April begann der Angriff gegen Jugoslawien und gegen Griechenland. Bereits am 27. April zogen die deutschen Truppen in Athen ein.

Im Mai wurde dann Kreta von deutschen Fallschirmjägern erobert. Doch dieses Unternehmen hat seine besondere Geschichte: Am 20. April 1941 schlug der Kommandierende General des XI. Fliegerkorps, General Student, dem Reichsmarschall Göring die Fortnahme der Insel Kreta durch Fallschirm- und

Luftlandetruppen vor. Daraufhin fand am 21. April im FHQ ein Vortrag statt. Hitler befahl einen Angriff, der am 15. Mai 1941 beginnen sollte.(*449) Bereits am 28. April jedoch telegrafiert Churchill an Wavell: "Aus unseren Informationen geht klar hervor, dass in Bälde ein starker Luftlandeangriff der deutschen Truppen und Bomber gegen Kreta angesetzt wird."(*450) Aus den erbeuteten Unterlagen ging weiter hervor, dass der Gegner über die Absichten der deutschen Führung, die Versammlung der Fallschirmtruppen und Fliegerverbände, das Auslaufen der ersten Schiffsstaffeln usw. genau unterrichtet war. Churchill sah sich sogar in der Lage, dem auf Kreta kommandierenden General Freyberg das ursprünglich in Berlin beschlossene Datum des Angriffs zu übermitteln. Lediglich die Verschiebung des Angriffs auf den 20. Mai wurde von den Verrätern nicht rechtzeitig an die Engländer weitergegeben. Hinzu kommt, dass man der deutschen angreifenden Truppe bewusst ein völlig falsches Feindbild gab. "Die Beurteilung der Feindlage hat in fast allen Punkten der tatsächlichen Lage auf Kreta nicht entsprochen."(Buchner) "Die Tatsache, dass der König sich auf Kreta aufhielt, war bekannt, desgleichen, dass er dem Waffenstillstand nicht zustimmte. TROTZDEM ERKLAERTE DER CHEF DER DEUTSCHEN ABWEHR, ADMIRAL CANARIS, als er Anfang Mai 1941 in Athen weilte: "Die Engländer sind zum grossen Teil von Kreta schon abgezogen und die Notabeln der Insel erwarten die deutsche Landung, um die Reste zu entwaffnen, falls sie nicht freiwillig gehen sollten." "(v. Hove S. 137) Von diesen Angaben Canaris' stimmte tatsächlich kein einziges Wort. Es ist derselbe Mann, der am 1. September 1939 in sein Tagebuch schrieb: "DEUTSCHLAND DARF DIESEN KRIEG NICHT GEWINNEN" und zur Unterstreichung seiner in allen Literaturquellen bezeugten Verratshandlungen – laut Zeugenaussage des Generals Lahousen in Nürnberg – vor seinen Mitarbeitern mehrfach äusserte, der letzte Sinn seines Kampfes sei die Herbeiführung der Niederlage Deutschlands. In Wirklichkeit standen auf der Felseninsel wohl vorbereitet, genau an den zu erwartenden Angriffspunkten 14 000 Engländer, 6 450 Australier, 7 100 Neuseeländer und 7 000 Griechen. Die Verteidigungsstellungen waren in Ruhe angelegt und hervorragend getarnt worden. Auch die Alexandrienflotte war alarmiert worden und hielt sich seit dem 17.5. im Seegebiet von Kreta auf. Sie konnte die 1. und 2. Schiffsstaffel mit zwei Gebirgsjägerbataillonen, schweren Waffen und Munition vernichten. "Nur der unerhörten Einsatzbereitschaft und dem Opfermut der deutschen Sturmverbände war es zu verdanken, dass aus dem von den deutschen Verschwörern gewünschten Rückschlag doch noch ein Sieg der deutschen Waffen wurde. 3 250 Tote und 3 400 Verwundete war das Ergebnis."(W. Görlitz, "Der II. Weltkrieg" Bd. I/245)

Die weitere, schwerwiegende Folge dieser grossen Verluste war, dass Hitler von weiteren Luftlandeaktionen, etwa gegen Zypern, nichts hören wollte. Er glaubte, die Tage der Luftlandewaffe seien gezählt (Görlitz). Dabei war aber gerade Zypern kaum von britischen Truppen besetzt und die Brücke nach Syrien und zum Irak wäre in deutschen Händen gewesen. Entgegen allen geopolitischen Grundsätzen blieb das Reich mitten im Mittelmeerraum, anstatt ihn bis an seine Wüstenränder sofort zu besetzen. So erst war das Kretaunternehmen strategisch sinnlos geworden. Man hatte einen Sieg errungen, der nicht genutzt wurde, man ging in den Russlandfeldzug ohne den Rücken frei zu haben.(*451)

Als die deutschen Truppen sich 1944 wieder aus Griechenland zurückziehen mussten, trat England erneut auf den Plan. In dem grossen Kuhhandel mit Stalin waren diesem Rumänien und Bulgarien zugewiesen worden. Griechenland aber sollte britische Einflusssphäre bleiben. Das aber war nicht ganz mit dem Willen der Bevölkerung geschehen. Starke Teile widersetzten sich der Rückkehr des Königs und der Freimaurerei und wünschten einen sozialistisch-kommunistischen Staat. Es kam zu schweren Kämpfen, wobei die konservativen

griechischen Kreise zunächst von Grossbritannien, später aber von den Vereinigten Staaten unter Truman unterstützt wurden. Diese erhielten Luft- und Marinestützpunkte auf griechischem Boden. Erst nach jahrelangen Kämpfen gelingt es, die demokratische Regierung unter dem General Markos, die zeitweilig den gesamten Norden des Landes in ihren Händen hält, endgültig zu besiegen. Entscheidend wird dabei das Desinteressement Titos an einem Umsturz in Griechenland.

Doch die Regierungen in Athen sind schwache Herren gegenüber den liberalen Strömungen der Zeit, den Vorläufern des Chaos. So kommt es am 21. April 1967 zur Machtübernahme durch das Militär. Der starke Mann ist der 48jährige General Papadopoulos. Augenblicks fangen in der ganzen Welt die Marionetten an zu tanzen, offensichtlich auf einen gemeinsamen Wink hin. "Eine neue Ordnung wurde etabliert, welche auf Terror beruht. Zahlreiche Griechen sind verhaftet, deportiert, verurteilt oder ausgebürgert worden, Staatsangestellte haben ihre Posten verloren, Organisationen und Parteien wurden aufgelöst, die Presse ist gleichgeschaltet, die Kultur liegt in Fesseln – kurz: der Druck, der auf dem griechischen Volk lastet, ist, wenn man von den Zeiten fremder Herrschaft absieht, einmalig in der Geschichte Griechenlands." So schreibt die Journaille von Nord und Süd, West und Ost. Das ganze Establishment ist in Aufregung geraten. Alle möglichen und unmöglichen Gelegenheiten werden genommen, um Griechenland zu desavouieren. In Zeitungen, die die Verdikte gegen einen Kolbenheyer und Knut Hamsun in höchsten Tönen lobten, werden Gedichte griechischer Poeten veröffentlicht und hinzugefügt: derzeit interniert. Der junge König selbst wird aufgewiegelt und macht sich mit einer "Gegenrevolution", der keiner Folge leistet, lächerlich, bevor er nach Rom ins Exil flieht. Er hatte die Lehren des anderen Konstantin vergessen, der es im I. Weltkrieg erleben musste, dass sein Ministerpräsident, Hochgradfreimaurer Venizelos, sich einfach über die Neutralitätspolitik des Königs hinwegsetzte und sogar den Abzug des Königs durchsetzte. Jetzt, wo der König Männer fand, sein Land zu retten, stellte sich dieser an die Seite der internationalen Feinde seines Vaterlandes. Die Generale erklärten dennoch, es stände seiner Rückkehr nichts im Wege. Die Vollversammlung des Europarats in Strassburg reisst sich die Maske vom Gesicht, indem sie am 1. Februar 1968 mit 66 Stimmen bei 40 Stimmenthaltungen und einer Nein-Stimme (der der Türkei!) "den zeitweiligen oder endgültigen Ausschluss Griechenlands aus dem Rat beschliesst, wenn das Land bis zum Frühjahr 1969 keine demokratische Regierung hat".(*452) Eine "Gesellschaft für Internationale Amnestie" in London behauptet am gleichen Tage, "dass die politischen Gefangenen in Griechenland grausamen Quälereien ausgesetzt seien". In Skandinavien schlägt das Pendel besonders hektisch aus. Dänemark, Norwegen und Schweden überreichen am 21. April 1968 der Menschenrechtskommission des Europarats eine gemeinsame Anklage. Man fordert (SPD-Abgeordneter Blachstein) die Einstellung jeder wirtschaftlichen und militärischen Hilfe an Griechenland. Die Einmischung geht so weit, dass man frech fordert, der Europarat solle den von den griechischen Machthabern ausgearbeiteten Verfassungsentwurf prüfen und nur genehmigen, wenn keine Vorbehalte gemacht würden. Der Europarat solle offizielle Beobachter nach Griechenland entsenden. Das Frühjahr 1969 solle als der äusserste Zeitpunkt betrachtet werden, zu dem ein sogenanntes "demokratisches und parlamentarisches System" wieder voll funktionsfähig sein sollte. Inzwischen haben die Grossmächte, England, die USA und auch die Sowjetunion, ihre Beziehungen zur griechischen Regierung wieder normalisiert. Die Säuberung aber des Augiasstalls geht konsequent weiter, unter Zustimmung der grossen Mehrheit der Bevölkerung. Neutrale Beobachter strafen die Internationale Presse Lügen. Im Mai 1968 werden die meisten griechischen

Zeitungen von der Zensur befreit. 49 Universitätsprofessoren werden entlassen wegen ihrer unmoralischen Haltung, Bankdirektoren festgenommen, weil sie Linksorganisationen finanziert haben. Die alte Finanzoligarchie ist überhaupt Angriffsobjekt der griechischen Jugend. So viel wird entdeckt, dass man den Eindruck bekommt, es war wirklich einmal wieder fünf Minuten vor zwölf. Vom sicheren Ausland aus, und mit den bekannten Finanzquellen im Hintergrund bemühen sich einige Exilpolitiker, die Konsolidierung der Lage zu verhindern. Als ihr Exponent Papandreou so nicht zum Ziele kommt, versucht man es mit dem alten Freimaurermittel der Attentate. Am 14. August 1968 explodiert eine Bombe in der Nähe des Autos des Ministerpräsidenten Papadopoulos und Papandreou rühmt das Attentat als eine "Heldentat". Besonders auch natürlich von westdeutschem Boden aus, diesem Relais aller kontinentalen Subversiven, wird gegen Athen ungehindert konspiriert. Papandreou selbst will von hier aus seine Pan-Hellenische Befreiungsbewegung aufbauen. Sein Vorleben sagt genug darüber: Als Student Anhänger der kommunistischen Bewegung, ging er in die USA und wurde amerikanischer Staatsbürger. Erst unter Karamanlis kehrt er deutlich "auftragsgemäss" nach Griechenland zurück, um die Regierung im Sinne seiner Freunde wirtschaftlich zu beraten. Knüpft erneut Verbindungen zu den Kommunisten an und gründet die Geheimorganisation ASPIDA, die auf die Machtübernahme durch die "Demokraten" in Griechenland hinarbeitet. Die Revolution im April 1967 macht seinen Hintermännern im letzten Augenblick einen Strich durch die Rechnung.

Der neue Geist spricht aus den Richtlinien für die Lehrer: "Sie sollen die Hüter der geheiligten Ueberlieferung unserer nationalen Traditionen werden, Führer für unsere Jugend im Geist der unsterblichen Werte unserer hellenisch-christlichen Zivilisation." Das eben ist es, was man im liberalen Lager verhindern möchte. Wo Traditionen regieren, ist das Geld wertlos geworden, ist Korruption nicht mehr möglich, ist Verrat eben Verrat. Ein solches Griechenland passt nicht in die Konzeptionen, die man Europa nach dem letzten Krieg mit auf den Weg gegeben hat. Darum hetzt man heute gegen Griechenland, wie man einst gegen die Faschisten und Nationalsozialisten hetzte. Es ist das alte, ewig neue Lied vom Kampf der Menschenwürde gegen die leeren Phrasen der Demokratie und des Liberalismus. Dass die neue Verfassung mit ihren vielfältigen strengen Sicherungen gegen eine Machtübernahme durch die Liberalisten als Wegbereiter der Kommunisten Anfang Oktober 1968 mit 91% der Wählerstimmen angenommen wurde, zeigt, dass Griechenland vor dem New Yorker Emissär Papandreou und seinen kommunistischen Helfershelfern gerettet werden konnte. Während Portugal Gefahr läuft, eine Epoche von Ruhe und Frieden zu beenden, kann eine solche jetzt für Griechenland beginnen, — sofern seine Wachsamkeit gegenüber den nimmer rastenden Wühlern nicht erlahmt. Selbstverständlich war es daher, dass der Verbrecher, der im Auftrage Papandreous das Attentat auf den Staatspräsidenten ausführte, zum Tode verurteilt wurde, und genau so wenig überraschte es, dass nach ergangenem Urteil (am 19. November 1968) fremde Botschafter im griechischen Aussenministerium Demarschen unternahmen zugunsten des Verurteilten. Unter ihnen natürlich auch der westdeutsche Vertreter, Botschafter Schlitter. Die Freimaurerei bewegt ihre Bauern im grossen Spiel wieder einmal recht deutlich.

*448 - Eine tiefgreifende, aber dennoch nur vorübergehende Trübung erfolgte lediglich um die Mitte des vorigen Jahrhunderts. Da wurde auf Drängen Rothschilds in Athen der religiöse Brauch des Verbrennens eines Judas Iskariot zu Ostern abgeschafft, und die orthodoxe Menge zog rachedürstig daraufhin vor das Haus des bekannten jüdischen Kaufmannes Pacifico, und brannte es nieder (1847). Dieser forderte eine Entschädigung von 26 618 Pfund Sterling von der griechischen Regierung, und als diese den Wunsch nicht sofort erfüllte, entsandte Lord Palmerston (Rothschild: ein Freund unseres Hauses) eine britische Flotte in den Piräus (1850), die dort sämtliche im Hafen ankernden griechischen Schiffe kaperte. Es kam zu Debatten im britischen Parlament, "die in ihrem Inhalt von nichtgekannter Minderwertigkeit waren" (Greville Diary), und die Regierung wurde gestürzt. Dieser Einsatz der Flotte einer Grossmacht zugunsten eines privaten jüdischen Entschädigungsanspruches erinnert an zahlreiche Erlebnisse unserer Tage, zuletzt an den Algerien-Boykott der Flugkapitäne internationaler Linien.

*449 - Vgl. "Unternehmen Merkur. Der Angriff der deutschen Fallschirmtruppen auf die Insel Kreta vom 20. bis 25. Mai 1941." Alex Buchner, "Soldat im Volk", März 1956.

*450 - Alkmar von Hove, "Achtung Fallschirmjäger", S. 116

*451 - In gewisser Weise erinnert dieser von Verrätern verursachte Verzicht auf den möglichen Sieg an ähnlich schwerwiegende Vorgänge mit ähnlichem Hintergrund.

Am bekanntesten wurde die "Kanonade von Valmy", in welcher der Hochgradfreimaurer Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, am 21. September 1792 das verbündete Heer ohne irgendwelchen militärischen Grund vor einem Haufen von Sansculotten unter Führung des Freimaurerbruders General Dumauriez kehrtmachen liess, um eben der "Grossen Revolution" in Paris zum Siege zu verhelfen. Freimaurer Goethe tat sein übriges und verkündete: "Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte an und Ihr könnt sagen, Ihr seid dabei gewesen."

So wie damals der politische Propagandist Goethe der Welt das Bild von einer "Neuen Epoche" einreden sollte, wird heute der Welt das Bild von ihrer angeblichen "Zweiteilung" vorgeredet, obwohl nichts unsachlicher ist, als eine solche Behauptung. Das politische Wunschbild der Freimaurerei, die Zweiteilung als letzte Vorstufe für die Einwelt wird als vorhandene Tatsache hingestellt. Tiefe Gräben werden ausgeworfen und Mauern errichtet, um diese Teilung zu erreichen, eine Teilung, die an sich genau so naturwidrig ist wie die innerpolitische Aufteilung der Völker in Links- und Rechtsparteien. Die grossen Persönlichkeiten der sozialdemokratischen Bürgermeister beweisen in Deutschland, dass diese Schwarzweissmalerei grundfalsch ist.

Aehnlich entscheidend wie die Kanonade von Valmy war das "Wunder an der Marne" 1914. Ebenfalls ohne irgendwelchen zwingenden militärischen Grund befahl damals der Oberstleutnant Hentsch den Rückzug des deutschen rechten Flügels. Dabei sprechen alle Umstände für Verrat. Hentsch hatte Handlungsvollmacht von General v. Moltke, einem Manne, der ganz unter dem unheilvollen Einfluss von Spiritisten und des Anthroposophen Steiner stand und "am ganzen Leibe zitterte, als er seine Befehle gab". Hentsch begab sich vom Hauptquartier zunächst zu den links anschliessenden Truppen, insbesondere zur 2. Armee, und bereitete diese unter Mitteilung falscher Nachrichten auf den von ihm beab-

sichtigten Rückzugsbefehl für die 1. Armee vor. Man weiss von Hentsch nur, dass er vor dem I. Weltkrieg kaufmännisch in Paris tätig war. Er verstarb bereits im Februar 1918 an einer Magenblutung in Bukarest, nachdem er noch einen sehr seltsamen Besuch bei General Ludendorff im Osten machte und diesen Dinge fragte, die nicht zu seinem (Hentsch') Arbeitsbereich gehörten. Die französische Truppenführung stand vor einem Rätsel, denn tatsächlich hatte die 1. Armee gesiegt, nur noch Reste französischer Verbände standen ihr gegenüber. Das Reichsarchiv spricht von "Schicksalsmächten, die sich an der Marne auswirkten". Das ist sicher n i c h t der Fall gewesen. Es war das Wirken sehr konkreter menschlicher Mächte.

*452 - Der Missbrauch internationaler Organe für ideologische Machenschaften ist deswegen so typisch für die Gegenwart geworden, weil diese Organe ja nicht so sehr dem Wunsch internationaler Zusammenarbeit der Staaten entspringen, sondern dem ganz andersartigen Willen, diese Staaten selbst durch derartige internationale Organe zu ersetzen. So kommt es, dass man als wichtigstes Glied des Europarats im Jahre 1968 nunmehr dessen "Kommission für Menschenrechte" ansehen muss, eine Kommission, die ja wohl wirklich nichts mit "Europa" zu tun hat. Wenn in der von einem Angehörigen des unduldsamsten Volkes, welches die Erde je bewohnte, aufgesetzten UN-Charta in der Einleitung ausgerechnet "Duldsamkeit zu üben" als deren Zweck bezeichnet wird, so zeigt auch das nur die bewusste Verlogenheit alles philanthropischen Geredes dieser Kreise, Gerede, welches die Ueberschreitung der Befugnisse und die Einmischung rechtfertigen soll. Wir haben die gleiche bewusste Kompetenzüberschreitung dieser Tage bei der OEA. Diese erlaubte sich, über ein Komitee Stellung zu nehmen zu der bekannten päpstlichen Enzyklika gegen die künstliche Geburtenkontrolle. Argentinien musste daher der Organisation Amerikanischer Staaten am 16. August 1968 eine sehr energische Protestnote überreichen, in welcher festgestellt wird, dass ein solches Komitee "unter keinen Umständen im Namen der Regierungen der amerikanischen Staaten zu der päpstlichen Enzyklika Stellung nehmen kann. Solches liegt nicht im Rahmen seiner Kompetenz". Zur Sache selbst betont Argentinien, dass die Behauptung jenes (von freimaurerischen Kreisen gebildeten) Komitees völlig irrig sei, "dass die päpstliche Enzyklika Angst, Elend, Verzweiflung und Krankheiten für Millionen Lateinamerikaner darstelle". Ebenso deutlich wie im Falle des Europarats handelt es sich hier um einen ganz eklatanten Fall von Inkompetenz im Interesse von Kräften, die grundsätzlich jeder moralischen Sauberkeit und Ordnung, nicht nur in Griechenland und in der katholischen Kirche, erzfeindlich gegenüberstehen.

Was wir im übrigen unter dem hochtönenden Wort einer "Menschenrechtskommission" zu verstehen haben, wurde im Dezember 1968 klar. Da hatte Griechenland den politischen Gefangenen Pandelis Marketakis nach Strassburg entsandt, um auszusagen gegen die Vorwürfe von Gefangenenfolterung in Griechenland. Die ersten Meldungen aus Strassburg besagten, er sei dann in einem Restaurant von Papandreou mit dem Wort "Verräter" angepöbelt worden und daraufhin sei er in das Hotel geflüchtet, in welchem die norwegische Abordnung der "Menschenrechts"-Kommission untergebracht war. Von dort aus hätte man ihn mitgenommen zu Verhöhren vor jener Kommission "vor verschlossenen Türen"(!). Die gesamte Weltpresse frohlockte von einem "abgesprungenen griechischen Gefangenen", der jetzt die "Wahrheit über das griechische Terrorregime" ans Tageslicht brachte. Von dort aus flog Marketakis nach Oslo. Er bat sodann um Weiterflug nach Stockholm. In Stockholm jedoch war die Abholmannschaft nicht ganz rechtzeitig am Flugplatz, sodass es Marketakis gelang, mit einem Taxi — in die griechische Botschaft zu flüchten. In dieser gab er Pres-

sekonferenzen und sprach über das Fernsehen, denn: Marketakis "war in Strassburg auf dem Wege zu einer Apotheke niedergeschlagen und dann zu Andreas Papandreou und seinen Bolschewiken entführt worden. Er wurde dann von den Vertretern Schwedens, Dänemarks und Norwegens unter Drohungen vor das Komitee für Menschenrechte geführt, um dort gegen die Griechische Regierung auszusagen. In Norwegen stand er dauernd unter strenger Bewachung. Erst in Stockholm konnte er entweichen". Die griechische Botschaft in Stockholm musste um schwedischen Polizeischutz ansuchen, damit Marketakis weiterfliegen konnte, "denn die erzürnten Emigranten sind skrupellos und wenden Methoden an wie bei den Chinesischen Roten Garden". Marketakis flog so nach London weiter, wo er erneut vor der Presse erklärte, "er sei zu falschen Aussagen über die griechische Regierung in Strassburg gezwungen worden"! Alles in allem erleben wir so gerade noch am Ende unseres Berichtsabschnittes ein Prachtbeispiel für das Wesen der Grossen Rebellion. Es ist der gleiche rücksichtslose Terror der demokratischen Gewaltherrschaft, den der Innenminister der BRD, Benda, am 9. Januar 1969 mit den Worten beschwört: "Das Grundgesetz hat sich bewusst zur militanten Demokratie bekannt, die den Feinden der Demokratie von vorneherein jeden Spielraum verweigert." Der grösste Feind der "Demokratie" aber ist, wie wir jetzt wissen, DIE WAHRHEIT.

*

ZYPERN

mit seiner vorwiegend griechischen Bevölkerung (*453) erhob sich 1955 gegen die britische Herrschaft. Da England gerade soeben seine übrigen Positionen im Nahen Osten verloren hatte, war eine Preisgabe der Insel, die zum wichtigsten Stützpunkt im östlichen Mittelmeer ausgebaut werden sollte, viel mehr als nur eine Prestigefrage. So kam es zu jahrelangen schwersten Kämpfen gegen die tapfere Bevölkerung, die gerade in jenen Nachkriegsjahren dem deutschen Volke zeigte, dass es nur ein einziges Mittel gibt, sich seine Freiheit zu erwerben. Die Briten suchten mit Hilfe eines griechisch-türkischen Kondominiums das Zünglein an der Waage weiterhin spielen zu können, doch Griechenland lehnte diesen Vorschlag ab, stimmte jedoch dem späteren, von Erzbischof Makarios ausgehenden Plan einer Selbständigkeit Zyperns an Stelle eines Anschlusses an Athen zu (1959).

---

*453 - Diese Insel mit ihrer so bewegten Vergangenheit war bis 1878 türkisch. Sowohl das Wort Zypresse wie das Wort Kupfer haben von Zypern ihren Ursprung.

*

DIE TUERKEI

hat in unserem Jahrhundert Wandlungen durchgemacht, die das Antlitz dieses Staates in jeder Hinsicht von Grund auf änderten. Hatte die Pforte unter Sultan Abdul Hamid (1876-1909) bereits starke Einbussen an ihren europäischen Territorien erlitten, so wurde dann unter seinem Nachfolger Mohammed V. (bis 1918) die Europäische Türkei bis auf einen Brückenkopf vor Istambul von der Landkarte radiert. Der Herrschaftswechsel 1909 wurde von den Jungtürken herbeigeführt. Erst, als diese sich mit Hilfe der Freimaurerei und damit unterstützt von den fremden Gesandtschaften im geheimen organisieren konnten, war es ihnen möglich gewesen, den Sultan zu stürzen.(*454) Noel Buxton, selbst Freimaurer, und führend in diesen Unruhen tätig, nennt die Schlagworte, unter denen sie stattfanden: "Für die Türken war die Revolution die Befreiung von den europäischen Räubern, den Juden gegenüber bedeutete sie "europäische Freiheit" und "gute Geschäfte"." Als sich Oesterreich 1908 Bosnien und die Herzegowina einverleibte, da nahm der Boykott gegen österreichische Waren auf dem Balkan Ausgang von den jüdischen Bootsleuten und Lastträgern in Saloniki ("Neue Freie Presse", Wien 15.1.1909). Doch erleben wir auch hier – ähnlich wie ja im Sowjetstaat – dass die Juden, die diese Revolution erst ermöglicht hatten (es war die mazedonische Armee, die Konstantinopel im Sturm nahm), dann von dem werdenden Nationalstaat abgestossen wurden. Am deutlichsten ergab sich diese Divergenz in den Unruhen im September 1955 in Konstantinopel. Die nach dort vor den Deutschen im Laufe des letzten Krieges aus Saloniki geflüchteten Juden, wurden als ein Fremdkörper empfunden und scharenweise massakriert. (*455) Man hatte bezüglich der Juden in der modernisierten Türkei den Eindruck, wieder einmal auf ein trojanisches Pferd hereingefallen zu sein und die alte Warnung erneut überhört zu haben: Quid-quid id est, timeo Danaos et dona ferentes.(*456) Kemal Pascha, Atatürk, Vater der Türken, formte nämlich einen Nationalstaat unter Aufhebung aller alten Traditionen und man hatte wohl, vor allem in der Armee, auch über seinen Tod hinaus, Kräfte, die diesen aufgeklärten Laizismus fortsetzen wollten, doch sind die alten Grundströmungen niemals ganz abgetötet worden, haben vielmehr gerade in den letzten Jahren wieder auch im parteipolitischen Bild (nachdem schon einmal unter dem dann hingerichteten Menderes bis zu dem Staatsstreich der Kemalistischen Militärs von 1960 vor allem auf dem flachen Lande der Islam sich erneut festigte), soviel an Boden gewonnen, dass sie heute wieder die Entwicklung des Staates beherrschen. Die von Inönü geführten Volksrepublikaner, die das Erbe Kemal Paschas zu retten versuchen, wurden durch den Staatsstreich General Guersels 1960 noch einmal mit der Regierungsführung betraut, mussten dann aber 1965 endgültig die Macht abtreten an die aus der (von Guersel verbotenen) Demokratischen Partei hervorgegangene Gerechtigkeitspartei unter Demirel. In den Wahlen vom Juni 1968 bestätigte sich erneut diese Erstarkung jener Kräfte, die man im Westen gerne als "Reaktion" und als "retardierendes Element" gegenüber den "fortschrittlichen" Volksrepublikanern wertet.

Obwohl das Brutto-Sozialprodukt der Türkei mit einer Wachstumsrate von 7% hoch ist, herrscht doch gerade in den östlichen, vorzüglich landwirtschaftlich tätigen Landesteilen starke Rückständigkeit. So schafft man bedeutende Erleichterungen für Investitionen in jenen Gebieten jenseits von Euphrat und Tigris. Eine Förderung der Landwirtschaft ist schon deswegen notwendig, weil der jährliche Bevölkerungszuwachs etwa eine Million beträgt, und die Ernährung so zu einem Problem werden muss.

*454 - Juden aus Saloniki traten damals zum Islam über und konnten so wichtige Stellungen in dem zerfallenden Osmanischen Reich einnehmen. Zu ihnen gehörten u.a. der Advokat Carasso, der Finanzminister Dschawid, der Pressechef Nijgid Nazli-Bey, der Ministerialdirektor Nessim Russo. Der Finanzminister Dschawid ermöglichte dem uns noch begegnenden Herrn Dr. Helphand, grossen Reichtum durch Getreidespekulationen zu erwerben. Vertrauensmann dieser Kreise war der Grossvezir Talaat, Organisator der Armeniermorde. Interessant ist, dass sich in unseren Tagen die westdeutsche Justiz verzweifelt darum bemühte, einen deutschen Diplomaten zu verurteilen, weil er an Judenverschleppungen aus Saloniki vor 25 Jahren beteiligt gewesen sein soll. Sie hatten im wesentlichen längst schon das Weite gesucht und schon wieder andernorts den Unwillen der Gastgeber erregt.

*455 - Wie ja überhaupt die Geschichte der jüdischen Vertreibungen ohne Anfang und Ende ist. In Europa zählen wir allein die folgenden wichtigeren Ereignisse:

England: 1290 Judenvertreibung durch Edward I. Rückkehr erst 1655 wieder erlaubt.
Frankreich: 1306 Judenvertreibung durch Philipp den Schönen. Erneute Säuberung 1394. Die restlichen jüdischen Siedlungen in Bordeaux, Avignon und Marseille werden 1682 geräumt.
Sachsen: Judenvertreibung 1349
Ungarn: Um 1092 kontrollierten die Juden den ungarischen Steuereinzug. Vertrieben wurden sie 1360. und erneut wieder 1582.
Belgien: 1370 Judenvertreibung
Slowakei: 1380 aus Prag ausgewiesen. 1744 erneute Vertreibung durch Maria Theresia.
Oesterreich: 1420 Judenausweisung durch Albrecht V.
Holland: Judensäuberung von Utrecht 1444
Spanien: Judenvertreibung 1492
Litauen: Judenvertreibung 1495 durch Grossherzog Alexander
Portugal: Judenvertreibung 1498
Preussen: Judenausweisung 1510
Italien: Austreibung aus Neapel und Sardinien 1540
Bayern: Judenausweisung 1540
Schweden: Judeneinwanderung erst 1782 erlaubt
Norwegen: Judeneinwanderung erst 1814 erlaubt

*456 - Vergil Aeneis 2-49. Was es auch ist, ich fürchte die Griechen, auch wenn sie schenken.

*

DAENEMARK

wurde 1940 von deutschen Truppen besetzt, als diese nach Norwegen vorstossen mussten, um die bereits dorthin gestarteten britischen Verbände an einer Ausweitung des Kriegsschauplatzes im letzten Augenblick zu hindern. Das deutsche Vorgehen stach aber wesentlich ab von demjenigen, welches man seit 1807 allgemein mit dem englischen Wort "to copenhagen" zu bezeichnen pflegt. Damals schoss die britische Flotte mitten im Frieden die Hauptstadt Dänemarks in Brand und entführte die dänische Flotte (75 Schiffe). William Wyndham, früherer Kriegsminister Pitts, sagte dazu im Unterhaus: "Die Ruinen Kopenhagens sind das Denkmal der Schande der Nation." Obwohl also die deutsche Besatzung stark abwich von diesem britischen Verbrechen, beteiligte Dänemark sich trotzdem nach dem II. Weltkrieg an der Deutschenverfolgung, und brachte insbesondere mit dem ehemaligen Chef der Militärverwaltung, Best, gleich einen "Prominenten" hinter Schloss und Riegel, um seine Linientreue beweisen zu können. Best war vorher Militärverwaltungschef im besetzten Frankreich gewesen und galt als bedeutender Fachmann auf dem Gebiet der Militärverwaltung. Für Sachkenner ist die Gegenüberstellung seines Gesetzeswerkes etwa mit den gesetzlichen Anordnungen der amerikanischen Militärverwaltung in Deutschland äusserst interessant, ergibt sich doch daraus einerseits das deutsche Bestreben, streng im Rahmen des Völkerrechts zu verwalten, während auf der anderen Seite die brutalste Machtgier, völlig zügellos und bar jeglicher völkerrechtlicher Skrupel sich austobt. Best musste denn auch auf Grund des Drucks der Sachkundigen in der Welt (*457) schon bald wieder auf freien Fuss gesetzt werden. Im übrigen nutzte Dänemark seine durch persönliche Opfer bekanntlich so fürchterlich schwer (mit amerikanischen Phosphorbomben) "verdiente" Siegerposition 1945 sofort auch dazu aus, eine erneute Grenzverschiebung zu seinen Gunsten vorzubereiten. Schon 1919 war ja die deutsch-dänische Grenze durch die vorgenommene Zonenaufteilung so gelegt worden, dass fast rein deutsche Städte wie Tondern, Apenrade, Hadersleben und Sonderburg an Dänemark fielen, obwohl das Deutsche Reich (im Gegensatz zu dem unbedachten, nur strategisch erklärbaren Vorgehen in Elsass-Lothringen) seine Machtposition Dänemark gegenüber nach 1940 nicht missbrauchte, und keinerlei – an sich ja völkisch berechtigte – Forderungen stellte, siegte jetzt in Dänemark der Chauvinismus und man meinte, ein besonders raffiniertes Kampfmittel gefunden zu haben. Dänemark verschickte nämlich an diejenigen, die sich von jenseits der Grenze meldeten, Fettpakete. Denn wieder einmal hatte der Gegner den Hunger als Waffe gegen das deutsche Volk eingesetzt. Schon am Ende des I. Weltkrieges "kamen durch Unterernährung und Krankheit als eine Folge der Blockade schätzungsweise 763 000 Deutsche ums Leben" (Prof. H. C. Peterson, "Propaganda for War"). Jetzt fing man sich auf diese Weise sogenannte "Speckdänen". Sie wählten denn auch für Dänemark. Doch war die anständige nationalsozialistische Haltung im deutschen Volk noch zu stark, als dass auf diese Weise damals genügend Stimmen hätten geworben werden können. Die Empfänger der dänischen Fettpakete wurden von ihren Nachbarn verachtet und geschnitten. An eine Veränderung der Grenze konnte so hier, ebensowenig wie dann im Saargebiet, trotz allen Fehlens amtlicher deutscher Rückendeckung (Adenauer hatte ja sogar der Saarbevölkerung empfohlen, gegen den Verbleib bei Deutschland zu stimmen!) gedacht werden.

Dänemark ist, wie der Rest Westeuropas, mehr oder weniger in den Händen antieuropäischer Mächte. So kann es uns das einmalige Schauspiel bieten, dass ein Minister entlassen wird, weil er diesen nicht nach dem Munde redete. Integrationsminister Tyge Dahlgaard trat nämlich (Oktober 1967) in einer

Studentendiskussion "für eine nüchtern-zurückhaltende, mehr auf die Interessen des eigenen Landes als dem Bedürfnis gewisser Ideologien dienende Haltung" ein und lehnte Kundgebungen gegen fremde Regime (Griechenland, Südafrika usw.) mit diesem Hinweis ab. Er wurde daraufhin entlassen! Die NZZ schreibt deutlich genug: "Man kennt den Hang skandinavischer Regierungen seit längerer Zeit; er stammt aus der Denkweise von Völkern, die am Nordrand Europas eine ethnisch und kulturell, politisch und konfessionell sozusagen homogene, "geschlossene" Gesellschaft bilden und manche schwierige und schwer lösbare Probleme einer ihnen fernen turbulenteren Welt nicht aus eigener Erfahrung und Anschauung kennen. Solche präzeptorale Neigung (!) ist in den letzten Jahren besondern gegen Portugal, Südafrika, Rhodesien und Griechenland in Erscheinung getreten, weniger allerdings gegen massive Unterdrückungspolitik in grösserer Nähe, beispielsweise in einigen Uferstaaten der Ostsee." Dem wäre nur noch hinzuzufügen, dass man darüber zweifeln kann, ob wirklich nur Unerfahrenheit in der Welt hinter diesen Erscheinungen steht.

Wirtschaftlich sieht es in Dänemark nicht ganz so rosig aus, wie man es bei einem Lande erwarten sollte, welches sich an fremden Völkern so masslose Kritik meint erlauben zu dürfen. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu, Unternehmen müssen schliessen, die Zahlungsbilanz ist stark defizitär, die Abwertung der Krone (Januar 1968) hat die Inflationsspirale beschleunigt, aber nicht die Folgen der Pfundabwertung (mit seiner Exporterschwerung für dänische Butter nach England) beseitigt, die Zinsen im aktiven Kreditgeschäft steigen und ausländisches Kapital kommt dennoch nicht ins Land.

---

*457 - Anstoss scheint der Leitartikel vom 1. Januar 1951 in "Die Burger", Kapstadt gewesen zu sein, der von der auslandsdeutschen Zeitung "Der Nordschleswiger" in Apenrade in vollem Umfang übernommen wurde.

*

ISLAND

erlebte die amerikanische Invasion bereits im Juli 1941 und hatte denn auch gewisse Schwierigkeiten, die guten, unerbetenen Freunde wieder loszuwerden. Diese so gebliebene antiamerikanische Stimmung in den breiten Schichten der Bevölkerung wird ergänzt durch Arbeitsprobleme, die sich im März 1968 in einem Streik um Lohnerhöhung unmittelbar vor dem Höhepunkt der für die Insel so wichtigen Dorschsaison zeigten. Die NATO-Sitzung im August 1968 in Reykjavik sollte wohl der Insel beweisen, dass man sie nicht vergessen hatte, doch waren gerade diesesmal die Verhandlungsgegenstände nicht ermutigend. Man protestierte denn auch gegen ihre Anwesenheit. Die führenden politischen Parteien haben sich im Dienst des Establishments so abgenutzt, dass bei den Präsidentenwahlen 1968 eine Gruppe von Isländern einen Mann aufstellte, der in ihren Augen die notwendige Unabhängigkeit besitzt, weil er bisher nicht

politisch tätig war. So hat der bisherige Direktor des Nationalmuseums, Eldjarn, alle Chancen, Präsident zu werden und Island, der Welt zu zeigen, dass selbst auf jener Insel im Norden es sich herumgesprochen hat, dass Parteipolitik nicht den Volkswillen widerspiegelt. Bezeichnenderweise steht gerade die Jugend hinter dem neuen Mann. Die Amerikaner kennen die Stimmung im Lande und geben daher den Soldaten ihres Stützpunktes nur am Mittwoch Ausgeherlaubnis nach Reykjavik, denn dann ist dort Ausschankverbot für alkoholische Getränke.

*

NORWEGEN

Norwegens moderne Geschichte beginnt mit dem Jahr 1905, als die Union mit Schweden aufgelöst wurde. Die Monarchie wurde als Staatsform erst nach einer von dem Kronprätendenten persönlich gewünschten Volksabstimmung gewählt. Prinz Karl von Dänemark nahm den Namen Haakon VII. an (bis 1957, seitdem Olav V.) und gab auch seinem Sohn gleich den norwegischen Namen Olav. Dennoch konnte er den erbitterten Widerstand der Sozialisten selbst durch solche "Norwegisierung" nicht beseitigen. Dreissig Jahre lang hetzte diese Partei in den übelsten Formen gegen den König. Mehr und mehr geriet sie dabei gleichzeitig in Abhängigkeit von Moskau. Im Jahre 1932 konnte der Verteidigungsminister Major Vidkun Quisling (*458) dem Storting Quittungen vorlegen, die Sozialisten für empfangenes Geld aus Moskau ausgestellt hatten, darunter auch einige, die die Unterschrift des späteren UN-Generalsekretärs Trygve Lie trugen. Besonders scharf wandte sich die sozialistische Partei gegen die Wehrmacht und erreichte tatsächlich, dass vom Schluss des I. Weltkrieges bis zum Anfang des II. nicht ein einziges norwegisches Infanterieregiment aufgestellt wurde. Die Soldaten machten nur eine 48-tägige Rekrutenschule durch und kannten als grösste Formation nur eine Kompanie. (Bei solchen Soldaten konnte also selbst ein Jüngling wie Willy Brandt alias Frahm – vgl. dazu, was die neueste Brockhaus-Enzyklopädie verschämt darüber zu sagen hat – nicht unangenehm auffallen, als er die norwegische Uniform anzog, um gegen sein Vaterland zu kämpfen.) Als englische Kriegsschiffe im Jössingfjord das deutsche Motorschiff "Altmark" angriffen, schauten zwei kleine veraltete norwegische Torpedoboote zu und ihre Kommandanten begnügten sich damit, mündlich zu protestieren. Als Deutschland im April 1940 Norwegen besetzen musste, um der britischen Invasion zuvorzukommen (es ging um kaum 24 Stunden, die unser unvergesslicher Bonte mit seinen Zerstörern Narvik vor den Engländern erreichte), da konnte das Land nicht einmal seine verfallene Wehrmacht mobilisieren.

Major Quisling übernahm dann sofort unter der deutschen Besetzung die Regierung. Als erstes konnte er Dokumente beschlagnahmen, die den deutlichen Beweis dafür erbrachten, dass die Sozialisten mit ihren insgeheim für den Bürgerkrieg geschulten und bewaffneten Sportverbänden die Machtübernahme bis ins einzelne (Besetzung der Polizeistationen, Listen der zu beseitigenden Personen usw.) bereits vorbereitet hatten. Man hatte ja auch schon die Rote Garde

in Uniformen durch Oslo defilieren sehen, doch niemand in der bürgerlichen Regierung ergriff Massnahmen gegen den bevorstehenden kommunistischen Umsturz.

Obwohl zunächst die allgemeine Stimmung der nationalgesinnten Norweger deutschfreundlich war, sich 103 000 Personen als Mitglieder in die "Nasjonal Samling", die Partei Quislings einschreiben liessen, hat dann die kurzsichtige Politik des deutschen Reichskommissars Terboven bald einen Umschwung herbeigeführt. Während noch mit dem Bau der Reichsstrasse nach Narvik und im Norden durch Lappland das Deutsche Reich der norwegischen Infrastruktur sehr wesentliche Verbesserungen schuf, wuchs im Lande die "Heimfront" als Widerstandsbewegung. Als dann die deutschen Truppen auf Befehl Dönitz' im Mai 1945 die Waffen strecken mussten, begann auch in Norwegen das grosse Menschenschlachten. 90 000 Personen wurden in die Gefängnisse und Konzentrationslager geworfen, enteignet, gefoltert und getötet. Knut Hamsun, der Sohn des Dichters Björnsterne Björnson, Eismeerforscher Professor Adolf Hoel, Rechtswissenschaftler Hermann Harris Aal wurden Opfer dieser Pöbelherrschaft, ebenso wie Quisling, der zusammen mit vier seiner Minister von den Demokraten erhängt wurde. Es lag im Interesse der Zurückgekehrten, dass alle nationalen Mahner verschwanden. Unter dem erfundenen Vorwand, sie hätten einem ausländischen Regime gedient, konnte Norwegen sich so von denen lösen, die ihm bei seiner Einfügung in die neue Weltordnung im Wege standen.

In den Exiljahren hat sich auch das Verhältnis zwischen Sozialisten und Königtum gewandelt. Der König wurde damals den gemeinsam mit ihm Geflohenen zum Symbol des nationalen Widerstandes. Als er zurückkehrte, hatte man so auch nichts gegen die Errichtung einer norwegischen Wehrmacht. In Verfolg dieser Wandlung gehört Norwegen heute zu den letzten unbedingten Befürwortern der NATO. In der Debatte im Storting vom 15. Juni 1968 waren sich denn auch die vier Regierungsparteien sowohl wie die Arbeiterpartei darin einig, "dass keine bessere Verteidigungsalternative offenstehe, die ebensoviel Sicherheit gewähren könnte wie die Mitgliedschaft in der NATO". Die Sozialdemokraten konnten es sich nur auch diesmal nicht verkneifen, ihre Ungehaltenheit über die Zustände, wie sie sie sahen, in Portugal, Griechenland und Vietnam in einer Zusatzerklärung auszudrücken. Bezeichnend war, dass zu gleicher Zeit alliierte Manöver in Norwegen stattfanden und man von russischen Truppenkonzentrationen auf der anderen Seite der Grenze hörte. Der Versuch, mit Schweden ein Bündnis einzugehen, schlug wegen der schwedischen Absicht, die Linie der Neutralität nicht zu verlassen, fehl.

Norwegen ist wirtschaftlich, vor allem durch eine Unzahl von Kapitalverflechtungen persönlichster Art, mit den Vereinigten Staaten verbunden. Seine Handelsflotte von 19 Mio. BRT ist die viertgrösste der Welt und wichtiger Deviseneinbringer. Daneben ist, gestützt auf den Ausbau der Wasserkraftwerke, seit dem II. Weltkrieg eine bedeutende Industrie entstanden. Allerdings sind ihr infolge Rohstoffmangels im eigenen Lande gewisse Grenzen gesetzt. Im ganzen gesehen jedoch hat Norwegen aus den Ereignissen des II. Weltkrieges gelernt, dass es bei seiner Grössenordnung und bei seiner strategisch interessanten Lage kein isoliertes Dasein mehr führen kann.

---

*458 - Quisling war schon vorher bekanntgeworden als Organisator und Geschäftsführer der Nansen-Hilfe für die hungernde Ukraine. Er weilte ständig

unter den Hungernden und Sterbenden in der pestverseuchten Ukraine, in die niemand sich damals wagen wollte, und mobilisierte die Hilfe in der gesamten westlichen Welt, insbesondere auch in Amerika. Die Ukrainer kannten ihn als ihren Wohltäter und trugen eine kleine Quisling-Statuette, die öffentlich verkauft wurde, als Talisman zum Schutz gegen Ansteckung bei sich. Zehn Jahre arbeitet Quisling so in Russland, und heiratete auch in Charkow eine russische Krankenschwester. Das Volkskommissariat für Gesundheitswesen der UdSSR verlieh Quisling ein Diplom, in welchem festgestellt wird, dass Hunderttausende von Ukrainern ihm ihr Leben verdanken. Eine Ausfertigung dieses Dokuments hing im Roten Museum in Moskau unmittelbar neben dem Blockadebefehl Englands mit der Unterschrift Winston Churchills, der Lebensmittelsendungen nach Russland verbot. Vgl. Hannes Rein, "Wer war Quisling" in "Der Weg", 1950/2 S. 654.

*

SCHWEDEN

als zentralstes und bedeutendstes Land Skandinaviens verdient ein allgemeineres Ausholen, um diese so nahe und doch so ferne, andersartige Welt besser verstehen zu können. Gehen wir von einem kleinen Beispiel aus: In Schweden waren bis vor etwa 150 Jahren Fensterglas und Beleuchtung für 99% aller Leute unerschwinglich. Wenn es nun 10 Monate im Jahre kalt und – im verhältnismässig südlich liegenden Stockholm (60. Breitengrad) immerhin etwa 3 Monate lang – so dunkel ist, dass man ohne künstliches Licht auch mittags nicht in einem hellen Zimmer lesen oder schreiben kann, ist natürlich eine umfassende geistige Entwicklung nicht möglich gewesen. Die wenigen Monate oder Wochen – insgesamt bestenfalls 3 Monate – in denen man notfalls ohne Heizung auskommt und genügend Naturlicht hat, mussten zu lebenserhaltenden Arbeiten genutzt werden. Um die Jahrhundertwende waren noch nahezu 80% aller Menschen in Schweden landwirtschaftlich tätig, der Rest vorwiegend im Handwerk (heute 7% in der Landwirtschaft). Andererseits herrschte der Staat stark zentral. Partikularismus oder nennenswerte Selbstverwaltungen gab es nicht (was nur ungern zugegeben wird). Trotz aller bekannten Namen und einzelner Leistungen konnte sich daher nie eine nennenswerte Kultur entwickeln, und das, obwohl sie immer erstrebt und auch höher geschätzt wurde als im südlicheren Europa. Demgegenüber stand jedoch seit jeher ein ungewöhnlich hoher Ausbildungsstand und eine auffallende Lernbegier – auch heute noch, wo ein jeder und eine jede unter fünfzig Jahren ziemlich auffällt, wenn sie nicht an irgendeinem Ausbildungskurs teilnehmen. Doch wird diese Weiterbildung in mancher Hinsicht nicht durch praktischen Augenschein ergänzt. Die geographische Abschliessung und die Verkehrsschwierigkeiten haben darum einen merkbaren Mangel an geistigen, politischen und sonstigen ständigen Berührungsmöglichkeiten mit dem Ausland zur Folge. So kann man bei an sich hochgebildeten Leuten deutlich mehr als anderswo (vielleicht noch in England) einen geradezu erschütternden Mangel an Einfühlung oder Verständnis für die Probleme anderer Völker feststellen. Und dies, obwohl

man sich ehrliche Mühe gibt, dieses erkannte Manko zu füllen.

Man muss daran erinnern, dass (ebenso wie Finnland) Schweden (mit Ausnahme des ehemals dänischen Südzipfels und die beiden Inseln Gotland und Oeland) fast ganz aus Felslandschaft mit unzähligen Steinen und Felsbrocken (Granit oder Gneis) besteht, die mit einer Erdschicht von selten mehr als einem Meter bedeckt sind, mit unzähligen Seen, Tümpeln, Sümpfen und Mooren durchsetzt, mit einer Mückenplage, die kaum ihresgleichen auf Erden hat, mit Urwald (Kiefern, Birken, Wacholder) bewachsen. Strassenbau und Häuserbau aus Steinen war da fast unmöglich, und bis 1925 etwa gab es auch keine Strassen, die diesen Namen verdienten. Längere Autostrassen mit fester Decke gibt es erst seit etwa 1947. Auf viele tausend Kilometer solchen Geländes war die schwache Bevölkerung zerstreut. Schweden hat die gleiche Fläche wie das Grossdeutsche Reich. 1600 zählte man 1 Million Einwohner, davon in Stockholm 4 000. 1 800 waren es 2 Millionen. In Nordschweden kommen noch heute 1 Einwohner auf den Quadratkilometer (in der BRD sind es rund 3 500), und dieser Einwohner wohnt zumeist in einer Stadt. Die Kontaktmöglichkeiten der Bevölkerung waren daher sehr gering, Einsamkeit war bis in die allerneueste Zeit hinein somit das Normale. Ständige Armut und Not, Räubergefahr auf dem Lande, waren bis 1900 die Regel. Mittelstand gab es fast keinen. Hochadel und Reiche gab es wenige tausend. Trotz der hier wirklich unbeschränkten und jedenfalls seit 1670 nie irgendwie gefährdeten Macht der Könige (bis 1906) besteht der "Marmor" in den Königsschlössern, einschliesslich dem bekannten Schloss in Stockholm, aus Holz, welches mit Oelfarbe marmoriert wurde, obwohl es in Schweden genügend Marmor gäbe. (Im Stockholmer Schloss handelt es sich um Ziegel oder Granit, der auf Marmor "gemacht" wurde.) Was an älteren Kunstwerken herumsteht oder -hängt, wurde im Dreissigjährigen Krieg und später "besorgt". Selbst für die wenigsten allerreichsten Leute (zumeist hanseatische Kaufleute. Noch bis 1760 musste mindestens die Hälfte der Stockholmer Ratsherren aus Deutschen bestehen) waren bis etwa 1840 Zucker, Kaffee, Wein usw., sowie durchgeheizte Häuser ein seltener Luxus (weswegen denn Schweden langsam zum weltstärksten Verbraucher von Zucker und Kaffee pro Kopf wurde, denn man wollte zeigen, dass man es sich erlauben konnte!).

Des weiteren muss bedacht werden, dass die skandinavischen Länder ganz allgemein (mit gewisser Ausnahme Dänemarks) immer reine Nationalstaaten waren, die kaum irgendwelche Fremdvolkprobleme kennen, und auch (mit Ausnahme Finnlands) niemals unter einer Fremdherrschaft standen. Das Aufbegehren völkischer Minderheiten draussen in der Welt wird daher in Schweden überhaupt nicht begriffen. So kam es, dass die Ausrottung der Bevölkerung in Ostdeutschland durch die Polen, im Sudetenland durch die Tschechen, die Massenmorde an Deutschen in Jugoslawien usw. in Schweden nicht nur bejubelt, sondern sogar noch mit rund 8 Milliarden DM finanziert wurden (!). Erstens natürlich, weil es sich um Deutsche handelte (die man durch die einzigen Kommunikationsmittel als Unkraut vorgestellt bekam) und dann, weil man sich einfach nicht vorstellen kann; dass es innerhalb einer Grenze fremde Völker geben kann und darf. Es genügt daher noch heute, von Königsberg, Breslau, Danzig oder Brünn zu sprechen, um sofort als "Nazi" angeprangert zu werden, was weder physisch noch geschäftlich risikolos ist. Die wohl schrecklichste menschliche Tragödie der an staatlich geförderten Verbrechen wahrlich nicht armen Zeit nach dem II. Weltkrieg fand im Hafen von Stockholm statt. Auf Befehl der schwedischen Regierung sollten Flüchtlinge aus den baltischen Staaten repatriiert, also den Sowjets ausgeliefert werden. Nicht die Illustrierten, aber Privatleute zeigen ihnen noch heute die Fotos von den mehr als fünfhundert Särgen am Hafen von Stockholm, in denen die Unglücklichen ruhten, die vor der Zwangs-

verschiffung Selbstmord begingen. Es ist die gleiche Regierung, die die Stirn hat, alljährlich einen Nobelpreis für den Frieden zu stiften, wobei sie denn ja auch oft genug Ihresgleichen mit blutbefleckten Händen ausgewählt hat. (Nachdem Hammarskjoeld von Katanga derart ausgezeichnet wurde, können wir jetzt wohl Wilson von Rhodesien oder U Thant von Biafra begrüssen. Und es dürfte in Japan nicht gerade mit Jubel aufgenommen worden sein, dass man im November 1968 den diesjährigen Nobelpreis für Physik einem Amerikaner namens Luis Walter Alvarez verlieh, dessen Leistung unter anderem darin bestand, den Auslösemechanismus für die Atombombe konstruiert zu haben und der dann bei deren Abwurf vom Flugzeug aus Druck, Temperatur und Strahlungsintensität mass, eine Auszeichnung, die erfolgte, als die Generalversammlung der UN gerade die Nichtverjährung von Kriegsverbrechen unter Zustimmung Schwedens und der USA zum Gesetz erhob.)

Sind Deutsche also im allgemeinen in Schweden nicht beliebt, so ändert sich das natürlich sofort, wenn es um Vaterlandsverräter geht. Gerstenmaier war während des letzten Krieges ebenso gern gesehener Gast wie Willy Brandt-Frahm. Letzterer war sogar jahrelang in Stockholm ansässig und Propaganda- und Sabotageleiter gegen Deutschland. So erfreut sich der derzeitige Vizebundeskanzler und Aussenminister noch heute ungeteilter Hochachtung bei allen Kreisen in Stockholm. Im Dezember 1966 gab die schwedische Gestapo, die Saepo einen Teil Akten frei, die in der Zentralzeitung der Regierung und der marxistischen Partei, dem "Aftonbladet" (14.12.66) veröffentlicht wurden. Da erfuhr man denn, dass Brandt heute noch von der Saepo als Ostblockagent überwacht wird, weil man genügend Unterlagen dafür besitzt, dass er seit jeher Ostblockagent war und dieses nach Auffassung der sehr fähigen Saepo noch ist. Obwohl das Material auch der westdeutschen Regierung und Presse zur Verfügung gestellt wurde, rührte Brandt sich nicht dazu.

Dieses Schweden ist so also natürlich auch einer der treuesten Diener der UN. Seit 1960 haben 20 000 Schweden das Ansehen ihres Vaterlandes unter dem Blauhelm zuschanden gemacht. Zwei Infanterie-Bataillone stehen jederzeit in fünf Tagen Frist den UN für etwaige Polizeiaktionen der Weltorganisation zur Verfügung. Das einzige Mal, wo sie dabei wirklich eine Friedensaufgabe hätten durchführen können, wurden sie von U Thant im Juni 1967 rechtzeitig aus dem Gazastreifen herausgezogen und ermöglichten so überhaupt erst die israelische Aggression. Im Mai 1967 erteilte die schwedische Regierung ihrem Botschafter bei den UN Weisung, U Thant "die tiefe Beunruhigung der schwedischen Regierung über die Entwicklung in Griechenland zum Ausdruck zu bringen". Aehnliche Kindereien (man kann es wohl nicht anders bezeichnen) ereignen sich in Schweden fast alltäglich. Am 27. November 1966 wurde der Rektor der Universität von Uppsala niedergeschrieen, weil er ein "Nazi" und ein "Faschist" sei. Kurz danach wurde der südvietnamesische Jurist Tran Van An im Bürgerhaus niedergeschrieen, wo er auf Einladung hin einen Vortrag halten sollte. "Aftonbladet" bezeichnete den Initiator als einen "Neo-Nazist" und Fahnen Südvietnams mit draufgemaltem Hakenkreuz wurden von irreschreienden Studenten durch den Saal geführt. Ein Wohltätigkeitsfest zugunsten der peruanischen Universitäten wurde mit gleichen Angriffen gestört, weil die Kommunisten seit Oktober 1966 nicht mehr Herr der Universitäten Perús sind. Der Führer der Liberalen, Weden, nennt die Haltung der Regierung "Moralkolonialismus", denn man wendet sich gegen angebliche Unmoralität nur in antikommunistischen Ländern, verschliesst aber die Augen vor den Vorgängen etwa in Polen und der Tschechoslowakei. Es kam im März 1968 wegen der linksextremen Haltung der schwedischen Regierung zu scharfen Parlamentsdebatten, weil sich der Kulturminister Palme sehr prononciert für Nordvietnam eingesetzt hatte. Der Regie-

rungssprecher bezeichnete solche Aeusserungen jedoch als "Ausdruck der schwedischen Neutralität". So ist also die politische Welt jetzt um eine interessante Vokabel reicher geworden. Dass unter solchen Umständen die Rechte an Stimmen gewinnt, ist gerade kein Wunder. Kommunistenführer Hermansson, ein "Demokrat enormer Dimensionen" nach den Worten des Ministerpräsidenten (Sozialdemokraten) Erlander, errang jedoch inzwischen noch einen bedeutenden Sieg, wonach der (von Kommunisten infiltrierten) Sicherheitspolizei verboten wurde, Personen ausschliesslich wegen ihrer politischen Auffassung zu registrieren. Während die Arbeitslosigkeit die Zahl von 60 000 bereits erreicht hat, ist es so nicht schwer, das Staatsschiff weiter nach links zu wenden – auch, wenn Schweden im übrigen im November 1967 auf seinen Strassen den Rechtsverkehr einführte, um Europa näher zu kommen. Es möchte auch gerne in dessen EWG eintreten, doch soll die "schwedische Neutralität" dabei berücksichtigt werden.

*

FINNLAND

verdankt seine nationale Unabhängigkeit dem Deutschen Reich. "Finnland entstand aus einem Freiheitskampf, der durch den Bluteinsatz deutscher Soldaten gewonnen wurde. Das verpflichtet uns Finnen für immer gegenüber dem Deutschen Reich" (Prof. Iivari Leiviska). Infanterie unter Führung des Generals Graf Rüdiger von der Goltz und Kriegsschiffe unter Admiral Meurer warfen in hartnäckigen Kämpfen 1918 die Russen zurück und bereits Mitte Mai war dank des deutschen Einsatzes das ganze Land von Rotarmisten befreit. Im Herbst 1939 meinte Sowjetrussland erneut, die finnische Selbständigkeit zerstören zu können. Das Deutsche Reich war in einen Krieg gezwungen worden und konnte nicht helfen. Vergebens auch hoffte man in Finnland auf Hilfe aus dem Westen. Doch niemand rührte auch nur den kleinen Finger. Das so verwandte Schweden blieb streng neutral. Schwer enttäuscht stand Finnland so den Winterkrieg 1939 / 40 gegen einen weit überlegenen Gegner allein durch. Erst, als im Jahre 1941 der deutsch-russische Krieg ausbrach, war die Möglichkeit gegeben, in alter Waffenbrüderschaft die nationalen Grenzen im Osten wiederherzustellen. Doch, der sich abzeichnende militärische Zusammenbruch des Reiches machte eine erneute Wendung notwendig, und Marschall Mannerheims Autorität war es zu verdanken, dass der Waffenstillstand 1944 (bestätigt im Frieden von Paris 1947) Finnlands Selbständigkeit rettete. Die deutschen Truppen unter Generaloberst v. Rendulic zogen sich kämpfend über Lappland nach Nordnorwegen zurück. Es war eine der grössten militärischen Leistungen des an ähnlichem wahrlich nicht armen II. Weltkrieges. Im Rahmen dieses Rückzuges wurde die Bevölkerung im Norden evakuiert, um den Russen ein Nachrücken in dem unwirtlichen Lande möglichst unmöglich zu machen. Rendulic schreibt dazu (in "Gekämpft, gesiegt, geschlagen" S. 300): "Ich nehme hier vorweg, dass bald in einem Teil vornehmlich der schwedischen Presse die Evakuierung zum Gegenstand einer wüsten Hetze gegen die Armee und mich gemacht wurde. Zu den verstiegensten Behauptungen gehör-

te, dass Kranke mit ihren Häusern verbrannt wurden. Soweit sich Anwürfe lokalisieren liessen, wurden sie sogleich genau untersucht, in mehreren Fällen auch gerichtlich. Sie haben sich stets als unrichtig erwiesen... Bei dem mir bekannten, sehr freundlichen Verhältnis zwischen den Truppen und der Bevölkerung musste es auch als unwahrscheinlich angesehen werden, dass sich vermeidbare Härten ereignet haben... Wir haben hier einen typischen Fall der völkerverhetzenden Tätigkeit einer gewissenlosen Presse. Ich fühlte aber auch zum ersten Mal persönlich das widerliche Wesen zweckbewusster, privater Lüge, die über die Mittel der Publizität verfügt." Es ist in diesem Zusammenhang symptomatisch, dass man in der Mainummer 1968 im nordamerikanischen "Geographical Magazine" auf S. 622 unter einem Bild von einem Bauernhof in Lappland über zwei Seiten hinweg lesen kann: "Ein Weiler, der so abseits liegt, dass er verschont blieb, als zurückgehende deutsche Truppen gegen Ende des II. Weltkrieges diese Region verwüsteten." Es erweist sich so erneut, dass nirgends auf der ganzen Welt ein so tief sitzender blinder Hass gegen Deutschland besteht wie in den Vereinigten Staaten. Wo sich auch nur eine Möglichkeit ergibt, wird gegen dasjenige Volk gehetzt, welches man andererseits so gerne für sich schuften und wenn nötig auch bluten lässt: Was würde Deutschland verlieren, wenn hier einmal die einzig vernünftige Antwort erteilt werden würde? Man brauchte ja nicht einmal Gleiches mit Gleichem zu vergelten und die in Westdeutschland angelegten Kapitalien zu stehlen. Man brauchte nur aufzurechnen gegen die in den USA beschlagnahmten und bis heute nicht zurückerstatteten deutschen Privatvermögen. Vor allem soll man in Washington doch nicht glauben, mit derart primitiven Mitteln die deutsch-finnische Freundschaft zerstören zu können.

Es gibt da ganz andere Dinge, die in Finnland Aufmerksamkeit erregen. Im Oktober 1967 erklärte der finnische Gewerkschaftsfunktionär Koljonen, dass "die finnische Gewerkschaftsorganisation FLO jährliche Subventionen von der CIA, dem nordamerikanischen Geheimdienst, bezogen hat". Von Bolivien (*459) bis Finnland weiss man heute, was man aus New York erwarten kann.

1946 löste Paasikivi Mannerheim als Präsident ab. Er setzte die Linie der Koexistenz mit der Sowjetunion fort und schloss 1948 einen Freundschafts- und Beistandspakt mit derselben. Seit 1956 wird dieser Weg unter Kekkonen geradlienig weiterverfolgt. Das selbstbewusste, tapfere Volk der Finnen (vier Millionen!), das in fünfzig Jahren der Freiheit auch einem Nachbarn wie der Sowjetunion Achtung abgerungen hat, beginnt jedoch, gegen diese Haltung zu protestieren. Deutlicher Ausdruck einer nationalistischen Belebung der Innenpolitik ist der Wahlausgang im Oktober 1968, der der Kleinbauernpartei unter Vennamo 7% der Stimmen, insbesondere in den Grossstädten, einbrachte und Besorgnis bei den demokratischen Parteien erweckte. Deren Zugeständnis an Russland, keine eigenen Atomkraftwerke zu bauen, und ihre Weigerung, mit Moskau über die Rückgabe karelischer Gebiete zu verhandeln, dürften der Kleinbauernpartei weiteren Zulauf in naher Zukunft bringen.

Holz hat Finnland so viel, dass man nicht aufzuforsten braucht. Der Einschlag wächst entsprechend wieder nach. Die finnischen Eisenbahnen fahren auf russischer Spur, doch die Hauptausfuhr (Papier und Holz) geht über modern ausgebaute Häfen übers Meer. 10 Prozent der Bevölkerung leben in der Hauptstadt Helsinki (25% der dänischen in Kopenhagen!). Doch überall im Lande kommt einem der Finne mit einer Gastfreundschaft entgegen, die in unserer Welt selten geworden ist.

*459 - Man erinnere die Erklärungen des nach La Paz zurückgekehrten ehemaligen Innenministers Antonio Arguedas am 17. August 1968 vor der Presse. Er belegte, dass die CIA mit grossen Geldsummen laufend das politische Leben Boliviens, und darüber hinaus ganz Südamerikas zu korrumpieren versuchte. Personen, die man sich dienstbar machen wollte, wurden notfalls in Skandalgeschichten verwickelt.

Die Tatsache, dass auch hier wieder "grosse Geldsummen" eingesetzt wurden, soll Anlass sein, grundsätzliche Bemerkungen über die finanziellen Hintergründe derartiger Aktivität zu machen. Die Freimaurerei verbirgt ihre wahren Ziele hinter einer philosophischen Maske. Denn schon ihr Ursprung, nämlich der englische Imperialismus in seiner gleichzeitig maritimen wie kalvinistisch-jüdischen Form ist rein merkantil-politisch. Es handelte sich darum, nicht nur Spanien, Portugal und Frankreich ihrer Kolonien zu berauben, sondern ihren gesamten Handel in die Hand zu bekommen. So folgte der von England amtlich unterstützten See-Räuberei eine solche auf dem Kontinent. Die Piraterie wurde von Georg I. am 5. September 1717 aufgelöst, und Robert Walpole, eigentlicher Herr Englands, genehmigte dann sofort die am 24. Juni 1717 gegründete Freimaurerei. Ohne Walpole, und ohne alle jene englischen Lords, Agenten und Spione, wie Stanhope, Stuekland, Chesterfield, Ramsay, Stosch, Folker, Fox, Holland usw. hätte es auf dem Kontinent niemals eine Freimaurerei gegeben. Sie ist das Werk des von Cromwell 1653 geschaffenen Intelligence Service. Hauptstütze dieser Tätigkeit war auf geistigem (damals hiess es philosophischem) Gebiet die Royal Society. Von dieser ging daher auch die Idee zur Gründung einer Freimaurerei aus. Fast alle ihre Mitglieder wurden Brüder des neuen Klubs. Plastisch werden die Ziele bei Thomas Spratt ("History of the Royal Society" S. 62): "Indem man von Anfang an Persönlichkeiten aller Länder erfasst, bringt das grosse Vorteile mit sich, denn man kann so einen beständigen geistigen Kontakt zwischen den zivilisierten Völkern schaffen, und aus der Royal Society so eine allgemeine Bank und den Freihafen der Welt machen... Ich habe schon mehrfach gewisse Vorrechte, die England besitzt, erwähnt, denn es kann mit gutem Recht für sich die führende Rolle einer philosophischen Liga der europäischen Nationen beanspruchen. Ich habe von Englands Lage gesprochen, von seinem gegenwärtigen Genie, von der Art, wie es seine Kaufleute verteilt hat." Spratt ist Sekretär der Royal Society und Freund von Anderson und Desaguliers, den Gründern der Freimaurerei, ebenfalls natürlich Mitglieder der Royal Society. So ist es klar, dass in den Handelszentren und Häfen jener Zeit mit Hilfe der Kaufleute und englischer Geheimagenten sich die ersten Logen bilden: in Florenz, Lissabon, La Rochelle, im Haag, Madrid, Neapel, Venedig, Prag und Wien. Die kommerzielle und politische Macht Englands zu festigen, ist das praktische Ziel, welches sich hinter der philosophischen Maske verbirgt. Man spricht von Humanität und zersetzt so die katholische Religion, Grundlage der kontinentalen Monarchien. Ganz im Sinne dieser merkantilen Absichten liegt es, dass so auch in die Symbolik der Freimaurerei die Drei Kugeln aufgenommen werden, die seit dem 14. Jahrhundert, aus der Lombardei herkommend, für "Gold, Handel und Finanzen" stehen, und in den drei Punkten noch heute zentrale Bedeutung haben. Den Welthandel, die Weltfinanz, das Gold der Welt beherrschen, das ist das eigentliche Ziel der Freimaurerei.

Ist dieses erkannt, so ist es gegebene Aufgabe der Geschichtsschreibung, die merkantilen Hintergründe aufzudecken, die als eigentliche Beweggründe auch gerade hinter den "politischen" Morden unserer Zeit stehen. Stellt man dabei einen gemeinsamen wirtschaftlichen Nenner fest, so wäre das "missing link" für den bedeutendsten Impuls der Grossen Rebellion gefunden.

*

VIII. DIE SOWJETUNION UND IHR EUROPAEISCHER EINFLUSSBEREICH

DIE UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN

in ihrer heutigen Gestalt ist Ergebnis verschiedener Kräfte. Gemeinsam nur war diesen der Wille zur Zerstörung des Zarenreiches, keineswegs aber das letzte eigentliche Ziel ihrer Pläne. Die aktivste Triebfeder stellte seinerzeit dabei das Judentum dar. Jahrzehntelang wurde das Zarenreich durch den Terrorismus jüdischer Untergrundorganisationen erschüttert. "Die Führer der Revolution in Russland (schreibt das "National Geographic Magazine" zB im Mai 1907) gehören fast alle der jüdischen Rasse an, und die wirksamste revolutionäre Einrichtung ist der jüdische Bund. Es gibt wohl kaum ein einziges loyales Mitglied dieser Rasse im ganzen russischen Reich." Dieses Judentum hatte auch äusserlich nichts mit den übrigen Völkern des russischen Reiches gemein. Der grosse baltische Biologe J. von Uexküll schreibt darüber in seinen Lebenserinnerungen ("Nie geschaute Welten" S. 137 ff): "Es war in Tuckum in Kurland. Die Turmuhr ertönte. Aus allen Häusern strömte eine schwärzliche Menschenmasse: Männer im dunklen Kaftan, mit schmierigen Hüten und langen braunen Bärten, Frauen in schwarzen Kleidern, die Köpfe mit schlechtsitzenden schwarzen Perücken bedeckt, junge Mädchen in dürftigen Kleidern und mit wirren Haaren, und Kinder, Kinder, Kinder, schwarzhaarig, unsauber, beweglich und schwatzhaft. Wer waren diese Leute, was trieben sie, was wollten sie in dem grünen Garten Kurlands, dessen Boden sie nicht beackerten, dessen Wiesen sie nicht schnitten und dessen Fruchtbäume sie nicht pflegten? ... Mein Freund S. erzählte mir ein Erlebnis, das den Beweis für das Ueberlegenheitsgefühl, das auch den geringsten Juden beseelt, eindeutig liefert. Die Fahrten über den Sund zwischen der Insel Moon und dem estländischen Festlande wurden durch eine Segelbarke getätigt. Bei hohem Wellengang schaukelte das Boot mächtig. S. machte eine solche Ueberfahrt in Gesellschaft mehrerer Bauern und eines armseligen "Pindeljuden", der sich kümmerlich durch Anpreisung seiner Waren, die er in seinem Pindel mit herumtrug, bei den Bauern ernährte. Da ihm die Seefahrt ungewohnt war, bekam er es beim Anblick der hohen Wellen mit der Angst und begann laut

jammernd den Gott Isaaks und Josephs anzurufen, dass er ihn aus der grossen Gefahr erretten möge. Die Bauern fanden das Judengeheul äusserst komisch und begannen, ihn zu verhöhnen. Nun wandte sich S. in jüdischem Jargon an den Juden und sagte ihm, er solle sich schämen, sich vor den Bauern lächerlich zu machen, er sähe doch, dass die Bauern sich gar nicht fürchteten. "Was soll der Bauer fürchten für sein Leben?" erwiderte der Jude. "Was ist wert des Bauern sein Leben?""(*460) Und v. Uexküll berichtet weiter: "Graf Tiesenhausen war als revidierender Senator nach Minsk entsandt worden. Der Gouverneur empfing ihn am Bahnhof und zeigte ihm einen grossen Juden mit rotem Vollbart, der neben dem Wagen des Gouverneurs Posten gefasst hatte. "Exzellenz", wandte sich der Gouverneur an Tiesenhausen, "dies ist der Jude, der Sie gekauft hat." – "Mich kann niemand kaufen", erwiderte Tiesenhausen. – "Nun, Sie werden ja sehen", meinte trocken der Gouverneur. Kaum hatte Tiesenhausen seine Wohnung im Schloss bezogen, so liess sich der rotbärtige Jude melden: "Zu persönlicher Dienstleistung bei seiner Exzellenz." Tiesenhausen liess ihn kurzerhand hinauswerfen. Am nächsten Tage suchte er den ersten Friseur der Stadt auf, um sich rasieren zu lassen. Schon sass er eingeseift vor dem grossen Spiegel, da sah er, wie der Rotbart am Fenster vorbeiging und dem Friseur ein Zeichen gab. Im gleichen Augenblick schrie der Friseur auf: er habe sich in den Finger geschnitten und könne den Senator nicht rasieren. Nun suchte Tiesenhausen den nächsten Friseur auf. Aber dieser stürzte ihm an der Tür entgegen und sagte: er habe soeben die Nachricht vom Tode seines Vaters erhalten und müsse seinen Laden schliessen. Von nun ab fand Tiesenhausen alle Friseurläden geschlossen. Er versuchte in verschiedenen Läden Einkäufe zu machen. Ueberall wurde er mit der ausgesuchtesten Höflichkeit empfangen, aber immer war gerade der Gegenstand, den er sich aussuchte, soeben verkauft worden. Stets musste er unverrichteter Dinge wieder heimkehren. "Am vierten Tage", erzählte Tiesenhausen, "als mir die Stoppeln zentimeterlang aus dem Gesicht herauswuchsen, so dass ich mich in keiner Gesellschaft zeigen konnte, liess ich den Rotbart, der geduldig vor meiner Tür sass, hereinkommen, und von da ab ging alles glatt." – Die jüdischen Geschäftsleute von Minsk hatten die Gewohnheit, jeden Etranger de distinction, der ihre Stadt besuchte, meistbietend zu versteigern. Der Mann, der ihn ersteigert hatte, erhielt dann von allen Geschäften, in die er den Fremden führte, eine angemessene Provision. Die Versteigerungsgelder wurden einer gemeinsamen Kasse zugeführt... Wahrscheinlich wird ein derartiger Zusammenschluss der Juden in vielen russischen Städten bestanden haben."(*461) Aus dem Munde eines "höheren russischen Beamten, der sich speziell mit dem jüdischen Problem beschäftigte", erfährt v. Uexküll dann noch: "Die ganzen jüdischen Organisationen sind seit dem Beginn der achtziger Jahre in voller Auflösung begriffen, das heisst seit dem Umsichgreifen der sogenannten Reform. Die Reform äussert sich im Abfall der Jugend vom Glauben der Väter, in dem Verdrängen der jiddischen Sprache durch die russische und in dem immer mehr sinkenden Ansehen der Rabbiner... Die vom Glauben abgefallene jüdische Jugend, besonders die Studenten, wendet sich immer mehr dem Nihilismus zu und bildet ein gefährliches Ferment für die ganze studierende russische Jugend. Ueberhaupt bildet nicht das Judentum an sich eine Gefahr für den Staat, wohl aber das sich auflösende Judentum, weil es zahllose Existenzen schafft, die völlig wurzellos sind und sich entweder einem skrupellosen Gelderwerb zuwenden oder Geheimgesellschaften gründen zum Umsturz des russischen Staates. Auf den frommen, gesetzestreuen Juden kann man sich auch heute noch verlassen, aber vor einem abtrünnigen, glaubenslosen Juden soll man sich hüten."

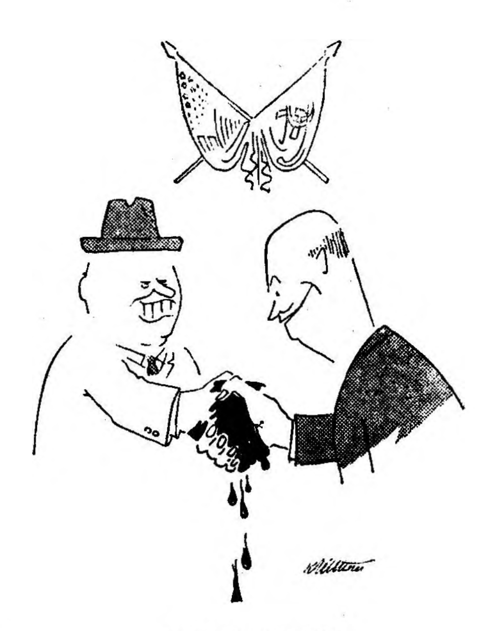
Und v. Uexküll fragt jüdische Kommilitonen an der Universität in Dorpat

nach dem Wesen des Judentums. Man antwortet ihm: "Sie sind ein Balte und werden es einigermassen nachfühlen können. Gewiss fühlen Sie sich gehoben, wenn ein Balte eine aufsehenerregende Leistung vollbracht hat, und sind besonders erfreut, wenn ein Balte einen grossen Teil seines Vermögens im Interesse des Baltentums verwendet. Und vor allem werden Sie das Gefühl der Empörung nicht unterdrücken können, wenn die Balten irgendwo ungerecht angegriffen werden. Dieses latente, aber immer vorhandene, ihnen ganz selbstverständliche baltische Gefühl beruht nun nicht darauf, dass die Balten dem gleichen Lande entstammen, oder der gleichen Rasse angehören, sondern ausschliesslich auf der Tatsache, dass die Balten seit 700 Jahren eine Schicksalsgemeinschaft bilden, deren Mitglieder in Leid und Freud den Kampf für ihr baltisches Deutschtum gemeinsam geführt haben. Sehen Sie, das gleiche gilt aber in noch viel höherem Masse für uns Juden, die wir über 2 000 Jahre lang verbannt und verfolgt, über die ganze Erde verstreut die gemeinsame Fahne des Judentums hochgehalten haben. Solange sich das Gefühl der Schicksalsgemeinschaft noch erhält, solange ist das Judentum nicht verloren. Aber es besteht jetzt die Gefahr, dass es sich bei allen Juden, die sich den Wirtsvölkern angeglichen haben, allmählich verliert. Geweckt kann es nur werden, wenn in elfter Stunde – wie so oft im Laufe unserer Geschichte – ein rücksichtsloser Antisemitismus ausbricht, der alle Juden daran erinnert, dass sie ein Volk sind und unter einem Gott eine gemeinsame Aufgabe zum Wohl der Menschheit zu erfüllen haben." (*462)

Doch die Zerstörung des Zarenreiches wurde auch von anderer Seite wesentlich gefördert. Der Hochgradfreimaurer Theodore Roosevelt zwang in seiner Eigenschaft als Vermittler bei den russisch-japanischen Friedensverhandlungen (die russische Niederlage war vorausgesehener Teil des von dem noch zu erwähnenden Dr. Helphand 1904 durchgeführten Subversionsplanes) in Portsmouth 1905 auf Veranlassung seines Hintermannes, des New Yorker Bankiers Jacob Schiff und über den amerikanischen Gesandten in Rom, Dr. Strauss (beide Mitglieder der uns bereits bekannten Tammany-Society) den russischen Verhandlungspartner Witte, Zusicherungen zur Besserung der Lage der Juden in Russland abzugeben (Roosevelt erhielt dafür den Friedensnobelpreis). Von Deutschland aus wurden dann diejenigen revolutionären Schriften nach Russland hineingeschmuggelt, die mit der 1906 gewährten Presse- und Redefreiheit immer noch nicht vereinbar waren. Die berühmte "vaterländische Tat" der SPD vom 4. August 1914, nämlich die Zustimmung zu den Kriegskrediten (Der Kaiser: "Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche"), ermöglichte dann die militärische Niederlage Russlands, wesentliche Voraussetzung für die beabsichtigte Vernichtung des Zarentums. "Wenn die deutschen Sozialdemokraten auf Lenins Rat gehört und von 1914 an auf den Sturz des Kaisers hingearbeitet hätten, wären die zaristischen Armeen wohl niemals geschlagen und die bolschewistische Revolution hätte wahrscheinlich niemals stattgefunden ... Ohne den 4. August 1914 wäre es nie zum 7. November 1917 gekommen."(*463)

Das Zentrum der Verschwörung gegen Russland auf europäischem Boden war damals Kopenhagen. Dort sass auch der Zionist Dr. Helphand (genannt Parvus) mit seinem Revolutionsbüro. Diesem gelang es, über v. Bethmann-Hollweg, die Reichsregierung zu veranlassen, Lenin (und mit ihm Apfelbaum-Sinowjew) quer durchs Reich von Bern nach Kopenhagen zu schaffen. Tirpitz belastet diesen Bethmann-Hollweg in seinen Erinnerungen (S. 241) schwer: "Ich hörte noch, wie er mit erhobenen Armen wiederholt die unbedingte Notwendigkeit der Kriegserklärung (an Russland) betonte und damit jede weitere Erörterung abschnitt."

Doch Lenin selbst war auch nur als Marionette in dem grösseren Spiel der Weltfreimaurerei gedacht gewesen. Denn an Stelle des Zarenreichs wollte



ONE WORLD

Zum Besuch Chrutschows bei Eisenhower: Die Eine Welt (aus "National Review", New York).

man eine "liberale" Regierung inthronisieren, wollte das Riesenreich den grossen Kapitalien öffnen. Schon 1906 war sofort im Anschluss an den Vorstoss Roosevelts die Freimaurerei in Russland aufgezogen worden. Der französische Bruder Bouley war damals mit Hilfe deutscher Freimaurer heimlich nach Moskau entsandt worden, um dort die ersten Logen zu gründen. Als dann in konsequenter Weiterentwicklung der Freimaurer Kerenski anschliessend an die von Prinz Lwow und anderen Freimaurern erzwungene Abdankung des Zaren (und dank der Gelder, die dafür von dem englischen Gesandten und Freimaurer Buchanan bereitgestellt worden waren) die Regierung übernahm, ahnte man jedoch nicht, dass der Zionismus bereits acht Monate später diese Kreise mit der bolschewistischen Revolution überspielen würde (wobei diesmal die Gelder nicht nur sehr reichlich aus New York flossen, sondern es sogar Helphand gelang, eine Million Rubel vom deutschen Auswärtigen Amt zu erhalten. Nur ein Jahr später zahlte dann der inzwischen in Berlin eingezogene Sowjetbotschafter Adolf Joffe dem deutschen Sozialdemokraten und Rassegenossen Hugo Haase vier Millionen Rubel zurück, um damit den Sturz des deutschen Kaisers zu ermöglichen).

Die Ermordung der Zarenfamilie am 17. Juli 1918 konnte so im Einverständnis mit allen Regierungen erfolgen. "England, dessen Königshaus mit dem Zaren verwandt war, lehnte ohne jede Emotion die Bitte der provisorischen russischen Regierung, dem Zaren Asyl zu geben, ab. Ebenfalls Frankreich und – was nach dem Gesagten kaum überraschen dürfte – das Berliner Auswärtige Amt. Erst die einhelligen Ablehnungen ermöglichten die Vollstreckung des wohl schon längst vorher ausgefertigten Todesurteils."(*464)

Im November 1917 wurde Kerenski durch Lenin und Trotzki gestürzt.

Wahlen wurden ausgeschrieben, doch als sie nicht die gewünschte Mehrheit brachten, die gewählte Versammlung im Januar 1918 aufgelöst, und von den Sowjets berufene Vertreter traten zusammen. Die Zusammensetzung der 565 Regierungsmitglieder der Sowjetunion zeigt, wer die Macht übernommen hatte: 34 Letten, 469 Juden, 12 Deutsche, 2 Polen, 3 Georgier, 10 Armenier, 1 Ungar, 3 Finnen, 1 Tscheche und ganze 32 Russen. Das Verhältnis der Juden in Regierungsämtern erhöhte sich dann sogar noch. Das Politbüro bestand 1919 zu 40% aus Juden, 1922 zu 43%. Der Zentrale Rat der Kommissariate (Ministerien) mit 20 Mitgliedern hatte 17 Juden und drei Nichtjuden. Kriegskommissariat: 34 von 43 Mitgliedern Juden. Kommissariat der Provinzen: 21 von 23. Innenkommissariat: 45 von 55. Kommissariat für Auswärtige Angelegenheiten: 14 von 17. Es waren 1917-18 von 316 Kommissaren 300 Juden. 1920 322 von insgesamt 457. 1921 447 von insgesamt 550 und 1922 445 Juden von insgesamt 525 Kommissaren.

Aber auch dieses Ergebnis war nur ein vorübergehendes. Die Absicht der Zionisten, den Marxismus für ihre "permanente Revolution" auszunutzen, schlug fehl. Stalin setzte sich durch. Trotzki musste fliehen. (*465) An die Stelle der Weltrevolution trat der "Sozialismus in einem Lande". Er kostete ihm 20 Millionen Menschenleben.

Unterbrochen wurde dieser Aufbruch im Osten durch den II. Weltkrieg. Als Molotow in Berlin die Dardanellen forderte, nachdem bereits das Baltikum, Ostpolen und Bessarabien von den Sowjets besetzt worden waren und eine ernste Verschiebung des militärischen Gleichgewichts drohte, griff Adolf Hitler – vergebens gewarnt (*466) – zur Waffe des Präventivkrieges. (*467) Amerika verhinderte den Zusammenbruch der Sowjetunion. Halb Europa konnte sie so mit gleicher Zustimmung 1945 in ihren Machtbereich eingliedern.

Diese Eingliederung aber wurde dann zur Ursache der ernstesten Probleme. Nicht rückständige, vernachlässigte Gefilde wurden ja jetzt bolschewisiert, wie dieses 1918 in Russland geschah, sondern geistig, wirtschaftlich und gesellschaftlich zum Grossteil hochentwickelte Gebiete. Mit der Ermordung der Führer und ganzer Völkerschaften versuchte man es zunächst nach altbewährter Methode. Mit der von den jüdischen Lehrmeistern übernommenen Methode pausenloser Propaganda bemühte man sich sodann, doch bis heute sind aus den Satelliten keine zuverlässigen Bundesgenossen geworden. Der Versuch, dem militärischen sogenannten "Warschau-Pakt" (seit 1955) eine übernationale politische Körperschaft anzugliedern, konnte bislang nicht verwirklicht werden, da insbesondere die Tschechoslowakei und Rumänien nicht bereit sind, die letzten Reste ihrer Souveränität einer solchen überstaatlichen Organisation abzutreten (Mai 1968).

Am schwierigsten war es natürlich, die hochentwickelte, auf kapitalistischen Grundsätzen ruhende, mit dem persönlichen Können und Elan Einzelner geschaffene Wirtschaft dieser Staaten in die sozialistische Welt einzubauen. Deutliche Rückschläge waren die logische Folge auf allen Gebieten. Von Moskau aus wurde mit der COMECON 1955 eine Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet über die staatlichen Grenzen hinaus angestrebt, die im Interesse der Zentrale zu einer ganzen Reihe von erzwungenen Umleitungen der Produktion führte. Polen, die Tschechoslowakei und die DDR liefern industrielle Fertigwaren an die Sowjetunion und erhalten von dieser im Austausch zu festgelegten Preisen Rohmaterialien. Doch liefert man nur solche Fertigwaren, für die im Westen kein Absatz besteht, also solche minderer Qualität. Hinzu kommt, dass infolge der staatlichen Planungen die Lieferfristen eine in der westlichen Wirtschaft unbekannte Rolle spielen. Eine "Internationale Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit" (IB) mit Sitz in Moskau als Gründung des erwähnten "Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (Comecon) (1963) soll einen regionalen multila-

teralen Handel erleichtern. Sie besitzt ein Stammkapital von 300 Mio. Rubel (gleich 327 Mio. Dollar) (die BIZ in Basel weist ein Kapital von 500 Mio. Goldfranken auf, die Weltbank ein solches von 1,76 Md. Dollar und der Weltwährungsfonds 20,8 Md. Dollar, wovon auf Goldbasis 4,2 Md. Dollar). Die Anteile am Kapital der IB verteilen sich wie folgt: UdSSR 38,6%, DDR 18,4, Tschechoslowakei 15, Polen 9, Ungarn 7, Bulgarien 5,7, Rumänien 5,3 und die Mongolei 1%. Schon diese Gegenüberstellung zeigt, dass wichtigste Handelspartner der Sowjetunion die DDR und die Tschechoslowakei sind. Die DDR steht dabei nicht nur quantitativ sondern auch qualitativ an der Spitze. Der sowjetische Aussenhandelsminister Patolitschew erklärte bei der Unterzeichnung des derzeitigen Handelsvertrages (1966 bis 1970): "Die DDR ist für die UdSSR der grösste Lieferant von Maschinen und Ausrüstungen, ungefähr 60% des gesamten Imports der UdSSR kommt aus der DDR. Die DDR liefert etwa ein Drittel aller von der UdSSR im Ausland gekauften Maschinen und Ausrüstungen. Die UdSSR lieferte dagegen Roh- und Brennstoffe. Aus der UdSSR kommen in die DDR 95% ihres Erdölimports, 66% der Steinkohle, 92% des Schnittholzes, 93% des Eisenerzes und 82% des Walzstahles, den die DDR importiert." Aehnliche Zahlen ergeben sich für den Handel mit der Tschechoslowakei, sodass eine Liberalisierung des Handels in diesen Ländern mit entsprechend grösserer Verflechtung mit dem Westen sehr ernste wirtschaftliche Folgen für die Sowjetunion selbst mit sich bringen müsste. Mit Hilfe der genannten IB wurde eine neue Rechnungseinheit eingeführt, die innerhalb der Ostländer auch als Zahlungsmittel benutzt werden soll: der transferierbare Rubel (TR). Man hofft, das Zurückbleiben der Produktivität in den 50er und 60er Jahren durch die Ausweitung der bilateralen Beziehungen zu multilateralen zu überwinden. Es soll für die technisch hochentwickelten kleinen Länder im Westen des sowjetischen Machtbereiches eine Art "Ersatz-Weltmarkt" für den Absatz insbesondere so spezifischer Produkte wie sie in der Elektronik, dem Automatismus und der Nuklearkraft verwandt werden, geschaffen werden. Denn nach ungeschriebenem Gesetz sorgten die Planer offenbar bislang dafür, dass nur etwa 15 bis 20% des Gesamtaussenhandels dieser Länder mit dem Westen abgewickelt wird.

Hat die Planwirtschaft, die ohne Rücksicht auf die Rentabilität des einzelnen Unternehmens und also auf die Absatzmöglichkeiten bei der ungefragten Verbraucherschaft, lediglich im Interesse eines staatlichen Gesamtplanes produziert, schon nachteilige Folgen für den Umfang, die Kontinuierlichkeit und die Qualität der Produktion auf industriellem Gebiet gezeitigt, so werden solche nachteiligen Folgen noch deutlicher auf dem Gebiet der Landwirtschaft. Muss man auch im Westen das Wirken einer Weltlandwirtschaftsorganisation, deren Kosten in keiner Weise im Verhältnis stehen zu den praktischen Erfolgen, mit Kopfschütteln betrachten, so treibt doch die Idee der Planung auf diesem Gebiet in der Sowjetunion immer noch – und trotz aller so traurigen Erfahrungen – die hässlichsten Blüten. Das Dorf soll in eine Fabrik verwandelt werden, mit der Folge, dass die Dörfer sich leeren, und eine allgemeine Landflucht einsetzt. Im Februar 1968 erschien erst wieder ein Artikel in der "Literaturnaja Gaseta" von B. Moschajew, der die neuesten Absichten auf diesem Gebiet heftig – und offensichtlich mit gewisser Rückendeckung – kritisiert. Zirkulare waren nämlich verteilt worden, in welchen die Umwandlung von etwa 700 000 russischen Dörfern in 120 000 sogenannte "Agrarstädte" gefordert wurde, in welchen die Bauern in zwei- bis fünfstöckigen Häusern wohnen sollten. Wieder einmal wird in einem Büro – so, wie wir es im Westen ja auch immer häufiger erleben – bestimmt, wie die Menschen zu leben und zu arbeiten haben. Ob es sich um die Integration mit den Negern in den USA handelt oder um Bauern, die im Achtstunden-Tag arbeiten sollen, es ist der gleiche Trend aus gleichen Quellen in

West und Ost.

Nur dort, wo die natürlich gewachsene europäische gesellschaftliche Differenzierung erhalten blieb, kann die UdSSR auf wirkliche Erfolge hinweisen. "Das Rangsystem (schreibt Matthias aaO S. 176) war in einem so eminenten Sinne europäisch, dass es selbst den Kommunismus überlebt hat. Wie einstmals stehen die öffentlichen Berufe in Russland wieder an der Spitze der sozialen Pyramide. Wie einstmals gibt es ein Rangsystem mit all den Besonderheiten, die das westeuropäische ausgezeichnet hat. Die Moral ist hoch und Verletzungen werden nicht nur durch Disqualifikation geahndet, sondern durch hohe Strafen. Was fehlt, ist nur die freie Erwerbsfähigkeit. Die Erwerbsgesellschaft ist geopfert worden. Aber, was hat man im Westen getan? Man hat auf die Ranggesellschaft verzichtet. Man hat sich in fast allen Ländern amerikanisieren lassen und hat heute kaum mehr zu bieten als eine reine Erwerbsgesellschaft amerikanischen Stils, mit all ihren geringen Vorzügen. Konnte jener von mir zitierte Chinese schon 1903 feststellen, dass die Vereinigten Staaten ihre "Seele" verloren haben, so gilt das gleiche fünfzig Jahre später für die Mehrzahl der europäischen Staaten, an erster Stelle die Bundesrepublik. Das Rangsystem hat sich in Russland ebenso bewährt wie einstmals in den westeuropäischen Ländern. Der Andrang zu den öffentlichen und halböffentlichen Berufen ist gross. Er ist so gross, dass auch dort harte Selektionsprinzipien verwandt werden konnten. Das Ergebnis war, dass fast über Nacht auf sämtlichen Gebieten (dem militärischen, pädagogischen, technischen, verwaltungstechnischen usw.) Eliten geschaffen wurden, deren Leistungen das Erstaunen der Welt erregt haben." Und man braucht nicht Ingenieure zu importieren (wie die USA es tun), lediglich einige Atomgeheimnisse, und die brachten die Rosenberg, Oppenheim, Fuchs und Pontecorvo freiwillig, alle Redensarten von "Antisemitismus" in der Sowjetunion Lügen strafend. "Im Westen wie im Osten Europas", fährt Matthias fort, "war die Existenz einer Ranggesellschaft an eine einzige Voraussetzung gebunden: dass sie den Schutz des Staates genoss. Fiel der fort, und identifizierte sich der Staat ausschliesslich mit den Erwerbsgruppen, so musste alles verschwinden, was durch die Ranggesellschaft zur Welt gekommen war: die Moral, die Unbestechlichkeit, die "Askese", die aller Kommerzialisierung widerstrebenden Kräfte, und, last not least, die berufliche Leistung. Hat eine Gesellschaft nichts anderes zu bieten als Geld, so müssen die beruflichen Leistungen zurückgehen. Es gibt nur wenige Offiziere, die ihr Leben riskieren, weil sie bezahlt werden. Es gibt nur wenige Chirurgen, die besser operieren, wenn das Honorar erhöht wird. Es gibt nur wenige Beamte, die die Stellung eines Ministers erstreben, weil die Bezüge höher sind als ihre bisherigen ... der Motor, der alle diese Berufsgruppen in Bewegung setzt und Leistungen produziert, ist – primär – nicht der Gewinn. Die Gewinnchance allein ist ein unzulänglicher Antrieb. Man wird nicht Dichter oder Theologe oder Offizier oder Gelehrter, weil das Geld lockt. Geld kann leichter verdient werden. Hat eine Gesellschaft nichts anderes zu bieten als Geld, so erhält sie selten mehr als den Gegenwert."

So ist die Sowjetunion den Amerikanern auf allen jenen Gebieten voraus, auf deren Entwicklung die Planer Wert legten, und auf welchen die Leistung des Einzelnen von der Gemeinschaft anerkannt wird, das heisst, wo die demokratischen und volksdemokratischen Phrasen kapituliert haben. Das trifft vor allem für die Raumfahrt zu. Im Mai 1968 konnte die "Prawda" feststellen, "dass die Sowjetunion in zehn Jahren mehr als 250 Weltraumkörper mit einem Gesamtgewicht von 1 400 Tonnen abgefeuert hat. 22 davon mit einem Gewicht von 50 Tonnen haben die kosmische Geschwindigkeit erreicht und sind in den interplanetarischen Raum jenseits des Schwerkraftfeldes der Erde vorgedrungen."

Obwohl dann unter Chrutschow und seinen Nachfolgern die industrielle

Planung auch auf dem Gebiet jener Gegenstände forciert wurde, die der Verschönerung des Lebens und der Bequemlichkeit dienen, obwohl zB Frankreich gleich eine ganze Reihe von Fabriken hierfür rund um Moskau aufstellt, hat doch gerade diese Lockerung die ewig unzufriedenen Geister auf den Plan gerufen. Waren schon vorher laufend korrupte Elemente scharf bestraft worden, weil sie ihre Position zu persönlicher Bereicherung ausnutzten (was zu Anlass von antisemitischen Vorwürfen im Westen wurde, weil diese Verbrecher in fast allen Fällen Juden waren, und weil man in der Sowjetunion darin keinen Strafmilderungsgrund sah), so musste jetzt gegen Schriftsteller vorgegangen werden, die versucht hatten, die Unzufriedenheit ins Volk zu tragen. Es kam so 1967 und 1968 zu einer Reihe von Prozessen, die im Westen sehr breitgetreten wurden, galt es doch offensichtlich den Versuch, die Vertreibung Kerenskis nach Jahrzehnten doch noch wieder rückgängig zu machen. Doch die Lage hat sich nach dem II. Weltkrieg auch rein biologisch geändert. Weder in der Sowjetunion selbst, noch in den anderen Staaten Osteuropas (wo es zu Parallelerscheinungen kam) gibt es heute eine breite jüdische Schicht, die in der Lage wäre, einen Staat zu unterminieren, wie es der Bund seinerzeit tat. Manifestationen aber wie die der 150 Juden im Mai 1968 vor der Sowjetbotschaft in Bonn ("Sozialismus ja – Antisemitismus nein") sind schon deshalb sinnlos, weil die Sowjetunion tatsächlich nicht spezifisch antisemitisch (wohl aber deutlich antizionistisch) eingestellt ist. Da schreibt zB auch ein Herr S. Levenberg im Februar 1968 in der brasilianischen Tageszeitung "O Estado" in Sao Pãulo: "Es ist nötig, die Prozesse in Russland gegen Schriftsteller genau zu analysieren; insbesondere die Rolle, die in dieser momentanen Revolte die Juden spielen ... ein Kampf um die Liberalisierung und Freiheit des Wortes in der Sowjetunion ... Jüdische Intellektuelle befinden sich wieder – ein weiteres Mal – in der Vorhut des Kampfes um neue Ideen in der Politik und bei politischen, sozialen und ethischen Problemen. Diese Kreise zeigen sich sympathisch allen jüdischen Fragen und widersetzen sich antisemitischen Tendenzen ... Wie schon oft bemerkt in der modernen Geschichte, befinden sich die Juden an der Spitze des Kampfes für Freiheit, sowohl als Mitkämpfer, wie auch als Opfer der reaktionären Elemente." Man gewinnt den Eindruck, als schaffe sich hier das Judentum wieder einmal bewusst den sogenannten "Antisemitismus", ohne den es anscheinend nicht leben kann, und sei es, dass man deswegen Kommunisten zu "Reaktionären" stempeln müsste. Der Vertreter des Staates Israel vor den UN erklärt am 28.11.68: "die nationale Volksgruppe der Juden ist in der Sowjetunion dazu verurteilt, von der Mehrheit assimiliert zu werden, ihre eigene Kultur zu verlieren und geistig erdrosselt zu werden ... es gibt in der ganzen UdSSR nur 62 Synagogen und drei Rabbiner", und fügt hinzu, die russische Sprache kenne keinen Unterschied zwischen den Worten "Zionist" und "Jude" (was nicht den Tatsachen entspricht. Das eine heisst "Cionist", das andere "Ebreu"). Er hilft mit diesen Angriffen die Fronten zu klären, die sich seit 1967 und 1968 zu bilden beginnen.

Die Kommunisten haben – um es in Anlehnung an die Betrachtungen Valerij Tarsis in seinem Buch "Wohin stürmt die russische Troika?" zusammenzufassen – Russland Macht und Weltgeltung verschafft. Die technischen Fortschritte, die Schaffung einer modernen Infrastruktur von der Elbe bis zum Amur, russische Flotten in der Nordsee, im Mittelmeer und im Indischen Ozean, russische Sender auf dem Mond, das alles kann das russische Volk mit Stolz erfüllen. Aber ebenso unbestreitbar ist, dass trotz aller äusseren Erfolge das russische Volk und der russische Mensch nicht glücklicher geworden sind. Auf macquiavellistische Art hat Lenin verstanden, das politische und soziale Freiheitsverlangen des russischen Volkes in den Dienst der bolschewistischen Revolution zu stellen. Im Grunde genommen aber hat nur die Hoffnung auf Freiheit

die Russen bis zum heutigen Tage das bolschewistische Regime ertragen lassen. Es bleibt die Sehnsucht nach einem Leben voll menschlicher Würde, die nicht an gesellschaftlichen oder materiellen Massstäben gemessen wird.

So wenig wie es sich lohnt, etwa ausgerechnet um der menschlichen Würde willen die Berliner Mauer zu überspringen, um so weniger lohnt es sich, um dieser Würde willen hinter den Eisernen Vorhang zu gehen. Auch Russland hat seine Seele verloren.

---

*460 - Nur aus dieser egozentrischen Einstellung heraus ist es zu verstehen, wenn wegen der 240 000 deutschen Juden, die ihren letzten Krieg mit dem Leben zahlten (vgl. "Deutsche Hochschullehrer-Zeitung" 1968, Heft 2 S. 28), die Welt in tiefste Unruhe versetzt wird, aber von den Millionen Opfern, die der gleiche Krieg anderen Völkern brachte, manchenorts sogar nur unter polizeilichen und gerichtlichen Drohungen gesprochen werden darf, ja, dass Soldatengräber dem Erdboden gleich gemacht werden und offiziell die Zerstörung oder Verschandelung von Kriegsehrenmalen angeordnet wird (wie es zB seitens der westdeutschen Botschafter in Südafrika und Argentinien allen Ernstes versucht wurde). Man geht so weit, dass zB "Die Zeit" ganze Seiten opfert, um die unverschämten Forderungen eines aus der DDR geflüchteten kommunistischen Juden namens Kantorowic bekannt zu machen, wobei bayrische Behörden, die dem nicht stattgaben, prompt des "Antisemitismus" angeklagt werden. Es ist doch wohl klar, dass in solcher Lage Gerechtigkeit erst dann wiederhergestellt ist, wenn jeder mündliche oder tätliche Akt gegen deutsches Leben und deutsches Gut sofort als "Antigermanismus" bezeichnet und unter schärfste Strafen gestellt wird. Und wenn jedes andere Volk mit der gleichen Unabdingbarkeit in seinem Souveränitätsbereich entsprechend vorgeht. Solange Juden bei Kritik von "Antisemitismus" reden, ist Frieden auf der Welt nur auf diesem Wege möglich. Das ist die eigentliche, so oft zitierte Gleichheit der Menschen vor Gott.

*461 - Ganz genau so funktionieren heute die grossen Internationalen Organisationen. Alle Beiträge, mögen sie noch so karitativ verkleidet sein, und mögen sie noch so verschiedene Bezeichnungen tragen, sind das Ergebnis vorher durchgeführter Absprachen, und haben in allen Fällen im Rahmen dieser Absichten ihre eigentliche Bedeutung, niemals in dem kleinen, fachlichen Rahmen, der der Oeffentlichkeit jeweils vorgezeigt wird. Die UN ist heute für die Welt, was die jüdische Geschäftswelt von Minsk für den Grafen Tiesenhausen war.

*462 - Bei diesen letzten Worten erinnert man sich, dass sogar Exponenten eines Volkes, das mit Seeräubermethoden ein Weltreich gründete, sich ähnliches einredeten. Der nachmalige britische Aussenminister Lord Curzon ruft 1893 aus: "Die Welt ist uns Engländern aus irgendeinem besonderen und unerforschlichen Grunde anvertraut worden. Das Britische Reich ist nach dem Willen der Vorsehung das grösste Werkzeug zur Förderung des Guten, das die Welt je gesehen."

*463 - Stephan Possony, "Jahrhundert des Aufruhrs", München 1956, S. 57. Vgl.

auch Georges Haupt, "Der Kongress fand nicht statt", Wien 1967. Im August 1914 sollte ein Internationaler Sozialistenkongress in Wien über die Möglichkeiten zur Vermeidung eines Weltkrieges beraten.

*464 - Vgl. Wipert v. Blücher, "Deutschlands Weg nach Rapallo", S. 27 und Paul Beneke, "Parvus, Ludendorff, Lenin" in "Der Weg" 1957, 8 und 9, S. 609.

*465 - Es sollte nicht das erste und nicht das letzte Mal in der Geschichte sein, dass eine von den Juden geschaffene Rebellion sich dann gegen ihre Urheber wandte und die Natur doch das letzte Wort behielt. Das jüngste bedeutende Beispiel dafür ist die Hinwendung der amerikanischen Neger zum Antisemitismus.

Schon am 8. Juli 1968 muss die "New York Times" darauf hinweisen, dass "ein Zug widersprechender Gefühle Einzug gehalten hat in die amerikanische jüdische Gemeinschaft mit ihren langjährigen engen Verbindungen und ihrer Unterstützung der Sache der Neger ... Es herrscht Bestürzung bei den Juden über den "Geh-zur-Seite"-Vorstoss schwarzer Aktivisten, deren "Tu-es-allein-Nationalismus" das bisherige Zusammengehen mit weissen Gruppen — unter denen jüdische Gruppen sehr deutlich zu sehen waren — bespottet. Auch verzeichnet man innerhalb der organisierten Teile des amerikanischen jüdischen Lebens einen Widerstandsfeldzug gegen eine weitere Teilnahme am Kampf der Neger. Seine Führer betonen mit wenigen Ausnahmen, dass die jüdische Gemeinschaft die in den Staaten ausgebrochene Krisis mit grosser Anteilnahme verfolgt ... Es ist unmöglich, eine genaue Schätzung der jüdischen finanziellen Hilfe für die Sache der Neger zu geben, aber eine zuverlässige Quelle, die engstens identifiziert wird mit der Geldbeschaffung für die Bürgerrechtsbewegung, bemerkte, dass es sich in allen den Jahren um "vielfache Millionen" gehandelt haben muss ... (zu dem Thema, wie die Integration der Neger erzwungen wurde, vgl. auch Anm. 244 am Ende). Dr. Isaak Franck, Vizepräsident des Jüdischen Gemeinderats von Gross-Washington, meinte, der Rückprall sei eher umstandsbedingt als ideologisch. Er fand, dass die Juden vielmehr auf zwei Vorgänge antworteten: auf die Plünderungen, und auf den Antisemitismus der schwarzen Extremisten. Letzterer brach zB durch, als im letzten Sommer Mitteilungsblätter des Student Nonviolent Coordinating Committee den Zionismus angriffen, Israelis anklagten, Greueltaten an Arabern begangen zu haben, und antisemitische Flugblätter verbreiteten. Eine andere Quelle der Spannungen war die Opposition vieler Neger, insbesondere schwarzer Extremisten, gegen die Tatsache, dass Juden führende Rollen in der Bürgerrechtsbewegung spielten. Dr. William A. Wexler, Präsident der Loge B'nai B'rith, drückte sich kürzlich wie folgt aus: "Wir Juden werden niemals die zu Tode Gefolterten während Jahrhunderte langer Verfolgung vergessen. Dürfen wir daher erwarten, dass die Neger 400 Jahre der Demütigung und Diskriminierung vergessen und verzeihen? Wir Juden jauchzen im Bewusstsein, ein Volk zu sein. Sollen wir den Negern ihr Streben zu völkischer Gemeinschaft in neuer Würde, mit neuen Werten, einem neuen Status und einem neuen Lebensbild, verargen?"

Nach diesen ersten Aeusserungen in der "New York Times" wurden am 13. 9. 68 in der gleichen Zeitung Ausschnitte aus einer Rede von Jacques Torczyner, dem Präsidenten der Zionistischen Organisation von Amerika, wiedergegeben, wonach dieser von der "steigenden Anzahl antisemitischer Manifestationen von Seiten schwarzer Extremisten im ganzen Lande" spricht. Es gibt nach ihm eine "umgedrehte Diskriminierung", und der Kampf der Neger "gefährdet die Position der Juden in Amerika". Der Zionistenführer erwähnte die Rolle, die die amerikanisch-jüdische Gemeinschaft in der Bürgerrechtsbewegung gespielt hat mit den "schweren Summen", die sie beisteuerte. "Das ist jetzt vor-

bei", sagte er, "extremistische schwarze Macht heisst die Parole des Tages. Wir haben damit eine neue Art von Antisemitismus, den schwarzen Antisemitismus."

Und es ist daher sicher nicht Zufall, wenn wir gleichzeitig erfahren: "Die Republikanische Partei verfügt über bedeutend grössere Summen im Wahlkampf, als wir" (Humphrey) und die Schlagzeilen der jüdischen Presse in New York lesen: "Nixon hat Recht". Südstaatler und Zionisten in gemeinsamer Front gegen den schwarzen Extremismus, unter Nixon vereint, der bereits Düsenflugzeuge für seine Verbündeten in Israel fordert. Es fragt sich, ob ein Sieg mit zionistischen Geldern den amerikanischen Patrioten unter den Wählern Nixons Aussicht auf Erfüllung ihrer Wünsche gibt.

*466 - Vgl. zB das 1939 erschienene Buch Ulrichs´von Hassell "Im Wandel der Aussenpolitik", worin dieser deutsche Diplomat (S.172) Bismarck zitiert: "Man darf keinen Krieg führen, wenn es mit Ehren zu vermeiden ist; die Chance günstigen Erfolges ist keine gerechte Ursache, einen Krieg anzufangen!... Ich würde niemals zureden, einen Krieg um deswillen sofort zu führen, weil wahrscheinlich ist, dass der Gegner ihn später besser gerüstet beginnen werde; man kann die Wege der göttlichen Vorsehung dazu niemals sicher genug im voraus erkennen."

*467 - Wie die Tatsache der Behandlung der von den Soldaten eroberten Gebiete durch die Partei dann beweist, wesentlich mitbestimmt von dem Gedanken, den Osten Europas zu einer Art deutschen Kolonialgebietes zu machen, und diese Eroberung noch zu seinen eigenen Lebzeiten durchzuführen.

*

POLEN

hat 1945 — wieder einmal in seiner bewegten Geschichte — seine Grenzen geändert. Man kann getrost sagen, dass es wohl ein polnisches Volk, aber — geschichtlich gesehen — niemals für grosse Dauer einen polnischen Staat gegeben hat. Immer war das Siedlungsgebiet dieses Volkes Zankapfel zwischen Grösseren, die es topographisch sehr einfach hatten, einzufallen. Nach dem Wiedererstehen des polnischen Staates 1919 (der bekanntlich sofort mit Waffengewalt gegen russische Ansprüche verteidigt werden musste und der diese Verteidigung nur siegreich bestehen konnte, weil das Deutsche Reich sich zurückhielt) hat es zumindest e i n e n grossen polnischen Staatsmann gegeben, der diesen Namen verdient: Marschall Pilsudski. Kein Wunder, dass es zwischen ihm und Adolf Hitler zu einer sauberen Klärung der Verhältnisse kam. Doch seine Nachfolger haben dann keine Zeit versäumt, den Wünschen der Kriegslüsternen im Westen ihr Ohr zu leihen. Die Hunderte von Dokumenten in Hoggans weltberühmt gewordenen Werk ("Der erzwungene Krieg") zeigen auf, wie bereitwillig Polen seine Rolle spielte, um den II. Weltkrieg auslösen zu können. Im Massengrab von Katyn endete das polnische Offizierskorps unter russischen Genickschüssen, so-

weit es nicht nach England entkommen konnte. Dort aber wurde ihr letzter Ministerpräsident Sikorski sodann beseitigt, während immer noch Polen unter General Alexander meinten, ihre Haut für die Einpeitscher zu Markte tragen zu müssen. Bis dann Jalta den einzigartigen Verrat an diesem Volk abschloss. Alles Geschrei von deutschen Greueltaten hat nicht vermocht, diese wesentliche Linie des polnischen Schicksals zu verdecken. Ostpolen fiel endgültig an Russland und zum Ausgleich wurden Polen reichsdeutsche Provinzen unter gleichzeitiger Vertreibung der Bevölkerung angegliedert, deren Besiedlung und Verwaltung durch polnische Organe bis heute unter dem Mangel jeglichen Rechtsanspruches leiden. (*468)

Die Eingliederung Polens in den sowjetischen Herrschaftsbereich ist nur mit grossen Schwierigkeiten möglich gewesen. Im Mai 1956 kommt es in Posen zum offenen Aufruhr, der mit Waffengewalt durch die Armee niedergerungen werden muss. Die Folge ist, dass unter Gomulka eine nationalkommunistische Linie sich durchsetzt, die UdSSR diese besondere polnische Form des Sozialismus anerkennt und insbesondere ihre in Polen stationierten Truppen den polnischen Gesetzen unterwirft.

Auch in Polen rühren sich dann aber Kräfte, die auf eine regelrechte "Liberalisierung" des öffentlichen Lebens hinzielen. Zu Beginn des Jahres 1968 kommt es zu Studentenunruhen, welche seitens der Regierung zum Anlass genommen werden, die eigentlichen treibenden Kräfte aus ihren Stellungen zu entlassen. (*469) Es handelt sich fast ausnahmslos um Juden und Gomulka äusserte sich dazu vor den Warschauer Parteifunktionären im März 1968 erklärend.



BALLASTABWURF

TIMES: „Es ist geradezu Wahnsinn, glauben zu wollen, daß England und die USA. durch Unterstützung irgendeiner kleineren europäischen Macht die dauernde Sicherheit in Europa mit einer Politik aufrechterhalten könnten, die die Sowjetunion befremden müßte!"

DAS REICH 21. MÄRZ 1943

Mehrfach unterbrochen von Zurufen wie "Juden nach Israel" betonte er, dass es drei Kategorien polnischer Juden gäbe. Ein Teil fühlt sich als Patrioten Israels. Diesen müsse man die Pässe in die Hand geben und die freie Ausreise ermöglichen. Dann ist da die zweite Gruppe, die sich weder als Polen noch als Juden fühlen und waschechte Kosmopoliten seien. Solche Leute dürften keinerlei Berufe ausüben, die ein nationales Engagement und polnische patriotische Gefühle verlangen. Und dann gäbe es noch eine dritte Gruppe, Bürger jüdischer Herkunft, die nur das polnische Vaterland liebten. Tatsächlich meldeten dann die Zeitungen in den folgenden Monaten, "dass in zunehmender Zahl polnische Staatsbürger jüdischer Abstammung in Wien eintreffen, um die Weiterreise nach Israel oder in die USA anzutreten". Dabei muss bedacht werden, dass es überhaupt nur mehr etwa 30'000 Juden in Polen gibt. Diese allerdings haben nach Meinung der polnischen Presse "alle schmutzigen Posten inne, Bordelle, Polizei, Kino, Zoll usw.". Beachtlich war, angesichts der Amtsenthebungen, in welchem Umfang Juden an Schlüsselstellungen sassen, sowohl als Professoren an den Universitäten wie auch in verschiedenen Ministerien. Die mit der Judenbefreiung unter König Kasimir dem Grossen um 1400 begonnene Judenemanzipation (Kasimir heiratete als 2. Frau eine Jüdin, die sich für ihre Rassegenossen einsetzte) scheint damit wohl in unseren Tagen den letzten Akt ihrer Tragödie zu durchschreiten. Jedenfalls bietet Polen heute in seinen Kerngebieten ein völlig anderes Bild als vor dem letzten Kriege. Es herrscht sichtbar grössere Sauberkeit. Der Wiederaufbau der zerstörten Städte bei Wiederherstellung der historischen Gebäude, einschliesslich solcher in Danzig, ist ein unbedingt positiv zu wertender Zug in der Gegenwart dieses viel geprüften und oft versuchten Volkes.

---

*468 - 1968 wurde bei Glogau in Schlesien ein neues Kupferrevier erschlossen. Bereits in diesem gleichen Jahr sollen die Gruben in Lüben und Polkwitz 900 000 Tonnen Kupfererz fördern. 1969 rechnet man mit einer Förderung von 2 Mio. Tonnen. Ein der Ruhr potentiell überlegenes Schwerindustrie-Zentrum in einem Kohlenbecken, das in bis zu 20 m starken Flözen mindestens 67 Md.Tonnen weniger als 1000 Meter tief liegender Vorräte besitzt (gegen nur 66 Md. Tonnen des Ruhrgebietes) hat sich in Oberschlesien entwickelt.

*469 - Bezeichnenderweise war der Freimaurer Bruder Earl Warren im Juli 1967 in Polen und hatte versucht, dort eine Aufweichung vorzubereiten. Offiziell besuchte er Polen, "um Einrichtungen der dortigen Justiz zu besichtigen".

*

DIE TSCHECHOSLOWAKEI

ist für die Staatenmacherei in unserem Jahrhundert typisch. Masaryk und Benesch gelang die Zusammenfassung von Tschechen, Deutschen, Slowaken, Polen, Ukrainern und Ungarn in diesem künstlichen Staatengebilde aus der Erbmasse Oesterreichs dank ihrer freimaurerischen Beziehungen in den Pariser Verhand-



"Ich komme, um Europa zu befreien!" (aus der Wochenzeitung "Das Reich")

lungen gegen Ende des I. Weltkrieges. Nur vorübergehend konnte die mit blutigem Terror durchgesetzte Hegemonie der Tschechen von 1938 bis 1945 einer Lösung im Sinne des Selbstbestimmungsrechts der Völker Platz machen. Die von Deutschen besiedelten Randgebiete Böhmens wurden auf Grund des Münchner Abkommens dem Reich angegliedert, das slowakische Abgeordnetenhaus entschied sich am 14. März 1939 einstimmig für die Eigenstaatlichkeit, Dr. Josef Tiso wurde erster Präsident der slowakischen Republik. Ihr Aussenminister Dr. Durcansky bewies seine staatsmännische Grösse, als er das deutsche Angebot auf Einverleibung inzwischen eroberter polnischer Gebiete in der Hohen Tatra mit dem Hinweis ablehnte, "die Slowakei wolle sich nicht durch Einverleibung fremder Gebiete bereichern". Ungarn erweiterte ebenfalls seine Grenzen in

Uebereinstimmung mit den völkischen Siedlungsgrenzen. Das Ende dieser vernünftigen Lösungen war 1945 die Wiederherstellung der Tschechoslowakei bei gleichzeitigem chauvinistischem Austoben der mit der Hilfe amerikanischer und russischer Truppen wieder inthronisierten Tschechen. Gemäss den demokratischen Gepflogenheiten wurden Dr. Tiso und seine Mitarbeiter von den Amerikanern ausgeliefert und hingerichtet. Um den Demokraten in Paris in nichts nachzustehen, wurde dann der slowakische Ministerpräsident, Prof. Dr. Tuka, hingerichtet, indem man ihn durch Injektionen bei Sinnen hielt, im Krankenwagen zum Richtplatz fuhr und ihm den Strang anlegte. In Prag schmückte man die Bäume und Laternenpfähle, indem man an ihnen wehrlose, unschuldige deutsche Gefangene aufhing. Als die Schriftstellerin Olga von Barényi, Augenzeugin unzähliger Greueltaten (500 000 Deutsche wurden damals viehisch ermordet!), darüber schrieb, wurde sie von einem Münchner Gericht mit sechs Monaten Gefängnis dafür bestraft, denn in Deutschland war inzwischen ebenfalls die Demokratie inthronisiert worden, und sie verteidigte mit allen Mitteln den guten Ruf ihrer Gesinnungsgenossen in Prag. Antifaschistische Sudetendeutsche wurden darum erst einen Monat später als die übrigen vertrieben. Der tschechische Massenmörder Kroupa konnte ungestraft in Westdeutschland leben und wurde dann mit offenen Armen in den USA aufgenommen.(*470)

Doch die Demokratie dauerte in Prag nur bis 1948. Da kam es zum kommunistischen Staatsstreich, sowjetische Agenten stürzten den Aussenminister Masaryk jr. aus dem Fenster, beseitigten weitere Parteigänger westlicher Färbung und sozialisierten das Land, nachdem Benesch die Unterschrift unter die neue Verfassung verweigert hatte. Die übrige Welt verhielt sich natürlich passiv. Lediglich die Verhandlungen zum Abschluss des Atlantikpaktes wurden beschleunigt. Der "Rauschzustand" (Milan Kundera in seinem Roman "Der Spass") dauerte aber bei den Kommunisten nicht mehr als zwanzig Jahre.(*471) Dann konnte der Schriftsteller Ludvik Vaculik (auf dem Schriftstellerkongress Prag 1966) ausrufen: "Man kann die Tatsache nicht bestreiten, dass im Verlauf der letzten zwanzig Jahre in unserem Lande kein einziges Problem gelöst wurde, weder auf dem Gebiet der elementarsten Bedürfnisse, wie Wohnung, Unterricht, Wirtschaftsentwicklung, noch da, wo es um feinere Bestrebungen geht, die die undemokratischen Systeme der Welt nicht imstande sind zu befriedigen, zum Beispiel darum, sich in der Gesellschaft ganz eingebürgert zu fühlen, die politischen Entscheidungen ethischen Kriterien zu unterwerfen, an den Wert der Arbeit zu glauben, auch wenn sie bescheiden ist, das Bedürfnis nach Vertrauen unter den Menschen zu stillen (*472), das Bildungsniveau der Volksmassen zu erhöhen." Er stand mit seiner Kritik nicht allein und es ehrt die Kommunisten in Prag, dass der Stein ins Rollen kam. Im Januar 1968 wurde der Exponent der bisherigen Politik, Novotny, als Generalsekretär der tschechischen kommunistischen Partei abgesetzt. Sein Nachfolger, Alexander Dubcek, erklärte (Interview mit der italienischen kommunistischen Zeitung "L'Unita"): "Seit Beginn des Jahres 1960 wurde es immer offenbarer, dass ein Land mit demokratischen Traditionen und einer relativ hohen industriellen Entwicklung nicht durch anachronistische, starre Methoden niedergehalten werden kann, die auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet im Widerspruch zur Entwicklung des Landes stehen."

Es kam nach dem Führungswechsel sofort zu den üblichen Veröffentlichungen von Verbrechen der Abgesetzten, insbesondere hier im Zusammenhang mit dem Staatsstreich von 1948 (polizeiliche Misshandlungen, Injektionen an Inhaftierten, Auswendiglernen "freiwilliger" Geständnisse usw.). Wie die Befreiung aus einer Verkrampfung geht eine Welle von Reformvorschlägen durch das Land. Die Regierung wird nach zahlreichen Rücktritten neu gebildet. Die beun-

ruhigte Sowjetunion verlangt Aufklärung. Manöver in der Tschechoslowakei setzen diese unter Druck, doch verteidigt sie in Verhandlungen in Moskau erfolgreich ihren Revisionismus. Wenn auch nur zögernd, ziehen sich die Sowjettruppen doch im Mai 1968 wieder aus dem tschechischen Gebiet zurück.

Doch dann beginnt die Reform in der Tschechoslowakei neue Züge anzunehmen. Eine Gruppe tschechischer Historiker fordert die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel. In einem offenen Brief an den Aussenminister Hajek (selbst Halbjude), veröffentlicht in der Wochenzeitung "Student", bezeichnen sie den Abbruch der Beziehungen zu Israel als falsch und entgegengesetzt den Interessen der Tschechoslowakei. Mitte Juli begibt sich der Vorsitzende der westdeutschen liberalen FDP, Walter Scheel, in Begleitung seines Stellvertreters Hans Dieter Genscher nach Prag und hat Besprechungen mit Parlamentspräsident Smrkovsky, Aussenminister Hajek und Fernsehdirektor Pelikan. Etwa gleichzeitig geht der Präsident der Deutschen Bundesbank, Karl Blessing, nach Prag, um westdeutsche Kreditmöglichkeiten für die tschechische Wirtschaft zu studieren. Eine öffentliche Unterschriftensammlung zugunsten der Wiederaufnahme der Beziehungen zu Israel wird gestartet. Ein "Club 231" aus Liberalen und ehemaligen Freimaurern wird gebildet. Mit Sorge verfolgt man diese Entwicklung in Moskau. Kossygin spricht bei seinem Besuch in Stockholm im Juli 1968 sehr deutliche Worte: "Wer für eine Revision der Nachkriegsordnung wirkt, arbeitet für einen neuen Weltkrieg." Die sowjetische Militärzeitung "Roter Stern" wendet sich gleichzeitig scharf gegen den neuen tschechischen Verteidigungsminister Prchlik, der betont hatte, "dass die Tschechoslowakei eine Revision des Warschauer Paktes anstrebe mit dem Ziele der Gleichberechtigung aller Vertragspartner und der Wahrung der Souveränitätsrechte aller Mitgliedstaaten". Der "Rote Stern" betont, dass eine solche Auffassung "die Sicherheit des Ostblocks gefährdet". Zugleich erinnert die "Prawda" (29.7.68) die Tschechoslowakei an die grosse Hilfe, die sie bei ihrer wirtschaftlichen Entwicklung seitens der Sowjetunion erhalten habe, "und dass die Tschechoslowakei wegen ihres Devisenmangels keine anderen Märkte finden werde". So kommt es im Juli zu einer Konferenz der "Fünf Orthodoxen" (DDR, Polen, Ungarn, Bulgarien, Sowjetunion) in Warschau, auf welcher dann aber ein ins Auge gefasstes schärferes Vorgehen gegen die Tschechoslowakei zunächst abgelehnt wird. Sowjetrussen und Tschechoslowaken treffen sich vielmehr in Pressburg gleich danach zu einer direkten Aussprache, in welcher festgelegt wird, "dass jedes Land des Warschauer Paktes seine eigenen Wege des Sozialismus gehen könne".

Tito und Ceausescu besuchen Prag, Jugoslawien und Rumänien stellen sich so an die Seite der Revisionisten. Doch zwischen beiden Besuchen kommt auch Ulbricht nach Karlsbad. Später wird klar, dass es im wesentlichen der Bericht Ulbrichts in Moskau über diesen Besuch war, der den Dingen die neue ernste Wendung gab. Neben den Darstellungen Ulbrichts sind aber auch noch Geheimdienstmeldungen (über die sich bildenden liberalen Organisationen in der Tschechoslowakei, die Installierung von Geheimsendern mit Hilfe der CIA, rätselhafte Waffenfunde in Westböhmen, die aus amerikanischen Beständen herrühren usw.) die Grundlage, auf welcher Moskau sich entschliesst, gemeinsam mit Truppenverbänden der anderen Warschaupaktmächte in der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 in die Tschechoslowakei einzufallen.

Damit war in jeder Beziehung eine völlig neue Lage entstanden. Ohne vorherige Ankündigung und ohne offiziell von der tschechischen Regierung gerufen zu sein (*473), hatten in den Mitternachtsstunden des 20. August Streitkräfte der Sowjetunion, Polens, Ungarns, Bulgariens und der DDR die Grenzen der Tschechoslowakei überschritten und auf allen grösseren Flugplätzen des Landes

gleichzeitig Truppen gelandet. Radio Prag rief im Auftrage des tschechischen Politbüros laufend das Volk und die Miliz auf, keinerlei Widerstand zu leisten. Begründet wurde die Invasion mit der Behauptung, "es müsse die drohende Vernichtung des Sozialismus in der Tschechoslowakei verhindert werden". Die Nachrichtenagentur CETEKA rief (bis zu ihrer Besetzung) die anderen kommunistischen Länder um Hilfe an und bat, den Abzug der fremden Truppen durchzusetzen. Am Mittag des 21. August wurden Dubcek und andere führende Regierungsmitglieder (Smrkowsky, Frantisek Kriegel, Josef Spacek, Ministerpräsident Oldrich Cernik) festgenommen und in Panzerfahrzeugen fortgeschafft. Bemerkenswert ist, dass die russischen Offiziere, die den Hradschin zernierten, sich bei der Bevölkerung erkundigten, "was eigentlich los sei, da von der "Gegenrevolution", von der man ihnen gesprochen hatte, nichts zu sehen sei" (AFP).

In der übrigen Welt war man konsterniert. Ceausescu: "Es fällt schwer zu begreifen, dass ein sozialistischer Staat die Freiheit und Souveränität eines anderen sozialistischen Staates verletzen kann." Broz-Tito: "Der Einmarsch militärischer Einheiten, ohne Aufforderung oder Genehmigung der legalen Regierung, bereitet uns grosse Sorgen, denn die Oberhoheit eines sozialistischen Landes wurde verletzt und mit Füssen getreten. Das Pressburger Abkommen wurde einseitig gebrochen und die ergriffenen Massnahmen werden eine grosse Tragweite und sehr negative Auswirkungen für die revolutionären Bewegungen in aller Welt zeitigen." Aussenminister Hajek erklärt am 24. August vor dem Sicherheitsrat der UN (der sofort einberufen wurde, und der nachher die Dinge schön im Sande verlaufen liess): "Es handelt sich um einen brutalen Gewaltakt, der durch nichts gerechtfertigt werden kann."

Die BRD reagiert zunächst klug zurückhaltend. Nach einer Sondersitzung der Regierung am 21. August erklärt Regierungssprecher Ahlers: "Die Regierung der BRD weist die Versuche, Deutschland zu den Ländern zu zählen, die auf irgendwelche Weise die soziale und politische Struktur der Tschechoslowakei zu verändern suchten, auf das schärfste zurück."(*474) Doch, schon wenige Tage später, am 25. August, wird ein Rundfunkinterview des Bundeskanzlers Kiesinger veröffentlicht, in welchem er eine Gipfelkonferenz der Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten vorschlägt, um den Nordatlantikpakt zu beleben und fügt hinzu: "Damit will ich nicht sagen, dass die NATO einen kriegerischen und offensiven Geist zeigen soll. Man sollte sich jedoch einfach Rechenschaft darüber ablegen, dass sie zum Schutze der Freiheit und der Sicherheit der westlichen Völker und als Grundlage für einen dauerhaften Frieden geschaffen wurde", und schliesst mit den Worten: "Wieder ist DER GROSSE AUGENBLICK für die Europäer gekommen." Am 27. August tagt der Verteidigungsrat der BRD und dpa meint dazu: "Es wird als sicher angenommen, dass der Verteidigungshaushalt der BRD sich nach den letzten Ereignissen um eine Milliarde Mark erhöhen wird." Die Zeitung "Neues Deutschland" (DDR) bezeichnet die Worte Kiesingers als KRIEGSERKLAERUNG und fährt fort: "Die Bonner Politik ist von der Sucht nach einer Herrschaft über Europa beherrscht, um daraus die grössten Vorteile für den Monopolkapitalismus herauszuschlagen und zu sichern." Tatsächlich fällt es schwer, diese westdeutschen Reaktionen auf die russische Invasion in die Tschechoslowakei zu verstehen. Sicher hat die Sowjetunion mit dieser Aktion an das militärische Gleichgewicht in Europa gerührt. Der Brückenkopf der USA ist in seiner Funktion als solcher deutlicher geworden. Wieder einmal ist es die Inbesitznahme des böhmisch-mährischen Beckens durch eine Grossmacht, die den Krieg ruft. Wieder einmal erinnert sich angesichts der gegenwärtigen Unbesonnenheiten die Welt jenes einmalig Grossen, der auf gleichem Boden, in Nikolsburg 1866, seine Person zur Disposition stellte, weil die Generale auf Wien marschieren wollten ("und der dann in der Nacht nach einem der grössten Siege

der Weltgeschichte kein Quartier fand, sondern — nachdem er zunächst im Dunkeln in eine Dunggrube gestürzt war — in der Einfachheit und Selbstverständlichkeit dieser grossen Generation sein Lager mit einem Wagenkissen unter dem Kopf in den Arkaden des Marktplatzes von Horsitz auf dem Pflaster bereitete (v. Hassell, S. 171)"). Sein Nachfolger im Restreich aber findet nichts besseres, als das Feuer noch zu schüren. Dieser Mann, der seinerzeit im Mai 1933 der NSDAP beitrat (*475) und so schon einmal bewies, dass er in "grossen Augenblicken" nicht gerne abseits steht, fordert Aufrüstung in einem Augenblick, da staatsmännische Vernunft Schweigen befiehlt. Vergebens bemüht sich Sowjetbotschafter Zarapkin um ein Gespräch. Seine Erklärungen vom 21. August gegenüber Kiesinger ("Die Massnahmen gegen die Tschechoslowakei sind gegen kein anderes Land gerichtet. Die Beziehungen der Sowjetunion zur BRD dürfen keinen Bruch erleiden") werden mit der kurzen Bemerkung zurückgewiesen, "das Vorgehen der Sowjetunion habe tiefe Besorgnis ausgelöst". Selbst Aussenminister Brandt, so erpicht auf einen modus vivendi mit dem Osten, wirft alle Vorsicht über Bord und hält ideologische Rücksichtnahme auf die arme, überfallene Tschechoslowakei (der wir für ihr Verhalten in der Vergangenheit ja so unendlich zu Dank verpflichtet sind, nicht wahr?) für wichtiger als die russische Hand gerade in diesem Augenblick ganz fest zu ergreifen und über Dubcek und Ulbricht hinweg die Grundlagen für eine zukünftige Achse Berlin-Moskau zu legen. Das verantwortungslose Spiel mit dem Feuer wird sogar noch weiter getrieben, indem am 1. September 1968 in Berlin das offiziöse "Kuratorium Unteilbares Deutschland" zusammentritt und der Vertreter des Bundeskanzlers Kiesinger, Ernst Lemmer, das Treffen "als Ausfluss des Rechts bezeichnet, die Loyalität zum Vaterland zu bekunden". Dieser Staat, der aufgebaut ist auf der Verneinung des Vaterlandes, auf der Negierung vaterländischer Gesinnung, der zB uns Auslandsdeutschen mit den übelsten Intriguen unseren VDA zerschlug, scheut sich nicht, das Wort VATERLAND dann in den Mund zu nehmen, wenn es gilt, die heiligen Rechte der Heimatvertriebenen für nordamerikanische Sicherheitswünsche und für die Interessen des Grosskapitals zu missbrauchen. In diesem Augenblick von Wiedervereinigung sprechen, heisst, das höchste Ziel des deutschen Volkes zum Werkzeug sehr dubioser nordamerikanischer Aspirationen zu machen (in einem Augenblick, da die Politik der No-win-Wars der USA in die Hände der Republikaner übergeht, von deren aussenpolitischem Dilettantismus wir genügend Lehren aus der Aera Eisenhower bezogen, und für deren nahe Zukunft der richtungslose Personenkreis der Regierung Nixon höchstens verspricht, dass die Aufgabe des Spurenverwischens im Interesse der Urheber der heutigen Zustände erfüllt wird) — und damit ernstlich zu diskreditieren. Die von sowjetrussischen Truppen 1945 aufgebauten Oststaaten können auch nur von Moskau her wieder in ihre natürlichen Grenzen verwiesen werden. Der Weg der Wiedervereinigung geht darum nur über Moskau, niemals über Washington. (*476)

Als erste Folge der so sinnlosen "Nibelungentreue" Bonns greift man am Rhein eine schon am 5. Juli ergangene Sowjetnote (die damals kaum beachtet wurde) wieder auf, in welcher die Sowjetunion betont, dass "sie sich auch nach Abschluss eines Gewaltverzichtabkommens oder etwa des Atomsperrvertrages für berechtigt hält, in der BRD zu intervenieren, wenn sie annimmt, dass dort die Grundsätze der UN-Charter verletzt werden". Man produziert so ins Tageslicht die Möglichkeit einer militärischen Intervention der Sowjetunion in der BRD. Bundesinnenminister Benda führt sogar weiter aus ("Kölnische Rundschau" 1, 9): "Ein solcher Angriff würde nicht nur von unserer Verteidigung, sondern von den NATO-Streitkräften zurückgeschlagen werden." Um die Dinge noch mehr zu dramatisieren, wird den Soldaten der Bundeswehr Ausgehverbot erteilt. Das alles erinnert mehr als deutlich an frühere Lagen in Deutschland, an Lagen,

deren Lösung man doch seit 25 Jahren pausenlos verurteilt hat. Sie endeten damals mit Sprüchen wie "Viel Feind, viel Ehr'!" oder mit dem Ruf zum Totalen Krieg. Moskau sieht sich bereits gezwungen, Bonn mitzuteilen, "dass die fortgesetzte Intervention (!) der BRD in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Länder Konsequenzen nach sich ziehen könnte. Moskau könne die Bonner feindliche Haltung (!) gegen den sowjetischen Block nicht dulden" (3.9.). In laufenden Sitzungen des Ständigen Rats der NATO (von Paris nach Brüssel bekanntlich ausquartiert) wird die neue Lage behandelt, denn auf Johnsons Wunsch hin "soll die Sicherheitsfrage des Westens einer gründlichen Revision unterzogen werden". Und Deutschland stellt sich dabei bereitwillig in die vorderste Front, beileibe nicht etwa um der Sudetendeutschen willen (denn man war ja sowieso schon drauf und dran das Münchner Abkommen für nichtig zu erklären und holte eine solche Erklärung dann im Rahmen des Aufmarschplanes schnellstens im Oktober 68 nach und Brandt sprach sogar von einem Abkommen welches "von Anbeginn an unrecht war", dem Selbstbestimmungsrecht der Völker damit eine endgültige Absage erteilend), auch nicht etwa, weil die Tschechische Regierung sie gerufen hätte, wie weiland Hitler vom Präsidenten der Republik, Hacha, gerufen wurde, nachdem bereits der tschechische Generalstab mit Sowjetoffizieren verhandelte, sondern, um die mit der deutschen Niederlage von 1945 geschaffene Lage zugunsten New Yorks aufrechtzuerhalten. Kiesinger scheut sich nicht, sogar den Versuch einer Einkreisung im Interesse seiner Protektoratsmacht zu machen, erhält aber in Ankara am 5.9.1968 und anschliessend in Teheran und Kabul sehr klare Absagen. Wieder einmal drängen Deutsche sich, Rollen in einem Stück zu spielen, das von anderen geschrieben wurde.

Doch, noch während diese unvorsichtigen Stimmen im Westen laut und lauter werden, hat das tschechische Volk sein Schicksal bereits selbst in die Hand genommen. Aussenminister Hajek selbst sagt ihm: "Vom Westen haben wir nichts zu erwarten." In Moskau kommt es daher am 26. August zwischen den dorthin verschleppten tschechischen Politikern und den anderen Paktmächten zu einem (wahrlich um Haaresbreite von Scharfmacher Ulbricht in viertägigen Verhandlungen vereitelten) Abkommen (denn die unbesonnenen Aeusserungen der Bonner Satelliten finden ja ihr Pendant in der Haltung Ulbrichts. Vielleicht rächt sich so in einem III. Weltkrieg an den Siegermächten ihre Weisheit, das Deutsche Reich aufgeteilt zu haben). Der Inhalt zeugt davon, dass Moskau sich frei gemacht hat von den offensichtlich als übertrieben erkannten Pankower Darstellungen. Es wird vereinbart, dass die Fremdtruppen mit der Normalisierung der Lage zurückgezogen werden. Die Beschlüsse der Konferenz von Pressburg werden bestätigt. Die Absetzung der Gruppe Novotny bleibt in Kraft. Die freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion müssen gesichert werden. Eine Zusammenarbeit soll eingeleitet werden, die sich auf gegenseitiger Achtung, Gleichheit, territorialer Integrität und Unabhängigkeit gründet. In der Aussenpolitik wird eine Revision des Ergebnisses des II. Weltkrieges abgelehnt. Die liberale Opposition (Pressekonferenz von Ludek Pachmann in Lugano am 20.10. 68) spricht von einem "Diktat", das in Moskau unterzeichnet wurde und meint, dass diese Unterzeichnung nur möglich gewesen sei, weil die Regierung keinen Kontakt mehr gehabt hätte mit der Untergrundbewegung, die damals noch – und auf Wochen hinaus – völlig intakt gewesen sei! Nur Kriegel habe bezeichnenderweise in Moskau seine Unterschrift verweigert, weil er noch immer an eine andere Alternative der Entwicklung glaubte. Im Anschluss an dieses Abkommen erleben wir eine Massenflucht von Juden aus der Tschechoslowakei. Bis zum 22. Oktober zählt man bereits 3 400, und täglich flüchten weitere 15 bis 18 (mehr als 22% der Juden in der Tschechoslowakei bis zu jenem Datum). Deutlicher konnte nicht bestätigt werden, wer hinter den Ereignissen dieses Jahres in der

Tschechoslowakei stand. Es ist eine "amerikanische" Hilfsorganisation, die sich sofort in Wien etabliert und die sich der Flüchtenden annimmt. Sie wandern in die USA ein, während von dort bereits gleichzeitig "die bisher stärkste Auswanderung von Juden nach Israel" (UPI) vor sich geht. Goldstücker aber erhält an der Universität Stockholm, der einst ein Myrdal vorstand, eine Professur – ausgerechnet am "Deutschen Institut". Erst am 25. November 1968 verbietet Prag weitere Auslandsreisen, "nachdem im laufenden Jahr 5 000 tschechoslowakische Staatsbürger in kapitalistischen Ländern Asyl gesucht haben" (UPI).

Mehrmals droht in den kommenden Wochen dann noch eine Ausweitung des Brandes auf Rumänien und auf Jugoslawien. In beiden Ländern werden militärische Vorbereitungen getroffen, doch gelingt es den besonneneren Elementen, die Lage zu meistern (obwohl Englands Aussenminister Stewart nach Bukarest reist und damit versucht, die russisch-rumänische Spannung hochzuspielen. England kann ja nur gewinnen, wenn der wirtschaftliche Aufschwung auf dem Kontinent durch kriegerische Wirren gebremst wird. Und obwohl die NATO völlig ungefragt auf der Konferenz in Brüssel (28.11.68. UPI) mitteilt, "dass beabsichtigt sei, das Tito-Regime mit Waffenlieferungen im Falle eines Angriffs der Sowjetunion zu unterstützen, jedoch nicht direkt in Jugoslawien zu intervenieren").

Beim weiteren Ausbau der Stellungen wurden dann vollends die Karten aufgedeckt. Die Namen der "Liberalen" in der Tschechoslowakei werden bekannt, unter ihnen auffällig viele Juden wie der Vorsitzende des Schriftstellerverbandes Eduard Goldstücker, der Wirtschaftsreformer Ota Sik, der Vorsitzende der Nationalen Front, Frantisek Kriegel, der Aussenminister Jiri Hajek, und eine ganze Reihe von Zeitungsredakteuren. Bonns Sondergesandter Birrenbach (bekanntgeworden durch seine Israelmission) fliegt eilends nach Washington, um die weiteren Pläne abzustimmen. Die westdeutsche Bundesprägeanstalt geht so weit in der Einmischung, Gold- und Silbergedenkmünzen herauszugeben, die auf der einen Seite den Kopf Dubceks und auf der anderen Seite eine Landkarte der CSSR mit ihren Nachbarländern und dem Datum 1968 zeigen. Am 15. September 1968 beginnen die Manöver der Bundeswehr "Schwarzer Löwe" in Baden/Württemberg und "Militärexperten der NATO stellen fest, dass der Süden der BRD zur Achillesferse der westeuropäischen Verteidigung geworden sei" (AFP). Für Anfang 1969 werden Manöver an der tschechischen Grenze angesetzt, während gleichzeitig amerikanische Zerstörer "Routinefahrten" ins Schwarze Meer unternehmen. Hört man die gleichzeitigen Friedensbeteuerungen aus Washington, so wird man an die Erklärung von Chautaqua vom August 1936 erinnert, mit welcher sich Roosevelt seinerzeit den Nordamerikanern zur Wiederwahl empfahl, und die wir ja heute leicht auf Grund der nachfolgenden Ereignisse in ihrem Wahrheitsgehalt beurteilen können: "Wir versuchen, Amerika vollständig gegen einen Krieg zu isolieren. Ich hasse den Krieg. Ich wünschte, ich könnte ihn von allen Nationen fernhalten, aber das übersteigt meine Kräfte. Ich kann jedoch dafür sorgen, dass keine amerikanische Handlung einen Krieg hervorruft oder ihn fördert."

Man versucht, auch die Neutralen in den Aufmarsch mit einzubeziehen, sodass der österreichische Bundeskanzler Joseph Klaus sich am 14. September genötigt sieht, unmissverständlich in einer Rundfunkerklärung zu sagen: "Ich möchte mit aller Deutlichkeit feststellen, dass in den Abkommen von Jalta keine Klausel existiert, die uns in diesem Zusammenhang (der Aufteilung Europas) betrifft und dass die Unterzeichnerstaaten unsere Nation ausserhalb des getroffenen Abkommens gehalten haben. Die österreichische Souveränität und die dauernde Neutralität unseres Landes werden von der ganzen Welt ohne Diskussion anerkannt... Oesterreich hat sich in den gefährlichsten Tagen auf dem Höhe-

punkt der tschechoslowakischen Krise an die solide und verantwortungsbewusste Politik von Leopold Figl und Julius Raab gehalten. Diese Politik wird weiter beibehalten werden, um Oesterreich in den augenblicklichen spannungsgeladenen Zeiten einen Platz unter den freien Völkern und eine friedliche Wohlfahrt zu sichern." Es scheint, als habe das Schicksal Europa eine Insel der Kunst und der Musik erhalten wollen, wie sie Kambodscha unter Sihanuk in Indochina darstellt.

Auch um Frankreich ist man bemüht, doch stellt Debré eindeutig am 16. September fest: "Die Arbeit der Grossen Kommission zwischen Moskau und Paris wird ohne Unterbrechung fortgesetzt. Wir möchten unter Beweis stellen, dass die Entspannung wiederhergestellt werden kann, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet." Rückblickend erhalten die Versuche der Weltfreimaurerei vom Mai 1968, De Gaulle zu stürzen, nunmehr ein ganz besonderes Licht. Ohne Frankreich ist ein Aufmarsch nicht gut denkbar.

Im Nordatlantik beginnen am 16. September die unter der Bezeichnung "Silver Tower" laufenden Marinemanöver der NATO-Staaten. Gleichzeitig verhandelt der US-Aussenminister Dean Rusk in Madrid über die Verlängerung des amerikanisch-spanischen Stützpunktabkommens und die USA entsenden erste 14 000 von versprochenen 40 000 Mann in die BRD. Die Eskalation beginnt (und man kann sicher sein, sie wird genau so wie in Vietnam immer im Rahmen des der anderen Seite Zumutbaren bleiben. Schon jetzt gibt es ja Stimmen in der BRD, die von einem "Zusammenspiel der beiden Grossen" sprechen. (André Fontaine schreibt in "Le Monde", Paris: "Die Krokodilstränen in einem Lande, das in Vietnam und Santo Domingo gezeigt hat, wie es das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker auffasst, ändern nichts an der Tatsache, dass sich die Zwei Grossen über eine bestimmte Teilung der Welt geeinigt haben und dass jeder den anderen in seiner Einflusssphäre nach Belieben schalten und walten lässt.") Johnson erklärt denn auch am 4. September, "er sei weiterhin stark an einem Zusammentreffen mit dem sowjetrussischen Ministerpräsidenten Kossygin interessiert"). Grossbritannien aber entsendet eine Brigade zu NATO-Manövern im Rheinland.

Die bereits erwähnte, nachträglich von der Presse hochgespielte Kontroverse um die "Feindstaatenklausel" der Art. 53 und 107 der Charta der Vereinigten Nationen führt dann dazu, dass die USA und Grossbritannien der BRD am 20. September eine Note überreichen, in welcher diese beiden Staaten der Sowjetunion das Recht bestreiten, einseitig gegen die BRD vorgehen zu können. Das kommt einer Garantieerklärung gleich und erinnert an die Erklärung, die England 1939 zugunsten Polens abgab (und welche dann die derart "gesicherten" polnischen "Staatsmänner" veranlasste, den Krieg herbeizuführen).

Die Sowjetunion sieht sich auf der anderen Seite veranlasst, ebenfalls weitere Massnahmen zu treffen. Insbesondere die Haltung Rumäniens und Jugoslawiens macht die Stationierung von Truppen in Bulgarien notwendig. Sowjetmarschall Ivan Yakubowski begibt sich daher am 20. September nach Sofia, um entsprechende Schritte vorzubereiten. Wenige Tage danach trifft er zu ähnlichen Gesprächen in Pankow ein.

In der Tschechoslowakei selbst geht die Säuberung nicht so vor sich, wie die Sowjetunion es befiehlt. Das von der "Prawda" geforderte "Umdenken der Tschechen" bleibt aus. Es gelingt den tschechischen Kommunisten Svoboda, Dubcek usw. nur unter grössten Schwierigkeiten, den beabsichtigten Weg eines "gesunden nationalen Sozialismus" zu beschreiten. Zwischen den orthodoxen Forderungen Moskaus und der liberalen Opposition laufen sie Gefahr, zerrieben zu werden.

Innenpolitischen Ballast wirft man daher ab, indem man den Staat zu einem Staatenbund, bestehend aus Tschechei und Slowakei, mit getrennten Par-

lamenten umwandelt und so in der Stunde der Gefahr den Geist Tisos beschwört. Wie Stalin 1941 den "Grossen Vaterländischen Krieg" erfand, als seinem Machwerk das Wasser am Halse stand, so stellt man sich auch diesmal vorsorglich wieder auf die einzig tragfähige völkische Grundlage aller Politik und straft den konstruktiven Wert aller Phrasen von "Volksdemokratie" und "Sozialismus" Lügen. Wieder einmal aber ist die Welt Zeuge, dass sich der Westen angesichts seiner Unfähigkeit, die eigenen Probleme zu lösen, in eine abenteuerliche Aussenpolitik stürzt. Und er rast auf eingefahrenen Schienen in den Abgrund, wenn zum Anlass wieder einmal die Tschechoslowakei genommen wird. Denn vor einem Vierteljahrhundert schon kann in mehr als auffälliger Parallele festgestellt werden (Halfeld, S. 169): "Für Europa und die Welt ist es verhängnisvoll gewesen, dass die Sonderheiten der amerikanischen Verfassung einen Mann, der nicht das Zeug zum echten Kämpfer für ein inneramerikanisches Reformwerk grossen Stils besass (nämlich Roosevelt), allmählich auf ein Feld geringeren Widerstandes, auf die Störung der zwischenstaatlichen Beziehungen lenkten."

---

*470 - Die Zustände in der damaligen Tschechoslowakei werden geschildert in Barényis Büchern "Das tote Geleise" (in welchem die Lüge über die Frauen von Lidice richtiggestellt wird) und "Der tote Briefkasten" (Kismet-Verlag, München 27, Possartstr. 7).

*471 - Prag 1948 war wohl der letzte Rausch einer Welt, die sich noch begeistern konnte. Er mag in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts unter diesen oder jenen Fahnen geschäumt haben, Marschieren und Singen waren seine Zeichen, vom Wandervogel bis hin zur Hitlerjugend, Sozialistischen Arbeiterjugend oder Internationalen Brigade. Sie alle sangen sinngemäss "Wenn alles in Scherben fällt" und lebten in einer grösseren Welt als der heutigen, von der Hans Baumann sagte: "Freiheit ist das Feuer, ist der milde Schein, solang sie noch lodert ist die Welt nicht klein", und die andere Seite sang das herrliche "Brüder, zur Freiheit, zur Sonne". Heute wird nirgends mehr gesungen. Schmutzige, gröhlende Gestalten, Huren und Arbeitsscheue schwenken schwarze oder rote Fahnen, während die Aelteren auf beiden Seiten des Globus den Traum von der Freiheit längst erstickt haben in schlimmster Sklaverei. Gehetzt von Steuern und Papierkrieg, inflationistischer Lohn-Preis-Spirale, nervenzerstörender Sensationsmache über Zeitschriften, Radio und Fernsehen im Westen, eingespannt von einer übermächtigen Parteibürokratie in engbegrenztem erlaubtem Denkschema im Osten, ist die ganze Menschheit das Opfer von Betrügern geworden. Und dennoch gilt eines sicher auch für die Zukunft: Wenn überhaupt, in die Freiheit zieht man nur singend ein.

Diese Sangeslosigkeit ist Teil jener allgemeinen Herzlosigkeit, die so bezeichnend ist für die Demokratie mit ihren leeren Phrasen. An die Stelle der persönlichen Hilfsbereitschaft ist der Wohlfahrtsstaat getreten mit ganz bestimmt festgesetzten Mitleidsquoten für jeden bei der Planung im Weltarbeitsamt und der Weltgesundheitsorganisation vorgesehenen Fall. Die natürlichen Bande gegenseitiger Hilfe werden bewusst zerstört. An die Stelle der Natur tritt das Formular.

*472 - Wie passt ein jeder dieser schweren Vorwürfe doch wortgetreu auch auf die demokratischen Systeme!

*473 - Also in deutlichem Widerspruch zum Text des Warschauer Abkommens von 1955, welches besagt: "Die Unterzeichneten verpflichten sich, im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen, in ihren internationalen Problemen keine Gewalt anzuwenden und diese auf friedliche Weise zu lösen, damit die Sicherheit der Welt nicht gefährdet werde." Art. 8: "Die Unterzeichneten erklären, die Freundschaft und die Zusammenarbeit für den Fortschritt und für die Konsolidierung der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen setzen den gegenseitigen Respekt und Unabhängigkeit derselben voraus, und schliessen eine Einmischung in die internen Angelegenheiten aus."

*474 - Der Direktor der "Freien Presse", Buenos Aires betont (und spricht damit dem Auslandsdeutschtum aus der Seele): "Wir haben dem Westen und ganz besonders der BRD äusserste Zurückhaltung empfohlen."

*475 - Damals, als es in gutbürgerlichen Kreisen Mode war, als Förderndes Mitglied der SS (FMSS) beizutreten, wobei der Volksmund die Buchstaben jenes Abzeichens übersetzte mit "Feige Memmen suchen Schutz".

*476 - Der Generalkonsul a.D. Dr. Otto Bräutigam spricht in dem Vorwort zu seinem sehr lesenswerten Buch "So hat es sich zugetragen" (Holzner 1968), von der Pflicht aus der heraus er im III. Reich zu handeln hatte angesichts der Tatsache, "dass er auf Grund seiner Stellung und seiner Erfahrungen in der Lage gewesen war, die Auswirkungen einer nicht nur verbrecherischen, sondern auch masslos dummen Politik zu erkennen". Dass die Verbrechen und Dummheiten der westdeutschen Aussenpolitik hingegen heute kaum zur Sprache kommen, zeigt, wie gründlich sich die Demokratie gegen Kritik schon bei Auswahl der Einblick erhaltenden Personen abgeschirmt hat.

*

JUGOSLAWIEN

Der Zusammenbruch des Türkischen Reiches und dann Oesterreich-Ungarns hinterliess wohl politisch, aber keineswegs geschichtlich gesehen, ein Niemandsland. Wie auch in anderen Teilen des Balkans war vielmehr die Stunde der dort lebenden Völker gekommen. Dass ihren Wünschen 1919 bei der Bildung eines sogenannten "Jugoslawien" nicht entsprochen wurde, ist denn auch seitdem die Ursache dauernder Schwierigkeiten.

Der Prozess der Befreiung von den Türken begann 1804, als Karadjordje ("der Schwarze Peter") sich in Petrovic erhob. Der Aufstand misslang, Karadjordje selbst flüchtete zunächst nach Oesterreich, wurde dann aber bei seiner Rückkehr von seinen eigenen Landsleuten ermordet. Bestand hatte dann jedoch das von dem Kaufmann Milos Obrenovic 1816 in einer neuen Erhebung entstan-

dene Serbien. Nach wechselreicher Folge zwischen Abkommen aus dem Hause Karadjordje und Obrenovic ward der letzte jener Dynastie 1906 in einem Korruptionsfall ermordet und man rief den noch lebenden Nachkommen Karadjordjes auf den Thron. Dieser hatte sich in Serbien einen guten Namen gemacht, nachdem er sich aus deutscher Gefangenschaft bei Sedan als französischer Offizier rettete, indem er den Rhein durchschwamm. Als Peter I. übernahm er die Geschicke Serbiens. Im Balkankrieg 1912 waren es dann in erster Linie seine Landsleute, die neben ihrem eigenen Vaterlande auch Griechenland, Bulgarien und Montenegro von den Türken befreiten.

Wir erfuhren bereits (s. Südwestafrika) von den Bindungen Serbiens zur Freimaurerei. Diese Bindungen waren verantwortlich für die Stellung, die Serbien seit 1914 in europäischen Angelegenheiten, insbesondere dem Deutschen Reich gegenüber einnahm. Als die Frage einer politischen Lösung nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie auftrat, griff man daher in Paris sofort zurück auf Peter I. Die Grossserben unter Pasic und die Kroaten unter Trumbic hatten sich jahrelang um eine Lösung gestritten und waren dann in der "Erklärung von Korfu" (20.7.1917) übereingekommen, einen südslawischen gemeinsamen Staat zu schaffen. Prinzregent Alexander sprach von der beabsichtigten Bildung eines Bundesstaates. Kroaten, Slowenen, Dalmatiner und Bosniaken stimmten nur unter dieser Bedingung zu. 1918 bestieg Peter I. so den Thron des "Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen". Als die endgültige Verfassung jedoch serbisch-zentralistisch ausfiel, verweigerten die Kroaten (die Kroatische Bauernpartei unter den Brüdern Radic) die Unterschrift. Erst mit dem Tode Peters I. und der Thronbesteigung Alexanders I.(*477) 1922 kommt es zu parlamentarischer Mitarbeit der Kroaten. Sie endet jedoch wieder 1928, als Radic in der Skuptschina, dem Parlament, von einem Serben erschossen wird. Die Kroaten eröffnen in Agram einen separatistischen Landtag.

Um die Einheit des Staates zu retten, greift König Alexander zum Mittel des Staatsstreiches, löst das Parlament auf, beseitigt die Pressefreiheit, und richtet eine Militärdiktatur ein unter dem serbischen General Sivkovic. Am 3. Oktober 1929 erhält das Königreich den Namen "Jugoslawien". Die harte Hand gegenüber dem kroatischen Volk führt allerdings zu laufenden Unruhen, die auf kroatischer Seite getragen werden von der Ustascha-Bewegung. Aussenpolitisch war Alexander rege als Organisator der sogenannten "Kleinen Entente" einem Bündnis zwischen Jugoslawien, Rumänien und der Tschechoslowakei, und des "Balkanpaktes" zwischen Jugoslawien, Griechenland, Bulgarien, Rumänien und der Türkei. Er bemühte sich jedoch um eine Einschränkung des französischen und englischen Einflusses auf dem Balkan. Seine Absicht war vielmehr, diese Staaten aus ihrer ihnen 1919 mit in die Wiege gelegten Antistellung zum Deutschen Reich herauszulösen. Er sah als wichtigste Vorarbeit zu einem solchen Schritt seine Loslösung vom französischen Grossorient der Freimaurerei. Aus diesen Gründen begab er sich 1934 zu Besprechungen nach Frankreich (*478). Dort wurde er in Marseille (zusammen mit dem französischen Ministerpräsidenten Barthou) ermordet. Ausführender war ein Mitglied der kroatischen Ustascha, doch die sehr gute Vorbereitung des Attentats und die weiteren Begleitumstände lassen auf wichtigere Hintermänner schliessen. Der Präfekt von Marseille, der darüber naturgemäss vieles im Laufe der Ermittlungen erfahren hatte, legte in Paris seine Unterlagen vor und stürzte dann bei der Rückkehr in den Süden aus dem Zug. Die Tasche mit den Papieren verschwand.(*479) Jugoslawien blieb also in den Händen der Freimaurerei. Prinzregent Paul, völlig im Bilde über diese Hintergründe (*480) übernimmt für den minderjährigen Peter II. die Führung des Staates.

1935 wird Stojadinowitsch Ministerpräsident. Es beginnt unter ihm, sich

eine Lösung des kroatischen Problems abzuzeichnen. Aussenpolitisch erleben wir eine Annäherung an Deutschland (welches stärkstes Import- und Exportland für Jugoslawien wird, und so in diesem Lande die Folgen der Weltwirtschaftskrise beseitigen hilft) und einen Nichtangriffspakt mit dem faschistischen Italien. Doch Stojadinowitsch wird wegen der kroatischen Frage zum Rücktritt gezwungen (4.2.39). Sein Nachfolger, Cvetkovic, setzt die Anstrengungen seines Vorgängers fort, und bemüht sich, angesichts der heraufziehenden schwarzen Wolken am weltpolitischen Himmel, energisch um einen Ausgleich mit den Kroaten. Er nimmt fünf Kroaten in sein Kabinett auf, der Kroate Macek wird sein Stellvertreter. Die Anlehnung an die Achsenmächte wird, wenn auch zurückhaltender, beibehalten. Prinzregent Paul besucht seinerseits im Mai und Juni 1939 Rom, Berlin und London. Im Dezember wird ein Freundschaftsvertrag mit Ungarn unterzeichnet, nachdem noch im Februar die Balkanentente in Belgrad (zum letzten Male) tagte. Es zeichnet sich die Möglichkeit einer jugoslawischen Neutralität in dem bereits angelaufenen II. Weltkrieg ab.

Die beispiellosen Erfolge der Deutschen Wehrmacht in dem dem Reich aufgezwungenen Krieg sind dann jedoch die Ursache für eine verzweifelte diplomatische Aktivität zum Zwecke der Kriegsausweitung auch in Jugoslawien. Während das Reich eine Friedenspolitik betreibt, bemühen sich Roosevelt und Churchill auch in Belgrad als Brandstifter. Am 27. März 1941, zwei Tage nachdem Cvetkovic und Markovic in Wien Jugoslawiens Beitritt zum Dreimächtepakt unterzeichnet haben, putscht in Belgrad das Militär. Angeführt wurde die Erhebung von dem englischen Oberst Donovan, dessen dabei ausgeworfene grosse Summen noch nach Jahren Gesprächsthema sind. Nur in Belgrad selbst, und auch dort nur in einigen Kasernen, schliessen sich militärische Verbände dem Putsch an. Das Militär im übrigen Lande bleibt unbeteiligt. An Stelle des Königs spricht ein anderer junger Mann durch den Rundfunk. Der König selbst weiss in jenem Augenblick überhaupt noch nichts von der Erhebung. Die in Belgrad gleichzeitig organisierten Demonstrationen erfolgen unter kommunistischer Führung und mit Hilfe gut bezahlter Agenten. Ein General Simovic übernimmt die Regierung. Am 5. April wird bereits ein Freundschafts- und Nichtangriffspakt mit der UdSSR geschlossen und damit versucht, das Reich in diese neue Frontstellung zu zwingen. Am 6. April beginnt so der Balkanfeldzug, der dann bereits am 17. April mit der Kapitulation des Jugoslawischen Oberkommandos in seiner ersten Phase endet.

Der König flüchtet mit seinen beiden Adjutanten, den Obersten Jevtic und Grujic, nach Niksic. Begleitet von zwei Offizieren und einem Diener, mit drei kleinen Koffern persönlicher Habe, fliegt er in einer Savoia Marchetti S 79 unter der Flugzeugbesatzung des Majors Sofilj und des Hauptmanns Dominko nach Paramythia in Griechenland. Nichts von geraubtem Gold war dabei, wie die Presse bis heute schreibt. Sehr traurig und ernst, aber ohne Furcht, nimmt der Siebzehnjährige Abschied von seiner Heimat. Er hat sie bis heute nicht wiedergesehen (Churchill verbot ihm die Rückkehr), während Simovic längst zurückkehrte und in gutem Einvernehmen mit den Kommunisten dort lebt. Peter wurde von den Engländern in Griechenland verhaftet und in Kenia interniert. Nachdem ihm die Rückkehr verboten wird, entsendet er Subasic, Ministerpräsident der in Kairo gebildeten Exilregierung, nach Lissa, um auf Anordnung der Alliierten die Zusammenarbeit mit den Kommunisten unter Tito festzulegen. Im September 1944 – nachdem Churchill und Tito sich in Neapel trafen – überträgt der König Tito die alleinige Führung des Widerstandes gegen die Deutschen.

Diese Bedeutung hatte Tito nur infolge der weiteren Vorgänge in Jugoslawien selbst erlangt. Am 10. April 1941 hatte sich dort Kroatien unter dem "Poglavnik" Ante Pavelic zum unabhängigen Staat erklärt. Dem Wunsch des kro-

atischen Volkes war man mit dieser Staatwerdung zweifellos gerecht geworden. Die kroatische Freiheitsbewegung der "Ustascha" wird jetzt jedoch die Spezialtruppe zur Vernichtung der serbischen Volksgruppen im beanspruchten kroatischen Staatsgebiet. Selbst Regionen wie die Boca di Catarro, der Sandschak (Montenegro), Bosnien, die Herzegowina und Dalmatien werden gefordert. Dieser Völkermord hat dabei eine völkische und eine religiöse Seite. Katholische Priester und Mönche, mit Pistole und Seitengewehr bewaffnet, begleiten die Ustascha-Kommandos, oder führen sie gar an, und bieten den wehrlosen Frauen und Kindern "das Kreuz oder den Tod". 700 000 Prawoslawen, griechisch-orthodoxe Serben, werden so abgeschlachtet. Der Rest flüchtet in die Wälder zu Tito. Noch bei Kriegsende sind so bezeichnenderweise Serbien, Mazedonien und Slowenien im wesentlichen frei vom Kommunismus. Und alles dieses geschieht unter den Augen und mit Wissen des deutschen Gesandten Kasche in Agram. Alle Vorstellungen der Wehrmacht verhallen ungehört.

Hinzu kommen die Nationalisierungsvorgänge von deutscher Seite in Unterkrain und der Obersteiermark, mit ihren Aussiedlungen und Verhaftungen. Die Avantgarde Titos waren so Menschen, die noch in ihrer Jugend Seite an Seite mit den Deutschen gekämpft hatten und bis dahin immer im Deutschen Reich ein Symbol der Ordnung und des Rechts gesehen hatten. Slowenien wurde unter Deutschland, Ungarn und Italien aufgeteilt. Unter dem italienischen Hohen Kommissar Graziolli wurden 50 000 Männer, Frauen und Kinder in Konzentrationslager eingeliefert. Alles dieses muss man wissen, um die Entwicklung in Jugoslawien verstehen zu können. Letzte italienische Logik war dann mit dem Badoglio-Putsch das Zusammengehen der Italiener auf dem Balkan mit den Tito-Partisanen. Die Deutsche Wehrmacht rückte gegen lächerlichen italienischen Widerstand in die bisher von Italienern besetzten Gebiete und damit auch in Laibach ein. Der slowenische General Rupnik versuchte, mit ihrer Hilfe vergebens den Wiederaufbau seiner Heimat inmitten derartiger Wirren.

In Serbien errichtete General Nedic unter der deutschen Besatzung eine nationale Regierung. Eine jugoslawische politische Bewegung unter Ljotic, dem wohl klügsten und weitblickendsten aller jugoslawischen Politiker dieser Jahre, versuchte (ebenfalls von Belgrad aus) die Einheit des Landes zu wahren. Auf dem Bahnhof von Agram wurden Zehntausende seiner Anhänger, Soldaten, Frauen und Kinder, bei dem Rückzug 1944 von der Ustascha vor den Augen der deutschen Truppen und Behörden ermordet. Nedic war bewusster Gegner der Freimaurerei, die sein Land wieder einmal 1941 in den Krieg gestürzt hatte.(*481) Dieser Einstellung hat er es zu verdanken, dass er von den USA dann nach dem Kriege an Tito ausgeliefert wurde. Um nicht zuviel zur Sprache zu bringen, inszenierte man am 7.2.1946 seinen Selbstmord und vermied so einen Prozess. General Rupnik, der ebenfalls von diesen Zusammenhängen aus seiner Zeit an der Seite des Königs entschieden zu viel wusste, wurde dann von den Engländern ebenfalls an Tito ausgeliefert und am 6.9.46 in Laibach erschossen.

Neben Nedic bestand in Serbien weiterhin eine königstreue Untergrundbewegung der sogenannten Cetniks unter General Draga Mihailovic. Es waren das also die militärischen Reste der durch Simovic mit dem Westen verbündeten Serben. Sie fanden jedoch sehr bald schon einen modus vivendi mit der Deutschen Wehrmacht (General Rendulic), hatte man doch erkannt, dass der Westen recht uneuropäische Kriegsziele hatte, und dass daher der gemeinsame Feind Tito hiess. So wurde denn auch Mihailovic von seinen Alliierten genau so verraten, wie alle übrigen Bundesgenossen Londons im Osten. Er endete am 15. Juli 1946 unter den Schüssen der Kommunisten.

Auf dem Wege über Mihailovic versuchten die Alliierten Anfang 1944 mit der Deutschen Wehrmacht in Kontakt zu kommen. Ein Abgesandter Roosevelts,

ein in den USA tätiger serbischer Professor namens McDowell, ausgewiesen als persönlicher Emissär Roosevelts, bot sich an zu Verhandlungen "mit deutschen Militärs, aber nicht mit Politikern". Feldmarschall Weichs entsandte seinen IcAO, Oberstleutnant Hinterseher. Unter der Bedingung eines deutschen Rückzuges auf die Grenzen des ehemaligen Oesterreich-Ungarn auf dem Balkan, bot man in diesem Gebiet einen Waffenstillstand an. Er hätte ermöglicht, zwei Armeen frei zu machen für andere Kriegsschauplätze. Als Beweis für die Ehrlichkeit dieser Absichten wurde eine der beiden auf Kreta (für die Deutschen nutzlos) stationierten deutschen Divisionen unter dem Geleitschutz von über Wasser fahrenden britischen U-Booten aufs griechische Festland verbracht. Alle weiteren Bemühungen zerschlugen sich jedoch, da der Führer jede Rücknahme von Stellungen auf dem Balkan ablehnte. Es gingen vielmehr sogar weiterhin ganze Züge voller Brennstoff nach Griechenland, während das SS-Gebirgskorps bei Sarajewo schon seine Kräder mit Mulis ziehen musste.

Am 20. Oktober 1944 besetzte die Rote Armee Belgrad und Tito richtete dort seine Regierung ein. Abgeordnete der kommunistischen Partei hatten bereits am 29. November 1943 in Jaice die "Föderative Volksrepublik Jugoslawien" gegründet. Auf der Konferenz von Jalta erkannten die Sieger dann diesen neuen Staat an. Er war also in ähnlich illegitimer Form zustande gekommen, ohne allgemeine Wahlen, wie die BRD und die DDR. Insbesondere die Kroaten fordern daher seitdem immer wieder im Hinweis auf dieses staatsrechtliche und völkerrechtliche Manko für sich die Erfüllung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und die Schaffung eines unabhängigen Kroatiens.

Gerade die Kroaten waren es dann ja auch, die die Errichtung der kommunistischen Herrschaft mit einem besonders hohen Blutzoll bezahlten. Die Engländer lieferten sie in ganzen Truppenverbänden waffenlos zu Zehntausenden aus. Bei Bleiburg, an der Grenze selbst, konnten die britischen Verbrecher (die diesen Krieg ja auch gerade in Jugoslawien vom Zaune gebrochen hatten) wochenlang die Flüche der Verratenen und die Salven und die Schreie der Sterbenden hören, während sie immer wieder neue Menschenladungen auf ihren Lastkraftwagen zum Zwecke der Liquidation hinüberlieferten.(*482) Es war die gleiche Zeit, da in Jugoslawien die deutsche Minderheit mit nicht zu überbietender Grausamkeit auf Befehl von Radio Belgrad, vom Greis bis zum Säugling, ausgerottet wurde. In Verteidigung dieser jugoslawischen Verbrechen hat die Regierung der BRD dann später jede Tätigkeit kroatischer Organisationen auf deutschem Boden verboten und hat an derartigen Verbrechen aktiv beteiligte jugoslawische Diplomaten sogar geschützt. Die BRD hat in konsequenter Weise auch niemals versucht, die an Deutschen in Jugoslawien begangenen Verbrechen genau zu erfassen und hat auch niemals Schadenersatz für diese verlangt. Sie hat sich vielmehr immer wieder schützend vor jene Mörder gestellt, wenn die Gefahr bestand, dass die Wahrheit bei der deutschen Jugend und in der übrigen Welt bekannt würde.

Der Versuch, Jugoslawien zusammenzuhalten, ist sicher unter Tito zunächst besser vorangegangen, als dieses unter den serbischen Königen zwischen den beiden ersten Weltkriegen geschah. Doch auch hier ist die in den fünfziger Jahren angebahnte Gleichschaltung der verschiedenen Völkerschaften auf dem gemeinsamen Nenner eines jugoslawischen Nationalbewusstseins nicht vollauf gelungen. Die wirtschaftliche Entwicklung der rückständigen südlichen Gebiete, vor allem Mazedoniens und Montenegros, ihre Anpassung an das Lebensniveau Sloweniens und Kroatiens, soll den drohenden Weg vom Bundesstaat zum Staatenbund aufhalten. Bezeichnend ist, dass man bereits der Zweiten Kammer der Bundesversammlung, nämlich den Vertretern aus den 1945 geschaffenen Republiken Mazedonien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Slowenien,

sowie den Autonomen Gebieten Kosmet (Kossovo-Metohija) und der Woiwodina, daher heute grösseres Gewicht gibt als bislang. Mit Ausnahme von Aussenpolitik und Verteidigung haben die Behörden der Republiken weitgehend freie Hand. Man spricht sogar von den verschiedenen "Nationalitäten" des Landes. Dass andererseits seit der Kündigung des (1944 eingeleiteten) Bündnispaktes mit der Sowjetunion durch letztere (1949) auch die kommunistische Partei grösseren Spielraum hat, erleichtert natürlich die Anpassung an die völkischen Gegebenheiten. Krisen konnten bisher immer noch in erster Linie durch die Autorität Titos überwunden werden, der zB im Juni 1968 den revoltierenden Studenten in Belgrad kurzerhand seinen Rücktritt anbot für den Fall, dass er "sein Versprechen nicht halten könne", und mit solcher Drohung sofort erreichte, dass man wieder ans Studium ging. Den grössten Widerstand aber auf dem Wege zu notwendigen Reformen des altgewordenen Parteiapparates (und dabei war die Kommunistische Partei Jugoslawiens noch 1945 eines der in jeder Beziehung jüngsten und zukunftsfreudigsten Glieder im kommunistisch gewordenen Osteuropa) bildet die um ihre Pfründe bangende Klique der Parteifunktionäre selbst, denn in der Praxis ist es heute in Jugoslawien üblich, dass die rentablen Posten, an denen ohne viel Mühe gut verdient werden kann, unter den Parteibonzen verteilt werden und diese so nicht selten Doppel- und Mehrfachverdiener sind.

Die enge Verbindung, die Tito schon im Kriege mit London anknüpfte (*483), erlitt niemals eine Unterbrechung. Die Kommunisten in der amerikanischen Regierung sorgten darüber hinaus, wie wir bereits erfuhren, laufend für eine Fortsetzung der von den Briten so grossherzig begonnenen Unterstützung. Selbst in den schwierigsten Augenblicken des Kalten Krieges konnte Belgrad so auf Hilfe jeglicher Art aus Washington rechnen, und so sein sozialistisches Programm wenigstens einigermassen aufrechterhalten. Als 1968 im Anschluss an das russische Vorgehen in der Tschechoslowakei eine internationale Krise konstruiert wurde, besuchte Staatssekretär Katzenbach Tito, erreichte aber nicht die offene Einbeziehung Jugoslawiens in eine gemeinsame Front gegen Sowjetrussland. Das Spiel der Freimaurerei, bei welchem schon zweimal in jenem Raum mit so schönem Erfolg die Lunte ans Pulverfass gelegt wurde, hat ein drittes Mal begonnen. Und wieder spielen grosse Worte überhaupt keine Rolle, wenn es gilt, Kanonenfutter zu suchen.

---

*477 - Alexander hatte im I. Weltkrieg die Reste des serbischen Heeres nach Albanien geführt und von dort den Krieg gegen die Mittelmächte fortgesetzt. Sein Name hatte daher in Serbien einen guten Klang.

*478 - Quelle: General Rupnik, seinerzeit Flügeladjutant des Königs.

*479 - Ante Pavelic meinte in Unterhaltungen, die der Berichterstatter mit ihm in Argentinien hatte (nach einem Attentat auf ihn verlegte er später seinen Wohnsitz nach Spanien, wo er inzwischen verstarb), dass zu jener Zeit von verschiedenen ausländischen Seiten grosse Geldsummen der Ustascha zuflossen, dass man jedoch niemals dabei die Herkunft aus freimaurerischen Quellen betonte. Trotzdem hielt auch er, rückblickend, eine solche Herkunft und Unterstützung für möglich.

*480 - Man kann beinahe von zwei entsprechenden Parteien in dieser Beziehung im serbischen Offizierskorps jener Zeit sprechen. Quelle: General Rupnik.

*481 - So erschien zB damals in Serbien eine Briefmarkenserie, die diesen Kampf darstellt. Auf einer Marke sehen wir die beiden Säulen "Jakim" und "Boaz" abgebildet. Freimaurer geben sich gegenseitig dadurch zu erkennen, dass sie sich einander Buchstaben für Buchstaben abwechselnd diese Namen vorbuchstabieren. Das andere allgemeine Kennzeichen ist der Druck des Daumens – einmal lang, einmal kurz – beim Händedruck auf die eingeschlagene Hand des Begrüssten.

*482 - Auch das Kosakenkorps wurde so – bei Judenburg – ausgeliefert und liquidiert, nachdem man den antikommunistischen Kämpfern von britischer Seite unter falschen Versprechungen die Waffen abgenommen hatte und ihre Pferde den gleichzeitig internierten österreichischen führenden Persönlichkeiten in Spittal zum Frasse vorgeworfen hatte.

*483 - Die kommunistischen Partisanen wurden von englischen Instruktionsoffizieren ausgebildet. Die Engländer waren es, die mit eigens dafür konstruierten Minen und Sprengstoffen zur Sabotage in Jugoslawien ausbildeten und so einen Grossteil der Verantwortung für die Einführung von Kampfmethoden im Widerspruch zu den Genfer Konventionen tragen. Der Sprengstoff, den Stauffenberg am 20. Juli im Führerhauptquartier benutzte, war englischer Herkunft und stammte aus einem von der Wehrmacht aufgefundenen britischen Depot im Partisanengebiet.

*

UNGARN

erlebt in den ersten Jahren nach dem II. Weltkrieg einen dauernd weiter fortschreitenden Einfluss der Kommunisten, die 1948 mit der Bildung der sogenannten Unabhängigkeitspartei unter Rakosi den Staat endgültig fest in die Hand bekommen. Rakosi selbst (ursprünglicher Name Rosencranz) war erst 1935 in öffentlicher Gerichtsverhandlung als Massenmörder (21 Morde und 500 andere Verbrechen) zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt und dann bei dem Einrükken der russischen Truppen befreit worden. Der einzige nichtjüdische Minister seines Kabinetts, Aussenminister Laslo Rajk, wird als "Verräter" hingerichtet. Die übrigen (Peter Gabor alias Beno Auspitz, Politische Polizei – Erno Gero alias Singer, Finanzen – Zoltan Vas alias Weinberger, Planungsministerium – Joseph Revai alias Roth, Erziehungsminister – Milholy Farkas, Verteidigungsminister) geben die Richtung der neuen Politik an. Kardinal Mindszenty erklärt öffentlich: "Die Unruhestifter in Ungarn sind die Juden. Sie demoralisieren unser Land und sie sind die Führer der revolutionären Gruppe, die Ungarn foltert." Obwohl 1944 Hunderte und Hunderte von Juden in Klöstern versteckt gehalten werden und so ihr Leben retten, ist eine der ersten Amtshandlungen des neuen

Regimes das Verbot religiösen Unterrichts in den Klöstern. Die Nonnen werden registriert als "berufsmässige Prostituierte ohne Wahlrecht" und die Mönche dürfen nur als "ungelernte Arbeiter" sich ihr Brot verdienen. Die Aerzte Balassa-Blaustein und Emil Weil verabreichten Kardinal Mindszenty während seines Prozesses Drogen, um ihn gefügig zu machen. Der Grundbesitz der römisch-katholischen Kirche geht auf den Staat über. Diese Massnahme und die hochgetriebene Inflation vernichten die bisherigen Besitzverhältnisse vollständig und sollen Ungarn zu einem willigen Objekt in den Händen der Welteroberer machen.

Doch kommt es im Oktober 1956 zum Ausbruch der Verzweiflung. Ganz Westungarn fällt in die Hände der Aufständischen, die eine neue Volksfrontregierung und einen Sozialismus entsprechend den ungarischen Verhältnissen fordern. Ungarn erklärt sich am 1. November 1956 zum neutralen Staat und kündigt seine Mitgliedschaft im Warschauer Pakt. Schon scheint Ungarn seine Freiheit errungen zu haben, als Moskau am 4. November mit Panzerverbänden angreift (am 5. November landen die britischen Fallschirmjäger bei Port Said). Spanien ist bereit, Ungarn zu helfen und stellt Antitank-Kanonen zur Verfügung. Sie sollen in spanischen Flugzeugen nach Ungarn geflogen werden. Doch diese Flugzeuge müssen auf dem Rückweg in der BRD tanken, denn sie können nicht genügend Benzin für Hin- und Rückflug laden. Die CIA erfährt von dem entsprechenden Ersuchen Spaniens in Bonn und erreicht, dass die nordamerikanische Regierung sofort allerstärksten Druck auf Bonn ausübt, dieses Tanken auf deutschem Boden zu verbieten. So hat Washington in dem vorher abgestimmten Plan Budapest-Port Said seinem Verbündeten in Moskau geholfen, die ungarische Bastion wieder zu erobern. Jugoslawien, welches ebenfalls sonst so gerne in "Revisionismus" macht, liess am 5. November amtlich mitteilen, dass es die Einsetzung des Regimes Kadar mit Hilfe der russischen Verbände begrüsse. Auch hier stand New York hinter der von Tito nicht erwarteten Haltung ("New York Times" 4.11. 56). Tausende von Ungarn flüchten in den Westen. Sie meinen, dort in eine Welt zu kommen, die sie ersehnen. Tausende aber kehren angewidert von dem westdeutschen Wohlleben wieder nach Ungarn zurück, nicht ohne vorher mutig den Reportern in München ihre Meinung über die Verkommenheit des zu keinem Opfer und keiner Gemeinschaftshandlung mehr fähigen Westen zu sagen. 25 000 Tote hat der Aufstand gekostet.

Es ist seitdem sicher in Ungarn manches besser geworden. Doch die russischen Truppen sind bis heute geblieben (etwa 20.000). Juden findet man in den besseren Stellungen. Etwa 30 000 gibt es von ihnen immer noch in Ungarn. An die Zeitungen glaubt niemand. Das Lebensniveau ist bescheiden. Man arbeitet ohne Lust und langsam, insbesondere in der Landwirtschaft, denn man muss zum Kostenpreis als Verkaufspreis an Sowjetrussland arbeiten und das Land wird im Rahmen des Comecon zwangsmässig an einer grösseren Industrialisierung gehindert. Häuser und Gebäude sind schmutzig, da niemand Geld oder Lust hat, zu bauen oder zu verbessern. Obwohl sich Kadar veranlasst sah, verschiedene Wünsche der 1956 revoltierenden Arbeiter- und Bauernschaft zu verwirklichen, ist das Land dennoch durch die Beibehaltung anachronistischer ideologischer Grundsätze in einer Lage, die dringend nach Aenderung der Verhältnisse ruft. So will man denn eine Wirtschaftsreform durchführen, ohne jedoch die marxistischen Theorien über Bord zu werfen. Das Ergebnis ist schon heute klar. Die von Kardinal Mindszenty genannten Folterknechte beherrschen weiterhin das einst so schöne Land und das tüchtige ungarische Volk.

*

RUMAENIEN

kann in seiner heutigen Sonderstellung unter den sozialistischen Staaten Osteuropas nicht verstanden werden ohne einen Rückblick auf die Zeit zwischen den beiden ersten Weltkriegen. Damals wurde die Politik des Landes von zwei Parteien bestimmt: der national-liberalen Partei unter Bratianu und der nationalen Bauernpartei. Erstere repräsentierte fast das gesamte Vermögen des Landes und wurde von Freimaurern geführt. Typisch für den Geist in jener Zeit war die sagenhafte Bestechung, das noch aus türkischer Zeit stammende Bakschisch-Wesen. Verschlimmert wurden diese Erscheinungen öffentlicher Zersetzung durch den grossen Anteil des Judentums an der Gesamtbevölkerung (1,2 Millionen Juden bei 18 Millionen Einwohnern). Die jüdische Invasion hatte etwa um 1829, nach dem Frieden von Adrianopel, begonnen, das heisst, als in Rumänien die Handelsfreiheit eingeführt wurde. Zunächst waren der Kleinhandel und die kleineren Gewerbe in jüdische Hände geraten. Doch schon zu Beginn des I. Weltkrieges beherrschten die Juden auch den Grosshandel und die Industrie. Nach dem Kriege drangen sie in erstaunlichem Tempo in die intellektuellen Schichten ein. Schon damals wurde von ihnen in Bessarabien und in der Moldau öffentlich der Bolschewismus propagiert. Der Angriff auf die breite Masse wurde vorgetragen von den jüdischen Verlagen Leibovici, Ignatz Hertz, Colos, Ieseanu, Amza, Hapoianu, Ancora usw. mit den ja auch aus Deutschland bekannten "Sammlungen" unmoralischen oder subversiven Inhalts. Auch die Verfasser waren vorwiegend Juden (F. Aderca, Ury Benador, Isaia Racaciuni, I. Peltz, I. Braniste, A. Weiss, E. Abason usw.). Im Filmwesen sah man das gleiche Bild. 90% der Filmverleiher und Kinobesitzer waren Juden. Die Presse ("Adeverul", "Bimineata", "Lupta", "Opinia" usw.) war fest in jüdischen Händen. An den rumänischen Universitäten war es das gleiche Bild. 1920 sind immatrikuliert:

Universität Cernautzi,	philosoph. Fakultät	174	Rumänen	574	Juden
	juristische "	200	"	506	"
Universität Jassy	medizinische "	546	"	831	"
	pharmazeut. "	97	"	229	"

An den Universitäten Bukarest, Klausenburg und Timisoara war der Prozentsatz nur ein wenig niedriger. Als das rumänische Parlament im Jahre 1923 daran ging, allen in Rumänien lebenden Juden die Staatsbürgerschaft und alle politischen Rechte zu verleihen, war daher die Lage sehr ernst. In Kreisen des galizischen Judentums begann man, Rumänien als eine Art Paradies zu betrachten.

Dieser Entwicklung setzte sich ein Mann entgegen, Cornelius Celea Codreanu, der Gründer der "Eisernen Garde". Es begann damit, dass er am Ende des I. Weltkrieges Gruppen kommunistischer Marodeure mit einer Handvoll nationaler Studenten aus den besetzten Fabriken jagte, dass er einen freiwilligen Arbeitsdienst gründete (dessen Mitglieder von der Polizei aus ihrem Arbeitslager herausgeholt und gefoltert wurden). Codreanu wollte "den rumänischen Menschen vor dem Wirbel der modernen materialistischen Ideen bewahren, um seine geistige Energie nicht so sehr dem Streben nach persönlicher Bequemlichkeit, als vielmehr nach seelischer Harmonie dienstbar zu machen, die das menschliche Wesen veredeln und ihm den Weg zu Gott ebnen soll". Codreanu predigte, dass der Zweck der Menschheit nicht das Leben, sondern die Auferstehung sei, und dass zu ihrer Verwirklichung jeder Einzelne die inneren Hemmungen, die das edlere Streben gefesselt halten, beseitigen müsse, um so als gereinigter Mensch frei den Weg seiner Bestimmung zu gehen.

Ein solches Programm stiess natürlich auf den schärfsten Widerstand bei der liberalen Regierung. Immer wieder wurde die "Eiserne Garde" verbo-

ten, ihre Führer verhaftet oder ermordet. Doch die Bewegung nahm nur noch zu. Riesige freiwillige Arbeitslager entstanden im ganzen Lande. Bauern, Studenten, Arbeiter, Professoren, Doktoren, arbeiteten gemeinsam und bauten Schulen, Kirchen, Brücken und vor allem Wohnungen für die bedürftigsten Bauern oder Arbeiter. Das Schrifttum der Legionäre erreichte Riesenauflagen. Einige Zeitungen stellten sich freiwillig in den Dienst der Legionäre. Es wurden eigene Legionsgaststätten, Lebensmittelgeschäfte und Speisehäuser errichtet. Als Codreanus engster Mitarbeiter und Stellvertreter Ion Motza mit dem Legionärskommandanten Vasile Marin im spanischen Bürgerkrieg ihr Leben geopfert hatten, stieg das Prestige der Legion in ungeheurem Masse. Bei den Wahlen im Dezember 1937 wurde die Liberale Regierung gestürzt und die Legionärsbewegung eroberte 70 (von 370) Sitze. Sie wurde eine politische Macht im Lande. Als sich dann in wenigen Monaten die Mitgliederzahl der Partei verdoppelte, versuchte König Carol, die Legionärsbewegung auszurotten. Er verbot sämtliche Parteien und errichtete eine persönliche Diktatur. Tausende von Legionären wurden in Konzentrationslager geworfen und ermordet. Codreanu selbst ereilte dieses Schicksal, zusammen mit dreizehn weiteren Kameraden am 30.November 1938. 20 Monate später gelang es seinem Nachfolger, Horia Sima, König Carol zum Abdanken zu zwingen. Horia Sima wurde Ministerpräsident und General Antonescu Staatschef. Letzterer aber erreichte die deutsche Unterstützung bei einem Staatsstreich, in welchem die Legionäre zunächst jedoch die Lage beherrschten, dann aber mit deutscher Waffengewalt gezwungen wurden, Antonescu die Macht zu übergeben.(*484) So, wie später in der Ukraine und im Baltikum, verriet das nationalsozialistische Deutschland einen Freund, weil gewisse Diplomaten und Militärs meinten, in Antonescu den zuverlässigeren Bundesgenossen gegen Sowjetrussland gefunden zu haben. Horia Sima und die meisten Kommandanten der Bewegung wurden in Deutschland in Arbeitslager eingeliefert. Im Dezember 1942 wurden fast alle in Deutschland lebenden Legionäre in die Lager Buchenwald und Dachau verbracht. Horia Sima kam ins KZ Sachsenhausen. Nach dem Friedensschluss Rumäniens mit Sowjetrussland (August 1944) setzte Horia Sima sofort mit seinen Kameraden den Kampf gegen den Bolschewismus fort. Noch heute sind die kommunistischen KZ-Lager voller Legionäre und noch heute gibt es Legionäre in den Karpathen.

Doch ihre politische Macht wurde gebrochen. Anna Pauker (die von ihrem eigenen in Israel als Rabbiner lebenden Vater verflucht wurde) beherrschte das Nachkriegsbild. Von hierher ist es daher auch zu verstehen, wenn Rumänien als einziges Land des Ostblocks 1967 nicht die diplomatischen Beziehungen zu Israel abbrach. Von hierher auch ist es zu verstehen, wenn Sowjetrussland argwöhnisch die sogenannten "Liberalisierungsbestrebungen" Rumäniens beobachtet, wenn es während der tschechischen Krise 1968 Truppen am Pruth konzentrierte. Denn die Beherrscher des öffentlichen Lebens von Rumänien in den Jahren zwischen den beiden Kriegen sind auch heute wieder in den massgeblichen Stellungen des Landes und bestimmen, was gesagt, gedruckt und geschrieben wird. Auch hier geht es daher mehr als in einem sozialistischen Lande an sich erwartet, ums liebe Geld. Ceausescu schaffte im September 1968 das "System der Entlohnung für mehrere Posten" ab, und senkte ganz allgemein die Gehälter der Parteifunktionäre um 10 bis 20 Prozent. Man sieht, wie in Rumänien das Gelddenken sich wieder durchgesetzt hatte, wie weit man entfernt ist von den grossen Idealen, die Codreanu einst seinem Lande predigte.

484 - Die durch den Staatsstreich Antonescus gerettete Monarchie, verkörpert in dem jungen König Michael, rettete sich sogar noch für einige Monate in die kommunistische Nachkriegszeit hinein. Dann musste Michael abdanken. Er ging mit seiner geliebten Jüdin Lupescu alias Wolf ins Exil. Diese stellte sich dann in Rio totkrank und Michael heiratete sie am "Sterbebett". Hinterher erholte sie sich dann sehr schnell unter den Augen des erstaunten Gatten. So endete Gott wohlgefällig eine Dynastie.

Das Reich endete 1944 in Rumänien ähnlich unrühmlich. Feldmarschall Schörner wurde nach Kurland versetzt und sein Nachfolger in der Führung der Armee an der russisch-rumänischen Grenze, Generaloberst Friessner, war offensichtlich der Aufgabe nicht gewachsen, die entstand, als die rumänischen Verbände den (vorhersehbaren) Frontwechsel vornahmen (vgl. die Entschuldigungsversuche in "Verratene Schlachten", Holsten-Verlag). Fast über Nacht brach die gesamte Front zusammen. Eine ganze deutsche Armee verschwand. Die Katastrophe war viel ernster als die von Stalingrad.

Andererseits stand auch der deutsche diplomatische Vertreter in Bukarest bei dem rumänischen (noch 24 Stunden vorher als völlig unwahrscheinlich von ihm deklarierten) Frontwechsel vor einer Aufgabe, die seine Fähigkeiten weit übertraf. Herr Manfred v. Killinger, alter SA-Haudegen, fand keine intelligentere Lösung, als die, die gesamte deutsche Kolonie in die Gesandschaft zu befehlen und sich dann auf den Eingangsstufen derselben theatralisch eine Kugel durch den Kopf zu jagen. Wer von den Deutschen so klug war und nicht diesem Wahnsinn (der in Russland endete) gehorchte, sondern sich einfach ins Auto setzte, kam, von beiden kämpfenden Parteien in Bukarest geachtet, ungehindert durch Siebenbürgen und Ungarn nach Hause. Es waren nur sehr wenige.

BULGARIEN

verbindet bis heute hin deutsche mit russischer Freundschaft. In Sofia war es, wo man es erleben konnte, dass mitten im II. Weltkrieg sich im Stadtzentrum deutsche und sowjetrussische Offiziere in Uniform kreuzten. Auch der mit dem Zusammenbruch der deutschen Position auf dem Balkan verbundene Umschwung, der von Russland geforderte Beginn von Kampfhandlungen gegen die sich durch Jugoslawien zurückziehenden deutschen Verbände hat niemals ein Gefühl von Hass aufkommen lassen.

Seit dem Jahre 1925 bestand mit der Türkei ein Abkommen, wonach letztere aus Bulgarien auswandernde Türken aufnehmen soll. Beide Länder waren interessiert an einer volksmässigen Trennung, an einer Bereinigung der Verhältnisse, die durch die türkischen Restsiedlungen im einst zum Türkischen Reich gehörigen Bulgarien gekennzeichnet waren. Im Jahre 1950 aber führte Bulgarien eine Zwangsaussiedlung der letzten dort noch lebenden Türken (etwa 250 000) durch und beendigte so mit einem Machtwort dieses Problem.

Im übrigen trägt auch Bulgarien als vorwiegendes Agrarland schwer an

den sozialistischen Maximen. Das früher an Gemüse und Blumen so unendlich reiche Land (die Bulgaren waren die – jährlich wandernden – Gärtner des Balkans) produziert gerade genug für den notwendigen Eigenbedarf. Während im Westen ernste Bauernrevolten vom Burgenland bis zur Bretagne und zum Baskenland ausbrechen, lasten auch im Osten die schönen Pläne auf dem an sich so reichen, weiten Land.

*

ALBANIEN

machte sich bei der Aufteilung der europäischen Türkei im Jahre 1912 selbständig. Die Grenzziehung entsprach allerdings weder gegenüber Serbien noch gegenüber Griechenland den Volksgrenzen. Jahrhundertelang schon hatte Albanien seinen Bevölkerungsüberschuss ins benachbarte Ausland, einschliesslich Süditalien auswandern lassen müssen. Das kriegerische Volk der Skiptaren erkennt daher selbst heute nicht die ihm von den Nachbarn gesetzten Grenzen an. Insbesondere auf dem jugoslawischen Gebiet des sogenannten Kosovo lebt um Pristina herum eine religiös und rassisch zu Albanien sich rechnende Bevölkerung. Dieses Gebiet, sowie jenes um Gostivar und Tetovo im Osten (mazedonische Grenze) war während des II. Weltkrieges von den Italienern in Albanien eingegliedert worden, war dann noch bis Kriegsende in gleicher Form nach dem Badoglio-Putsch und dem damit folgenden Zusammenbruch der italienischen Verwaltung in Albanien von deutscher Seite von Tirana aus verwaltet worden. Bei Kriegsende wurde dann die mohammedanische Bevölkerung von den einziehenden Partisanenverbänden in Tetovo und Gostivar fast völlig ausgerottet.(*485) Auch im Raume von Prizren kam es zum Völkermord. Eine Atmosphäre des Zwanges und der bürokratischen Schikanen, die aus Belgrad gesteuert werden, kennzeichnet heute die Zustände bei den überlebenden Auslandsalbanern.

Tirana spiegelt noch heute in seinem Stadtbild die wenigen Jahre italienischer Kolonisationstätigkeit wider. Als eine Renaissance der einstigen venezianischen Herrschaft am jenseitigen Adriaufer empfand man damals in Rom die italienische Aufgabe in Albanien. Mit der Trockenlegung von Sümpfen, Strassen- und Hafenbau, Schulen, Krankenhäusern holte man in wenigen Jahren Jahrzehnte nach.(*486)

Wenn wir hörten, dass Bulgarien die letzten Reste der türkischen Bevölkerung auswies, so ist das verständlich, wenn man weiss, dass heute noch der mohammedanische Orden der Bektaschi, vertreten durch seinen Grossmeister in Tirana, und mit dem Zentrum in der Türkei, die Erinnerung an die einstige türkische Herrschaft wach hält und eine undurchsichtige Schaukelpolitik zwischen den in Albanien arbeitenden Kräften spielt. Denn Albanien trat im Dezember 1962 aus dem Comecon aus, und schloss sich Peking an, nachdem die Bande zu Moskau gelöst worden waren. Albanien, diese einstige Kornkammer Roms, erhält jährlich von dem für Rechnung Pekings in Frankreich gekauften Weizen seine 5 bis 6 Mio. Tonnen, denn sonst wäre es schon längst verhungert. Peking bemüht sich, Albanien landwirtschaftlich auf eigene Füsse zu stellen,

doch versagt auch hier die Sozialisierung der Landwirtschaft trotz Lieferung von Tausenden von Traktoren. Im übrigen kommen 80% der Einfuhr aus Rotchina und 60% der Ausfuhr (vor allem Kupfer, Eisen, Chrom und Nickel) gehen nach dort. Dass Enver Hodja nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch, und das heisst auch militärisch ein treuer Gefolgsmann Maos ist, darf nicht als Nebensache betrachtet werden, wenn man daran erinnert, dass schon kurz nach dem Ende des letzten Krieges englischen Kriegsschiffen von den albanischen Kanonen an der Strasse von Otranto die Einfahrt in die Adria kurzerhand verweigert wurde, also das Mittelmeer dort für den Westen aufhört, die Adria zu einem strategisch toten Sack geworden ist.

---

*485 - Die mohammedanischen Bevölkerungsteile auf dem Balkan waren ja schon aus religiösen Gründen antibolschewistisch eingestellt und standen so während der Kriegsjahre den Deutschen im Kampf gegen die Partisanen zur Seite. Die Hanscha-Division der SS. gebildet aus mohammedanischen Bosniaken um Serajewo herum, hielt den mohammedanischen Siedlungsraum dortselbst bis Kriegsende im wesentlichen frei von Partisanen und leistete militärisch Hervorragendes. Dass Soldaten und Offiziere dann von den Siegern rücksichtslos liquidiert wurden, beweist das hohe Ethos, dass diese besitzen.

*486 - Beachtlich war ja auch die italienische Enklave Zara an der dalmatinischen Küste. Und es darf nicht vergessen werden, dass dieses geschlossene rein italienische Siedlungsgebiet der Stadt Zara, deutlich als Halbinsel getrennt von dem übrigen Festland, mit seinen jahrhundertealten italienischen Festungswällen und historischen Gebäuden, mit seinen mit dem Markuslöwen gezierten Toren, dann in einer der satanischsten Untaten Albions zerstört wurde. Englische Bombenflugzeuge probierten nämlich Anfang 1943 über dieser engbesiedelten, überhaupt nicht verteidigten Stadt die Anwendung von Aluminium- und Zinnstreifen bei Bombenangriffen aus. Am hellichten Tage, um die Mittagszeit überflogen sie die deutlich erkennbare Stadt (von allen Seiten von Meer umgeben) und warfen ihre Bombenlast auf die Bevölkerung ab. Mehrfach wurde dieses Spiel wochenlang wiederholt. Die ganze Perversität, der der englische Charakter fähig ist, zeigte sich an diesem lebenden Manöverziel. Das Ganze erinnert an die andere Untat, als britische Bomberverbände bei hellichtem Wetter um die Mittagszeit den sechs Kilometer abseits von der Stadt Hamburg inmitten von Wiesen und Gärten liegenden Tierpark von Hagenbeck, mit seinen weltberühmten Freiwildanlagen bombardierten und unschuldige Tiere aus reiner Lust am Morden töteten. Das waren, werter Leser, die Bestien, gegen die Dein Volk vor 25 Jahren kämpfen musste, damals, als mit dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches sich der Abgrund auftat, an dem die Welt heute steht. Ob es wohl mal Angehörige jener sich selbst so hoch ehrenden Historikergilde geben wird, die auch einmal d a v o n berichten werden — wenn schon in den Schulbüchern nichts davon stehen darf?

Aber gleich vergebens suchen wir auch nach Bemühungen, viel wichtigere Zusammenhänge zu klären, wie sie in diesem Buch laufend angedeutet werden mussten. Denn, wenn wir sagten (S.461), dass die Freimaurerei sich darum bemüht, das Gold der Welt, die Weltfinanzen und den Welthandel zu be-

herrschen, wenn wir dann andererseits gesehen haben, dass die Juden das Gold der Welt dank des ihnen gestatteten "sündigen" Wuchers, dass weiterhin die Weltfinanzen seit ihrer Emanzipation laufend bis hin zur Gründung von Weltbank und Weltwährungsfonds, und dass zuletzt auch der Welthandel über die Konferenzen von Genf und Delhi bis hin zur Gründung der UNCTAD unter einem Raúl Prebisch, in ihre Hände hinübergegangen sind, so müssen wir fragen: ist damit die Freimaurerei selbst auch zu einem Machtinstrument des Zionismus geworden? Hat sie damit ihr eigenes geistiges, philosophisches Bild (das trotz allen politischen Missbrauchs seitens Englands bestanden hat) ausgehöhlt, getötet? Denn diese beiden Mächte sind in ihrem Kern von sehr verschiedenem Wesen, die einen weltweit, universal, die anderen rassistisch-nationalistisch. Von der Beantwortung der eben gestellten Frage hängt es ab, ob etwa die Revue der Schweizer Loge Alpina recht hatte, als sie von einem bevorstehenden notwendigen Kampf zwischen Freimaurerei und Zionismus sprach und die jüdische Loge B'nai Brith als einen "Verrat am Gedanken der Freimaurerei" bezeichnete.

Oder aber wird es im Judentum selbst wieder eine Säuberung geben, die hinführt zum Mosaismus? Denn wir dürfen nicht vergessen, dass erst durch Esras Eingreifen nach der Rückkehr aus der babylonischen Gefangenschaft durch gigantische Geschichtsfälschung der gesamten bisherigen damaligen Vergangenheit des jüdischen Volkes dieses (materiell gestützt auf die erstaunliche Wiedergutmachung, die Cyros als Anhänger der menschenfreundlichen Lehre Zoroasters an ihm vornahm) zu dem "auserwählten Volk" gemacht, und durch Einführung von "Nürnberger Gesetzen" in grausamster Weise von biologischen Fremdkörpern gesäubert wurde. (Vgl. dazu das Buch Esra. Rücksichtslos nutzte Esra, beamteter persischer "Beauftragter für Judenfragen", seine Stellung gegen das eigene Volk aus. Von ihm datiert der Leidensweg eines Volkes, das nicht glücklich leben und nicht sterben kann, dessen Angehörige schon so unsägliches Leid über die ganze Menschheit gebracht haben und satanisch das Glück aller anderen Völker – heute bis hin in die letzten Winkel der Welt, wie wir sahen – zu zerstören trachten. Dass ein Esra in seinem Volke möglich war, die einmalig grausame Intoleranz und Gesetzestreue des jüdischen Volkes, das allerdings zeigt Konstanten auf, die schon vor ihm bestanden und deren Ursprung verstandesgemäss nicht geklärt werden kann. Es rührt das genau so an transzendente Dinge wie die Tatsache, dass die anderen Völker das jüdische Verhalten als aggressive Ueberheblichkeit ablehnen müssen.) Die zehn Stämme Israels (entgegen den Stämmen Judas und Benjamins) wehrten sich gegen diesen religiösen Wahnsinn (verkörpert wird dieser Kampf noch in dem Bild des Abendmahls mit der Anklage gegen Judas Iskariot). Auch heute besteht dieser innerjüdische Widerstand fort. Würde er siegen, so könnte nämlich andererseits die ursprüngliche Idee der Freimaurerei die in sie eingedrungenen Parasiten umformen oder ausstossen.

Heute sind jedoch dieses noch offene Fragen. Doch wird es Zeit, sie anzuschneiden. Denn, solange sie nicht geklärt sind, müssen die Völker dieser Erde allesamt mit besonderer Wachsamkeit über ihrem geistigen und materiellen Bestand wachen. Denn Gefahr droht ihnen solange von zwei Seiten, den Verschwörern einer gemeinsamen Rebellion gegen Gott und die Natur.

*

NACHWORT

Mit diesem Buch erfüllte ich eine Verpflichtung, die ich seit Jahrzehnten denen gegenüber empfand, die von den Feinden meines Volkes beseitigt wurden und so nicht mehr aufstehen konnten gegen diejenigen, die den Guten Willen meiner Generation anzweifeln und ins Gegenteil zu kehren versuchen. Es ist zu hoffen, dass die Wahrheit bei Erfüllung dieser Verpflichtung unter den Millionen noch lebender Zeugen Mitstreiter finden möge, die bereit sind, den böswilligen Verleumdungen die hier veröffentlichten Tatsachen entgegenzusetzen. Dass dabei wir Deutsche nicht allein stehen in einem solchen Kampf hat dieses Buch wohl ebenfalls gezeigt. Das Manuskript wurde Ende 1968 abgeschlossen. Aus technischen Gründen verzögerte sich die Fertigstellung. Die Grosse Rebellion gegen Gott und die Natur aber hat sich inzwischen weiter auf unserer Erde ausgebreitet und hat damit dem Buch eine Aktualität verliehen, die in diesem Umfang zunächst nicht vorausgesehen werden konnte. Der Abgrund, an welchem die Welt steht, ist fast allgemein sichtbar geworden. Gerade wir Deutsche haben es dabei ja wahrlich nicht schwer, diese in Krämpfen liegende Welt zu verstehen, haben wir es ja selbst schon einmal in unserem eigenen Volk miterlebt, dass es sich erhob gegen die Flut des unwahren Geschwätzes und gegen die physisch greifbaren Vertreter der Verlogenheit. Es war, wie wir jetzt wissen, im Grunde genommen ganz das gleiche, was ein Ayub Khan in Pakistan, ein Senghor im Senegal, ein Verwoerd in Südafrika oder ein Onganía in Argentinien, jeder auf seine Art, versuchen, nämlich ihren Ländern die ihnen gemässe Identität zu verschaffen. Und es ist auf der ganzen runden Welt der gleiche Kampf der Kutisker und Sklarek und Isidor Weiss und Liebknecht und Luxemburg gegen dieses Aufbäumen der Völker, manchmal verkörpert in Trägern sogar oft recht ähnlicher Namen, manchmal aber auch nur spürbar in utopisch verbrämten Gedankengängen, die wie ein Giftnebel und darum viel schwerer erfassbar, auf der Erde lagern und die Menschheit wahnsinnig machen. Die "Antistimmung" als wesentliches Kennzeichen des letzten amerikanischen Wahlkampfes ist die Antwort, genau so wie es andererseits die Studentenunruhen auf der ganzen Welt sind und die Spekulationen Vaterlandsloser gegen die natürlich gewachsenen Werte geistiger und materieller Art. Die Verlogenheit der Grossen Charta, die "als höchstes Ziel der Menschheit die Schaffung einer Welt, frei von Furcht und Not, mit Rede- und Glaubensfreiheit" vorgaukelt, diese von vielen Regierungen weiterhin befolgte, bewusst unaufrichtige Zitierung der Menschlichkeit im Interesse einer machtgierigen Minderheit, die damit verbundene Vernichtung aller Menschenwürde, das rein propagandistische Ausschlachten von billigen Schlagworten an Stelle der sachlich ehrlichen Arbeit für die Völker, hat die Welt an den Rand des Abgrundes gebracht, hat vielen Regierungen – beileibe nicht nur in Westdeutschland – längst den Nimbus des guten Willens und der Aufrichtigkeit genommen. Nur dank

der konsequenten, grausamen Vergewaltigung aller Meinungsäusserung und dank eines Heeres von Nebelwerfern ist dieses ungute Gefühl, diese Aura, in der die Menschheit seit 1945 lebt, noch nicht in einer Massenauflehnung mit bestimmtem Ziel konzentriert, sondern politisch zersplittert, ist die natürliche Gegenkomponente der Grossen Rebellion gegen Gott und die Natur darum auch nur in sofort isolierten und der jeweils restlichen Welt mit allen Mitteln der Verleumdung vorgestellten Einzelfällen vorübergehend in der Lage, hier und dort gesunde Lebensverhältnisse zu schaffen. Die schwere Krankheit als solche lastet weiterhin auf dem in Fieberkrämpfen sich schüttelnden Erdball. Sie wird andauern, bis die Grosse Rebellion endgültig niedergerungen ist.

Die Fügung will es, dass gleichzeitig mit diesem Buch der 6. Band der Brockhaus-Enzyklopädie erscheint, in welchem wir auf Seite 572 unter dem Stichwort "Freimaurerei" lesen: "Jeder Freimaurer verpflichtet sich, nach Wahrheit, Menschenliebe, Selbstkritik und Duldsamkeit zu streben; alle Freimaurer verehren Gott im Symbol des "Allmächtigen Baumeisters aller Welten" ... Die Logen sind keine Geheimbünde ... bekämpfen Totalitarismus auf polit. und kirchl. Gebiet ... Die kath. Kirche belegt die Zugehörigkeit zur F. mit der Exkommunikation, weil diese "gegen die Kirche und die rechtmässigen Staatsgewalten" arbeite; da diese Begründung kaum noch haltbar ist, tritt auch die kirchl. Ablehnung der F. zurück ... " So ist der Leser heute in der einmalig-glücklichen Lage, sich in einer der ernstesten Fragen unserer Zeit nunmehr in echt demokratisch-freiheitlicher Form zu unterrichten und sich aus den verschiedenen vorgetragenen Unterlagen ein eigenes Urteil zu bilden.

ABKUERZUNGEN

ACLU	American Civil Liberties Union, USA
AFP	Agence France Presse
am.	amerikanisch
APRA	Alianza Popular Revolucionaria Americanista
ASEAN	Vereinigung SO-asiatischer Nationen
ASA	deren Vorläufer
BRD	Bundesrepublík Deutschland
CFR	Council of Foreign Relations, USA
CGT	Confederación General del Trabajo, argentinischer Gewerkschaftsbund
CIA	Central Intelligence Agency, militärischer Geheimdienst der USA
DHZ	Deutsche Hochschullehrer-Zeitung, Tübingen, Am Apfelberg 20
DStA	Deutscher Studentenanzeiger, 34 Göttingen, Untere Karspüle 7
EFTA	European Free Trade Association
ERP	European Recovery Programm (Marshallplan)
FAO	Food and Agricultural Organisation, Welternährungs- und Landwirtschafts-Organisation
FDR	Franklin Delano Roosevelt
FHQ	Führerhauptquartier
FLN	Algerische Befreiungs-Front
i.G.	im Generalstab
IMF	International Monetary Fund, Internationaler Währungsfonds
IOS	Investors Overseas Services
ISC	International Student Conference
IWF	Internationaler Währungsfonds
KADU	Kenya African Democratic Union
KANU	Kenya African National Union
LBJ	Lyndon B. Johnson, amerikanischer Präsident
MAC	Movimiento Anti-Comunista, Brasilien
MESAN	Mouvement pour l'Emancipation Sociale de l'Afrique Noire, Zentralafrikanische Republik
MNR	Movimiento Nacionalista Revolucionario, Bolivien
NAACP	National Association for the Advancement of Colored People
NSA	National Students Association, USA
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OAS	Organisation Amerikanischer Staaten — Organisation de l'Armée Secrète, Algier
OEA	Exekutivorgan der OAS (Amerika)
OEEC	Organization of European Economic Cooperation
OLAS	Organización Latinoamericana de Subversión, Habana/Kuba 1967
OMS	Weltgesundheitsorganisation (franz. Fassung), Genf
OUA	(auch in franz. Form abgekürzt OEA) Organisation der afrikanischen Staaten
PAA	Panamerican World Airways
PANAGRA	Panamerican Grace Airlines, eine Tochtergesellschaft der PAA
PRI	Partido Revolucionario de Izquierda, Bolivianische Linkspartei
RDA	Rassemblement démocratique africain, Elfenbeinküste
SCADTA	Sociedad Colombiano-Alemana de Tráfico Aéreo
SDR	Special Drawing Rights, Sonderziehungsrechte des IWF
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund

SEDTA	Servicio Ecuadoriano de Transportes Aéreos
SNCC	Student Non-Violent Coordinating Committee, USA
SWA	Südwestafrika
UFC	United Fruit Company, us-amerikanisch
UNCTAD	United Nations Council on Trade and Development
UNRRA	United Nations Relief and Rehabilitation Agency
UPI	United Press International
VAR	Vereinigte Arabische Republik
VDA	Verein (später Volksbund) für das Deutschtum im Ausland
VSS	Verband der Schweizerischen Studentenschaften
WC	Winston Churchill
WCC	World Council of Churches, Weltkirchenrat
WGO	Welt Gesundheits Organisation, Genf
WKR	Weltkirchenrat

LITERATURVERZEICHNIS

Bei den mit ** gekennzeichneten Büchern und Zeitschriften handelt es sich um solche, deren Anschaffung bzw. laufender Bezug sehr empfehlenswert ist.

Die Lektüre der mit * bezeichneten Werke ist empfehlenswert.

Karl Heinz Abshagen, "Europas grosse Insel" (England), Kohlhammer, Stuttgart

** "Afrika und seine Probleme", Sozialwissenschaftliche Studien, Eugen Rentsch Verlag, Stuttgart 1965, DM 16,--

Miguel Andrade, "Der Einbruch der Vereinigten Staaten in die Ibero-amerikanische Welt", Essener Verlagsanstalt 1942

B. W. Andrezejewski and I. M. Lewis, "Somali Poetry", Clarendon Press, Oxford 1964

* Horst Arnold, "Die deutsche Milliardenverschuldung", 1968

Ewald Banse, "Raum und Volk im Weltkriege", Gerhard Stalling, Oldenburg i.O. 1933

Heinrich Barth, "Im Sattel durch Nord- und Zentralafrika", Brockhaus 1967, DM 28,--

Michal Bar-Zohar, "Die Jagd auf die deutschen Wissenschaftler", 1968

H. A. Bernatzik, "Albanien, das Land der Schkipetaren", Verlag Anton Schroll & Co. in Wien, 1930

Tania Blixen, "Afrika, dunkel lockende Welt", Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, und RoRoRo, Hamburg 1954

Wipert v. Blücher, "Deutschlands Weg nach Rapallo", Wiesbaden 1951

Moritz J. Bonn, "So macht man Geschichte", München 1953

* Herbert von Borch, "Die unfertige Gesellschaft" (USA), Piper 1960, DM 17,50

Joachim Frhr. von Braun, "Gericht ohne Gnade", Holzner Verlag, Würzburg 1966, DM 4,80
C. Brockelmann, "Geschichte der islamischen Völker", R. Oldenbourg, München 1939
Werner Brockdorff, "Kollaboration oder Widerstand", 1968
Werner Bross, "Gespräche mit Hermann Göring während des Nürnberger Prozesses", Verlagshaus Christian Wolff, Flensburg 1950
* J. G. Burg, "NS-Verbrechen, Prozesse des schlechten Gewissens, von Deutschen gegen Deutsche, unter Zions Regie geführt", G. Fischer Verlag, München 1968
Richard Busch-Zantner, "Albanien, Neues Land im Imperium", Wilhelm Goldmann Verlag, Leipzig 1939
* Hellmuth G. Dahms, "Roosevelt und der Krieg", R. Oldenbourg, München 1958
** "Die grosse Hetze, Ein Tatsachenbericht zum Fall Schlüter", Göttinger Verlagsanstalt, DM 13,80
* Wahrhold Drascher, "Schuld der Weissen", Verlag Fritz Schlichtenmayer, Tübingen 1960, DM 17,80
René Dumont, "L'Afrique noire est mal partie", Editions du Seuil, Paris 1962
** Richard W. Eichler, "Viel Gunst für schlechte Kunst", J. F. Lehmanns Verlag, München
** "England als Weltbeglücker", Verlag Das Tribunal, München 8, Ballaufstr. 10, DM 12,80
Karl Dietrich Erdmann, "Adenauer in der Rheinpolitik nach dem Ersten Weltkrieg", Klett, Stuttgart 1966, DM 28,--
Alexander Evertz, "Der Abfall der evangelischen Kirche vom Vaterland", Verlag Blick und Bild, Velbert 1965, DM 7,80
Alexander Evertz, "Die evangelische Kirche und die Revolution von links", 1968
Helio Felgas, "Guerra em Angola", Livraria Classica A. M. Teixeira y Cia. (Filhos) Lda, Praca dos Restauradores 17, Lissabon 1962
Henry Ford, "The International Jew", edited by G. F. Green, "The Independent Nationalist", 56 Gloucester Road, New Barnet, Herts, England, 9/-
Egon Friedell, "Kulturgeschichte der Neuzeit", Phaidon Press Ltd, London & Oxford 1947
Leo Frobenius, "Kulturgeschichte Afrikas", Frankfurt 1933
Dr. J. C. Frölich, "Der Islam in Afrika südlich der Sahara" in "Die Herausforderung des Islam", Musterschmidt Verlag, Göttingen 1965, DM 22,50
Atilio García Mellid, "Proceso a los falsificadores de la Historia del Paraguay", Ediciones Theoría, Buenos Aires
Prof. Dr. Friedrich Grimm, "Mit offenem Visier. Aus den Lebenserinnerungen eines deutschen Rechtsanwalts", Druffel-Verlag, Leoni am Starnbergersee, 1961
* Hans Grimm, "Kaffernland", Roman, Klosterhaus Verlag Lippoldsberg, 1961
* Fritz Grobba, "Männer und Mächte im Orient", Musterschmidt-Verlag, Göttingen 1967
Nerin E. Gun, "Eva Braun-Hitler", Blick und Bild Verlag, Velbert 1968
* Walter Hagen, "Die geheime Front", Nibelungenverlag, Wien 1950
Adolf Halfeld, "USA greift in die Welt", Verlag Broschek & Co., Hamburg 1941
Georges Hardy, "Nos Grands Problèmes Coloniaux", Collection Armand Colin N° 111, Paris 1940
Ulrich v. Hassell, "Das Drama des Mittelmeers", Herman Reinshagen Verlag, Berlin 1940

Sven Hedin, "Amerika im Kampf der Kontinente", Brockhaus, Leipzig 1942
Kurt Hesse, "Entwicklungsländer und Entwicklungshilfen", Duncker & Humblot, Berlin 1962, DM 48,--
** David L. Hoggan, "Der erzwungene Krieg", Verlag der Deutschen Hochschullehrer-Zeitung, Tübingen 1963
Nobutaka Ike, "Japans decision for war. Records of the 1941 Policy Conferences", Stanford University Press, Stanford 1967
Ernst Gerhard Jacob, "Das portugiesische Kolonialreich", Wilhelm Goldmann Verlag, Leipzig 1942
** Ernst Gerhard Jacob, "Grundzüge der Geschichte Afrikas", Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1966, DM 12,60
"Jambo", Zeitschrift, Verlag Friedrich M. Hörhold, Leipzig 1929
Joachim Jösten, "Die Wahrheit über den Kennedy-Mord", Schweizer Verlagshaus AG, Zürich 1966
** Erich Kern, "Von Versailles bis Nürnberg", Verlag K. W. Schütz, Göttingen, DM 32,--
* Iwan Kirchner, "Der Nahe Osten", Verlag Rudolf M. Rohrer, Wien 1941
** Peter Kleist, "Aufbruch und Sturz des 3. Reiches", 1968, DM 28,--
** Peter Kleist, "Südafrika – Land für Weiss und Schwarz", Verlag K. W. Schütz Göttingen, DM 24,--
Walter Kolarz, "Russland und seine asiatischen Völker", Europäische Verlagsanstalt Frankfurt/Main 1956
Walter Kolarz, "Die Nationalitätenpolitik der Sowjetunion", Europäische Verlagsanstalt Frankfurt/Main 1956
Torsten Kreuger, "Die Wahrheit über Ivar Kreuger", Seewald-Verlag Stuttgart, DM 17,80
Arnold Leese, "Gentile Folly: The Rothschilds", in der span. Uebersetzung, "Los Rothschild", Editorial Nuevo Orden, Buenos Aires 1966
Professor Leiviska, "Finnland in der Welt", Franz Müller Verlag, Dresden 1943
David E. Lilienthal, "Big Business", Hermann Luchterhand Verlag, Berlin 1954
F. D. Lugard, "The Dual Mandate in British Tropical Africa", London 1923
Armin Mohler, "Vergangenheitsbewältigung", 1968
Adriano Moreira, "Portugals Ueberseepolitik", Lutzeyer, Baden-Baden 1963, DM 7,80
Gunnar Myrdal, "Internationale Wirtschaft", Duncker & Humblot, Berlin 1958
Hermann Neubacher, "Sonderauftrag Südost", 3. Aufl., Verlag Buchkreis für Besinnung und Aufbau, Seeheim a. d. B., DM 16,20
Dr. Revile Oliver, "All America must know the Terror that is upon us", POB 1808, Bakersfield/Calif. 93301 USA
Ivo Omrcanin, "Politische und diplomatische Geschichte Kroatiens", 1968
José Ortega y Gasset, "Geschichte als System", Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1943
Klaus-Dieter Osswald, Ulrich Köhler, Werner Ruf: "Frankreichs Entwicklungshilfe, Politik auf lange Sicht?", Westdeutscher Verlag, Köln-Opladen 1967, DM 50,--
Richard Owen, "Niger, leyenda y realidad", Editorial Bruguera SA, Barcelona 1962 (Original: "Saga of the Niger")
Helmut Pabst, "Der Ruf der äussersten Grenze, Tagebuch eines Frontsoldaten", Verlag Fritz Schlichtenmayer, Tübingen 1953
* Maurice Pinay, "Verschwörung gegen die Kirche", Imprenta Rafael Taravilla Paúl, Meson de Paños 6, Madrid, Spanien (auch auf italienisch, spanisch und französisch erschienen)

Nachkriegs-Plötz, Band 1 1945-1957, Würzburg 1957
Nachkriegs-Plötz, Band 2 1955-1960, Würzburg 1965
Stephan T. Possony, "Jahrhundert des Aufruhrs", München 1956
Ruppert Recking, "Ein Journalist erzählt", 2 Bde, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1936
Douglas Reed, "The Battle for Rhodesia", Haum, Capetown, POB 1371, 1966
** Lothar Rendulic, "Gekämpft, gesiegt, geschlagen", Verlag Welsermühl, Wels-Heidelberg 1952
Mohammed Reza Schah Pahlawi Aryamehr: "Kaiser von Iran", Eugen Diederichs, Düsseldorf-Köln 1967, DM 14,50
* Annelies von Ribbentrop, "Verschwörung gegen den Frieden", Druffel 1962
Louis Rolland, "Précis de Législation Coloniale", Librairie Dalloz, Paris 1940
* Ernst Samhaber, "Südamerika", H.Goverts Verlag, Hamburg 1939
Thassilo von Scheffer, "Die Kultur der Griechen", Berlin 1933
** Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing, "Charakterwäsche","Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen",Seewald, Stuttgart 1965, DM 19,80
* Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing, "Zukunftsmacher", Plesseverlag 1968
* Scronn, "General Psychologus", Verlag Itatiaia-Buchversand, Itatiaia EFCB, Estado Do Rio, Brasilien
Jean Jacques Servan-Schreiber, "Die amerikanische Herausforderung", Hoffmann und Campe, 1968, DM 25,--
Brian Stuart, "Abenteuer Wüste", Süddeutscher Verlag, München 1955
Robert A. Theobald, "The Final Secret of Pearl Harbour", spanisch: "El Secreto Final de Pearl Harbour", Buenos Aires 1954
Peter Tompkins, "Verrat auf italienisch", Verlag Fritz Molden, Wien 1965
Horst Rudolf Uebelacker, "Zur Problematik des Münchner Abkommens in der Gegenwart", 1968
J. von Uexküll, "Niegeschaute Welten", Suhrkamp Verlag, Berlin 1949
* F.J.P. Veale, "Advance to barbarism", London 1948
Pierre Virion, "La Masonería dentro de la Iglesia", Cruz y Fierro Editores, Avda. de Mayo 560, Buenos Aires, Argentinien
** "Wallstreets Krieg", Verlag Das Tribunal, München 8, Ballaufstr. 10, DM 4,--
Felix Warner, "Sieben Jahre Kamerun", Deutsche Buchgemeinschaft, Wien 1952
Diedrich Westermann, "Afrika als europäische Aufgabe", Deutscher Verlag, Berlin 1941
Mary White Ovington, "The Walls came tumbling down", The Story of the NAACP, Harcourt, Brace & Co, 383 Madison Ave, New York, 17 NY, 1947
Hans Severus Ziegler, "Adolf Hitler aus dem Erleben dargestellt", Verlag Karl Schuetz, Göttingen 1968

ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

BRD

** "Nation Europa", monatlich, 8630 Coburg, Postfach 670
** "Deutsche Hochschullehrer-Zeitung", vierteljährlich, Tübingen, Am Apfelberg 20

"Deutsche Wochen-Zeitung", wöchentlich, Hannover
"Deutsche National-Zeitung", wöchentlich, München
"Deutscher Studenten-Anzeiger", 34 Göttingen, Untere Karspüle 7
"Oder-Neisse", Akon-Informationsdienst, 282 Bremen-Blumenthal, Hinnebeckerstr. 51
"Mensch und Mass", 8121 Pähl/Obb. Westdeutschland
"Schwaben International", 7 Stuttgart, Charlottenplatz 6
"Student", Würzburg, Gerberstr. 9

Ausserdem die Veröffentlichungen und Aufrufe der folgenden beiden Institutionen, die stellvertretend Aufgaben des Deutschen Reiches in dieser Uebergangszeit übernehmen (und daher dringend auf private Mittel angewiesen sind!):

Bund für deutsche Wiedervereinigung eV., 1 Berlin 38 - Nikolassee, Hoiruper Str. 10 (Dr. Lange)

Komitee zur Wiederherstellung der historischen Wahrheit (Prof. Dr. Weber), 2 Hamburg 22, Papenhuder Str. 45

"Europa-Korrespondenz", Wien IV, Favoritenstr. 56

FRANKREICH

"La Nation Européenne", 10 rue Théodule Ribot, Paris 17

BELGIEN

"Nation Europe", Boite postale 9, 33 Chaussée de Charleroi, Saint Gilles 1 (Brux)

SUEDAFRIKA

"Afrika-Post", POB 1565, Pretoria/Südafrika
* "South-African Observer", monatlich, POB 2401, Pretoria/Southafrica

USA

"Common Sense", 14-tägig, Union N. J.
"The International Review", New York
"The American Mercury", POB 1306, Torrance/Calif. 90505
"Washington Observer", POB 1306, Torrance/Calif. 90505

KANADA

"The Canadian Intelligence Service", Flesherton/Canada

ALPHABETISCHES NAMENS- UND SACHREGISTER

Die angegebenen Zahlen entsprechen den Seiten des Buches. Ä = Ae, Ö = Oe, Ü = Ue. Ländernamen sind nur angeführt, soweit sie ausserhalb ihrer Kapitel vorkommen. Autoren von Zitaten sind im allgemeinen im Register nicht noch einmal aufgeführt worden. Die folgenden Namenslisten wurden im Register nicht zergliedert:

A

C

D

E

F

J

K

L

N

O

P

Q

R

S

47

T

W

X

Y

Z

BERICHTIGUNGEN UND ERGÄNZUNGEN

Seite

24 Der amerikanische Ausdruck „Billion“ entspricht dem deutschen „Milliarde“, der amerikanische Ausdruck „Trillion“ dem deutschen „Billion“.

24 Zeile 23: Man wählte am 23. Dezember in Abwesenheit eines Drittels der Senatoren und erreichte so im Senat 43 Ja-Stimmen und 25 Nein-Stimmen.

77 Brasiliens Kriegserklärung an Deutschland erfolgte 1942.

110 In russischen Emigrantenkreisen ist man der Auffassung, daß Lenin nicht jüdischer Abstammung gewesen sei Danach war er ein Viertel Mongole und seine Mutter war eine blonde und blauäugige Wolgadeutsche. Seine Frau jedoch war Jüdin.

114 Dr. Francisco Assis Chateaubriand war nicht Jude. Er entstammt der nordbrasilianischen Familie Bandeira de Melo.

189 Der holländische Generalgouverneu schreibt sich van Mook.

229 Zeile 11 v. u.: muß Dominus statt Domino heißen.

315 Nach den im Fortsetzungsband wiedergegebenen Informationen muß die CIA als verantwortlich für den Mord an Tschombé gelten.

386 Hermann Eckstein war nicht Nürnberger Jude, sondern Sohn eines Pfarrers aus Birkach in Württemberg. Sein Gesellschafter Beit war Jude.

408 Die Beseitigung Sikorskis erfolgte nicht in Malta sondern in Gibraltar.

487 Anstelle Obersteiermark und Unterkrain muß es Untersteiermark und Oberkrain heißen. Die Untersteiermark, die 1919 mit ihrer deutschen Bevölkerung völkerrechtswidrig an Jugoslawien gegeben wurde, kam 1945 erneut dank britischer und russische Waffengewalt zu dem erneut geschaffenen Staat Jugoslawien. Auch diesmal dachte man gar nicht an eine Volksbefragung, schuf also eine weitere nicht legitimierte Grenze in Europa.

487 Von kroatischer Seite wird energisch der Vorgang auf dem Bahnhof in Agram bestritten, während er uns von serbischer Seite bestätigt wurde.

490 Rakosi (früherer Name Roth, nicht Rosencranz) wurde nicht erst beim Einrücken der Russen befreit, sondern schon vorher von Horthy nach der Niederlage Polens und Schaffung einer gemeinsamen russisch-ungarischen Grenze über die Grenze den Russen im Austausch gegen erbeutete Fahnen aus dem Kriege von 1849 übergeben. Bis dahin wurde Rakosi von einer freimaurerischen Gruppe, die dem „Manchester Guardian“ nahestand, regelmäßig besucht und besonderer Wert auf eine gute Verpflegung im Gefängnis gelegt. Er wurde dann in Moskau zusammen mit einem entsprechenden Stab ausgebildet und kam hinter den Sowjettruppen erneut ins Land.

490 Der ungarische Um-Erziehungsminister war Joseph Révai alias Mozes Kahana. Verteidigungsminister MihalyFarkas alias Wolff Izrael. Dazu weitere Einzelheiten in Marschalko, „Orszaghoditok“ („Die Landeseroberer“) München 1965.

494 Frau Lupescu alias Magdalena Wolf war nicht die Geliebte Michaels, sondern die Maitresse seines Vaters Carol, der von der Eisernen Garde außer Landes gejagt worden war. Sein Sohn Michael befehligte dann später den Verrat von Foscani (23. 8.44) in der absurden Meinung, sich dadurch vor den Sowjets den Thron retten zu können.

Inzwischen erschien der abschließende Fortsetzungsband:

GEGEN GOTT UND DIE NATUR

im Verlag Juan Maler, Belgrano 165, Bariloche/Argentinien.